Geschichte

des

Kurstaates und Königreiches Sachsen

von

Dr. Th. Flathe.

Dritter Band.

Neuere Geschichte Sachsens von 1806—1866.

Gotha,
Friedrich Andreas Perthes.
1873.

Digitized by Google

Vorwort.

Die in dem vorliegenden Bande enthaltene Darste
des jüngsten Abschnittes der sächsischen Geschichte weicht
allen ihren Vorgängerinnen so wesentlich ab, daß sie sich
wie auf einem noch unbebauten Gebiete bewegt. Denn
genug, daß sie, gestützt auf ein reichhaltigeres und zuverlässig
Quellenmaterial, als es jenen zu Gebote stand, über mai
bisher im Dunkel gebliebenen Punkt ein neues Licht zu
breiten hofft, nicht genug, daß sie trotz dem wärmsten Herz
antheil, den sie an den Geschicken des theuern Heimatsla
nimmt, doch nicht in den panegyristischen Ton einzustim
versucht, der seit Decennien in der sächsischen Historiogra
heimisch geworden und in dieser, ja über diese hinaus auch
sächsischen Volke so viel Unheil angerichtet hat, daß sie viel
die Thatsachen möglichst selbst für oder gegen sich rede
lassen bemüht ist, unternimmt sie es auch die Geschichte S
jens bedeutend weiter als jene, nämlich bis zu dem durch
Eintritt in den Norddeutschen Bund naturgemäß gegeb
Schlußpunkte derselben herabzuführen.

Digitized by Google

Wie viele und wie große Schwierigkeiten die Behandlung
so nahe zurückliegenden Zeit mit sich bringt, hier aus-
derſetzen zu wollen, wäre durchaus überflüſſig; nur die
erkung ſei dem Unterzeichneten erlaubt, daß er weit ent-
iſt von der Anmaßung, dieſelben alle überwunden zu haben.
n er aber auch weder eine nach allen Seiten hin erſchöpfende
tellung dieſer letzten Epoche zu geben noch auch für die-
den rein objectiven Standpunkt, den ja die Zeitgeſchichte
jaupt kaum verträgt, zu gewinnen im Stande war, ſo
ihm wenigſtens die Anerkennung nicht verſagt bleiben, daß
ch, von Gunſt und Ungunſt unbeirrt, durchweg nur die
ittelung der hiſtoriſchen Wahrheit zum Ziele geſetzt hat
wennſchon der den noch Lebenden ſchuldigen Rückſicht wohl
denk, ſich doch dadurch nicht hat abhalten laſſen offen und
ch auch ~~das auszuſprechen, was~~ zu verſchweigen oder zu ver-
n weder angehen noch Nutzen bringen würde.

Die der erſten Abtheilung angehängten Actenſtücke werden
ntlich Manchem eine willkommene Beigabe bilden.

St. Afra,
am Reformationsfeſt 1872.

Der Verfaſſer.

Digitized by Google

Inhalts-Übersicht.

Viertes Buch.

Geschichte des Königreichs Sachsen von 1806—1866.

Erste Abtheilung.

Von der Erhebung Sachsens zum Königreiche bis zur Theilung des Landes. 1806—1815.

Erstes Hauptstück. Vom Frieden zu Posen bis zum Ende des russischen Feldzugs. 1806—1813 . . . .

Zweites Hauptstück. Sachsen während des Befreiungskriegs von 1813 . . . . . .

Drittes Hauptstück. Sachsen unter dem fremden Gouvernement und der wiener Congreß. 21. October 1813 bis 8. Juni 1815 . . . . . .

Anhang . . . . . .

Zweite Abtheilung.

Von der Rückkehr des Königs Friedrich August I. im Jahre 1 bis zum Frieden mit Preußen am 21. October 1866.

Erstes Hauptstück. Bis zur Umgestaltung der ständischen Verfassung und zu Sachsens Eintritt in den Zollverein. 1815—1833 . . . . . .

Digitized by Google

Seite

ites Hauptstück. Sachsen unter der ständischen Verfassung von 1831 bis zur Änderung des Wahlgesetzes im Jahre 1848 465

ttes Hauptstück. Von der Änderung des Wahlgesetzes im Jahre 1848 bis zum Tode des Königs Friedrich August II. am 9. August 1854 596

ctes Hauptstück. Sachsen unter König Johann . . 705

A. Inneres 705

B. Deutsche Verhältnisse 736

Berichtigungen.

82	Zeile	12	v. u.	statt qu'il lies *qu'ils*.
158	„	9	v. o.	„ Bierth lies Vieth.
274	„	8	v. o.	„ Reynier lies Repnin.
281	„	4	v. u.	„ 1829 lies 1826.
319	„	2	v. u.	„ Bernhardy lies Bernhardi.
353	„	4	v. u.	„ une lies *ma*.
361	„	7	v. u.	ist das Komma nach Schichten zu streichen.
365	„	16	v. o.	statt würden lies würde.
434	„	15	v. o.	„ war lies waren.
456	„	10	v. u.	fehlt das Komma hinter hinderte.
483	„	15	v. u.	statt Confessinnen lies Confessionen.
488	„	16	v. u.	„ Fabrikaten lies Fabrikanten.
537	„	16	o. u.	„ Dietrich lies Dittrich.
541	„	19	v. o.	„ Uhlig lies Uhlich.
546	„	11	v. u.	„ 22. August lies 12. August.
556	„	14	v. o.	„ der die lies dem die.
600	„	12	v. o.	„ er selbst lies selbst er.
617	„	9	v. u.	„ Den Deutschen Vereinen lies Dem Deutschen Vereine.
652	„	7	v. u.	„ Schwankung lies Schwenkung.
699	„	17	v. o.	„ 1842 lies 1852.
789	„	1	v. o.	fehlt nach besonders: die.
753	„	14	v. u.	statt mit der lies mit dem.

Digitized by Google

Viertes Buch.

Geschichte des Königreichs Sachsen von 1806—1866.

Digitized by Google

Digitized by Google

Bayerische
Staatsbibliothek
MÜNCHEN

Erste Abtheilung.

Von der Erhebung Sachsens zum Königreiche bis zur Theilung des Landes. 1806—1815.

Erstes Hauptstück.

Vom Frieden zu Posen bis zum Ende des russischen Feldzugs. 1806—1813.

Die gewaltigen Ereignisse des Jahres 1806, in denen Sachsen halb wider Willen eine Rolle gespielt hatte, waren nicht, wie Napoleon dem nunmehrigen Könige Friedrich August schrieb, ein vorübergehendes Gewitter, auf welches schnell wieder der helle Sonnenschein folgt, sondern trübe, schwere Wolken hielten unaufhörlich den politischen Horizont des jungen Königreichs umzogen. Die Katastrophe, welche Sachsen aus seiner behaglichen Zurückgezogenheit und Selbstbeschränkung herausriß, war so plötzlich hereingebrochen, daß sie wie ein betäubender Schlag auf die Gemüther wirkte, die sich seit langen Jahren gewöhnt hatten, in strengster Regelmäßigkeit dahinzuleben. Alles gerieth aus dem Gleichgewicht. Es bedurfte einer Erinnerung von seiten des Grafen Bose aus Berlin, damit man daran

Digitized by Google

dachte, das durch die Entlassung der Minister v. Loß und v. Low in Auflösung gerathene Cabinet neu zu bilden. Der Kaiser, verfehlte Bose nicht hinzuzusetzen, habe von Anfang an ihn selbst als die dazu geeignetste Persönlichkeit bezeichnet. Doch überhörte der König anfangs diesen Wink und beauftragte vielmehr Bose, anzufragen, ob die Wahl des Grafen Schönfeld, bisherigen Gesandten in Wien, des Kaisers Beifall haben würde. War doch, nachdem Napoleons Machtspruch die bisherigen Minister entfernt hatte, nichts natürlicher, als daß er auch ihre Nachfolger bestimmte; und da dieser auf dem Grafen Bose bestand, so erfolgte dessen Ernennung zum Minister der auswärtigen Beziehungen, wie jetzt in Nachahmung Frankreichs das Etranger-Departement umgetauft wurde. Das Innere behielt Graf Hopfgarten, das Militärdepartement bekam auf Bose's Veranlassung General v. Cerrini, ein unbedeutender Mann, dessen Hauptverdienst darin bestand, daß er Katholik war [1]).

Napoleon hatte sich sein Werkzeug trefflich gewählt. Knechtische Unterwerfung unter die Befehle des französischen Kaisers wurde oberster Grundsatz von Bose's Politik. König Friedrich August, in dessen Wesen sich der Stolz auf seine fürstliche Souveränetät in eigenthümlicher Weise vertrug mit dem Bedürfniß nach Anlehnung an eine höhere Auctorität, beugte das Haupt willig unter das französische Protectorat. Das Reich war zerfallen, Sachsens mächtige Nachbarn Österreich und Preußen lagen besiegt am Boden; wo anders hätte er die Stütze, ohne die er einmal nicht sein konnte, finden sollen als bei Napoleon und dem Rheinbunde? Und hatte er sich einmal diesem neuen Verhältnisse angeschlossen, so entsprach es ganz der Zähigkeit seines Charakters, sich auch mit aller Kraft daran festzuklammern. Wie bei ihm die Pflichttreue zur Pedanterie wurde, so schlug seine demüthige Ergebung in den Willen der Vorsehung mit zunehmendem Alter zur absoluten Unfähigkeit eines selbständigen Entschlusses um. Seine Handlungen mußten

1) Mémoires du Comte de Senfft, p. 71.

Digitized by Google

ihm vorgeschrieben und vor seinem Gewissen, sei es durch den Schein rigoroser Rechtmäßigkeit oder durch die zwingende Gewalt der Umstände gerechtfertigt sein. Selbst Napoleons Despotismus lernte er darum lieben, weil dessen eiserne Hand ihm den Weg vorzeichnete und die Qual des Wählens ersparte. Boie aber küßte mit Inbrunst die Fesseln, die immer fester zu schmieden sein höchstes Ziel blieb. Niemand half ihm dabei eifriger als des Königs Vertrauter, Graf Marcolini. Bis auf Kleinigkeiten herab erstreckte sich die den französischen Uebermuth herausfordernde Dienstbeflissenheit des Hofes; selbst der Sohn des gestürzten Grafen Loß durfte sich an demselben nicht blicken lassen; nie verfehlte man, des Kaisers Namenstag officiell zu begehen. Trat auch in Sachsen die Begehrlichkeit und Vergrößerungssucht, welche die süddeutschen Staaten Napoleon in die Arme trieb, weniger unverhüllt hervor, so herrschte doch auch hier jene Würdelosigkeit, jenes Wegwerfen an die ausländische Macht, zu der damals das ganze deutsche Volk durch das Gefühl seiner Ohnmacht heruntergebracht war. Die Bevölkerung sah das Zusammenstürzen des Reichs gleichgiltig mit an, Viele selbst nicht ohne unwillkürliche Freude, nun von dem unförmlichen und beschwerlichen Wuste abgelebter Formen befreit zu sein. Kein Nationalgefühl sträubte sich gegen die neue Ordnung der Dinge; was man etwa mit diesem Ausdruck bezeichnete, war damals und noch lange nachher nur das Gefühl der Zugehörigkeit zum sächsischen Staate. Daher äußerte sich auch die Theilnahme an der Standeserhöhung des Landesfürsten bei der deshalb am Neujahrstag 1807 begangenen Feier freudig und allgemein [1]). Zwar mahnte der Ernst der Zeit Hoch und Niedrig ihren Haushalt nach Möglichkeit einzuschränken, dennoch aber und trotz der geringen persönlichen Bedürfnisse des Königs hielt man es für unerläßlich, die erhöhte

1) Die Beschreibung der Feier in Leipzig in der Leipziger Zeitung 1807, Nr. 2. Die Universität lud dazu durch ein Programm des Professors Beck ein: Mutationis civitatum veterum in regna causae et eventus.

Digitized by Google

Würde durch ein außerordentlich zahlreiches, über 1300 Köpfe umfassendes Hofpersonal zur Geltung zu bringen, darunter allein 106 Kammerherren, während selbst der kaiserliche Hof zu Paris deren erst im Jahre 1810 sechzig zählte [1]). Auch Napoleon ernannte an dem neuen Königshofe an Stelle des bisherigen Geschäftsträgers einen Gesandten in Person des früheren französischen Gesandten in Stockholm, v. Bourgoing, zum Glück einen gemäßigten und ehrenwerthen Mann.

Wie Friedrich August das französische Bündniß nicht aus eigenem Antriebe gesucht hatte, so blieb er auch weit davon entfernt, um dessen willen die inneren Verhältnisse seines Landes, mit denen er sich durch eine vierzigjährige glückliche Regierung auf das innigste verwachsen fühlte, mehr als unbedingt nöthig war, umzugestalten. Sehr verschieden von den meisten übrigen Rheinbundfürsten dachte er namentlich nicht daran, die neugewonnene Souveränetät zur Schmälerung der verfassungsmäßigen Rechte seines Landes zu mißbrauchen; vielmehr bestätigte er am 10. Mai 1807 den zu einem Ausschußtage versammelten Ständen ausdrücklich die bisherige Landesverfassung, die sonach, ein zwar altersgrauer und ehrwürdiger, doch aber unwohnlicher Bau, inmitten einer neugewordenen Umgebung unangetastet stehen blieb. Nur die fremde Lehensherrlichkeit im Königreiche wurde auf Grund des Artikels 34 der Rheinbund-Acte nach Vorgang anderer Rheinbundfürsten 23. August 1809 für dem König angefallen erklärt und das Mandat vom 16. Februar 1807 sprach in Ausführung des posener Friedens die vollkommene Gleichstellung der Katholiken mit den Lutheranern aus, wodurch eine Beschränkung des Religionseides auf die Kirchen- und Schuldiener nöthig wurde. Zugleich aber ertheilte der König „zu desto mehrer Beruhigung seiner getreuen Unterthanen augsburgischer Confession die Versicherung, daß sie bei

1) Das Hofmarschall-Amt umfaßte 227, das Ober-Stallamt 304, die Hof- und Landjägerei 138, die Oberkämmerei 206, das Hausmarschall-Amt 221, die Hofwirthschaft 115 Personen. Sächsischer Hof- und Staatskalender von 1810.

Digitized by Google

ihren Kirchen, Gottesdiensten, Gebräuchen, öffentlichen Lehr- und Unterrichtsanstalten, Beneficien, Einkünften und Nutzungen, auch piis causis gelassen und ohne Abbruch geschützt werden sollten. Dennoch enthielten die Rescripte vom 26. Mai und 28. Juli 1807, welche den katholischen Rittergutsbesitzern das jus nominandi, praestandi et vocandi zu erledigten Kirchen und Schulen ertheilten, trotz der Clausel, daß es nur nach Maßgabe der im protestantischen Kirchenrechte angenommenen Grundsätze auszuüben sei, eine unzweifelhafte Begünstigung der katholischen Kirche. Weitergehende Hoffnungen derselben, die sich an die eingetretene Veränderung knüpften, blieben zunächst unerfüllt [1]).

Die Hauptveranlassung zur Berufung des Ausschußtags von 1807 war die Beschaffung der erforderlichen Geldmittel theils zur Deckung des noch nicht ausgeschriebenen Drittels der französischen Kriegscontribution, theils für das Heer und die Ersetzung des verloren gegangenen Kriegsmaterials. Man wollte die von der Regierung geforderten 5,100000 Thaler durch eine dreiprocentige Landesanleihe von 4 Millionen, die erst nach Tilgung aller 1763 an die Steuer-Creditcasse überwiesenen Schulden zurückgezahlt werden sollte, den Rest durch eine Beschränkung der Auslosung der Steuerschulden bis 1811 auf jährlich 200000 Thaler und Vermehrung der Cassenbillets auf 3 Millionen Thaler aufbringen. Da jedoch jene Obligationen ihres niedrigen Zinsfußes wegen keine Abnehmer fanden, so machte der König auf eigene Rechnung in Leipzig zwei fünfprocentige Anleihen, jede zu 1½ Million Thaler, für welche jene als Pfand gegeben wurden. Die Ritterschaft bewilligte ein Donativ von 400000 Thalern. Die auf 220000 Thaler veranschlagten Überschüsse der nächsten vier Jahre wurden für Errichtung einer Hilfscasse zur Wiederaufhelfung derjenigen

1) Die Erzherzogin Marianne sprach von Rom aus gegen den König die Hoffnung aus, daß er sein nunmehr nahes Verhältniß zu Napoleon zu Gunsten der Kirche und zu Herstellung freundlicher Beziehungen zwischen dem Kaiser und dem Pabst werde benutzen können. Dresdner Archiv.

Digitized by Google

Städte, Communen und Unterthanen bestimmt, welche durch den Krieg in besonderem Grade gelitten hatten. Endlich wurde zu gleichmäßiger Vertheilung der Kriegsprästationen für die durchmarschierenden fremden Truppen unter dem Vorsitz eines Conferenzministers aus sechs Mitgliedern der Collegien und sechs theils ritterschaftlichen theils städtischen Deputierten eine Landescommission bestellt; die von ihr nach Bedürfniß auszuschreibende Landesauflage floß in eine Peräquationscasse, zu welcher die Ritterschaft freiwillig auf jede Million 60000 Thaler beitrug.

Eine große Belästigung blieb die noch geraume Zeit nach dem Frieden eigenmächtig fortgesetzte Einmischung der französischen Intendanten in die innere Verwaltung. Leipzig befreite seinen Handel von diesen Plackereien durch einen 17. April 1807 mit dem Administrateur général Villemanzy geschlossenen Vertrag, nach welchem die Stadt die im ganzen Lande mit Beschlag belegten englischen Waaren der französischen Verwaltung unter Einrechnung einiger noch rückständiger Requisitionen für 7 Millionen Francs zu freiem Vertrieb wieder abkaufte. Ihre dadurch dem Staat gegenüber erworbenen Ansprüche stießen jedoch bei den Ständen auf Schwierigkeiten und sind erst im Jahre 1844 durch Vergleich geordnet worden. Eine andere häßliche Beschwerde bildete für Leipzig das sogenannte „erste preußische Infanterieregiment in französischen Diensten", welches ein Fürst von Isenburg ursprünglich aus versprengten Preußen daselbst errichten sollte, das sich aber, da von diesen nur wenige kamen, ohne Wahl aus allerlei Abschaum recrutierte und vom Commandanten bis zum Gemeinen herab sich voll Übermuth und Unfug auf Kosten der Stadt und in den Bürgerquartieren gütlich that. Auf die Vorstellungen des Königs jedoch, welcher Gefahr die Anwesenheit dieses Corps die Sicherheit und den Handel der Stadt, die Ruhe und die Sitten der Studenten und speciell die bevorstehende Messe aussetze, verlegte der Kaiser das Regiment sofort nach Frankreich [1]).

1) Groß, Erinnerungen, S. 13.

Digitized by Google

Der dieser und ähnlicher Anliegen halber in das kaiserliche Hauptquartier geschickte Kammerherr v. Globig hatte außerdem Auftrag, bei dem bevorstehenden Friedensschluß die Interessen Sachsens, insbesondere soweit dabei dessen Rechte auf die schwarzburgischen und reußischen Länder in Frage kämen, wahrzunehmen, namentlich zu verhüten, daß dieselben zu Gunsten eines anderen Staates als Sachsen mediatisiert würden. Es beunruhigte nämlich, daß der schwarzburgische Kanzler v. Ketelhodt, nachdem er vergeblich die Vermittelung des dresdner Hofes wegen Zulassung seiner Fürsten zum Rheinbund zu erlangen gesucht hatte, direct nach Warschau gegangen war. Ohne sich seines Auftrags entledigen zu können, wurde Globig angewiesen, sich nach Berlin zu begeben, wo sich eine ganze Schar kleinstaatlicher Diplomaten eingefunden hatte, um durch v. Gagerns Vermittlung und Talleyrands Bestechlichkeit ihre Zulassung zum Rheinbunde zu erkaufen. Der sächsische Gesandte am Tuillerienhofe Senfft v. Pilsach, der hier an Globigs Stelle trat, mußte sich mit der allgemeinen Versicherung begnügen, daß Sachsens Rechte auf die schwarzburgischen Enclaven nicht beeinträchtigt werden würden [1]).

Unterdessen waren die sächsischen Truppen in der vertragsmäßigen Stärke von 6000 Mann, zusammengesetzt aus dem noch nicht mobil gemachten Theile der Armee nebst zwei Bataillonen, die aus den bei Jena zerstreuten Truppen gesammelt worden waren, unter General v. Polenz am 4. Februar in's Feld gerückt als Bundesgenossen Derjenigen, die vor wenigen Monaten ihnen als Feinde gegenüberstanden, und gegen die, mit denen vereint sie damals gekämpft hatten. Von diesem Tage an blieb es fast sieben Jahre lang, bis zu dem verhängnißvollen 18. October 1813, das schmerzliche Schicksal der Sachsen, ohne Gewinn für ihre engere Heimat, sie selbst mit schnödem Undank und Verunglimpfung ihrer kriegerischen Ehre belohnt, ihr Blut im Dienste eines fremden Despoten und

1) Senfft, Mémoires, p. 18 und v. Globigs Instruction im Dresdner Archiv.

Digitized by Google

gegen die Freiheit Deutschlands verspritzen zu müssen. Ihre nächste Bestimmung führte sie vor Danzig, an dessen Belagerung sie unter Lefèbre's Oberbefehl bis zur Capitulation der Festung am 26. Mai rühmlich theilnahmen [1]). Allein schon hier sollte Sachsen die Erfahrung machen, daß das Maß der napoleonischen Zumuthungen sich nicht nach vertragsmäßigen Bestimmungen, sondern nach dem augenblicklichen Bedürfnisse richtete. Genöthigt, die furchtbaren Lücken, welche die Schlacht bei Eylau in seine Reihen gerissen, auszufüllen, verlangte der Kaiser von dem Könige von Sachsen eine Erhöhung seines Contingents um 1200 Mann zur Bildung einer Reserve, welche die etwa bedrohten Theile des Rheinbundes decken solle. Der Sieg bei Friedland am 14. Juni, wo auch die Sachsen mitkämpften und das Regiment König-Küraſſiere sich seine Erhebung zur Küraſſiergarde verdiente, stellte Napoleons Übergewicht wieder her. Preußen bezahlte zu Tilsit mit der Zerstückelung seines Gebiets. Im 12. Artikel des Friedens mußte es die Abtretung des cottbuser Kreises an Sachsen anerkennen, von welchem dieses am 25. September Besitz ergriff; doch behielt derselbe seine bisherige Verfassung, vorläufig auch das preußische Recht. Der 15. Artikel schuf aus den von Preußen abgetretenen polnischen Gebieten, mit Ausnahme des an Rußland fallenden bialystoker Kreises ein Herzogthum Warschau [2]) für den König von Sachsen, welches eine die Freiheit und die Privilegien seiner Bewohner sichernde und mit der Ruhe der Nachbarstaaten verträgliche Verfassung erhalten sollte. Den König von Sachsen, dem dieses Geschenk ganz ohne seine Zuthun zu Theil wurde, setzte der Kaiser erst zwei Tage vorher von dieser Combination in Kenntniß [3]), die, auf die polnischen Traditionen des sächsischen Hofes berechnet, nur den eigenen Plänen Napoleons zu dienen bestimmt war. Denn

1) Ausführlich bei Poppe, Chronologische Übersicht der wichtigsten Begebenheiten aus den Kriegsjahren 1806—1815 (1848) I, 96 ff.

2) Ursprünglich hieß es ein Herzogthum, aber sehr bald wurde dafür, auch officiell, die Bezeichnung als Großherzogthum üblich.

3) Correspondance de Napoléon I, XV, 390.

Digitized by Google

da er diesen Embryo eines polnischen Reiches weder einem französischen Prinzen übergeben durfte, ohne Rußlands und Österreichs Eifersucht im höchsten Grade zu erwecken, noch auch ihn einem eingebornen Polen anvertrauen mochte, der sich möglichenfalls im entscheidenden Momente an Rußland anschloß, so war das Herzogthum Warschau in sächsischer Hand der passendste Ausweg, der sich ihm bot. Leider aber hat nachher die Rücksicht auf den Besitz dieses zweifelhaften Gutes wesentlich dazu beigetragen, Sachsen in dem unseligen Bunde mit Frankreich festzuhalten.

Am 17. Juli hielt der Kaiser unter Kanonendonner und Glockengeläute durch die Reihen der sächsischen Truppen seinen Einzug in Dresden. Der König war ihm bis Bautzen entgegengefahren. In den Kirchen wurde Te Deum gesungen, des Abends strahlte die Stadt in einem Meer von Flammen [1]). Der König stiftete während des kaiserlichen Besuchs den Orden der Rautenkrone mit der Devise Providentiae memor „zur Erinnerung an die Zeiten, wo die Vorsehung zu des Regenten und seiner Staaten Erhaltung so kräftig gewirkt hatte". Napoleon, der König von Westfalen, der Großherzog von Berg, der Fürst von Benevent, die Herzöge von Bassano, Friaul und Vicenza waren die ersten, die ihn erhielten. Die Bevölkerung, betäubt und geblendet, betrachtete mit stummem, ehrfürchtigen Staunen den wunderbaren Mann. Am 22sten setzte der Kaiser, vom Könige bis Meißen begleitet, die Reise nach Frankreich fort. Der Zauber seiner gewaltigen Persönlichkeit vollendete

1) Die große Ehrenpforte auf dem Schloßplatz trug die Inschrift: Napoleoni Magno Pacificatori — Fridericus Augustus gratus voti compos. Bei der Festvorstellung im Theater sah man zehn kleinere Altäre mit den Namen Alexander, Miltiades, Philipp, Achill, Perikles, Cäsar, Marcellus, Marius, Fabius, Scipio; auf einen großen Altar in der Mitte schrieb ein Genius den Namen Napoleon, der sofort von einer großen Sonne erleuchtet wurde, während die andern Namen verschwanden. In der Anrede des Genius an den Kaiser hieß es: „Was ist Alexanders, was Cäsars überwundene Größe? Ein leichter Tropfen Morgenthaus in der Fluth des Oceans! Napoleon, Dein Tempel ist die Welt!"

Digitized by Google

in dem Gemüthe des Königs, was der Eindruck seiner Siege begonnen hatte. Friedrich August hat seitdem nie aufgehört, seinen Besieger, der ihn aus seinem einfachen und schlichten Leben herausgerissen hatte, um ihn in den Strom seiner eigenen Abenteuer zu stürzen, zugleich als ein Wesen höherer Art zu fürchten und als seinen Wohlthäter zu verehren. „Zweimal", sagte er zu Gagern, „stand es in der Hand dieses mächtigen Mannes, mich zu verderben, und er that es nicht! Dessen werde ich immerdar eingedenk sein!" [1]) Napoleon seinerseits hatte gegen die Person seines würdigen Bundesgenossen eine aufrichtige Hochachtung und Zuneigung gefaßt [2]), die freilich nicht hinderte, daß sich Sachsen die nämliche wegwerfende Behandlung, die nämlichen willkürlichen Zumuthungen gefallen lassen mußte wie alle übrigen Rheinbundstaaten.

Große Empfangsfeierlichkeiten erwarteten den hohen Durchreisenden in Leipzig. Der Magistrat, die bewaffnete Bürgerschaft, eine reich uniformierte Ehrengarde berittener Kaufleute harrten der Meldung seines Herannahens. Die Universität glaubte die Gegenwart Napoleons des Unsterblichen nicht würdiger feiern zu können, als wenn sie ihm ein bleibendes Denkmal ihrer Verehrung am unvergänglichen Firmamente stifte; auf den Rath der Professoren Hindenburg und Rüdiger beschloß sie, dem Gürtel und Schwerte des Orion den Namen „Sterne Napoleons" beizulegen und durch eine Deputation dem Gefeierten die Karte des neuen Napoleonsgestirns zu überreichen. Plötzlich aber kam dieser am 23. Juli früh nach vier Uhr unangemeldet und fuhr nach wenigen Minuten weiter. Die Universität aber schickte ihre Sternkarte an das Nationalinstitut zu Paris mit der Bitte, sie dem Kaiser „zur allergnädigsten Annahme dieser Huldigung" vorzulegen [3]).

Napoleons Besuch in Dresden hatte vorzugsweise der Ordnung verschiedener politischer Angelegenheiten gegolten. Eine

1) v. Gagern, Mein Antheil an der Politik I, 161.
2) Corresp. de Nap. XVI, 228.
3) Groß, S. 18; Poppe I, 152.

Digitized by Google

daselbst am 22. Juli abgeschlossene Convention änderte zunächst den 7. Artikel des posener Friedens, wonach Sachsen für den cottbuser Kreis einen Streifen von gleicher Bevölkerungszahl zwischen Erfurt und dem Eichsfelde abzutreten hatte, dahin ab, daß es statt dessen die Ämter Gommern und Sangerhausen, die Grafschaft Barby und einen Theil von Mansfeld an das mittlerweile geschaffene Königreich Westfalen überlassen sollte. Nicht ohne Grund war man in Dresden besorgt, es möchten Sachsen noch weitere Abtretungen zu Gunsten Westfalens zugemuthet werden; denn trotz Napoleons ausdrücklicher Versicherung, daß nie die Absicht bestanden habe, sächsisches Gebiet zu Westfalen zu schlagen [1]), mußte sich Sachsen am 19. März 1808 1808
zu einem neuen Vertrage mit Westfalen bequemen, wonach die an letzteres abzutretenden Gebiete aus Gommern mit Elbenau und Rahnis, Barby mit Ausnahme von Walter-Nienburg, dem sächsischen Miteigenthum an der Grafschaft Treffurt und der Vogtei Dorla und dem sächsischen Mansfeld außer Artern, Bockstädt und Bernstädt bestanden, außerdem Sachsen wegen Verspätung der Abtretung 200000 Frcs. an Westfalen zahlte und demselben alle Einkünfte der abgetretenen Landestheile vom 1. Januar 1808 ab überließ. Eine weitere Beeinträchtigung sächsischer Rechte durch die beabsichtigte Mediatisirung der Fürsten von Schwarzburg zu Gunsten Westfalens unterblieb in Folge der Gegenvorstellungen Sachsens; doch mußte sich dieses von dem jungen Nachbar-Königreiche noch mancherlei Übergriffe, z. B. in das Postwesen, gefallen lassen.

Bei den dresdner Verhandlungen hatte Graf Bose den Verlust von 60000 Thalern Einkünften hervorgehoben, den Sachsen durch den ihm zugemutheten Gebietstausch erleide, war aber auf die Großmuth des Kaisers vertröstet worden. Dies bewog den König, auf seine vorjährige Bitte um den Saalkreis oder Erfurt zurückzukommen [2]), er fand jedoch damit kein Gehör. Dagegen verfiel Napoleon auf den abenteuerlichen

1) Corresp. de Nap. XVI, 44.
2) Siehe Anhang, Nr. 2.

Digitized by Google

Gedanken, durch eine Heirath zwischen seinem Bruder Jerôme und der einzigen Tochter des Königs Friedrich August, auf welche die Thronfolge in Sachsen übertragen werden solle, dieses und Westfalen zu einem Reiche zu verschmelzen. Die Prinzessin Auguste, die schon als neunjähriges Kind der Gegenstand politischer Combinationen gewesen war, wurde damals kurz hinter einander von verschiedenen Seiten umworben. Nachdem ein Antrag des Großherzogs von Würzburg sich zerschlagen hatte, war es der Wunsch der königlichen Familie, sie mit ihrem Oheim, dem Prinzen Maximilian, zu vermählen; doch scheiterte derselbe an dem Widerwillen der Prinzessin. Da trat im Frühjahr 1807 Kaiser Franz von Österreich durch Vermittlung seiner mit dem Prinzen Anton vermählten Schwester Thereſe als Bewerber auf; so erwünscht er aber auch als solcher dem Könige war, so wagte dieser doch nicht ohne Napoleons Genehmigung sein Jawort zu geben [1]), und da derselbe die Verbindung für den Augenblick nicht passend fand, so genügte dies, um den Antrag zurückzuweisen. Dafür machte nun Napoleon dem König obigen Vorschlag; weil aber letzterer in seiner Rechtlichkeit vor einer Verletzung der Erbrechte seiner Brüder und Neffen zurückscheute, so wurde der ganze Plan ebenso schnell wieder fallen gelassen, als er entstanden war.

Jene Convention vom 22. Juli setzte ferner den König in den Besitz des Herzogthums Warschau, welches am 17. September zu Berlin von dem Generalintendanten Daru dem Grafen Gutakowski als sächsischem Commissar formell übergeben wurde. Die Constitution, die Napoleon unter Mitwirkung etlicher polnischer Magnaten dieser seiner Schöpfung verliehen hatte, war vollständig nach französischem Zuschnitt; das Herzogthum zerfiel in sechs Departements mit Präfecten, Unterpräfecten und Maires, mit Departements-, Districts- und Municipalräthen, der Code Napoléon wurde eingeführt; an der Spitze der Verwaltung stand ein aus fünf Ministern gebildeter Staatsrath, zu dessen Präsidenten Graf Stanislaus Malachowski,

1) Vgl. Anhang, Nr. 1.

Digitized by Google

das Haupt der Patriotenpartei von 1791 und bisher Vorstand der interimistischen Regierungscommission, ernannt wurde. Der Reichsrath zerfiel in einen lebenslänglichen Senat und eine Kammer der 60 Landboten und 40 Gemeindeabgeordneten. Aber es fehlte viel, daß damit die Maschine wirklich in Gang gekommen wäre. Auf Napoleons Drängen reiste daher der König in Person nebst Gemahlin und Tochter im November nach Warschau, um dort Ordnung zu schaffen und blieb daselbst bis gegen Ende des Jahres; der alte sächsische Palast war seiner ursprünglichen Bestimmung wiedergegeben. Es war ein sehr weiser Entschluß des Königs, die Verwaltung und namentlich das Finanzwesen seiner beiden Staaten völlig von einander getrennt zu halten. Hatte doch selbst Talleyrand den sehr richtigen, aber doch bedenklich klingenden Rath ertheilt, keine Geldopfer für Polen zu bringen, die wahrscheinlicherweise für Sachsen verloren sein würden [1]). Alle Ämter im Herzogthum, mit Ausnahme der erst 1808 durch den Geheimen Finanzrath v. Manteuffel auf sächsischen Fuß eingerichteten Kron-Domainenkammer, wurden mit Einheimischen besetzt, die Erlangung des Bürgerrechts geregelt, eine Anleihe von 3 Millionen Fl. polnisch aufgenommen und von dem König in seiner Uneigennützigkeit bestimmt, daß zuerst für deren Verzinsung und für die Verwaltungskosten und dann erst für die Civilliste zu sorgen sei; diese betrug nur 7 Millionen Fl. polnisch, welche zur einen Hälfte baar auf den Staatsschatz, zur anderen auf die Krongüter angewiesen waren; in Wirklichkeit hat jedoch der König nicht nur niemals etwas von dieser Civilliste bezogen, sondern sogar nach und nach dem warschauer Staatsschatze an 30 Millionen Fl., endlich selbst aus sächsischen Cassen 2½ Millionen Fl. vorgeschossen. Da sich als eines der dringendsten Bedürfnisse die Hebung der Volksbildung darstellte, so wurde vor Allem das Schulwesen geordnet, jede Gemeinde zur Errichtung einer Schule verpflichtet, den Lehrern eine Minimalbesoldung gesichert, die höheren Lehranstalten bestätigt und die Akademie

1) Senfft, p. 110; Corresp. de Nap. XV, 554.

Digitized by Google

der Wissenschaften zu Warschau zu einer königlichen Gesellschaft der Wissenschaften erhoben.

Die Polen, obgleich ohne Erfahrung in den öffentlichen Angelegenheiten, brachten doch größtentheils ihrem neuen Landesfürsten guten Willen, Ergebenheit und Vertrauen entgegen. Auch war es Friedrich Augusts ernster Wille, nach Kräften für das Wohl seiner neuen Unterthanen zu sorgen, zumal ihm aus den Erinnerungen seiner Jugend eine warme Vorliebe für die Nation geblieben war, auf deren Throne seine Vorfahren gesessen hatten; aber jeder Versuch, das, was er für sie erstrebte, wirklich in Ausführung zu bringen, scheiterte an der strengen Vasallenschaft, unter der ihn Napoleon hielt. Wirklicher Herrscher ist Friedrich August in Warschau nie gewesen; was dort geschaffen wurde, war unter dem dünnen Schleier einer halb nationalen, halb fremdländischen Verwaltung die napoleonische Despotie [1]), und es kann als eine der ersten Strafen, die Friedrich August für seine Unterwürfigkeit unter den fremden Gewaltherrscher erduldete, gelten, daß er mit seinem redlichen Gemüthe sich zum Werkzeuge für Napoleons harte Selbstsucht gegen Polen und dadurch zugleich für dessen Gehässigkeit gegen Preußen hergeben mußte.

Das neue polnische Staatsgebilde war von Geburt an mit unheilbarer Auszehrung behaftet. Die Aufgabe, es von der Wurzel aus neu zu organisieren, wäre nur bei der größten Schonung seiner unentwickelten Hilfsquellen zu lösen gewesen; statt dessen saugten Napoleons unausgesetzte und übertriebene, den eigenen Interessen des Landes fremde Anforderungen seine Lebenskraft auf. Die Errichtung einer übermäßig starken und kostspieligen Armee, der Bau dreier Festungen und anderer Werke, die anmaßliche Einmischung des französischen Geschäfts-

1) Selbst die Mitglieder des Staatsraths wurden nicht sowohl vom Könige als von Napoleon bestimmt. Bourgoing an Bose 16. Juni 1808: „Il pourrait paraitre étrange, que les agents de l'Empereur osent aspirer à diriger le Roi de Saxe dans ses choix, si S. M. Elle même n'avait pas daigné les faire inviter à Lui indiquer de bons sujets." Dresdn. Arch.

Digitized by Google

trägers v. Serra, die zuletzt sogar die sächsische Langmuth zu Beschwerden zwang, die sich auf 20 Millionen belaufenden Dotationen an französische Marschälle und Großwürdenträger [1]), die dieselben noch obendrein willkürlich vergrößerten und sich selbst weigerten, dafür zu den öffentlichen Lasten beizutragen, das Raubsystem der Generale [2]), die nachträglichen Liquidationen der französischen Beamten für Schenkungen, die der Kaiser an eroberten Kanonen, Magazinvorräthen, Stempelpapier ꝛc. der provisorischen Regierung gemacht hatte, und über dies alles die in der dresdner Convention stipulierte Besetzung des Herzogthums durch 30000 Mann Franzosen, die auf Kosten des Landes zu unterhalten waren, vereitelten alle Anstrengungen des Königs, Ordnung in die polnischen Finanzen zu bringen. Das Budget des Jahres 1808 wies ein Deficit von 21 Millionen Fl. auf. Davout, welcher den Oberbefehl über das 3. Armeecorps, die polnischen und sächsischen Truppen, führte, war nicht der Mann, der den militärischen Druck auf das Maß des Unumgänglichen beschränkt hätte, ja Napoleon selbst mußte ihn mehrmals erinnern, den Bogen nicht zu überspannen [3]). Er sagte auch dem Könige auf dessen wiederholte Bitten und Klagen den Abzug der französischen Truppen ausdrücklich zu und beschäftigte sich, da ihm das Bedenkliche einer fortdauernden Überbürdung des Herzogthums nicht verborgen blieb, mehrmals mit der Reduction der polnischen Armee, allein die unaufhörliche Spannung, in der seine unruhige Herrschsucht ganz Europa hielt, machte es ihm unerläßlich, auf diesem vorgeschobenen Posten eine starke Truppenmacht zu

1) Aufgezählt bei Bredow und Venturini, Chronik des neunzehnten Jahrhunderts IV (1810), S. 353.

2) Unter anderm bemächtigte sich Davout ohne weiteres der dem früheren preußischen Commandanten von Warschau gehörigen Meubles, und dem König blieb nichts übrig, als sie dem sie reclamierenden Eigenthümer zu ersetzen, „da dies", wie Bose meinte, „sowohl ein Act der Gerechtigkeit gegen diesen als eine zarte Aufmerksamkeit gegen den Marschall sein werde".

3) Corresp. de Nap. XVI, 110; XVII, 201. 208.

Digitized by Google

unterhalten, und sein System, die zur Aufrechthaltung seiner Stellung nöthigen Lasten von Frankreich auf die Vasallen abzuwälzen, ließ ihn das Herzogthum Warschau immer nur als eine auszupressende Provinz betrachten. Zuletzt ergriff er den Ausweg, 8000 Polen in seinen Dienst zu nehmen und nach Frankreich zu verlegen. Er erwog nämlich, daß Zeiten kommen könnten, wo die Entsendung französischer Truppen nach Polen Europa erschrecken könnte, während die Rückkehr polnischer Truppen in ihre Heimat unverfänglich sein würde [1]).

War unter diesen Umständen die Erwerbung des Herzogthums Warschau für Sachsen nur eine beschwerliche Last, nicht ein Machtzuwachs, so barg sie außerdem auch noch den Fluch, Sachsens Verhältniß zu Preußen zu vergiften. Es lag in Napoleons Politik, Sachsen gegen Preußen in ähnlicher Weise zu brauchen, wie er mit Baiern gegen Österreich that. „Die sächsische Nation", verkündete er in der Botschaft an den französischen Senat vom 29. Januar 1807, „hatte am 14. October 1756 ihre Unabhängigkeit verloren; sie hat sie wiedererlangt am 14. October 1806. Nach fünfzig Jahren hat Sachsen, sichergestellt durch den posener Frieden, aufgehört eine preußische Provinz zu sein." [2]) Wenn Sachsen daraus nicht den gleichen Gewinn zog wie Baiern, so lag die Schuld daran, daß es zu bald an Westfalen einen bevorzugten Rivalen erhielt; wo es sich aber darum handelte, das gebrochene Preußen noch tiefer zu demüthigen und zu kränken, mußte nur zu oft Sachsen als Werkzeug dienen, und theils war die sächsische Regierung zu schwach und zu furchtsam, um sich dieses Mißbrauches zu erwehren, theils kam die in vielen Kreisen gegen Preußen herrschende Abneigung, ja selbst die leise Hoffnung, Sachsen könne berufen sein, im nördlichen Deutschland an Preußens Stelle zu treten, dieser Tendenz willfährig entgegen. Die Einleitung bildete die zwischen Marschall Soult französischer-, dem General v. York und Oberstleutnant v. Dönhoff preußischerseits

1) Corresp. de Nap. XVI, 440.
2) Ibid. XIV, 253.

Digitized by Google

unter Assistenz des sächsischen Geheimen Finanzraths v. Ferber am 13. October 1807 zu Elbing geschlossene Convention über 1807
die zu Tilsit festgesetzten Communicationsstraßen zwischen Sachsen und Warschau. Eine Militärstraße sollte von Guben nach Karge gehen, in den von derselben berührten Städten Crossen und Züllichau Sachsen zwei von Preußen unantastbare Postämter anlegen dürfen; durch Schlesien wurden drei Handelsstraßen, zollfrei für sächsische und polnische Produkte, festgesetzt, den beiderseitigen Unterthanen freie Schiffahrt auf der Netze von Driesen bis an die Warthe, auf dieser und der Oder von Crossen abwärts, ebenso auf dem Friedrich-Wilhelmscanal und in allen commerciellen Angelegenheiten gleiches Recht zugestanden [1]). Schon am 10. November folgte ein neuer Vertrag, durch welchen Preußen den michelauer Kreis und Neuschlesien an Warschau abtrat, so daß dieses nunmehr 1881 □M. mit etwas über 2,300000 Einwohnern umfaßte. Ferner verbot Napoleon mit offener Verhöhnung der Bestimmung des tilsiter Friedens, die alle Verbindlichkeiten des Königs von Preußen gegen die bisherigen preußischen Beamten im Herzogthum Warschau ausdrücklich dem Könige von Sachsen zur Last legte, dem letzteren, seine Finanzen mit allen diesen Beamten — es waren deren über 7000 —, die sich zum großen Theile schlecht aufgeführt hätten und überdies in Preußen Versorgung finden würden, zu belasten [2]), und ohne Widerspruch wurde auch dieser Weisung genügt; der König erklärte ihnen, 2. October, da er sie nicht mehr in ihren Ämtern vorgefunden habe und die Constitution die Anstellung von Ausländern verbiete, könne er nichts für sie thun. Ein weiterer Befehl des Kaisers verlangte von Sachsen wie von Westfalen die Zurückberufung aller ihrer in der preußischen Armee dienenden Landeskinder.

Alles dies zusammen jedoch hat nicht so viel Unkraut zwischen Preußen und Sachsen gesäet wie die eine Angelegenheit der sogenannten preußischen Schuldforderungen (créances prus-

1) Winkopp, Rheinischer Bund VI, Heft 16, S. 37.
2) Corresp. de Nap. XV, 554.

Digitized by Google

siennes). Bereits vor dem tilsiter Frieden hatte Daru ein Verzeichniß aller Hypotheken entwerfen müssen, welche der preußische Staat auf Grundstücken im nachherigen Herzogthum Warschau außenstehen hatte; da in Folge des unter der preußischen Verwaltung außerordentlich gestiegenen Bodenwerthes sehr große Capitalien in diese Provinz geflossen waren, so beliefen sich diese Hypotheken auf eine sehr bedeutende Summe, nach Daru's Rechnung auf 43,466220 Frcs. an Capitalien und mehr als 4 Millionen rückständige Zinsen. Durch Decret vom 16. Mai hatte Napoleon die provisorische Regierung ermächtigt, von diesen Hypotheken bis zum Betrage von 6 Millionen Frcs. einzutreiben und zum öffentlichen Besten zu veräußern; da dies aber für den Augenblick sich nicht thun ließ, so schoß die provisorische Regierung diese Summe zur Bestreitung der Heeresbedürfnisse aus dem Staatsschatze vor. Nachdem jedoch der Kaiser durch Art. 4 der dresdner Convention vom 22. Juli sich das Eigenthum an diesen Hypotheken vorbehalten hatte, weigerten sich die französischen Beamten unter dem Vorwande, daß durch die Convention das Decret vom 16. Mai außer Wirksamkeit gesetzt worden sei, die Anrechnung jener 6 Millionen, die doch lange vorher durch Schenkung des Kaisers Eigenthum der polnischen Nation geworden waren, für das, was das Herzogthum an Frankreich schuldete, zuzulassen. Auch Napoleon selbst wünschte aus dieser Sache möglichsten Vortheil zu ziehen; er schickte einen eigenen Agenten nach Warschau, um alle Forderungen des Königs von Preußen aufzuspüren [1]), und obgleich der 25. Artikel des tilsiter Friedens das Eigenthum von Privatpersonen und öffentlichen Anstalten ausdrücklich von der Beschlagnahme ausnahm, so wurde dieselbe doch auch auf die Capitalien der berliner Bank und der Seehandlung, da die Fonds beider Institute wenigstens zum größten Theil der preußischen Regierung zustünden und für deren Rechnung verwaltet würden, ebenso auf die der Wittwencasse, des potsdamer Waisenhauses, selbst von Privatpersonen, von denen man

1) Corresp. de Nap. XV, 481. — Dresdner Archiv.

Digitized by Google

annahm, daß sie nur ihren Namen für die Bank hergegeben hätten, ausgedehnt. Dadurch stieg die Summe der französischerseits in Anspruch genommenen Capitalien auf 17,018000 Thaler.

Als nun im Januar 1808 eine polnische Deputation nach 1808
Paris kam, um einige Erleichterungen für das Herzogthum zu erwirken und namentlich auch gegen die Strenge, mit der man von den Grundbesitzern die Bezahlung jener in den Besitz des Kaisers übergegangenen Hypotheken verlangte, Vorstellungen zu machen, so brachte dies den Kaiser, dem es darum zu thun war, den Werth bald und baar zu erhalten, auf den Gedanken, dem Könige von Sachsen die Überlassung jener Forderungen anzubieten. Abgesehen von dem Vortheil, daß diese dadurch aus den Händen eines fremden Souverains in die der eigenen Regierung übergiengen, die bei deren Eintreibung gewisse Rücksichten walten lassen konnte, und selbst für den Fall, daß sich mancher verlorene Posten darunter vorfinden würde, schien dieses Geschäft doch dem warschauer Staatsschatze einen so erklecklichen Gewinn zu versprechen, daß Graf Bose, ohne sich um die Specialitäten zu kümmern, mit einer Dienstwilligkeit und Leichtfertigkeit, die sich bitter rächen sollten, sofort einschlug. Zu Bayonne, wohin die polnische Deputation dem Kaiser gefolgt war, wurde 20. Mai eine geheime Convention abgeschlossen. Durch dieselbe trat Napoleon die preußischen Schuldforderungen (seitdem créances de Bayonne genannt), welche Daru's Verzeichniß aufführte, einschließlich aller sich etwa in der Folge noch auffindenden, unter gleichzeitiger Niederschlagung aller warschauischen Ansprüche an Frankreich gegen die in drei jährlichen Raten zu zahlende und bis dahin mit 5 % zu verzinsende Summe von 20 Millionen Frcs. an das Herzogthum ab [1]). Preußen mußte in der am 8. September 1808 zu Paris

1) Martens, Nouveau Recueil IV, 7. „Je compte de rediger aujourdhui le décret touchant la Convention de Bayonne", schreibt Friedrich August seinem Minister v. Bose nach Eger am 30. Mai 1808. „Je crains seulement, que le Maréchal (Davout) en fasse faire quelque

Digitized by Google

unterzeichneten Convention gegen einen Nachlaß von 14 Millionen Frcs. an der Kriegssteuer ausdrücklich auf alle Schuldforderungen, die ihm an Einzelne im Herzogthum Warschau zustanden, verzichten.

Nur zu bald mußte sich Friedrich August überzeugen, daß die bayonner Convention statt der gehofften Erleichterung der warschauer Finanzen [1]) zu den zahlreichen Verlegenheiten der dortigen Regierung noch eine neue hinzugefügt hatte. Denn nicht genug, daß die meisten Schuldner, durch den Krieg ruiniert, gar nicht im Stande waren zu zahlen, so reclamierte die preußische Regierung den größten Theil der auf Daru's Etat gebrachten Summen als nicht dem Staate, sondern öffentlichen Anstalten gehörig und verweigerte die Herausgabe der betreffenden Schulddocumente; anderseits weigerten sich die Schuldner an den warschauer Staatsschatz zu zahlen, so lange die Schulddocumente noch in den Händen der alten Gläubiger seien, da sie sonst keinen Fuß auf preußisches Gebiet setzen dürften, ohne sich der Verhaftung auszusetzen, die in Preußen Angesessenen aber, wie auch wirklich geschah, Beschlagnahme und Verkauf ihres dortigen Grundeigenthums zu befahren hätten. An Zwangsmaßregeln aber, an Verkauf der hypothecierten Grundstücke konnte die Regierung einfach deshalb nicht denken, weil unter den obwaltenden Umständen sich kein Käufer gefunden haben würde [2]). So sah sich der König in dem Augenblicke, wo der erste Reichstag in Warschau eröffnet werden sollte, in die peinlichste Lage versetzt. Außer Stand die preußischen Forderungen einzutreiben, besaß er doch auch keine anderen Mittel

annonce' prématurée par les gazettes, mais il ne depend pas de moi, ni de l'empêcher ni même de lui demander la discretion sur cela!"

1) Friedrich August an Napoleon 5. Juni 1808: — — V. M. voudra aggréer, que je Lui offre ici l'expression de ma profonde gratitude de ces effets de Sa munificence, qui promettent au Duché une amélioration de sa situation et m'encouragent à travailler dès lors avec d'autant plus de confiance au bonheur du peuple remis à mes soins."

2) Sächsische Denkschrift vom 25. Januar 1809. Dr. Arch.

Digitized by Google

um die durch die Convention von Bayonne dem Kaiser gegenüber eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Credit hatte das Herzogthum keinen; schon im Juli 1808 schlugen Serra und Davout dem Staatsrathe als einzigen Ausweg eine Zwangsanleihe vor. Der Militäretat allein verschlang, ja überstieg die gesamte Jahreseinnahme. Für das Jahr 1810 beliefen sich die Ausgaben auf 70½, die Einnahme auf 36 Millionen Fl.; trotz der Überlassung der Kroneinkünfte war der Schatz nicht im Stande, auch nur den nothwendigsten Bedürfnissen zu genügen; seit mehreren Monaten war kein Gehalt, selbst Sold nicht mehr regelmäßig bezahlt worden. Hierzu kam die für das Königreich sehr drückende Nöthigung, noch immer 6000 Mann sächsischer Truppen auf dem Kriegsfuße im Herzogthum zu erhalten, was einen jährlichen Mehraufwand von 2 Millionen Frcs. erheischte. Der König mußte dem Kaiser unumwunden bekennen, daß dieser unnatürliche Zustand des heimgesuchten Landes, dessen einzige auswärtige Einnahmequelle, der Getreidehandel, seit zwei Jahren gleich Null sei, nicht dauern könne, daß es unter diesen Umständen unmöglich sei, dem Reichstage neue Opfer zuzumuthen [1]); eine Verminderung der Militärlast und eine Gestundung der auf die bayonner Schuld noch an Frankreich zu zahlenden 15 Millionen Frcs. sei unerläßlich. Aber es wurde 28. Februar 1810 nur 1810
eine Verlängerung der Zahlungstermine auf sechs Jahre zugestanden.

Diese Bedrängniß machte es dem König, der die Härte jener Preußen aufgedrungenen Cession recht wohl fühlte, doppelt wünschenswerth, mit Preußen zu einem Einverständniß über

1) „Tout en m'occupant donc encore du Tableau générale d'administration, que j'aurai à présenter à la Diète, je vois ainsi le total de la recette absorbé par les frais de l'armée. Que je serais heureux de pouvoir recevoir avant l'ouverture de cette Diète la décision de V. M. sur les moyens d'épargne quelconque à employer dans mon armée, ou, si celle-ci et les six mille hommes de mes troupes de Saxe devraient rester sur le pied de guerre, sur ceux d'être aidé par Ses généreux secours." Friedrich August an Napoleon am 25. Januar 1809.

Digitized by Google

die bayonner Forderungen zu gelangen. Auch führten die zwischen dem Geheimenrath Zerboni di Sposetti und dem sächsischen Archivrath Günther gepflogenen Unterhandlungen am
1810 10. September 1810 zu einer Übereinkunft wegen gegenseitiger Aufhebung der Beschlagnahme; um aber womöglich die ganze aus der bayonner Convention entstandene Differenz mit einem Male zu beseitigen, verständigte man sich gleichzeitig, daß Preußen, dem es hauptsächlich um den Credit der berliner Bank zu thun war, von seinen Forderungen im Herzogthum für 6 Millionen Thaler aufgeben und die Schulddocumente über dieselben aushändigen, das warschauer Gouvernement dagegen alle übrigen Forderungen freigeben solle. So vortheilhaft aber auch dieses Abkommen sowohl für den Schatz als für die Grundbesitzer war, so verwarf es doch Napoleon, ohne dessen Genehmigung natürlich der König nicht abzuschließen wagte, auf das bestimmteste. Wozu das gehaßte und beargwöhnte Preußen erleichtern? „Ich begreife nicht", schrieb er dem König am 7. October, „wozu Sie Preußen brauchen, um Schuldner zur Bezahlung zu nöthigen, welche Ihre Unterthanen sind, zumal da diese Forderungen in Hypotheken bestehen. Nach meiner Meinung bedürfen Sie der Documente, die der König von Preußen hat, durchaus nicht, da sie durch die Verträge annulliert sind. Sie brauchen dieselben nur durch ein Decret für null und nichtig zu erklären und den Schuldnern bei Strafe der Execution zu befehlen, daß sie an den Schatz des Herzogthums zahlen. Ich sehe keine Nothwendigkeit, den König von Preußen etwas gewinnen zu lassen und ihm eine Jurisdiction in Warschau zu geben, wenn dies den Credit Preußens hebt. Was Sie für Preußen thun, das thun Sie gegen sich. Als ich Hessen-Kassel erwarb, bemächtigte ich mich auch der Forderungen des Kurfürsten, und die Schuldner haben bezahlt und bezahlen, ohne daß ich die Verschreibungen habe. Wäre es aber wahr, daß die, welche bezahlt hätten, sich in dem Falle, daß Preußen das Land wiederlangt, in Gefahr geriethen, nochmals in Anspruch genommen zu werden, so wäre das ein günstiger Umstand, denn das würde für die Betroffenen

Digitized by Google

ein Grund mehr sein, die Rückkehr Preußens zu fürchten." [1]) Obgleich nun dieser dictatorische Spruch die Convention augenblicklich rückgängig machte, so war es doch kaum möglich, die Angelegenheit in dem unentschiedenen Zustande zu lassen, in dem sie sich befand. Der Hauptpunkt des Streites blieb immer, was von den sequestrierten Capitalien Staats-, was Privatgut sei. Da der warschauer Finanzminister ausfindig gemacht zu haben behauptete, daß über 3 Millionen Thaler, die auf Privatpersonen eingetragen waren, in Wirklichkeit ebenfalls der berliner Bank und anderen königlichen Cassen gehörten, so wurden im März 1811 der Sicherheit halber sämtliche verdächtige Hypotheken 1811
mit Beschlag belegt, was von seiten Preußens neue Klagen hervorrief. Es suchte daher den Faden der Unterhandlung wieder anzuknüpfen; aber das sächsische Cabinet, so peinlich ihm selber die Sache war, getraute sich nach jener unzweideutigen Willensäußerung des Kaisers nicht, darauf einzugehen. Um jedoch wenigstens die zweifellos begründeten Beschwerden des berliner Hofes zu beseitigen, hob der König im November 1811 die Beschlagnahme der den Wittwencassen, Universitäten und anderen Stiftungen gehörigen Capitalien auf; anderseits legte Zerboni in Warschau ein Verzeichniß derjenigen Capitalien vor, welche die berliner Bank aufzugeben bereit war, reiste aber, weil nicht mit ausreichenden Vollmachten versehen, wieder ab, ohne definitiv abgeschlossen zu haben. Mittlerweile traten Ereignisse ein, welche die preußische Regierung bestimmten, vor der Hand die Sache ganz fallen zu lassen, und so blieb dieselbe unerledigt, bis der Friede zwischen Preußen und Sachsen von 1815 die bayonner Convention für aufgehoben erklärte. — 1815

Napoleons Aufenthalt in Bayonne hatte den Verhältnissen jenseits der Pyrenäen gegolten; es war ihm dort gelungen, die spanische Königsfamilie in sein Netz zu locken. Aber die Erhebung der spanischen Nation machte sich bald bis nach Deutschland hin fühlbar. Österreich rüstete im Geheimen, in Preußen beschwor die patriotische Partei den König, mit Österreich zu-

1) Corresp. de Nap. XXI, 201; cf. ibid., p. 231.

Digitized by Google

gleich das Schwert zu ziehen. Graf Goetzen, der in der Stille in Schlesien Vorbereitungen traf, schickte K. v. Martens nach Dresden, um auch dort Gleichgesinnte aufzusuchen und den Einmarsch in Sachsen vorzubereiten. Aber nur Wenige fanden sich, die den deutschen Patrioten in die Hände arbeiteten.

Nie hatte sich dem Kaiser ein Krieg zu ungelegenerer Zeit angekündigt, aber er säumte keinen Augenblick, sich gegen ihn in Bereitschaft zu setzen. Schon im Juli machte Bourgoing die sächsische Regierung auf die österreichischen Rüstungen aufmerksam und forderte zu Vorsichtsmaßregeln, namentlich zur Abschickung einiger intelligenter Offiziere nach Böhmen auf [1]). „Gibt es", schrieb Napoleon am 25. Juli aus Toulouse an den König von Sachsen und in ähnlicher Weise an andere Rheinbundfürsten, „ein Mittel, den Krieg zu vermeiden, so ist es das, Österreich zu zeigen, daß wir den Handschuh aufnehmen und daß wir bereit sind. . . Jeder Vernünftige wird Österreichs Rüstungen nur mit Mitleiden sehen; wollte man sie aber dulden, so würden sie nicht ohne Nachtheil bleiben;

1) Bourgoing an Bose 11. Juli 1808: „Cependant des mesures de précaution ne sont point à négliger, surtout de la part de la Saxe, qui est une des avantgardes de la Confédération. La Saxe serait sans doute l'objet des premières attaques. Mais Elle pourrait compter sur les plus promts secours. L'exemple du Camp de Boulogne rapidement porté au coeur de l'Allemagne doit la rassurer." — Graf Bose legte dem König einen Entwurf zur Antwort an Bourgoing vor: „Que S. M. n'hésiterait pas un instant de l'executer, étant glorieuse de ce titre d'Avantgarde de la Confédération et voulant le conserver avec le même honneur que celles des armées de l'Empereur" und begleitet denselben mit folgenden den Mann kennzeichnenden Worten: „Si l'évènement malheureux avait lieu, la Saxe doit montrer à l'Autriche sa force, et à Napoleon sa faiblesse et tout tournera à la gloire de son grand Roi, s'il faut que cela tourne au malheur de la Maison d'Autriche. — Mais, Sire, si les choses devenaient sérieuses, pourriez Vous Vous passer d'un général français? Avez-vous des généraux? Serait-il possible — en cas de vraie guerre — seulement de se contenter de ceux, qui se trouvent dans Son armée? et s'il fallait en venir-là, ne serait il pas bon au lieu d'en recevoir d'en demander un, qu'Elle choisirait expressément?"

Digitized by Google

sie würden ihm in der öffentlichen Meinung Deutschlands eine Stärke verleihen, die es nicht haben darf, Österreich selbst würde von seiner Macht eine übertriebene Vorstellung erhalten, weil man seine Rüstungen geduldet habe, und sich bald zum Kriege entschließen, den es von vornherein nicht wollte. Da also Österreich rüstet, so müssen wir auch rüsten. Ich fordere Ew. Maj. auf, zwei Divisionen Ihrer Armee, die eine in der Lausitz, die andere an der Elbe zusammenzuziehen. Als Zweck dieser Maßregel ist nur die Bildung von Übungslagern anzukündigen. Unterdes hat Ihr Gesandter in Wien eine friedliche Sprache zu führen; wenn man aber gegen ihn die Rüstungen Ew. Maj. erwähnt, soll er sie nicht läugnen, sondern sagen: wir rüsten ebenso wie Frankreich, weil Ihr rüstet, es geschieht zu unserer Vertheidigung. Setzt Euch wieder in die Verfassung, in der Ihr vor sechs Monaten waret, und die Lager, die wir gebildet haben, werden aufgelöst werden." Ohne Verzug wurden bei Bautzen und bei Pirna zwei Lager gebildet, aber die Gefahr ging diesmal vorüber; Preußen vertagte durch den Vertrag vom 8. September seine Rachegedanken, Napoleon gab sich den Anschein, Österreichs Friedensversicherungen Glauben zu schenken und gewann so Zeit, zu Erfurt durch die Erneuerung des Freundschaftsbundes mit Alexander den drohenden Sturm zu beschwören. Sogleich beim ersten Gerüchte von der in der Nähe der sächsischen Grenze bevorstehenden Zusammenkunft der beiden Kaiser stellte Graf Bose dem Könige die Nothwendigkeit vor, dem Mächtigen in Person aufzuwarten [1]). Ein sächsischer Offizier wurde ihm zur Begrüßung bis an den Rhein entgegengeschickt, dann machte sich der König selbst auf,

1) „de lui témoigner des attentions publiques, dont il est si jaloux et surtout de menager à cette occasion les plus grands intérêts de tous Ses états". Bose an den König 13. Sept. 1808. — Am 21. Sept. schreibt er: „A-t-il existé une crise générale encore comme celle de la semaine prochaine? et ne faut-il pas qu'un fidèle serviteur conjure tous les moyens pour tout diriger favorablement vers le but de la satisfaction complète de l'homme puissant, Son ami?"

Digitized by Google

um sich dem Gefolge der Rheinbundfürsten anzuschließen, das sich zu Erfurt vollzählig um seinen Protector versammelte. „Glauben mir Ew. Liebden", seufzte er dort gegen den Fürsten von Reuß-Schleiz, „daß es mir als einem alternden Manne recht beschwerlich fällt, oft weite Reisen zu machen, um einem fremden Herrn aufzuwarten!" [1]) Nach verschwundener Kriegsgefahr erhielten die Rheinbundfürsten Erlaubniß, wieder abzurüsten.

Die Fesseln Europas, an denen Sachsen seinen Theil mit so großer Willfährigkeit trug, schienen fester denn je geschmiedet, als Napoleon von Erfurt wieder über die Pyrenäen eilte. Die Entfernung des Freiherrn v. Stein aus dem preußischen Ministerium beruhigte auch in Bezug auf Sachsen die französischen Machthaber, welche die Sorge nicht los wurden, daß der im preußischen Volke glimmende Funke auch dort einen Brand entzünden könne [2]). Wie unnöthig diese war, bewies die unanständige Beeiferung, mit der v. Bose auf die bloße Nachricht des Moniteur von Steins Ächtung dessen im Herzogthum Warschau gelegene Herrschaft Birnbaum sequestrieren ließ [3]). Trotzdem hörte namentlich Davout nicht auf, jede nur irgendwie verdächtige Äußerung, die in der Presse laut wurde, zumal wenn sie die spanische Insurrection betraf, mit dem ängstlichsten Argwohn zu überwachen; auf sein Verlangen wurde der unfügsame Professor Leonhardi von der Redaction der leipziger Zeitung entfernt und der Pächter derselben angewiesen,

1) Schlosser, Erlebnisse eines Landpredigers in den Jahren 1806 bis 1815 (1848), S. 47.

2) Bose an den Geh. Leg.-Rath Wendt, Warschau am 17. Dec. 1808: — „J'ajoute maintenant que depuis la demission de Mr. de Stein Mr. le Maréchal (Davout) est calmé dans son animosité contre cet ancien ministre de Prusse et dans l'idée qu'il s'était formée de l'effet pernicieux que les menées sourdes de ses prétendus émissaires peuvent produire sur l'esprit de la nation Saxonne."

3) Senfft, Mémoires, p. 57. — Bose an Thielmann am 10. Jan. 1809: „Nous avons reçu les nouvelles par Mr. Serra du juste sort, qu'a subi Mr. de Stein. Comme il est probable, qu'il ait des terres dans le Duché, les ordres sont donnés d'y mettre la main."

Digitized by Google

das Blatt „ganz im Geiste des Systems des Vaterlandes und seines Fürsten zu leiten". Zum sehr gefälligen Werkzeuge bei diesem Geschäfte gab sich des Königs Flügeladjutant, Major Thielmann [1]), her, seit jener Audienz zu Merseburg ein feuriger Bewunderer Napoleons, gegenwärtig dem Marschall Davout als Mittelsperson in dessen Verkehr mit den sächsischen Behörden beigegeben, mit dessen besonderem Vertrauen beehrt und eifrig beflissen, den Marschall von der unbedingten Ergebenheit des sächsischen Cabinets zu überzeugen.

Noch aber war das Jahr 1808 nicht zu Ende, als der politische Horizont sich aufs neue zu umdüstern anfing. Es war kein Zweifel mehr, Österreich hatte, bauend auf Napoleons Verwicklung in den spanischen Aufstand, den Entschluß zum Kriege gefaßt. Thielmann begab sich nach Dresden, um zu beobachten, was jenseits der böhmischen Grenze vorgehe und darüber an Davout zu berichten. Auch Napoleons Adlerauge verfolgte aus der Ferne, was sich an der Donau vorbereitete; schon am 15. Januar lenkte er von Valladolid aus die Aufmerksamkeit des Königs von Sachsen, der sich eben in Warschau befand, aber seinen dortigen Aufenthalt, wie nöthig er auch war, aus Rücksicht auf die beunruhigende politische Lage abkürzte, auf Österreichs Rüstungen. „Was denken Ew. Maj.", schrieb er grollend, „von dieser Thorheit des wiener Hofes? Rußland ist entrüstet über dieses Verfahren und kann es nicht begreifen. Sollten die Wasser der Donau die Eigenschaft der Lethe angenommen haben? Jedenfalls bin ich bereit, den Handschuh aufzuheben, wenn Österreich mir ihn hinwirft, und den Rheinbund mit 300000 Mann zu decken. Ich bitte Ew. Maj. mich für alle Fälle von dem genauen Etat Ihrer Truppen zu

1) Geboren 1765 zu Dresden als Sohn eines kurfürstlichen Oberrechnungsraths, vom Vater ursprünglich für das Rechtsstudium bestimmt, trat derselbe 1782 ins Heer, machte die Rheinfeldzüge mit, wohnte 1807 als Adjutant des Generals v. Polenz der Belagerung von Danzig, darauf auch der Schlacht bei Friedland bei. Vgl. über ihn v. Holtzendorff, Beiträge zu der Biographie des Generals Freiherrn v. Thielmann (1830).

Digitized by Google

unterrichten, damit ich weiß, auf was ich rechnen kann; denn wenn Österreich den Krieg will, so ist es besser, daß er auf seinem Gebiete als auf dem unseren geführt wird." [1]) Am 2. Februar ergieng an die Rheinbundfürsten die Aufforderung des Fürsten Primas zu Bereithaltung ihrer Contingente.

Die Aussicht auf einen Krieg mit Österreich verbreitete in Dresden große Bestürzung. Man sah schon die böhmische Armee sich geradewegs durch Sachsen auf das Königreich Westfalen werfen, Hannover wiedererobern, den Engländern die Nordseeküste öffnen und die Verbindung Frankreichs mit Sachsen, Preußen und Rußland durchschneiden. Die Angst vor einem österreichischen Handstreiche trieb sogar den Grafen Marcolini, in Wien um eine Schutzwache für die Prinzessin Therese, des Kaisers Schwester, nachzusuchen, und legte sich erst, als Davout, den Graf Bose gebeten hatte, seine Anordnungen behufs deren schnelleren Ausführung direct an das Kriegsministerium zu richten, von Erfurt aus das sächsische Heer, soweit es nicht in Warschau, Danzig oder Glogau stand, um Dresden zusammenzuziehen befahl. Nur war man noch nicht einig, ob in dem Falle eines österreichischen Angriffs Dresden preiszugeben sei, damit nicht bei dessen Vertheidigung die Armee der Gefahr der Gefangennehmung ausgesetzt werde, oder ob nach der von Oberst Thielmann verfochtenen Ansicht die Sachsen sich hier bis zum Eintreffen französischen Entsatzes würden halten können [2]). Des Kaisers Versicherungen klangen beruhigend. „Ew. Maj. können ohne Sorge sein", schrieb er dem Könige im Vertrauen, „wir werden bald in Prag und Wien sein; am 20. März, wenn Ew. Maj. diesen Brief erhalten, werde ich Armeen zu Ulm, Bamberg, Augsburg und auf allen

1) Corresp. de Nap. XVIII, 230. — „Elle me parle des folies de l'Autriche", antwortet Friedrich August, Warschau, 16. Febr.; „je ne puis attribuer une autre qualification à sa conduite. Tout ce que je puis dire, c'est qu'il en est donc, qui ne connaissent pas comme moi le coeur de V. M. C'est bien leur faute; il est si facile à connaitre et aprécier!"

2) v. Holtzendorff a. a. O., Beilage 5.

Digitized by Google

Punkten des Rheinbundes haben, um das Gebiet desselben zu beschützen." [1]) Trotzdem nicht ohne Besorgniß wegen der seiner Truppen wartenden Bestimmung wendete sich der König an Davout und erhielt zwar auch von diesem die Versicherung, „daß im Fall eines Kriegs die Sicherung Sachsens einen Theil der Combinationen des Kaisers ausmachen werde"; wieviel jedoch dieser Trost werth sei, lehrte der Zusatz, „was die Sicherheit der königlichen Familie betreffe, so würde das Einfachste sein, wenn diese sich aus der Nachbarschaft des Kriegs entferne, nur müsse diese Maßregel einmüthig ergriffen werden, und es würde unpassend sein, wenn etwa einige Glieder derselben zurückbleiben wollten"; letzteres ein nicht mißzuverstehender Fingerzeig, daß man französischerseits auf die verwandtschaftlichen Beziehungen des Alliierten zu dem österreichischen Kaiserhofe ein wachsames Auge habe. Zugleich schickte Davout den General Morand, um Dresden durch Anlegung von Außenwerken in besseren Vertheidigungsstand zu setzen.

Daß das sächsische Heer zur Behauptung dieser ausgedehnten Befestigungen viel zu schwach sei, daß diese ganzen kriegerischen Anstalten im wesentlichen nur den Zweck haben könnten, die Österreicher zu täuschen und einen Theil ihrer Streitmacht an der sächsischen Grenze festzuhalten, war nicht schwer zu durchschauen. Dennoch fristete man sich eine Zeit lang in Dresden mit der Hoffnung auf die vom Gerücht verheißene Verstärkung durch fünf polnische Divisionen und die französischen Garnisonen aus dem nördlichen Deutschland, so daß selbst die Anstalten zur Abreise der königlichen Familie wieder abbestellt wurden; aber die Polen kamen nicht und die französischen Regimenter zogen weiter nach Südwesten, sogar die Befestigungsarbeiten um Dresden wurden wieder eingestellt. Was die Österreicher etwa gegen Sachsen unternehmen würden, kümmerte Napoleon für den Augenblick sehr wenig, die Entscheidung lag für ihn an der Donau. Dorthin berief er daher auch das sächsische Contingent, ohne die mindeste Rücksicht darauf, daß dadurch

1) Corresp. de Nap. XVIII, 280. 318.

Digitized by Google

das Land gänzlich von Vertheidigern entblößt wurde; gleichzeitig erhielt der dresdner Hof die Weisung, den diplomatischen Verkehr mit Österreich sofort abzubrechen [1]).

Am 22. März hatte Marschall Bernadotte, Fürst von Pontecorvo, den Oberbefehl über das sächsische Corps übernommen. Obgleich er, gewöhnt weit stärkere Heerestheile zu führen, diesen Auftrag als eine Zurücksetzung empfand, zumal die Sachsen als die wegen ihrer geringeren Kriegstüchtigkeit beim Kaiser am wenigsten gut angeschriebenen Rheinbundstruppen galten, so war er doch klug genug, seine neuen Untergebenen dies nicht entgelten zu lassen und dem Unmuthe über ihre mangelhafte Beschaffenheit nur in seinen Berichten an Berthier Luft zu machen [2]). Das sächsische Contingent zählte bei seinem Aufbruche am 15. April 23 Bataillone Infanterie in zwei Divisionen unter den Generalleutnants v. Zezschwitz und v. Polenz, und zwei Reiterbrigaden, zusammen 16302 Mann mit 24 Geschützen; Chef des Generalstabs wurde statt des Obersten v. Funck, der sich auf diese Stelle Rechnung gemacht hatte, aber durch Marcolini auf die Seite geschoben worden war [3]), Oberst v. Gersdorff. In Folge der unbestimmten Nachrichten über die Stellung der beiderseitigen Armeen, sowie der aufständischen Bewegungen in Norddeutschland rückte das Corps nur langsam vorwärts, über Gera nach Weimar, von da nach Rudolstadt, wo Bernadotte den Befehl traf, sich gegen Böhmen zu wenden, um den Rücken des Erzherzogs Karl zu bedrohen, einen Theil der feindlichen Streitkräfte auf sich zu ziehen und sodann die Vereinigung mit der großen

1) Napoleon an Bourgoing am 19. April: „Le ministre d'Autriche à Dresde doit être chassé sans delai, celui de Saxe à Vienne rappellé et la guerre déclarée. Le roi doit, je pense, quitter Dresde pour s'approcher du Rhin. Je n'ai besoin de Vous dire, que tous mes palais de France sont à sa disposition. Toutefois son absence de sa capitale ne sera pas longue." Corresp. de Nap. XVIII, 489.

2) Pelet, Mémoires sur la guerre de 1809 (1824) II, 428 sq.

3) Senfft, Mémoires, p. 7. Senffts scharfes Urtheil über v. Gersdorff ebendas., S. 74.

Digitized by Google

Armee unterhalb Regensburg zu bewerkstelligen. Demzufolge schlug er über Plauen und Hof die Richtung nach Wunsiedel ein, entsendete jedoch nur eine kleine Abtheilung nach Eger, zog, mehrfach durch sich widersprechende Befehle aufgehalten, den westlichen Fuß des Böhmerwaldes entlang, überschritt am 9. Mai bei Straubing die Donau und erreichte drei Tage darauf seinen nächsten Bestimmungsort Passau zu der nämlichen Zeit, wo Dresden und Leipzig bereits Napoleons Siege bei Abensberg, Landshut, Eckmühl und Regensburg mit Illumination und Tedeum feierten. Vor Passau, wo die nur 3633 Mann zählende französische Division Dupas zu den Sachsen stieß, die nun beide vereinigt das neunte Armeecorps bildeten, wurde 14. Mai der Vormarsch Donauabwärts fortgesetzt, jedoch Tags darauf auf die Nachricht von Wiens Capitulation wieder unterbrochen. Hier war es, wo der erste Zusammenstoß der Sachsen mit dem Feinde erfolgte. Als nämlich das österreichische Corps Kolowrath, welches sich anfänglich durch Bernadotte's Bewegungen bei Pilsen hatte festhalten lassen, dann aber nach Budweis gerückt war, sich am 17. Mai in der Absicht, die Marschlinie des französischen Heeres zu durchbrechen, mit Übermacht auf die kaum 10000 Mann starken Würtemberger unter Vandamme in Linz warf, eilte Bernadotte, die Gefahr erkennend, sogleich zu ihrer Unterstützung herbei und traf noch zeitig genug ein, um die fast schon erliegenden Würtemberger zu retten und den Angriff der Österreicher zurückzuweisen. Die tapfere Haltung, welche die Sachsen in diesem Gefechte bewiesen, trug dazu bei, dem Marschall eine etwas bessere Meinung von ihren Fähigkeiten zu geben; namentlich hatte die Kavalerie ihre bekannte Tüchtigkeit aufs neue bewährt, aber auch die etwas altmodische Infanterie gezeigt, daß sie unter richtiger Leitung Tüchtiges zu leisten vermöge [1]).

1) Über das Gefecht bei Linz s. Österreich. militärische Zeitschrift, IV. Jahrg., S. 383. — [v. Czettritz-Neuhauß]: „Erinnerungen eines Kavalerieoffiziers", in Zeitschrift für Kunst, Wissenschaft und Geschichte des Kriegs XXXXVI, 188 ff. — Bernadotte schreibt darüber an den König: „Il est de mon devoir de rendre témoignage à la belle con-

Digitized by Google

Die Sachsen blieben vorläufig, einen lebhaften kleinen Krieg mit den Österreichern unterhaltend, bei Linz, bis Napoleon, entschlossen, das Mißgeschick des Tages bei Aspern durch einen großen Schlag wieder auszugleichen, alle verfügbaren Truppentheile näher an die große Armee heranzog. Den ganzen Juni hindurch stand das neunte Armeecorps bei schlechtem Wetter, elenden Quartieren und knappen Lebensmitteln bei Sieghardshausen, unweit St. Pölten, und diese Ruhezeit wurde benutzt, um die vom Kaiser anbefohlene Neuformierung der sächsischen Truppen vorzunehmen. Da derselbe einen Hauptfehler in der Schwäche der Bataillone sah, so wurden deren je zwei in eins zusammengezogen, die Cadres der zweiten Bataillone aber nebst einer Menge theils zu alter, theils zu junger, und deshalb für den Felddienst unbrauchbarer Offiziere nach Sachsen zurückgeschickt um dort die anbefohlene neue Aushebung zu erleichtern, die beiden Grenadierbataillone v. Winkelmann und v. Radloff, sowie das Schützenbataillon v. Metzsch wurden zur Verstärkung der Division Dupas bestimmt, wo sie „mit französischen Truppen vermischt und von französischen Generalen commandiert, bessere Dienste thun würden".

Um bei dem großen Schlage, der von der Insel Lobau aus mit zermalmender Wucht auf den Erzherzog Karl fallen sollte, mitzuwirken verließ das neunte Armeecorps in der Nacht zum 4. Juli das Lager bei Ebersdorf, wo es zuletzt gelegen hatte, und bezog am folgenden Morgen ein Bivouac auf der Insel Lobau [1]). Des Nachmittags durchritt der Kaiser die Reihen, richtete auch an die Sachsen einige Worte, die General v. Gutschmid ihnen verdeutschte. Schon an diesem Abend hatten sie, bis dicht ans Ufer vorgeschoben, während eines

duite que les troupes saxonnes ont tenue dans cette journée." (Dr. Arch.) An Berthier dagegen am 28sten: „Les Saxons, je le repète, sont hors d'état d'agir isolément et il n'y a aucun de leurs généraux, à qui je puisse confier une opération détachée."

1) v. Treitschke: „Die königl. sächs. Truppen in der Schlacht bei Wagram", in Zeitschrift für Kunst, Wissenschaft und Geschichte des Kriegs XXXXIII.

Digitized by Google

furchtbaren Gewitters im österreichischen Kugelregen auszuhalten, der manches Opfer forderte. Am Morgen des 5ten standen die Corps von Oudinot, Marmont und Davout auf dem linken Donauufer; ihnen folgten in ununterbrochenem Strome die Armee von Italien, Bernadotte, Marmont, jeder Heerestheil in die ihm angewiesene Stellung gegenüber den Österreichern, die den Feind auf den Anhöhen hinter dem Rußbach erwarteten. Zu Bernadotte's höchstem Verdrusse war sein ohnehin schwaches Corps durch Abgabe der Division Dupas an Oudinot, Zurücklassung zweier Bataillone auf der Lobau und Detachierung des leichten Reiterregiments Prinz Johann auf den äußersten Flügel zu Davout noch weiter reduciert worden. Gegen 4 Uhr erhielt die sächsische Brigade Steindel Befehl, das Dorf Raschdorf wegzunehmen, was, da der Feind fast keine Gegenwehr leistete, von dem Bataillon Anton mit leichter Mühe geschah, während die Brigade Gutschmid sich mit der österreichischen Kavalerie in Einzelgefechten versuchte, die jedoch Bernadotte als zwecklos alsbald untersagte. Erst gegen 5 Uhr befahl er dem Generalmajor v. Gutschmid die Ebene von der feindlichen Reiterei zu säubern. Ungesäumt warf sich dieser auf den an Zahl überlegenen Gegner, ein plötzlich in der rechten Flanke auftauchendes Infanteriebataillon wurde von der 1. Husarenschwadron auseinandergesprengt, die österreichische Kavalerie an Aderklaa vorüber bis gegen Wagram in die Flucht gejagt, worauf die Sachsen in und bei Aderklaa Stellung nahmen, zur Rechten neben sich die Italiener, links Massena, hinter sich die Baiern.

Obgleich sich der Tag bereits neigte, brannte Bernadotte vor Ungeduld, noch vor Einbruch der Nacht durch eine größere Unternehmung diesen ersten glücklichen Erfolg zu krönen und die ihm widerfahrenen Zurücksetzungen und Kränkungen zu beschämen. Er meldete dem Kaiser seinen Entschluß, Wagram unverzüglich zu nehmen. Die Aussicht noch diesen Abend durch einen gewaltigen Stoß auf diesen Ort das Centrum der feindlichen Stellung zu durchbrechen und das dadurch in zwei Hälften zerrissene österreichische Heer zum Rückzug zu zwingen

Digitized by Google

schien auch diesem zu verlockend, um nicht den Versuch zu wagen. Jedenfalls aber war das neunte Armeecorps, selbst durch einen Angriff Oudinots auf Baumsdorf und Macdonalds weiter links gegen den Rußbach unterstützt, dazu viel zu schwach. Heldenmüthig erstürmte zwar die Division Dupas, die Bataillone Radloff und Metzsch an ihrer Spitze, die Batterie jenseits des Rußbachs, mußte sie aber, da keine weiteren Truppen folgten, sehr bald den neu sich heranwälzenden Massen wieder überlassen und hinter den Bach zurückweichen. Nun erst erhielt General Lecoq Befehl Wagram mit Sturm zu nehmen. Es dunkelte bereits, als die Sachsen in das brennende und von den Österreichern mit Zähigkeit vertheidigte Dorf eindrangen und es bis auf wenige Häuser eroberten. Da wollte ein unglücklicher Zufall, daß die zu Lecoqs Unterstützung vorrückende Brigade des Generals v. Hartitzsch, der bei dieser Gelegenheit tödtlich verwundet wurde, verleitet durch die Ähnlichkeit der sächsischen mit der österreichischen Uniform, auf ihre im Dorfe kämpfenden Landsleute feuerte. Diese, durch das Dorfgefecht auseinandergekommen, glaubten sich im Rücken angegriffen und erwiderten das Feuer; es entstand eine gräuliche Verwirrung, die, durch die Dunkelheit vermehrt, sich selbst bis zu Macdonalds Corps und den Italienern verpflanzte und keine andere Wahl ließ, als das Dorf zu räumen und die Truppen außerhalb desselben zu sammeln, worauf sie unverfolgt, aber sehr zusammengeschmolzen und aufs äußerste erschöpft nach Aderklaa zurückgiengen. Es dauerte bis Mitternacht, ehe die Ordnung sich wiederherstellte; mit Tagesanbruch führte sie Bernadotte noch etwas weiter zurück, so daß sie in gleiche Höhe links mit Massena, rechts mit der italienischen Armee zu stehen kamen.

Dieser für die österreichischen Waffen glückliche Anfang ermuthigte den Erzherzog Karl, am folgenden Morgen selbst die Offensive zu ergreifen. Gelang es ihm mit seinem, zu diesem Zwecke sehr verstärkten rechten Flügel den Feind von der Donau und damit von der Verbindung mit der Insel Lobau abzudrängen, so konnte er hoffen, ihn mit dem Centrum und dem

Digitized by Google

linken Flügel, auf welchem er die Ankunft des Erzherzogs Johann erwartete, vollends zu erdrücken. Zu seinem Verderben gab er aber dadurch seinem schlachtenkundigen Gegner Gelegenheit ihn auf dem linken Flügel zu fassen. Die Sachsen gehörten zu denjenigen Truppen, welche die ganze Wucht des österreichischen Angriffs zu tragen hatten. Ihre 26 Geschütze, welche die Gegend zwischen Wagram und dem von den Österreichern wiederbesetzten Aderklaa bestrichen, unterhielten stundenlang einen heißen Kampf gegen das feindliche Centrum, ein Stück nach dem andern wurde demontiert. Hinter ihnen stand das Fußvolk, zum Kugelfang für die österreichischen Geschütze verurtheilt, regungslos, ohne die geringste Unordnung. Als die zur Linken stehenden französischen Divisionen wichen, setzte sich Bernadotte, um ihren Rückzug zu decken, persönlich an die Spitze der sächsischen Kavalerie, die bisher schon mehrfache Gefechte zu bestehen gehabt hatte, wurde aber durch ein mörderisches Flankenfeuer genöthigt, umzukehren und sie hinter die Infanterie zurückgehen zu lassen.

Schon waren die Truppen auf diesem Punkte des Schlachtfeldes nahe daran, der mörderischen Wirkung der österreichischen Artillerie zu erliegen, als Napoleon bei der sächsischen Grenadiergarde erschien, die feindliche Stellung beobachtete und den Sachsen durch General Gersdorff sagen ließ, sie möchten aushalten, bald würde sich alles ändern. Zweimal wurde zwar Bernadotte's und Massena's Angriff auf Aderklaa zurückgeschlagen, aber bereits war die Umgehung des linken österreichischen Flügels durch Davout eingeleitet, und Lauriston ballte hundert Geschütze gegen ihn zusammen. Um diesen Platz zu machen wurde das sächsische Corps, welches anfing Mangel an Munition zu leiden, und dessen Geschütze zum größten Theil unbrauchbar geworden waren, in die zweite Linie zurückgezogen; es geschah dies mit der Ordnung und Pünktlichkeit des Exercierplatzes. „Wäre es möglich, Ihre Kavalerie zu übertreffen, die Infanterie würde es heute gethan haben", äußerte Bernadotte gegen den General v. Zezschwitz. Nur noch kurze Zeit, und Erzherzog Karl, der seinen linken Flügel unter Davouts

Digitized by Google

und Lauriſtons Angriff zuſammenbrechen ſah, trat den Rückzug an. Der Verluſt der Sachſen, der 15 Offiziere und 576 Mann an Todten, 11 Offiziere und 3533 Mann an Verwundeten und Vermißten, alſo ein volles Drittheil des in die Schlacht gegangenen Corps betrug, ſprach deutlich für den Antheil, welchen ſie an dem Siege bei Wagram genommen.

Aber der eigenthümliche Unſtern, der die Sachſen unter Napoleons Fahnen hartnäckig verfolgt hat, wollte, daß ſie, und zwar diesmal durch ihres eigenen Anführers Schuld, ſtatt der verdienten Anerkennung Vorwürfe und Verunglimpfung ernteten. Seit langem mit dem Kaiſer geſpannt, grollend über die untergeordnete Rolle, die ihm in dieſem Feldzuge zu Theil geworden war, mißtrauiſch und anmaßend, hatte Bernadotte's üble Laune durch das Mißlingen des Angriffs auf Wagram am Abend des 5ten, das er dem Ausbleiben rechtzeitiger Unterſtützung ſchuld gab, den Gipfel erreicht. Er, der früher ſelbſt über die mangelhafte Kriegstüchtigkeit der Sachſen Klage geführt hatte, überſchüttete ſie nun im Bivouac bei Enzersdorf mit überſchwänglichem Lobe [1]). „Ich habe euch zur Ehre führen wollen", ſetzte er hinzu und trug gefliſſentlich Sorge, daß ſeine Worte dem Kaiſer hinterbracht würden, „ich habe euch dem Tode entgegengeführt; ihr habt geleiſtet, was ich nur erwarten konnte, man wird es trotzdem nicht anerkennen, weil ihr es unter meinem Befehle thatet." Hiermit noch nicht zufrieden erließ er am 7. Juli an die Sachſen einen überaus tactloſen Armeebefehl, in welchem er nicht nur ihre Leiſtungen weit über die Grenzen der verdienten Anerkennung übertrieb, ſondern ſich ſogar anmaßte, ihnen des Kaiſers beſondere Zufriedenheit auszudrücken. Die Folge war ſeine unmittelbare Enthebung vom Commando und ein nur den Marſchällen mitgetheilter Tagesbefehl des Kaiſers, der über das Verfahren des Fürſten von Pontecorvo den ſchärfſten Tadel verhängte; weniger noch als eine derartige Unbotmäßigkeit mochte es Napoleon dulden,

1) Starkloff, Leben des Herzogs Bernhard von Sachſen-Weimar I (1865), S. 85.

Digitized by Google

daß fremde Truppen vor den französischen gepriesen würden, und so erstreckte sich die Ungnade des Führers auf das ganze sächsische Corps [1]).

An Bernadotte's Stelle übernahm Reynier den Oberbefehl über die Sachsen. Der Armee des Vicekönigs von Italien zugetheilt, wurden sie zur Verfolgung des sich nach Ungarn zurückziehenden Erzherzogs Johann verwendet, machten aber auf die Nachricht von dem Waffenstillstande an der March halt. Erst als die Österreicher trotz desselben während der Verhandlung über die zu ziehende Demarcationslinie am 12. Juli bei Stampfen ihre Vorhut angriffen, wurde das Corps bis Preßburg vorgeschoben, wo es bis in den November stehen blieb.

Während die Sachsen auf diese Weise an der Donau für die Aufrechthaltung der napoleonischen Weltherrschaft bluteten, sahen sich daheim Land und König im Fall eines feindlichen Angriffs auf den ganz unzureichenden Schutz einer geringfügigen zurückgebliebenen Abtheilung angewiesen. Zwar wurden mit Genehmigung des Kaisers die im Herzogthum Warschau stehenden Truppen, etwa 3000 Mann unter Generalmajor v. Dyherrn, die dem Könige während seines dortigen Aufenthalts zur Escorte gedient hatten, desgleichen das Regiment Zastrow-Kürassiere aus Danzig zur Vertheidigung des Landes heimberufen, doch erlitt der Rückmarsch der ersteren einen unvorhergesehenen Aufschub, indem sie den Fürsten Poniatowski

1) „S. M. doit le succès de ses armes aux troupes françaises et non à aucun étranger." Die Befehle sind abgedruckt bei Thiers, Histoire du consulat et de l'empire X (Paris 1851), p. 508 und Corresp. de Nap. XIX, 288. 307. — „Les Saxons lachèrent pied la veille de Wagram, ils lachèrent pied le matin de Wagram, c'étaient les plus mauvaises troupes de l'armée." Napoleon auf St. Helena in Montholon, Notes et mélanges I, 180. Auch Thiers (p. 448 und 459) läßt den Sachsen keine Gerechtigkeit widerfahren. Die Vertheidigung derselben führt C. v. Gersdorff (Deux lettres adressées au lieutenant-général Gérard et au maréchal-de-camp Baron Gourgaud au sujet d'une remarque des Notes et mélanges, 1823).

Digitized by Google

unterstützen mußten, der dem an der Spitze von 30000 Mann in das Herzogthum eingebrochenen Erzherzog Ferdinand die Annäherung an Warschau streitig zu machen suchte. Das Gefecht bei Raschyn, 19. April, zwang ihn, mit Preisgebung der Hauptstadt sich auf das rechte Weichselufer zwischen Modlin und Sierock zurückzuziehen. Jeden Versuch des Feindes ihm dorthin zu folgen, wies er jedoch standhaft zurück, und als der Erzherzog sich trotzdem bis Thorn vorwagte, nöthigte ihn Poniatowski durch einen kühnen Einfall in Galizien und die Bedrohung von Krakau zu schleuniger Umkehr. Die Sachsen aber waren unmittelbar nach dem Gefechte bei Raschyn in die Heimat aufgebrochen.

Dort hatte der König nebst seiner Familie mit alleiniger Ausnahme der hochbetagten Prinzessin Elisabeth aus Besorgniß vor der Nähe der böhmischen Grenze schon am 16. April, nachdem er für die Zeit seiner Abwesenheit die Regierung dem Geheimenrathe übertragen, sein Hoflager nach Leipzig verlegt und stand bereit, sich noch weiter rückwärts in Sicherheit zu bringen, als Bernadotte's Versicherung, daß jetzt nichts für ihn zu fürchten sei, und die dringende Vorstellung des leipziger Handelsstandes, daß seine Gegenwart allein die eben in Gang befindliche Messe aufrecht erhalten könne, ihn bewogen, unter dem Schutze der Depotmannschaften, des Reiterregiments Polenz und der eben anlangenden Küraſſiere vorläufig hier zu bleiben. Allein es dauerte nicht lange, so schlugen die Wogen des Kriegs, zunächst jedoch von der nicht vermutheten Seite her, über die schutzlosen sächsischen Grenzen herüber. Am Morgen des 1. Mai brachte ein Eilbote aus Belzig nach Wittenberg die Nachricht vom Heranrücken eines preußischen Corps unter dem Major v. Schill, die um so größere Bestürzung verbreitete, als im Vertrauen auf die Neutralität Preußens die Staatscassen und das Artilleriedepot in diese Festung geborgen worden waren. Die schwache Besatzung, von den Bürgerschützen unterstützt, traf in der Eile die nöthigsten Vertheidigungsanstalten. Wenige Stunden darauf erschien Schill selbst an der Spitze von ungefähr 500 Reitern und 300 Mann zu Fuß und verlangte

Digitized by Google

unter dem Vorgeben, daß er die Vorhut des preußischen Heeres führe, die Übergabe der Festung. Da sich jedoch bei der mit ihm eröffneten Unterhandlung der Ungrund dieser Behauptung sehr bald herausstellte, so wurde ihm sowohl die Übergabe als die geforderte Geldsumme abgeschlagen und nur der Übergang über die Elbe gestattet, während dessen die Besatzung mit brennender Lunte bei den Geschützen stand. Hinter den Abziehenden wurde ein Theil der Brücke abgedeckt, auch als Schill schon in der folgenden Nacht seinen Rückweg darüber nehmen wollte, ihm dieser verweigert; sein Versuch, Sachsen in die beabsichtigte Erhebung Norddeutschlands hineinzuziehen, war gänzlich gescheitert. Die Menge österreichischer und preußischer Deserteure, die man im Verdacht hatte, zu ihm zu wollen, ließ man, soweit sie nicht Angehörige der Rheinbundstaaten waren, nach Magdeburg schaffen, wo sich ein Werbeoffizier für das berüchtigte Isenburger Regiment befand.

Kaum aber hatte sich dieses Unwetter verzogen, als von Böhmen her, wo der Herzog von Braunschweig-Oels Zurüstungen zu einem Einfall in Norddeutschland machte, ein neues drohte [1]). Was sich zusammenraffen ließ, ungefähr 1400 Mann, meist Invaliden oder Rekruten, mit 214 Pferden und 14 Kanonen, wurde unter dem Obersten Thielmann schleunigst gegen Dresden entsendet, alle Vorräthe, soweit thunlich, Elbabwärts, alle Cassen auf den Königstein in Sicherheit gebracht, gegen das Gebirge Benachrichtigungsposten aufgestellt. Sobald General Dyherrn aus Polen kommend bei Wilsdruff angelangt war, übernahm dieser das Commando über das vereinigte Corps; da er jedoch angewiesen war, nicht anders als gemeinschaftlich mit dem von allen getroffenen Anstalten aufs genaueste unterrichteten Thielmann zu handeln, so war es letzterem bei seinem geistigen Übergewicht nicht schwer, sich den unbedingtesten Einfluß zu verschaffen, und als Dyherrn nachher mit der Organisation der aus Österreich zurückkehrenden Cadres beauftragt wurde, erreichte Thielmann das Ziel seines Ehrgeizes, das alleinige Commando des sächsischen Corps.

1) v. Holtzendorff a. a. O., S. 18 ff.

Digitized by Google

Am 21. Mai rückte der Herzog von Braunschweig mit etwa 200 Mann in Zittau ein, in einer Proclamation die Bevölkerung zur Abschüttelung des französischen Joches auffordernd. An Haß gegen dasselbe fehlte es auch in Sachsen nicht; das Geschenk des Herzogthums Warschau hatte zwar den Hof gewonnen, das Volk aber gänzlich gleichgiltig gelassen. Ein in Zittau postierter Kundschafter beklagte sich bitter über die antifranzösische Gesinnung der dortigen Einwohnerschaft, in Leipzig fand es der Magistrat für nöthig, ein Verbot gegen unvorsichtige Gespräche zu erlassen, indem „um große politische Zeitbegebenheiten in ihren wahren Anlässen, ihrer inneren Verbindung und ihren unermeßlichen Folgen zu beurtheilen, ein Standpunkt nöthig sei, auf den kein Privatmann sich zu erheben vermöge“ [1]), selbst in Dresden erlaubten sich Personen aus den ersten Ständen „die unbesonnensten Äußerungen“, aber dabei blieb es auch; Sachsen war kein Boden für eine Volkserhebung. Die französischen Gewalthaber freilich fühlten schon bei der leisesten Erschütterung den Boden unter ihren Füßen wanken. Bourgoing bestürmte den Grafen Bose wiederholt, den Eindruck, den des Herzogs Aufruf etwa gemacht haben mochte, durch eine königliche Proclamation zu paralysieren [2]), die jener

1) Poppe a. a. O. I, 270.

2) Bourgoing an Graf Bose 3. Juni 1809: „Il me revient de tous côtés, qu'en Saxe comme ailleur il y a beaucoup de gens prévenus contre la cause de l'Empereur et de ses alliés, qui sont empressés à accueillir, à faire circuler les nouvelles tendantes à la décréditer, qui sont convaincus que ce n'est pas sincèrement que votre auguste souverain l'a embrassée, qui s'affligent de nos succès, quand ils ne peuvent plus en douter. — Je sais très bien, que ce n'est ni par les menaces ni par la contrainte, que les esprits s'éclairent ni que les coeurs se corrigent. Mais il est des moyens de persuasion, qui peuvent faire en quelque sorte attendre le double but. L'un d'eux, Mr. le Comte, serait, je crois, cette proclamation royale, dont V. E. a bien voulu me parler et dont j'attends la publication avec impatience. Elle produirait en ce moment un effet salutaire notamment en Saxe, ou je sais que les projets hostiles du Duc d'Oels inspirent plus d'intérêt que de frayeur, parceque là surtout on doute des véritables intentions du plus sage et du plus probe des monarques.“

Digitized by Google

begreiflicherweise zu erlassen zögerte, da die Umstände der sächsischen Regierung die vorsichtigste Zurückhaltung auferlegten. Am deutlichsten war ihr bei der Schwäche ihrer Streitmittel ein ausschließlich vertheidigungsweises Verfahren vorgeschrieben, und da auch die österreichischen Truppen strengen Befehl hatten, das sächsische Gebiet nicht zu betreten, so würde das Land wahrscheinlich vom Kriege so gut wie unberührt geblieben sein, wenn nicht der eitle und ehrgeizige Thielmann beim Ministerium auf eine „vorsichtige Offensive" gedrungen und am 25. Mai eine ganz nutzlose Recognoscierung über Peterswalde unternommen hätte, die ihm nichts als in der Armee den Spottnamen des Grafen von Rollendorf eintrug. Auf die Nachricht, daß der Herzog noch immer in Zittau stehe, wendete er sich in gerader Richtung durch Böhmen dorthin. „Das Haus Habsburg hat aufgehört zu regieren", verkündete er unterwegs der Ortsbehörde von Nixdorf. Es glückte ihm zwar, am 30. Mai Zittau zu überfallen und die Braunschweiger zu verjagen, allein im Jubel über den leicht errungenen Sieg vergaß man die Vorsicht so weit, daß die Stadt schon am folgenden Morgen vor dem in verstärkter Zahl zurückkehrenden Feinde geräumt werden mußte. Der Herzog legte ihr, ehe er sich nach Gabel zurückzog, eine Contribution von 6000 Thalern auf mit der Erklärung, sie nicht wieder besetzen zu wollen, wenn man sächsischerseits Ruhe halte, drohte aber im entgegengesetzten Falle mit dem Schlimmsten. Statt dies zu beachten, ergriff Thielmann sofort Repressalien gegen das böhmische Städtchen Rumburg und ließ eine Proclamation gegen den Herzog drucken [1]), von deren förmlicher Publication ihn nur die dringenden Vorstellungen des zittauer Magistrats und einiger besonnener Offiziere abbrachten, da deren Sprache so ungebührlich war, daß ein königlicher Befehl ihre sofortige Unterdrückung anordnete.

Durch diese unklugen und muthwilligen Neckereien brachte es Thielmann dahin, daß die Österreicher sich nun doch zur Überschreitung der Grenze entschlossen. Während General

1) v. Holtzendorff a. a. O., S. 187.

Digitized by Google

Radivojewich sich gegen Baireuth und Nürnberg wendete, vereinigte sich General Am Ende, der acht Bataillone ziemlich schlecht bewaffnete Landwehr, eine Abtheilung Schützen, vier Schwadronen und zwanzig Geschütze befehligte, am 9. Juni bei Außig mit der Schar des Herzogs von Braunschweig und dem kleinen, vom Kurfürsten von Hessen ausgerüsteten Corps und rückte mit der ausdrücklichen Erklärung, daß die von Thielmann angefangenen Feindseligkeiten die Veranlassung seines Einmarsches seien, über Zinnwald in Sachsen ein, wurde aber hier durch seine große Unfähigkeit für den Herzog nur zum Hemmschuh. Einer fünffachen Übermacht gegenüber löste Thielmann die Aufgabe, das Vordringen derselben nach Möglichkeit zu erschweren und ihr den Weg nach Westfalen zu verlegen, nicht ohne Geschick. Er räumte Dresden und zog sich fechtend hinter Wilsdruff, dann vom Feinde unbehelligt über Rochlitz nach Borna zurück, wo er einige Verstärkungen an sich zog und einstweilen stehen blieb. Napoleons Befehl, Dresden zu armieren und etliche Bataillone Bürgergarde daselbst zu bilden, war, wenn überhaupt ausführbar, jedenfalls zu spät gekommen. Es wurde 11. Juni vom Feinde besetzt, das noch vorgefundene Kriegsmaterial, im Werthe von 250000 Thalern, nach Theresienstadt abgeführt, Aufrufe, von Ad. Müller auf Veranlassung des Stadtcommandanten, Fürsten Lobkowitz, verfaßt, forderten zum Anschluß an die Sache der Befreier auf, der Herzog warb durch Handgeld und starke Getränke für sein Corps, während seine Leute sich in der Umgegend vielfache Erpressungen und selbst Mißhandlungen der Einwohner erlaubten, so daß der Geheimerath nichts Besseres zu thun wußte, als sich durch den Geheimen Referendar v. Manteuffel unmittelbar an den Erzherzog Karl mit der Bitte um Schonung des Landes zu wenden.

Bereits am 8. Juni hatte der König den Herzog von Valmy, Befehlshaber des Observationscorps der Elbe und der Reserve des Rheins im Hessischen, durch den Major v. Tettenborn auf die dem Königreich und ihm selbst drohende Gefahr aufmerksam machen lassen, erhielt aber die wenig tröstliche

Digitized by Google

Antwort, daß der Herzog ohne ausdrücklichen Befehl des Kaisers sich nicht von der Stelle rühren, auch nicht ein einziges Bataillon abgeben dürfe. So mußte sich denn der schutzlos gelassene König 13. Juni zur Fortsetzung seiner Flucht nach Frankfurt a. M. entschließen [1]). Hier erfuhr er den von dem Geheimenrathe beim Erzherzog Karl gethanen Schritt; in der höchsten Bestürzung ertheilte er demselben unverzüglich einen strengen Verweis und suchte durch ein demüthiges Entschuldigungsschreiben den Zorn des Kaisers über diesen Mißgriff zu besänftigen [2]). Die Antwort des Erzherzogs wurde uneröffnet dem Kaiser zugesendet.

Der Herzog von Braunschweig hatte sich zur Genüge überzeugen können, daß auf eine Erhebung in Sachsen nicht zu rechnen, der Zweck seines Zuges überhaupt verfehlt sei. Die Anfrage, welche ein von ihm angeblich wegen Auswechselung von Gefangenen in das sächsische Hauptquartier geschickter Parlamentair stellte, ob auf eine Convention wegen Böhmens zu rechnen sei, wenn die eingefallenen Truppen sich ruhig aus Sachsen zurückzögen, verrieth deutlich seine Geneigtheit, auf weitere Unternehmungen zu verzichten; aber Thielmann in seiner Sucht nach Großthaten „that, als verstünde er es gar nicht"! Eine solche Convention hätte dem Lande die doppelte Last der österreichisch-braunschweigischen Invasion und die noch weit drückendere der westfälischen Hilfe erspart, die jetzt herannahte. General d'Albignac stand bereits bei Sondershausen, der König Jerôme selbst wurde in Querfurt erwartet [3]), ließ sich aber durch die falsche Nachricht vom Vordringen einer feindlichen Colonne über Koburg gegen Westfalen festhalten, und es be-

1) Er zeigte dies Napoleon mit dem Zusatze an: „Le bras puissant de mon grand Protecteur et Ses bontés pour moi sont des motifs suffisants pour m'inspirer une parfaite sécurité et pour me faire espérer, que cette nouvelle aggression de l'ennemi commun ne restera pas longtemps impunie." Dresdn. Arch.

2) Siehe Anhang, Nr. 3.

3) Den phrasenhaften Tagesbefehl, in welchem Thielmann dies seinen Truppen bekannt machte, s. bei v. Holtzendorff, S. 192.

Digitized by Google

durfte eines erneuten dringenderen Ansuchens Thielmanns, um die Westfalen zum Vorrücken zu bewegen. Unterdessen hatte Am Ende acht Tage lang in Dresden still gelegen, Antwort aus Prag erwartend, ob er weiter vorrücken dürfe; nachdem diese eingetroffen, brach er im Verein mit dem Herzog gegen Leipzig auf. Da Thielmann Befehl hatte, vor seiner Vereinigung mit den Westfalen allen Gefechten auszuweichen, so begnügte er sich die Fähre bei Wurzen und die Brücke bei Eilenburg zu zerstören und zog sich nach einem Plänklergefecht zwischen Holzhausen und Leipzig um die Stadt herum über Lützen nach Weißenfels zurück, wo 23. Juni auch d'Albignac, freilich nur mit 2750 Mann, eintraf und den Oberbefehl übernahm.

Tags vorher waren die ersten Braunschweiger und Österreicher in Leipzig erschienen; ihr Anführer verkündete dem Deputierten des Magistrats vom Pferde herab die Befreiung Deutschlands vom französischen Joche und die Wiederherstellung Leipzigs als „freier deutscher Hansastadt, die es früher gewesen". Die nachfolgenden Truppen zogen zur Verfolgung der Sachsen weiter, gegen Abend langte der Herzog selbst in Begleitung Am Ende's an, verhieß strenge Manneszucht, machte einige Requisitionen, verhehlte aber seine Mißstimmung über die Lauheit der Einwohnerschaft nicht. Da ihm Am Ende seine Unterstützung gegen die heranrückenden Sachsen und Westfalen versagte, so zog er sich noch am nämlichen Tage nach Grimma zurück, worauf Thielmann am 26. Mai Leipzig wieder besetzte [1]). Das Erste, was er hier that, war, sich für die in einer Proclamation des Herzogs vom 15ten gegen ihn enthaltenen Ausfälle [2]) dadurch zu rächen, daß er einen auf der

1) Über den tollkühnen Streifzug, welchen der braunschweigische Capitain Sander mit vier Mann in die Niederlausitz unternahm, s. Gretschel-Bülau III, 393 ff.

2) „Die vorlauten Aeußerungen des Obersten Thielmann lassen einen ernstlichen Widerstand vermuthen, da dieser von fremden Interessen bestochene Offizier alles aufbietet, sein Vaterland zu verrathen und das Herz seines rechtlichen, guten Königs zu betrüben."

Digitized by Google

leipziger Post aufgefangenen Brief des Erzherzogs Karl an den Herzog, worin jener seinen Unwillen über die von den Braunschweigern in Sachsen verübten Ausschweifungen aussprach, zwar dem Herzoge zusendete, gleichzeitig aber auch in der leipziger Zeitung veröffentlichte, eine Handlungsweise, die, unedel an sich, nur den Gegner nutzlos erbittern mußte und deshalb auch vom Könige öffentlich gemißbilligt wurde.

Alle Unregelmäßigkeiten jedoch, welche die Braunschweiger sich hatten zu schulden kommen lassen, wurden gänzlich in Schatten gestellt durch die Ausschweifungen, die sich die zuchtlosen Westfalen und die nach ihnen kommenden Holländer gegen das Land, welches sie beschützen sollten, erlaubten. Allerdings ahmten sie damit nur das von ihren Anführern gegebene Beispiel nach. Kaum hatte d'Albignac Leipzig besetzt, so begannen allerhand Requisitionen, die jedoch Thielmann „der öffentlichen Meinung halber" zu bezahlen rathsam fand. Als nun vollends König Jerôme, der voll lächerlicher Großsprecherei sich als Sachsens Befreier gerierte [1]), am 26. Juni an der Spitze eines überaus glänzenden Gefolges seinen Einzug in Leipzig hielt, steigerten sich die Ansprüche zwar nicht für die Truppen, wohl aber für die königliche Küche ins maßlose.

Unterdessen war Am Ende, der seinen Rückzug in der Richtung auf Dresden unbehelligt fortsetzte, durch den zum Oberbefehlshaber aller österreichischen Truppen in Sachsen und im Baireuthischen ernannten Feldmarschall Kienmayer abgelöst worden. Mit der Ankunft dieses energischen und tüchtigen Heerführers kam ein neuer Geist in den schläfrigen Gang der Operationen. Er stellte sogleich den Rückzug ein und gieng dem von Waldheim her folgenden Feinde über die Mulde wieder entgegen. Bei dem Dorfe Marbach entspann sich 28. Juni ein Gefecht, das d'Albignac, da er während desselben die Weisung bekam, sich keinem Verluste auszusetzen, nur matt bis zur Dunkelheit hinhielt, worauf er sich zurückzog und am nächsten Tage den Oberbefehl an den mit 4000 Holländern angelangten

1) Poppe I, 282.

Digitized by Google

General Gratien abtrat. Auch der Feind war in der Nacht zurückgegangen; die Hauptmacht, zu der auch die Braunschweiger gehörten, führte Kienmayer über Chemnitz nach der bairischen Grenze, um das durch Junot bedrohte schwache Streifcorps Radivojewichs zu verstärken; mit dem kleinern Theile schlug Am Ende den Weg nach Dresden ein. Statt nun Kienmayer kräftig zu verfolgen und ihn zwischen sich und den von Bamberg her operierenden Junot in die Mitte zu nehmen, fand es Jerôme behaglicher, am 1. Juli einen Triumpheinzug in das von den Österreichern ohne Gegenwehr geräumte Dresden zu halten. Von den ihn empfangenden Behörden redete er den Bürgermeister huldvoll an, an den Ministern gieng er vorüber, ohne die wie versteinert dastehenden eines Wortes oder Blickes zu würdigen [1]). Unter wiederholtem Besinnen und vielfachen Änderungen der Entschlüsse bewegte er sich hierauf langsam über Freiberg und Chemnitz nach Schleiz, wohin auch Thielmann, aber um den nach Böhmen zurückgewichenen Am Ende im Auge zu behalten, weiter oben auf dem Kamme des Gebirges dirigiert wurde. Dadurch behielt Kienmayer nicht nur Zeit, mit Junot allein fertig zu werden, sondern Jerôme selbst entgieng der Gefahr, in Schleiz von den Braunschweigern überfallen zu werden, nur durch eiligen Rückzug nach Erfurt. Um diese, angeblich durch die Landung der Engländer auf Vließingen gebotene Bewegung zu decken, erhielt Thielmann Befehl, sich bei Naumburg aufzustellen und dann nach Leuchtenburg zu folgen; also sollte auch noch die Hand voll Truppen, der bisher der Schutz des Landes obgelegen hatte entführt werden, um statt dessen dem kaiserlichen Bruder seinen Schattenthron schützen zu helfen! Nicht die Vorstellungen gegen eine so kopflose Maß-

1) „C'est une bêtise inconcevable", sagte er zum Geh. Finanzrath v. Manteuffel, „de vos ministres. Cette démarche a plus inquieté votre roi que l'occupation de son pays par l'ennemi (!). Avec toute la confiance que mon frère a pour votre roi, cette démarche aurait put avoir les suites les plus funestes. Mais j'ai lu les gazettes de Francfort. Tout est reparé." Mittheilungen aus den Papieren eines sächsischen Staatsmannes (1858), S. 111.

Digitized by Google

regel noch die bitteren Beschwerden bei dem in diesem Augenblicke ganz einflußlosen Könige von Sachsen [1]) befreiten Thielmann diesmal von der Nothwendigkeit, sich der Führung Jerôme's unterzuordnen, sondern die Österreicher unter Am Ende, die in der Zwischenzeit Dresden abermals besetzt hatten, weshalb er Befehl erhielt, dorthin zu marschieren. In Zeiz ereilte ihn eine Weisung des westfälischen Generalstabschefs, General Reubell, seinen Marsch zu beschleunigen, um sich womöglich noch vor Eintreffen der officiellen Nachricht vom Abschluß des Waffenstillstands wieder in Besitz der Residenz zu setzen. Am 20. Juli erschien er vor ihren Thoren und verlangte bis zwei Uhr die Übergabe, widrigenfalls er stürmen werde; da aber der österreichische Befehlshaber und der Magistrat ihn über den wirklich erfolgten Abschluß des Waffenstillstandes verständigten, so wurde ein Übereinkommen wegen einstweiliger Einstellung der Feindseligkeiten geschlossen und dieses am folgenden Tage, nachdem Am Ende den Befehl zur Räumung Sachsens erhalten hatte, in eine definitive Convention verwandelt, wonach die böhmische Grenze die Demarcationslinie bildete. Bis zum 27sten hatten die Österreicher das Land verlassen, welches auch von den zurückgebliebenen Marodeurs durch ausgesandte Reitercommandos bald vollständig gesäubert wurde [2]).

Obgleich dieser Waffenstillstand die durch die letzten glücklichen Erfolge gegen die westfälischen Truppen neu belebten Hoffnungen des Herzogs mit einem Schlage vernichtete, erschütterte er doch den Vorsatz des fürstlichen Helden, sich der napoleonischen Tyrannei um keinen Preis zu beugen, nicht. In Sachsen freilich war jetzt seines Bleibens nicht länger. Auf einer Wiese nahe bei Zwickau eröffnete er am Morgen des 24. Juli den Offizieren des Corps seinen Entschluß, sich bis zur Nordseeküste durchzuschlagen und jenseits des Oceans eine Freistatt zu suchen; von hier aus trat er den verzweifelt scheinenden Zug an, der zunächst über Altenburg nach Borna

1) v. Holtzendorff a. a. O., S. 64.
2) Siehe Anhang, Nr. 4.

Digitized by Google

gieng. Bei Steinbach fiel ihm die von Weißenfels kommende Equipage des Thielmannschen Corps in die Hände und nach einem hitzigen Gefechte gegen eine sächsische Kavalerieabtheilung bei Connewitz rückten die Braunschweiger zum nicht geringen Staunen der Einwohner, denen die Zeitungen schon vor Wochen die Vernichtung der schwarzen Räuberbande verkündigt hatten, am 26. Juli zum zweitenmale in Leipzig ein. Den Plünderungen, welche Einzelne sich erlaubten, that der Herzog rasch Einhalt, erhob aber, von den Umständen gedrängt, eine Contribution von 17000 Thalern und 5800 Fleischportionen, worauf er noch am nämlichen Tage den Marsch nach Halle fortsetzte. Thielmann, welcher auf die Nachricht von dem Zuge der Braunschweiger schleunigst mit 1300 Mann von Dresden aufgebrochen war, langte einen Tag zu spät in Leipzig an; er folgte ihnen zwar noch bis Lauchstädt, setzte aber dort, sei es aus Rücksicht auf die Schwäche seines Corps oder aus Abneigung, das sächsische Gebiet zu verlassen, oder endlich aus Furcht vor einer neuen Berührung mit den Westfalen, der Verfolgung ein Ziel. Ein kleines in Böhmen zurückgebliebenes Commando Braunschweiger, welches das Wagniß unternahm, dem Hauptcorps nachzufolgen, wurde 11. August bei Sebnitz von sächsischen Husaren auseinandergesprengt.

Die Rückkehr des Königs von Sachsen, die schon in der ersten Hälfte des Juli erwartet worden war, verzögerte sich in Folge des zweiten Einfalls der Braunschweiger um einen vollen Monat, seine Brüder folgten ihm sogar erst im October. Unabläßig wurde während des Waffenstillstandes an Aushebung und Ausbildung neuer Truppen gearbeitet und dadurch das von dem zum Generalmajor beförderten Thielmann befehligte Corps auf 10398 Mann mit 2195 Pferden vermehrt. Von Schönbrunn aus ordnete Napoleon am 11. August die Bildung eines achten Armeecorps unter Junots Commando an, welchem sämtliche Länder zwischen Rhein, Donau und Westfalen mit Einschluß Sachsens zugewiesen wurden. Die zu demselben gehörende Division Cara St. Cyr, bestehend aus vier französischen Bataillonen, 4000 Sachsen und 24 sächsischen Geschützen, sollte

Digitized by Google

sich unverzüglich zu Dresden vereinigen, zu welchem Zwecke Junot die sofortige Instandsetzung der für Artillerie ganz unbrauchbaren Straße von Hof nach Reichenbach und die Füllung der Magazine längs der Straße von da bis Dresden verlangte. Der von Napoleon zugleich im Namen des Rheinbunds abgeschlossene Friede zu Wien endigte am 14. October diesen für Sachsen in mehr als einer Beziehung peinlichen Krieg und führte die arg, zuletzt noch in den Cantonnements um Preßburg durch den Typhus decimierten Truppen statt, wie sie anfänglich fürchteten, auf die spanischen Schlachtfelder, an den heimischen Herd zurück. Auf eine vom Kaiser erhaltene Andeutung, daß er Sachsen eine Vergrößerung nach der böhmischen Seite hin zugedacht habe, schickte der König im August den Obersten v. Funck zur Betreibung dieser Angelegenheit nach Wien. Warum sollte auch Sachsen hinter Baiern zurückstehen, das so reichlich bedacht worden war? Es war die Rede vom saatzer und leitmeritzer Kreise, wenigstens Theresienstadt erklärte Funck zur Sicherung Dresdens für unentbehrlich, fand aber damit bei dem Minister Champagny wenig Eingang, welcher meinte, die militärische Absicht werde schon durch Vorrückung der sächsischen Grenze bis zum Kamm des Gebirges erreicht; hiergegen protestierte jedoch Funck lebhaft; nach seiner Meinung war es dann besser, den Anspruch auf Entschädigung in seiner vollen Integrität aufrecht zu halten, als sich mit einem so unbedeutenden Striche abfinden zu lassen [1]). Als daher der Friede Sachsen gar nur sechs von sächsischem Gebiete umschlossene böhmische Ortschaften, ungefähr 2 □M. mit 3- bis 4000 Einwohnern, zusprach, so zeigte die sächsische Regierung in ihrem Verdruß überhaupt keine Lust, von diesen Enclaven Besitz zu ergreifen; da aber anderseits die Krone Böhmen sich seit dem Frieden der Ausübung der Hoheitsrechte über dieselben enthielt, so waren sie factisch seitdem ohne Landesherrn [2]). Bedeutender

1) Dresdn. Arch.

2) Das Städtchen Schirgiswalde und die Dörfer Guntersdorf, Taubentränke, Gerlachsheim, Leutersdorf und Winkel. Im Jahre 1811 traten

Digitized by Google

und in seinen Folgen für Napoleon verhängnißvoll war die Abtretung von ganz Westgalizien, von Krakau mit einem Landstrich auf dem rechten Weichselufer und von dem zamosker Kreise, einem Gebiete von über 900 □M. mit 1,400000 Einwohnern an das Herzogthum Warschau; die Salzwerke von Wieliczka sollten diesem und Österreich gemeinschaftlich gehören, doch überließ Sachsen deren technisch-ökonomische Verwaltung 19. November 1811 auf acht Jahre der österreichischen Re-
1810 gierung. Am 30. November 1810 wurde dieser neue Zuwachs durch eine zu Paris geschlossene Convention der Regierung des Königs übergeben, wobei sich der Kaiser abermals Domainen im Werthe von 10 Millionen Frcs. zu Dotationen an seine Generale und andere französische Unterthanen vorbehielt. Endlich fiel dem Könige von Sachsen durch den im wiener Frieden enthaltenen Verzicht des Erzherzogs Anton auf seine Würde als Hochmeister des Deutschen Ordens die Ordensballei Thüringen mit den Comthurhöfen Zwätzen, Lehsten, Liebstadt, Nägelstädt und Griefstädt und einer Jahreseinnahme von

wegen Regelung dieser Angelegenheit zu Prag beiderseitige Commissare zusammen, doch zerschlug sich ihre Unterhandlung, weil österreichischerseits die Enclaveneigenschaft von Leutersdorf bestritten wurde. Nach Ausbruch des Kriegs von 1813 stellte Österreich um die Abtretung rückgängig zu machen den Antrag, daß entweder der Stand der Sache vor dem wiener Frieden wiederhergestellt werde, oder Sachsen als Compensation jener Abtretung seine in Böhmen gelegenen Enclaven an Österreich überlasse, und nachdem sich Sachsen für letztere Alternative entschieden hatte, kam man überein, mit dem Enclavenaustausch die Grenzregulierung zu verbinden. Aber die 1830 wiederaufgenommenen Unterhandlungen stießen sich immer wieder an der Enclavenqualität von Leutersdorf. Um seinem Widerspruche gegen dieselbe Nachdruck zu geben, lehnte Österreich nicht nur die Übergabe von Schirgiswalde fortwährend ab, sondern hemmte auch absichtlich allen Verkehr der sächsischen Enclave Weigsdorf mit dem Hauptlande, so daß die sächsische Regierung bereits nahe daran war, die Sache an den Bund zu bringen, als endlich 4. Juli 1845 ein Präliminarvertrag über die Abtretung des Gutes Schirgiswalde mit dem gleichnamigen Städtchen und den Dörfern Neuschirgiswalde und Petersbach an Sachsen zu Stande kam; definitiv wurde die Angelegenheit erst durch den Haupt-, Grenz- und Territorialreceß vom 5. März 1848 erledigt.

Digitized by Google

15736 Thalern zu, welche Güter derselbe in anerkennenswerther Uneigennützigkeit 18. September 1811 den beiden Landesuniversitäten und den drei Fürstenschulen widmete.

Napoleon, der nie aufgehört hatte Preußen zu fürchten, und schon damals den Zusammenstoß mit Rußland im Geiste voraussah, betrachtete den wiener Frieden nur als einen Waffenstillstand, der zu umfassenden Vorbereitungen für künftige Kriege benutzt werden müsse. Kam es dazu, so konnten Sachsen, als östlichster Vorposten des Rheinbundes, und das Herzogthum Warschau leicht zu einer wichtigen Rolle berufen sein. Noch war der Friede nicht unterzeichnet, als schon Napoleon den König von Sachsen im Vertrauen auf die Nothwendigkeit aufmerksam machte, bei der unsicheren Lage Europa's sich auf alle Fälle gefaßt zu halten und insbesondere sein Heer in einen solchen Stand zu setzen, daß er von Preußen nie etwas zu fürchten brauche [1]). Eine gründliche Umgestaltung des sächsischen Heerwesens war allerdings nach den letzten Erfahrungen unabweisbares Bedürfniß. Der Krieg von 1806 hatte darin keine erhebliche Aenderung hervorgebracht, die alte Linientaktik war nicht beseitigt worden, höchstens, daß man auf Napoleons Dringen die am Feldzuge gegen Preußen theilnehmenden Truppen mit Mänteln und das ganze Heer mit dem erforderlichen Fuhrwerkspark versah. Schon ehe es wieder ins Feld rückte, hatten die einsichtigsten unter den sächsischen Offizieren, Thielmann, Gersdorff und namentlich Funck, auf eine Menge veralteter Einrichtungen, sowie auf die Unfähigkeit der meisten Generale hingewiesen, allein für die Trägheit der sächsischen Regierung bedurfte es, bevor sie sich zu ernstlicheren Neuerungen entschloß, eines Anstoßes von außen, wie ihn jetzt des Kaisers directes Verlangen gab. Eine durchgreifende Reorganisation, durch eine aus dem Kriegsminister, den Generalen v. Gutschmid und Thielmann, den Obersten v. Gersdorff und v. Funck und dem Oberstleutnant v. Langenau gebildete Commission vorbereitet, trat mit dem Jahre 1810 ins Leben.

1) Corresp. de Nap. XIX, 557.

Digitized by Google

Unberührt davon blieb das bisherige Werbesystem, welches dem Heere freilich meist nur die Hefe des Volkes zuführte und es in einer Art von Mißachtung beim Publicum erhielt, doch war dies einer der wenigen Punkte, wo der König sich den französischen Zumuthungen beharrlich zu widersetzen wagte, indem er durch die Einführung der Conscription der Industrie die nöthigen Hände zu entziehen befürchtete. Dagegen wurden, um die zu schwachen taktischen Einheiten zu verstärken, vier Infanterieregimenter und das Karabinierregiment ganz aufgelöst, der Bestand der übrigen entsprechend erhöht, die Grenadiercompagnieen als solche aufgehoben und zu selbständigen Bataillonen vereinigt, zwei leichte Infanterieregimenter errichtet und aus dem Ganzen zwei Infanteriedivisionen und eine Kavaleriedivision gebildet. Die Artillerie, als die mangelhafteste Waffe der ganzen Armee, erhielt gleich dem Ingenieurcorps eine durchaus veränderte Gestalt, die altfränkische Tracht, in der die Sachsen um ein Menschenalter hinter den übrigen Truppen Napoleons zurückstanden, wurde durch zweckmäßigere und kleidsamere Uniformen ersetzt, die Ausrüstung verbessert, ein bleibender Generalstab eingerichtet, das Kriegsrathscollegium als oberste Militärbehörde aufgehoben, das Compagniewirthschaftssystem, in welchem Mißbräuche und Unredlichkeiten eingerissen waren, so daß der factische Truppenbestand nie den Solletat erreichte [1]), beseitigt. Da in Folge der bisher unbedingt geltenden Anciennität die höheren Chargen meistentheils

1) „Il m'a fallu compter", schrieb Bernadotte aus St. Pölten 13. Juni an den König, „et recompter moi-même les hommes pour savoir exactement le nombre des combattants et j'ai trouvé en dernière analyse 3000 hommes de moins qu'on ne m'avait annoncés à mon départ de Dresde, quoique en route notre perte en tués et égarés ne se monte pas à plus de 5 cents hommes. Je n'ai pas besoin de representer à V. M., combien il est important de toujours connaitre le nombre des hommes prets à combattre. Elle se rapelle très-bien que François I ne perdit la bataille de Pavie que parcequ'il ne se trouva avoir que 18000 combattans au lieu de 49000 hommes qu'il croyait avoir."

Digitized by Google

mit körperlich oder geistig unfähigen Männern besetzt waren, so wurden eine Anzahl Generale zu Gouverneurs ernannt, 11 andere, desgleichen 24 Stabsoffiziere, 22 Capitäns und 21 Subalternoffiziere theils zur Disposition gestellt, theils entlassen, dagegen unter gleichzeitiger Verbesserung der Gehalte für die oberen Grade 11 Generale, 55 Stabsoffiziere, 30 Capitäns und 146 Subalternoffiziere befördert oder neu ernannt. Insbesondere rückten einige jüngere, durch Fähigkeiten hervorragende Stabsoffiziere, wie Thielmann, Sahrer v. Sahr, v. Gersdorff, v. Nostitz, v. Funck, v. Langenau mit einer damals unerhörten Schnelligkeit auf, und sie sind es hauptsächlich gewesen, die, in der napoleonischen Schule gebildet, das Heer von der Greisenhaftigkeit befreiten, die ihm bis dahin anhing.

Die zweite Sorge Napoleons betraf den Schutz Sachsens durch Anlegung eines großen befestigten Platzes. Dresden schien ihm dazu weder durch seinen Reichthum an Kunstschätzen noch auch, seitdem Österreich ganz in das kaiserliche Lager übergegangen war, durch seine Lage geeignet, er rieth vielmehr, die Residenz ganz in eine offene Stadt zu verwandeln und statt dessen Wittenberg zu einer die ganze Mittelelbe beherrschenden Festung ersten Ranges und zum Hauptbollwerke des Königreiches zu erheben [1]). Soweit dieser Vorschlag Dresden betraf, wurde er bereitwilligst angenommen und mit der Rasierung der Werke ohne Verzug begonnen; dagegen erschrak der König vor den Kosten der Befestigung Wittenbergs, welche den sächsischen Schatz auf eine Reihe von Jahren unverhältnißmäßig belastet haben würden. Er schlug daher statt Wittenbergs das wohlfeiler zu befestigende Torgau vor, das sich auch durch seine geringere Entfernung von Dresden und durch seine Lage an der Hauptstraße von der Oder nach Leipzig empfehle, und Langenau, der deshalb nach Paris geschickt worden war, brachte die Genehmigung dieser Wahl zurück [2]).

1) Corresp. de Nap. XIX, 557.
2) Siehe Anhang, Nr. 6.

Digitized by Google

Der Bau, auf 6,074519 Thlr. veranschlagt, begann im Jahre 1810; die im folgenden Jahre angeordnete Demolierung der alten Werke von Wittenberg verzögerte sich dagegen, weil Stadtrath und königliches Amt sich über die Kosten derselben nicht einigen konnten, so daß der Krieg von 1813 die Befestigungen noch vorfand.

Da Graf Bose noch vor Abschluß des Friedens, im Sep-
1809 tember 1809, gestorben war, so ernannte der König nach eingeholter Genehmigung des Kaisers seinen Gesandten am Tuilerieenhofe, Senfft v. Pilsach, zu dessen Nachfolger. Doch wurde derselbe durch die Nachricht, daß der König auf eine Einladung des Kaisers demnächst in Paris eintreffen werde, noch eine Zeit lang auf seinem Posten zurückgehalten. Wie wenig auch diese Reisen nach dem Geschmacke des jetzt obendrein am Podagra leidenden Königs waren, so galt ihm doch ein solcher Wunsch seines erhabenen Protectors als Befehl. Unterwegs mit den gleichen Ehrenbezeugungen wie die Brüder des Kaisers empfangen, und von Senfft wegen der Scrupel über die Kleidung, in der er am kaiserlichen Hofe zu erscheinen habe, beruhigt, langte er am 10. November in Paris an. Neben ihm fand sich eine große Zahl andrer Rheinbundfürsten ein, denen gegenüber die strengste Etikette beobachtet wurde. Keinem dieser gekrönten Häupter blieb die Pflicht erspart, den Großwürdenträgern des Kaiserreichs ihren Besuch zu machen. Dem Könige von Würtemberg kam zwar nach der Anciennität seiner Krone der Vorrang vor dem Könige von Sachsen zu, dagegen wurde diesem jeder persönliche Vorzug eingeräumt; stets gab die Kaiserin Josephine ihm den Arm, sie vertraute ihm auch die ihr drohende Verstoßung, worüber der streng religiöse König lebhafte Unruhe empfand, und bat ihn sogar zu seiner äußersten Bestürzung, sich ihrer bei ihrem Gemahl anzunehmen, der ihm glücklicherweise keine Gelegenheit dazu gab. Ein unbestimmtes Gerücht wollte sogar wissen, die Tochter des Königs von Sachsen sei zu Josephinens Nachfolgerin auserkoren. Wenigstens legte es Napoleon selbst, so lange es ihm darauf ankam, die Welt über seine Wahl im ungewissen zu erhalten,

Digitized by Google

darauf an, den Glauben an diese Möglichkeit zu nähren, wenn schon seine Absicht nie ernstlich auf eine andere als eine russische oder österreichische Prinzessin gerichtet war. Vielleicht war dies sogar der eigentliche Grund zur Einladung des Königs nach Paris, und wahrscheinlich, daß Napoleon eben deshalb unter einem schicklichen Vorwande Senffts Aufenthalt in Paris zu verlängern suchte, indem er eines Tags ganz unvermuthet gegen den König die Absicht äußerte, ihm das von Sachsen so heiß begehrte Erfurt zu geben, worüber Senfft mit Champagny verhandeln möge. Allerdings hatte sich Napoleon seit 1808 wiederholt mit dem Gedanken getragen, Erfurt an Sachsen zu überlassen, im gegenwärtigen Augenblicke jedoch neigte er sich viel mehr zu der Meinung, diesen wichtigen Platz im Herzen Deutschlands in eigener Hand zu behalten. Ohne Ahnung von dem eigentlichen Zusammenhange eilte Senfft sogleich zu dem Minister des Auswärtigen, bekam aber hier auf seine täglich wiederholten Anfragen stets nur die Antwort, der Minister sei über diesen Punkt ohne alle Instruction. Selbst als der König, der sich nach seiner gewohnten Lebensweise zurücksehnte, am 13. December wieder abreiste, blieb Senfft um Erfurts willen noch eine Zeit lang in Paris, wurde aber schließlich von Champagny mit der spöttischen Bemerkung verabschiedet, das sei eine Sache, für die der günstige Moment, einmal entschlüpft, nicht wiederkehre [1]).

Die Stimmung, welche Senfft bei seiner Rückkehr in Sachsen vorfand, unterschied sich sehr merklich von der, in welcher er es drei Jahre vorher verlassen hatte. Die erste Betäubung war allmählich einer ernsten und gefaßten Selbstschau gewichen. Unverkennbar hatte der Krieg von 1809 mit seiner ganz Deutschland durchzitternden Erregung auch in Sachsen einen tiefen und der französischen Herrschaft ungünstigen Eindruck hinterlassen. Nur der König und eine kleine Schar in seiner nächsten Umgebung sahen noch in der strengsten

1) Senfft, Mémoires, p. 76 sq. — Corresp. de Nap. XVII, 537; XX, 85.

Digitized by Google

Unterwürfigkeit unter Napoleon die Erfüllung ihrer obersten Pflicht. Kaum erfuhr Friedrich August, daß sein neuer Minister dem ihm befreundeten alten Grafen Loß einen Besuch gemacht habe, als er ihm dies für die Zukunft streng untersagte [1]). Kein Wunder, daß selbst die altgewohnte Verehrung gegen die Person des Königs in demselben Maße erschüttert wurde, als man sich das Demüthigende seiner Lage bewußt zu werden anfing. Die wachsende Empörung der Gemüther trieb sogar im Frühjahr 1811 einen exaltierten leipziger Studenten, v. Sahla, nach Paris, um Napoleon zu ermorden; doch nahm ihn dort, von Sachsen aus gewarnt, die Polizei sogleich bei seiner Ankunft in Gewahrsam, in dem er bis zu Napoleons Sturze blieb. Eine französische Polizeicommission erschien in Dresden und suchte daselbst ebenso eifrig wie vergeblich nach den Fäden der Verschwörung, die man im Hintergrunde dieses Attentats witterte.

Unter allen Maßregeln aber, durch welche Napoleon selbst, einem seltsamen Verhängniß gehorchend, an der Aufstachelung des Völkerhasses gegen seine Despotie arbeitete, hat keine so tief und allgemein gewirkt wie das Continentalsystem, das den Druck der fremden Zwingherrschaft bis in die geringste Hütte trug. Da die durch die Decrete von Berlin und Mailand angeordneten Maßregeln sich als unzureichend erwiesen, der Schleichhandel vielmehr aller Küstenbewachung zum Trotz immer größere Dimensionen annahm, so zog es Napoleon schließlich vor, den Gewinn, den jetzt der Schmuggel machte, sich selbst zuzueignen. Er gestattete wieder durch das Decret von Trianon, 5. August 1810, die Einfuhr von Colonialwaaren, unterwarf dieselben aber einem hohen, durchschnittlich 50 Procent betragenden Impost, der selbst von den bereits eingeführten und noch nicht verkauften Waaren erhoben werden sollte. Einen desto unerbittlicheren Krieg kündigte er den englischen

1) Loß starb im folgenden Frühjahre; er erhielt in seinen letzten Tagen zahlreiche Beweise von Achtung und Theilnahme, nur der König hatte kein Zeichen der Erinnerung für ihn. Senfft, p. 106. 150.

Digitized by Google

Manufacturwaaren an; es war Veranstaltung getroffen, damit unmittelbar nach Veröffentlichung des neuen Tarifs allerwärts rasch und zu gleicher Zeit die Nachforschung nach denselben, beziehentlich ihre Wegnahme, stattfinde.

Die Rheinbundstaaten, zu schweigendem Gehorsam gewöhnt und durch gegenseitiges Mißtrauen gespalten, konnten nicht daran denken, sich dieser neuen Tyrannei zu widersetzen. Für Sachsen zumal wurde sie um so härter, je entschiedener dieses System der zeitherigen sächsischen Handelspolitik widersprach, am härtesten aber für Leipzig, dessen Geschäft sich vorzugsweise um englische Waaren bewegte und das ebendeswegen die argwöhnischen Blicke des Kaisers ganz besonders auf sich zog. Den schüchternen Einwand des Königs, ein so hoher Impost werde die ganze sächsische Baumwollspinnerei und -weberei vernichten und 400000 Menschen brodlos machen, fertigte der Kaiser kurz damit ab, daß die Preissteigerung allgemein und überall eintreten werde. Um nun wenigstens dem Gesetze seine rückwirkende Kraft zu nehmen, gegen die sich das Rechtsgefühl des Königs sträubte, verbot zwar das Patent vom 1. October 1810 alle Handelsverbindungen mit England und dessen Co- 1810
lonien, unterwarf aber die im Decrete von Trianon aufgeführten Colonialwaaren erst vom 8. October an, wenn sie durch auswärts vorgekommene Confiscation in den Handel kämen, beim Eingang nach Sachsen dem durch den Tarif vom 5. August vorgeschriebenen Impost. Allein des Kaisers bestimmte Erklärung [1]) ließ keine Wahl, und wollte man nicht selbst die Einmischung der französischen Douane hervorrufen, so mußte das anbefohlene System in seiner ganzen Ausdehnung zur Anwendung gebracht werden. So wurde denn durch ein zweites Patent vom 29. October der Impost auch auf die bereits eingeführten Waaren, sowie auf die Speditions-, Commissions- und Transitogüter ausgedehnt. Alles, was sich thun ließ, war, daß man für die Entrichtung des Impostes lange Termine stellte und die Ausführung Männern übertrug,

1) Corresp. de Nap. XXI, 251.

Digitized by Google

welche das öffentliche Vertrauen aufrecht- und alle unnöthigen Härten fernzuhalten wußten. War aber einmal die Maßregel unvermeidlich, so wollte sie Senfft auch mit Strenge durchgeführt wissen, damit der Gewissenhafte nicht schlimmer dran sei, als der, welcher sich geflissentliche Verheimlichung erlaube.

An dem nämlichen 29. October erschienen die Geheimen Finanzräthe v. Wagner, v. Bünau und v. Zezschwitz als königliche Commissare in Leipzig, die Thore wurden bis auf eins, durch welches zwar alle Wagen herein, aber keiner heraus durfte, geschlossen; eine Proclamation untersagte strengstens allen Ausgang von Kaufmannsgütern aus der Stadt, allen Transport derselben aus einem Hause ins andere, den zu verhindern Patrouillen die Straßen durchzogen. Die Gewölbe und Niederlagen, theilweise auch die Handelsbücher, wurden versiegelt, mehrere größere Lager militärisch besetzt. Am folgenden Tage wurde aller Handelsverkehr bei Confiscation untersagt und sämtliche Gewölbe geschlossen, so daß einige Tage lang nur die Apotheken offen blieben; alle Personen, welche sich im Besitze von englischen Waaren befänden, sollten solche binnen 48 Stunden mit Einschluß und besonderer Bemerkung der seit dem 25sten von Leipzig abgesandten, um auch dieser habhaft werden zu können, anzeigen. Verschweigung englischer Waaren wurde mit Confiscation derselben, beziehentlich des ganzen Waarenlagers, bedroht; für die Angeber von Contraventionen wurden Belohnungen ausgesetzt. Am 3. November wurde nach Einreichung der vorgeschriebenen Verzeichnisse die Wiedereröffnung der Kaufmannsgewölbe und den 14ten die Ausfuhr der nicht mit Sequester belegten Waaren, wenn auch unter sehr peinlichen Formalitäten, gestattet. Am 3. December erfolgte die Freigebung auch der sequestrierten Colonialwaaren gegen Entrichtung des im Patente vom 1. October angeordneten Imposts, worauf man in Gegenwart der Commissare und Magistratsdeputierten mit der durch das Decret von Fontainebleau verfügten Verbrennung der englischen Manufacturwaaren begann, deren Werth auf 100000 Thaler geschätzt wurde.

Digitized by Google

Ähnlich war das Verfahren in den übrigen Handels- und Fabrikstädten, sowie im Herzogthum Warschau [1]). Allein bei einer Maßregel, welche die ganze Bevölkerung zum Feinde hatte, konnte es an Umgehungen und Hinterziehungen nicht fehlen. Der Schmuggel wurde in Preußen, namentlich über Kolberg, schwunghafter als je betrieben und nahm von da seinen Weg auch nach Leipzig, was neue Beschwerden von französischer Seite zur Folge hatte [2]). Im Mai 1811 kam deshalb der Geheime Finanzrath v. Wagner abermals nach Leipzig, um gegen den fortgesetzten Handel mit englischen Manufacturwaaren und die Hinterziehung des Imposts einzuschreiten. Mehrere Kaufleute, die dieses Vergehens verdächtig oder überführt waren, wurden verhaftet, einige sogar auf den Königstein abgeführt, englische Manufacturen, die, wie sich ergab, mit falschen Ursprungscertificaten und falschen Stempeln auswärtiger Zollbehörden versehen waren, confisciert. Da sich ferner herausstellte, daß unter dem Schutz auswärtiger, namentlich preußischer Certificate Colonialwaaren eingegangen waren, ohne den Impost erlegt zu haben, so wurde bestimmt, daß von nun an dieselben mit Certificaten französischer Zollbehörden versehen sein oder den Impost in Sachsen selbst entrichtet haben müßten, unter Androhung, daß, da Geldstrafen nichts fruchteten, die Zuwiderhandelnden an ihrer Person gestraft werden würden. Daran schloß sich ein neues Autodafé vorgefundener englischer Waaren im Werthe von 50000 Thaler.

Die unmittelbare Wirkung des Continentalsystems war neben der Vertheuerung der theilweise zum allgemeinsten Bedürfniß gewordnen Colonialwaaren auf die sächsische Industrie keine ungünstige. Der brittischen Concurrenz erledigt, begann sie zu erstarken, insbesondere hob sich die Zeug- und Kattundruckerei, die in Warschau einen trefflichen Markt fand. Da-

1) [v. Zezschwitz], Mittheilungen aus den Papieren eines sächsischen Staatsmannes, S. 119.

2) Corresp. de Nap. XXII, 125.

Digitized by Google

gegen vernichtete anderseits der Krieg auf der Pyrenäenhalbinsel und die Unterbrechung der Verbindung mit den überseeischen Absatzländern die Blüthe alter, eingewurzelter, zum Theil als Nebenbeschäftigung des Landvolks wohlthätig gewesener Industriezweige. Die lausitzer Leinwandmanufactur gieng fast ganz zu Grunde und wurde mehr und mehr durch die Baumwollenweberei verdrängt. Schwer litten unter der Continentalsperre die leipziger Messen [1]).

Je länger Sachsen inmitten dieser vielfältigen Umwälzungen in seinem alten Zustande verharrte, desto größer wurde das Mißverhältniß zwischen den unabweislichen Forderungen der Zeit und den Formen, in denen der Staat sich, als ob nicht das Geringste um ihn her anders geworden wäre, langsam und schwerfällig bewegte. So anerkennenswerth es war, daß der König die ihm zugefallene Souverainetät nicht zu willkürlichen Eingriffen in die Verfassung mißbrauchte, so fehlte doch auch jeder schöpferische Gedanke, der jenes Mißverhältniß ausgeglichen hätte. Pedantisch gieng die ganze Verwaltung den juristischen Gang, den sie seit Gutschmids Ministerium angenommen hatte; die einzelnen Fragen wurden gewissermaßen wie ebenso viel Processe zwischen den verschiedenen Behörden verhandelt, welche, mit einer großen Zahl von Räthen besetzt, vor lauter Gründlichkeit nichts zu Ende brachten. Die wichtigsten Sachen wurden auf diese Weise verschleppt; mochte eine Maßregel auch noch so richtig entworfen sein, schließlich kam sie aus den endlosen Berathungen entstellt und mit Clauseln, die ihre wohlthätige Wirkung zerstörten, überladen hervor. Seitdem das Geheime Consilium theils durch die Abtrennung der Finanzsachen, theils durch die geringe persönliche Bedeutung seiner Mitglieder von dem früheren Gewichte viel eingebüßt hatte, fehlte es für die Berathung der wichtigsten Staatssachen an jedem gemeinschaftlichen Mittelpunkte. Die einzelnen Verwaltungszweige waren unter gegenseitig sich ganz fremde Behörden vertheilt, die sich mehr behinderten als unterstützten.

1) Gretschel-Bülau III, 620.

Digitized by Google

Der König, eifersüchtig auf seinen eigenen, durch eine vierzigjährige gewissenhafte und arbeitsreiche Regierung erlangten Einfluß, gestattete solchen keinem seiner Minister auf das Allgemeine der Staatsangelegenheiten, sondern ließ sich von jedem derselben nur in Sachen seines Departements berathen. Hierin wußte ihn auch Graf Marcolini zu bestärken, der von dem Gewichte eines leitenden Ministers Einbuße an seiner zwar nicht hervorstechenden, aber doch einflußreichen und nebenbei recht einträglichen Stellung als Vertrauter des Königs zu befürchten hatte. So kam es, daß kein Beamter, vom niedrigsten bis zum höchsten, den Blick über die Grenzen seines besonderen Geschäftskreises erhob, daß in der seltsam complicierten Staatsmaschine die Verantwortlichkeit des Einzelnen ganz verschwand, das Talent keinen Raum fand sich geltend zu machen und der lethargische Zauber, der auf dem ganzen Staatswesen lag, auch die besten Geister erfaßte, sobald sie in ein Amt traten. Verkörpert zeigte sich diese allgemeine Erstarrung in dem Minister des Inneren, dem Grafen Hopfgarten, der vor jeder Änderung des Bestehenden, wie vor der frevelhaften Verletzung eines Heiligthums zurückbebte. Senfft, ein Jüngling an Jahren im Vergleich zu den Greisen, die ihn umgaben, und durch seinen pariser Aufenthalt an einen weiteren Horizont gewöhnt, nahm zwar einige reformatorische Anläufe, aber er war keiner von den beherrschenden Charakteren, die widerstrebende Verhältnisse sich unterthan zu machen verstehen, und was er unternahm, kam über dem neu ausbrechenden Kriegslärm bald wieder ins Stocken. Gewiß waren Maßregeln, wie das Mandat vom 29. Juni 1810, welches manche Gebrechen 1810
des Innungswesens beseitigte, wie die Errichtung der Gensdarmerie [1]), deren Beaufsichtigung und Leitung man angesehenen Grundbesitzern des Bezirks übertrug, ganz löblich und nützlich, aber an die Wurzel des Uebels rührten sie nicht. Die hauptsächlichsten Forderungen, welche von den Einsichtigen erhoben wurden, giengen auf Errichtung einer obersten Centralbehörde,

1) Außer in der Lausitz, wo man eine Art Polizeijäger beibehielt.

Digitized by Google

bessere Organisation der Provinzial- und Localbehörden, auf Vereinfachung des Geschäftsganges und Verminderung des Beamtenheeres, endlich und namentlich auf Einführung eines einfacheren und gleichmäßigeren Abgabensystems [1]).

Denn die Ungleichheit der Besteuerung, längst schon drückend empfunden und Gegenstand häufig wiederholter Klagen, war durch die seit den letzten Jahren außerordentlich gestiegenen Anforderungen an die Finanzkraft Sachsens, für welche der altererbte Fuß der Aufbringung in keiner Weise mehr paßte, stärker und allgemeiner als je zuvor zum Bewußtsein gebracht worden. Den Hauptanstoß erregte die Steuerfreiheit der Rittergüter, welche gleich allen früheren Angriffen auch das Jahr 1806 siegreich überdauert hatte und noch auf dem Ausschußtage von 1807 von der Ritterschaft „als ein durch Ritterdienst und durch Beschränkung des Eigenthums mittelst der Lehensqualität erworbenes und compensiertes Recht" in Anspruch genommen worden war. Die Ritterpferde wurden noch immer nach der alten Rolle von 1632 zu $1352\frac{5}{8}$ an der Zahl auf 1727 Schriftsassen und 485 Amtssassen vertheilt, doch so, daß auch die auf den königlichen Kammergütern haftenden $75\frac{7}{8}$ Pferde von der Ritterschaft mit übertragen wurden. So lange es an einer zuverlässigen Angabe über das Verhältniß des ritterschaftlichen zu dem übrigen Grundbesitz gänzlich fehlte, die Angaben darüber vielmehr zwischen 1 zu 4 und 1 zu 53 schwankten, konnte die Ritterschaft allerdings mit einigem Rechte geltend machen, daß ihr freiwilliges Erbieten zu einer billig mäßigen Theilnahme an den außerordentlichen Lasten das einzig anwendbare Auskunftsmittel bleibe [2]). Sie hatte daher auch, abgesehen davon, daß seit 1775 der Betrag eines Ritterpferdes von 12 Thaler auf durchschnittlich 37 Thaler gestiegen war, seit 1799 auf allen Landtagen außer dem gewöhnlichen Donative noch außerordentliche Beiträge zu den Kriegsbedürfnissen, z. B. 1806 je 100000 Thaler auf zwei Jahre, 1807 die gleiche

1) v. Zezschwitz' Promemoria in Mittheilungen ꝛc., S. 134 ff.
2) Erklärung der Ritterschaft 1807. Gretschel-Bülau III, 610.

Digitized by Google

Summe auf je vier Jahre bewilligt, aber eine wirkliche Gleichheit wurde dadurch doch nicht hergestellt, fast noch lauter aber als der allgemeine Wunsch nach Abschaffung der Steuerfreiheit der Rittergüter ertönte in Folge der ungleichen Vertheilung der Ritterpferde die Klage der prägravierten Besitzer. Nachdem nun die Stände schon 1776 das Resultat ihrer auf Grund vielfacher Beschwerden über diesen Gegenstand gepflogenen Berathschlagungen in Form von neun Fragen der landesherrlichen Entscheidung unterworfen hatten, erfolgte die letztere nach endlosem Hin- und Herverhandeln zwischen Landtag und Regierung durch das Mandat vom 24. März 1810, durch 1810
welches zwar die Exemtion der Rittergüter von den gewöhnlichen Steuern aufs neue bestätigt wurde, jedoch mit der Einschränkung, daß die seit 1661 den damals den Ständen gegebenen Zusicherungen entgegen ertheilten Steuerbefreiungen als nichtig betrachtet und solche Befreiungen für die Zukunft nicht mehr ertheilt werden sollten [1]).

Diese brennende Frage trat natürlich auch auf dem am 6. Januar 1811 eröffneten Landtage, der vorzugsweise über die 1811
Mittel zur Deckung der außerordentlichen, größtentheils durch die Reorganisation des Heeres und den Festungsbau verursachten Staatsbedürfnisse zu berathen hatte, sogleich in den Vordergrund. Mit Ausnahme der Schönburge, die sich darauf beriefen, daß sie laut der Recesse von allen in denselben nicht ausdrücklich stipulierten öffentlichen Lasten frei seien, wurde der Grundsatz, daß alle Classen zum Tragen der neuen Lasten verpflichtet seien, von keiner Seite, auch von den Privilegierten nicht, bestritten; desto größere Schwierigkeit verursachte die Art und Weise seiner Anwendung. Da Senfft vergeblich darauf gedrungen hatte, daß die Regierung selbst eine darauf bezügliche Vorlage mache, so fiel die Initiative den Ständen zu und die von denselben niedergesetzte Commission schlug unter Zugrundelegung eines von dem Deputierten der Stadt Zwickau her-

1) Aristides oder über die Aufhebung der Steuerfreiheit in Sachsen, bei Gelegenheit des Landtags von 1811, S. 43 ff.

Digitized by Google

rührenden Entwurfs nichts Geringeres vor, als die Ersetzung sämtlicher bisheriger Steuern durch eine einzige und allgemeine Einkommensteuer. Obgleich ein so radicales Heilmittel im Schoße der Landschaft und zumal bei der zur Rettung ihrer Privilegien sich um den Grafen Hopfgarten scharenden Partei auf heftigen Widerspruch stieß, ließ sich der König diesmal von Senfft für die Annahme des allgemeinen Grundsatzes stimmen, die Ausarbeitung eines definitiven Plans für die Vertheilung der außerordentlichen Steuern wurde einer Commission unter Vorsitz des Conferenzministers v. Nostitz und Jänkendorf übertragen, allein ehe dieselbe noch über den Anfang der Abschätzung hinaus war, trat der Krieg störend dazwischen. Nur die Beiziehung der von Steuern nach dem Hufenfuße bisher frei gebliebenen Güter und Grundstücke zu den neuen Staatsbedürfnissen wurde durch Generale vom 13. November 1811 verfügt. Auf eine von den Ständen genehmigte und durch das Haus Reichenbach in Leipzig vermittelte Anleihe im Betrag bis zu 6 Millionen Thaler giengen nur etwa 2 Millionen ein. Die Hochstifter, die Lausitzen, das Fürstenthum Querfurt nahmen besondere Anleihen auf; die Cassenbillets waren bereits 1809 um 1 Million vermehrt worden.

Einem kaum minder tief empfundenen Bedürfnisse gaben Ritterschaft und Städte Worte, indem sie die Union der verschiedenen Theile des Königreichs beantragten. Sofort traten die Stifter Merseburg und Naumburg mit einem Protest dagegen in die Schranken, der ganze Landtag spaltete sich über diese Frage in zwei schroff geschiedene Parteien, die sich selbst in das Cabinet verpflanzten. Hopfgarten sah in der Union nichts als den Umsturz aller bürgerlichen Ordnung und allen Staatscredits, der auf dem Glauben an die Unwandelbarkeit der Staatsinstitutionen beruhe, aber auch hier überwog Senffts Ansicht; der König erklärte, wenn auch erst nach langen Berathungen und erst gegen das Ende des Landtags, wo zur Ausführung keine Zeit mehr war, daß er die Vereinigung der Provinzen zu einem Ganzen allerdings als zuträglich ansehe, und forderte die Stände zur Wahl einer Deputation behufs

Digitized by Google

weiterer Erwägung auf. Die Sache blieb aber beim Geheimen Consilium liegen. Was also organische Veränderungen betraf, verlief dieser letzte Landtag des ungetheilten Sachsens so gut wie ganz resultatlos; ein rühmliches Denkmal hat er sich jedoch dadurch gestiftet, daß auf seinen Antrag die 1807 den Katholiken gewährte Gleichstellung mit den Lutheranern 15. März 1811 auch auf die Reformierten ausgedehnt wurde.

Während man so im Inneren höchstens im Schneckengang ein wenig von der Stelle rückte, gewannen auch die auswärtigen Beziehungen [1]), namentlich zu Preußen, keine erfreuliche Gestalt. Der durch die unerquicklichen Verhandlungen über die bayonner Forderungen auf beiden Seiten unterhaltenen Gereiztheit gab es neue Nahrung, als der Johanniter-Heermeister zu Sonneburg, Prinz August Ferdinand von Preußen, in Voraussicht der Einziehung sämtlicher nicht der Krankenpflege oder Jugenderziehung gewidmeten Klöster, Stifter und Balleien durch die preußische Regierung im September 1810 zwei in der Niederlausitz gelegene Güter seines Ordens, Friedland und Schenkendorf, verkaufen wollte und die sächsische Regierung ihre Bestätigung dazu versagte, auch den von Preußen vorgeschlagenen Weg zur Ausgleichung ablehnte, im Mai 1811 von beiden Gütern Besitz ergriff und dabei selbst dann verharrte, als Preußen sich nunmehr erbot, das Heermeisterthum Sonneburg fortbestehen zu lassen; nur befahl der König, nicht gemeint, sich mit den Einkünften zu bereichern, so lange diese dem stiftungsmäßigen Zwecke nicht entzogen würden, dem Prinzen die geforderte jährliche Entschädigung von 8100 Thaler auf Lebenszeit auszuzahlen.

Indes, über derartige Reibungen würde sich haben hinwegkommen lassen, wäre nicht das ganze Verhältniß zu Preußen vergiftet gewesen. „Sie haben Nachbarn, denen man miß-

1) Um jene Zeit schickte der König auf Napoleons Veranlassung den Baron v. Just und den Geh. Referendar v. Braun nach Anhalt-Köthen, um in dem durch den geisteskranken Herzog völlig zerrütteten Lande Ordnung zu schaffen.

Digitized by Google

trauen muß", sagte der Kaiser zu Senfft vor dessen Abreise von Paris; „Preußen wird niemals Ihr Freund und niemals aufrichtig sein", — Worte, die Senfft ganz aus der Seele gesprochen waren. Denn der nunmehrige Leiter der auswärtigen Politik Sachsens trug sich mit hochfliegenden Plänen, an deren Wirklichkeit zu glauben schwer fallen würde, wenn ein Anderer, als er selbst, sie bezeugte. Mit einer kaum begreiflichen Verkennung aller geschichtlichen Prämissen hatte Senfft, der dem leisesten aus Paris kommenden Winke Folge leisten mußte, sich mit der Hoffnung erfüllt, auf den Trümmern des, wie er meinte, für immer und ohne Rettung verlorenen Preußens eine neue sächsisch-polnische Centralmacht Europas aufzurichten, eine abenteuerliche Combination, die dem Erwachen des deutschen Nationalgefühls so fern wie möglich stand. Noch viel windiger aber erscheint dieses Project, insofern es sich auf das Herzogthum Warschau stützte. Von Anfang herein hatte man sich weder auf sächsischer noch auf polnischer Seite Illusionen darüber gemacht, wie unsicher der sächsische Besitz dieses napoleonischen Geschenkes sei. Hatte ja doch schon bei den bayonner Verhandlungen Graf Potocki, offenbar in der Voraussicht, daß Polen dereinst an eine andere Dynastie übergehen könne, die Forderung erhoben, daß die Cession der preußischen Hypotheken nicht an den König von Sachsen, sondern an die Regierung des Herzogthums erfolge, und aus dem nämlichen Grunde erfüllte die Vergrößerung des Herzogthums durch den wiener Frieden das sächsische Cabinet mit Unruhe statt mit Befriedigung. Damals freilich wies Napoleon die Annahme, als ob das Herzogthum je aus dem Besitze des Hauses Sachsen kommen werde, als eine ihm selbst zugefügte Beleidigung zurück [1]); je mehr aber seine Pläne zu reifen schienen, desto deutlicher sprachen manche Anzeichen für das Gegentheil. Napoleons Äußerung gegen den König, der Rest von Galizien werde sich leicht einmal mit Warschau vereinigen lassen, indem man Österreich durch Rückgabe der illyrischen Provinzen entschädige,

1) Corresp. de Nap. XIX, 496.

Digitized by Google

gab Stoff zum Denken, denn daß der Kaiser dies nicht zu Gunsten eines Verbündeten, sondern nur seiner selbst thun werde, leuchtete ein. Merkwürdigerweise aber litten der Eifer und das Interesse der sächsischen Regierung für Polen unter diesen Betrachtungen nicht im geringsten. Der König fühlte sich durch seine Pflicht gedrungen, seinen neuen Unterthanen keine geringere Sorgfalt zu widmen, als den alten; Senfft aber, der einzige Minister, den der König für die polnischen Sachen brauchte, berechnete sehr fein, daß, je größeren Werth man auf den Besitz des Herzogthums lege, oder zu legen sich den Anschein gebe, eine desto reichlichere Entschädigung, wenn es einmal zur Abtretung komme, sich dafür werde herausschlagen lassen. Woher dann diese Entschädigung zu nehmen sei, war ihm nicht zweifelhaft. Nicht ohne Befriedigung hatte er im Herbst 1810 aus Paris die geheime Kunde vernommen, daß dort die Absicht bestehe, Preußen zu Gunsten von Frankreichs Verbündeten gänzlich zu zertrümmern [1]). Allerdings gab es in Sachsen außer dem Könige kaum jemanden, der nicht Senfft seine Vorliebe für Polen verdacht hätte, von der Königin und der Prinzessin Auguste an bis herab zum großen Publikum, welches von der napoleonischen Schöpfung an der Weichsel nichts wissen wollte und den Minister in dem, freilich ungegründeten Verdacht hatte, als ob er die polnischen Finanzen mit sächsischem Gelde unterstütze.

Im April 1810 unternahm der König eine neue Reise in das Herzogthum, um sich den neu erworbenen Provinzen zu zeigen und ihre Verhältnisse, u. a. auch die Geltung des dort cursierenden Papiergelds zu ordnen. Der Zustand des Landes war noch immer sehr untröstlich und lehrte zur Genüge, daß eine Nation, der die Anarchie so sehr im Blute lag, weniger als jede andere aus der Ferne regiert werden könne, sondern den Träger der höchsten Auctorität in ihrer Mitte und unabläßig vor Augen haben müsse. Senfft schlug daher dem Könige vor, seinen Bruder Anton als Vicekönig nach Warschau zu

1) Senfft, Mémoires, p. 41. 77. 87. 96. 110. 132.

Digitized by Google

setzen. Sein Hintergedanke dabei war, daß der in den Geschäften ganz unerfahrene Prinz der bloße Repräsentant, er selbst aber als bevollmächtigter Minister des Königs in Warschau und unter Beibehaltung seines dresdner Ministeriums der eigentliche Inhaber der höchsten Regierungsgewalt sein solle. Allein theils lag es nicht in des Königs Art, sich so leicht eines Theils seiner Auctorität zu entäußern, theils wagte er es nicht ohne Genehmigung des Kaisers, und da auf eine Anfrage deshalb keine Antwort kam, so blieb das ganze Project, wie so viele andere, unausgeführt. Während des Königs Anwesenheit wurde eine besondere Commission mit einer Generalrevision der ganzen Verwaltung und mit Vorschlägen zu ihrer Verbesserung beauftragt, und als der König zur Eröffnung
1811 des zweiten polnischen Reichstags sich im September 1811 abermals nach Warschau begab, fanden Personalveränderungen im Ministerium statt, auch wurden um den am ärgsten verwahrlosten Zweigen der Verwaltung aufzuhelfen Generaldirectionen des Schatzes, der Nationaldomainen und des Krieges geschaffen.

Allein das eigentliche, die Lebenskraft des Landes aufzehrende Krebsübel, die ungeheueren Ausgaben für die Heeresrüstung und die dadurch bedingte chronische Zerrüttung der Finanzen blieb damit ungehoben. Das Bild, welches der König dem Kaiser von dem Zustande des unter diesen Lasten erliegenden Herzogthums entwarf, war über die Maßen trübselig. In beweglichen Worten schildert er die Größe der Anstrengungen, die der Reichstag gemacht habe, um dem Wiederhersteller Polens seine Dankbarkeit zu beweisen, die Opfer, welche das Land sich für die Aufrechthaltung des Staats auferlege und die doch alle bei der durch die Sperrung des Handels bedingten Unmöglichkeit, die Hilfsquellen des Bodens zu verwerthen, und bei den zahllosen Steuerrückständen dem Anschwellen des Deficits nicht Einhalt thun könnten. Was von seiten des Kaisers zur Linderung dieses Zustandes geschah, stand zur Größe des Uebels in keinem Verhältnisse. Um den Landesproducten einen Ausweg zu eröffnen, wurde dem Könige Aussicht auf eine

Digitized by Google

Anzahl von Licenzen gemacht, wie solche der Kaiser zur Umgehung der Continentalsperre damals mehrfach an Begünstigte austheilte; nach langem vergeblichen Sollicitieren wurden dieselben endlich bewilligt, aber nicht dem Herzogthum, sondern dem Gouverneur von Danzig, General Rapp, und zu so exorbitanten Preisen und unter solchen Beschränkungen, daß sie für den Handel nutzlos waren. Außerdem versprach Napoleon eine Anleihe von 12 Millionen Frcs. zu begünstigen, für welche die Salzwerke von Wieliczka als Hypothek dienen und die der leipziger Kaufmann Dufour in Paris negociieren sollte. Allein, trotzdem daß der Kaiser um das Publikum anzulocken unter der Hand darauf eine Million aus seinem Schatze, und da das nichts half, eine zweite zeichnen ließ, so fand sie nur sehr geringen Anklang und brachte im Ganzen kaum 5 Millionen ein, und selbst die kaiserliche Beihilfe erwies sich als ganz illusorisch, denn der König mußte sich gefallen lassen, daß die für die bayonner Forderungen rückständigen Termine mit Wucherzinsen davon abgezogen wurden [1]). Und dabei ward dem Könige aus Paris fort und fort eingeschärft, es müsse unbedingt und auf der Stelle Geld geschafft werden, um Pferde für die Armee zu kaufen und die Artillerie zu completieren!

Denn kaum waren seit dem wiener Frieden wenige Monate vergangen, als schon ein neues Kriegsungewitter aufstieg und bald drohend über dem Scheitel des Herzogthums Warschau stand. Mit unverhohlenem Argwohn sah Kaiser Alexander die Vergrößerung des unheimlichen Nachbars durch Galizien, die Vorbotin einer förmlichen Wiederherstellung Polens. Er verlangte Bürgschaft, daß das Herzogthum nicht weiter vergrößert werde, daß es nicht als ein eigner Staat, sondern als integrierender Theil Sachsens gelte, kein polnischer Orden mehr vom Könige verliehen werde, selbst der Name Polen aus der officiellen Sprache verschwinde. Wie gern aber auch Napoleon das russische Mißtrauen noch eine Weile eingeschläfert hätte,

1) Senfft, p. 152. 159. Corresp. de Nap. XXII, 99; XXIII, 152.

Digitized by Google

so fand er doch eine solche Fessel zu eng und verwarf den bereits von seinem Gesandten unterzeichneten Vertrag. Von da an bildete der Krieg gegen Rußland den Hauptfactor in seinen politischen Berechnungen. „Es ist meine Absicht, im Herzogthum Warschau immer einen großen Vorrath von Waffen zu haben, um nöthigenfalls die Bevölkerung damit zu versehen", schrieb er am 10. Juli 1810, indem er dem General Clarke Befehl ertheilte, mit Vermeidung alles Aufsehens Erkundigungen über den Stand der dortigen Heeresrüstung einzuziehen [1]), und der auf einer Spionsreise gegen den Schmuggel befindliche Oberstleutnant Thiard mußte in Dresden horchen, ob der Kaiser in jedem Falle auf die sächsische Armee rechnen könne. Gewaltige Waffenvorräthe wurden nach und nach im Herzogthum aufgehäuft, wobei, um keinen Verdacht zu erregen, der König von Sachsen seinen Namen zum Ankauf der Gewehre hergeben mußte, der aber in Wahrheit auf französische Rechnung geschah. Ueberhaupt war bei allen Vorbereitungen das tiefste Geheimniß zur Pflicht gemacht; niemand sollte ahnen, daß der Kaiser sich mit diesen Dingen beschäftige. Die polnischen Truppen wurden verstärkt, die Küraſſiere in Lanciers umgewandelt, um im Fall des Kriegs das französische Heer von den Kosakenschwärmen zu befreien, die dasselbe im letzten Kriege so sehr belästigt hatten, die Bildung von Nationalgarden in allen Städten des Herzogthums anbefohlen und die Besatzung von Danzig verstärkt. An den Festungswerken von Sierock, Praga und Modlin wurde mit größtem Eifer gearbeitet; letzteres insbesondere sollte für Warschau werden, was Torgau für Sachsen, der Zufluchtsort für die Magazine, Arsenale, Depots und Cassen im Fall einer russischen Invasion [2]). Allmählich wurden auch Napoleons Auslassungen gegen den König von Sachsen bestimmter. „Es ist jetzt nicht der Augenblick, wo Ew. Majestät eine Million ansehen dürfen", rief er dem armen Fürsten zu, der nicht

1) Vgl. Anhang Nr. 7.
2) Corresp. de Nap. XX. XXI passim.

Digitized by Google

wußte, woher das Nöthigste nehmen [1]). Noch, meldete er ihm weiter, sei er über die Absichten der Russen sehr im Dunkeln; ihre Sprache sei beruhigend, aber ihre Truppenbewegungen erweckten den Verdacht, daß sie etwas gegen das Herzogthum im Schilde führten; folglich sei es nothwendig, sich auf alle Fälle gefaßt zu halten. Demgemäß ertheilt er sehr ausführliche militärische Verhaltungsmaßregeln: Die Festungen sollen vollständig armiert, ihre Vollendung mit dem größten Nachdrucke betrieben werden; sollten sie nicht im Stande sein, sich bis zur Ankunft des französischen Heeres zu halten, so müssen sämtliche Vorräthe nach Posen und Thorn in Sicherheit gebracht werden; die Armee soll unter dem Vorwande einer Heerschau zusammengezogen werden und so lange als möglich die Weichsel halten, im Nothfall sich langsam auf die Oder zurückziehen, wo sie von dem französischen Heere aufgenommen werden würde. Auch in Sachsen muß die Armee in Stand gesetzt werden, der polnischen nöthigenfalls entgegenzugehen; allmonatlich sollen die Etats des sächsischen und des polnischen Corps dem Marschall Davout eingesendet werden. Was Preußen im Fall eines Krieges thun werde, lasse sich noch nicht sagen, doch scheine es eine Annäherung an Frankreich zu suchen [2]).

Die Sorge, daß Preußen sich auf die feindliche Seite schlagen möchte, war in Sachsen groß, so groß, daß der König die Rückreise aus Warschau durch Schlesien nur unter besonderen Vorsichtsmaßregeln zurückzulegen wagte. Angst vor preußischen Umtrieben war es auch hauptsächlich, was zur

1) Der König an Senfft 24. Juli 1811: „Vous verrez (aus den beiliegenden Depeschen) les besoins énormes de l'armée et des fortifications augmentées encore par les idées du Général Haxo. Si le pays doit fournir ce nombre de travailleurs, la recolte ne se fera pas cette année et je ne vois pas le moyen de les entretenir pour la solde. Vous Vous imaginez bien, combien tout cela doit me peiner. En vérité nous sommes au bout de nos moyens et l'emprunt une fois mangé, la machine doit s'écrouler avec les suites les plus funestes."

2) Corresp. de Nap. XXII, 67. 273.

Digitized by Google

Einrichtung einer allgemeinen Ueberwachung der öffentlichen Meinung, einer geheimen Polizei unter dem Geheimen Rathe v. Just den Anlaß gab. Ihre Berichte stimmten darin überein, daß Anhänglichkeit an Frankreich nirgends vorhanden sei. Der Oberpostdirector Dörrien in Leipzig erhielt Auftrag, sich womöglich des Briefwechsels von unbekannten Mitgliedern des Tugendbundes zu bemächtigen; auf seine Vorstellung, daß dies schwerlich gelingen werde, da es in Leipzig nicht wie anderwärts Anstalten zum Oeffnen der Briefe gebe, wurden ihm besondere Persönlichkeiten bezeichnet, deren eingehende Briefe er anhalten und öffnen mußte. Ja Just erörterte mit dem widerstrebenden Dörrien in Leipzig persönlich die Frage, ob sich daselbst eine allgemeine Untersuchung der Correspondenz und Oeffnung der verdächtigen Briefe einrichten lasse. Auch die Freimaurer wurden unter Aufsicht genommen, eine nennenswerthe Entdeckung aber nirgends gemacht [1]). Leipzig, wegen seiner schlechten Gesinnung dem Kaiser längst ein Dorn im Auge, erhielt einen eigenen Censor für die dort erscheinenden, die neuesten Zeitereignisse betreffenden Schriften.

Inmitten dieser von Tag zu Tag wachsenden Spannung beschäftigten aber den Minister Senfft noch ganz andere Dinge. Er gehörte keineswegs wie sein Vorgänger zu den knechtischen Bewunderern Napoleons, ja er haßte ihn, aber die Gedanken an eine Befreiung vom französischen Joche nahmen in seiner Seele jedesmal die wunderlichste und denkbar unpraktischste Gestalt an, weil sie statt von einer Verbindung mit Preußen stets von der Opposition gegen dasselbe ausgiengen. Damals brütete er mit dem Grafen Fel. Potocki, einem Enkel des Conföderationsmarschalls von Bar, im tiefsten Geheimniß über dem Plane einer Erhebung Polens gegen Napoleon und Rußland zugleich, mit der sie dem Ausbruche des russisch-französischen Krieges zuvorkommen wollten. Auf ein von der Armee gegebenes Signal sollte die Revolution von Kiew bis zur Oder ausbrechen, die in Danzig, Glogau und Küstrin liegenden

1) Acten der hohen geheimen Polizei. Dresdn. Arch.

Digitized by Google

sächsisch-polnischen Truppen sollten sich dieser Festungen bemächtigen; sie rechneten auf die Beschäftigung Rußlands durch den Türkenkrieg, Napoleons durch den in Spanien, auf Österreichs Abneigung gegen Rußland, auf Schwedens Wohlwollen. Der Losbruch war auf den Sommer 1811 festgesetzt; der König sollte erst im letzten Augenblick davon erfahren. Es wäre das sinnloseste Unternehmen gewesen. Zum Glück starb Potocki Anfang 1811 und gegen Ende des Sommers brachte Poniatowski die Gewißheit des nahen Kriegs gegen Rußland aus Paris mit [1]). Nicht lange, so hallte halb Europa von Napoleons ungeheueren Rüstungen wieder, und widerstandslos folgte Sachsen dem Strome, der es in den schrecklichsten aller Kriege fortriß.

Man kann nicht sagen, daß es widerwillig in denselben gegangen sei. Das Volk in seiner großen Masse hatte keine Stimme, aber das unter Napoleons Auspicien verjüngte und trefflich geschulte Heer war trotz der Abneigung des gemeinen Mannes gegen die übermüthigen, alle übrigen geringschätzenden Franzosen in hohem Grade von kriegerischem Geiste und von einem fast blinden Vertrauen auf des Kaisers Genie beseelt, und die leitenden Kreise hielten sich versichert, daß ein glücklicher Ausgang dieses, Polens Schicksal so nahe berührenden Krieges Sachsen nur Gewinn, sei es in was immer für Gestalt, bringen könne. Bald bewegten sich endlose Truppenzüge, eine drückende Last für das Land, auf allen Straßen gen Osten; nur Dresden blieb, aus besonderer Rücksicht gegen die Person des Königs, von den meisten unberührt.

Dagegen meldete der Kaiser seinen und seiner Gemahlin Besuch in der sächsischen Hauptstadt an [2]). Am 15. Mai traf er von Baireuth her in Plauen ein, an der Grenze von dem Oberkammerherrn v. Friesen und dem General v. Gersdorff empfangen. Der König und die Königin waren den hohen Reisenden bis Freiberg entgegengefahren; da der Zeitpunkt

1) Senfft, Mémoires, p. 122.
2) Anhang Nr. 9.

Digitized by Google

ihres Eintreffens ungewiß war, blieb der ganze Hof die Nacht über auf den Beinen, und nur mit vieler Mühe ließ sich der König überreden, sich einige Ruhe zu gönnen. Erst früh 5 Uhr traf das Kaiserpaar ein und trat, nachdem es eine Bergparade und Illumination in Augenschein genommen, denselben Abend die Weiterreise nach Dresden an, wo es, gefolgt von einem glänzenden Hofstaat, mit dem üblichen Pomp seinen Einzug hielt und im königlichen Schlosse Wohnung nahm. Am folgenden Tage wegen ihrer glücklichen Ankunft Te Deum in allen Kirchen; Abends strahlte die schöne Elbstadt in feenhafter Beleuchtung, die sich am 19ten wiederholte; die Illumination der Elbbrücken übertraf alles, was man je in der einst durch derartige Schauspiele verwöhnten Residenz gesehen hatte. Hinter dem Kaiser kamen der Großherzog von Würzburg und die Königin von Westfalen mit goldstrotzendem Gefolge, die Herzöge von Weimar, Koburg, Anhalt-Dessau und Mecklenburg. Auch der Kaiser und die Kaiserin von Österreich waren der Einladung ihrer Eidams gefolgt; es war ein außerordentlicher Zusammenfluß von Fürsten, Großoffizieren und Staatsmännern, äußerlich betrachtet der Höhepunkt in Napoleons glanzvollem Leben. Nicht als Gast des Königs von Sachsen sondern als Wirth, wie im eigenen Hause, trat der König der Könige auf; doch nur die gekrönten Häupter, die kaiserlichen und königlichen Familien wurden eines Platzes an der kaiserlichen Tafel gewürdigt; den Abend pflegte die zutrittsfähige Gesellschaft in den Gemächern des Kaisers zu verbringen. Gegen die deutschen Souveraine war sein Benehmen artig aber gebieterisch, für den König von Sachsen herzlich und freundschaftlich, jede erdenkliche Aufmerksamkeit widmete er seinen Schwiegereltern und war sehr ungehalten, daß bei der Festvorstellung im Theater die ihnen dargebrachten Huldigungen hinter dem ihm selbst gestreuten Weihrauch ganz verschwanden [1]). Für den König von Sachsen waren es Tage peinlicher Unruhe, vollends da sich Marcolini

1) Bei der Aufführung von Paers Sargino trug der Sonnentempel die Aufschrift: „Di lui men grande e men chiaro il sole."

Digitized by Google

um dem Lärm aus dem Wege zu gehen als krank ins Bett gelegt hatte und so die Etikettensorgen, für ihn die wichtigsten unter allen, allein auf seinen und des kürzlich zum Grafen erhobenen Senfft Schultern lasteten.

Erst am 26. Mai traf der König von Preußen in Begleitung des Kronprinzen ebenfalls ein; es lag Napoleon daran, das Schauspiel, welches er in Dresden gab, durch die Gegenwart des Gedemüthigten zu vervollständigen. Der ihm zur Begrüßung entgegengeschickte sächsische General v. Zeschau hatte den mißlichen Auftrag, ihn zum freiwilligen Verzicht auf die großen militärischen Ehren beim Empfange zu bewegen, da diese nach Napoleons Befehl allein den Kaisern vorbehalten bleiben sollten. Stolz lehnte der König die Zumuthung ab, aber die Kanonensalven blieben ihm versagt, wenn ihm auch in allem Uebrigen nach der nämlichen Etikette begegnet wurde wie den kaiserlichen Gästen. Gebeugt und düster schritt Friedrich Wilhelm III. durch die strahlende Versammlung, besonders kalt gegen den König von Sachsen, und Senfft bekam aus seinem Munde über Sachsens feindseliges Benehmen gegen Preußen bittere Worte zu hören. Für die Ängstlichkeit, mit der ihn der Kreis der Fürsten mied, fand der unglückliche König zu Napoleons großem Verdrusse Entschädigung in der theilnehmenden Hochachtung, welche die Bevölkerung ihm, wo er sich zeigte, erwies, während dem französischen Kaiser überall nur Neugierde oder das dumpfe Schweigen des Grolls begegnete.

Unter den rauschenden Festlichkeiten des dresdner Aufenthalts hatte die politische und militärische Thätigkeit keinen Augenblick geruht. Sobald Narbonne aus Wilna die Gewißheit des Krieges brachte, verließ Napoleon am frühen Morgen des 29sten Dresden um sich zur großen Armee zu begeben. Um ja nicht den Abschied von seinem erhabenen Gaste zu versäumen, wagte der König Friedrich August nicht zu Bett zu gehen und erhaschte auch glücklich noch den Augenblick, wo er dem Abreisenden auf der Treppe Lebewohl sagen konnte [1]).

1) Senfft, p. 166sq. Thiers XIII, 506sq.

Digitized by Google

So großes Interesse das sächsische Cabinet um des Herzogthums Warschau willen an diesem zweiten polnischen Kriege nahm, so erhielt es doch über die Absichten des Kaisers in Bezug auf Polen nicht die geringste Andeutung. Nur daß dieses nicht bestimmt sei, bei dem Hause Sachsen zu bleiben, wurde immer weniger zweifelhaft. Zwar das Gerücht, welches den König von Westfalen für den Thron des neuen Polenreichs bestimmte, verflog bald, obgleich Jerôme tactlos genug war, noch in Sachsen die Glückwünsche seiner Höflinge zu seiner Beförderung anzunehmen, und davon, daß der Kaiser schon dem Erzherzog Ferdinand Aussicht auf den polnischen Thron gemacht hatte, wußte man in Dresden nichts; einen bedenklichen Eindruck machte es aber, daß der Kaiser den erneuerten Vorschlag wegen Ernennnng des Prinzen Anton zum Vicekönig zurückwies und statt dessen den König nöthigte, dem Ministerconseil des Herzogthums unbeschränkte Vollmacht zu übertragen (26. Mai), damit dasselbe bei der Dringlichkeit der Umstände ganz selbständig handeln könne. Zugleich erfolgte die Ernennung des Erzbischofs von Mecheln, de Pradt, zum außerordentlichen Gesandten des Kaisers bei der warschauer Regierung. Wie er dieselbe verstand, lehrt de Pradt's Instruction: Der Gesandte soll nicht bloß durch seinen Rang alle anderen, französischen wie polnischen, Civil- wie Militär-Auctoritäten beherrschen, er soll nicht bloß überhaupt großen Einfluß, sondern eine wirkliche und vollständige Auctorität über die Verwaltung, bis in das Detail derselben üben; er wird daher den Sitzungen des Ministerconseils beiwohnen und insbesondere alle Hilfsquellen des Landes für den Krieg ausnutzen, alle Forderungen französischer Militärbehörden unterstützen und deren schleunige Ausführung bewirken. „Das Herzogthum", fügt der Kaiser hinzu, „verlangte seit langem eine Centralauctorität; sie ist vorhanden in der gewissermaßen königlichen Gewalt, mit welcher das Ministerconseil bekleidet ist, besonders aber in der Anwesenheit des Gesandten, der so zu sagen in seiner Hand die Minister, die Generale und alle Behörden zu vereinigen hat." [1])

1) Corresp. de Nap. XXIII, 516.

Digitized by Google

De Pradt's Sendung war ein deutlicher Fingerzeig, daß das schwache Band, welches das Herzogthum Warschau an Sachsen knüpfte, sich zu lösen beginne, daß der Kaiser es bereits als einen gesonderten Staat betrachte. Am 28. Juni trat, vom Ministerconseil berufen, der Reichstag zusammen und verwandelte sich drei Tage darauf in eine Generalconföderation des Königreichs Polen. Von der ganzen nationalen Erhebung wurde der nominelle Souverain bereits ganz fern gehalten. Wenn eine feierliche Deputation der Polen ihn einlud, der Conföderation beizutreten und für den Grafen Senfft das polnische Bürgerrecht beantragte, so war dies leeres Blendwerk. Sachsens Rolle in Warschau war zu Ende, und indem der König sein Heer zum Kriege gegen Rußland stellte, wurde ihm zugemuthet, für den Verlust des Herzogthums zu kämpfen.

Den Anordnungen des Kaisers zufolge verließen die sächsischen Truppen ihre Garnisonen schon am 5. November 1811, um, durch eine Postenkette gegen die preußische Grenze gedeckt, Cantonierungen an der Elbe zu beziehen und hier der Vollendung ihrer Ausbildung in allen Zweigen des Kriegsdienstes mit Eifer sich zu widmen [1]). Mitte Februar rückten sie in eine gedrängtere Stellung in der Niederlausitz mit dem Hauptquartier Guben. Die Ausrüstung des Corps ließ nichts zu wünschen, seine Gesamtstärke belief sich auf 21383 Mann mit

1) Die Hauptschriften über die Theilnahme der Sachsen am russischen Feldzuge sind: v. Cerrini, Die Feldzüge der Sachsen in den Jahren 1812 und 1813 (1821). — Sachsen und seine Krieger in den Jahren 1812 und 1813 (1829). — Erinnerungen aus dem Feldzuge des sächsischen Corps unter General Reynier, aus den Papieren des Generalleutnants v. Funck (1829). — Beiträge zur militärischen Geschichte Sachsens in Zeitschrift für Kunst, Wissenschaft und Geschichte des Kriegs, Bd. XL (1837). — v. Welden, Feldzug der Österreicher gegen Rußland im Jahre 1812 (1870). — Persönliche Erlebnisse in: Goethe, Aus dem Leben eines sächsischen Husaren (1852). — v. Burkersrode, Die Sachsen in Rußland (1846). — v. Merheim, Erlebnisse eines Veteranen während des Feldzugs in Rußland (1860).

Digitized by Google

7173 Pferden und 68 Geschützen [1]) unter dem Generalleutnant v. Lecoq, einem Anführer, der die allgemeine Liebe und Achtung seiner Untergebenen genoß. Chef des Generalstabs war Oberst v. Langenau, Souschef Major Aster. Es hätte bei Sachsen gestanden, die zur Garnison von Danzig gehörigen 3000 Mann von dem vertragsmäßig zu stellenden Contingent von 20000 Mann in Abzug zu bringen, und wie sich ergab, hatte der Kaiser selbst ursprünglich auf nicht mehr als 17000 Sachsen gerechnet; um aber den möglichst großen Theil an dem gehofften Ruhme und Erfolge zu haben, widersetzte sich der Generalstab jeder Reduction. Allein auch damit war schließlich dem Kaiser nicht genug geschehen und Sachsen mußte ihm außer dem Contingent auch noch das leichte Reiterregiment Prinz Johann, das bei Napoleons Durchreise durch Sachsen seine Ehrenwache gebildet und dabei sein besonderes Wohlgefallen erregt hatte, desgleichen die bis dahin als Besatzung in Danzig und Glogau stehenden Infanterieregimenter v. Rechten und v. Low überlassen, die dem 9. Armeecorps unter Marschall Victor zugetheilt wurden.

Abweichend von seinem gewöhnlichen Verfahren bestimmte diesmal Napoleon die Sachsen, die 21. und 22. Division der großen Armee, nicht zur Einverleibung in eine andere Abtheilung, sondern bildete aus ihnen ein abgesondertes Corps, das siebente, welches auf dem äußersten rechten Flügel der ungeheueren von

1) Von den beiden Infanteriedivisionen bestand die erste unter dem besonderen Befehle des Generalleutnants v. Lecoq aus den Brigaden v. Steindel (1. Grenadierbataillon v. Liebenau und den Regimentern Prinz Friedrich August und Prinz Clemens) und v. Nostitz (Prinz Anton und leichtes Infanterieregiment); die zweite unter Generalleutnant v. Gutschmid aus den Brigaden v. Klengel (Regiment König und v. Niesemeuschel) und v. Sahr (die Grenadierbataillone v. Spiegel, v. Brause und Anger und leichtes Infanterieregiment); die Kavalerie aus den Divisionen Thielmann (Garde du Corps, v. Zastrow und Prinz Albert) und v. Funck (Prinz Clemens Ulanen, v. Polenz und Husaren); die Artillerie aus zwei reitenden und vier Fußbatterien unter Oberst v. Hoyer, nebst 20 vierpfündigen Regimentskanonen; eine Abtheilung Sapeurs. Specieller in: Sachsen und seine Krieger, S. 4.

Digitized by Google

der Ostsee bis an den Bug reichenden Heeresfronte operieren sollte. Freilich litt es weder der französische Stolz noch Napoleons System anders, als daß ein französischer General sie commandiere. Reynier, den Sachsen schon von 1809 her bekannt, erhielt auch jetzt wieder den Oberbefehl über dieselben; doch wie damals, so verstand es der zwar rechtliche und menschenfreundliche, aber strenge und verschlossene, des Deutschen unkundige Heerführer, der wie „das stumme Schicksal" daherschritt, auch jetzt nicht, sich die Anhänglichkeit der Truppen zu erwerben; sein geringschätziges Wesen verletzte die sächsischen Generale, die vom König Lecoq übertragene Oberaufsicht über das ganze Corps schob er kurzer Hand bei Seite; aber sie ehrten in ihm den tüchtigen Feldherrn und faßten bald Vertrauen zu seiner Führung. Auf die Zeit seines Oberbefehls trat er gewissermaßen in die Dienste des Königs von Sachsen, nämlich insofern ihm dieser einen Gehalt von monatlich 1000 Thalern zahlen mußte.

Am 26. März brach das Corps von Guben auf, gieng bei Neusalza über die Oder und erreichte am 8. und 9. April theils über Fraustadt, theils über Kargewo durch das Posensche Kalisch, wo es einige Tage rastete. Aber bereits hier wurde das sächsische Corps auseinander gerissen. Der Kaiser hatte die Bildung von vier großen Reiterreservecorps unter dem Oberbefehl des Königs von Neapel angeordnet. Nachdem in Folge davon bereits in Karga das Regiment Prinz Albert vom 7. Armeecorps getrennt und bis auf eine Schwadron, die zu den sogenannten Truppen des Hauptquartiers kam, der zum 3. Reitercorps Grouchy gehörigen Brigade Domanget zugetheilt worden war, mußte Reynier jetzt weiter noch außer der reitenden Batterie v. Hiller die beiden übrigen Regimenter der Brigade Thielmann abgeben, welche nebst dem polnischen Regiment Malachowski eine Brigade der Division Lorge im 4. Reitercorps Latour-Maubourg bei der großen Armee zu bilden bestimmt war. Diese Maßregel, welche das 7. Armeecorps auf 19313 Mann verminderte und es, was von besonderem Belang, einem gerade an Reiterei überlegenen Feinde gegenüber

Digitized by Google

und in einem ganz flachen Lande, wo es keine Magazine gab und alle Bedürfnisse weither zusammengebracht werden mußten, der Hälfte seiner Reiterei beraubte, erregte bei den Truppen wie bei ihrem Anführer lebhaftes Mißvergnügen [1]) und erwies sich für die weiteren Operationen des Corps in hohem Grade nachtheilig, indem der verbliebene Theil der Reiterei nunmehr nicht nur weit stärker angestrengt werden mußte, wodurch sie natürlich auch stärkere Verluste erlitt, sondern auch zur kräftigen Unterstützung des Fußvolks nicht ausreichte, weshalb manche wichtige Unternehmungen ganz unterbleiben mußte.

Das 7. Armeecorps bildete mit dem 5ten und 8ten und dem 4. Reitercorps den rechten Flügel der großen Armee, über welchen der König von Westfalen den Oberbefehl führte. Bei anhaltendem kalten Regen und Schneewetter, auf grundlosen Wegen, bei mangelnder Vorspann, inmitten einer feindlich gesinnten, elend lebenden Bevölkerung gieng es über die Pilica bis in die Gegend von Radom. Erschwert wurde der Marsch noch durch den König von Westfalen, der von der nördlichen Richtung abgewichen war und die Sachsen von hinten drängte, so daß sie bei seltenen Rasttagen oft zwei Tagemärsche in einem Zuge machen mußten. Menschen und Pferde litten in der ausgezehrten Gegend und durch unzweckmäßige Anordnungen Mangel. Die Collision zwischen sächsischer Pedanterie und

1) Reynier an den König, Kalisch, 11. April: „Je regrette infiniment de perdre ces régiments et j'écris à S. A. le Prince de Neufchâtel, qu'il souffriront beaucoup d'être ainsi détachés du corps avant le moment, ou il pouvait être nécessaire d'opérer par grosse masse de cavalerie; parcequ'ils ne pourront pas être surveillés, nourris, entretenus, payés, les hommes et chevaux malades soignés comme s'ils étaient au corps saxon. Le régiment d'Albert, qui sera tout-à-fait isolé avec des régiments, dont les manoeuvres sont différentes, souffrira le plus et si ces régiments continuent à être détachés, il serait à désirer, qu'ils fussent au moins réunis sous le même commendement du général Thielmann." (Dr. Arch.) Dieser Wunsch stimmt wenig mit der gewöhnlichen Angabe überein, wonach Reynier Thielmann beargwöhnt habe, selbst die Trennung betrieben zu haben, um nicht unter seinem Befehle zu stehen.

Digitized by Google

französischer Willkür brachte im Verpflegungswesen eine vollständige Verwirrung hervor, so daß Mitte Mai mehr aus Mangel als aus kriegerischer Nothwendigkeit die Kavalerie und die reitende Batterie in eine Stellung auf dem rechten Weichselufer an der Wieprz verlegt wurde, in der sie die Verbindung rechts mit der Festung Zamosc, links mit den Westfalen erhielt und die Bewegungen Bagrations jenseits des Bug beobachten sollte. Da jedoch dieser, unaufgehalten durch die Demonstrationen gegen seinen rechten Flügel, Miene machte in das Herzogthum einzudringen, so setzte sich Reynier gegen Warschau in Bewegung und zog sein Corps, nachdem ihn die endliche Ankunft der Österreicher unter Schwarzenberg bei Lublin wegen seiner rechten Flanke beruhigt hatte, jenseits der Weichsel zusammen, während die Vorhut die Straße nach Brzesc im Auge behielt. Da die große Armee am 24. Juni bei Kowno und Olitta den Niemen überschritten hatte, so stand das 7. Corps schon bedeutend hinter derselben zurück. Um also wieder in nähere Verbindung mit ihr zu kommen, rückte Reynier nordwärts über den Bug bis Zambrow.

Die Sachsen waren nach des Kaisers Absicht bestimmt, bei der großen Umgehung Bagrations mitzuwirken, von der er sich eine entscheidende Wendung des ganzen Feldzugs versprach. Allein das Ungeschick Jerôme's, der zwischen Nowogrodek und Njeswisch unthätig stehen blieb, alle Fühlung mit dem Feinde verlor und denselben auf diese Weise entschlüpfen ließ, vereitelte den ganzen Plan. Die Sachsen hatte er viel näher, als er sollte, an die Hauptcolonne herangezogen, mit welcher sie parallel über Bialystock bis Slonim vorgiengen, ein Marsch, der bei glühender Sonnenhitze zurückgelegt unter Mannschaften und Pferden bösartige Erkrankungen hervorrief. Als ob er nicht wisse, was mit ihnen anfangen, ermüdete er sie bald durch zwecklose Hin- und Hermarschieren, bald durch nicht minder anstrengende und ebenso zwecklose Musterungen. Verdruß und Erkältung bei einer derselben zog dem Generalleutnant v. Gutschmid eine Krankheit zu, die ihn in Pulawy hinwegraffte, worauf das Commando der 2. Division auf den

Digitized by Google

Generalleutnant v. Funck, das der leichten Reiterbrigade auf Generalmajor v. Gablenz übergieng.

Höchst unzufrieden mit seines Bruders Heerführung stellte ihn der Kaiser unter Davout's Befehl, worauf Jerôme, nachdem er noch die Westfalen auf Njeswisch, die Sachsen auf Kleck in Litthauen dirigiert hatte, gekränkt das Heer verließ. In Kleck erhielt aber das Corps eine ganz veränderte Bestimmung. Da es Napoleon nicht für gerathen halten mochte, die Beschützung seines Rückens den Österreichern anzuvertrauen, so wurde es angewiesen, diese, welche rechts rückwärts zwischen Prushany, Kobryn und Pinsk standen, abzulösen und als nunmehr äußerster rechter Flügel der großen Armee die Deckung des Herzogthums Warschau gegen die unter Tormassow und Kamenskoi aus Volhynien heranziehenden 40000 Russen zu übernehmen, eine Aufgabe, für die Reynier mit seinen 17000 Mann offenbar nicht ausreichte. Schwarzenberg und Reynier hatten sich also in gerade entgegengesetzten Richtungen zu bewegen, jener von Prushany über Slonim auf Njeswisch, dieser umgekehrt von Kleck über Slonim auf Prushany.

Verstimmt über diese Änderung, welche sie von dem Hauptschauplatze der Kriegsereignisse hinwegrief, brachen die Sachsen am 15. Juli in Eilmärschen von Kleck auf, auf die schrecklichen Moräste zu, die sich vom Bug bis zur Beresina auf einer Linie von funfzig Meilen hindehnen. Als bestes Mittel um das Herzogthum zu decken empfahl der Kaiser dem General Reynier in Volhynien einzudringen und es zu insurgieren [1]). Dies war wahrscheinlich auch Reyniers Meinung; er wollte auf dem von Pinsk nach Konstantinow führenden Damme durch die Moräste gehen, sich in Tormassows Rücken werfen und ihn dadurch nöthigen, von Warschau abzulassen und sich gegen ihn zu kehren. Ein kühner und an sich nicht unausführbarer Gedanke, aber sein Gelingen hing davon ab, daß die Sachsen um nicht selbst von den Russen in der rechten Flanke umgangen zu werden, im Besitz von Brzesc

1) Corresp. de Nap. XXIV, 94.

Digitized by Google

waren. Reynier war mit Schwarzenberg über die Art und Weise übereingekommen, wie die Österreicher in ihren Stellungen auf der Linie des Bug und der Muchawez durch die Sachsen abgelöst werden sollten. Unglücklicherweise verzögerte sich aber, um das Kreuzen mit den Österreichern zu vermeiden, der Aufbruch der Brigade Klengel nebst drei Schwadronen Ulanen nach Brzesc bis zum 20. Juli, trotzdem verließ die österreichische Nachhut, zu deren Ablösung sie bestimmt war, ihre Stellungen schon am 23sten in dem sicheren Wahne, daß die Russen erst bei Dubno, höchstens bei Kowel stünden, mithin bis zur Ankunft des ganzen 7. Armeecorps für die allerdings weit vorgeschobene Brigade Klengel nichts zu fürchten sei.

Aber die Russen standen viel näher als man vermuthete, am 25. Juli schon bei Dywin, nur sechs Meilen von Kobryn, und während die sächsische Vorhut unter v. Gablenz bei Janow ein hitziges Reitergefecht bestand, rückten die russischen Generale Lambert und Tscherbatoff, jener längs des Bug, dieser von Ratno über Mokrany mit zusammen mehr als 30000 Mann gegen Brzesc an, warfen die Hand voll Ulanen, mit denen allein Klengel den wichtigen Punkt hatte besetzen können, nach tapferer Gegenwehr heraus und nöthigten dadurch auch das auf dem Marsche nach Brzesc befindliche Regiment König zur Umkehr. So war also Brzesc verloren. Auf die Kunde von der bedrängten Lage der Brigade Klengel und der ihm selbst dadurch drohenden Umgehung befahl Reynier am 26sten dem General, Kobryn „auf jeden Fall“ [1]) bis zum 28sten, wo er bestimmt bei ihm eintreffen würde, zu behaupten. Gablenz mit dem größten Theile der Reiterei bei Janow zurücklassend, eilte er nach dem gefährdeten Punkte und erreichte durch einen Gewaltmarsch von sechs Meilen an diesem Tage noch Drohyczin, acht Meilen von Kobryn.

Klengel säumte nicht, sich mit seinen 2000 Mann Infanterie, 316 Ulanen und 8 Regimentskanonen, so gut er konnte, in

1) Vermuthlich nur ein vom Chef des Generalstabs unglücklich gewählter Ausdruck statt „so lange als möglich“. Funck, Erinnerungen, S. 63.

Digitized by Google

Vertheidigungsstand zu setzen. Gegen diese Hand voll Leute giengen am Morgen des 27sten 12000 Russen mit 22 Kanonen zum Angriff vor, während die Hauptmacht derselben in Schlachtordnung aufmarschiert unthätiger Zuschauer des Kampfes blieb. Noch wäre es Klengel möglich gewesen, sich der drohenden Einschließung entweder auf der Straße nach Antopol oder nach Prushany zu entziehen, wie denn noch an diesem Morgen auf letzterer das ganze Fuhrwesen der Brigade glücklich durchkam, aber allzu ängstlich sich an den Wortlaut des erhaltenen Befehles bindend, ließ er sich ruhig von allen Seiten umzingeln. So blieb den Sachsen, da verspätete Versuche durchzubrechen mit Uebermacht zurückgewiesen wurden, nichts übrig, als die Ausgänge der Stadt so lange wie möglich zu vertheidigen. Mit der größten Standhaftigkeit wehrte das eingeschlossene Häuflein lange das Eindringen des Feindes ab, bis deren wachsende Anzahl, die Gluth der von den Kosaken in Brand gesteckten Vorstädte und der eintretende Mangel an Munition es zwang, sich gegen den Markt und auf eine innerhalb der Stadt befindliche alte Schanze zurückzuziehen; durch neunstündigen hoffnungslosen Kampf erschöpft, mußten sie sich endlich mit den Waffen in der Hand ergeben. Tormassow ehrte den Heldenmuth der Ueberwundenen durch die achtungsvollste Behandlung der Gefangenen, die nach Kiew transportiert wurden. Der unglückliche Tag kostete den Sachsen 108 Todte, 13 Offiziere und 165 Mann an Verwundeten.

Morgens fünf Uhr war Reynier von Drohyczin aufgebrochen um Klengel zu Hilfe zu eilen, dessen Gefahr der herüberschallende Kanonendonner verkündete; durch einen zweiten Gewaltmarsch in Sonnengluth und ohne Lebensmittel erreichte das Corps zum Umsinken ermüdet nachmittags drei Uhr Horodetz; dort aber fand eine Recognoscierung alle Verbindung mit dem noch zwei Meilen entfernten Kobryn abgeschnitten. Da schwieg der Kanonendonner vor ihnen, das Verhängniß ihrer Waffenbrüder verkündend. Vor sich den durch den Verlust von Kobryn gesperrten Engpaß, hinter sich Sümpfe und die Stadt Pinsk in Feindeshand, schlug Reynier in der folgen-

Digitized by Google

den Nacht den einzigen noch übrigen Ausweg, einen schmalen, zwischen Sümpfen nordwärts auf die Straße nach Slonim führenden Damm, ein und kam, ohne von Tormassow behelligt zu werden, mit Ausnahme eines Recognoscierungsdetachements, das dem Feinde in die Hand fiel, glücklich hinüber. Aufs äußerste erschöpft, abgerissen und am Nöthigsten Mangel leidend, erreichte das Corps am 30. Juli Slonim.

Die Gefangennahme der Brigade Klengel, bei der Schwäche des 7. Corps schon an sich ein harter Verlust, wurde noch empfindlicher durch den Schrecken, den sie im Herzogthum hervorbrachte. de Pradt beschwor Reynier, zum Schutze der Stadt Warschau herbeizueilen. Allein dieser erkannte sehr richtig, daß seine Aufgabe wo ganz anders liege, daß es jetzt vor allem darauf ankomme, Rücken und Flanke der großen Armee gegen Tormassow zu schützen, und daß dies durch kein Mittel besser zu erreichen sei, als durch eine kräftige Offensive. Er erließ daher an Schwarzenberg, der sich auf dem Marsch zur großen Armee befand, die dringende Aufforderung, schleunigst umzukehren und sich mit ihm vereinigt dem Feinde entgegenzuwerfen. Da Reynier noch 11000, Schwarzenberg 25000 Mann zählte, so waren sie dann demselben vollkommen gewachsen. Schwarzenberg begriff die Gefahr; er machte auf der Stelle rechtsumkehrt, stieß bei Slonim zu Reynier und übernahm nunmehr, da der Kaiser sein Verfahren billigte, den Oberbefehl, um mit vereinten Kräften den Versuch zu wiederholen, zu dem Reynier allein zu schwach gewesen war.

Schon am 3. August rückten demnach die Sachsen, rechter Hand von den Österreichern, wieder in der Richtung auf Prushany vor. Es war hohe Zeit, denn bereits streiften russische Abtheilungen bis Bialystock um die Verbindung zwischen der großen Armee und dem Herzogthum Warschau zu unterbrechen. Bei Wielkawies mußte jedoch Reynier zwei Tage lang auf die langsam folgenden Österreicher warten, da die Kosaken schon sich in den Zwischenraum zu schieben anfingen. Um daher den Zusammenhang mit den Österreichern zu sichern warf er am 10. August den General Lambert, der ihm

Digitized by Google

8000 Mann stark gefolgt war, durch einen kräftigen Angriff bei Prushany gegen Kobryn zurück. Am folgenden Tage fanden die vormarschierenden Österreicher und Sachsen das ganze Heer Tormassows, 36000 Mann mit 60 Kanonen, in einer günstigen Stellung vor sich, in der Fronte und der rechten Flanke unangreifbar durch Moräste, deren beide einzigen Übergänge, bei Gorodeczna und Podobna, von den russischen Batterien bestrichen wurden. Reynier machte jedoch bald ausfindig, daß der den Stützpunkt des linken russischen Flügels bildende Wald, den Tormassow als ungangbar unbesetzt gelassen hatte, doch passierbar sei; er ließ ihn noch am Abend von Fußvolk besetzen und gründete darauf den Plan, unter dem Schutze dieses Gehölzes den linken Flügel der Russen zu umgehen, während Schwarzenberg dieselben in der Fronte beschäftigen würde. Tormassow, der während der Nacht seines Irrthums inne geworden war, ließ am Morgen die Sachsen wieder aus dem Walde vertreiben; es entspann sich nun um den Besitz desselben ein sehr hartnäckiges Gefecht, doch mußten die Sachsen mit dem Hauptangriffe bis zum Eintreffen der zu ihrer Unterstützung bestimmten Division Bianchi warten, das erst nachmittags 3 Uhr erfolgte. Die Gefahr erkennend, warf Tormassow, was er in der Fronte entbehren konnte, den Sachsen entgegen, namentlich die Brigade v. Sahr hatte acht Stunden lang einen heißen Kampf auszuhalten, und man würde von beiden Seiten ohne Erfolg gerungen haben, wenn es nicht den Österreichern, ehe noch die Dunkelheit dem Kampfe ein Ende machte, gelungen wäre, sich des Passes von Podobna zu bemächtigen und dem linken Flügel der Sachsen die Hand zu reichen [1]). Auf eine Erneuerung des Gefechts verzichtend, benutzte Tormassow die Nacht um abzuziehen; das kräftige Nachdringen der Gegner gestattete ihm erst weit hinter Kobryn wieder festen Fuß zu fassen, dann gieng er hinter den Styr zurück, ihm nach die Österreicher und Sachsen, aber der Mangel an Kavalerie und ein zweitägiger Regen, der den Boden in

1) Der Verlust der Sachsen betrug: an Todten 1 Offizier, 174 Mann; verwundet 17 Offiziere, 611 Mann; gefangen 3 Offiziere, 66 Mann.

Digitized by Google

ein Meer von Morast verwandelte, hinderte, die errungenen Vortheile weiter zu verfolgen; zwanzig Tage, vom 29. August an, blieben sie am Styr unthätig stehen; aber es war doch ein nicht zu unterschätzender Erfolg, daß dem Feinde jede Unternehmung im Rücken der großen Armee verwehrt worden war.

Tormassows Unthätigkeit hatte ihren Grund in der Absicht, vor allem Weiteren die Ankunft der durch den Frieden mit der Pforte verfügbar gewordenen Moldauarmee unter Tschitschagoff abzuwarten. Kaum war dieser am Styr eingetroffen, als die Russen, nun den Verbündeten mehr als doppelt überlegen, die Wiederaufnahme der Offensive 21. September durch den Ueberfall einer österreichischen Abtheilung ankündigten, so daß Schwarzenberg, um nicht bei längerem Verweilen von der Seite des Bug her umgangen, in die Moräste geworfen und von der Verbindung mit der großen Armee gänzlich abgeschnitten zu werden, am 24. September den Rückzug antrat, welcher, obgleich mehrmals von überlegenen Streitkräften bedrängt, ohne erheblichen Verlust ausgeführt wurde. Von nun an entwickelte sich in vollem Maße Reyniers vorzügliche Feldherrngabe in der Beharrlichkeit, mit der er unter den schwierigsten Umständen der großen Armee von dieser Seite den Rückzug offen zu halten und die Vereinigung der feindlichen Streitkräfte diesseits des Dnieper möglichst lange zu verhindern wußte. Unterhalb Opalin gelangte das Corps glücklich über den Bug, verfolgte denselben abwärts, gieng aber 4. October plötzlich wieder bei Terespol auf das rechte Ufer, um in dem Winkel zwischen Muhawiez und Bug eine feste Stellung zu nehmen, die sich aber doch auf die Dauer nicht behaupten ließ. Es blieb den beiden Heerführern nichts übrig, als vorläufig das Herzogthum preiszugeben; durch einen Nachtmarsch entzogen sie sich 10. October dem Angriff und gelangten unentdeckt hinter die Lesna, und als die Russen am 11ten den Übergang über dieses Wasser bei Kliniki zu erzwingen suchten, wurden sie von den Sachsen blutig zurückgewiesen [1]).

1) Dieselben verloren dabei den Oberstleutnant v. Egidy und den Major v. Metzsch.

Digitized by Google

Bald aber führte die Bestürzung, welche ein Streifzug Czernitschefs in das Herzogthum Warschau verbreitete, und die Befürchtung, daß die russische Hauptmacht ihm dahin folgen werde, zu dem Entschluß, auf das linke Ufer des Bug zurückzukehren, um sich der großen Straße nach Warschau als der Hauptrückzugslinie zu versichern. Wider Erwarten machten die Russen keinen Versuch, diese mehrtägige Bewegung zu stören; am 17. October standen die Österreicher bei Wengrow, die Sachsen, dem Feinde näher, bei Biala, nach den überstandenen Mühsalen einer Rast dringend bedürftig; ein Drittheil der letzteren gieng barfuß. Aber schon am 18ten wurden sie durch einen Handstreich des Generals Essen wieder aufgescheucht, der jedoch mißlang und wobei den Sachsen sogar eine russische Kanone, das einzige Siegeszeichen ihres ganzes Feldzugs, in die Hände fiel. In diesem Augenblick erhielt Schwarzenberg die dringende Aufforderung zur Deckung von Minsk herbeizueilen. Dadurch wurde eine Trennung der beiden Corps nothwendig, und Reynier blieb nunmehr allein die Deckung des Herzogthums überlassen. Er verschwieg den Truppen den Abmarsch der Österreicher und zog sich, da die Stellung bei Biala an sich unhaltbar war, an den Bug, Drohytschin gegenüber, zurück, wo die Straße von Warschau nach Bialystock den Fluß überschreitet. Hier verschaffte ihm Tschitschagoffs Unthätigkeit bis zum 29. October ungestörte Ruhe. —

An demselben Tage, an welchem die Sachsen das Gefecht bei Biala bestanden, hatte Napoleon den Rückzug aus Moskau angetreten. Schon auf dem Hinweg waren die der Hauptarmee zugetheilten sächsischen Reiterregimenter theils durch die anstrengenden Märsche in sengender Hitze, theils durch die beispiellose Vernachlässigung des Verpflegungswesens von seiten des französischen Hauptquartiers hart mitgenommen worden. Bereits im Herzogthum Warschau begann eine Art von Nomadenleben; war die Gegend aufgezehrt, so zog man weiter, und hätten die strengen Verbote, die Latour-Maubourg gegen alles Requirieren erließ, wörtlich befolgt werden sollen, so würden sie den unmittelbaren Untergang der Truppen zur Folge gehabt

Digitized by Google

haben. Die Spärlichkeit der Fourage, die Fütterung mit unreifem Getreide, der jähe Witterungswechsel, die starken Märsche in bahnlosem Sumpfboden und die täglichen Entsendungen zu Requisitionen brachten die Pferde vollständig herunter. Schon am 17. August hatte die Brigade Thielmann deren 140 verloren, ungerechnet 100 andere unbrauchbar gewordene, und es war nur der den deutschen Soldaten charakterisierenden Sorgfalt für sein Thier zu danken, daß der Abgang hier doch immer noch hinter dem der französischen Regimenter zurückblieb.

Am 20. und 21. Mai überschritt die sächsische Reiterbrigade bei Wola die Weichsel, am 2. Juli bei Grodno den Niemen. An der Schlacht bei Smolensk nahm von den Sachsen nur das Regiment Albert, aber auch dieses nur untergeordneten Antheil; denn erst am Morgen vor der mit Ungeduld ersehnten Schlacht an der Moskwa, am 6. September, stieß das in sichtbarem Vergehen begriffene Reitercorps Latour-Maubourgs zwischen Gzosk und Moszaisk zum Hauptheere, die sächsischen Reiter, brennend vor Kampfbegierde, selbst die schwachen, kranken und schlechtberittenen drängten sich in die Glieder. Mit freudigem Zurufe begrüßten die französischen Garden die stolze, kriegerische Haltung der sächsischen Brigade, als Latour-Maubourg sie des Morgens nach sechs Uhr an der Spitze der Division Lorge dem Kampfplatze zuführte, das Regiment Garde du Corps noch 450, v. Zastrow nicht über 400, das Regiment Malachowski nur noch 180 Mann in Reih' und Glied.

Napoleons Hauptstoß richtete sich gegen den linken Flügel der russischen Stellung. So lange Davout und Ney um den Besitz der Bagrationschanzen stritten, mußte die sächsische Brigade dem brennenden Dorfe Semenowskoe gegenüber in peinlicher Unthätigkeit unter dem heftigsten feindlichen Feuer halten; erst als jene Schanzen endlich genommen waren, führte Murat Nansouty's und Latour-Maubourgs Reiter zum Angriff. General Lorge erhielt Befehl, sich der Anhöhen von Semenowskoe zu bemächtigen. Sofort durchschritt die Brigade Thielmann in demselben Augenblicke, wo eine Division des Ney'schen Corps in Unordnung von der Bergfläche zurückkam, den Semenowka-

Digitized by Google

grund und erstieg den jenseitigen Rand; der Boden war schwierig, die Anhöhe steil, das feindliche Feuer mörderisch; die 2½ Schwadronen Garde du Corps, die zuerst oben anlangten, sahen sich russischen Grenadieren gegenüber, die im Begriff waren sich zu ordnen. Ohne weiteres Besinnen stürzten sie sich mit Ungestüm auf den Feind, ritten drei seiner Vierecke eins nach dem andern nieder, eroberten eine Batterie und warfen auch die ihnen entgegenkommenden russischen Dragoner. In der Hitze der Verfolgung geriethen ungefähr 100 Mann bis hinter die russischen Reserven und mußten sich nachher den Rückweg zu den Ihrigen durch das Feuer beider Heere bahnen; der Oberst des Regiments v. Leyser fiel verwundet in Gefangenschaft. Unterdessen kamen die Zastrow-Kürassiere auch herauf, überritten die sich wieder sammelnden Grenadiere zum zweitenmale, warfen dann die russische Reservekavalerie und verfolgten sie. Noch einmal raffte sich auf, was von den Grenadieren übrig war, erlag aber den nachfolgenden polnischen Kürassieren. So schnell und so gut es gieng, sammelten sich die drei ganz auseinandergekommenen Regimenter um den neuen Kampf gegen die starken russischen Reitermassen aufzunehmen, die zur Unterstützung ihrer hart bedrängten Infanterie herantrabten; es kam zu einem erbitterten Handgemenge, in dem Thielmann selbst mehrmals in persönliche Gefahr gerieth. Endlich auch in der Flanke gefaßt, wurden die Sachsen durch die Überzahl fast wieder bis an den Rand des Grundes zurückgetrieben; hier aber kamen ihnen die Westfalen zu Hilfe. Nachdem es unter dem Schutz dieses Reitergefechtes den Franzosen gelungen war, sich des Dorfes Semenowskoe zu bemächtigen, wurde die sächsische Brigade, die sich allmählich wieder ordnete, etwas zurückgenommen, blieb aber auch hier dem feindlichen Feuer noch ausgesetzt; die Ruhe, mit der sie dasselbe ertrug, entzückte Murat so, daß er ihr aus der Ferne Kußhändchen zuwarf. Zwei Stunden lang sich langsam rechts ziehend, kam sie mehr und mehr der großen, den Mittelpunkt der russischen Aufstellung bildenden Rajewskischanze gegenüber, die bisher allen Angriffen getrotzt hatte. Es war Nachmittag

Digitized by Google

zwei Uhr, als Thielmann vom Kaiser den Befehl erhielt, sie, unterstützt von der Infanterie des Vicekönigs von Italien, mit seiner Reiterei zu nehmen. Unverzüglich setzt sich diese in Bewegung; während die Regimenter Zastrow und Malachowski sich auf fünf hinter der Schanze stehende Bataillone werfen, sprengen die Garde du Corps geradewegs auf das Tod und Verderben speiende Werk los, sie überklettern den Graben und die zerschossene Brustwehr, was von der Besatzung nicht flieht, wird in verzweifeltem Handgemenge bei den Stücken niedergehauen. Aber die Russen führen neue Truppenmassen heran, ihnen ihre Eroberung zu entreißen, es erneuert sich der wüthende Kampf, schon droht die immer kleiner werdende Heldenschar der Überzahl zu erliegen, als der Vicekönig vom linken Flügel herbeieilt, die Sachsen vereint mit ihm, so rasch die ermatteten Pferde sie tragen, einen neuen Angriff unternehmen, die Infanterie die Russen zum Weichen bringt und die Schanze besetzt. Unter den Herbeigeeilten befand sich das Regiment Albert, das der russischen Reiterei ein hitziges Gefecht lieferte, wobei General Domanget schwer verwundet wurde. Der Fall der Rajewskischanze entschied die Schlacht.

Dies war der Antheil der Sachsen an der Schlacht an der Moskwa. Mit hoher Achtung wurde im ganzen Heere der Name der sächsischen Brigade genannt und selbst vom Feinde ihre Tapferkeit rühmend anerkannt [1]). Aber von den 850 Mann, welche die beiden sächsischen Regimenter am Morgen gezählt hatten, waren nur noch 420, also nicht mehr die Hälfte übrig, allein 287 waren todt oder vermißt; Prinz Albrecht hatte 14 Todte, 74 Verwundete, 32 Vermißte. Die Sachsen hatten zu Napoleons Verlust verhältnißmäßig den stärksten Beitrag geliefert. Traurig war die Lage der Verwundeten, ohne Obdach und Labung, ohne Arznei und Verband; beim

1) Nur Thiers und andere französische Schriftsteller wissen nichts von der Erstürmung der Rajewskischanze durch die Sachsen; nach ihnen wäre dieselbe nur von dem zweiten, meist aus Franzosen bestehenden Reitercorps und namentlich dem 5. Küraſſierregiment ausgeführt worden.

Digitized by Google

Aufbruch des Heeres wurden sie in den Scheunen und Ställen eines verbrannten Dorfes, vom 15ten an in dem Kloster Mokrany untergebracht.

Der Rest der Brigade zog am 14. September mit der großen Armee in Moskau ein und lagerte sich jenseits der Stadt links von der Straße nach Kolomna; dort war sie Zeuge des schrecklichen Brandes, der in dem Schutt der alten Czarenstadt Napoleons Weltbeherrschungsentwürfe begrub; doch schon am 16ten brach sie, obgleich sie in Folge des reißenden Abganges an Pferden einschließlich der Polen nur noch 250 Berittene zählte, wieder auf, um unter Murats Befehlen Kutusows Bewegungen zu folgen.

Der seit dem 5. October in den Feindseligkeiten eingetretene Stillstand brachte für das weit vorgeschobene und von Infanterie entblößte 4. Reitercorps keine Erleichterung. Der anstrengende Vorpostendienst, die täglichen Gefechte beim Fouragieren, die plötzlich einfallende Nachtkälte, der zunehmende Mangel an Lebensmitteln verzehrten stetig und rasch die schwindende Lebenskraft. Als nach einem vollen, in verhängnißvollem Warten verbrachten Monat Napoleon sich zum Rückzug aus Moskau entschloß, zählten die Garde du Corps noch 79, v. Zastrow 92, Prinz Albert, zum letzten Nachtrapp gehörig, etwa noch 70 Mann in Glied; etwa 200 unberittene Sachsen folgten im traurigsten Zustande den Fuhrwerkscolonnen; die Schlacht bei Tarutino 18. October kostete den Sachsen wiederum etliche 60 Leute und Pferde, die Trümmer jedes Regiments wurden in eine Schwadron zusammengezogen; unter Anstrengung und Mangel schrumpften sie immer weiter zusammen. Obgleich nur noch 74 Mann stark, mußte die Brigade Thielmann kurz vor Wiäsma noch 22 Pferde abgeben, um wenigstens die Batterie fortzubringen. Da jedoch Latour-Maubourg zur Erleichterung des Marsches, so oft es angieng, Nebenwege einschlug, auf denen das Geschütz nicht folgen konnte, so kam die Batterie von der Brigade ganz ab und ist bis auf einen Unteroffizier spurlos verschwunden. Die Standarten waren von den Stöcken genommen und in einem Mantelsack verborgen

Digitized by Google

worden, aber auch so giengen sie jenseits Dorogobusch im Tumult eines plötzlichen Aufbruchs verloren. Zu den Schrecken des Hungers gesellte sich die Kälte. In Smolensk, 9. November, fand Thielmann das Freiherrndiplom und das Commandeurkreuz des Heinrichsordens für sich vor, sowie die königliche Bestätigung aller von ihm vorgeschlagenen Belohnungen und Auszeichnungen, deren Empfänger derselben zum größten Theil nicht mehr bedurften [1]). Aber das die Armee mit gänzlicher Umzingelung bedrohende Vordringen Wittgensteins von Norden, Tschitschagoffs von Süden gestattete nicht die ersehnte Rast. Kurz hinter Smolensk mußte trotz Thielmanns dringender Gegenvorstellungen die sächsische Brigade acht Offiziere und fünf Unteroffiziere, das polnische Regiment drei Offiziere und zehn Mann zu einer unter Latours Befehl aus den noch brauchbaren Resten des 4. Reitercorps zu bildenden Truppe abgeben, die hauptsächlich den Vorpostendienst versehen sollte. Ebenso vergeblich suchte er beim Kaiser persönlich den Befehl auszuwirken, mit den bei diesem Corps nicht eingetheilten Offizieren behufs der Reorganisation der sächsischen Reiterei in die Heimat geschickt zu werden; vielmehr stellte dieser dieselben

1) Thielmann an den König, Smolensk, 9. November: „Was ich Ew. Maj. über die uns bevorstehende traurige Aussicht einer gänzlichen Auflösung befürchten lassen mußte, ist nunmehr leider eingetreten, und die beiden Regimenter sind nicht allein zu Fuß, sondern wegen Mangel an Verpflegung, wegen der Unmöglichkeit, daß die zu Fuß seienden gänzlich erschöpften Mannschaften den noch mit dem 4. Corps der Kavalerie marschierenden Offizieren folgen können, als gänzlich aufgelöst zu betrachten, und mein einziger Trost ist, daß ich dieses Schicksal mit aller übrigen Kavalerie theile, indem dieses 4te anfänglich 6500 Mann starke Corps heute aus ungefähr 50 Pferden besteht. . . . . Die Artillerie marschiert mit anderer zusammen aber nicht unter meinen Befehlen. Ich sehe selbige bereits als verloren an, da jedes Canon nur noch mit zwei Pferden bespannt ist und alle Pulverwagen bis auf einen längst verbrannt oder in die Luft gesprengt worden sind. Die Pferde der Offiziere fallen nunmehr gleich denen der Gemeinen. Ich selbst habe bereits meine besten verloren und fange an für das Fortkommen meiner eigenen Person besorgt zu werden." (Acten des königl. sächs. Kriegsministeriums.)

Digitized by Google

unter der Benennung Cadre du 4me corps de cavalerie unter Thielmanns Befehl; ihnen schlossen sich auch die ordnungslosen Trümmer des Regiments Albert an. Die unberittene Mannschaft der Brigade wurde in eine eigene Colonne formiert, die aber bald zurückblieb und sich zerstreute. Am 19. November, demselben Tage, an dem das Regiment Zastrow in der Nähe von Orsza seinen Obersten v. Trützschler durch den Tod verlor, kam der Befehl, zum Schutz der kaiserlichen Person aus allen Offizieren, die keine Mannschaften mehr hatten, eine heilige Schar zu bilden, eine verkehrte Maßregel, die den letzten Zusammenhalt der Truppenkörper auseinanderriß; Thielmann erhielt das Commando über die 4. Compagnie derselben; da aber Napoleon diese Schar nicht der geringsten Beachtung würdigte, so löste der Trieb der Selbsterhaltung sie bald wieder auf. Ein jeder sorgte nur noch für sich selbst, nicht die Disciplin, nur die Landsmannschaft hielt noch kleine Abtheilungen zusammen. So schritt der unglückliche Haufen der Berezina zu, wo bereits Tschitschagoff den letzten Ausweg versperrte; sie waren verloren ohne die Corps Oudinot und Victor, die ihnen hier, zwar ebenfalls stark gelichtet aber doch in kampffähigem Zustande entgegenkamen.

Auch bei letzterem befanden sich sächsische Truppen, das Reiterregiment Prinz Johann, welches mit anderen, zur Brigade Duvillier vereinigten Rheinbundstruppen die Division Fournier bildete, und die Infanterieregimenter v. Rechten und v. Low. Sie nahmen Theil an den Gefechten, durch welche Victor das Vordringen Wittgensteins zu verhindern suchte, so bei Czasniki, 31. October, und bei Smolianty, 14. November. In Minsk begegnete Victor den Überresten der großen Armee. Die Division Fournier wurde zur Nachhut des Davoutschen Corps bestimmt, die Reiter Prinz Johann nach Borissow zur Division Partonneaux gewiesen, um Wittgensteins Marsch nach dem Übergangspunkte aufzuhalten und von den Nachzüglern so viel als möglich zu retten, während Victor sich zur Deckung des Überganges auf dem linken Ufer bei Studzianka aufstellte. In wahnsinniger Hast drängten sich die Unglücklichen nach dem

Digitized by Google

rettenden Ausgang. Die Handvoll Sachsen, die sich noch an Thielmann hielten, standen sechs bis sieben Stunden eingekeilt in das fürchterliche Gedränge, gleich unfähig sich vor- oder rückwärts zu bewegen, ehe zuletzt noch den meisten der Übergang glückte; fünf bis sechs Offiziere schwammen auf ihren Pferden durch den von Leichen und Eisschollen gestopften Fluß, Tags darauf stießen zu ihnen noch fünf vom Regiment Johann, das mitsamt der Division Partonneaux umzingelt und gefangen worden war. Die letzte bewaffnete Abtheilung, welche die Brücke überschritt, war die Brigade Duvilliers, ihr letzter Trupp, vom Regiment v. Low, mußte auf Befehl des Generals Eblé morgens gegen 6 Uhr die auf dem Wasser aufliegenden zusammengefrornen Balken und Bohlen mit dem Bajonett aufheben. Aber auch diese noch in militärischer Haltung gebliebenen Abtheilungen zerschmolzen während der nächsten Tage. Am 4. December mußten sich die beiden die Nachhut bildenden Regimenter in einem Gefecht bei Molodezno opfern; von sechzig Mann kamen nur sechzehn dienstfähige daraus zurück. Was noch von den Sachsen lebte, erreichte den 13. December den Niemen, am 20sten Königsberg, von wo es durch Oberst v. Lessing nach Sachsen zurückgeführt wurde.

Obgleich dem 7. Armeecorps dieses Äußerste erspart blieb, so wurde doch auch ihm ein volles Maß der härtesten Leiden zu Theil. Die Rast am Ufer des Bug nahm Ausgang October ein plötzliches Ende, als sich durch die dichten Wolken leichter Reiterei hindurch, mit denen der Feind seine Bewegungen verhüllte, erkennen ließ, daß Tschitschagoff mit der Hauptmacht gegen Slonim und Minsk abgezogen sei um Wittgenstein die Hand zu bieten und nur 15000 Mann unter Sacken bei Brzesc zurückgelassen habe. Die Vereitelung dieser Absicht erschien Reynier so wichtig, daß er den Entschluß faßte, ohne sich um Sacken, um seine Rückzugslinie und um Warschau zu kümmern, zum drittenmale über den Bug zu gehen, wodurch er sich zugleich der zu seiner Unterstützung herankommenden Division Durutte näherte, um Schwarzenberg zu folgen, der ebenfalls Tschitschagoffs Marsch gegen

Bayerische Staatsbibliothek MÜNCHEN Google

Minsk aufzuhalten strebte. Es war der beschwerlichste Theil des ganzen Feldzugs für das 7. Armeecorps; auch hier hatten die Uniformen meist schon den wunderlichsten Verhüllungen zum Schutz gegen die rauhe Witterung Platz gemacht. Die auf 1200 Pferde zusammengeschmolzene Kavalerie vermochte nichts mehr gegen die Dreistigkeit der Kosaken, welche die Hospitäler eines nach dem andern aufhoben und das Corps nach und nach von allen Nachrichten abschnitten. Tschitschagoff aufzuhalten, daran konnte Reynier nicht mehr denken, er mußte froh sein, wenn er durch geschickte Bewegungen sich Sackens Angriffen entziehen konnte; zuletzt gieng er über die Sümpfe der Narew und stellte sich zwischen Porosow und Podorosk so auf, daß er sich jederzeit nach der Seite, wo er nöthig sei, wenden konnte.

Sacken, stets seinen Hauptzweck, die Österreicher und Sachsen von Tschitschagoffs Verfolgung abzuhalten, vor Augen, kümmerte sich nicht um das offenstehende Herzogthum Warschau sondern folgte unverwandt Reyniers Spuren. Sobald dieser sich überzeugte, daß Sacken und Melissen vereinigt mit einer mehr als doppelt überlegenen Macht ihm im Rücken ständen, nahm er seine erschöpften Truppen in eine vortheilhafte Stellung hinter Wolkowisk zurück; hier stieß die Division Durutte, schlechte, zusammengeraffte Truppen, zum Theil spanische Kriegsgefangene, zu ihm. So sicher glaubte sich Reynier, daß er sein Hauptquartier in dem Städtchen Wolkowisk selbst, unmittelbar hinter den Vorposten, nahm. Hiervon durch jüdische Einwohner unterrichtet, überfiel Sacken in der Nacht vom 14. zum 15. November den offenen Ort und würde den General mit seiner ganzen Umgebung gefangen genommen haben, wenn sich nicht das Fußvolk den Eindringenden entschlossen entgegengeworfen hätte; doch mußte der brennende Ort dem Feinde überlassen werden. Bei Tagesanbruch erneuerte zwar Sacken mit seiner ganzen Macht, 25000 Mann, den Angriff, wurde aber mit großem Verluste geworfen, ebenso wurden die am 15ten und 16ten unausgesetzt wiederholten Angriffe trotz der grimmigen Kälte, die das Blut an den Wunden zu Eis-

Digitized by Google

zapfen gefrieren machte, standhaft abgewiesen. Von Reynier benachrichtigt eilte Schwarzenberg aus Slonim zu seiner Unterstützung herbei. Sowie am 16ten der Schall der Kanonen das Eintreffen der Österreicher bei Isabellyn verkündete, gieng Reynier selbst zum Angriff über; Wolkowisk wurde mit Sturm genommen, der Feind in wilder Flucht hinter die Narew gejagt. Der Verlust der Sachsen in den Gefechten seit dem 2. November belief sich auf 1300 Mann; ungleich größer war der Sackens, aber er konnte sich rühmen, seinen strategischen Zweck vollständig erreicht zu haben.

Da Schwarzenberg, getäuscht durch die lügenhaften Berichte des Hauptquartiers, keine Ahnung davon hatte, wie dringend die große Armee seiner bedürfe, so setzte er im Verein mit Reynier die Verfolgung Sackens bis an die Grenze Volhyniens fort; dieselbe muthete den Truppen in solcher Jahreszeit und solcher Gegend die äußersten Anstrengungen zu, lieferte aber bis Brzesc, wo sie am 26. November zum drittenmal einzogen, 4000 Gefangene. Gern hätte Reynier sie noch weiter fortgesetzt, wenn nicht am 25sten vom Herzog von Bassano aus Wilna die Aufforderung gekommen wäre, sich gegen Tschitschagoff zu wenden und dadurch der großen Armee den Rückweg frei zu halten. So unmöglich es nun war, den 45 Meilen von ihnen jenseits der Narew stehenden Tschitschagoff, der die Brücken hinter sich abgeworfen hatte, einzuholen, so kehrten dennoch beide Feldherren auf der Stelle abermals gegen Slonim um. Als sie 7. December bei einer Kälte von 28°, die binnen einer halben Stunde 500 Mann dienstunfähig machte, bei Rushany eintrafen, brachte ein Adjutant die erste bestimmte Nachricht vom Untergange der großen Armee und eine Mittheilung Bassano's, die die Deckung des Herzogthums ihrem Ermessen anheimstellte. Diese Schreckensbotschaft machte allen Offensivbewegungen ein Ende. Nachdem die Truppen sich einigermaßen erholt hatten, trennten sich Österreicher und Sachsen; diese schlugen den Weg nach dem Bug ein, jene den über Bialystock und Pultusk nach Warschau, und so befand sich denn das sächsische Corps, nachdem es seit dem 29. October

Digitized by Google

auf einem Raume von nur 20 Meilen Länge und 10 Meilen Breite in vielen Kreuz- und Querzügen einen Weg von 90 Meilen zurückgelegt hatte, ungefähr wieder auf der nämlichen Stelle, von der es ausgegangen war, verließ aber auch diese bei Sackens Annäherung und auf die Nachricht, daß die große Armee sich bereits gegen Kowno zurückziehe; am Weihnachtsmorgen giengen die letzten Sachsen auf dem Eise über den Fluß, noch bis zur Weichsel von den Russen lebhaft beunruhigt.

Die augenfällige Schonung, welche die Russen gegen die Österreicher bewiesen, gestattete auch dem 7. Armeecorps einen längeren Aufenthalt in der Gegend von Warschau, den Reynier zur Fortschaffung der Depots und der Hospitäler benutzte; über 4000 Kranke bedeckten die Straße nach Kalisch. Aber die an sich geringe Hoffnung, sich den Winter über in Warschau behaupten zu können, wurde durch Yorks Capitulation vollends vereitelt. Die Sachsen zählten kaum noch 6000 Mann unter den Waffen, 600 und von der Division Durutte weitere 1200 hatten sie zur Besatzung von Modlin abgeben müssen; eine Anzahl Offiziere und Unteroffiziere giengen um bei der Reorganisation des Heeres verwendet zu werden nach Sachsen, die beiden Divisionen wurden in eine zusammengeschmolzen, Generalleutnant v. Funck, der sich mit Reynier und dem Generalstab überworfen hatte, zurückberufen. Napoleon hatte zwar Schwarzenberg und Reynier befohlen, Warschau so lange wie möglich zu halten; da aber ersterer bereits aus Wien die Weisung erhalten hatte, sich nach Galizien zurückzuziehen, so räumten die Sachsen 2. und 3. Februar die Stadt, nachdem einer am 1sten getroffenen Uebereinkunft gemäß die Österreicher, um sie gegen unmittelbare Verfolgung zu schützen, sämtliche Vorposten allein übernommen hatten. Am 6ten übergab Schwarzenberg Warschau an Miloradowitsch; der freie Abzug, den dieser den dort zurückgelassenen 1500 kranken Sachsen zugestanden hatte, erhielt jedoch die Genehmigung des Kaisers nicht. Trotz jener Vorsichtsmaßregel wurde Reynier beim Abmarsch aus Brzyn von den

Digitized by Google

Russen eingeholt und mehrmals angefallen. In der Nähe von Kalisch glaubte er Athem schöpfen zu können, vertheilte die Truppen, ohne auf Lecoqs Warnung zu hören, in ausgedehnte Cantonnements und gab dadurch Winzingerode Gelegenheit, sich 13. Februar mit 10000 Mann Infanterie und 6000 zu Pferde mitten zwischen die getrennten Abtheilungen zu werfen; einzelne, wie Generalmajor v. Nostitz mit dem nicht mehr ganz 450 Mann starken Regiment Prinz Anton, wurden schnell umringt und, wenn auch erst nach tapferer Gegenwehr, gefangen genommen; andere, wie namentlich die Brigaden v. Steindel und v. Sahr schlugen sich glücklich zu Reynier nach Kalisch durch; die Brigade Gablenz, die nach Brzezeny verschlagen worden war, zog sich über die Prosna nach Schildberg zurück um sich in Schlesien wieder mit dem Hauptcorps zu vereinigen, erhielt aber von Reynier 15. Februar den Befehl, das als neutral anerkannte schlesische Gebiet nicht zu betreten sondern sich an Poniatowski, oder im Nothfall an die Österreicher bei Radomsk anzuschließen; das Letztere geschah und Gablenz bezog vorläufig Cantonnierungen in der Gegend von Krakau. Es war also zwar Winzingerode nicht gelungen das zertrennte Corps ganz aufzureiben, dennoch kostete diesem der Ueberfall über 1000 Mnnn nebst sechs Kanonen und zwei Fahnen; der weitere Rückzug hinter die Oder blieb unbehelligt, und da die Behauptung dieses Stromes den Trümmern des französischen Heeres unmöglich war, so beeilte es sich, die Straße von Breslau nach Dresden zu gewinnen.

Digitized by Google

Zweites Hauptstück.

Sachsen während des Befreiungskriegs von 1813.

Man war zwar in Dresden von dem Rückzuge der Franzosen aus Moskau und von den Kämpfen an der Berezina im allgemeinen unterrichtet, von der entsetzlichen Wirklichkeit aber hatte niemand eine Ahnung, als plötzlich in der Nacht vom 16. zum 17. Dezember ein Curier dem französischen Gesandten v. Serra die bevorstehende Ankunft des Kaisers meldete. Zwei Stunden darauf traf dieser selbst ein und stieg in Serra's Wohnung ab. Schleunig geweckt warf sich der König in die Kleider und eilte, er, der noch nie in Dresden ein Privathaus betreten hatte, auf des Kaisers Begehren ebendahin. Im Bett des Gesandten liegend unterhielt sich der Kaiser anderthalb Stunden lang mit ihm; er gestand seine Verluste aber prahlte mit seinen Hilfsquellen, mit den 100000 Mann, die er am Niemen habe und die zur Vertheidigung der Weichsellinie ausreichten; mehr Besorgniß als wegen Preußens ließ er wegen Österreich blicken, dessen sorgsame Beobachtung er empfahl, und richtete des Königs Zuversicht durch das Versprechen auf, bald mit neuen Kräften zurückzukehren. Nachdem er noch ein Schreiben an seinen Schwiegervater gerichtet [1]), trat er gegen sieben Uhr reisefertig und einen Gassenhauer trällernd in den Salon und setzte nach eilig genommenem Frühstück, da sein eigener Wagen zerbrochen war, in einem schnell auf Schlittenkufen gesetzten Wagen der Königin unerkannt die Reise über Leipzig fort [2]).

Erst durch den General v. Watzdorf, sächsischen Militärbevollmächtigten im französischen Hauptquartier, der gegen Ende

1) Corresp. de Nap. XXIV, 395.
2) Senfft, p. 186.

Digitized by Google

des Jahres nach Dresden zurückkehrte, erfuhr man die Vernichtung der Armee in ihrem ganzen Umfange. Bald bestätigte der Augenschein seinen Bericht in grauenerregender Weise, obgleich der Hauptrückzug nicht durch Sachsen sondern durch die Mark gieng. Seit dem 9. Januar langten die Jammergestalten in Leipzig an, einzeln oder in kleinen Trupps, ohne Waffen und Montierungen, ohne einen Schein militärischen Ansehens, die meisten kaum fähig zu gehen, den Tod in den Gliedern, die Orte, die sie berührten, mit dem Nervenfieber ansteckend. Und wie kamen sie an, die elenden Ueberbleibsel des sächsischen Heeres, das vor noch nicht Jahresfrist so siegesfroh ausgezogen war! Von den Garde du Corps sahen 7 Offiziere und 4 Mann, von Zastrow 13 Offiziere und 3 Mann das Vaterland wieder, 5 Offiziere und 40 Gemeine kehrten später aus der Gefangenschaft zurück; von Prinz Albert 14 Offiziere und 12 Mann, von v. Rechten und v. Low 16 Offiziere. Wie wohlerhalten erschien im Vergleich zu ihnen das 7. Armeecorps, das einschließlich das versprengte Gablenzsche Corps etwa noch 3500 Mann stark war. Der russische Feldzug überhaupt hatte also Sachsen an 20000 Menschen gekostet[1]). Es galt folglich an Stelle des verlornen ein ganz neues Heer zu schaffen; es war das Erste und Dringendste, was der Kaiser verlangte.

Daneben stürmte jetzt ein Meer von Sorgen und Bedrängnissen auf die sächsische Regierung ein. Das erste Opfer des allgemeinen Schiffbruchs mußte das Schooßkind der sächsischen Politik, das Herzogthum Warschau, werden. Eine Proclamation des Königs an seine polnischen Unterthanen vom 31. Januar machte zwar den ohnmächtigen Versuch, den Nationalgeist und die Hoffnungen derselben aufrecht zu er-

1) Ein Verzeichniß der 1812 gebliebenen sächsischen Offiziere s. im Dresdn. Journ. 1862, Nr. 193 u. 205. — Auch mehrere Werke über Rußland und Polen, welche Napoleon aus der dresdner Bibliothek entnommen, giengen in Rußland verloren; er befahl, sie aus der kaiserlichen Bibliothek zu Paris zu ersetzen, was freilich nicht geschehen ist. Corresp. de Nap. XXIV, 548.

Digitized by Google

halten, brachte aber in Polen, wohin sie kaum mehr gelangte, keinen, in Sachsen, wo man ohnehin von Polen nichts wissen wollte und wo man sie unter den obwaltenden Umständen als eine Unklugheit verurtheilte, einen sehr ungünstigen Eindruck hervor; auf sie schob man es, daß der Kaiser Alexander die Ratification der Convention wegen der in Warschau zurückgelassenen sächsischen Kranken verweigerte; schon tauchte die trübe Ahnung auf, daß durch ähnliche Schritte, im Falle Rußland die Uebermacht behalte, der König sich um sein Land bringen werde [1]). Die Gegenwart der aus Warschau geflüchteten Mitglieder des polnischen Ministerconseils wurde in Dresden vom Publikum sehr mißfällig bemerkt; eines Morgens fand man an Senffts Thüre die Spottinschrift „Hôtel de Pologne". Was sie berichteten, lautete sehr untröstlich; „die polnische Frage", hatte Napoleon auf der Durchreise durch Warschau zu einigen von ihnen gesagt, „wird sehr schwierig, aber das Herzogthum Warschau wird bleiben, sei es dem Könige von Sachsen oder einem Andern." Auch dadurch noch nicht entnüchtert entwarf Senfft mit den Polen das Project, England für die Aufrechterhaltung des Herzogthums zu interessieren [2]), aber selbst wenn des Königs Furchtsamkeit einen so eigenmächtigen Schritt nicht verhindert hätte, so wurden doch alle Anordnungen zur Vertheidigung desselben durch das Vordringen der Russen überflüssig, und bald drängten die Sorgen um Sachsen selbst alle anderen in den Hintergrund.

Dem Gottesgericht in Rußland war Yorks Convention zu Tauroggen, die begeisterte Erhebung des preußischen Volkes, die Reise des Königs von Potsdam nach Breslau gefolgt. Sein Abgesandter Knesebeck fand den Kaiser Alexander bereit und entschlossen, Preußen zur Wiedererlangung des Verlorenen zu verhelfen, ja ihm erweiterte Grenzen zu verschaffen, nur von einer Herausgabe des durch die russischen Waffen in Besitz genommenen Herzogthums Warschau wollte er nichts wissen;

1) Mittheilungen eines sächsischen Staatsmannes, S. 192.
2) Senfft, p. 29.

Digitized by Google

er bot als Entschädigung dafür Sachsen an, das in Folge seines bisherigen Benehmens als erobertes Land behandelt, dessen König anderwärts, vielleicht in Italien, entschädigt werden solle. Hardenberg wies zwar den Vorschlag nicht direct von der Hand, die Hauptsache aber schien ihm für den Augenblick die Besiegung des gemeinsamen Feindes, die preußische Entschädigung blieb im Ungewissen [1]), und am 28. Februar unterzeichnete Scharnhorst zu Kalisch jenen denkwürdigen Vertrag, durch welchen sich Alexander aufs feierlichste verpflichtete, die Waffen nicht niederzulegen, bevor nicht Preußen in den Machtverhältnissen vor 1806 und in wohlabgerundeten Grenzen wiederhergestellt sei, und zu diesem Zwecke alle die Gebiete zu verwenden, die im nördlichen Deutschland verfügbar werden würden, mit Ausnahme der alten Besitzungen des Hauses Hannover. Hilfebedürftig wie es war, ließ es also Preußen geschehen, daß Rußland sich des ehemals preußischen Polens bemächtigte, während es selbst mit unbestimmten Verheißungen abgefunden wurde. Scharnhorst gab sich die erdenkliche Mühe, die russischen Heere vorwärts zu bringen um in raschem Ansturm einen möglichst großen Theil Deutschlands für den gemeinsamen Kampf zu gewinnen und den Schauplatz des Krieges nach dem Rhein hin zu verlegen, aber alle seine Bemühungen scheiterten theils an der Schwäche, theils an der Unlust der Russen.

Durch diese Zögerungen erhielt Napoleon die Möglichkeit, statt am Rhein schon an der Elbe seinen Gegnern die Stirn zu bieten und, sobald er im Felde erschien, selbst die Offensive zu ergreifen. Die Kraft und der Stolz des Riesen schienen durch den ungeheuren Schlag von 1812 kaum berührt. Sein 1813
Erstes nach seiner Ankunft in Paris war, daß er den General Granier mit 35000 Mann alter Kerntruppen aus Italien an die Elbe rief; schon am 9. Januar gieng der Haupttheil derselben in der Richtung auf Berlin durch Leipzig. An die Rheinbundstaaten erließ er gemessene Befehle wegen Erneuerung

1) Pertz, Steins Leben II, 301.

Digitized by Google

ihrer Contingente; der König von Sachsen wurde angehalten, Torgau, auf welches Napoleon großes Gewicht legte, in vollen Vertheidigungszustand zu setzen, alle in Dresden entbehrlichen Kriegsvorräthe dahin in Sicherheit zu bringen und Wittenberg wenigstens gegen einen Handstreich zu sichern. Seine Briefe athmeten wie alles, was aus Paris kam [1]), ungebrochene Siegeszuversicht und waren sehr geschickt berechnet, sowohl das Vertrauen als die Furcht des Königs zu beleben [2]); über alles ihn Interessierende wünschte er von dem Könige mitgetheilt zu erhalten, was derselbe etwa in Erfahrung bringe; er kündigte ihm an, daß das Observationscorps der Elbe 1. März zum größten Theile vereinigt sein werde, und wies ihn an, alle verfügbaren Truppen bei Glogau zu concentrieren um die rechte Flanke des Vicekönigs von Italien, der jetzt den Oberbefehl über die Reste der großen Armee führte, und zugleich seine eigenen Staaten gegen etwaige Kosakeneinfälle zu decken.

Daß in Friedrich Augusts Seele durch die ungeheure Wendung irgend welcher erhebende Eindruck erwacht sei, ist nirgends zu erkennen, seine Briefe an den Kaiser athmeten nach wie vor unbedingte Anhänglichkeit [3]), er versprach, sein

1) v. Just, Vertreter des beurlaubten Gesandten Grafen G. Einsiedel, nachher auf Napoleons Wunsch wirklicher Gesandter in Paris, schildert den Eindruck, den er daselbst erhielt (17. Januar): „C'est un spectacle imposant que la grande activité à tête calme et reposée que l'Empereur déploye pour repousser le mal dans tout ce qui a trait à l'armée et pour le prévenir dans les autres branches de l'administration. Les ennemis de la France pourraient bien s'en repentir un jour, s'ils ne choisissent pas le moment présent pour mettre en avant des conditions de paix acceptables." Dr. Arch.

2) „J'ai en mouvement des forces telles, qu'à la bonne saison les ennemis, quelques progrès qu'ils fassent, seront ramenés plus vite, qu'ils ne sont venus." Corresp. de Nap. XXIV, 409. 419. 438.

3) Friedrich August an Napoleon 16. December 1812: „V. M. me permettra de Lui exprimer ma vive reconnaissance pour les moments précieux, qu'Elle a daignée m'accorder pendant Son court séjour à Dresde. J'accompagne de mes voeux ce voyage rapide qui, La faisant reparaitre comme par enchantement au milieu de Sa capitale, va

Digitized by Google

Contingent auf mehr als den completen Stand zu bringen, dennoch deutete der beigefügte Wunsch, womöglich sämtliche sächsische Truppen in ein Corps vereinigt zu sehen, die erste leise Veränderung des früheren Verhältnisses an. Auch in das Hauptquartier des Vicekönigs wurde Oberst v. Bose mit der Bitte um Entlassung des Regiments Prinz Maximilian und der Batterie Essenius aus Stralsund geschickt, da dieselben zur Verstärkung des in der Niederlausitz aufzustellenden Corps bestimmt seien; zugleich aber sollte Bose vorsichtig und ohne Neugier zu verrathen über die Zustände auf dem Kriegsschauplatze, besonders über die Stärke der französischen Armee Beobachtungen sammeln. Ein zweiter Offizier, v. Charpentier, gieng anfang Februar in geheimer Sendung nach Schlesien um sich über die Beschaffenheit der preußischen Streitkräfte zu unterrichten und in den dortigen leitenden Kreisen die gegen Sachsen eingenommene Stimmung, die Vorstellung von dessen blinder Ergebenheit gegen Frankreich zu bekämpfen.

Unverkennbar befand sich Sachsen, durch die Bewegung der Verbündeten gegen die Elbe unmittelbar bedroht, in einer überaus kritischen Lage. Sollte es sich den Verbündeten in die Arme werfen, sollte es sich in seiner Wehrlosigkeit als ein Wall des Rheinbundes ihnen entgegenstellen oder gab es einen dritten Ausweg, um der Zermalmung durch den Aneinanderprall der Kämpfenden zu entgehen? Von der mächtig fluthenden Begeisterung, dem Zorn und Rachegefühl, die das preußische Volk über jede Bedenklichkeit hinweghoben, war in Sachsen nichts lebendig, und konnte es nicht sein, denn niemals

rendre V. M. à Son bonheur domestique et aux soins de Son Empire. Tandis qu'Elle y prépare de nouveaux triomphes, je ne cesserai de m'occuper avec zèle à remplir les objets, qu'Elle a bien voulu me recommander, n'ayant pas de plus grande satisfaction que de pouvoir Lui donner des preuves du dévouement inalterable avec lequel je suis à jamais" etc. — Derselbe 27. Januar 1813: „Le soutien de mes états, l'intégrité de mes frontières ne sont point pour moi des objets d'inquiétudes, étant placées sous la garantie et l'égide protectrice de mon Grand Allié." (Dr. Arch.)

Digitized by Google

hatte es nur entfernt so schnöde Mißhandlungen wie Preußen, eher Großmuth und Schonung von Napoleon erfahren; dennoch war das Gefühl der Scham über das unwürdige Verhältniß, in dem man stand, von Jahr zu Jahr tiefer gedrungen und die Zahl der unbedingten Franzosenfreunde verschwindend klein [1]). Die Regierenden verhehlten sich die im Volke herrschende Stimmung nicht, sie sahen voraus, daß es mit der französischen Herrschaft über Deutschland zu Ende sei, und sie begegneten sich fast ohne Ausnahme in der Sehnsucht nach Abschüttelung der Fesseln. „Es ist eine Gefangenschaft, kein Bündniß, aus dem wir uns befreien wollen", schrieb damals einer der tüchtigsten von ihnen [2]) einem Freund; „es ist Pflicht, Menschen-, Bürger- und Staatsdienerpflicht, zu sorgen und zu wachen, daß das Ende der gesegneten Regierung eines ehrwürdigen Fürsten nicht sei, daß er die Liebe des Volks und sein Land verliert, indem er sich vor dem Bösen nicht zu retten wagt, das ihn gefangen hält." Aber von der Erkenntniß zur That war ein weiter Schritt. Gewohnt dem Beispiele Anderer zu folgen, sollte jetzt Sachsen zuerst vor allen Rheinbundstaaten sich erklären, es sollte ein Entschluß gefaßt werden, eine Sache, deren man sich seit 1806 gänzlich entwöhnt hatte. Der 62jährige König, ängstlich zurückweichend vor allem, was aus dem gewöhnlichen Geleise heraustrat, von Napoleon überwältigt, von einem Manne wie Marcolini, der für jede höhere Empfindung, für alles, was Begeisterung hieß, nur Mitleiden hatte, beeinflußt, war nicht gemacht, Anderen einen kräftigen Anstoß zu geben. Hierzu kam, daß ein Anschluß an Preußen weder ungefährlich war, so lange sich dessen Kraft noch nicht erprobt hatte, so lange das übrige Deutschland noch zu Napoleon hielt, dieser selbst an der Spitze eines neuen Heeres im

1) Die muthigen Kundgebungen des Prof. Krug in Leipzig, sein gegen die Franzosen aufreizendes Gaudeamus, seine Aufrufe „An Sachsens streitbare Jugend" und „An Sachsens König" fanden in vielen Herzen freudigen Wiederhall.

2) Der Geh. Finanzrath v. Zezschwitz, Mittheilungen eines sächsischen Staatsmannes, S. 200.

Digitized by Google

Anzug war und die Hälfte von Sachsen sich in der Gewalt der Franzosen befand, noch auch einladend bei den Erinnerungen an die Bundesgenossenschaft von 1805 und 1806, bei dem gespannten Verhältnisse, in dem man zeither zu dieser Macht gestanden, am wenigsten aber bei dem Gedanken an die Opfer, die derselbe möglichenfalls der sächsischen Souverainetät zu Gunsten Preußens auferlegen würde. Ohne Zweifel waren die vorhandenen Schwierigkeiten groß, aber es fehlte auch der männliche Wille und selbst die Einsicht, um sie zu überwinden. „Darin sind wir einig", hatte Senfft zu Zezschwitz gesagt, „wenn der Zeitpunkt da ist, das Joch abzuschütteln, dann müssen wir handeln", aber weder über das Wann noch das Wie dieses Handelns konnte man mit sich ins Reine kommen. Anfangs dämmerte noch die Hoffnung auf eine preußisch-österreichische Neutralität; als diese zerrann, griff der Gedanke Platz, daß Sachsen mit Österreich und Baiern eine bewaffnete Neutralität zwischen den Streitenden aufrichten müsse. Es war eine Rechnung mit lauter unbekannten Factoren, denn noch wußte man gar nicht, wozu Österreich sich entschließen werde, es war ein Hirngespinst bei der Geringfügigkeit der eigenen Streitmittel, denn diese bestanden im Augenblicke aus nicht ganz 10000 größtentheils neuen Leuten, von denen etwa 1000 kampffähig waren, aber das treibende Motiv war die Furcht vor Preußen, Furcht sowohl vor den Tendenzen der preußischen Politik, wie vor dem im preußischen Volke sich regenden Geiste. Man erfuhr mit Schrecken, daß der König von Preußen auf seiner Reise nach Breslau in der Lausitz mit lebhaften Zurufen empfangen worden war, denn man konnte sich nicht bergen, daß die alte Anhänglichkeit an den König unter den Erfahrungen der letzten Jahre bedenklich abgenommen hatte [1]).

1) v. Zezschwitz 16. Februar: „Kein Heil, keine Rettung ist für Sachsen zu finden als in der Verbindung mit Österreich. . . . Es ist sehr zu besorgen, daß, insonderheit wenn die Occupation des Landes unter preußischer Mitwirkung erfolgen sollte, die Stimme des Volks sich auf

Digitized by Google

Der allgemeine Wunsch gieng dahin, daß der König im Lande bleibe und sich den Verbündeten in die Arme werfe, vielleicht sich auf den Königstein begebe; allein Senfft fürchtete ihn dadurch dem möglichenfalls nur vorübergehenden Übergewichte der Verbündeten zu überliefern und Frankreichs Feinden zuzugesellen, bevor dessen Macht in Deutschland niedergeworfen sei. Man kam zu dem auch der Furcht des Königs vor einem Handstreiche der Verbündeten gegen Dresden am meisten zusagenden Entschlusse, daß derselbe seine Person dem Bereiche der Streitenden entziehen müsse, obgleich Serra einen Schritt zu verzögern suchte, welcher die Bevölkerung entmuthigen müsse, Andere ihn widerriethen, weil dann das von seinem König getrennte Volk sich von Enthusiasten verführen lassen werde. Serra's Vorschlag, sich dann wie im Jahre 1809 nach Frankfurt zurückzuziehen, der im Fall eines Sieges der Verbündeten nothwendig den Verlust des Landes zur Folge gehabt hätte, wurde ebenso zurückgewiesen wie eine Einladung des Kaisers von Österreich nach Prag, da Serra deren Annahme für eine Abweichung von der Bundespflicht erklärte, der König von einem Verlassen des Rheinbundgebiets nichts wissen wollte und außerdem sie bedenklich schien, so lange Österreichs Absichten noch gänzlich im Dunkeln waren [1]). Die Nachricht vom Eindringen der Kosaken in die Lausitz brachte am Abend des 24. Februar nach einer Berathung mit Thielmann und Gersdorff den Beschluß der Abreise, zu-

eine bei künftigem Wechsel des Glücks nachtheilige Weise aussprechen dürfte. Zudem hat die preußische Denkweise und Verfahrungsart weit mehr Anziehendes und Verwandtes mit Sachsen als die österreichische. .... Womöglich ist durch Besetzung eines Theiles des Landes durch Österreicher dieses vor Preußens Einfluß und vor Volksbewegungen zu schützen." Mittheilungen eines sächsischen Staatsmannes, S. 192. Vgl. Senfft, p. 201.

1) Noch am 15. Februar schrieb Friedrich August an Napoleon: „Ce ne serait que le danger le plus imminent, qui pourrait me porter à m'éloigner d'ici en me dirigeant vers les Etats du roi de Bavière. Le bras puissant de mon Grand Allié me soutiendrait sans doute encore dans une pareille extrémité; mais il saura même l'écarter."

Digitized by Google

nächst nach Plauen, zur Reife. Senfft wünschte, daß der König vorläufig nur bis Chemnitz gehen möge, aber dieser hatte Eile seine Person bis an die äußerste Grenze seines Landes in Sicherheit zu bringen [1]). Ein Patent verkündete dem Volke diesen Entschluß des Königs; es sprach die festeste Anhänglichkeit an das bisher befolgte politische System, die Zuversicht auf einen glücklichen Erfolg und auf die mächtige Unterstützung von Sachsens großem Alliierten, die Mahnung zu Treue, Ausdauer, Ruhe und zum Vertrauen in die Sorge des Königs, der in einer fünfundvierzigjährigen Regierung die Wohlfahrt des Landes und das Beste seiner Unterthanen zum einzigen Gegenstande seiner Bestrebungen gemacht habe, und zum Schluß die Hoffnung auf baldige Wiederkehr aus [2]). Da das Geheime Conseil durch den 1809 begangenen Fehlgriff das königliche Vertrauen verscherzt hatte, so wurde die Wahrnehmung der Regierungsgeschäfte während des Königs Abwesenheit einer Immediatcommission übertragen, bestehend aus dem Conferenzminister v. Globig als Präsidenten, dem Oberkammerherrn v. Friesen und den Geheimen Finanzräthen v. Manteuffel und v. Zezschwitz. Ihre Instruction wies sie an nichts zuzugeben, was dem Kaiser Napoleon mißfallen könne, da es des Königs Absicht sei, der französischen Sache

1) Friedrich August an den Grafen Senfft 24. Februar 1813: „J'ai pris la résolution de me mettre en sûreté en allant à Plauen après ce que nous en avions murement délibéré ensemble. Il me paraît que, quand on a pris un parti avec réflexion, on ne doit pas l'exécuter à demi sans des motifs suffisants. Celui de recevoir des nouvelles plus fraiches de Dresde ne me parait pas tel. Cela ferait à peine une différence de huit heures de Chemnitz à Plauen, tandis qu'un jour de séjour de plus à Chemnitz me rapprocherait presque autant des Russes que si j'étais resté un jour de plus à Dresde. Au reste je ne saurais retourner dans cette ville à moins d'un changement des circonstances tel, que je soie assuré de ne pas me trouver dans le cas d'en être chassé de nouveau sous peu. Voilà les motifs qui me persuadent, que je dois continuer ma route après demain jusqu'à Plauen."

2) Poppe II, 25.

Digitized by Google

treu zu bleiben. Thielmann wurde zum Gouverneur der Festung Torgau ernannt, Zeschau zum Commandanten des Königsteins, wohin ein Theil der Cassen, Archive und Kostbarkeiten gebracht worden war.

Am Morgen des 25sten reiste der König, nachdem er alle Apanagen, Besoldungen und Pensionen auf vier Monate im voraus hatte auszahlen lassen, in Begleitung von Gemahlin und Tochter und unter Bedeckung eines halben Bataillons Grenadiere nach Plauen ab [1]); die übrige königliche Familie mit Ausnahme der Prinzessin Elisabeth, die auch diesmal wieder in Dresden zurückblieb, hatte sich bereits früher nach Baireuth begeben. Marcolini und die Minister v. Cerrini und v. Hopfgarten befanden sich im Gefolge des Königs; letzterer mußte krank in Freiberg zurückbleiben, wo er am 8. März starb [2]); seine Portefeuille übernahm interimistisch Senfft. Dieser folgte dem Könige zwei Tage später, um vorher noch den Eindruck, den die Abreise und die Proclamation des Königs auf die Residenz gemacht hatten, zu beobachten, v. Langenau, der in Plauen zum Generaladjutanten ernannt wurde, erst nach seiner Rückkehr aus dem Hauptquartier des Vicekönigs, wo er Erkundigungen über den Stand der Dinge eingezogen hatte.

Für die Verbündeten, deren Heeressäulen sich jetzt den sächsischen Grenzen näherten, war es eine Frage von der höchsten Wichtigkeit, welche Wahl Sachsen treffen werde. Wirkte die deutsche Gesinnung kräftig genug, um es zum An-

1) Marcolini an Just 27. Februar: „Nous sommes tous heureusement arrivés à Plauen; mais la crainte d'en être chassé est un tourment insupportable. . . . . Trouvez à l'aide de la providence et de ceux qui nous protègent un moyen, que nous soyons sans inquiétude d'être toujours chassé, car cette crainte, vous convenez, mine la santé de chacun à petit feu." Dr. Arch.

2) Der König hatte sich in der letzten Zeit sehr kalt gegen ihn gezeigt; bei Hopfgartens 50jährigem Jubiläum im August 1812 sagte er, unzufrieden über die Theilnahme aller Behörden an der Feier: „Was wird denn da für mein Jubiläum (17. December 1813) übrig bleiben?" Senfft, p. 202.

Digitized by Google

schluß an die gemeinsame Sache zu treiben, so wurden nicht allein die Kräfte des Landes für dieselbe verfügbar, sondern es war damit in den Rheinbund eine Bresche gelegt, der voraussichtlich bei dem ersten glücklichen Waffenerfolge der übrige Bau nachbröckeln mußte. Das Verhalten der Anführer ihrer Vortruppen ließ deutlich erkennen, daß sie den dringenden Wunsch hegten in Sachsen einen Bundesgenossen zu finden. Am 23. Februar benutzte der russische Oberst Prendel von Löwenberg aus die Anzeige an den General v. Gersdorff, daß die sächsischen Kranken daselbst in seine Hände gefallen seien aber wie bisher verpflegt werden sollten, zu der Anfrage, welches die Militärstraßen seien, ob ihm ungehinderter Durchzug gestattet sei und wie man sein Betragen wünsche? Gersdorff dankte ihm für die menschenfreundliche Behandlung der Gefangenen, erklärte sich aber zur Beantwortung der übrigen Fragen nicht ermächtigt. In Lauban gab Prendel den gefangenen sächsischen Major v. Emsiedel wieder frei, nachdem er sich gegen ihn bitter über den Mangel bestimmter Verhaltungsbefehle hinsichtlich Sachsens beklagt hatte, nahm aber doch, als er sich bei Ankunft des 7. Armeecorps etwas zurückzog, die königlichen Kassen mit sich hinweg. General v. Benkendorf, der Wittgensteins Vorhut führte, erließ von Jüterbock am 6. März einen warmen Aufruf an die Sachsen, in dem er die Russen als Freunde und Befreier Deutschlands ankündigte [1]). Auch er ließ den von Thielmann nach Baruth auf Kundschaft ausgesandten Major v. Kampz, der von Kosaken aufgefangen worden war, in Freiheit setzen und gab ihm einen Brief an den König mit, in welchem er, da die freundschaftlichen Gesinnungen des Kaisers Alexander gegen alle Völker Deutschlands keine Ausnahme in Bezug auf Sachsen duldeten, die Beobachtung strengster Ordnung und Disciplin versprach. Auch hierauf erfolgte keine Antwort; Sachsen stieß die dargebotene Hand zurück.

Außer Stand die Oder zu behaupten, war der Vicekönig

1) Poppe II, 33.

Digitized by Google

von Italien hinter die Spree zurückgegangen; er wies den der Heimat zuziehenden Reynier an, sich so lange wie möglich auf dem rechten Elbufer zu halten. Dieser hatte an Thielmann, der in Torgau mit der Neubildung des sächsischen Heeres beschäftigt war, das dringende Ersuchen gerichtet, ihm einige Truppen in die Lausitz entgegenzuschicken, aber, da die neuausgehobenen Mannschaften noch nicht zum Ausrücken fähig waren, nur ein unbedeutendes Detachement vorgefunden, und machte auf Eugens Weisung in Bautzen Halt. Wittgensteins Vordringen über die Oder entschied den Rückzug des Vicekönigs hinter die Elbe; schon am 9ten war sein Hauptquartier in Leipzig. Reynier rückte nebst der ihm entgegengesendeten Reiterei am 8ten in Dresden ein; zur Deckung des Elbübergangs bei Meißen stellte er das schwache bairische Corps des Grafen Rechberg auf, das Eugen an seine Befehle gewiesen hatte.

Auf Befehl des Vicekönigs schritt Reynier schon am 10ten zur Minierung eines Pfeilers der dresdner Elbbrücke, einer Maßregel, die weniger auf wirkliche Ausführung als auf Täuschung des Feindes berechnet war, um denselben abzuhalten, in Dresden den Elbübergang zu suchen. Da sächsische Offiziere auf sein Befragen die Leitung der Arbeit ablehnten, so wurde ein Artillerieofficier der Division Durutte damit beauftragt, dem ein sächsischer Ingenieuroffizier nebst sächsischen Sapeurs beigegeben waren. Die Immediatcommission, welche von dem Vorhaben erst Kunde erhielt, als die Arbeit in vollem Gange war, bat umsonst, sie wenigstens zu verschieben, bis sie durch Kavaleriepatrouillen gedeckt werden könne. Was sie vorausgesehen hatte, geschah. Erbittert über die Zerstörung eines Bauwerkes, welches das Kleinod und den Stolz der Stadt bildete, umdrängte die aufgeregte Menschenmenge die Arbeiter, entriß ihnen die Werkzeuge und würde den französischen Offizier, der unbesonnen genug sich mit dem Degen zur Gegenwehr setzen wollte, über das Geländer in den Fluß gestürzt haben, wenn ihm nicht die entschlossene Dazwischenkunft mehrerer Bürger das Leben gerettet hätte.

Digitized by Google

Hierauf wälzte sich der immer mehr anschwellende Haufe vor das Brühl'sche Palais, Reyniers Wohnung, unter dem Geschrei: „Fort mit den Franzosen! Reynier heraus!" flogen Steine gegen die Fenster. Reynier bewahrte auch hier seine gewohnte Ruhe, während Durutte schäumend vor Wuth mit Kartätschen unter den Haufen zu schießen drohte. Der Rath hatte die Fassung verloren. Inzwischen war General Lecoq mit einigen Compagnien Grenadieren auf dem Platze erschienen, seinem und seiner Offiziere Zureden gelang es, die erhitzten Gemüther zu besänftigen, so daß abends zehn Uhr die Ruhe wiederhergestellt war. Die Grenadiere blieben als Wache vor dem Palais, Lecoq selbst verbrachte die Nacht in Reyniers Quartier. Am folgenden Morgen erinnerte eine Kundmachung der Immediatcommission daran, „welchergestalt Ihro Königl. Majestät bei Ihrer Abreise Ihre getreuen Unterthanen ermahnt haben, durch ein ruhiges, ordnungsmäßiges Verhalten den alten Ruhm des sächsischen Volkes zu behaupten", und schärfte das Tumultmandat von 1791 ein; zugleich aber richtete sie an Reynier eine Remonstration gegen die Fortsetzung der Zerstörungsanstalten, welche Lecoq durch die dringendsten Vorstellungen unterstützte. Allein Reynier glaubte es nun der französischen Ehre schuldig zu sein, seinen Willen durchzusetzen. Es mußten nicht nur zu seiner Genugthuung einige wirkliche oder angebliche Rädelsführer — denn niemand wollte deren erkannt haben — verhaftet und auf den Königstein gebracht sondern auch die Sprengvorrichtungen in der folgenden Nacht durch sächsische Sapeurs und Bergleute aus den potschapeler Kohlenbergwerken unter Leitung des Ingenieurmajors Damm vollendet werden; die eingelassenen Minenkästen waren aber auf Reyniers Befehl mit Sand gefüllt. Die Immediatcommission hatte zur Aufrechthaltung der Ruhe Kavalerie in die Stadt beordert, denn wenn es dahin gekommen wäre, daß die Infanterie von der Schußwaffe Gebrauch machen mußte, so stand bei der maßlosen Erbitterung des Volkes das Äußerste zu befürchten. Zezschwitz beschwor Senfft brieflich, „Alles anzuwenden, daß der König jetzt Plauen nicht verlasse, da diese

Digitized by Google

Nachricht das letzte und einzige Motiv zur Ruhe vernichten würde."

Selbst in den höchsten Kreisen war die Entrüstung nicht geringer. „In ganz Polen und Preußen", schrieb Manteuffel, sonst einer der erklärtesten Anhänger Napoleons, an Senfft, „ist keine größere Brücke vernichtet worden, selbst die warschauer Schiffbrücke hat man nicht weggenommen. Warum also sollen wir allein so behandelt werden? Man treibt in der That die Anmaßungen zu weit und hat so wenig Mittel, um sie durchzusetzen!" Sofort auf die erste Nachricht von der beabsichtigten Zerstörung richtete Senfft an den Vicekönig von Italien eine Gegenvorstellung [1]), die Immediatcommission wurde angewiesen, Einsprache zu erheben und, wenn diese ohne Erfolg bliebe, den formellen Protest des Königs zu erklären. Alles umsonst. Eugen, der bereits den Befehl ertheilt hatte, bei Annäherung des Feindes das rechte Stromufer völlig zu räumen und die Brücken zu zerstören, gab die ausweichende Versicherung, er habe dem nach Dresden entsendeten Marschall Davout alle mögliche Rücksicht auf die Hauptstadt des Königs anempfohlen, und was dieser selbst schrieb, ließ erkennen, was geschehen würde [2]).

1) „Le roi repousse la pensée, qu'à la suite des dispositions bienfaisantes, par lesquelles S. M. a voulu que les maux de la guerre fussent écartés de la Capitale en en faisant une place ouverte, les armées alliées, destinées à protéger les états et commandées par un général, sous les ordres duquel les troupes de S. M. ont versé leur sang avec tant de gloire pour la cause commune, eussent à porter la désolation dans la principale ville du royaume en détruisant un monument respecté pendant des siècles et dont l'explosion menacerait de ruine les principaux bâtiments du voisinage. S. M. s'arrêterait avec moins de chagrin au domage immédiat que causerait un semblable événement qu'Elle n'appréhenderait avec douleur l'impression malheureuse mais certaine, qui en serait le résultat dans l'esprit du peuple."

2) Davout an den König von Sachsen, Dresden, 15. März: „Pour ce qui concerne le pont de Dresde, je me ferai un devoir de faire l'impossible pour la conservation et ce ne sera qu'à la dernière extrémité que je céderai aux raisons de guerre, qui nécessiteraient la

Digitized by Google

Am 13. und 14. März rückte das Davoutsche Corps in Dresden ein; um ihm Platz zu machen, wohl aber auch, um sie außer Berührung mit den Einwohnern zu bringen, wurden die Sachsen in die Dörfer am linken Elbufer verlegt; Reynier übergab das Commando des 7. Armeecorps dem General Durutte und reiste zur Wiederherstellung seiner Gesundheit auf Urlaub nach Frankreich. Mit Davout's Ankunft trat sogleich nach allen Seiten hin eine größere Energie, zugleich aber auch die diesem Heerführer eigene Rücksichtslosigkeit hervor. Es lag ihm daran, den in Sachsen sich regenden feindseligen Geist im Entstehen zu ersticken. In Meißen, wo er die Baiern beschäftigt fand, die hölzerne Brücke mit Schonung des Materials abzutragen, ließ er dieselbe ohne weiteres, obgleich sich noch kein Feind in der Nähe zeigte, anzünden. In Dresden wurden die Polizeimaßregeln verschärft, eine Deputation des Raths, welche um Schonung der Brücke bat, fand kalte Aufnahme. Nachdem am 15ten und 16ten mehrere Recognoscierungen in der Richtung auf Königsbrück die Annäherung des Feindes ergeben und zu verschiedenen Scharmützeln mit den Vortruppen desselben geführt hatten, wurde alle Verbindung mit dem rechten Ufer aufgehoben. Die Einwohner der Stadt, welche noch immer eine sehr feindselige Haltung zeigten, wurden bedeutet, daß bei Beunruhigung der französischen Vorposten durch den Feind sich jedermann sogleich in seine Wohnung zu begeben habe; wer um die Truppen herumschleiche, solle als Spion angesehen werden; auf zusammenstehende Gruppen, die sich nicht auf das erste Zeichen zerstreuten, seien die Truppen befehligt zu feuern. Auch die Vorbereitungen zur Zerstörung der Brücke wurden wiederaufgenommen und von dreißig freiberger Bergleuten unter Anleitung eines aus Leipzig gekommenen französischen Pionnieroffiziers sowie eines von Thielmann aus Torgau requirierten Mineurmeisters Tag und Nacht fortgesetzt. In der Nacht zum 19ten ließ der Deputierte der Ritterschaft des meißner Kreises v. Miltitz das

destruction d'une partie de ce pont, ce qui déjouerait très certainement les projets de l'ennemi."

Digitized by Google

Crucifix von der Brücke abnehmen; bis auf ein Commando von hundert sächsischen Schützen räumten am Morgen die Truppen die Neustadt und die Einwohner wurden durch eine Bekanntmachung des Raths auf Befehl des Fürsten von Eckmühl angewiesen, sich, sobald drei Kanonenschüsse fallen würden, schleunigst in ihre Wohnungen zu begeben und sie nicht eher als nach Verlauf von drei Stunden zu verlassen. Nach acht Uhr verkündete ein dumpfer Knall, daß die Zerstörung vollbracht sei: ein Pfeiler mit den anliegenden Bogen war in die Fluthen gestürzt. Die Sprengung war meisterhaft ausgeführt, von den gefürchteten Verwüstungen in der Umgebung nicht die geringste erfolgt.

Am folgenden Tage, dem 20sten, zog Davout, mit den heimlichen Verwünschungen der Einwohner beladen, nach Magdeburg ab, wobei er unterwegs zwischen Meißen und Torgau noch funfzehn Schiffmühlen zerstörte. Es blieben also in Dresden zur Bewachung des Stromes auf der ganzen Strecke von Schandau bis Riesa nur die Division Durutte und die Sachsen unter Lecoq zurück, die selbstverständlich nicht entfernt dazu ausreichten. Es würde daher auch die Sprengung der dresdner Brücke militärisch so gut wie nutzlos gewesen sein, wenn nicht die ersten an der Elbe zum Vorschein kommenden Truppen der Verbündeten sich von Durutte durch Unterhandlungen, die angeblich wegen Schonung der Stadt eingeleitet wurden, ganz ohne Noth eine Weile hätten aufhalten lassen. Am 21sten forderte der Oberst Dawidoff, Befehlshaber der Vorhut des Tags vorher in Bautzen eingetroffenen Winzingerode'schen Corps, durch einen Parlamentair, der von den Bewohnern der Neustadt mit Willkommenruf begrüßt wurde, die Räumung der Stadt, später setzte Dawidoff selbst mit verbundenen Augen über den Fluß zu einer Besprechung mit Durutte und Lecoq und ließ sich nicht bloß zu einer Uebereinkunft bestimmen, nach welcher die Russen die Neustadt am folgenden Mittag friedlich besetzen sollten, sondern zu einem förmlichen Waffenstillstande mit 24stündiger Aufkündigung für die Strecke von je einer Meile auf- und abwärts Dresden, während dessen alle Verbindung

Digitized by Google

zwischen beiden Stadttheilen abgebrochen bleiben sollte. Am 22sten nachmittags besetzte Oberst Prendel mit seinen Kosaken die Neustadt, Durutte aber hatte Zeit gewonnen, seine Kranken und Vorräthe in Sicherheit zu bringen und alles, was zum Bau einer Brücke hätte dienen können, zu zerstören [1]).

Wie sich denken läßt, rief in Plauen, wo man schon über das Abbrennen der meißner Brücke ungehalten war, die Kunde von dem, was in Dresden geschehen war, die äußerste Indignation hervor. In der That traf alles zusammen um den sächsischen Hof in die bitterste Stimmung gegen die Franzosen zu versetzen. Während Reynier auf der Durchreise eben noch Hoffnung auf Erhaltung der Brücke gemacht hatte, spielte der Zufall dem Grafen Senfft einen Brief des Vicekönigs an denselben in die Hände, der den kategorischen Befehl enthielt, sie bei Annäherung überlegener feindlicher Kräfte zu sprengen; der Gesandte v. Serra ließ mit der seinem Gebieter abgelernten Selbstüberhebung die wahrscheinlich als Trost gemeinte Andeutung fallen, man denke daran, dem Könige statt seines Landes, wo er wenig beliebt sei, „etwas Anderes zu geben, was ihm besser convenieren werde", und Senfft mußte die Erfahrung machen, daß die aus Warschau an ihn anlangenden Briefe in Dresden von Davout aufgefangen und geöffnet worden waren. Zuviel auf einmal, selbst für die sächsische Langmuth! Senfft, Gersdorff, selbst Marcolini [2]), drangen in den König, zu thun, was seine Würde und die Stimmung seiner Unterthanen nothwendig erheische [3]). Der König schickte denn auch

1) Darstellung der Ereignisse in Dresden im Jahre 1813. Von einem Augenzeugen (1816) (Ergänzungsband zu v. Odeleben, Napoleons Feldzug in Sachsen).

2) Noch am 15. März hatte dieser an Just geschrieben: „Nos espérances sont tous fondées sur le grand homme, qui a toujours sauvé l'Allemagne." — Jetzt schrieb er demselben: „Ce qui le (den König) chagrine principalement, c'est, qu'il voit tous ses sujets toujours plus indisposés, pendant que les intérêts de S. Maj. l'Empereur lui tient (sic) à coeur autant que ses propres, si je ne dois pas dire encore plus." Dr. Arch.

3) Senfft, p. 208 sq.

Digitized by Google

20. März den Rittmeister v. Schulenburg an Napoleon mit einer bitteren Beschwerde über die von Davout ohne Noth und gegen seinen erklärten Willen verübte Gewaltthat; er verlangte, daß der Kaiser das Verfahren des Marschalls mißbillige und denselben von jedem Commando, das ihn mit sächsischen Truppen in Berührung bringen könne, entferne. Zugleich kündigte er ihm, wenn auch unter vielen Betheuerungen seiner Anhänglichkeit, die Absicht an, seine Truppen bei Torgau zu concentrieren, da eine Reorganisation derselben unerläßlich sei. Ähnlich lauteten die dem Gesandten in Paris ertheilten Instructionen [1]). Es war eine Sprache, wie sie Friedrich August noch nie gegen Napoleon geführt; er, der sich seit 1806 der Disposition über seine Truppen gänzlich begeben hatte, unterfieng sich jetzt zum erstenmale eigenmächtig über dieselben zu verfügen!

Napoleon hatte am 2. März den Capitain Lauriston abgesendet um dem bairischen und dem sächsischen Hofe den Anmarsch von 300000 Mann gegen die Elbe anzukündigen; in Dresden sollte er sich mit eigenen Augen von dem Zustande des Reynierschen Corps überzeugen. Derselbe war zugleich der Ueberbringer eines Briefes an den König von Sachsen [2]), in welchem der Kaiser diesem die zur Vertheidigung der Elblinie getroffenen Anstalten, die Zusammenziehung der süddeutschen Contingente bei Würzburg, die Errichtung zweier Observationscorps des Rheins, den Aufbruch Bertrands mit 60000 Mann

1) Senfft an Just 20. März: „Sie werden bei jeder Gelegenheit die bestimmtesten Versicherungen der beständigen Anhänglichkeit des Königs an die Person des Kaisers, der unwandelbaren Dankbarkeit für alles, was er diesem Herrscher verdankt, und der Treue in Erfüllung seiner Bundespflichten geben. Nichtsdestoweniger können Sie gegen den Herzog von Bassano betonen, von welcher Wichtigkeit es für den Rheinbund ist, daß die der Souverainetät seiner Glieder gebührenden Rücksichten von seiten Derer beobachtet werden, die mit der Ausführung des kaiserlichen Willens beauftragt sind, daß diese die gebührende Schonung gegen die Mittel und Interessen der verbündeten Staaten beweisen."

2) Corresp. de Nap. XXV, 18.

Digitized by Google

von Verona, selbst als Geheimniß seinen Grundgedanken für den bevorstehenden Feldzug mittheilte. Er war mit den Maßregeln seines Stiefsohnes nicht ganz einverstanden, namentlich tadelte er ihn, seine rechte Flanke zu sehr verstärkt zu haben. „Ich weiß recht wohl", schrieb er diesem, 15. März, „die große Frage ist Dresden, aber man kann ihr nicht ausweichen. Ihre Maßregeln vertheidigen diese Stadt nicht, denn was helfen, wenn der Feind mit Macht gegen sie anrückt, die Truppen, die Sie dem Fürsten von Eckmühl gegeben haben? Damit setzen Sie sich nur einem Echec aus. Wenn es nicht im Plane des Feindes liegt sich mit Macht gegen Dresden zu wenden, so reicht Reynier zu dessen Vertheidigung aus, sein Rückzug von Dresden würde weder ein Schimpf für uns noch etwas Neues für Europa sein; der des Fürsten von Eckmühl wäre ein wirklicher Affront, er würde zeigen, daß wir Dresden vertheidigen gewollt, aber nicht gekonnt haben. Um Dresden zu vertheidigen würden Sie sich mit Ihrer gesamten Macht dahin wenden müssen, aber dadurch würden Westfalen, Hannover und die 32. Militairdivision entblößt werden, und ich würde den Feind lieber in Leipzig, Erfurt und Gotha sehen als in Hannover und Bremen. In der Nothwendigkeit zwischen der Vertheidigung der Unterelbe und der der oberen zu wählen, wünsche ich die untere zu vertheidigen." [1]) Trotzdem schien es ihm von Wichtigkeit, Dresden, so lange es nicht von wenigstens 25000 Mann angegriffen werde, zu behaupten, und er erklärte sich deshalb mit der Sprengung der Brücke, mit der Wiederherstellung der alten Festungswerke einverstanden. Bald aber, und jedenfalls in Folge der sächsischerseits erhobenen Vorstellungen änderte sich seine Ansicht; er nannte gegen Eugen die Sprengung eine unglückliche Maßregel, durch die man nur den Feind nach Dresden ziehen würde, sei sie aber unvermeidlich, so genüge die Zerstörung eines Bogens um nöthigenfalls die Lücke schnell durch Holzwerk schließen zu können, außerdem werde die Sprengung eines Pfeilers die

1) Corresp. de Nap. XXV, 90.

Digitized by Google

Einwohnerschaft und in Folge davon die sächsische Armee erbittern [1]). Gegen den Baron Just, der bei Ueberreichung seines Creditives nachdrücklichste Beschwerde erheben sollte, behandelte er die Sache als Bagatelle. „Ich erfahre", sagte er zu ihm, ohne dessen Beschwerde abzuwarten, „daß man die dresdner Brücke gesprengt hat; es thut mir leid, es ist eine Dummheit; übrigens ist's eine Sache von 4—500000 Frcs. Bald wird sich alles ändern; im Mai werde ich den König wieder in seine Staaten einsetzen."

Indes so leicht war die Sache doch nicht abgemacht. Bereits hatte den General Lecoq der Befehl des Königs erreicht, mit seinem Corps nach Torgau zu marschieren, die Kavalerie unter General v. Liebenau, bestehend aus den Gardekürassieren, einem neuausgehobenen Regimente und dem Depot der leichten Kavalerie, zur Bedeckung des Königs nach Plauen zu senden. Lecoq benutzte den Umstand, daß die Truppen wegen der Nähe des Feindes unter den Waffen bleiben mußten, um seine kleine Schar beisammen zu halten und eröffnete Durutte den Willen des Königs; es erfolgte zwischen beiden ein heftiger Wortwechsel, in welchem Lecoq so viel nachgab, daß er erst nach Abschluß der Convention wegen Übergabe der Neustadt abmarschieren wolle. Obgleich aber Durutte in ihn drang, wenigstens Meißen und Merschwitz als die Punkte, wo der Feind übergehen zu wollen scheine, zu besetzen, zeigte ihm Lecoq am 25. März an: da ihm besonders Mühlberg bedroht erscheine und er sich nicht der Gefahr aussetzen dürfe von Torgau abgeschnitten zu werden, werde er seine Truppen jenseits dieses Punktes bei Belgern concentrieren, aber bei Meißen, Riesa und Strehla Kavallerieposten, bei Staritz und Plotha auch noch zwei Compagnien Grenadiere stehen lassen. Sofort wendete sich Durutte in einem sehr hohen und heftigen Tone an den König selbst [2]) mit der

1) Corresp. de Nap. XXV, 121. 126.

2) Durutte an den König von Sachsen 25. März 1813: „Le général Reynier m'a assuré que V. M. avait ordonné au général Lecoq d'exé-

Digitized by Google

Anfrage, ob es mit seinem Willen geschehe, daß Lecoq ihm den Gehorsam verweigere. Es hatte jedoch nicht erst einer so brüsken Sprache bedurft, um den König, in dessen Seele der Zorn über Davout mit der Furcht vor Napoleon stritt und der inmitten der auf ihn einstürmenden Drangsale mehr und mehr die Haltung verlor, mit Schrecken über seine eigene Kühnheit zu erfüllen [1]). Er fürchtete zu weit gegangen zu sein; um sich nicht der Beschuldigung auszusetzen, als ob Lecoqs Abberufung die Pläne des Kaisers durchkreuzt habe, gab er letzterem insgeheim die Weisung, sich Durutte's Befehlen zu „conformieren", jedoch so, daß er dabei nicht Gefahr laufe von Torgau abgeschnitten zu werden. Allein es war zu spät: nachdem in der Nacht zum 26sten bei Merschwitz unterhalb Meißen 600 Kosaken, denen unmittelbar 2000 andere folgten, über die Elbe gegangen waren, zog sich Lecoq am 27sten in die Festung hinein, übergab seine Truppen, 1786 Mann und 309 Pferde, dem General Thielmann und gieng für seine Person zum König nach Plauen; Major v. Fabrice, den er mit 100 Reitern bei Durutte zurückgelassen hatte, trennte sich eigenmächtig von diesem [2]).

cuter mes ordres: ce général au contraire contrarie toutes mes dispositions ainsi que celles prescrites par le Vice-Roi et prend des mesures aussi contraires aux vrais intérêts de l'armée qu'à ceux de Votre couronne."

1) v. Gersdorff an Thielmann 23. März: „Von der Unruhe unseres guten Königs machen Sie sich keinen Begriff .... und dabei diese Taubenunschuld! Immer das Beste nur glauben, niemand etwas Schlimmes zutrauen, alle Welt für so redlich halten, als er selbst ist! Wahrlich, diese paradiesische Ansicht der Welt, ihrer Bewohner und Moral, macht uns das Leben nicht selten sauer." — v. Langenau an denselben: „Furcht ist ein abscheuliches Laster, und das ist hier das einzig geltende Princip, durch welches die Klugheit noch wirken kann. Der gerechte Zorn über Davout's Betragen hat unsere ersten Schritte geleitet, und die möglichen Folgen peinigen jetzt gewaltig. .... — Unter Allen am schwierigsten ist der König zu behandeln, sein Märtyrerglaube entfernt ihn von allen Maßregeln, die Kraft und eigenen Willen erheischen."

2) Er wurde dafür vom König abgesetzt.

Digitized by Google

Es war die zwar verschleierte aber thatsächliche Lossagung vom französischen Bündnisse. Hätte darüber noch ein Zweifel bestanden, so mußte er schwinden, als die Festung Torgau, auf die Napoleon für die Vertheidigung der Elblinie so großen Werth legte, den bisherigen Bundesgenossen fest verschlossen blieb. Die Ernennung Thielmanns zum Commandanten derselben war zwar mit dem Vorbehalt erfolgt, daß es Reynier freistehen solle, statt seiner einen Anderen zu designieren; aber Thielmann wußte, wie dies zu verstehen sei [1]), auch wurde ihm sehr bald das Commando definitiv übertragen. Der enthusiastische Bewunderer Napoleons von ehedem war aber als ein heftiger Gegner der Franzosen aus Rußland zurückgekehrt. Mit der ihm eigenen Energie bot er zunächst alles auf um die ihm anvertraute, noch keineswegs vollendete Festung so rasch wie möglich in vertheidigungsfähigen Stand zu setzen. Am 4. März war sie so weit, um selbst einer Belagerung allenfalls auf einige Wochen Widerstand leisten zu können, am 8ten wurde sie geschlossen. Die Garnison bestand anfangs aus wenig über 5000 Mann, meistens Rekruten, zu deren Ausbildung ihm Reynier 12 Offiziere und 70 Mann von Lecoqs Corps überließ. Zugleich aber meldete sich im Inneren ein schrecklicher Feind, der Typhus; am 24. März zählte man schon 1200 Kranke und außerdem begannen nun von französischer Seite fast täglich sich wiederholende Anforderungen und Zumuthungen, die allerdings zum Theil dem wirklichen Bedürfnisse, zum andern Theil aber unverkennbar der Absicht entsprangen, die Festung in französische Gewalt zu bringen. Nur mit der größten Mühe konnte sich Thielmann derselben erwehren. Das Ansinnen,

1) Senfft an Thielmann 8. März: „Im Felde hat der König sein Contingent unter das französische Commando gestellt, allein über unsere Festung und ihre Garnison keine fremde Auctorität anzuerkennen ist schlechterdings Ehrensache." Darstellung der Commandoführung des Gen.-Leutn. v. Thielmann vom 22. Februar bis 10. Mai 1813 auf Grund der von ihm hinterlassenen Correspondenz. (Dr. Arch.) Bruchstücke daraus finden sich gedruckt in Bülau, Geh. Geschichten XII, 335 ff. — Vgl. v. Holtzendorff, S. 89 ff.

Digitized by Google

französische oder polnische Garnison aufzunehmen und ein Magazin für das Corps des Vicekönigs in Torgau zu errichten, Davout's Aufforderung, zur Vertheidigung der Elblinie mitzuwirken, den Anspruch eines französischen Kriegscommissars, die Verproviantierung der Festung zu controlieren, die Requisition von 18 Kanonen für Wittenberg, die öftere Einforderung von Bestandlisten wies er eines nach dem andern beharrlich zurück; damit die von Lübben her auf Torgau sich zurückziehende Division Girard nicht den Weg durch die Festung zu nehmen brauche, was bei der Nähe der Verbündeten doppelt bedenklich schien, ließ er dieselbe auf einer unter den Kanonen der Festung geschlagenen Schiffbrücke über den Fluß gehen. Sein Verfahren fand Senffts volle Billigung. „Ich hoffe", schrieb ihm dieser, „wir werden doch endlich unsere eigene Würde fühlen und in diesem Gefühle sprechen und schreiben lernen." Die Undisciplin der französischen Truppen und die Anmaßungen ihrer Anführer vermehrten die Erbitterung; ein von Thielmann abgeschicktes Pionniercommando, welches nach Davout's Anordnung die Elbschiffe nach Torgau bringen sollte, wurde von französischen Offizieren durch Mißhandlungen zur Umkehr gezwungen, während diese die Schiffe den Eigenthümern gegen Geld zurückgaben. Am 16ten erschien der französische Bataillonschef St. Cyr, um im Namen des Vicekönigs die Abgabe von 24 Kanonen und 2 Compagnien Artillerie zu verlangen, mußte sich aber ebenfalls abweisen lassen, erst auf Davout's bestimmten Befehl gab ihm Thielmann, um doch etwas zu thun, fünf polnische Stücke, verbarg aber die übrigen Reservekanonen desto sorgfältiger vor den Augen der französischen Beobachter. „Es ist der ausdrückliche Wille Sr. Maj., daß Sie von niemand als vom Könige selbst Befehle annehmen", meldete ihm Senfft am 18ten. „Es versteht sich von selbst, daß die Erfüllung jeder Gefälligkeit, welche Sie unserm Alliierten erweisen können, für Sie so lange eine Pflicht bleibt, als für die Festung und die königlichen Lande hieraus kein ernster Nachtheil erwächst, welches letztere jederzeit Ihr Augenmerk bleiben muß." Am 21sten langten 2 Bataillone und eine Compagnie Franzosen.

Digitized by Google

vor der Festung an, um auf Davout's Befehl daselbst als Garnison zu bleiben, mußten aber auf Thielmanns bestimmt abschlägliche Antwort wieder abziehen, und als denselben Tag Davout selbst aus Dresden anlangte, gestattete er ihm nur für seine Person den Eintritt, und der Marschall, der ihm erst durch Härte zu imponieren versucht hatte, fand es doch gerathen, die Weigerung ebenso mit Stillschweigen zu übergehen wie einen in seiner Gegenwart sich zwischen einem französischen Offizier seiner Escorte und etlichen sächsischen Offizieren entspinnenden Streit. Als nach seiner Abreise Thielmann das Offiziercorps versammelte um ihm größere Mäßigung einzuschärfen, sprach er sich zum erstenmale laut gegen Frankreich aus, worauf ihm die Versammlung jubelnd ein Hoch brachte.

Allein so weit waren die Dinge noch lange nicht gediehen. „Der Kaiser kündigt große Mittel an", schrieb ihm Langenau aus Plauen, „und ich glaube selbst, daß er bedeutende Truppenmassen bringen wird. Das fortgesetzte Zögern von der andern Seite fällt mir auf, beides gewährt Stoff zum Nachdenken und mahnt doppelt zu kalter Ruhe und Vorsicht. Mai, Juni und Juli — so scheint es — müssen der Welt Los entscheiden, und bis dahin ist Hinhalten des Feindes wie des Freundes unsere einzige Maxime. Sie können hierzu unendlich viel beitragen." Zum offenen Abfall von Napoleon hielt man also in Plauen die Zeit noch nicht für gekommen, noch viel weniger aber zum Anschluß an die Verbündeten. Zu allem, was den König und seine Rathgeber von diesen schied, gesellte sich jetzt auch noch der durch gelegentliche Andeutungen berliner Blätter genährte und bei der wachsenden Ungeduld des Volkes doppelt beängstigende Argwohn vor ehrgeizigen Absichten des weimarer Hofes [1]). Unter diesen Verhältnissen wurden die Leiter der sächsischen Politik, Senfft und Langenau, dessen Führung sich

1) Langenau an Thielmann 16. März: „Es wird immer wahrscheinlicher, daß der Herzog von Weimar gegen uns noch mehr als vielleicht gegen Frankreich cabaliert. Sie haben Connexionen in Weimar, und ist es noch Zeit, so sparen Sie nichts, um Aufklärung von dorther zu erhalten."

Digitized by Google

jener immer unbedingter überließ, mehr und mehr darin bestärkt, die Anlehnung an Österreich zu suchen. Sie kamen damit auf halbem Wege Metternichs Wünschen entgegen. Es war im vertraulichen Gespräche mit dem bairischen Gesandten v. Pfeffel, daß Senfft zum erstenmale offen seine Sehnsucht aussprach, Sachsen und ganz Deutschland von den schimpflichen Fesseln des Rheinbundes erlöst zu sehen [1]). Pfeffel erwiderte sein Vertrauen, indem er ihm den geheimen Gedanken des wiener Cabinets, die deutschen Staaten vom französischen System loszulösen und um sich zu scharen, in den er durch den österreichischen Gesandten, Fürsten Esterhazy, eingeweiht worden war, entdeckte. Durch Pfeffel von Senffts günstiger Stimmung unterrichtet rückte nunmehr Esterhazy gegen letzteren mit dem Vorschlage heraus, Sachsen möge im Verein mit Baiern und Würtemberg Österreichs Friedensvermittlung durch gemeinsame Vorstellungen beim Kaiser Napoleon unterstützen. Zu einem so directen Schritte fehlte jedoch Senfft der Muth; außerdem setzte er Esterhazy vertraulich die besonderen Gründe auseinander, die Sachsen habe, sich Napoleons Freundschaft zu bewahren, denn diese bilde die einzige Garantie für den Besitz des Herzogthums Warschau; nur in dem Falle, daß der wiener Hof bereit sei an Frankreichs Stelle die Garantie für Warschau oder wenigstens für ein Äquivalent zu übernehmen, könne er es auf sich nehmen dem Könige zu einer intimeren Annäherung an denselben zu rathen.

Gerade dies lief nun aber Metternichs Intentionen schnurstracks entgegen. Eben darauf, daß es ihm gelinge den König von Sachsen zum Verzicht auf Warschau zu bewegen, beruhte zum großen Theil seine Hoffnung auf friedliche Schlichtung des drohenden Kampfes. Denn damit war nicht bloß Napoleon der Verlegenheit überhoben, einen seiner treuesten Alliierten preisgeben zu müssen, sondern es war dann auch die Möglichkeit vorhanden, Preußen mit den Gebieten zwischen Bug und Warthe wiederherzustellen, zu verhüten, daß Rußland sich Polens

1) Senfft, p. 204sq.

Digitized by Google

bemächtige, und für Österreich selbst das verlorene Stück von Galizien wieder zu erlangen. Als Entschädigung bot Metternich dem Könige Erfurt. Hauptsächlich um in diesem Sinne mit mehr Nachdruck auf ihn einwirken zu können, hatte Kaiser Franz den König eingeladen seinen Aufenthalt in Prag zu nehmen [1]). Allein weder dieser noch Senfft wollten von einem Verzicht auf Warschau hören und hatten darum auch keine Lust, der Einladung nach Prag zu folgen. Also selbst die von Österreich dargebotene Hand, die so oft als das einzige Rettungsmittel gepriesen worden war, konnte man sich nicht entschließen rasch und bestimmt zu ergreifen. Da man aber doch auch Napoleons wiederholten Einladungen nach Mainz oder Straßburg auszuweichen guten Grund hatte, so blieb man bei dem ursprünglichen Plan stehen, sich nach Baiern zu wenden, wo man einer zuvorkommenden Aufnahme gewiß war. Von dort aus ließ sich am ersten dem Gange der Dinge noch eine Weile ruhig zusehen. Jeden offenen Bruch mit Frankreich scheute man, so lange nicht die Verbündeten gesiegt hätten. „Schlagen sie Napoleon", meinte Langenau, „so muß er bis an den Rhein zurück und dann — aber auch keinen Augenblick früher — müssen wir handeln und fremde Hilfe suchen." [2]) Das also war die Weisheit des sächsischen Cabinets! Es lag auf der Hand, daß diese Politik der Feigheit nur durchgeführt werden konnte, so lange die Verbündeten Glück hatten und sie duldeten; beim ersten Erfolge Napoleons mußte sie in sich selbst zusammenbrechen. Auf die erste Nachricht vom Übergange der Kosaken über die Elbe und dem Einrücken der Preußen in die Lausitz kehrte König Friedrich August seinem Lande den Rücken und begab sich nach Regensburg (30. März), wo auch die Prinzen von Baireuth aus mit ihm zusammentrafen [3]).

Kaum war er dort angelangt, als Pfeffel im Namen seines Cabinets mit dem Vorschlage zu einer zwischen beiden Höfen

1) Thiers XV, 400.
2) Mittheilungen ꝛc., S. 224.
3) Anhang, Nr. 12.

Digitized by Google

im tiefsten Geheimniß auf die Dauer des Krieges zu schließenden, nöthigenfalls aber auch zu verlängernden Vereinbarung hervortrat. Begründet war der Antrag durch die Ähnlichkeit ihrer beiderseitigen Lage, durch die Befürchtungen, zu denen Österreichs Absichten auf bairische, die Preußens auf sächsische Gebiete Anlaß geben dürften, endlich durch ihr gemeinschaftliches Interesse, das französische Protectorat zu erleichtern, ihre Streitkräfte in dem gegenwärtigen Kriege ungeschmälert für ihre eigene Vertheidigung zu erhalten und ihre Unabhängigkeit zu sichern; beide Staaten sollten sich daher ihre Besitzungen, ihre Rechte und ihre Souverainetät nach Maßgabe der bestehenden Verträge gegenseitig gewährleisten und alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel gemeinschaftlich zur Erreichung dieses Zieles anwenden; diese Garantie und die Pflicht gegenseitigen Beistandes solle namentlich auch gegen innere Feinde zu verstehen sein. Senfft nahm diese Eröffnung sehr verbindlich aber doch mit einiger Zurückhaltung auf; in einer mit Bezug darauf dem Könige überreichten Denkschrift erkannte er bereitwillig die Übereinstimmung zahlreicher Interessen zwischen Baiern und Sachsen an; auch dieses habe ein solches an der Aufrechthaltung der bestehenden Verträge und ein besonderes daran, daß Preußen nicht wieder in den Besitz von Baireuth komme; um völlige Offenheit in die Beziehungen zum münchner Hofe zu bringen dürfe man ihm nicht verschweigen, daß der König alles, was die politische Existenz der herzoglich sächsischen Häuser, der Fürsten von Anhalt, Schwarzburg und Reuß betreffe, als eng mit den Interessen seiner Krone verknüpft ansehe, daß er deren Erhaltung wünsche, daß aber, wenn diese unthunlich werden sollte, nach seiner Ansicht nur zu seinen Gunsten über dieselben verfügt werden könne. Auch Sachsen müsse vermeiden, durch Zersplitterung seiner Truppen sich der Mittel zur Wiederherstellung seiner Armee zu berauben, eine Garantie gegen innere Unruhen dagegen würde, wegen Tirols und Baireuths, wohl für Baiern, aber nicht für Sachsen von Belang sein. Da die bevorstehenden Ereignisse den deutschen Staaten eine größere Freiheit als bisher zurückgeben zu wollen schienen, so sei ein

Digitized by Google

gemeinschaftliches Verfahren derselben von Wichtigkeit, aber ein formeller Tractat schon wegen der Schwierigkeit das Geheimniß zu bewahren nicht rathsam [1]).

Der Hauptunterschied in der Lage beider Staaten bestand aber darin, daß Baiern, wenn es einmal eine deutsche Pflicht weder fühlte noch anerkannte, Zeitgewinn suchen mußte, für Sachsen die bisher immer hinausgeschobene Entscheidung immer dringender wurde. Denn schon war sächsisches Blut geflossen. Die Division Morand, deren Hauptbestandtheil das vom König vergebens reclamierte Regiment Prinz Max nebst der Batterie Essenius bildete, hatte sich aus Schwedisch-Pommern über die Elbe und nach mehrfachen Kreuz- und Querzügen an der Nordseeküste beim weiteren Vordringen der Russen am 22. März auch über die Weser zurückgezogen; am 27sten rückte jedoch Morand, obgleich von Kosaken umschwärmt und beunruhigt, von Bremen wieder über Rothenburg bis Tostedt und auf die Nachricht, daß Vandamme in Bremen angelangt sei, bis Lüneburg vor, das er nach einem Versuche zum Widerstand von seiten der Bürgerschaft am 1. April besetzte. Aber schon am folgenden Tage wird die Stadt von den Russen unter Dörnberg wieder erstürmt und Morand nach hartnäckigem Straßengefecht aus derselben herausgeworfen. Von allen Seiten umzingelt faßt er den verzweifelten Entschluß durch Wiedererstürmung der Stadt sich den Ausweg zu bahnen. In Person führt er die ihm zur Hand befindlichen Sachsen, etwa 250 Mann, durch den dichtesten Kugelregen zum Sturm gegen das Neue Thor, aber die zur Unterstützung herbeigerufenen Franzosen versagen und Morand sinkt zum Tode getroffen. Der sächsische Oberst v. Ehrenstein, der obgleich selbst verwundet statt seiner das Commando übernimmt, sucht zu capitulieren, allein von den immer stärker andringenden Feinden werden die Truppen mit den Waffen in der Hand gefangen genommen. Das Los der gefangenen Sachsen war höchst traurig. Nach Erduldung vielfacher Leiden zwang man sie zum Eintritt in

1) Senfft's Memoire vom 2. April. (Dr. Arch.) — Senfft, p. 213.

Digitized by Google

die russisch-deutsche Legion, aber auch hier blieb ihr Schicksal, weil man sie als herren- und vaterlandslose Soldknechte ansah, schlecht und sclavisch [1]).

Während so die sächsische Tapferkeit in nutzlosem und schmählichem Kampfe gegen die Befreiung Deutschlands hingeopfert wurde, weil das sächsische Cabinet nicht den Muth hatte die beschlossene Trennung von Frankreich zur That werden zu lassen, war Sachsen selbst bereits zum Schauplatz kriegerischer Operationen geworden; Wittgenstein drang von der Mark, Blücher, dem das russische Hauptheer unter Kutusow folgen sollte, von Schlesien her vor. Am Abend des 24sten kündigte Oberst Prendel den mit Durutte geschlossenen Waffenstillstand, einzelne Kosakenabtheilungen setzten theils bei Merschwitz theils bei Pirna über die Elbe, worauf Durutte den schon völlig vorbereiteten Abzug in aller Stille bewerkstelligte. Die Baiern hatte er bereits nach Meißen entsendet, um diesen durch Lecoqs Abmarsch entblößten Punkt zu besetzen, er selbst zog über Wilsdruff und Nossen ab; den 26sten folgte ihm auf die Vorstellungen der sächsischen Behörden der noch zurückgebliebene General Jary. Am folgenden Morgen nahm Prendel unter dem Jubel der Bevölkerung Besitz von der Altstadt und ließ die Verbindung zwischen beiden Ufern durch eine Floßbrücke herstellen, auf welcher am 29sten Winzingerode mit seinem Corps übergieng. Die Schlüssel der Stadt wurden dem General feierlich überreicht. Vom 30. März bis zum 4. April folgte das gesamte Heer Blüchers auf dieser und einer zweiten weiter unterhalb geschlagenen Brücke nach, während die Wiederherstellung der gesprengten Brücke unverzüglich in Angriff genommen, jedoch erst nach zwölftägiger ununterbrochener Arbeit vollendet wurde. Am 31. März bekam Leipzig die ersten so sehnlich erwarteten Kosaken von Winzingerode's Vorhut zu sehen, nachdem des Morgens die letzten Franzosen es verlassen hatten; General Lanskoi, der am 5. April einrückte, befahl als Re-

1) Gretschel-Bülau III, 485. — Sachsen und seine Krieger, S. 119.

Digitized by Google

pressalie für die Vernichtung der englischen Waaren die sofortige Beschlagnahme aller in Leipzig lagernden französischen Waaren, gewährte jedoch auf die Vorstellungen des Raths Aufschub, Winzingerode darauf die Zurücknahme dieser Maßregel; den russischen Offizieren mußte auf dem Gewandhause ein Ball gegeben werden. Am 17ten nahm Major v. Lützow mit seinem Freicorps sein Standquartier in Leipzig, wo ihm zahlreiche Freiwillige zuströmten.

Aus dem Verfahren der Verbündeten gegen das von seinem Könige verlassene Land leuchtete überall die Hoffnung, ja die bestimmte Voraussetzung hervor, daß es beim ersten Erscheinen ihrer Heere die französischen Fesseln brechen und auf die Seite der Befreier übertreten werde. Ob der Vertrag von Kalisch auf Sachsen Anwendung finden würde, hing ganz von dessen Verhalten ab, kein preußischer Staatsmann würde je auf den Gedanken einer Einverleibung Sachsens in Preußen gekommen sein, wenn König Friedrich August sich rechtzeitig der Sache der Verbündeten angeschlossen hätte. „Ihr betretet Sachsen nicht als Feinde", sprach Blücher zu seinen Truppen, „sondern als Befreier. Seid milde und menschlich gegen dieses Volk und betrachtet die Sachsen als Freunde der heiligen Sache der Unabhängigkeit, für welche wir die Waffen erhoben haben; betrachtet sie als künftige Bundesgenossen."

Ein Armeebefehl vom 2. April aus Dresden schärfte den verbündeten Truppen ein, wenn sie auf Sachsen stießen, nicht auf sie zu feuern, sondern sie gut zu behandeln und ihnen jede Willfährigkeit zu erweisen. Die Wiederbesitznahme des cottbusser Kreises allerdings verstand sich für die Preußen so von selbst, daß Blücher sie 22. März ohne weiteres vollzog; aber sein Erlaß an die Einwohner desselben redete eine Sachsen gegenüber sehr gemäßigte und für den König, „den aufgedrungenen neuen Herrn, der sie nur gezwungen unter seine Unterthanen genommen", rücksichtsvolle Sprache [1]); er ermahnte sie, den Beamten der sächsischen Regierung, die es väterlich mit ihnen

1) Poppe II, 44.

Digitized by Google

gemeint habe, mit Achtung zu begegnen und ihnen auch fernerhin, so lange sie sich nicht an der heiligen Sache der Unabhängigkeit vergiengen, zu gehorchen. Dennoch erregte gerade diese Maßregel in Sachsen großen Anstoß und schwächte den Eindruck seiner Proclamation vom 23sten, in welcher er das sächsische Volk, da sein Landesherr in fremder Gewalt, die Freiheit des Entschlusses ihm genommen sei, zur Theilnahme am Kampfe für die Freiheit, zum Aufstand gegen den Unterdrücker aufrief und ausdrücklich erklärte, daß Preußen die Schritte, die zu thun eine verrätherische Politik den König nöthigte, ebensowenig ihn als das Volke entgelten lassen, vielmehr das Land nur für jenen in Verwahrung nehmen wolle [1]). Ähnlich lauteten noch verschiedene andere Proclamationen an die Sachsen, in denen auch die Erinnerung an die Tapferkeit ihrer angeblichen Vorfahren unter Wittekind nicht fehlte; Wittgenstein redete zu ihnen aus Berlin, 23. März, schlicht und eindringlich, und nochmals am 30sten, im Begriff die sächsische Grenze zu überschreiten, von Belzig aus in einem feurigen Appell an ihr Vaterlandsgefühl [2]), Th. Körner, der Lützower, rief seine Landsleute zum Kampfe auf [3]) und selbst der Kosakenoberst Tettenborn ließ sich aus Hamburg vernehmen.

Wie gern und wie freudig hätte die große Mehrheit des sächsischen Volkes dem Rufe Folge geleistet! In den Kreisen der Regierenden dagegen erweckte er ganz entgegengesetzte Empfindungen; die Lage des Staates war bereits so verschroben, daß selbst der redliche, ehrliche Wille nicht mehr klar zu sehen und den richtigen Weg zu finden wußte. Erschwerte ohnehin sowohl die Abwesenheit des Königs als sein dem deutsch-patriotischen Aufschwung durchaus unzugängliches Naturell jede Entschließung ungemein, so wurde diese Schwierigkeit noch um vieles vermehrt durch die Gewöhnung der Staatsbeamten, stets nur als Organe ihrer Vorgesetzten und ohne eigene Verantwortlichkeit

1) Gretschel-Bülau III, 468.
2) Poppe II, 51. 56.
3) Bülau, Geschichte Deutschlands von 1816—1830, S. 198.

Digitized by Google

zu handeln. Von den Mitgliedern der Immediatcommission war der Conferenzminister v. Globig bloßer Figurant, v. Manteuffel ein flacher und ehrgeiziger Bureaukrat, immer bereit es mit dem Stärksten zu halten und ein eifriger Anhänger Napoleons, v. Zezschwitz ein Mann von höchster Unbescholtenheit des Charakters, von edlem aber etwas weichem Sinn und darum von Senfft und Langenau mehr als gut beeinflußt, v. Friesen der Einzige, der wenigstens einigen Unabhängigkeitssinn und die Einsicht besaß, daß man mit diesem bloßen Zuwarten und Nichtsthun ins Verderben renne [1]). Alles dies aber, so schlimm es war, hätte sich überwinden lassen, wenn nicht, wie bereits angedeutet wurde, den Männern, die Sachsens Schicksal in Händen hatten, die Befreier gefährlicher erschienen wären als der bisherige Zwingherr. „Die Fesseln zu zerbrechen ist mein Wunsch, aber nicht sie zu vertauschen", erklärte Langenau. Daß der unter Kutusows Namen aus Kalisch erlassene Aufruf, der die deutschen Fürsten und Völker zur Mitwirkung an der Befreiung Deutschlands von der Herrschaft und dem Einflusse Frankreichs einlud, jeden deutschen Fürsten, welcher

1) v. Friesen an Manteuffel 10. April: „Darüber bin ich mit Ihnen ganz einverstanden, daß das Land nicht weniger ganz ausgesogen und erschöpft werden würde, wenn wir nicht mehr die folgsamen und furchtsamen Kinder Napoleons blieben, welche wir zeither waren. Also bin ich sehr weit entfernt mir von dem entgegengesetzten Systeme vor der Hand goldene Tage versprechen zu wollen. Aber das liegt mir am Herzen und darin wünschte ich, daß Sie mit mir einverstanden sein möchten, daß es höchste Zeit ist, daß unser König die Achtung, die politische Existenz wiedererwerbe, die seit der Zeit, die ich Ihnen nicht zu bezeichnen brauche, verloren gegangen ist und um die es unwiederbringlich geschehen ist, wenn wir fortfahren wie zeither einem System sclavisch anzuhangen, das nach meiner ehrlichen Überzeugung in seinen Grundlagen verderblich und empörend ist, hiernächst aber auch seinem Untergange, selbst wenn die französischen Waffen wieder siegen sollten, dennoch unaufhaltsam zueilt. Es ist also höchste Zeit, daß unser König, vorerst der Meinung Österreichs, Baierns, Würtembergs gewiß, auftrete und die Sprache führe, die ihm als einem gerechten Fürsten, als dem Nestor Deutschlands geziemt. Und das muß von Männern, denen er und das Land Vertrauen beweist, ohne Scheu gesagt werden." Dr. Arch.

Digitized by Google

in einem bestimmten Zeitraum dieser Aufforderung nicht entsprechen würde, mit dem Verluste seiner Staaten bedrohte, erfüllte die sächsischen Staatsmänner mit der höchsten Entrüstung. „Diese Proclamation", schrieb Senfft an Thielmann, „ist aus der Feder eines Generals, der nicht einem Wohlfahrtsausschuß sondern einem Kaiser dient, ein Attentat gegen die Grundpfeiler, auf welchen der Thron seines eigenen Souverains ruht, und, wenn dieser selbst eine solche Sprache genehmigt, ein Vergessen der eigenen Würde, das für die Sache selbst nichts Gutes ahnen läßt. . . . Wir sind natürliche Verbündete der Sache Deutschlands und der Freiheit; wer uns aber die Schande zumuthet uns ohne Sicherheit für den Staat zu gewähren und auch ohne nur zu dem Regenten gesprochen zu haben als schwindelnde Empörer den Fremden in die Arme zu werfen, ja der ist unser Feind! — Eine neue Sclaverei, die elendeste, wäre es, wenn wir uns jetzt von der Furcht vor dem Eindrucke, den jener Schritt auf das Volk machen könnte, hinreißen ließen. Das wäre recht eigentlich die Krone oder wenigstens das Scepter ablegen." [1]) In Blüchers Aufruf sah man nur eine revolutionäre Aufreizung des Pöbels und die Absicht der Wiedererlangung der von Preußen verlorenen Provinzen, in der Besitznahme des formell abgetretenen cottbusser Kreises einen gewaltsamen Eingriff in das vertragsmäßige Recht, eine schroffe Verletzung der sächsischen Ehre und eine für die deutsche Sache nur nachtheilige Abschreckung der übrigen Rheinbundsstaaten. Man beanspruchte, daß die Verbündeten sich mit der bereits geschehenen Trennung Sachsens von Frankreich, mit der gewissermaßen neutralen Stellung, die der König eingenommen hatte, genügen ließen, daß sie namentlich von jedem Versuche abstünden, das Volk von seinem König zu trennen. „Je gemäßigter die Sprache", schrieb der wohlmeinende Zezschwitz an Winzingerode, „je schonender die Rücksicht auf die alles überwiegende Liebe der Sachsen zu ihrem angestammten König, desto gewisser wird man der Stimmung

1) Darstellung der Commandoführung ꝛc. Dr. Arch.

Digitized by Google

der Nation sich versichern, desto sicherer wird man auf den Sinn und das Herz eines Fürsten wirken, der Vater seines Volkes ist und dessen Wohl im Herzen trägt. Ist es wohlgethan, den König abzuschrecken von einer Annäherung, ist es rathsam die Eifersucht eines benachbarten Landes, das sich von jeher um den Einfluß in Sachsen mit Preußen gestritten hat, zu reizen und die Besorgniß anderer deutscher Fürsten, die Besitzungen, welche früher Preußen gehörten, innehaben und sich jetzt vielleicht gern annäherten, zu wecken?" — „Auch spreche man", fährt er fort, „gegen Unterthanen deutscher Fürsten nicht getrennt von diesen. Der redliche Deutsche thut das Letzte, ehe er von seines Fürsten Sinn abweicht, ihm untreu wird. Auf diesem Wege ist nichts zu erlangen, auf dem der schonendsten Behandlung der Fürsten selbst und ihrer Räthe alles. Durch die Besetzung von Cottbus und die Proclamation Blüchers hat sich der heiße Wunsch den König zurückkehren zu sehen allgemein in die Überzeugung verwandelt: „Unter diesen Umständen kann und darf er es nicht!" [1]) Es war ein ehrenwerther aber beschränkter Standpunkt, von dem aus den höchsten politischen und sittlichen Anforderungen in einer so außerordentlichen Zeit sich nimmermehr gerecht werden ließ. Doch waren diese Vorstellungen Zezschwitz' die Hauptveranlassung, daß der König von Preußen, um kein Mittel unversucht zu lassen, am 9. April von Breslau aus den Generalmajor v. Heister mit einem eigenhändigen Briefe an den König Friedrich August nach Regensburg schickte.

Daß Blücher, unwillig, statt des gehofften Entgegenkommens bei den sächsischen Behörden nur Lauheit und Widerstreben zu finden, um der öffentlichen Meinung zum Durchbruch zu verhelfen Preßfreiheit verkündigte, daß er die wegen des Tumults gegen Reynier Verhafteten eigenmächtig in Freiheit setzte und was er für sein Heer unumgänglich bedurfte im Wege der Requisition ausschrieb, gab dieser Stimmung neue Nahrung. Als aber die Immediatcommission sich über die Höhe seiner

1) Mittheilungen, S. 221. 226. 248.

Digitized by Google

Forderungen beschwerte, ertheilte er ihr 31. März eine sehr scharfe Rüge: die von Sachsen geforderten Leistungen seien weit unter dem, was Preußen gern und willig trage, auch sollten die Bedürfnisse nicht unentgeltlich geliefert werden, sondern ein in Aussicht stehendes Bündniß zwischen Sachsen und Preußen werde Bestimmungen enthalten über die Art der Vergütung; was sogleich nöthig, könne nicht erlassen werden, über das, was für den Augenblick entbehrlich sei, wolle er die Entscheidung des Königs abwarten; endlich beklagte er sich über den in der Vorstellung der Immediatcommission herrschenden Ton, den in den Verhandlungen sich zeigenden Geist der Erbitterung, welchen zu dulden er nicht gesonnen sei. Folgenden Tags ließ er diese Antwort in das dresdner Wochenblatt einrücken und, da die Immediatcommission gegen dieses sie bloßstellende Verfahren Vorstellungen machte, Druck und Ausgabe der Blätter militärisch überwachen.

Obgleich die Verbündeten nicht umhin konnten die Kräfte des von ihnen besetzten Landes stark in Anspruch zu nehmen, verfuhren sie doch mit all' der Rücksicht, die die Verhältnisse nur gestatteten. Bei strenger Anwendung des am 19. März zu Breslau zwischen Rußland und Preußen geschlossenen Vertrages über das Verfahren gegen die einzunehmenden deutschen Länder hätte der unter dem Vorsitz des Freiherrn zum Stein geschaffene Verwaltungsrath seine Thätigkeit zuerst und sofort in Sachsen beginnen müssen. Auch begab sich Stein zu diesem Zwecke unverzüglich nach Dresden, allein die förmliche Beschlagnahme des Landes, die Einsetzung einer Verwaltungsbehörde von seiten der Verbündeten, die Anordnung allgemeiner Volksbewaffnung in' Sachsen wurde von Tag zu Tag verschoben. Denn abgesehen davon, daß die verbündeten Monarchen trotz des kalischer Aufrufs so gewaltsamen Maßregeln gegen einen Mitsouverain grundsätzlich abgeneigt waren, fühlten sie recht wohl, daß ein mit seinem Volke so innig verwachsener Fürst wie Friedrich August geschont werden müsse, zumal so lange noch Hoffnung war, er werde unter gewissen Bedingungen sich doch noch der deutschen Sache anschließen. Ganz anders

Digitized by Google

urtheilte der Freiherr v. Stein; er erkannte sehr richtig, daß auf Sachsens Beitritt in keiner Weise zu hoffen sei. In seiner Antipathie gegen das Schwankende, Geschmeidige und Förmliche des sächsischen Wesens, voll Haß gegen das Land, dem er die Abtrünnigkeit von Preußen, die Annahme preußischer Gebiete nicht vergeben konnte, überzeugt, daß diese aussichtslose Zögerung der von ihm verfochtenen Sache nur zum Nachtheil gereiche, war er mit der ganzen Leidenschaftlichkeit seines Charakters gegen längere Schonung. Ja er fand sogar, daß die Zulassung des Königs von Sachsen zu der großen Sache im allgemeinen nicht von überwiegender Wichtigkeit sei, daß dadurch die Benutzung der Hilfsquellen des Landes nur beengt und für die großen Erfolge des Kriegs, die vielmehr von dem Schicksale der Heere und dem Beitritte Österreichs abhingen, sehr wenig gewonnen werde; weit zweckmäßiger schien es ihm, die Landesverwaltung in die Hand eines ständischen Ausschusses zu legen, von dem sich ein entscheidenderer Gang als von der Immediatcommission erwarten lasse [1]). Er meinte, das Sachsen, das 1806 an Napoleon 6½ Millionen Thlr. bezahlt, monatlich 60000 Thlr. zur Unterhaltung der im Lande befindlichen Hospitäler gegeben und 6000 Mann beim französischen Heere gehalten habe, könne jetzt bei seinem Einkommen von 7 Millionen Thlr. recht wohl eine Kriegssteuer von 5 Millionen bezahlen, von denen er eine Abschlagszahlung von einer halben Million binnen zehn Tagen verlangte.

Wohlwollender benahm sich Winzingerode; er suchte den übeln Eindruck von Blüchers Proclamation durch die Versicherung zu verwischen, daß sie dem Sinn der alliierten Souveraine keineswegs entspreche, daß von keiner Störung der Staatsverwaltung, keiner Besitznahme die Rede sein solle, sondern nur die Befriedigung der Bedürfnisse für die Armee verlangt werde, und verwendete sich für eine Verminderung der Requisitionen. Auf seinen Wunsch jedoch, daß an den Kaiser Alexander ein Mitglied der Immediatcommission abgesandt

1) Stein an Nesselrode bei Pertz, Steins Leben III, 328 ff.

Digitized by Google

werden möge, um demselben offen und treu die Verhältnisse Sachsens darzulegen, erhielt er die Antwort: die Immediatcommission sei vom König ausdrücklich angewiesen, sich aller Verhandlungen, die politische Zwecke hätten, zu enthalten; nicht einmal seinen Rath, dann wenigstens mit Entfernung aller diplomatischen Form durch irgend einen patriotischen Mann dem Kaiser das Verfahren, welches der König zu beobachten entschlossen sei, auseinanderzusetzen, glaubte sie befolgen zu dürfen, und Senfft billigte diese Ablehnung vollständig [1]). Nur dazu wurde die Immediatcommission autorisiert, die aus der Gemäldegallerie auf den Königstein geschafften Bilder „zur Abwendung eines bei der bevorstehenden Ankunft Sr. Russ. Kais. Maj. zu besorgenden Mißliebens" wieder an ihren Platz zu hängen. Am 24. April hielten der Kaiser von Rußland und der König von Preußen ihren Einzug in Dresden. Ersterem war v. Friesen, letzterem v. Zezschwitz zur Begrüßung entgegengegangen. Der Empfang der Monarchen war

1) Senfft an v. Zezschwitz, Regensburg 4. April 1813: — — „So wohlthätig es auch für das Land sein könnte, bei dem Kaiser von Rußland dort einen Fürsprecher zu haben, der für dessen Bestes sich mit dem ächten Patriotismus verwendete, für dessen Sprache das Herz des edlen Monarchen gewiß offen ist, so werden Sie doch mit mir übereinkommen, daß dieser Schritt unter den gegenwärtigen Umständen mit dem vom Monat Juli 1809 zu viel Ähnlichkeit haben würde, um unter gleichem Gesichtspunkte itzt zulässig zu sein. Wie könnte die Regierung itzt gutheißen, was sie damals laut und öffentlich gemißbilligt hat? Wie könnten die Männer, welche der König unter allen seinen Dienern als diejenigen bezeichnet hat, denen er das höchste Vertrauen schenkt, oder wie könnte auch nur einer unter ihnen des damaligen Ausspruches ihres Königs vergessen und irgend einer anderen — auch noch so wichtigen Rücksicht das wenigstens anscheinend aufopfern, was jeder Nation das Heiligste und im Gefühl ihrer eigenen Würde das Höchste sein muß, die Achtung und den Gehorsam gegen den Willen des Regenten? Übrigens werden Sie auch noch selbst beurtheilen, wie auffallend eine solche Handlungsweise durch die Zusammenstellung mit dem Vorgang von 1809 für Österreich sein müßte, dem wir jetzt in jedem Betracht Dank, Vertrauen und Aufmerksamkeit schuldig sind. — Nach diesen Betrachtungen können Ihre Majestät die in Antrag gekommene Maßregel auf keine Weise genehmigen."

Digitized by Google

von seiten der Bewohner der von Befreiern; in Blumengewinden, Gedichten und Illumination sprach sich die Volksstimmung unzweideutig aus. Als eine Anzahl Herren Friedrich Wilhelm dem Deutschen und der gerechten Sache ein Hoch brachten, ließ ihnen der König seinen Dank vermelden mit dem treffenden Zusatze: wenn sie die gerechte Sache leben ließen, so hoffe er, sie würden auch etwas für dieselbe thun. Aber so lange von oben nichts geschah, blieb es auch von seiten des Volkes bei bloßen Worten.

Die Hoffnung der Verbündeten, daß, wenn nicht die sächsische Regierung, so doch das Land sich für sie erklären werde, war nicht in Erfüllung gegangen. Kein besser Schicksal hatten ihre Versuche, die sächsischen Elbfestungen, wichtig als Stützpunkte fernerer Operationen, in ihre Gewalt zu bekommen. Wittenberg war erst seit dem März durch seinen französischen Commandanten, General Lapoype, in aller Eile nothdürftig in einen befestigten Platz umgewandelt worden, so daß General Kleist wohl hoffen konnte sich durch einen Handstreich desselben zu bemächtigen. Unter Wittgensteins eigenen Augen ließ er am 17. April früh 3 Uhr die von Lapoype niedergebrannten Vorstädte erstürmen, die auch ungeachtet aller Gegenanstrengungen des Feindes behauptet wurden. In der Widerstandskraft der Stadt hatte man sich aber dennoch verrechnet, ihr tapferer Commandant wies die Capitulation ab, und da eine zweitägige Beschießung keinen erheblichen Erfolg lieferte, so mußte man unverrichteter Dinge wieder abziehen.

Von weit höherer Bedeutung war Torgau, theils wegen seiner Eigenschaft als Festung, theils weil sich hier das neugebildete sächsische Heer befand. Hier rechneten die Verbündeten mit vieler Bestimmtheit darauf, durch Unterhandlungen mit Thielmann zum Ziele zu kommen. Hätte dieser lediglich der eigenen Neigung folgen dürfen, so würde dies bald geschehen sein, aber die militärische Pflicht band ihm die Hände. Auf die erste, von Wittgenstein ausgehende Aufforderung, der Sache der Verbündeten beizutreten und ihren Truppen den Marsch durch die Festung zu gestatten, antwortete er 27. März kurz

Digitized by Google

und bündig: die Festung sei ihm lediglich von seinem König anvertraut, er sei Militär und könne nur von diesem Befehle annehmen [1]); trotzdem entwickelte sich zwischen ihm und den Verbündeten ein lebhafter Verkehr, ja es geschah wohl nicht ohne geheime Begünstigung von seiten Thielmanns, daß einem auf Fouragierung nach Prettin geschickten sächsischen Commando von den Kosaken mehrere Kähne abgenommen wurden. Senfft überließ sich der Hoffnung, daß die Verbündeten es gegen Torgau nicht ernstlich nehmen, nicht Deutsche durch Deutsche unnütz morden lassen, Sachsen also in dem einmal eingeschlagenen Gange seiner Politik nicht stören würden. „Ich schreibe Ihnen", schrieb er 28. März an Thielmann, „in dem Augenblicke, wo der König das Land verläßt und Sie allein es halten. Sie werden es halten mit Klugheit und Würde, durch Parlamentieren Zeit gewinnen, jeden unwürdigen Antrag zurückweisen, jeden ehrenhaften so aufnehmen, daß man Vertrauen zu uns fasse, indem Sie ihn uns überliefern mit der Ueberzeugung, daß wir Deutsche sind, die das fremde Joch hassen, aber die etwas Zeit, die Formen des Anstands für uns und zu unserer Sicherstellung Garantien und — für das Herzogthum Warschau — ehrenhafte Bedingungen haben müssen. So finden Sie also, theuerster Freund, Ihre ganze Instruction in Ihrem Herzen voll edler Gefühle." Ein königliches Handschreiben vom 8. April erkannte besonders beifällig die Festigkeit an, mit welcher Thielmann alle mit den Verhältnissen Sachsens unter den dermaligen Umständen unvereinbaren Anträge abgelehnt habe.

Aber Thielmanns Aufgabe wurde mit jedem Tage schwieriger. Zu den Anträgen der Verbündeten, welche Eile hatten wegen Torgaus ins Reine zu kommen, gesellte sich das Drängen mehrerer angesehener und ihrem Könige in aufrichtiger Treue ergebener Männer, welche in der Fortsetzung der bisherigen Politik nicht bloß eine Versündigung an der deutschen Sache sondern auch das unausbleibliche Verderben Sachsens

1) v. Holtzendorff, S. 90ff.

Digitized by Google

und seines Fürstenhauses voraussahen. In diesem Sinne schrieb v. Miltitz, damals Marschcommissar in Winzingerode's Hauptquartier, an Thielmann.[1]), desgleichen der in Ruhestand getretene General v. Vieth. Im Fall Napoleon Sieger bleiben sollte, hob letzterer hervor, müsse der König gegen diesen rein erscheinen, da die Festung ohne seinen Befehl übergeben worden, in dem wahrscheinlicheren Falle aber des Sieges der Verbündeten könne Thielmann erklären, auf geheimen Befehl des Königs gehandelt zu haben[2]). Thielmann hätte nicht selbst von Widerwillen gegen alles, was Franzos hieß, erfüllt sein müssen, um das Gewicht dieser Gründe zu verkennen; verschiedene seiner Aeußerungen deuteten auf eine bevorstehende Änderung der Dinge hin. Aber vor einem Schritt, wie jene ihn ihm zumutheten, schrak er zurück; er hoffte vielmehr durch seine Vorstellungen das sächsische Cabinet zu einer Änderung seiner Haltung zu bewegen. Allein der Oberstleutnant v. Brause, den er deshalb nach Regensburg geschickt hatte, wurde ebenso wie sein von dort zurückkehrender Adjutant v. Minkwitz in Dresden von Stein zurückgewiesen, wahrscheinlich um Thielmann dadurch zu einer bestimmten Entscheidung zu drängen; Stein

1) Wurzen, 7. April: „Gestehen wir es uns nur unverhohlen, welche unsere wirkliche Lage gegenwärtig ist. Unser König ist im Begriff seine Krone zu verlieren. Eine bestimmte Weigerung von seiner Seite entscheidet gegen ihn und sein Haus, ein längeres Zögern wird eine fremde Administration herbeiführen . . .; die gegenwärtige Regierung wird außer Thätigkeit gesetzt, die Verfassung gewaltsam verletzt, der Credit des Landes gestürzt, das Land zerstückelt ꝛc. Und dieses Unglück, diese Schmach, wer wird sie ertragen können? Nein, edler Thielmann, das kann nicht sein, das können Sie nicht zugeben! Retten Sie um Gottes willen, retten Sie Ihr Vaterland vom Verderben, bewahren Sie es vor Entehrung! Und das ist in Ihrer Macht; denn von dem Augenblicke an, wo Sie mit Ihrer Armee sich laut und bestimmt für die gemeinschaftliche Sache erklären, ist, das bin ich befugt zu sagen, dem Könige seine Krone und der vollkommenste und unabhängigste Besitz seiner Länder, so wie er sie vor dem posener Frieden besaß, zugesichert." Mittheilungen, S. 260.

2) v. Vieth, Auszüge aus den Papieren eines Sachsen (1843), S. 20.

Digitized by Google

ließ ihm sagen, er solle sich beeilen abzuschließen, er werde dadurch die Schwankungen des Königs beenden und das Verdienst dieser Verhandlung werde ausschließlich ihm angehören. Es gelang jedoch Thielmann, durch den Oberforstmeister v. Schleinitz seine Meldung von der günstigen Stimmung der Verbündeten und eine dringende Mahnung zu einem entscheidenden Entschluß nach Regensburg gelangen zu lassen [1]). Am 12ten hatte er in Prettin eine Zusammenkunft mit Kleist, am 14ten in Eilenburg mit Winzingerode, Abgesandte Wittgensteins und des Königs von Preußen wurden in die Festung gelassen und von Thielmann selbst auf den Wällen herumgeführt. Alle wiederholten die nämlichen Anträge: daß, da es ihnen unmöglich sei eine Festung mit 11000 Mann Garnison in ungewissem Zustande hinter sich zu lassen, Thielmann sich durchaus erklären solle und zwar unter Bedingungen, wie er sie als ein treuer Diener seines Königs für dessen Interesse nur immer zuträglich halten möchte, doch Thielmann, immer noch auf einen günstigen Bescheid aus Regensburg hoffend, suchte sie hinzuhalten. Das zur Belagerung von Wittenberg verlangte schwere Geschütz

1) Thielmann an Senfft 14. April: „Zaudern kann uns nur nachtheilig, nie nützlich sein, jetzt noch ist uns der Übertritt Verdienst, in wenigen Wochen ist er es nicht mehr, und wir stehen in der Geschichte wie Johann Georg I. im dreißigjährigen Kriege. Frankreich gegenüber haben wir schon genug verbrochen, um des Todes würdig zu sein, und übergeben wir uns ihm, so ist Knechtschaft unser unvermeidliches Los. — Wir müssen zu sterben wissen. Durch Zaudern bringen Ew. Exc. die Nation mit dem Könige in unauslöschlichen Widerspruch. Die Fürsten und Grafen v. Schönburg, Miltitz v. Siebeneichen, Carlowitz v. Rauenstein, Welck v. Rabenstein, Weisbach v. Frauenhain haben sich schon zur Stellung von Compagnien unter meinen Befehlen erboten. Diese gehen alle mit Preußen. Schon stellen die sächsischen Städte Contingente zur deutschen Legion, doch noch unter der Bedingung, daß solche, sobald der König sich erklärt, in die sächsische Armee übertreten sollen. Kutusow kann mich ohne Erklärung nicht im Rücken lassen, wie werde ich also gedrängt werden? Ich beschwöre Ew. Exc. sich hierher nach Sachsen zu versetzen und zu erwägen, ob ich das Instrument sein soll, welches mit dem Fluche Deutschlands der Vorwurf zu treffen hat, die militärischen Operationen gehindert zu haben."

Digitized by Google

verweigerte er zwar, ließ es aber einschiffen, um es jeden Augenblick abgehen lassen zu können, schickte auch Wittgenstein den Plan von Wittenberg. Ihm selbst gewährte die Connivenz der Verbündeten den Vortheil, daß er einen Theil seiner Truppen aus den zu Typhushöhlen gewordenen Quartieren in Cantonnements legen durfte.

In der Nacht zum 23sten kehrte Schleinitz aus Regensburg zurück; er überbrachte Thielmann vom König, der anfangs über Thielmanns heimliche Unterstützung der Beschießung von Wittenberg sehr aufgebracht gewesen war [1]), ein Handschreiben vom 19ten des Inhalts: „In Folge des mit Sr. Maj. dem Kaiser von Österreich getroffenen Einverständnisses werde ich morgen Regensburg verlassen, um mich nach Linz und Prag zu begeben. Mein Wille ist dabei, daß die Unabhängigkeit der Festung Torgau mit dem größten Ernste behauptet und gegen jedermann erklärt werde und daß dieselbe nur auf Meinen Befehl im Einverständniß mit dem Kaiser von Österreich geöffnet werden kann. Indem ich Sie davon benachrichtige, können Sie den Inhalt dieses Befehls auch der Garnison und der Bürgerschaft von Torgau bekannt machen lassen." Daneben erklärte ihm Senfft ausdrücklich, daß jedes willkürliche Aufstehen in Masse oder im einzelnen zu irgend einem militärischen Zwecke dem König zu ernstem Mißfallen gereichen und daß dieser jeden Theilnehmer an einer solchen gesetzwidrigen Handlung als unfähig erkennen werde, in seinem Dienste angestellt zu werden. Gleichzeitig erhielt Thielmann von dem sächsischen Gesandten v. Watzdorf aus Wien die Nachricht, daß am 20sten ein völliges Einverständniß Sachsens mit Österreich abgeschlossen worden sei, was Thielmann sich beeilte den Verbündeten mitzutheilen, um dadurch fernere Zumuthungen auf einmal von der Hand zu weisen.

Um so eher glaubte er aber nun der seiner Eitelkeit schmeichelnden Einladung nach Dresden folgen zu dürfen, welche

1) Gersdorff an Thielmann: „Redlich gesagt, würde ich den Plan von Wittenberg auch gegeben, davon und von Verabfolgung von Kanonen aber nichts geschrieben haben."

Digitized by Google

ihm Fürst Wolkonski im Namen der verbündeten Monarchen überbrachte. Sofort nach seiner Ankunft daselbst am Morgen des 25sten hatte er eine zweistündige Audienz beim Kaiser Alexander, welcher gegen das Ende auch der König von Preußen beiwohnte. Bei letzterem erbat er sich noch eine besondere Audienz, in welcher er zwar für seine Person sehr gnädig aufgenommen wurde aber deutlich wahrnehmen konnte, daß die bittere Erinnerung an Sachsens Verhalten seit der Schlacht bei Jena noch nicht aus des Königs Gemüth verschwunden sei. Eine Stunde später hatte er eine Conferenz mit Stein und Boyen. Auf sein Ersuchen, gehörige Bedingungen zuzugestehen, fuhr Stein auf: „Nun, Sie werden sich doch wohl nicht bedenken und sich mit uns verbinden?" „Ich bin kein General York", erwiderte Thielmann, worauf Stein mit den Worten: „Mit dem ist nichts anzufangen" sich umkehrte und für den Augenblick die Unterredung abbrach [1]). Da Thielmann von seiner Berufung auf die Entscheidung des Königs nicht abzubringen war, so wurde endlich beschlossen, den Obersten v. Carlowitz an den König abzusenden mit dem durch Thielmanns Hinweis auf die immer bedenklicher werdende Stimmung des Landes unterstützten Antrage, er solle sofort die Festung der allgemeinen Sache dadurch utilisieren, daß eine bestimmte Erklärung erfolge, sie nicht gegen die Verbündeten, wohl aber gegen Frankreich feindselig brauchen zu wollen; Sachsen solle sofort unter selbst zu stellenden Bedingungen alle militärischen Kräfte gegen den allgemeinen Feind wenden, widrigenfalls es unter militärische Gesetze genommen und durch das Volk dasjenige erlangt werden würde, was der König selbst nicht zu thun gemeint wäre. Thielmann wohnte noch einer großen russischen Parade bei, wobei er mit der höchsten Auszeichnung behandelt wurde, und kehrte denselben Abend nach Torgau zurück.

Dieser Verkehr des Generals mit den Verbündeten erregte im Schooße der Immediatcommission, besonders bei den zu

1) Pertz, Steins Leben III, 327.

Digitized by Google

Frankreich neigenden Mitgliedern derselben nicht geringen Anstoß [1]), so daß sie sogar erwog, ob man nicht während seines dresdner Ausflugs einen andern Gouverneur für Torgau bestellen und ihn nicht wieder in die Festung lassen solle. Aber auch auf die Garnison konnte dieses Treiben nicht ohne Eindruck bleiben. Der jüngere Theil des Offiziercorps begrüßte die Aussicht eines nahen Anschlusses an die Verbündeten mit freudiger Ungeduld, ein Theil der älteren dagegen fühlte sich durch die Furcht vor einem eigenmächtigen Eingreifen in die Politik des Königs in seinem Gewissen und Pflichtgefühle bedrängt. Das Gerücht, Thielmann werde bei den zu seinem Geburtstage, dem 27. April, zu veranstaltenden Festlichkeiten die Gelegenheit ergreifen, um sich entscheidend auszusprechen, bewog daher den Generalmajor v. Sahr, einen Mann von strengster Biederkeit und oft bewiesener Tapferkeit, aber zugleich aller politischen Einsicht bar und durch den einzigen ihn ganz erfüllenden Gedanken des ihm als Soldat und Unterthan obliegenden Gehorsams vor jeder Empfindung von Zwiespalt der Pflichten geschützt, der Abstattung seines Glückwunsches die Bitte hinzuzufügen, er möge dies nicht thun, ja er erklärte ihm geradezu, er werde sich jedem derartigen Versuche aufs kräftigste widersetzen. „Und ich werde Mittel finden", erwiderte Thielmann, „Sie unschädlich zu machen und sollte ich Sie in Ketten und Bande legen lassen." Hatte Thielmann einmal seinen Entschluß gefaßt, so war es ein großer Fehler, daß er diese Drohung unausgeführt ließ. Bei dem ihm von den Offizieren veranstalteten Festmahl erschien er ohne französische und westfälische Orden; nachdem er aus dem an diesem Tage zum Geschenk erhaltenen Becher kurz das Wohl des Königs getrunken, ergriff er gegen das Ende der Mahlzeit nochmals das Wort und erklärte in längerer Rede seine völlige

1) Thielmann an Senfft 3. Mai: „Herr v. Manteuffel hatte im Pleno der Immediatcommission die Impudenz zu behaupten, es sei wahrscheinlich weit besser, wenn ich in Torgau französische Garnison aufgenommen hätte, und er halte es für keinen sonderlichen Dienst, den ich durch Verweigerung dies zu thun geleistet habe."

Digitized by Google

Lossagung von Frankreich. Da erhob sich vom Wein erhitzt Sahr: „Ja, Herr General, wir werden fechten, mit den Franzosen gegen die Russen und Preußen, mit den Russen und Preußen gegen die Franzosen, wie unser König will! Nichts von Politik! Nur unser König soll leben!“ Damit löste sich das Fest in einen allgemeinen Tumult auf, in dem sich niemand mehr Gehör zu verschaffen vermochte. Am folgenden Morgen übergab Sahr dem Gouverneur schriftlich die Erklärung, daß er keiner vom König nicht in allerhöchst eigener Person abgeschlossenen oder ratificierten Convention, sei sie auch noch so vortheilhaft, beitreten werde, weil er wider Ehre und Pflicht zu handeln glaube, wenn er einen Schritt gegen Wissen und Willen des Königs thun wolle. Zugleich machten er und Generalmajor v. Steindel ihren Brigaden die von Thielmann bisher verschwiegene königliche Ordre vom 19ten bekannt. Dieser Widerstand machte Thielmann zaghaft und schwankend, so daß er nicht weiter zu gehen wagte.

Sollte also Sachsens Anschluß an die Sache der Verbündeten erreicht werden, so konnte er, nach dem Fehlschlagen aller Versuche dazu im Lande selbst, nur noch durch den sächsischen Hof erfolgen. Allein die Verbündeten befanden sich in vollständigem Irrthume, wenn sie an der Hoffnung festhielten, diesen doch noch für sich zu gewinnen. In Regensburg dachte man nicht daran, sich einer Sache anzuschließen, deren Vorfechter Preußen war und welche die Wiederherstellung Preußens zum Ziel hatte. „Unsere Verhältnisse“, schrieb Senfft, „sind in jedem Betracht verwickelt. Wir sind Sachsen, aber das Herzogthum Warschau gehört uns an, und die Ehre legt uns die Verpflichtung auf, dasselbe nicht gleichgiltig aus den Augen zu setzen. Preußen kündigt die Absicht an, seine alten Besitzungen zu vindicieren, allein nie können wir zugeben, daß es uns wie vormals durch den Besitz des Saalkreises, der Grafschaften Mansfeld und Hohnstein, des Eichsfeldes, des erfurter Gebiets und der fränkischen Fürstenthümer umschließe.“ Die eigene Bedeutung weit überschätzend sahen diese Männer in dem ganzen bisherigen Auftreten der Verbündeten eine Verletzung der dem

Digitized by Google

Könige und seinem Staate gebührenden Achtung, die jede Annäherung ihrerseits unmöglich mache [1]). Deutschland aber, soweit dieses überhaupt in Betracht kam, war für sie nur da vorhanden, wo Österreich an der Spitze stand. Der Gedanke, erklärte Senfft, sich einer preußischen, über ganz Norddeutschland ausgedehnten Suprematie zu unterwerfen, könne nicht in das Herz eines guten Sachsen kommen [2]). Von Österreich und nur von Österreich, dem natürlichen Stützpunkt aller dynastischen Sonderinteressen, erwarteten Senfft, Langenau und ihr Anhang alles Heil. Da außerdem die aus Sachsen kommenden Nachrichten unabweisbar die Ueberzeugung aufdrängten, daß ein längeres Beharren bei dem bisherigen Nichtsthun die Dynastie und das Land den schlimmsten Gefahren aussetzten, so reifte nunmehr der Entschluß, sich an Österreich anzuschließen und sich dadurch, wie man wähnte, eine neutrale Stellung zu sichern.

Das Seltsamste bei dieser Entscheidung war jedenfalls, daß man sich über die eigentlichen politischen Zielpunkte Österreichs auch jetzt noch vollständig im Unklaren befand. Aber es gab allerdings zwischen beiden Cabineten Berührungspunkte, an denen sie sich leicht zusammenfinden mußten. Auch Österreich ließ sich anfangs ohne festen Plan von den Ereignissen treiben; es zögerte um Zeit für seine Rüstungen zu gewinnen, begnügte sich sein Verhältniß zu Napoleon zu lockern und gieng erst allmählich aus der Allianz mit Frankreich zur Rolle des bewaffneten Friedensvermittlers über. Ein Versuch Napoleons, es durch die Aussicht auf eine weitere Zerstückelung Preußens zu

1) Mittheilungen, S. 232.

2) Senfft, p. 221. — Senfft an Thielmann 8. April: „Höchst erfreulich war es mir zu sehen, wie Sie sich gegen die Protectionsprojecte von 1805 ausgesprochen haben. Sachsen sind wir vor allen Dingen und müssen als solche selbständig und frei bleiben. Ein getheiltes Deutschland ist kein Deutschland, das hat eine sechzigjährige Erfahrung gelehrt. Daher ist kein anderes System denkbar, als daß Preußen zwar die erste der Mächte nach Österreich sei, aber mit den übrigen in gleichem Range stehe und daher nicht absolut zu dem Umfange seiner Besitzungen wie 1806 — am wenigsten zu denen, welche uns zunächst umgeben, wiedergelange." Darstellung der Commandoführung ꝛc.

Digitized by Google

ködern, wonach dem Könige Friedrich Wilhelm nur 1 Million Unterthanen verbleiben, 2 Millionen an Österreich fallen und ebensoviel zwischen Sachsen und Westfalen vertheilt werden sollten, glitt wirkungslos ab. Ferner theilte man in Wien ganz die in Dresden und Regensburg so lebhaft erwachten Empfindungen der Eifersucht auf Preußen und des Abscheus vor dem jakobinischen Geiste, der dort im Volke, ja selbst im Hauptquartier um sich zu greifen drohte; endlich konnte für Österreich, welches für den Fall eines Zerfalls des Rheinbundes die Glieder desselben um sich zu sammeln gedachte, nichts willkommener sein, als wenn Sachsen freiwillig ihm in die Arme eilte. So entsprach die Sprödigkeit, welche Sachsen gegen die Verbündeten an den Tag legte, ganz Österreichs Wünschen, denn sie vermehrte nur das Gewicht seines eigenen Auftretens und den Werth seiner Freundschaft. Daß Sachsens Lage ein solches Zuwarten überhaupt nicht gestattete, blieb dabei ganz außer Betracht.

Aber das, wovon das sächsische Cabinet bislang noch gar keine Ahnung hatte, war, daß Österreich bereits seit langem in geheimem Einverständniß mit den Alliierten stand und für den Fall, daß Napoleon seine Vermittelung zurückweise, seinen Beitritt zu dem großen Bunde zugesagt hatte. Es wußte nichts davon, daß Lebzeltern, damit Österreich nicht durch das in Galizien stehende polnische Corps unter Poniatowski in einen Conflict mit Rußland verwickelt werde, am 19. März zu Kalisch eine geheime Convention mit dem Grafen Nesselrode abgeschlossen hatte, wonach Frimont, Schwarzenbergs Nachfolger, zum Schein sich von den Russen über die obere Weichsel zurückdrängen lassen und das Corps Poniatowski's mit sich führen, der verfolgende Sacken aber die österreichische Grenze respectieren solle; arglos gieng es 8. April auf den von Österreich vorgeschlagenen Vertrag ein, nach welchem den polnischen Truppen und den bei ihnen befindlichen Sachsen unter Gablenz, sobald sie das österreichische Gebiet beträten, die Waffen abgenommen und dieselben bis zu einem noch zu bestimmenden Punkte der sächsischen oder bairischen Grenze geleitet werden sollten. Erst die In-

Digitized by Google

structionen, welche Schwarzenberg nach Paris mitnahm und die in Wien dem sächsischen Gesandten v. Watzdorf mitgetheilt wurden, öffneten dem sächsischen Cabinet die Augen darüber, daß Österreich sich mit Rußland und Preußen verstehe und nur noch Zeit für seine Rüstungen zu gewinnen suche. Es konnte für dasselbe kaum etwas Unerwünschteres geben als diese Entdeckung; denn mit ihr zerrann der so behaglich ausgesponnene Plan, durch ein österreichisch-bairisch-sächsisches Neutralitätsbündniß nach beiden Seiten hin Frieden zu gebieten und, worauf es Senfft am meisten ankam, Preußen auf der Stufe einer Macht dritten Ranges niederzuhalten [1]). Österreich erwies sich nicht, wofür man es bisher gehalten, als die Mittelmacht, welche die beiden Colosse Rußland und Frankreich auseinanderhalten würde, sondern als der Bundesgenosse der gefürchteten nordischen Mächte. Zwar wurden die Gegenvorstellungen in Wien nicht gespart, da dieselben aber, wie vorauszusehen, nichts fruchteten, so blieb freilich zuletzt nichts Anderes übrig, als sich ebenfalls diesem System anzuschließen.

So standen die Dinge, als Generalmajor v. Heister mit dem Briefe des Königs von Preußen in Regensburg anlangte. Der ernste, gemessene Ton desselben machte hier keinen günstigen Eindruck. Friedrich Augusts Antwort [2]) lautete daher ausweichend, frostig und unbestimmt; er sprach seinen Dank aus für die gegen ihn bezeugten persönlichen Gesinnungen und die Hoffnung, der König von Preußen werde die in seiner Handlungsweise immer vorwaltende pflichtmäßige Rücksicht auf das bleibende Wohl seiner Staaten und auf seine bestehenden Verbindlichkeiten nicht verkennen, sonst nichts, was als geheime Andeutung guter Absichten hätte verstanden werden können.

1) Senffts eigene Worte, Mémoires, p. 216: „On voyait sans doute avec peine s'évanouir, par une suite du système, que l'Autriche elle-même venait d'adopter, une dernière occasion de réunir l'Allemagne sous un seul chef, en retenant la Prusse au rang d'une puissance de troisième ordre et au même niveau que la Saxe et la Bavière; position où les événements de 1806 et de 1807 l'avaient placée."

2) Vom 16. April. Beide Briefe bei Klüber, Acten des wiener Congresses, Heft 26, S. 276. 278.

Digitized by Google

Es gebe, setzte Senfft bloß mündlich mit Anspielung auf Österreich hinzu, ein Mittel sich zu nähern, welches nicht vernachlässigt werden würde.

An demselben Tage traf Fürst Esterhazy in Regensburg ein, beauftragt, dem Könige eine geheime Convention vorzuschlagen, durch welche sich derselbe verpflichten sollte, seine Streitkräfte mit denen Österreichs zu vereinigen, um dessen Friedensvermittlung zu unterstützen, am Kriege nicht mehr auf seiten Frankreichs Theil zu nehmen und über seine Festungen nur im Einverständniß mit Österreich zu verfügen; dagegen bot Österreich die Garantie der Integrität Sachsens und seine Intervention für das Aufhören aller von den Alliierten in dem Lande ausgeschriebenen Auflagen; es versprach dem Könige ferner eine angemessene Entschädigung für das Herzogthum Warschau, falls dessen Aufopferung nöthig werden sollte, auszuwirken und insbesondere darüber zu wachen, daß über Erfurt, die ernestinischen Herzogthümer, Reuß und Schwarzburg keine Bestimmung anders als zu Gunsten der Krone Sachsens getroffen werde. Im Laufe des 17ten wurde der Vertrag redigiert und darauf der Geheime Legationsrath Breuer mit demselben und den nöthigen Vollmachten zum definitiven Abschluß für den Gesandten v. Watzdorf nach Wien geschickt. Da Österreich, um nicht vor der Zeit die Maske abwerfen zu müssen, die Geheimhaltung des ganzen Vertrags wünschte und der König den Augenblick kaum erwarten konnte, wo er nach der angstvoll durchlebten Zeit sich unter den Fittichen des Doppeladlers geborgen fühlen würde, so ließ man sächsischerseits die ursprüngliche Forderung, daß Sachsens Beitritt zu der österreichischen Mediation durch einen öffentlichen Allianztractat erfolge und nur die übrigen Bestimmungen in geheime Artikel verwiesen würden, fallen, und Watzdorf wurde angewiesen, wenn nöthig, die Geheimhaltung des ganzen Vertrags zuzugestehen. Sofort gieng die Botschaft von dem Geschehenen nach Dresden und Torgau, um einen verfrühten Losbruch zu verhüten. Senfft und Langenau frohlockten. War auch nicht alles nach ihrem Wunsche gegangen, so schien doch viel erreicht; Sachsens

Digitized by Google

Integrität war gerettet, es war von Frankreich auf gute Manier losgekommen und meinte unter Österreichs Schutz von den nordischen Alliierten nichts mehr zu fürchten zu haben. Die wenigen Stimmen, die sich in des Königs Umgebung warnend vernehmen ließen, daß Sachsen es durch den Anschluß an Österreich mit beiden Theilen verderben werde [1]), wurden überhört.

Nunmehr, nachdem man mit Österreich im Reinen war, schien auch der Moment gekommen, um der Einladung des Kaisers Franz nach Prag Folge zu leisten. Dorthin wies nicht allein der neue Freundschaftsbund, dorthin trieb ebensosehr die Furcht vor Napoleon. Denn wie nach dem, was vorausgegangen, nicht anders geschehen konnte, hatte das Verhältniß zu dem Protector, obgleich der König gegen denselben noch lange den unterwürfigen Ton früherer Zeiten beibehielt [2]), mehr und mehr den Charakter ernstlicher Spannung angenommen. Durutte's drohender Vorwurf, daß die Sachsen den Russen den Uebergang über die Elbe freigelassen hätten, erhielt verstärkten Nachdruck durch die gleiche Sprache des Moniteur sowie durch eine Note des Herzogs von Bassano an den Baron Just, die sich in sehr scharfen Ausdrücken über Lecoqs Ungehorsam und Thielmanns Weigerung beschwerte. Als nun vollends dem Marschall Ney die geforderte Überlassung der beiden Kürassierregimenter, die mit nach Regensburg gezogen waren, kurzweg abgeschlagen wurde, weil sie zum persönlichen Dienst beim König bestimmt seien, so wäre schon jetzt der offene Bruch erfolgt, wenn nicht Napoleon es in seinem Interesse gefunden hätte, vorläufig die Unbotmäßigkeit seines Vasallen so weit zu ignorieren, daß er ihn nicht selbst zum Abfall trieb. Er, der nicht gewohnt war, zweimal das Nämliche zu befehlen, begnügte sich

1) z. B. die des Geh. Cabinetsraths Kohlschütter. Vgl. den Brief des Geh. Finanzraths v. Löben an Zezschwitz, Mittheilungen, S. 258.

2) Friedrich August an Napoleon 31. März: „J'ai la plus entière confiance, que le bras puissant de V. M. avec l'aide de la Providence me ramenera dans mes états."

Digitized by Google

das Verlangen zu wiederholen, indem er dem Könige zugleich ankündigte, daß er im Begriff stehe, sich an die Spitze seines Heeres zu stellen und in wenigen Tagen in Dresden zu sein hoffe; die beiden Regimenter seien ihm unentbehrlich, ohne sie würde er seine Abreise um mehrere Tage verschieben müssen um die aus Frankreich kommende Kavalerie zu erwarten, und das würde den Feind in Stand setzen, Sachsen um so viel länger zu verwüsten und daselbst einen schlechten Geist zu verbreiten. Erst als auch dies nichts half, der König nochmals seine Kavalerie unter dem Vorwande, daß sie sich in gänzlich untauglichem Zustande befinde, verweigerte, verlangte er kategorisch, daß allen Ungewißheiten unverzüglich ein Ende gemacht, Torgau und die sächsischen Truppen ohne das mindeste Widerstreben unter seine Befehle gestellt würden [1]). Serra, auf den der Kaiser sehr ungehalten war, weil er das Sträuben Sachsens nicht zu überwinden gewußt hatte, erhielt die Weisung, die nämliche Sprache zu führen.

Der König wollte ursprünglich nicht eher nach Prag gehen, als bis die in Wien ratificierte Urkunde der Convention mit Österreich sich in seinen Händen befände; auf die Nachricht jedoch, daß französische Truppen sich gegen Regensburg in Bewegung setzten, trieb die Furcht vor einem Handstreiche gegen seine Person zu schleunigem Aufbruche. Erst im letzten Augenblicke gieng der Oberst v. Heineken mit einem Brief für den Kaiser nach Mainz, in welchem ihm der König von dem gefaßten Entschlusse Mittheilung machte [2]). Um nicht den Truppen der kriegführenden Mächte zu nahe zu kommen nahm der Hof den Umweg über Linz und Budweis, nur das ungeheure Gepäck, das er mit sich schleppte, wurde unter Bedeckung der Reiterei auf dem geraden Wege über Waldmünchen abgeschickt. In Linz holte Napoleons Adjutant, General Flahaut, den Hof ein; er überbrachte abermals einen Brief des Kaisers, der auf der Vereinigung der sächsischen Kavalerie mit der

1) Corresp. de Nap. XXV, 175. 207.
2) Siehe Anhang, Nr. 13.

Digitized by Google

französischen Armee bestand, und unterstützte diese Forderung aufs nachdrücklichste mündlich; doch auch er nahm eine abschlägige Antwort nach Mainz zurück [1]). Es schien, als habe Napoleons Stirnrunzeln seine Macht über Friedrich August verloren, seitdem sich dieser unter Österreichs schirmender Hand geborgen wähnte. In Budweis schloß sich v. Heineken dem Reisezuge wieder an. „Der Brief Ew. Maj.", schrieb Napoleon durch ihn zurück, „hat mich peinlich berührt. Sie hegen keine Freundschaft mehr für mich; schuld daran sind die Feinde unserer Sache, die vermuthlich in Ihrem Cabinet sind. Ich brauche Ihre ganze Kavalerie, alle Ihre Offiziere. Was ich denke, habe ich mit meiner Ew. Maj. bekannten Offenheit Ihrem Adjutanten gesagt, ich beziehe mich deshalb auf diesen; was aber auch der Ausgang sei, Ew. Maj. möge stets auf die unwandelbare Achtung zählen, die Sie mir eingeflößt haben [2]).

Napoleon hielt sich überzeugt, daß der Brief vom 19ten das Resultat österreichischer Einflüsterungen sei. Um weitere Aufklärungen darüber zu erlangen, dictierte er 24. April dem Herzog von Vicenza einen Brief an seinen Gesandten in Wien, den Grafen Narbonne, dem er den Brief des Königs von Sachsen beilegte. „Das Verfahren Sachsens", heißt es darin, „scheint dem Kaiser eine Intrigue schwacher Menschen, die nach entgegengesetzten Richtungen hin und her gezerrt werden und die in dem Augenblicke verzweifeln, wo der Kaiser zu ihrer Rettung marschiert. Es ist wichtig zu wissen, welchen Antheil der Kaiser von Österreich an diesem Schritte hat; ist er etwa darauf berechnet das Interesse zu vermindern, das, wie man weiß, der Kaiser an dem Könige von Sachsen nimmt, um dadurch ein Arrangement über Polen zu erleichtern? Wäre der König von Sachsen direct nach Prag gegangen, so würde das dem Kaiser gleichgiltig gewesen sein; aber seine Abreise am 20sten, wo er den Kaiser in Mainz wußte, ist verletzend. Indes, wenn er bei seiner Abreise seine Kavalerie übergeben

1) Anhang, Nr. 14.
2) Corresp. de Nap. XXV, 214.

Digitized by Google

hätte, wie die Allianz und die Ehre es ihm zur Pflicht machten, so hätte sein Verfahren immer noch einen andern Charakter.... Unter diesen Umständen liegt dem Kaiser ebensoviel daran die Pläne Österreichs wie die Absichten Sachsens kennen zu lernen. Der Kaiser beklagt den König, der in dieser Sache das Opfer einer Beichtvaterintrigue ist. Läßt sich die Sache beilegen, so ist der Kaiser dazu geneigt. Schonen Sie also den König von Sachsen in der Sprache, die Sie in dieser Angelegenheit führen." In demselben Sinne wurde Serra angewiesen, nichts zu übereilen und sich krank zu stellen [1]).

Während also Napoleon am 24. April über Sachsens Beziehungen zu Österreich nur noch Vermuthungen hegte, glaubte Metternich, seitdem er den König von Sachsen glücklich auf österreichischem Boden hatte, etwas offener hervortreten zu können. Er stellte in Gemäßheit der Convention vom 8. April an den Fürsten Poniatowski das durch eine Weisung des Königs unterstützte Verlangen, Krakau zu räumen und während des Marsches durch Österreich die Waffen abzuliefern. Zufällig traf aber dasselbe mit einem Befehl an Poniatowski aus Paris zusammen, sich in Gemeinschaft mit dem österreichischen Corps, welches ebenfalls von dem Kaiser Instructionen erhalten werde, zur Wiedereröffnung des Feldzugs bereit zu halten. Außer Stand, sich in diesem Widerspruch zurecht zu finden, wendete sich Poniatowski an den Grafen Narbonne, der, das ganze Spiel durchschauend, sogleich zu Metternich eilte. Voller Verlegenheit suchte dieser jene Weisung als einen bloßen freundschaftlichen Wink darzustellen, damit nicht durch einen Zusammenstoß mit den Russen Österreichs Vermittleramt compromittiert werde. Niemand, betheuerte er, sei über die plötzliche Ankunft des Königs von Sachsen mehr überrascht gewesen als Kaiser Franz und er selbst; wie der Blitz sei er in Böhmen eingeschlagen. „Mag sein, wie der Blitz", erwiderte Narbonne, „aber ich halte Sie für so geschickt wie Franklin ihn zu leiten." Auch Napoleon war so leicht nicht zu täuschen. In der höchsten

1) Norvins, Portefeuille de 1813 (Paris 1825) I, 229 sq.

Digitized by Google

Entrüstung ließ er Poniatowski wissen, er erwarte, daß er eher zum Äußersten greifen als sich einer solchen Zumuthung unterwerfen werde, dem Kaiser liege nicht das geringste daran, Leute zu retten, die sich entehrt hätten. Doch hatte bereits die österreichische Regierung eingelenkt und nachträglich Poniatowski gestattet, die Waffen zu behalten [1]).

Am 21. April brachte Breuer die Tags vorher in Wien unterzeichnete Convention nach Linz, wo sie trotz einiger österreichischerseits daran vorgenommenen Änderungen sofort die königliche Sanction erhielt. Beim Anblick freilich der noch weit im Rückstand befindlichen österreichischen Rüstungen konnte man nur voll Sorge daran denken, was in der Zwischenzeit aus Sachsen werden würde [2]). Senfft aber vermochte es noch gar nicht zu fassen, daß Sachsen durch den Bund mit Österreich so wider Wissen und Willen zum Bundesgenossen Preußens und Rußlands werden solle. Um einen letzten Versuch zu machen, wie viel sich noch durch persönliche Einwirkuug daran ändern lasse, begab er sich, während der König die Reise nach Prag fortsetzte, von Linz aus heimlich und unter falschem Namen nach Wien, so ungern ihn auch der König von seiner Seite ließ. In einer geheimen Unterredung mit Metternich überzeugte er sich jedoch bald, daß dieser nicht mehr an die Möglichkeit des Friedens glaube und nur noch Zeit zu gewinnen suche; aus diesem Grunde wünschte er auch, daß das sächsische Cabinet, ohne etwaige Unterhandlungen mit Preußen und Rußland von der Hand zu weisen, sorgfältig alles vermeide, was zum Bruch mit Frankreich führen könne. Von dem Erfolg seiner Reise wenig befriedigt, traf Senfft einen Tag nach dem

1) Thiers XV, 427. Senfft, p. 220.

2) Langenau an Zezschwitz, Linz, 23. April: „In Österreich versammeln sich 80000 Mann; vor vier bis sechs Wochen sind sie jedoch nicht im Stande, activen Antheil zu nehmen. Ich wollte, diese Zeit wäre überstanden und die Preußen bis dahin nicht geschlagen. Nicht daß eine verlorene Schlacht einen sehr bedeutenden Einfluß auf die allgemeine Lage der Dinge und auf Österreichs Entschlüsse haben dürfte, wohl aber wegen unserm armen Vaterlande, dem es dann traurig ergehen würde."

Digitized by Google

Könige in Prag ein. Langenau wurde nun sofort nach Wien geschickt, um die sächsischerseits zu treffenden militärischen Maßregeln mit dem kaiserlichen Minister zu verabreden [1]), am 29. April wurde Oberst v. Carlowitz mit der Antwort auf die von ihm überbrachten Anträge abgefertigt; der König kündigte darin den Monarchen seinen Anschluß an Österreichs bewaffnete Vermittlung an und knüpfte daran die Hoffnung, daß sie in Folge davon jedes feindliche Verfahren gegen sein Land einstellen würden; die an den König von Preußen sprach außerdem neben der Bereitwilligkeit zur Beseitigung aller Mißverständnisse die Erwartung aus, daß der tractatmäßige Besitz Sachsens im cotbusser Kreise wiederhergestellt werden würde [2]).

Die Stimmung der Monarchen gegen den König von Sachsen hatte sich seit der durch General v. Heister überbrachten unbefriedigenden Antwort begreiflicherweise sehr zu dessen Ungunsten geändert, so daß v. Manteuffels Betheue-

1) v. Langenau an Senfft, Wien, 1. Mai 1813: „Das Geheimniß der österreichischen Verhältnisse zu den kriegführenden Mächten wird bis jetzt noch ziemlich gut gehalten und nöthigt auch uns zur Vorsicht. Es geht jedoch aus allem hervor, daß dieses nur noch von sehr kurzer Dauer sein kann. Der Kaiser Napoleon selbst scheint früher nichts geahnt zu haben, jetzt aber mißtrauisch und heftig zu werden. Wahrscheinlich hofft er durch eine gewonnene Schlacht Alle und auch Österreich zu betäuben, vielleicht veranlaßt ihn dieses zu dem Fehler, sie seinen Feinden früher anzubieten als der Zustand seiner Armee es gestattet. Die Stellung beider Mächte beweist, daß in diesen Tagen etwas geschehen sein muß. Graf Metternich versichert, daß der Ausgang dieser Schlacht keinen Einfluß auf die Schritte seines Hofes habe. Ist dies und werden die Anstalten zur Mobilmachung der Armee wirklich mit dem Eifer betrieben, mit welchem der Minister davon spricht, so ist es auch für uns an der Zeit, auf die Mittel zu schleuniger Wiederherstellung der Armee Bedacht zu nehmen. Da übrigens alles dieses den möglichen Fall nicht ausschließt, daß Napoleon eine Schlacht gewinne, so scheint es mir doch nicht am unrechten Orte, wenn Ew. Exc. im Vertrauen dem General Thielmann einen chiffrierten Brief schrieben, worin Sie ihn darauf aufmerksam machen, daß auch in diesem Falle die Festung nicht für Frankreich zu öffnen sei.

2) Klüber, Heft 26, S. 279.

Digitized by Google

rungen, der König nütze der guten Sache durch seine Einwirkung auf den österreichischen und die übrigen deutschen Höfe mehr, als wenn er inconsequent sogleich den Spieß umgedreht hätte, bei ihnen auf dürren Boden fiel. Besondern Anstoß nahm der König von Preußen an dem Ausdrucke „eingegangene Verbindlichkeiten", von dem es unentschieden blieb, ob er sich auf Frankreich oder auf neue Verbindungen beziehe. Auf die Nachricht, daß der König sich nach Prag begeben habe, sagte er mit sichtlicher Bewegung gegen den General v. Vierth: „Prag ist nicht Dresden, es ist nicht die Zeit, sich von seinen Unterthanen zu entfernen; unter ihnen sein und sie um sich versammeln. Ich habe alles vergessen und vergeben, meine Hand ausgestreckt, sie ist nicht angenommen worden, traurig, daß in so großen Momenten noch Mißtrauen und Mißverständnisse zwischen deutschen Fürsten obwalten." Er sei als Freund in Sachsen eingerückt, versicherte er Zezschwitz, in jeder Weise wünsche er es als Freundesland betrachten zu können; seit Heisters Rückkehr habe er jedoch diese ihm so liebe Hoffnung aufgeben müssen; des Königs Reise nach Prag unmittelbar nach Abgang des Schreibens, das gar keine Andeutung davon enthalte, müsse die Alliierten kränken und mißtrauisch machen [1]). Es verdient bemerkt zu werden, wie Friedrich Wilhelm und Friedrich August, zwei Naturen von großer innerer Uebereinstimmung, wesentlich nur durch die äußeren Verhältnisse auf so ganz verschiedene Standpunkte gestellt worden waren. Stein dagegen triumphierte über das Fehlschlagen von Heisters Sendung; gegen die sächsischen Behörden wurde er immer heftiger; für den Fall, daß Carlowitz keine befriedigende Antwort mitbringe, sagte er die Auflösung der Immediatcommission vorher. Letzterer traf die Monarchen nicht mehr in Dresden an; den an den König von Preußen gerichteten Brief öffnete Hardenberg und begnügte sich zu bemerken, er enthalte nichts von Wichtigkeit. Im dresdner Publicum wurden zahlreiche Äußerungen der Enttäuschung und des Unwillens laut, daß Carlowitz den An-

1) Mittheilungen, S. 245.

Digitized by Google

schluß an die Verbündeten nicht zurückgebracht hatte. Senfft aber schrieb, sich rechtfertigend, an Zezschwitz, 30. April: „Wir können wahrlich weder um des Königs noch um der Sache willen schneller noch kräftiger handeln. Unsere Entscheidung ist vor dem Siege eingetreten und wird auch nach einem Unfall, an dessen physische Folgen für Sachsen man freilich ohne Schaudern nicht denken kann, dieselbe bleiben. Von Frankreich sind wir unwiderruflich geschieden. Thätigen Antheil am Kampfe können wir indes und dürfen wir nunmehr nicht nehmen vor Österreich... Mögen wir bald Gutes von den Ufern der Saale hören; Gott schütze das Land!"

Schon die nächsten Tage sollten zeigen, was hiervon wahr sei.

Langsam, zögernd und vereinzelt kamen die Heereszüge der Verbündeten an der Elbe an. Nachdem Blücher ungeduldig vorwärtsdrängend schon den 3. April von Dresden über Freiberg und Chemnitz weitergezogen war, mußte er in Altenburg Halt machen um das noch weit zurück befindliche russische Hauptheer zu erwarten. Erst vom 16ten bis 19ten gieng die Vorhut des letzteren unter Miloradowitsch durch Dresden, erst am 24sten traf das Hauptheer selbst nebst dem Monarchen daselbst ein. Wittgenstein erreichte unter Zurücklassung von Beobachtungscorps vor Magdeburg, Wittenberg und Torgau am 26sten Leipzig und nahm sein Hauptquartier erst in Lindenau, dann in Gohlis. Die Immediatcommission hatte die Verwendung des Verwaltungsraths nachgesucht, damit die Stadt während der Ostermesse mit Einquartierung verschont bleibe, wurde aber von diesem an den commandierenden General verwiesen. Vielleicht würde das Hauptheer, das am 29sten seinen Anführer Kutusow durch den Tod verloren hatte, noch länger in Dresden verweilt haben, hätte nicht die Nachricht, daß die französische Armee bereits bei Weimar stehe, dringend zur Vereinigung sämtlicher Streitkräfte gemahnt, wenn anders man sich nicht gezwungen sehen wollte, Sachsen dem Feinde zu über-

Digitized by Google

lassen und die Verbindung mit Österreich preiszugeben. Nach Wittgensteins, des nunmehrigen Oberbefehlshabers Plan, sollte die beabsichtigte Vereinigung bei Wurzen statt finden, allein in einer Berathung zu Gohlis wurde die Gegend zwischen Leipzig und Borna dazu bestimmt. Am 28sten brach das Hauptheer in zwei Colonnen von Dresden auf, die eine über Roßwein und Geringswalde nach Frohburg, die andere über Freiberg und Mittweida nach Kohren: Blücher gieng nach Borna, wohin am 1. Mai das große Hauptquartier verlegt wurde, Wittgenstein nach Zwenkau, wo auch Miloradowitsch stehen blieb.

In der That grenzte es an das Wunderbare, daß Napoleon nicht bloß als der erste sondern auch mit überlegenen Kräften auf dem Wahlplatze erschien. Am 25sten traf er in Erfurt ein. In seinem Gefolge befand sich der sächsische Major v. Odeleben, den der König von Sachsen ihm auf seine Bitte um einen mit allen sächsischen Straßen und Örtlichkeiten vertrauten Offizier beigegeben hatte. In Merseburg, wo Macdonald am Abend des 29sten die Preußen verdrängt hatte, bewerkstelligte Napoleon seine Vereinigung mit dem Vicekönig von Italien. Er hatte die Absicht, geraden Wegs durch die Ebene auf Leipzig, wo er Wittgenstein noch vermuthete, vorzudringen, dadurch die rechte Flanke der Verbündeten zu umgehen und sie in den Winkel zwischen Elbe und Erzgebirge zu werfen, sich selbst aber die Verbindung mit den Elbfestungen zu eröffnen. So war auch diesmal Sachsen zum Schlachtfelde ausersehen. Allein während sich Napoleon in langgedehntem Zuge von Weißenfels auf Leipzig bewegte, wurde er selbst von den Verbündeten in der rechten Flanke angefallen. Schon hatte, 2. Mai, Lauriston Lindenau erreicht und war dort auf Kleist gestoßen, als Blücher sich auf die von Ney besetzten Dörfer auf der Südseite von Lützen warf und nach erbittertem Ringen ihm drei derselben entriß. Kaum jedoch vernahm Napoleon den Kanonendonner in seiner Rechten, als er auch sein marschierendes Heer herum- und den Preußen entgegenwarf und sein fast schon durchbrochenes Centrum wiederherstellte. Die Furcht, da Maison sich am Nachmittag Leipzigs bemächtigt hatte und Kleist nach

Digitized by Google

Wurzen zurückgewichen war, von rechtsher überflügelt zu werden, sowie der Mangel an Munition bei den Russen, brachte in der Nacht den Entschluß zur Reife, den Rückzug hinter die Elbe anzutreten. Quer durch Sachsen gieng demnach sowohl dieser als die Verfolgung; die Preußen schlugen die Straße über Borna, Colditz, Döbeln und Meißen, die Russen die südlichere über Rochlitz, Nossen und Dresden ein. Lange Wagenzüge voll Verwundeter verkündeten der Hauptstadt am 4. Mai die vorgefallene blutige Schlacht und der Augenschein strafte die Siegesbotschaft Lügen, durch welche die Monarchen in Person vom Balkon des Schlosses herab die Menge zu täuschen versuchten; am 7ten begann der Übergang der Truppen auf das rechte Ufer, wohin ihnen Tags darauf die Monarchen folgten. Bevor die Verbündeten Dresden verließen, kam es in Vorschlag, das öffentliche Eigenthum, die im sächsischen Staatsschatz befindliche halbe Million, die anderen Cassen und das Kriegsmaterial mitzunehmen, um diese Hilfsquellen nicht in Feindes Hand fallen zu lassen. Trotz seiner Erbitterung gegen Sachsen widersetzte sich jedoch Stein, da sich der König noch nicht gegen die Verbündeten erklärt hätte, einer Maßregel, die nur die Gemüther der deutschen Sache entfremden würde. Das sächsische Volk wurde nur durch eine kurze Darlegung von dem Gange der fehlgeschlagenen Unterhandlung unterrichtet und zum Kampfe für Deutschlands Unabhängigkeit aufgefordert [1]).

Napoleon hatte sogleich den Marschall Ney nach Torgau entsendet, um sich der Festung zu versichern und dann mit den Sachsen vereinigt gegen Berlin vorzudringen. Aber zu seiner Verwunderung fand Ney die Festung verschlossen, obgleich Napoleon schon am Morgen des 6ten durch Odeleben dem General Thielmann seinen Sieg mit dem Beifügen hatte melden lassen, daß die Sachsen dem 7. Armeecorps und mit diesem dem Marschall Ney zugetheilt seien. Man gab sich

1) Pertz III, 353. 355. Selbst nachdem der König von Sachsen zu Napoleon zurückgekehrt war, ließ Stein aus den in Bautzen mit Beschlag belegten Cassen die Privatdepositen zurückgeben.

Digitized by Google

also französischerseits die Miene, als ob zwischen Napoleon und Sachsen noch alles beim Alten stehe. Anders Thielmann. Seine Antwort, er werde sich eher unter den Trümmern der Festung begraben lassen als von dem ihm durch seinen König ertheilten Befehle abgehen, erreichte zwar, unterwegs von Kosaken aufgefangen, Napoleon nicht; als ihm aber am nämlichen Abende Reynier von Eilenburg aus seine Ankunft für den nächsten Tag ankündigte, ließ er ihm sofort sagen, er werde niemanden sich der Festung nähern lassen. Höchst ungehalten über diese Weigerung antwortete Reynier durch Übersendung von Berthiers Anordnung wegen der Bestimmung der sächsischen Truppen; er bemerkte dazu, daß er eine Anzeige beim Kaiser aus Anhänglichkeit an den König und dessen Truppen unterlassen wolle, bis er Thielmann selbst gesprochen habe, worauf dieser ihm die angetragene Zusammenkunft sofort zusagte, jedoch mit der dringenden Bitte, sich der Festung nicht auf Kanonenschußweite zu nähern. „Eilen Sie", antwortete Reynier seinem Abgesandten, dem Major v. Cerrini, kurz, „nach Torgau zurück, damit ich Ihnen nicht zuvorkomme", mußte aber zu seinem Verdruß doch bei Süptitz Halt machen und die Unterredung mit Thielmann verlief ohne Resultat; ebensowenig richtete eine freundliche Aufforderung Ney's aus, der bei Schilda stand; die Franzosen aber hielten sich durch Plünderung der umliegenden Dörfer und Mißhandlung ihrer Einwohner für die verweigerte Öffnung der Festung schadlos [1]).

Durch Thielmanns Weigerung sah sich Ney genöthigt, den Umweg über Wittenberg zu machen, wodurch der Zug gegen Berlin eine erhebliche Verzögerung erlitt. Unterdessen war Napoleon von Pegau in drei Colonnen zur Verfolgung des geschlagenen Feindes aufgebrochen; so sehr er aber auch vorwärts drängte, so gelang es ihm bei der festen Haltung der Verbündeten doch nicht, ihren Rückzug wesentlich zu beunruhigen. Die Preußen hatten am 5ten bei Colditz, Miloradowitsch am 6ten bei Etzdorf, am 7ten bei Wilsdruff, am 8ten bei Kessels-

1) v. Holtzendorff, S. 120 ff.

Digitized by Google

dorf hitzige Gefechte zu bestehen, doch behielten die Verbündeten Zeit in Dresden ihren Übergang über die Elbe zu bewerkstelligen und die Brücken hinter sich zu verbrennen; unmittelbar hinter ihnen besetzte Eugen die voll Bangigkeit ihres Schicksals harrende Stadt. Auf die Nachricht hiervon eilte Napoleon von Wilsdruff herbei; vor dem Thore empfingen ihn zwei Mitglieder der Immediatcommission und eine Deputation des Magistrats mit der Bitte um Schonung der Stadt. „Habt Ihr Brod?" herrschte er die Letzteren an; „es muß Brod, Wein und Fleisch herbeigeschafft werden." [1]) Ohne die Stadt zu berühren ritt er nach dem pirnaischen Schlage und beobachtete in Begleitung des Vicekönigs die am andern Ufer abziehenden Gegner; da sich der Übergang an dieser Stelle nicht ausführbar erwies, eilte er nach dem unteren Ende der Stadt, Übigau gegenüber, eine Abtheilung leichte Reiter, welche mittelst eines Kahnes übersetzte, bemächtigte sich der am jenseitigen Ufer liegenden noch glimmenden Trümmer der abgebrannten Floßbrücke und des verlassenen Schlosses Übigau. Sofort wurden Anstalten getroffen um eine neue Brücke zu schlagen und während der Nacht ununterbrochen mittelst Kahnes Truppen übergeführt, die sich zum Schutz des Brückenbaues in Übigau verschanzten. Sobald die Russen dieses Vorhaben am andern Morgen bemerkten, suchten sie es durch starkes Tirailleur- und Kanonenfeuer zu hindern, ihre ganzen Gegenanstalten litten jedoch sehr fühlbar unter dem zwischen Wittgenstein und Miloradowitsch ausgebrochenen Zerwürfniß und sie wurden durch die überlegene Wirkung von hundert Geschützen, die Napoleon bei Briesnitz auffahren ließ, vertrieben. Da jedoch der Bau der Floßbrücke auf Schwierigkeiten stieß, so befahl Napoleon die gesprengte Steinbrücke durch einen hölzernen Einbau schleunigst wieder

1) Odeleben, Napoleons Feldzug in Sachsen (2. Aufl. 1816), S. 66 f. Nach Norvins, Portefeuille I, 312 und Fain, Manuscrit de 1813 (Paris 1824) I, 373 ergoß er noch einen Schwall zorniger Worte über die Deputation wegen des festlichen Empfangs, den die Stadt den verbündeten Monarchen bereitet, und erklärte nur aus Liebe zu ihrem Könige ihnen verzeihen zu wollen.

Digitized by Google

gangbar zu machen; ohne dessen Vollendung abzuwarten passierte die Division Charpentier, nachdem die Russen am 10ten die Neustadt vollständig geräumt hatten, die Lücke mittelst Feuerleitern um die Verfolgung fortzusetzen; sowie dann unter des Kaisers eigenen Augen der Holzbau fertig geworden, begann am Vormittag des 11ten der Übergang der gesamten französischen Heeresmacht.

Am Abend des 8ten hatte Napoleon die Immediatcommission vor sich in das königliche Schloß beschieden; sein Groll gegen das sächsische Cabinet war grenzenlos, seitdem er durch seinen Getreuesten, den König von Würtemberg, von den geheimen Verhandlungen desselben mit dem wiener Hofe Kenntniß hatte [1]); er ergieng sich in heftigen Ausfällen gegen die Rathgeber des Königs, Senfft und Langenau, besonders aber gegen Thielmann, er werde seine Truppen gegen Torgau vorrücken lassen, und wenn dort französisches Blut fließe, werde er das Land feindlich behandeln; er verlangte, daß sogleich eines der Mitglieder sich nach Torgau begebe und Thielmann die Übergabe befehle. Die Einrede ihrer Incompetenz wurde nicht angenommen, Friesen mußte noch dieselbe Nacht abreisen.

In Prag saß unterdessen der König ängstlich hinüberschauend bald nach den Ufern der Saale, wo sich das Schicksal seines Landes entscheiden mußte, bald nach Wien, von wo die ersehnte Entscheidung Österreichs noch immer auf sich warten ließ. Am 3ten überbrachte ein Kurier des Herzogs von Weimar einen von diesem auf Napoleons ausdrückliches Verlangen geschriebenen Brief, der im Fall eines Sieges der französischen Waffen das Schlimmste befürchten ließ [2]). Noch hielt der König Stand, seine Antwort an den Kaiser war fest und ablehnend [3]), selbst als Serra, der in Regensburg zurückgeblieben war, am 4ten in Prag erschien und die Forderung der Über-

1) Lebensbilder aus dem Befreiungskriege III (1844), S. 385. — Corresp. de Nap. XXV, 217.

2) Anhang Nr. 15.

3) Anhang Nr. 16.

Digitized by Google

lassung der sächsischen Kavalerie und der Öffnung von Torgau in der strengsten Weise wiederholte, verschob der König, obschon mit innerlichem Beben, seine Erklärung, stündlich auf das Eintreffen des aus Wien angekündigten Grafen Stadion harrend. Noch am 5ten war Thielmann in Befolgung von Langenau's aus Wien ertheiltem Rathe durch ein königliches Handschreiben instruiert worden, Torgau selbst in dem Falle, wenn das Glück der Waffen die Franzosen wieder an die Elbe führen sollte, auch nicht für diese zu öffnen. Ein erstes unbestimmtes Gerücht vom Kriegsschauplatz lautete günstig für die Verbündeten, aber ein Mittags den 2. Mai aus dem französischen Hauptquartier über Prag nach Krakau abgesendeter Offizier brachte die Nachricht von Napoleons Siege, die durch einen am Abend des 6ten anlangenden Brief des Grafen Georg Einsiedel in ihrem vollen Umfange bestätigt wurde. Sie versetzte den Hof in grenzenlose Bestürzung, namentlich der König gerieth ganz außer Fassung, ergieng sich in Vorwürfen gegen Diejenigen, die ihn von Regensburg nach Prag gebracht hätten, und fragte kleinmüthig, ob ihm wohl Napoleon seine Freundschaft wiederschenken werde! Auch die Königin und die Prinzessin Auguste, sonst erklärte Gegnerinnen der französischen Allianz, bestürmten ihn die Verzeihung des Schrecklichen anzurufen. Da Langenau noch nicht aus Wien zurück, Esterhazy auffallenderweise in Regensburg geblieben war, sah sich Senfft diesem Sturm ganz allein bloßgestellt. Vergeblich drang er darauf, daß vor einem entscheidenden Entschlusse wenigstens Stadions Ankunft abgewartet werde; als Abends Graf Hohenthal-Dölkau, ein Augenzeuge der Schlacht und des Rückzugs, aus Dresden anlangte, als er die harten Äußerungen berichtete, die Napoleon gegen eine Deputation der Stadt Leipzig gethan, überwog die Furcht vor dem Verluste der Krone, vor der Verwüstung des Landes beim Könige jedes andere Gefühl und die Rückkehr unter das französische Joch war beschlossene Sache. Als Senfft am folgenden Morgen wieder zum König kam, hatte Marcolini dem Baron Serra bereits die Gewährung seiner Forderungen angekündigt. Senffts Rücktritt galt als

Digitized by Google

selbstverständlich; er selbst schlug den Grafen Detlev Einsiedel, bisherigen Kreishauptmann zu Meißen [1]), zu seinem Nachfolger vor. Graf Stadion, der nun endlich ankam, reiste auf die Nachricht von dem Geschehenen nach einer sehr kurzen Audienz beim Könige weiter. An diesem nämlichen für Sachsen so verhängnißvollen 8. Mai wurde General v. Gersdorff nach Dresden geschickt mit einem Briefe des Königs an den Kaiser, der dessen Wiederunterwerfung ankündigte und dessen würdelos unterwürfiger Ton, zusammengehalten mit den vorhergehenden, nicht einmal den Vorzug hatte, auf Glaubwürdigkeit Anspruch machen zu können [2]). Nach der ihm ertheilten Instruction sollte Gersdorff, „wenn er über die Beschaffenheit der neuerlich zwischen dem sächsischen und dem österreichischen Hofe stattgefundenen Verhandlungen befragt würde, zwar die Existenz eines durch den Wunsch, den feindlichen Druck in den königlichen Staaten einigermaßen zu mildern und die Gemüther der sächsischen Unterthanen zu beruhigen, veranlaßten Einverständnisses über die unter den damals vorgelegenen Umständen zu beobachtende Handlungsweise zugestehen, dahingegen in Ansehung der Art, wie dieses Einverständniß eingeleitet, und darüber, ob solches bloß mündlich oder schriftlich getroffen worden, seine gänzliche Unbekanntschaft mit dem Gange der Sache vorschützen, auf keinen Fall aber der Meinung, als ob deshalb eine Convention unter beiden Höfen wirklich abgeschlossen worden sei, auf irgend eine Art Raum geben" [3]). Zugleich gieng nach Dresden der Befehl ab, sich in Ansehung der Festung Königstein den bestehenden Bundesverpflichtungen gemäß gegen das französische Armeecommando zu verhalten. Die Abreise des Königs selbst wurde auf den nächsten Tag angesetzt.

In späterer Zeit haben sich König Friedrich August und seine Vertheidiger zur Rechtfertigung dieses Entschlüsses darauf

1) Vgl. über ihn v. Weber im Archiv für sächsische Gesch. I, 58 ff. Zunächst wurde demselben nur das Innere, am 18. Mai auch das Auswärtige übertragen, bis wohin es Cerrini interimistisch verwaltet hatte.

2) Anhang Nr. 17.

3) Dresdn. Archiv.

Digitized by Google

berufen, daß durch eine Weigerung Österreich, das noch nicht hinlänglich gerüstet war, zur Unzeit compromittiert worden wäre, daß aber der König durch seine Unterwerfung nicht bloß Hoffnung gehabt habe sein Land zu retten, sondern auch dadurch Österreich die nöthige Zeit zur Entwicklung seiner Streitkräfte und die Freiheit seine Partei nach Gefallen zu wählen verschafft habe [1]). Es findet sich jedoch nicht, daß im Augenblicke der Entscheidung diese Erwägung wirklich angestellt worden und von Einfluß auf die zu fassenden Beschlüsse gewesen sei, man besann sich erst hinterdrein auf diese Entschuldigung; was den Geist des Königs und seiner Umgebung unterjochte, war lediglich die Furcht und der Schrecken. Ebenso gewiß aber ist, daß die Katastrophe vermieden worden wäre, wenn das österreichische Cabinet, statt den König zum Geheimniß über die abgeschlossene Convention zu verpflichten und ihn dann sich selbst zu überlassen, schneller und kräftiger gehandelt hätte um seinen Muth und seine Zuversicht aufrecht zu halten.

Das Maß der Demüthigung war aber mit diesem freiwilligen Verzicht auf die bisherige Politik noch lange nicht erschöpft. Serra war am 9. Mai eben damit beschäftigt den gestürzten Minister über Österreichs Pläne und Rüstungen auszuforschen, als er durch die Ankunft des Barons v. Montesquiou, Berthiers Adjutanten, unterbrochen wurde, den Napoleon, ohne Ahnung, daß alle weiteren Drohungen bereits überflüssig geworden, aus Dresden abgefertigt hatte. Serra sollte auf der Stelle bestimmte Erklärungen fordern; Metternich habe dem Grafen Narbonne versichert, daß Österreich keinen Tractat

1) Im Jahre 1814 bemerkte Friedrich August eigenhändig am Rande eines Memoires: „Que ce qui c'est passé à Prague était la suite de circonstances extraordinaires et ne peut être mis à compte du caractère du roi, qui dans l'urgence du moment était obligé de prendre un parti sans pouvoir consulter l'Autriche. Il s'agissait ou de l'obliger à des voies de fait en faveur de la Saxe en manquant en même temps au secrèt auquel le roi s'était engagé ou de quitter les engagements avec l'Autriche, ce qui lui laissait tout le temps de prendre un parti de tous ses moyens."

Digitized by Google

mit Sachsen habe, daß der sächsische Hof wie eine Bombe in Prag eingefallen sei; übrigens habe Österreich nichts mit dem Rheinbund zu schaffen, und dessen Principien anrühren bedeute soviel wie dem Kaiser den Krieg erklären; der Kaiser bedauere den König, der Antheil, die Freundschaft, die er ihm widme, hätten ihm soviel Geduld eingeflößt, da aber die Umstände drängten, könne er ihm nur sechs Stunden Bedenkzeit geben um sich über folgende Punkte zu erklären: der König wird erstens dem General Thielmann Befehl geben Torgau zu räumen um sich mit seinen Truppen dem von Reynier befehligten 7. Armeecorps wieder anzuschließen, zweitens wird sich die in Böhmen befindliche Kavalerie unverzüglich nach Dresden in Marsch setzen; drittens hat der König dem Kaiser schriftlich zu erklären, daß er sich noch als Mitglied des Rheinbundes betrachtet, daß er die Verpflichtungen, die dieses Band auferlegt, anerkennt und zu erfüllen willens ist, endlich, daß er mit keiner Macht irgend einen Tractat hat, der den Principien des Rheinbundes entgegen ist. Ferner soll Serra dem Könige bemerklich machen, daß er durch den Vertrag mit Österreich über die Entwaffnung der Polen, zu dem er gar kein Recht hatte, weil diese Truppen nicht unter seinen sondern unter den Befehlen des Kaisers standen, den von seinen Vorfahren hochgehaltenen polnischen Adler entehrt und der Ehre und den Interessen des Kaisers schnurstracks zuwidergehandelt habe. Würden obige drei Punkte nicht unverzüglich bewilligt, so erkläre ihn der Kaiser für einen Felon, für außer seiner Protection, und er habe in Folge dessen aufgehört zu regieren [1]). Noch in der Nacht wurden die nöthigen Befehle für Torgau aufgesetzt, die verlangte Erklärung an Napoleon unterzeichnet [2]) und ein Brief mit der Meldung von der eingetretenen Veränderung an den Kaiser von Österreich gerichtet [3]). Als daher Graf Georg Einsiedel erschien um in Napoleons Auftrag Serra's Eröffnungen

1) Corresp. de Nap. XXV, 279.
2) Anhang Nr. 18.
3) Anhang Nr. 19.

Digitized by Google

zu unterstützen, fand er den Zweck seiner Reise bereits erfüllt. Am 10. Mai früh 8 Uhr reiste der König von Prag ab; kein Wort, keinen Blick des Abschieds wagte er seinem mit des Kaisers Ungnade beladenen Minister zuzuwerfen [1]). Tags darauf brachte Langenau die Ratification der Convention vom 23sten aus Wien nach Prag; er nahm sofort seinen Abschied und trat in österreichische Dienste.

Napoleon war über des Königs Rückkehr hoch erfreut; er sah darin ein günstiges Zeichen dafür, daß Österreich noch nicht Zeit gehabt habe einen entscheidenden Entschluß zu fassen, weil es ihn sonst nicht würde haben gehen lassen. Der Empfang, den er demselben bereitete, war so glänzend und herzlich wie möglich. Das sächsische Volk, der Rheinbund, die Gegner, alle sollten sehen, daß Friedrich August nach wie vor der treueste, zuverlässigste Freund und Verbündete des Kaisers sei [2]). Aber alles, was bisher Friedrich Wilhelm von Preußen über sich hatte ergehen lassen müssen, war nichts im Vergleich zu der Demüthigung des Triumphzuges, in welchem jetzt jener zum Lohn dafür, daß er sich die bereits abgestreifte Fessel aufs neue hatte anlegen lassen, in seine Hauptstadt zurückgeführt wurde. An der Landesgrenze von dem kaiserlichen Adjutanten Flahaut und einer Abtheilung Garde zu Pferde begrüßt, übernachtete er in Großsedlitz; von da begab er sich nach dem Palais des Großen Gartens, wo er blieb, bis er die Nachricht erhielt, daß der Kaiser ihn auf der pirnaischen Straße bei Gruna erwarte. Liebreich, wie einen Geretteten, nicht wie einen Reuigen, umarmte ihn dieser im Angesicht der zuschauenden Menge und geleitete ihn unter Kanonendonner und Glocken-

1) Sein sonst unzertrennlicher Graf Marcolini blieb in Prag zurück, wo er nachher, 10. Juli 1814, starb.

2) „L'Empereur l'a bien traité. Vous pensez que S. M. n'avait pas été contente de lui; mais Elle lui a pardonné. L'opinion de l'Empereur et de tout le monde est d'ailleurs, que ce prince a été séduit, mais qu'il est resté le meilleur et le plus fidèle ami de l'Empereur." Der Herzog von Vicenza nach Napoleons Dictat an Narbonne, Dresden, 12. Mai. Norvins I, 327.

Digitized by Google

geläute durch die Reihen der in Parade aufgestellten Truppen in die Stadt und in das Schloß. Am Thore standen die Abgeordneten des Stadtraths; „Magistrat!" redete der Kaiser sie an, „Liebt euren König! Seht in ihm den Retter Sachsens! Wäre er seinem Worte weniger getreu, wäre er kein so redlicher Bundesgenosse gewesen, hätte er sich in die Meinungen Rußlands und Preußens verstricken lassen, so wäre Sachsen verloren gewesen; ich würde es als ein erobertes Land behandelt haben. Meine Armee wird durch Sachsen nur durchmarschieren und ihr werdet bald von den Beschwerden, die ihr jetzt zu ertragen habt, befreit werden. Ich werde Sachsen gegen alle meine Feinde vertheidigen und beschützen." Darauf speiste der Kaiser an des Königs Tafel in großer Gala, dann aber verlegte er seine Wohnung, um seine Zeit und die Schönheit der Jahreszeit ganz ungestört genießen zu können, in ein Landhaus vor dem Thore [1]).

Dieser Umschlag entschied nunmehr auch über das Schicksal von Torgau. Noch am 10ten hatte Stein den General Thielmann brieflich beschworen die Festung nicht aus den Augen zu lassen, sondern sie als den Pivot zu betrachten, um den sich Preußens Existenz drehe, dessen Entsatz man daher vor allem im Auge haben werde; aber an demselben Tage erhielt Thielmann an der Mittagstafel sitzend den Befehl des Königs, Torgau dem General Reynier zu öffnen und die sächsischen Truppen von neuem unter dessen Befehle zu stellen. Ruhig beendete Thielmann die Mahlzeit, abends machte er den Oberoffizieren den Befehl bekannt, erklärte, daß er denselben befolgen, seinerseits aber das Commando niederlegen und Torgau verlassen werde; nachdem er das Commando dem nächstälteſten General v. Steindel übergeben hatte, verließ er die Festung

1) Taggesell, Tagebuch eines dresdner Bürgers, S. 110. — Thiers XV, 537. Friedrich August ist später bezichtigt worden, Napoleon verrätherischerweise Enthüllungen über die Absichten des österreichischen Cabinets gemacht zu haben; der Ungrund dieser Anklage erhellt schon daraus, daß Napoleon dergleichen Enthüllungen damals gar nicht mehr bedurfte.

Digitized by Google

und begab sich in Begleitung des Oberstleutnants Aster, nicht wie er sagte, nach Dresden, wo er sich Napoleons Rache überliefert haben würde, sondern in das Hauptquartier der Verbündeten nach Wurschen. Anfangs, da er als bloßer Überläufer ohne sein Heer kam, ziemlich kühl aufgenommen, wurde er durch Kaiser Alexanders persönliches Wohlwollen zu dessen Adjutanten mit Generalleutnantsrang ernannt. Napoleon verlangte, daß der König die Güter des Schuldigen mit Beschlag belegen lasse und seine Mißbilligung und Entrüstung über diejenigen seiner Diener, die beim Feinde Dienste genommen hätten, öffentlich bekannt mache. Letzteres geschah, jedoch auf ausdrücklichen Befehl des Königs nur im allgemeinen, ohne Nennung von Namen. Erst auf Napoleons erneuten Antrag wurde gegen Thielmann wegen eigenmächtiger Entfernung von seinem Posten und des unbezweifelten Übergangs zum Feinde eine Vorladung erlassen und über den nicht erschienenen 12. October ein Kriegsgericht niedergesetzt, dessen Beisitzer jedoch, wie man behauptete auf geheime Weisung, ausblieben [1]). Von den auf 11700 Mann gebrachten sächsischen Truppen lagen 3000 in den Lazarethen, ein weiterer Theil, meist Kranke oder Unausgeübte, blieb als Besatzung in Torgau zurück, der Rest, zwei schwache Brigaden von zusammen etwa 6000 Mann unter dem Commando des zum Generalleutnant beförderten v. Sahr, bildeten nunmehr wieder mit der ungefähr gleich starken Division Durutte, den unwillkommenen Waffenbrüdern des vorigen Feldzugs, das 7. französische Armeecorps, dessen ganze Kavalerie in 300 sächsischen Reitern bestand. Die beiden Kürassierregimenter, nach denen Napoleon so sehr verlangt hatte, sowie die neu formierten schwachen Regimenter Husaren und Prinz Clemens-Ulanen wurden dem Reitercorps Latour-

1) Corresp. de Nap. XXV, 324. — Eine Rechtfertigung seines Verhaltens veröffentlichte Thielmann in den Deutschen Blättern, 1813, 5. Stück. Vgl. Dorow, Erlebtes aus dem Jahre 1813—1820 (1843) I, 5. Den dreimonatlichen Vorschuß, den er sich bei seiner Entfernung von Torgau hatte auszahlen lassen, erstattete er Januar 1814 zurück.

Digitized by Google

Maubourg, erstere der Division Bordesoult, letztere der Division La Bruyères zugetheilt. Der König von Sachsen blieb mehr als je von der Verfügung über seine Truppen ausgeschlossen; als Reynier sich einmal ihretwegen direct an denselben gewendet, wurde er bedeutet, daß er fortan alle Correspondenz mit dem König und dessen Ministern zu unterlassen und sich nur an Berthier oder Serra zu wenden habe [1]). Schmerzlich büßten die in russischer Gefangenschaft befindlichen Sachsen für ihres Königs Wiederanschluß an Napoleon. Alexander hatte schon Befehl gegeben sie in Freiheit zu setzen und sie waren bis Luzk gekommen, als sie in Folge jener unerwarteten Wendung die Weisung erhielten in Bialystock Halt zu machen, von wo sie erst gegen Ende des Jahres nach Sachsen zurückkehrten.

Die Übergabe von Torgau setzte Napoleon in Stand, den Marschall Ney doch noch an diesem Punkte über die Elbe gehen zu lassen, während die Brücke bei Wittenberg nur von den beiden Corps Victor und Sebastiani benutzt wurde. Dennoch waren die vier Tage, die Ney durch Thielmanns Weigerung vor Torgau aufgehalten worden war, ein Verlust, der auf den weiteren Verlauf des Feldzuges wesentlichen Einfluß übte; sie bewirkten, daß Ney keine Zeit behielt seinen Zug gegen Berlin auszuführen, sondern, zur Mitwirkung auf dem Hauptschauplatze berufen, halbwegs umkehrte, sie gaben den Preußen, die in der ersten natürlichen Besorgniß um die Sicherheit ihrer Hauptstadt sich von Meißen nordwärts gegen Großenhain gewendet hatten und dadurch Gefahr liefen sich ganz von den Russen zu trennen, Zeit zur Besinnung und zu dem Entschlusse, selbst mit Preisgebung von Berlin ihren Verbündeten und Österreich nicht von der Seite zu weichen. In Eilmärschen wendeten sie sich wieder links über Königsbrück nach Camenz, die Hauptquartiere der Monarchen befanden sich wieder dicht beisammen, das Alexanders zu Pulsnitz, das des Königs in Lichtenberg. Am 12ten trat Wittgenstein, der anfangs der Richtung der Preußen etwas nachgebend hinter der Röder

1) Corresp. de Nap. XXV, 284.

Digitized by Google

Stellung genommen hatte, den Rückzug hinter die Spree an; seine Nachhut unter Miloradowitsch hatte dabei von Biela und Weißig an eine Reihe hitziger Gefechte gegen den nachdringenden Macdonald zu bestehen, wobei Bischofswerda ein Raub der Flammen wurde, indem die Russen ein dort befindliches Magazin, um es nicht in Feindeshand fallen zu lassen, anzündeten, die Flammen weiter griffen und während des äußerst hartnäckigen Straßenkampfes das ganze Städtchen in Asche legten. Am folgenden Tage gieng Miloradowitsch bis nach Roth-Nauslitz zurück; ein von Macdonald mit Übermacht geführter Stoß nöthigte ihn jedoch am 15ten nach hartnäckigem Widerstande sich auf das Hauptheer zurückzuziehen, welches jenseits Bautzen eine zur Vertheidigung sehr vortheilhafte und durch Verschanzungen noch verstärkte Stellung bezogen hatte.

Napoleon für seine Person verweilte noch in Dresden, viel mit dem Könige verkehrend, sein Hauptaugenmerk aber war auf die Befestigung der Stadt gerichtet. So lange Österreich sich noch nicht gegen ihn erklärt hatte, begnügte er sich die Neustadt mit Verschanzungen zu umgeben, an deren Vollendung mehrere tausend aufgebotene Landleute arbeiten mußten [1]). Am 18ten brach er von Dresden auf, wobei ihm der König bis jenseits des Linke'schen Bades das Geleit gab, und verbrachte die Nacht in Hartha, am folgenden Morgen gieng das Hauptquartier nach Klein-Förstgen. Der Anblick des in einen Schutthaufen verwandelten Bischofswerda entlockte ihm, da man ihn versicherte, es sei durch die Franzosen eingeäschert worden, das Versprechen den Schaden zu ersetzen, das jedoch in Wirklichkeit auf eine kärgliche Beihilfe von 100000 Frcs. einschrumpfte. Sobald Napoleon die Überzeugung gewonnen hatte, daß die Verbündeten sich ihm abermals zur Schlacht stellen würden, rief er sofort Ney zurück, der am 12ten von Torgau gegen Berlin aufgebrochen war, mit ihm die sächsische Division, obgleich derselben noch vieles vom Nöthigsten zu ihrer Ausrüstung

1) Aster, Schilderung der Kriegsereignisse in und vor Dresden vom 7. März bis 28. August 1813 (1844), S. 97.

Digitized by Google

fehlte. Am 17ten hatte sie über Schönewalde und Dahme Luckau erreicht, als Ney auf die Nachricht von der Wiedervereinigung der Preußen mit den Russen, ohne Napoleons Befehl abzuwarten, die Richtung seines Marsches änderte. Barclay de Tolly und York, mit ganz unzureichenden Kräften abgeschickt um seine Annäherung aufzuhalten, mußten nach einem überaus hartnäckigen Gefechte bei Weißig und Johnsdorf am 19ten sich auf das Hauptheer zurückziehen. Während der Kanonendonner von dort herüberschallte, recognoscierte Napoleon von der Felsenkuppe bei Stiebitz aus die feindliche Stellung und entwarf den Plan zum Angriffe für den folgenden Tag. Er begnügte sich am 20sten den Kampf hinzuhalten, bis Ney zu der beabsichtigten Umgehung herangekommen sein würde; es geschah dies gegen Abend, wo sich Ney's Vorhut des Spreeüberganges bei Klix bemächtigte. „Abends 8 Uhr", berichtete der Moniteur, „zog der Kaiser in Bautzen ein und ward von den Einwohnern und den Obrigkeiten mit den Gefühlen empfangen, welche Verbündete haben mußten, die glücklich sind sich von Leuten wie Stein und Kotzebue und den Kosaken befreit zu finden." Am folgenden Tage entriß Ney den schwachen ihm gegenüberstehenden Kräften Barclay's das Dorf Preititz und drängte sie gegen Baruth; zwar gelang es mit Hilfe der von Blücher gesendeten Unterstützung Preititz wiederzunehmen; als aber Napoleon einen gewaltigen Angriff gegen die von Blücher besetzten kreckwitzer Höhen richtete und gleichzeitig Preititz zum zweitenmale verloren gieng, blieb den Verbündeten um der gänzlichen Umklammerung ihres rechten Flügels zu entgehen keine Wahl als der Rückzug, der in größter Ordnung und ungebrochener Haltung ausgeführt wurde.

Um den Sieg soviel nur möglich auszubeuten leitete Napoleon die Verfolgung mit dem größten Nachdruck ein. Das Corps Reyniers, welches von Hoyerswerda kommend erst nach Beendigung der Schlacht in Baruth zu Ney gestoßen war, wurde nebst der Reiterei Latour-Maubourgs an die Spitze vorgezogen. Aber die Verbündeten wichen nur Schritt für Schritt. Nachdem sie die Brücke über das löbauer Wasser

Digitized by Google

hinter sich abgebrannt hatten, setzte sich die russische Nachhut unter Yermoloff an dem Paß von Roth-Kretzscham, dort von den Sachsen vertrieben aufs neue hinter dem Schöpsbach, bis ein heftiger Ansturm der Letzteren sie nöthigte sich nach Reichenbach zurückzuziehen, wo die hinter dem Städtchen ansteigenden Höhen mit dem Töpferberg ihnen abermals eine vortheilhafte Stellung boten. Erbittert über die Hartnäckigkeit des Widerstandes, den der geschlagene Feind ihm überall entgegensetzte, gedachte Napoleon ihn hier nicht ohne nachdrückliche Züchtigung entkommen zu lassen. Während die Artillerie von den diesseitigen Höhen ihr Feuer gegen die russische Stellung eröffnete, gab er zwei sächsischen Bataillonen, Garde und v. Sahr, den Befehl die Stadt wegzunehmen, den dieselben trotz des furchtbaren Feuers der russischen Geschütze mit unvergleichlicher Tapferkeit im Sturmschritt ausführten. Gleichzeitig ließ er den größeren Theil der sächsischen Infanterie auf der Südseite der Stadt, durch die Unebenheiten des Bodens gegen die Blicke und das Feuer der Feinde gedeckt, nach dem Wiesengrunde am Fuße des Töpferberges hinabgehen, wodurch die dort aufgestellten russischen Jäger genöthigt wurden sich eilig zurückzuziehen. Inzwischen hatte sich der Rest des 7. Armeecorps von französischer Reiterei unterstützt über Sohland gegen den linken Flügel der Verbündeten dirigiert; letztere wurde zwar beim ersten Vorgehen geworfen, drang aber durch Latour-Maubourg verstärkt von neuem vor. Nun griff Reynier in Verbindung mit der Reiterei die Hauptstellung auf dem Töpferberge an, während Lauriston dieselbe in die rechte Flanke zu nehmen suchte. Diese doppelte Bewegung zwang die Verbündeten die so standhaft behauptete Stellung zu räumen.

Napoleon sprengte zu den auf dem erstürmten Töpferberg haltenden Sachsen, sprach dem General v. Sahr laut seine Anerkennung ihrer Tapferkeit aus und beobachtete den abziehenden Feind. Als er ihn auf der vorliegenden Höhe schon wieder schlagfertig sich gegenüberstehen sah, befahl er, begierig nach so mühevollem Ringen noch ein entscheidenderes Resultat zu erlangen, dem 7. Armeecorps ihn auch aus dieser Stellung zu

Digitized by Google

vertreiben. Vergeblich wagte Reynier auf die Erschöpfung seiner Truppen hinzuweisen, die von früh 5 Uhr bis nachmittags 4 Uhr ununterbrochen auf dem Marsch und im Gefecht gewesen waren; das Corps mußte unter einem mörderischen Geschützfeuer vom Töpferberg herabrücken und hatte bereits den Fuß der feindlichen Anhöhe erreicht, als die Russen ohne den Angriff abzuwarten Markersdorf verließen und sich auf die hinter Holtendorf liegende Anhöhe zurückzogen, von wo sie gegen die auf der Straße rasch vordringenden Colonnen eine heftige Kanonade eröffneten. Ihr erster Schuß riß dicht neben dem Kaiser den General Kirchner und den Marschall Duroc zu Boden. Sächsische Infanterie vertrieb die russischen Schützen aus Holtendorf, doch lieferte die ganze Verfolgung bei dem empfindlichen Mangel an Reiterei nicht die gehofften Resultate. Nachdem in der Nacht die Verbündeten über die Neiße gegangen, langte das 7. Armeecorps am Vormittag des 23sten an der Spitze des französischen Heeres in Görlitz an und gieng nach Wiederherstellung der abgebrannten Brücke über die Neiße auf der Straße nach Lauban weiter. In dem Dorfe Leopoldshain, mehr noch in dem sich bis in die Nähe von Trotschendorf hinziehenden Walde wurden die Sachsen in ein äußerst heftiges Plänklergefecht verwickelt, das mit der Vertreibung des Feindes endigte [1]). Von hier aus die weitere Verfolgung Bertrand überlassend marschierte das 7. Armeecorps über Naumburg am Queis, wo das Bataillon v. Low zur Besatzung nach Görlitz zurückkehrte, nach Neu-Jäschwitz und wurde am 26sten zur Unterstützung des bei Hainau von Blücher schwer mißhandelten 5. Corps über Modelsdorf nach Steinsdorf vorgeschickt; Tags darauf rückte es nach Liegnitz, wo sich die ganze Armee vereinigte, stellte sich am 30sten bei Tietzendorf zur Beobachtung der schweidnitzer Straße auf und drängte am 31sten

1) Der Verlust der Division Sahr in diesen 3 Tagen betrug 1 Offizier und 39 Mann an Todten, 8 Offiziere und gegen 600 Mann Verwundete und Vermißte. Sachsen und seine Krieger, S. 166 ff. v. Odeleben, S. 100 ff.

Digitized by Google

bis Arnoldsmühl vorgehend die feindlichen Plänkler zurück; am 1. Juni befand sich Reyniers Hauptquartier zu Puschwitz, in dessen Nähe das Corps bis zum 6ten stehen blieb.

Am 4. Juni war der Waffenstillstand zu Poischwitz unterzeichnet worden. In der heitersten Stimmung, weil am Gelingen seiner Entwürfe nicht zweifelnd, begab sich Napoleon auf den Rückweg nach Dresden, das er zu seinem Aufenthalte während des Waffenstillstandes erkoren hatte. Er nahm seine Wohnung im Marcolini'schen Gartenpalais zu Friedrichstadt; den größten Theil der Zeit arbeitete er in seinem Cabinet entweder allein oder mit Berthier, hielt im Ostragehege Musterungen oder unternahm Ausflüge um die angeordneten Befestigungsarbeiten zu inspicieren und das Terrain und die Umgegend für etwa noch kommende Kämpfe zu studieren. Zerstreuung brachte hauptsächlich nur das aus Paris verschriebene französische Theater, für welches im Orangeriegebäude des Gartens eine Bühne aufgeschlagen worden war; hier, später auch im Opernhause, spielten Talma, die Mars und die George vor dem Kaiser, der königlichen Familie und einem geladenen Publikum [1]). Um dieses fast idyllische Stillleben in Dresden bildete der Zustand des Landes einen in erschreckender Weise abstechenden Rahmen. Was hatte nicht von Anbeginn des Feldzugs an das arme Sachsen ertragen, auf dessen Fluren das Elend des Krieges in allen denkbaren Schreckensgestalten hauste! Zuerst war der ganze Heereszug der Verbündeten hindurchgegangen, dann kehrten die Geschlagenen auf dem nämlichen Wege zurück, ihnen nach das verfolgende französische Heer, zuchtlos und raubsüchtig, jedes Dorf, das es berührte, plündernd, das Vieh wegführend, die Einwohner mißhandelnd, was nicht fortzuschleppen war muthwillig zerstörend. In den Tagen der Schlacht bei Bautzen brannten zwischen Königswartha und Görlitz zwanzig Dörfer. In Leipzig waren alle verfügbaren Räume zu Lazarethen für die Verwundeten aus der Schlacht bei Lützen eingerichtet, die dem Kreise täglich 13000

1) Vgl. Dresdner Journal 1864, Feuilleton Nr. 71, 74, 75.

Digitized by Google

Thaler kosteten. Ein neues, schreckliches Contingent solcher Unglücklichen lieferten die Kämpfe in der Lausitz seit dem 12. Mai, zumal die mörderische Schlacht bei Bautzen. In ganzen Wagenzügen sah man sie täglich in Dresden anlangen; da aber in dem völlig entkräfteten Lande Spannfuhren bald gar nicht mehr aufzutreiben waren, so wurden über tausend Schubkärrner aufgeboten, die nun, jeder mit einem Verwundeten befrachtet, in Dresden einzogen; allein vom 23. bis 25. Mai kamen daselbst 17000 Verwundete an. Die Leichtverwundeten mußten, in Dresden mit Schimpfworten abgewiesen, sich weiter schleppen, bis sie in Wilsdruff, Nossen oder Waldheim eine Hospitalverwaltung fanden, die sich ihrer erbarmte [1]). Nun kam der Waffenstillstand und brachte, indem er nur den kleinsten und ärmsten Theil von Schlesien in den Händen der Franzosen ließ, im übrigen sie auf das gänzlich ausgesogene Sachsen beschränkte, statt Erleichterung Erschwerung der Kriegslast. Selbst bei der größten Regelmäßigkeit würde die Verpflegung so ungeheurer Truppenmassen für das Land hart und drückend gewesen sein; die grenzenlose Vernachlässigung der Heeresverwaltung, die in ihr von oben bis unten heimische Gaunerei und Stehlerei, die betrügerische Wirthschaft in den Lazarethen und die Folgen davon, Mangel und Hunger, welche die Nachsicht der Heerführer gegen die Ausschweifungen ihrer Untergebenen zu rechtfertigen schienen und selbst die Gensdarmerie d'Elite zum Plündern zwangen, endlich die im ganzen Heere überhandnehmende Verwilderung machten sie unerschwinglich und verschlangen Hab und Gut der Bewohner völlig. Die Scenen des dreißigjährigen Kriegs wiederholten sich in der Lausitz; es bildeten sich förmliche Bivouaks obdachloser Bauern, die alles eingebüßt hatten und in Büschen wohnten. Es ergab sich u. a., daß sich nur in Dresden einige tausend Franzosen seit Wochen ohne Beruf herumgetrieben hatten, bevor der Commandant, General Durosnel, dahinter kam und sie an den Ort ihrer Bestimmung wies. Mit welchen Gefühlen mochte das Volk in dem vorgeschriebenen Kriegsgebete

1) Odeleben, S. 99.

Digitized by Google

von den Kanzeln den Segen des Höchsten auf die Waffen des Protectors Sachsens herabflehen hören [1])! Wenn Friedrich August gehofft hatte durch die Rückkehr zu Napoleon seinen Unterthanen Kriegsleiden zu ersparen, so sah er sich darin bitter getäuscht: Sachsen hätte durch eine feindliche französische Armee nicht ärger heimgesucht werden können als es durch die befreundete geschah.

Was Napoleons persönliches Benehmen gegen den König betraf, so legte er darin eine Rücksicht und Aufmerksamkeit an den Tag, wie sie für gewöhnlich seinem Wesen fremd waren; was nur dem Könige angenehm und tröstlich und in Bezug auf das Schicksal seines Landes einigermaßen beruhigend sein konnte, das beeiferte er sich ihn sogleich wissen zu lassen. Auch fühlte er recht wohl die Nothwendigkeit, um seines eigenen Vortheils willen das Land seines Verbündeten nicht vollständig zu ruinieren. „Ich wünsche", schrieb er dem Herzog von Padua, „gegen Sachsen Schonung zu üben, das mir gegenwärtig 20000 Mann Infanterie und 4000 Mann Kavalerie liefert und thatsächlich die ganze Last des Kriegs trägt"; er verbot seinen Generalen in Sachsen Tafelgelder oder Ähnliches zu fordern, er versprach, daß aller Kriegsbedarf, den Sachsen der Armee liefere, nur als Vorschuß betrachtet und von Frankreich vergütet werden solle [2]), aber wie wenig hatte dies doch gegenüber dem allgemeinen Nothstande zu bedeuten, und wie enge Grenzen hatte diese Schonung! Als die sächsischen Minister sich außer Stand erklärten die verlangten Lieferungen zu beschaffen, ließ er ihnen sogleich bemerklich machen, das heiße geradezu die Regierung abdanken; fände keine Vertheilung von Fourage mehr statt, so müsse sie in den Dörfern militärisch requiriert werden oder der Soldat müsse sie nehmen, wo er sie fände, und das heiße das Land der Plünderung preisgeben [3]). Selbst die im Jahre 1812 von dem Kaiser dem

1) Poppe II, 92.
2) Corresp. de Nap. XXV. 323. 333. 487.
3) Ibid. XXV. 475.

Digitized by Google

warschauer Staatsschatze als Beihilfe zu den Kriegskosten geschenkten 2 Millionen Rubel in Banknoten, eine angeblich in Rußland erhobene Kriegscontribution, erwiesen sich, als man sie in Wien und Hamburg umzusetzen versuchte, als falsch. In allem, was mit dem Kriege zusammenhieng, schaltete er in Sachsen als wenn es sein Land wäre, wobei meistentheils der Generalleutnant v. Gersdorff die Mittelsperson zwischen den sächsischen und französischen Behörden bildete. Alle von den Verbündeten zwischen Lützen und Dresden zerstörten Brücken mußten binnen zwei Tagen unter Aufsicht französischer Genieoffiziere wiederhergestellt, 7000 Polen auf sächsische Kosten neu bekleidet werden, und schon am 25. Mai erklärte Napoleon eine Neuformation des in Folge des oberlausitzischen und schlesischen Feldzuges wieder auf 4000 Mann zusammengeschmolzenen sächsischen Corps für unerläßlich. Im Lager bei Görlitz, wo es während des Waffenstillstandes stand, sollte es auf 18344 Mann vervollständigt und soweit thunlich mit allem Nöthigen versehen werden. Das Commando über dasselbe erhielt Generalleutnant von Lecoq, der zugleich die 1. Division, bestehend aus den Brigaden des Obersten v. Brause, des Generalmajors v. Mellentin und der Artilleriebrigade des Majors v. Roth, befehligte; die 2. Division, gebildet aus den Brigaden der Obersten v. Bose und v. Ryssel und der Artilleriebrigade des Majors Gau, commandierte Generalleutnant Sahrer v. Sahr, die leichte Reiterbrigade der aus Polen wiedereingetroffene Generalmajor v. Gablenz [1]).

Solchen Anstrengungen waren die schon durch den Feldzug des vorigen Jahres erschöpften gewöhnlichen Hilfsmittel des Staates nicht entfernt gewachsen. Bereits das Mandat vom
1812 9. Juli 1812 hatte angekündigt, daß außer den im Jahre 1811 nach dem alten Fuße verwilligten Abgaben für die neuen außerordentlichen Staatsbedürfnisse alle Grundstücke ohne Ausnahme nach ihrem durch ein Grundkataster auszumittelnden Werthe und Reinertrag gleichmäßig beitragen sollten. Da der

1) Sachsen und seine Krieger, S. 143.

Digitized by Google

Krieg weitere Opfer vom Lande forderte, zu denen die Verwilligungen nicht ausreichten, so wurde durch den Geheimen Kammerrath Frege in Amsterdam eine Anleihe von 1,400000 Fl. holl. gegen Verpfändung von Juwelen auf Rechnung der königlichen Hauptcasse gemacht und den 13. September der Ausschuß der Stände einberufen; diese stimmten aber laute Klagen an über den herrschenden Nothstand, der jetzt weit drückender sei als selbst im siebenjährigen Kriege; alle Abgaben seien nur äußerst schwer zu erhalten, der Werth des Grundeigenthums sinke ungewöhnlich schnell, Güterausbietungen und Concursprocesse nähmen bedenklich zu, und wenn Anleihen noch zu Stande kämen, so sei der Grund davon weniger im Geldreichthum als im Darniederliegen von Handel und Verkehr zu suchen; sie riethen mit möglichster Sparsamkeit zu verfahren, Militärbedürfnisse nur aus inländischen Fabriken zu beziehen und den Soldaten bis zu ihrer Rückkehr einen Theil ihres Soldes innezubehalten. Man kam überein, so lange als möglich eine Suspension der Rückzahlung der alten Staatsschulden zu vermeiden und das Bedürfniß durch Vorausnahme der auf dem letzten Landtage bewilligten Anleihe zu decken. Das beginnende Sinken des Staatscredits zeigte sich in dem Curs der Cassenbillets, der, nachdem sie im März 1812 um eine weitere, die fünfte, Million vermehrt worden waren, seit Februar 1813 nach und nach auf 13 Groschen herabgieng. Eine zur Hebung desselben im August eröffnete freiwillige fünfprocentige Anleihe von 2 Millionen, welche in Cassenbillets eingezahlt werden sollte, kam nicht zu Stande. Die drängende Noth der Gegenwart, die auf den schleppenden Gang der landständischen Berathungen nicht wartete, führte sogar zu einer bisher so ängstlich vermiedenen Abweichung von den verfassungsmäßigen Formen. Am 5. Juni berief der König zur Berathung über die Beschaffung der erforderlichen Mittel eine Deputation der Landstände, deren Mitglieder er von der Ritterschaft und den Städten der einzelnen Kreise und Markgrafthümer ohne Beschränkung auf die landtagsfähigen Grundbesitzer und die Kreisstädte wählen ließ und deren Versammlungen, unter Vorsitz

Digitized by Google

des Herrn v. Carlowitz auf Oberschönau, ohne Trennung der ritterschaftlichen und städtischen Corporationen gemeinschaftlich gehalten wurden, aber auch ihre Beschlüsse wurden von den Ereignissen überholt [1]).

Auch der westliche Theil des Landes war, während sich der Krieg nach Osten zog und zuletzt von der sächsischen Grenze entfernte, von dem Getöse der Waffen nicht freigeblieben sondern zum Schauplatz eines Parteigängerkrieges im Rücken des französischen Heeres geworden, der selbst die Ruhe des Waffenstillstandes störend unterbrach. Zunächst war der preußische Rittmeister v. Colomb mit seinem neugebildeten Streifcorps am 8. Mai von Meißen ausgezogen, um sich auf dem Kamm des Erzgebirges bis ins Vogtland durchzuschleichen. Bei Rathen über die Elbe setzend gieng die kühne Schar über Marienberg, wo sie trotz ihrer Maske als Westfalen von den Einwohnern erkannt und mit Jubel bewirthet wurden, nach Plauen zu, hob Kuriere auf, requirierte aus den königlichen Cassen in Plauen 400 Thaler, nistete sich zwischen Elster und Saale ein, unterbrach dort die Verbindungen aus Süddeutschland und dem Rhein nach der Elbe und krönte ihre Thätigkeit in dieser Gegend mit dem überaus kühnen Überfalle eines von Hof nach Dresden gehenden Artillerietrains bei Zwickau, 29. Mai, wobei nach Überwältigung der weit stärkeren Bedeckung 24 Geschütze mit 72 andern Fahrzeugen und 398 Pferden erbeutet und 300 Gefangene gemacht wurden. Der wieder zusammengebrachte Rest des Transports mußte auf Kosten der Stadt, die ihre Freude über das gelungene Reiterstück zu unverhohlen gezeigt hatte, nach Dresden abgeliefert werden. Auch auf das sächsische Corps von Gablenz hatte es Colomb abgesehen, bevor dasselbe beim Übertritt aus Böhmen ins Vogtland die abgelegten Waffen wiedererhalten habe; doch hatte dieses in Folge des Vorrückens der französischen Armee Sachsen bereits über Zittau erreicht. Nach erhaltener Kunde vom Waffenstillstande gelangte er, obgleich bei Gröbzig von westfälischer Kavalerie angegriffen,

1) Pölitz, Friedrich August II, 125.

Digitized by Google

26. Juni glücklich über die Elbe [1]). Die nämliche Ursache unterbrach die vollständige Ausführung eines vom General Woronzoff und einem Theil der Lützower unter Major v. Petersdorf beabsichtigten Handstreichs gegen Leipzig; schon hatten sie von der in ihren Quartieren um Taucha überraschten Reiterei des Herzogs von Padua 18 Offiziere und 550 Mann gefangen genommen und waren nahe daran den Herzog selbst aufzuheben, als der Commandant von Leipzig, General Bertrand, sie durch einen Parlamentair von dem erfolgten Abschluß des Waffenstillstandes in Kenntniß setzte, worauf sie sich nach Delitzsch zurückzogen [2]).

Die Hauptschar der Lützower, welche zugleich mit dem Einmarsch der Verbündeten in Sachsen erschienen und dort durch Freiwillige so verstärkt worden war, daß sie den Stamm zur Bildung eines zweiten Bataillons in Leipzig zurücklassen konnte, hatte sich nach Thüringen und von da nach Plauen gewendet, wo sie am 6. Juni ankam. Hier erreichte sie die Nachricht vom Waffenstillstande; wahrscheinlich jedoch ohne Kenntniß von der Bestimmung desselben, daß alle Corps bis zum 12ten über die Elbe zurückgegangen sein müßten, verließ Lützow Plauen erst, nachdem er am 14ten vom Kriegsminister v. Gersdorff die officielle Bestätigung jener Nachricht erhalten hatte; durch die Begleitung eines sächsischen Offiziers als Marschcommissairs allzu sorglos gemacht, marschierte er langsam nordwärts und gab dadurch Napoleon Zeit und Vorwand, an ihm seine Rache zu kühlen. Umsonst hatte er schon von Görlitz aus von der sächsischen Regierung energische Maßregeln gegen diese Freischaren, Aussendung von Polizei- und Gensdarmerieabtheilungen, Sturmläuten bei ihrer Annäherung verlangt und die Bildung von vier fliegenden Colonnen befohlen, deren jeder ein sächsischer Offizier als Wegweiser beigegeben werden solle [3]). Jetzt, wo

1) Aus dem Tagebuche des Rittmeisters v. Colomb (1854).

2) Eiselen, Geschichte des lützower Freicorps (1841), S. 71 ff. Groß, S. 70 ff.

3) Corresp. de Nap. XXV, 323. 334.

Digitized by Google

ihm der verhaßteste von allen selbst ins Garn lief, befahl er dem Herzog von Padua Sachsen von den Räubern zu befreien und sie zu vernichten, wo er sie fände. Schwerlich ist ihm dabei der Gedanke gekommen, welchen Schimpf er seinem Alliierten durch den Bruch des sächsischen Geleites anthat. Plötzlich, am 17. Juni, sah sich die lützower Freischar bei Kitzen, zwei Meilen von Leipzig, von 4000 Mann unter General Fournier überfallen, umzingelt, zersprengt und niedergehauen; wer konnte, rettete sich in die Wälder, unter diesen Th. Körner, der aus einer Stirnwunde blutend und zum Tode erschöpft von Landleuten aufgefunden, in der Gärtnerswohnung des Ritterguts Großzschocher verborgen und dann verkleidet zu einem Freunde nach Leipzig geschafft wurde, der ihm einen Paß in die böhmischen Bäder verschaffte [1]).

Kaum minder als durch die Dreistigkeit dieser Parteigänger wurde der Zorn der französischen Gewalthaber durch die für dieselben im sächsischen Volke und besonders in dem ohnehin schlecht angeschriebenen Leipzig zu Tage tretenden Sympathieen erregt. Mehrere von den gefangenen Lützowern entkamen aus der Pleißenburg durch die Beihilfe von leipziger Bürgern. Hofrath Mahlmann, damaliger Inhaber der leipziger Zeitung, büßte das Versehen, eine von einer Pfarrersfrau eingesandte versteckte Danksagung und Einladung an Colomb in sein Blatt aufgenommen zu haben, mit Verhaftung und Abführung auf die Festung Erfurt, von wo er Ende des Monats wieder entlassen wurde. Ernstere Folgen hatte ein durch die Ankunft eines lützower Parlamentairs veranlaßter Auflauf vor der Wohnung des Herzogs von Padua, indem letzterer den an sich unbedeutenden Anlaß ergriff, um, 20. Juni, die verhaßte Stadt „wegen der von den Bewohnern gezeigten widersetzlichen und aufrührerischen Gesinnung“ in Belagerungszustand zu erklären. Der Bürgerschaft wurde durch den Magistrat das Mißfallen

1) Schloſſer, Erlebnisse eines Landpredigers, S. 87. — Voigt, J. A., Skizzen aus dem Leben F. D. Hoffbauers (1869), S. 196 ff. — Naumann, Aus dem Jahre 1813 (1869), S. 74 ff.

Digitized by Google

des Kaisers zu erkennen gegeben, alle Gewehre mußten bei Todesstrafe abgeliefert werden, und am 24sten kam Befehl, binnen acht Tagen aus den vornehmsten und reichsten Bürgern von 20 bis 45 Jahren eine 2000 Mann starke nur mit Seitengewehr bewaffnete Bürgergarde zu errichten. Zugleich wurden die Maßregeln gegen den leipziger Handel erneuert, alle Waaren, deren Ursprung verdächtig schien, ingleichen Reis, Wein und Branntwein in Beschlag genommen, den Tuchhändlern aufgegeben, kein Mitteltuch zu verkaufen sondern es für die Armeen aufzubewahren. Doch wurde, da die Revision nur ein geringfügiges Resultat lieferte, am 4. Juli der Sequester wieder aufgehoben und dafür die Zahlung der Impostsumme für die Colonialwaaren auferlegt, welche präsumtiv während der russischen Occupation eingebracht worden waren. Eine von dem Magistrat und dem Handelsstand nach Dresden entsandte Deputation erwirkte vom Kaiser das Versprechen der Aufhebung des Belagerungszustandes und die Herabsetzung der Bürgergarde auf 1200 Mann [1]). Jene erfolgte am 16. Juli, nachdem Napoleon am 14ten auf der Durchreise von Magdeburg selbst in Leipzig verweilt und den Behörden eine derbe Strafpredigt gehalten hatte. Da er sich sehr aufgebracht zeigte, weil etliche Studenten als Freiwillige unter die preußische Fahne gegangen waren, so wurde der Universität ihre Jurisdiction genommen und somit die altväterische Collision der drei zwischen den Kreishauptmann, die Universität und den Magistrat getheilten Gerichtsbarkeiten durch Errichtung eines königlichen Criminalgerichtshofes und einer Polizeicommission unter Präsidium des Barons v. Werthern beseitigt.

Mittlerweile war Napoleon rastlos thätig gewesen, sich für den Fall eines Wiederausbruchs des Kriegs an der Elbe eine furchtbare Vertheidigungslinie zu schaffen. Hauptstützpunkt derselben sollte Dresden sein, dessen Befestigung er schon bei

1) Sie wurde nach und nach auf 600 vermindert; zu ihrem Commandanten ernannte der König den Major v. Lenz. — Groß, S. 74 ff. Poppe II, 103 ff.

Digitized by Google

seinem Vordringen in die Lausitz angeordnet hatte; es sollte in ein förmliches befestigtes Lager umgewandelt werden, groß genug um die Depots, die Hospitale, Magazine und Fuhrwerke der auf dem rechten Elbufer operierenden Armee aufzunehmen. Er selbst arbeitete die Pläne für die nöthigen Anlagen aus, zu deren möglichst rascher Vollendung mehrere tausend Schanzarbeiter aufgeboten wurden. Man benutzte dabei die Überreste der alten geschleiften Befestigungen und verstärkte sie durch neue Werke. Vor allem richtete er sein Augenmerk auf die Sicherung der Neustadt, die mit einem Kranze von Verschanzungen umgeben wurde. Erst als Österreichs Übertritt zu seinen Gegnern mehr und mehr Wahrscheinlichkeit gewann, fing er an auch die Altstadt mit Erdwerken und Palliſaden zu umgeben, in den Vorstädten die Gartenmauern und einzelne Gebäude zur Vertheidigung herzurichten. Außer der dauerhaft wiederhergestellten Steinbrücke verstatteten ihm zwei Schiffbrücken, bei Pillnitz und beim Königstein, seine Truppen schnell von einem Ufer auf das andere zu werfen. Gern würde er auch die Festung Königstein selbst ganz in seine Gewalt bekommen haben, er verlangte, sie solle französische Besatzung aufnehmen, hier aber hatte die sächsische Gefügigkeit ein Ende, und es gelang dem General v. Gersdorff dahin zu vermitteln, daß die Besatzung nur durch ein französisches Bataillon verstärkt wurde, aber die Festung ihren sächsischen Commandanten, Generalmajor v. Warnsdorf, behielt. Es geschah daher vermuthlich, um wenigstens in der Nähe der Festung Truppen zu haben, daß er dem Königstein gegenüber am Fuße des Liliensteins, auf dem Ladenberg bei Berggießhübel und zwischen Borna und Herbergen Feldbefestigungen anlegen und besetzen und selbst den an sich militärisch unhaltbaren Sonnenstein in Vertheidigungszustand setzen ließ. Dasselbe geschah mit dem Schloß Stolpen und der Gegend um Hohnstein; endlich, um erforderlichen Falls die Armee schnell aus der Lausitz nach der Oberelbe führen zu können, wurde die sogenannte Kaiser- oder Napoleonsstraße von Stolpen durch den dortigen Thiergarten über Hohburkersdorf nach der Eben-

Digitized by Google

heit am Lilienstein theils neu angelegt, theils ausgebessert. Napoleon selbst flog von einem Punkte zum andern, den Fortgang der Arbeiten zu überwachen, besichtigte die Elbfestungen Torgau, Wittenberg und Magdeburg und hielt über die einzelnen Truppenkörper, z. B. bei Torgau über die neuformierte Division Lecoq, Heerschau. Durch ein von dem General v. Gersdorff geleitetes Spionierſystem vortrefflich bedient, kannte er die von Rußland und Preußen zu Reichenbach mit England abgeschlossenen Verträge; voll bittern Grolls gegen Österreich, das sich vermaß als Schiedsrichter zwischen die Streitenden treten zu wollen, hatte er dem ersten aus Wien kommenden Unterhändler, Bubna, abschläglichen Bescheid gegeben. Erst als ihn die dadurch von ihm selbst beförderte Annäherung Österreichs an die Verbündeten von Reichenbach zu beunruhigen anfing, lud er Metternich zu sich nach Dresden ein, und hier, im Marcolini'schen Palais, fand am 28. Juni zwischen beiden jene denkwürdige Unterredung statt, die Österreichs Abfall von Frankreich entschied. Was Metternich verlangte, war (mehr als) bescheiden: das Herzogthum Warschau zur Vertheilung unter die drei Nachbarn, Danzig für Preußen, Illyrien für Österreich, Verzicht auf die Hansastädte und die 32. Militairdivision; aber Napoleon hatte nur Vorwürfe und Beschuldigungen für das ungetreue Österreich; bloß um eine längere Frist für seine Rüstungen zu gewinnen, ließ er sich die Vermittlung Österreichs gefallen und willigte in den Zusammentritt eines Friedenscongresses, aber die Zeit des Waffenstillstandes lief ab, ohne daß er einen Schritt zur Verständigung gethan hatte.

Uneingeweiht in die geheimen von beiden Seiten wirkenden Triebfedern, hoffte das sächsische Cabinet ernstlich auf das Zustandekommen des Friedens und erwog die Vortheile, welche Sachsen dabei würde erlangen können [1]). Als Entschädigung für die Kriegslasten schien Erfurt oder der Saalkreis oder auch

1) Intérêts politiques du Royaume de Saxe à la pacification générale, 22. Juli, von Breuer verfaßt.

Digitized by Google

das Herzogthum Altenburg annehmbar. Von großem Werthe nicht bloß für Sachsen, sondern ebenso für Preußen und Westfalen würde die Freiheit der Elbschifffahrt, desgleichen die baldige Räumung der Elbfestungen durch die französischen Truppen sein. Wenn auch ferner der König als Vater seines Volkes seine Absichten nur auf die Erhaltung und Sicherung seines Königreichs richte, so müßten ihm doch die durch seinen Beitritt zum Rheinbund übernommenen Pflichten eine Vermehrung seiner Macht wünschenswerth machen; dieselben Motive, welche den Kaiser bestimmt hätten, Baiern zu vergrößern, forderten auch die Verstärkung Sachsens. Durch die Vereinigung mit dem Herzogthum Warschau sei dieselbe nicht erzielt worden, eine Mediatisierung der thüringischen Staaten widerstrebe nicht nur dem Gefühle des Königs sondern werde auch sonst auf Hindernisse stoßen; desto mehr empfehle sich aber die Einräumung einer militärischen Suprematie über dieselben, wodurch das sächsische Heer auf 40000 Mann gebracht werden könne, nur müsse man dabei vorsichtig verfahren, damit nicht Westfalen dieses Beispiel in Bezug auf seine kleinen Nachbarn ebenfalls nachahme. In Bezug auf den Rheinbund müsse es Sachsens Aufgabe sein, einen festeren Zustand herbeizuführen, die politischen Beziehungen in Deutschland zu consolidieren, die Bande des Bundes enger zu ziehen, die verschiedenen Fragen über das öffentliche Recht desselben genauer zu bestimmen, das Princip der Souverainetät und Autonomie seiner Glieder aufrecht zu erhalten, die freiwillige Assimilation der Verwaltungsformen zu erleichtern und gewisse allgemeine Grundsätze über Handel, Zölle, Posten ꝛc. zur Geltung zu bringen; wünschenswerth sei ferner, daß der Reichstag des Bundes ins Leben trete um diesem seinen ausschließlich militärischen Charakter zu nehmen. Was das Herzogthum Warschau betreffe, so sei nur zu wahrscheinlich, daß darüber zu Gunsten eines preußischen oder österreichischen Prinzen verfügt werden würde. Selbstverständlich müsse dann der König von Sachsen für dieses Opfer eine Entschädigung erhalten, als welche sich, abgesehen von der Wiedererstattung der dem polnischen Gouvernement

Digitized by Google

vorgeschossenen Summen, nur das Großherzogthum Würzburg oder ein Stück von Westfalen, falls dessen König anderweitig entschädigt würde, bieten dürfte.

Das also war die Summe von dem, was Sachsen jetzt begehrte und wünschte. Es dachte nicht mehr daran den Nacken aus dem französischen Joch zu ziehen sondern nur sich unter demselben im Rheinbunde so bequem wie möglich einzurichten. Aber das Gift der Begehrlichkeit, das den ganzen Körper des Rheinbundes durchzog, fing je länger je mehr, auch in Sachsen zu wirken an. Am 11. August erhielt General Gersdorff eine Verbalnote zur Mittheilung an den Kaiser zugestellt, folgenden Inhalts: Der Kaiser Napoleon hat die Absicht kund gegeben, Sachsen bei den Friedensverhandlungen eine Gebietsvergrößerung von 500000 Seelen zu verschaffen. Der König nimmt diese Eröffnung mit tiefer Erkenntlichkeit an und sieht darin einen neuen Beweis von dem wohlwollenden Interesse, welches sein großer Alliierter ihm bei jeder Gelegenheit gezeigt hat. Se. Maj. der Kaiser hat dem König immer mehr gegeben als dieser zu hoffen gewagt hätte, aber da ihn der Kaiser auffordert selbst die Abrundung zu bezeichnen, welche ihm am wünschenswerthesten sein würde, so glaubt der König dasjenige Object namhaft machen zu müssen, dessen Erwerbung für die beiden Völker, zwischen denen er seine Liebe und Sorgfalt theilt, gleich vortheilhaft sein würde. Es wäre dies die Vereinigung eines Theils von Schlesien mit Sachsen, so daß dadurch eine unmittelbare Verbindung zwischen dem Königreiche und dem Herzogthum Warschau hergestellt würde, nämlich des Stückes an der böhmischen Grenze links von der Weistritz und dem Schweidnitzwasser; von diesem hätte dann die Grenze die Festung Glogau einbegreifend der Oder zu folgen, von da zur Sprottau und diese und den Bober entlang bis Christianstadt zu gehen um bei Lieberose zu endigen [1]).

Aber an demselben Tage, wo das sächsische Cabinet seine Wünsche zu des Kaisers Füßen niederlegte, waren bereits in

1) Dresdn. Arch.

Digitized by Google

Prag die Würfel gefallen. Dank Napoleons eigener verblendeter Hartnäckigkeit blieb Deutschland die Schmach eines Friedens erspart, wie Metternich ihn wünschte und wie er auch dem dresdner Cabinet willkommen gewesen wäre, der mehr als die Hälfte von Deutschland unter der Herrschaft oder der Hegemonie Frankreichs gelassen hätte; Sachsen aber sollte statt der geträumten Vergrößerung nicht bloß auf seinen Fluren den Schlag fallen sehen, der Napoleons Macht zertrümmerte, sondern auch aus dem großen Zusammensturz nur mühsam und theilweise die eigene Existenz retten.

Durch Österreichs Beitritt zu seinen Feinden verlor Napoleons Stellung an der Oberelbe viel von ihrem Werth, da sie von Böhmen aus in der Richtung auf Leipzig leicht zu umgehen war; dennoch dachte er nicht daran dieselbe ohne die äußerste Nöthigung zu verlassen. Auf dem linken Elbufer, von Dresden aufwärts bis Königstein, bewachte St. Cyr, auf dem rechten bei Stolpen, Rumburg und Bautzen Vandamme, endlich bei Zittau Poniatowski die Pforten des böhmisch-sächsischen Grenzgebirges, in Schlesien standen gegen Blücher Macdonald, Lauriston, Ney und Marmont, weiter zurück in der Lausitz die Garde und die drei Reserve-Reitercorps, gegen die Nordarmee und Berlin Oudinot, Bertrand und Reynier, in Leipzig, wo man verschiedene Vorsichtsmaßregeln gegen herumschweifende Freicorps traf, als Rückhalt das Reitercorps des Herzogs von Padua.

In Erwartung kriegerischer Störungen war Napoleons Namenstag bereits am 10ten mit dem üblichen Pompe im voraus begangen worden. Am 15ten, dem eigentlichen Napoleonstage, war alles zum Aufbruch bereit. Sobald Narbonne die letzte Entscheidung aus Prag brachte, brach er sogleich auf: abends 9 Uhr besichtigte er beim Schein der Wachtfeuer die Befestigungen am Lilienstein, dann eilte er in der Nacht über Stolpen und Bischofswerda nach Bautzen, von dort am 17ten abends weiter nach Reichenbach und Görlitz. Zweifelhaft, ob der Hauptangriff seiner Gegner aus Schlesien oder von Böhmen her über Zittau erfolgen werde, auch von dem Gedanken einer

Digitized by Google

Offensive gegen Prag erfüllt, ließ er Poniatowski von Zittau über Gabel, Lefèbre-Desnouettes von Löbau über Rumburg in Böhmen eindringen, während Ney das schlesische Heer in Schach halten sollte [1]). Aber Blüchers rasches Vordringen gegen den Bober nöthigte ihn diese Bewegung zu unterbrechen und sich zunächst gegen diesen Feind zu wenden, allein kaum erkannte Blücher die persönliche Anwesenheit des Kaisers mit überlegenen Massen, als er getreu dem trachenberger Kriegsplan den Rückzug antrat.

War dieser Stoß mißlungen, so setzte Napoleon um so größere Hoffnungen auf den, welchen Marschall Oudinot mit dem 12. Corps unter seinem eigenen Befehle, dem 4ten unter Bertrand, dem 7ten unter Reynier und dem Reitercorps des Herzogs von Padua gegen Berlin und die zum Schutz der Hauptstadt aufgestellte Nordarmee unter dem Kronprinzen von Schweden zu führen bestimmt war. Als das sächsische Corps um an diesem Zuge Theil zu nehmen am 13ten von Görlitz aufbrach, zählte es wenig über 15000 Mann, von denen später noch 600 Mann, das Bataillon Prinz Maximilian, zur Besatzung von Luckau zurückblieben; es fehlten also am Solletat über 3000 Mann, von denen die Mehrzahl in den Lazarethen lag; Reiterei besaß es nur 1200 Mann. Nachdem sich das 7. Corps am 18ten bei Schenkendorf und Damsdorf, halbwegs zwischen Dahme und Baruth, concentriert hatte, gieng es am folgenden Tage bis Schönfeld; das 12. Corps bildete bei Baruth den rechten, das 4te bei Luckenwalde den linken Flügel. Am 21sten griff Oudinot mit dem 12. Corps Trebbin an, das die Preußen, als Reyniers Vordringen über Christiansdorf gegen Nunsdorf sie mit Umgehung bedrohte, nach vierstündigem Kampfe räumten. Hier begann nun für Oudinot der schwierigste Theil seiner Aufgabe; ehe er die freie bis Berlin reichende Ebene betreten konnte, mußte er die Defileen durch die sumpfige, auch noch künstlich unter Wasser gesetzte Niederung der Nuthe und Notte und durch die hinter derselben sich ausbreitenden

1) Anhang Nr. 20.

Digitized by Google

Wälder forcieren. Da diese unwegsame Gegend sich nur in getrennten Zügen zurücklegen ließ, so wurde in einer zu Nunsdorf gehaltenen Berathung der vier Corpscommandanten beschlossen, daß rechts Bertrand von Glieneke gegen Jühnsdorf vorgehen, Reynier im Centrum Wittstock nehmen und die Nuthe in der Richtung auf Großbeeren überschreiten, beide durch dieses Vordringen dem 12. Corps den Angriff auf den stärksten von den drei Übergängen, links bei Thyrow, erleichtern sollten. Aber schon der Beginn der Operationen lieferte den Beweis, daß den französischen Generalen, sobald nicht des Kaisers Auge sie überwachte, die nöthige Energie und Übereinstimmung abgieng. Unzufrieden mit dem ganzen Entwurfe setzte sich Reynier nur zögernd gegen Wittstock in Bewegung und ließ sich durch eine unvollendete, von sechs Compagnien Preußen mit zwei Geschützen besetzte Schanze auf dem Wilmersdorfer Berge dergestalt imponieren, daß er erst gegen Mittag die Brigaden Guilleminot und Brause mit zwölf schweren Geschützen gegen dieselbe vorschickte, worauf die Preußen ohne den Angriff abzuwarten nach Großbeeren abzogen. Es kostete aber den Divisionen Durutte und v. Sahr noch einen blutigen Kampf, ehe sie sich des Dorfes Wittstock bemächtigten, worauf auch der vier Stunden lang tapfer vertheidigte Thyrower Damm in Oudinots Hände fiel und der Paß von Jühnsdorf von den Preußen aufgegeben werden mußte. Den Abend überschritten Oudinot und Reynier die Nuthe, das französische Heer hatte also um auf die offene Ebene zu gelangen nur noch den jenseitigen Wald zu durchschreiten. Aber auch dies konnte nur in getrennten Abtheilungen geschehen, und auf diesen Umstand bauten die preußischen Heerführer die Hoffnung sich vor seiner Vereinigung auf dasselbe werfen und es so einzeln schlagen zu können.

Am Morgen des 23sten erhielt Reynier von Bertrand, der durch eine eine halbe Meile breite Sumpfgegend von ihm getrennt stand, die Aufforderung, durch eine Bewegung auf Großbeeren gegen Tauenziens rechte Flanke seinen Angriff auf den jenseits Jühnsdorf gelegenen Engpaß zu unterstützen. So-

Digitized by Google

gleich setzte Reynier den Marschall Oudinot, der bei Thyrow und Großbeuthen lagerte, von diesem Vorhaben in Kenntniß und erhielt nicht nur dessen Billigung, sondern auch das Versprechen, es durch das Vorrücken des 7. Corps und der Reiterei Arrighi's gegen Ahrensdorf zu unterstützen. Sobald er daher von Blankenfelde her Bertrands Kanonendonner vernahm, setzte er sich vormittags 10 Uhr auf der durch den Wald nach Großbeeren führenden Straße in Marsch, voran die 2. sächsische Division v. Sahr, dann die Division Durutte, die 1. sächsische Division Lecoq als Nachhut, die sächsische Reiterbrigade zur Seite. Doch kam der Zug bei der Erschöpfung der Truppen und dem strömenden Regen nur sehr langsam vorwärts, so daß die Vorhut den eine Meile entfernten Waldrand erst nachmittags 3 Uhr erreichte. Beim Heraustreten aus demselben wurde sie von einer auf der Windmühlenhöhe bei Großbeeren aufgestellten preußischen Batterie mit heftigem Feuer empfangen; General v. Sahr brachte dieses durch zwei vorgezogene Batterien bald zum Schweigen, ließ dann das Dorf in Brand schießen und es durch das Bataillon v. Sperl mit Sturm wegnehmen, worauf die Preußen sich gegen Ruhlsdorf zurückzogen.

Ueberzeugt, daß für diesen Tag alles vorbei sei, nahm Reynier sein Hauptquartier in dem nur durch eine halbe Compagnie Sperlsche Grenadiere besetzten Dorfe und richtete sich in völliger Sorglosigkeit mit seinen durchnäßten Truppen so behaglich wie möglich ein. Er ahnte nicht, daß Oudinot statt versprochenermaßen auf gleicher Höhe mit ihm vorzurücken bei Ahrensdorf Halt gemacht, daß Bertrand sich bei Jühnsdorf durch Tauenzien hatte festhalten lassen, daß also das 7. Corps ganz allein der gesammten, 40000 Mann starken Macht Bülows gegenüber stand, daß endlich dieser, dem Befehle des Kronprinzen zum Rückzuge den Gehorsam versagend, schon bereit stand, sich auf ihn zu stürzen. Selbst als das ganze preußische Heer anrückte, hielt er dies anfangs nur für eine Scheinbewegung um den Abmarsch der Nordarmee zu decken und ließ die Meldungen von dem Erscheinen feindlicher Massen in

Digitized by Google

seiner rechten Flanke unbeachtet; eher erregten die Bewegungen des Feindes gegen seine linke Flanke seine Aufmerksamkeit, da hier das erwartete 7. Corps nicht eintreffen wollte; seine rechte hielt er durch Bertrand für völlig gesichert. Statt Bertrands aber erschien plötzlich, während Bülow Großbeeren und die auf dem Windmühlenberge danebenstehende Division Sahr mit Ungestüm in der Front angriff, von Diedersdorf her Borstell, warf das sächsische Grenadierbataillon aus Kleinbeeren und dem daneben befindlichen Walde und drang nun ebenfalls gegen Großbeeren vor. Jetzt erst stiegen dem noch immer zweifelnden Reynier ernstlichere Besorgnisse auf und er traf neue Anstalten. Aber es war zu spät; Bülows Colonnen nahmen Großbeeren mit stürmender Hand; gleichzeitig drang Borstell in das brennende Dorf. Standhaft behauptete die Division v. Sahr ihre Stellung auf der Windmühlenhöhe gegen drei preußische Brigaden, bis Borstells Hervorbrechen aus Großbeeren sie zwang, den ungleichen Kampf aufzugeben. Zu spät seines Irrthums inne geworden, befahl ihr Reynier den Rückzug erst, als der Feind ihr schon theilweise im Rücken stand. Noch boten die beiden Bataillone Prinz Anton und Sperl Borstells Ansturm die Stirn, aber, da in dem strömenden Regen die Gewehre versagten, mit Kolben und Bajonnet angefallen, sahen sie sich überwältigt und gegen einen breiten, tiefen und schlammigen Graben gedrängt, über den ein schmaler Steig den einzigen Ausweg bildete; viele ertranken, andere wurden gefangen, doch erreichte die Mehrzahl den schützenden Wald. Ein Versuch Sahrs, sieben Geschütze, welche die Division hatte stehen lassen müssen, mit zwei Bataillonen des Regiments v. Low durch einen Bajonnetangriff unter seiner persönlichen Führung zu retten, wurde nach einem wüthenden Handgemenge zurückgewiesen, die beiden Bataillone fast ganz vernichtet, das eine umringt und gefangen, v. Sahr selbst durch mehrere Bajonnetstiche in Arm und Unterleib schwer verwundet. In dem Augenblicke, wo Großbeeren verloren ging, befahl Reynier der am Waldessaum haltenden Division Durutte zur Unterstützung der Sachsen vorzugehen; sowie aber die ersten Kartätschen in

Digitized by Google

ihre Reihen einschlugen, wandte sie sich zur Flucht nach dem Walde, so daß General Devaux, außer sich über dieses Benehmen, von dem Oberst v. Thümmel verlangte, er solle sich mit seinen Ulanen auf die Weichenden werfen und sie mit Gewalt wieder vorwärts treiben [1]). Nunmehr gab Reynier seine Sache verloren. Er ertheilte Lecoq den Befehl, die vorher angeordnete Flankenbewegung gegen die Windmühlenhöhe zu unterbrechen und so schnell wie möglich mit seiner Division den Weg nach dem Vorwerk Neubeeren zu gewinnen um auf diese Weise den Rückzug der zweiten Division zu decken. Dies gelang, Lecoq hielt den Feind in gewisser Entfernung und trat seinerseits, von der eintretenden Dunkelheit begünstigt, den Rückzug nicht eher an, als bis sein sämmtliches Geschütz in Sicherheit war. Am Waldesrande hörte die Verfolgung auf. Der Gesammtverlust der Sachsen betrug 28 Offiziere und 2096 Mann, 7 Kanonen und 53 Wagen, davon kamen auf die 2. Division allein 12 verwundete und 9 gefangene Offiziere, 116 Todte, 238 Verwundete und 1564 Gefangene. An Stelle des Generals v. Sahr übernahm einstweilen Oberst v. Bose das Commando der 2. Division; das Regiment v. Low, das am meisten gelitten hatte, wurde in ein Bataillon zusammengezogen. Das in Luckau gebliebene Bataillon Maximilian wurde am 28sten mit der übrigen Besatzung gefangen genommen. Es war ein böses Verhängniß, welches die Sachsen verfolgte; wie beim Beginn des Feldzugs im Frühjahr zu Lüneburg, so waren sie auch jetzt, nach dem Wiederausbruche der Feindselig-

1) Als Beleg von Thiers' Wahrheitsliebe stehe hier dessen Darstellung des Herganges (XVI, 388): „La division Durutte résista héroiquement, mais les Saxons, pour la plupart conscrits de l'année, joignant à la faiblesse de leur age un très-mauvais esprit, travaillés par des officiers, qui leur rappelaient, que Bernadotte les avait commandés en 1809 et traités comme un père, ne resistaient pas longtemps et laissèrent sans appui la division Durutte. Celle-ci fut obligé de se retirer mais elle le fit en bon ordre."

2) Feldzüge der Sachsen, S. 213 ff. — Varnhagen, Leben des Generals v. Bülow (1853), S. 200 ff.

Digitized by Google

keiten, die ersten Opfer der unnatürlichen Waffengenossenschaft, in der eine verblendete Politik sie auszuharren zwang.

Die Niederlage Reyniers hatte auf den Geist des ganzen französischen Heeres so niederschlagend gewirkt, daß Oudinot die ganze Unternehmung gegen Berlin als gescheitert ansah und, kaum vom Kronprinzen verfolgt, den Rückzug antrat. Das 7. Corps gieng, nachdem es die Brücke bei Wittstock hinter sich abgebrannt hatte, am 24sten bei Schönfeld und Dümde wieder über die sächsische Grenze und stand am 26sten mit den übrigen Corps vereinigt bei Hohen-Schlenzer, aber erst unter den Kanonen von Wittenberg hielt sich Oudinot wieder ganz für geborgen.

Im großen Hauptquartier der Verbündeten war der von Napoleon beabsichtigte Angriff auf Berlin keineswegs unbeachtet geblieben. Hauptsächlich der Wunsch, dem Kronprinzen von Schweden Luft zu machen, brachte am 19. August den Beschluß zur Reife über das Erzgebirge in Sachsen einzudringen. Zu verwundern war nur, daß man ungeachtet der den Verbündeten günstigen Stimmung der sächsischen Bevölkerung gar keine sichre Kunde darüber besaß, wo sich eigentlich Napoleon befinde. In der Voraussetzung, daß er seine Hauptmacht in der Ebene um Leipzig vereinigen werde, wurde der Plan zu einer kräftigen Offensive nach dieser Richtung entworfen, an welchem wahrscheinlich Langenau, gegenwärtig Generalquartiermeister des österreichischen Heeres, wesentlichen Antheil hatte, da er es nicht nur besser als der bescheidene Radetzki verstand sich Geltung und Einfluß auf den Fürsten Schwarzenberg zu verschaffen, sondern auch der Glaube ihm zu statten kam, daß er als Sachse mit den Verhältnissen des Kriegsschauplatzes, den man zu betreten im Begriff stand, besser als jeder Andere vertraut sein müsse [1]). Der Aufbruch verzögerte sich jedoch bis zum 22sten, an welchem Tage das Heer in vier großen Colonnen das Erzgebirge überstieg. Die erste unter Wittgen-

1) v. Bernhardi, Denkwürdigkeiten des Generals Grafen Toll (1865) III, 128.

Digitized by Google

stein rückte von Teplitz auf der Straße über Peterswalde gegen Dresden vor um sich der Elbübergänge zu versichern, während die drei übrigen die Richtung auf Leipzig einschlugen. Der Vormarsch auf dem durch eine große Zahl tiefer und steiler Thäler durchschnittenen, unwegsamen Abfall des Gebirges, durch eine an sich arme und zum Theil von den Franzosen gänzlich ausgezehrte Gegend war äußerst mühsam und beschwerlich, die armen Bewohner aber litten mehr als durch die ungeheuren Truppenzüge von den Scharen böhmischen Volkes, die, Männer und Weiber, zu Raub und Plünderung dem österreichischen Heere nachfolgten. [1]).

Nur Wittgenstein stieß auf den Feind, das 14. Armeecorps St. Cyrs, der sich vor der Übermacht fechtend in die Verschanzungen bei Berggießhübel, dann nach Zehista und dem Kohlberg und endlich bis Mügeln zurückzog, worauf Wittgenstein sein Hauptquartier in Pirna nahm. Sonst wurden vom Feinde nur schwache Reiterposten angetroffen, die alsbald zurückwichen, und nun erst erfuhr man, daß Napoleon nicht bei Leipzig sondern in der Lausitz stehe und nicht daran denke, seine Elbstellung aufzugeben, daß man also im Begriff stehe einen Stoß in die Luft zu thun. Dies brachte den in Kaiser Alexanders und Schwarzenbergs Hauptquartier zu Zöblitz abgehaltenen Kriegsrath zu dem Beschluß, die bisherige Richtung aufzugeben und sich durch eine Rechtsschwenkung gegen Dresden zu wenden, um womöglich diesen Stützpunkt Napoleons durch einen Handstreich wegzunehmen, ehe derselbe ihm zu Hilfe kommen könne. Demgemäß wurden alle Heereszüge mit Ausnahme Wittgensteins, der auf Dresden, und Klenau's, der von Freiberg auf Tharand marschierte, auf Dippoldiswalde gerichtet. Aber diese Änderung des Marsches einer so großen Masse, die nun die Gebirgsthäler auf halsbrechenden Wegen quer zu durchschneiden hatte, gieng nicht so schnell, die Truppen stopften sich; schlimmer noch war, daß die oberste Heeresleitung,

1) Aster, Schilderung der Kriegsereignisse in und vor Dresden vom 7. März bis 28. August 1813 (1844), S. 126.

Digitized by Google

unvorbereitet für diese aus dem Stegreife begonnene Unternehmung, unsicher und ohne rechtes Vertrauen zu ihren eigenen Maßnahmen, statt in möglichster Schnelligkeit und Stärke auf Dresden zu fallen, am 25sten mit dem Aufbruch von Dippoldiswalde dergestalt zögerte, daß erst nachmittags 4 Uhr etwa 60000 Mann auf den Höhen von Dresden eintrafen. Aller Wahrscheinlichkeit nach hätte an diesem Tage ein energischer Angriff Dresden in die Hand der Verbündeten geliefert. In der Stadt machte sich alles auf einen Sturm gefaßt; der König, der Hof, die auswärtigen Diplomaten und wer sonst es konnte, suchten ein Unterkommen in der Neustadt. Mit bangem Entsetzen sahen die Einwohner und die zahlreichen Flüchtlinge aus der Umgegend den umgebenden Hügelkranz sich mit den dunkeln Massen der Angreifer bedecken; dem Schrecken des Augenblicks gehorchend fürchteten sie die Befreier, sehnten sie Napoleon als Retter herbei. Aber jenen verstrich unter fruchtlosem Hin- und Herreden der günstige Augenblick, zuletzt wurde, damit doch etwas geschehe, ein Versuch beschlossen, jedoch auf den nächsten Tag verschoben.

Allein, ehe es zu dessen Ausführung kam, hatten sich die Umstände vollständig geändert. Auf die erste Nachricht nämlich von dem Vormarsch der Verbündeten gegen Dresden ließ Napoleon von dem zurückweichenden Blücher ab, um sich gegen jene zu wenden; sein erster Gedanke war über die Brücken am Königstein zu gehen, zu deren Beobachtung nur 13000 Mann unter dem Herzog Eugen von Würtemberg zurückgeblieben waren, und ihnen in den Rücken fallen. Die Nachricht von Oudinots Niederlage, die er den 25sten mittags in Stolpen erhielt, brachte jedoch die erste Störung in den kühnen Plan, sodann meldete St. Cyr, daß er Dresden gegen die ungeheure Überzahl der Verbündeten keine vierundzwanzig Stunden werde behaupten können; er entschloß sich deshalb, selbst mit der Hauptmacht zur Rettung von Dresden zu eilen, die Umgehung über Königstein nur in verkleinertem Maßstabe durch Vandamme ausführen zu lassen. Vormittags neun Uhr erschien er plötzlich in der Stadt, während Wittgenstein sich bereits vom Großen

Digitized by Google

Garten her der pirnaischen Vorstadt näherte; seine Gegenwart belebte wie durch Zauberschlag den gesunkenen Muth, an der Brücke haltend wies er persönlich den auf der bautzener Straße hereinströmenden Truppen Richtung und Stellung an, während seine Gegner, welche die ganze Altstadt in einem mächtigen Halbkreis von Blasewitz bis Briesnitz umspannten, zaghaft Stunde auf Stunde verstreichen ließen ohne etwas Ernstliches zu unternehmen. Nur die Festigkeit des Königs von Preußen bewirkte, daß man schließlich bei dem früheren Beschluß anzugreifen stehen blieb. Aber die mangelhafte Disposition zum Angriff, der statt gegen die ganz unverschanzte Friedrichsstadt mit den Hauptkräften gegen die wohl verwahrte pirnaische, See- und wilsdruffer Vorstadt gerichtet wurde, die aller Übersicht und alles Zusammenhanges entbehrende Oberleitung opferten nutzlos den Heldenmuth der stürmenden Truppen. Die Preußen unter Kleist bemächtigten sich des Großen Gartens und versuchten in die pirnaische Vorstadt einzudringen, die Österreicher erstürmten die Lunette vor der Seevorstadt, ein Regen von Kugeln und Granaten entlud sich über der geängstigten Stadt.

In diesem kritischen Momente erfolgte der Umschlag. Nachdem Napoleon persönlich die feindlichen Stellungen recognosciert hatte, glaubte er nunmehr über hinlängliche Streitkräfte zu gebieten um von der Abwehr zum Angriff überzugehen. Die bewunderungswürdige Ruhe und Sicherheit, mit der er vom Schloßplatz aus den Kampf leitete, wirkte electrisch auf die von dem Gewaltmarsch ermüdeten Truppen. Auf dem Kreuzthurm war der sächsische Oberst v. Haak als Beobachter aufgestellt und signalisierte jeden anrückenden Truppentheil der Verbündeten schon aus der Ferne. Es war sechs Uhr Abends. Mächtige Truppen und Geschützmassen quollen aus den Schlägen hervor, entrissen nach heißem Kampfe den Preußen den vordern Theil des Großen Gartens, Wittgenstein das Dorf Strießen und den Windmühlenberg, eroberten die verlorene Lunette wieder, retteten die kaum noch behauptete vor dem Falkenschlage und drängten die Österreicher auf die räcknitzer

Digitized by Google

Höhen zurück, worauf sie auch das Dorf Löbtau vor der Friedrichsstadt in der Nacht freiwillig verließen. Die sächsische Kürassierbrigade, die nach einem überaus anstrengenden Marsche mittags in Dresden angelangt war, betheiligte sich an dem Kampfe durch einen Angriff, den sie vom Ostragehege aus in der Richtung auf Cotta machte. Mit eintretender Dunkelheit war der Angriff der Verbündeten überall abgeschlagen, ihr rechter Flügel bereits ein ziemliches Stück von der teplitzer Straße gegen das Gebirge hin abgedrängt. Ununterbrochen wälzten sich während der Nacht neue Truppenzüge in die Stadt, in welcher die Fenster des Erdgeschosses und ersten Stockes erleuchtet bleiben mußten.

Während somit die „Demonstration" der Verbündeten gegen Dresden vollständig mißglückt war, drohete ihrem Rücken vom Königstein her, wo Vandamme unter dem Schutze der Festung die Elbe überschritten und den Herzog Eugen von Würtemberg mit dreifach überlegener Macht angegriffen hatte, ein noch viel schwereres Ungewitter. Der Prinz, die ganze Wichtigkeit seiner Stellung begreifend, wehrte, zwischen Kritschwitz und Struppen Fuß fassend, den Andrang der Feinde heldenmüthig ab. Allein bei der offenbaren Unmöglichkeit sich hier länger zu behaupten zog sich Ostermann, der mittlerweile den Oberbefehl übernommen hatte, in der Nacht hinter den tiefen Grund der Gottleuba nach Zehista zurück um dem Hauptheere die große Straße nach Böhmen offen zu halten; auf seine dringende Bitte um Unterstützung sandte ihm Barclay die russischen Garden. Diese schlimmen Nachrichten wirkten auf das Hauptquartier entscheidend. Die Lage der Truppen, die ohne Obdach und Lebensmittel von dem in der Nacht eintretenden kalten Landregen durchnäßt wurden, war überaus traurig. Auf das Andrängen des Königs von Preußen beschloß man zwar zuletzt, auf den Höhen vor Dresden stehen zu bleiben und Napoleons weitere Unternehmungen abzuwarten, aber Schwarzenberg betrachtete die nun folgende Schlacht nur noch als ein großes Arrièregardengefecht zur Deckung des durch Vandamme's Vordringen unvermeidlich gewordenen Rückzugs.

Digitized by Google

Die Aufstellung der Verbündeten folgte dem Höhenkamm von Torna, Leubnitz und Räcknitz; der linke Flügel der Österreicher stand in Voraussicht von Klenau's baldigem Eintreffen durch die tiefe Kluft des plauenschen Grundes von dem übrigen Heere getrennt, und auf diesen Umstand gründete Napoleon vorzugsweise seinen Entwurf zum Angriff. Nachdem er schon früh 6 Uhr von der Lunette am Falkenschlage aus die feindliche Stellung, soweit es der strömende Regen gestattete, erkundet hatte, ließ er dem Könige von Sachsen durch General Gersdorff melden, der Feind sei so gut wie geschlagen. Er beabsichtigte denselben links von der Elbe und der teplitzer Straße ab- und gegen das Gebirge hinzudrängen, von rechts ihn in den plauenschen Grund zu werfen. Jenes gelang nur theilweise, da zwar das Dorf Reick erobert, Leubnitz aber trotz dreimaligem Sturm von Wittgenstein behauptet wurde; desto vollständiger war der Erfolg auf dem rechten Flügel, wo Murat durch den zschoner Grund die Österreicher umgieng, die französische und sächsische Reiterei ihre Vierecke bei Roßthal und Altfranken zersprengte, die ganze Division Mezko die Waffen strecken mußte und somit auch die Straße nach Freiberg verloren gieng. Dieser Unfall und Moreau's tödtliche Verwundung auf der räcknitzer Höhe vollendeten die Entmuthigung, der Rückzug wurde angetreten; eine Menge Material blieb im Koth stecken [1]). Unter unsäglichen Schwierigkeiten erreichten die Russen und Preußen die Straße nach dem Engpaß am Geiersberg, die Österreicher Altenberg, um den steilen Südabfall des Erzgebirges in das teplitzer Thal hinabzusteigen.

Von Regen triefend ritt Napoleon gegen Abend in die Stadt zurück, von der Bevölkerung wie vom Könige mit lebhafter Freude als Befreier empfangen. 20000 Gefangene füllten die Kirchen und den Zwinger, auf dem Schloßhofe standen 30 eroberte Geschütze. Allein trotz dieses glänzenden Erfolges wollte in die Seele des Kaisers selbst keine rechte

1) Aster, Kriegsereignisse bei Dresden, S. 128 ff. — v. Bernhardi, Denkwürdigkeiten Tolls III, 162. — Odeleben, S. 266.

Digitized by Google

Siegesfreude einkehren. „Wie Sie mich da sehen", sagte er zu dem ihn beglückwünschenden General v. Gersdorff, „bin ich sehr erfreut über die Ergebnisse dieser Tage; inzwischen, wo ich nicht bin, geht es schlecht. Was gegen Berlin steht, ist geschlagen und ich fürchte für Macdonald; er ist brav, er ist gut, mir ergeben, aber er ist nicht glücklich." Seiner trüben Ahnung sollte die Bestätigung auf dem Fuße folgen. Gersdorff brachte die Unglücksbotschaft von Vandamme's Niederlage und Gefangennehmung, die er in der Nacht zum 31. August durch den Commandanten des Königsteins erhalten hatte, ins kaiserliche Hauptquartier. Der Sieg im Centrum war durch die Niederlagen auf der Peripherie mehr als aufgewogen. „Drei ungeheure Schläge", schrieb Gersdorff, „haben uns hart betroffen und unsere Lage sehr verschlimmert, uns bleibt kein Resultat denkbar, als daß der Kaiser die Elbe verlassen muß." [1]) In der ersten Bestürzung rief Napoleon alle seine Truppen aus dem Erzgebirge nach Dresden zurück; er wendete sich sogar an den König von Sachsen, damit dieser beim Kaiser von Österreich auf vertraulichem Wege vermittle, daß die beiderseitigen Truppen die böhmisch-sächsische Grenze respectieren sollten [2]), doch kam er von beiden Maßregeln wieder zurück. Während er St. Cyr, Victor und Lobau gegen die böhmische Armee stehen ließ mit dem Befehl sich, falls dieselbe von neuem vordringe, auf Dresden zurückzuziehen, an dessen Befestigung unausgesetzt gearbeitet worden war, eilte er am Abend des 3. Septembers nach der Lausitz um durch seine Gegenwart dem zerrütteten Heere Macdonalds wieder Halt zu geben und Blüchers Vordringen zu hemmen. Ein bunter Strom Unbewaffneter, Hungernder und Erschöpfter fluthete ihm entgegen; sie wurden angehalten, gesammelt und neu bewaffnet zum Heere zurückgeschickt. Bei Hochkirch trafen, 4. September, die französischen Vortruppen auf den im vollen

1) Aster, Die Kriegsereignisse zwischen Peterswalde, Pirna ꝛc. (1845).
2) Graf Schulenburg an Graf Einsiedel, Dresden, 4. September. Dresdn. Arch.

Digitized by Google

Vormarsch gegen die Spree begriffenen Blücher; schon hoffte Napoleon ihn zur Schlacht zu bringen, sowie aber dieser der feindlichen Übermacht und der Gegenwart des Kaisers inne ward, wich er wieder hinter den Queis zurück. Napoleon, der die Nacht im Pfarrhaus zu Hochkirch verbracht hatte, sah zu seinem höchsten Verdruß den Gegner abermals entschlüpfen; er folgte ihm bis Reichenbach, aber das erneute Vordringen der böhmischen Armee gegen Dresden nöthigte ihn, von der weiteren Verfolgung abzulassen. In Stolpen ereilte ihn die erste Kunde, daß auch die zweite Unternehmung gegen Berlin, zu der er den ruhmreichsten seiner Feldherren, den Marschall Ney, ausgesendet hatte, gänzlich gescheitert war.

Das Schicksal, welches nicht müde wurde die Sachsen zu verfolgen, hatte ihnen auch in diesem blutigen Drama eine schlimme und undankbare Rolle aufgespart. Am 5ten brach Ney mit dem bisher von Oudinot befehligten, durch die polnische Division Dombrowski verstärkten Heere von Wittenberg gegen Berlin auf. Oudinots Corps als rechter Flügel marschierte den 6ten auf Öhna, Reynier auf Rohrbeck, am weitesten links von Zahna aus Bertrand. Tauenzien, eben im Begriff zu Bülow rechts abzumarschieren, sah sich genöthigt bei Jüterbock dem Angriff Stand zu halten; 4 Stunden lang behauptete er sich heldenmüthig gegen den weit überlegenen Feind, da verkündete Kanonendonner dem fast zum Erliegen gebrachten tapfern Häuflein die nahende Hilfe. Es war Bülow, der sich von Kurzlipsdorf und Kaltenborn aus plötzlich auf die linke Flanke des Angreifers stürzte. Sogleich rief Ney Reynier von Rohrbeck herbei. Die zuerst eintreffende Division Durutte nahm seitwärts von Niedergehrsdorf nach dem Aagrunde zu Stellung; die beiden Divisionen Lecoq und Sahr folgten, sich mühsam durch die fliehende französische Reiterei und das Fuhrwesen hindurcharbeitend und von Kosakenschwärmen angefallen, in geschlossenen Vierecken und marschierten auf der anderen Seite des Aagrundes, den linken Flügel an Göhlsdorf gelehnt, in zwei Treffen auf, ihre Artillerie besetzte den seitwärts vorliegenden Windmühlenberg; die sächsische Reiterbrigade war

Digitized by Google

noch von Rohrbeck her in Anmarsch. Damit war in diesem Punkte eine den anstürmenden Preußen bedeutend überlegene Macht vereinigt. Aber auch Bülow rief eiligst die Brigade Hessen-Homburg heran, in Sturmschritt rückte sie gegen Göhlsdorf vor. Reynier, die Wichtigkeit des Dorfes erkennend, warf die ganze Brigade Mellentin und das Regiment Prinz Friedrich hinein; ein fürchterliches Ringen erhob sich um den Besitz desselben, dreimal erstürmten es die Preußen, dreimal wurde es ihnen wieder entrissen, die Batterien auf dem Windmühlenberge, die sich verschossen hatten, mußten eilig abfahren und brachten dabei das eigene Fußvolk in Unordnung, beim vierten Angriff blieb Göhlsdorf in den Händen der Preußen. Nun gieng auch Dennewitz verloren, Bülow und Tauenzien reichten sich hinter dem Dorfe die Hand. Noch aber gebot Ney über das ganze Corps Oudinot's und die Reiterei des Herzogs von Padua, lauter frische Truppen, ihr Eintreffen wendete das Geschick der Schlacht nochmals; mit neuer Wuth entbrannte der Kampf um Göhlsdorf und die Preußen mußten es der fast dreifachen Übermacht überlassen, selbst als die Brigade Borstell anlangte und den Kampf um das Dorf nochmals aufnahm, standen die Dinge für Bülow sehr bedenklich und der todverachtende Heldenmuth der Preußen würde vergeblich um den Sieg gerungen haben, hätte nicht in diesem Augenblicke Ney, der nur die Zerrüttung des bei Rohrbeck von Thümen und Tauenzien überwältigten 4. Corps vor sich sah und des Überblicks über das Ganze ermangelnd diesen Theil des Kampfes für den wichtigsten hielt, Oudinot von Göhlsdorf dahin abberufen. Als Reynier, durch Oudinot's Abmarsch mit den beiden sächsischen Divisionen allein gelassen, seine unvermeidliche Niederlage vor Augen sah, gerieth er in Verzweiflung; er sprengte zu dem Marschall um ihn zum Bleiben zu bewegen, in Gegenwart der sächsischen Generale entspann sich zwischen beiden ein heftiger Wortwechsel; vergebens, das Unheil nahm seinen Gang. Mit einer Tapferkeit, die einer besseren Sache werth war, suchten die Sachsen Göhlsdorf noch eine Zeit lang zu halten, dann wurden sie durch einen neuen

Digitized by Google

Ansturm der Preußen herausgeworfen. Gleichzeitig wich Bertrands Corps, mit Macht angegriffen, ehe es Oudinot erreichen konnte, in Unordnung zurück. Den Sachsen, deren beide Flügel dadurch dem Feinde bloßgestellt waren, blieb nun keine Wahl als der Rückzug, den die Division Lecoq nebst den Baiern, in fester Haltung unter dem feindlichen Geschützfeuer marschierend, begünstigt durch den Staub und Pulverdampf, deckte. Den Versuch, bei Öhna nochmals Stand zu halten um dem fliehenden Heere einen Vorsprung zu verschaffen, büßten sie, von feindlicher Reiterei überrascht, mit einem Verlust von 1200 Gefangenen und drei Kanonen. Reynier eilte auf den kürzesten Wegen, über Herzberg und Annaburg, Torgau zu erreichen, wohin auch die übrigen geschlagenen Corps sich wendeten. Unfähig, sich der fortgesetzten Angriffe der Preußen zu erwehren, zog sich Ney am 8. September über die Elbe und dann sogar hinter die Mulde zurück. Bülow, durch Hirschfeld verstärkt, schickte sich zur Belagerung von Wittenberg an, von dessen Fall der Kronprinz von Schweden seine weiteren Bewegungen abhängig machen wollte; am 25sten wurden die Laufgräben eröffnet und begann, jedoch vorläufig ohne Erfolg, die Beschießung [1]).

Der Verlust der Sachsen in den Tagen vom 30. August bis 7. September bezifferte sich auf 28 Offiziere und 3313 Mann an Todten und Verwundeten, 12 Geschütze und 40 Munitionswagen. Die Regimenter waren so geschwächt, daß sie, als das Corps bei Süptitz und Zinna lagerte, in Bataillone zusammengezogen werden mußten. Dasselbe zählte hiernach in 12 Bataillonen Infanterie, 1 Jägercompagnie, den Sappeurs, 13 Escadrons und 5 Batterien nicht mehr volle 9000 Mann; das Corpscommando behielt zugleich mit dem der 1. Division Lecoq, die 2. Division übernahm Generalleutnant

1) Feldzüge der Sachsen, S. 241 ff. — Varnhagen, Leben Bülows, S. 222 ff. — Die Darstellung bei Norvins I, 339 und bei Thiers XVI, 431, welche den Sachsen die Schuld der Niederlage beimißt, ist durchaus unrichtig.

Digitized by Google

v. Zeschau, die Reiterbrigade statt des erkrankten v. Gablenz Oberst v. Lindenau. Doch änderte Napoleon bald darauf, als die Sachsen bei Dommitzsch standen, auch diese Formierung dahin, daß beide Divisionen in eine, bestehend aus den Brigaden v. Brause und v. Ryssel unter Zeschau's Oberbefehl, verschmolzen wurden; General v. Mellentin wurde zum Depot nach Torgau versetzt.

Erklärlicherweise erregte die Hartnäckigkeit, mit der die Sachsen gegen die deutsche Sache fochten, bei ihren Gegnern sehr bittre Empfindungen. Bülow hielt am Morgen nach der Schlacht bei Dennewitz den gefangenen sächsischen Offizieren eine bittere Strafrede und forderte sie auf Thielmanns Beispiele zu folgen. Es hatte das ebensowenig Erfolg, wie ein vom Schlachtfelde selbst an die Sachsen erlassener Aufruf [1]) und ein ähnlicher des Kronprinzen von Schweden vom 10. September aus Jüterbock, wie ein Schreiben Bülows an Zeschau vom 29sten, worin er ihn im Namen des deutschen Vaterlandes beschwor, sich dem Befreiungskampfe anzuschließen und seinen gefesselten König aus der schmachvollen Unterwürfigkeit unter die verhaßten Fremdlinge zu erlösen, indem er ihm im Namen des Königs von Preußen das ungetheilte Zusammenbleiben des sächsischen Corps und die Bestätigung eines Jeden in seinem Range zusicherte. Nur der Major v. Bünau gieng in der Nacht zum 23. September mit einem Bataillon König bei Oranienbaum zum Feinde über, was zur Folge hatte, daß eine Recognoscierung von 50 Reitern bei Goldewitz den Kosaken in die Hände fiel. Reynier fand sich dadurch veranlaßt, die sächsischen Truppen von den Vorposten zu entfernen und diese durch Franzosen zu besetzen, der König aber legte die verunehrte Uniform seines Regiments, die er seit vielen Jahren getragen, ab und richtete, 26. September, eine Proclamation an die Truppen, welche in schmerzlich bewegtem Tone zum Festhalten an der ihm geschworenen Treue ermahnte, eine zweite

1) Varnhagen, Leben Bülows, S. 260.

Digitized by Google

an seine Unterthanen, um dieselben gegen die Verführungen der feindlichen Befehlshaber zu schützen [1]).

Und dennoch wurde den Sachsen all ihre Treue und hingebende Aufopferung von Napoleon mit dem empörendsten Undank vergolten. Da er weder Ney's Fehler aufzudecken noch auch die Franzosen zu beschuldigen wagte, die Niederlage aber doch irgend jemandem schuld gegeben werden mußte, so brachte die Leipziger Zeitung vom 29. September einen angeblich von Ney herrührenden, in Wahrheit aber im kaiserlichen Hauptquartier geschmiedeten Schlachtbericht, der die freche Lüge enthielt: „In diesem Augenblicke war die Schlacht gewonnen; allein zwei Divisionen des 7. Corps wichen, und dieses Corps, welches sich gänzlich zurückzog und einen Theil des 12. Corps mit sich fortriß, änderte den Zustand der Dinge." Vergebens erklärte Ney dem General Reynier, daß er an dieser Beschuldigung keinen Theil habe, vergebens reclamierte dieser in würdigen, ernsten Worten beim Kaiser die Ehre der Sachsen, vergebens bezeugte er dem General Lecoq auf dessen Beschwerde schriftlich die musterhafte Haltung seiner Truppen [2]), die Sachsen, die allein bei Dennewitz die Ehre des Tages für das französische Heer gerettet hatten, blieben vor den Augen der Welt die Schuldigen. Was anders konnte eine so schnöde Verunglimpfung bewirken als tiefe und allgemeine Erbitterung gegen Den, dem jeder Einzelne nur widerwillig, aus Gehorsam gegen den König, diente? Überhaupt hatten die französischen Heerführer schon das Vertrauen zu den fremden Truppen verloren [3]), nicht minder bedenklich war der Zustand der französischen Truppen selbst. Die Gewaltmärsche in anhaltendem Regenwetter, der Mangel an Lebensunterhalt und Obdach in dem unglücklichen Sachsen, dessen letzte Hilfsquellen zur Neige giengen, brachten Mannschaften und Pferde herunter. Die Ausschweifungen der französischen Soldaten erreichten einen solchen Grad, daß sogar die sächsischen Minister Vorstellungen

1) Poppe II, 158 f.
2) Feldzüge der Sachsen, S. 261 f. — Beitzke II, 326.
3) Ney an Berthier, Wurzen, 10. Sept. Thiers XVI, 436.

Digitized by Google

dagegen wagten. Zwar ergieng, 31. August, an die commandierenden Generale ein strenges Verbot gegen alle gewaltsamen Erpressungen, auch Souham erließ an seine Truppen eine Mahnung zur Schonung des befreundeten Landes [1]); was aber konnte dies fruchten, so lange dieselben darauf angewiesen blieben nur von dem zu leben, was sie eben fanden! Die Desertion nahm überhand; nach der Schlacht bei Großbeeren zogen die Ausreißer truppweise durch Leipzig dem Rheine zu, seit den Niederlagen an der Katzbach und bei Dennewitz in solcher Menge, daß oft etliche tausend an einem Tage die Stadt passierten oder um dort nicht angehalten zu werden sich bei derselben vorbeischlichen. Die Hauptsache jedoch war, daß auch die militärische Lage Napoleons sich durch die letzten Niederlagen ungemein verschlimmert hatte. Gegen Norden zwar schien das von Ney bei Goldewitz, Oranienbaum und Wörlitz aufgestellt 7. Corps vorläufig ausreichend, um das weitere Vordringen des nur langsam sich vorwärts bewegenden Kronprinzen von Schweden aufzuhalten; desto lebendiger aber war es auf den übrigen Schauplätzen geworden.

Blücher hatte kaum Napoleons Abreise erfahren, als er auf der Stelle wieder vordrang. Am 9ten hatte St. Priest bei Löbau ein hitziges Gefecht gegen Poniatowski zu bestehen, durch welches Macdonald seinen Rückzug nach Bautzen verdeckte; am 10ten befand sich Blüchers Hauptquartier zu Herrnhut, seine leichten Truppen streiften nach der Elbe hin, wobei ihnen in der Nähe von Ortrand ein Theil der sächsischen Kürassiere samt dem Commandanten des Regiments Zastrow in die Hände fiel, andere besetzten schon Bischofswerda, Stolpen und Neusalza. Südlich von Dresden entspann sich am 8ten zwischen Barclay und St. Cyr um die Übergänge über die Müglitz bei Heidenau und Dohna ein hartnäckiges Gefecht, wobei letzteres Städtchen theilweise in Flammen aufgieng; sobald jedoch die Verbündeten Napoleons Ankunft gewahr wurden, wichen sie auf den Kohlberg zurück. In Dohna kam Napoleon nochmals auf

1) Aster, Die Gefechte und Schlachten bei Leipzig (1852) I, 53.

Digitized by Google

den Gedanken eines Einbruchs in Böhmen, diesmal durch den Paß am Geiersberge, zurück. St. Cyr bemächtigte sich desselben, allein sehr bald überzeugte sich Napoleon von der Unausführbarkeit des Unternehmens und verlegte sein Hauptquartier nach Dresden zurück. Krampfhaft klammerte er sich an seine Elbstellung an, obgleich dieselbe bereits aufgehört hatte haltbar zu sein, obgleich bereits die feindlichen Parteigänger seinen Rücken bedrohten und keck bis an die Saale, ja bis nach Thüringen hinein streiften. Unter anderem machte Thielmann am 11ten bei Weißenfels 1500, Tags darauf bei Naumburg 200 Gefangene und nahm am 18ten Merseburg nach lebhaftem Widerstande, Menzdorf überfiel bei Lützen eine Infanteriecolonne; der mit 8000 Mann gegen sie ausgesandte Lefèbre-Desnouettes wurde 20. September bei Zeiz von Thielmann und Prinz Biron geschlagen, Colomb machte beim Ueberfall eines sächsischen Depots bei Schleusingen 23 Offiziere und 375 Mann zu Gefangenen und erbeutete 390 Pferde. Noch immer schmeichelte sich Napoleon sich den Winter über in Dresden behaupten zu können und traf zu diesem Ende umfassende Anstalten. Bei Pirna, auf dem Sonnenstein, dem Kohlberge und auf den Höhen von Langhennersdorf, bei Berggießhübel und Borna wurden Verschanzungen angelegt.

Da aber riß ihn der von der schlesischen Armee zur Vereinigung mit der Nordarmee ausgeführte Rechtsabmarsch mit unwiderstehlicher Gewalt von Dresden los. Schon am 15ten hatte Blücher in der sicheren Voraussetzung, daß er die Genehmigung der Monarchen erhalten werde, sein Hauptquartier von Herrnhut nach Bautzen verlegt, wo er vorher noch Bennigsens Heranzug abwarten wollte. Napoleon, der eben nochmals einen vergeblichen Versuch gemacht hatte, die auf den Höhen des Erzgebirges wieder zum Vorschein gekommene böhmische Armee zum Kampfe zu bringen, warf am 22sten die Preußen nach Bischofswerda zurück, aber seine wachsende Rathlosigkeit und die Nachricht, daß die Nordarmee Anstalten treffe bei Wartenburg über die Elbe zu gehen, nöthigten ihn das rechte Elbufer zu räumen. Die Gefechte bei Roth-Nauslitz und

Digitized by Google

Göda am 23sten sollten nur dazu dienen, die Ausführung zu erleichtern. Am 26. und 27. September giengen die französischen Truppen bei Dresden und Meißen auf das linke Elbufer. Um seinen Feinden den Aufenthalt in dem verlassenen Raume unmöglich zu machen, gab er den frevelhaften Befehl, vor dem Abzug sämmtliches Vieh fortzutreiben, die Wälder zu verbrennen, die Fruchtbäume und alle Nahrungsmittel zu zerstören; zum Glück verhinderte die menschlichere Gesinnung der französischen Generale und das schnelle Nachdringen der Verbündeten, daß diesem bereits auf das furchtbarste heimgesuchten Theile Sachsens zum Schluß noch von den eigenen Bundesgenossen das Schicksal der Pfalz bereitet wurde. Napoleon selbst blieb mit den Garden und anderen Truppen in Dresden, dessen Südseite wie bisher St. Cyr deckte; den Uebergang bei Meißen bewachte Souham gegen die schlesische Armee, die ihren Rechtsabmarsch über Königsbrück und Elsterwerda antrat, wobei Sacken am 27sten L'Heritiers Dragoner bei Großenhain überfiel; das Vorrücken der böhmischen Armee aufzuhalten, die auf den beiden Hauptstraßen über Chemnitz und Zwickau langsam und zögernd vom Kamm des Gebirges herabkam, weniger um eine Schlacht zu suchen als um den Gegner aus Sachsen hinwegzumanoeuvrieren, waren nur ungefähr 50000 Mann unter Murats Oberbefehl in einem langen von Frohburg über Mitweida und Freiberg nach Öderan laufenden Bogen aufgestellt, zur Beobachtung der Nordarmee und zu Ney's Unterstützung Marmont und Latour-Maubourg nach Leipzig entsendet. Nachdem sich Napoleon des Muldenübergangs bei Wurzen versichert hatte, setzten sich die bei Dresden und Meißen versammelten Truppen dorthin in Marsch, nur St. Cyr blieb mit zwei Corps bei Dresden zurück, wurde aber schon am 9. October durch Bennigsens Vordringen genöthigt sich in die Stadt selbst zurückzuziehen.

Am 7. October früh 6 Uhr verließ Napoleon mit der alten Garde in aller Stille die sächsische Hauptstadt; da die gerade Straße nach Meißen durch die leichten Truppen des Feindes unsicher gemacht wurde, so schlug er den Umweg über

Digitized by Google

Wilsdruff ein und kam bis Seerhausen, wo er übernachtete. Ebenso still reiste eine Stunde später der König von Sachsen nebst Gemahlin und Tochter ihm nach, während die übrigen Glieder der königlichen Familie in Dresden zurückblieben. Der einem Befehle gleichzuachtende Wunsch des Kaisers, daß der König ihm folgen möge, war so unerwartet gekommen, daß kaum Zeit zu den nöthigsten der sonst so umständlichen Reisevorbereitungen blieb. Gersdorff hatte dem Könige gerathen, lieber den Ausgang auf dem Königstein abzuwarten, der nach dem Abmarsch des französischen Bataillons nur noch sächsische Besatzung hatte, auch die Königin war gegen die Reise, aber der König gehorchte, sei es, daß er willenlos dem Verhängniß folgte, das ihn an Napoleon kettete, oder daß er durch seine Anwesenheit bei diesem seinem armen, unglücklichen Lande nützen zu können hoffte. Eine Commission zur Verfügung in schleunigen Fällen wurde in Dresden zurückgelassen [1]). In Begleitung des Königs befanden sich außer Einsiedel und Gersdorff Generalmajor v. Bose, Oberst von Heineken, und zwei Polen, Generalmajor v. Turnow und Oberst v. Blezinski; die Bedeckung bestand aus der Leibgrenadierbrigade, einer Abtheilung sächsischer Reiter und polnischer Lanciergarde. Ferner schlossen sich nicht nur der Herzog von Bassano und das ganze diplomatische Corps an sondern auch ein großer, von alter Garde unter General Curial escortierter französischer Train, so daß der schwerfällige Zug erst abends 5 Uhr Meißen erreichte. Die Weiterreise wurde in von Napoleon vorgeschriebenen Etappen, den 8ten bis Oschatz, den 9ten bis Wurzen fortgesetzt [2]). Von da mußte der König am folgenden Abend, bewacht von 30 französischen und 30 sächsischen Grenadieren, wieder aufbrechen, um der zweiten Gardedivision nach Eilenburg zu folgen, wo er nach einem durch häufige Halte unterbrochenen Nachtmarsch

1) Sie bestand aus den Conferenzministern v. Globig, v. Zeschau, Graf Hohenthal und v. Nostitz und Jänkendorf mit Zuziehung der Geheimenräthe v. Manteuffel, v. Ferber und v. Schönberg.

2) Anhang Nr. 22. 23. 24.

Digitized by Google

erst früh um 3 Uhr eintraf. Dort blieb die königliche Familie, bis ihr Napoleon am 14ten erlaubte sich nach Leipzig zu begeben [1]).

Bei Wurzen hatte Napoleon am 8. October eine Streitmacht von 130000 Mann vereinigt, mit welcher er der bis Düben vorgerückten schlesischen und der Nord-Armee den folgenden Tag eine Schlacht zu liefern und darauf der böhmischen Armee, welche er im Vormarsch nicht auf Leipzig, sondern wiederum auf Dresden wähnte, in den Rücken fallen zu können hoffte. Aber als er am 9ten gegen Düben vorrückte, fand er dort keinen Feind mehr, Blücher wich bei Halle über die Saale aus. Sehr verstimmt mußte sich Napoleon begnügen statt der ersehnten Schlacht Heerschau über seine Truppen zu halten. Als das gewohnte Vive l'Empereur aus den Kehlen der Franzosen die Luft erschütterte, während er die Front hinabritt, blieben die bei Klitzsche aufgestellten Sachsen stumm. Der Kaiser ließ hierauf die Offiziere und Unteroffiziere des 7. Corps vortreten und richtete an sie eine Anrede, deren Eindruck noch durch Caulincourts wunderliche Verdeutschung vollends verloren gieng. Nur die Frage an die Sachsen, ob er in der ersten Schlacht auf ihre Treue für ihren König rechnen könne, wurde durch ein einmüthiges kräftiges Ja beantwortet. Die französischen Offiziere begleiteten den Schluß der Rede abermals mit ihrem Vive l'Empereur, die Sachsen entfernten sich, obgleich sie Reynier selbst um irgend ein Zeichen der Ergebenheit bat, schweigend und von des Kaisers zornigen Blicken begleitet; auch daß während dieser Scene eine große Zahl Soldaten für das Kreuz der Ehrenlegion notiert wurde, brachte keinen Eindruck hervor [2]). Die Zeit, wo die Sachsen freudig den französischen Adlern folgten, war vorüber; es kostete den Offizieren oft unsägliche Mühe den Grimm und Haß ihrer Mannschaften gegen die Verwüster ihrer Heimat in Schranken zu halten.

1) Anhang Nr. 25.

2) Feldzüge der Sachsen, S. 306. — Aster, Schlacht bei Leipzig I, 145.

Digitized by Google

Nunmehr von der Unmöglichkeit überzeugt die Vereinigung seiner Feinde zu verhindern, entschied sich Napoleon bei Leipzig eine Schlacht zu liefern. Gleich den übrigen über die Elbe gegangenen Truppen wurde auch das 7. Corps, welches in Verbindung mit Sebastiani's Reitern Thümen zur Aufhebung der Blokade von Wittenberg genöthigt und sich dann nach Roslau gewendet hatte, auf das linke Ufer zurückgerufen; es verbrannte die eben erst dort hergestellte Brücke und traf am 15ten bei Düben ein, wo es, von den Hin- und Hermärschen in einer völlig ausgesogenen Gegend auf verdorbenen Wegen und bei schlechter Witterung sehr erschöpft, weitere Befehle erwartend stehen blieb.

Unterdessen hatte Murat den Vormarsch der böhmischen Armee nach der sächsischen Ebene so gut es gieng aufzuhalten gesucht; bei Flöha warf er am 7. October die österreichischen Vortruppen zurück. Auf die Nachricht von der Schlacht bei Wartenburg wurde in einer Berathung auf Schloß Augustusburg, Schwarzenbergs Hauptquartier, der Vormarsch gegen Leipzig beschlossen, aber nicht um eine Schlacht zu suchen, sondern um Napoleon durch Umgehung seines rechten Flügels von dort hinwegzumanoeuvrieren, doch selbst diese Bewegung wurde nur Schritt für Schritt ausgeführt und es bedurfte der dringendsten Vorstellungen Alexanders um endlich Schwarzenberg den Entschluß abzuringen längs der Elster und Pleiße auf Leipzig loszugehen und dort die Entscheidungsschlacht zu suchen. Um der Umgehung auszuweichen zog Murat am 10ten den größten Theil seiner Truppen bei Frohburg zusammen und nahm auf den Höhen von Gestewitz eine Stellung näher nach Leipzig zu, wobei die Polen bei Borna ein für sie sehr nachtheiliges Gefecht gegen Pahlen zu bestehen hatten. Vor allem darauf bedacht unangefochten nach Leipzig zu kommen, zog er sich in der Nacht zum 12ten noch weiter, bis Markleeberg und Güldengossa zurück. Am 14ten kam es bei Liebertwolkwitz zu einem äußerst hitzigen Reitergefecht, das ohne Entscheidung endigte; der Ort selbst, zweimal von den Österreichern erstürmt und wieder verloren, blieb schließlich, brennend und von den Bewohnern verlassen, in den Händen der Franzosen.

Digitized by Google

Der Kanonendonner dieses Gefechts beschleunigte Napoleons Schritte nach Leipzig, wo er nunmehr die gesuchte Schlacht zu finden gewiß war. Ohne die innere Stadt zu berühren ritt er sogleich zum äußern Grimmaischen Thor hinaus und nahm seinen Standpunkt dem Hochgericht gegenüber. Kurz nach ihm erschien auf der tauchaer Straße unter Bedeckung von zwei Divisionen alter Garde der lange Wagenzug, der den König von Sachsen nebst Familie von Eilenburg brachte. Hier in Leipzig selbst hatte der König gewünscht den Ausgang der Schlacht zu erwarten, die für ihn und sein Land entscheidend werden mußte. Nach gegenseitiger Begrüßung ritt der König in die vom Kriegslärm erfüllte Stadt und nahm seine Wohnung im Thomä'schen Hause am Markte. Schon begann der Krieg rings um die Stadt seine zerstörende Gewalt zu üben; die Ausgänge derselben wurden mit Vertheidigungswerken versehen, in die Umfriedigungen der Gärten Schießlucken gebrochen. Traurig sah es in den umliegenden Ortschaften aus, die von den an allem nothleidenden und von dem Herbstregen durchnäßten Soldaten ausgeraubt und zum Unterhalt der Wachtfeuer oder aus Übermuth verwüstet wurden.

Nur Marmont und einen Theil des Ney'schen Corps auf der Nordseite zurücklassend vereinigte Napoleon seine Hauptmacht südlich von Leipzig, den rechten Flügel bei Connewitz an die Pleiße gelehnt, von da über Markleeberg, Wachau, Liebertwolkwitz bis Probsthaide; Bertrand stand bei Lindenau um die westliche Rückzugsstraße offen zu halten. Gegen diese Aufstellung führte Schwarzenberg seine Scharen heran. Die Entwerfung des Schlachtplans hatte er Langenau übertragen, dem als geborenen Sachsen man die genaueste Kenntniß der Gegend zutraute. Um so unbegreiflicher ist es, wie dieser auf den Gedanken kommen konnte, die Hauptmacht in die von Gebüsch und Gräben durchschnittene sumpfige Niederung zwischen Pleiße und Elster zu werfen, um durch sie Napoleons rechte Flanke zu umgehen. Zum Glück scheiterte dieser Plan an Kaiser Alexanders Einsprache, doch blieben immerhin 35000 Österreicher in diesem Winkel eingeklemmt. Die Hauptschlacht wurde

Digitized by Google

auf dem rechten Ufer der Pleiße geschlagen, das Dorf Wachau bildete den Mittelpunkt derselben. Napoleon verweilte den größten Theil des Tages in der Nähe des Galgenberges bei Meusdorf, Kaiser Alexander und der König von Preußen nebst Barclay nahmen ihren Standpunkt auf der Anhöhe bei Güldengossa. Namentlich um den Besitz der Dörfer Markleeberg, Wachau, Liebertwolkwitz, Seifertshain und des Kolmberges wurde von beiden Seiten mit der äußersten Erbitterung und ohne entscheidenden Erfolg gestritten. Um Mittag bestieg der König von Sachsen nebst Gemahlin und Tochter die Sternwarte um den Gang der Schlacht zu beobachten. Nach zwei Uhr sprengte ein französischer Kurier ein weißes Tuch schwenkend und „Sieg! Sieg!" rufend zum Grimmaischen Thore herein, Napoleon ließ dem König melden, es gehe alles gut, und befahl zur Feier des Sieges mit allen Glocken zu läuten; die Bürgergarde und der Rest der in der Stadt befindlichen Leibgrenadiergarde mußte in Parade vor der Wohnung des Königs aufziehen, ebenso ein französisches Garderegiment auf der Promenade, die königliche Familie begab sich zum Te Deum in die katholische Kirche, während die Transporte von Verwundeten so massenhaft zu den Thoren hereinströmten, daß die später kommenden kaum mehr Unterkunft fanden. Indes standen die Sachen draußen keineswegs so glänzend wie Napoleon den König glauben machen wollte. Der Tag neigte sich, ohne daß es ihm gelungen war das böhmische Heer zu schlagen. Bei Lindenau hatte sich Bertrand gegen Giulay behauptet; auf der Nordseite dagegen Marmont, im Begriff ebenfalls nach Wachau abzumarschieren, sich plötzlich von dem mit höchster Energie vorgedrungenen schlesischen Heere festgehalten gesehen, nach mörderischem Ringen hatte ihm York das Dorf Möckern entrissen und die Trümmer seines Corps bis in die Nähe der Stadt zurückgeworfen.

Der Ausgang der Schlachten vom 16ten ließ Napoleon, wollte er sich nicht der Gefahr gänzlicher Umzingelung aussetzen, keine Wahl als schleunigen Rückzug; dennoch gewann es sein Stolz noch nicht über sich, sich als den Besiegten zu bekennen;

Digitized by Google

er blieb den 17ten vor Leipzig stehen und ließ dadurch seinen Feinden Zeit durch Heranziehung ihrer Reserven den Ring um ihn immer dichter zu schließen, Blücher trieb die Franzosen aus Eutritzsch und Gohlis bis dicht an die Thore von Leipzig zurück; schon flogen seine Kugeln in die Stadt selbst. Die Lage derselben wurde immer beängstigender; es fehlte an Raum für die Unzahl von Verwundeten und die Franzosen drohten ganze Straßen von den Bewohnern zu räumen, wenn der Rath ihn nicht schaffe; Lazarethbedürfnisse wurden von den Einwohnern requiriert.

In eine fast noch peinlichere Lage sahen sich die sächsischen Truppen versetzt. Am 16ten Mittags von Düben aufgebrochen, waren sie abends bei Eilenburg eingetroffen und langten nach einem Nachtmarsch am 17ten früh 4 Uhr jenseits Taucha an, von wo sie nach kurzer Rast bis zu dem Vorwerk der Heitere Blick weiter marschierten. Das erste Schauspiel, das sich ihnen dort bot, war die verwirrte Flucht der französischen Reiterei aus Eutritzsch. Den Eindruck zu verwischen, redete General v. Zeschau die Soldaten an, sie zu treuer Pflichterfüllung in diesen Tagen, wo sie im eigentlichsten Sinne für ihren in Leipzig befindlichen König fechten würden, ermahnend. Mit lautem Ja gelobten die Soldaten es zu thun. Dennoch konnten die Offiziere sich der ernstesten Erwägungen nicht entschlagen. Zu dem Zorn über die schrankenlose Anmaßung der Franzosen und der Erbitterung über den erfahrenen schnöden Undank gesellte sich nicht bloß die schwerste Sorge, was im Fall einer Niederlage Napoleons das Schicksal des Landes, des Königs und des Heeres sein würde, sondern auch der mächtig an ihr Herz schlagende Mahnruf der Pflicht gegen das große Vaterland, das Gefühl der Scham gegen Deutsche fechten zu müssen, und erfüllte sie mit heißer Sehnsucht, endlich die verhaßte Verbindung mit den Franzosen gelöst zu sehen. Mehrere von ihnen waren in die vor der Schlacht bei Lützen mit Österreich gepflogenen Unterhandlungen eingeweiht gewesen, andere, wie besonders den Obersten v. Brause, hatte Thielmann in vertrauten Aufträgen verwendet; sie wußten also, daß ihr König

Digitized by Google

schon damals sich thatsächlich von Napoleon losgesagt hatte; derselbe konnte ihnen nur als Gefangener Napoleons und als keines eigenen Entschlusses fähig gelten, es handelte sich also geradezu um dessen Befreiung. Das Bewußtsein der höheren Pflicht gegen König und Vaterland trat in Conflict mit der des streng militärischen Gehorsams. Sogar den Franzosen drängte sich das Unnatürliche in der Stellung der Sachsen auf. In der Voraussetzung, der König werde ihre Trennung von ihnen vor der entscheidenden Schlacht wünschen, beauftragte Reynier den sächsischen Major v. Schreibershofen, den er am 16ten von Düben an Napoleon schickte, sich auch nach Leipzig zum Könige zu begeben und ihm zu melden, daß, im Fall derselbe über die Truppen verfügen wolle, er diese nicht hindern sondern dem königlichen Befehle, sie, vielleicht nach Torgau, zu entlassen, nachkommen werde; aber der willenlose König besaß nicht die Kraft um sich zu einer so eigenmächtigen Verfügung über seine Truppen aufzuraffen. In der Nacht zum 18ten erhielt Reynier, unstreitig in Folge eines dem Kaiser über die Stimmung der Sachsen abgestatteten Berichtes, Befehl, sie nach Torgau zu schicken, wohin das Fuhrwerk des Corps schon früher abgegangen war, allein auch dieser Ausweg war mittlerweile durch das Vordringen der Nordarmee verschlossen worden; es blieb also den Offizieren nichts übrig als selbst einen anderen zu suchen. Nach Erwägung aller Möglichkeiten kamen die Brigadiers überein, nöthigenfalls durch den General v. Zeschau, der aus seinem Widerwillen gegen die Franzosen schon längst so wenig wie die Übrigen ein Hehl machte, den König selbst um seine Genehmigung zur Trennung von denselben ersuchen zu lassen; dadurch hofften sie, wenn auch keinen directen Befehl, doch stillschweigende Zustimmung zu erhalten [1]).

In dieser Ungewißheit erwarteten die Sachsen in ihrem Bivouak bei Paunsdorf den Anbruch des 18. Octobers. Mit Tagesgrauen rückte die sächsische Division in die Nähe des

1) Aster, Schlacht bei Leipzig I, 41; II, 55 ff.

Digitized by Google

Heitern Blicks um von da nach Torgau zu gehen. Da sich aber Reynier unmittelbar darauf mit eigenen Augen von der Unmöglichkeit des Durchkommens nach Eilenburg überzeugte, so ließ er sie nach Paunsdorf zurückkehren; nur die leichte Reiterbrigade, das Bataillon v. Sahr und die reitende Batterie Birnbaum blieben zur Beobachtung der feindlichen Reiterei stehen, die sich bereits von Taucha und Sommerfeld her näherte. Als jedoch Langeron Miene machte die Parthe zu überschreiten und Bubna ebenfalls trotzdem, daß zehn sächsische Geschütze gegen ihn auffuhren, vordrang, nahm Reynier die Sachsen etwas weiter nach Stünz zu zurück. Ehe sie noch diese Bewegung ausgeführt hatten, erschien ein vom Major v. Fabrice abgeschickter Offizier um der Infanterie anzuzeigen, daß die ungefähr 500 Mann starke leichte Reiterbrigade, die überdies in Gefahr schwebe von der feindlichen Übermacht zersprengt oder gefangen genommen zu werden, willens sei zum Feinde überzugehen. Die Brigadiers bestürmten den General v. Zeschau sich diesem Beispiel anzuschließen, aber bestimmt erklärte dieser, daß er ohne ausdrücklichen Befehl des Königs nichts thun werde, was seiner Pflicht entgegen sei. Unterdes war es 10 Uhr geworden. Jetzt erhielt die Reiterbrigade Befehl, die unter den Generalen Emanuel und Platow anrückende russische Kavalerie anzugreifen; sie gehorchte, wurde aber, wie vorauszusehen, von den weit überlegenen Gegnern geworfen. Kaum hatte sie sich jedoch hinter der Batterie wieder gesammelt, als sie mit eingesteckten Säbeln aufs neue vorritt und zu den Russen übergieng. Sie wurde mit großem Jubel empfangen. Langeron, der auf die Nachricht von dem Geschehenen herbeieilte, wollte die Sachsen zur Reserve schicken, auf ihren ausdrücklichen Wunsch gestattete er ihnen zwar vorläufig bei der Avantgarde zu bleiben, doch wurden sie nachher, ohne am Kampfe weiteren Theil genommen zu haben, zur schlesischen Armee gewiesen. Oberst v. Lindenau nebst etlichen Offizieren sowie die reitende Batterie waren zurückgeblieben. Bald darauf führte Major v. Selmnitz das Bataillon v. Sahr bei Seegeritz ebenfalls zu den Russen über; nachdem es der Kronprinz von

Digitized by Google

Schweden in Person begrüßt hatte, wurde es nach Freirode zu einem schwedischen Depot geschickt.

Die Nachricht von dem Übergange der Reiterei erreichte die übrigen sächsischen Truppen gegen 1 Uhr, während sie bei Sellerhausen im heftigen Gefecht mit den Österreichern unter Bubna begriffen waren. Sie machte den tiefsten Eindruck. Auf die erneuten dringenden Vorstellungen seiner Offiziere entschloß sich endlich Zeschau, dessen streng soldatisches Ehrgefühl noch immer dem gleichen Schritte aufs stärkste widerstrebte, durch den Hauptmann v. Nostitz, der sich freiwillig dazu erbot, dem Könige das Vorgefallene zu melden und ihm die Bitte vorzutragen, er möge zur Verhütung weiteren Abfalls gestatten, daß sich die Division an des Königs Person anschließe. Ihrem Könige in unwandelbarer Treue ergeben und voll ernstlicher Besorgniß für dessen persönliche Sicherheit, falls die Schlacht sich bis nach Leipzig selbst wälzen sollte, wäre dieselbe am liebsten auf der Stelle dahin marschiert um sich zu seinem Schutze aufzustellen; da aber die Unmöglichkeit, sich durch das Gewühl im Rücken des kämpfenden Heeres bis zur Stadt durchzuarbeiten und die Wahrscheinlichkeit, daß die Franzosen einen solchen Abmarsch nicht dulden würden, vor Augen lag, so kamen die Brigadiers überein, sobald sie aus des Königs Antwort ersehen würden, daß derselbe zu unfrei sei um selbständig zu handeln und ihren Wunsch zu berücksichtigen, den Übergang sofort auszuführen. Jedem Offizier blieb freigestellt, ob er sich anschließen wolle oder nicht; überzeugt, daß dieser Schritt das einzige Rettungsmittel für König und Vaterland sei, verweigerte keiner von Denen, die dieser Beschluß erreichte, den Beitritt, doch hielt man um nicht die Disciplin zu untergraben das Vorhaben vor den Mannschaften geheim. Um zwei Uhr kehrte v. Nostitz mit der Antwort des Königs zurück [1]);

1) Sie lautete: „Herr Generalleutnant v. Zeschau! Ich habe stets Vertrauen in meine Truppen gesetzt und thue es in dem gegenwärtigen Augenblicke mehr als jemals. Die Anhänglichkeit an meine Person können Mir solche nur durch Erfüllung ihrer Pflichten beweisen und Ich bin von

Digitized by Google

sie schnitt die letzte Aussicht ab, auf gesetzlichem Wege die Trennung von den Franzosen zu erreichen. Zeschau blieb dabei, daß er den Willen des Königs pünktlich zu erfüllen entschlossen sei, die Brigadiers v. Brause und v. Ryssel dagegen beharrten auf dem einmal gefaßten Vorsatz; nach einigem Bedenken erklärte auch der Commandant der Artillerie, Oberstleutnant v. Raabe, sich bereit ihrem Beispiele zu folgen.

Reynier, der so gut wie alle Anderen die Schlacht verloren sah und dem die Absicht der Sachsen nicht verborgen geblieben war, hatte den sächsischen Sappeurs aufgetragen, einen Weg durch die nassen Wiesen nach Crottendorf herzustellen um den Sachsen die Möglichkeit eines ehrenvollen Abzugs zu verschaffen; es war dies freilich ganz vergeblich, da gar nichts geschah um dieselben bei Zeiten aus dem Gefechte zurückzuziehen, das noch immer um Paunsdorf fortdauerte. Es war die Zeit, wo die ganze Bogenlinie von Dörfern von hier bis Dölitz in die Hände der Verbündeten gefallen war, diese nun zum Angriff auf Zweinaundorf und Probstheida schritten und die Nordarmee ihren Übergang über die Parthe bewerkstelligt hatte. Um 3 Uhr gab Reynier persönlich der zwölfpfündigen Batterie den Befehl sich hinter die zweite Brigade zurückzuziehen; statt dessen setzte sich diese in entgegengesetzter Richtung gegen den Feind in Bewegung unter dem Zuruf der dahinterhaltenden französischen Reiterlinie, die dieses Vorgehen für einen Angriff hielt; unmittelbar dahinter folgte die erste Brigade, gleich darauf die zweite. Zeschau, erkennend, was vorgeht, jagt ihnen nach, er stellt Ryssel heftig zur Rede, erklärt ihm, er habe aufgehört zu befehligen, er eilt zur zweiten Brigade, commandiert Halt, übergibt das Commando derselben dem Major v. Holleufer und führt sie auf des dazukommenden Reynier Befehl auf den früheren Standort zurück, das Bataillon Friedrich aber wird in der allgemeinen Verwirrung von feindlicher Rei-

Ihnen gewärtig, daß Sie alles anwenden werden um selbige dazu anzuhalten. Hiermit bitte ich Gott Sie in seinen heiligen Schutz zu nehmen." Aster II, 144.

Digitized by Google

terei gesprengt und zum Theil gefangen. Reynier sucht inzwischen die Artillerie aufzuhalten, aber sie hört nicht auf ihn. Die Zahl der Übergegangenen belief sich etwa auf 3000 Mann mit 19 Geschützen; den Rest, 6 Stabs-, 18 Subalternoffiziere und 593 Mann, schickte Reynier später nach Leipzig, aber sie konnten durch das dicht verstopfte Thor nicht mehr in die Stadt gelangen.

Ein freudiger Willkommen empfing die übergegangenen Sachsen auf Seiten der Verbündeten. Auf Bitten Ryssels, der den Seinigen vorausgeeilt war, ließ Bennigsen augenblicklich ein Kosakenregiment zur Beschützung des Überganges vorrücken; die Eingetroffenen bezogen ein Biwouak bei Engelsdorf, mit Ausnahme der Artillerie, welche, da es gerade daran auf diesem Punkte fehlte, beordert wurde sich an dem noch bevorstehenden Gefechte zu betheiligen. Auf die Meldung des Geschehenen beriefen die Monarchen die beiden Brigadiers zu sich auf den Hügel, von dem sie den Gang der Schlacht überschauten; sie empfingen dieselben aufs huldvollste, sprachen ihnen nicht nur ihren Dank aus sondern gaben auch die Versicherung, daß Sachsens Integrität durch ihren Übertritt gerettet worden sei. Nur bemerkte der König von Preußen: „Die Herren Sachsen kommen etwas spät, hätten uns viel Leute ersparen können." An den Kaiser Franz und Schwarzenberg richtete Ryssel noch die besondere Bitte, nicht über die Sachsen zu verfügen, bevor nicht der König im Stande sei sich für die deutsche Sache zu erklären. Zwei sächsische Truppentheile waren von dem Hauptcorps getrennt. Die Kürassierbrigade, die am 16ten an dem großen Reiterangriff Theil genommen hatte, stand bei Stötteritz; da ihr Commandant General v. Lessing auf seine Anfrage beim König, ob der Übergang mit dessen Bewilligung geschehen sei, die Antwort erhielt „die Kürassiere haben stets ihre Schuldigkeit zu thun gewußt", so beschloß er bei Napoleon auszuharren. Erst in der Nacht ertheilte er den durch das Zusammenschmelzen seiner Brigade überflüssig gewordenen Offizieren die Erlaubniß nach Leipzig zurückzukehren. Das Leibgrenadier-Bataillon, welches seit September der französischen Kaisergarde zugetheilt

Digitized by Google

war und sich jetzt mit dieser in Napoleons unmittelbarer Nähe bei der Quandtschen Tabaksmühle befand, blieb ohne alle Kunde von dem Vorgefallenen und wurde mit anderen Truppen zu Poniatowski's Heerestheil nach Lößnig beordert.

Der Übergang, ohne planmäßige Vorbereitung, bloß im Drange der höchsten Noth beschlossen und ausgeführt, war nur unvollständig gelungen und damit die Hoffnung seiner Urheber, durch Erhaltung des Corps als geschlossenen Truppenkörpers bei der Entscheidung über Sachsens Schicksal ein Gewicht in die Wagschale werfen zu können, vereitelt. Eben weil der Übergang nicht erreichte, was er sollte, hat er später manche harte Beurtheilung erfahren, härter als unmittelbar nach der That, wo sich nicht einmal findet, daß sich der König mißbilligend über dieselbe ausgesprochen habe. Niemand aber wird jetzt mehr einen Stein auf jene Männer werfen, die, von den reinsten Absichten beseelt und von der Überzeugung durchdrungen, nur so König und Vaterland retten zu können, ihr Heiligstes zum Opfer brachten und der höheren Pflicht gehorchend die schwerste Schuld auf sich luden, die es für den Soldaten gibt, indem sie auf dem Schlachtfelde ihre Reihen verließen und zum Feinde übergiengen. Nicht sie verdienen den Vorwurf sondern Diejenigen, welche sie vor diese grausame Alternative gestellt hatten.

In der Umgebung des Königs scheint völlige Unkunde über den wahren Stand der Dinge geherrscht zu haben. Der König war wie gelähmt und erwartete unbeweglich, was das Schicksal über ihn verhängen würde. Eine in der Nähe einschlagende Granate trieb ihn mit seiner Familie in das gewölbte Erdgeschoß, wo er bis zum Abend blieb. Den vom Schlachtfelde zurückkommenden General v. Zeschau empfing er gütig, bestätigte den Major v. Holleufer in dem Commando über die wenigen ihm verbliebenen Truppen und behielt Zeschau bei sich [1]). Napoleon fuhr fort den König mit seinen Siegesbotschaften zu täuschen; erst am späten Abend dämmerte diesem durch

1) Aster II, 226.

Digitized by Google

das, was ihm der Generaladjutant v. Boſe über ſeine auf der Sternwarte angeſtellten Beobachtungen mittheilte, ein Schein der Wahrheit auf. Nach Mitternacht überbrachte ihm der Herzog von Baſſano die Meldung von dem beſchloſſenen Rückzug zugleich mit der Einladung dem Kaiſer nach Erfurt zu folgen. Da er aber nicht einmal wegen der Sicherheit der Reiſe ſich unbedenklich äußerte, ſo erklärte der König, im Vertrauen auf die Geſinnungen der Verbündeten und ihre Kenntniß von den Umſtänden und Gründen, um derentwillen er dem Kaiſer bis hierher gefolgt ſei, den Verlauf der Dinge in Leipzig abwarten zu wollen, ein Entſchluß, der vermuthlich vorzugsweiſe der Hoffnung auf den Schutz Öſterreichs entſprang, und den er ſogleich durch General v. Gersdorff dem Kaiſer mittheilen ließ. Dieſer antwortete ihm durch ein Billet, das neben der ſtillſchweigenden Genehmigung die Anzeige enthielt, daß das ſächſiſche Gardebataillon zum Schutz der königlichen Familie in die Stadt zurückkehren werde [1]).

Gegen Abend hatte ſich Napoleon in die Stadt begeben; in dem Gewühl vermochte er nur durch Seitengaſſen ſein Hauptquartier im Hôtel de Pruſſe zu erreichen. Die ganze Nacht hindurch drängte ſich der Rückzug der geſchlagenen Armee in wilder Unordnung durch die Straßen. Wenn die Verbündeten ihm den Rückweg kräftig verlegten, oder wenn Napoleon Leipzig am nächſten Tage hartnäckig feſthielt und dadurch einen Gewaltangriff auf dasſelbe veranlaßte, ſo war die reiche ſchöne Handelsſtadt dem ſchrecklichſten Schickſale verfallen. Zum Glück für ſie dachte Napoleon nur noch an Rettung ſeines Heeres und überließ die Deckung des Rückzugs Denen, die ohnehin für ihn verloren waren, den Polen und Rheinbundstruppen; die ſächſiſche Garde ſtellte ſich auf dem Markte vor der Wohnung des Königs auf. Auch der Beſatzungen von Dresden, Torgau und

1) Breuers Bericht im Archiv für ſächſ. Geſch. I, 83 ff. — Vgl. Anhang Nr. 26. 27. Pelets Erzählung, der Herzog von Baſſano habe edelmüthig aber vergebens in den König gedrungen ſich von Napoleon zu trennen, iſt ein Märchen.

Digitized by Google

Wittenberg gedachte er. Früh um 8 Uhr händigte der Herzog von Bassano dem Grafen Einsiedel drei chiffrierte Ordres zur Beförderung an die Commandanten dieser Plätze ein; Marschall St. Cyr, den der ihm am 13ten zugesandte Befehl, sich ebenfalls nach Leipzig zu begeben, nicht mehr erreicht hatte, sollte, und zwar nicht bloß für Dresden sondern auch für Torgau und Wittenberg, gegen freien Abzug zu capitulieren suchen. Das vorzeitige Eindringen der Verbündeten in Leipzig durch Anzünden der Vorstädte abzuwehren gieng nicht an, da diese voll Truppen und Kriegsmaterial steckten; er griff daher zu einem andern Mittel. Morgens 5 Uhr erschien der Senator Gruner, der die Nacht im Hôtel de Prusse verbracht hatte, auf dem Rathhaus mit einer jedenfalls von Napoleon selbst veranlaßten Weisung des Generals v. Gersdorff, daß der Magistrat, da er auf sein Ansuchen von dem französischen Commandanten, dem Herzog von Padua [1]), die Erlaubniß dazu erhalten habe, sich mit der Bitte um Schonung Leipzigs an den Fürsten Schwarzenberg wenden solle, damit nicht eine der schönsten und interessantesten Städte Deutschlands der Schauplatz eines Kampfes werde, welcher den gänzlichen Untergang derselben nach sich ziehen müsse. Diese Supplik wurde sogleich aufgesetzt, Hofrath Gehler und Handlungsdeputierter Köhler übernahmen es, den Fürsten aufzusuchen und sie ihm zu überreichen; ein Schreiben an den commandierenden General der feindlichen Avantgarde sollte zu ihrer Legitimation dienen. Eine zweite Deputation, bestehend aus Dr. Groß und Dufour, sollte, ebenfalls auf Gersdorffs Anregung, zum Kronprinzen von Schweden gehen und ihn um Einstellung der Feindseligkeiten bitten. Die letztere sah sich schon am Eingang der Hintergasse genöthigt umzukehren, da der Angriff der Verbündeten wieder begonnen hatte, die Milchinsel eben von ihnen erstürmt wurde und die Franzosen, unbekannt mit dem Zusammenhang, sie zurückwiesen; nur der ihr vorausgeschickte Rathsaufwärter

1) Dieser war gar nicht mehr Commandant von Leipzig sondern Markgraf Wilhelm von Baden.

Digitized by Google

Müller gelangte zu Blücher, der, sofort erkennend, daß diese Bitte um Schonung der Stadt nur dazu dienen solle, den Franzosen Zeit zum Abzug zu verschaffen, denselben mit der Antwort abfertigte, Leipzig habe von seinen Truppen keine Plünderung zu besorgen. Auch die erste Deputation kam, da das Gefecht schon in Gang war, nicht mehr durch das Thor, statt ihrer gelangte ebenfalls nur ein Subalternbeamter, der Steuereinnehmer Wichmann, bis zu den Monarchen und dem Fürsten Schwarzenberg und empfahl die Stadt der Großmuth der Sieger. Bald nach ihm erschien der Oberst v. Ryssel [1]), der sich gegen Einsiedel freiwillig zu dieser Sendung erboten hatte; außer der Bitte um Schonung der Stadt trug er den Monarchen auch noch das Gesuch vor, daß die in Leipzig befindlichen Sachsen auf dem Markte vereinigt und nicht als Gefangene betrachtet werden möchten. Da jedoch diese Deputierten von keiner Militärbehörde autorisiert waren, so ließ man sich auf nichts ein, Alexander versicherte nur seine Bereitwilligkeit die Stadt nach Möglichkeit zu schonen und, da Ryssel auch um Absendung einiger Offiziere behufs Unterhandlungen bat, so wurden nach kurzem Bedenken der russische Generalmajor v. Toll und der Flügeladjutant des Königs von Preußen, Oberstleutnant v. Natzmer, an den König von Sachsen mit dem Auftrage abgefertigt: „Von Unterhandlungen mit ihm könne, nachdem er alle früheren Anträge zurückgewiesen, nicht mehr die Rede sein; die Stadt werde man gern soviel wie möglich schonen, wenn nämlich der Feind sie unverzüglich räume, auch die sächsischen Truppen wolle man nicht feindlich behandeln, wenn der König sie sofort aus dem Gefecht zurückziehe und man sie in einer rückwärtigen Stellung mit zusammengestellten Gewehren fände. Alexander fügte hinzu, er gebe dem König eine halbe Stunde Bedenkzeit. Aber es vergieng mehr als diese Zeit, ehe nur die Abgesandten zum König von Sachsen gelangten [2]).

1) der Bruder des Generalmajors.

2) Groß, Erinnerungen, S. 108 ff. — Bernhardi, Tolls Leben III, 522 f. — Aster II, 255 ff.

Digitized by Google

Inzwischen kam Napoleon in Begleitung des Königs von Neapel und Berthiers um der königlichen Familie seinen Abschiedsbesuch abzustatten; selbst jetzt noch seine Ueberlegenheit über den König mißbrauchend trug er absichtlich das vollste Selbstvertrauen zur Schau und gab sich den Schein, als werde seine Entfernung von Leipzig nur vorübergehend sein, bedauerte den König, der vielleicht genöthigt sein würde Truppen gegen ihn zu stellen und wohl besser gethan hätte ihn nach Weißenfels zu begleiten; der Königin versicherte er, daß er sie bald in Dresden wiedersehen werde; in den stärksten Ausdrücken sprach er sich über den Abfall ihres Bruders, des Königs von Baiern, aus, den er zu rächen gedenke [1]). Gegen 9½ Uhr verabschiedete er sich, ermahnte im Vorüberreiten die sächsische Garde den König wohl zu bewachen und suchte durch das Gewühl den Ausgang aus der Stadt; hinter ihm flog die Brücke am ranstädter Thore in die Luft, alles, was sich noch auf dem rechten Elsterufer befand und sich nicht schwimmend zu retten vermochte, der Gefangenschaft überliefernd.

Der König suchte nach Napoleons Entfernung wieder im Souterrain Schutz vor den einschlagenden Geschossen. Wie vollständig er sich von demselben hatte täuschen lassen, zeigte sich, als jetzt plötzlich die Polen sich darauf besannen, daß der König von Sachsen ihr Landesherr sei, und General Dombrowski ihn um Verhaltungsbefehle für die polnischen Truppen bitten ließ, die jeden Befehl des Königs pünklich befolgen würden. Da alle polnischen Sachen vorschriftsmäßig durch den polnischen Generaladjutanten zu gehen hatten, so wies v. Bose den Boten an diesen, und auf demselben Wege erfolgte die Antwort: „Der König habe den polnischen Truppen

1) Die bonapartistischen Schriftsteller, z. B. Fain (II, 435) bis auf Thiers (XVI, 613) herunter machen diesen Abschied ganz ohne Grund zu einem rührenden Familiengemälde. Die Angabe, daß Napoleon dabei den König aller Verpflichtungen edelmüthig entbunden habe, widerlegt sich durch die im Anhang Nr. 28 mitgetheilte Note des Herzogs von Bassano.

Digitized by Google

noch nie Befehle ertheilt, sie vielmehr ganz dem Kaiser Napoleon überlassen; dessen Befehle möchten sie daher auch jetzt vollziehen!" v. Boje rieth dringend einen Unterhändler an die Monarchen zu schicken; während aber der König und Einsiedel noch darüber berathschlagten, langten Toll und Natzmer, von den Einwohnern mit lautem Freudenruf begrüßt, in der Wohnung des Königs an. Es dauerte eine Weile, ehe sie vorgelassen wurden, da der König aus dem Schlupfwinkel im Souterrain herbeigeholt werden mußte; erst als Toll erklärte, ihn sogleich sprechen zu müssen, wenn weiteres Unglück verhütet werden solle, erschien er, bleich, doch gefaßt, noch in großer Gala, wie er kurz vorher Napoleon empfangen hatte, vor dem er sich nie anders zeigte. Was Tolls Auftrag betraf, so verwies er ihn damit an den Herzog von Padua, er selbst habe hier keine militärischen Verfügungen zu treffen, auch seine Truppen könne er daher nicht aus dem Gefecht ziehen, denn er habe sie seinem „hohen Alliierten" überwiesen, von dem und dessen Marschällen allein sie Befehle zu erhalten hätten. Verwundert erwiderte Toll, daß dies ganz anders laute, als was Ryssel den Monarchen vorgetragen habe. Der König gab dies zu, „er habe damals geglaubt, Napoleon habe die Sache aufgegeben, soeben habe ihm aber sein hoher Alliierter versichert, daß er Leipzig nur verlasse um im freien Felde zu manoeuvrieren und die Stadt in zwei bis drei Tagen entsetzen werde." So ganz unmöglich war es dem Könige den Zauber abzuschütteln, mit dem ihn Napoleon gefangen hielt! Schon einmal hatte er ihn fast bis auf nichts heruntergebracht gesehen und vier Monate später den schüchternen Versuch des Abfalls unter Furcht und Zittern büßen müssen; wie hätte er undankbar gegen die damals erfahrene Großmuth Ähnliches jetzt zum zweitenmale wagen sollen? Noch stand das Bild des gewaltigen Schlachtenlenkers, wie er durch seine Gegenwart das geängstigte Dresden gerettet und den gefürchteten Feind zerschmettert hatte, frisch vor seiner Seele; seitdem lag die Möglichkeit eines Sturzes der napoleonischen Macht ganz außerhalb seines Ideenkreises.

Digitized by Google

So entschloß sich denn Natzmer, während Toll beim König blieb, in Einsiedels und Zeschau's Begleitung den Herzog von Padua aufzusuchen, der aber schon längst Leipzig verlassen hatte. Schon drangen die preußischen Jäger unter Hörnerklang, in den sich der Jubel der erlösten Einwohner mischte, gegen den Markt vor. Natzmer eilte ihnen entgegen und stellte sie als Schutzwache vor der königlichen Wohnung auf, die dann in Bennigsens Auftrag von dem Major v. Wedell durch zwei russische Bataillone verstärkt wurde, dann wandte er sich an die auf dem Markte haltenden Sachsen und forderte sie auf, ihre Waffen gegen die Franzosen zu kehren. Die Offiziere verloren sich stillschweigend, aber die Mannschaften des Grenadierbataillons Anger und der Leibgarde ließen sich von ihm nach dem ranstädter Thore führen, wo sie bald in ein Gefecht gegen die Franzosen verwickelt wurden; dort fanden sich auch nach und nach die Offiziere wieder bei ihnen ein. Kurz nach Mittag setzte sich Oberst v. Ryssel an die Spitze der sächsischen Truppen um sie den Monarchen entgegenzuführen, die eben im Begriff waren ihren Einzug in die Stadt zu halten. Auch der Magistrat hatte zu ihrer Begrüßung eine neue Deputation abgeschickt, von deren Mitgliedern jedoch wiederum nur eines, Senator Groß, zum Kaiser Alexander und dem König von Preußen gelangte und von denselben das Versprechen der Schonung der Stadt erhielt. Noch vor den Monarchen kam der Kronprinz von Schweden in die innere Stadt; er begab sich sogleich zum Könige, beide begrüßten sich aufs herzlichste, bald aber wurde ihre Unterredung durch die Ankunft der Monarchen auf dem Markte unterbrochen, der Kronprinz eilte zu ihnen hinunter, der König begleitete ihn bis in die Hausflur, dort blieb er wartend stehen, aber die Monarchen stiegen, scheinbar ohne ihn zu bemerken, wieder zu Pferde und ritten gegen das ranstädter Thor. Der König ließ hierauf den Kaiser Alexander durch v. Bose ersuchen, ihm Zeit und Ort zu bestimmen, wo er ihm aufwarten könne, erhielt aber nur den Bescheid, der Kaiser werde ihm noch Antwort sagen lassen.

Digitized by Google

Auch jetzt noch waren sich weder der König selbst noch seine Umgebung über den furchtbaren Ernst des Augenblickes vollkommen klar. Eben in diesen Stunden bangen Wartens, wo dem Könige bereits alle Macht der Selbstbestimmung genommen war, erörterte Graf Einsiedel in einer an den König gerichteten Denkschrift umständlich die Frage, an welchem der verbündeten Souveraine der König den natürlichsten Vertreter seiner Interessen finden und an wen sich also das Ministerium zu wenden haben werde? Sie läßt erkennen, wie sich die Lage Sachsens im Kopfe seiner Staatsmänner abmalte. Frankreich, führt sie aus, sei jetzt gezwungen, ihm völlige Freiheit der Entschließung zu lassen, und die von dorther geäußerten Wünsche müßten natürlich den Interessen des Königs nachstehen. Diese aber beträfen zunächst die Integrität Sachsens, die baldmöglichste Herstellung der Regierung in ihrer Thätigkeit und die Rettung und Zusammenziehung der versprengten Armee, in zweiter Reihe das Verhältniß des Königs als Herzogs von Warschau, die Modalität, welche an die Stelle des Rheinbunds treten würde, endlich die Wünsche der Franzosen in Betreff ihrer Lazarethe. Was die Stellung der einzelnen Souveraine zu Sachsen angehe, so sei der Kronprinz von Schweden der Einzige gewesen, der sich dem König freundlich genähert habe, allein als Souverain stehe er den sächsischen Interessen unter allen am fernsten. Noch ungewisser und zweifelhafter seien im Augenblick die Absichten des Kaiser von Rußlands, dessen Verwandtschaft mit dem Herzoge von Weimar sogar zu Befürchtungen Anlaß geben könnte, wenn letzterer nicht in dieser Hinsicht beruhigende Grundsätze hätte blicken lassen; die eventuellen Ansprüche Rußlands auf das Herzogthum Warschau würden aber unvermeidliche Erörterungen herbeiführen, wenn man sich an ihn wenden wolle, gerade dies könnte aber im gegenwärtigen Augenblick den wichtigsten Interessen nachtheilig werden. Nicht minder zweideutig sei das Verhalten des Königs von Preußen, welcher noch alten Groll zu nähren und sich durch seine neuesten Erfolge zu den größten Ansprüchen berechtigt zu halten scheine, ja es dürfte vielleicht gerade von dieser

Digitized by Google

Seite selbst für die Integrität des Königreichs zu fürchten und gegen die von dorther sich erhebenden Ansprüche ein Schutz zu suchen sein. Also bleibe nur der Anschluß an Österreich übrig, welches ein natürliches Interesse an Sachsens Neutralität habe, durch seine Verwandtschaft mit Napoleon dem bisher von dem König befolgten System am nächsten stehe und auch bereits mit Baiern einen Tractat abgeschlossen habe, dessen Motive und Tendenz sich an die sächsischen gewiß am nächsten anschlössen. Das Ministerium müsse daher schleunigst bevollmächtigt werden sich mit dem ohne Zweifel im Hauptquartier befindenden Grafen Metternich in Vernehmen zu setzen. Die erste und natürlichste Forderung des Königs aber müsse sein, daß er wie die übrigen Rheinbundfürsten behandelt werde [1]). — In dem nämlichen Sinne hatte noch während des Kampfes Generalmajor v. Ryssel dem Kaiser Franz die Bitte vorgetragen, daß die Sachsen in diesem Kriege dem österreichischen Oberbefehl unterstellt werden möchten.

Die Entscheidung der Verbündeten über das Los des Königs ließ nicht auf sich warten. Kaiser Franz hatte vorgeschlagen ihn nach Prag zu schicken, allein Alexander bestand darauf, daß er nach Berlin gebracht werde. Noch am nämlichen Abend kündigte der russische Staatsrath Baron Anstett dem Könige diesen Beschluß an. Der König war also Kriegsgefangener, auch den Generalen v. Gersdorff, Zeschau und Lessing, den Adjutanten v. Bose und v. Heinecken wurde der Degen abgefordert. Nach Anstett fand sich Metternich beim König ein. Der Vertreter des Staates, auf welchen der sächsische Hof seine ganze Hoffnung setzte, hatte außer nichtssagenden Betheuerungen der Theilnahme nur achselzuckendes Bedauern, daß der König nicht früher Österreich ein volleres Vertrauen geschenkt habe, ein Vorwurf, der aus österreichischem Munde wie eine Beschwichtigung des eigenen Gewissens klang. In dem nämlichen Sinne war die Antwort des Kaisers Franz aus Rötha vom 21sten auf ein ihm durch Bose überbrachtes

1) Dresdn. Archiv.

Digitized by Google

Schreiben des Königs gehalten. Kaiser Alexander hatte es bestimmt verweigert den König zu sehen, er stattete zwar der Königin einen Besuch ab, aber die Art, wie er sich ihr gegenüber über das politische Verhalten ihres Gemahls aussprach, ließ der Hoffnung auf eine Milderung von dessen Los keinen Raum. Ebenso erfolglos waren die Bemühungen Einsiedels bei Stein, Hardenberg und Nesselrode, um die Zulassung des Königs zur Allianz gegen Napoleon auszuwirken; überall tönte ihm das verhängnißvolle „Zu spät!" entgegen. Auch an den Kaiser Alexander selbst wendete sich der König brieflich, indem er unter Darlegung der Beweggründe, die in der letzten Zeit sein politisches Verhalten geleitet hätten, dessen großmüthige Intervention anrief, erhielt aber auch nur eine zwar freundliche, aber ablehnende Antwort [1]). Alexander hatte den Aufruf an die Polen noch nicht vergessen.

Am 23sten früh 4 Uhr trat die königliche Familie in Begleitung Anstetts und des Fürsten Gallizin und unter Escorte von einem Pulk Kosaken ihre Reise an. Der König hatte gewünscht, vor der Abreise den Stadtrath bei sich zu sehen, aber russischerseits wurde die Genehmigung dazu versagt. Das Gefolge des Königs bestand aus dem Grafen Einsiedel, dem Hofmarschall Graf Vitzthum, den Generalen v. Zeschau und v. Bose, den polnischen Generaladjutanten Graf Turnow und Blezinski, dem Hauptmann der Schweizergarde v. Montbé, Leutnant v. Lützerode, Legationsrath Breuer, den Beichtvätern

1) Kaiser Alexander an den König von Sachsen, 20. October 1813: „Je viens de recevoir la lettre, que V. M. m'a adressée. Les égards que je dois à la position malheureuse, ou Elle se trouve, m'imposent le devoir de ne pas entrer en discussion sur les motifs, qui ont guidés Sa marche politique. L'interêt militaire doit dans les circonstances actuelles diriger seul les vues que je puis suivre à l'égard de V. M. Mon conseiller privé d'Anstett L'informera des mesures que j'ai cru indispensables de prendre. Je La prie d'ajouter à tout ce qu'il Lui dira de ma part. Je Lui demande surtout de me vouer une entière confiance. J'espère que les événements me mettront à même d'y repondre et de Lui prouver les sentiments de haute considération, avec lesquels" etc.

Digitized by Google

und einem Leibarzt. Die Reise gieng den 23sten bis Aken, wo preußische Landwehr die Escorte übernahm; den 24sten bis Ziegesar, den 25sten bis Potsdam und am 26sten traf die königliche Familie im Schloß zu Berlin ein, wo der versammelte Hofstaat sie empfing. Von Ziegesar aus bat der König durch den Generalmajor v. Bose den König von Preußen um eine persönliche Zusammenkunft. Was er dazu beitragen könne, antwortete Friedrich Wilhelm, um ihm den Aufenthalt in Preußen angenehm zu machen, werde geschehen, aber jene Bitte übergieng er mit Stillschweigen; erst als Friedrich August sie in Berlin wiederholte, stattete der König von Preußen ihm und der Königin, 27. October, einen Besuch ab.

Drittes Hauptstück.

Sachsen unter dem fremden Gouvernement und der wiener Congreß.

21. October 1813 bis 8. Juni 1815.

Die nächste Sorge der Verbündeten in Bezug auf Sachsen betraf die Einrichtung einer geordneten Verwaltung, um die durch die letzten Ereignisse herbeigeführte Zerrüttung zu beendigen und die noch vorhandenen Hilfsquellen für die gemeinsame Sache nutzbar zu machen. Auf Grund der bereits früher zu Kalisch getroffenen Bestimmung über Errichtung einer Centralverwaltung, deren Wirksamkeit bisher in Folge des Ganges der Kriegsereignisse nur beschränkt und vorübergehend gewesen war, wurde diese Behörde durch eine zu Leipzig 21. October

Digitized by Google

geschlossene Convention aufs neue eingesetzt. Die Schnelligkeit jedoch, mit der die vertriebenen Fürsten zurückkehrten und die Rheinbundfürsten der Allianz beitraten, hatte zur Folge, daß Sachsen der wichtigste Bestandtheil der der Centralverwaltung anheimfallenden Länder blieb [1]), Stein selbst aber begab sich, nachdem er die Verwaltung in ihren Grundzügen eingerichtet, um dem Mittelpunkt der Verhandlungen nahe zu sein, bereits am 9. November in das große Hauptquartier nach Frankfurt. Den 22sten ernannten die Verbündeten den russischen Generalmajor Fürsten Repnin, einen klugen, wohlwollenden und durch längeren Aufenthalt in Deutschland, früher als Gesandter in Kassel, mit deutschen Verhältnissen vertrauten Mann, mit einem Monatsgehalt von 1000 Thlrn. zum Generalgouverneur im Königreich Sachsen, der, da Dresden noch in Feindes Hand war, vorläufig seinen Sitz in Leipzig nahm. Seinem Generalgouvernement wurden, 27. October, auch das Herzogthum Altenburg und die Reußenländer zugewiesen, für den Umfang desselben der russische Oberst v. Rosen zum Generaldirector der Polizei ernannt und Staatsrath v. Merian als geschäftskundiger Generalsecretär dem Fürsten beigegeben. In mittelbare Verbindung mit Sachsen setzte Stein die anhaltischen und schwarzburgischen Länder, insofern sie ihre Beiträge, Lieferungen und Mannschaften nach Bestimmung des Generalgouvernements zu leisten hatten, die Ausführung aber selbst übernahmen.

Somit war die oberste Verwaltung Sachsens zunächst in russische Hände gelegt und befand sich, Dank hauptsächlich Steins durchgreifender Energie, bald in vollem Gange. Auch unterließ Stein nicht mehrere angesehene und des Landes kundige Sachsen, die sich als Freunde der deutschen Sache bewiesen hatten, zu derselben herbeizuziehen; v. Miltitz, bisher vielfach als Marschcommissar bei den verbündeten Heeren thätig, erhielt die Leitung der allgemeinen Polizei und sollte schleunig einen Plan wegen Errichtung beweglicher Colonnen, die auf Herstel-

1) Eichhorn, Die Centralverwaltung der Verbündeten unter dem Freiherrn von Stein. Deutschland 1814.

Digitized by Google

lung der Ordnung im Lande zu sehen hatten, vorlegen, der geheime Finanzrath v. Opell übernahm es, den kleinen Dienst des Generalgouvernements und die Finanzverwaltung in Gang zu bringen, wobei ihn der zwickauer Bürgermeister Ferber, später Apellationsrath Körner unterstützten; Oberst v. Carlowitz, der nach der Schlacht bei Lützen den sächsischen Dienst verlassen und sich zu Kaiser Alexander nach Bautzen begeben hatte, wurde mit der Wiederherstellung des Heeres, der Errichtung der Landwehr und des Landsturms beauftragt, wozu ihm der preußische Assessor Eichhorn, damals Offizier in Blüchers Stabe, beigeordnet wurde. Zu diesen trat noch der preußische Geheimrath Krüger. Am 22sten versammelte Stein die Mitglieder des neuen Gouvernements und sprach ihnen unter scharfer Verurtheilung von Sachsens bisherigem politischen Verhalten sein Vertrauen aus, daß sie als tüchtige Männer die nunmehrige bessere Gestaltung der Dinge fördern würden. Eine Proclamation vom 27sten, welche die Einsetzung der obersten Verwaltung verkündete, forderte zu treuer Anhänglichkeit an den Zweck der Verbündeten, zu strengem Gehorsam gegen die zu erlassenden Verordnungen auf und sicherte die Verwendung der Kräfte des Landes für die Befreiung Deutschlands wie für die Herstellung eines dauerhaften Friedens zu. Sämtliche sächsische Beamte mußten sich unter Androhung sofortiger Entlassung durch Revers den verbündeten Mächten verpflichten [1]). Um den Unordnungen und Bedrückungen abzuhelfen, welche durch die zahllosen Anforderungen der vier verbündeten Heere entstanden waren, wurde sämtlichen Militärbehörden die Errichtung des Generalgouvernements formell angezeigt. Letzteres erhielt die Befugniß, Staffelstraßen für die durchziehenden Truppen, eine bewaffnete Sicherheitspolizei, geheime Überwachung der Verbindung Übelgesinnter mit dem Feinde, Geschäftsverbindung mit den Heeresintendanten, Magazine und das Lieferungswesen einzurichten; seine Ausgaben

1) Der König gestattete denselben 6. November ausdrücklich die Ausstellung dieses Reverses.

Digitized by Google

wurden auf monatlich etwas über 50000 Thlr. festgestellt. In der Lausitz, deren Entlegenheit und eigenthümliche Verfassung eine eigene Verwaltung erforderte, wurde Graf Reisach zum Oberlandcommissar ernannt, der jedoch, da er sich Ordnungswidrigkeiten zu Schulden kommen ließ, von Repnin einen sehr scharfen Verweis erhielt und, da die bairische Regierung ihn wegen Veruntreuung öffentlicher Gelder reclamierte, im Januar 1814 wieder von diesem Amte entfernt wurde [1]).

Die Aufgabe, welche das Generalgouvernement vor sich fand, war ungemein schwer und groß; vor allem nahmen Leipzig selbst und die Umgegend, die unmittelbar nach der Schlacht ein Bild des äußersten menschlichen Elends boten, seine Thätigkeit dringend in Anspruch. War auch die Stadt hauptsächlich durch die Gegenwart der Monarchen vor den Schrecknissen einer Erstürmung bewahrt geblieben, so machte doch, abgesehen von der großen Last an Gefangenen, die Unterbringung und Verpflegung der zahlreichen Verwundeten die größten Schwierigkeiten. Noch sieben Tage nach der Schlacht wurden solche Unglückliche vom Schlachtfelde eingebracht. Fortwährend mußten Privathäuser und öffentliche Gebäude zu ihrer Aufnahme hergerichtet werden, ohne daß es, trotz der Anstrengungen des mit der Oberleitung des Lazarethwesens beauftragten Geheimen Medicinalraths Clarus, trotz der wetteifernden Menschenfreundlichkeit der Bewohner bei den sich widersprechenden Anordnungen der verschiedenen Armeeen und da sämtliche Militärärzte der Verbündeten den Armeen gefolgt waren, möglich war, sie auch nur mit dem Nöthigsten zu versorgen. Nach Steins Angabe lagen in den leipziger Lazarethen 34000 Kranke und Verwundete aller Nationen aufgehäuft, die solchen Mangel litten, daß einige hundert von ihnen an Entbehrungen aller Art starben.

1) Pertz III, 448 ff. — Über Reisach vgl. Dorow I, 32. Reisach wurde beschuldigt, mit Hinterlassung sehr namhafter Cassendefecte im Betrag von 800000 Fl., die er als Generalcommissar des Illerkreises begangen habe, heimlich aus Baiern entwichen zu sein. Dresdn. Arch.

Digitized by Google

Der berliner Arzt Reil, der aus reiner Menschenliebe herbeieilte um die oberste Leitung der Spitäler zu übernehmen, richtete unter dem ersten Eindruck dessen, was er sah, einen herzzerreißenden Nothschrei um Abhilfe an Stein [1]); Arndt, welcher einige Tage nach der Schlacht nach Leipzig kam, fühlte sich an die Schauderscenen von Wilna erinnert. Die Verheerungen des Typhus verbreiteten sich aus den Lazarethen in die Stadt, dennoch ermüdete die Menschlichkeit und Wohlthätigkeit der Einwohner nimmer und, der Ängsten und Nöthe um sich selbst vergessend, halfen und retteten sie, soviel sie konnten [2]). Unter der energischen Beihilfe des Stadtcommandanten Oberst Prendel wurden die schleunigsten Maßregeln ergriffen um die Lazarethe zu räumen, die Kranken unterzubringen und die Stadt zu reinigen.

Wenn auch nicht in gleichem Maße, so war doch auch der Zustand des übrigen Landes schrecklich genug. Noch von den Anstrengungen und Opfern des vorjährigen Feldzugs erschöpft, war es, mit Ausnahme etwa von Thüringen, seit dem Frühjahr ununterbrochen Schauplatz des Kriegs oder Standort ungeheurer Heeresmassen gewesen. Mehrere Provinzen waren fast gänzlich verheert, viele Orte rein ausgeplündert, abgebrannt oder die Häuser zu Wachtfeuern abgetragen, die Einwohner geflüchtet und zerstreut, der Viehstand vernichtet, kein Getreide zur Aussaat und Brödung, in allen Landestheilen pestartige

1) Pertz III, 437. Vgl. dazu Groß' Widerlegung von Reils Übertreibungen in: Grenzboten 1848 II, 41 ff.

2) Arndt, Nothgedrungener Bericht, S. 217. „Das war auch Deutschland", setzt er hinzu, „und das allerbeste Deutschland." Nach Clarus belief sich die Zahl der Typhuskranken unter den Bewohnern von Leipzig im Jahre 1813 auf 13795, 1814 auf 5110. Ihren Höhepunkt erreichte die Epidemie im December 1813. — Die vom 16. October 1813 bis 21. Januar 1814 in Leipzig begrabenen Civilpersonen beliefen sich bei einer Bevölkerung von 33000 Seelen auf 3499; die begrabenen Militärpersonen durften nicht mitgezählt werden. Naumann, Aus dem Jahre 1813 (1869), S. 41. Die Gesamtzahl der vom Mai 1813 bis 1. April 1815 in den leipziger Lazarethen Verpflegten betrug 102690, der Verstorbenen 5587, allein im October 1813 die Zahl der Kranken 31000.

Digitized by Google

Seuchen, tausende unglücklicher Kinder verwaist, ohne Versorgung, die Städte angefüllt mit Lazarethen, in welchen 50000 Krieger aller Nationen auf Kosten des Landes verpflegt werden mußten [1]), das Heer bis auf die übergetretenen 5300 Mann zerstreut, an allen Kriegsbedürfnissen Mangel leidend, die königlichen Kassen bis auf eine Summe in damals unbrauchbaren Kassenbillets gänzlich erschöpft, der Landescredit vernichtet, die Behörden, deren Einrichtung auf eine solche Zeit nicht berechnet war, außer Stand mit der erforderlichen Kraft einzuwirken, die Verwaltung zerrüttet, ohne Einheit und Übersicht, die Herstellung der Sicherheit des ungehinderten Verkehrs auf den Landstraßen durch den Kriegszustand, in welchem sich die Gegenden von Dresden, Torgau und Wittenberg befanden, durch die Widersetzlichkeit der befreundeten Befehlshaber gegen die Landesbehörden und die Ausschweifungen im Rücken besonders des russischen Heeres aufs äußerste erschwert. Namentlich in der Lausitz war die Landplage der zahllosen russischen Marodeurs und anderen Gesindels so groß, daß der Landesälteste des Fürstenthums Görlitz, v. Nostitz, den Vorschlag machte, eine Landmiliz nach Art des preußischen Landsturms gegen dieselben zu errichten. Beim Abzug der Franzosen schon bot die Lausitz ein mit keinen Farben zu schilderndes Bild des Elends und des Jammers und trotzdem hatte sie seitdem die Armeen Blüchers und des Kronprinzen, dann auch

1) Die Bevölkerung, im Jahre 1812 2,049252, verminderte sich in einem Jahre um 85000, der Ertrag der Felder um 2 Millionen Scheffel. Das Elend in der lauensteiner Gegend, wo acht Wochen lang Franzosen und die böhmische Armee abwechselnd geplündert hatten und der Typhus hauste, fand v. Zezschwitz noch im Januar 1815 über alle Beschreibung. Leipzig berechnete seine Verluste während der Schlacht auf mehr als 2 Millionen Thaler, Sewarts Bericht ans Parlament den von 63 Dörfern in Leipzigs Umgebung auf 3½ Millionen Thaler. Vom 26. Februar 1810 bis 31. December 1814 mußten in Dresden 10,889992 Mann untergebracht und verpflegt werden. Die Gesamtsumme aller Requisitionen, Verpflegungen und Rüstungen vom 1. Januar 1813 bis 15. Juli 1814 wurde amtlich auf 67 Millionen angeschlagen.

Digitized by Google

noch die Bennigsens mit Requisitionen aller Art versehen müssen [1]). Auf v. Miltitz' Rath schickte Repnin den General v. Vieth zu Kaiser Alexander nach Frankfurt, um ihm die Noth und das Elend des Landes vorzustellen und die Mittel zur Abhilfe vorzuschlagen, falls aber diese versagt würden, die Entlassung von seinem Posten zu erbitten. Gerührt versprach der Kaiser das Mögliche zur Linderung der Noth zu thun und Repnin unbeschränkte Vollmacht für die zu treffenden Maßregeln zu ertheilen; späterhin ließ er sogar dem erschöpften Lande ein Geschenk von 800000 Frcs. auszahlen; eine vor Blüchers Uebergang über die Elbe in den Lausitzen ausgeschriebene Kriegssteuer, welche die Kräfte des Landes überstieg, wurde, soweit sie schon entrichtet war, dem Lande auf seine Leistungen angerechnet, das Übrige erlassen. Auch Stein setzte umfassende Maßregeln in Bewegung; gerade weil es sein Hauptzweck war, die Hilfsquellen Sachsens für den Krieg zu entwickeln, mußte ihm daran liegen, daß die Kräfte des Landes nicht zerstört würden. Er schlug vor die Ausfuhr von Korn aus Böhmen und Schlesien zu gestatten, Vieh und Getreide aus Polen oder Mecklenburg herbeizuschaffen, das dresdener Belagerungsheer aus den böhmischen Magazinen zu versorgen, der Überbürdung einzelner Ortschaften durch Errichtung einer allgemeinen Hospitalverwaltung vorzubeugen, strengste Ordnung und Sparsamkeit zu halten und eine allgemeine Kriegssteuer auszuschreiben [2]).

Zu den am schwersten empfundenen Nothständen gehörte, daß die drei Festungen sich noch in Feindes Hand befanden.

1) Bericht des Grafen Reisach im Dresdn. Arch. — Vgl. Merkel-Engelhardt IX, 23: Die Bevölkerung der Oberlausitz war Ende 1813 um mehr als 9000 Köpfe gefallen, über 20 Rittergüter, 787 Bauergüter u. s. f., 220 städtische Gebäude lagen in Asche. Die Brandversicherung vermochte nur ein Sechstel der Vergütungsquanti zu zahlen. An Pferden hatte die Provinz gegen 10900, an Rindern gegen 44000 verloren. — Vgl. Übersicht der Verwaltung des Generalgouvernements der hohen verbündeten Mächte im Königreich Sachsen vom 21. October 1813 bis 8. November 1814. Dresden.

2) Pertz III, 455.

Digitized by Google

Dresden blokierte ein russisches Corps unter General Tolstoi, das, nachdem es am 17. October durch einen Ausfall St. Cyrs drei Stunden weit zurückgeworfen worden war, durch Klenau verstärkt wurde. Am 23sten begann die Blokade aufs neue; es wäre ein Leichtes gewesen den Platz mit Gewalt zu nehmen, wenn nicht die Verbündeten aus Schonung für die Stadt es vorgezogen hätten, ihn durch Hunger zu bezwingen. So mußte denn außer der Garnison, unter der der Lazarethtyphus seine Verheerungen anrichtete, auch die Einwohnerschaft alle Schrecknisse der Aushungerung über sich ergehen lassen, die durch die Gewißheit der Befreiung des übrigen Deutschlands um so härter drückte [1]). Da die Lebensmittelvorräthe sehr bald zur Neige giengen, so entschloß sich Graf Lobau zu dem Versuch sich mit dem kampffähigen Theil der Garnison durchzuschlagen. Am 6. November erfolgte der Ausfall auf der großenhainer Straße, er kam aber nur bis Reichenberg. So blieb nur noch Capitulation übrig; dieselbe wurde den 11. November zu Herzogswalde zwischen Klenau's Generalstabschef Oberst v. Rothkirch und dem Obersten Murawiew, französischerseits dem Obersten Marion zugleich mit für den Sonnenstein abgeschlossen. Die Garnison, bestehend aus 1 Marschall, 31 Generalen, 1759 Offizieren und 27714 Gemeinen, dazu 6051 Kranken, sollte gegen das Versprechen in gegenwärtigem Kriege nicht gegen die Verbündeten zu dienen nach Frankreich geführt werden. Noch am nämlichen Tage kam der sächsische General v. Mellentin in die Stadt um das sächsische Heergeräth, sowie die Aufsicht über die Kassen und Kunstschätze zu übernehmen. Allein im großen Hauptquartier erhielt die Capitulation nicht die erwartete Ratification und St. Cyr wurde mit seinem Corps kriegsgefangen nach Mähren und Ungarn abgeführt.

Hartnäckiger und länger wehrte sich Torgau, wo der tapfere Graf Narbonne commandierte. Es war ein eigenthümliches Zusammentreffen, daß die Sachsen, noch vor wenigen Tagen zur Besatzung der Festung bestimmt, jetzt zur Bela-

1) Mittheilungen eines sächsischen Staatsmannes, S. 326.

Digitized by Google

gerung derselben verwendet wurden. Dieselben waren, nachdem auch die nicht übergegangenen Abtheilungen während des beginnenden Rückzugs nach und nach von den Franzosen losgekommen waren, zunächst von Schwarzenberg beordert gewesen den Österreichern nach Zeiz zu folgen; hier gieng Generalmajor v. Ryssel, der interimistisch den Befehl über sie führte, den Kaiser von Österreich nochmals um seine Verwendung für den König an; so gern aber auch dieser schon jetzt die Rolle eines Beschützers Sachsens übernommen hätte, so sehr er namentlich wünschte, die sächsischen Truppen zu haben, so nöthigte ihn doch vor der Hand die Rücksicht auf seine Bundesgenossen, mit dieser Forderung zurückzuhalten und Ryssel wurde von ihm auf die Verhandlungen verwiesen, die eben zwischen Alexander, Stein und Metternich zu Leipzig über Sachsen gepflogen würden [1]). Die Sachsen bezogen hierauf, um den Sitz des Generalgouvernements gegen etwaige Ausfälle der Besatzung von Torgau, welches der preußische General Wobeser auf dem rechten Elbufer blokierte, zu decken, auf Repnins Befehl Cantonnements bei Eilenburg und, als Tauenzien mit weiteren Truppen heranzog um die Belagerung von Torgau und Wittenberg ernstlich in Angriff zu nehmen, wurden sie bestimmt bei der Einschließung der ersteren mitzuwirken. Sie giengen demgemäß 30. October über die Mulde und nahmen eine Stellung, die sich rechts bei Kunzwerda an die Elbe, links bei Mokrehna an die eilenburger Chaussee lehnte. Am 3. und 5. November versuchten die Franzosen Ausfälle gegen sie, die aber, wenn auch nicht ohne Verlust abgeschlagen wurden. Die wenigen noch in der Festung befindlichen sächsischen Truppen entließ Narbonne am 4. November. Am 14ten marschierten die Sachsen, nachdem sie durch die preußische Brigade Jeanneret abgelöst worden waren, nach Merseburg, um dort für den Feldzug nach Frankreich neu formiert zu werden. Torgau capitulierte, nachdem sein Commandant Narbonne gestorben war, nach mehrtägigem Bombardement am 27sten und wurde am 10. Januar über-

1) Aster II, 334. — v. Bernhardi, Toll III, 540.

Digitized by Google

geben. Wittenberg, das General Lapoype nicht minder tapfer vertheidigte und das seit dem 23. October von Preußen unter General v. Dobschütz eingeschlossen gewesen war, wurde am 13. Januar von Tauenzien mit Sturm genommen.

Nach dem Falle von Dresden siedelte das Generalgouvernement dorthin über; Repnin nahm seine Wohnung im brühlschen Palais, wo er wöchentlich dreimal öffentliche Audienz ertheilte. Am 13. November verfügte er die Errichtung eines in vier Sectionen zerfallenden Gouvernementsrathes, der an die Stelle des zeitherigen, ohnehin durch die Abwesenheit des Königs außer Thätigkeit gesetzten und als aufgelöst zu betrachtenden Geheimen Cabinets treten sollte, weshalb auch 2. Januar die Besoldungen aller bei dem letzteren Angestellten eingezogen wurden. Dasselbe geschah mit den Apanagen der königlichen Prinzen und Prinzessinnen. Die Geheimenräthe v. Manteuffel, v. Burgsdorf und v. Brand sowie der frühere Gesandte in Berlin v. Thiollaz, der in der napoleonischen Zeit durch sein schroffes Auftreten viel dazu beigetragen hatte, das berliner Cabinet gegen Sachsen zu erbittern, wurden verhaftet und auf preußische Festungen abgeführt. Am 11. December ließ Repnin alles nicht zu den Domainen und Regalien gehörende königliche Eigenthum mit Beschlag belegen, den 19. Februar alle vorräthigen Gelder und Papiere aus der königlichen Chatoulle an die Hauptcasse abgeben; die Eröffnung der dresdener Kunstausstellung wurde vom Namenstag des Königs auf den der Thronbesteigung Alexanders verlegt, die Ausmünzung zwar mit dem königlichen Stempel aber unter der Jahreszahl 1813 fortgesetzt, — alles Maßregeln, welche hinreichend erkennen ließen, daß man russischerseits den gefangenen Friedrich August nicht mehr als König von Sachsen betrachte.

Bei der Unmöglichkeit unter so außerordentlichen Umständen sich streng an die bisherigen unbehilflichen Formen zu binden und bei der Ungewißheit, wie lange die gegenwärtige Verwaltung dauern werde, sah sich das Generalgouvernement genöthigt, mit dem Bestehenden sehr gründlich aufzuräumen und eine Menge tief einschneidender Anordnungen zu treffen, die Sachsen

Digitized by Google

durch einen Federstrich von einem Wust veralteter Einrichtungen befreiten, mit deren Beseitigung Regierung und Stände sich seit Jahrzehnten vergeblich geplagt hatten. Da die schon seit Jahren in Erwägung gezogene Organisation von Mittelbehörden noch lange nicht zur Ausführung gekommen war, so wurden, um die nöthigen Organe zur Verständigung mit dem Volke zu schaffen, Männer des öffentlichen Vertrauens als Commissarien in den einzelnen Landestheilen bestellt und ihnen hauptsächlich die Aufsicht über die Landespolizei übertragen. In Dresden wurde die bisher unter mehrere Behörden zersplitterte Polizei einem aus Mitgliedern des Stadtraths unter einem Polizeipräsidenten gebildeten Collegium übertragen. Im Justizwesen bewendete es meist bei Erörterungen, wirklich abgestellt wurden nur die gar zu unzweckmäßigen und veralteten Einrichtungen, z. B. daß aus den Kanzeleien der Landesregierung keine Verfügung an ihre Bestimmung abgieng, ohne von den Interessenten durch Bezahlung der Gebühr abgelöst worden zu sein, ferner und zwar ohne Rücksicht auf die verfassungsmäßige Concurrenz der Landstände die localen Gewohnheitsrechte, die Gerade und das Heergeräthe und der den Verkehr hemmende Abschoß innerhalb des Landes. Sehr zweckmäßig war die Veröffentlichung aller Verfügungen durch das Generalgouvernementsblatt. Am 2. April 1814 erfolgte die bürgerliche Gleichstellung der griechischen Kirche mit den andern Confessionen [1]), der Leibzoll der Juden wurde aufgehoben und den in Leipzig wohnenden die Anlegung eines Friedhofs gestattet, so daß sie ihre Todten nicht mehr nach Dessau zu führen brauchten. Die Aufhebung des Lehenswesens wurde vorbereitet, zur Abhilfe des augenblicklichen Nothstands eine hinsichtlich der Verwaltung ihrer Fonds vom Generalgouvernement ganz unabhängige Hilfs- und Wiederherstellungscommission errichtet und mit 300000 Thlrn. in landschaftlichen Obligationen von der Reichenbachschen Anleihe ausgestattet, durch deren Verpfändung oder Veräußerung sie sich

1) Dieselbe wurde nachher durch das Mandat vom 30. Juli 1827 bestätigt.

Digitized by Google

die nöthigen Baarmittel verschaffen sollte, ferner wurden ihr die bis Michaelis 1814 bei den Rentämtern einkommenden Getreidelieferungen zur Verfügung gestellt und die Vertheilung der von der Wohlthätigkeit des In- und Auslandes zum Besten der Nothleidenden erlangten Summen überwiesen. Am bedeutendsten waren die Beiträge Englands, wo sich namentlich der aus Stolberg im Erzgebirge gebürtige Kunsthändler R. Ackermann um sein Geburtsland verdient machte; von den durch das Parlement für die Kriegsbeschädigten in Deutschland bewilligten 100000 Pfd. St. und aus Privatsammlungen kamen 31600 Pfd. St. nach Sachsen; die in Sachsen selbst und in Deutschland gemachten Sammlungen trugen 19299 Thlr. ein. Die Commission schaffte Vieh, Getreide und andere erste Lebensbedürfnisse herbei und vertheilte sie theils unentgeltlich theils gegen mäßige Bezahlung. Den Kriegsbeschädigten mußte Nachsicht bei Abtragung der Steuern oder gänzlicher Erlaß derselben zugesagt werden, auch durften die Steuerreste ganz in Cassenbillets bezahlt werden; die Eingangsabgaben von ausländischem Getreide und Schlachtvieh wurden suspendiert, die von Branntwein herabgesetzt, für Anschaffung von Brennholz gesorgt, der Wiederaufbau der zerstörten Gebäude durch Gewährung von Bauholz aus den landesherrlichen Waldungen und von Brandentschädigung erleichtert.

Weiter wurden die zu Grunde gerichteten Straßen wiederhergestellt, das Sportelwesen eingeschränkt, vor allem aber, um das Gleichgewicht zwischen Einnahme und Ausgabe zu ermöglichen, auf Erzielung zahlreicher Ersparnisse Bedacht genommen. Die Hofhaltung wurde auf das Allernöthigste eingeschränkt, die Schweizergarde aufgelöst, die Besoldungen der Kammerherren und Kammerjunker, die Gesandtschaften, das Oberhofjägermeisteramt samt allen überflüssigen Jagdgeldern, Deputaten u. s. w. eingezogen, der Wildstand vermindert, die Jagden, bei denen bis jetzt ein Jahresdeficit von 35000 Thlrn. bestanden hatte, theils den Vasallen zurückgegeben, theils verpachtet mit Ausnahme der dresdner und moritzburger Gehege, in denen Repnin zum Ärgerniß aller guten Sachsen nach Herzens-

Digitized by Google

luſt jagte; für jetzt zum erſtenmale erhielten die Jagdleidenden einen Anſpruch auf Erſatz der Wildſchäden; für die Forſtverwaltung wurde eine ganz neue auf die Eintheilung des Landes in Forſtkreiſe und -bezirke gegründete Reform bis zur Ausführung vorbereitet, die Forſtakademie zu Tharand zweckmäßig erweitert, ähnliche Reformen bei der Landesbeſchälanſtalt, der Porzellanmanufactur und der Domainenverwaltung angebahnt, mehrere königliche Schlöſſer dem Geheimen Finanzcollegium zu nutzbarer Verwendung überlaſſen. Zu den Erſparungsmaßregeln gehörte auch die Aufhebung der ſtiftiſchen Kammercollegien, deren Geſchäfte unter das Geheime Finanzcollegium und das Oberſteuercollegium vertheilt wurden, ſowie die der Marſch- und Kreiscommiſſarien, die Vereinfachung des complicierten Caſſenweſens, die Vereinigung des Geheimen Kriegsrathscollegiums und der außerordentlichen Landescommiſſion zur Kriegsverwaltungskammer unter dem Präſidium des Geheimen Raths v. Schönberg. Man berechnete die ſämtlichen Erſparniſſe mit Einſchluß der ausgeſetzten Verloſung auf 1,221000 Thlr. Trotzdem war es unvermeidlich nicht nur die Tilgung der Staatsſchulden ſondern auch größtentheils die Auszahlung der bereits ausgeloſten Capitalien bei der Steuer- und Kammercreditcaſſe einſtweilen zu ſiſtieren. Zur Beſtreitung der dringendſten Bedürfniſſe war für die Centralcaſſe des Verwaltungsraths, welche anfangs bei dem Hauſe Reichenbach und Comp. in Leipzig geführt wurde, ein Anlehen von 800000 Thlr. auf die Landeseinkünfte eröffnet worden. Daſſelbe Haus ließ ſich auch beſtimmen, eine Forderung für geleiſtete Vorſchüſſe von 365100 Thlrn. für den Michaelistermin auf 150000 Thlr. herabzuſetzen und das Übrige zu geſtunden. Ebenſo gewährten Frege und Comp., welche 73500 Thlr. zu fordern hatten, für 40000 Thlr. Nachſicht. Von höchſter Wichtigkeit für die Wohlfahrt, die Ehre und den Credit des Landes war es, den Cours der Caſſenbillets, der durch Schließung der Auswechſelungscaſſe faſt auf die Hälfte des Nennwerthes gefallen war, wieder ſo viel als möglich zu heben; zu dieſem Ende eröffnete ein Verein der reichſten und angeſehenſten leipziger

Digitized by Google

Kaufleute mit einem Kapital von 1 Million Thlr. eine Auswechselungscasse, die mit einem etwas niedrigeren als dem damaligen Course beginnend die Cassenbillets innerhalb achtzehn Monaten unter monatlicher Steigerung, im Februar mit 18 Sgr., im Juli 1815 mit 23 Sgr. 3 Pf. einwechseln sollte. Das Gouvernement dagegen gestattete nicht nur fortwährend die Cassenbillets wie bisher nach dem Nennwerthe zur Hälfte bei allen öffentlichen Abgaben anzunehmen, sondern machte sich auch verbindlich der Anstalt die nöthigen Mittel, soweit sie nicht durch die December 1813 eröffnete Actienanleihe zu erlangen, aus Staatsfonds vorzuschießen; da nun der Erfolg jener Anleihe wirklich hinter der Erwartung zurückblieb, so sah sich das Gouvernement genöthigt, der Anstalt den ganzen noch übrigen Ertrag einer gegen Verpfändung von Juwelen von der königlich sächsischen Regierung in Holland eröffneten Anleihe, außerdem aber noch bedeutende Summen aus der Hauptcasse zu opfern. Doch gelang es auf diese Weise die Entwerthung der Cassenbillets zu verhüten. Große Anstrengungen kostete die Herbeischaffung der Bedürfnisse für die eigens zur Bestreitung der außerordentlichen Staatskosten errichteten Centralsteuercreditcasse, deren Geschäfte durch eine aus dem Geheimen Kriegsrath Krüger, Geheimenrath v. Schönberg und Hofrath Ferber bestehende Commission geleitet wurden. In diese Casse sollte die schon 12. November für den Umfang des Generalgouvernements ausgeschriebene und nach einer Art Einkommensteuerfuß angelegte außerordentliche Steuer von 2 Millionen Thlr. fließen; da diese jedoch nicht ausreichte, so mußte die Anstalt durch Credit operieren, wobei sie vom leipziger Handelsstand mit patriotischer Bereitwilligkeit unterstützt wurde. Als jedoch im Juli 1814 das Gouvernement, durch die Noth gedrängt, die Beihilfe des Handelsstandes zu einer neuen Anleihe verlangte und diese nicht gutwillig gewährt wurde, so begieng die Centralsteuercommission die Übereilung, sie erzwingen zu wollen, indem sie etwa zwanzig der hartnäckigsten Renitenten festnehmen ließ, doch ordnete Ferber, der persönlich nach Leipzig eilte, schon nach wenigen Tagen die sofortige Zurücknahme dieser das

Digitized by Google

peinlichste Aufsehen erregenden Maßregel an, worauf die Arrestanten der Forderung des Gouvernements freiwillig nachkamen [1]). Ueber dem Nothwendigen verlor jedoch das Gouvernement auch das Nützliche und selbst das Schöne nicht aus den Augen. Auf den Kammer- und Chatoullengütern waren zahlreiche Kriegsschäden auszugleichen, die Merinoschäfereien wieder in Ordnung zu bringen, mehreren Fabrikanten wurden Vorschüsse gewährt. Die Erwerbung des Wernerschen Mineraliencabinets für die Bergakademie zu Freiberg wurde eingeleitet, die Bibliothek durch Ankäufe vermehrt, das Collegium medico-chirurgicum in eine medicinisch-chirurgische Akademie, das Cadettenhaus mit dem Pageninstitut vereinigt in eine Ritterakademie verwandelt, die Kunstakademie erweitert, die Sammlungen dem Publikum zugänglicher gemacht, gemeinnützigen Instituten Unterstützung gewährt. Besondere Sorgfalt wendete Repnin den dresdner Anlagen zu. Der Große Garten, dessen Fasanerie der Krieg zerstört hatte, wurde dem Publikum geöffnet, den Erlös aus den Palliſaden, die er nach Kriegsbrauch für sich beanspruchte, überwies er zum Bau der herrlichen Freitreppe am Brühlschen Garten [2]).

Oberster Zweck aber bei den Maßregeln des Generalgouvernements war und blieb der, die Kräfte des Landes für den Krieg gegen Frankreich in Thätigkeit zu setzen; es säumte daher nicht, an die Reorganisation des sächsischen Heeres die Hand anzulegen. So schwierig für ein so verblutetes und ausgesogenes Land die Aufgabe war, seine Streitmacht fast ganz von neuem zu schaffen, so wurde es doch der Opferfreu-

1) Groß, Erinnerungen, S. 138 ff. — Noch 30. März 1815 wurde eine neue Zwangsanleihe von 2 Millionen Thalern zu Einlösung der von der Centralsteuercommission gestellten Anweisungen ausgeschrieben, aber durch einen außerordentlichen Holzschlag auf den vierten Theil vermindert. Außerdem wurden 7. Januar und 11. April 1815 durch zwei neue Ausschreiben der Kriegsverwaltungskammer nach dem Centralsteuerfuße 900000 Thaler erhoben und in die sogenannte Lieferungsäquivalentcasse gelegt.

2) Gretschel-Bülau III, 642.

Digitized by Google

digkeit des Volkes, seiner Sehnsucht die Waffen für Deutschland zu tragen möglich, dieselbe in den ersten Monaten des Jahres 1814 fast vollzählig aufzustellen. Sie sollte aus drei Theilen bestehen, einem stehenden Heere von 20000 Mann, einer Landwehr von gleicher Stärke und einem Banner der freiwilligen Sachsen. Bereits 31. October erließ das Generalgouvernement eine Aufforderung zur Einzeichnung in den letzteren, dessen Organisation Oberst v. Carlowitz leitete; dasselbe sollte nach den Worten des Patents aus den wehrhaften Männern der sächsischen Nation, welche sich aus eigenem freien Antrieb zum Dienst des Vaterlandes stellten, gebildet werden und aus 1 Regiment Kavalerie, 2 Regimentern Jägern, 1 Compagnie Sappeurs und einer Artillerieabtheilung bestehen. Seiner Errichtung lag die doppelte Absicht zu Grunde: einmal die Bemittelten, welche bisher vom Kriegsdienste befreit waren, in einer angemessenen Form zu diesem aufzufordern; zum andern diese aus der Blüthe der Nation gebildete Schar für die Landwehr und die stehende Armee zu einem Muster der Tapferkeit und Kriegszucht, des Eifers und der tüchtigsten Gesinnung zu machen. Daher sollte nicht allein allen Eintretenden der Rang eines Gefreiten, Befreiung von Körperstrafen und das Prädicat Sie zukommen, sondern auch der Banner als die Pflanzschule der Offiziere und Unteroffiziere für die Landwehr betrachtet werden; jetzt bei der Stiftung wurden die Offiziere vom Gouvernement ernannt, später sollten sie von den Freiwilligen gewählt werden. Eintretenden Beamten blieben ihre Besoldungen unverkürzt, zur Equipierung wurde ihnen ein einmonatlicher Gehaltsvorschuß bewilligt und nach beendigtem Feldzuge besondere Berücksichtigung beim Avancement im Civildienste versprochen, zur Unterstützung der Hinterlassenen von Gebliebenen ein besonderer Fond gebildet; damit sonst zum Eintritt befähigte junge Männer nicht durch Mittellosigkeit davon zurückgehalten würden, sollten die Kreise und Gemeinden für deren Ausrüstung Sorge tragen [1]). Am 30. Januar geschah

1) Generalgouvernementsblatt 1813, Nr. 5, S. 34.

Digitized by Google

die feierliche Uebergabe eines in einem grünen Kreuze von Tuch bestehenden Ehrenzeichens an alle Diejenigen, die sich entweder freiwillig zur Landesbewaffnung gestellt oder ansehnliche Beiträge dazu gegeben hatten.

So wohlgemeint die Errichtung des Banners war, so erwies sie sich doch als verfehlt. Offenbar hatte dabei das Vorbild der Lützower vorgeschwebt. Wenn es aber auch Einzelne gab, die wahre Begeisterung zum Eintritt trieb, z. B. den Professor Krug, der, nachdem er unter dem Donner der Schlacht bei Wachau seine Abschiedsrede als Rector magnificus gehalten hatte, sein Silberzeug verkaufte um bei den reitenden Jägern eintreten zu können, und den nachherigen Superintendenten Tzschirner, der den Banner als Feldprobst begleitete [1]), so fehlte doch dem Ganzen der gehobene, ernste Geist jener Schar und er blieb in der Hauptsache eine kostspielige Spielerei, zumal, da man den unglaublichen Einfall hatte, ihn für einen Theil der russischen Garde zu erklären. Viele traten nur bei um der Landwehr zu entgehen, andere aus Lust am Abenteuer oder aus Eitelkeit. Die Beschaffung der glänzenden Uniformen verzögerte den Ausmarsch des Corps, so daß es zur ernsten Kriegsthat zu spät kam und keinen Ruhm ernten konnte. Nachdem es lange in Chemnitz, noch länger in Thüringen gelegen hatte, auf Repnin wartend, der die erste große Heerschau darüber halten wollte, gieng es nach Würzburg, wo am 14. April beim Uebersetzen über den Main bei Miltenberg 62 Mann ertranken [2]), und wurde unter dem Befehl des Herzogs von Sachsen-Koburg zur Blokade von Mainz verwendet und nach dessen Capitulation in die Umgegend verlegt.

Ein zweites Patent vom 9. November verfügte die Errichtung der nur für die Kriegsdauer fahnenpflichtigen Land-

1) Urceus (Krug), Lebensreise (1825), S. 190.

2) Den Begräbnißplatz kaufte Fürst K. E. von Leiningen, die Fürstin ließ ihn zweckmäßig einrichten und setzte zu Unterhaltung der Gräber ein ewiges Jahrgeld aus. Neun der Ertrunkenen ruhen bei Kleinheubach, wo ein Obelisk mit den Namen sämtlicher 62 steht.

Digitized by Google

wehr, die durch einen Ausschuß unter Vorsitz des Generals v. Bieth und unter diesem durch Kreisausschüsse geleitet wurde. Dieselbe sollte theils ebenfalls aus Freiwilligen, theils unter Zulassung gewisser Ausnahmen [1]) aus allen wehrbaren Männern von 18 bis 45 Jahren, soviel zur Ergänzung der ersteren nöthig, bestehen. Ihre Offiziere wurden vom Gouvernement ernannt, bis zum Hauptmann auf Vorschlag der Kreisausschüsse, die höheren auf den des Generalstabschefs. Sollten jedoch Besitzer adeliger Güter oder höhere Staatsdiener bei der Wahl übergangen werden, so sollten diese in den Landsturm versetzt werden, da es nicht die Absicht sei die bürgerlichen Verhältnisse zu stören. Auch die Landwehr hatte sich selbst zu kleiden, Waffen und Munition erhielt sie vom Generalgouvernement, außerhalb ihres Kreises Besoldung und Verpflegung des stehenden Heeres. Selbst von den Kanzeln wurde zur thätigen Theilnahme an der allgemeinen Landesbewaffnung aufgefordert, doch gereichte natürlich die große Bevorzugung des Banners der Landwehr vielfach zum Nachtheil. Der Landsturm kam überhaupt nicht zu Stande.

Die Reorganisation des stehenden Heeres, welche in der Gegend von Merseburg stattfand, sowie der Oberbefehl über dasselbe war von den Verbündeten dem General Thielmann übertragen worden. So viel Befähigung auch dieser durch Geschick, Fachkenntniß und Energie für diesen Posten besaß, so machte doch die Erinnerung an das Vergangene seine Wahl zu einer nicht eben glücklichen und Thielmann selbst gab weder durch die Annahme derselben noch auch durch die Art seines Auftretens als nunmehriger Befehlshaber Beweise besonderen Zartgefühls. Die hochgesteigerte Vornehmheit und der kalte Stolz, womit er den Offizieren gegenübertrat, die Deutschthümelei, die dem früheren enthusiastischen Verehrer Napoleons sonderbar stand, vor allem die verletzende Bitterkeit, mit der er sich über den König von Sachsen aussprach, endlich die Art, wie er sich des ihm von Alexander eingeräumten Rechtes, bis zum

1) u. a. der Schäfer auf den Schäfereien, „wo noch Schafe seien".

Digitized by Google

Range des Obersten unbedingte Abschiede zu ertheilen, zur Säuberung des Offiziercorps von wirklichen oder angeblichen Anhängern Frankreichs bediente, machten viel böses Blut und befestigten zwischen ihm und seinen alten Waffengefährten eine Kluft, aus der sich späterhin schweres Unheil über die sächsischen Truppen ergoß [1]). Mit vollem Rechte widersetzte er sich einer Verwendung des sächsischen Corps vor vollendeter Formation oder einer Trennung des Ganzen durch Absonderung der verfügbaren Theile, er lehnte daher die Zumuthung Chastelers, Klenau's Nachfolgers, ihm, da die Capitulation von Dresden verworfen worden sei, die sächsischen Truppen zur Verstärkung zu senden ab in der richtigen Überzeugung, daß St. Cyr an keinen Widerstand mehr denken könne, ebenso widersprach er energisch Blücher, der ein in der Oberlausitz errichtetes Jägerbataillon irrthümlich als ein preußisches reclamierte, und dem Freiherrn v. Stein, als er den St. Heinrichsorden, weil er als Belohnung für die der französischen Sache geleisteten Dienste verliehen worden sei, aufheben wollte. Am meisten aber machte ihm der Kronprinz von Schweden zu schaffen mit seinem wiederholten Verlangen, daß die Sachsen, ihrer ursprünglichen Bestimmung gemäß, zur Nordarmee stoßen sollten. Schon stand Thielmann in Begriff, seinem Drängen nachzugeben und sich im Verein mit ihm gegen das von Davout behauptete Hamburg in Marsch zu setzen, da er selbst fühlte, wie wünschenswerth es sei, daß der marschfertige Theil der Truppen möglichst bald Verwendung finde, „um der so wohldenkenden und so unglücklichen Nation das Recht zu erwerben, sich wieder zu den Deutschen zu zählen", als aus dem Hauptquartier für die Sachsen eine veränderte, von ihnen mit ungetheiltem Jubel begrüßte Bestimmung eintraf, nach welcher sie dem zur Unterstützung Bülows nach Holland gehenden 3. deutschen Armeecorps unter dem Befehl des Herzogs von Weimar zugetheilt wurden und vorläufig Cantonnierungsquartiere in der Goldenen Aue beziehen sollten. Mit Einschluß der thüringisch-

1) v. Holtzendorff, S. 139 ff.

Digitized by Google

anhaltischen Division besaß dieses Corps eine Stärke von fast 26000 Mann, augenblicklich marschbereit waren aber nur 8620 Sachsen und das weimarische Füselierbataillon und selbst diese, noch mangelhaft ausgerüstet und bekleidet, konnten erst den 2. Januar 1814 den Marsch nach Holland antreten. Thielmann selbst rückte erst 7. Februar mit 6200 Mann Sachsen und 1000 Anhaltinern ins Feld; weitere Abtheilungen folgten, wie sie allmählich zu Stande kamen. Im Ganzen wurden 1 Kürassier-, 1 Ulanen- und 1 Husarenregiment nebst 1 Schwadron Stabsdragoner, 1 Regiment Grenadiere und 3 Linienregimenter zu drei, zwei leichte Infanterieregimenter zu zwei Bataillonen, 1 Bataillon Jäger, 7 Batterien und 6 Regimenter Landwehr formiert.

Die zuerst aufgebrochenen sächsischen Truppen waren über Göttingen, Münster, Arnheim nach Breda gerückt, wo sie, wie auf dem ganzen Wege, von der Bevölkerung mit Jubel empfangen, am 6. Februar anlangten. Von da brach General Lecoq, der durch Vermittlung des Herzogs von Weimar sehr wider Thielmanns Wunsch als Brigadier eingetreten war, am 8ten mit 6000 Mann und 2 Batterien nach dem von General Maison geräumten Brüssel, wo er am 11ten seinen feierlichen Einzug hielt, v. Gablenz mit 4000 Mann und 2 Batterien zur Verstärkung des von Sir Thomas Graham befehligten Blokadecorps vor Antwerpen auf. Da Bülow mittlerweile nach Frankreich weiter zog, so blieb dem Herzog die Eroberung von Belgien und die Bekämpfung des zwischen den Festungen Antwerpen, Lille, Valenciennes, Condé und Douai operierenden Maison allein überlassen. Die Wichtigkeit des Besitzes von Maubeuge für die Sicherung der Verbindung mit Bülow und Winzingerode bestimmte ihn eine Recognoscierung dieser Festung vorzunehmen; Lecoq, der um die Aufmerksamkeit des Feindes zu theilen gleichzeitig gegen Condé vorgieng, gerieth dabei 25. Februar mit dem zur Unterstützung der Besatzung herbeikommenden Cara St. Cyr in ein heftiges Gefecht, das abends mit dem Rückzug der Sachsen vor der feindlichen Uebermacht endigte. Erst als Mitte März durch Thielmanns Eintreffen das

Digitized by Google

Corps des Herzogs auf nahezu 30000 Mann angewachsen war, beschloß dieser einen ernstlichen Angriff auf Maubeuge zu unternehmen, zu welchem General Lecoq mit 6½ Bataillonen, 3 Schwadronen und 24 Geschützen bestimmt wurde. Mit unsäglicher Mühe wurden die Belagerungsarbeiten trotz des heftigen Feuers der Festung und des aufgeweichten Bodens beendigt, ein Ausfall, der sie zu stören versuchte, kräftig zurückgewiesen, da es aber nicht gelang die Festung durch Beschießung rasch zur Uebergabe zu bewegen, so mußte sich Lecoq begnügen, die Belagerung in eine Blokade zu verwandeln. Zur Deckung der Belagerung war Thielmann mit 10 Bataillonen, 4 Schwadronen und 17 Geschützen sowie mit den Streifcorps von Bihaloff, Hellwig und Graf Pückler bei Tournay aufgestellt worden. Diesen Zeitpunkt, wo die Aufmerksamkeit der Gegner vorzugsweise auf Maubeuge gerichtet war, benutzte Maison, um von Lille aus plötzlich nach Gent vorzubrechen; er verdrängte 23. März das Hellwigsche Streifcorps aus Menin, überfiel am 26sten das Bihaloffs in Gent, verbreitete weithin Beunruhigung und zog sich, nachdem ihm die Vereinigung mit der in Antwerpen entbehrlich gewordenen Division Roguet gelungen, am 30sten wieder bis Courtray zurück. Diese Keckheit reizte den Zorn Thielmanns, der am folgenden Tage eine Recognoscierung gegen Courtray unternahm. Obgleich er außer drei Linienbataillonen nur Landwehr bei sich hatte, die bis auf ein Bataillon den Feind noch nie gesehen, nicht einmal nothdürftig tactisch ausgebildet war und zum großen Theil von unerfahrenen Offizieren geführt wurde, obgleich Walmoden, der mit Gablenz von Alost zu seiner Unterstützung heranrückte, ihn dringend ersucht hatte, vor ihrer Vereinigung nichts zu unternehmen, ließ er sich doch durch Ehrgeiz und Ruhmsucht verleiten einen Angriff zu wagen. Er sah sich aber bald überlegenen Kräften gegenüber, seine linke Flanke, wo das Hellwigsche Corps sich wider Erwarten nach Oudenarde zurückgezogen hatte, umgangen und die dieselbe bildende anhaltisch-thüringische Brigade gänzlich aufgelöst. Die Kürassiere verloren bei dem Versuche die Infanterie zu degagieren ihren Obersten v. Thümmel, nur

Digitized by Google

mit höchster Anstrengung gelang es die Artillerie bis auf ein Geschütz zu retten, und Thielmann zog sich, von Avelghem an nicht weiter verfolgt, mit einem Verlust von 39 Offizieren und 1168 Mann an Todten, Verwundeten und Gefangenen auf Oudenarde zurück. Dieses unglückliche Gefecht war das letzte des ganzen Feldzugs. Auf die Nachricht von der Einnahme von Paris schloß der Herzog von Weimar am 9. April eine Convention mit General Maison, der am 13ten der Waffenstillstand von Pont-à-Tresson folgte.

Gegen Ende des Monats traten Landwehr und Banner unter Führung des Generals v. Gablenz den Heimweg an. Erstere wurde zu Hause von General v. Vieth mit der Ankündigung empfangen, daß ihr Benehmen in dem Gefechte bei Courtray, über welches Thielmann in einem Tagesbefehle seine Unzufriedenheit ausgesprochen hatte, zur Ehrenrettung der sächsischen Nation einer genauen und strengen Untersuchung unterzogen werden solle, doch blieb die Sache auf Thielmanns Verlangen, als bereits erledigt, auf sich beruhen. Der Banner zerbröckelte in Folge seiner inneren Zweck- und Haltlosigkeit in sich selbst und wurde im August bis auf einen kleinen Stamm aufgelöst. Die stehenden Truppen dagegen bezogen, da man es nicht rathsam fand sie vor der Entscheidung über das Schicksal ihres Vaterlandes dahin zurückkehren zu lassen, Cantonnierungen um Aachen, die sie 25. Juni mit anderen um Koblenz vertauschten, und Thielmann übernahm nach der Abreise des Herzogs von Weimar erst interimistisch, dann, 9. Juni, definitiv das Commando des dritten deutschen Armeecorps [1]).

Die allgemeine Erwartung war, daß Sachsens Schicksal spätestens bei dem Friedensschluß mit Frankreich zur Entscheidung kommen werde; ja Friedrich August und seine Umgebung hofften sogar noch früher zu diesem Ziele zu gelangen und glaubten um so weniger Ursache zu ernstlichen Besorgnissen zu

1) Gretschel-Bülau III, 549. — Starkloff, Herzog Bernhard von Weimar I, 130 ff.

Digitized by Google

haben, als nicht bloß dem gefangenen Könige äußerlich die seinem Stande gebührenden Ehren erwiesen wurden sondern auch zwischen ihm und den Gliedern des preußischen Königshauses ein Austausch von Artigkeiten stattfand, als wäre das Verhältniß das freundlichste [1]). Zunächst richtete sich daher das Hauptaugenmerk des sächsischen Hofes darauf, die Zulassung eines Bevollmächtigten des Königs im großen Hauptquartier zu erlangen, und Einsiedel übergab deshalb schon in Ziegesar am 25. October dem Baron Anstett einen hierauf bezüglichen Antrag, begleitet von einem Exposé, dem er von Berlin aus ein ähnliches an Metternich folgen ließ zu dem Zwecke, den Rücktritt des Königs von der Convention vom 23. April damit zu rechtfertigen, daß derselbe der erste Rheinbundfürst gewesen, der den Wunsch bezeigt habe sich der Sache der Verbündeten anzuschließen, und nur durch die Hoffnung, seinem Volke einen Theil der Kriegsleiden zu ersparen, im entgegengesetzten Sinne fortgerissen worden sei; er erinnerte, daß die Verbündeten, wenn sie ihn seines Landes beraubten, ihre conservativen Gesinnungen verleugnen würden und daß von seiner Wiederherstellung die vollständige Nutzbarmachung der Hilfsmittel Sachsens abhange, da das Volk, um dem gegebenen Anstoße zu folgen, dessen Zustimmung abwarte. Er schloß mit der Erklärung, daß der König bereit sei neue Verpflichtungen einzugehen und sich allen Bedingungen und Modalitäten zu unterwerfen, die gerecht und mit dem Wohle seiner Völker verträglich seien [2]). Obgleich die Antworten hierauf, wenn auch in sehr freundschaftlichem Tone gehalten, durchaus keine bestimmte Zusage enthielten, wurde beschlossen, den Generalmajor v. Watzdorf in das Hauptquartier der Verbündeten zu senden um dort einen Friedenstractat zu unterhandeln. Seine Instruction [3]) wies ihn an sich besonders an den russischen Minister zu wenden, ohne jedoch die übrigen zu vernachlässigen, und abzuwarten, ob

1) Bülau, Geheime Geschichten III, 340.
2) Dresdn. Arch.
3) Berlin, 17. November. Dresdn. Arch.

Digitized by Google

jede der verbündeten Mächte besonders oder Rußland zugleich im Namen der anderen den Frieden mit Sachsen unterhandeln wolle. Als Bedingungen sollte Watzdorf fordern: die Integrität und Garantie des Königreichs in seinem früheren Umfange, wobei er sich auf die Erklärung Österreichs, keine Erwerbungen auf Kosten seiner Nachbarn machen zu wollen, berufen könne um dessen Vermittelung gegen jedes Project einer anderen Macht auf Theile des sächsischen Territoriums zu erhalten; bis zur Zurückgabe aller von den Alliierten occupierten sächsischen Gebiete eine gemischte Verwaltung in Vollmacht des Königs allein, in welche aber Commissäre der verbündeten Mächte aufzunehmen sein würden, doch müsse die Festung Königstein auf alle Fälle den ausschließlichen Befehlen des Königs vorbehalten bleiben; Rückkehr der Truppen unter den Befehl des Königs, Rückgabe des Kriegsmaterials und der Kriegsgefangenen; Freilassung des Königs nach Unterzeichnung des Friedens; die Discussion über seine Rechte als Herzog von Warschau würde der König einwilligen, unter ausdrücklichem Vorbehalt derselben, bis zum allgemeinen Frieden zu verschieben. Dafür soll Watzdorf bieten: Verzicht Sachsens auf den Rheinbund, Beitritt desselben zur Coalition, jedoch so, daß sein Contingent auf keinen Fall mehr als 10000 Mann Infanterie, 2000 Mann Kavalerie und 3 Batterien betrage, Mitwirkung des Königs zu Errichtung eines die Ruhe Deutschlands sichernden Zustandes, Zurückziehung der sächsischen Besatzungen aus Danzig, Glogau und den polnischen Festungen, endlich Amnestie für Alle, die sich dem Könige gegenüber compromittiert haben sollten.

Aber Watzdorf fand in Frankfurt die Sachlage ganz anders als man sie sich in Berlin vorgestellt hatte; die Monarchen erkannten ihn gar nicht als officiellen Unterhändler an sondern empfingen ihn nur als Privatmann. „Er verberge ihm nicht", sagte Kaiser Alexander zu ihm, „daß das, was dieses Frühjahr sich in Prag zugetragen, ihm bei der alten Anhänglichkeit und Hochachtung, die er dem Könige von Sachsen zolle, doppelt schmerzlich gewesen sei; dieser Schritt, auf den er jetzt aus Schonung nicht näher eingehen wolle, habe in jenem Zeitpunkt

Digitized by Google

außerordentlichen Nachtheil gebracht und die gemeinsame Sache einer großen Gefahr ausgesetzt; ein Abweichen von Verpflichtungen, das man sich einmal erlaubt habe, könne leicht ein zweitesmal vorkommen; dies und die Beharrlichkeit, welche der König noch jüngst in seinen Absichten auf Polen gezeigt habe, mache Vorsichtsmaßregeln für die Zukunft nöthig; die Regierung des wiederhergestellten Königs gewissermaßen durch eine Commission der Mächte überwachen zu lassen, wäre für die Würde eines Souverains verletzend. Er werde nie aufhören sich für Sachsen zu interessieren; Sachsen, verspreche er, — und diese Zusicherung wiederholte er mehrmals — werde stets Sachsen bleiben, für den Augenblick aber sei es ihm nicht möglich von den einmal angenommenen Grundsätzen abzugehen und dem König bleibe vorläufig nichts übrig als sich zu resignieren." [1]) Auch dem General v. Vieth gab Alexander unaufgefordert auf sein Ehrenwort die Verheißung und ermächtigte ihn dieselbe seinen Landsleuten mitzutheilen, Sachsens Integrität werde unangetastet bleiben, vorausgesetzt, daß die Sachsen fortführen ihre guten Gesinnungen durch die That zu beweisen.

Indes die geflissentliche Art, wie Alexander die Frage wegen des Landes von der über die Person des Königs trennte, war offenbar für die Intentionen Rußlands in Bezug auf die Wiedereinsetzung des letzteren keine günstige Vorbedeutung, jene Zusicherungen schienen nur darauf berechnet die öffentliche Meinung in Sachsen zu gewinnen, die Betheuerungen seines Wohlwollens für den König als leere Phrasen. Aber man suchte sächsischerseits die Gefahr auf einer andern Seite als von der sie in Wirklichkeit drohte, indem man bei dem Kaiser Absichten zu Gunsten des ihm nahe verwandten weimarischen Hauses vermuthete; in der Übertragung des Oberbefehls über das sächsische Corps an den Herzog von Weimar, ja selbst in der Zurückhaltung, die dieser sonst so lebhafte und mittheilsame Fürst in Frankfurt beobachtete, sah man eine Bestätigung dieses Verdachtes; in Weimar galt die Erhebung der ernestinischen

1) Depesche Watzdorfs vom 5. December. Dresdn. Arch.

Digitized by Google

Linie auf den sächsischen Thron für so ausgemacht, daß die Einwohnerschaft den zurückkehrenden Herzog mit darauf bezüglichen Inschriften zu feiern gedachte [1]), und auch in Sachsen selbst agitierte eine Partei, welche an der Erhaltung der alten Dynastie verzweifelnd wenigstens die Selbständigkeit des Landes zu retten wünschte, in diesem Sinne. Als ein dem sächsischen Hofe nahestehender Mann in Frankfurt Gelegenheit fand den Kaiser Franz um seine Verwendung für den König anzugehen, rief dieser aus: „Aber sie werden ihm doch nichts nehmen wollen! Wir sind übereingekommen, alle Verhandlungsgegenstände, welche unsere vollständige Übereinstimmung stören könnten, zu vertagen. Ich selbst habe in dieser Sache nur zum dritten Theil mitzureden. Der König ist Kriegsgefangener des Kaisers von Rußland; alles wird sich machen, wenn das große Ziel erreicht ist." — „Wir haben", setzt jener Beobachter hinzu, „alles zu fürchten von Rußland und von Preußen und viel zu hoffen von Österreich; aber wir müssen durchaus vermeiden, dies Letztere die beiden Ersteren merken zu lassen."

Diese Ansicht gewann denn auch bei Allen, die dem sächsischen Hofe nahe standen, mehr und mehr Geltung. Auch Graf Senfft tauchte wieder auf. Auf die Nachricht von der Schlacht bei Leipzig war er in der Voraussetzung, daß nunmehr der Zeitpunkt gekommen sei um auf seinen alten Posten zurückzukehren, herbeigeeilt; da ihn aber der König wissen ließ, daß seine jetzige Lage ihm nicht gestatte in Berlin von seinen Diensten Gebrauch zu machen, er ihm vielmehr in Frankfurt im Verein mit Watzdorf nützlicher werde sein können, so blieb er vorläufig dort um das Terrain im Hauptquartier zu sondieren. Von den Monarchen wohlwollend aufgenommen, überzeugte er sich bald, daß die Übereinstimmung zwischen den verbündeten Mächten keineswegs eine vollständige sei; während Kaiser Alexander und der König von Preußen sich einer sofortigen Wiederherstellung des Königs von Sachsen entschieden feindlich zeigten, verhehlten die Vertreter Englands, die Lords Aberdeen und Cathcart, nicht

1) Pertz, Steins Leben IV, 78.

Digitized by Google

ihre Unzufriedenheit über dieses Verfahren; ebensowenig waren Kaiser Franz und Metternich damit einverstanden. Auf diesen Zwiespalt bauete Senfft seinen Plan. Den britischen Tories gegenüber betonte er, wie gefährlich es für alle Regierungen sei, den Völkern ohne Theilnahme der legitimen Auctorität einen Impuls zu geben; den Kaiser Franz bewog er, den noch in Dresden weilenden Prinzen und deren Familien, um sie den Händen der Feinde der sächsischen Dynastie zu entziehen, ein Asyl in Prag anzubieten, welches dieselben auch, mit Ausnahme der bejahrten Prinzessin Elisabeth, nicht anzunehmen zögerten. Seinen Bemühungen schloß sich der ebenfalls in Frankfurt erschienene sächsische Gesandte am stuttgarter Hofe, v. Üchtritz, an und beide kamen mit Metternich und Langenau überein, daß Üchtritz mit einem Paß des Fürsten Schwarzenberg und einer österreichischen Schutzwache versehen nach Berlin reisen solle, um dem König die mit Metternich getroffenen Verabredungen zu überbringen. Diese giengen dahin, daß der König den Grafen Senfft zur Unterhandlung mit den verbündeten Monarchen bevollmächtigen, zum Beweis der Aufrichtigkeit seines Anschlusses seine Neffen, die Prinzen Friedrich und Clemens, in das österreichische Hauptquartier, nach England aber einen diplomatischen Agenten schicken solle, um dort den königlichen Titel anerkennen zu lassen und sich der Intervention des englischen Cabinets zu seinen Gunsten zu versichern. Den weiteren geheimen Verkehr mit dem Könige sollte der österreichische Gesandte in Berlin, Graf Zichy, vermitteln.

Um den Truppenzügen auszuweichen nahm Üchtritz den Umweg über Würzburg und Bamberg. In der Zwischenzeit hatte aber die Gegenpartei Wind von der Sache bekommen und, als Üchtritz am Abend des 24. November seine Reise von Leipzig fortsetzen wollte, wurde sein Wagen etwa eine Meile von der Stadt, ohne Zweifel auf Repnins Veranstaltung, von Kosaken überfallen und die Mappe mit seinen Papieren ihm geraubt. Da er also sein Geheimniß in den Händen der Russen wußte, so beschloß er nach Leipzig zurückzukehren und

Digitized by Google

durch eine wenigstens scheinbar offene Mittheilung an Repnin den übeln Folgen der Entdeckung vorzubeugen. Dieser spielte den Unwissenden und versprach strenge Untersuchung des Vorfalls; versagte aber doch dem sächsischen Diplomaten die Erlaubniß zur Weiterreise, bevor er nicht dazu aus dem Hauptquartier ermächtigt sei. Auch verhehlte er keineswegs seine Mißbilligung über den Versuch durch eine hinter Rußlands und Preußens Rücken mit Österreich angesponnene Intrigue das gute Einvernehmen der verbündeten Mächte zu stören; er tadelte heftig die ohne Genehmigung des Generalgouvernements erfolgte Sendung Watzdorfs nach Frankfurt, die unberufene Einmischung Senffts, dessen polnische Politik ihm den besonderen Haß der Russen zugezogen hatte, und ebenso die, wie er behauptete, ihm recht wohl bekannten geheimen Umtriebe, die von Berlin aus in Sachsen angestiftet worden seien, die die Sache des Königs nur verderben könnten und die er nicht länger zu dulden entschlossen sei. Sachsen werde, nach einer ihm soeben zugegangenen Versicherung seines Kaisers, nicht ein Dorf verlieren. Der König könne nichts Besseres thun als sich ganz und ausschließlich dem Kaiser Alexander in die Arme zu werfen, der in diesem Augenblicke allein über Sachsens Schicksal entscheide; sächsische Unterhändler im Hauptquartier aber, die sich die Miene gäben, Rußland durch Österreichs Einfluß die Hände binden zu wollen, würden nur das Mißtrauen des Kaisers erwecken; dagegen werde es gewiß einen guten Eindruck machen, wenn der König als Zeichen seines Vertrauens die Festung Königstein, den einzigen noch in seiner Hand befindlichen Punkt in Sachsen, freiwillig in die Hand des Kaisers geben wolle. Mit diesem Rathe entließ er endlich seinen Gefangenen nach Berlin gegen das Versprechen, die Rückreise über Dresden nehmen zu wollen [1]).

Dieser Zwischenfall zerstörte die von Senfft ungeschickt genug eingefädelten Machinationen und brachte begreiflicherweise an

1) Üchtritz' Bericht im Auszug abgedruckt in: Grenzboten 1870 II, 169 ff.

Digitized by Google

dem Hofe des gefangenen Königs große Bestürzung hervor. Einsiedel beeilte sich die von Senfft gethanen Schritte zu desavouieren und stellte die ihm schuldgegebenen Umtriebe in Sachsen bestimmt in Abrede, und König Friedrich August erbot sich nicht nur brieflich gegen den russischen Kaiser zur Einräumung des Königsteins sondern suchte auch dessen Vermittlung behufs Abberufung des sächsischen Gesandten in Paris, Baron Just, nach, mit dem die directe Verbindung unterbrochen war. Deshalb hörten jedoch die bisherigen Bestrebungen durchaus nicht auf; man hütete sich öffentlich um Österreichs Protection zu werben um sie insgeheim desto eifriger zu suchen. Graf Schulenburg, der sich in Prag aufhielt, erbot sich aus freien Stücken als geheimer Agent zum Kaiser Franz zu gehen. Unterdessen erfolgte der Einzug der Verbündeten in Paris und der König versäumte um so weniger den Monarchen zu diesem Ereignisse seine Glückwünsche darzubringen, als ihm die Zurückführung der Bourbonen von der günstigsten Vorbedeutung für sein eigenes Geschick schien, erhielt aber hierauf so wenig eine Antwort wie auf das frühere Schreiben. In der That stand es in Paris um die Aussichten des Königs von Sachsen sehr übel. Dem Freiherrn v. Stein galt es als ausgemachte Sache, daß Preußen für das an Rußland zu überlassende Polen in Deutschland und zwar vornehmlich durch Sachsen zu entschädigen sei, dessen König anderwärts, am besten in Italien abgefunden werden könne [1]); ein ernstlicher Widerspruch dagegen erhob sich von keiner Seite, aber Hardenberg sowohl als Alexander, jener aus Unbedacht, dieser im Gefühle seiner Macht, versäumten beide die Überlassung Polens und Sachsens zur Bedingung ihrer Einwilligung zu den von Österreich und England verlangten Gebietsänderungen in Italien und den Niederlanden zu machen, und es stellte sich sehr bald heraus, daß die polnische und die sächsische Frage sich in Paris nicht ins Reine bringen ließen.

Das fortdauernde Schweigen der Souveraine, verbunden

1) Pertz, Steins Leben IV, 15.

Digitized by Google

mit dem immer mehr Bestand gewinnenden Gerüchte von preußischen Ansprüchen auf sächsisches Gebiet [1]), versetzten den sächsischen Hof in solche Unruhe, daß man den Beschluß faßte, nochmals einen Bevollmächtigten abzusenden um bei den Monarchen, speciell bei dem Kaiser von Rußland, die Sache des Königs zu führen. Die Wahl fiel, da der zuerst dazu bestimmte Graf Görtz erkrankte, wiederum auf Watzdorf. Schleunige Wiederherstellung des Königs, Integrität des Königreiches, Zulassung eines sächsischen Bevollmächtigten zu den Verhandlungen über die deutschen Angelegenheiten, Erlaubniß, dem Kaiser bei dessen Rückreise an einem beliebigen Orte aufzuwarten, das waren die Hauptpunkte, die er denselben vortragen sollte [2]). Watzdorf traf die Souveraine nicht mehr in Paris an, dennoch war sein dortiger Aufenthalt durchaus nicht vergeblich; nicht bloß daß er bei Ludwig XVIII. das größte persönliche Wohlwollen für seinen Verwandten, den König Friedrich August, vorfand, sondern es gelang ihm hier auch die ersten Fäden zu dem nachher so überaus folgenschweren Bande zu schlingen, welches Talleyrand mit der Frage über Sachsens Schicksal verknüpfte. „Bis jetzt", äußerte Talleyrand, als er ihm Zweck und Inhalt seiner Sendung vertraulich mittheilte, „habe Frankreich sich nur mit seinen eigenen Interessen und mit der Aussöhnung mit den verbündeten Mächten beschäftigen können; nie habe es sein Unvermögen, etwas für den König von Sachsen zu thun, peinlicher empfunden als in diesem Augenblicke, aber derselbe könne darauf zählen, daß auf dem Congresse zu Wien Frankreich seine Sache verfechten werde." Auch was er von Graf Stadion hörte, hob Watzdorfs Hoffnungen. Erst gegen

1) Watzdorf an Baron Just, Berlin, 18. Mai: „Je crains beaucoup l'influence de Mr. de Stein. Son caractère peut être noble et bon pour le fond, mais il est passioné et ses vues ne me paraissent guères compatibles avec le bonheur des Etats du second ordre. S'il y a une Confédération du Nord de l'Allemagne, il faudra bien, que la Saxe en soit, et qu'importe alors à la Prusse, que la Lusace et Torgau soient Prussiens ou Saxons?"

2) v. Watzdorfs Instruction vom 18. Mai. Dr. Arch.

Digitized by Google

Ende vorigen Jahres, zu Basel, gestand ihm dieser, habe Österreich entdeckt, wie weit die preußischen Absichten auf Sachsen giengen und bis zu welchem Punkte Rußland von Preußen bearbeitet worden sei um sie zu begünstigen; Österreich werde aber um seiner selbst willen das Unmögliche thun um dem Könige von Sachsen sein Land, wenn auch nicht ohne Spähne, doch wenigstens soviel wie möglich davon zu retten. Sollten freilich Rußland und Preußen auf ihrem Willen beharren, so sei Österreich allein nicht stark genug um deshalb Krieg anzufangen; es sei daher um so dringender, daß Watzdorf den Monarchen nach England nachreise, je mehr zu fürchten stehe, daß Rußland durch Preußen sich immer mehr in dieser Sache umgarnen lasse [1]). Baron Just, der ohne officiellen Charakter bis zu seiner Abberufung, 19. Juni, in Paris blieb, suchte den Hauptgrund für die gegenwärtige Bedrängniß Sachsens in dem Drängen der Polen nach Wiederherstellung ihres Vaterlandes unter russischem Scepter; auch er setzte seine Hoffnung auf England und Österreich [2]) und hob in einem an Lord Castlereagh, 22. Mai, gerichteten Memoire namentlich die principielle Bedeutung der Erhaltung Sachsens hervor [3]).

Die Aufnahme, welche Watzdorf in London fand, verhieß nicht viel Gutes; weder der Prinzregent noch auch die Herrscher von Preußen und Rußland gewährten ihm die erbetene Audienz;

1) v. Watzdorf an Einsiedel, 10. Juni.

2) Anhang, Nr. 29.

3) „Replacer la maison de Bourbon sur le trône et tant d'autres anciens princes dans leur patrimoine et priver à la fois le roi de Saxe de la possession de ses Etats héréditaires, ce serait associer deux principes de conduite, qui paraissent incompatibles et qui heurteraient l'opinion publique en défaveur des cabinets, qui auraient pris pareille résolution." — Auch Watzdorf schreibt, 21. Juni: „C'est à Paris et cela se continue ici à Londres, que les intrigues des Polonais pour retablir leur nom et leur patrie, indifférent que cela soit attaché au prix de la ruine d'un autre état étranger à leur question, ont envenimé la situation de nos affaires."

Digitized by Google

Kaiser Alexander ließ ihm nur durch Nesselrode sagen, er beziehe sich in allem auf die Versicherungen, die er ihm zu Frankfurt in Bezug auf des Königs Land, Person und Familie gegeben habe. Doch betrachtete er wenigstens den Aufschub des Congresses als einen günstigen Umstand, da die Zwischenzeit sich benutzen lasse um Österreich, Frankreich und die deutschen Staaten, welche die Nothwendigkeit fühlten sich gegen den despotischen Einfluß des Nordens zu verbinden, zu gewinnen, desgleichen die englische Nation, die in ihren Grundsätzen zu moralisch sei um den Umsturz einer alten und tugendhaften Dynastie zu billigen. Doch gelang es ihm nicht den Lords Aberdeen und Castlereagh eine bestimmte Erklärung zu entlocken. Auch den Grafen Metternich fand er in sehr übler Laune über den Gang der öffentlichen Angelegenheiten und in Betreff Sachsens lauer als ihm erwünscht war. Metternich versprach zwar die Sache des Königs von Sachsen zu unterstützen, ausgenommen jedoch den Fall, daß daraus ein Krieg gegen Rußland und Preußen entstände; er lehnte es ab, auf die Frage, welche Maßregeln zu ergreifen sein würden um die Person des Königs der Hand jener Mächte zu entziehen, näher einzugehen, und verwarf den Vorschlag, daß der König sogleich dem wiener Hofe eine Protestation gegen jede Zerstückelung seines Landes übergebe. Ebenso wurden dem, 19. Juni, nach Wien gesandten General v. Zeschau von seiten des Kaisers Franz zwar die huldvollste Aufnahme und die tröstlichsten Versicherungen seiner freundschaftlichen Gesinnungen gegen den König zu Theil, aber mehr als gütliche Verwendungen stellte auch er nicht in Aussicht.

Gleich erfolglos waren die Bemühungen, welche von verschiedenen Seiten gemacht wurden den Kaiser Alexander auf seiner Durchreise durch Sachsen für den König günstiger zu stimmen. Die Prinzessin Elisabeth, die deshalb von Dresden nach Leipzig gekommen war, erhielt von ihm nur allgemeine Versicherungen des Wohlwollens; der Conferenzminister Graf Hohenthal wurde mit seinen Vorstellungen zu Gunsten des Königs sogar ungnädig abgewiesen und in den von der Stadt

Digitized by Google

Leipzig und der Universität dem Kaiser zu überreichenden Adressen strich das Generalgouvernement die auf die Stimmung des sächsischen Volks gegen den König bezüglichen Stellen [1]). Trotzdem fand es das sächsische Cabinet an der Zeit dem Kaiser Alexander ein Memoire vorzulegen, worin es auseinandersetzte, daß Sachsen um den gegen die Alliierten übernommenen Verpflichtungen nachkommen zu können für die ungeheuren Verluste, die es im gegenwärtigen Kriege erlitten, eine gerechte Entschädigung beanspruchen müsse und demgemäß als beim Frieden mit Preußen in Betracht zu ziehende Punkte die folgenden bezeichnete: Annahme liberalerer Handelsgrundsätze zwischen beiden Staaten, genaue Ausführung der Convention von Elbing von 1807 und freie Elbschiffahrt, Rückgabe der Kreise Beeskow und Storkow, auf die Sachsen nie ausdrücklich verzichtet habe, Berichtigung der 1½ Millionen Verpflegungskosten preußischer Truppen und Gefangener aus den Jahren 1805 und 1807, Wiedererstattung der von preußischen Commandanten nach dem Waffenstillstand vom 4. Juni gemachten Requisitionen und Beschlagnahmen, welche Forderungen theilweise durch Abtretung der preußischen Enclaven in Sachsen ausgeglichen werden könnten, endlich Schlichtung der zwischen Preußen und dem Herzogthum

1) So aus dem von G. Hermann verfaßten Glückwunsche der Studierenden die Strophe:

„Unum precamur, restituas Patrem,
Reddasque nobis heu nimium diu
Desideratum, quem fideli
Corde memor populus requirit“,

Pölitz II, 166. — Am 25. Februar 1815 richtete Repnin, im Begriffe nach Rußland zurückzukehren, einen ostensiblen Brief an den Staatsrath v. Merian, um sich von dem Vorwurfe zu reinigen, als ob er die Sachsen über ihr künftiges Schicksal hintergangen habe. Die Entthronung des Königs sei von Alexanders Seite keineswegs ein Act der Feindschaft und des Hasses sondern der politischen Nothwendigkeit; er selbst habe stets das sächsische Volk unterschieden von dem Könige, welchen letzteren er nie genannt habe; gerade dieses sein Stillschweigen hätte beweisen müssen, daß die Interessen des Königs und die des Volkes einander entgegengesetzt seien.

Digitized by Google

Warschau, namentlich wegen der Convention von Bayonne schwebenden Differenzen [1]).

Nebenher veranlaßte die Geldverlegenheit des sächsischen Hofes noch andere Verhandlungen sehr heiklicher Natur mit dem Freiherrn v. Stein und dem Generalgouvernement. In den ersten Tagen des berliner Aufenthaltes waren die Kosten der sächsischen Hofhaltung vom preußischen Hofe bestritten worden, dann aber mußten sie von dem Könige von Sachsen selbst getragen werden. Es waren wohl hauptsächlich Ersparungsrücksichten, die denselben veranlaßten seinen Wohnsitz, 26. Juli, von Berlin weg nach Friedrichsfelde, einem dem Fürsten Bariatinski gehörigen und zeither von dessen Enkel, dem Grafen Tolstoi, bewohnten Lustschlosse, eine Meile von Berlin, zu verlegen. Vermehrt wurde die finanzielle Bedrängniß des Königs noch dadurch, daß sich viele von den durch das Generalgouvernement entlassenen Beamten, zum Theil in sehr zudringlicher Weise, um Unterstützung an ihn wendeten und er in seinem rechtlichen Sinne sich verpflichtet fühlte, sich seiner treuen Diener anzunehmen. Schon im Januar 1814 stellte Friedrich August den Antrag, daß die Kosten seiner Hofhaltung aus der Landescasse bestritten und den sächsischen Gesandten an den auswärtigen Höfen ein Wartegeld ausgesetzt werde. Letzteres schlug Stein rundweg ab, Repnin aber erklärte dem Grafen Einsiedel, daß er, bevor über anderweite Zahlungen verhandelt werden könne,

1) „Mémoire concernant les prétentions formées par la Saxe à la charge de la Prusse" 1813—1814. — Zu dem letzten Punkte macht der König eigenhändig die Bemerkung: „Comme il n'y a pas d'apparence, que le Duché de Varsovie puisse être conservé, il semble superflu de s'occuper des questions qui le concernent. Si les autres membres de la Confédération du Rhin doivent recevoir un dédomagement complet des acquisitions, qu'ils ont faites par l'appui de la France, l'on ne saurait blamer, qu'on s'attende à quelque indemnisation pour la perte du Duché de Varsovie; mais cette question générale étant décidée favorablement on doit attendre les propositions des cours alliées, puisque toute indemnisation en terrain ne serait possible que par du territoire des cours coalisées ou de leurs alliés actuels ou par des anciens territoires d'autres princes Allemands."

Digitized by Google

über den Verbleib der von dem Könige aus Dresden mitgenommenen Summe von über vier Millionen Thalern Auskunft verlangen müsse, eine Angelegenheit, die sich leichter und für den König vortheilhafter ordnen lassen werde, wenn derselbe die mitgenommenen Staatspapiere und Juwelen der Disposition der verbündeten Mächte als Mittel zur Erlangung der in Sachsen nöthigen Fonds überlasse; es würde selbst auf der Herausgabe jener Scheine überhaupt nicht bestanden werden, falls der König die zur Bestreitung der Landesbedürfnisse durchaus nöthige Anleihe von 2 Millionen Thalern selbst machen und die dadurch erlangten Gelder an das Generalgouvernement abliefern wolle. Einsiedel gab sofort hierüber die Aufklärung, daß der König an baarem Gelde nur 50000 Thaler mit sich genommen habe, außerdem Staatspapiere im Betrage von 4,303312 Thalern behufs einer in den Niederlanden zu effectuierenden Anleihe, die aber abgesehen davon, daß sie, wennschon der Hauptcasse entnommen, doch Privateigenthum des Königs seien, deshalb nicht gerechnet werden könnten, weil sie augenblicklich unverkäuflich seien. An und für sich war der König dem von Repnin vorgeschlagenen Arrangement nicht abgeneigt, aber es kam trotzdem nicht zu Stande, weil er sich die Papiere weder in Berlin noch in Leipzig zu verpfänden getraute aus Furcht, daß man sich derselben dort, sobald er sie aus den Händen lasse, bemächtigen möchte. Dies benutzte Repnin als Grund um die bei der königlichen Chatulle müßig liegenden 148000 Thaler mit Beschlag zu belegen und zur Hauptcasse zu ziehen; denn allerdings befand sich das Generalgouvernement selbst in der äußersten Geldverlegenheit. Allein daß die Hälfte der Abgaben in Cassenbillets angenommen wurde, verursachte für das Jahr 1814 einen Ausfall von 140000 Thalern und eine baare Vergütung des Aufgeldes bei Besoldungen von 50000 Thalern. Doch aber wies Stein den Fürsten Repnin an dem Könige monatlich 10000 Thaler zu seinem Unterhalte auszuzahlen, die von dem König für die Prinzen und Prinzessinnen geforderten Apanagen dagegen kürzte Repnin sehr beträchtlich und selbst dann noch erfolgten diese Zahlungen mit größter

Digitized by Google

Unpünktlichkeit. Gleichzeitig versagte er den Geheimenräthen Kohlschütter und Fritzsche, die der König zu sich berufen hatte um sich ihrer in seinen Privatangelegenheiten zu bedienen, den Urlaub, da im gegenwärtigen Augenblicke für einen Sachsen die einzige Art dem Könige zu dienen die sei, wenn er seinem Vaterlande diene, er auch diejenigen Männer, die mit den Regierungsgeschäften vertraut seien, am wenigsten entbehren könne. Mit Nachdruck beschwerte sich Einsiedel bei Stein über die Einziehung der Besoldungen der Hofbediensteten und darüber, daß dem Könige, während das Generalgouvernement auf Verschönerungen und Festlichkeiten Summen verwende, die Mittel vorenthalten würden, der Noth seiner Diener abzuhelfen, besonders aber darüber, daß das zum königlichen Hausfideicommiß gehörige Silbergeräthe unter dem Vorgeben, daß es zur Bewirthung vornehmer Gäste gebraucht werde, vom Königstein abgefordert und behufs seiner Verpfändung nach Leipzig geschafft worden war, wurde aber damit von Stein abgewiesen [1]). Auch Repnin bedeutete ihn, daß seine Stellung ihm nicht gestatte in Sachsen einen anderen Willen als den der hohen Verbündeten zu befolgen. Was das Silbergeräthe betreffe, so habe er zwar dessen Einschmelzung zu hindern gewußt, jedoch ohne Zurücksetzung der Landeswohlfahrt nicht anstehen dürfen den Landescredit durch die Verpfändung dieser Geräthschaften, die

1) Stein an Einsiedel, Frankfurt, 14. August 1814: „Ich gebe Ew. Excellenz zu erwägen, daß die Eroberung von Sachsen und die Entfernung seines Königs das Resultat eines gerechten Kriegs der hohen verbündeten Mächte mit Sachsen und vieler sehr blutigen Schlachten ist. Sachsen gehört vermöge des Eroberungsrechts den hohen verbündeten Mächten, und die von ihnen angeordneten Behörden können weder die Einmischung des vorigen Königs in die Verwaltung dulden noch dürfen sie dessen Familienverträge berücksichtigen. Ihre Majestäten der Kaiser von Österreich und der König von Preußen haben ebenfalls ihr Silber nach der Münze gesandt um ihre Unterthanen bei Zahlung der Kriegscontributionen zu erleichtern; in Sachsen wird es verwendet um ein von der ehemaligen Regierung selbst creirtes Creditpapier aufrecht zu erhalten und dem Lande einen empfindlichen Verlust vorzubeugen. Seine Verwendung ist also ebenso zweckmäßig als gemeinnützig." Dr. Arch.

Digitized by Google

Hofwirthschaft aber für deren Werth durch Deposition von Staatspapieren sicher zu stellen. Die Auszahlung der Zinsen von den Staatspapieren, die der König mit sich genommen hatte, wurde zwar nicht gehindert; je weniger aber Aussicht vorhanden war von seiten der Verbündeten genügende Mittel zum Unterhalte des Hofes und zur Bezahlung der entlassenen Beamten zu erhalten, desto lieber benutzte der König das ihm, Januar 1815, von dem Könige von Frankreich gemachte Anerbieten ihn mit Vorschüssen zu unterstützen, indem er um ein Darlehen von monatlich 100000 Frcs. bat.

Je länger aber die Entscheidung über das Schicksal des Königs sich hinauszog, ein desto tieferer Umschwung gieng in der Stimmung des sächsischen Volkes vor. Unmittelbar nach der Schlacht bei Leipzig, wo der Jubel über die Befreiung vom französischen Joche jedes andere Gefühl zurückdrängte, wo alles wetteiferte seinen guten Willen für die gemeinsame Sache zu bethätigen, sahen die Meisten in der Gefangenschaft des Königs ein selbstverschuldetes Unglück, das um so gelassener ertragen wurde, als jedermann von dem Frieden die Wiederherstellung desselben erwartete. Als aber diese Voraussetzung sich nicht erfüllte und dafür die Absichten Preußens auf Sachsen immer deutlicher hervortraten, da weckte die von Alters her eingesogene Abneigung gegen diese Macht das sächsische Selbstgefühl, die tiefgewurzelte Anhänglichkeit an die Dynastie, an die Person des Königs, die Erinnerung an die lange segensreiche Regierung, die Sachsen diesem verdankte, lebte wieder auf, man vergaß, wie oft früher die Schwerfälligkeit und die verrosteten Formen des sächsischen Staatswesens beseufzt worden waren; der anfängliche Groll gegen den König wegen seiner Hingebung an Napoleon verwandelte sich in Mitleid, in Sympathie mit seinem Unglück, bei Vielen sogar in Schwärmerei für den Märtyrer fremder Begehrlichkeit, und wie es überhaupt ein im Charakter des Deutschen begründeter Zug ist, daß er seinem angestammten Fürstenhause, mit dem er Jahrhunderte hindurch Freud und Leid getheilt hat, selbst dann nicht leichtfertig den Rücken kehrt, wenn er dessen Politik nicht gutheißt,

Digitized by Google

so war es unstreitig die große Mehrheit des sächsischen Volks, welche die Erhaltung der Dynastie wünschte. Am wenigsten Abneigung gegen die Aussicht preußisch zu werden legte der Handels- und Gewerbstand an den Tag, doch setzte auch er dabei die ungeschmälerte Erhaltung der sächsischen Nationalität, der Verfassung und des Staatsvermögens voraus, am entschiedensten für den König gestimmt waren die Beamten, die Aristokratie und die Residenz, die ohne ihn zu einer Provinzialstadt herabzusinken fürchtete und wo die hochmüthige Zuversicht der vielen französischen Kriegsgefangenen auf Napoleons Rückkehr ansteckend wirkte. Man fing jetzt schon an das eben noch so laut verwünschte Frankreich als den Hort der sächsischen Selbständigkeit gegen die ungerechte Anmaßung der deutschen Brüder anzusehen; auch die Anhänger des Herzogs von Weimar schlugen sich wieder zu den königlich Gesinnten, seitdem sie ihre anfänglichen Pläne vereitelt sahen [1]). Um die Mitte des Mai fand sich eine große Zahl Landstände in Leipzig zusammen um dieser Stimmung einen möglichst lauten und feierlichen Ausdruck zu geben; ehe aber noch die Bittschriften, welche durch eine Deputation den Monarchen überreicht werden sollten, unterzeichnet waren, erschien eilends der Generalpolizeidirector v. Rosen aus Dresden, sprengte die Versammlung und verfügte über die Theilnehmer derselben Untersuchung. Die einmal in Fluß gebrachte Agitation kam jedoch deshalb nicht ins Stocken, sie organisierte sich im Gegentheil, von Berlin und Prag aus insgeheim aufgemuntert und durch die Symptome mangelnden Einverständnisses zwischen den Verbündeten ermuthigt, immer mehr. Eine Vorstellung der sieben erbländischen Kreise, des Stifts Naumburg und der beiden Universitäten gelangte von Leipzig an die Monarchen, die Überreichung einer anderen vom Oberkammerherrn v. Friesen verfaßten und von mehreren angesehenen Landständen und den Magistraten von Dresden und Bautzen unterschriebenen an den Kaiser Alexander verhinderte Repnin; er wies vielmehr die Bittsteller auf die Vortheile

1) Pertz IV, 39. 78. 240.

Digitized by Google

hin, welche eine Vereinigung mit Preußen bei Erhaltung der Gesetze und der Verfassung für das Land haben müsse, und erinnerte sie, wie wenig die begehrte Selbständigkeit auch bisher schon vorhanden gewesen sei; in einer Verordnung an die Gouvernementscommissariate aber drohte er für den Fall, daß diese „Bewegungen und Störungen, welche weder mit dem Rechte noch mit der Klugheit vereinbar seien und das Wohl des Landes viel mehr entfernten als herbeiführten", nicht unverzüglich aufhörten, mit Einlegung von 60000 Russen in Sachsen. Aber auch dies schreckte nicht. Einer der Commissare, Domdechant Wurmb v. Zink zu Naumburg, stellte das Vorhandensein von Umtrieben und Bewegungen in seinem Bezirk ganz bestimmt in Abrede und vertheidigte das Recht des Landes, seine Wünsche vor die Monarchen zu bringen, mit Nachdruck und Freimuth [1]). Es erhob sich ein förmlicher Adressensturm um baldige Rückkehr des Königs und Erhaltung der Selbständigkeit des Landes, von den Ständen der Lausitz und den Städten und Beamten des thüringischen Kreises an bis zu den Viertelsmeistern und Repräsentanten der Residenz, welche letztere sogar die Könige von Baiern und Würtemberg um ihre Verwendung bei den hohen Mächten angiengen. Da das Generalgouvernement einer dresdner Deputation, welche den Monarchen eine Denkschrift überreichen sollte, die Pässe nach Wien verweigerte, so verschafften sich die Mitglieder derselben deren einzeln nach Prag, wo sie ihr Memorial dem Prinzen Maximilian zur Weiterbeförderung übergaben. Etliche sächsische Offiziere äußerten in Dresden ihren Widerwillen gegen Preußen so laut, daß Repnin ihr Benehmen in einem Tagesbefehl sehr ernstlich rügte, aber die schonungslose Sprache, die er gegen den König führte, die gehässigen und unwahren Beschuldigungen, mit denen Andere letzteren bewarfen, goßen Öl ins Feuer. Ein Aufsatz in dem von Görres redigierten Rheinischen Merkur, welcher den König bezichtigte, bei seiner Rückkehr aus Prag Napoleon das Geheimniß der Unterhandlungen der Verbündeten

1) Gretschel-Bülau III, 568.

Digitized by Google

mit Österreich verrathen zu haben, erbitterte einen der sächsischen Offiziere in Koblenz, den Hauptmann v. Dziembowski, dermaßen, daß er Görres in seiner Wohnung verhaften und auf die Wache bringen ließ. Lecoq setzte zwar den Gefangenen sofort wieder in Freiheit, Dziembowski wurde verhaftet und nach Sachsen zum Depot zurückgeschickt, aber der von Thielmann auf Veranlassung dieses Vorfalls 31. Juli erlassene Tagesbefehl mit seinen ungeschickten und unschicklichen Anspielungen auf Dziembowski's Motive konnte nur dazu dienen die Aufregung zu steigern statt sie zu besänftigen [1]). Mit verhaltenem Ingrimm hörten die Offiziere diesen ehemaligen Anbeter Napoleons eine Sprache führen, die nicht nur seine eigene Vergangenheit sondern auch die Achtung vor dem Unglück seines Landesherrn und Wohlthäters so gänzlich verläugnete. Bei dem Festmahl am Geburtstage des Königs von Preußen, 3. August, wurde Thielmanns Toast auf die baldige Vereinigung des ganzen nördlichen protestantischen Deutschlands unter dem Scepter des Königs Friedrich Wilhelm mit finsterem Schweigen aufgenommen, viele schütteten ihre Gläser auf den Teller. Dann trank Thielmann auf den Minister v. Stein, „den deutschen Apostel Petrus", als aber alle seine Phrasen nicht verfingen, äußerte er zornig, „die Herren möchten bedenken, daß es außer dem Königstein noch andere Festungen gebe" [2]).

Um diese Zeit wurde das 3. Armeecorps als eine Art von Execution gegen den Kurfürsten von Hessen, der seine Truppen eigenmächtig auf den Friedensfuß gesetzt hatte, nach Marburg verlegt, und hier begann nun eine Bearbeitung der Truppen von der Heimat aus, die bei der schon vorhandenen Gährung schnell zum gewünschten Ziele führte. Ein von Prinz Maximilian jener dresdner Deputation gegebener Wink, daß ihm leider die Beweise für die Anhänglichkeit der Armee fehlten und er sich daher auf deren Gesinnung nicht berufen könne,

1) Anhang, Nr. 30.
2) Holtzendorff, S. 155 ff.

Digitized by Google

war wohl verstanden worden. Der ehemals sächsische, jetzt österreichische Hauptmann v. Langenau, ein Bruder des Generals, der als Curier nach Antwerpen reiste, benutzte einen Abstecher in das sächsische Hauptquartier nach Marburg um die Offiziere zu einem offenen Schritte anzutreiben. Am 6. September erschienen die Brigadiers und Abtheilungscommandanten bei Thielmann und überbrachten ihm von sämtlichen Offizieren unterzeichnete Adressen, welche in verschiedener Form die Bitte um Wiederherstellung des Königs enthielten, damit er sie auf dem Dienstwege an die Souveraine gelangen lasse; in der Mehrzahl verwahrten sich dieselben ausdrücklich gegen die Annahme, als ob die Truppen durch ihren Übergang bei Leipzig eine Abtrünnigkeit gegen den König hätten begehen wollen. Thielmann, der sich eben noch gegen Stein gerühmt hatte, daß so dumme Streiche, wie die Handvoll Offiziere in Dresden gemacht hätten, bei ihm nicht vorgehen könnten, war auf das unangenehmste überrascht. „Wünsche der Armee für das Wohl des Königs auf eine bescheidene Art vorgetragen", antwortete er den Offizieren, „sehe er als den Ausdruck einer löblichen Empfindung an, aber in höchst lächerliche Widersprüche verwickle sich die Armee, wenn sie durch den Übergang bei Leipzig im Sinne des Königs gehandelt zu haben glaube, da General v. Ryssel sich erinnern müsse, was Zeschau noch am Morgen des Übergangs der Armee im Namen des Königs bekannt gemacht habe; wenn die Armee erkläre, daß sie sich ihres Eides gegen den König nicht für entbunden halte, so mache sie sich im höchsten Grade strafbar." Er gab schließlich den Unterzeichnern Bedenkzeit die Adresse zurückzunehmen, allein diese versicherten durch General Lecoq nochmals aufs feierlichste, daß sie sich ihres Eides gegen den König nicht für entbunden erachteten und bestanden auf Absendung der Adressen [1]). Thielmann wußte sich nicht anders zu helfen, als indem er die Adressen dem commandierenden General v. Kleist nach Aachen überschickte. Stein jedoch, dem er zugleich Meldung von dem

1) Thielmann an Repnin, 16. September. Dr. Arch.

Digitized by Google

Vorgefallenen machte, mißbilligte dieses Verfahren kaum minder als die unbefugte und in jeder Weise ungeeignete Einmischung der bewaffneten Macht in die Politik [1]). Auch der sonst so milde Kleist nahm die Adressen höchst ungnädig auf und nur den Vorstellungen des Generalmajors v. Brause und des Oberstleutnants v. Lindemann, welche ins Hauptquartier eilten, gelang es, die beabsichtigte sofortige Trennung der Truppen rückgängig zu machen. Den 8. September wurde das Corps nach Koblenz zurückverlegt und hier demselben eine Ordre des Generals Kleist vom 9ten bekannt gemacht, in welcher derselbe die Unstatthaftigkeit der eine Aufkündigung des Gehorsams gegen die alliierten Mächte in sich schließenden Annahme, als ob das Heer noch mit seinem Eide dem König von Sachsen verpflichtet sei, ernst und entschieden einschärfte und Thielmann befahl den Offizieren zu eröffnen, daß er sich genöthigt sehe sich wegen dieses unbedachten Schrittes an Lecoq als ältesten General und den Obersten v. Zezschwitz als Chef des Generalstabs zu halten; Beide seien daher sofort zur Verantwortung nach Dresden zu weisen. „Den übrigen Generalen, Brigadiers und Commandeuren", fuhr er fort, „bitte ich zu sagen, daß es mir nicht fremd ist, wie es Augenblicke im menschlichen Leben gibt, in welchen das Herz auf die Handlungen der Menschen, und gerade auf die achtungswerthesten, einen zu großen Einfluß gewinnt. Legen Sie ihnen die Adressen vor, damit sie sich selbst überzeugen, auf welche Art sie abgefaßt sind. Ich werde keinen Gebrauch zu ihrem Nachtheil davon machen. Die Adressen der drei Kavalerieregimenter, des ersten leichten Infanterieregiments und des Generalstabs enthalten nichts, was gegen die Verhältnisse verstößt; ich werde sie daher einreichen." Gleichzeitig erschien Kleists Generalstabschef, v. Müffling, um die Ordnung wiederherzustellen; bei seiner Ankunft waren jedoch die Offiziere bereits, Dank besonders den Bemühungen des Obersten Aster und des Hauptmanns Heymann, zur Besinnung zurückgekehrt; sie fügten sich in die verlangte Weglassung der

1) Pertz IV, 80.

Digitized by Google

anstößigen Stellen aus den Adressen, unterschrieben die ihnen vorgelegte Angelobung fortdauernden Gehorsams gegen die Alliierten [1]), wogegen ihnen Thielmann nicht nur die Beförderung der Adressen sondern auch das Unterbleiben aller fernern Maßregeln zusicherte, und entschuldigten sich durch eine Deputation bei dem commandierenden General, worauf auch die Entfernung Lecoqs und Zezschwitzs auf Thielmanns Verwendung unterblieb. Nur ließ Reynier den Commandeurs die allerhöchste Mißbilligung bekannt machen und ihnen ihre Abweichung vom militärischen Gehorsam nochmals strengstens verweisen. Weitere Versuche die Truppen durch Ausstreuung bedenklicher Nachrichten aufzuwiegeln hatten keinen Erfolg.

Dem sächsischen Cabinet schien jetzt der Zeitpunkt gekommen, wo die Aufmerksamkeit und das Interesse von ganz Europa für die Erhaltung der Rechte des Königs in Anspruch zu
1814 nehmen sei. Es geschah dies durch eine im Juli 1814 allen europäischen Mächten vertraulich mitgetheilte Denkschrift aus der Feder des Geheimen Legationsraths Wendt [2]). Durch eine ausführliche Rechtfertigung aller von der sächsischen Regierung seit 1807 gethanen Schritte suchte dieselbe folgende Sätze zu begründen: Durch sein Verhalten als Souverain und Mitglied des deutschen Staatenvereins hat sich der König der Ansprüche auf die Dankbarkeit seiner Unterthanen und auf das Vertrauen Deutschlands und ganz Europas nicht verlustig gemacht; er ist während der Zeit des napoleonischen Übergewichts bloß dem Gesetze des Stärkeren gewichen, ohne die ihm stets heiligen Grundsätze der Gerechtigkeit und Loyalität zu verleugnen; er ist unter den Rheinbundfürsten der erste gewesen, der offene und unzweideutige Schritte gethan hat um sich von dieser Fessel loszusagen; sind diese erfolglos geblieben, so liegt die Schuld

1) Gretschel-Bülau III, 595.

2) „Exposé de la marche politique du Roi de Saxe"; sie wurde in Nürnberg mit stillschweigender Genehmigung der bairischen Regierung gedruckt. Klüber, Acten des Wiener Congresses (1817) VII, 201 ff. — Deutsch: Der König von Sachsen Friedrich August und sein Benehmen in den neuesten Zeiten. Leipzig 1815.

Digitized by Google

nicht an ihm sondern an der unwiderstehlichen Gewalt der Umstände; seine unausgesetzte Sorge für das Wohl seines Volkes muß ihn über jeden Tadel erheben; er ist nie der directe Feind der Verbündeten gewesen und hat ihnen militärische Kräfte nur so lange entgegengestellt als ihn unauflösliche Bundespflicht wider seinen Willen dazu nöthigte, und hat begierig den ersten freien Augenblick ergriffen um sich ihnen zu nähern; er hat endlich auch während seiner Gefangenschaft den verbündeten Monarchen ein unbegrenztes Vertrauen bewiesen. Er und sein Volk sind also sowohl auf Grund der von den Verbündeten gegebenen Versprechungen als wegen des wohlverstandenen politischen Interesses aller Staaten berechtigt, die unverkürzte Erhaltung Sachsens und seiner rechtmäßigen Dynastie zu erwarten.

Diese Denkschrift gab das Zeichen zu einem äußerst lebhaften Federkriege, der in Zeitschriften und Broschüren für und wider den König von Sachsen und über das Schicksal seines Landes geführt wurde [1]). Mehrere, zum Theil hochgestellte Männer in Sachsen traten, einige mit, die meisten ohne Nennung ihres Namens für die Sache ihres Königs ein. Wie hoch man aber auch ihre Anhänglichkeit an das Königshaus würdigen und ehren muß, die Gründe, die sie aus der Geschichte, dem Rechte und der Zweckmäßigkeit für die Erhaltung Sachsens herleiteten, ebenso ihre seltsame Vermischung privatrechtlicher Grundsätze mit denen des Völkerrechts konnten ihren Gegnern nur vielfache Blößen bieten. Allerdings läßt sich nicht verkennen, daß der Vergleich mit der mehr als milden Behandlung der übrigen Rheinbundfürsten, die ebensoviel und mehr als der König von Sachsen verbrochen hatten, das Urtheil über das gegen diesen beobachtete Verfahren verwirren und das letztere in einem gehässigen Lichte erscheinen lassen mußte, und der wichtige Unterschied, daß die Verbündeten jenen gegenüber sich durch Verträge gebunden hatten, dieser ihr Kriegsgefangener war, wurde um

1) Ein Verzeichniß der wichtigsten bei Klüber VII, 235 und Gretschel-Bülau III, 567.

Digitized by Google

so eher übersehen, je weniger sich eine sittliche Berechtigung für jene Verträge auffinden ließ. Bezeichnend aber ist, daß gerade die beiden heftigsten von den gegen Preußens Absichten gerichteten Schriften von Nichtsachsen, und noch dazu ziemlich anrüchigen, herrühren. Verfasser der einen „Über die Vereinigung Sachsens mit Preußen" war unter der Maske eines preußischen Patrioten der göttinger Professor Sartorius, ein Lohnschreiber im Dienste des hannöverschen Grafen Münster, der der anderen, „Sachsen und Preußen" mit dem Motto Suum cuique der bairische Freiherr Chr. v. Aretin, der sich bisher als Vergötterer Napoleons, als Denunciant aller patriotischen Bestrebungen und als fanatischer Gegner des Protestantismus hervorgethan hatte. Nicht minder trat die in München unter Montgelas' Auspicien erscheinende „Allemannia" als heftige Gegnerin des in preußischem Sinne schreibenden „Rheinischen Merkurs" auf, wie denn überhaupt Baiern eine sehr rege Theilnahme für den König von Sachsen zur Schau trug.

Zur Widerlegung dieser Vertheidigungen erschien von der anderen Seite eine Reihe von Flugschriften, die sich hauptsächlich darauf stützten, daß die Einverleibung Sachsens nach dem, was König Friedrich August gethan und insbesondere nach den Kränkungen, die er Preußen zugefügt, gerecht, daß sie zur Vervollständigung des Defensivsystems Deutschlands nothwendig und auch für die Bewohner Sachsens selbst vortheilhaft sei; selbst der Satz, daß das Aufhören der kleinen Staaten überhaupt für jeden deutschen Patrioten wünschenswerth sei, wird hier offen ausgesprochen [1]). Weitaus das Bedeutendste jedoch,

1) Als Antworten speciell auf v. Aretins Schrift erschienen vom Staatsrath Hoffmann „Preußen und Sachsen"; etwas später auf Steins und Hardenbergs Veranlassung von Varnhagen „Deutsche Ansicht der Vereinigung Sachsens mit Preußen", ein schwaches Machwerk, und Eichhorn „An die Widersacher der Vereinigung Sachsens mit Preußens". — Den 19. December verlangte Einsiedel in einer an den preußischen Minister v. d. Goltz gerichteten Note, daß nicht nur der weitern Verbreitung der Schrift „Preußen und Sachsen" Einhalt gethan sondern auch ähnlichen Schriften der Druck und Verkauf in Preußen verweigert werde,

Digitized by Google

was vom preußischen und allgemein deutschen Standpunkte aus über diese Frage gesagt wurde, ist B. G. Niebuhrs Schrift: „Preußens Recht gegen den sächsischen Hof". In einer durch das Studium der Alten, in höherem Maße noch durch tiefen sittlichen Ernst und eine edle Leidenschaftlichkeit geadelten Sprache bricht sie schonungslos den Stab über die Politik des Königs Friedrich August, der taub gegen alle Mahnungen und vertrauend auf die Fortdauer von Napoleons Glück sein Schicksal an diesen gebunden und mit ihm gefallen sei [1]), der auch nimmermehr die Verantwortlichkeit für das, was seit der Schlacht bei Lützen geschehen, um deswillen ablehnen dürfe, weil es gezwungenerweise geschehen, denn selbst dies zugegeben, so sei es doch nur die Folge freier Entschlüsse gewesen; wenn also das sächsische Volk die Trennung von seinem Könige und der Verlust der politischen Individualität schmerze, so möge es bedenken, daß die Schuld daran auf niemanden anders als auf den sächsischen Hof selbst falle.

Diese Erörterungen in der Presse haben zwar zur Erregung der Leidenschaften sehr viel, zur endlichen Entscheidung über Sachsens Schicksal sehr wenig beigetragen. Denn die Dinge hatten bereits eine solche Wendung genommen, daß es sich hierbei nicht um das bessere Recht auf sächsischer oder auf preußischer Seite handelte, sondern daß die Beantwortung dieser Frage lediglich noch von der Convenienz der Großmächte abhing, deren Ausspruch nunmehr endlich auf dem in Wien zusammengetretenen Congresse gefällt werden sollte. Begreiflicherweise concentrierte sich die Aufmerksamkeit aller Derjenigen, die an dem Ausgange dieser Sache sei es für oder gegen Sachsen

erhielt aber den trocknen Bescheid, „daß der preußische Minister diese Note weder annehmen noch officiell beantworten könne und ihn ersuchen müsse dieselbe zurückzunehmen". Dr. Arch.

1) „Es ist ein schimpfliches Bekenntniß, unerläßliche Pflichten aus Furcht versäumt zu haben. — Der König von Sachsen mußte gegen Napoleon aufstehen, weil es die Vernichtung der Tyrannei galt, er hatte Rache an Napoleon zu nehmen dafür, daß dieser die Ehre seiner langen Regierung durch die bayonner Convention geschändet hatte." S. 35 ff.

Digitized by Google

sich interessierten, an diesem Punkte. Der König selbst erließ zur Wahrung des Rechtsstandpunktes kurz vor dem Zusammentritt des Congresses ein gleichlautendes Schreiben an die Herrscher von Österreich, Rußland, Frankreich, Preußen und England [1]), größeren Erfolg aber mochte er sich wohl von der Thätigkeit des Grafen Schulenburg-Closterode, eines Schwagers des Ministers Einsiedel (st. 1853), versprechen, der sich ohne anerkannt officiellen Charakter in Wien zu dem Zwecke aufhielt, „die allgemein gegen die Sachsen drohende Ungerechtigkeit herrschende Meinung bei denjenigen Personen zu unterhalten, welche auf die Entschlüsse der Mächte Einfluß haben könnten". Vor allem sah er sich darauf angewiesen die Unterstützung des österreichischen Cabinets zu suchen, und nach Metternichs mündlichen Äußerungen zu schließen sah dieses die Wiedereinsetzung des Königs von Sachsen als eine nicht allein durch die Gerechtigkeit sondern auch durch Österreichs politische Interessen gebotene Maßregel an, für welche Metternich persönlich eine Wärme an den Tag legte wie nur ein Diener des Königs selbst. „Wir brauchen", sagte er zu Schulenburg, „keine weiteren Argumente um uns zu überzeugen, daß unsere Convenienz erfordert, daß Preußen nicht unsere Grenze von Eger bis Krakau

1) „La proximité de l'ouverture du congrès de Vienne m'engage de m'adresser de nouveau à V. M. pour Lui recommander mes intérêts et pour Lui demander Son appui pour ma prompte réintegration dans mes droits. Je ne saurais imaginer, que je puisse avoir à craindre d'être destitué de leur possession, ou que les puissances alliées ou tel autre cour de l'Europe puissent approuver une mesure qui ressemblerait trop au système qu'on vient d'abattre. Cependant les bruits d'après lesquels j'en serais menacé retentissent de tant de cotés avec une telle publicité, que je crois devoir à moi même et aux Puissances contractantes du dernier traité de paix, de déclarer d'avance, que, si pareille idée pouvait exister contre toute attente, je ne consentirai jamais à la cession des états que j'ai hérités de mes ancêtres, ni à accepter une compensation quelconque, aucun équivalent ne pouvant me dédommager de leur perte et de la séparation d'aucun peuple que j'aime et qui m'a donné des preuves multipliées d'attachement et de fidélité."

Digitized by Google

umschließt; wenn Sie glauben würden alle Gründe zu diesem Zwecke erschöpft zu haben, so würden wir selbst ebenso viele erwähnen können, die uns in dieser Absicht bestätigen und Ihnen vielleicht unbekannt sind. Allein Österreich darf, wenn es diese Vergrößerung Preußens gilt, keine Argumente von seiner eigenen Convenienz aufstellen um solche zu hindern, denn diesen würde Preußen mit ebensoviel Recht Gründe von dessen Convenienz, die ihm diese Vergrößerung wünschenswerth machen, entgegensetzen. Man kann nur auf der Unrechtmäßigkeit der Handlung an und für sich bestehen und nur das politische Verbrechen einer dergleichen Spoliation geltend zu machen suchen. Dies sind die einzigen Mittel, die uns und dem Könige von Sachsen zu Gebote stehen, welcher sich in seiner Lage mit derjenigen, in welcher sich der Pabst in Frankreich befand, vergleichen kann. So großen Werth die Freundschaft mit Preußen für Österreich hat, so ist diese Frage ein Punkt, worin das Interesse beider Staaten einander ganz entgegensteht; allein Krieg mit ganz Europa können wir deswegen nicht führen, es fragt sich nun, ob Preußen und Rußland für dieselbe Krieg machen wollen und welches Schwert das andere in der Scheide halten wird."

„Aus diesen Äußerungen scheint mir hervorzugehen", setzt Schulenburg hinzu, „daß Österreich alles, nur keinen Krieg versuchen wird um Sachsens Einverleibung zu verhindern, daß es aber die Hoffnung nährt, Preußen und Rußland würden ebenso abgeneigt sein einen Krieg anzufangen um jene Vereinigung zu erzwingen und daß, wenn man Frankreich und England veranlassen könnte, sich für den König zu erklären, alsdann auf Österreich, durch jene Unterstützung aufgemuntert, mehr zu rechnen sein würde. — Leider kann ich nicht bergen, daß ich in letzter Instanz wenig Vertrauen zu Österreichs Energie habe. Es gesteht zu laut die Absicht ein gewissermaßen keine anwenden zu wollen. Die persönlichen Eigenschaften Derer, so Einfluß auf die politischen Bestimmungen dieser Macht haben, sind jedem gewagten Entschlusse zuwider. Die Armee hat nicht den Geist, den man ihr wünschen möchte, und hierüber tritt bei

Digitized by Google

den österreichischen Generalen sogar keine Selbsttäuschung ein; endlich äußern die mit der Geschichte vertrauten Umgebungen des Fürsten Metternich mit aufrichtigem Bedauern wenig Hoffnung zu einem für den König günstigen Ausgange der Unterhandlung. In Betreff des Einflusses von Frankreich und England, so scheint die jetzige Lage des ersteren Staates wenig geeignet dessen Vorstellungen Nachdruck zu geben, und die Weigerung des Lord Castlereagh den General Watzdorf zu sehen beweist eine große Nachgibigkeit Englands für Rußland und Preußen, so daß sich mit Grund von jenen zwei Mächten wenig hoffen läßt." [1])

Auf eine offene Unterstützung der sächsischen Ansprüche von seiten Österreichs war demnach wenig Aussicht. An Vertröstungen ließ es Metternich nicht fehlen, zugleich aber suchte er den König von jedem selbständigen Schritte zurückzuhalten. „Österreich", versicherte er, „sei in dem Falle, Sachsens Interesse besser zu verfechten als dieses selbst, das einzige dem Könige zu Gebote stehende Mittel bleibe die moralische Kraft des passiven Widerstandes." Aber ebenso verwarf er Schulenburgs Vorschlag, daß Österreich, wenn es die factische Besitznahme Sachsens nicht hindern könne, wenigstens im Verein mit irgend einer andern Macht vor ganz Europa dagegen protestieren und erklären möge, daß es diese Maßregel nie de jure anerkennen werde [2]); selbst die Initiative zur Versetzung des Königs in eine österreichische Stadt zu ergreifen lehnte er ab, da ein erst kürzlich deshalb beim König von Preußen gemachter Versuch erfolglos geblieben sei, dagegen gestattete er, daß man sich sächsischerseits der österreichischen Curiere zwischen Wien und Berlin bediene. Auf seinen Rath geschah es ferner, daß der König den Grafen Schulenburg zu seinem Bevollmächtigten beim Congreß ernannte, jedoch in der Weise, daß bis zu dem geeigneten Augenblicke die Vollmacht in seinen Händen schlafen solle. Zugleich wurde

1) Schulenburg an Einsiedel, 21. August. Dr. Arch. — Archiv für sächs. Gesch. I, 94.

2) Schulenburg an Einsiedel, 11. September.

Digitized by Google

Schulenburg angewiesen sich der Leitung des österreichischen Cabinets unbedingt zu überlassen [1]). Daneben sollte er auch die Unterstützung der Vertreter von Frankreich, England, Baiern und Würtemberg suchen. Da für Wiedererlangung des Herzogthums Warschau keine Aussicht vorhanden sei, so soll er dessen Abtretung, jedoch gegen Entschädigung und Wiedererstattung der dem polnischen Schatze gemachten Vorschüsse zugestehen, ist eine Entschädigung nicht zu erlangen, sich auf die Forderung der Wiederherstellung des Königs in Sachsen beschränken. Sollte Preußen mit Ansprüchen auf einen Theil von Sachsen hervortreten, so soll er Mangel an Instruction vorschützen, im äußersten Falle aber erklären, daß der König darein nur willigen werde, wenn die Forderung sehr ermäßigt und der König für das Abzutretende anderweit entschädigt würde. Hierbei waren die Ansprüche Sachsens auf verschiedene jetzt preußische Gebietstheile, darunter selbst die alten auf Jülich und Cleve aufgezählt. Nehme Preußen den cottbusser Kreis zurück, so müsse Sachsen das dafür an Westfalen abgetretene Gebiet zurückerhalten, ebenso für die dem cottbusser Kreise geleisteten und

1) Einsiedel an Metternich, 26. August: „Dabei ist der König von Ew. bisher bewährten Denkungsart gegen Seine Person und Sein Haus vollkommen überzeugt, daß Hochdieselben Seinem Bevollmächtigten Ihren weisen Rath und wirksamen Beistand nicht versagen werden. Ich bin jedoch beauftragt, in des Königs Namen Ew. ausdrücklich darum zu ersuchen und zu versichern, daß Se. Maj. solches mit Dankbarkeit erkennen und Sich ein Vergnügen daraus machen werden, Hochdemselben Beweise der schon längst gegen Sie hegenden Achtung und Wohlwollens zu geben." — Lagarde (Congrès de Vienne [1843] I, 429) erzählt, der König habe zwei einflußreiche Männer in Wien mit einigen Millionen bestochen; gemeint sind Metternich und Talleyrand. Chateaubriand (Mémoires d'outretombe [Bruxelles 1849] X, 100) behauptet, Talleyrand sei von ihm durch 3 Millionen Frcs. bestochen worden. Vgl. Pertz IV, 118. Obgleich diese Angaben an sich nichts Unglaubliches haben, so fehlt doch der Beweis für dieselben, zumal da Friedrich August im Jahre 1829 die Rechnungen der königlichen Chatulle von 1802 an hat vernichten lassen, und es ist zu bedenken, daß für Beide auch ohne sächsisches Geld die stärksten Triebfedern vorhanden waren um sich des Königs anzunehmen.

Digitized by Google

größtentheils noch nicht zurückerstatteten Vorschüsse entschädigt werden. Noch immer verschloß also das sächsische Cabinet wie absichtlich die Augen gegen die Einsicht, daß es sich nicht um ein größeres oder geringeres Opfer, das Sachsen zu bringen haben könne, sondern um die Existenz des Staates handle.

Denn über diese schien bereits das Urtheil gesprochen, als die Souveraine sich in Begleitung ihrer vertrautesten Rathgeber in Wien versammelten. In eigenthümlicher Weise hatte sich schon bei den Vorbesprechungen zu Paris herausgestellt, daß die Frage über Sachsens Schicksal auf das engste mit der, was aus Polen werden solle, verflochten war, daß die Entscheidung über dieses zugleich die über jenes bedingte. Das Herzogthum Warschau, das war der Plan des Kaisers Alexander, sollte mit Rußland vereinigt werden; mit Begeisterung gieng er auf den ihm von den polnischen Patrioten unterbreiteten Gedanken einer Wiederherstellung des polnischen Reichs unter russischem Scepter ein. Allerdings konnten weder Österreich noch Preußen einen Plan begünstigen, der Rußland eine solche weit in das Herz des Erdtheils vorspringende und beide Nachbarn auf das höchste bedrohende Stellung gab; doch legte Preußen anderseits auf die Wiedererwerbung seiner ehemaligen polnischen Besitzungen zu wenig Werth, um sie nicht bereitwillig an Rußland zu überlassen, wenn es dafür innerhalb Deutschlands die ihm im kalischer Vertrage verheißene Wiederherstellung seines früheren Umfanges erlangen konnte. Fiel aber wirklich ganz Warschau an Rußland, so gab es, seitdem Österreich den Rheinbundfürsten ihren Länderbesitz garantiert und Preußen selbst vorschnell auf die Wiedererlangung von Ostfriesland, Ansbach und Baireuth verzichtet hatte, dazu überhaupt kein anderes Mittel mehr als die Vereinigung Sachsens mit Preußen. Um also Polen zu erlangen betrieb Alexander ohne Rücksicht auf die mehr oder minder zweideutigen Vertröstungen, die er dem Könige von Sachsen gegeben, die Einverleibung Sachsens in Preußen und diesmal nahm letzteres diese die Abrundung seines Staatskörpers auf das vortheilhafteste vervollständigende Entschädigung bereitwillig an. Als Kaiser Alexander am 25. September seinen

Digitized by Google

Einzug in Wien hielt, war es zwischen Rußland und Preußen eine abgemachte Sache, daß jenes das ganze Herzogthum Warschau, dieses das ganze Königreich Sachsen erhalten werde. Wenige Tage darauf, am 28. September, genehmigte Alexander den bereits bei Gelegenheit der marburger Vorgänge von Stein gestellten, jetzt aber, um auf diese Art alle Hoffnungen auf die Rückkehr des früheren Zustandes abzuschneiden, bestimmter wiederholten Antrag, sich kraft des Eroberungsrechts entscheidend über Sachsens Schicksal auszusprechen und die Verwaltung des Landes an Preußen zu übergeben; nur wurde diese Genehmigung in einer zwischen Stein, Nesselrode, Hardenberg und Humboldt gehaltenen Conferenz an die Bedingung geknüpft, daß Sachsen nicht als Provinz sondern als eigenes Königreich mit Preußen verbunden werde [1]).

So bestimmt indes diese Abmachung lautete, so wenig fand sie den Beifall der übrigen Mächte. Die Vertreter Englands, denen vor allem die Aufrichtung einer dauerhaften Schutzwehr sowohl gegen die Wiederkehr französischer Eroberungsgelüste als gegen das nicht minder gefährliche Übergewicht Rußlands am Herzen lag, zeigten sich zwar mit der Überlassung Sachsens an Preußen ganz einverstanden, widersprachen aber um so bestimmter der Vereinigung Polens mit Rußland, weil diese Preußen und Österreich mit schutzlosen Grenzen dem unbedingten Einflusse dieser Macht überliefert haben würde. In diesem Sinne vertrat eine von ihnen in Wien unter dem Titel Saxon point vertheilte Denkschrift aus der Feder des Staatssecretairs Cook die Ansprüche Preußens auf Sachsen und am 11. October gab Lord Castlereagh dem Staatskanzler Hardenberg die formelle Erklärung, daß, wenn die Einverleibung von ganz Sachsen in Preußen zur Sicherung der Ruhe Europas nöthig sei, er dagegen weder sittliche noch politische Bedenken habe, da Sachsen erobertes Land sei, der König seine Rechte durch eigene Schuld verwirkt habe und es nöthig sei an einem von den Rheinbundfürsten ein Exempel zu statuieren; sollte

1) Pertz IV, 39. 117.

Digitized by Google

jedoch diese Vergrößerung als Entschädigung für Abtretungen an Rußland dienen, so werde England einem solchen Arrangement niemals seine Zustimmung geben; unter Voraussetzung des Gegentheils aber willigte er in die Übergabe der provisorischen Verwaltung Sachsens an Preußen [1]). In einer zweiten, an den Kaiser Alexander gerichteten Note vom 12. October bestritt er die rechtliche Zulässigkeit der von Rußland beabsichtigten Wiederherstellung Polens und stellte sogar für den Fall, daß Alexander trotzdem auf seiner Forderung bestehe, die Auflösung des Congresses ohne Beschluß in Aussicht.

Ganz anderer Art war die Stellung, die Frankreich zu diesen Fragen einnahm. Als Sohn einer sächsischen Prinzessin [2]) empfand Ludwig XVIII. die Beraubung des Königs von Sachsen als eine ihm selbst und in seiner Person der Ehre Frankreichs zugefügte Beleidigung; nach ihm forderte die Würde des eben wiederhergestellten Hauses Bourbon, daß auch von dessen Verwandten keiner irgendwo angetastet werde. Wie daher die Gerechtigkeit erheische, daß in Neapel die Bourbonen wieder auf den Thron gesetzt würden, so dürfe auch der König von Sachsen des seinigen nicht beraubt werden. Talleyrand, der recht wohl wußte, wie sein Gebieter über ihn dachte, hielt es für rathsam sich durch gefälliges Eingehen auf dessen Lieblingsideen in seiner Gunst zu heben. Dennoch würden diese Gefühlsanschauungen noch nicht den Ausschlag gegeben haben, hätte nicht Talleyrands Scharfblick gerade in der sächsischen Angelegenheit das Mittel entdeckt, um Frankreich, obgleich es durch den geheimen Artikel des pariser Friedens von der Verfügung über die herrenlos gewordenen Länder ausdrücklich ausgeschlossen war, aus seiner Demüthigung und Vereinzelung herauszureißen und wieder in den Rath der Großmächte einzudrängen. Es kam nur darauf an, dadurch, daß es sich zum Vertheidiger des gefangenen Königs aufwarf, den in der polnisch-sächsischen Frage

1) Klüber VII, 6. — v. Bernhardi, Geschichte Rußlands und der europäischen Politik I (1863), S. 44 ff.

2) Maria Josepha's, einer Tante Friedrich Augusts.

Digitized by Google

liegenden Keim der Zwietracht geschickt weiter zu entwickeln; hier ließ sich der Keil einsetzen um den Bund der übrigen Mächte zu sprengen, auf diese Weise konnte Frankreich, indem es als Hort der Schwachen auftrat, das Protectorat über die um ihre Selbständigkeit bangenden deutschen Kleinstaaten wiedergewinnen und an der Spitze einer solchen Clientel sich eine neue politische Stellung erobern [1]). Was also bei Ludwig XVIII. wesentlich Sache des Gefühls, das war bei Talleyrand schlaue Berechnung; an und für sich war es ihm ganz gleichgiltig, was aus dem Könige von Sachsen würde.

Talleyrand nahm also nach Wien die Instruction mit, die Erhaltung Sachsens für den König Friedrich August zu verlangen. Die Dreistigkeit seines Auftretens, die pathetischen Betheuerungen von Frankreichs Uneigennützigkeit, vor allem die Berufung auf das unverletzliche Princip der Legitimität, dasselbe, welches schon die sächsischen Diplomaten so vielfach, freilich bisher immer nur tauben Ohren gepredigt hatten, das aber in dem Munde des Vertreters von Frankreich eine ganz andere Bedeutung gewann, thaten bei Allen, auf die sie berechnet waren, die beabsichtigte Wirkung. Die Opposition gegen die russischen Ansprüche auf Warschau, die zu einem großen Theil gegen Preußen gemünzt war, gewann dadurch Kraft und Nachdruck. Ein einmüthiges Zusammenstehen der Alliierten würde Talleyrand bald zum Schweigen gebracht haben; ihr Mangel an Übereinstimmung machte seine Stärke aus.

Sobald Alexander die von dieser Seite her seinen Plänen drohende Gefahr gewahr wurde, beschied er Talleyrand zu einer Unterredung zu sich, ohne zu bedenken, daß er dadurch demselben selbst das Recht einräumte über Sachsen und Polen mitzusprechen. Noch wurde von ihnen das eine wie das andere bloß durch Umschreibung genannt. Der Kaiser deutete auf den König von Sachsen, wenn er von Denjenigen sprach, welche die Sache Europas verrathen hätten, und Talleyrands Antwort: „Das ist eine Frage der Zeit und eine Wirkung der schwie-

1) Viel-Castel, Histoire de la restauration II, 172.

Digitized by Google

rigen Lage, in die Jemand durch die Umstände gekommen sein kann", gieng auf die übrigen Rheinbundfürsten, denen man diesen Vorwurf nicht mache. Talleyrands überlegene Schlauheit, die selbst theatralische Kunstgriffe nicht verschmähte, behauptete das Feld gegen den Unmuth des Kaisers [1]) und er säumte nicht seinen Vortheil auszunutzen. Absichtlich, nur um zu schrecken und zu verwirren, stellte er unausführbare Forderungen. Voll Furcht, er möchte, wenn man ihn auf die Seite schiebe, die ohnehin auf die Allmacht der großen Höfe eifersüchtigen Mächte zweiten und dritten Rangs unter Frankreichs Fahne zu gemeinschaftlicher Opposition sammeln, willigte man in seinen Vorschlag, die Eröffnung des Congresses zu verschieben um vorher eine Verständigung zu erzielen. Hierdurch kühner gemacht trat jetzt Talleyrand mit der Forderung hervor, es sollten alle Diejenigen in den Congreß aufgenommen werden, die vor dem Kriege im Besitz der Souverainetät gewesen seien und ihr noch nicht förmlich entsagt hätten; das hieß, den König von Sachsen als gefügiges Werkzeug der französischen Pläne in den Rath der Mächte einführen und im voraus die Erhaltung des sächsischen Staates aussprechen. Der Vorschlag wurde entschieden zurückgewiesen und man einigte sich schließlich, der zu erlassenden Erklärung die Fassung zu geben, „die Eröffnung des Congresses sei bis zum 1. November vertagt worden in der Hoffnung, daß bis dahin die zu entscheidenden Fragen zu einem solchen Grad der Reife gebracht sein würden, daß das Ergebniß den Grundsätzen des Völkerrechts, den Bestimmungen des pariser Friedens und den gerechten Erwartungen der Zeitgenossen entsprächen".

Dieser Erfolg gab dem Tuileriencabinet wunderbar schnell seine ganze Zuversicht wieder. Der Minister Blacas sprach sich gegen den englischen Gesandten Wellington auf das heftigste gegen Rußlands und Preußens Pläne aus; er betheuerte, der König von Frankreich werde nie einen Vertrag unterzeichnen,

1) d'Haussonville: „Congrès de Vienne", in Revue des deux mondes XXXIX (1862), p. 363.

Digitized by Google

der Sachsen an Preußen überlasse, und suchte ihn zu überzeugen, daß Sachsen der einzige Punkt sei, vermöge dessen England sowohl als Frankreich Einfluß im Norden Europas gewinnen könnten, er zeigte sich entschlossen, es um Sachsen sogar auf einen Krieg ankommen zu lassen, vorausgesetzt, daß England für Frankreich oder wenigstens nicht gegen dasselbe Partei ergreife [1]). Behutsamer gieng Talleyrand vorwärts; noch war er der Einzige, der die Sache des Königs von Sachsen vertheidigte; erst wenn er sich der Kleineren versichert hatte, wenn es ihm gelungen war England und Österreich auf Frankreichs Seite herüberzuziehen, wollte er es auf dieses Äußerste ankommen lassen. Was Österreich betraf, so stand diesem das zu verfolgende Ziel fest: weder sollte Rußland ganz Polen noch Preußen Sachsen erhalten, ebensowenig letzteres seinen Einfluß auf Süddeutschland ausdehnen dürfen. Wie sich diese Absichten durchführen lassen würden, darüber hatten sich Kaiser Franz und Metternich noch keine bestimmte Meinung gebildet, es entsprach jedoch ganz dem ränkesüchtigen Charakter Beider, wenn sie durch kluges Doppelspiel, auf krummen Wegen am ehesten zum Ziele zu gelangen suchten und mit dem wechselnden Winde lavierten. „Er verschanze sich hinter die Zeit", meinte Metternich zum Grafen Schulenburg, „und mache eine Waffe aus der Geduld." Ließ sich aber nicht das Ganze erreichen, war für Österreich die Wahl zwischen zwei Übeln unvermeidlich, so schien die Vergrößerung Rußlands durch Polen doch immer das kleinere, die Preußens durch Sachsen das größere. Wie der Versucher trat Metternich vor Alexander und versprach ihm in Bezug auf Polen nachzugeben, wenn er dazu helfen wolle, daß Preußen nicht Sachsen erhalte [2]). Erst als dieser ihn indigniert abgewiesen hatte, wendete er sich scheinbar freundlicher Preußen zu und willigte auf Hardenbergs Andringen ebenfalls in die Übergabe der Verwaltung Sachsens an Preußen.

1) Castlereagh, Correspondence (1853) X, 160.

2) Pertz IV, 197.

Digitized by Google

„Metternich will nachgeben", schrieb Gentz am 15. October in sein Tagebuch, „und er wird nachgeben" [1]).

Es war der Zeitpunkt, wo die Aussichten des Königs von Sachsen auf ihrer niedrigsten Ebbe angelangt waren; aber die Fluth begann sich schon zu heben. In einer Note an Hardenberg vom 22. October nahm Metternich die von England begonnene Opposition gegen Rußlands Ansprüche auf Polen auf und verband damit einen zwar im freundschaftlichsten Tone gehaltenen aber sehr unumwundenen Widerspruch gegen die Vergrößerung Preußens durch ganz Sachsen. „Er sei", erklärte er, „ermächtigt, sich mit Hardenberg und Castlereagh über die den Ansichten des britischen Cabinets zu gebenden Folgen zu verständigen. Die Absichten Preußens auf Sachsen bildeten für den Kaiser einen Gegenstand wahrhaften Bedauerns; ohne auf die Rechtsfrage eingehen zu wollen, müsse er zu seinem Schmerze sehen, daß eine der ältesten Dynastien Europas, die ihm selbst durch die engsten Familienbande nahe stehe, unter einem System der Wiederherstellung mit dem Verluste ihres ganzen Erbes bedroht sei, woraus dem Kaiser von vielen Seiten Vorwürfe erwachsen müßten; derselbe betrachte die gänzliche Vereinigung Sachsens als einen unausbleiblichen Keim des Mißtrauens gegen Preußen und der Anklage gegen Österreich von seiten der deutschen Mächte. Der König von Preußen möge darum alle die Unzuträglichkeiten erwägen, die sich aus der Vereinigung des gesamten Sachsens mit Preußen ergeben müßten, und wie viele deren vermieden würden, wenn ein Theil des Königreichs, an der Grenze Böhmens, erhalten bliebe. Sollte jedoch die Vereinigung unvermeidlich sein, so müsse der Kaiser seine Einwilligung dazu ausdrücklich an die Bedingung knüpfen, daß Preußen Süddeutschland bis zum Main, einschließlich Mainz, dem Einflusse Österreichs überlasse, auch sich nicht bis auf das rechte Moselufer ausdehne" [2]), damit man nämlich dort Raum

1) Gentz' Tagebuch herausg. von Varnhagen (1861), S. 327. — Vgl. Schulenburg an Einsiedel, 19. October. Archiv für sächs. Geschichte I, 98.

2) Klüber VII, 19.

Digitized by Google

gewinne Baiern für das an Österreich abzutretende Innviertel zu entschädigen. So war also zum erstenmale das Wort „Theilung Sachsens" ausgesprochen und zwar als das, was Österreich wünsche; dennoch ließ Metternich dabei in der Ferne den Preis sehen um den die habsburgische Verwandtenliebe feil sei. Aber auch dieses Zugeständniß wurde ihm bald wieder leid, er erklärte sich deshalb bereit, in die Wiederherstellung Polens unter russischem Scepter, jedoch nur bis zur Weichsel, zu willigen, damit Preußen nicht mit Sachsen sondern durch die Zurückgabe seiner polnischen Länder abgefunden und so von der böhmischen Grenze fern gehalten werden könnte.

Niemand sah die wachsende Verwirrung im Schoße der Verbündeten mit größerer Befriedigung als Talleyrand. Die Zahl seiner Bundesgenossen mehrte sich, namentlich waren es die ehemaligen Rheinbundfürsten, die sich im Tone tugendhafter Entrüstung immer lauter gegen das räuberische Preußen vernehmen ließen, weniger aus wirklicher Sympathie mit dem Könige von Sachsen als in dem richtigen Instincte, der ihnen in dem diesen bedrohenden Schicksale das früher oder später auch über sie heraufziehende Verhängniß zeigte. Graf Münster war ganz mit Talleyrand darüber einverstanden, daß die Einverleibung Sachsens die Unterwerfung von ganz Norddeutschland unter Preußen unausbleiblich nach sich ziehen müsse, und hielt nur vorläufig an sich um Preußens Haß nicht unnöthigerweise auf Hannover zu lenken [1]). Von anderer Seite dagegen fielen selbst schon Drohungen. Wrede, der es sich nebenbei zur besonderen Pflicht machte, den Grafen Schulenburg unausgesetzt in genauer Kenntniß von Allem zu halten, was auf die sächsische Angelegenheit Bezug hatte, und alle Schritte mit ihm zu verabreden, welche zur Förderung derselben dienlich schienen, erklärte laut, Baiern werde seine gesamte Streitmacht an diejenige Macht anschließen, welche der unmäßigen Ausdehnung

1) Seine Depeschen in: G. H. Graf zu Münster, Politische Skizzen über die Lage Europas vom Wiener Congreß bis zur Gegenwart (1867), S. 180. 199.

Digitized by Google

Rußlands und der unrechtmäßigen Einverleibung Sachsens in Preußen sich zu widersetzen bereit sei; sollte dies nicht der Fall sein, so sei Baiern entschlossen im Verein mit allen Mächten, welche diese willkürlichen Vergrößerungen nicht als rechtmäßig ansähen, laut dagegen zu protestieren. Großes Aufsehen erregte ein Schreiben des Herzogs Ernst von Sachsen-Koburg an Lord Castlereagh vom 14. October, in welchem derselbe die Sache des Königs von Sachsen höchst energisch verfocht [1]); man pries den Muth dieses Fürsten, das Aufsehen würde aber noch viel größer gewesen sein, wenn man gewußt hätte, daß dieses Schreiben gar nicht von dem Herzoge herrührte sondern auf Talleyrands Veranlassung von dessen vertrautem Begleiter de la Besnardière verfaßt war. Auffallend lau zeigte sich nur Würtemberg [2]).

Als der Tag der Eröffnung des Congresses herannahte, machte Talleyrand einen neuen Versuch den Bevollmächtigten des Königs von Sachsen in denselben hineinzubringen; er beantragte, daß auch diejenigen Minister, deren Vollmacht bestritten würde, „vorläufig" zugelassen würden. Damit abgewiesen ließ er am Tage der Eröffnung eine anonyme, von Dalberg und de la Besnardière verfaßte Denkschrift vertheilen, welche die Sache des Königs von Sachsen nochmals vertheidigte [3]). Der König, argumentiert diese, kann seiner Krone weder durch Eroberung allein noch durch einen Urtheilsspruch verlustig gehen; angenommen aber auch, letzteres wäre der Fall, so könnte die über ihn verhängte Strafe nicht auf die Prinzen seiner Linie und die ernestinischen Fürsten ausgedehnt werden, die in den Reihen der Verbündeten gefochten haben. Soll die Confiscation, nachdem sie aus den Gesetzbüchern aller aufgeklärten Nationen verbannt worden, im 19. Jahrhundert in das öffentliche Recht von Europa eingeführt werden? Handeln, als wenn durch die Eroberung allein die Souverainetät erworben werden könne,

1) Klüber VII, 15.
2) Anhang Nr. 31.
3) Klüber I, 11.

Digitized by Google

heißt das öffentliche Recht in Europa vernichten und es unter die Herrschaft der Willkür und Gewalt stellen; sich zum Richter eines souverainen Fürsten aufwerfen, heißt alle Revolutionen für rechtmäßig erklären, ihn für verurtheilt ansehen, während er noch nicht gerichtet ist und nicht einmal gerichtet werden kann, heißt die ersten Elemente des natürlichen Rechtes und der Vernunft mit Füßen treten. Seine Entsetzung würde aber nicht bloß eine widerrechtliche sondern auch eine unkluge Handlung sein. Preußen würde durch die Erwerbung von zwei Millionen widerwilliger Unterthanen nicht gestärkt sondern geschwächt, Deutschland dadurch der Gefahr innerer Unruhen und der Einmischung Frankreichs ausgesetzt, zwischen Österreich und Preußen, deren Eintracht für seine Ruhe und Sicherheit so nothwendig ist, die Eifersucht aufs neue angefacht werden. Für England wäre es kein Gewinn, wenn einer der größten Meßplätze Europas in preußische Hände fiele. Selbst die Absicht, Preußen dadurch zur Schutzmauer gegen Rußland zu machen, würde nicht erreicht, eher die Gefahr vergrößert, daß es um in Deutschland weitere Vergrößerungen zu erzwingen Rußland in seinen Plänen auf die Türkei unterstütze. Noch deutlicher war die Sprache der pariser Regierungsblätter; Frankreich, verkündeten sie pomphaft und drohend, nehme jetzt die Rolle als Beschützer der Schwachen und Vertheidiger der Unterdrückten wieder auf.

Je lauter dieser Widerspruch sich ankündigte, um so nachdrücklicher drang Stein darauf die Übergabe der Verwaltung Sachsens an Preußen nicht länger zu verzögern. Am 18. October genehmigte auf seinen Antrag Alexander das Protokoll vom 28. September, worauf Stein dem Fürsten Repnin den Befehl ertheilte diese Anordnung in Vollzug zu setzen. Um die Besitznahme unwiderruflich zu machen, hatte er schon im August den Antrag gestellt, den Prinzen Wilhelm, des Königs Bruder, der durch Adel und Milde des Charakters vorzugsweise befähigt schien die Herzen der neuen Unterthanen zu gewinnen, an die Spitze der Verwaltung Sachsens zu stellen, allein Friedrich Wilhelm III. kämpfte damals noch unter dem Eindrucke der

Digitized by Google

letzterlebten Erschütterungen mit dem Entschlusse einen König seines angestammten Landes zu berauben; mit deutlichen Zeichen des Mißfallens wies er den Vorschlag zurück und, da auch Hardenberg Bedenken trug einen so schwer rückgängig zu machenden Schritt vor der definitiven Erledigung der Sache zu thun, so wurde diese Function dem Staatsminister Freiherrn v. d. Reck und dem Generalmajor v. Gaudi übertragen [1]). In deren Hände legte Repnin am 8. November vor den versammelten Staatsbeamten feierlich die Verwaltung Sachsens nieder. In ausführlicher Rede entrollte er ein Bild der Schwierigkeiten, die zu überwinden gewesen, rechtfertigte die zu ihrer Bekämpfung angewandten Mittel und mahnte am Schluß unter ehrender Anerkennung der dem Könige Friedrich August von seinen Unterthanen bewahrten Anhänglichkeit zur Unterwerfung unter die Entscheidung der hohen Mächte als dem einzigen Mittel um Sachsen vor dem Loose der Zerstückelung zu bewahren [2]). In Erlassen an die Landesbehörden und an die Mitglieder der Landstände kündigte er diesen an, „daß der Kaiser von Rußland unter Zustimmung Österreichs und Englands die Verwaltung Sachsens in die Hände des Königs von Preußen niederlege, um dadurch die Verbindung Sachsens mit Preußen, welche nächstens auf eine noch förmlichere und feierlichere Weise verkündet werden würde, einzuleiten. Vorläufig lasse der König von Preußen als künftiger Landesherr erklären, daß er nicht gesonnen sei Sachsen als eine Provinz seinen Staaten einzuverleiben sondern es mit denselben unter dem Namen eines Königreichs Sachsen zu vereinigen, ihm für immer seine Integrität zu erhalten, ihm den Genuß seiner Privilegien und Rechte und die Vortheile zu gewähren, welche die deutsche Constitution den preußischen Staaten zusichern werde, bis dahin aber an seiner gegenwärtigen Verfassung nichts zu ändern."

1) Jacksons Depesche vom 19. August bei Castlereagh X, 97. — Pertz IV, 119.

2) [Kohlschütter], Hat der König von Sachsen seinem Lande entsagt? S. 458.

Digitized by Google

Mit mehr Zurückhaltung drückte sich eine Bekanntmachung des neuen preußischen Generalgouvernements aus, „daß vermöge einer zwischen den verbündeten Mächten getroffenen Übereinkunft die Besetzung und Verwaltung Sachsens von Rußland auf Preußen übergegangen sei“ [1]). Die Ergebnisse seiner Verwaltung legte Repnin in einer durch den Druck veröffentlichten Übersicht dar, welche für die Einsicht und Thätigkeit, das Geschick und das Wohlwollen des russischen Gouvernements ein dauerndes Denkmal bildet. Sein letzter öffentlicher Act war die Verfügung, daß fortan im Kirchengebete nicht mehr für den König Friedrich August und dessen Familie sondern nur im allgemeinen für die Obrigkeit gebetet werden solle.

Allein während Preußen auf diese Weise der Erfüllung seiner Wünsche um einen bedeutenden Schritt näher rückte, trat in Wien ein Zwischenfall ein, der alle bisherigen Combinationen verschob und für die weitere Gestaltung der Dinge von entscheidendem Einflusse wurde. Gereizt durch den Widerstand, auf den seine polnischen Pläne stießen, hatte Alexander am 24. October einen neuen Versuch gemacht Talleyrand durch mündliche Überredung umzustimmen [2]). Er bestand darauf, daß Sachsen an Preußen gegeben werde, er drohte, wenn der König von Sachsen sich nicht füge, werde er, wie einst mit Stanislaus August geschehen, nach Rußland gebracht werden und dort sterben, er nannte ihn einen Verräther. „Sire“, erwiderte Talleyrand mit Emphase, „diese Bezeichnung kann nie auf einen König angewendet werden und es ist von Wichtigkeit, daß sie niemals auf ihn angewendet werden kann“; er wies nach, daß der Kaiser sein dem Könige von Preußen gegebenes Wort auch ohne Aufopferung Sachsens lösen könne, doch Alexander blieb dabei: „Der König von Preußen wird König von Preußen und Sachsen wie ich Kaiser von Rußland und König von Polen.“ „Die Gefälligkeit“, fügte er schmeichelnd hinzu, „die Frankreich für mich in diesen beiden Punkten hat,

1) Klüber I, 5ff.
2) d'Haussonville, p. 369.

Digitized by Google

wird der Maßstab für diejenige sein, die ich selbst für dasselbe in allem, was es interessieren kann, haben werde." Doch Talleyrand kannte den Vortheil der von ihm eingenommenen Position zu gut um sich durch diesen auf Murat gehenden Wink zur Preisgebung derselben verleiten zu lassen. Abgewiesen von ihm wendete sich Alexander nun an den König von Preußen. Am 6. November, beim vertraulichen Mahle, entlockte er ihm durch einen pathetischen Apell an ihre alte Freundschaft und Waffenbrüderschaft das bedingungslose Versprechen, ihn in seinen polnischen Plänen unterstützen zu wollen. Der schnell herbeigerufene Hardenberg, wie bestürzt er auch war, besaß nicht die Energie sich gegen den persönlichen Entschluß des Königs aufzulehnen und begnügte sich den Kaiser im Interesse eines friedlichen Ausgleichs wenigstens zu einiger Einschränkung seiner Ansprüche zu bewegen. Damit hatte also der König von Preußen in einer augenblicklichen Aufwallung des Gefühls der ihm so wichtigen, wenn auch keineswegs unbedingt zuverlässigen Verbindung mit England entsagt, seine Entschädigungsansprüche, speciell die auf Sachsen, beruhten fortan nur noch auf der Unterstützung durch Rußland, ohne daß irgend etwas geschehen war um sich dieser in rechtlich bindender Form zu versichern.

Das unmittelbare Ergebniß dieser plötzlichen Wendung war, daß sich die Parteistellung unter den Großmächten schroffer als bisher entwickelte, daß der gemeinsame Widerstand gegen die Absichten Rußlands und Preußens England und Österreich zur Annäherung an Frankreich trieb. Talleyrand frohlockte, seine kühnsten Hoffnungen waren übertroffen; von dem geheimen Artikel des pariser Friedens war nicht mehr die Rede, aus allen Kräften suchte er Castlereaghs und Metternichs Groll gegen das abtrünnige Preußen und das ehrgeizige Rußland zu reizen. Wenn trotzdem beide sich nicht so eifrig zeigten, wie er wünschte, so trug hauptsächlich das Mißtrauen in die Kraft des bourbonischen Frankreich die Schuld. Mit desto größerer Befriedigung erfüllte ihn die Haltung der Vertreter der Rheinbundstaaten, deren Sprache gegen die Ländergier Preußens, gegen die an Sachsen verübte Rechtsverletzung, über dessen

Digitized by Google

Schicksal nur die Gesamtheit des Congresses zu entscheiden habe, immer heftiger wurde [1]). Bei absichtlich ergriffener Gelegenheit untersagte der König von Baiern im Beisein der ersten fremden Minister dem Fürsten Wrede irgend etwas zu unterzeichnen, bevor die sächsische Sache günstig entschieden sei, und derselbe Graf Münster, der vor wenigen Monaten an Stein geschrieben hatte, man müsse den König von Sachsen nicht achten sondern ächten, versicherte jetzt dem Könige von Baiern, daß er sich nun nicht mehr über seine Lauigkeit in Bezug auf Sachsen beklagen solle sondern daß er eine stärkere Sprache führen wolle als der bairische Marschall selbst.

Diese Kundgebungen blieben nicht ohne Eindruck auf das österreichische Cabinet, sie trieben Metternich, bestimmter mit der Sprache herauszugehen. „Je mehr", versicherte er dem Grafen Münster, „Österreich in der polnischen Sache nachgebe, desto weniger könne es dies in Bezug auf Sachsen, da die erfahrensten Militairs der Ansicht seien, daß Böhmen verloren und das Centrum der Monarchie gefährdet sei, wenn sie gleichzeitig von Krakau und von Dresden aus bedroht würden, und am 11. November erklärte er Castlereagh und Hardenberg, ohne sich dem bittersten Tadel auszusetzen könne er weder die polnische noch die sächsische Sache aufgeben; dem Könige von Sachsen müsse wenigstens ein Theil seines Landes mit Dresden und einer halben Million Einwohner verbleiben. Damit war also die Theilung Sachsens, bis dahin nur unbestimmt und vorübergehend angedeutet, definitiv als Österreichs Programm hingestellt. Mit vieler Bereitwilligkeit eignete sich Talleyrand dasselbe an, theils aus Rücksicht auf Englands Bedenklichkeiten, theils weil er sich sagte, daß, einmal den Grundsatz der Erhaltung des Königs von Sachsen zugestanden, über das Maß des Abzutretenden und des ihm zu Belassenden sich weiter werde verhandeln lassen. Auch Münster und Wrede pflichteten bei; ersterer übernahm es Hardenberg zu überzeugen, um wieviel

1) Denkschrift über die Betreibung der sächsischen Angelegenheit bei dem Congreß zu Wien, Berlin, 26. December 1814. Dr. Arch.

Digitized by Google

vortheilhafter es für Preußen sei einen Theil Sachsens mit der Zustimmung Europas als das ganze als eine usurpierte Provinz zu besitzen, die sich bei der ersten Gelegenheit gegen Preußen kehren werde. Allein Hardenberg lehnte eine Theilung Sachsens, welche die Interessen dieses Landes selbst schädigen würde, ab und bot als Entschädigung für den König von Sachsen ein Gebiet in Westfalen mit 350000 katholischen Unterthanen und der Hauptstadt Münster [1]).

Die sächsische Frage wurde dadurch auf ein ganz neues Feld hinübergespielt: Preußen, das bis jetzt Sachsen lediglich nach dem Eroberungsrechte beansprucht hatte, war schon dahin gebracht, es zum Gegenstande eines, wenn auch ungleichen Tausches zu machen, eine Wendung, die, so wenig sie den Ansichten und Wünschen des gefangenen Königs entsprach, immerhin von ihm als ein Gewinn angesehen werden durfte. Er war über den Stand der Dinge in Wien ziemlich genau unterrichtet; Prinz Anton, der sich um dem Sitz der Verhandlungen näher zu sein von Prag nach Schönbrunn begeben hatte, erfuhr, was ihn interessierte, durch seinen Schwager, den Kaiser, oder durch Metternich und, was diese zu verschweigen für gut fanden, trug Talleyrand dem Grafen Schulenburg zu und beide beförderten dann ihre Nachrichten durch die französischen Curiere oder auf anderen sicheren Wegen nach Berlin weiter. Freilich standen dem Könige kaum irgend welche, jedenfalls nur ganz unzulängliche Mittel zu Gebote um seinerseits auf die Entscheidung der Großmächte einzuwirken. Sein Bevollmächtigter sah sich von jeder Theilnahme an den Unterhandlungen ausgeschlossen, ja er mußte, um nicht den Argwohn der Sachsen feindlich gesinnten Mächte auf sich zu lenken, es ängstlich vermeiden die Frage wegen seiner Zulassung vorzeitig zur Sprache zu bringen, und auch Österreich nahm sich aus gleichem Grunde seiner nur unter der Hand, nie öffentlich an, die Stimmung der Vertreter Rußlands und Preußens ließ nicht einmal die Gedanken an eine directe Verhandlung mit ihnen aufkommen und sogar

1) v. Bernhardy I, 62 ff.

Digitized by Google

Castlereagh lehnte beim ersten Versuche, den Schulenburg machte, jede Äußerung über die sächsische Angelegenheit ab. Ein mündlicher Appell des Prinzen Anton an die Herrscher von Rußland und Preußen erfuhr eine so schroffe Zurückweisung, daß Schulenburg gar nicht wagte die ihm bei denselben aufgetragenen Audienzen nachzusuchen. So mußte er denn, selbst unthätig, sich auf das verlassen, was Andere, Frankreich, Baiern, Hannover, vor allem Österreich zu Sachsens Gunsten thun würden. Von seiten des letzteren legten zwar nicht bloß Metternich sondern auch Wessenberg, Gentz und Langenau großen Eifer für Sachsen an den Tag, trotzdem aber ließ die schwankende Haltung dieser Macht kein rechtes Vertrauen zu ihrer Zuverlässigkeit fassen [1]). „Was Österreich betrifft", schrieb Schulenburg am 10. October, „so kann ich nur wiederholen, daß ich mehr als je überzeugt bin, daß allein die feste Sprache dieses Hofes Sachsen retten oder seine Nachgibigkeit an unseres Vaterlandes Untergang schuld sein wird." [2])

Begreiflicherweise wurde unter diesen Umständen die Übergabe Sachsens an Preußen von dem sächsischen Cabinet als ein sehr schlimmes Vorzeichen gedeutet. Metternich tröstete mit der Versicherung, so vielen Theil auch der Kaiser an der Erhaltung Sachsens und dessen Dynastie nehme, so unterstütze er dieselbe doch noch mehr als österreichisches Staatsinteresse, die sächsische Sache stehe besser als sie gestanden; die provisorische Occupation durch Preußen sei im Einverständniß mit Österreich und England erfolgt, von ersterem jedoch mit der

1) Schulenburg an Einsiedel, 9. November. — Sächsische Denkschrift vom 26. December.

2) Prinz Anton an den König, 28. October: „L'Autriche ne s'intéresse que faiblement pour nous, de crainte de s'engager à une guerre. . . Il est vrai que mon beau-frère m'a dit, que jamais il ne consentirait à nôtre déchéance; qu'il ne le pouvait en conscience; mais s'il ne s'y oppose pas, qui peut repondre que les autres ne passent outre, bien persuadés, qu'il ne croit pouvoir l'empecher? Le Prince de Metternich est pour le moins trop faible." Archiv für die sächsische Geschichte I, 100.

Digitized by Google

ausdrücklichen Verwahrung, daß sie der definitiven Entscheidung nie zum Präjudiz gereichen dürfe; er sehe es sogar als einen Vortheil an, daß durch den Abmarsch der russischen Truppen aus Sachsen der russische Einfluß auf Deutschland und auf Preußen insbesondere vermindert werde. Der König aber erließ eine vom 4. November datierte Rechtsverwahrung [1]), deren Vertheilung an die Mitglieder des Congresses jedoch erst am 21sten, nachdem sie von Metternich und Talleyrand gutgeheißen worden war, erfolgte. Da ihre Veröffentlichung in Wien auf Hindernisse stieß, so erbot sich letzterer sie in den Moniteur einrücken zu lassen, doch kamen beide auf den Rath des Königs von Baiern überein, daß das offizielle Blatt ihrer nur in einer Randbemerkung zu Repnins Rundschreiben Erwähnung thun solle. Eine Beschwerde Einsiedels über die Veröffentlichung von Repnins Abschiedsrede in der Leipziger Zeitung und über die von demselben gebrauchte Bezeichnung „ehemaliger König" verhallte ganz ungehört.

Es war dem König Friedrich August mit der in seiner Rechtsverwahrung gegebenen feierlichen Erklärung, daß er in die Abtretung der von seinen Ahnherren ererbten Staaten niemals willigen und zur Annahme eines Äquivalents dafür sich unter keiner Bedingung verstehen werde, vollkommen Ernst, ein Entschluß, der, wie schon früher ein ähnlicher, theils wirklichen Gewissensbedenken, theils aber auch der in seinem ganzen Charakter liegenden Hartnäckigkeit entsprang [2]); selbst auf Warschau war er nur dann zu verzichten willens, wenn er dafür

1) Klüber I, Heft 2, S. 1. Diese ist vom Geheimen Legationsrath Wendt verfaßt, von Graf Einsiedel mehrfach verändert.

2) Friedrich August an Prinz Anton, 2. December: „Mon refus de tout dédommagement quelconque pour la Saxe se fonde non seulement sur ce que je ne saurais accepter des pays sur lesquels je n'ai aucun droit, mais principalement et uniquement sur ce, qu'il n'y a pour moi aucun équivalent au monde pour notre patrie et sur ce que c'est pour nous un devoir sacré, de ne point renoncer à des sujets et à un pays, que la Providence a confié à notre maison depuis des siècles." Archiv für sächsische Geschichte I, 103.

Digitized by Google

Sachsen zurückerhalte; auch seinen Brüdern machte er es strengstens zur Pflicht, falls ihnen eine Verzichtleistung angesonnen würde, um keinen Preis darein zu willigen. Zwar in der Umgebung Kaiser Alexanders äußerte man achselzuckend, da nun einmal jemand verletzt werden müsse, so sei ein Unheil, das die Dynastie treffe, jedenfalls dem Unglück des Landes vorzuziehen [1]), doch mehrte sich auf der andern Seite auch die Zahl der Fürsprecher für den König; selbst die Erbgroßherzogin von Weimar und die Großherzogin von Oldenburg verwendeten sich bei ihrem Bruder, dem Kaiser, für ihn und der früher so schwer beargwöhnte Karl August von Weimar bestärkte ihn in dem Vorsatz alle Tauschanträge zurückzuweisen, da er durch standhafte Weigerung vielleicht günstigere Bedingungen werde erlangen können [2]). Besonders aber trugen die französischen Diplomaten den Kopf höher als je. Es verlautete von französischen Rüstungen; als Talleyrand in Gesellschaft nach der Ursache des neuerlichen Personenwechsels im Kriegsministerium befragt wurde, erwiderte er: „Que c'était pour donner un appui au roi de Saxe", und Dalberg setzte gegen Schulenburg hinzu: „Dites au roi, que nous ne désirons autre chose et que nous espérons de lui expédier d'ici en trois mois un ministre de France en Saxe" [3]). Auch das brittische Ministerium, theils erschreckt durch die öffentliche Meinung in England, die sich für die Erhaltung Sachsens zu erwärmen anfing, sowie durch die Angriffe der liberalen Opposition im Parlamente, welche die sächsische Angelegenheit zum Vorwand nahm um das Ministerium der Theilnahme an der Vernichtung einer unabhängigen Nation zu beschuldigen, theils durch den Prinzregenten gedrängt, der die Aufrechthaltung der Dynastieen für Englands Pflicht erklärte, wies seine Bevollmächtigten an sich mehr als bisher des sächsischen Hauses anzunehmen. So kam es, daß Castlereagh, den auch Graf Münster in demselben

1) K. v. Nostitz, Leben und Briefwechsel, S. 134.
2) Schulenburg an Einsiedel, 26. November.
3) Sächsische Denkschrift vom 26. December.

Digitized by Google

Sinne bearbeitete, den Rückzug antrat; er erklärte, es komme in dieser Angelegenheit weniger auf den Grundsatz an als auf die Nothwendigkeit, der allgemeinen Zustimmung der Cabinete nachzugeben, welche gegen die Vereinigung Sachsens mit Preußen sei, und sein Bruder, Lord Stewart, sprach es offen aus, man werde sich jetzt bei der polnischen Sache beruhigen aber desto nachdrücklicher auf der sächsischen bestehen [1]).

Dem Kaiser Alexander eröffnete sich also die Möglichkeit seine Ansprüche auf Polen befriedigt zu sehen, während die Preußens auf Sachsen nach wie vor in der Luft schwebten. Die Versuchung, seinen Bundesgenossen um diesen Preis im Stich zu lassen, war stark. „Wenn ich mich nur nicht so weit eingelassen hätte!" rief er gegen Schwarzenberg aus, „aber wie kann ich mich wieder losmachen? Sie sehen selbst, wie die Sachen jetzt stehen, kann ich unmöglich zurück." [2]) Die Verlegenheit trieb ihn zu einem dritten Versuche, Talleyrand in Bezug auf Sachsen zur Nachgibigkeit zu stimmen; allein die Unterredung, die er am 14. November mit ihm hatte, zeigte nur aufs neue, wie weit ihm dieser an Feinheit des diplomatischen Spiels überlegen war. Polen, setzte ihm Talleyrand auseinander, komme für Frankreich erst in zweiter Linie, in erster die sächsische Frage; diese sei keineswegs bloß eine Familienfrage für das Haus Bourbon sondern es handle sich bei ihr um das Interesse aller Könige, ja um Alexanders eigenen Ruhm, der es ihm zur obersten Pflicht mache die Principien zu beschützen, auf denen alle öffentliche Ordnung und Sicherheit beruhe. Habe der König von Sachsen Verpflichtungen verletzt, so sei nicht der Kaiser von Rußland sondern nur Österreich, gegen das jener sie eingegangen, berechtigt ihm daraus einen Vorwurf zu machen, gerade dieses aber empfinde wegen der in Bezug auf Sachsen gefaßten Projecte die lebhafteste Unruhe. Wenn Frankreich einwillige, daß Preußen ein Stück von Sachsen mit 3- bis 400000 Seelen erhalte, so sei das nur ein um

1) Pertz IV, 230. 254.
2) d'Haussonville, p. 377.

Digitized by Google

des Friedens willen aber mit Bedauern gebrachtes Opfer; nicht dieses sondern die Aussicht preußisch zu werden sei der Bevölkerung Sachsens am meisten verhaßt, außerdem werde die Abtretung eines Theils der Lausitzen, da diese nicht incorporiert seien, eigentlich keine Zerstückelung des Landes sein. Nie werde Ludwig XVIII. den Dank, den er dem Kaiser schulde, vergessen, aber das sächsische Haus könne er nicht im Stich lassen, nöthigenfalls werde er im Verein mit andern Staaten protestieren. Seltsamerweise wiederholte Alexander nach Anhörung dieser pathetischen Darlegung politischer Principien seinen Vorschlag zu einem Handel. „Seien Sie liebenswürdig gegen mich in der sächsischen Frage", sagte er, „ich will es gegen Sie in der neapolitanischen sein." „Ew. Maj.", erwiderte Talleyrand, „weiß wohl, daß ein solcher Handel unthunlich ist; die beiden Fragen wiegen nicht gleich schwer, denn in Bezug auf Neapel wollen Sie ganz das Nämliche wie wir." Ebenso lehnte er die Zumuthung ab, daß er den König von Preußen dahin bringen solle dem Kaiser sein Wort zurückzugeben, da dieser selbst dies viel besser könne, er brauche nur etwas mehr von Polen an Preußen zu überlassen; auf der Erhaltung des Königreichs Sachsen mit 1,600000 Einwohnern müsse er bestehen [1]).

Obgleich Alexander dies als eine abgemachte Sache kurzweg abwies, so ließen doch die Anträge, die er Talleyrand gemacht, durchschimmern, daß unter gewissen Bedingungen doch mit ihm zu unterhandeln sein werde, und wirklich hatten die vereinten Bemühungen Steins, Hardenbergs und Pozzo di Borgo's den Erfolg, daß er sich, 27. November, in Polen zu einigen Opfern bereit erklärte, unter der Bedingung jedoch, daß alle streitige Fragen, Polen, Sachsen und Mainz betreffend, in eine Unterhandlung zusammengefaßt und durch einen gemeinschaftlichen Vertrag entschieden würden, daß Krakau und Thorn neutrale Freistaaten, ganz Sachsen preußisch, Mainz deutsche Bundesfestung würden. Um England womöglich wieder zu seiner

1) d'Haussonville, p. 372.

Digitized by Google

ursprünglichen Ansicht zu bekehren, verfaßte Stein im Auftrag des russischen Cabinets eine Denkschrift „Ueber die völlige oder theilweise Vereinigung Sachsens mit Preußen", in der er den Beweis zu führen suchte, daß die Vereinigung Sachsens mit Preußen sowohl dem Völkerrechte als dem Besten Europas gemäß, eine Theilung dagegen für Sachsen selbst ebenso nachtheilig sei wie für Preußen und Österreich doch keinen Nutzen bringe [1]).

Noch verfocht also Alexander, seiner Zusage getreu, Preußens Ansprüche auf ganz Sachsen. War er aber nicht fest genug oder nicht im Stande, dem von allen Seiten gegen die Einverleibung sich erhebenden Widerspruche die Stirn zu bieten, so lief Preußen Gefahr, zum Lohn für die ungeheuren Anstrengungen, die es zur Zerbrechung des napoleonischen Joches gemacht hatte, allein von allen Mächten leer auszugehen. Voll Bestürzung über diese Möglichkeit hob Hardenberg 2. December in einer Note an den Fürsten Metternich nochmals alle Gründe hervor, die Österreich von seinem Widerspruche abbringen könnten. Ein Blick auf die Karte lehre, daß selbst die Erwerbung von ganz Sachsen für Preußen, das doch Anspruch auf die Dankbarkeit Europas habe, noch nicht die Vortheile gewähre, welche die übrigen Mächte für sich erlangt hätten; und statt diese Betrachtung zu würdigen sollte man einen Zwischenstaat zwischen Österreich und Preußen gründen wollen um eine Grenze herzustellen, die statt zu Österreichs Vertheidigung nöthig zu sein nur den Angriff gegen Preußen erleichtere? Man sollte eigensinnig darauf beharren dem Könige von Sachsen einen Theil seines Landes zu erhalten, was dem Wunsche des Volkes durchaus entgegen, selbst für den König und seine Familie, für Dresden, für Preußen und das verkleinerte Sachsen nachtheilig wäre, da das letztere immer ein Sitz von Unzufriedenheit, Ränken und Störungen aller guten Verwaltung sein würde? „Ich kann mich deshalb dreist auf die Sachsen selbst berufen. Wenn es möglich wäre die Stimmen zu zählen, so würden sie

1) 3. December. Pertz IV, 250.

Digitized by Google

sich fast einhellig gegen die Zerstückelung erklären." Weit vortheilhafter sei für den König von Sachsen die ihm von Preußen angebotene Entschädigung in Westfalen. Sollte er aber seine Einwilligung verweigern, so könnte jenes Gebiet für Rechnung seines Nachfolgers verwaltet werden. Das Recht der Verfügung über Sachsen sei um so weniger zweifelhaft, als der jetzt kriegsgefangene Fürst unbedenklich ein Stück von Preußen von Napoleon als Siegespreis angenommen haben würde, auch der Vorfahr des Königs sei in Folge eines Sieges Kurfürst geworden. Preußen müsse auf ganz Sachsen bestehen, es beharre bei der bereits ertheilten Einwilligung Österreichs und Englands, von denen es seine Sache nicht trennen werde und die seine Schwächung nicht wünschen könnten. Außerdem bot er Österreich einen Gebietstausch in Oberschlesien, wobei es 110000 Seelen gewinne.

Dieser Nothschrei der Bestürzung konnte an keine falschere Adresse gerichtet sein. Metternich war von einer Unterstützung preußischer Forderungen jetzt weiter entfernt denn je; war doch selbst sein Vorschlag einer Theilung Sachsens nicht ehrlich gemeint sondern mit dem Hintergedanken gemacht, sich mit Rußland allein zu verständigen und Preußen um jeden Gewinn zu bringen. Er wußte sehr wohl, daß Alexander und Hardenberg Recht hatten, wenn sie behaupteten, daß eine Theilung Sachsens, die willkürliche Zerreißung eines durch jahrhundertelange Gewöhnung fest zusammengewachsenen Staatsganzen, durch welche zahllose Interessen verletzt werden mußten, von allen Eventualitäten diejenige sei, welche von der Bevölkerung des Landes selbst am meisten gefürchtet würde. In diesem Gefühle waren die beiden Parteien, die sich in Sachsen gegenüberstanden, einig, nur über den Weg, auf dem sich dieser Ausgang vermeiden lasse, giengen sie auseinander. Denn während die Einen bereit waren um diesen Preis sich ohne Murren dem preußischen Scepter zu unterwerfen, scharten die Andern sich um so fester um die bedrohte Dynastie und hofften durch deren Erhaltung schließlich doch auch den ungeschmälerten Bestand ihres Vaterlandes gerettet zu sehen. In dieser Partei wurzelte eine

Digitized by Google

Bitterkeit gegen Preußen, die seit der Einsetzung der neuen Verwaltung, da von derselben mancherlei Mißgriffe geschahen und das vordringliche preußische Wesen vielfach verletzte, häufiger und heftiger hervortrat [1]). Bezeichnend genug wurde das bei der anbefohlenen Feier des Jahrestags der Schlacht bei Leipzig auf dem Schlachtfelde provisorisch errichtete Denkmal eines Morgens umgestürzt und zerstört gefunden; es gieng sogar das Gerücht von einem Mordanfall, den ein junger exaltierter Sachse auf den König von Preußen gemacht habe [2]). Eben die durch eine Theilung voraussichtlich hervorgerufene allgemeine Unzufriedenheit war es, auf welche das wiener Cabinet seine Berechnungen baute; es hoffte dadurch Preußen einen Pfahl ins Fleisch zu treiben, einen unhaltbaren Zustand zu schaffen, der sich über kurz oder lang wieder auflösen müsse. Als der Großherzog von Weimar dem Kaiser Franz die Nachtheile auseinandersetzte, welche eine Theilung des Landes haben müsse, nicht bloß für die Verwaltung sondern auch weil sie die Gährung in den Gemüthern erhalten würde, erwiderte ihm dieser: „Sie verstehen die Sache nicht; wenn das Land getheilt wird, so kommt es am ersten wieder zusammen" [3]).

Diese Tendenz fand in Metternichs Antwort auf Hardenbergs letzte Note [4]) ihren offenen Ausdruck. Indem er darin die polnische Frage als im wesentlichen entschieden behandelte, erklärte er die Vereinigung von ganz Sachsen mit Preußen für

1) Pertz IV, 122. — „Oppresseurs pour oppresseurs" — schreibt Watzdorf an Just —, „le nom n'y change rien, il est plus odieux encore d'être opprimé par nos frères."

2) Dorow, Erlebtes I, 121. Raumer, Hist. Taschenbuch 1860, S. 377 ff.

3) v. Wolzogen, Memoiren (1851), S. 277. — Noch im Februar 1815 schreibt Prinz Anton: „Mon beau-frère dit, que si nous gardons un morceau, nous avons l'espoir d'acquérir le reste avec le temps au moins en grande partie, non en manquant à la renonciation stipulée, mais par quelque heureuse chance et il ne doute pas de la guerre en quelques années et alors un traité de paix peut nous rendre ce qu'un autre nous a ôté." Archiv für sächs. Gesch. I, 110.

4) vom 10. December. Klüber VII, 28.

Digitized by Google

schlechthin unzulässig, da dieselbe sowohl für die zur Consolidierung Deutschlands unerläßliche Verbindung zwischen Preußen und Österreich als auch für die Gründung des deutschen Staatenbundes ein unübersteigliches Hinderniß bilden würde, ersteres, weil die Grundsätze des Kaisers, die engsten Familienbande und alle Grenzverhältnisse Österreichs sich ihr entgegensetzten, letzteres, weil die Hauptstaaten Deutschlands erklärt hätten, einem Bundesvertrage auf einer ihre eigene Sicherheit so sehr bedrohenden Grundlage nicht beitreten zu wollen. Da auch Frankreich sich kategorisch gegen die Eroberung von ganz Sachsen ausgesprochen habe, so würde die Durchsetzung dieser Forderung nur dazu dienen das Protectorat über Deutschland wieder in die Hände dieser Macht zu bringen. Der Kaiser sei innig überzeugt, daß er, indem er in dieser Lage der Sache seine Zustimmung zur Einverleibung Sachsens versage, als wahrer und einsichtiger Freund, nicht als Nebenbuhler Preußens verfahre. Dieses müsse seine Hauptentschädigung in Polen und am Rhein suchen, nur zu deren Vervollständigung bot Metternich in einem beigefügten Entschädigungstableau etwa ein Fünftheil von Sachsen mit 432900 Seelen, nämlich die Niederlausitz, den wittenberger Kreis nebst Barby und Gommern, Querfurt und Jüterbock, Mansfeld und die thüringischen Ämter. Aber auch dies Wenige, was Österreich bot, war nur Blendwerk, wie sich aus dem Begleitschreiben ergibt, mit welchem Metternich diese Note dem französischen Cabinet übersendete. Wohl wissend, daß dieses von der Aussicht, Preußen am Rhein zum Nachbar zu bekommen, nicht sehr erbaut sein werde, entschuldigte er sich darin, die Note habe ebenso abgefaßt werden müssen, damit sie mit den früheren nicht allzusehr contrastiere, es sei aber wohl zu beachten, daß man darin Preußen nichts mit Bestimmtheit anbiete sondern nur andeute, aus welcher Masse allenfalls seine Entschädigung genommen werden könne [1]); und fast mit den nämlichen Worten wurden auch Graf Einsiedels Besorgnisse beschwichtigt.

1) v. Gagern, Mein Antheil II, 88f.

Digitized by Google

Was bewog nun Metternich, so unerwartet die Basis der bisherigen Unterhandlungen aufzugeben? Den Hauptgrund sprach er selbst offen gegen Gagern mit den Worten aus: „Was Sachsen betrifft, haben wir einen bestimmten Entschluß gefaßt: Österreich stellt sich an die Spitze der Mächte, die sich weigern, zunächst aus einem guten Grunde, nämlich um diese Rolle nicht Frankreich zu überlassen." Die kleinen Staaten fühlten auch alsbald den Rückhalt, den sie gewonnen. Als v. Miltitz, der nebst v. Carlowitz und v. Oppell in Begleitung des preußischen Geheimenraths Friese und des russischen Staatsraths Turgenieff nach Wien gekommen war um womöglich die Theilung abzuwenden, dem Grafen Münster seine Gründe dagegen auseinandersetzte, antwortete ihm dieser: das sei gleichgiltig; wenn Preußen nicht nachgebe, werde man sich gegen die Besitznahme Sachsens verwahren, eine günstige Gelegenheit abwarten und einen Krieg anfangen, der mit dem Untergange Preußens enden müsse. Leicht erkennt man auch Münsters Echo in der ebenfalls gegen Miltitz gethanen Äußerung des Grafen Schulenburg, es könne nur von Überlassung eines kleinen Theils von Sachsen an Preußen die Rede sein; die Kräfte, die letzteres zwängen einen kleinen Theil herauszugeben, würden es auch zwingen sich mit einem kleinen Theile zu begnügen; man würde sonst nach einiger Zeit einen Krieg mit ihm anfangen, der es vernichten und statt seiner das mittlerweile erstarkte Hannover zum Mittelpunkte des nördlichen Deutschlands machen würde [1]). Ja Schulenburg beeilte sich sogar, sobald er von der österreichischen Note vom 10ten Kenntniß erhielt, den Gesandtschaften der befreundeten Höfe die Schwierigkeit jeder Cession und der des kornreichen Thüringens insbesondere nachzuweisen. Am 14ten autorisierte ihn Metternich seinem Cabinet zu melden, daß er Sachsen als gerettet ansehe und hoffe, daß der König in Kurzem wieder in seiner Hauptstadt regieren werde; Österreich werde nie zugeben, daß Sachsen in preußischen Händen bleibe; im schlimmsten Falle,

1) Pertz IV, 242.

Digitized by Google

wenn sich Preußen im provisorischen Besitz behaupten wolle, werde es dies nur unter dem Widerspruch von ganz Europa thun.

Nicht geringeren Beifall zollte Talleyrand der österreichischen Note. Aus jedem Worte seiner Antwort [1]) blickt die Freude hervor, endlich das Einverständniß der Verbündeten gesprengt zu sehen. Frankreich, erklärt er, verlange in seiner Uneigennützigkeit nichts weiter, als daß das Werk der Restauration sich für ganz Europa vollende, daß jedes legitime Recht geheiligt werde, jedes ungerechte Beginnen seine Verdammung und ein ewiges Hinderniß in der Anerkennung jener Principien finde, deren verhängnißvolle Verleugnung eben die Revolution gewesen sei. Eben darum sei die sächsische Frage die wichtigste von allen dem Congreß vorliegenden geworden, weil in ihr die beiden Fragen der Legitimität und des Gleichgewichts zusammenträfen. Die Verfügung aber, die man über Sachsen im Sinne gehabt habe, verstoße nicht bloß gegen das Princip der Legitimität, sie sei auch verderblich für das Gleichgewicht Europas, denn Preußen bedrohe dann Böhmen; sodann aber würde dadurch im Schoße des deutschen Staatskörpers für eines seiner Mitglieder eine Angriffsmacht geschaffen, die außer Verhältniß zu der Widerstandskraft aller übrigen stünde. „Man spreche nicht mehr von dem, was der König von Preußen von Sachsen an den König von Sachsen abtreten wird, das ist eine Umkehrung aller Ideen der Gerechtigkeit und der Vernunft; handelt es sich aber um das, was der König von Sachsen an Preußen abtreten wird, und sind dergleichen Abtretungen nöthig um Preußens früheren Besitzstand vollständig zu ergänzen, so wird der König von Frankreich der erste sein, diesen Fürsten zu denjenigen Abtretungen zu bewegen, welche mit den in diesem Punkte übereinstimmenden Interessen Österreichs, Deutschlands und Europas vereinbar sind. Ew. Durchl. haben, wie mir scheint, in dem Ihrer Note beigefügten Tableau das richtige Maß derselben bezeichnet.“ Die Übersendung dieser Note an

1) vom 19. December. Klüber VII, 48.

Digitized by Google

Castlereagh, 26. December, begleitete Talleyrand mit der sehr schlau auf die politischen Ansichten der englischen Tories berechneten Anmerkung: „Das große und letzte Ziel, nach welchem Europa streben muß, das einzige, welches Frankreich sich steckt, ist, die Revolution zu schließen und so einen wirklichen Friedstand zu gründen, was nur durch den vollständigen Triumph derjenigen Principien geschehen kann, zu deren Vertheidigung Europa sich gewaffnet hat. Anfangs wurde der Kampf zwischen den revolutionären und den monarchischen Principien geführt, nach dessen Beendigung zwischen den revolutionären Dynastien und den legitimen; diese haben gesiegt; die revolutionären Dynastien sind verschwunden bis auf eine, die legitimen Dynastien sind hergestellt, aber eine ist bedroht. Damit also die Revolution vollständig beendigt werde und das Princip der Legitimität ohne Einschränkung triumphiere, muß der König von Sachsen und sein Königreich erhalten bleiben und Neapel seinem legitimen Souverain zurückgegeben werden."

Mit Unwillen wurde dieses Angebot eines Fünftheils von Sachsen, das allen bisher zwischen Preußen und Österreich gewechselten Erklärungen zuwiderlief, von der Gegenseite zurückgewiesen. Die im Einverständniß mit Alexander festgestellte preußische Antwort [1]) bestand auf der Unzertrennbarkeit Sachsens. Preußen, machte sie geltend, dürfe nicht so hingestellt werden, daß es mit Nothwendigkeit nach Vergrößerung streben müsse; die demselben zugesicherte geographische Abrundung sei nur durch Überlassung von ganz Sachsen zu erreichen, außerdem würde das Verbleiben des Königs von Sachsen in seinem Lande große Nachtheile für ihn selbst, für den verbleibenden wie für den abgetretenen Theil und durch die Bildung eines Herdes von Intriguen und Kabalen für die Ruhe beider Staaten wie für das gute Einvernehmen zwischen Österreich und Preußen haben. Preußen biete ihm daher statt der früher angebotenen Entschädigung eine doppelt so große auf dem

1) vom 16. December. Klüber VII, 40. „Eine publicistische Rhapsodie ohne allen Gehalt" nennt sie Schulenburg.

Digitized by Google

linken Rheinufer mit Koblenz, Bonn und Trier in einer Lage, daß Preußen und Frankreich einander nicht berührten, wozu dem Könige eine Stimme im obersten Bundesrathe eingeräumt werden könne; außerdem verpflichte sich Preußen Dresden nicht zu befestigen und die Elbschiffahrt freizugeben. Was jedoch von Äußerungen des Kaisers Franz verlautete, klang für die preußischen Ansprüche durchaus nicht günstig. Hatte er früher nur versichert, sein Gewissen fordere, daß der König von Sachsen einen Theil seines Landes behalte, er wünsche mit Preußen in gutem Einvernehmen zu stehen, aber es fange an ihm gefährlich zu werden, so erklärte er jetzt den Abgeordneten der Reichsritterschaft laut: „Der König von Sachsen muß sein Land haben, sonst schieße ich, und auf die Völker von Deutschland kann ich zählen." Dem Kaiser Alexander, der sich auf den Widerwillen des sächsischen Volkes gegen eine Theilung berief, antwortete er: „Ich verstehe diese Doctrin nicht; die meinige lautet so: ein Fürst kann wohl einen Theil seines Landes abtreten aber nicht das ganze. Wenn er abdankt, so geht sein Recht auf seine legitimen Erben über, die weder er noch Europa desselben berauben kann." [1])

Dieser hartnäckig fortgesetzte Widerstand brachte das preußische Cabinet auf den wenig glücklichen Gedanken, ob sich nicht direct bei dem Könige von Sachsen mehr erlangen und dadurch Österreich und Frankreich eine Hauptwaffe aus den Händen winden lasse. In den ersten Tagen des Jahres 1815 kam Oberst v. Miltitz nach Berlin, angeblich in einer Mission des Generalgouvernements an das Kriegsministerium, in Wahrheit aber um den König durch die Aussicht auf gewisse ihm und dem Lande eventuell zu gewährende Anerbietungen gefügiger zu machen. Der Antrag, den er seinem Vorgeben nach lediglich aus eigenem Antrieb machte, der aber, wie er nicht undeutlich durchblicken ließ, officiellen Ursprungs war, gieng dahin, daß, wenn der König von Sachsen den ersten Schritt thue um über die Annahme der Entschädigung am linken Rheinufer zu unter-

1) Pertz IV, 264. — d'Haussonville, p. 378.

Digitized by Google

handeln, Preußen alle sächsischen Staatsdiener, besonders auch die, welche dem König in die Gefangenschaft gefolgt seien, in ihrem Wirkungskreise zu erhalten oder ihnen eine angemessene Existenz zu sichern verspreche, daß ferner alle römisch-katholischen Institute in Sachsen auf dem status quo erhalten, eventuell und namentlich der katholische Gottesdienst in Dresden mit einer besonderen Dotation bedacht werden solle. Diese Anträge mochten auf den Charakter des Königs, auf seine väterliche Fürsorge für seine Diener und seine Anhänglichkeit an die katholische Religion nicht ungeschickt berechnet erscheinen, es hätte aber doch für das von dem Stande der Dinge in Wien wohl unterrichtete sächsische Cabinet eine unbegreifliche Thorheit dazu gehört, um sich dadurch ködern zu lassen. Einsiedel erwiderte nur, daß der König seinem Lande niemals entsagen werde. Ein weiterer Versuch Miltitzens, den Pater Schneider, des Königs Beichtvater, durch den katholischen Probst zu Berlin zu gewinnen, schlug ebenfalls vollständig fehl [1]).

Mittlerweile hatten aber die Dinge in Wien eine Wendung genommen, die eine friedliche Verständigung über Sachsen höchst zweifelhaft machte. Bei Eröffnung der von den vier Mächten über die sächsische Frage anberaumten Conferenzen trat Metternich plötzlich mit der Forderung auf, daß dieselbe als eine europäische nur unter Zustimmung aller Großmächte und des Königs von Sachsen selbst entschieden werden dürfe; das hieß, durch die Berufung Talleyrands und eines Vertreters Sachsens die Stimmenmehrheit für Österreich sichern und Preußens Ansprüche zum voraus vereiteln. Auf das heftigste trat daher Hardenberg diesem Ansinnen entgegen, er drohete, falls Metternich auf der Zustimmung des Königs von Sachsen bestehe, mit dem Abbruch der Verhandlungen, und Metternich mußte, da Castlereagh ihn in diesem Punkte im Stiche ließ, vorläufig davon abstehen. Man trennte sich ohne Ergebniß. Weit geschickter verstand es Talleyrand, den über Hardenbergs Drohung

1) Dresdn. Arch. — Nach Pertz IV, 264 hätte auch der russische Gesandte in Berlin Alopäus einen ähnlichen Auftrag erhalten.

Digitized by Google

empfindlichen Castlereagh doch noch seinen Absichten dienstbar zu machen; er stellte ihm vor, das Nöthigste sei eine formelle Anerkennung der Rechte des Königs von Sachsen, das sicherste Mittel dazu die von ihm wiederholt vorgeschlagene, bisher aber von Castlereagh immer abgelehnte Separatconvention zwischen England, Österreich und Frankreich. Die Nachricht von dem zwischen England und Nordamerika zu Gent geschlossenen Frieden kam ihm zu Hilfe und am 3. Januar 1815 wurde zwischen 1815
den drei Mächten ein geheimer Bund zu dem Zwecke unterzeichnet, „um neuerdings kundgegebenen Ansprüchen gegenüber Mittel der Abwehr vorzubereiten“ [1]). Auf den Beitritt der süddeutschen Staaten, Hannovers und der Niederlande war gerechnet. Schon wurde der Feldzugsplan zur Wiedereroberung Sachsens berathen. Ein österreichisches Heer sammelte sich an der böhmischen Nordgrenze, das mit den Baiern vereinigt unter Wrede's Oberbefehl in Sachsen eindringen sollte, während die Franzosen sich der Rheinlande und Westfalens, die Engländer, Niederländer und Hannoveraner der Mark bemächtigen würden. Prinz Anton erhielt von seinem Schwager einen Wink, man werde vielleicht bald Gelegenheit haben sich an ihn an Stelle seines gefangenen Bruders zu wenden. Ein Schauder ergriff den milden Prinzen bei dem Gedanken, daß Sachsen abermals der Schauplatz des Kriegs werden solle, nichtsdestoweniger bat er seinen Bruder für diesen Fall um die nöthigen Vollmachten und genaue Instructionen. „Übrigens glauben viele Leute“, setzt er hinzu, „daß er zum Nachtheil unserer Feinde ausschlagen wird, die nur zwei gegen Alle sind, und unser Nachbar dürfte in diesem Falle nicht hoffen von meinem Schwager sehr gnädig behandelt zu werden, der dann, wie er mir sagt, seine Forderungen zu unseren Gunsten sehr laut erheben würde. Der gute König von Baiern glaubt an den Krieg, die ganze österreichische Armee wünscht ihn, man hat übrigens schon unsere Truppen zur Hand, um sie ihrem Commandanten Thielmann zum Trotz zu den Baiern stoßen zu lassen.“ [2]) Dem

1) v. Gagern, Mein Antheil II, 303.
2) Archiv für die sächs. Gesch. I, 104.

Digitized by Google

Wunsche des Prinzen entsprechend wurde ihm, 17. Januar, für den Fall, „daß dem Könige alle Communication mit seinen Staaten, seiner Familie und den befreundeten Höfen abgeschnitten und unmöglich gemacht werden sollte", eine Vollmacht zur Übernahme der Regentschaft ausgestellt. Falls der Congreß sich zerschlüge und ein Krieg ausbräche, solle er sich, sobald Sachsen ganz oder theilweise von den preußischen Truppen befreit sein würde, dahin begeben, das Land im Namen des Königs verwalten, die nöthigen Verfügungen und Proclamationen erlassen, mit den Landesbehörden und Ständen sich berathen und die Mittel zur Fortsetzung des Kriegs aufbringen; ferner solle er sich der Armee versichern und, sobald dieselbe sich in Freundesland befinde, sollen die Prinzen Friedrich und Clemens sich zu ihr begeben und mit ihr am Feldzuge theilnehmen. Vorläufig blieb diese Vollmacht versiegelt in Schulenburgs Verwahrung, der sie dem Prinzen erst ausantworten sollte, „wenn er Ursache habe zu glauben, daß der obenerwähnte Fall wirklich eingetreten sei" [1]). Nach Prag schickte der König den General v. Watzdorf, damit sein Bruder Maximilian ebenfalls im Fall einer gewaltsamen Katastrophe einen zuverlässigen Mann zur Seite habe. Also zu all der Noth und Schmach, die das unglückliche Sachsen seit zehn Jahren über sich hatte ergehen lassen müssen, sollte es jetzt nun auch noch die viel schlimmere erdulden, die Brandfackel eines Kriegs zu werden, dessen Motive so verhängnißvoll waren wie sein Ausgang dunkel.

Indes, so unüberlegt Castlereagh und Metternich sich hatten fortreißen lassen, so schwierig zeigte es sich, dem Sonderbunde praktische Folgen zu geben. Ersterer insbesondere besann sich bald, daß sein Vaterland von ihm die Herstellung des Friedens, nicht die Entzündung eines neuen Kriegs erwarte. Als daher Rußland und Preußen ihre Zustimmung zu Talleyrands Zulassung zu den besonderen Conferenzen über Sachsen an die Bedingung knüpften, Castlereagh solle seine mehrfach wiederholte Erklärung, daß die Frage über die Entschädigung Preußens

1) Dresdn. Arch.

Digitized by Google

durch einen Theil Sachsens von der Entscheidung der Mächte und nicht von der Willkür des Königs von Sachsen abhängig zu machen sei, förmlich zu Protokoll gebe, so that er dies, 9. Januar, ohne Weiteres, sich gegen seine Verbündeten damit entschuldigend, daß England jetzt noch nicht zu einem neuen Kriege bereit sei, und nöthigte dadurch auch Österreich kühneren Entwürfen zu entsagen. Die Verhandlungen, an denen nunmehr auch Talleyrand seit dem 11. Januar Theil nahm, betrafen im wesentlichen nur noch die Auffindung einer angemessenen Grenzlinie zwischen Preußen und Sachsen. Die Hauptschwierigkeit dabei verursachten Torgau und Leipzig; auf den Verbleib des ersteren bei Sachsen legte Österreich aus militärischen Rücksichten so großen Werth, daß es sich erbot die Hälfte des tarnopoler Kreises an Rußland zu überlassen, wenn dieses dafür 200000 Seelen mehr von Polen an Preußen geben wolle. Da jedoch Alexander hierauf nicht eingieng, auch Castlereagh, der, im Begriff nach England zurückzukehren, dringend wünschte dem Parlamente ein befriedigendes Resultat seiner diplomatischen Mission vorlegen zu können, Torgau preisgab, und hierauf Talleyrand ebenfalls seine Hände in Unschuld wusch [1]), so mußte Metternich sich fügen. Er legte einen neuen Entschädigungsentwurf vor, nach welchem dem Könige von Sachsen 271 □M. mit 1,300000 Seelen verbleiben, Preußen 360 □M. mit 782249 Seelen und damit außer der festen Elblinie im Vergleich zu 1805 ein Mehr von 66000 Unterthanen und durch Erwerbung der gewerbsamsten Unterthanen und der wichtigsten Handelsstraßen eine Verbesserung seiner finanziellen Lage erhalten sollte [2]).

Aber auch Preußen hatte triftige Gründe den Bogen nicht zu überspannen. Alexander, anfangs viel eifriger die Einverleibung Sachsens in Preußen zu betreiben als Friedrich Wilhelm III. selbst, wurde, seitdem die polnische Sache für abgemacht gelten konnte, in der Unterstützung der preußischen

1) Anhang, Nr. 32.
2) Note vom 28. Januar. Klüber VII, 83.

Digitized by Google

Ansprüche immer lauer, und da Stein ihm vergebens vorzustellen suchte, daß mit Rücksicht auf die allgemeine Lage der Dinge ein Gebiet von 6- bis 700000 Seelen alles sei, was man einem Fürsten zubilligen könne, der keinen anderen Anspruch habe als das Mitgefühl, so blieb dem Könige von Preußen, wie bitter es ihm auch ankam, nichts übrig als sich in das Unabwendbare zu fügen [1]), und Hardenberg mußte auf Alexanders Rath zunächst mit Castlereagh eine Verständigung über den Theilungsplan suchen. Da er sich besonders darüber beschwerte, daß Metternichs Entwurf fast sämtliche 28 Städte von mehr als 4000 Einwohnern von dem preußischen Antheil ausschied, so willigte schließlich Castlereagh ein, von den Hannover und den Niederlanden zugedachten Vergrößerungen noch Einiges an Preußen zu überlassen und in Sachsen die Grenze so zu ziehen, daß Görlitz, Weißenfels und Naumburg auf den preußischen Antheil fielen; nur in Bezug auf Leipzig, an dem Preußen das meiste gelegen war, blieb er nicht bloß Hardenberg sondern selbst in einer stürmischen Audienz (5. Februar) dem Könige gegenüber unerbittlich [2]). Da schlug sich endlich Kaiser Alexander ins Mittel, indem er als einen wenn auch dürftigen Ersatz für die reiche Handelsstadt Thorn bot, und da Hardenberg wohl einsah, daß ein Mehreres nicht zu erlangen sei, so gab er nach. In der Sitzung vom 8. Februar erkannte Preußen den Grundsatz, daß dem Könige von Sachsen ein Theil seines Landes verbleiben solle, formell an, nahm die von Castlereagh und Alexander angebotene Compensation an und verlangte nur eine Modification des österreichischen Theilungsplans dahin, daß von den 2,038173 Seelen Sachsens 855305 an Preußen fielen. Übrigens beanspruchte er die Garantie der Conferenzmächte für den preußischen Antheil von

1) Pertz IV, 289. — „Ich habe es immer gesagt", schalt er gegen Hardenberg, „daß es ein voreiliger Schritt sei, — haben aber klüger sein wollen — nun ist die Prostitution fertig, wenn man wieder abziehen muß. Geschieht gar nichts Kluges mehr, soll aber so aussehen." v. Nostitz, Leben und Briefwechsel, S. 165.

2) v. Gagern II, 123.

Digitized by Google

Sachsen, der Entschluß des Königs von Sachsen möge sein, welcher er wolle. Auf Grund dieser Vorschläge wurde zwei Tage darauf zwischen den betheiligten Mächten eine Übereinkunft über die Territorialverhältnisse der preußischen Monarchie abgeschlossen, durch welche dieselbe ihre nachherige Gestalt erhielt. In Sachsen wurde danach eine Theilungslinie gezogen, nach welcher die Städte Seidenberg an der böhmischen Grenze, Reichenbach, Wittichenau, Ortrand, Mühlberg mit dem geraden Wege über Merzdorf und Gröbeln zwischen beiden, Schilda, Eilenburg, Schkeuditz, Altranstädt, Lützen und der ganze Floßgraben jenseits der weißen Elster an Preußen fielen, und die sich, das Stift Zeiz einschließend, bei der Stadt Luckau am Altenburgischen endigte. Auch der ganze neustädter Kreis, das kursächsische Henneberg und die sächsischen Enclaven im Reußischen fielen an Preußen. Bereits am 19. Februar erließ das preußische Generalgouvernement in Dresden eine Verfügung, wonach die nunmehr nöthig werdende Ausgleichung in Betreff der Archive, Staats- und Provinzialschulden, Cassen, Abgabenrückstände, des Vermögens öffentlicher Institute und Stiftungen, der Armee, des Kriegsmaterials, der Lehnsverhältnisse ꝛc. unverzüglich vorbereitet werden sollte [1]).

Damit waren die langwierigen Verhandlungen über das Schicksal Sachsens, nachdem sie die seltsamsten Phasen durchlaufen hatten, im wesentlichen zum Abschluß gebracht. Was die Erhaltung Sachsens unter seiner alten Dynastie durchsetzte, war weder die Freundschaft für den König Friedrich August noch die Überzeugung von der Gerechtigkeit seiner Sache sondern, so schmerzlich dies Bekenntniß ist, die Feindschaft gegen Deutschland und die Eifersucht gegen Preußen. Aber wie der Verlauf, so war auch das erzielte Resultat in mehr als einer Beziehung überaus merkwürdig. Die Theilung Sachsens war zunächst und unmittelbar ein über Preußen erfochtener Triumph. Österreich hatte die Erhaltung eines Zwischenstaates durchgesetzt, der, obschon viel zu schwach als Bollwerk, doch ein gefügiges

1) Klüber VII, 96. 128. 141.

Digitized by Google

Werkzeug in allem, was gegen Preußen gerichtet war, zu werden versprach, aber das weit auseinander gerissene Preußen war dafür mit Nothwendigkeit darauf angewiesen seine Interessen mit denen Deutschlands zu identificieren; Talleyrand frohlockte zwar, daß Frankreich mit Hilfe der sächsischen Frage wieder eine Stimme im Rathe der Großmächte erhalten hatte, aber dafür war Preußen zum Hüter des Rheinstroms bestellt worden [1]). Wäre Preußen nach Österreichs Wunsch statt in Sachsen in Polen entschädigt worden, so würde es ein halbslavischer Zwitterstaat, unfähig zur Erfüllung seiner deutschen Mission geworden sein; hätte Preußen, seinem eigenen Wunsche gemäß, ganz Sachsen erhalten, so würde der russische Keil noch weit tiefer in das deutsche Gebiet hineingetrieben worden sein. Es ist darum nicht zu viel gesagt, wenn man behauptet, daß die Erhaltung sowohl als die Theilung Sachsens ein großes Glück für Deutschland gewesen ist, zumal in der damaligen noch ganz unabgeklärten Gährung die Aufrichtung eines Deutschlands, wie es später aus schmerzlichen aber unerläßlichen Kämpfen hervorgegangen ist, ins Bereich der Unmöglichkeit gehörte. Und auch das möge nicht übersehen werden, daß dieses verkleinerte Sachsen doch für die nachfolgende Entwicklung des Gesamtvaterlandes einen nicht unwichtigen Factor gebildet hat.

Im sächsischen Lager war die Bestürzung über die beschlossene Zerreißung um so größer, je unerwarteter sie kam. Eben noch hatte Einsiedel mit großer Befriedigung vernommen, daß Preußen den Anspruch auf die Einverleibung von ganz Sachsen fallen lasse; allerdings, meinte er, müsse man darauf gefaßt sein, daß es keinen geringen Theil von Sachsen fordern werde, das liege in der Natur solcher Unterhandlungen. Wenn jedoch Preußen um sich Österreich und England gefällig zu zeigen einmal etwas nachgebe, so lasse sich hoffen, daß ein standhaft fortgesetzter Widerspruch dieser Mächte in Verbindung mit

1) Deshalb ist auch Talleyrands sächsische Politik von seinen eigenen Landsleuten hart getadelt worden. Chateaubriand, Mémoires d'outre-tombe VI, 184.

Digitized by Google

Frankreich auch das Ganze retten werde. Jetzt sah er mit tiefer Bekümmerniß, daß selbst der bei der Erhaltung Sachsens am meisten betheiligte Hof auf dessen Zerstückelung anzutragen fortfuhr. „Sollte wohl", ruft er, „die Besorgniß ungerechtfertigt sein, daß Preußen durch die vorgeschlagene Theilung in den Stand gesetzt werden wird, bei der ersten Gelegenheit auch das übrige an sich zu bringen?" Um Nichts unversucht zu lassen ertheilte er dem Legationsrath Biedermann den Auftrag, von Leipzig aus, besonders von seiten des dasigen Handelsstandes, eine nachdrückliche Verwendung nach England zu veranlassen, dann überhaupt nach Gelegenheit und Umständen Adressen an den Congreß in Gang zu bringen. Desgleichen ließ Schulenburg, da jene vom Grafen Hohenthal ausgegangene Adresse nur Unterschriften aus den Adels- und hohen Beamtenkreisen getragen hatte, die Andeutung nach Sachsen gelangen, man solle womöglich die Unterschriften von Municipalitäten und Amtsdörfern durch die königlichen Amtleute zu erlangen suchen um dem Einwurfe zu begegnen, als ob nur die privilegierten Stände die Rückkehr des Königs wünschten. Versuche des preußischen Gouvernements Adressen im entgegengesetzten Sinne zu Stande zu bringen hatten keinen Erfolg. Aber auch Biedermann fand in Leipzig „die Stimmung der Kaufmannschaft so gemischt wie das mercantile Interesse der Einzelnen". Es gelang ihm indes mit Hilfe des Geheimenraths v. Werthern und des Bürgermeisters Dr. Siegmann, der auch in Geldgeschäften dem gefangenen Hofe sehr behilflich war, „die anfangs zweideutige Tendenz der kaufmännischen Deputation, deren Absendung von Leipzig nach Wien beschlossen wurde, zu läutern und dieselbe auf den rein patriotischen Zweck zurückzuführen, welchem Preußen auf mancherlei Weise entgegengearbeitet hatte". Nicht ohne viele Mühe wurde die Kaufmannschaft zu dem Beschluß gebracht eine Adresse nach England abgehen zu lassen, aber erst Mitte März kam diese in Form einer Denkschrift über „die Zerstückelung Sachsens, hauptsächlich in Beziehung auf das englische Handelsinteresse betrachtet" zu Stande, und es blieb zweifelhaft, ob es der Kaufmannschaft mit deren Ver-

Digitized by Google

öffentlichung in England wirklicher Ernst gewesen sei, die Absendung einer Deputation dahin wurde geradezu abgeschlagen. Gleichzeitig übernahm es Professor Tittmann, unterstützt durch den Bergrath v. Herder, einen Adressensturm im ganzen Lande einzuleiten. Der König aber verfocht seine Rechte in einer neuen vom Legationsrath Griesinger verfaßten Denkschrift an die Großmächte vom 25. Februar.

Diese unbeugsame Hartnäckigkeit des Königs bewog die Großmächte, nunmehr seinem schon im October gestellten und namentlich seit der Besitznahme Sachsens durch Preußen dringend wiederholten Verlangen, seinen jetzigen Aufenthalt mit einem anderen innerhalb der österreichischen Staaten vertauschen zu dürfen, nachzugeben. Mußte man ja sonst gewärtig sein, daß er später seine Zustimmung zu der Theilung Sachsens, weil ihm in der Gefangenschaft abgenöthigt, für ungiltig erkläre. Am 13. Februar lud ihn Kaiser Franz ein sich nach Brünn zu begeben; dort möge er sich über den bis zur Beendigung der Verhandlungen zu wählenden Aufenthalt entscheiden. Am 22sten reiste der König von Friedrichsfelde ab; sowie er die österreichische Grenze überschritten hatte, erhielt er überall die königlichen Ehren, die ihm auf preußischen Gebiete vorenthalten worden waren. Nachdem er in Brünn von seinen Brüdern und dem greisen Herzog Albert von Sachsen-Teschen begrüßt worden war, traf er am 4. März in Preßburg ein. Kaum aber hatten die Unterhandlungen, die sächsischerseits von Einsiedel und Schulenburg geführt wurden, begonnen, als die Nachricht von Napoleons Flucht aus Elba und von seiner Landung in Frankreich den Congreß in die höchste Aufregung, die sächsischen Unterhändler in die größte Bestürzung versetzte. Denn ihnen schwand damit die letzte Hoffnung, eine Abänderung der von den fünf Mächten getroffenen Bestimmungen zu erlangen. Nicht genug, daß angesichts von Napoleons Wiederauftreten die sächsische Frage als ein untergeordneter Gegenstand erschien, so schloß sich jetzt auch die Vereinigung zwischen den Großmächten inniger, so mußte die bourbonische Regierung, welche in dieser Stimmung die vornehmste Garantie für ihre

Digitized by Google

Erhaltung fand, auf das sorgfältigste alles vermeiden, was eine dieser Mächte zum Mißvergnügen reizen konnte, wozu noch kam, daß jene Nachricht unter einer gewissen Partei in Sachsen eine so unverhohlene Freude hervorgerufen hatte, daß das Generalgouvernement sich zu einer ernstlichen Mahnung gegen ihr verbrecherisches Treiben genöthigt sah (10. April) [1]). Die Weigerung des Königs, die nichts weiter war als die consequente Fortsetzung des bisherigen Systems, mußte jetzt im Lichte erneuter Zuversicht zu Napoleons Triumph erscheinen und die Erinnerung an sein früheres unbegrenztes Vertrauen auf den Stern seines großen Alliierten in der unliebsamsten Weise erwecken.

Es zeigte sich sogleich, welche Eile die Mächte hatten die sächsische Frage ins Reine zu bringen. Am 9. März erschienen Metternich, Talleyrand und Lord Wellington, letzterer seit kurzem Castlereaghs Nachfolger, nicht im förmlichen Auftrage des Congresses sondern als Vertreter der drei Sachsen geneigtesten Mächte in Preßburg und legten dem Könige diejenigen Punkte, über welche die Hauptmächte in ihrer Conferenz vom 7. März übereingekommen waren, mit dem Bemerken vor, daß man sich über die Nebenbedingungen nicht einlassen werde, bevor nicht der König sich über die Gebietsabtretungen kategorisch erklärt haben würde. Jene Punkte bezogen sich auf die Grenzlinie, auf die Garantie der Großmächte für den an Preußen abzutretenden Theil und die bei der Ausführung der Theilung zu befolgenden Grundsätze sowie auf die unverzügliche Ernennung preußischer und sächsischer Commissare, um alle

1) Just an Einsiedel, Dresden, 24. März: „Die klugen und wohlgesinnten Leute geben sich Mühe der öffentlichen Meinung die Wage zu halten, welche sich zu Gunsten Napoleons erklärt, indem sie laut betheuern, daß diese neue Revolution in Frankreich nur die Verwirrung Europas und das Unglück Sachsens vermehren kann, und daß der König, weit entfernt, daraus einigen Trost zu schöpfen, sie nur als eine neue Quelle des Kummers für sich ansehen kann." Dr. Arch. — Ungegründet ist daher v. Bernhardy's Angabe I, 178, daß Napoleons Landung den König in seiner Hartnäckigkeit bestärkt habe.

Digitized by Google

einschlagenden Fragen unter Vermittlung Österreichs spätestens binnen drei Monaten nach Ratification dieser Acte zu regeln. Allein der König ließ sich durch ihre Eile nicht aus seiner Bedächtigkeit bringen. Auf ihre erste Mittheilung erklärte er nur, über einen Gegenstand von solcher Wichtigkeit müsse er sich Bedenkzeit nehmen, dann ließ er jeden von ihnen einzeln zu sich rufen; da keiner eine kategorische Antwort bekam, so wiederholten sie ihre Forderung in einer Conferenz, zu der sie den Grafen Einsiedel einluden, worauf ihnen der König eine gemeinschaftliche Audienz gab. Aber erst am 11ten, als die Abgesandten schon im Begriff waren wieder abzureisen, übergab ihnen Einsiedel seinen Bescheid in einer Note, die mit der bittern Beschwerde anhob, daß man dem Könige seine Zustimmung zu einer ohne andere Gründe als dem der Convenienz und ohne Rücksicht auf die inneren Verhältnisse Sachsens gezogene Theilungslinie abverlange. „Der König", erklärte er, „kann die Giltigkeit dieser ohne Zuziehung seines Bevollmächtigten getroffenen Verfügungen nicht anerkennen, er hofft, die fünf Mächte werden in Berücksichtigung seiner Vorstellungen das Interesse Sachsens nochmals in Erwägung nehmen, er verlangt die Zulassung seines Bevollmächtigten zu den Unterhandlungen und die Suspension aller von dem provisorischen Gouvernement ergriffenen Maßregeln, welche auf die Theilung Bezug haben, und er nimmt endlich das Anerbieten der Vermittlung der hohen Souveraine, die sich bisher zu seinen Gunsten verwendet haben, dankbar an." Gegen diesen letzten Passus richteten die drei Abgesandten unverzüglich, am Mittag des 11ten, eine Gegennote [1]), worin sie zur Beseitigung des darin enthaltenen Mißverständnisses die Erklärung abgaben, daß die Vermittlung des Kaisers von Österreich laut dem ausdrücklichen Wortlaute des Protokolls vom 7ten nicht eher statthaben könne als nach der formellen Accession des Königs zu den Abtretungen und den übrigen zwischen den Mächten vereinbarten Anordnungen. Als Schulenburg sie am Abend nach ihrer

1) Beide Noten bei Klüber VII, 156. 159.

Digitized by Google

Rückkehr in Wien aufsuchte, fand er sie in sehr aufgebrachter Stimmung, sie versicherten ihm, diese Antwort sei ihr Ultimatum, sie fragten ihn, wie man denken könne, daß Einsiedels Note irgend welchen Eindruck auf sie machen werde, nachdem sie selbst im Laufe der Unterhandlungen sich wiederholt derselben und noch weit stärkerer Gründe zu Gunsten Sachsens bedient hätten, ohne daß es ihnen gelungen wäre ein anderes Resultat zu erreichen; sie drohten, nunmehr ohne weitere Rücksicht auf den König vorzugehen. Umsonst beschwor sie Schulenburg dies bis auf weitere Eröffnungen zu verschieben, die Conferenz der acht Congreßmächte faßte am 12ten den Beschluß: da die fehlende Zustimmung des Königs von Sachsen die für die Sicherung der Ruhe Europas nöthigen Maßregeln nicht aufhalten könne, so solle unverzüglich zum Vollzug der Theilung verschritten werden, der König von Preußen von dem ihm zufallenden Theile definitiven Besitz ergreifen, der dem Könige von Sachsen verbleibende Theil einstweilen dem preußischen Gouvernement unterstellt bleiben. Zugleich gaben sie eine Verwahrung gegen die in der Note des Grafen Einsiedel befindlichen Verschweigungen und Wahrheitswidrigkeiten, insbesondere gegen die Behauptung, als ob es nicht vom Könige abgehangen habe sich den Verbündeten anzuschließen, zu Protokoll [1]). Von Talleyrand gänzlich im Stich gelassen wendete sich der König an den Kaiser Franz mit der Bitte den drohenden Schlag abzuwenden, erhielt aber auch von diesem, 14. März, zur Antwort, „er könne ihm nur wiederholen, daß sein Wunsch ihm zu dienen gänzlich paralysiert sei, so lange der König die Bedingungen nicht angenommen habe, welche die Mächte an die Zurückgabe seines Königreichs geknüpft hätten".

Obwohl nun der König den Ernst der Lage nicht verkannte, so hielt er sich doch mit Rücksicht auf die den Ständen wegen der Integrität des Landes ertheilten Zusicherungen verpflichtet, vor Fassung eines definitiven Entschlusses „einige seiner Diener

1) Klüber VII, 145.

Digitized by Google

und Stände, in deren Urtheile, Landeskenntnisse und Patriotismus er vorzüglich Vertrauen setzte, sofort zu sich kommen zu lassen und ihre Meinung über das wegen der Theilung von Sachsen eröffnete Anverlangen zu vernehmen". Seine Wahl fiel auf den Conferenzminister Grafen Hohenthal, den Director der Commerzdeputation v. Gutschmid, den Vice-Obersteuer-Director v. Nostitz und den Oberhofrichter v. Werthern. Aber die Umstände drängten. Wellington und Talleyrand ließen, 21. März, den König wissen, es sei Gefahr im Verzug; die öffentliche Meinung Europas werde sich bei längerer Verzögerung zu seinen Ungunsten erklären, weil sie den Beweggrund derselben in Napoleons Rückkehr suchen werde. Aber nichts schien im Stande die steife Förmlichkeit des sächsischen Cabinets zu überwinden. „So wenig", meldet Einsiedel 29. März aus Preßburg an Schulenburg, „Se. Maj. die Nachtheile verkennen, welche bei der gegenwärtigen Lage der öffentlichen Angelegenheiten die Verlängerung der provisorischen Verwaltung von Sachsen zur Folge haben kann, so hegt doch der König die Hoffnung, daß den Verbündeten die Erwägung nicht entgehen werde, daß für den allgemeinen Zweck von der sächsischen Nation und der Armee ein weit willigerer und kräftigerer Antheil zu erwarten sei, sobald für die Rückkehr des Königs bessere Bedingungen als die bis jetzt angetragenen zugestanden werden. Daß dieses die Gesinnung des größeren Theils der sächsischen Nation sei, läßt sich nach verschiedenen aus Sachsen neuerlich erhaltenen Nachrichten fast nicht bezweifeln und es haben Se. Maj. nicht zu besorgen, daß die Gründe, welche A. H. D. bewogen haben bis jetzt mit Ihrer endlichen Entschließung anzustehen, werden verkannt werden." Am 31. März faßten daher die Mächte den Beschluß, daß der König in der dringendsten Weise eingeladen werden solle, einfach und, da das Provisorium nicht verlängert werden könne, möglichst bald seine Zustimmung zu den ihm mitgetheilten Artikeln zu geben und daß der König in den Besitz seiner Staaten wieder eingesetzt werden solle unter der doppelten Bedingung, daß er die abzutretenden Unterthanen, sowie auch die des Herzogthums

Digitized by Google

Warschau [1]) ihres Eides entbinde und den von den Mächten gegen Napoleon ergriffenen Maßregeln, speciell dem am 25. März zwischen ihnen geschlossenen Bunde beitrete. Für Österreich kam noch ein neuer Grund hinzu, den Widerstand des Königs zu brechen; es bemerkte nämlich, daß das preußische Cabinet neuerdings in Bezug auf die zu erwartende Antwort des Königs von Sachsen eine auffallende Gleichgiltigkeit an den Tag legte, ja daß es fast zu wünschen schien, er möge nicht annehmen. Was konnte es denn auch für Preußen Erwünschteres geben, als wenn es auf diese Weise im provisorischen Besitz von ganz Sachsen blieb mit der besten Aussicht, denselben schließlich doch noch in einen definitiven zu verwandeln? Kaiser Franz verdoppelte daher seine Anstrengungen bei dem noch immer zaudernden König und am 6. April gab dieser endlich, der Gewalt der Umstände weichend und, da unvorhergesehene Zwischenfälle die Fortsetzung der Unterhandlungen vereitelt hätten, seine Einwilligung in die Territorialabtretungen, aber immer noch nur bedingungsweise, insbesondere wollte er die Eidesentlassung erst geben, sobald er in den ihm verbleibenden Theil zurückgekehrt sein und die Regierung wieder übernommen haben würde; dem Bunde vom 25. März dagegen erklärte er sich bereit sofort beizutreten, sobald er von dem Inhalte desselben Kenntniß erhalten haben würde, endlich behielt er sich für den zu erleidenden Verlust verhältnißmäßige Entschädigungen vor, falls künftige Arrangements den Verbündeten die Mittel dazu zur Verfügung stellen würden [2]).

Allein die Mächte bestanden, 14. April, auf der unbedingten Annahme der Artikel und der sofortigen Eidesentlassung der Unterthanen. Als trotzdem der König an seinen Bedingungen festhielt machte Metternich noch einen letzten Versuch ihn zur Nachgibigkeit zu bewegen. Er bot ihm im Namen der fünf Mächte an, in der Ratificationsacte die vom Könige ge-

1) Letztere, weil im polnischen Heere Weigerungen vorgekommen waren, vor dieser Eidesentlassung neue Verpflichtungen einzugehen.

2) Klüber VII, 183.

Digitized by Google

wünschte Garantie, daß seine Restitution binnen 15 Tagen nach Ausstellung der Cessionsurkunde erfolgen solle, aufzunehmen. „Sollten", setzte er hinzu, „selbst dann noch beim König einige Zweifel wegen seiner Rückkehr bestehen, so erbiete sich der Kaiser letztere auf alle Weise zu befördern, alle Hindernisse zu beseitigen und in jeder von dem König gewünschten Form auszudrücken, daß er diese Sache als die seinige ansehe." Als auch dies nichts fruchtete, riß den Congreßmächten die Geduld; sie stellten dem Könige eine Frist von fünf Tagen unter der Drohung, daß, wenn er bei seiner Weigerung verharre, sie sich genöthigt sehen würden die bezüglich Sachsens Preußen und Rußland gegenüber eingegangenen Stipulationen zu erfüllen, während die bisher zu Gunsten des Königs getroffenen oder vorgeschlagenen Bestimmungen nur als eventuelle betrachtet werden würden. So blieb also keine Wahl. Am 30sten gab der König dem Grafen Schulenburg und dem Hofrath v. Globig die verlangte Vollmacht, worauf diese am 3. Mai, nachdem der König Tags vorher um dem Sitz der Verhandlungen näher zu sein nach Laxenburg übergesiedelt war, mit den Bevollmächtigten Österreichs, v. Wessenberg, Rußlands, Graf Capodistrias, und Preußens, W. v. Humboldt, die Unterhandlung eröffneten. Da von seiten der letzteren darauf bestanden wurde, daß die Eidesentbindung gleichzeitig mit der Ratification erfolge, so gab der König in diesem Punkte nach, wogegen ihm zugestanden wurde, daß zugleich auch der Befehl zur Räumung des Landes gegeben werde, diese selbst und die Übergabe der Verwaltung an sächsische Behörden in dem von Metternich angebotenen Termin erfolge. Auf ausdrückliches Verlangen der Verbündeten erhielt der Vertrag die Form eines Friedensschlusses zwischen Sachsen, Preußen und Rußland; am 18. Mai wurde er abgeschlossen, am 21sten vom König ratificiert; Tags darauf erließ er schmerzlich bewegt an seine abgetretenen Unterthanen eine Abschiedsproclamation, in der er sie ihres Eides und ihrer Pflichten gegen sich und sein Haus entließ und ihnen Treue und Gehorsam gegen ihren neuen Landesherrn empfahl [1]).

1) Poppe II, 472.

Digitized by Google

In diesem Frieden zu Wien entsagte der König für sich und seine Nachkommen auf ewige Zeiten allen sächsischen Gebieten außerhalb einer Linie, wie sie von Wiese in der Gegend von Seidenberg an der böhmischen Grenze bis zur altenburgischen Grenze bei Lucka noch gegenwärtig die preußisch-sächsische Grenze bildet; außerdem fielen noch der neustädter Kreis und die vogtländischen Enclaven im Reußischen an Preußen (Art. 2). Sachsen verlor dadurch die Niederlausitz, den Kurkreis mit Barby und Gommern, das sächsische Mansfeld, den thüringischen und den neustädter Kreis [1]) sowie das Fürstenthum Querfurt ganz, Theile der Oberlausitz, des meißner und des leipziger Kreises, den größten Theil der Stifter Merseburg und Naumburg-Zeiz, zusammen 367,5 □M. mit 864404 Einwohnern und behielt nur 271,676 □M. mit 1,182744 Einwohnern. — Um alle Verletzungen des Privateigenthums zu vermeiden und die Besitzungen der Grenzbewohner nach den liberalsten Grundsätzen sicher zu stellen sollen zur Vornahme der Abgrenzung beiderseits Commissarien ernannt werden (Art. 3). Die an Preußen übergehenden Theile erhalten den Namen Herzogthum Sachsen, der König von Sachsen behält den Titel eines Markgrafen der Oberlausitz und in Kraft seiner Eventualerbrechte eines Landgrafen von Thüringen und Grafen von Henneberg (Art. 4). Die Räumung des sächsisch verbleibenden Theils und dessen Übergabe an die sächsischen Behörden erfolgt binnen 15 Tagen nach Auswechselung der Ratificationen (Art. 5). Besondere Commissarien werden unverzüglich die Auseinandersetzung wegen der Archive, Schulden, Cassen, Rückstände, Cassenbillets, des Eigenthums öffentlicher Anstalten und frommer Stiftungen, der Armee, Artillerie und Kriegsvorräthe, der Lehensverhältnisse ꝛc. beginnen (Art. 6. 7). Bei der Armee haben alle Gemeinen und Unteroffiziere derjenigen Regierung zu folgen, der sie nach ihrem Geburtsorte angehören, den Offizieren, Wundärzten und Feldpredigern bleibt die Wahl des

1) Diesen trat Preußen am 22. September zum größten Theil an Sachsen-Weimar ab.

Digitized by Google

Dienstherrn (Art. 8). Die Schulden ungetheilter Provinzen bleiben auf diesen haften, bei getheilten folgen sie den Einkünften, auf welche sie fundiert sind oder hätten fundiert werden sollen. Derselbe Maßstab gilt für die außenstehenden Forderungen (Art. 9). Die von der Central-Steuercommission eingegangenen Verpflichtungen werden gegenseitig garantiert und von beiden Regierungen erfüllt (Art. 10). Von den Cassenbillets übernimmt Preußen den ihm nach dem Größenverhältniß zufallenden Theil; zur Aufrechthaltung ihres Credits wird eine wenigstens bis zum 1. September fortzusetzende gemeinschaftliche Verwaltung derselben niedergesetzt (Art. 11). Preußen verspricht alles, was das Eigenthum und das Interesse der beiderseitigen Unterthanen betrifft, nach den liberalsten Grundsätzen bestimmen zu lassen; dieser Artikel soll besonders anwendbar sein auf die Verhältnisse derjenigen Individuen, welche Besitzungen unter beiden Regierungen behalten, auf den Handel von Leipzig ꝛc.; den Einwohnern der abgetretenen Provinzen bleibt das Recht, vorbehaltlich der Verpflichtung zum Kriegsdienst, ohne Abzugsgeld von einem Gebiete in das andere auszuwandern (Art. 13). Behufs Ordnung aller dieser Gegenstände, besonders auch der abgelaufenen Einkünfte des cottbusser Kreises und der demselben gemachten Vorschüsse (Art. 12) wird in Dresden unverzüglich eine Commission zusammentreten (Art. 14), bei deren Arbeiten, da beide Theile die vom Kaiser von Österreich angebotene Vermittlung annehmen, ein österreichischer Commissar mitwirken wird (Art. 15). Alle Gemeinden, Corporationen, Stiftungen und Unterrichtsanstalten behalten ihre Besitzungen und Einkünfte (Art. 16). Die allgemeinen Grundsätze, welche der Congreß für die freie Schiffahrt angenommen hat, sollen auch für Sachsen und Preußen zur Richtschnur dienen (Art. 17). Da Sachsen seine sämtlichen Salinen verliert, so verpflichtet sich Preußen demselben jährlich aus den Salinen Dürrenberg und Kösen 150000, erforderlichenfalls 250000 Ctr. Salz ohne Ausgangszoll und zu einem Preise zu liefern, der dem Könige von Sachsen seine bisherige Salzsteuer verhältnißmäßig sicher stellt ohne den Verkaufspreis zu steigern (Art. 19). Gegenseitige Freiheit

Digitized by Google

von Ausfuhrzöllen sollen auch Getreide, Brenn- und Baumaterialien genießen und deren Ausfuhr niemals verboten werden (Art. 20). Für alle politische und militärische Betheiligung an den letzten Ereignissen wird gegenseitig Amnestie ertheilt (Art. 21). Der König von Sachsen entsagt für sich und seine Nachfolger allen Ansprüchen auf das Herzogthum Warschau, er wird aller Verpflichtungen in Beziehung auf die Schulden des Herzogthums, besonders in Betreff der bayonner Convention, welche annulliert wird, enthoben, die sächsische Vorschußforderung an dasselbe im Betrag von 2,550193 Fl. poln. der Liquidationscommission der drei Besitzer Polens übergeben (Art. 22—24) [1]). Außerdem benutzte das Haus Schönburg, dessen Verhältnisse König Friedrich August trotz der durch den Rheinbund erlangten Souverainetät unangetastet gelassen hatte, die Niederlage Sachsens um seine alten Rechte für alle Zeiten sicher zu stellen. Es brachte es bei den Congreßmächten dahin, daß sie dem Könige, obgleich er sich 6. April gegen ihre Einmischung in das Verhältniß zwischen ihm und diesen seinen Unterthanen zu verwahren gesucht hatte, 18. Mai, eine Erklärung abnöthigten, durch welche er sich verpflichtete, diejenigen Vortheile und Rechte, welche im Deutschen Bunde dem Hause Schönburg zugesichert werden würden, jedoch unbeschadet der sächsischen Hoheitsrechte über ihre Besitzungen anzuerkennen, sowie den Receß von 1740 nach seinem ganzen Inhalte zu halten [2]). Die Hauptbestimmungen des Friedens vom 18. Mai wurden in die Artikel 15—22 der wiener Congreßacte vom 9. Juni 1815 aufgenommen, deren 118. Artikel den ganzen Frieden 1815
und die Declaration über die Rechte des Hauses Schönburg gleich allen andern Specialverträgen für einen integrierenden

1) Klüber V, 120. Deutsch bei Poppe II, 461. — Durch eine 4/16. September 1816 zu Warschau geschlossene Convention wurden dem Königreich Sachsen zur Ausgleichung des bei der Abrechnung zu dessen Gunsten verbliebenen Guthabens 3,220000 Fl. poln. in Pfandbriefen des polnischen landschaftlichen Creditvereins im Curswerthe von 450800 Thaler gewährt.

2) Klüber VI, 139.

Digitized by Google

Theil ihrer selbst erklärte. Im September trat auch England durch einen besonderen zu Paris zwischen Graf Schulenburg und Lord Castlereagh verhandelten Vertrag den betreffenden Bestimmungen des Friedens vom 18. Mai bei [1]).

Nachdem somit endlich die sächsische Frage ihre allseitige Erledigung gefunden hatte, kamen auch die Verhandlungen über die Neuordnung der deutschen Verhältnisse wieder in Fluß. Das hartnäckige Sträuben der größeren unter den Rheinbundfürsten, von ihrer Souverainetät auch nur das Geringste zu opfern, das Metternich begünstigte oder wenigstens nicht zu bekämpfen wagte, hatte lange Zeit hindurch alle Bestrebungen der deutschen Patrioten, ein den nationalen Wünschen gerecht werdendes und die Sicherheit Deutschlands verbürgendes Föderativsystem zu errichten, zu nichte gemacht. Zuletzt waren die Verhandlungen des deutschen Ausschusses ganz ins Stocken gerathen. So kam es, daß Deutschland nicht als ein fertiger Staatenbund in den neu ausbrechenden Kampf gegen Napoleon gieng sondern die deutschen Staaten dem Bündnisse gegen ihn einzeln beitraten. Sachsens Beitritt konnte erst nach Unterzeichnung des Friedens geschehen; er erfolgte am 27. Mai durch einen Vertrag mit England, in welchem es sich zur Stellung eines Contingents von 16000 Mann, halb Linie, halb Landwehr, verpflichtete. Sein hierbei gestellter Antrag auf Zusicherung eines Antheils an den Vortheilen des bevorstehenden Kriegs wurde jedoch entschieden zurückgewiesen, da der Krieg schlechterdings keine Eroberung zum Zwecke habe.

In Folge des Wiederausbruchs des Kriegs hatte nun auch Metternich Eile, die deutschen Angelegenheiten ins Reine zu bringen. Am 23. Mai fand die erste Conferenz der deutschen Mächte statt, an der nun auch das in den bisherigen Verfassungsentwürfen gänzlich ignorierte Sachsen durch den Hofrath v. Globig Theil nahm. Der Gedanke, den Metternich zur

1) Klüber VIII, 199. — Die Häuser Sachsen-Gotha und Sachsen-Meiningen reichten 29. Mai eine Verwahrung ihrer Erbfolgerechte auf die von Sachsen abgetretenen Landestheile beim Congreß ein.

Digitized by Google

Zeit der heftigsten Spannung mit Preußen gefaßt hatte, dieses, falls es sich Sachsen factisch aneignen sollte, ganz von dem zu gründenden Bunde auszuschließen, war bald wieder verlassen worden; ebenso war er klug genug, einer Zweitheilung Deutschlands in zwei Bündnisse, in einen Nord- und einen Südbund zu widersprechen, weil sie ihm in ihren Folgen gefährlicher schien als ein deutscher Gesamtbund [1]). Einen irgendwie erheblichen Einfluß auf die Grundlagen des Deutschen Bundes vermochte weder das geknickte Sachsen auszuüben noch versuchte es dies; noch in der dritten Conferenz, 29. Mai, befand sich Globig ohne Instruction. Sein Antheil an den Berathungen beschränkte sich großentheils darauf, daß er an verschiedenen Stellen auf genauere Fassung des Ausdrucks bestand. Erst in der sechsten Conferenz, 1. Juni, erklärte Sachsen seine Geneigtheit an dem zu errichtenden Deutschen Bunde theilzunehmen. Gegen die Ansicht der Majorität verfocht es dann das Erforderniß der Stimmeneinhelligkeit im Plenum, wo es sich um Principfragen, um jura singulorum oder Religionsangelegenheiten handle, setzte aber die Weglassung des die bürgerlichen Rechte der Juden betreffenden Artikels durch, da dieser nach Streichung der Zusicherungen in Beziehung auf die Rechte der katholischen und der protestantischen Kirche nicht in die Bundesacte gehöre, auch zu fürchten stehe, daß diese sich dann in die bürgerlichen Gewerbe eindrängen würden. Am 5. Juni wurden die von Österreich vorgelegten 20 Artikel angenommen; nur der bairische und der sächsische Bevollmächtigte verweigerten die Beitrittserklärung, letzterer mit der Erklärung: so lange darüber, ob auch sämtliche deutsche Souveraine beitreten würden, noch Ungewißheit vorwalte, sei auch dem Könige von Sachsen ein unbedingter Beitritt nicht anzurathen; er werde daher zwar nach Beseitigung der übrigen Bedenken bereit sein zu unterzeichnen, jedoch müsse er seinem Hofe sowohl die Genehmigung im allgemeinen als insbesondere für den Fall, da nicht sämtliche souveraine deutsche Fürsten dem Bunde beitreten sollten,

1) Anhang, Nr. 33.

Digitized by Google

die weitere Entschließung ausdrücklich vorbehalten. Allein da Metternich, dem der Boden unter den Füßen brannte, dringend rieth im eigenen Interesse des sächsischen Hofes zu unterzeichnen ohne weitere Instructionen abzuwarten, und auch Baierns Zustimmung mittlerweile eingegangen war, so gab Globig 9. Juni nach. Die Ratification erfolgte am 6. Juli. In der engeren Bundesversammlung erhielt Sachsen eine Virilstimme, im Plenum vier Stimmen [1]).

Sehr traurige Folgen hatte die lange Ungewißheit über das Schicksal ihres Vaterlandes für die sächsischen Truppen. Schon zu Anfang November hatte Thielmann, der, wohlbekannt mit der ihm ungünstigen Stimmung, seit Monaten vor ihnen unsichtbar geblieben war, in Koblenz auf eine irrthümliche Nachricht aus Wien hin eiligst und triumphierend den Offizieren auf der Parade die erfolgte Vereinigung Sachsens mit Preußen verkündigt. Der Unwille über diese Unschicklichkeit, der Widerruf der ersten Nachricht, die Rechtsverwahrung des Königs erhielten die Spannung in den Gemüthern, die sich noch mehr steigerte, als mit Rücksicht auf die immer näher rückende Wahrscheinlichkeit eines gewaltsamen Bruches das Hauptquartier, um die Sachsen aus der Nähe der österreichischen Truppen zu bringen, am 11. December nach Bonn, am 23. Januar sogar nach Köln verlegt, an diesem Tage auch General v. Lecoq als ein besonders eifriger Anhänger des Königs, dessen Geburtstag er noch kürzlich mit Ostentation begangen hatte, nach Sachsen zurückberufen wurde. Doch konnte Thielmanns Wachsamkeit nicht verhindern, daß unter dem Offiziercorps geheime Verabredungen für gewisse Eventualitäten getroffen wurden. Sobald die Nachricht von der beschlossenen Theilung Sachsens zum Heere kam, setzte Thielmann, 22. Februar, die Brigadiers von der in Wien bestimmten Grenzlinie mit dem Ersuchen in Kenntniß, ihre Offiziere zu befragen, welchem Theile sie dienen wollten, und erinnerte sie „alles anzuwenden um die erregten Leidenschaften zu mäßigen und zu verhüten, daß junge Männer

1) Klüber II, 324 ff.

Digitized by Google

sich durch Übereilung unglücklich machten, da der König von Sachsen nicht in der Lage sei, ihrer aller Anhänglichkeit durch Anstellung zu belohnen, wogegen ein Jeder sich der Anstellung nach seinem Patente im preußischen Dienste im voraus versichert halten könne". Dieses mehr als tactlose Verfahren steigerte die vorhandene Mißstimmung bei Vielen bis zur Erbitterung, die Offiziere des Generalstabs und der 1. Infanteriebrigade ließen auf Zureden der Obersten v. Zezschwitz und v. Leyser und des Generals v. Ryssel die Aufforderung ganz unbeachtet, die der Kavalerie verlangten vorher eine Eidesentbindung durch ihren König zu sehen, von der leichten Infanterie dagegen erklärten sich sofort die meisten, darunter sämtliche Stabsoffiziere bis auf einen, für den preußischen Dienst. Die natürliche Folge war, daß aller Zusammenhalt im Offizierscorps schwand, Mißtrauen und Spaltungen Platz griffen.

In dieser Stimmung traf die Nachricht von Napoleons Wiedererscheinen das sächsische Heer. Der Generalstabschef, Oberst v. Zezschwitz, von der Nothwendigkeit durchdrungen es aus diesem peinlichen Provisorium zu erlösen, richtete an den König die dringende Bitte um eine Erklärung, wie sie sich im Fall eines Kriegs zu verhalten hätten, erhielt aber durch Vermittlung des Generals v. Zeschau nur die unbestimmte Antwort: Seine gegenwärtige, im wesentlichen noch unveränderte Lage gegen das Land und die Unterthanen gestatte dem Könige nicht Befehle an die Armee zu erlassen; er sei überzeugt, daß diese nichts thun werde, was ihrer Ehre und ihrem Eide widerspräche, mißbillige aber keineswegs, daß seine Truppen vereinigt mit den verbündeten Armeen an dem wahrscheinlich sich erneuernden Kampfe Theil nähmen und den Bestimmungen folgten, die sie zu diesem Zwecke von deren Befehlshabern erhalten dürften. Das Unglück der Sachsen wollte, daß der rücksichtsvolle und von den Sachsen hochgeachtete General Kleist vom Oberbefehl über das 3. Armeecorps abberufen wurde und dieses einstweilen, bis zu Blüchers Ankunft, unter Gneisenau's Befehl trat. Bald darauf verließ auch Thielmann, der den

Digitized by Google

russischen Dienst mit dem preußischen vertauscht hatte [1]), das Corps, und da die Generalmajore v. Ryssel und v. Brause kurz nach der Ankunft in Lüttich (10. April) seinem Beispiele folgten, so befand sich bei dem ganzen sächsischen Corps kein einziger sächsischer General mehr; die Obersten v. Zezschwitz und v. Leyser führten das interimistische Commando. Als Blücher 19. April nach Lüttich kam, hoffte er durch einen Beweis des Vertrauens am leichtesten die Gemüther zu gewinnen; er nahm ausschließlich sächsische Truppen in sein Hauptquartier, die Grenadiergarde und das 2. Linienregiment, unglücklicherweise gerade diejenigen, wo die Offiziere absichtlich den Geist der Auflehnung schürten, während bei der Kavalerie und Artillerie die Obersten v. Leyser und v. Raabe ehrlich bemüht waren den militärischen Gehorsam aufrecht zu erhalten. So standen die Dinge, als am 30. April General v. Grolmann dem Feldmarschall einen Befehl des Königs von Preußen überbrachte, unverzüglich die sächsischen Regimenter, damit sie sogleich nach Publication der Verträge am Kriege Theil nehmen könnten, in zwei Brigaden zu sondern, die eine aus Denjenigen, welche hauptsächlich aus Mannschaften der abzutretenden Provinzen bestünden, die andere aus Denen, welche der Mehrzahl nach den sächsisch bleibenden Landestheilen angehörten, den Offizieren sei die Wahl der Brigade zu gestatten. Leider war diese Maßregel in der angegebenen Weise factisch nicht wohl ausführbar, da die im Drange der Noth gebildeten Regimenter dazu viel zu gemischt waren, und deshalb glaubte Blücher dahin Anordnung treffen zu müssen, daß die Sachsen nicht regimenter- oder bataillonsweise sondern einzeln nach ihren Geburtsorten geschieden würden. Diese beabsichtigte Zerreißung der Regimenter empörte das militärische Gefühl und trieb die von ihren Offizieren so unvorsichtig bearbeitete Infanterie zum offenen Aufruhr. Eben befanden sich die Brigadiers und Regimentscommandeure um die Einzelheiten der Ausführung zu ordnen in Gneisenau's Hauptquartier, als plötzlich dichte Sol-

1) Seine weiteren Schicksale siehe bei Gretschel-Bülau III, 600.

Digitized by Google

datenhaufen unter lautem Geschrei vor Blüchers Wohnung stürmten. Den hinzueilenden Offizieren gelang es sie zum Auseinandergehen zu bewegen, sie ließen die Bataillone sofort antreten, dann aber nach begütigendem Zureden wieder auseinandergehen ohne weitere Vorsichtsmaßregeln zu ergreifen. Umsonst aber erschöpften sie sich bei Gneisenau in Vorstellungen und Bitten um Aufschub der Maßregel, nach diesem Zwischenfall bestand dieser nur um so fester auf buchstäblicher Ausführung des Befehls. Bald jedoch erschienen die beiden Grenadierbataillone des Garderegiments aufs neue in tobenden Massen vor Blüchers Hauptquartier, mehrere preußische Offiziere, welche mit blanker Waffe in sie eindrangen, geriethen in Lebensgefahr, Steine flogen gegen die Fenster. Außer sich vor Zorn will Blücher sich mit dem Säbel in der Faust den Empörern entgegenstürzen, fast mit Gewalt bringt man ihn durch eine Hinterthüre aus der Stadt, während die Empörer, taub gegen die Bitten und Befehle ihrer eigenen Offiziere, in das Haus dringen und es nach angeblich darin gefangen gehaltenen Kameraden durchsuchen.

Eine strenge Ahndung dieses Aufruhrs war, zumal auf der Schwelle des Kriegs gegen Napoleon, unter dessen Fahnen die Meuterer noch vor kurzem gefochten hatten, ein Gebot der Nothwendigkeit. Oberst v. Zezschwitz, der das Commando in der Stadt übernommen hatte, erhielt Befehl, noch in der Nacht das Gardebataillon nach Huy abmarschieren zu lassen; erst den angestrengten Bemühungen der Offiziere gelang es die Widerspänstigen soweit zum Gehorsam zurückzubringen, daß der Abmarsch in leidlicher Ordnung geschah; aber dem begegnenden Feldmarschall verweigerte es trotzig die Ehrenbezeugung. Ein zweiter Befehl Blüchers ordnete für den nächsten Morgen die Räumung der Stadt von sämtlichen sächsischen Truppen an; Vorkehrungen waren getroffen, sie auf dem Marsche in ihre Quartiere zu trennen und mit preußischen Truppen zu umringen. Als aber die beiden Grenadierbataillone und das 2. Linienregiment den Abmarsch nach Verviers und Maastricht antreten sollten, brach die Widersetzlichkeit aufs neue aus, die

Digitized by Google

Grenadiere weigerten sich, nach einem anderen Orte als die Garde sich führen zu lassen.' Es hätte in Gneisenau's Macht gestanden Gewalt zu brauchen, denn eine preußische Brigade stand vor den Thoren, aber er wollte es nicht zum Äußersten kommen lassen und gestattete ihnen den Abmarsch nach Huy, der ziemlich zuchtlos geschah; das Linienregiment ließ sich erst mit vieler Mühe durch Zezschwitz zum Gehorsam zurückführen, alle aber zeigten sich fest entschlossen eine Theilung vor eingegangener Einwilligung des Königs nicht zuzugeben. Blücher sprach in einem Tagesbefehle, 3. Mai, seine Entrüstung über das Geschehene laut aus, doch wurden auf Zezschwitz' Vorstellungen am 4ten die früheren Befehle dahin gemildert, daß statt einer förmlichen Theilung in zwei Brigaden nur eine neue Formierung der Compagnieen in sich statt finden solle, die denn auch in den Bivouaks behutsam und mit Schonung ausgeführt wurde; nur zwang das 1. leichte Infanterieregiment seine Stabsoffiziere, die sich für den preußischen Dienst erklärt hatten, das Regiment zu verlassen. Das Gardebataillon jedoch mußte nach seiner Ankunft in Namur, von preußischen Truppen umringt, am 6. Mai die Waffen strecken, den Offizieren wurde in Anerkennung ihres guten Benehmens der Degen gelassen, doch folgten sie freiwillig ihren Mannschaften; das Grenadierbataillon wurde am 5ten bei Logent, das 3te bei Ralaux entwaffnet, letzteres mit Ausnahme der pflichttreuen Compagnie des Hauptmanns Geibler, die am 2ten die Wache vor Blüchers Hauptquartier gehabt hatte. Diese ernannte der Feldmarschall zu seiner Leibwache und ließ sich von ihr bis Namur begleiten, wo er sie zur Theilung entließ. Das Grenadierregiment wurde aufgelöst, seine Fahne durch General v. Pirch I. verbrannt. General v. Borstell, der ergriffen von Theilnahme mit dem traurigen Loos der Sachsen sich geweigert hatte die Verbrennung zu vollziehen, wurde vor ein Kriegsgericht gestellt, seines Commandos entsetzt und zu mehrjähriger Festungsstrafe verurtheilt. Die meuterischen Bataillone wurden durch die Drohung sie zu decimieren zur Auslieferung der Rädelsführer gezwungen und diese, sechs Grenadiere und ein Tambour, am nämlichen

Digitized by Google

Tage bei Huy erschossen, worauf die drei Bataillone gefangen nach Magdeburg abgeführt wurden. Die Theilung der Artillerie und Reiterei gieng, 7. und 8. Mai, ohne Störung vor sich; dieselben stießen, 19. Juni, mit Ausnahme der Fußartillerie, welche nach Jülich zurückgeschickt wurde, zum 3. preußischen Armeecorps unter Thielmann und konnten so wenigstens am letzten Theile des Feldzugs Theil nehmen. An den König von Sachsen aber richtete Blücher noch am 6ten ein Schreiben, in welchem er ihm geradezu den Vorwurf machte, daß die Rebellion von Friedrichsfelde und Preßburg aus organisiert worden sei; er habe in 55 Jahren Dienstleben das Glück gehabt, nur das Blut seiner Feinde zu vergießen; jetzt wäre er zum erstenmale genöthigt gewesen, Hinrichtungen in der eigenen Armee vorzunehmen; daran sei der König schuld, „denn vor dem Allwissenden wird Befehle geben und Befehle dulden als dasselbe betrachtet werden". Der ganze traurige Vorgang wurde lange Jahre hindurch ausgebeutet um die Gereiztheit, ja die Erbitterung gegen Preußen in Sachsen zu erhalten.

Die Hoffnung des Königs, daß man die sächsische Armee während des Kriegs ungetheilt lassen werde, hatte sich also nicht erfüllt; nur das erreichte Zezschwitz, daß die neue Formierung bis zur Ankunft in den neuen Cantonnements bei Crefeld verschoben wurde, bis wohin die Sachsen des Eingangs bestimmter Befehle ihres Königs gewiß sein konnten, dennoch mußte das Corps ganz unerwartet sogleich den weitern Rückmarsch bis in die Gegend von Paderborn und Korbach antreten. Ein Adjutant Lecoqs, der Zezschwitz Depeschen des Königs überbringen sollte, wurde trotz seines österreichischen Passes in Köln angehalten, da Befehl gegeben sei, weder Lecoq noch irgend eine andere Person seiner Umgebungen zum sächsischen Corps passieren zu lassen. Einen Marsch vor Paderborn erhielt Zezschwitz die Nachricht, daß auch der kleine noch beisammen gebliebene Rest des Corps getrennt, ein Theil in die Gegend von Kassel, der andere in die von Rinteln verlegt werden solle, und bald darauf befahl Blücher, weil angeblich die sächsischen Truppen sich auch auf dem rechten Rheinufer

Digitized by Google

hätten Excesse zu schulden kommen lassen, die Theilung derselben sofort und ohne die Ankunft des sächsischerseits für dieses Geschäft ernannten Generals Lecoq abzuwarten, vorzunehmen. Dem General v. Oppen, an dessen unmittelbare Befehle das sächsische Corps gewiesen war, war jeder Aufschub strengstens untersagt, auch dem Wunsche des Königs, daß das sämtliche Feldgeschütz vorläufig ungetheilt bis auf künftige Berechnung mit Preußen bei dem sächsischen Armeecorps verbleiben möge, wurde nicht stattgegeben. Zezschwitz war mit dem preußischen Commissar General v. Lobenthal übereingekommen die Theilung mit dem Material anzufangen, und so begann am 13. Juni das Geschäft auf der bremer Haide bei Waldeck unter Zezschwitz' Protest gegen diesen Gewaltschritt. Zum Glück traf zwei Tage darauf Lecoq ein, der den Soldaten die Eidesentlassung überbrachte [1]).

Nach diesen Vorgängen war es dem Könige von Sachsen wünschenswerther als je, die ihm verbleibenden Truppen dem preußischen Oberbefehl zu entziehen. Er ersuchte deshalb den Herzog von Wellington sie unter sein Commando zu nehmen, was nicht bloß nach der damaligen Stellung der Heere am leichtesten ausführbar sondern auch geeignet schien sich die gehofften englischen Subsidien zu sichern und überhaupt das englische Interesse an Sachsen zu erneuern und zu verstärken. Allein Wellington erklärte, daß er Truppen von so unruhigem Geiste nicht brauchen könne [2]). Diese Abweisung erzeugte den Gedanken das Corps zur österreichischen Armee stoßen zu lassen [3]), wohin bereits am 21. Mai die Prinzen Friedrich und

1) Zezschwitz' Darstellung in den Mittheilungen eines sächs. Staatsmannes, S. 376 ff. — Parteiisch gegen die Sachsen ist v. Müffling, Aus meinem Leben, S. 203 ff. — Vgl. Der Aufstand der Sachsen in Lüttich, von einem deutschen Offizier in den Preußischen Jahrbüchern XVI (1865), S. 149 ff.

2) Wellington, Dispatches XII, 349 sq. 442. Der Subsidienvertrag kam trotzdem, 14. Juli, zu Stande. England sicherte dadurch dem Könige für 8000 Mann 22 Schillinge für den Mann auf Jahresfrist zu.

3) v. Üchtritz, 20. Juni: „Die Motive dafür sind so durchgreifend,

Digitized by Google

Clemens, welche der Kaiser Franz auf Bitten des Königs derselben aggregiert hatte, in Begleitung des Generals v. Watzdorf abgegangen waren. Indes der rasche Verlauf des Kriegs ermöglichte die Ausführung dieses Wunsches erst so spät, daß sie zur Theilnahme an entscheidenden Actionen nicht mehr gelangten, und so blieb unglücklicherweise den Sachsen die Gelegenheit versagt, auf dem Schlachtfelde ihre napoleonischen Traditionen mitsamt dem Groll gegen ihre preußischen Waffenbrüder zu vergessen und vergessen zu machen. Nachdem die Armee zu Osnabrück neu formiert worden war, löste sie, in einer Stärke von 16000 Mann zu Fuß und 3000 zu Pferd, von dem Herzoge von Sachsen-Koburg und unter diesem von Lecoq befehligt, am 15. August die Österreicher und Badener in der Blokade von Schlettstadt und Neu-Breisach ab, wo sie, durch sechs Bataillone Landwehr unter General v. Nostitz verstärkt, bis zum 22. September blieb, um dann den weiteren Bewegungen der Österreicher im Elsaß zu folgen. Nach dem zweiten pariser Frieden führte Lecoq den größten Theil des Heeres nach Sachsen zurück, 5000 Mann unter General v. Gablenz besetzten als ein Theil der in Frankreich verbleibenden Occupationsarmee des Departement du Nord und die Umgebungen von Lille. 1817 kehrten 1000 Mann derselben, Ende des folgenden Jahres auch die übrigen heim.

Dort hatte das preußische Gouvernement, nachdem am 29. Mai die aus sächsischen und preußischen Beamten zusammengesetzte Friedensvollziehungs- und Auseinandersetzungscommission ernannt worden war, am 5. Juni ihren Sitz von Dresden nach Merseburg verlegt. Die neue Grenzlinie wurde gezogen. Nicht ohne tiefen Schmerz trennten sich die beiden Theile nach so langer Zusammengehörigkeit; von den Beamten traten die, welche sich dem Gouvernement angeschlossen hatten, meist in

daß sie uns bestimmen müssen, alles anzuwenden, ja vielleicht, wenn nöthig, sogar die Hoffnung auf Subsidien aufzugeben, um nur unsere Armee zur Disposition derjenigen Macht zu bringen, welche unsere natürliche Beschützerin ist und so lange bleiben wird, bis eine neue Umwälzung der politischen Verhältnisse erfolgt."

Digitized by Google

preußische Dienste [1]), wogegen auch von den abgetretenen einige nach und nach in den sächsischen Staatsdienst zurückkehrten [2]). Am 31. Mai trat der sächsische Hof die Rückkehr an, die ihn nach zwanzigmonatlicher Abwesenheit am 7. Juni auf den vaterländischen Boden zurückführte. Die Freude des Volkes, nach Tagen schwerer Prüfung seinen König wieder zu besitzen, äußerte sich auf dem ganzen Wege von der Grenze an in ungeheuchelten, rührenden Beweisen. Ein feierlicher Empfang erwartete den geliebten Landesvater in seiner Hauptstadt. Aus Leipzig, wo ebenfalls wie in allen Theilen des Landes Kundgebungen des das ganze Volk beseelenden Gefühls stattfanden, zogen 700 Studenten gen Dresden, dem Könige einen solennen Fackelzug zu bringen. Das allgemeine Dankfest wurde am 18. Juni durch das ganze Land mit Gottesdienst und Festlichkeiten begangen, aber in den Dank über die Beendigung einer verhängnißvollen Periode mischte sich vielfach die Hoffnung, daß die schmerzliche Zerreißung des Landes nur vorübergehend sein werde [3]).

1) So der wegen seiner Vorliebe für Preußen bei seinen Landsleuten mißliebige Hofrath Ferber, Geh. Finanzrath Richter, früher schon Körner, von höheren Offizieren außer Thielmann die Generalmajore v. Ryssel I. und II., v. Brause, v. Carlowitz, v. Bose, die Obersten v. Miltitz, v. Hoyer, v. Bose, v. Aster, Oberstleutnant v. Rathe und v. Beerer.

2) Gretschel-Bülau III, 588.

3) Groß, S. 152.

Digitized by Google

Anhang zur ersten Abtheilung.

1.

Friedrich August an Napoleon 8. Juli 1807:

„— — Il se présente à moi une occasion importante de faire foi à V. M. de tous mes sentiments dévoués pour Elle par la confidence toute secrète suivante. — Ma tendresse pour mon enfant unique doit voir avec une vive satisfaction, qu'il se présente un sort pour elle, lequel, jusqu'à la conformité d'age me promêt d'être bien assorti. S. M. l'Empereur d'Autriche n'attend à ce que j'apprends, que mon assentissement paternel pour demander formellement ma fille en mariage.

Avec toute la sollicitude d'un père je ne trouve que du satisfaisant dans cet établissement d'un enfant chéri, dont le bonheur est si inséparable du mien. Je n'attends donc que la reponse de V. M. à laquelle avant tout il m'est doux d'ouvrir mon cœur; elle réglera ma déclaration, qu'alors je ne tarderai plus à donner."

Senfft, Mémoires, p. 27. 29.

2.

Friedrich August an Napoleon 20. August 1807:

„— — J'ose aujourd'hui mettre sous Ses yeux un mémoire rélatif à mon royaume de Saxe. Son contenu se rapporte aux intentions de V. M., auxquelles je me suis empressé de me conformer par l'article 12 de la convention de Dresde du 22 Juillet.

Mais comme il s'y agit d'une question préalable, qui dépend de la décision de V. M. ainsi que d'une indemnisation de revenus, indiquée par la grande différence du rapport du cercle de Cottbus d'avec celui des pays que j'ai à ceder à S. M. le Roi de Westphalie, j'ose demander à V. M. la permission de Lui exprimer ici avec toute confiance que Ses bontés m'ont inspirée, mon vœu concernant quelques objets

Digitized by Google

indiqués dans le mémoire ci-joint comme propre peut-être à la compensation de ma perte en revenus, tels que le Saalkreis, renfermant la ville de Wettin, d'où ma Maison tire son origine même, et la principauté d'Erfort, qui a appartenu à mes ancêtres. Mais je remets le tout à la magnanimité de V. M."

3.

Friedrich Auguſt an Napoleon 26. Juni 1809:

„Aux peines momentanées que j'éprouve d'être éloigné de mon royaume, s'en joint une nouvelle, que je ne saurais me dispenser de communiquer incessament à V. M. Elle croira bien, que je n'éprouverais pas cette peine, si j'avais été en Saxe.

Mon Conseil privé, auquel j'avais laissé la gestion des affaires de l'intérieur du pays étranger à celle de la politique vient de commettre la faute, d'énoncer son vœu pour le soulagement de mes états des exactions de l'ennemi en commençant par adresser un mémoire mal conçu au commissaire de l'Empereur d'Autriche et ensuite en se permettant même l'envoi d'un député à cet Empereur et à l'Archiduc Charles.

Non content d'avoir désavoué déja publiquement cette démarche, pour en prévenir tous les abus et d'avoir renvoyé à mon conseil dans les bornes de sa commission en lui donnant à connaitre toute ma désapprobation, j'ai pris en attendant les mesures les plus efficaces pour obvier pour l'avenir à de semblables fautes, trop sensibles à mon cœur malgré ma juste confiance dans la façon de V. M. de m'apprécier."

4.

Napoleon an den König Friedrich Auguſt, Schönbrunn 27. Juli 1809 (nach Frankfurt) [1]:

„Monsieur Mon Frère.

Je reçois la lettre de V. M. du 20 juillet, que me porte le géneral Funck. Je la prie d'en recevoir mes remercimens.

1) Dieſer und die folgenden Briefe des Kaiſers Napoleon fehlen in der Correspondance de Napoléon.

Digitized by Google

Je pense, qu'à l'heure qu'il est, le Colonel Thielmann sera rentré dans Sa capitale et que conformément à l'armistice, les Autrichiens auront regagné la Bohème. J'espère que cet armistice nous conduira à la paix, cependant il y a des divisions entre les princes de cette maison, ce qui la rend encore incertaine. Je désire beaucoup qu'aussitôt que le colonel Thielmann sera rentré à Dresde, V. M. donne des ordres pour réarmer cette ville et la mettre à l'abri des ridicules incursions des partisans. J'ai été faché que le roi de Westphalie ait abandonné la Saxe et je ne puis que désapprouver une démarche contraire à mes instructions et aux intérêts communs; je l'ai témoigné au Roi de Westphalie. V. M. sent, que cela est pour Elle seule et que c'est une suite de la confiance sans réserve, qu'Elle m'inspire."

5.

Napoleon an Friedrich Auguſt, Fontainebleau 11. November 1809 (nach Epernay): „— — J'apprends avec peine, que V. M. est incommodée. Je l'engage fort à soigner par dessus tout sa santé. Le détour de Fontainebleau lui ferait faire vingt à vingt cinq lieues de plus. Je pense donc, qu'il sera plus commode pour Elle, qu'Elle aille à Paris. J'abrégerai à cet effet mon voyage ici de quelque jours. Sur ce etc."

6.

Napoleon an Friedrich Auguſt, Trianon 4. Auguſt 1810: „J'ai reçu votre lettre du 8 juillet. Je donne entièrement mon assentiment au choix de Torgau pour y établir la place d'armes de dépôt pour Votre royaume. Torgau a comme Wittenberg l'avantage de donner un pont sur l'Elbe. Je considère même sa situation sur la rive gauche comme avantageuse, parcequ'il serait plus facile d'en faire lever le siège. L'important actuellement est de diriger les travaux de manière, que dès la première année et le premier million qu'on y

Digitized by Google

emploiera, il y ait un resultat et de pas laisser suivre la methode ordinaire des ingénieurs de dépenser beaucoup d'argent et de ne donner de resultat que lorsque tout est achevé. Dans le temps où nous vivons les circonstances commandent la prudence et il importe d'avoir le plutôt possible d'appui et de dépôt pour les forces militaires de V. M. Je désire qu'aussitot que l'ingenieur qui sera choisi par V. M. aura assis ses idées, bien reconnu le local et tracé son plan de situation, Elle me le communique, afin que le resultat, qu'il convient pour nos intérêts d'obtenir, la mise en état de défense de cette place dès l'emploi du premier million et dès la première année, puisse s'exécuter sans délai. — Quant à Varsovie, la question est fort difficile. Si l'on est obligé d'abandonner toute idée de fortifications pour cette grande ville, il serait avantageux qu'on put achever les fortifications de Modlin et leur donner plus de développement en y comprenant l'île au milieu de la Vistule et en occupant un point sur la rive gauche. Je désire que V. M. m'envoie le plan de cette ville et celui de ses environs. — En en fesant une bonne place, Modlin remplira également le but d'avoir un pont sur la Vistule et d'être maitre de cette rivière, d'autant plus, qu'en cas de besoin il serait facile d'y transporter par eau tous les dépôts d'artillerie et de munitions qui se trouveraient à Varsovie. Je souhaite aussi que V. M. m'envoie les états de situation des places de Sierok et de Prague; celle de l'armée de Son Duché ainsi que quelques notes sur les armes qui s'y trouvent soit pour armer les troupes soit pour armer la population: a-t-on fait usage de celles que j'avais envoyées à l'issue de la dernière guerre? — Comme je désire avoir tout cela très sécrètement, et sans qu'on puisse s'en douter que je m'occupe de ces objets, j'ai pensé, que la manière la plus simple était de Vous le demander directement. Cependant V. M. remarquera que ceci n'est que de pure précaution, car mes rélations avec la Russie continuent d'être très-bonnes. — Sur ce — —."

Digitized by Google

7.

Napoleon an Friedrich Auguſt, Paris 3. März 1811 [1]):

„Je crois prudent dans la circonstance actuelle d'assurer une bonne garnison à Dantzig, afin de mettre cette place à l'abri de tout évènement. Ce n'est pas que j'ai des inquietudes pour laisser une place de cette importance qui couvre toute la Confédération sans en être parfaitement sûr, voici ce que je désire: = Régimens Saxons = Je voudrais que le régiment Saxon qui est à Dantzig fut completté et que tous les détachements de ce régiment qui seraient à Stettin ou en Saxe, rejoignissent, de sorte que ce régiment pût être porté à son complet de 1600 hommes. — Je désirerais également, que la compagnie d'artillerie Saxonne qui est à Dantzig fut complettée. — Enfin je désirerais que le régiment Saxon qui est à Glogau fut completté à 1600 hommes et que V. M. y fit joindre une compagnie d'artillerie portée à son complet. Moyennant cela, il n'y aura de détaché de Saxons que le régiment et la compagnie d'artillerie qui seront à Dantzig, et le régiment et la compagnie d'artillerie qui seront à Glogau. — Pour l'ordre qui doit diriger sur Dantzig le bataillon saxon qui est à Stettin, il me parait prudent de l'envoyer au Prince d'Eckmuhl, afin qu'il fasse parvenir cette ordre en tems opportun et lorsque la garnison de Stettin aura été relevée. — Toutes ces troupes Saxonnes, qui se trouveront à Dantzig et à Glogau seront nourries par nos magasins et sans qu'il en coute rien à V. M.

= Régimens du Grand-Duché de Varsovie = Les finances du Grandduché me paraissent en très-mauvais état, ce qui me porte à faire à V. M. les propositions suivantes. Je prendrai à ma solde à dater du 1er avril prochain, le 5me, le 10me et le 11me régiment d'infanterie polonaise, un bon régiment de chevaux-legers et deux compagnies d'artillerie. Les régimens du Grand-Duché sont je crois fort de trois ba-

1) Vgl. den Brief an Davout vom 3. März 1811. Corresp. de Nap. XXI, 508.

Digitized by Google

taillons de guerre, ainsi ces trois régiments auraient chacun leur trois bataillons, ce qui ferait 2500 hommes pour chaque. Les deux compagnies d'artillerie seraient portées chacune à 140 hommes, ce qui ferait 280 hommes. Le régiment de cavalerie serait au moins de 600 chevaux, ce serait donc 8320 hommes, qui seraient à mes frais. Je les nourrirai et solderai; mais l'habillement et les recrutes continueront à être aux fraix du Grand-Duché ainsi que les hommes restant au dépôt, n'entendant solder que ce qui sera à Dantzig et à Custrin. — Les trois bataillons du 5me régiment seraient réunis en entier à Custrin ce qui porterait la garnison de cette place à 2500 hommes présens. Le 10me et le 11me seraient réunis entiers à Dantzig ainsi que le régiment de cavalerie et les deux compagnies d'artillerie. Un géneral du Grand-Duché, homme sûr, se rendrait à Dantzig avec ces troupes. Alors il y aura à Dantzig

deux régimens du Grand-Duché portés au complet et formant		4800	hommes
un régiment Saxon porté au complet de		1600	„
un régiment de chevaux legers de		600	„
trois compagnies d'artillerie	deux du Grand-Duché 280 h.	420	„
	une de Saxe 140 h.		
		7420	hommes.

Ces 7420 hommes et ce que j'envoie de troupes françaises du genie et de l'artillerie formeraient à Dantzig une garnison de 9 à 10000 hommes. — Je désirerais que les troupes que V. M. enverra à Glogau, à Custrin et à Dantzig, en consequence de ces propositions, eussent fait plusieurs marches avant qu'on s'en doutât. Cette marche ne peut pas rester secrète; mais il suffira qu'on ne puisse pas s'en douter avant que les troupes soient en route: et même la meilleure tournure à donner à ce mouvement serait de le présenter comme une mesure de finance en disant que V. M. a obtenu de moi que je prisse quelquesuns de ses régimens à ma solde. Sur ce etc."

Digitized by Google

8.

Napoleon an König Friedrich August, Paris 20. März 1811: „Connaissant la part que V. M. prend à tous les événements qui peuvent m'intéresser, je ne diffère point à l'informer que l'Imperatrice ma très chère épouse vient d'accoucher très-heureusement d'un Prince qui par sa naissance a reçu le titre de Roi de Rome. Je ne doute point que V. M. ne partage la satisfaction que j'éprouve par suite d'un événement si intéressant pour ma famille et pour le bonheur de mes peuples. Elle n'ignore pas, combien je suis disposé à m'intéresser à tout ce qui peut Lui être agréable et c'est avec un véritable plaisir que je saisis cette occasion de Lui renouveller les assurances de la sincère estime et de la parfaite amitié, avec lesquels je suis — — —."

9.

Napoleon an König Friedrich August, St. Cloud 4. Mai 1812: „J'envoie le Comte Chabrillau, l'un de mes officiers d'ordonnance, pour porter cette lettre à V. M. et l'instruire que je compte partir le 8ième de Paris pour être arrivé du 14ième au 15ième dans Sa residence. Je mène avec moi l'Imperatrice que j'y laisserai quelques jours. Je pense que l'Empereur et l'Imperatrice d'Autriche s'y rendront également. Je désire que cette nouvelle reste secrète le plus longtemps possible. Mon officier d'ordonnance l'ignore et il continue sa route pour Glogau. J'éprouve une vive satisfaction à me retrouver avec V. M. et à pouvoir lui renouveller l'assurance des sentiments d'estime et de consideration particuliers, avec lesquels je suis etc."

10.

Napoleon an Friedrich August, Wilna 1. Juli 1812: „J'ai reçu la lettre de V. M. J'ai éprouvé une grande satisfaction à me retrouver avec elle, et les momens que j'ai passés à Dresde m'ont fourni de nouvelles occasions d'apprécier ses

Digitized by Google

belles et estimables qualités. Cette circonstance m'a été doublement agréable, en ce qu'elle m'a permis de Lui parler de l'estime et de l'affection toute particulière que je conserve pour V. M. et de l'intérêt que je ne cesserai de porter, dans toutes les circonstances, à Elle et à sa famille."

11.

Napoleon an Friedrich Auguſt, Moskau 17. October 1812: „Je remercie V. M. de sa lettre du 3 octobre. Tout ce qui me rappelle Dresde et V. M. m'est fort cher. Je connais la sincérité de Ses sentimens: Je me flatte que de Son côté Elle ne doute pas de la vérité et de la constance de mon amitié qui ne peut jamais éprouver de refroidissement. — Je prie V. M. de présenter mes respects à la Reine et aux Princesses de Sa famille. Sur ce etc."

12.

Napoleon an Friedrich Auguſt, St. Cloud 14. April 1813: „J'ai reçu la lettre, par laquelle V. M. a bien voulu me donner connaissance du parti qu'Elle a pris de se rendre à Ratisbonne et de Son arrivée dans cette ville. Ses motifs, qui l'ont portés à s'éloigner ainsi de Ses Etat auront bientôt cessé. Le moment n'est pas loin, où Elle sera rendue aux vœux et à l'amour de Ses peuples et où je pourrai lui renouveler dans Sa capitale l'assurance des sentiments que je Lui ai voués. Sur ce etc."

13.

Friedrich Auguſt an Napoleon, Regensburg 19. April 1813: „L'empereur d'Autriche vient de me faire part des démarches, qu'Il a faites auprès d'Elle pour la pacification du continent et l'établissement d'un état de repos durable en Europe. Ces ouvertures m'ont rempli des plus douces espérances, vu la position de l'Autriche, dont l'influence doit être en ce moment décisive vis-à-vis de la Russie et de la Prusse, tandis que la grande âme de V. M. ne se réfusera pas à la gloire d'avoir

Digitized by Google

donné par une modération générale la tranquillité à l'Europe. Fort des bontés, dont Elle m'a donné tant de preuves, j'ose reunir mes vœux à ceux de l'humanité souffrante; j'ose espérer avec confiance, qu'ils iront au cœur de V. M. et qu'Elle n'y verra que l'expression des sentiments d'un allié, qui Lui est sincèrement attaché et celle de la juste sollicitude que m'inspire le salut de mes peuples.

L'accord des vues et des désirs que je viens d'exprimer à V. M., a du me rapprocher de la cour de Vienne également liée aux intérêts de la cause commune par l'alliance qui l'uni à la France, et je ne crois plus devoir hésiter de me rendre d'après l'invitation réitérée de l'Empereur d'Autriche à Prague, où je serai à même de veiller de plus près au bien de mes états momentanement envahis par l'ennemi. — Ma détermination est particulièrement motifiée en ce moment par l'urgente nécessité de me rapprocher des frontières de la Saxe pour empêcher que les esprits ne puissent être égarés."

14.

Friedrich August an Napoleon, Linz 24. April 1813: „V. M. m'a toujours trouvé également empressé à entrer dans Ses vues, et ce n'est qu'avec le plus sensible regret que je me suis vu dans la nécessité de Lui exposer déjà à plusieurs reprises les motifs qui me mettent dans l'impossibilité de satisfaire à la demande qu'Elle vient de me renouveller par Sa lettre du 20ième de ce mois relativement à ma cavalerie. Je me persuade encore, qu'Elle daignera rendre justice à tout ce que j'ai allégué à ce sujet dans mes lettres du 16ième et du 19ième et qu'Elle ne saurait refuser Son approbation à la direction que j'ai cru devoir donner à mes troupes, dont la plus grande partie est pour le moment hors d'état d'entrer en campagne et va achever sa formation tandis que le seul régiment des cuirassiers de la garde ne remplirait pas le but que V. M. se propose et que je me verrais privé avec ce corps des moyens de remettre ma cavalerie sur le pied, ou je désire qu'elle se retrouve bientôt. V. M. verra, j'ose m'en

Digitized by Google

flatter, dans l'expression renouvellée de ces observations que la conviction intime qui me les a dictées, et Elle ne doutera certainement jamais de la constance de mes sentiments pour Sa personne et du dévouement inalterable avec lequel je suis à jamais etc."

15.

Herzog Karl August an den König von Sachsen, Weimar, 29. April 1813:

„L'Empereur des Français, Roi d'Italie, Protecteur de la Confédération Rhenane, a été hier ici, j'ai eu la permission de l'accompagner jusqu'à Eckersberge, ou S. M. a couché cette nuit. S. M. a daigné combler ma famille et moi de toutes les marques de bonté, qui prouvaient l'intérêt magnanime qu'Elle prenait à notre situation, distinction rare et inappréciable. Une grande partie de son armée a passé et passe par mes états, ce qui était simplement dans les limites de ce pays-ci peut être évalué d'après les fournitures à 100000 hommes.

L'Empereur paraissait entrer en doute sur les sentiments de V. M. à Son égard et marqua le désir qu'Elle s'expliquât franchement. — S. M. m'ordonna, Sire, de Vous transmettre Ses propres paroles: ‚Que le Roi de Saxe me dise franchement, s'il veut être pour moi ou contre moi. Il n'a pas à se plaindre de moi parce que j'ai fait tant pour lui. Ecrivez, que je ne croyais encore rien, mais que la conduite tenue à Torgau avait du louche. Qu'il se déclare, alors je saurais ce que j'ai a faire. S'il est contre moi, alors il perdra ce qu'il a; je me suis pressé de venir pour sauver la Saxe.'

Voilà au juste ce que S. M. l'Empereur m'ordonne spéciellement et en présence de toute ma famille d'écrire à V. M. . . L'Empereur ordonne encore, que j'expédie cette lettre-ci par un de mes couriers; j'obéis aveuglement; et c'est le Ministre de France résidant ici, qui veut avoir la bonté de donner la direction à ce courier et de le munir de passeports. L'Empereur a encore ajouté, que si V. M. voulait lui écrire, qu'alors ce courier-ci pouvait être chargé de Ses commissions,

Digitized by Google

Sire, et que je devais avoir soin qu'elles arrivassent surement à l'Empereur."

16.

Friedrich August an Napoleon, Prag 3. Mai 1813: „V. M. a annoncé dans Sa lettre du 20 Avril que m'a apportée le colonel de Heinecken des doutes sur mes sentiments pour Sa personne, qui m'ont profondement affligé. J'espérais, que ma lettre du 19ième d. c. qu'Elle avait reçu depuis, en Lui developpant les principes et les motifs d'après lesquels j'ai cru devoir agir, La porterait a me rendre plus de justice et j'ai du être d'autant plus sensible à ce que le Duc de Saxe-Weimar vient de me faire connaitre de Sa part. J'en appelle encore à la justice de V. M., qu'Elle se rappelle le contenu de ma lettre du 19 avril. Elle y trouvera l'explication de toute ma conduite uniquement dirigée par le premier de mes devoirs, celui de veiller au salut de mes peuples que Dieu m'a confié: Ma marche a toujours été franche et je n'ai rien eu de caché pour V. M. Jamais je n'oublierai ce que je Lui dois de reconnaissance et mes sentimens y repondront toujours ainsi que le dévouement inviolable avec lequel je suis à jamais etc."

17.

Friedrich August an Napoleon, Prag 8. Mai 1813: „V. M. accoutumée à vaincre, vient de surpasser tous les exemples précédents par la rapidité de Ses derniers succès. Qu'Elle reçoive avec son ancienne bonté mes plus vives félicitations provenant d'un cœur plein d'attachement pour Elle. Lorsque le Ministre de V. M. m'a remis hiers Sa lettre du 14 avril, les espérances, qu'Elle m'y annonçait, se trouvaient déjà réalisées. Je ne tarderai pas un moment, dès que les chemins seront libres, de me rendre à Dresde et d'aller trouver V. M. ainsi qu'Elle m'en donne la permission; heureux qu'Elle veuille me recevoir avec cette amitié et cette bienveillance, qui font ma gloire et toute ma satisfaction. J'invoque avec un entier abandon cette même amitié indulgente pour déterminer l'opinion

Digitized by Google

de V. M. à l'égard de toute ma marche. Elle n'aura jamais méconnu, j'ose m'en flatter, la pureté de mes motifs ni le fond de mes sentiments, qui Lui ont toujours été et Lui seront toujours entièrement dévoués. Le général de Gersdorff, qui aura l'honneur de remettre cette lettre à V. M., est porteur de mes ordres, qui mettent à Sa disposition ma cavalerie et la place de Torgau avec sa garnison ainsi que Son Ministre vient de me le demander de Sa part. Je La prie de faire connaître Ses intentions à cet officier; elles seront fidélement exécutées et je trouverai à les remplir une satisfaction conforme au dévouement inaltérable, avec lequel je suis à jamais etc." — Senfft, p. 226 sq.

18.

Friedrich August an Napoleon, Prag 10. Mai 1813: „V. M. m'ayant fait demander par Son Ministre le Baron de Serra, une déclaration précise sur les rapports d'alliance qui m'unissent à Elle et dans lesquels je trouve mon bonheur, je m'empresse de L'assurer que je me regarde toujours comme membre de la Confédération du Rhin, que je reconnais les engagemens que ce lien m'impose, que je veux les remplir et que je n'ai avec aucune puissance un traité contraire aux principes de la Confédération. Cette déclaration confirmera, je m'en flatte, aux yeux de V. M. les sentiments du dévouement inalterable, avec lesquels je suis à jamais."

19.

Friedrich August an den Kaiser von Österreich, Prag 10. Mai 1813: „J'ai ordonné au général de Watzdorf d'exposer au ministre de V. M. I. les motifs, qui m'ont déterminé à prendre le parti à la suite duquel je vais quitter Prague pour me rendre à Dresde. J'aime à penser qu'ils justifieront à Ses yeux une ligne de conduite qui m'est prescrite par les circonstances les plus urgentes. Je n'ai pu prendre sur Moi de diminuer le poid des raisons qui sollicitent de V. M. I. une attitude pacifique, en faisant naître un obstacle au maintien

Digitized by Google

de la bonne harmonie entre Elle et la France par un refus, qui aurait pu être interpreté d'une manière également étrangère aux véritables intentions de V. M. I. et aux Miennes."

20.

Napoleon an Friedrich Auguſt, Bautzen 17. Auguſt 1813: „Monsieur mon Frère, l'arrivée du Comte de Narbonne m'a empêché de voir V. M. comme je le voulais avant à partir de Dresde. — Les hostilités ont commencé. Les Prussiens, commandés par Blucher, avec le corps de Saken, ont traversé le 12ième Breslau et le 15ième ont tiré quelques coups de fusil contre mes avant-postes de Liegnitz. Le 16ième ils avaient vis-à-vis nous une ligne de vedettes, — le même jour 16ième, une division Russe a attaqué des régiments de la division Charpentier, au 11ième corps, près de Lahn, à la hauteur de la ligne ils croyaient nous surprendre. On les a repoussés et on leur a fait 100 prisonniers, dont deux officiers. — On dit que 40000 Russes sont entrés en Bohème le 12ième par Glatz — il ne parait pas, que l'ennemi aie des projets sur le débouché de Zittau, qu'occupe le Prince Poniatowski et le second corps formant ainsi plus de 40000 hommes. — Sous peu de jours on verra clair aux projets des alliés. — Je porte ce soir mon quartier général à Reichenbach pour être plus près de Zittau et de Bunzlau. — Le Duc de Bassano aura communiqué à V. M. le manifeste de l'Autriche et les reponses. — Sur ce etc."

21.

Napoleon an Friedrich Auguſt, Dresden 27. September 1813:

„Sire,

Mr. de Preuss qui a fait pendant quelque temps le service d'écuyer près de moi, m'a prié de le recommander à V. M. Il désire obtenir la grande-maitrise du forêt de Dobrilugh. J'ai été très satisfait du zèle et du soin empressé de Mr. de Preuss près de ma personne et je prend un vif intérêt au succès de sa demande. Je prie donc V. M. de vouloir bien

Digitized by Google

l'acceuillir favorablement. V. M. en accordant à ma recomandation la place que sollicite Mr. de Preuss, m'aura donné une nouvelle preuve de Sa bienveillance et de son amitié.

Je suis, Sire etc."

22.

Napoleon an Friedrich August, Seerhausen 7. October 1813, Abends 10 Uhr: „Mr. mon frère, j'ai porté aujourd'hui mon quartier général au château de Seerhausen. J'ai reçu des nouvelles de Leipzig de ce matin. Tout y était tranquille et beaucoup de troupes s'y étaient centralisées. Je serai demain de bonne heure à Dahlen et je pense qu'après-demain les opérations commenceront. Il conviendrait que V. M. put se rendre demain avec la division Curial à Oschatz etc."

23.

Napoleon an Friedrich August, Wurzen 8. October 1813:

„Monsieur mon frère. Je suis arrivé à Wurzen. Il n'y a rien de nouveau. Je pense que demain V. M. fera bien de venir jusqu'ici.

P. S. Comment la Reine et la Princesse Auguste se trouvent-elles du voyage?"

24.

Napoleon an Friedrich August, Düben 10. October 1813, abends: „Monsieur mon frère. Les affaires s'engagent de tous côtés. Les armées de Silesie et de Berlin se sont concentrées sur Dessau en grande hâte, ce qui nous a mis à même de leur faire quelque centaines de prisonniers. — J'ai fait lever le siegè de Wittenberg, où mes premières divisions sont arrivées. — Comme le principal but des ennemis était d'arriver à Leipzick et sur la Saale, j'ai pensé, qu'il y aurait plus de sûreté à ce que V. M. restait toujours avec l'armée. La fatigue, que cela occasionnera à la Reine et à la Princesse, sera compensée par moins d'inquiétude."

Digitized by Google

25.

Napoleon an Friedrich August, Düben 14. October 1813, 4 Uhr Morgens: „Monsieur mon frère, Le Duc de Bassano m'a fait connaître, que V. M. préferait se rendre à Leipzick: Elle s'y trouvera environnée d'armées nombreuses et probablement des événements importants vont se passer, qui donneront une nouvelle tournure aux affaires. Je verrai V. M. aussitôt que je serai arrivé à Leipzick, il est probable, que je prendrai encore quartier hors de la ville."

26.

Napoleon an Friedrich August, Leipzig 19. October 1813, Morgens: „Monsieur mon frère, j'envoie à V. M. le bataillon Saxon de ma garde pour qu'Elle ait dans cette journée autour d'Elle quelques unes de Ses troupes, qui puissent servir de garde à Sa famille, j'ai chargé le général Gersdorff de Lui réiterer l'assurance de tous mes sentiments qui sont inébranlables et de la peine que j'éprouve des embarras, où Elle va se trouver. Je prie V. M. de dire à la Reine et à la Princesse, que j'ai pensé à Elles pendant la bataille d'hier et qu'Elles devaient être bien inquiètes."

27.

Friedrich August an Napoleon, Leipzig 19. October 1813:

„V. M. Imp. et Royale peut être bien persuadée, que la lettre, qu'Elle a eu la bonté de m'adresser ce matin ainsi que ce que le Duc de Bassano et le général Gersdorff m'ont dit de Sa part, m'a profondement ému et touché. Quelque embarrassante que soit ma position et quelque désagrement qui puisse en resulter pour moi, je suis on ne peut pas plus sensible au procédé magnanime de V. M. dans le grand moment et j'y trouve une plus douce consolation.

Ma Femme et ma Fille pénétrées de reconnaissance pour l'intérêt bienveillant qu'Elle a bien voulu Leur exprimer, Lui en présentent les hommages.

Digitized by Google

Dans quelques circonstances que je puisse me trouver, V. M. daignera être bien assurée de mon attachement constant à Sa personne et du dévouement inviolable, avec lequel je suis à jamais etc."

28.

Note remise par le Duc de Bassano le 19 oct. 1813 à Leipzig:

„S. M. désirerait que les malades français dans toute la Saxe ne fussent pas prisonniers de guerre. On pourrait le demander en présentant que ce serait un soulagement pour la Saxe, attendu qu'on obtiendrait de la France, qu'elle continuât à payer les journées à raison de 30 sous par malade.

L'Empereur pense, que le Roi ne doit pas renoncer à la Confédération ni au duché de Varsovie et renvoyer toutes les questions à la paix générale.

S'il est contraint d'adhérer à la coalition, il ne doit le faire qu'avec le motif d'arriver à la paix générale en y renvoyant toutes les questions qui ne peuvent se décider qu'alors.

Le Roi peut se servir du prétexte de la détresse de son pays pour tacher d'empêcher qu'on ne l'oblige à lever des troupes.

Si l'on exigeait que le Roi comme Duc de Varsovie ordonnât la remise de Modlin et de Zamosc, il ne faudrait le faire qu'à la condition que les garnisons rentreraient, savoir les troupes saxonnes en Saxe et les troupes françaises en France, et ne seraient point prisonniers de guerre."

29.

Just an Einsiedel, Paris 4. Mai 1814: „Les intrigues des Polonais ont remis en train le projet d'une Pologne russe, à la tête de laquelle se trouverait le Grand-Duc Constantin comme Vice-Roi. Cela entraine un dédommagement pour la Prusse rélatif au Duché de Varsovie; celle-ci convoite les Lusaces. Mr. de Stein ne pouvant pas venir à bout d'organiser à sa façon le midi de l'Allemagne, voudrait du moins une confédé-

Digitized by Google

ration du nord de l'Allemagne sous les auspices militaires de la Prusse et par conséquence point de royaume de Saxe."

Derselbe 27. Mai: „Les sollicitations du roi de Prusse jointes au désir de l'Empereur de Russie de posséder la Pologne, Russe grande, forte et arrondie, soutiennent le projet d'assigner la Saxe à la monarchie prussienne, malgré l'opposition des cours de Vienne et de Londres. Les idées, qu'on a sur la nouvelle formation du Nord de l'Allemagne, viennent à l'appui de ces plans et ce n'est que par un choc, qui rende l'Empereur de Russie à toute sa magnanimité et à sa bienveillance naturelle en dépit des insinuations prussiennes, polonaises et russes, qu'on peut espérer de sauver la Saxe en sa qualité de pays indépendant et sans l'amorceler, proposition pour laquelle plusieurs cours seraient prêtes à s'entendre."

30.

Aus Thielmanns Tagesbefehl, Koblenz 31. Juli 1814: „— — — So sehr ich auch die Anhänglichkeit des Hauptmanns v. Dziembowski an den König von Sachsen besonders ehre, weil sein Vater wegen Veränderung der Religion von dem königlichen Hause fortwährend mit Wohlwollen überhäuft worden ist, so kann ich doch seine Handlungsweise nicht anders als einer Zerrüttung des Verstandes zuschreiben, welches aus der in Torgau bewiesenen zügellosen Anhänglichkeit an die Franzosen selbst unwidersprechlich hervorgeht, und ich habe ihn deswegen zum Depot nach Sachsen versetzt. Hierbei muß ich bemerken, daß ich den Ausfall des Professor Görres gegen den König von Sachsen table, mich aber ebensowenig wie die Armee aus zweierlei Gründen nicht für berechtigt halte, officiell als Advocat des Königs von Sachsen aufzutreten: 1) weil die verbündeten Mächte die Handlungsweise des Königs selbst für nichts Anderes angesehen haben; 2) weil ich mich um so weniger befugt halte der durch die allerhöchste Behörde tolerierten Preßfreiheit des Dr. Görres Schranken setzen zu wollen. Glaubt jemand privatim den Dr. Görres widerlegen zu können, so steht einem Jeden der Weg der Presse und der öffentlichen Blätter offen. Glaubt aber jemand als Staatsdiener es

Digitized by Google

thun zu müssen, so muß ich hierbei feierlich erklären, daß jeder Sachse des Eides gegen seinen König entbunden ist und keinen andern Souverain als die alliierten Mächte anzuerkennen hat, und daß ich verpflichtet bin einen Jeden, der einen andern Souverain erkennen will, aus der Liste der Armee auszustreichen."

31.

Bericht v. Üchtritz', Stuttgart 28. Januar 1815: „Das Benehmen des stuttgarter Hofes gegen den unsrigen ist nicht sehr freundschaftlich und besonders nicht offen. Zwar scheint die Zeitungsnachricht, der König von Würtemberg habe sich formell gegen die Wiederherstellung des Königs von Sachsen erklärt, übertrieben zu sein, um so mehr, da er sie hat dementieren lassen, aber die geringe Öffentlichkeit, die man diesem Dementi gegeben, die Sorge, mit der man hier alle Schriften zu unseren Gunsten unterdrückt, während man die gegen uns gerichteten Libelle unbehelligt läßt, und tausend andere Umstände beweisen mir unzweifelhaft, daß der stuttgarter Hof nicht eben sehr betrübt sein würde, wenn der König von Sachsen aus der Reihe der deutschen Souveraine verschwände. Seine Berechnungen sind zu selbstsüchtig und zu sehr durch Rußland beeinflußt und zu sehr auf eine Gebietsvergrößerung gerichtet, als daß er nicht wünschen sollte, daß Preußen in Sachsen entschädigt werde, damit recht viel Land am Rhein zwischen Baiern, Würtemberg und Baden zu vertheilen übrig bleibe." — Vgl. v. Bernhardy I, 134.

32.

Talleyrand an Graf Caraman, französischen Gesandten in Berlin, 26. Januar 1815: „Je n'ai rien de positif à Vous faire connaitre sur la situation des affaires, qui se négocient au congrès. Elles marchent toujours très-lentement. Cependant nous avons aujourd'hui un espoir bien fondé de conserver au Roi de Saxe sinon la totalité, au moins la meilleure partie de ses états. Nous aurions pu nous flatter d'obtenir sur ce point important un succès plus entier, si nous avions été secondés plus fortement par l'ambassade de l'Angleterre. Mais

Digitized by Google

quoiqu'elle montre maintenant des dispositions meilleures qu'au commencement des négociations, elle est loin d'agir avec la fermeté, qu'il eut été si désirable et si naturel de trouver en elle. La froideur et je puis dire l'indifférence avec lesquelles elle traite une question qui intéresse l'Europe à un si haut point sont véritablement dignes d'être remarquées. Pour nous, nous ne cesserons pas de faire les plus grands efforts pour que les sacrifices auxquelles le Roi de Saxe sera obligé soient moins nombreuses et tout ce que nous n'aurons pas obtenu pour lui, il aura été absolument impossible de l'obtenir."

33.

v. Globig an Einsiedel, Wien 7. Juni 1815: „. . In einer Unterredung unter vier Augen, die ich mit dem Fürsten Metternich hatte, versicherte er mir, daß Österreich entschlossen sei, die Bundesacte zu unterzeichnen, selbst wenn etliche deutsche Staaten zögern sollten es zu thun. Da er bei dieser Gelegenheit von der Idee sprach, die aufs Tapet gebracht worden war, einen besondern Bund der süddeutschen Staaten zu bilden, so glaubte ich ihm bemerken zu müssen, daß ich, obgleich ich keine Befehle meines Hofes in Betreff dieses Punktes hätte, dennoch nicht zweifelte, daß im Fall ein solcher Bund in Frage käme; oder daß im allgemeinen die Pläne des österreichischen Hofes in diesem Punkte nicht völlig in Übereinstimmung wären mit denen Preußens, der sächsische Hof geneigt sein würde sich vorzugsweise dem Verhalten Österreichs anzuschließen. Fürst Metternich erwiderte mir hierauf, er könne Sachsen nur rathen sich in einem solchen Falle an Österreich anzuschließen, indem er mir versicherte, daß, wenn eine solche Angelegenheit in Frage käme, Österreich sich beeilen werde, vor allem dem sächsischen Hofe davon Mittheilung zu machen, aber daß in Erwägung, daß besondere Bündnisse zwischen dem Norden und dem Süden von Deutschland nur einen neuen Krieg vorbereiten könnten und daß ein Nordbund wahrscheinlich in eine Suprematie Preußens ausarten werde, man der Ansicht sei, daß ein Bund des ganzen Deutschlands gegenwärtig das geeignetste Arrangement sei um die Ruhe Deutschlands aufrecht zu erhalten

Digitized by Google

und zu garantieren; das Weitere müsse man der Zeit überlassen. Unterredungen, die ich mit anderen Personen gehabt habe, lassen mir keinen Zweifel, daß es hauptsächlich die Rücksicht ist, sich gegen die Vergrößerungspläne Preußens zu schützen, was einen deutschen Bund als ein Arrangement von allgemeinem und entscheidendem Interesse ansehen läßt." [1])

1) Sämtliche in dem Anhange enthaltenen Actenstücke sind dem dresdner Staatsarchive entnommen.

Digitized by Google

Zweite Abtheilung.

Von der Rückkehr des Königs Friedrich August I. im Jahre 1815 bis zum Frieden mit Preußen am 21. October 1866.

Erstes Hauptstück.

Bis zu der Umgestaltung der ständischen Verfassung und zu Sachsens Eintritt in den Zollverein. 1815—1833.

Schwer und schmerzlich war die Aufgabe, welche des Königs bei seiner Rückkehr wartete. Es galt nicht bloß, die tiefen durch den Krieg dem Lande geschlagenen Wunden zu heilen sondern auch, das Gefühl erlittener Demüthigung im Herzen, dem verkleinerten Umfange und den verminderten Kräften des Staates entsprechend sich in die Enge zu ziehen, den Aufwand zu beschränken, die Verwaltung nach bescheidnerem Maßstabe einzurichten. Doch mit anerkennenswerther Selbstüberwindung, mit Ergebung in das Unvermeidliche gieng der König auch an diese Arbeit. Niemals waren ihm seine Geschäftserfahrung, sein Ordnungssinn mehr zu statten gekommen als jetzt. Hatte es noch vor Kurzem nicht an Verzagten gefehlt, die das ver-

Digitized by Google

stümmelte Sachsen überhaupt nicht mehr für lebensfähig hielten, so waren jetzt mit dem Könige auch Muth und Selbstvertrauen zurückgekehrt.

Das Nächste und Dringendste war die Auseinandersetzung mit Preußen; für diese wurde eine Commission gebildet, an welcher sächsischerseits Geheimer Rath v. Globig, Geheimer Finanzrath v. Bünau und Geheimer Archivar Günther, preußischerseits General v. Gaudi und Staatsrath Friese Theil nahmen. Ihre Arbeiten führten, abgesehen von der genaueren Bestimmung der Grenze und der privatrechtlichen Verhältnisse der Grenzbewohner, zu mehreren Conventionen, deren erste,
1815 vom 25. November 1815, die Theilung der Cassenbillets betraf, von denen 3½ Millionen (alsbald um ½ Million vermin-
1817 dert) Sachsen blieben; durch eine zweite, vom 23. Juli 1817, übernahm Preußen, da man gern vorbehaltlich anderweiter Ausgleichung ganze Classen von Schulden beisammen behielt, sämtliche Centralsteuerobligationen (3,285000), Sachsen sämtliche Landescommissions- (700000 Thaler) und Compensationsscheine (786000 Thaler); eine dritte Convention, vom 27. Juli 1817, erklärte alle landesherrlichen Administrations- und Collaturrechte im jenseitigen Theile für erloschen und verpflichtete Preußen zu einer Abfindungssumme von 160000 Thalern für die 1811 den beiden Universitäten und den Fürstenschulen geschenkten Einkünfte der Deutschordensgüter. Doch zogen sich die verwickelten Unterhandlungen noch lange hin und erst unter persönlicher Theilnahme des Cabinetsministers v. Einsiedel und unter österreichischer Vermittlung kam endlich mit dem preußischen Geheimen Legationsrath v. Jordan die Hauptconvention
1819 vom 28. August 1819 zu Stande. Man gieng dabei von dem Grundsatz aus, daß Sachsen von den im Steuer-Creditsystem von 1763 begriffenen Schulden zwei Drittheile, von den 1807 und 1811 entstandenen $^{648}/_{1000}$ übernehmen solle, wonach auf Sachsen eine Schuldenlast von 16,660771 Thalern entfiel; von der Kammer-Creditcassenschuld, die sich bis 1815 auf 3,102374 Thaler vermindert hatte, verblieben dem Königreiche 1,622109 Thaler. In Betreff der preußischen Verwaltung

Digitized by Google

Sachsens wurde alle Nachrechnung niedergeschlagen, die gegenseitigen Ansprüche wegen Truppenverpflegung aus den Jahren 1805, 1806 und 1815 wurden compensiert, endlich machte sich Preußen anheischig, bis 1829 jährlich 170000 Centner Salz zu festem Preis an Sachsen zu liefern.

Diese Ausgleichung war aber weit entfernt eine Aussöhnung mit Preußen zu bedeuten. Die durch die Zerreißung des Landes hervorgerufene Erbitterung gieng durch alle Schichten der Bevölkerung, sie erhielt aus den höchsten Kreisen der Gesellschaft und des Beamtenthums, wo man den Argwohn nicht los wurde, daß Preußen noch immer auf eine Versetzung des Königs von Sachsen an den Rhein sinne, unablässig neue Nahrung und beruhigte sich nur bei der Überzeugung, daß der Zustand der Vergewaltigung nicht dauern könne, das Unrecht gesühnt werden müsse [1]). Haß gegen den räuberischen Nachbar bildete das unerläßliche Kennzeichen für den loyalen Unterthanen. Bei dem ersten Besuche, den der König von Preußen dem sächsischen Hofe seit der Theilung machte, 1. August 1819, war diese gereizte Stimmung nahe daran in offene Kundgebungen auszubrechen und alle gute Sachsen waren entzückt über Morlachi's witzigen Einfall, das Tafelconcert in Pillnitz mit der Ouverture zur Diebischen Elster zu eröffnen. Es hat des Absterbens der Generation von 1815 und des unwiderstehlichen Einflusses neuer Verhältnisse bedurft, um in Sachsen einer vorurtheilsfreieren Würdigung der Ursachen, welche das Unglück des Staates verschuldet hatten, Raum zu schaffen. In mehr als einer Beziehung aber hat jener Haß höchst verderblich gewirkt; er vorzugsweise war die Ursache, daß die bonapartistische Gesinnung sich so lange in Sachsen erhielt, daß den höheren Schichten, die bei der Unterzeichnung der Bundesacte von Metternich dem Geheimen Rath v. Globig gegebene Versicherung, dem österreichischen Hofe werde die Sache des Königs von Sachsen nie fremd sein, stets im Ohre klang und daß sie sich gewöhnten

1) [Eisentreter], Geheime Geschichte der Theilung Sachsens (1818), Einleitung.

Digitized by Google

in Österreich den Rettungsbalken aus aller Noth zu sehen. Gerade die Antipathie gegen Preußen kittete das kleine Land um so fester in sich zusammen. Untheilhaftig der stolzen Erinnerungen, welche das Selbstgefühl des preußischen Volkes allmählich zu wahrhaft deutschem Patriotismus läuterten und erhoben, bot Sachsen dem Aufkeimen einer solchen Gesinnung den allerungünstigsten Boden. Die Schamröthe über das Jahr 1813 verdeckte die Gluth ächter Vaterlandsliebe und die nach der Schlacht bei Leipzig auch in Sachsen auflodernde Begeisterung erlosch nur zu bald in dem Groll über die Theilung; es war, als ob diese nicht bloß die Grenzen des Landes sondern auch die Gedanken der Bewohner verengert hätte. Männer wie Krug [1]), die an der Gestaltung der deutschen Verhältnisse warmen Herzensantheil nahmen, wurden immer seltener; das specifisch sächsische Augenmaß war bald ausschließlich in Anwendung und die Regierung gieng wie erklärlich hierin mit ihrem Beispiel voran. Der Wunsch ein Unterscheidungsmerkmal zu schaffen bewog sie, ehe noch der König sein Land wieder betreten hatte, die alten fast vergessenen Wappenfarben schwarz und gold ebenso wie die von Repnin eingeführte weiße Cocarde mit grün-gelb-schwarzer Einfassung durch neue Nationalfarben zu ersetzen; man wählte dazu mit Rücksicht auf die populäre Bedeutung des sächsischen Rautenkranzes und auf das von der Landwehr 1814 in weißer Fahne geführte grüne Kreuz die weiße Cocarde mit grünem Rande, die „als äußeres Zeichen der Eintracht und zur Belebung des nationalen Sinns auch vom Civilstande und besonders von allen öffentlichen Beamten getragen werden sollte" [2]). Am grün-weißen Bande wurde auch der Civil-Verdienstorden getragen, den der König „als bleibendes Denkmal der herzlichen Liebe, mit welcher er von seinen Unterthanen empfangen worden, und zur Auszeichnung

1) Krug, Die Fürsten und Völker in ihren gegenseitigen Forderungen (1816).

2) Rescript vom 16. Juni 1815. Helbig, Im Neuen Reich 1871, Nr. 3.

Digitized by Google

derjenigen seiner Diener, von denen er während seiner Abwesenheit Beweise treuer Anhänglichkeit und einsichtsvoller Dienstleistung erhalten", am 12. August 1815 stiftete. In der That fand jene specifisch sächsische Gesinnung ihren Halt und Mittelpunkt in der durch Alter und Unglück gleich ehrwürdigen Person des Königs; was man auch früher seiner Politik zum Vorwurfe gemacht haben mochte, es war vergessen, seitdem er zum Märtyrer derselben geworden war. Laut und ungeheuchelt sprach sich die hohe Verehrung gegen den königlichen Greis bei seinem funfzigjährigen Regierungsjubiläum, 20. September 1818, aus, dem am 19. Januar 1819 das 1818
mehr im Familienkreise begangene goldene Ehejubiläum des Königspaares folgte; das Volk feierte eben in jenem zugleich seine Selbsterhaltung mit. Das Fest wurde mehrfach durch Errichtung milder Stiftungen bezeichnet, die Bitte der Landstände aber, ihm ein Denkmal errichten zu dürfen, lehnte der König ab „da er das ihm wünschenswertheste Denkmal in der Zufriedenheit seiner Unterthanen über die lange Dauer seiner Regierung finde" [1]).

An der Spitze der Regierung stand Graf Detlev Einsiedel, als Cabinetsminister und die beiden Departements des Inneren und des Äußeren in seiner Hand vereinigend weitaus der einflußreichste Mann im ganzen Lande, ohne doch eine Verantwortlichkeit im modernen Sinne zu haben, da zu königlichen Erlassen nicht einmal seine Gegenzeichnung erforderlich war und seine Thätigkeit sich ganz in das Dunkel des Amtsgeheimnisses hüllte; ein hagerer, stolzer Mann von streng aristokratischem Gepräge, mit dem Könige nicht bloß durch das achtungswerthe Band gemeinsam getragenen Unglücks sondern auch durch Übereinstimmung des Charakters, der Bildung und Lebensanschauung verknüpft aber ebendeswegen nicht befähigt ihn zu ergänzen, wo er dessen bedurft hätte [2]). Unermüdlich in Geschäften,

1) Auf dem Keulenberg in der Lausitz, den man in Augustusberg umtaufte, wurde zum Andenken an den Tag ein Granitobelisk errichtet.

2) Vgl. über ihn v. Weber im Archiv für sächs. Gesch. I, 129 ff.

Digitized by Google

jedermann zugänglich, eine durch und durch bureaukratische Natur, war er ganz an seinem Platze, wo es sich darum handelte, das zerfahrene Staatswesen wiedereinzurichten und die Verwaltung des verarmten Landes in Ordnung zu halten. Damit war aber auch der Kreis seiner Befähigung abgeschlossen. Ohne jegliches Verständniß für die Ideen der Zeit, ohne Maßstab für ihre Bedürfnisse, wie er denn während seines ganzen Bildungsganges von der Welt so gut wie nichts gesehen hatte, ohne jede Weite staatsmännischen Horizontes reichte sein Blick nie über die Grenzpfähle Sachsens hinaus, daher er auch keineswegs der Mann nach dem Herzen jener Cotterie war, die noch immer von einer Bewegung in Frankreich und Polen einen Umschlag zu Gunsten Sachsens erhoffte und ihn darum gern durch den Grafen Senfft-Pilsach verdrängt hätte. Ein abgesagter Feind allen politischen Fortschrittes, besaß er doch Scharfblick genug um den Nutzen des Neuen für seine bedeutenden industriellen Unternehmungen herauszufinden. Mit großer Consequenz verstand er diese Enge und Geistlosigkeit der eigenen Weltanschauung dem ganzen Beamtenthum aufzuprägen, und so brachte er es dahin, daß blindes Vertrauen auf eine patriarchalische, wohlmeinende Regierung und in die Unfehlbarkeit einer mechanischen Geschäftsroutine, Zurücksetzung des Talents und Bevorzugung der sich gefügig unterordnenden Mittelmäßigkeit, daß Gleichgiltigkeit gegen das öffentliche Leben und zahme Leidenschaftlosigkeit, endlich und nicht zum mindesten Abscheu gegen alles Nichtsächsische und particularistische Verbissenheit die hervorstechendsten Züge des sächsischen Wesens wurden und jenes farblose Einerlei erzeugten, welches das Hauptmerkmal der Zeit von 1815 bis 1830 ausmacht.

Freilich, daß die alte complicierte Staatsmaschine unter den veränderten Verhältnissen nicht ganz in der alten Schwerfälligkeit fortarbeiten könne, verkannte Einsiedel um so weniger, als er selbst schon im Laufe des Jahres 1813 Einleitung zu einigen der dringendsten inneren Verbesserungen getroffen hatte; allein wie engbegrenzt auch seine Reformideen waren, so fanden sie doch eine unübersteigliche Schranke an den festgewurzelten An-

Digitized by Google

sichten des Königs, der, wie von jeher auf seine persönliche Geltung eifersüchtig, erfüllt von dem Glauben an sein fünfundvierzig Jahr lang geübtes und nicht ohne gute Früchte gebliebenes Regierungssystem, dazu durch sein Unglück gegen alles Neue verbittert, in der unverrückten Bewahrung des Alten den Inbegriff aller Regierungskunst sah. Und nicht er allein; war es doch Manchem ein Greuel, daß sich nicht alle Einrichtungen, die an das fremde Gouvernement erinnerten, schlechtweg wieder beseitigen ließen. So war denn bereits in den im April 1815 zu Preßburg abgehaltenen Berathungen der Grundsatz aufgestellt worden, „daß die Zerstückelung des Königreichs kein Grund sei die bisherige Form der Verwaltung abzuändern oder eine neue Verfassung zu ertheilen, wodurch die Verwirrung, welche die von dem fremden Gouvernement vorgenommenen, jedoch der höchsten Prüfung und Genehmigung noch bedürfenden Veränderungen schon veranlaßt hätten, nur vergrößert werden würden". Damit waren also die vorzunehmenden Reformen auf das Maß des Unerläßlichen beschränkt und soweit eine neue Organisation der Behörden eintrat, war sie im wesentlichen nur darauf berechnet, das Geheime Cabinet von der Controle anderer Behörden möglichst zu befreien, die Bevormundung, in welcher es alle Verwaltungszweige hielt, zu verstärken und die Gewalt der Staatsregierung auch über diejenigen Kreise auszudehnen, die sich bis dahin mehr unabhängig gehalten hatten. Darum mußte vor allem das Geheime Consilium, bisher die eigentliche oberste Landesstelle, fallen; an seine Stelle wurde ein aus den Conferenzministern, den Präsidenten des Geheimen Finanzcollegiums und der Kriegsverwaltungskammer, dem Kanzler und dem Director des zweiten Departements des Geheimen Finanzcollegiums bestehender Geheimer Rath gesetzt, statt aber denselben ebenfalls zur Hauptbehörde für die gesetzgebende und oberaufsehende Staatsgewalt zu machen, sollte er „hinfüro mit Wegfall der dem Geheimen Consilio zeither obgelegenen administrativen Besorgungen nur zu Unserer Berathung bei den besonders über allgemeine Landesangelegenheiten von Uns zu fassenden Beschlüssen und zu ertheilenden Anordnungen" bestimmt sein. Daneben

Digitized by Google

behielt sich der König vor wegen vorzüglich wichtiger Gegenstände die Mitglieder des Geheimen Raths samt den Cabinetsministern, auch nach Befinden den Chefs der übrigen Landescollegien und den königlichen Prinzen zu einem Staatsrathe zu versammeln. So wurde die neue Schöpfung ein haltloses Mittelding, zur berathenden Behörde zu viel, zur controlierenden oder verwaltenden zu wenig und unfähig dem Geheimen Cabinet mit der gleichen Kraft und Unbefangenheit wie früher das Geheime Consilium gegenüberzutreten. Von da an datiert daher die Allmacht des Geheimen Cabinets, das nunmehr der eigentliche und alleinige Sitz der Regierung, damit aber auch der Zielpunkt aller Angriffe und selbst der in dem beiseite geschobenen Geheimen Rathe sich festsetzenden Unzufriedenheit wurde. Ohne Rücksicht auf die Gegenvorstellungen der Conferenzminister v. Hohenthal und v. Nostitz und Jänkendorf gegen die, weil ohne ständische Genehmigung unstatthafte, neue Einrichtung
1817 wurde die neue Behörde am 6. October 1817 eingeführt. Da aber auch die bald darauf zusammentretenden Stände mehrfache Bedenken dagegen geltend machten [1]), dieselben auf dem Land-

1) „Wir verkennen nicht", heißt es in der ständischen Schrift vom 29. April 1818, „daß dieser Einrichtung das landesväterliche Bestreben zu Grunde liege, durch eine vollkommenere Geschäftsbehandlung in den obern Behörden das Wohl der Unterthanen zu befördern, und daß in selbiger die Grundzüge einer vortrefflichen Organisation enthalten sind; aber sowie der geheime Rath jetzt besteht, finden wir dessen Constitution noch ganz unvollendet; wir vermissen die wichtigsten Vortheile, welche die Verfassung des vormaligen geheimen Consilii gewährte, und besorgen mit Grund, daß, wenn die Einrichtung des geheimen Raths nicht vollständiger bewirkt und dessen Competenzverhältniß nicht fester begründet werden sollte, zwar nie unter Ew. Königl. Maj. gerechten und weisen Regierung, wohl aber in der Zukunft, die wichtigsten Güter der Unterthanen gefährdet und ein Zustand herbeigeführt werden könne, welcher an die Stelle des bisher in unserem Vaterlande so heilig gehaltenen Rechts die strengste Willkür setzt." Sehr nachdrücklich erklärten sich auch die Stände in der Hauptbewilligungsschrift vom 6. Junius 1818 für eine nicht vom ganzen geheimen Rathe sondern nur von einem Ausschusse desselben geschehende Behandlung der Steuer- und Creditcassen-Sachen, damit die 1763 zugesagte Trennung des Finanz- und Steuerinteresses auf keine Weise verändert sondern streng erhalten werde.

Digitized by Google

tag von 1821 wiederholten und namentlich gleich dem Ober- 1821
steuercollegium gegen den dem Geheimen Finanzcollegium im Geheimen Rathe eingeräumten Vorzug Einspruch erhoben, so wurde wenigstens der Director des zweiten Departements des Geheimen Finanzcollegiums aus der Zahl der Mitglieder gestrichen und der Auftrag in evangelicis auf sämtliche evangelische Mitglieder des Geheimen Raths ausgedehnt, dem Ober-Steuerdirector dagegen die von den Ständen gewünschte Theilnahme in Folge des Widerspruchs des dem Könige näher stehenden Finanzcollegiums nicht zugestanden [1]).

Um dem Wunsche des Cabinetsministers nach Enthebung vom Etrangerdepartement wenigstens theilweise zu entsprechen, wurde für dasselbe 1822 der bisherige Gesandte in Berlin, Joh. v. Minkwitz, als Unter-Staatssecretär, 1826 als Director berufen (st. 1857). Zur Abwicklung der noch aus dem Kriege stammenden Geschäfte stellte man die Landescommission wieder her, welche auch die Verwaltung des nach Vertrag vom 25. April 1818 auf Sachsen fallenden Antheils an der französischen Kriegs- 1818
contribution (6,804746 Frcs.) bekam und erst 1825 aufgehoben 1825
wurde. Auch in Betreff der Bekanntmachung der Gesetze und Verordnungen kehrte man 1818 durch Begründung der fortlaufend erscheinenden Gesetzsammlung zu einer dem Generalgouvernementsblatt analogen Einrichtung zurück. Das Geheime Finanzcollegium wurde von drei auf zwei Departements und in der Beamtenzahl beschränkt. An die Spitze der Landesregierung, einer Behörde mit ungemein compliciertem Geschäftskreise, auf welche 1818 auch noch die Geschäfte der gleich dem Stiftsconsistorium zu Wurzen aufgelösten Stift-Meißnischen Regierung übergiengen, trat 1815 der Kanzler v. Werthern. Der Unterschied zwischen der adeligen und der gelehrten Bank, latus doctorum, ein Überbleibsel aus der Zeit, wo es darauf ankam den großen Grundbesitz im Richterstande zu repräsentieren, nach und nach aber zu einer bloßen Begünstigung des Adels ausgeartet, wurde nur im Plenum und ohne Rang-

1) Pölitz, Die Regierung Friedrich Augusts II, 249.

Digitized by Google

unterschied, die Assessur junger Adeliger bloß als Bildungsmittel und ohne Anspruch auf Anstellung im Collegio zu begründen beibehalten [1]). Die seit 1791 bestehende Gesetzcommission wurde 1819 aufgehoben, der verkleinerte Sprengel des leipziger Consistoriums durch die von den Stiftern Merseburg und Zeiz bei Sachsen bleibenden Parzellen und die Parochien des wurzener Stiftsconsistoriums vergrößert; das Oberhofgericht zu Leipzig verlor, zu einiger Vereinfachung des Geschäftsganges, 1822 seine Eigenschaft als Appellationsinstanz und blieb nur noch Gerichtshof für die Schriftsassen. Wenn aber auch das verrostete Uhrwerk einmal einen Anstoß erhielt, so blieb es doch in der Regel nach wenigen Pendelschlägen wieder stehen. Man nahm zwar die Ausarbeitung eines Civil- und eines Strafgesetzbuchs in Angriff; als aber von letzterem der erste Theil 1824 den Ständen vorgelegt wurde, trugen diese, besonders weil sie manche Strafbestimmungen zu mild fanden, auf weitere Prüfung desselben durch die Behörden an. In Betreff eines Prozeßgesetzes beantragten sie 1817, daß man sich zunächst auf eine zweckmäßige Combination der alten und der erläuterten Prozeßordnung beschränken möge, da aber davon die Justizcollegien abriethen, so wurde 1826 eine eigene Deputation mit dem Entwurfe eines Prozeßgesetzes beauftragt, das wenigstens den Mängeln beikommen sollte, aus denen ein Verschleif der Prozesse erwachse, und dabei bewendete es. Theilweise wenigstens ergieng es auch den Kreis- und Amtshauptleuten so, deren Wirkungskreis, um dem schon längst fühlbaren Mangel an geeigneten Mittelbehörden abzuhelfen, im Jahre 1816 wesentlich umgestaltet wurde, im Zusammenhange mit der 1820 durchgeführten neuen Organisation der Gensdarmerie, eines Instituts, welches schon seine erste versuchsweise und auf stän-

1) Ausnahmsweise suchten strebsame junge Männer von Adel, wie v. Werthern, v. Langenn, v. Falkenstein um die Vergünstigung nach, an den Arbeiten des Collegs sich in derselben Weise wie die Mitglieder des latus doctorum zu betheiligen. Für das Appellationsgericht wurden 1822 die Räthe beider latera in Ansehung der Arbeiten einander gleichgestellt. Archiv für sächs. Gesch. I, 81.

Digitized by Google

discher Basis beruhende Einrichtung im Jahre 1810 der Anregung des damaligen Kreishauptmanns Grafen Einsiedel verdankte, jetzt aber als eine allgemeine Landesanstalt gleichmäßig durchgeführt und des besseren Zusammenhanges mit der übrigen Staatsverwaltung wegen ebenfalls den Kreis- und Amtshauptleuten untergeordnet wurde. Für diese behielt man zwar das Erforderniß der Ansässigkeit im Kreise oder Bezirke bei, im übrigen wurden sie in reine Staatsbeamte umgewandelt und bildeten als solche nunmehr die Hauptorgane der Polizeipflege; nur Dresden und Leipzig erhielten besondere, halb städtische, halb königliche Polizeibehörden. Aber eine so ungewohnte, fast in alle Zweige der Thätigkeit eingreifende Befugniß, wie sie hierdurch den Kreis- und Amtshauptleuten beigelegt wurde, erregte auf den Landtagen von 1818 und 1821 den eifersüchtigen Einspruch der größeren Unterobrigkeiten, namentlich wollten sich die schriftsässigen Städte die Aufsicht jener Beamten nicht gefallen lassen und erreichten neben einigen anderen Erläuterungen wenigstens so viel, daß ihr Communalvermögen in höchster Instanz unter die Aufsicht der Landesregierung gestellt wurde.

Eine der ersten Maßregeln nach beendigter Auseinandersetzung mit Preußen war die Ordnung des Staatshaushaltes, namentlich, nachdem das Cassenwesen bereits 1817 eine veränderte Einrichtung erhalten hatte, die Befestigung des Staatscredits durch Wiederaufnahme der seit dem Kriege unterbrochenen Tilgung sowohl der Steuer- als der Kammerschulden. Die 5% Anleihe von 1811 und die 700000 Thaler 5% Landescommissionsscheine wurden 1821 in 4% Papiere convertiert und zwar mit so vollständigem Erfolge, daß nur 556650 Thaler baar zurückgezahlt zu werden brauchten. 1824 war man im Stande die Anleihe von 1807 von 4 Millionen auf 2,877000 Thaler zu reducieren; die Cassenbillets wurden 1820 mit Hilfe einer 4% Anleihe vermindert und an die Stelle der leipziger Auswechselungsanstalt trat wieder die Hauptauswechselungscasse zu Dresden. Das directe Steuersystem blieb unverändert, bei den indirecten Abgaben wurden die Erhebungskosten vermindert

Digitized by Google

und wenigstens einzelne Mißbräuche, z. B. bei der Stempelsteuer, der Generalaccise und dem ganz unzeitgemäßen Geleite beseitigt. Was die Peräquationscasse betraf, so wurden, da sich 1819 bei Zusammenstellung der Liquidationen ergab, daß die Vollführung der Ausgleichung bis zum Juni 1815 die die Kräfte des Landes weit übersteigende Summe von wenigstens 25 Millionen Thalern erfordern würde, auf ständischen Antrag alle fernere Ansprüche an die Casse kurzweg niedergeschlagen.

Für das Militärwesen blieb oberste Behörde die von dem Generalgouvernement errichtete Kriegs-Verwaltungskammer, deren Vorstand General v. Zeschau, von 1821 an J. A. v. Zezschwitz war; ersterer erhielt auch 1818 an Stelle des hochbejahrten v. Cerrini den Vortrag in Militärcommandosachen beim Könige. Die Armee wurde neu formiert [1]); sie zählte höchstens 14000 Mann, für welche die Stände im Ordinarium jährlich 666666 Thaler, an außerordentlichen Beisteuern 180000 Thaler und außerdem noch etwa 1/4 Million an Kavalerieverpflegungs-, Portions- und Rationsservisgeldern bewilligten; der Mehraufwand wurde von 1816 an aus der französischen Kriegskostenentschädigung gedeckt. Einen 1817 entworfenen Plan, aus der Mannschaft von 18 bis 32 Jahren eine Armeereserve zu bilden und allen städtischen Schützencorps durch gleichförmige Gestaltung eine militärische Haltung zu geben, nahm der König, da die Stände denselben mit dem Charakter und den eigenthümlichen Verhältnissen des sächsischen Volkes für unvereinbar erklärten, zurück. Während dagegen die Aushebung früher ausschließlich der Willkür der Gerichtsobrigkeiten überlassen, die Dienstzeit ganz unbestimmt gewesen und erst 1811 die Recrutierung bestimmten Behörden zugewiesen
1825 worden war, setzte das Mandat vom 25. Februar 1825 die

1) In vier Regimenter Infanterie, drei Bataillone Schützen, drei Kavalerieregimenter, die 1822 gleiche Bewaffnung erhielten, ein Regiment Fußartillerie, eine reitende Artilleriebrigade und eine Sappeurs- und Pontoniersabtheilung. 1820 verwandelte man das Grenadierregiment in ein Leibregiment und behielt nur eine kleine Gardedivision Grenadiere bei.

Digitized by Google

Dienstzeit auf acht Jahre und die Ergänzung des Heeres durch Aushebung aus der zwanzigjährigen Mannschaft fest; dasselbe gieng zwar von dem Grundsatze der allgemeinen Wehrpflicht aus; da aber die Mannschaften nach Maßgabe ihrer Entbehrlichkeit in vier Classen getheilt wurden und in der Regel die Aushebung auf die vierte Classe beschränkt bleiben sollte, so wurde es dadurch jedem einigermaßen Wohlhabenden möglich sich dem Militärdienste zu entziehen, zugleich aber auch zu vielen Klagen über Härte Anlaß gegeben. Das letztere widerfuhr auch dem Militär-Strafgesetzbuche von 1822, das von den körperlichen Strafen nur diejenigen Soldaten befreite, die sich durch musterhafte Aufführung in die erste Classe hinaufgedient hatten. Die Ingenieur- und die Artillerieschule wurden 1826 zu einer Militärakademie vereinigt, deren Zöglingen im Verhältniß zu denen des adeligen Cadettencorps je die dritte erledigte Stelle zufallen sollte; als Volontairs wurden auch Bürgerliche im Cadettenhause aufgenommen. Statt des an Preußen übergegangenen Soldaten-Knabeninstituts zu Annaburg wurde 1822 ein ähnliches zu Klein-Struppen bei Pirna eröffnet theilweise aus Geldern, welche an der von der französischen Regierung für das sächsische Occupationscorps zu zahlenden Summe erspart worden waren.

Manche zweckmäßige Einrichtungen wurden auf dem Gebiete der Wohlfahrtspolizei, insbesondere des Medicinalwesens vorgenommen. Das Mandat von 1819 u. a. löste die Chirurgie 1819
allmählich vom Badergewerbe ab, indem es die Erlernung derselben auf einer wissenschaftlichen Anstalt statt auf dem bisherigen handwerksmäßigen und zünftigen Wege vorschrieb. Im Jahre 1824 wurde das Sanitätscollegium aufgehoben und statt dessen der Landesregierung eine Anzahl Hof- und Medicinalräthe beigegeben; die schon unter dem Generalgouvernement an Stelle des 1813 eingegangenen Collegium medico-chirurgicum provisorisch eingerichtete chirurgisch-medicinische Akademie zu Dresden wurde 1815 dotiert, neu organisiert und mit der Prüfung der Wundärzte, Apotheker, Geburtshelfer und Hebammen betraut, auch 1817 eine Thierarzneischule damit verbunden, das Flem-

Digitized by Google

mingsche Blindeninstitut zu Dresden in eine öffentliche Anstalt verwandelt, die 1811 auf dem Sonnenstein eingerichtete aber durch den Krieg vertriebene Heil- und Verpflegungsanstalt für Gemüthskranke 1816 wiederhergestellt, das Landarbeitshaus zu Colditz 1817 zu einer allgemeinen Corrections- und Landesgefängnißanstalt erweitert, die früher zu Langendorf bei Weißenfels bestandene Landeswaisenanstalt nach Bräunsdorf bei Freiberg verlegt.

An gutem Willen, die Spuren der letzten Heimsuchungen zu verwischen, fehlte es der Regierung nicht und Dank der Arbeitsamkeit, Verständigkeit und Genügsamkeit der Bevölkerung kam sie damit wirklich trotz großer Hindernisse in manchen Stücken zu Stande, ein Resultat, das um so höhere Anerkennung verdient, als Sachsen, ehe noch die schreckliche Erschütterung aller wirthschaftlichen Verhältnisse, die der Krieg mit seinen Verwüstungen, seinen Stockungen und seinem vielfachen Besitzwechsel im Gefolge hatte, auch nur annähernd verwunden war, gleich einem großen Theile von Europa in den Jahren 1816 und 1817 in Folge von Mißernten auch noch durch langanhaltende und bei der Mangelhaftigkeit der damaligen Verkehrsmittel doppelt schweren Theuerung heimgesucht wurde. Der Staat, in seiner damaligen finanziellen Bedrängniß außer Stand mit directer Hilfe einzuschreiten, mußte sich, man darf sagen glücklicherweise, in der Hauptsache auf Beschaffung von Verdienst für die Nothleidenden, auf Vorschüsse an die hilfsbedürftigen Gemeinden und Bezirke besonders zu Ankauf von Getreide im Auslande und auf Ermunterung der Privatwohlthätigkeit beschränken, welche letztere sich denn auch auf das Glänzendste bewährte [1]). Das eine Gute hatte diese Theuerung jedenfalls, daß sie in Sachsen, welches mit einer Volksdichtigkeit von 5000 Seelen auf die Quadratmeile schon damals zu den bevölkertsten Ländern Europas gehörte, nachdrücklicher als eine theoretische Auseinandersetzung es je vermocht hätte, die Aufmerksamkeit auf

1) Bülau, Neue Jahrbücher der Geschichte und Politik 1847 II, 385 ff.

Digitized by Google

die vielen den Grund und Boden belastenden Servituten lenkte, welche die Schwierigkeit der Bevölkerung durch den Ackerbau Brod zu verschaffen verdoppelte. Dies war ein Gewinn von ungleich größerer Bedeutung als Alles, was die Landesökonomie- und Commerziendeputation mit an sich lobenswerthem Eifer durch Aussetzung von Prämien für Gemeinheitstheilungen, Aufhebung der Koppelhutung und Triftgerechtigkeiten, für Anwendung verbesserter Ackergeräthe und landwirthschaftlicher Maschinen, für Holz-, besonders Eichelsaat, holzersparende Gemeindebackhäuser und Ähnliches zu erreichen suchte. Auch die schwergeschädigten Stammschäfereien wurden wieder emporgebracht, insbesondere aber das durch die Verwüstung gerade der nutzbarsten und geschontesten Waldungen arg zerrüttete Forstwesen gelangte zu bisher ungekanntem Flor, seitdem die aus einer Privatanstalt des Forstraths H. Cotta (st. 1844 als Geheimer Oberforstrath) hervorgegangene und bald weit berühmte königliche Forstakademie zu Tharand der Ausgangspunkt nicht bloß für die mustergiltige Forstbewirthschaftung, deren Sachsen sich seitdem rühmt, sondern für die Reform der gesamten Forstwissenschaft wurde. Blieben auch die Jagdgerechtsame und Wildschäden noch immer eine drückende Beschwerde, so wurde doch wenigstens die von dem Generalgouvernement ertheilte Erlaubniß zur Abtreibung des Wilds vom eigenen Grund und Boden unter gewissen Beschränkungen bestätigt. Der Bergbau, seit 1821 unter der Verwaltung des Berghauptmanns v. Herder (v. Trebra's und v. Gutschmids Nachfolgers), erfreute sich unausgesetzt der schon seit Mitte des 18. Jahrhunderts genossenen Bevorzugung. Verbesserungen im Schmelzwesen und Anwendung neuer Maschinen erhöhten das Ausbringen; die Bergakademie besaß auch nach dem Verluste Abr. Werners (st. 30. Juni 1817) an Breithaupt, Lampadius, Reich u. a. ausgezeichnete Lehrer. Die meißner Porzellanmanufactur dagegen erforderte trotz der Reform ihrer Einrichtung noch immer erhebliche Zuschüsse. Die Straßen, denen die Notharbeiten der Theuerungsjahre trefflich zu statten kamen, fingen an sich aus der schlimmsten Verwahrlosung zu erheben; es war für die

Digitized by Google

damalige Zeit immerhin viel, daß von 1815—1827 über 62 Meilen Chausseen gebaut wurden, von deren Kosten die Stände 1/4, der König 3/4 übernahmen, bis 1821 der jährliche Beitrag der ersteren auf 15000 Thaler bestimmt wurde. Schließlich, im Jahre 1830, kam selbst das für unmöglich Gehaltene, der Bau einer Muldenbrücke bei Wurzen, dem bis dahin die Gerechtsame der dortigen Fähren entgegengestanden hatten, zur Ausführung. Nicht bloß das Fuhrwesen entwickelte sich rasch sondern auch das Postwesen erfuhr ungeahnte Verbesserungen und im Jahre 1823 legte zum erstenmale der Eilwagen die Entfernung zwischen Dresden und Leipzig, zu welcher die verrufene gelbe Kutsche mindestens zwei Tage gebraucht hatte, mit gefährlich dünkender Geschwindigkeit in zwölf Stunden zurück [1]).

Eins nur blieb so gut wie ganz unangetastet, die alte Verfassung, jene krause und wunderliche Mischung abgestorbener Formen und neuer Ideen, mittelalterlicher Feudalität und moderner Bureaukratie, die sich doch unmöglich auf die Dauer vertragen konnten. Hatte Sachsen bis zu Anfang des Jahrhunderts vielen deutschen Staaten in mehr als einer Beziehung vorangeleuchtet, so stand es jetzt, seitdem diese, von der großen europäischen Erschütterung fortgerissen und zu rascher, mitunter gewaltsamer Umbildung des Veralteten gedrängt, die Grundzüge des Repräsentativsystems, Öffentlichkeit und kräftigere Wirksamkeit der Ständeversammlungen sowie gute Gemeindeordnungen aufgenommen hatten, weit hinter ihnen zurück, im Kleinen ein Abbild dessen, was vor 1806 das deutsche Reich im Großen gewesen war. Das Beispiel dieser zeitgemäß verjüngten Staaten, z. B. des benachbarten Sachsen-Weimar, mußte daher auch in Sachsen den Wunsch wecken, den Staub der Jahrhunderte ab-

1) Zu Gunsten der Post bestand noch 1834 die Vorschrift, daß ein mit Extrapost auf einer Station ankommender Reisender von einem Miethkutscher erst nach 48 Stunden weiter befördert werden durfte; auch war letzteren verboten, ihre Fahrten an feststehenden Tagen einzurichten und dieselben öffentlich bekannt zu machen.

Digitized by Google

zuschütteln und das Staatsleben in die Formen der Gegenwart zu kleiden [1]). Den Grundpfeiler der Verfassung bildeten die alten Feudalstände, die Vertreter einzelner bevorrechtigter Classen, deren Sonderinteresse mit dem Wohle der Gesamtheit nur zu oft in Widerspruch stand, von denen die entscheidenden Factoren der Neuzeit, Intelligenz, Handel und Industrie, so gut wie ausgeschlossen waren und die trotz ihrer Bevorrechtung doch keine unbedingte Controle über den Staatshaushalt besaßen, die an der Gesetzgebung nur durch Gutachten Theil nahmen und endlich selbst durch die unförmliche Schwerfälligkeit ihres Geschäftsganges sowie durch das tiefe Geheimniß, in welches sich ihre ganze Thätigkeit vergrub, unfähig wurden die bewegenden Ideen der Zeit in sich aufzunehmen.

Schon die letzten Kriegsjahre hatten gezeigt, daß mit der alten peinlichen formalen Verfassungsmäßigkeit nicht mehr durchzukommen sei. Ähnlich wie 1813 sah sich die Regierung im Spätjahr 1815 abermals genöthigt behufs Beschaffung der erforderlichen Geldmittel einen Deputationstag zu berufen, den sie nach eigenem Ermessen aus den vorsitzenden Ständen der vier alterbländischen Kreise, dem Landesältesten der Lausitz, den Städten Leipzig, Dresden, Freiberg, Plauen und Bautzen, endlich aus den von der vormaligen Landescommission anwesenden ritterschaftlichen Deputierten und einem Geheimen Kriegs-Kammerrathe zusammensetzte. Die 1811 unerledigt gebliebene Frage der Union schien eigentlich durch die Landestheilung von selbst gelöst; bei den preßburger Berathungen vereinigte man sich daher zu dem Antrage, „daß bei der nächsten Landesversammlung auf die Abänderung der bisherigen, ohnehin veralteten und auf die nunmehrige Lage des Königreichs nicht mehr passende Landtagsordnung Bedacht genommen und dabei auf die Aufhebung der besonderen Collegien der Prälaten, Grafen und Herren, auf die Vereinigung der beiden ritterschaftlichen Ausschüsse, auch wohl auf den Wegfall der Ahnen-

1) Im Jahre 1816 schrieb Krug über das Repräsentativsystem mit besonderer Hinsicht auf Deutschland und Sachsen.

Digitized by Google

probe das Absehen gerichtet werden möchte", worauf das Geheime Consilium den Unionsentwurf von 1813 mit den durch die Theilung nöthig gewordenen Abänderungen nochmals vorlegte; ein zweiter Entwurf, nach welchem der Fabrik- und Handelsstand und der Bauernstand auch auf den Landtagen vertreten, die Rittergutsbesitzer ohne Unterschied des Standes zugelassen werden sollten, gieng von der Landesregierung aus. Der König jedoch fand zu einer gänzlichen Umgestaltung der ständischen Verfassung keinen zureichenden Anlaß, er begnügte sich bei Eröffnung des ersten Landtags nach der Theilung,
1817 19. October 1817, die Stände der bei Sachsen gebliebenen Theile der Oberlausitz und der Stifter Merseburg und Naumburg mit der alterbländischen Landschaft zu vereinigen und aus den beiden ritterschaftlichen und städtischen Ausschüssen [1]) je ein Collegium zu bilden. Allein selbst diese Abweichung von der Landtagsverfassung erhielt nicht den Beifall der Stände, sie erklärten sich vielmehr (5. December) für Beibehaltung der Trennung der Ausschüsse, „so lange nicht die von ihnen in Ansehung der Landtagsverfassung überhaupt Sr. Maj. vorzulegenden ferneren Anträge hierunter eine Abänderung erfordern würden, da im Fall entgegengesetzter Meinung zweier Curien sich kein Resultat ergebe und durch die Absonderung die Mannichfaltigkeit und Freiheit der Ansichten befördert werde", baten aber zugleich um die Erlaubniß, manche Wünsche und Bemerkungen, die sich ihnen über die Repräsentation und die Landesverfassung überhaupt aufgedrängt hätten, dem Könige vorzutragen. Hierauf stellte der König (22. December) die Trennung der Ausschüsse wieder her mit dem Beifügen, „Se. Maj. sähen der von den Ständen vorbehaltenen Darlegung der auf die Landtagsverfassung Bezug habenden Wünsche entgegen und verhofften, es werde dadurch zu einer der Beschleunigung des Geschäftsganges förderlichen und den veränderten Verhältnissen angemessenen Einrichtung Veranlassung gegeben werden".

1) Von den früheren 128 landtagsfähigen Städten waren noch 85 übrig.

Digitized by Google

Wie verkehrt die Beibehaltung der alten Verfassung sei, zeigte sich gleich bei der ersten Frage, wie es mit den bei Sachsen verbliebenen Pertinenzstücken von abgetretenen landtagsfähigen Gütern gehalten werden solle; man entschied sie dahin, daß fremden Vasallen die sächsische Landstandschaft nur dann zu gewähren sei, wenn ihr Rittersitz im Königreich liege. Die Prälaten, Grafen und Herren fanden ihre von der Regierung angeregte Vereinigung mit den ritterschaftlichen Collegien nicht ausführbar und erklärten sich nur bereit die Universität unter gewissen Bedingungen in ihre Curie aufzunehmen. Als man nun an die Formulierung der Wünsche wegen der Reform der Landtagsverfassung gieng, stellten die Städte, unterstützt von dem weiteren Ausschuß und der allgemeinen Ritterschaft den Antrag, daß um die Landtagsverhandlungen zu größerer Publicität zu bringen die königlichen Decrete nebst Beilagen, die Schriften der Stände und einzelner corporum, Collegien und Individuen, die sich durch Gründlichkeit auszeichneten, durch den Druck bekannt gemacht werden möchten. Nur der enge Ausschuß der Ritterschaft, derjenige, in welchem der Cabinetsminister fast unbedingt dominierte, stimmte dagegen, indem er die Ansicht aufstellte, die Worte des Decrets vom 21. December bezögen sich bloß auf diejenigen Änderungen, welche durch die veränderten Territorialverhältnisse unumgänglich nöthig geworden seien, und das königliche Decret vom 23. October 1819 versagte die 1819
Genehmigung. Auch die von mehreren Städten, 10. Juni 1818, eingereichte Bitte, es möge, da die Form der ständischen Versammlungen nicht bloß einzelner sondern durchgreifender Verbesserungen, namentlich der Herbeiziehung von Vertretern des Bauern-, des Handels- und Fabrikstandes, der Verminderung der Mitgliederzahl und gemeinschaftlicher Hauptdeliberationen bedürfe, eine Commission zur Berathung über eine vollständigere und zweckmäßigere Repräsentation des Landes in Form und Wesen niedergesetzt werden [1]), fand nicht die Zustimmung

1) „Sachsen hat Landstände", sagen die Petenten, „allein ihre Zusammensetzung ist so mangelhaft, so ungenügend dem allgemein erhöhten

Digitized by Google

der Stände; dieselben erklärten vielmehr: „Wie gewiß auch mehrere Verbesserungen, vorzüglich in der Repräsentation gedenklich seien, so dürfte doch über vieles der Ausspruch der Erfahrung abzuwarten sein, bevor Anträge, welche eine gänzliche Reform bezweckten, gethan werden möchten."

Zu den vorhandenen Übelständen kam nicht als der geringste noch der, daß mehr als drei Viertel aller Rittergüter sich in den Händen von Besitzern befanden, die als nicht zum achtschildigen Adel gehörig von der Vertretung auf den Landtagen ganz ausgeschlossen waren. 24 dieser nicht landtagsfähigen Rittergutsbesitzer des leipziger Kreises, wo das Mißverhältniß so gestiegen war, daß von den 217 Rittergütern desselben auf dem Landtage von 1817 nur 14 vertreten waren, richteten daher an den König das Gesuch, es möge die Landtagsfähigkeit allen Rittergutsbesitzern ohne Unterschied der Geburt beigelegt, rücksichtlich der Amtsassen die bisherige Einrichtung, nach welcher sie auf den Landtagen durch einige Bevollmächtigte aus ihrem Mittel concurrierten, beibehalten und für jeden Kreis eine Anzahl freigewählter Abgeordneter der Besitzer schriftsässiger Rittergüter festgesetzt werden. Einsiedel, überall auf Erhaltung der Prärogative seines Standes bedacht, erachtete es für angemessen, diese Frage den Ständen überhaupt nicht vorzulegen. Da aber das Gesuch trotzdem bei diesen eingereicht wurde, so sprach sich der enge Ausschuß dahin aus: die Zulassung der Neuadeligen und Bürgerlichen möge zwar als ein Recht nicht gefordert werden, da sie aber aus sonstigen Gründen rathsam erscheine, so möge man ihnen für jeden Kreis in den ritterschaftlichen Ausschüssen eine gewisse Anzahl von Stellen, im Ganzen 29, einräumen, so jedoch, daß diese Deputierten nur aus den Altadeligen mit Beibehaltung der Ahnenprobe gewählt

Volksgefühle, so heterogen von allen Repräsentationen, welche anjetzt von den Nationen und Landen um uns her gewünscht, von den Fürsten zum Theil schon bewilligt worden, daß wir unmöglich aus Bequemlichkeit das alte Gebäude unserer Landstandschaft nur immer zu stützen fortfahren dürfen, ohne befürchten zu müssen, daß es endlich von selbst einstürze oder zur Unzeit von unvorsichtigen Eiferern erschüttert und umgestürzt werde."

Digitized by Google

werden dürften; als aber der weitere Ausschuß dem noch hinzufügte, es möge um das Mißverhältniß etwas zu vermindern und doch den Bürgerlichen den Zutritt zu verwehren die Ahnenprobe von mütterlicher Seite erlassen werden, so widersprachen nicht nur die Städte sondern auch, im Interesse der vielen heirathslustigen Fräulein von altem Adel, der enge Ausschuß und die allgemeine Ritterschaft. Letztere beantragte, daß mit Aufhebung der Ahnenprobe alle adelig Geborenen auf den Landtagen erscheinen und nur, wenn an einer als Minimum zu bestimmenden Anzahl ritterschaftlicher Stellen noch einige fehlten, diese durch Nichtadelige ersetzt werden möchten. Gegen diesen Vorschlag erhoben sich jedoch die Städte mit großem Nachdruck; es heiße dies ein Privilegium aufheben um ein erweitertes an dessen Stelle zu setzen, das die Scheidewand zwischen Adel und bürgerlichem Stande befestige, die Ausschließung des letzteren von einem gemeinschaftlichen Rechte beabsichtige und eine Herabwürdigung dieses Standes enthalte; sicherlich werde auf solche Bedingungen kein bürgerlicher Vasall auf dem Landtage erscheinen. Sie trugen statt dessen darauf an, für den ritterschaftlichen Körper eine Anzahl Stellen als Maximum festzusetzen, die zunächst von den bislang zum Erscheinen Berechtigten besetzt werden möchten, die übrigen aber mit aus allen übrigen Besitzern landtagsfähiger Güter Gewählten zu besetzen so, daß dadurch die Gleichstellung aller Rittergutsbesitzer ohne Ansehen des Standes wiederhergestellt werde. Schroff standen sich Adel und Bürgerliche gegenüber. Da eine Einigung nicht zu erzielen war, so trugen die Stände in ihrem am Tage vor dem Schluß des Landtags, 23. October 1818, übergebenen Gutachten über 1818
die Verbesserung der Landtagsordnung nicht bloß solche Vorschläge vor, über die sich sämtliche Curien vereinigt hatten, sondern auch diejenigen, über welche keine Vereinigung stattgefunden, im allgemeinen sich dahin erklärend, „daß sie sich darauf beschränkt hätten, mit möglichster Erhaltung der dermaligen Verhältnisse nur solche Verbesserungen anzudeuten, welche sich durch die veränderten Zeitverhältnisse als nöthig oder sonst rathsam darstellten, und so einen Versuch zu machen,

Digitized by Google

was auch ohne gänzliche Aufhebung des Bestehenden zu erreichen sein möchte".

Eine Hauptwaffe, deren sich die Vertheidiger des Alten bedienten, war die Behauptung, daß von einer Änderung der Verfassung der Verfall des Staatscredits unzertrennlich sei. Gerade aber, daß auch der Finanzpunkt, die Frage wegen der ständischen Bewilligung in den Kreis der Erörterung hereingezogen wurde, trug wesentlich dazu bei den Gegensatz zwischen Ständen und Regierung zu verschärfen. Seitdem das ursprüngliche Verhältniß, wonach der Landesherr die Kosten der Verwaltung aus eigenen Mitteln und Einkünften bestritt und die Stände nur aushilfsweise, wenn jene nicht ausreichten, weitere Beiträge bewilligten, sich mit der Zeit allmählich der Art umgekehrt hatte, daß jetzt nur noch der kleinere Theil der Staatsbedürfnisse aus der fürstlichen Kammer, der bei weitem größere durch die von den Ständen bewilligten, von den Unterthanen gezahlten Steuern bestritten wurde, war es nur ganz folgerichtig, wenn die Stände Nachweis und Rechenschaft über die Verwendung der von ihnen verwilligten Summen verlangten. Schon der Ausschußtag von 1812 hatte daher die Hoffnung ausgesprochen, „daß der König die künftig an die Stände zu bringenden Anforderungen auf einen die Bilanz eines alle Zweige der Staatseinnahme und -ausgabe umfassenden Finanz- und Administrationsplan gründen und dergestalt in einem klaren Verhältniß zu dem durch ständische Bewilligung zu deckenden Bedürfniß übersehen lassen möge"; auf den Rath des Geheimen Consiliums war jedoch damals, „da die jährliche Vorlegung der Etats und Übersichten des Geheimen Finanzcollegiums vor dem Könige in Verbindung mit den Jahresanzeigen des Ober-Steuercollegiums vollständig genügten um das Verhältniß der Einnahmen zu den Ausgaben übersehen zu lassen", dieser Antrag, den obendrein Geheimer Rath v. Manteuffel, wenn er etwa dahin gehe, daß die Stände von allen Zweigen der vom Geheimen Finanzcollegio ressortierenden Staatseinkünfte unterrichtet sein wollten, als ganz verfassungswidrig bezeichnete, im Ausschußtagsabschied mit Stillschweigen übergangen worden.

Digitized by Google

Als aber derselbe auf dem Deputationstage des folgenden Jahres in bestimmterer Gestalt wiederkehrte, so befürwortete ihn das Geheime Consilium, ohne jedoch die davon zu besorgenden Nachtheile, nämlich eine unzeitige Einmischung der Stände in die Verwaltung der Kammerrevenuen und eine nicht wünschenswerthe Publicität über die Verwaltung und die Kräfte des Landes, zu verschweigen; allein die Regierung blieb bei ihrer Taktik dieses Verlangen todtzuschweigen sogar dann, als die Stände in ihrer Bewilligungsschrift vom 6. Juni 1818 nochmals darauf zurückkamen [1]). Das einzige unmittelbare Resultat des Landtags von 1817 bildete das königliche Decret vom 20. October 1820 [2]); durch dieses wurde die den neuschrift- 1820
säßigen Rittergütern, welche bis mit 1804 diese Eigenschaft erlangt hatten, 1805 beigelegte Landtagsfähigkeit auf alle neuschriftsäßigen Rittergüter ohne Unterschied ausgedehnt, auch die Fundierung einer Anzahl ritterschaftlicher Stellen in jedem Kreise zugesagt, welche aus dem Mittel der zeither persönlich nicht landtagsfähigen Besitzer von schriftsäßigen Gütern durch Wahl besetzt werden sollten; die Universität wurde in das Collegium der Prälaten, Grafen und Herren aufgenommen, der Decan des Domstifts St. Petri zu Bautzen, die Klostervögte zu Marienthal und Mariastern wurden dem engeren Ausschusse der Ritterschaft zugetheilt. Die Hoffnung, daß aus den Verhandlungen des Landtags ein Pfingsterjüngung der sächsischen Verfassungszustände hervorgehen würde, hatte sich nicht erfüllt und so blieben denn auf den folgenden Landtagen die Formen aber auch die Forderungen die alten.

Kaum hatten sich die Stände Ende 1820 aufs neue versammelt, als sie in ihrer Präliminarschrift vom 2. December, jedoch auch diesmal mit Ausnahme des engen Ausschusses der Ritterschaft, die Bitte sowohl um größere Publicität ihrer Verhandlungen als auch um eine allgemeine Übersicht des Staatshaushaltes erneuerten, da ihrer Ansicht nach jetzt, nach-

1) v. Weber, Archiv für sächs. Gesch. I, 136 ff.
2) Weiße, Lehrbuch des sächsischen Staatsrechts (1827) I, 193.

Digitized by Google

dem durch die Convention mit Preußen der Finanzzustand Sachsens dem ganzen Publikum vor Augen gelegt sei, nur eine freimüthige Darstellung des Haushalts dem Lande seinen Credit sichern könne; denn nachdem die meisten Staaten bereits durch dargelegte Budgets ihren Finanzzustand der Öffentlichkeit übergeben hätten, dürfte es ein doppelt gerechtfertigtes Mißtrauen erwecken, wenn Sachsen dem Publiko die Gelegenheit vorenthalten wolle, sich Einsicht in seinen Verwaltungsplan zu verschaffen; weiter baten sie um Verkürzung der Bewilligungsperioden auf vier Jahre um dadurch eine Abkürzung der Landtage zu ermöglichen und endlich, in der Überzeugung, „daß Modificationen und Zusätze allein nicht ausreichen würden den organischen Mängeln der Landesverfassung abzuhelfen und ein zweckmäßiges Ganze herzustellen", um Niedersetzung einer aus königlichen Räthen und ständischen Mitgliedern gebildeten Commission zur Berathung einer neuen Landesverfassung. Da jedoch der Geheime Rath der Ansicht war, daß der Staat bei der bisherigen Verwaltung des Staatshaushaltes sich eines Vertrauens zu erfreuen gehabt habe, das nicht erst durch Neuerungen befestigt zu werden brauche, wurden die beiden ersten Anträge abfällig beschieden, 16. December 1820 [1]), desgleichen der letzte, 2. Januar 1821, indem der König wesentliche Veränderungen in der durch lange Erfahrung bewährten Landtagsverfassung nicht für räthlich halte und die darin begründeten Gerechtsame, welche er landesherrlich zu schützen sich wiederholt anheischig gemacht habe, ferner aufrecht erhalten wissen wolle. Als die Stände auf ihren Anträgen beharrten, erfuhren sie eine neue Zurückweisung, was den Druck der Landtagsschriften betraf, um deswillen, „weil dieselben vertrauliche Vernehmungen

1) Ein Beispiel von der damaligen Scheu vor der Öffentlichkeit bietet der Fall, daß, als der Nürnberger Correspondent einige dürftige Mittheilungen über die Landtagsverhandlungen brachte, durch Vernehmung mit der bairischen Regierung der Redacteur jenes Blattes zur Nennung des Einsenders veranlaßt und darauf gegen diesen, einen Dr. Bergk in Leipzig, eine Untersuchung eingeleitet und ihm das allerhöchste Mißlieben zu erkennen gegeben wurde.

Digitized by Google

zwischen dem König und den Ständen seien, welche theils zur Publikation überhaupt nicht geeignet seien, theils mehrfache Erläuterungen erfordern würden, um nicht den Zweck, der von der Theilnahme und Beurtheilung des Publikums erwartet würde, nicht nur ganz zu verfehlen sondern auch selbst zu nachtheiligen Wirkungen Anlaß zu geben, weil ferner der Abdruck dieser Schriften der freien und unbefangenen Mittheilung der ständischen Ansichten und Meinungen mehr hinderlich als nützlich sein möchte". Um indessen dem ständischen Wunsche so weit thunlich Genüge zu leisten versprach der König, jedesmal nach Beendigung des Landtags aus den zur Publikation geeigneten Verhandlungen einen kurzen Auszug durch den Geheimen Rath aufsetzen und durch den Druck bekannt machen zu lassen. Hierauf legten die Stände in der Bewilligungsschrift vom 27. Mai 1821 die Erklärung nieder: daß sie zwar die Überzeugung von der Nothwendigkeit einer Übersicht des Staatshaushaltes nicht aufgeben könnten, jedoch in dankbarer Verehrung der vom König stets beobachteten weisen Sparsamkeit und um dadurch einen Beweis vertrauensvoller Anhänglichkeit an dessen Person und Regierung darzulegen, zumal da gegenwärtig der Fall, neue Abgaben auszuschreiben, nicht eintrete, diesen Wunsch dermalen auf sich beruhen lassen, auch die nochmalige Wiederholung des Wunsches nach Publicität der Verhandlungen der persönlichen Überzeugung des Königs aufopfern wollten". Man war eben in der Stimmung, dem Alter und der unbezweifelten Reinheit der Beweggründe des Königs für die voraussichtlich nur noch kurze Dauer seiner Regierung vieles zu gute zu halten. Wirklich wurde in Erfüllung der gegebenen Zusage ein Auszug aus den Verhandlungen des Landtags von 1821 als außerordentliche Beilage zur Gesetzsammlung gedruckt und versendet; derselbe fiel aber dermaßen dürftig aus, daß er für das größere Publikum fast ungenießbar war.

Im Februar 1824 versammelten sich die Stände abermals. Die immer allgemeiner werdenden Ideen von Öffentlichkeit, Denk-, Preß- und Sprechfreiheit, von Ausgleichung des Standesunterschiedes durch den Einfluß der geistigen Bildung fanden

Digitized by Google

selbst in Ammons Landtagspredigt ihren Ausdruck. Kein Wunder, daß auch die Stände den Antrag auf eine vollständigere Veröffentlichung ihrer Verhandlungen wiederholten, die ihnen auch zugesagt wurde; trotzdem blieb aber der daraus gefertigte Auszug so lückenhaft, daß er z. B. bei den Bewilligungen gerade das Wichtigste, nämlich die Vollständigkeit des Zifferwerks, vermissen ließ. Da die Aufstellung eines Budgets den Ständen verweigert worden war, so war nichts natürlicher als daß auch sie nun auf das ursprüngliche Rechtsverhältniß zurückgriffen. Bei Ablehnung einiger ihnen angesonnenen Leistungen erinnerten sie daran, daß alle Bewilligungen mit Ausnahme der zur Verzinsung und Tilgung der Staatsschuld nöthigen Mittel nur als ergänzende Beiträge zu betrachten seien und diese Eigenschaft behalten müßten, so lange nicht eine vollständige Übersicht sämtlicher zur Deckung des Staatsbedarfs vorhandenen Mittel die ständische Bewilligung in ein unbedingtes Verhältniß zur Größe des Bedarfs setze und die Verpflichtung der Stände es zu decken begründe; diese nur ergänzende Eigenschaft der Bewilligung sei eine aus der geschichtlichen Entwicklung des Territorialsystems hervorgegangene Eigenthümlichkeit der deutschen Verfassungen und, wo sie sich verloren habe, da sei es die nothwendige Folge der vollständigen öffentlichen Darlegung des gesamten Staatsbedarfs und der zu dessen Deckung erforderlichen Mittel gewesen. Im Übrigen ruhte auf diesem Landtage die Reformfrage; auch kehrte man, um dem Lande die Kosten der öfteren Landtage zu ersparen, zu der sechsjährigen Bewilligung zurück, doch fand der Wunsch der Stände, daß der Landtag noch vor Ablauf der Bewilligungsfrist zu Berathung der in Aussicht stehenden wichtigen Gesetze, des Civil- und des Criminalgesetzbuchs und der Prozeßordnung, wieder zusammenberufen werden möge, die Zustimmung der Regierung.

So blieb denn vorläufig alles beim Alten. Die Stände machten ihre Bewilligungen nach dem alten Steuerfuße, die Ritterschaft ihre Donative [1]); das Ganze glich einer der inneren

1) Über das Abgabenwesen s. Pölitz II, 399.

Digitized by Google

Zerbröckelung überlassenen Ruine inmitten modern gewordener Umgebungen. Das Mißverhältniß wurde dadurch noch greller, daß gerade die beiden Hauptfactoren der Volkswohlfahrt, die Industrie und der zum größten Theile auf ihr ruhende Handel sich mit den alten Formen der Verfassung nicht mehr zu vertragen anfingen. Beide hatten in dieser Zeit vielfach wechselnde, durch die großen Weltereignisse bedingte und von diesen abhängige Phasen zu durchlaufen gehabt. Die erste derselben brachte die Continentalsperre, die den überseeischen Absatz verschloß, dafür aber ein Prohibitivsystem gewährte und einen großen festländischen Markt eröffnete, wodurch mancher Industriezweig rasch zu künstlicher Blüthe emporschoß, während anderseits die unablässigen Kriege den Verkehr störten. Dann kamen die Kriegsnoth im eigenen Lande, die manche Industrie völlig zerstörte, und der Fall des Continentalsystems, der ganz neue Verhältnisse schuf. England überschwemmte Deutschland plötzlich mit dem ungeheuren aufgespeicherten Vorrathe seiner Fabrikate zu unerhört billigen Preisen, vernichtete dadurch diejenigen Zweige, welche eine solche Concurrenz nicht zu bestehen vermochten, spornte aber auch andere, sich aus dem bisherigen Schlendrian aufzuraffen und durch Verbesserung der Fabrikation, durch vermehrte und vervollkommnete Anwendung von Maschinen den Kampf mit dem mächtigen Gegner aufzunehmen, bis die rings um Sachsen fortschreitende Absperrung der Zollgrenzen eine neue Calamität, ein fast allgemeines Sinken der Fabrikindustrie und dadurch Nahrungslosigkeit und Nothstand erzeugte.

Dieser Gang spiegelt sich in den Schicksalen der einzelnen Hauptindustrieen Sachsens wieder. Die Kattundruckerei, die während der napoleonischen Zeit in Polen und Rußland einen ergibigen Markt gefunden hatte, erlosch in einer großen Zahl von Städten und wanderte nach Nachbarländern aus, wo ihr Prohibitiv- oder Schutzzölle winkten; der oberlausitzer Leinenmanufactur gab das Continentalsystem den Todesstoß, denn auch nachher gelang es gegenüber der englischen und irischen Concurrenz und der Verwohlfeilerung der Baumwollenstoffe

Digitized by Google

nur den über große Capitalien verfügenden Häusern die alten überseeischen Verbindungen wieder anzuknüpfen. Die Baumwollenspinnerei, die unter dem Continentalsystem goldene Tage gehabt hatte, raffte sich auf bis auch sie seit 1825 durch die sich rings um Sachsen erhebenden Zollschranken in große Bedrängniß gebracht wurde; verhältnißmäßig am besten ergieng es der Strumpfwirkerei, die seit 1828 mit Einführung technischer Reformen einen noch höheren Aufschwung nahm. A. Fiedler, ein unternehmender Mann, der sich hauptsächlich durch seine in Polen errichteten Tuchfabriken ein kolossales Vermögen erworben hatte, legte 1828 an der großen Striegis die erste großartige Streichgarnspinnerei an. Die Handkammgarnspinnerei, die sich seit 1817 durch Spinnschulen befördert im Vogtlande verbreitet hatte, wurde bald durch das Umsichgreifen der Maschinenspinnerei wieder eingeschränkt; der Spitzenklöppelei thaten die von Schönherr in Plauen construierten Bobbinetmaschinen Abbruch. Bei dem Stocken der großen Industriezweige sah man sich überall nach Beschäftigung für die nothleidende Bevölkerung um; in Annaberg wurde 1827 die erste sächsische Seidenweberei, in Chemnitz eine Argentanfabrik begründet, in der Gegend von Eibenstock lehrte Clara Nollain den Gebrauch der Tambouriernadel, in den Müglitzgegenden gab die Strohflechterei Frauen und Kindern lohnende Arbeit. Wie die Industrie so sank auch der Handel, was am deutlichsten an dem Dahinsiechen der leipziger Messen und des dortigen Großhandels sichtbar wurde.

Es war ein Theil der großen allgemeinen Krisis, die über das ganze einer nationalen Handelspolitik entbehrende Deutschland hereingebrochen war, das ebensoviele Zollsysteme wie souveraine Bundesstaaten zählte. Inmitten dieser allgemeinen Buntscheckigkeit war Sachsen von den größeren Staaten derjenige, der noch am meisten die Grundsätze des mittelalterlichen liberum commercium festhielt, wonach zwar alle Handelswaaren mit Zöllen und Abgaben belegt aber keine in Vertrieb und Durchfuhr behindert wurde, und obgleich seine Nachbarn Österreich, Preußen und Baiern schon längst zum Sperrsystem über-

Digitized by Google

gegangen waren, hatte es trotzdem noch kein Bedürfniß gefühlt, zum Schutz seiner Industrie und seines Ausfuhrhandels von diesen Grundsätzen sich weiter zu entfernen, als es durch einige unerläßliche Retorsionsmaßregeln geschah. Von Preußen wurde das Sperrsystem noch ziemlich milde gehandhabt, österreichischerseits war die Grenzbewachung so nachlässig, daß die ganze Industrie der Oberlausitz und ein großer Theil der erzgebirgischen auf dem Schmuggelhandel nach Österreich beruhte. Den ersten Anlaß jedoch, welcher die Augen darüber öffnete, wie sehr die Bundesverfassung die Regelung der deutschen Zollverhältnisse verabsäumt habe, gab die Hungersnoth von 1817: auch die ernsthaftesten Anstrengungen, welche damals Würtemberg, Sachsen u. a. machten um den freien Verkehr mit Lebensbedürfnissen zwischen den Bundesstaaten durchzusetzen, wurden durch Österreichs und Baierns Widerstand vereitelt [1]).

Für die Flußschiffahrt wenigstens erhoffte man von den Berathungen der statt sechs Monate erst vier Jahre nach dem Schluß des wiener Congresses, 18. Juni 1819, in Dresden 1819
eröffneten Elbschiffahrtscommission ein günstiges Resultat; allein die Engherzigkeit Hannovers, Dänemarks und Mecklenburgs trotzte den liberaleren Bestrebungen anderer Uferstaaten und die mit dem 1. Januar 1822 ins Leben tretende Elbschiffahrtsacte beseitigte zwar manchen Übelstand und verminderte die Zahl der Zollstätten von 35 auf 14, die der 9 sächsischen auf 5, bestimmte aber einen Tarif, der ganz im Widerspruch mit den zu Wien angenommenen Grundsätzen nur scheinbar eine Herabsetzung, in Wirklichkeit eine Erhöhung der Elbzölle enthielt [2]). Es war ein trauriges Schauspiel, die deutschen Staaten unter einander einen Handelskrieg Aller gegen Alle führen zu sehen. Die kleinen Mittel, mit denen sich in Sachsen Regierung wie Bevölkerung der Krisis zu erwehren suchten, erwiesen sich selbstverständlich ganz machtlos. Die in Dresden, Leipzig und anderwärts gebildeten Vereine gegen den Gebrauch aus-

1) Ilse I, 184 ff. 407 ff.
2) Falke, Geschichte des deutschen Zollwesens (1869), S. 343.

Digitized by Google

ländischer Fabrikate, die Bemühungen des sächsischen Hofes, daß nicht bloß bei seinen eigenen Festen sondern auch denen anderer deutscher Höfe nur inländische Stoffe geduldet werden möchten, halfen nicht mehr als die Vorschüsse und Preisaufgaben zur Ermunterung der Industrie, oder die seit 1824 in Dresden jährlich wiederkehrenden sehr dürftigen Ausstellungen von Erzeugnissen des inländischen Gewerbfleißes, und ebenso wenig vermochte die 1827 in Leipzig errichtete Discontocasse und der 1829 von Chemnitz ausgegangene Industrieverein, der sich fast durch ganz Sachsen verzweigte, das Übel an der Wurzel zu fassen. Vielmehr lag in den sächsischen Zuständen so mancherlei, was sein Emporwuchern geradezu unterstützte. Das Eingreifen des Staates in die Privatgewerbthätigkeit theils durch wohlmeinende aber verkehrte Maßregeln, theils durch die Ausübung mancher Regalien, ein Abgabensystem, das die inländischen Erzeugnisse ebenso drückte als es die Einfuhr der fremden begünstigte, die Accise, welche eine Stadt von der andern absperrte und durch die stete Aufforderung zum Betrug höchst entsittlichend wirkte, in Leipzig die 1820 eingeführte, das Speditionsgeschäft ruinierende und deshalb 1824 herabgesetzte Handelsabgabe, ebendaselbst die sogenannte Fixaccise, bei deren Anlegung und Abschätzung die ärgste Willkür herrschte, das lästige und ganz sinnlos gewordene Geleite, das erst 1828 theilweise aufgehoben wurde, endlich ein maßloser Zunftzwang waren ebenso viel Fesseln, welche die gesunde Entwicklung des industriellen Verkehrs im Inneren hinderten. Noch 1818 schrieb ein Rescript den Damastwebern genau vor, wie viel Baumwolle sie verwenden dürften; in den erzgebirgischen Eisenwerken, die ihr Dasein durch Bezug billigeren Holzes aus den fiscalischen Waldungen fristeten, wachten die Behörden streng, daß die Hammerordnung von 1666 in keiner Weise verletzt werde; keine Vergrößerung, nicht einmal die Veränderung eines Stabin ein Blechfeuer oder umgekehrt wurde erlaubt, Concessionen zu neuen Anlagen, um nicht den Holzconsum zu groß werden zu lassen, äußerst selten und dann nur unter vielen Beschränkungen ertheilt. Überall einschnürender Zwang, Mangel an

Digitized by Google

freier Bewegung. Und doch hätte schon das Beispiel des zwickauer Steinkohlenbaus, wo die durch die Wiederaufnahme der reinsdorfer Gruben 1823 veranlaßte Aufhebung der Reiheladung und der alten gewerbschaftlichen Verfassung den Absatz sofort um die Hälfte steigerte und die Kohlen wohlfeiler machte [1]), den richtigen Weg zeigen können. In der That war es auch nicht die Regierung, welche das alte Zwangssystem am schroffesten aufrecht erhielt, bei ihr wie im Publikum brach sich die Überzeugung Bahn, daß dem Gewerbe eine freiere Verfassung von nöthen sei. Die Zöglinge der 1828 in Dresden errichteten technischen Bildungsanstalt wurden vom Zunftzwange freigesprochen, die Söhne der Strumpfwirker im Amtsbezirk Chemnitz von den landwirthschaftlichen Dienstjahren dispensiert. Im Jahre 1829 wurde die Commerziendeputation, welche sogar anfing Fabrikanten zu ihren Sitzungen zuzuziehen, mit der Entwerfung einer neuen Gewerbeordnung beauftragt und v. Wietersheim empfahl in dem von ihm erforderten Gutachten als Grundzüge derselben: Ablösung des städtischen Bierzwanges und des Mahlzwanges, Einschränkung des Branntweinschanks, Vermehrung der Gasthofsgerechtigkeiten, unbeschränkte Freiheit für den Betrieb der zum Fabrikwesen gehörigen Mahlanstalten, namentlich der Papier- und Ölmühlen, Beschränkung des Innungswesens in der Fabrikation und größere Freiheit der Gewerbe [2]). Der eigentliche Widerstand gieng von den Innungen, von den durch Vorrechte geschützten Kreisen aus, von denen jeder das Heilmittel gegen die Noth der Zeit am liebsten darin sah, daß ihm auf Kosten aller Übrigen noch größere Vergünstigungen eingeräumt würden. So beschwerten sich die Städte auf dem Landtag von 1820 über die Benachtheiligung ihres Handelsverkehrs durch die Landkrämer, auch verlangten sie, daß

1) Herzog, Gesch. des Zwickauer Steinkohlenbaues (1852), S. 64. Vgl. zu dem Übrigen: Wieck, Industrielle Zustände Sachsens (1840). — Über die Verhandlungen, welche zu Sachsens Eintritt in den Zollverein führten, vgl. weiter unten im Zusammenhange.

2) v. Witzleben, Ed. v. Wietersheim (1865).

Digitized by Google

den Handwerksgesellen mit Ausnahme der Maurer, Zimmerleute und Buchdrucker das Heirathen verboten werde, weil sonst der Flor und Wohlstand der Innungen völlig zu Grunde gerichtet werden würde.

Allerdings stand es um die Städte schlimm, jedenfalls nicht besser als um die durch Feudallasten der verschiedensten Art bedrückte Landbevölkerung; lange konnten sie die Nachwehen der überstandenen schweren Zeit nicht verwinden. Krieg und Theuerung hatten die letzten Sparpfennige zahlreicher Familien aufgezehrt, das ganze Leben war von äußerster Dürftigkeit und Ärmlichkeit. Mangel an Capital und Unternehmungsgeist, eine kränkelnde und durch verkehrte Gesetzgebung gehemmte Industrie, ein durch Zollschranken eingezwängter Handel ließen keinen rechten Wohlstand aufkommen. Dresden gründete 1820 die erste Sparcasse, es dauerte fünf Jahre, ehe Leipzig mit der zweiten nachfolgte [1]). Je weniger damals die Bevölkerung in der Öffentlichkeit lebte, desto geringer war das Interesse an öffentlichen Dingen. Erst die zur Tilgung der Kriegsschuldenlast nöthig gewordene Erhöhung der städtischen Abgaben richtete die Aufmerksamkeit der Bürger in stärkerem Maße auf die Verfassung und Verwaltung ihrer Gemeinwesen. Je näher der Vergleich mit der preußischen Städteordnung lag, desto greller trat die unzeitgemäße Stellung der sich selbst ergänzenden, mit dem Stadtsiegel willkürlich und eigennützig gebahrenden Magistrate hervor, die mit der Zeit zu einer der Bürgerschaft nicht bloß fremd sondern selbst feindselig gegenüberstehenden Familiencoterie geworden waren. Eine tiefe Unzufriedenheit mit diesen Zuständen wuchs auf und verbreitete sich allgemein. Zwar der Stadt Leipzig war 1817 eine Stadt- und Communalrepräsentanz von funfzehn Mitgliedern verliehen worden, diese blieb aber, weil bloß berathend und gar nicht direct von der Bürgerschaft gewählt, ein bloßes Schattenspiel und erfüllte den Zweck einer controlierenden Behörde in keiner Weise; dagegen fruchtete

1) Dresden zählte 1823 55000, Leipzig 34000, Chemnitz 20000, Zwickau 4200 Einwohner.

Digitized by Google

die daselbst schon vom Generalgouvernement zur Untersuchung des Communalvermögens niedergesetzte Commission so viel, daß das nach dem Kriege vorhandene Jahresdeficit von 60000 Thalern bis 1820 vollständig verschwand. Äußerlich lag Leipzig, ungesund durch die Nachbarschaft fieberhauchender Sumpfwasser, hinter Mauern und den von Stadtsoldaten bewachten Thoren eingezwängt; nach Thorschluß durften Wagen nur durch ein Thor einpassieren. Erst 1823 wurde der Thorgroschen aufgehoben, nachdem die Regierung gestattet hatte, daß der Ertrag der leipziger Lotterie, die mit der zum Besten der Straf- und Versorgungsanstalten in Dresden gespielten nichts gemein hatte, statt zur Stadtschuldentilgung zur Deckung des dadurch entstehenden Ausfalls von 12000 Thalern verwendet würde, und nun erst begannen die vorstädtischen Örtlichkeiten sich schnell umzugestalten.

Dresden, damals noch ganz ohne nennenswerthen Handel, modelte sich ganz nach dem Hofe; auf diesen concentrierten sich alle Interessen der genügsamen Residenzbewohner; ein Hoftitel oder gar die Hoffähigkeit bildete das höchste Ziel ihres Ehrgeizes. Bei Hofe aber war Alles altväterisch geblieben bis auf die an die Zeit vor der Revolution erinnernde Hoftracht. Obgleich von einfachen Lebensgewohnheiten und kein Freund des Prunkes fand der König eine Genugthuung darin, den zahlreichen, zu dem verkleinerten Lande außer Verhältniß stehenden Hofstaat beizubehalten, und man wollte bemerken, daß die Strenge der Etikette, durch welche der dresdner Hof vordem verrufen gewesen war, nach dem Unglück von 1813 eher zu- als abgenommen habe. Die neue Hofrangordnung von 1818 nahm nur geringe Rücksicht auf das veränderte gegenseitige Verhältniß der Stände; ein peinlich strenges Ceremoniel, das nur während des Sommerlagers in Pillnitz zum Theil abgelegt wurde, schied den Hof durch eine unübersteigliche Schranke von der übrigen Welt und, wo er sich, z. B. bei Tafel oder anderen solennen Gelegenheiten, nach Vorschrift der Etikette öffentlich zu zeigen hatte, geschah es immer nur unter Bewahrung seiner Unnahbarkeit. Nie sah man den König zu Fuße auf der Straße,

Digitized by Google

mit Niemandem sprach er, der nicht wenigstens Oberstenrang hatte; seine Brüder dagegen, die Prinzen Anton und Maximilian, liebten es dem auch auf ihnen lastenden Banne der Etikette sich, wo es gieng, seitab zu entziehen. Letzterer lebte im häuslichen Kreise der Erziehung seiner Kinder, von denen ihm Prinz Clemens, sein zweiter Sohn, auf einer mit seinem jüngeren Bruder Johann unternommenen Reise 24 Jahr alt 1822 zu Pisa durch einen plötzlichen Tod entrissen wurde. Die wenig geselligen Gewohnheiten des Hofes brachten es mit sich, daß sich für die wissenschaftliche Ausbildung der jungen Prinzen leichter sorgen ließ als für den Schliff der äußeren Form [1]). Früher als sonst die Prinzen ihres Hauses wurden sie in die Geschäfte eingeweiht. Ihre militärische Bildung leitete unter Oberaufsicht des Gen.-Leutn. v. Watzdorf Major v. Cerrini, Hofrath Stübel hielt ihnen juristische, Hofrath Günther staatswissenschaftliche Vorlesungen, auch öftere Reisen im In- und Auslande dienten ihrer Ausbildung. Prinz Friedrich wohnte seit 1819 den Sitzungen des Geheimen Raths bei, Prinz Johann trat im 20. Jahre in das Geheime Finanzcollegium ein und übernahm 1825 als Vicepräsident das Directorium eines Departements desselben [2]). Dem Hofe zu-

1) „Je suis très content d'eux" — schrieb v. Watzdorf über sie aus Prag 1814 — „et surtout le Prince Fréderic a de l'élévation et de l'énergie dans l'âme avec un dehors très-modeste, presque timide. Brèf, il y a de l'étoffe." Dr. Arch.

2) Von den Töchtern des Prinzen Maximilian blieb die älteste, die talentvolle Amalie, unvermählt; die zweite, Marie, heirathete 1821 den verwittweten Großherzog Ferdinand III. von Toscana und wurde dadurch die Schwiegermutter ihrer seit 1817 mit dem Erbgroßherzog Leopold vermählten Schwester Marianne; die jüngste, Maria Josepha, wurde 1819 die dritte Gemahlin König Ferdinands VII. von Spanien; um ihretwillen, vielleicht um die spanischen innern Wirren schlichten zu helfen, unternahm ihr Vater 1819 eine Reise nach Spanien. — Prinz Friedrich wählte 1819 eine Tochter des Kaisers Franz, die Erzherzogin Karoline, zur Gemahlin, nach deren 1832 erfolgtem Tode er 1833 zu einer zweiten Ehe schritt mit einer Tochter König Maximilian Josephs von Baiern, Marie, der Zwillingsschwester der Erzherzogin

Digitized by Google

nächst stand der in Sachsen besonders zahlreiche Adel, von der Außenwelt kastenartig abgeschlossen. Ohne großen Besitz, durch den Krieg noch mehr verarmt, wenig strebsam und durchschnittlich von geringer geistiger Bedeutsamkeit, nahm er nichtsdestoweniger die höchsten und einträglichsten Stellen bei Hofe, in der Verwaltung und der Armee für sich in Beschlag und fühlte sich in dieser einträglichen Abhängigkeit vom Hofe so behaglich, daß er allem nationalen Leben mit äußerster Gleichgiltigkeit den Rücken kehrte.

So im Innern regungslos, nach außen ungefährlich war Sachsen recht ein Musterland für jene kleinen Geister, die unterstützt durch die allgemeine Ermüdung nach dem großen Kriege, durch die Beschäftigung der einzelnen Staaten mit ihren inneren Einrichtungen und finanziellen Verlegenheiten sich gegen das Ende des zweiten Decenniums unseres Jahrhunderts der Leitung der politischen Angelegenheiten zu bemächtigen verstanden. Die Aufgabe, welche der wiener Congreß für Deutschland lösen sollte, war ungelöst geblieben, vielleicht weil sie unlösbar war. Die unfertige Gestaltung der deutschen Verhältnisse, wie sie aus jenen Verhandlungen schließlich hervorgegangen war, brachte keine Befriedigung nationaler Bedürfnisse, selbst die ihr oft zum Verdienste gerechnete lange Erhaltung des Friedens war nicht ihr Werk sondern das der heiligen Allianz, welche Österreich und Preußen zusammenhielt, und welcher auch Friedrich August, von den Gründern derselben aufgefordert, bereitwillig beitrat, „da die in jenem Bündnisse ausgesprochenen Grundsätze stets die seinigen gewesen seien". Der Deutsche Bund

Sophie und jüngeren Schwester der seinem Bruder Johann vermählten Prinzessin Amalie, deren Zwillingsschwester wiederum die nachherige Königin Elisabeth von Preußen war. — Von den älteren Gliedern des Königshauses starben in dieser Zeit des Königs Tante, Prinzessin Elisabeth (geb. 1736) 1818, seine Schwester, Prinzessin Therese 1820, sein Großoheim, der letzte männliche Sproß des sächsisch-polnischen Königshauses, Herzog Albert von Sachsen-Teschen (geb. 1738), 1822, endlich, als das älteste Glied des sächsischen Königshauses, die Fürstäbtissin zu Essen und Thorn, die 86jährige Prinzessin Kunigunde 1826.

Digitized by Google

dagegen stand von vornherein auf dem Antagonismus Österreichs gegen Preußen. Schon die Rede des Präsidialgesandten Grafen Buol bei der feierlichen Eröffnung der Bundesversammlung 5. November 1816 (Sachsen war dabei durch den Grafen Schlitz genannt Görtz vertreten) versagte sich nicht den hämischen Seitenblick auf Preußens Vergrößerung durch sächsisches Gebiet und das von demselben vergeblich geforderte Mitdirectorium am Bundestag, indem sie betheuerte, Österreich beabsichtige ebenso wenig eine Eroberung auf deutschem Boden als eine eigenmächtige Erweiterung seines Standpunktes im Deutschen Bunde, und Preußen, durch die Reaction im Inneren gelähmt, gerieth nur zu bald unter dem Schein vollkommenen Einverständnisses mit Österreich in die Vasallenschaft seines Rivalen. Österreich aber wußte sehr wohl, daß es dabei auf die Bundesgenossenschaft der kleineren, auf ihre Scheinsouverainetät eifersüchtigen und darum von Furcht vor preußischen Bestrebungen nach bundesstaatlichen Einrichtungen beherrschten Staaten zu rechnen hatte.

Nichts zog damals die Augen des denkenden Theils der Nation in höherem Maße auf sich als das in den südwestdeutschen Staaten erwachende Verfassungsleben, das, wie man allgemein annahm, auch in den übrigen Bundesstaaten die Erfüllung des Art. 13 der Bundesacte, namentlich die Umgestaltung der schwachen und kraftlosen Feudalverfassungen, wie sie noch in einigen norddeutschen Staaten bestanden, bald nach sich ziehen würde. Den ersten Anlaß sich mit jenem Art. 13 zu beschäftigen, erhielt die Bundesversammlung durch den Antrag Mecklenburgs, daß seine Verfassung gleich der vom Großherzoge von Weimar verliehenen unter die Garantie des Bundes gestellt werde; die Verpflichtung zur Erfüllung jenes Artikels wurde damals noch allseitig anerkannt. Nur Sachsen lehnte mit vieler Zurückhaltung eine Erklärung über diesen Punkt als seinerseits überflüssig ab, indem im Königreich eine landständische Verfassung schon längst bestehe, und verlangte nur, daß der Bund nicht über die Bestimmung des Art. 13 hinausgehe sondern den Bundesgliedern als souverainen Fürsten vorbehalten

Digitized by Google

bleibe, nach Maßgabe der Umstände entweder neue landständische Verfassungen einzuführen oder die schon bestehenden beizubehalten oder zu modificieren, eine Ansicht, die ganz der der übrigen Bundesglieder entsprach, daher denn auch von der Aufstellung gewisser allen Bundesstaaten gemeinsamer Grundsätze für die Rechte der Unterthanen und Landstände abgesehen wurde [1]).

Bei der Stellung, welche die sächsische Regierung den Reformbestrebungen im eigenen Lande gegenüber einnahm, konnte Metternich wohl auf ihren Beistand in dem Feldzuge, den er gegen das Eindringen des Constitutionalismus in Deutschland zu eröffnen gedachte, hoffen. Als er, August 1818, mit dem Geheimenrath v. Just in Karlsbad zusammentraf, ergriff er die Gelegenheit um Sachsen zu einer minder passiven und apathischen Rolle zu ermuthigen als es bisher gespielt habe. Frankfurt, sagte er, sei der Ort, wo der König sein moralisches Gewicht zur Geltung bringen könne; es liege ihm am Herzen, daß der sächsische Gesandte in Frankfurt seinen richtigen Platz einnehme, Graf Görtz aber scheine nicht der Mann um die Intriguen eines Wollzogen zu vereiteln [2]). Eingeleitet wurde die Action auf den karlsbader Conferenzen, August 1819, an welchen Sachsen durch seinen Gesandten in Wien, den Grafen Schulenburg, Theil nahm, und am 20. September setzte Österreich am Bundestage die Annahme der karlsbader Beschlüsse über Einführung der Censur, Beaufsichtigung der Universitäten und Niedersetzung der mainzer Central-Untersuchungscommission durch. Sachsen fügte seiner Zustimmung zu der Präsidialproposition noch den Ausdruck vollkommensten Dankes für die ausgezeichnete Sorgfalt der Vormächte, von denen diese Anträge neue Beweise darbrächten, hinzu, hielt es aber in Betreff der Censur für zweckmäßiger, wenn dieselbe nicht bloß für gewisse Schriften sondern, wie sie im Königreich bestehe, unbedingt für alle Schriften ohne Unterschied eingeführt würde. Der Hauptschlag gegen die süddeutschen Constitutionen sollte auf den

1) Ilse, Gesch. der deutschen Bundesversammlung (1861) II, 165.
2) Brief v. Justs im Dresdn. Archiv.

Digitized by Google

am 25. November zu Wien eröffneten Ministerialconferenzen geführt werden. Diesmal erschien Graf Einsiedel selbst neben seinem Schwager Schulenburg, ließ sich aber später, sobald die Verhandlungen über Art. 13 beendigt waren, durch den Geheimen Rath v. Globig vertreten. Wider Erwarten zeigte jedoch Sachsen hier keineswegs eine unbedingte Gefügigkeit gegen Metternichs Pläne; es stellte vielmehr die Ansicht auf, daß es vor allem bei den in den einzelnen Bundesstaaten bestehenden ständischen Verfassungen, selbst wenn sie den österreichischen Anforderungen nicht entsprächen, zu lassen, auch für die Staaten, in welchen eine ständische Verfassung erst noch gebildet werden solle, eine allgemeine Norm nicht festzustellen, im äußersten Falle sich dabei auf Bestimmung eines Maximums der ständischen Gerechtsame zu beschränken sei und in dieser Hinsicht den Ständen ein Mehreres nicht als das Recht der Steuerbewilligung, der Beschwerdeführung und der Mitberathung über Landesgesetze, insoweit es Zeit und Umstände gestatteten, zugestanden werden möge. Sollten diese Ansichten in Wien nicht durchdringen, so waren die sächsischen Bevollmächtigten angewiesen darauf zu bestehen, daß über diesen Punkt nur zu Frankfurt im Pleno und einhellig, also nicht abermals mit Beiseiteschiebung des Bundestags, Beschluß gefaßt werde [1]). Ebenso erklärte sich Sachsen gegen die von Österreich vorgeschlagene permanente Instanz zu Sicherung des öffentlichen Rechtszustandes im Bunde und gegen die Einführung einer Executionsordnung zu Vollstreckung der Bundesbeschlüsse und der Erkenntnisse jener Instanz. Nur war es nicht Vorliebe für das constitutionelle Princip, was Sachsen den Vertheidigern der gefährdeten Verfassungen beigesellte, sondern, wie bei den übrigen Staaten, an deren Widerstande Metternichs Plan scheiterte, die nicht unbegründete Furcht vor unberechtigten Eingriffen der Großmächte in die inneren Rechte und Landesangelegenheiten der einzelnen Bundesstaaten, aus der auch der Mißmuth der Kleineren über das ihrer Controle gänzlich ent-

1) Instruction für die sächsischen Bevollmächtigten im Dr. Arch.

Digitized by Google

zogene Verfahren der Central-Untersuchungscommission hervorgieng [1]). Unstreitig aber mußten Metternichs Angriffe gegen die Öffentlichkeit der constitutionellen Versammlungen viel dazu beitragen, Einsiedel in seinem zähen Widerstande gegen die von den sächsischen Ständen verlangte Publicität zu bestärken.

Nicht minder erweckte bei den Berathungen über die Bundeskriegsverfassung der von Preußen ausgehende Vorschlag, daß die Contingente, die nicht stark genug seien um ein eigenes Corps zu bilden, sich dem österreichischen oder preußischen Oberbefehle unterordnen sollten, bei den meisten der davon Betroffenen die lauteste Abneigung gegen eine solche militärische Mediatisierung. Die sächsische Regierung suchte dieser Gefahr dadurch zu entgehen, daß sie mit Eifer das Project eines militärischen Anschlusses sämtlicher ernestinischer Staaten an das Königreich betrieb; dasselbe scheiterte aber an dem Widerspruch nicht bloß Preußens sondern auch des Großherzogs von Weimar, welcher dem sächsischen Gesandten rund heraus erwiderte: da der Deutsche Bund, wenn er so fortfahre wie bisher, unmöglich dauernden Bestand haben könne, so halte er eine militärische Theilung Deutschlands zwischen Österreich und Preußen für das Klügste und werde daher seine Truppen an letzteres anschließen [2]). Preußen drang mit seinem Vorschlage nicht durch und so wurde denn das sächsische Contingent, allerdings in der denkbar unzweckmäßigsten Weise mit denen von Kurhessen, Nassau und Luxemburg zu einem Bundesarmeecorps, dem neunten, combiniert, welches freilich niemals in Wirklichkeit vereinigt worden ist. Gieng Preußen in erster Linie auf die Wehrhaftigkeit des Bundes aus, so stand den Kleineren die Erleichterung der Militärlast obenan; Sachsen wünschte, daß es den kleineren Bundesstaaten freistehen solle, ob sie ihr Contingent an Reiterei in schwerer oder leichter Gattung stellen wollten, Preußen dagegen berief sich auf den Satz: „Gleiche Rechte, gleiche Pflichten". In diesen Verhandlungen beantragte Sachsen für einen mit dem

1) Ilse II, 469 ff.
2) Dresdn. Archiv.

Digitized by Google

Hause Sachsen-Gotha-Altenburg 17. Januar 1821 abgeschlossenen Vertrag, nach welchem es für dieses unter gewissen Bedingungen und gegen entsprechende Verminderung seines Infanteriecontingents die Stellung der Specialwaffen zu übernehmen sich bereit erklärte, die Garantie des Bundes; die Entscheidung darüber wurde, wie so vieles, bis auf weiteres in dem Ausschusse begraben [1]).

Die Beschlüsse der karlsbader und wiener Conferenzen wurden selbstverständlich auch in Sachsen in Vollzug gesetzt, jedoch ohne jene widerlich spürende Verfolgungsmanie und Demagogenriecherei, die anderwärts so traurige Orgien feierte; es fehlte dazu hier ebenso der Wille wie der Gegenstand. Einige 1826 relegierte Burschenschafter wurden bald begnadigt. Die Verschärfung der Censur berührte am nächsten den leipziger Buchhandel, der eben einen bedeutenden Aufschwung zu nehmen anfing; 1816 giengen aus K. Chr. Tr. Tauchnitz' Gießerei und Verlag die ersten stereotypierten Classikerausgaben nach Lord Stanhope's Methode hervor; 1817 siedelte die Brockhausische Buchhandlung, in deren Verlag 1811 die erste Auflage des Conversationslexicons erschienen war, von Altenburg nach Leipzig über, und 1825 gründeten, von Fr. Fleischer angeregt, 108 leipziger und auswärtige Firmen zur Erleichterung des gegenseitigen Verkehrs sowie zur Vertheidigung gegen den überaus beschwerlichen Nachdruck den Börsenverein. Sobald jedoch Metternich durch eine an den Bund gerichtete Petition um Feststellung der literarischen Eigenthumsrechte auf diesen Verein aufmerksam geworden war, machte er ihn auch sofort zum Gegenstande seiner argwöhnischen Sorge; in einer eigenen Denkschrift setzte er die Nothwendigkeit auseinander, eine solche Corporation, die unter der Führung dieses oder jenes Demagogen und unter dem Schilde vermeintlicher Freiheit der literarischen Republik sich im Mittelpunkte Deutschlands willkürlich constituieren könne, und der gegenüber die sächsische Regierung sich nur im Verhältniß der Duldung befinde, der Aufsicht des

1) Ilse I, 623 ff.; III, 366.

Digitized by Google

Bundes zu unterwerfen und dazu abgesehen von anderen Vorsichtsmaßregeln einen von der sächsischen Regierung zu designierenden aber vom Bunde zu ernennenden Generaldirector des deutschen Buchhandels in Leipzig einzusetzen [1]). Glücklicherweise wurde dem Vorschlag keine praktische Folge gegeben.

Auch das Haus Schönburg wendete sich 1818 an die Bundesversammlung in der Hoffnung, daß ihm gleich den Mediatisierten eine Curiatstimme im Pleno des Bundestags eingeräumt werden würde. Obgleich aber die sächsische Regierung zu Wien erklärte, daß sie ihrerseits, vorbehaltlich der landeshoheitlichen Gerechtsame des Königs gegen ein solches Zugeständniß nichts einzuwenden habe, erfolgte doch keine Antwort und erst nachdem der sächsische Bundestagsgesandte selbst die Angelegenheit wieder in Erinnerung gebracht hatte, erstattete die deshalb ernannte Commission am 18. August 1825 Vortrag, in welchem sie erklärte, „daß sie in Bezug auf das festzusetzende Verhältniß des Hauses Schönburg zum Deutschen Bunde sich nicht für befugt halte, dem weisen Ermessen der Bundesglieder vorzugreifen, was aber das Verhältniß des Hauses Schönburg zur sächsischen Regierung betreffe, so könne die Bundesversammlung sich vorerst nicht für competent erklären". Am 7. August 1828 räumte darauf der Bundestag auch dem Hause Schönburg die den Mediatisierten zugestandenen Rechte ein.

Die Zeit der hohen auswärtigen Politik war auf lange für Sachsen vorüber; nur selten und bei minder wichtigen Anlässen kam die sächsische Regierung mit fremden Staaten in unmittelbare Berührung. Ein solcher wurde u. a. dadurch gegeben, daß unter der großen Anzahl von Fremden, die Dresden zu ihrem Aufenthalte zu wählen pflegen, sich ab und zu politisch anrüchige Personen befanden. So wurde im Jahre 1824 auf Antrag der Central-Untersuchungscommission der Franzose Victor Cousin, weil er in Verdacht stand eine Verbindung zwischen der französischen und der deutschen Revolutionspartei

1) Ilse II, 568. — Die Schönburge sind nicht Mediatisierte sondern nur sogenannte reichsständische Personalisten.

Digitized by Google

angestrebt zu haben, in Dresden verhaftet und an Preußen ausgeliefert, trotzdem daß etliche junge Franzosen seine Abführung tumultuarisch zu hindern versuchten; ein dadurch veranlaßter Notenwechsel mit Frankreich erledigte sich durch die baldige Freilassung des Verhafteten. Ähnlich wurde nach dem petersburger Militäraufstande auf Antrag Rußlands der in Dresden lebende polnische General v. Kniaziewicz als angebliches Haupt der polnischen Revolutionspartei verhaftet, jedoch nicht, wie verlangt wurde, an Rußland ausgeliefert sondern bis zur Constatierung seiner Unschuld auf den Königsstein in Gewahrsam gebracht. Näher berührte Sachsen der durch das Aussterben der Linie Sachsen-Gotha-Altenburg, 11. Februar 1825, entstandene Erbstreit, indem zunächst die Herzöge von Sachsen-Hildburghausen und von Koburg-Saalfeld um die Einmischung Anderer als der zunächst Betheiligten zu verhüten, die Vermittlung des Königs Friedrich August anriefen, der sich dieser auch unterzog, nachdem der dritte Betheiligte, der Herzog von Sachsen-Meiningen, sich dem Antrage ebenfalls angeschlossen hatte. Leicht würde sich diese Gelegenheit haben benutzen lassen um nicht bloß den Grundsatz der Untheilbarkeit der Lande zur Geltung zu bringen sondern auch eine allgemeine Erbfolgeordnung im sächsischen Gesamthause aufzurichten; in diesem Sinne gab Prinz Friedrich den Wunsch zu erkennen, daß die Sache als eine Familienangelegenheit persönlich in seine Hand gelegt werden möge, allein Einsiedel, der mit dem Prinzen nicht zum besten stand, übertrug das Mittleramt dem Generalmajor v. Minkwitz und dem Hof- und Justitienrath Scharschmidt, unter deren Vermittlung denn auch die Präliminarien zu dem Theilungsvertrage vom 12. November 1826 zu Stande kamen [1]).

Vereinigte sich sonach damals Alles, der niederschlagende Rückblick auf die Vergangenheit und der unerquickliche Anblick der Gegenwart, die Abwesenheit jedes begeisternden nationalen Gesichtspunkts und der von Österreich vermittelst des Bundestags

1) Archiv für die sächs. Gesch. I, 149 ff.

Digitized by Google

geübte Druck, um das politische Leben zu ersticken, so ergoß sich ganz naturgemäß der Drang nach Meinungsaustausch und geistigem Verkehr um so ausschließlicher auf die gefahrlosen Bahnen der Belletristik, der Kunst und Theaterkritik, ohne doch auch auf diesen Gebieten Kraft zur Hervorbringung von etwas wahrhaft Bedeutsamem zu bekunden. Ihre stärkste Ausprägung fand diese Richtung in der Hauptstadt selbst und hatte hier ihre gewissermaßen typische Verkörperung in einem ursprünglich Dichterthee, später Liederkreis genannten ästhetischen Kränzchen, dessen eigentliche Seele sein einstiger Mitbegründer, der Theatersecretär und Hofrath Winkler (Th. Hell), der formgewandte Verfasser vieler ernster und launiger Verse, war. Von den übrigen Mitgliedern waren außer einigen Frauen, z. B. der zigeunerhaften W. v. Chezy und der Harfenspielerin und Malerin Ther. a. d. Winkel die nennenswerthesten: Fr. Kind aus Leipzig, der der juristischen Praxis entsagte um sich ausschließlich der Dichtkunst zu widmen, der liebenswürdige und auch als Gegner Einsiedels beliebte Minister G. A. E. v. Nostitz und Jänkendorf (Arthur v. Nordstern), Commissionsrath Schulze (Fr. Laun), Rechtsanwalt Fr. Kuhn, Professor K. Förster, jener Übersetzer des Camoens, dieser des Petrarca, der früh verstorbene Legationsrath Breuer, der Advocat und spätere Censor Ed. Gehe, der als Romanschriftsteller äußerst fruchtbare A. v. Tromlitz (Oberst v. Witzleben), der Alterthumskenner und Verfasser der Theorie des Lustspiels Professor H. A. Hasse, auch der Archivar K. A. Engelhardt, dessen Verdienste um die schöne Literatur (als Rich. Roos) geringer anzuschlagen sind als die um Belebung des Sinns für Volksthum und Vaterlandskunde, endlich der vielberufene Hofrath K. A. Böttiger, der, wenn er auch sein nicht unbedeutendes Talent und sein noch viel bedeutenderes Wissen charakterlos verzettelte, doch durch die Unzahl seiner in Almanachen und Zeitschriften verstreuten Aufsätze, in höherem Grade noch durch seine vielbesuchten Vorlesungen über Archäologie und Kunstmythologie Sinn und Verständniß für die Kunst in weiteren Kreisen verbreiten half; im bürgerlichen Leben lauter höchst achtbare Männer, in der

Digitized by Google

Poesie meist oberflächliche Dilettanten und trotz manchen ausgesprochenen Talentes von geringer Productionskraft, dafür aber desto unermüdlicher sich gegenseitig Weihrauch zu streuen, bis sie, in den Bahnen trivialer Mittelmäßigkeit, der von jeher die sächsische Hauptstadt ein besonders günstiger Boden gewesen ist, fortwandelnd, endlich dahin gelangten, sich für Dichter und Ästhetiker ersten Ranges, ihren Liederkreis für einen Areopag des guten Geschmacks zu halten und dem auftauchenden Besseren, das ihnen unverständlich blieb, nicht selten mit kleinlichem Neide den Weg zu vertreten. Das Sprachrohr dieser Coterie bildete die schon 1805 von Fr. Laun begonnene, 1817 von Th. Hell und Fr. Kind erneuerte Abendzeitung, das gelesenste aller ästhetischen Blätter der damaligen Zeit, bis sie allmählich, samt dem ganzen Liederkreise von kräftigeren Zeitströmungen verdrängt, kurz nach dem Sturme von 1848 verblich.

Diesem Kreise verwandt, doch nicht ganz ihm zugehörig waren Graf Kalkreuth, v. d. Malsburg, der katholisierende, streng aristokratische Graf Löben (Isidorus Orientalis). Noch weiter sonderte sich ein anderer Kreis von Schöngeistern ab, der sich um den 1821 von Elise v. d. Recke nach Dresden geführten und in ihrem Hause verhätschelten Tiedge gruppierte, nach außen aber weit weniger Einfluß übte, da er sich an der zum förmlichen Cultus gesteigerten stummen Verehrung des oft recht grämlichen und langweiligen Sängers der Urania genügen ließ. Auch Prinz Johann liebte es seit 1826, eine Anzahl geistig hervorragender Männer, z. B. außer mehreren schon genannten, den Oberbibliothekar Ebert, Professor Hartmann, General v. Gersdorff, Ammon, v. Miltitz des Abends bei sich zu versammeln, wobei in der ungezwungensten Weise Ansichten über Literatur und Kunst ausgetauscht, namentlich auch Proben der Dante-Übersetzung, an welcher der Prinz arbeitete, durchgesprochen wurden. Als eigentlicher Fürst aber der dresdner literarischen Welt thronte seit 1819 L. Tieck, der die Verbindung mit dem Liederkreise nicht nur bald auflöste sondern in offene Opposition zu demselben trat und diese „Räucheranstalt" zum Stichblatt unablässiger Spöttereien

Digitized by Google

machte, wennschon die unter seinen Auspicien 1827 begründete Morgenzeitung der Verspertina gegenüber das Feld nicht zu behaupten vermochte. Um Tieck bildete sich ein eigener Kreis von Verehrern, v. Brunnow, Graf W. v. Baudissin, Ed. v. Bülow u. A., und sein Salon erhielt durch die musterhaften Vorlesungen des Dichters eine Art europäischen Ruf. In Berührung mit allen diesen Kreisen, jedoch durch die doppelte Vornehmheit des Hoftons und der akademischen Gelehrsamkeit von ihnen geschieden, stand der 1827 zum königlichen Leibarzt ernannte C. G. Carus, Naturphilosoph und einer jener seltenen Männer der allgemeinen Bildung, welche ihr besonderes Fach stets in dessen Beziehung zur gesamten Wissenschaft anzuschauen wissen, daher auch von einer über seinen ärztlichen Beruf weit hinausreichenden Wirksamkeit [1]).

Früher als in Dresden war in Leipzig die schönwissenschaftliche Thätigkeit erwacht, doch aber auch hier ohne einen höheren Flug zu nehmen; das bonapartistische Sachsen übte gerade auf die besten Geister der Nation keinerlei Anziehungskraft. In Leipzig bildeten S. A. Mahlmann, seit 1805 Redacteur der von seinem Schwager K. Spazier gegründeten und für ihr Genre tonangebend gewordenen Zeitung für die elegante Welt, von 1810—1818 Pächter der Leipziger Zeitung (bis dahin Leipziger Postzeitungen) sowie der Fama, sein auf verschiedenen Gebieten rastlos thätiger und besonders um Leipzigs musikalische Bildung verdienter Freund Fr. Rochlitz, und der Professor der Philosophie J. A. Wendt, Herausgeber des Taschenbuchs zum geselligen Vergnügen, des Leipziger Kunstblattes ꝛc. ein Kleeblatt universell gebildeter Männer, welche die schönen Künste, wenn auch nicht eben durch eigene Productionen, doch durch Kritik und Lehre förderten. Neben ihnen besaßen der Senator J. A. Apel [2]),

1) v. Weber, K. M. v. Weber II, 2 ff. — Grenzboten 1869, Hft. I, Nr. 20. — K. Försters Biographie (1846). — Carus, Lebenserinnerungen und Denkwürdigkeiten, 4 Bde. (1865). — v. Friesen, Ludwig Tieck (1871), 1 Bd.

2) Aus dessen Gespensterbuch Weber und Kind den Text zum Freischütz nahmen.

Digitized by Google

der Oberhofgerichtsrath H. Blümner, der Geschichtsschreiber des leipziger Theaters, der auf seiner Liebhaberbühne den Cultus des classischen Dramas unterhielt, der Übersetzer und Lustspieldichter G. H. A. Wagner und die Romanschriftstellerin Benedicte Neubert einigen literarischen Ruf. Ab und zu verkehrte in diesen Kreisen Müllner aus Weißenfels, während der Sonderling Seume (st. 1810) den Abend seines Lebens vereinsamt als Corrector in der Druckerei seines Freundes Göschen zu Grimma verlebte. Seit dem Ende des Kriegs machten einzelne reiche Patricier, z. B. Hofrath J. G. Keil, später W. Ch. L. Gerhard, ihre Häuser zu Sammelpunkten für die Freunde der Literatur und Kunst und traten dadurch auch zu Goethe in mancherlei Beziehung; ein besonderer Kreis meist jüngerer, durch die Romantiker angeregten Köpfe gruppierte sich eine Zeit lang um Ad. Müller, 1815—1827 österreichischen Generalconsul in Leipzig [1]).

Wie natürlich stand in jener Zeit der politischen Stagnation besonders das Theater im Vordergrunde der geistigen Interessen. Es war dem russischen Gouvernement vorbehalten, die deutsche Schauspielkunst in Dresden aus ihrer bisherigen Stellung als Stiefkind neben der allein hoffähigen italienischen Oper zu erlösen, indem es nach Aufhebung des Vertrags mit dem Unternehmer Seconda das Theater zur Staatsanstalt erklärte und mit deren Oberleitung den Hofmarschall v. Racknitz betraute. Diese Organisation ließ der König bei seiner Rückkehr bestehen und 1824 wurde L. Tieck als Dramaturg für die Hofbühne gewonnen, die sich während seiner Theilnahme zu einer auch nach seinem Rücktritt noch fortwirkenden Blüthe entwickelte. Zu den vorhandenen Kräften, einem Hellwig, Julius, Burmeister, dem Ehepaar Werdy, den Damen Schirmer und Hartwig, traten Pauli, K. Devrient, die Gley (spätere Frau Rettig) hinzu; Shakespeare wurde auf der Hofbühne eingebürgert. Racknitz' Nachfolger, Graf Vitzthum, setzte, nachdem bereits Dreyßig mit seiner der berliner nachgebildeten

1) Kneschke, Leipzig seit hundert Jahren.

Digitized by Google

Singakademie dem dresdner Publikum den Beweis geliefert hatte, daß auch Deutsche singen könnten, 1817 die Begründung einer deutschen Oper und die Berufung K. M. v. Webers zu deren Leitung durch. Furchtlos unternahm dieser den ungleichen Kampf gegen die von dem König persönlich sowie von der Aristokratie überhaupt bevorzugte italienische Oper, gegen die noch herrschenden Einflüsse der Hasse'schen Schule und führte ihn siegreich zu Ende, verscherzte aber dadurch, daß er, ein königlicher Hofbeamter, unerhörterweise sich der Presse bediente um seinen Aufführungen verständigende Bemerkungen vorauszuschicken, das Wenige von Gunst, das ihm, dem Componisten von Leier und Schwert und der Cantate auf den Sieg bei Waterloo, bei Hofe zu Theil geworden war [1]), so daß bei des Königs Regierungsjubiläum von seiner Jubelcantate nur die Ouverture und auch diese erst nach besonderen Anstrengungen neben dem ganz italienischen Programm einen Platz fand; Zurücksetzungen, für welche der Meister in dem Antheil, den die Prinzen Anton, Maximilian und Friedrich an seinen Bestrebungen nahmen, in dem Ruhm, den seine hier in Dresden geschaffenen Tondichtungen ernteten, einen Ersatz zu finden wußte [2]). Die deutsche Oper bildete fortan eine der höchsten Kunstzierden Dresdens, ganz besonders seitdem Wilhelmine Schröder(-Devrient), die „singende Schauspielerin" 1823 für dieselbe engagiert worden war um von da an der dresdner Bühne mit wenigen Unterbrechungen während ihrer ganzen ruhmreichen Künstlerlaufbahn treu zu bleiben.

Nach Aufhebung des kurfürstlichen Privilegiums erfüllte sich nun auch für Leipzig, das bisher außer der dresdner Schau-

1) Die von Vitzthum für ihn beantragte Civil-Verdienstordens-Verleihung schlug Einsiedel ab, „da es unmöglich sei, den Componisten von Liedern und Cantaten damit zu begnadigen, welche Siege über des Königs Verbündete feierten, am wenigsten aber könne ihm eine Decoration gegeben werden, die zur Erinnerung an den Schluß derjenigen Leidenszeit des Fürsten, welche eine Folge jener Siege gewesen, gestiftet worden wäre".

2) v. Weber, K. M. v. Weber II, 30 ff.

Digitized by Google

spielergesellschaft nur fremde Truppen, z. B. 1807 die weimarer, 1813 die dessauer, zu welcher L. Devrient unter dem Namen Herzfeld gehörte, zu sehen bekommen hatte, der Wunsch nach dem Besitz eines eigenen Stadttheaters; am 26. August 1817 wurde dasselbe in dem erweiterten Gebäude eröffnet. Sein erster Director, Th. Küstner, setzte in unverdrossener Hingebung Kraft und Vermögen daran um seiner Vaterstadt ein gutes Theater zu verschaffen und verstand es mit aufopfernder Betriebsamkeit nicht nur demselben einen Kreis junger frischer Talente wie Stein, die Miedke, F. Löwe, Genast und Emil Devrient, der hier 1823—1828 den Grund zu seiner nachherigen Berühmtheit legte, und beider Gattinnen, die Schwestern Böhler, die Sängerinnen Canzi und Sessi, zu erhalten sondern erhob auch durch ein treffliches Repertoire die leipziger Bühne zu einer solchen Höhe, daß sie den ersten Deutschlands beigezählt werden durfte. Leider scheiterte nach Ablauf des Contracts 1828 der Fortbestand der Küstnerschen Direction an dem kleinlichsten Streite mit dem Magistrat um die Theatermiethe und Leipzig verlor damit eine Bühne, die es mit allen später gebrachten Opfern so nicht wieder hat zurückkaufen können [1]). Erst nach einer unerfreulichen Zwischenpause, während der die Intendantur der dresdner Bühne die Oberleitung des Stadttheaters führte, fand sich in der Person Ringelhardts wieder ein Privatunternehmer für dasselbe. Die Blüthe des Theaters that dem in Leipzig altbegründeten Cultus der Musik keinen Eintrag. Schicht, seit 1810 Cantor an der Thomasschule, gab dem Thomanerchor seine hohe Ausbildung; zu seinen Schülern gehörten K. G. Reißiger, J. Otto, Fr. Schneider, der Organist zu St. Thomä, der 1821 nach Dessau gieng, während sein Bruder Johann nach Görlitz und von da 1825 an die Sophienkirche nach Dresden berufen wurde, A. F. Anacker, seit 1822 Cantor in Freiberg, und F. Zöllner, der Reformator des Gesangunterrichts in der Volksschule und der Schöpfer des den Gesang zum Gemeingut

1) Küstner, Vierunddreißig Jahre meiner Theaterleitung (1853).

Digitized by Google

machenden Männerquartettgesanges; besondere Pflege fand letzterer in dem, zunächst zur Verbesserung des Kirchengesanges bestimmten Universitätsgesangverein zu St. Pauli, dem Vorbilde ähnlicher Vereine auf anderen Hochschulen. Im Jahre 1809 wurden neben den Gewandhausconcerten die Quartettabende für Kammermusik eingerichtet.

Um so kümmerlicher war es um die bildenden Künste bestellt. Der Sinn für architectonische Schönheit war der ganzen Generation noch nicht aufgegangen; die dresdner Akademie durchlebte eine dürre Zeit; 1820 wurde an des ermordeten v. Kügelchens Stelle Vogel (v. Vogelstein) dahin berufen, der, zum Hofmaler ernannt, die Fresken im pillnitzer Schloß malte, später aber nach München übersiedelte. Der Kupferstecher Müller, wohl der größte seiner Zeit, verfiel in Wahnsinn. Von einer eigenen Kunstschule, einer eigenthümlichen Richtung, einer Reihe namhafter Meister und Jünger der Kunst, die in Dresden gebildet worden wäre, war trotz der dort aufgespeicherten herrlichen Sammlungen keine Rede. Letztere, fast noch ein todter Schatz und von den Einheimischen so gut wie unbeachtet, wurden erst unter Graf Einsiedels interimistischer Direction von 1824—1827 dem Publikum etwas zugänglicher gemacht; er war es auch, der den verdienten W. G. Lohrmann zum Oberinspector des mathematischen Salons berief, M. Steinla, L. Gruner und E. Rietschel Mittel und Gelegenheit zu ihrer weiteren Ausbildung verschaffte. An der leipziger Kunstakademie wirkten der Kupferstecher und Baumeister J. F. K. Dauthe bis 1816, der Zeichner P. Ch. Zink und seit 1816 als Director derselben V. H. Schnorr v. Carolsfeld, ein SchülerÖsers (st. 1841). Talentvoller Dilettant war der Goethe befreundete Bürgermeister Ch. G. Hermann (st. 1813); der Baumeister und Proconsul Ch. L. Stieglitz beschäftigte sich mit der Geschichte der Baukunst und der als Landwirth berühmte M. Speck v. Sternburg (st. 1856) fand Zeit und Mittel, neben einer Musterwirthschaft, einer landwirthschaftlichen Lehranstalt und einer Bairischbierbrauerei auf seinem Rittergut Lützschena auch eine werthvolle Gemäldesammlung anzulegen.

Digitized by Google

Die ersten Kunstauctionen veranstaltete in Leipzig der Kunsthändler Ch. H. Rost. Im Jahre 1825 wurde von einigen leipziger Kunstfreunden der Versuch zur Gründung eines „Kunstvereins in Sachsen" gemacht; da er jedoch mit dem bei Albrecht Dürers Säcularfeier 1828 in Dresden gestifteten Verein zur Beförderung der bildenden Künste in Collision gerieth, mußte er bald wieder aufgegeben werden.

Auch an wissenschaftlichen Größen besaß Sachsen in dieser Zeit durchaus keinen Überfluß, doch zeigte sich die umsichgreifende Verbreitung wissenschaftlichen Sinns in der Entstehung zahlreicher Vereine zur Pflege der Wissenschaften, namentlich der Naturwissenschaften. So entstanden in Dresden 1816 ein mineralogischer Verein, 1818 der botanische Verein Flora, in Leipzig 1818 die naturforschende Gesellschaft und 1824 die polytechnische Gesellschaft zur Verbreitung gemeinnütziger Kenntnisse. 1822 wurde, von Oken berufen, in Leipzig die erste Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte abgehalten, der erste bescheidene Versuch jener Wanderversammlungen, die zur Stärkung des Gefühls der Zusammengehörigkeit zunächst der deutschen Wissenschaft, dann der deutschen Nationalität so viel beigetragen haben. 1825 bildete sich der dresdner Verein zu Erhaltung und Erforschung vaterländischer Alterthümer, an dessen Spitze die Prinzen Friedrich und Johann standen.

Die Universität Leipzig, seit der Theilung die einzige des Landes, fing allmählich an sich aus ihren zum Theil noch ganz mittelalterlichen Zuständen herauszuarbeiten. Dem akademischen Leben klebte noch manche Roheit an; bis in die zwanziger Jahre galt es u. a. als ein Vorrecht der Studenten, Hinrichtungen in und bei Leipzig im vollen Wichs und auf den besten Plätzen beizuwohnen. Eine Reorganisation der völlig veralteten Nationalverfassung hatte dem vierhundertjährigen Jubiläum der Universität im Jahre 1809 vorausgehen sollen; die unerwartete Bereitwilligkeit, mit der die Professoren den Reformvorschlägen der Regierung entgegenkamen, gab die beste Hoffnung, schließlich kamen aber doch nur einige nebensächliche Änderungen zu Stande und die Universität begieng ihr Jubiläum zwar mit

Digitized by Google

großem Pompe aber auch mit der ganzen steifen Förmlichkeit einer verschwundenen Zeit [1]). Bis 1813 besaß sie ihre eigene Civil- und Criminalgerichtsbarkeit, die Verwaltung des ungefähr 2½ Millionen Thaler betragenden Corporationsvermögens stand ausschließlich der Universität zu, dieses war aber in eine Menge Specialfonds zertheilt, die unter mehr als zwölf, gleich dem Rector und der ganzen Regierung jährlich oder halbjährlich wechselnden Verwaltungen standen. Die Facultäten ergänzten sich selbst, die Regierung hatte nur das Recht der Bestätigung. So nahm die Universität nach außen eine sehr exclusive und von der Regierung unabhängige Stellung ein, im Innern des großen Gemeinwesens dagegen herrschte neben dem strengen Regiment, das die Universitätshäupter gegen die übrigen Lehrer, oft auch gegen wissenschaftliche Producte übten, eine Überladung der Einzelnen mit äußerlichen Geschäften, welche die der Wissenschaft bestimmte Muse absorbierten, und eine unendlich schwerfällige und verwickelte Verwaltung, welche die Einkünfte zum großen Theile ihrer eigentlichen Bestimmung entzog. Die ganze zu allgemeinen Zwecken verwendbare Bruttoeinnahme betrug nur 31000 Thaler. Um die spärlichen Honorare mußten die Docenten mit ihren Hörern markten. Es fehlte an den unentbehrlichsten wissenschaftlichen Anstalten und Hilfsmitteln; da der Hörsäle zu wenige waren, mußten viele Lehrer noch immer ihre Vorlesungen im Hause, die besuchteren im Gasthofe halten; die Bibliothek zählte nur 25000 Bände und 2000 Handschriften, hatte keine Kataloge und war nur den 23 Professoren alter Stiftung, aber auch diesen nur selten zugänglich. Erst nach und nach wurde Einiges besser; 1805 wurde in der Pleißenburg ein chemisches Laboratorium eingerichtet, nachdem der 1803 gestorbene Buchhändler Leich ein Legat zur Errichtung einer Entbindungsanstalt ausgesetzt und Appellationsrath Trier

1) Burdach, Rückblicke auf mein Leben (1848), S. 179. Reichard in: Briefe an J. v. Müller, herausg. von Maurer-Constant (1839) VI, 146 ff. — Kreußler, Beschreibung der Feierlichkeiten am Jubelfeste der Univ. Leipzig (1810).

Digitized by Google

und seine Gattin der Universität ihr Gartengrundstück zu Anlegung eines Hebammeninstituts und eines botanischen Gartens vermacht hatten, wurde 1810 eine Professur und eine Schule für Geburtshilfe begründet und J. Ch. G. Jörg zum Director der Entbindungsanstalt ernannt. Im Jahre 1820 ermöglichte Professor F. Ph. Ritterich die Stiftung einer Augenheilanstalt aus milden Beiträgen, die zugleich als klinisches Institut für Studierende eingerichtet wurde [1]). Die bedeutendste Bereicherung, welche die Universitätsbibliothek je durch Vermächtniß erhielt und die ihren Bestand um mehr als ein Drittel, 13000 Bände und 6- bis 8000 Dissertationen erhöhte, war die durch Dr. med. J. C. Gehler, der ihr 1813 seinen ganzen literarischen Nachlaß legierte und der erste Begründer der bei derselben bestehenden Naturaliensammlung wurde; königliche Munificenz ermöglichte ihr 1817 die Erwerbung der philologischen Bibliothek des verstorbenen Professors G. H. Schäfer. 1822 erschienen endlich die schon 1809 in Aussicht genommenen Gesetze für die Studierenden. Im Jahre 1820 nahm die Regierung auch die Mitwirkung der Stände zu Unterstützung der Universität in Anspruch, deren diese allerdings bedurfte, wenn sie mit den jüngeren, reicher dotierten Schwestern Schritt halten wollte. Dies gab den Ständen auf dem folgenden Landtage Anlaß zu dem Antrage, es möge den Professoren die Wirthschaft der Universität ganz abgenommen, für das Vermögen derselben aber eine gemeinschaftliche Casse eingerichtet und ein besonderer Verwaltungsbeamter angestellt werden, und die Regierung gieng auf denselben um so lieber ein, als sie selbst die ihrem Einflusse hinderliche alte Universitätsverfassung zu beseitigen wünschte. Eine Reformpartei unter den Professoren selbst, Krug an der Spitze [2]), kam ihr darin entgegen. So wurde denn zu Verwaltung des Universitätsvermögens 1825

1) Coccius und Wilhelmi, Die Heilanstalt für arme Augenkranke zu Leipzig (1870).

2) Krug, Entwurf zur Wiedergeburt der Universität Leipzig in Pölitz, Jahrb. der Politik ꝛc. 1829 I, 225 ff.

Digitized by Google

ein Rentmeister angestellt, darauf 1827, weil wirkliche Vertreter der Nationen nicht mehr in geeigneter Weise vorhanden, verordnet, daß die Zugehörigkeit zu einer der vier Nationen nicht nach dem Geburtslande sondern nach einem Maßstabe gleichmäßiger Kopfzahl bestimmt werden solle, 1829 das Concilium perpetuum durch ein Universitätsgericht ersetzt, endlich die gesamte Verfassung aufgehoben, die Nationen abgethan, Professoren alter und neuer Stiftung in einen Senat vereinigt und diesem die jährliche Rectorwahl nach der Reihenfolge der Facultäten zugewiesen. So verlor die Universität ihre Selbstregierung um sich desto ungestörter ihrem wissenschaftlichen Berufe widmen zu können.

Als die bedeutendsten Vertreter der einzelnen Facultätswissenschaften in diesem Zeitraum verdienen hervorgehoben zu werden: die Theologen J. A. H. Tittmann (st. 1831), der 1814 auch als Diplomat für die Erhaltung Sachsens thätig zu sein versuchte und beim wiener Congreß vergeblich die Reconstruction des Corpus Evangelicorum anregte, der Dogmen- und Kirchenhistoriker Ch. F. Illgen seit 1818 (st. 1844), Begründer der historisch-theologischen Gesellschaft und deren Zeitschrift, der Exeget J. F. Winzer, seit 1815 (st. 1845) und H. G. Tzschirner, dem seine Geschichte der Apologetik die Berufung vom Pfarramt zu Mittweida an die Universität Wittenberg eintrug, von wo er 1809 nach Leipzig kam und daselbst nach Rosenmüllers Tode Superintendent wurde (st. 1828), ausgezeichnet als Kanzelredner und eifriger Vorkämpfer für die Freiheit des Protestantismus gegen ultramontane und politische Reaction; unter den Juristen: der geistreiche Criminalist Ch. D. Erhard (st. 1813), der Übersetzer des Code Napoléon und Verfasser des ersten Entwurfs zu einem Criminalgesetzbuch für Sachsen, der wunderliche aber vielseitig Bahn brechende Ch. G. Biener (st. 1828), F. A. Schilling, seit 1825 Lehrer des canonischen Rechts und Chr. G. Haubold (seit 1809, st. 1824), dessen Lehrbuch des sächsischen Privatrechts zur Heranbildung des sächsischen Particularrechts zu einer selbständigen Disciplin wesentlich beitrug. Die Medicin und die Naturwissenschaften

Digitized by Google

vertraten der 1811 als Professor der Psychiatrie berufene J. Ch. A. Heinroth, der Physiker und Chemiker L. W. Gilbert (st. 1819), Nachfolger des berühmten Mineralogen Ch. S. Weiß, der 1810 nach Berlin gieng und Vorgänger von H. W. Brandes (st. 1834), ferner J. C. A. Clarus, seit 1810 Vorstand der Klinik und allmählich das Orakel der ganzen leipziger medicinischen Welt (st. 1854), der Anatom E. H. Weber seit 1821, dessen Bruder Wilhelm 1831 nach Göttingen gieng, der Botaniker F. Schwägrichen (st. 1853) und A. F. Möbius, seit 1816 Director der Sternwarte (st. 1868); es entbrannte damals in der medicinischen Wissenschaft ein lebhafter Streit zwischen der Allöopathie und der neuen Lehre der Homöopathie, deren Begründer, S. Chr. Hahnemann aus Meißen, 1820 aus Unmuth über den Einspruch der leipziger Apotheker gegen sein Selbstdispensieren nach Köthen zog. Die philosophische Facultät gewann an K. H. L. Pölitz, der 1815 bei Vereinigung der Universität Wittenberg mit der zu Halle von jener als Professor der sächsischen Geschichte nach Leipzig übersiedelte und nach G. A. Arndts Tode 1819 auch die Staatswissenschaften vertrat, eine bei allem Fleiß nur mittelmäßige Kraft. Weit einflußreicher wurde W. Tr. Krug, seit 1809, allerdings weder durch sein System des transscendentalen Synthetismus, mit welchem er sowohl Kants Kriticismus als auch Fichte's Idealismus zu bekämpfen versuchte, noch überhaupt durch Tiefe der Gelehrsamkeit oder schöpferische Gedanken sondern durch die Unermüdlichkeit, Freisinnigkeit und patriotische Wärme, mit denen er in Wort und Schrift [1]) für Niederreißung aller unvolksthümlichen Schranken in Wissenschaft und Leben eintrat, die verrotteten politischen Zustände und alle religiöse Unduldsamkeit bekämpfte und dadurch mehr als irgend ein Anderer dazu beitrug in Sachsen den erstorbenen nationalen und politischen Sinn zu beleben und die Anschauungen der Gebildeten im Volke zu erweitern. In der Philologie glänzte als Stern

1) Außer einigen lateinischen Aufsätzen und zahllosen Recensionen hat er ungefähr 150 größere und kleinere deutsche Schriften verfaßt.

Digitized by Google

erster Größe der nicht bloß durch Geist und Gelehrsamkeit sondern auch durch den sittlichen Adel seiner Persönlichkeit überaus segensreich wirkende Gottfr. Hermann, auch Vorstand des 1809 aus Becks philologischer Gesellschaft hervorgegangenen königlichen philologischen Seminars. Der Ägyptolog F. W. Spohn, seit 1832, starb zu früh. Die Vorbereitung auf die akademischen Studien wurde durch die allmähliche, seit 1829 allgemeine und gleichmäßige Einführung der Maturitätsprüfungen zweckentsprechender geregelt. Ein treffliches Organ für ihre wissenschaftlichen Interessen erhielten die Gelehrtenschulen an den von dem leipziger Conrector J. Ch. Jahn 1826 begründeten Jahrbüchern für Philologie und Pädagogik; als Rectoren genossen J. A. Weichert in Grimma 1823—1845, Ch. E. A. Gröbel in Dresden 1816—1848, F. W. E. Rost an der Thomasschule 1800—1835, K. G. Siebelis in Bautzen 1804 bis 1843 eines rühmlichen Namens. 1828 wurde das Vitzthumsche Geschlechtsgymnasium gegründet, nachdem der alte Rechtsstreit über das 1638 von Rudolf Vitzthum von Apolda legierte Stiftungscapital 1793 auf Zahlung einer Aversionalsumme verglichen und diese durch Zinsenzuwachs bis 1825 auf 348000 Thaler angewachsen war. — Um die Volksschule war es noch sehr traurig bestellt. Gleichsam zum Zeichen, daß man den Lehrerstand nur als die oberste Classe der Almosenempfänger betrachte, wurde, einem Antrage der Stände von 1811 entsprechend, 1813 durch eine jährliche allgemeine Kirchencollecte und eine Abgabe von jeder Trauung eine allgemeine Schulcasse angelegt, aus welcher neue Schulen gegründet, Hilfslehrer angestellt, emeritierte oder verarmte Lehrer, deren Wittwen und Waisen unterstützt werden sollten. 1816 wurde eine erweiterte Visitation der Schulen durch die Superintendenten und Geistlichen eingerichtet, die Seminarien vermehrt und dotiert. Leipzig gieng mit dem Bau einer stattlichen Bürgerschule voran; die ersten Anfänge des Sonntagsschulwesens zu gewerblicher Bildung und Nachhilfe giengen, 1815 in Leipzig, 1817 in Dresden, von den Freimaurerlogen aus; die ersten Kleinkinder-Bewahranstalten, zu deren Einführung besonders

Digitized by Google

der damalige Amtsprediger Döhner in Freiberg anregte, entstanden 1829 und 1830.

1827 Am 5. Mai 1827 starb König Friedrich August I. im 77. Lebensjahre nach nur fünftägigem Krankenlager, an demselben Tage, an welchem sein „großer Alliierter" von ehemals ihm vor sechs Jahren vorangegangen war.

Er nahm den Ruf mancher fürstlichen Tugend, der Treue, der Redlichkeit, der unermüdlichen Arbeitsamkeit mit sich in die Gruft hinab; aber die Geschichte darf auch nicht verschweigen, daß er in den verhängnißvollsten Krisen sich den höchsten Anforderungen seines Berufes nicht gewachsen gezeigt, daß er den Fortschritten der Zeit nie gerecht zu werden gewußt hat und darum am Ende seiner neunundfunfzigjährigen Regierung, der längsten, welche die sächsische Geschichte kennt, trotz der ungeheuren Erschütterungen, die an ihm vorübergegangen, genau noch auf demselben Standpunkt sich befand wie in dem Augenblicke, wo er, ein achtzehnjähriger Jüngling, die Zügel der Regierung in die Hand nahm. Wie aufrichtig daher auch die Trauer bei seinem Hinscheiden war, so mischte sich doch darin auch ein Gefühl der Hoffnung auf nunmehrige Erlösung aus immer unerträglicher gewordenen Zuständen. Denn allgemein war die Annahme, daß die beiden schon hochbetagten Brüder des Verstorbenen, der 71jährige Anton und der nur drei Jahre jüngere Maximilian zu Gunsten des Prinzen Friedrich August auf die Krone verzichten würden; hatte doch schon Napoleon 1812 in diesem den nächsten Thronerben gesehen [1]). Allein diese Erwartung und damit die Hoffnung, daß eine jugendlich

1) Senfft, p. 172. — Mitte 1818, als bereits die Unterhandlungen über die Vermählung des Prinzen mit einer Erzherzogin in Gang waren, äußerte der österreichische Gesandte in Dresden, Graf Bombelles, gegen einen sächsischen Staatsmann: „Je crois, que bien des embarras seraient épargnés à la maison de Saxe, si pour éviter la transition de la couronne sur plusieurs têtes raprochées par l'âge, on nommait d'abord le prince Fréderic héritier présomptif." Dr. Arch.

Digitized by Google

kräftige Hand nunmehr die eingeroſtete Staatsmaſchine in ſchnelleren Gang ſetzen werde, erfüllte ſich nicht; Prinz Anton beſtieg den Thron. Nicht ungerechtfertigt erſchien der Eindruck ſchmerzlicher Enttäuſchung, den dieſe Nachricht im Volke hervorbrachte, wenn man erwog, daß der neue König, urſprünglich für den geiſtlichen Stand beſtimmt, zwar lebhaften Geiſtes und wohlwollenden Herzens, aber mangelhaft erzogen und durch ſeines Bruders Eiferſucht von jeder Theilnahme an den Staatsgeſchäften fern gehalten, von dem, was dem Staate noth thue, nicht die geringſte Vorſtellung habe. Überzeugt, daß das Land von ſeinem Bruder gut und gerecht regiert worden ſei, meinte er ſeine Pflicht gar nicht beſſer erfüllen zu können, als wenn er deſſen „weiſe und 58 Jahre hindurch das ſächſiſche Volk beglückende, ſelbſt bei den härteſten Prüfungen probehaltig erfundene Regierungsmaxime ebenfalls befolge und möglichſt alles beim Alten laſſe", daher er beim Regierungsantritt ſein Erſtes ſein ließ, dem Cabinetsminiſter und den Geheimräthen zu verſichern, wie er, der ſelbſt ſchon im Greiſenalter ſtehend ſo ſpät zum Throne berufen worden, ſich ganz auf ihre Treue verlaſſe [1]). Graf Einſiedel gab ſeine anfängliche Abſicht von ſeinem Poſten zurückzutreten auf Bitten der Königin wieder auf, jedoch nur unter der Bedingung, daß in den leitenden Regierungsprincipien keine Änderung vorgenommen werde, da er es für Gewiſſenspflicht halte, während der vorausſichtlich kurzen Regierung König Antons an der Verfaſſung nichts zu ändern, ſie vielmehr deſſen Nachfolger unverändert zu überliefern und es ſodann deſſen freiem Ermeſſen und Willen zu überlaſſen, ob und was hiervon zu ändern ſei [2]). Alſo die auch von ihm als unerläßlich erkannten Reformen galten ihm doch für nichts mehr als ein von dem Fürſten je nach Gutdünken zu gewährendes oder auch zu verſagendes Geſchenk; kurzſichtig glaubte er den Zeitpunkt für dieſelben beliebig hinausſchieben und von der zufälligen Lebensdauer eines einzelnen Menſchen abhängig machen zu können!

1) Augsb. Allg. Zeitung 1827, Beil. Nr. 132, officiöſer Artikel.
2) Archiv für ſächſ. Geſch. I, 159.

Digitized by Google

Kein Wunder also, daß von Anfang herein die öffentliche Meinung gegen den König Anton eingenommen war, zumal zu den gegründeten Bedenken noch allerhand Gerüchte über seine angebliche Bigotterie und Befürchtungen wegen Beeinträchtigung der protestantischen Kirche auf Kosten der Katholiken kamen, die bei dem Mangel einer öffentlichen Discussion ungehindert um sich griffen, und man war nicht gemeint dem neuen Könige dieselbe zarte Rücksicht angedeihen zu lassen wie dem verstorbenen. Um so sehnsuchtsvoller richteten sich alle Blicke auf den Prinzen Friedrich, der in der Vollkraft des jugendlichen Mannesalters stehend und mit seiner ganzen Bildung der neuen Zeit angehörig sich voll redlichem Ernst den Staatsgeschäften widmete und vor allem als ein Gegner der Hofgeistlichkeit sowohl als des Cabinetsministers galt. Dennoch aber gewannen dem Könige seine ungemeine Gutmüthigkeit, sein natürliches, heiteres, von der Steifheit seines Bruders weit abstechendes Wesen die Herzen des Volkes wider Erwarten schnell, wie sie denn auch den ihm später beigelegten Beinamen des Gütigen gerechtfertigt haben. Seine erste Regierungshandlung war, daß er sämtlichen Vasallen die übliche Lehensmuthung, einen Betrag von wenigstens 1 Million Thaler, erließ; eine zweite der Befehl, das Schwarzwild in den königlichen Revieren niederzuschießen, das Rothwild zu vermindern und in Gehege einzuschließen, was unzählige Beschwerden beseitigte und die Wildschädenvergütungen von jährlich 40- bis 50000 Thalern auf 4000 Thaler verminderte. Dagegen erinnerte das altväterische Gepränge der feierlichen Erbhuldigung [1]), die das Königspaar

1) Bei der Erbhuldigung der Oberlausitz, zu welcher ein Hofstaat von 370 Personen den König begleitete, erließ derselbe zu Ersparung aller Kosten sowohl den Entgegenritt der Landstände als auch die Bewirthung durch dieselben und die üblichen Präsente. Der König wurde nur durch eine Deputation an der Grenze empfangen und nach Bautzen geleitet. Dieses Huldigungspräsent war zum erstenmale im Jahre 1769 überreicht worden, bestehend in 1 Faß Rhein- und 1 Faß meißner Wein, 10 Viertel Bier, 1 gemästeten Ochsen, 2 gemästeten Schweinen, 6 Schöpsen, 4 Kälbern, 6 türtischen Hühnern, 6 Lämmern, 30 Kapphähnen, 60 alten Hühnern,

Digitized by Google

in den Kreisstädten entgegennahm, wie tief man noch in der Vergangenheit stecke. In Leipzig wurde der officielle Jubel durch die Erkrankung der Königin und deren am 7. November daselbst erfolgenden Tod gestört, im folgenden Jahre dagegen die Geburt eines Thronerben, des Prinzen Albert, (23. April) im ganzen Lande mit herzlicher Freude begrüßt.

Ganz buchstäblich ließ sich freilich die Absicht alles beim Alten zu lassen nicht durchführen. Wurden doch selbst zwei Männer in die Regierung berufen, die bald auf die weitere Gestaltung der sächsischen Verhältnisse höchst einflußreich werden sollten: der Hof- und Justitienrath Jul. Traug. v. Könneritz, obwohl erst 36 Jahr alt, doch bereits mit den verschiedensten Zweigen der Staatsverwaltung und als Mitglied der leipziger Ritterschaft auch mit den ständischen Angelegenheiten vertraut, trat in das Cabinet, um bei Behinderung Einsiedels diesen in den inneren Angelegenheiten zu vertreten, wurde aber schon im Frühjahr 1830 nach v. Wertherns Tode zum Kanzler und Mitgliede des Geheimen Raths ernannt, und 1829 wurde Bernhard v. Lindenau, der zuerst bei den Verhandlungen über den gothaischen Erbstreit als Gesamtdiener der ernestinischen Herzöge die Aufmerksamkeit der sächsischen Regierung auf sich gezogen hatte, darauf 1827 für den königlichen Dienst gewonnen und zum Bundestagsgesandten ernannt worden war, zum Mitgliede des Geheimen Raths befördert und mit der Direction der Commerziendeputation sowie der königlichen Museen betraut. Im Übrigen gieng man nicht über einzelne Verbesserungen hinaus; statt entschlossen die als unausweichlich erkannte Umgestaltung der Gesetzgebung in Angriff zu nehmen, quälte man sich mit kümmerlichem Flickwerk ab; auch die ursprünglich in Aussicht genommene frühere Wiedereinberufung des Landtags unterblieb, weil die Vorbereitung der Gesetzentwürfe nicht weit genug gediehen war; es fehlte zwar nicht an einzelnen Gesetzen

6 Hasen, 2 Centner Karpfen, 30 Forellen und 8 Schock Eiern. Außerdem wurden dem Kurfürsten 500 goldene Medaillen à 6 Ducaten und der Kurfürstin 166 dergleichen überreicht. Wieland, S. 227 ff.

Digitized by Google

wohl aber an wirklichen Gesetzbüchern und so blieb bis 1831, trotz seiner völligen Verschiedenheit von den Zeitansichten, in Sachsen das Recht gültig, wie es Weiße 1827 in seinem Handbuche des sächsischen Staatsrechtes darstellte [1]). Wo die Regierung ändernd eingriff, geschah es meist, um die wichtigeren Sachen aus den Händen der unzuverlässigen kleineren Patrimonialgerichte in die der königlichen Gerichte zu bringen. Der künftigen Entfesselung des Grund und Bodens wurde durch Erleichterung der Dismembration walzender Grundstücke und durch gesetzliche Regelung der bei Frohnden, Diensten und Kinderdienstzwang eintretenden Verhältnisse vorgearbeitet, wogegen die Last der Hutungsrechte zum Theil in Folge des Wahns, daß mit ihrer Aufhebung die sächsische Schafzucht zu Grunde gehen müsse, noch 1828 eine Verschärfung erfuhr [2]). Polizeilicher Natur waren die Bildung einer eigenen Abtheilung der Landesregierung für Gesundheitspflege und Polizei, die Trennung der unheilbaren Geisteskranken von den Sträflingen, die Vorkehrungen gegen Rindviehseuchen, auch die Errichtung von Bürgergarden in allen Städten von mehr als 1000 Einwohnern mit Ausnahme von Leipzig zur Erhaltung der polizeilichen Ordnung im Jahre 1828. Die Militärverwaltung wurde 1830 durch die Vereinigung der geheimen Kriegskanzlei mit dem Kriegscommando zu einer einzigen Behörde, dem königlichen Generalstab, vereinfacht; die Aufhebung der seit 1752 erlassenen Bestimmungen über die Leistungen der Unterthanen für die Militärverpflegung dagegen änderte an dem System selbst nichts. Die in den Cassen sich sammelnden bedeutenden Überschüsse waren weniger ein Symptom wirklichen Volkswohlstandes als fehlerhafter Verwaltung, und gerade der gesunkene Wohlstand

1) v. Mohl, Geschichte und Literatur der Staatswissenschaften (1856) II, 363.

2) Das Hutungsmandat vom 4. October 1828 gestand, „da bei der Schafhutung besondere rechtliche und factische Verhältnisse stattfänden", dem Hutungsleidenden die Mithutung von Schafen auf eigenem Grund und Boden nur insofern zu, als er diese Mithutung über rechtsverjährte Zeit ausgeübt hätte.

Digitized by Google

machte das veraltete Abgabensystem mit seiner ungleichen Belastung doppelt drückend.

Nur zu oft aber unterlagen Maßregeln der Regierung, auch die wohlmeinendsten, von seiten des Volkes, das mit Unmuth seine Ausschließung von allen öffentlichen Dingen trug, der Mißdeutung. Denn über alle inneren Angelegenheiten herrschte ein Preßzwang, der lästiger noch als durch seine Strenge durch die Willkür war, mit welcher die Censoren, meist und zumal in den Provinzialstädten Männer von ganz beschränktem Horizonte, ihn vielfach nur zum Nachtheil der sächsischen Pressen übten [1]). Das einzige politische Blatt, die 1818 bis 1830 von J. Ch. Gretschel redigierte Leipziger Zeitung, war Eigenthum der Regierung und von dieser verpachtet; allen übrigen, von denen sich keines über den Rang von Localblättern erhob, war die Aufnahme politischer Nachrichten gänzlich untersagt. Um so mehr mußte es daher auffallen, daß eines aus der Zahl der letzteren, die von einem jungen Geistlichen in Zwickau, K. E. Richter, begründete und mit Geschick redigierte „Biene", eine Ausnahme von diesem Gesetz machte und sich zu einem Sprechsaal für innere Angelegenheiten auszubilden anfing. Zwar vor der streng verpönten Kritik der Landesverfassung und der königlichen Behörden hütete sie sich wohl, dafür aber rügte sie mit einem bis dahin unerhörten Freimuth andere Übelstände, den Druck der gutsherrlichen Rechte, die Gebrechen der Patrimonialgerichtsbarkeit, ganz besonders aber die in den städtischen Verwaltungen eingerissenen Mißbräuche. Begierig gelesen erlangte sie auf den Bürger- und Bauernstand großen Einfluß. Die sonst so ängstlich wachende Censur ließ ihr volle Freiheit, ja auf die Klagen der angegriffenen Magistrate entschied die Regierung ausdrücklich, daß Beschwerden über städtische

1) So wurde Tzschirners Huldigungsrede an den König Anton vom leipziger Censor der Druck verweigert, wenn nicht einige Stellen gemildert würden, obwohl der König selbst, der sich ihrer Freimüthigkeit und Herzlichkeit freute, Tzschirner um Mittheilung derselben gebeten hatte. K. v. Steinbach (K. Hase), Sachsen und seine Hoffnungen (1830), S. 96.

Digitized by Google

Gebrechen zuzulassen seien. Es war deutlich, die Regierung gieng darauf aus die Patrimonial- und Municipalbehörden in Mißcredit zu setzen um desto leichter ihre Macht über dieselben auszudehnen.

Aber es war doch ein gefährliches Experiment. Jene Beschwerden hingen mit den allgemeinen Landesangelegenheiten so eng zusammen, daß die öffentliche Aufmerksamkeit, sobald sie sich mit jenen beschäftigte, nothwendigerweise auch auf diese in verstärktem Maße gerichtet werden mußte; statt die Unzufriedenheit von der Regierung auf Andere abzuleiten wuchs dieselbe nur auch gegen diese und, da die gesamte Regierungsgewalt sich in der Person des Cabinetsministers concentrierte, er die einzige Mittelsperson zwischen König und Volk bildete, so konnte es nicht ausbleiben, daß die ganze Wucht der allgemeinen Unzufriedenheit auf ihn fiel, zumal seit dem Tode Friedrich Augusts seine Macht eine ganz unumschränkte geworden schien und sich den unteren Schichten hauptsächlich in dem schroffen und rücksichtslosen Auftreten der Polizei, ihrem willkürlichen Hinausgreifen über die gesetzlichen Schranken, den oberen in der Beiseiteschiebung des Geheimenraths, der Willkür der Besoldungen und Pensionen und anderem Nepotismus fühlbar machte. Gehässige Gerüchte, wahr oder unwahr, giengen über ihn von Mund zu Mund; man warf ihm vor, er mißbrauche die ministerielle Gewalt zu Gunsten seiner industriellen Unternehmungen; übervortheilten auch die seinem Eisenwerke Lauchhammer zugewendeten Aufträge nicht den Staat, so beeinträchtigten sie doch die erzgebirgischen Werke; man murrte über seine unverhohlene Begünstigung des Adels [1]), stärker noch über seine Hinneigung zur pietistischen Partei.

In einem Lande, das sich mit Vorliebe die Wiege der Reformation nannte, hatte von je das kirchliche, das confessionelle

1) Noch die Ordonnanz vom 19. Juli 1828 sprach aufs neue „Denen von Adel, den landesherrlichen Räthen, hochgradnierten Personen und Oberoffizieren das Recht der Haustaufen, Haustrauungen und Mehrzahl der Pathen zu jeder Jahreszeit als Standesprivilegium ohne Dispensation zu.

Digitized by Google

Moment eine große Macht geübt. Erst durch die Säcularfeier von 1817 war das Volk wieder an seine Befreiung vom hierarchischen Joche erinnert, 1823 das Reformationsfest auf Bitten der dresdner Bürgerschaft zu einem ganzen Festtage erhoben worden. Längst hatte in der sächsischen Landeskirche die lutherische Orthodoxie dem Rationalismus das Feld geräumt; Ch. F. Ammon, Reinhards Nachfolger als Oberhofprediger seit 1813, sämtliche tonangebende Theologen huldigten einer vernunftmäßigen Auffassung des Christenthums, in den Schulen waren die rationalistischen Lehrbücher von Dinter und Tischer allgemein in Gebrauch. Seit dem Kriege jedoch, der die Herzen des deutschen Volkes in seinen Tiefen erschüttert hatte, traten auch in Sachsen, wennschon nur noch sehr vereinzelt, die ersten Anzeichen eines Wiedererwachens des specifisch kirchlichen Bewußtseins hervor. 1814 entstand in Dresden eine Bibelgesellschaft nach englischem Muster, 1819 die erste sächsische evangelisch-lutherische Missionsgesellschaft; in beiden führte Einsiedel den Vorsitz. Den offenen Kampf gegen den Rationalismus eröffnete zuerst der 1826 aus Königsberg nach Leipzig berufene Professor der Theologie A. Hahn in seiner Inauguraldissertation [1]) und in seiner „Offenen Erklärung an die evangelische Kirche zunächst in Sachsen und Preußen" (1827), in welcher er nicht undeutlich den Rationalisten die Zugehörigkeit zur lutherischen Kirche absprach. Rasch bildete sich seitdem um Einsiedel und den ihm kirchlich gleichgesinnten Oberconsistorialpräsidenten v. Globig eine Partei, die sich als den alleinigen Hort des zugleich mit dem Altar von den Liberalen bedrohten Thrones hinstellte und sich, gestützt auf das mächtige Protectorat des Cabinetsministers, mit großer Rührigkeit in Kirchen-, Lehr- und Staatsämter einzudrängen suchte. Nepotismus und Heuchelei fingen an die Staffeln des Empor-

1) „De rationalismi, qui dicitur, vera indole et qua cum naturalismo contineatur ratione." Vgl. u. a. Krug, Philosophische Gutachten in Sachen des Rationalismus und Supranaturalismus 1827. — 1833 gieng Hahn nach Breslau.

Digitized by Google

kommens zu werden. Beamte, welche um des Ministers Gunst warben, pflegten sich fleißig und möglichst augenfällig bei dem Gottesdienst der böhmischen Gemeinde einzufinden, den jener, berückt durch die Rednergabe und die Scheinheiligkeit des Predigers Stephan, niemals versäumte.

Zu der durch dieses Treiben erzeugten Mißstimmung gesellte sich aber nun auch noch der aus mancherlei Symptomen geschöpfte Argwohn, daß von seiten des Hofes der Katholicismus zum Nachtheil der protestantischen Kirche Begünstigungen erfahre; man raunte sich von großen Summen zu, welche der katholischen Kirche aus der königlichen Schatulle zuflössen; die Jesuiten, hieß es, fingen an sich in Sachsen einzunisten, und wie vieles auch an diesen Gerüchten übertrieben sein mochte, so lag doch die Wahrscheinlichkeit nicht fern, daß der Katholicismus gerade in Sachsen sich wie hundert Jahre früher die Confession des Regentenhauses zu nutze machen werde um seine damals überall auftauchenden Ansprüche zur Geltung zu bringen. Krug, Tzschirner u. A. riefen in Flugschriften die Protestanten auf die Wacht [1]). Selbst die Stände stellten 1820 an den König das Ansuchen, bei Besetzung von Hofchargen inländischen Protestanten neben den Katholiken gleiche Berücksichtigung schenken zu wollen, und wiesen (3. December 1820) auf Rechtswidrigkeiten hin, welche die katholische Geistlichkeit sich bei Vollziehung gemischter Ehen zu schulden kommen lasse.

Da ließ am 20. November 1824 der apostolische Vicar P. Mauermann, Bischof von Pella, an der Hofkirche zu Dresden einen Anschlag anheften, worin er seine Untergebenen, die darin als die ausschließlich Gläubigen und Christen bezeichnet waren, einlud, das von Pabst Leo XII. für 1825 ausgeschriebene römische Jubiläum zu besuchen und u. a. auch um Ausbreitung der katholischen Kirche, um Einigkeit der christlichen

1) Krug, Darstellung des Unwesens der Proselytenmacherei (1822). — Tzschirner, Zwei Briefe, durch die jüngst zu Dresden erschienene Schrift „Die reine katholische Lehre" veranlaßt (1823). — Antiromanus von Sincerus (1823).

Digitized by Google

Fürsten, um Aufhören der Ketzerei zu beten. Ein Schrei der Entrüstung über ein solches Unterfangen gieng durch das ganze Land. Eine Anzahl dresdner Bürger reichte beim Stadtrath eine sehr ernste Vorstellung mit der Bitte ein, ihre Beschwerde vor den Thron zu bringen. Da die Behörden die Angriffe der katholischen Presse gegen die Protestanten duldeten, so blieben diese die Antwort nicht schuldig; es entbrannte ein heftiger Broschürenkrieg; ein Hirtenbrief Mauermanns vom 13. April 1826 goß neues Öl ins Feuer und Krug erhob sofort gegen die darin enthaltenen Anmaßungen laut seine Stimme [1]); zuletzt untersagte ein königliches Rescript vom 12. Juli 1826 beiden Theilen die Fortsetzung der die gegenseitige Erbitterung der Confessionen erregenden Polemik; nichtsdestoweniger wurde kurze Zeit darauf eine Schmähschrift gegen die Reformationspredigt des neustädter Pastors Schmaltz, ohne Druckort und Censur, in der katholischen Kirche öffentlich und ungehindert feilgeboten.

Mitten in diese Erhitzung der Parteien fiel die Vorlegung des Gesetzentwurfs über die katholische geistliche Gerichtsbarkeit und die Regulierung der gegenseitigen Verhältnisse der katholischen und evangelischen Glaubensgenossen an die Stände von 1824, welcher die durch den posener Frieden begründeten Gerechtsame der Katholiken zu vervollständigen bezweckte; die Stände jedoch wiesen 31. Juli 1824 diesen Entwurf, da er mit den Grundsätzen wahrer Religionsparität völlig unvereinbar sei und der katholischen Kirche Berechtigungen einräume, welche der protestantischen nie zugestanden hätten, zurück und beantragten die Umarbeitung und die nochmalige Vorlage desselben auf dem nächsten Landtage. Statt dessen veröffentlichte die Regierung jenen Entwurf unter nur theilweiser Berücksichtigung der von den Ständen entwickelten Bedenken und ohne die erbetene nochmalige Vernehmung mit denselben am 19. Februar 1827 als Mandat, dem 20. Februar ein zweites, den Übertritt

1) Krug, Die geistlichen Umtriebe und Umgriffe im Königreich Sachsen und dessen Nachbarschaft, zuerst in Bran's Minerva 1826.

Digitized by Google

von einer Confession zur anderen und das Verbot der Proselytenmacherei betreffend, folgte [1]). Theils diese verletzende Form ihrer Entstehung theils aber auch manche darin enthaltene bedenkliche Bestimmung, z. B. die Einräumung eines privilegierten Gerichtsstandes nicht nur an die inländischen sondern auch an die ausländischen katholischen Geistlichen, welche dem Eindringen der Jesuiten Thür und Thor zu öffnen schien, machten diese Mandate zu einem Gegenstande der Mißbilligung und Besorgniß, und als nun die dadurch zur bürgerlichen Gleichberechtigung gelangte katholische Kirche keine Zeit verlor, das, woran sie bis jetzt gehindert gewesen war, nachzuholen, die Seelsorge für ihre Angehörigen in Kirche und Schule zu verbessern und zu erweitern, als Anfang 1828 das apostolische Vicariat die Organisation der katholischen Pfarrsprengel bekannt machte, so gab dies für die Protestanten, die in den Katholiken immer noch nur Geduldete zu sehen gewohnt waren und darum auch hierin nichts als Übergriffe und Gefährdung erblickten, neues Ärgerniß. Die Beschwerde des katholischen Consistoriums über eine Schrift Krugs [2]), die von dem Kirchenrath noch vor dem wirklichen Erscheinen verfügte Unterdrückung des von Adam Müller in Leipzig im Sinne des liberalen Katholicismus beabsichtigten Kanonischen Wächters, dann die Zurücknahme des Verbots nur unter der allerdings in dem Mandate von 1827 begründeten Bedingung, sich der katholischen Censur zu unterwerfen, wurden als Beweise dafür aufgefaßt, daß nicht überall beiden Parteien mit gleichem Maße gemessen werde, und in der That schien ein Vergleich mit der Abhängigkeit der protestantischen Kirche von der Staatsgewalt, mit der zum Theil dürftigen materiellen Lage ihrer Diener, die Klage zu begründen, daß durch die neuen Anordnungen eine Parität nicht geschaffen

1) Abgedruckt in: Actenstücke und Verordnungen über das Verhältniß der katholischen Glaubensgenossen im Königreich Sachsen seit dem posener Frieden (1831).

2) „Was sollten jetzt die protestantischen Katholiken in Deutschland thun?"

Digitized by Google

sondern der katholischen Kirche ein sehr fühlbarer Vorrang eingeräumt sei. Spuren von Proselytenmacherei und anderen unerlaubten Einwirkungen katholischer Geistlicher waren nicht selten und erbitterten um so mehr, je weniger sie, meist auf das Privatzimmer und den Beichtstuhl beschränkt, sich erweisen ließen [1]).

Bei dieser allgemeinen, politischen wie kirchlichen Erregtheit der Gemüther sah man der Ständeversammlung von 1830 mit einer in Sachsen noch nicht dagewesenen Spannung entgegen. Am 6. Januar wurde dieselbe ganz in der alten Form eröffnet; erst für die Zukunft wurde den vier vorsitzenden Städten die Gewährung ihrer seit 1818 vergeblich wiederholten Bitte, daß bei der Eröffnungs- und Schlußfeierlichkeit ihren Deputirten gleich denen der beiden ersten Curien der Eintritt in die Schranken gestattet werden möge, zugesagt. Die ministerielle Eröffnungsrede und die Landtagsproposition sprachen die Versicherung des unveränderten Bestehens der Landesverfassung und der in derselben begründeten Rechte aus, legten das erfreuliche Ergebniß mehrerer Verbesserungen in der Verwaltung während der seit dem letzten Landtage verstrichenen sechs Jahre dar und verhießen einige wohlthätige Einrichtungen, wie die bedingte Aufhebung des Geleites, Vorbereitungen zu Ablösung der Frohnden und anderer grundherrlicher Gerechtsame, eine neue Gewerbeordnung, Abhilfe der Gebrechen des Prozeßganges und Fortsetzung der Bearbeitung des Strafgesetzbuches. Die Bewilligung wurde in der bisherigen Höhe wiederum auf sechs Jahre gefordert. Allein diesmal trat auf dem Landtage die liberale Opposition stärker als je hervor, nur gieng sie weniger von den Städten aus, deren Abgeordnete, die ja nicht die Gemeinde sondern nur die Magistrate vertraten, bei den allgemein gegen die Mißstände in den Communalverwaltungen laut-

1) Die amtlichen Anzeigen bestätigten den den dresdner katholischen Geistlichen gemachten Vorwurf allerdings nicht, indem danach in den Jahren 1827—1832 nur 23 Evangelische zum Katholicismus, dagegen 26 Katholiken zum evangelischen Glauben übergetreten waren.

Digitized by Google

gewordenen Angriffen ein sehr lebhaftes Bedürfniß fühlten die Gunst der Regierung um jeden Preis zu behaupten, sondern sie hatte ihren Sitz im Schoße der allgemeinen Ritterschaft, die sich gegen die Tyrannei des von dem Cabinetsminister beherrschten engen Ausschusses auflehnte. So wie jedoch diese Opposition den Kampf gegen das herrschende System begann, mußte sie auch ihrer eigenen Unzulänglichkeit, die aus dem Mangel eines bestimmten Zusammenhanges mit dem Volke, eines Stützpunktes in der öffentlichen Meinung hervorgieng, inne werden und darum die Reform der ständischen Verfassung zu ihrem Feldgeschrei machen. Der größere Theil dieser aristokratischen Liberalen scharte sich um den jungen Albert von Carlowitz-Maxen, der die Hauptforderungen seiner Partei, „mittelbaren Einfluß auf die wichtigsten Angelegenheiten und Beschlüsse des Staats durch ächte Volksrepräsentanten und eine gleichmäßige Vertheilung der öffentlichen Lasten unter die privilegierte und nicht privilegierte Classe der Gesellschaft", kürzlich in Gestalt einer „Adresse des sächsischen Volks an seinen gütigen und geliebten König bei Eröffnung des Landtags" durch die Biene [1]) veröffentlicht hatte; ein anderer, klein an Zahl aber entschieden von den Anschauungen des modernen Constitutionalismus ausgehend, fand einen muthigen Sprecher an dem Kammerherrn O. F. H. v. Watzdorf auf Leichnam, einem Mann von großem Vermögen und unabhängiger Stellung. Derselbe legte sein Glaubensbekenntniß in einer Broschüre „Über die Nothwendigkeit einer Veränderung der im Königreich Sachsen dermalen bestehenden ständischen Verfassung" nieder, die er, da der Geheimrath ihr das imprimatur versagte [2]), in Hof drucken ließ.

1) November 1829, Nr. 46. Augsb. Allg. Zeitung 1829, Beilage Nr. 339. 342—344. „Die Störung des innern Friedens", warnt er, „ist in allen Ländern unvermeidlich, wo man still stehen zu dürfen glaubt, während die Zeit mit Riesenkraft vorwärtsschreitet und gebieterisch Folgsamkeit erheischt."

2) „Da es mit den ihm als Vasall und Landstand obliegenden Pflichten nicht vereinbar sei, in öffentlicher Druckschrift die verfassungs-

Digitized by Google

So nahmen denn auch innerhalb der Curien die Verhandlungen einen sehr erregten Charakter an und es war eine erste empfindliche Niederlage des engen Ausschusses, daß trotz seines Widerspruchs Ritterschaft und Städte in der Präliminarschrift vom 17. März, „um ihre Pflicht als Stellvertreter der Nation ohne Vorwurf zu erfüllen" unter dem Ausdrucke ihres lebhaften Bedauerns, daß in der langen Zeit seit dem letzten Landtage die Vorbereitung der zugesagten Gesetze nicht vollendet, die Mandate vom 19. und 20. Februar 1827 dagegen ohne die erbetene nochmalige Vorlegung erlassen worden seien, die dringende Bitte um Mittheilung einer allgemeinen Uebersicht des Gesamtstaatshaushaltes und um Reform der nicht mehr zeitgemäßen Landtagsverfassung erneuerten und zugleich ihre Absicht, die Bewilligung nur auf eine kürzere als die sechsjährige Dauer zu gewähren, aussprachen; die Universität fügte dem noch die Bitte um ungeschmälerte Erhaltung der Freiheit, über die Lehren der evangelischen Kirche und über die davon abweichenden Dogmen und Meinungen sich aussprechen zu dürfen, hinzu, behielt sich ihre ausführlichen Erinnerungen gegen die Mandate von 1827 vor und beantragte eine würdigere, der wahren Parität angemessenere Dotation der evangelischen Kirchen und Schulen.

Die hierauf 1. April ergangene königliche Resolution beharrte jedoch nach wie vor dabei die Vorlegung eines Budgets abzulehnen, „da die Absicht des Königs, ohnerachtet einiger Ausfälle in den fiscalischen Einnahmen von dem Lande erhöhte

mäßigen Rechte seines Landes- und Lehensherrn anzugreifen und einen zum großen Theil auf irrige Voraussetzungen gegründeten Tadel der ständischen Verfassung auszusprechen, auch die von ihm vermeinte Nothwendigkeit der Abänderung derselben auseinanderzusetzen, da die gesamten Landstände in den zeitherigen Landtägen auf deren Beibehaltung angetragen hätten, von Sr. Maj. auch diese Beibehaltung zugesichert worden sei." — Von einer gerichtlichen Verfolgung des Verfassers wurde zwar abgesehen, ihm aber des Königs ernstestes Mißfallen über das Ungeziemende seines Benehmens zu erkennen gegeben.

Digitized by Google

Leistungen nicht zu verlangen, den Ständen eine sicherere Bürgschaft gewähren müsse als die Darlegung von Übersichten, die ihnen eine richtige Einsicht nicht zu verschaffen vermöchten, wenn nicht damit Erläuterungen verbunden würden, welche eine unstatthafte Erweiterung der ständischen Befugnisse sein und das beglückende Verhältniß des Vertrauens und der Eintracht zwischen Fürst und Unterthanen leicht stören würden", auch versehe sich der König, daß die Bewilligung auf sechs Jahre erfolgen werde. So leicht ließen sich die Stände nicht abweisen; ja als v. Ende dem von ihm dirigierten engen Ausschuß der Ritterschaft begreiflich machen wollte, jene mißfällige Forderung dem klar ausgesprochenen Willen des Königs entgegen noch einmal vorzubringen, sei Felonie, zog er sich von seiten der Angegriffenen eine sehr scharfe Abfertigung zu. Unter dem Vorwande, um dadurch Zeit zur Vorbereitung der zu erwartenden wichtigen Gesetzentwürfe zu gewinnen, beantragten die Stände die Vertagung des Landtages bis Anfang 1832 und blieben dabei, die Bewilligung nur für drei Jahre aussprechen zu wollen. Die Entschiedenheit dieser Erklärung bewog die Regierung in beiden Punkten nachzugeben; die Verweigerung der Übersicht über den Staatshaushalt dagegen hielt sie aufrecht, wennschon mit der mildernden Erläuterung: die früheren darauf gerichteten Anträge der Landschaft seien aus der Befürchtung vor Steuererhöhungen und der Hoffnung dadurch den Landescredit zu stärken hervorgegangen, gegenwärtig sei aber der Antrag um so weniger am Platze, als die gewöhnlichen Steuern so bedeutende Überschüsse gewährten, daß selbst eine Verminderung derselben thunlich sei.

Nach diesem Anfang zu einer Annäherung wurden die Berathungen über die Bewilligung und die übrigen Angelegenheiten fortgesetzt. Am 22. Mai überreichten die Stände eine Beschwerdeschrift wegen der Mandate von 1827, wobei die allgemeine Ritterschaft das schon 1824 gestellte aber zurückgewiesene Gesuch, die Competenz der geistlichen katholischen Behörden mit Wegfall der ihnen zugestandenen Gerichtsbarkeit auf rein kirchliche Gegenstände zu beschränken, ausdrücklich wieder-

Digitized by Google

holte [1]). v. Wietersheim stellte als Mitglied der Ritterschaft den Antrag auf Erlassung einer allgemeinen Städteordnung, da in der altherkömmlichen städtischen Verfassung ein Haupthinderniß für das Aufblühen der Städte liege; ein anderes ritterschaftliches Mitglied sprach über die Nothwendigkeit einer Dorfgemeindeordnung. Wie befangen freilich die Auffassung der Stände noch in vielen Stücken war, zeigte sich, als die von der Regierung beantragte Aufhebung der Beschränkung von 1766, wonach Bauernkindern die Erlernung eines Handwerks nicht eher gestattet war, als bis sie vom 14. Jahre an vier Jahre lang bei der Landwirthschaft und zwei davon bei der Gerichtsherrschaft gedient hatten, nur die Zustimmung der beiden städtischen Ausschüsse fand, von den ritterschaftlichen Curien und den allgemeinen Städten dagegen, von letzteren aus Furcht vor Beeinträchtigung ihrer Nahrungsquellen, verworfen wurde.

Am 19. Juni übergaben die Stände die Hauptbewilligungsschrift; sie blieben darin bei ihrer Bitte um Vorlegung einer Übersicht über den Staatshaushalt stehen, indem sie dieselbe, um dem Vorwurfe zu begegnen, als ob sie eine unstatthafte Erweiterung der ständischen Befugnisse bezwecke, ausführlich begründeten [2]), und sprachen die Bewilligung nur auf drei

1) Bemerkenswerth ist dabei die Motivierung: daß, selbst wenn man es für eine Zurücksetzung der römisch-katholischen Kirche achten wollte, ihr nicht alle Befugnisse beigelegt zu sehen, welche die protestantische Kirche ausübt, dieser vermeintlichen Imparität ohne allen Nachtheil für die protestantische Kirche würde abgeholfen werden können, wenn auch die protestantischen geistlichen Behörden auf rein kirchliche Sachen zurückgeführt würden.

2) „Bei weitem zum kleinsten Theile ist es das Unsrige, was wir den Bedürfnissen des Staats als Opfer darbieten. Es ist das Vermögen, es sind die Kräfte des Volks, an dessen Stelle wir die Bewilligung der Mittel aussprechen, welche der Staat zu seiner Erhaltung bedarf. Je weniger noch jetzt wie in der Vorzeit die Abgaben eine nur vorübergehende Belastung sind, je weniger ein blühender Wohlstand des Landes ihre Entrichtung erleichtert, desto mehr verbindet uns Pflicht und Gewissen, für die möglichste Schonung unserer Mitbürger zu thun, was irgend ge-

Digitized by Google

Jahre aus, die allgemeine Ritterschaft jedoch nur unter der zuversichtlichen Voraussetzung, daß alsdann diesem Gesuche werde entsprochen werden; die Universität mit Wiederholung der Erwartung, daß die Freiheit in Schrift und Rede zu belehren in Sachsen, das bisher anderen deutschen Ländern hierin vorgeleuchtet habe und dadurch der Mittelpunkt des literarischen Verkehrs und der wissenschaftlichen Thätigkeit geworden sei, ferner unverkümmert erhalten werden möge. Auf den Vorschlag des Geheimenraths wies das Decret vom 8. Juli, durch welches der Landtag bis zum 6. Januar 1832 vertagt und zur Berathung der Gesetzentwürfe fünf Zwischendeputationen niedergesetzt wurden, den Antrag wenigstens nicht direct zurück, sondern sagte dessen nähere Erwägung zu; als weitere Concession wurde nunmehr der Druck der Landtagsacten zugegeben, jedoch unter strengster Verpflichtung des Druckers und unter Stempelung jedes einzelnen Bogens, damit außer den Ständen und den Archiven kein Exemplar circuliere.

Einem unbefangenen Beobachter konnte die Wahrnehmung nicht entgehen, daß Sachsen an einem Punkte angelangt war, wo entweder die Regierung freiwillig den Weg durchgreifender Reformen beschreiten oder die Wucht der neuen Ideen gewaltsam die Fesseln der alten Zustände sprengen müsse. Zum

stattet ist und den Gebrauch keines Mittels zu sorgfältigster Prüfung dessen, was das Wohl des Landes erheischt, zu vernachlässigen, das zu erlangen wir vermögen. Weit mehr, als das Volk noch vor Jahrzehnten von seinen Stellvertretern forderte, fordert der Geist unserer Tage und wir würden nur das Vertrauen der Nation aufopfern, nur das Band, welches durch das Bestehen unserer ständischen Verfassung das Volk an seinen Fürsten bindet, schwächen, nur möglicherweise Wünsche hervorrufen, deren Erfüllung vielleicht kaum heilsam sein dürfte, wenn wir diesen Geist der Zeit, den zu beherrschen außer unserer Macht steht, unbeachtet lassen wollten. . . . Wenige sind, die sich nicht als Mitglieder des Gemeinwesens fühlen, die nicht lebendigen Antheil an dem nehmen, was das Ganze betrifft, die sich nicht für fähig halten auch Maßregeln der öffentlichen Verwaltung zu beurtheilen und daher die Gründe dieser Maßregeln zu kennen verlangen. . . Der Geist der Öffentlichkeit gilt für den Genius des öffentlichen Wohls."

Digitized by Google

erstenmale verrieth sich die öffentliche Stimmung bei dem Jubelfest der Augsburgischen Confession am 25. Juni 1830. Durch die Keckheit, mit der der Katholicismus neuerdings in Sachsen sein Haupt erhob, gewann dieses Fest noch eine ganz besondere Bedeutung; es war dem Volke Herzenssache, durch eine glänzende Feier zu beweisen, daß die auf seiner Liebe und wohlbegründeten Gerechtsamen ruhende protestantische Kirche noch unverletzt sei. Um so tiefer beleidigte es das öffentliche Gefühl, daß in einigen und namentlich in den beiden größten Städten die Behörden, sei es aus übertriebener Ängstlichkeit vor unliebsamen Demonstrationen oder aus einer ebenso unwürdigen als unverlangten Rücksicht auf den katholischen Hof, das Fest, wenn nicht geradezu zu hemmen, doch zu ignorieren suchten. In Dresden kam es darüber, daß das Rathhaus unerleuchtet geblieben war, zu unruhigen Auftritten, die das Einschreiten des Militairs nöthig machten. In Leipzig wurde ein Aufzug der Schulkinder untersagt, der von den Studenten in Uniform beabsichtigte, vom Rector genehmigte Fackelzug durch das Verbot des durch seine Herrschsucht und als Schleppträger Einsiedels zwiefach verhaßten Polizeipräsidenten v. Ende vereitelt, der ausdrücklich deshalb vom Landtage herbeigeeilt war. Am Abend brach ein Tumult aus, dem Polizeipräsidenten wurden die Fenster eingeworfen; die Polizei, von einem Picket Truppen unterstützt, griff in brutaler Weise ein und das Unglück wollte, daß ein ganz unbetheiligter Kaufmannsdiener durch einen Bajonnetstich eine tödliche Verwundung erhielt. Die ganze Bevölkerung der Stadt trug das vermeintliche Opfer polizeilicher Brutalität in düsterem Schweigen zu Grabe. Eine Bürgeradresse verlangte unparteiische Untersuchung, die Regierung ordnete eine solche an, aber die Polizei verweigerte unter allerlei Vorwänden die Auslieferung der Acten und das Publikum erfuhr von dem Ergebnisse nichts; als aber der Unwille über die Störung der Jubelfreude mehrere achtbare Bürger auf den Gedanken brachte, einen Verein zu Besprechung städtischer Angelegenheiten zu stiften, wurde der Einladung dazu die Druckerlaubniß verweigert. Solche Vor-

Digitized by Google

gänge erzeugten ein reizbares Mißbehagen, das nur des äußeren Anlasses wartete um sich laut und offen zu bethätigen [1]).

Kurz darauf brach die Julirevolution in Paris aus; auf die vielfach erregten Gemüther konnte dieses Ereigniß nicht ohne tiefen Eindruck bleiben; es machte mit dem Gedanken an Selbsthilfe vertraut. Dennoch war es in Sachsen nicht entfernt in demselben Maße wie anderwärts die Theorie des constitutionellen Liberalismus, worin die herrschende Unzufriedenheit gipfelte; wie diese überhaupt keine theoretische war, sondern unmittelbar sehr fühlbaren materiellen Übelständen entsprang, so richtete sie sich auch zunächst gar nicht einmal gegen die allgemeinen sondern nur gegen die localen und persönlichen. Aber einmal ins Rollen gekommen riß sie das ganze herrschende System mit sich fort und führte so zu einer anfangs weder beabsichtigten noch geahnten Umgestaltung des gesamten Staatswesens.

Ein Polterabendlärm in Leipzig am 2. September und eine sich daraus entspinnende Schlägerei zwischen Polizeidienern und Handwerkern bildete den unscheinbaren Ausgangspunkt der „sächsischen Revolution". Einmal aufgereizt zog der Haufe, meist Lehrlinge, vor das Haus des Polizeipräsidenten v. Ende, zertrümmerte Fenster und Straßenlaternen und versuchte die Wohnung zu stürmen, die Polizei wagte schon nicht mehr ernstlich einzuschreiten. Am nächsten Abend wiederholte sich begünstigt durch die schadenfrohe Passivität der Bürgerschaft der Unfug, ohne daß eine schnell herbeigezogene Abtheilung von 50 Mann Kavalerie ihm zu steuern vermochte. In seiner Noth berief der Magistrat am 4ten eine Anzahl Bürger aufs Rathhaus, Maßregeln zur Wiederherstellung der Ordnung mit ihnen zu besprechen. Hier aber brach der langverhaltene Groll in den heftigsten Vorwürfen gegen den Rath über die Härte seines Regiments, die Veruntreuung des Gemeindevermögens hervor, nur theilweise wurde der Sturm

1) Sachsens Umbildung, S. 30 ff. — K. v. Steinbach, S. 42.

Digitized by Google

durch das Versprechen einer Rechnungsablegung beschwichtigt [1]). In wenigen Augenblicken war die Allgewalt des leipziger Stadtraths dahin; die Bürger hatten sich der Bevölkerung angeschlossen.

Mit dem einbrechenden Abend rotteten sich die Haufen, diesmal mit Studenten und Bürgern vermischt, aufs neue zusammen, ertrotzten von dem Polizeipräsidenten die Herausgabe zweier Verhafteten und das Versprechen seiner Amtsniederlegung. Einzelne Scharen, wie es schien unter bestimmter Leitung, warfen sich auf die Wohnungen verschiedener besonders verhaßter Beamter und begannen dieselben unter dem Beifallsrufe der gaffenden Menge zu demolieren, darunter die eines Rathsherrn, der wegen des Bezugs eiserner Hospitalbettstellen von auswärts sich den besonderen Haß der Schlosser zugezogen hatte; die Lohnkutscher hatten es auf die Eilwagen im Poststall abgesehen; auch die brockhausschen Schnellpressen schwebten in Gefahr zerstört zu werden; ein anderer Sturm richtete sich gegen die Freudenhäuser, die aus Gewinnsucht von der Polizei begünstigt wurden. Die ganze Stadt sah sich über Nacht der Anarchie preisgegeben, man war auf Brandlegung und andere Greuel gefaßt. Da endlich ermannten sich am Morgen des 5ten auf den Ruf des gebeugten Raths die Bürger und bildeten, an der weißen Armbinde kenntlich, eine Nationalgarde unter selbstgewählten Führern. Von ihrem Rector Krug aufgefordert schlossen sich die Studenten an und in wenigen Stunden war die Ordnung wiederhergestellt.

Am folgenden Tage langten Geheimerrath v. Carlowitz und Hofrath Meißner als königliche Commissare aus Dresden nebst 1200 Mann Truppen an; aber die Art, wie sie ihren Auftrag ankündigten, verdroß und paßte nicht mehr zur Sachlage, da der Aufruhr bereits gestillt war. Desto entschlossener fanden sie die Bürgerschaft, ihre Beschwerden gegen das Stadt-

1) Diese Angabe K. Hase's bestreitet der damalige Stadtschreiber Heimbach in: Beleuchtung von „Sachsen und seine Hoffnungen".

Digitized by Google

regiment durchzufechten und darum keineswegs geneigt die Waffen ohne weiteres niederzulegen. Nicht mit ausreichender Vollmacht versehen erreichte die Commission die Beschwichtigung der Gemüther nicht; besser gelang diese dem Hof- und Justitienrath Müller, der sie 18. September ablöste. Die verhaßte Polizei wurde durch eine Sicherheitsdeputation ersetzt, was verletzt hatte, zurückgenommen oder gemildert und der Strom des öffentlichen Unwillens in das ungefährliche Bett von Beschwerden und Petitionen abgeleitet, die sich fast ganz auf die Interessen der einzelnen Corporationen beschränkten, zu einem guten Theil von kläglichen Standes- und Innungsvorurtheilen dictiert waren, überhaupt aber den Beweis vervollständigten, wie die ganzen leipziger Unruhen nichts als eine Stadtrevolution ohne jeglichen politischen Beigeschmack gewesen war. Aber allerdings war bei der engen Verflechtung der städtischen mit der ständischen Verfassung eine Umgestaltung jener nicht denkbar, ohne daß nothwendiger Weise auch diese davon betroffen wurde.

Ganz in ähnlicher Weise ließ sich die Bewegung an, die, durch Leipzigs Vorgang angeregt, wenige Tage darauf in Dresden zum Ausbruch kam; nur nahm sie hier dadurch, daß sie mit der Auflehnung des Geheimen Raths gegen die Cabinetsregierung zusammentraf, einen für das Allgemeine um vieles ernsteren Charakter an. Schon seit einiger Zeit gieng die Partei, welche an Einsiedels Sturz arbeitete, darauf aus, daß dem Prinzen Friedrich noch bei Lebzeiten seines Oheims ein Antheil an der Regierung eingeräumt werde. Geheimerrath v. Könneritz war der erste, der nach den Julitagen diesen Wunsch dem Grafen Einsiedel vortrug; das erstemal zurückgewiesen erneuerte er ihn dringender nach den Vorgängen in Brüssel, jedoch erst die Nachricht von den leipziger Unruhen erschütterte die Sicherheit des Cabinetsministers soweit, daß er den Antrag dem Könige vorlegte, der aber seine Genehmigung verweigerte; es wurde nur am 9. September beschlossen den Prinzen in Könneritz' Begleitung als Friedens- und Ordnungsstifter nach Leipzig zu senden. Allein die Reise unterblieb, weil

Digitized by Google

am Abend in Dresden selbst Unruhen ausbrachen. Zwei zu den Stadtthoren hereindrängende Volkshaufen stürmten dem Anschein nach nach vorbedachtem Plane das Rathhaus, warfen die Actenbündel auf die Straße und zündeten sie an; Vorstellungen von Bürgern retteten wenigstens die Vormundschaftsacten, bis eine Artillerieabtheilung aus Neustadt herbeieilte und das Rathhaus vor weiterem Unfuge schützte. Unterdessen war der Haufe auch in das Polizeigebäude eingedrungen; es wurde gänzlich demoliert, Alles, was sich darin fand, mit methodischer Berechnung auf der Straße verbrannt. Die aus den Cantonnierungen herbeigezogenen Schützen und eine Abtheilung Reiterei sahen sich durch einen Steinhagel zurückgetrieben, die spät aufgebotene und wenig zahlreich erschienene Nationalgarde zeigte keine Neigung einzuschreiten, ein Theil derselben schloß sich sogar der Menge an, als diese sich auf die Truppen warf und sie, da dieselben auffallenderweise von der Feuerwaffe nicht ernstlichen Gebrauch machen durften, nach der Brücke zurückdrängte. Am folgenden Morgen verließ das ganze Corps die Stadt, verfolgt von dem Hohn des Volkes, das den Schützen, seitdem sie gegen den Auflauf am Reformationsfeste heftiger als nöthig eingeschritten, besonderen Haß nachtrug.

Nunmehr nahm der Geheime Rath die Stillung, zugleich aber auch die Leitung der Bewegung in die Hand. Er beschloß die Niedersetzung einer Immediatcommission zur Aufrechthaltung der öffentlichen Ruhe, unter dem Vorsitz des Prinzen Friedrich bestehend aus den Geheimenräthen v. Zezschwitz, v. Lindenau und v. Könneritz, dem Generallieutenant v. Gablenz, dem Departementsdirector Eisenstuck und den Hof- und Justizräthen v. Zedlitz und Müller. Auf ihren Ruf bildete sich eine Sicherheitsbürgergarde, zu deren Commandanten v. Gablenz ernannt wurde; wer sich meldete, erhielt ein Gewehr aus dem Zeughause. Leute, die sich bisher, durch Rang und Standesvorurtheil geschieden, wie Fremdlinge gegenübergestanden, fanden sich auf einmal als Bürger zu einer Volkswehr zusammen. Ihre erste Waffenthat war die Säuberung der Brandstätte im Polizeihause, etliche dort gemächlich weiter demolierende Handlanger

Digitized by Google

des Tumults wurden ergriffen und wanderten auf den Königstein. Die sowohl von dem österreichischen als dem preußischen Gesandten angebotene Truppenhilfe wurde von der Regierung aus triftigen Gründen abgelehnt. Am 11ten machte die Commission bekannt, daß sie beauftragt sei, Wünsche und Anträge über städtische Angelegenheiten anzunehmen, worauf am 12ten Bürgerversammlungen zu Erörterung der Hauptbeschwerden zusammentraten, die in der Altstadt sieben Vertrauensmänner zu ihren Wortführern erwählte. Tags darauf verkündigte die Commission, daß der Stadtrath unter Verzicht auf sein Privilegium keine Kämmereirechnung abzulegen künftig die jährlichen Rechnungen über Einnahmen und Ausgaben den von der Commune zu erwählenden Repräsentanten zur Prüfung und Genehmigung vorlegen werde.

Hätte die Aufregung bloß in der Unzufriedenheit über locale Mißstände ihren Grund gehabt, so wäre hiermit ihr Ziel erreicht gewesen. Aber sie erstreckte sich weiter. Zwar standen auch in den Petitionen der dresdener Bürgerschaft die städtischen Beschwerden obenan, mehrere derselben aber richteten sich auch auf die allgemeinen Landesangelegenheiten; namentlich die von dem Obersteuerprocurator H. G. Eisenstuck, einem Manne des höchsten öffentlichen Vertrauens, verfaßte der Neustadt forderte baldigste Berufung der Stände, Vorlage des Budgets, Reform der ständischen Vertretung, Preßfreiheit, Aufhebung des Geleites, Belebung der Industrie, Ersparungen im Staatshaushalte, Erledigung der kirchlichen Beschwerden, Sicherstellung gegen das Einschleichen der Jesuiten. Dazwischen erhob sich in den Reihen der Bürgergarde immer lauter der Ruf, der König möge zu Gunsten des Prinzen Friedrich abdanken; nicht als ob die sächsische Gutmüthigkeit an eine gewaltsame Entthronung gedacht hätte, aber man wollte ihn in aller Ehrerbietung, äußerstenfalls durch einmüthige Kundgebung des allgemeinen Volkswunsches dahin bringen, selbst aus Rücksicht auf die Wohlfahrt des Landes diesen Entschluß zu fassen. Sobald der Prinz von diesem Vorhaben Kunde erhielt, ließ er den Geheimenrath v. Könneritz zu sich rufen. „Nimmermehr",

Digitized by Google

rief er entrüstet aus, „mag ich der König von Rebellen sein, um keinen Preis kann ich gestatten, daß meinem Onkel ein solches Leid geschehe!“ Nur Könneritz' Vorstellung, daß seine Anwesenheit in der Residenz unter den gegenwärtigen Umständen unerläßlich sei, brachte ihn von dem Gedanken ab, ernsteren Zumuthungen durch seine Entfernung auf den Königstein auszuweichen. In Begleitung der Minister v. Nostitz, v. Zezschwitz und v. Lindenau verfügte sich hierauf Könneritz zum Grafen Einsiedel; sie drangen in ihn, er solle den König unverzüglich dahin disponieren, daß er durch Erwählung des Prinzen zum Mitregenten dem Weitergreifen der Bewegung vorbeuge. Der Graf lehnte dies für seine Person ab, stellte es jedoch dem Geheimen Rath als oberster Landesbehörde anheim seinerseits bei dem Könige den Vorschlag zu erneuern; er verschwieg, daß er, durch ein Handbillet des Königs aufgefordert, soeben seine Entlassung gegeben hatte. So begaben sich also die Geheimenräthe nach Pillnitz um dem Könige diesen Wunsch selbst vorzutragen. In hohem Grade überrascht verlangte dieser vorher sich mit seinem Bruder zu besprechen, theilte aber zugleich dem Geheimenrath v. Lindenau mit, daß er ihn zum Cabinetsminister ernannt habe, kurz darauf auch den Übrigen nicht nur die Gewährung ihres Wunsches sondern auch die unverlangte Verzichtleistung des Prinzen Maximilian. Die Minister eilten auf der Stelle nach der Stadt zurück um durch Veröffentlichung des Geschehenen der drohenden Bewegung zuvorzukommen. Die Nachricht ward mit allgemeinem Jubel aufgenommen.[1]). Die am 14ten zur Musterung vor dem König und dem Prinzen aufgestellte Volksbewaffnung empfing beide mit höchster Begeisterung, zumal gleichzeitig eine Anordnung bekannt wurde, daß die Grundzüge

1) v. Könneritz' eigener Bericht im Archiv für sächs. Gesch. I, 169. — Graf Einsiedel starb 20. März 1861, 88 Jahr alt. Im Jahre 1848 stellte sich heraus, daß er noch immer Portofreiheit genoß, was das Märzministerium sofort aufhob. — Nach Böttiger II, 665 hätte an dem Entschluß des Königs einer seiner ältesten und treuesten Diener, der Marquis Piatti, an dem des Prinzen Maximilian dessen zweite Gemahlin, Louise, geborene Prinzessin v. Lucca, großen Antheil gehabt.

Digitized by Google

einer Städteordnung unverzüglich ausgearbeitet werden sollten. Bei der darauf folgenden Illumination wurden dem Prinzen die Pferde ausgespannt. Das eben noch so schläfrige Dresden schien wie umgewandelt; es schwelgte in dem Selbstgefühl eine Revolution gemacht und siegreich gemacht zu haben [1]). Sehr übel wurde es daher aufgenommen, als der nunmehrige Mitregent die Bürger zur Rückkehr zu ihren friedlichen Geschäften einlud, und eine Bekanntmachung der Commission, deren Vorsitz jetzt Prinz Johann übernommen hatte, die baldige Beendigung ihrer bewaffneten Dienstleistungen in Aussicht stellte; man fürchtete, die Bürgerschaft solle unmerklich entwaffnet werden, bevor ihre Forderungen erfüllt seien, man verabredete sich nicht auseinanderzugehen. Aber die Zusicherung des Mitregenten, daß ohne den Willen der Bürgerschaft kein Militär in die Stadt aufgenommen werden solle, beschwichtigte die auftauchende Widersetzlichkeit schnell und die Bürgergarde erbot sich freiwillig zu gemeinschaftlicher Dienstleistung mit den Truppen. „Ich habe mich nicht getäuscht", erwiderte der Prinz herzlich; „das Vertrauen, welches ich vom ersten Augenblick in Sie setzte, hat sich herrlich bewährt. Vertrauen erweckt wieder Vertrauen; darum bitte ich, vertrauen Sie auch mir. Ich glaube es zu verdienen, mein Inneres sagt es mir." Am 23. September wurde das Leibregiment von der Bürgergarde feierlich eingeholt und theilte von nun an mit letzterer die Wachen. Durch die Ernennung des Prinzen Johann zum Commandanten sämtlicher Communalgarden des Landes wurde die Gestaltung derselben zu einem bleibenden Institute ausgesprochen.

Schon am 18. September erfolgte die Antwort der Commission auf die bei ihr eingereichten Petitionen. Außer dem wiederholten Versprechen einer Städteordnung und einer Erklärung des Raths, über die Theilnahme der Bürgerschaft an der Wahl der Rathsmitglieder mit der Gemeinde

1) Tiedge dichtete ein Bürgerlied nach der Melodie der Marseillaise; statt „Aux armes, citoyens!" lautete der Refrain: „Streut Blumen hin!"

Digitized by Google

verhandeln zu wollen, gab sie als wichtigste Zusagen die Änderung des Stadtpolizeicollegs und der Armenpflege, Ablösung des Mahlzwangs, Aufhebung der Nationalgarde, die Bereitwilligkeit der Regierung zu einer Reform der Verfassung durch Übereinkunft mit den Ständen, die Versicherung, daß es niemals im Sinne der Regierung gelegen habe, dem Jesuitenorden den Eingang in das Land zu gestatten, daß aber die Bitte rücksichtlich des Aufwandes für die katholische Kirche auf übertriebenen Gerüchten beruhe. Der verhaßte, zufällig auf Urlaub abwesende Minister v. Manteuffel wurde durch Ernennung zum Bundestagsgesandten ferngehalten.

Die übrigen Städte des Landes ließen das Beispiel der Hauptstädte nicht ungenutzt; überall brachen Beschwerden gegen Stadträthe und mißliebige Persönlichkeiten hervor, meist in ziemlich harmloser Weise und ohne erhebliche Störung der Ordnung; nur in Chemnitz verwüstete der Pöbel die Häuser zweier katholischer Einwohner, nicht aus Fanatismus sondern aus gemeiner Raubsucht. Das platte Land hielt sich mit Ausnahme von einigen oberlausitzer Weberdörfern und ein paar gebirgischen Waldorten ruhig, so daß die Regierung, welche Commissare in die verschiedenen Landestheile gesendet hatte, schon am 5. October verkündigen konnte, daß es der Vereinigung von treuem Bürgersinn mit ihrem ernsten Wirken gelungen sei die Ruhe des Landes überall wiederherzustellen, welche mit Nachdruck aufrechtzuerhalten sie entschlossen sei, daß ferner die Vorbereitungen zu einer Reform nicht bloß der städtischen sondern auch der Landes-Verfassung sowie des Abgabensystems getroffen seien. Es war daher ein sinniger Gedanke, in beiden Hauptstädten das Reformationsfest zugleich durch Einführung der neuen Communrepräsentanten und als eine Art politisches Friedens- und Versöhnungsfest zu begehen, wobei in Leipzig die Bürgerschaft den Studenten eine kostbare Fahne zum Geschenk machte. In Dresden traten am Tage nach dem Feste 127 Katholiken öffentlich mit der Erklärung hervor, daß nach ihrer Überzeugung statt der römischen eine reformierte, rein katholische Kirche gegründet werden müsse. Am

Digitized by Google

7. November löste sich die außerordentliche Commission auf, die provisorischen Gemeinderepräsentanten traten in Wirksamkeit und ließen sich vor allem die Untersuchung der Communalfinanzen angelegen sein, die freilich arge Dinge ans Licht brachte. Die sehr nothwendige Organisation der in der Eile allzu bunt zusammengerafften Volksbewaffnung geschah durch das Regulativ vom 29. November, nach welchem in 36 Städten eine Communalgarde errichtet wurde [1]).

1) Mit großem Mißbehagen betrachtete Metternich den Sieg des Liberalismus in Sachsen; er schrieb darüber an den österreichischen Gesandten in Dresden, Grafen Coloredo, aus Preßburg, 28. September 1830: „Ew. Hochgeboren Berichte bis zum 20sten sind mir richtig zugekommen. Deren Inhalt ist von der bedauerlichsten Art. Se. Maj. der Kaiser haben mir zur Pflicht gemacht, das königlich sächsische Cabinet durch Ew. Hochgeboren in die volle Kenntniß Allerhöchstdero Gefühle und Ansichten setzen zu lassen. Es ist schon lange her, daß Se. k. k. Maj. die Leichtigkeit zu bedauern Ursache hatte, mit welcher die dortige Regierung dem Aufkeimen leidiger Symptome der Bearbeitung des Volksgeistes die Hand geboten hat. Kein deutscher Staat konnte ein besseres, dem regierenden Hause ergebeneres Volk aufweisen als das königlich sächsische. Kein Staat war seinerseits mehr mit väterlichen Regenten gesegnet als eben dieser Staat. Daß sich Ereignisse, wie die gegenwärtigen, ergeben konnten, würde unerklärbar sein, wenn es nicht deutlich vor Augen läge, daß die Regierung das, was vorgieng, nicht beachtete, und demnach am Tage des Ausbruchs völlig unvorbereitet war. Unter den Ereignissen unserer verhängnißvollen Zeit könnten wir uns kaum eins denken, welches in seiner Veranlassung leichter und in den Folgen schwerer sein könnte. Von jeher gewöhnt, das Königreich Sachsen, Regierung und Volk, als ein Muster deutscher Sitte zu betrachten, wie ungebeihlich müssen uns nicht die Folgen von Begebenheiten erscheinen, welche in Ursprung und Form das reine Nachbild der Ereignisse in fremden Staaten sind, deren Geschichte und Volksgeist so wesentlich von dem deutsch-vaterländischen abweichen? Welches Beispiel liefert Sachsen heute nicht andern deutschen Stämmen? Se. Maj. der Kaiser als erster Bundesfürst und als Nachbar können das Vorgefallene nie genug bedauern. Ich erfülle demnach eine Pflicht, indem ich Ew. Hochgeboren den Auftrag ertheile, sich über die Gefühle unseres allerhöchsten Herrn gegen den königlich sächsischen Hof sowohl als gegen das Cabinet rund und unumwunden auszusprechen. Wenn Ew. Hochgeboren nicht früher Weisungen erhielten, so war unser Stillschweigen nur die Folge der grenzenlos anarchischen Lage der Dinge zu Dresden. In

Digitized by Google

So durch und durch morsch war das herrschende System gewesen, daß es nur eines ganz leisen Stoßes bedurfte um es zum Fall zu bringen; der Sieg der liberalen Ideen war mit verhältnißmäßig geringfügigen Opfern erkämpft worden. Die ersten unerläßlichen Straßenexcesse hatte der Pöbel besorgt; der bürgerliche Mittelstand duldete sie um die Allmacht der Stadträthe zu stürzen; schließlich bemächtigte sich die höchste Landesbehörde, der Geheime Rath, der Bewegung um sie zum Sturz der Cabinetsregierung und als Ausgangspunkt der für unausweichlich erkannten Neugestaltung des Staatswesens zu benutzen. Nur einmal noch versuchten es die rege gewordenen revolutionären Leidenschaften den ruhigen Gang der gesetzlichen Reform gewaltsam zu unterbrechen. In Dresden hatte sich, zunächst aus Mitgliedern der ehemaligen Nationalgarde, deren Auflösung am 4. December nicht ohne Widersetzlichkeit vor sich gegangen war, ein Bürgerverein gebildet, der, obgleich ein Sitz des beschränktesten Zunftgeistes, unter der Leitung etlicher phantastischer Köpfe als seinen Zweck erklärte, der Nationalgarde für die ihr am 4. December „vor Europa, ja auch vor anderen Welttheilen" angethanen Beschimpfung Genugthuung zu verschaffen, sich als politische Gewalt zu gerieren anfing, sogar Bürgerrepräsentanten vorlud und dem wiederholten Befehle der Auflösung trotzte. Winkelpressen verbreiteten aufreizende Anschläge und eine ultrademokratische Constitution „wie sie das sächsische Volk sich wünschte" [1]); als endlich zwei Mitglieder wegen Verbreitung aufrührerischer Schriften verhaftet wurden, brach, am 17. April 1831, der Aufruhr aus; ein bewaffneter

solchen Momenten ist jeder Rath unnütz; heute, wo die Dinge entweder zur gänzlichen Niederlage der königlichen Gewalt oder zur Rückkehr zur Ordnung führen müssen, würden wir unser Stillschweigen als die Versäumniß einer heiligen Pflicht betrachten müssen. Se. Maj. wollen und können es nicht als möglich betrachten, daß die königliche Regierung sich Gesetze durch einen aufgeregten Pöbel oder durch irre geführte Bürger vorschreiben lasse." Portfolio (1836) II, 375.

1) mit dem Motto: „Und wird sie nicht gewährt, so pochen Wir mit dem Flintenkolben an."

Digitized by Google

Haufe befreite die beiden Gefangenen aus dem Rathhaus, die Communalgarde, die ungemein wenig Kampflust zeigte, richtete obgleich durch ein Bataillon Linie unterstützt nichts aus; selbst General v. Gablenz und Prinz Johann wurden insultiert, ehe es gelang der Befreiten wieder habhaft zu werden. Am nächsten Morgen trotz Entfaltung stärkerer militärischen Kräfte von neuem wüstes Toben, bis die Truppen Feuer gaben und mehrere Todte auf dem Platze blieben, worauf die Ruhe schnell wiederhergestellt wurde. Nicht wenige von den Schuldigen büßten auf dem Zuchthause [1]). Der Vorfall bewies, wie nothwendig es sei die Communalgarde von allen unzuverlässigen Elementen zu säubern, was auch ohne Verzug geschah. Leichter als diese Störung der Ordnung gieng eine andere in Leipzig am 30. August vorüber, welche durch die Weigerung der Communalgarde ein neues Wachtlocal zu beziehen veranlaßt war [2]).

Durch diese Ausschreitungen unbeirrt gieng die Regierung den Weg der Reform ruhig weiter; sie war nicht zweifelhaft, daß weder die Octroyierung noch eine constituierende Versammlung sondern nur die vertragsmäßige Übereinkunft zur Ausgleichung zwischen den bestehenden Rechten der Vergangenheit und den nicht minder begründeten Anforderungen der Gegenwart führe und die Rechtscontinuität wahre, und zu diesem Zwecke wurden die bis zum Januar 1832 vertagten Stände schon auf den 1. März wieder einberufen. Drei wichtige Gesetzentwürfe, bestimmt die Grundpfeiler der neuen Ordnung zu bilden, überreichte bei Eröffnung des Landtages [3])

1) „Dresden vor, während und nach dem 17. und 18. April" von Freimund Reimer (1831). — Advocat Mosdorf, der Verfasser jener Constitution, und Communrepräsentant Bertholdi kamen auf 15 Jahre auf den Königstein, wo ersterer 1833 sich selbst entleibte.

2) F. Stolle, Die sächsische Revolution (1835). — Sachsens Umbildung, S. 42 ff. — Vollständige Sammlung aller in Dresden vom 10. September an publicierten Bekanntmachungen ꝛc. (1830).

3) Ammon predigte dabei über den Text: „Ich glaube aber doch, daß ich sehen werde das Gute des Herrn im Lande der Lebendigen."

Digitized by Google

der älteste der Minister, v. Nostitz und Jänkendorf, dem Landtagsmarschall, eine Verfassungsurkunde, eine Städteordnung und ein Ablösungsgesetz samt der Erklärung des Königs, daß er bereit sei, wichtige Regierungsrechte freiwillig den Beschränkungen einer zeitgemäßen Verfassung zu unterwerfen, die freie Verfügung über das Kammervermögen und die fiscalischen Einkünfte gegen Festsetzung einer Civilliste und von Apanagen aufzugeben und die Vereinigung des Ertrags der Domainen und anderer fiscalischer Einnahmen mit der Steuercasse zu genehmigen; zum Beweis, daß die Höhe der geforderten Civilliste und Apanagen mit dem Ertrage der Domainen und Regalien im Verhältniß stehe, wurde den Ständen die so oft verweigerte Übersicht des gesamten Staatshaushaltes vorgelegt. Auch diesmal noch fanden die ständischen Verhandlungen wesentlich in der alten Form statt, da zwar die drei städtischen Abtheilungen sich zu gemeinschaftlichen Berathungen vereinigten, die Ritterschaft dagegen auf eine solche Vereinfachung nicht eingieng. Die Veröffentlichung der ständischen Verhandlungen, von den früheren Beschränkungen befreit, fand bei der Ungenießbarkeit des ständischen Actenstils im Publikum nicht die erwartete Theilnahme; ebenso ergieng es den neben den Landtagsacten von einer ständischen Deputation redigierten Mittheilungen über die Verhandlungen des Landtags, die daher lange vor Schluß des Landtags wieder abbrachen. So ermangelte also auch dieser Landtag des lebendigen Contacts mit der Außenwelt und folgerichtig trug das Werk, welches er zu Stande brachte, von vornherein den Stempel der Unfertigkeit. Wirklich freisinnig war nur die Regierung, von den beiden Ständen, der Ritterschaft und den Städten, war jeder nur liberal auf Kosten des anderen, an ein gänzliches Aufgeben der ständischen Grundlage der Verfassung wurde von keiner Seite gedacht.

Eine lange und unangenehme Verhandlung entspann sich über die Civilliste und die Apanage; für jene wurde etwas über 740000 Thaler, so jedoch, daß diese Summe durch jährlichen Abzug von 10000 Thalern bis auf 640000 Thaler vermindert

Digitized by Google

würde, für diese 180000 Thaler verlangt. Um die Angemessenheit dieser Forderung beurtheilen zu können, gieng man an die Prüfung des vorgelegten Staatshaushaltes, nach welchem der Ertrag der Domainen zu 670013 Thalern, der der Regalien zu 966942, der indirecten Abgaben zu 899250 Thalern, die Gesamteinnahme zu 4,884305 Thalern, die Ausgabe zu 4,604353 Thalern angenommen war; es stellte sich heraus, daß die Nutzungen der dem Lande zu überlassenden Domainen schon jetzt dem Betrag der dafür vom Staate zu übernehmenden Leistungen wenigstens gleichkamen und voraussichtlich ihn in kurzem namhaft übersteigen würden, dennoch gieng der König in wirklich hochherziger Weise auf eine Herabsetzung der Civilliste für seine Regierungszeit auf 500000 Thaler mit einem transitorischen, jährlich um 10000 Thaler zu verringernden Zusatze von 50000 Thalern ein. Dem Mitregenten setzte man 20000 Thaler Zuschuß zu seiner Apanage aus. Verwickelter waren die Erörterungen über das Staats- und Familiengut und den Hausfideicommiß; das meiste Bedenken erregte die Bestimmung, daß der Besitz der königlichen Sammlungen, Geräthe und Kostbarkeiten nur in der albertinischen Linie vererben solle, weil dadurch die Möglichkeit offen gelassen war, daß diese Schätze einst vom Lande getrennt werden und in andere Hände übergehen könnten. Schließlich einigte man sich dahin, daß das Eigenthum des Hausfideicommisses zwar auch ferner dem königlichen Hause, jedoch ohne Beschränkung auf Linie und Geschlecht zugeschrieben und der Besitz desselben als vom Lande unzertrennbar und unveräußerlich dem jedesmaligen Regenten Sachsens verbürgt wurde.

Nach Erledigung dieses delicaten Punktes kam die Städteordnung an die Reihe, welcher die preußische und die bairische zu Vorbildern gedient hatten [1]). Zu den Berathungen über dieselbe wurden auch aus einigen Städten Mitglieder der Communrepräsentanten gezogen. Die Deputierten der Stadt-

1) Der Entwurf war von dem späteren App.-Ger.-Präs. Meißner ausgearbeitet.

Digitized by Google

räthe versuchten erst einigen Widerstand, aber von der Ritterschaft im Stich gelassen mußten sie nachgeben und die Städteordnung gieng siegreich aus den Berathungen hervor. Die Gelegenheit zur Vergeltung kam für die Städte unmittelbar darauf bei der Berathung über die Verfassung, denn während hier die Ritterschaft mit Ausnahme einer dem Gemeinwohle sich freudig unterordnenden Minorität [1]) mit großer Zähigkeit für die Rettung ihrer Standesprivilegien stritt, liehen die Städte der Regierung überall ihren Beistand, wo es die Bekämpfung dieser aristokratischen Opposition galt; fast bei allen freisinnigen Veränderungen, die der Verfassungsentwurf erfuhr, gab das städtische Votum den Ausschlag, wobei fast immer die Deputierten von Dresden und Leipzig, namentlich Eisenstuck, der, was bisher ohne Beispiel, gar nicht dem Stadtrathe angehörte, als Vorkämpfer auftraten. Trotzdem gelang es der Ritterschaft einzelne ihr mißliebige Bestimmungen, z. B. den Satz, daß alle Gerichtsbarkeit vom Könige ausgehe, zu entfernen, und selbst die Frage der Steuerfreiheit wurde nach heftigem Streite zuletzt im Ganzen zu ihren Gunsten entschieden. Als eine Nachwirkung der vorhergegangenen Kämpfe gegen die Übergriffe der katholischen Kirche kam auf Antrag der Stände [2]) in die Verfassung die ausdrückliche Bestimmung, daß in Sachsen weder neue Klöster errichtet noch Jesuiten oder irgend ein anderer geistlicher Orden jemals aufgenommen werden dürften. Das unvollkommenste Stück des Verfassungswerkes war unstreitig die Zusammensetzung der Volksvertretung nebst dem Wahlgesetz. Um sich der bisherigen Verfassung möglichst eng anzupassen stellte der Entwurf nicht nur das Zweikammersystem sondern auch die Vertheilung der Abgeordneten zur zweiten Kammer nach Ständen auf. Die erste Kammer sollte sich zusammensetzen aus: den volljährigen Prinzen, dem Hochstift

1) namentlich v. Watzdorf, Graf Hohenthal, Crusius, v. Leyser, v. Erdmannsdorf, v. Wietersheim, Ziegler v. Klipphausen, zum Theil auch Fürst Schönburg-Waldenburg.

2) speciell des zittauer Syndicus Bergmann.

Digitized by Google

Meißen, den Besitzern der schönburgischen Receßherrschaften und der Herrschaft Wildenfels, einem Abgeordneten der Universität Leipzig, den Standesherren zu Königsbrück und Reibersdorf, dem evangelischen Oberhofprediger, dem Decan des bautzner Domstifts, dem Superintendenten zu Leipzig, dem Abgeordneten des Collegiatstifts Wurzen, dem Besitzer der schönburgischen Lehnsherrschaften, zehn auf Lebenszeit gewählten Abgeordneten der Rittergutsbesitzer, einer Anzahl vom Könige auf Lebenszeit ernannter Besitzer von Rittergütern mit jährlich mindestens 4000 Thalern Reinertrag und den Bürgermeistern von sechs größeren Städten. Diese letzteren aus der Kammer zu verdrängen, machte die Ritterschaft große Anstrengungen; hier aber wich die Regierung, von den Städten unterstützt, nicht, und da auch noch andere Städte auf die nämliche Ehre Anspruch machten, so erfuhr schließlich der frühere Plan noch eine Erweiterung, indem dem Könige die Berufung von sechs Bürgermeistern außer denen von Dresden und Leipzig anheimgegeben wurde. Dagegen setzte die Ritterschaft die Erhöhung der Zahl der von ihr zu wählenden Mitglieder von zehn auf zwölf, die Normierung der vom Könige zu ernennenden auf zehn und zwar mit der Bestimmung, daß diese Zahl stets voll sein müsse, durch. Noch lebhafter und länger war der Streit über die Bildung der zweiten Kammer, indem die Ritterschaft hartnäckig das Übergewicht des Landes über die Städte zu sichern strebte. Der Streit endete mit einem Compromiß; die Städte bewilligten der Ritterschaft statt fünfzehn Abgeordneter deren zwanzig, letztere gestand der Industrie fünf besondere Vertreter zu. Ein ganz neues Element bildeten die 25 Abgeordneten des Bauernstandes. Die in einer solchen Zusammensetzung begründeten Mängel wurden noch durch ein auf dem Bezirkszwang basiertes und den Grundbesitz einseitig bevorzugendes Wahlgesetz verschlimmert, das gerade die intelligentesten Classen zum größten Theile sowohl vom Ständesaal als von der Wahlurne ausschloß und sich überhaupt so mangelhaft und flüchtig bearbeitet erwies, daß es sehr bald eine Menge Erläuterungen und Nachträge erforderte. Einzelne Neben-

Digitized by Google

bestimmungen desselben wurden bei der Berathung zweckmäßig geändert, auch der bäuerliche Census herabgesetzt.

Nach sechsmonatlicher Berathung war man so weit, daß die wenigen Punkte, über die unter Ritterschaft und Städten noch Streit war, nach alter Verfassung von den Ständen der schiedsrichterlichen Entscheidung der Regierung überlassen werden konnten, zwischen der Regierung selbst aber und den Ständen keine Meinungsverschiedenheit mehr bestand. Die Regierung berief nun eine aus den höchsten Staatsbeamten zusammengesetzte Versammlung um auf Grund der ständischen Erklärungen die Verfassung zu vollenden. Diejenigen Bestimmungen des Entwurfs, welche die Stände verworfen hatten, wurden beseitigt; die ständischen Anträge zu demselben erhielten sämtlich die Genehmigung der Regierung; über die Punkte, über welche die Stände unter sich nicht einig geworden waren, mußte die Regierung entscheiden; sie that dies durchweg für die liberalere Meinung, z. B. für die Beiziehung der unansässigen Städtebürger zur Wahlfähigkeit, den Wegfall des Census bei den Mitgliedern städtischer Behörden und für die Öffentlichkeit der Sitzungen; nur dem Antrage der Städte auf Errichtung eines in der Zwischenzeit von Landtag zu Landtag in Wirksamkeit tretenden ständischen Ausschusses pflichtete sie nicht bei.

Am 4. September fanden sich zum letztenmale die alten Stände vor den Stufen des Thrones ein um aus der Hand des Königs die Verfassungsurkunde, aus seinem Munde das Versprechen ihrer steten und treuen Beobachtung zu empfangen; nachdem sie durch den Landtagsmarschall ihre dankbare Annahme erklärt, brachten sie die Verfassungsurkunde unter Glockenklang und Kanonendonner nach dem Landhause, wo sie niedergelegt wurde. Am 13. September folgte die Verkündigung des Wahlgesetzes.

Es war ein großer, bedeutsamer Fortschritt, den Sachsen mit Einführung der Verfassung that, es wäre Undank, zu läugnen, daß diese in vieler Beziehung wohlthätig und segensreich gewirkt hat. Nur hätte man nicht so triumphierend verkünden sollen, daß Sachsen mit dem 4. September in die

Digitized by Google

Reihe der constitutionellen Staaten eingetreten sei. Die neue Verfassung war keine Constitution im Sinne des Repräsentativsystems, sie war nicht eine Beseitigung des alten Zustandes sondern ein Compromiß zwischen dem alten und dem neuen, und wie sie weniger aus der Strömung der Zeitideen als aus der natürlichen Reaction gegen den unerträglich gewordenen Druck von Mißbräuchen und Übelständen aller Art hervorgegangen war, so erhob sich auch ihr nächstes Ziel nicht über die Beseitigung dieser Mißbräuche und die Verhütung ihrer Wiederkehr. Damit war damals die große Mehrheit des Volkes vollkommen zufrieden, aber dem ganzen Staatswesen wurde dadurch von vornherein der Stempel der Halbheit aufgedrückt und mit dem ersten Erwachen politischen Sinnes im Volke mußte auch dieser Zustand allgemeiner Befriedigung sein Ende erreichen.

Durch die Verfassung vom 4. September wurde Sachsen zum erstenmale unter einer Verfassung zu einem untheilbaren, ohne Zustimmung der Stände in seinen Bestandtheilen oder Rechten unveräußerlichen Staate vereinigt und damit zugleich stillschweigend die Lehensabhängigkeit der Oberlausitz von Böhmen beseitigt. Doch aber konnte die Verfassung nicht in allen Landestheilen sofort unbedingt in Anwendung gebracht werden. Denn nicht nur mit der Oberlausitz, die noch die alte aristokratische Selbstregierung der Stände besaß und erst 1821 eine neue Verwaltungseinrichtung mit der Oberamtsregierung an der Spitze bekommen hatte, blieben deswegen weitere Verhandlungen vorbehalten, sondern auch die Receßverhältnisse des Hauses Schönburg waren von vornherein bis auf weitere vertragsmäßige Übereinkunft von den Bestimmungen der Verfassungsurkunde ausgenommen worden und die Schönburge, ebenso die Besitzer der Herrschaft Wildenfels, versäumten nicht ihre und ihrer Unterthanen Rechte und Immunitäten vor jedem Angriffe der künftigen Gesetzgebung zu sichern. Die Kreistagsverfassung in den alten Erblanden blieb bestehen. Unerledigt blieb die Verfassung der Kirche. Zwar hatte auf Veranlassung des Superintendenten Großmann der Predigerverein der Ephorie

Digitized by Google

Leipzig eine Petition um eine Presbyterial- und Synodalverfassung, der der größte Theil der evangelischen Geistlichkeit beitrat, an den König und Landtag gerichtet; da aber die Laien sich gegen den Plan ganz gleichgiltig verhielten, ja ihn sogar im Verdachte hierarchischer Bestrebungen hatten, so fand dieser erste Versuch der sächsischen Landeskirche eine Verfassung auszuwirken nirgends Anklang. Bloß die dritten Feiertage, zwei Marientage, das Michaelis- und das Johannisfest verloren ihren kirchlichen Charakter.

An die Umgestaltung der Verfassung schloß sich unmittelbar die der Verwaltung an. Durch Verordnung vom 7. November wurden das Geheime Cabinet und der Geheime Rath aufgelöst und dafür sechs Ministerialdepartements errichtet, die mit dem 1. December ihre Wirksamkeit begannen. v. Lindenau, die Seele der neuen Schöpfung, übernahm das Ministerium des Inneren als das für das politische Leben wichtigste, gab dasselbe aber im Jahre 1836 an v. Nostitz und Jänkendorf (bis 1844, st. 1858) ab, indem er Minister ohne Portefeuille blieb und das Directorium der Straf- und Versorgungsanstalten übernahm, für das er auch allein Gehalt bezog; das Justizministerium wurde, da der anfänglich dafür bestimmte Oberconsistorialpräsident Gruner am 8. October 1831 gestorben war, dem Kanzler v. Könneritz übertragen; einen ausgezeichneten Finanzminister erhielt das Land an v. Zeschau (st. 1870), und damit das bürgerliche Element im Ministerium nicht fehle, übernahm das Ministerium des Cultus und öffentlichen Unterrichts Dr. Müller, den sein versöhnlicher Charakter und die als königlicher Commissar in Leipzig erworbene Popularität für diese Stelle empfahlen. Kriegsminister wurde v. Zezschwitz, das Äußere behielt v. Minkwitz (bis 1835, st. 1857); H. G. v. Carlowitz erhielt als besondere Auszeichnung die Ernennung zum Staatsminister ohne Portefeuille [1]), das Commando der Armee, welches seit Lecoqs Tode Prinz Friedrich geführt hatte, v. Cerrini. Am 16. November wurde, im Ganzen nach dem

1) Nach Müllers Tode 1836 übernahm er das Cultusministerium.

Digitized by Google

Muster des preußischen, ein Staatsrath unter Vorsitz des Prinzen Johann bestehend aus den volljährigen Prinzen, den Ministern und den vom Könige außerdem Berufenen als berathende Behörde in allen an ihn zu verweisenden Sachen errichtet. Die Justizpflege wurde nunmehr ausschließlich dem Justizministerium übergeben, der bisherige Einfluß der Finanzbehörden auf die Justizämter beseitigt; um die Trennung der Justiz von der Verwaltung einzuleiten und wenigstens für die höchsten Stellen durchzuführen theilte man die bisherige Landesregierung in das Landesjustizcollegium, das dem Justizminister, und die Landesdirection, die dem Ministerium des Innern untergeben wurde. Präsident dieser letzteren, die bis zur Organisation der administrativen Mittelbehörden eine provisorische Centralbehörde namentlich auch zur Bearbeitung der dem Landtage vorzulegenden Gesetze zu bilden bestimmt war und auf welche auch die Geschäfte der aufgelösten Landesregierung übergiengen, wurde Ed. v. Wietersheim. Das Obersteuercollegium blieb vorläufig in Wirksamkeit und trat zum Finanzministerium in das Verhältniß, in welchem es vorher zum Geheimen Rathe gestanden hatte. Die Verordnung vom 1. October 1831 sprach die Gleichstellung der Adeligen und der Bürgerlichen bei den juristischen Prüfungen aus; an die Stelle der bisherigen vielartigen und seltsamen Benennungen der Regierungsverfügungen traten die einfacheren Ausdrücke Gesetz und Verordnung. Dem den Winter über fast in allen Städten geführten Kampfe zwischen Stadtrath und Communrepräsentanten setzte die Bekanntmachung der Städteordnung vom 2. Februar 1832 ein Ziel. Dem Landmann brachte das Gesetz über Ablösungen und Gemeinheitstheilungen vom 17. März 1832 die ersehnte Erleichterung; nach demselben sollten vom 1. Januar 1842 an die Befugnisse der Bevorrechtigten nicht länger durch Verjährung erworben werden; die Wachtdienste und die Vormiethe wurden sogleich und unentgeltlich, der Dienstzwang spätestens von 1836 an abgeschafft, die dem Staate zu leistenden Jagddienste theils abgelöst theils aufgehoben; alle Frohnden und Servituten wurden danach vom 1. Januar 1833 an ablösbar, die Ab-

Digitized by Google

lösung erfolgt bei jenen gemeiniglich durch Capital- oder Rentenzahlung, bei diesen auch durch Abtretung von Land, bei ausbleibender freiwilliger Vereinigung gehörte die Wahl der Ablösungsmittel dem Verpflichteten. Die gleichzeitige Errichtung der Landrentenbank stellte jedem Berechtigten frei, ob er die Ablösungsrente von dem Pflichtigen selbst beziehen oder gegen 3½ % Rentenbriefe, durch deren Ausstellung die Bank an die Stelle der Berechtigten trat, dem Staate abtreten wollte. Mit dem 1. April 1832 gieng die Erbunterthänigkeit in der Oberlausitz ein [1]). Mit letzterer kam über die durch die Verfassung nöthig gewordenen Veränderungen ihrer ungemein hochgehaltenen Particularverfassung 9. December 1832 eine Übereinkunft zu Stande, wodurch sie in allgemeinen Landesangelegenheiten den Erblanden gleichgestellt wurde, daneben aber ihre besondere politische und kirchliche Verfassung erhalten blieb [2]). Auch mit der Universität wurde, da die Stände 1830 die Reform von 1829 noch nicht für ausreichend erklärt hatten, 1832 ein weiterer Vertrag geschlossen, kraft welches die Verwaltung der Universität theilweise auf das Cultusministerium übergieng und die ganze Verwaltung ihres Vermögens einem von letzterem bestellten Rentmeister, zum Theil unter Concurrenz des Rectors und zweier Professoren, übertragen wurde. In

1) Sachsens Umbildung, S. 112 ff.

2) Vervollständigt wurde dieses Abkommen durch die Ordnung der Provinzial-Landtagsverfassung der Oberlausitz; nach dieser blieben die Provinzialstände, bestehend aus den Ständen des Landkreises und denen der Vierstädte; ohne vorherige Anfrage dürfen sie alljährlich höchstens drei wirkliche Landtage, außerordentliche nur mit Genehmigung der Regierung halten. Die ständischen Beamten sind: der Landesälteste als Vorstand der Provinzialstände und der Landesbestallte, zugleich des ersteren Stellvertreter, beide aus den Rittergutsbesitzern allein auf zwei Jahre durch die Stände des Landkreises gewählt. — Einen Versuch, die verbrieften Rechte der Oberlausitz auch gegen die allgemeinen Bestimmungen der neuen Verfassung zu retten, unternahm C. F. Wiesand: Beiträge zur Beurtheilung der besonderen staatsrechtlichen Verhältnisse der Oberlausitz (1832).

Digitized by Google

demselben Jahre erfolgte die Aufhebung der italienischen Oper in Dresden.

Die politische Erregtheit, welche die Entstehung und Einführung der neuen Verfassung begleitet hatte, war weder tief noch von langer Dauer. Die Furcht vor der den Grenzen sich nähernden Cholera und die Theilnahme mit den durch Sachsen ziehenden verbannten Polen beschäftigten die öffentliche Aufmerksamkeit in höherem Grade als die vielen wichtigen Fragen des inneren Staatslebens, die noch der Lösung harrten, da man diese mit vollem Vertrauen den Händen einer als liberal und wohlwollend bewährten Regierung überließ. Selbst die freiheitsmörderischen Bundesbeschlüsse vom 28. Juni und 5. Juli 1832 wurden von den Wenigsten in ihrer ganzen Tragweite empfunden und die Regierung war so weit davon entfernt, dieselben zu einer Handhabe reactionärer Gelüste zu machen, daß das Votum, mit welchem ihr Gesandter den sechs Propositionen beitrat, eine Art indirecter Rechtsverwahrung zu Gunsten der ständischen Rechte enthielt [1]), und die Zusicherung, mit welcher die sächsische Regierung, ähnlich wie dies auch einige andere thaten, die Publikation jener Beschlüsse (24. Juli) begleitete, „daß nämlich dadurch den gesamten verfassungsmäßigen Rechten der neuen Stände nirgends Eintrag geschehen könne und solle", den weiteren Bundesbeschluß vom 8. November hervorrief: „Daß durch solche beigefügte erläuternde Beisätze der allgemeinen Verbindlichkeit des Bundesbeschlusses vom 28. Juni in keiner Beziehung irgend ein Eintrag habe geschehen können, sowie solches ohnehin auch nicht in der Absicht der

1) „Die sächsische Regierung nimmt um so weniger Anstand, denselben beizutreten, als sie in den bestehenden Bundesgesetzen und der Geschäftsordnung der Bundesversammlung völlig gegründet sind und als dadurch die verfassungsmäßigen Rechte der Stände und namentlich die den diesseitigen nach § 97 der sächsischen Verfassung zustehende Befugniß hinsichtlich des Ermessens der Bewilligung und Aufbringung der zur inneren Regierung für erforderlich zu achtenden Mittel nicht beschränkt, auch die Erschöpfung aller verfassungsmäßigen Einigungsmittel dabei überall vorausgesehen wird."

Digitized by Google

einzelnen Regierungen gelegen habe." Es geschah vielleicht nicht ohne Absicht, daß die Regierung kurz nach dem Bekanntwerden jener Beschlüsse, am 13. Juli, eine gottesdienstliche Feier des Jahrestags der Übergabe der Verfassungsurkunde anordnete; viele Städte bezeichneten die Feier des ersten Constitutionsfestes durch Einführung der neuen Gemeindebehörden. Die Censur wurde mild gehandhabt, nur gegen den Preßverein, der sich in Plauen gebildet hatte, wurde, vielleicht nicht ganz freiwillig, die Auflösung verfügt. Eine von Watzdorf und Graf Hohenthal-Püchau entworfene Protestation gegen die Bundesbeschlüsse fand nicht genug Unterschriften um diesem Schritte eine höhere Bedeutung zu geben.

Nicht die verhängnißvolle Wendung der politischen Angelegenheiten am Bundestage war es, was die öffentliche Sorge am meisten auf sich zog; in viel höherem Maße wurde diese durch die dem Handel und der Industrie sehr schmerzlich fühlbare Entwicklung der commerziellen Verhältnisse erweckt, die sich bereits seit einer Reihe von Jahren außerhalb des Bundes, ja im Gegensatz zu demselben zu vollziehen angefangen hatte, seit der Zeit nämlich, wo Preußen, erkennend, daß auf eine Besserung der allgemeinen deutschen Zollverhältnisse vorläufig noch nicht zu hoffen sei, diese auf seinem eigenen Gebiete in die Hand zu nehmen und die alte Zoll-, Durchgangs- und Handelsabgaben-Verfassung durch ein allgemeines und einfaches Grenz-Zollsystem zu ersetzen sich entschlossen hatte. Am 9. Mai 1818 theilte die preußische Regierung der sächsischen den Entwurf ihrer neuen Steuerverfassung mit um letztere zu den etwa dagegen zu erhebenden Vorstellungen zu veranlassen; obgleich aber die Commerziendeputation auf verschiedene Nachtheile, welche das preußische System für den Handel und die Industrie Sachsens haben werde, hinwies, so war man damals in Dresden zu wenig in der Stimmung sich mit Preußen in näheren Verkehr einzulassen, um jener Aufforderung Beachtung zu schenken. Um so lauter erschollen die Klagen, als das Gesetz vom 26. Mai, durch welches Preußen alle Zölle an die Außengrenzen verlegte, dem Prohibitivsystem entsagte und zu dem

Digitized by Google

allerdings desto strenger zu handhabenden Schutzzoll-System übergieng, mit dem 1. Januar 1819 in Kraft getreten war. Man bezichtigte Preußen der Verletzung seines im letzten Frieden gegebenen Versprechens, Sachsen durch die wohlwollendsten und ihm nöthigsten Einrichtungen im Nahrungsbetriebe zu schützen aber nicht zu beeinträchtigen; selbst der Staatswirthschaftslehrer Krug verurtheilte das preußische System aufs schärfste und verwahrte sich, selbst angenommen, daß es eine Wohlthat sei, dagegen, daß ein Staat fremden Unterthanen eine solche aufdrängen dürfe [1]). Die leipziger Kaufmannschaft erklärte dasselbe für den Ruin des Handels mit und durch Preußen, indem es den Absatz sächsischer Erzeugnisse dorthin erschwere, den Verkehr an den Grenzen wie auf den preußischen Jahrmärkten für sächsische Verkäufer ganz unmöglich mache und mehr noch als durch die Höhe seiner Sätze durch die strenge Grenzbewachung gleich Verboten wirke. Nun fing auch der deutsche Handelsstand an sich zu regen. Auf der leipziger Ostermesse von 1819 gründete eine Anzahl Fabrikanten den Verein zur Beförderung des deutschen Handels und Gewerbes, sie ernannten den tübinger Professor Fr. List zu ihrem Consulenten und richteten an den Bundestag den Antrag auf Herstellung eines allgemeinen deutschen Zollsystems unter Aufhebung aller Binnenzölle. Allein der Bundestag, der dahinter nur politische und revolutionäre Tendenzen witterte, that nichts. Auf den karlsbader und wiener Conferenzen kam zwar die Ausführung des Art. 19 der Bundesacte zur Sprache, aber ohne daß etwas geschah. Auch dem sächsischen Geheimen Rathe erschien bei der Unmöglichkeit, die Beibehaltung des bisherigen Steuersystems und die von vielen Seiten gewünschte Aufhebung aller auf dem Handel und Verkehr ruhenden Abgaben mit einander zu vereinigen als das äußerste Erreichbare, wenn die aus einem andern deutschen Bundesstaate herrührenden Waaren im Verkehr keinen anderen Beschränkungen unterliegen dürften als die inländischen, allenfalls mit Beibehaltung eines mäßigen und

1) Hermes III, 279 ff.

Digitized by Google

nach gleichförmigen Grundsätzen zu regulierenden Transitzolls; überhaupt aber hielt er diesen Gegenstand noch für viel zu wenig vorbereitet, als daß er darüber ein Gutachten zu eröffnen sich getrauen könne [1]). Offenbar hatte Preußen vollkommen recht, als es dem Handelsverein auf dessen Beschwerden die Antwort gab: daß es weit entfernt sei, durch einseitige Maßregeln den Wohlstand seiner Nachbarstaaten untergraben zu wollen, sich vielmehr freuen werde, wenn alle deutschen Staaten sich über ein gemeinsames Handelssystem vereinigen könnten, daß aber der Zustand und die Verfassungen der einzelnen Staaten noch keineswegs zu gemeinsamen Anordnungen vorbereitet erschienen. Die sächsische Regierung schien sich über die wirkliche Lage der Dinge noch keineswegs klar zu sein; sie beharrte auf ihrem passiven Groll und lehnte daher sowohl die Anträge Sachsen-Gothas auf gemeinschaftliche Schritte um eine Annäherung an Preußen zu erstreben als auch den Vorschlag des preußischen Bevollmächtigten v. Jordan, alle Schwierigkeiten durch einen mit der eben in Unterhandlung begriffenen Hauptconvention zu verbindenden Handelsvertrag zu beseitigen, ab. Wie vorauszusehen, mehrten sich nun nur die Klagen des sächsischen Handelsstandes gegen Preußen, bei der Ungleichheit der beiderseitigen Kräfte konnte der Ausgang des sich entspinnenden Handelskriegs nicht lange zweifelhaft sein. Als die sächsische Regierung in Berlin mit Berufung auf den Frieden von 1815 wegen vermeintlicher Bedrückung des leipziger Meßhandels durch die preußischen Zollämter Beschwerde erhob, erhielt sie von Graf Bernstorff 6. November 1823 die Antwort: da die leipziger Kaufleute alles Mögliche thäten um die naumburger, nur für den inneren Verkehr Preußens wichtigen Messen zu zerstören, so beobachte man als Gegenmaßregel das strengere Verfahren, werde aber sogleich zu dem milderen zurückkehren, sobald die leipziger Handlungen die naumburger Messe wieder wie früher besuchen würden. Die sächsische Regierung machte nun den Versuch, ob nicht wenigstens eine

1) Dresdn. Arch.

Digitized by Google

Zollerleichterung für sächsische Fabrikate von Preußen zu erreichen sei; dieses trug aber Bedenken, ohne ausreichenden Grund an Sachsen allein ein Zugeständniß zu machen, das zu großen Mißbräuchen Anlaß geben mußte.

Unterdessen begannen die Berathungen, welche die thüringischen Staaten im December 1822 zu Arnstadt über ihre Handelsinteressen gepflogen hatten, die Aufmerksamkeit der sächsischen Regierung auf sich zu ziehen; indeß ihre Geneigtheit, mit ihnen wegen Herstellung gemeinschaftlicher Handels- und Zolleinrichtungen in Unterhandlung zu treten, fand anfänglich keine Erwiderung. Der gothaische Minister v. d. Beck erklärte dem sächsischen Gesandten unverhohlen, man werde so lange als nur möglich den Beitritt zu dem preußischen System zu vermeiden suchen, da es höchst verhaßt sei, schließlich werde aber doch nichts anderes übrig bleiben, und so lieferten diese Unterhandlungen in den nächsten Jahren kein Ergebniß. Da erfolgte 18. Januar 1828 der Abschluß des bairisch-würtembergischen Zollvereins, für Sachsen ein überaus folgenschweres Ereigniß. Denn bei der Möglichkeit, ja Wahrscheinlichkeit, daß nunmehr die dazwischenliegenden kleineren Staaten nicht umhin können würden, sich dem einen oder dem anderen der beiden großen Vereine anzuschließen, sah es sich der Gefahr ausgesetzt in eine völlig isolierte Lage zu gerathen und den einzigen seiner Industrie noch offenen Absatzweg samt der Ausfuhr zum Meere sich verschlossen zu sehen. Um dem vorzubeugen, um zwischen dem südlichen Vereine und dem preußischen Systeme ein Mittelglied einzuschieben, das deren Vereinigung hinderte und die bisherige Zerrissenheit der von Furcht vor der ihnen drohenden Abhängigkeit von Preußen erfüllten kleineren Staaten in eine gewisse einige Dauer versprechende Form zu bringen, wurde am 26. März 1828 zwischen Sachsen und den ernestinischen Staaten zu Oberschönau eine Punktation unterzeichnet, welche die Gleichstellung ihrer Unterthanen rücksichtlich der Einführung und des Verkaufs ihrer Erzeugnisse als Hauptprincip festsetzte. Das durch seine geographische Lage besonders wichtige Kurhessen wurde sogleich zum Beitritt eingeladen aber auch

Digitized by Google

von anderer Seite auf das Eifrigste umworben. Schon stand der Kurfürst im Begriff mit Baiern abzuschließen, als der sächsische Bundestagsgesandte v. Lindenau nach Kassel eilte und ihn dahin brachte, sich vorerst weder für Preußen noch für Baiern zu erklären. Gleich günstigen Erfolg hatte Lindenau in Braunschweig, auch Nassau, Hannover, Bremen und Frankfurt schlossen sich dem Einverständnisse Sachsens und der thüringischen Staaten an. Am 21. Mai 1828 verpflichteten sich diese durch eine Präliminarconvention zu Frankfurt, während der nächsten drei Jahre einseitig weder einem Zollverbande beizutreten, noch die in ihren Ländern bestehenden Transitabgaben zu erhöhen, zu weiteren Berathungen aber eine neue Zusammenkunft in Kassel zu beschicken.

Am 18. August wurden diese unter Vorsitz des königlich sächsischen Ministers v. Carlowitz eröffnet; dessen Bemühungen stießen aber von vornherein, wie er selbst klagte, auf so viel „Unentschlossenheit, Furcht, Wankelmuth und Habsucht, sogar auf Gleichgiltigkeit gegen ein politisches Interesse, wo ein augenblicklicher Geldgewinn vorschwebte, auf so entschiedene Vorliebe für das preußische oder bairische Zollsystem und so kräftige Einwirkung von außen“ [1]), daß der am 24. September 1828 unterzeichnete Vertrag, durch welchen der Mitteldeutsche Handelsverein zunächst bis zum 31. December 1834 geschlossen wurde, außer den Bestimmungen der frankfurter Präliminarien, einer Verpflichtung zum Bau mehrerer Straßen und einigen Erleichterungen des Verkehrs mit Lebensmitteln kaum irgend eine Festsetzung von allgemeiner Bedeutung enthielt, vielmehr den einzelnen Mitgliedern ausdrücklich ihre bisherige Zollorganisation, zu deren Abänderung keines sich gutwillig verstand, beließ und überhaupt sich bloß negativ gestaltete; von Zeit zu Zeit sollten Berathungen über Fortbildung des Vereins gehalten werden, die königlich sächsische Regierung alle darauf bezüglichen Anträge in Empfang nehmen und den Übrigen mittheilen, auch das Original der Vertragsurkunde im dresdener

1) Archiv für die sächs. Gesch. I, 163.

Digitized by Google

Archive niedergelegt werden. Um daher wenigstens etwas Positiveres zu erreichen, schloß Sachsen, wie auch andere Vereinsmitglieder unter sich thaten, am 29. September mit den Ernestinern, Reuß und Schwarzburg noch einen engeren Verein zu Erleichterung des inneren Verkehrs.

Wie angelegen auch die hannöversche und die sächsische Regierung es sich sein ließen, Preußen über die Tendenz des neuen Vereins zu beruhigen und dieselbe als durchaus harmlos hinzustellen, so konnte dieses doch über dessen wahre Natur keinen Augenblick in Zweifel sein; es erklärte offen, daß es sich mit dem Mitteldeutschen Vereine niemals in nähere Verhandlung einlassen werde. Aber schon die nächste Zukunft sollte lehren, daß dies ganze Gebilde, in sich uneins und nach außen ohne Rückhalt, nicht im Stande sei, das von seinen Stiftern erstrebte Ziel, eine Annäherung zwischen dem nördlichen und dem südlichen Vereine unmöglich zu machen, in Wirklichkeit zu erreichen. Am 14. Februar trat Hessen-Darmstadt dem preußischen Zollsysteme bei, am 27. Mai folgte der Vertrag Preußens mit dem süddeutschen Zollvereine „um den bis dahin todten Buchstaben des Art. 19 der Bundesacte wenigstens für einen Theil von Deutschland ins Leben zu rufen", als der unverkennbare Vorläufer einer noch innigeren Zolleinigung weithin von den einen mit Freude, von den anderen mit Bestürzung begrüßt. Außerdem erklärte Preußen ausdrücklich seine Geneigtheit, auch mit anderen Staaten, die den Wunsch dazu bethätigten, in einen Zollverein zu treten. Der Mitteldeutsche Verein dagegen verlor von Tag zu Tage mehr an Boden in der öffentlichen Meinung und an Vertrauen bei den eigenen Mitgliedern. Hatte schon v. Lindenau die Ohnmacht desselben schmerzlich zu empfinden gehabt, als er bei seiner Anwesenheit in Brüssel dort neue Handelswege zu eröffnen versuchte, so trat diese auf der Anfang Juli zu Kassel eröffneten Conferenz noch viel deutlicher hervor. Trotz aller Ängstlichkeit der Kleineren, ihrer Selbständigkeit nichts zu vergeben, äußerte gerade auf sie der Vertrag vom 27. Mai seine magnetische Kraft zuerst. Vergebens suchten die Wortführer,

Digitized by Google

da eine wirkliche Zolleinigung ganz unerreichbar blieb, Vereinbarungen über andere Gegenstände, über gleiche Münze, Maß und Gewicht und Heimatsrecht, über Sicherung des Buch- und Kunsthandels herbeizuziehen; sie mußten froh sein, in der 11. October unterzeichneten Übereinkunft eine Verlängerung des Vertrags bis Ende 1841 durchzusetzen; aber die Verpflichtung bis dahin keinem anderen Vereine beizutreten erfolgte nur unter dem ausdrücklichen Vorbehalte, daß mit Preußen und dem süddeutschen Vereine Verhandlungen über gegenseitige Verkehrserleichterungen angeknüpft werden sollten. Nebenbei gaben diese Verhandlungen der sächsischen Regierung Anlaß sich der Schlichtung der zwischen Hannover und Braunschweig ausgebrochenen Wirren anzunehmen und dieselbe würde dem Minister v. Carlowitz wohl früher gelungen sein, wenn nicht der Herzog Karl durch geheime auswärtige Einflüsse in seinem Trotz bestärkt worden wäre; erst nachdem März 1830 die Bundesexecution gegen ihn verfügt und Sachsen mit deren Vollzug beauftragt worden war, fügte sich derselbe.

In Gemäßheit des zu Kassel erhaltenen Auftrags unterließ die sächsische Regierung nicht durch v. Lindenau in vertraulicher Weise wegen einer Verständigung zwischen Preußen und dem Mitteldeutschen Vereine anzufragen. Allein jenes blieb dabei, daß es sich mit dem Verein in seiner Gesamtheit in keine Verhandlung einlassen werde; desto zuvorkommender zeigte es sich aber mit Sachsen allein wegen Ausgleichung der beiderseitigen Handelsinteressen in Berathung zu treten, nur wies Minister v. Schönberg 21. Januar 1830 darauf hin, daß die Anwendung der liberalen Grundsätze des preußischen Systems auf Sachsen freilich auch von dessen Seite Einrichtungen voraussetze, bei denen die wahre Gegenseitigkeit bestehen könne; wenn aber Preußens Nachbarn bei ihrem alten indirecten Abgabensystem stehen blieben, indes Preußen nothgedrungen andere Bahnen gehe, so hätten sie sich dann die etwaigen Nachtheile selbst zuzuschreiben. Lange schwankte die sächsische Regierung hin und her ohne zu einem bestimmten Entschlusse gelangen zu können. Nicht bloß die herrschende Abneigung gegen Preußen,

Digitized by Google

die Scheu, das einmal unternommene Werk so schnell wieder preiszugeben und die Bedenken gegen eine Umgestaltung der ganzen Steuerverfassung hielten sie davon zurück das Entgegenkommen Preußens zu erwidern sondern ganz wesentlich auch die getheilte Stimmung der eigenen Bevölkerung. Zwei polare Interessen standen sich in Sachsen entgegen; der Handelsstand und dessen Mittelpunkt, der leipziger Meßverkehr, auf welche die bisherige sächsische Zollgesetzgebung fast ausschließlich berechnet war, widerstrebten dem preußischen Schutzzollsystem aufs heftigste und wurde darin von der politischen Antipathie gegen das reactionäre Preußen unterstützt; die Industrie, die während der letzten Jahrzehnte mühsam mit einer Menge feindseliger Einflüsse gerungen hatte und bei Fortdauer des gegenwärtigen Zustandes ihren wachsenden Verfall vor Augen sah, schmachtete nach dem Schutz gegen die englische Concurrenz, den die Annahme des preußischen Tarifs verhieß, und nach der Wiedereröffnung des deutschen Marktes, der bisher drei Viertheile der sächsischen Gewerbe ernährt hatte. Die Regierung wußte nicht, wie diesen Gegensatz versöhnen. Aber die Verkehrsverhältnisse an der preußischen Grenze wurden immer unerträglicher, der Mitteldeutsche Verein immer unzuverlässiger. Die Fahnenflucht riß ein. Sachsen-Weimar machte den Vorbehalt seines Rücktritts, die Reußen schlossen 9. December 1829 einen Vertrag mit Preußen wegen ihres eventuellen Beitritts zum nördlichen oder südlichen Zollverein, Sachsen-Koburg und Meiningen desgleichen. Dieser Abfall der thüringischen Staaten, der Sachsen auch noch das letzte offen gebliebene Durchgangsgebiet verschloß, verbot länger zu zögern. Im August 1830 erklärte die Regierung an Preußen und Baiern, daß sie bereit sei ihr bisheriges System fallen zu lassen und einer allgemeinen Zoll- und Handelsvereinigung nach den Principien jener Staaten, sobald dieselbe nur Gleichheit der Rechte zur Basis habe, beizutreten. In einer Berathung der Commerziendeputation am 6. December, zu welcher auch acht Fabrikanten und sechs Kaufleute zugezogen waren, wurde der Anschluß an das preußische Zollsystem für die meisten Zweige der sächsischen Industrie als

Digitized by Google

unbedingt nothwendig, für andere wenigstens als ersprießlich anerkannt; die leipziger Kaufleute dagegen erklärten entschieden, der Anschluß werde den Handel gänzlich von Leipzig verscheuchen; für den Fall seiner Unvermeidlichkeit verlangten sie wenigstens außer einigen anderen Vergünstigungen Herabsetzung des preußischen Tarifs, Aufhebung des Meßrabatts für die preußischen Messen, welcher von ausländischen zum Verbrauch im Inlande bestimmten Waaren gewährt wurde, die Erlaubniß für alle leipziger Großhändler Privatlager ausländischer Waaren und fortlaufende Conti für dieselben beim Zollamte zu halten und für die Waaren der Meßkaufleute besondere Meßconti. Der Deputierte der Oberlausitz verwarf den Anschluß ebenfalls, weil er die Hauptnahrungsquelle dieses Landestheils, den Schleichhandel nach Böhmen, abschneiden müsse. Ein hierauf von Wietersheim, damals Director der Commerziendeputation, überreichtes ausführliches Gutachten, sprach sich mit Entschiedenheit für den Anschluß aus, der auf Sachsens Wohlstand nur vortheilhaft wirken könne, den Conflict zwischen Handelsfreiheit und Gewerbeschutz leicht, einfach und klar lösen werde, freilich aber das bisherige Steuersystem ganz unhaltbar mache, doch bei einer dem preußischen analogen Umänderung eine Mehreinnahme von einer halben Million verspreche. Es leuchtet demnach ein, daß die einzige Thatsache des unvermeidlich gewordenen Anschlusses an den Zollverein auch ohne Septemberrevolution hingereicht haben würde um mit dem Sturz des alten Steuersystems auch den der alten Verfassung nach sich zu ziehen; doch aber erleichterte der mittlerweile in Dresden eingetretene Umschwung das Gelingen des Werkes. Die nun ans Ruder gekommenen Männer, namentlich der nachherige Finanzminister v. Zeschau, ergriffen nicht bloß bereitwillig sondern mit Wärme den Gedanken eines allgemeinen deutschen Zollvereins. Noch vor Ablauf des Jahres eilte v. Lindenau, dem sich der weimarische Minister v. Gersdorff anschloß, nach Berlin um dem Könige von Preußen ein eigenhändiges Schreiben des Königs Anton zu überbringen mit dem Erbieten zu Unterhandlungen wegen einer allgemeinen Handelseinigung der deutschen Bundesstaaten,

Digitized by Google

zu welchem Behufe die preußische Regierung eine Conferenz von Bevollmächtigten Sachsens, Baierns, Würtembergs, Badens und Hessens nach Berlin berufen möge. Hocherfreut über diesen Beweis, daß Sachsen von dem früheren Mißtrauen gegen Preußen zurückkomme, sagte König Friedrich Wilhelm gern die Förderung dieses Planes zu, wennschon die Ausführung, namentlich in jetziger aufgeregter Zeit, eine schwierige Sache sei; auch der Kronprinz sprach sich warm dafür aus, und Lindenaus Vernehmungen mit dem Finanzminister v. Maaßen und dem Steuerdirector Kühlmeyer erweckten die besten Hoffnungen. Allein bald erhoben sich unerwartete Schwierigkeiten. Die preußische Regierung wurde durch die dringenden Vorstellungen ihrer Baumwollenfabrikanten gegen Sachsens Eintritt in den Zollverein bedenklich gemacht, die Lindenau übergebene königliche Antwort übergieng den Kern des Ganzen, die Berathung zum Zweck einer allgemeinen Vereinigung, völlig mit Stillschweigen und sprach nur im allgemeinen den Wunsch nach einer näheren und nur allmählich fortschreitenden Handelseinigung der deutschen Bundesstaaten aus. Zum thatsächlichen Beweise, daß Preußen nur mit jedem Staate gesondert zu unterhandeln gesonnen sei, schloß es 11. Februar 1831 mit Sachsen-Weimar einen Vertrag wegen dessen Eintrittes in den Zollverein. Damit war die Hoffnung auf das Zustandekommen eines allgemeinen deutschen Zollvereins vorläufig vereitelt und Sachsen mußte sich entschließen mit Preußen allein zu verhandeln. Um nun wenigstens auf Umwegen dem sächsischen Gewerbestande einen größeren Binnenmarkt, wenn auch mit beschränkterer Freiheit zu eröffnen, brachte v. Zeschau, der nebst v. Wietersheim zum Bevollmächtigten ernannt worden war, zunächst die Bildung von drei Zollsystemen, einem nord-, mittel- und süddeutschen, welche aber gegen das Ausland nur ein einziges bilden sollten, in Vorschlag, der sich aber an den von Preußen zu Gunsten seines Handels- und Gewerbestandes beanspruchten Ausnahmen zerschlug, da diese nur zu einer Verschlimmerung der ohnehin bedrängten Lage Sachsens geführt haben würden. Anderseits sah sich Preußen, wie v. Maaßen

Digitized by Google

einer nach Berlin berufenen Deputation der leipziger Kaufleute versicherte, obgleich zu einer Ausgleichung der sächsischen Interessen gern bereit, doch im gegenwärtigen Augenblicke gegenüber den lauten Ansprüchen eines Theils seiner Fabrikanten und namentlich Frankfurts a. O. außer Stande zu durchgreifenden Maßregeln die Hand zu bieten. Der letztere Punkt, die Behandlung der Meßplätze, von beiden Seiten mit der ganzen Kraft tiefgewurzelten Vorurtheils festgehalten, blieb nach wie vor der Hauptstein des Anstoßes, der allein die Verhandlungen um ein volles Jahr aufhielt, und an dem allerdings Sachsen noch ein viel höheres Interesse als Preußen hatte, da Leipzig mehr als den vierten Theil zu den indirecten Staatseinkünften beitrug. Ein zweiter von Wietersheim herrührender Entwurf, wonach die Eingangszölle für gemeinsame Rechnung und gemeinsamen Tarif erhoben, Leipzig einen Meßrabatt gleich Frankfurt erhalten und eine leichte Übergangssteuer für sächsische Fabrikate in Preußen entrichtet werden sollte, hatte kein besseres Schicksal, da Preußen, von der Furcht vor der sächsischen Concurrenz beherrscht, nicht nur den Schutzzoll gegen Sachsen und den ausschließlichen Meßrabatt für Frankfurt aufrechthielt sondern überdies noch eine Entschädigung von 25 % der sächsischen Theilquote an den gemeinsamen Zolleinnahmen für seine finanziellen Verluste bei dieser Einigung beanspruchte. Vergebens unterstützten Baiern und Hessen das Verlangen Sachsens nach Gleichstellung der Messen; die Verhandlungen geriethen in völligen Stillstand. Allein Kurhessens Beitritt zum preußischen Zollverein am 25. August 1831, der den Fortbestand des Mitteldeutschen Vereins fast zur Unmöglichkeit machte, sodie die rasch fortschreitende Verständigung zwischen Preußen und den süddeutschen Staaten enthielten für die sächsische Regierung die eindringlichste Mahnung auch ihrerseits nicht unthätig zu bleiben. Ende März 1832 traf v. Zeschau zur Wiederaufnahme der Verhandlungen in Berlin ein. Sachsens Zugeständniß, auf Grundlage eines auf völliger Gegenseitigkeit beruhenden Vertrages die preußischen Consumtionssteuern einführen zu wollen, beseitigte von vornherein eine Menge Schwierigkeiten; nur in Betreff

Digitized by Google

des Meßrabatts von 20%, den Preußen als Schutzwehr gegen den leipziger Meßhandel für Frankfurt forderte, erklärte v. Zeschau jedes Zugeständniß für unmöglich. Abermals drohte an diesem fast allein noch unausgeglichenen Punkte das Ganze zu scheitern. Allein der überraschend schnelle Fortgang der Verhandlungen zwischen Preußen und Baiern und der Abschluß des Vertrags zwischen dem preußisch-hessischen und dem bairisch-würtembergischen Vereine am 22. März 1833 zwangen Sachsen auch seinerseits zum Schluß zu kommen. Zeschau willigte in den Meßrabatt von 20% für Frankfurt für die nächsten zwei Jahre, wogegen Sachsen berechtigt sein sollte den nämlichen Waaren in Leipzig einen Rabatt von 5% zu gewähren; würde es jedoch vorziehen diesen nicht oder nach einem geringeren Satze zu erheben, so solle auch der frankfurter so herabgesetzt werden, daß zwischen beiden Plätzen ein Abstand von höchstens 15% verbliebe; der für Leipzig eintretende Rabatt wurde auch für Naumburg verwilligt. Falls sich nach Ablauf von vier Jahren ergebe, daß der frankfurter Handel zu dem leipziger in ein günstigeres Verhältniß getreten wäre, so solle eine weitere Ermäßigung des frankfurter Rabatts eintreten, dafür wurde Leipzig, und zwar nicht bloß für die Zeit der Messen, die Contierung zugestanden, wodurch es den Vortheil gewann, daß die von da aus nach Rußland gehenden Waaren nicht mehr einen höheren Zoll zu entrichten hatten als die von Frankfurt abgehenden. Preußen erhielt ein Präcipuum von 300000 Thlr., zu welchem Sachsen nicht ganz 20000 Thlr. beitrug. Auf diese Bedingungen erfolgte 30. März 1833 die Unterzeichnung des Anschlußvertrags, der vom 1. Januar 1834 an den preußisch-hessischen, den bairisch-würtembergischen und demnächst auch (11. Mai) den auf Preußens Anregung von den thüringischen Kleinstaaten gebildeten Verein mit dem Königreiche Sachsen zu einem großen Zollverein verband. Dem Hauptvertrage mit den Zusatzartikeln vom 31. März folgte am nämlichen Tage der Vertrag Sachsens mit beiden Zollvereinen wegen gleicher Besteuerung innerer Landeserzeugnisse.

So war endlich das mühselige Werk zu Stande gebracht.

Digitized by Google

Aber die Meisten nahmen es nur hin als ein unvermeidliches Übel; Eigennutz und Eigendünkel beschuldigten seine Urheber und namentlich Zeschau geradezu des Verraths an den wichtigsten Landesinteressen; so Manchen drückte das unbehagliche Gefühl, daß der Zollverein trotz der stipulierten Einstimmigkeit und, obgleich er einen Verein vollkommen selbständiger Staaten, nur mit gleicher Zollgesetzgebung, gleichen Tarifen, gemeinsamem Zollgebiete, nahezu vollkommener, den inneren Schmuggel beseitigender Verkehrsfreiheit und gemeinschaftlichen, nach der Bevölkerungszahl zu theilenden Zolleinnahmen bildete, die Mediatisierung der kleineren Staaten auf dem Gebiete der materiellen Interessen sei; die Wenigsten ahnten noch, welcher Segen für Sachsen wie für ganz Deutschland aus der neuen Schöpfung hervorgehen sollte [1]).

Zweites Hauptstück.

Sachsen unter der ständischen Verfassung von 1831 bis zur Änderung des Wahlgesetzes im Jahre 1848.

Es war die Absicht der Regierung gewesen, die neuen Stände noch vor Ablauf des Jahres 1832 einzuberufen; da jedoch bei der Mangelhaftigkeit des Wahlgesetzes und bei der Neuheit des Geschäfts, namentlich der dazu erforderlichen zeitraubenden Güterabschätzungen, die Wahlen sich nicht vor Jahres-

1) Falke (J.), Geschichte des deutschen Zollwesens (1869), S. 340 ff. — Weber (W.), Der deutsche Zollverein; Geschichte seiner Entstehung und Entwicklung (1869).

Digitized by Google

schluß völlig beendigen ließen, so konnte die feierliche Eröffnung
1833 des ersten constitutionellen Landtags erst am 22. Januar 1833 stattfinden. Zum Präsidenten der ersten Kammer ernannte der König den Landesältesten der Oberlausitz v. Gersdorff auf Gröditz, zu dem der zweiten aus den von der Kammer vorgeschlagenen Candidaten den Generalleutnant v. Leyßer; daß auf den Vicepräsidentenstuhl in beiden Kammern Leipziger Bürgermeister Dr. Deutrich und Stadtverordnetenvorsteher Dr. Haase, erhoben wurden, war eine besondere Auszeichnung für Leipzig, für die Residenz eine neue Quelle der Eifersucht. Zum erstenmale wurden die getreuen Stände vom Throne herab durch den Landesherrn in Person begrüßt. „Daß mir", sprach der König „noch in meinem hohen Alter die Freude zu Theil wird, Sie, m. H., als die neuerwählten Vertreter meines Volkes um mich versammelt zu sehen und vereinigt mit Ihnen für des Landes Wohl wirken zu können, das zähle ich unter die günstigsten Ereignisse meines Lebens. Möge Gott Ihre Bemühungen mit Erfolg segnen!" Die eigentliche Thronrede, welche v. Lindenau verlas, wies auf die Aufgabe des Landtags hin, den Geist und Sinn der Verfassung auf das gesamte Staatsleben überzutragen und das neue Gebäude so fest, ruhig und vernunftgemäß zu begründen, daß jede künftige Ständeversammlung nur darauf fortzubauen habe; sie versicherte den ernsten und aufrichtigen Willen der Regierung zu diesem Ziele mitzuwirken und gab den thatsächlichen Beweis dafür durch die Ankündigung einer großen Anzahl von Gesetzentwürfen, welche den Ständen vorgelegt werden würden um die Verwaltung und Gesetzgebung im Sinne der Verfassung umzugestalten.

Daß die von der Regierung vorgelegte, der bairischen nachgebildete provisorische Landtagsordnung [1]) nicht sofort zur Berathung kam, erzeugte eine Unsicherheit im Formellen, die über die Frage wegen des Abtretens der Minister und königlichen

1) Zur Annahme einer definitiven Landtagsordnung kam es erst 1857.

Digitized by Google

Commissare während der Abstimmungen fast zu einem Conflict zwischen der zweiten Kammer und dem Ministerium geführt hätte. Ein Antrag des an das alte Verfahren gewöhnten Dr. Deutrich, daß jeder Antrag schriftlich und zwar sorgfältig motiviert einzugeben sei, fand glücklicherweise nur in seinem ersten Theile Annahme. In Bezug auf die Öffentlichkeit waltete noch ziemliche Ängstlichkeit. Frauen schloß die erste Kammer wegen Mangels an Raum ohne Weiteres von ihren Tribünen aus[1]) und nur mit zwei Stimmen Majorität räumte die zweite Kammer den Berichterstattern der Leipziger Zeitung und des Landtagsblattes einen Platz im Sitzungssaale ein; dagegen lehnten beide Kammern eine Theilnahme an der Redaction und Censur der über die Landtagsverhandlungen zu veröffentlichenden Berichte als verfassungswidrig ab. Einen Stenographen besaß nur die zweite Kammer an dem aus München berufenen Schüler Gabelsbergers Wigard und erst für die folgenden Landtage giengen aus dessen 1835 eröffneten stenographischen Institute ausreichende Kräfte hervor. Es konnte nicht fehlen, daß in diesen ersten Lehrjahren das parlamentarische Leben noch mit mancher Unbehilflichkeit zu kämpfen hatte. Redseligkeit, ein Erbübel des sächsischen Stammes, Schaustellung überflüssiger Fachgelehrsamkeit und mangelhafte Vorbereitung der Gegenstände durch die Deputationen, endlich und nicht zum wenigsten das Fehlen jeder festen Parteibildung verliehen den Verhandlungen eine außerordentliche Weitschweifigkeit; doch wurde gerade der letztere Mangel lange Zeit hindurch als ein ganz besonderer Vorzug des sächsischen Ständelebens gepriesen[2]) und auch äußerlich durch Verlosung der Sitze zum

1) Erst 1848 erhielten sie und zwar auf Antrag des leipziger Bürgermeisters Klinger dort Zutritt.

2) „Verbannt", sagte Prinz Johann darüber am Schlusse dieses Landtags, „war von uns diese Seele der unseligen Parteisucht, hier gab es keine rechte und linke Seite, nicht einmal ein rechtes und linkes Centrum, ein jeder folgte bei der Abgabe seiner Meinung nur der höheren Stimme in seinem Innern." Noch auf dem Landtage von 1843 wurde ein Redner der zweiten Kammer wegen des Ausdrucks: „die Regierung nehme Partei", auf Verlangen des Justizministers zur Ordnung gerufen.

Digitized by Google

Ausdruck gebracht. Wie es keine eigentliche ministerielle Partei gab, so dachte ebensowenig jemand an systematische Opposition, ja nur Mißtrauen gegen die hohe Staatsregierung zu hegen, galt als ein Vorwurf, den auch der liberalste Abgeordnete mit Entrüstung von sich wies. Eine gewisse Führerschaft einzelner geistig bedeutenderer Mitglieder machte sich nichtsdestoweniger von selbst geltend; in der ersten Kammer ragte vor allen Prinz Johann hervor, der, wiederholt als Referent über die wichtigsten Gesetzentwürfe thätig und, wie Präsident v. Gersdorff ohne Schmeichelei sich ausdrückte, „freiwillig sich stellend in die Reihe der Kämpfer für Wahrheit und Recht, die schwersten Arbeiten gern übernehmend und mit Leichtigkeit lösend, ein Muster für die ganze Kammer, ja für die Söhne der Könige war"; neben ihm A. v. Carlowitz, jetzt als Vertheidiger der bestehenden Gerechtsame seines Standes wie auch derer der Stände gegenüber der Regierung, während die acht Bürgermeister ein heilsames Gegengewicht gegen die Alleinherrschaft der aristokratischen Ansichten bildeten, ferner Oberhofprediger Ammon, der seine Kammerreden gleich Predigten schulgerecht disponierte, und der würdige, in kirchlichen und politischen Fragen ebenso freisinnige wie besonnene Superintendent Großmann. Unter den ritterschaftlichen Mitgliedern der zweiten Kammer behaupteten v. Mayer und v. Thielau, die im Ganzen eine vermittelnde Stellung einnahmen und zuweilen selbst eine freisinnige Opposition gegen die Regierung nicht scheuten, den ersten Platz; Hauptvertreter des gemäßigten bürgerlichen Liberalismus war der Abgeordnete von Dresden Eisenstuck. Entschiedene Liberale gab es nur drei: den Pastor Axt aus Oberwiesenthal, den Stadtrichter Haußner aus Pirna und den Redacteur der Biene Richter, der sein geistliches Amt aufgegeben hatte um sich ausschließlich der Journalistik zu widmen.

Im Ganzen war die Regierung von einem frischen Geiste beseelt und ergriff bereitwillig die Initiative zu den wichtigsten Reformen, so daß die Stände nur dem von ihr gegebenen Impulse zu folgen brauchten. Wo sich ein Widerstand gegen die

Digitized by Google

Reformen kundgab, gieng er nicht von der Regierung sondern von Denjenigen aus, denen dafür ein Opfer angesonnen wurde, bald von der Aristokratie, die mit einzelnen ehrenwerthen Ausnahmen lange und zäh für die Rettung ihrer Sonderrechte stritt, bald von den Städten oder den Bauern. Die ganze Art der Zusammensetzung der Kammern brachte es mit sich, daß jeder Stand das Ganze des Staats immer nur vom Standpunkte seiner Gerechtsame und Interessen aus betrachtete [1]); selbst die meist auf Gemeindebeamte und Advocaten fallenden städtischen Wahlen verschafften nur dem juristischen Scharfsinn mit seiner vorwiegenden Richtung auf das formale Recht Eingang in die Kammern. Doch zeigte auch die Regierung, daß sie nicht über eine bestimmte Grenze hinauszugehen willens sei. Gleich in der ersten Sitzung machte Lindenau der zweiten Kammer die Mittheilung, daß der Biene, weil sie eine an die Stände gerichtete Petition aufregenden und gegen die Gesetze verstoßenden Inhalts, nämlich um Aufhebung der Feudalrechte, noch vor deren Eingabe veröffentlicht und zur Sammlung von Unterschriften für dieselbe aufgefordert habe, die Concession entzogen worden sei, und als der Redacteur Richter sich deshalb verantworten wollte, entzog ihm die entrüstete Kammer das Wort. In Betreff der Petition selbst erklärte nachher die Kammer ausdrücklich ihre Mißbilligung, da sie nie Anträge und Wünsche befürworten könne, welche Bestimmungen der Verfassung verletzten und die Sicherheit des Eigenthums gefährdeten [2]).

Unter all' den wichtigen Aufgaben, welche der Erledigung durch die Stände harrten, war keine so bedeutsam wie die Frage wegen des Anschlusses an den Zollverein. Es fehlte

1) „Das Königreich Sachsen seit Einführung der constitutionellen Regierungsform", in der Gegenwart V, 571 ff., ein im Folgenden mehrfach benutzter Aufsatz.

2) „Bienenvater" Richter wurde wegen des Aufsatzes zu sechs Monaten Gefängniß verurtheilt, diese aber in Verbannung verwandelt; er gieng nach Amerika, dann nach der Schweiz und tauchte 1848 vorübergehend in Sachsen wieder auf.

Digitized by Google

weder in noch außer den Kammern an Schwarzsehern, welche als unvermeidliche Folge desselben eine allgemeine Verarmung des Landes prophezeiten, ihn, weil er eine Beschränkung des Bewilligungsrechts enthalte, unvereinbar mit der Constitution nannten, die ihm vorwarfen, er mache Sachsen so abhängig von dem absolutistischen Preußen, daß es von diesem bald noch andere schädliche Einrichtungen werde annehmen müssen, die Retorsionsmaßregeln von seiten Österreichs fürchteten und den Vertrag erst dann für annehmbar erklärten, wenn alle deutsche Staaten daran Theil nähmen; doch die öffentliche Meinung und der zwingende Umstand, daß ohne den Anschluß das ringsum von fremden Zolllinien umgebene Sachsen überhaupt nicht existieren könne, siegten über alle Bedenken. Die zweite Kammer, danach auch die erste, wo Prinz Johann den Vertrag auf das wärmste befürwortete, weil abgesehen von seinen materiellen Vortheilen nur auf dem Wege der Zollaufhebungen diejenige Einheit Deutschlands zu erreichen stehe, welche alle Vernünftigen wünschen müßten, nahmen denselben mit großer Majorität an. Hierdurch war zugleich die Umgestaltung der bisherigen Gewerbe- und Personalabgaben mit Nothwendigkeit bedingt, weil diese, abgesehen von ihrer staatswirthschaftlichen Unhaltbarkeit, an sich mit den eingegangenen Verträgen unvereinbar waren [1]).

1) Außer der Generalaccise und den Nahrungsquatembern wurden aufgehoben: das Amtsgeleit in den Erblanden, die Mahlsteuer in den Städten, die als Surrogat für diese auf dem platten Lande eingeführten drei Pfennige von jedem Schock und Quatember, die Grenzaccise, die Ausgangsabgabe von Wolle, Flachs und Werch, die Trankſteuer von ausländischen Getränken und inländischem Bier, die Biersteuer und die Salzscheffelgelder in der Oberlausitz, der landvogteiliche Pferdezoll in Zittau, die 16 Pfennige Landsteuer und 6 Pfennige Accisbeitragsquote in Leipzig. Der Nettobetrag der in Wegfall kommenden Abgaben berechnete sich auf . . . . . 1,225330 Thlr.
der der neu einzuführenden auf . . . . . 1,510267 „
also das präsumtive Mehreinkommen auf . . . . 284936 Thlr.
Beibehalten wurden vorläufig die Handelsabgaben zu Leipzig und die Accisgrundsteuer. Schließlich blieb von allen vor 1831 geltenden Steuern nur die Stempelsteuer bestehen.

Digitized by Google

An ihre Stelle traten die neuen indirecten Abgaben, die mehr den Charakter von Consumtions- als von Gewerbsabgaben trugen; den Zweck, sowohl alle diejenigen steuerbaren Gegenstände zur Theilnahme an den Staatskassen herbeizuziehen, welche nicht bereits durch die Grundrenten getroffen wurden, als auch Stadt und Land in der Besteuerung auszugleichen, sollte die Gewerbesteuer erfüllen, die ihren Ursprung weit mehr dem Bestreben verdankte, an den bestehenden Abgabenverhältnissen zwischen den verschiedenen Steuerobjecten so wenig wie möglich zu rütteln, als der Ueberzeugung von der Vorzüglichkeit der Theorie einer directen Besteuerung des Gewerbebetriebs. Das platte Land sollte vorzugsweise Grundabgaben entrichten und nur nebenbei Abgaben von städtischen Gewerben, die Städte vorzugsweise Gewerbsabgaben und nur in geringerem Umfange Grundabgaben. Um mit der Reform der Gewerbsabgaben zugleich die der Personalabgaben zu verbinden, wurde in das neue, zunächst nur provisorische Gesetz auch die Personalsteuer aufgenommen; da aber die in Aussicht stehende Reform des Grundsteuersystems von wesentlichem Einfluß auch auf diese Steuern sein mußte, so sollte nach Antrag der Stände das Gesetz mit Eintritt des neuen Grundsteuersystems, dessen durchführung den nächsten Jahren vorbehalten blieb, einer Revision unterzogen werden. Diese stellte sich auch nachher als ganz nothwendig heraus, da sich bei der Ausführung ergab, daß man die Sätze viel zu hoch gegriffen hatte [1]). Fallen mußten damit auch die Befreiungen von indirecten Abgaben, welche bisher, außer für die fremden Gesandten, für alle ausländischen Armeebedürfnisse, den Bergbau, die Kirchen- und Schuldiener bestanden hatten, desgleichen die der Rittergüter und die Freipässe für ausländischen Wein, welche, wenn auch in letzter Zeit nur noch selten, der katholischen Geistlichkeit und höheren Mili-

1) Trotz einer Abminderung ertrug die Gewerbe- und Personalsteuer im ersten Jahre statt 300000 Thlr. 400000 Thlr., d. h. statt 26% der Grundsteuern 31%; in den Jahren 1835—1843 stellte sich das Verhältniß durchschnittlich so, daß jene 28½% der letzteren betrugen.

Digitized by Google

tärs [1]) ertheilt wurden. Als Regel stellte die Regierung die unentgeltliche Aufhebung dieser Berechtigungen auf; da aber dabei zum Theil erworbene Ansprüche in Frage kamen, so durfte es nicht befremden, daß eine Verständigung zwischen beiden Kammern über diesen Gegenstand sich bis gegen den Schluß des Landtags verzögerte.

Die Ausführung des neuen Abgabensystems gestattete nun auch nicht mehr die Beibehaltung provinzieller Verschiedenheiten zwischen den Kreislanden und der Oberlausitz, zwischen den schönburgischen Receßherrschaften und der Herrschaft Wildenfels einer- und dem übrigen Lande andererseits. Mit letzteren wurden besondere Verhandlungen vorbehalten; die Verhältnisse der Oberlausitz führten ernsthafte Streitigkeiten herbei; die dortige katholische Geistlichkeit wollte sogar die Verfassung nur insofern beschwören, als sie mit dem Traditionsrecesse übereinstimme und, da die Regierung sich auf diesen Vorbehalt nicht einließ, verweigerte sie den Eid überhaupt. Doch gieng nach lebhaften Erörterungen, nachdem das Schuldenwesen der Oberlausitz bereits mit dem 1. Januar 1834 auf die Staats-Schuldencasse übergegangen war [2]), die Gleichstellung der Oberlausitz mit den Erblanden auf Grund der Übereinkunft vom 9. December 1832 durch und in dem Vertrage vom 17. November 1834 wurden zur allmählichen Ausgleichung der Verschiedenheit hinsichtlich der Abgaben zwischen beiden Theilen drei Übergangsperioden festgesetzt, bis mit der Einführung der Grundsteuer im Jahre 1844 die völlige Gleichstellung aller Staatsabgaben der Oberlausitz mit denen der Erblande eintrat.

Nicht geringe Schwierigkeit verursachte die Aufstellung des ersten Budgets, da alle Posten nicht nur aus einer Menge einzelner Rechnungen zusammenzustellen sondern auch wieder

1) Generalen auf unbeschränkte Quantitäten, Generalleutnants für 24, Generalmajors für 20, Obersten für 16 Eimer jährlich.

2) Die oberlausitzer Schuld betrug 1,101060 Thlr., die den Erblanden der Oberlausitz gegenüber zur Last zu schreibende 12,697501. Daraus ergab sich, daß die Oberlausitz auf je 100 Thlr. 7 Thlr. 23 Gr. $6\frac{1}{10}$ Pf. aufzubringen hatte.

Digitized by Google

nach den Departements zu trennen waren. Nach v. Zeschau's Versicherung hatte die Regierung sich nicht nur auf den dringendsten Bedarf beschränkt sondern auch nirgends einen Posten versteckt; und in der That, wie mangelhaft die Verfassung von 1831 in vielen Stücken sein, wie sehr sie an liberaler Volksthümlichkeit hinter den süddeutschen zurückstehen mochte, den einen Vorzug hat das sächsische Staatswesen vor jenen jederzeit vorausgehabt, daß die Verwaltung und Verwendung der Staatseinkünfte mit der peinlichsten Gewissenhaftigkeit geführt, nie eine Bewilligung ihrer ursprünglichen Bestimmung entfremdet, nie über einen ersparten Thaler von der Regierung willkürlich verfügt worden ist. Diesen Geist der Strenge auch der neuen Finanzverwaltung eingeimpft zu haben ist das große Verdienst v. Zeschau's. Die Kammern empfahlen ebenfalls, bei noch mangelnder Erfahrung über die Einwirkungen des neuen Zollsystems, die größte Sparsamkeit und die Regierung ließ sich einige, im Ganzen nicht wesentliche Abstriche gefallen. Nur der in der zweiten Kammer gewünschten weiteren Verminderung der Gesandtschaften widersetzte sich v. Lindenau, da der Etat für dieselben, schon 1825 bis 1830 von 200000 auf durchschnittlich 122000 Thlr. vermindert, jetzt bereits auf 74000 Thaler beschränkt sei; dagegen fand er gegen den Antrag, daß bei künftigen Personalveränderungen auf eine Combination mehrerer Departements unter einem Vorstande Rücksicht genommen werden möge, nichts einzuwenden [1]).

Um der ganzen Finanzverwaltung eine straffere Centralisation und größere Einfachheit zu geben, wurden sämtliche

1) Nach der Verwilligung der Stände belief sich das Budget:

	1834	1835	1836
an Einnahmen von Steuern und Abgaben auf	3,122827 Thlr.	3,133930 Thlr.	3,133930 Thlr.
Nutzungen d. Staatsvermögens	2,030169 „	2,027009 „	2,029015 „
	5,152996 Thlr.	5,160940 Thlr.	5,162946 Thlr.
Ausgaben	5,097887 „	5,093933 „	5,074513 „
Überschuß	55109 Thlr.	67007 Thlr.	88433 Thlr.

Digitized by Google

Cassen beim Finanzministerium in zwei Hauptcassen zusammengezogen, die Hauptstaatscasse, zu Verwaltung des eigentlichen Staatsvermögens, und die Finanzcentralcasse, welche sämtliche Staatseinnahmen einzuziehen und die Bedürfnisse an die betreffenden Zahlämter abzugeben hatte. Mit der Errichtung der Staatsschuldencasse zu Dresden, deren Verwaltung, unter Oberaufsicht des Finanzministeriums einem ständischen Ausschusse von fünf Mitgliedern übergeben wurde, hörten die Steuercreditcasse zu Leipzig und die Kammercreditcasse zu Dresden auf. Die Cassenbillets wurden dem baaren Gelde gleichgestellt, so daß sie nicht mehr mit 3 Pf. Aufgeld realisiert zu werden brauchten. Die bereits 1830 eingeleitete und durch das allgemeine Sinken des Zinsfußes begünstigte Convertierung der 4 % Steuercreditcassenobligationen in 3 % Staatspapiere gelang so vollständig, daß nur 322400 Thlr. baar herauszuzahlen waren; hierdurch wurde die Steuercreditcassen-Schuld, die bei Eintritt der Verfassung noch 14,424996 Thlr. betragen hatte [1]), bis Ende 1836 auf 10,662559 Thlr. herabgemindert. Von den Kammercreditcassen-Schulden wurde der größte Theil der sogenannten Spitzscheine eingelöst. Die Peräquationscasse hörte auf [2]). Ferner wurde die Or-

1) Einschließlich der schwebenden Schuld belief sich bei Eintritt der Verfassung die gesamte Landesschuld auf ca. 22 Millionen Thaler, wovon sich jedoch mehr als 7 Millionen im Besitz der Staatshauptcasse befanden. Vgl.: das Staatsschuldenwesen des Königreichs Sachsen in Wissensch. Beilage zur Leipz. Zeitung 1869, Nr. 73.

2) Durch Convention vom 21. Juni 1830 waren wegen Verpflegung preußischer Truppen in Sachsen der Peräquationsanstalt zugestanden worden:

für die Zeit vor 5. Juni 1815	80000 Thlr.
für spätere Truppenverpflegung	11630 „
	91630 Thlr.

Davon hatte die preußische Regierung auf Grund der Convention vom 22. Januar 1831 zur Befriedigung der beim sogenannten weidaischen Creditwesen betheiligten Stiftungen 20000 Thaler innebehalten, der Rest war zur Ausrüstung des Bundescontingents und Verproviantierung der Bundesfestungen vorschußweise verwendet worden. Die zweite Kammer

Digitized by Google

ganisation der Mittelbehörden erledigt, indem man die Befugnisse der Landesdirection, der Kreisamtsregierung zu Bautzen und der Kreishauptleute auf vier collegialisch eingerichtete und zu eigener Entscheidung befugte Kreisdirectionen, zu Dresden, Leipzig, Zwickau und Bautzen, übertrug, durch welche die Regierung die Bedürfnisse des Volks in einem reinen, von Einseitigkeit nicht getrübten Spiegel kennen zu lernen hoffte; 1835 traten sie ins Leben. Ein Gesetzblatt wurde gegründet und damit das Verlesen von Gesetzen und anderen nicht kirchlichen Bekanntmachungen von der Kanzel beseitigt. Als untere Medicinalbehörden wurden mit Wegfall der zeitherigen Physikate Bezirksärzte und Apothekerrevisoren angestellt (Gesetz vom 30. Juli 1836). Als eine weitere unmittelbare Folge der Verfassung legte die Regierung den Entwurf eines Civilstaatsdienergesetzes (vom 28. März 1835) vor, welches einerseits die Staatsmaschine in leichteren Gang bringen und gegen Trägheit und Willkür der Beamten schützen, andererseits den Staatsdienern eine sorgenfreie Existenz, Unterstützung im Alter und Versorgung ihrer Hinterlassenen, also was zeither nur Sache der Gnade gewesen war, als ein Recht gewähren sollte; manche Bestimmungen desselben, besonders die discretionäre Gewalt des Ministeriums über die Staatsdiener wurden von den Kammern gemildert [1]).

sprach sich dahin aus, daß die 80000 Thaler nicht der Staatscasse zu überweisen seien, da sie denjenigen Unterthanen gehörten, die die Einquartierung und Verpflegungslast getragen, blieb auch dabei dem entgegengesetzten Beschlusse der ersten Kammer gegenüber stehen.

1) Die Zahl der Staatsdiener betrug ca. 3500 mit 1400000 Thlrn. Besoldung; die höchste Pension wurde auf 3000 Thlr. normiert. Im Jahre 1805 hatten die Beamten, sonderlich die mit ihren Besoldungen auf die Fleischsteuer gewiesenen Collegien wegen der gestiegenen Preise um eine Gehaltserhöhung gebeten und die Ausschußstände von 1806 diese Bitte auch befürwortet. Als hierauf die Regierung 1811 die Erhöhung der Fleischsteuer um 1 Pfennig zu zureichender Versorgung ausgedienter Staatsdiener in Vorschlag brachte, bewilligten zwar die Stände auf sechs Jahre je 50000 Thlr., aber die Kriegsereignisse störten schon 1813 die Zahlung. Hierauf postulierte die Regierung 1817 aufs neue zu dem

Digitized by Google

Auch das große Werk der Befreiung des Grund und Bodens von den Feudallasten that einen Schritt vorwärts. Obgleich aber die Regierung in dem Lehensverbande überhaupt eine in staatswirthschaftlicher Beziehung nachtheilige Beschränkung des Grundbesitzes nicht verkannte, begnügte sie sich vorläufig doch aus Scheu vor Eingriffen in wohlerworbene Privatrechte mit der schon von dem Deputationstage des Jahres 1813 in Vorschlag gebrachten Aufhebung des im Laufe der Zeit bedeutungslos gewordenen Lehensverbandes zwischen Regenten und Vasallen. Das von den Ständen genehmigte Gesetz über die Allodification der Lehen (Declaration vom 22. Februar 1834) beseitigte die Verpflichtung, bei jedem Thronwechsel die Erneuerung der Lehen nachzusuchen, räumte auch dem Bauernstande die Befugnisse ein Rittergüter zu erwerben und verhieß die unbedingte Gewährung der Allodification königlicher Lehen auf Ansuchen der Vasallen und bei Zustimmung der Betheiligten gegen einen jährlichen Kanon. Nicht nur eine unentbehrliche Vervollständigung des Ablösungsgesetzes sondern auch einen großen Vortheil für die Bewirthschaftung bildete das Gesetz über die Zusammenlegung der Grundstücke (vom 14. Juni 1834), nach welchem diese schon beim Einverständniß von zwei Drittheilen der Betheiligten stattfinden sollte. Ein gänzlicher Erlaß der Jagdfrohnden ohne Entschädigung schien noch zu bedenklich; man begnügte sich daher mit einer Suspension derselben und dem Erlaß der in einigen Ämtern bestehenden Wolfsjagddienstgelder und Heckenhaferzinsen, doch beantragte die zweite Kammer die Vorlage eines Gesetzes wegen weiterer Er-

nämlichen Zwecke 32771 Thlr. jährlich; die Stände bewilligten aber, da die Mittel zur Deckung der Landesbedürfnisse nur ausbilflich zugestanden werden könnten, bloß 16000 Thlr., so daß seitdem nur die Hälfte der gewährten Gehaltszulagen ausgezahlt werden konnten. Im Jahre 1834 beschlossen die Stände, daß 15759 Thlr. als die Hälfte des jährlichen Betrags von 1818 an die Betheiligten nachgezahlt werden solle, lehnten dagegen die nachträgliche Bewilligung der Gehaltsrückstände für die Conferenzminister und den Appellationsgerichtspräsidenten, zusammen 23780 Thlrn., ab. Landtagsacten von 1833—1834 III, 98.

Digitized by Google

leichterung der Jagdlasten. Die Aufhebung des vierjährigen Dienstzwanges bei der Landwirthschaft, welche die Stände 1830 abgelehnt hatten, wurde jetzt ohne weiteres angenommen, und die neue Gesindeordnung (vom 10. Januar 1835) setzte den Zeitansichten entsprechend an die Stelle der in den älteren Ordnungen den Dienstherren über ihr Gesinde eingeräumten unbeschränkten Gewalt ein durch Vertrag geregeltes Rechtsverhältniß. Der nunmehrigen Gleichstellung der bürgerlichen Stände entsprach das Gesetz über die Erfüllung der Militärpflicht (vom 26. October 1834) theoretisch wenigstens insofern, als es die Waffenpflicht zu einer allgemeinen machte, praktisch freilich gestattete es den Loskauf und die Stellvertretung durch ausgediente Soldaten; die Dienstzeit wurde von acht auf sechs, die der Kriegsreserve von vier auf drei Jahre herabgesetzt, die Exemtionen auf die einzigen Ernährer beschränkt. Die Wünsche wegen Herabsetzung des damals 12605 Mann betragenden Armeebestandes erklärte die Regierung mit Rücksicht auf den Bund für unausführbar. Das neue Militärstrafgesetzbuch (vom 14. Februar 1835) milderte die Unmenschlichkeit und Verkehrtheit der auch noch in dem von 1822 beibehaltenen Strafen. Da ferner die sächsische Gesetzgebung über Staatsangehörigkeit und Staatsbürgerrecht, Wohnsitz und Heimatsrecht nur sehr wenige, zerstreute und höchst schwankende Bestimmungen enthielt, so wurde auch hierüber ein neues Gesetz nöthig (26. November 1834); dasselbe machte zur Bedingung für die selbständige Wohnsitznahme das 25. Lebensjahr, ausreichendes Vermögen oder Erwerbsfähigkeit, bei gewissen Gewerben Nachweis der gesetzlichen Befähigung und, daß nach dem Ermessen der Behörde auch Gelegenheit zum Erwerbe vorhanden sei. Die Debatten über dieses tief eingreifende Gesetz führten auch zu Erörterung über die mehrfach befürchtete Übervölkerung und die als Abhilfe derselben zu begünstigende Auswanderung; wegen letzterer war schon die Regierung mit denen von Frankreich und England, jedoch ohne Erfolg, mit besserem mit Preußen, in Verbindung getreten; doch herrschte in den Kammern die richtige Ansicht vor, daß eine directe

Digitized by Google

Unterstützung der Auswanderung nicht Sache des Staats, das sicherste Mittel aber um das hie und da bestehende Mißverhältniß der Übervölkerung auszugleichen, die Steigerung der Bodencultur sei. Die 1784 gegründete aber in Mißcredit gerathene Immobiliarbrandversicherung wurde neu geordnet (Gesetz vom 14. November 1835) und zu Beseitigung der bereits thatsächlich begründeten Besorgniß, daß bis zum Inkrafttreten der neuen strengeren Vorschriften die Zwischenzeit zu Brandstiftungen benutzt werde, in geheimer Sitzung ein Entwurf über provisorische Beschränkung der Brandvergütungen angenommen. Die neue Einrichtung der Strafanstalten legte das Hauptgewicht auf die zu erstrebende Besserung.

Da trotz des mangelhaften Zustandes der Gesetzgebung die Regierung noch immer Anstand nahm mit dem so lange ersehnten Civil- und Criminalgesetzbuche hervorzutreten, bevor man nicht über ein festes Princip einig sei, so stellten auf Anregung Dr. Haase's die Kammern den Antrag, daß die Regierung die Entwürfe zu denselben so bald als möglich, spätestens aber bei Beginn des Landtags von 1839 vorlegen, übrigens aber ein Jahr vorher veröffentlichen möge; desgleichen beantragten sie die Vorlegung eines vollständigen Handelsgesetzbuchs, da Sachsen in dieser Hinsicht auf eine traurige Weise hinter anderen Ländern zurückgeblieben war und ein Handelsrecht noch ganz und gar entbehrte. Blieb die Erfüllung dieser Wünsche späterer Zeit vorbehalten, so wurde dagegen die Reform der Justizverfassung schon jetzt begonnen. Wie diese durch das Mandat vom 13. März 1822 geordnet worden war, wich sie von der anderer Staaten namentlich darin ab, daß die höheren Justizbehörden, indem sie mehrere Instanzen in sich vereinigten, in ein und derselben Sache wiederholt entschieden, daß statt einer höchsten Centralbehörde deren zwei, das Landesjustizcollegium (in der Lausitz die Oberamtsregierung) und das Appellationsgericht neben einander bestanden; daß sie nicht auch in Criminalsachen erkannten und endlich gar nicht reine Justizbehörden sondern zugleich Verwaltungsbehörden waren. Um daher die Einheit des Rechts herzustellen und den In-

Digitized by Google

ſtanzenzug zu regeln wurde unter Aufhebung der genannten Behörden ein Oberappellationsgericht und Bezirksappellationsgerichte, ſämtlich unter Oberaufſicht des Juſtizminiſteriums, einzuſetzen beſchloſſen, ſodann durch das Geſetz über die Competenzverhältniſſe zwiſchen Juſtiz- und Verwaltungsbehörden (28. Januar 1835) und durch das über das Verfahren in Adminiſtrativjuſtizſachen (30. Januar 1835) der Grundſatz der Trennung der Verwaltung von der Juſtiz aufgeſtellt und theilweiſe auch zur Geltung gebracht. Der altberühmte leipziger Schöppenſtuhl wurde aufgehoben und die Mehrzahl ſeiner Mitglieder zur Beſetzung des leipziger Appellationsgerichtes verwendet. Einen privilegierten Gerichtsſtand behielten nur die Glieder des königlichen Hauſes, der Staatsfiscus, das Domcapitel zu Meißen, das Haus Schönburg und die Studenten.

Faſt noch dringender aber als die oberen Gerichte bedurften die unteren, namentlich die Patrimonialgerichte, der Reform. Hier herrſchten die ſchreiendſten Übelſtände. Die Zerſtückelung u. a. war ſo groß, daß es einzelne Gebäude gab, die eigene Gerichtsbezirke bildeten; in den Erblanden allein beſtanden, die Stadtgerichte ungerechnet, über 900 Patrimonialgerichte, in der Oberlauſitz 222; an vielen Orten war die Gerichtsbarkeit unter zwei, drei, ja ſechs Inhaber getheilt, an anderen die Gerichtsbarkeiten ſo untermengt, daß dasjenige Gericht die Sache annahm, bei welchem ſie zuerſt angebracht wurde. Reibungen zwiſchen den verſchiedenen Gerichten, Zweifel der Betheiligten, Streitigkeiten über den Gerichtsſtand und vergebliche Proceſſe waren die unausbleiblichen Folgen dieſes Zuſtandes. Die Rückſicht auf den Aufwand oder den Verluſt von Sporteln ſtand der gleichmäßigen Durchführung nützlicher Neuerungen entgegen, die Gerichte waren nur ſelten zugänglich und die Abhängigkeit der oft nur auf die Sporteln angewieſenen Gerichtshalter von dem Gerichtsherrn, der ſie willkürlich entlaſſen konnte, ſtörte das Vertrauen in eine unparteiiſche Verwaltung des Rechts. Schon 1811 hatten daher die Stände, wiewohl vergeblich, darauf angetragen den Patrimonialgerichten die Criminalgerichtsbarkeit abzunehmen. Im Jahre 1830 kam die

Digitized by Google

Ritterschaft, da ihr die Criminalgerichtsbarkeit wegen ihrer Kostspieligkeit schon lange zur Last geworden war und jede wichtige Criminaluntersuchung daher von den Gerichtsherren als ein finanzielles Unglück angesehen wurde, auf diesen Antrag zurück. Die Verfassung ließ die Frage wegen der Patrimonialgerichtsbarkeit unberührt; wohl aber konnte man folgern, daß dieselbe, abgesehen davon, daß sie die Bildung geschlossener Bezirke hindere, überhaupt mit einer constitutionellen Verfassung unvereinbar sei, indem dadurch eines der wichtigsten Hoheitsrechte vom Staate getrennt sich in den Händen Einzelner befinde und Gegenstand des Eigenthums sei. Obgleich nun die Regierung die Zurücknahme der Patrimonialgerichtsbarkeit an den Staat als höchst wünschenswerth erkannte, so wies sie doch den Gedanken die Abtretung derselben zu erzwingen weit von sich; da es aber sehr zweifelhaft war, ob die Patrimonialherren sich freiwillig dazu verstehen würden, so legte sie, um wenigstens das Mögliche zu erreichen, den Ständen zwei Entwürfe zur Erklärung vor, einen durchgreifenden wegen völliger Aufhebung und einen schonenden wegen Reform der Patrimonialgerichte mittelst Einziehung der Criminalgerichtsbarkeit, und verneinte dabei die Frage, ob für das Aufzugebende Entschädigung zu gewähren sei.

Über diese Entwürfe entspann sich ein heißer parlamentarischer Kampf und schließlich erfuhren sie in beiden Kammern ganz entgegengesetztes Schicksal. Die Majorität der ersten Kammer wollte von einem gänzlichen Aufgeben der Patrimonialgerichtsbarkeit durchaus nichts wissen; nicht nur würde durch Auflösung des patriarchalischen Verhältnisses zwischen Gerichtsherren und Gerichtsbefohlenen die Herrschaft einer Geldaristokratie befördert werden, sondern, da von den Unterscheidungsmerkmalen der für den Charakter der ersten Kammer wesentlichen ächt aristoratischen Elemente des bevorrechtigten Grundbesitzes das eine, die Steuerfreiheit, jetzt verloren gehe, so sei es um so nothwendiger, das zweite, die Gerichtsbarkeit, zu erhalten. „Falle auch diese", rief A. v. Carlowitz, „so höre damit der letzte ideale Anspruch auf einen Platz in der ersten

Digitized by Google

Kammer weg, und wer könne dann dafür stehen, daß nicht die Idee Platz greife, das Zweikammersystem mit dem einer Kammer zu vertauschen!" Auch Prinz Johann hob zu ihren Gunsten hervor, es sei von Wichtigkeit, daß in einem Staate gewisse selbständige Berechtigungen als Mittelglied zwischen Regenten und Volk beständen. Die erste Kammer verwarf die Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit mit 29 gegen 8 Stimmen, erklärte sich aber einstimmig für eine Übertragung der Criminalgerichtsbarkeit auf den Staat. Allein die zweite Kammer, welche aus dem in dem zweiten Entwurfe gemachten Versuche die Patrimonialgerichte mit der Verfassung in Übereinstimmung zu bringen nur noch mehr die Überzeugung gewonnen hatte, daß jene nicht mehr haltbar seien, sprach sich in Übereinstimmung mit dem Justizminister gegen 21 Stimmen für gänzliche Aufhebung derselben aus und trat gegen nur 4 Stimmen einem Antrage v. Mayers auf Einführung der Öffentlichkeit und Mündlichkeit bei. In der ersten Kammer hatten gegen das Votum der Majorität die Bürgermeister von Chemnitz und Freiberg, Wehner und Bernhardi, in der zweiten 12 ritterschaftliche und städtische Abgeordnete ein Separatvotum abgegeben. So gelangte der Gegenstand an die erste Kammer zurück; dringend warnten hier nochmals die einflußreichsten Stimmen, jetzt, wo das Gespenst der Revolution durch Europa gehe, einer solchen Tendenz durch Beschlüsse wie die von der Regierung empfohlenen Vorschub zu leisten, da man auf diesem Wege schließlich bei der Revolution anlangen werde, und die Kammer blieb bei ihrem Beschlusse stehen. Da nun aber ohne Zustimmung der zweiten Kammer ebensowenig eine Veränderung mit der Criminaljustiz, wie eine Veränderung mit der Patrimonialjustiz ohne die der ersten Kammer möglich war, so wurde für jetzt ein Resultat überhaupt nicht erzielt.

Auch die in der Thronrede in Aussicht gestellte Umgestaltung der evangelischen Kirchenverfassung kam nur bruchstückweise zur Durchführung. Die zweite Kammer schloß sich hierbei der Regierung insofern an, daß nach ihrer Ansicht die evangelischen Landesconsistorien aufzuheben seien, daß in der oberen

Digitized by Google

Instanz das Cultusministerium die Angelegenheiten der Kirche verwalten, namentlich auch alle Stellen königlichen Patronats besetzen, diesem aber, um zu verhüten, daß der Cultusminister nicht etwa die eine oder die andere extreme Richtung in der Kirche zur Geltung bringen könne, ein Consistorium überwachend zur Seite gestellt, als Mittelinstanz bei jeder Kreisdirection ein Kirchen- und Schulrath angestellt werden solle. Es war also nicht eine Aufhebung sondern nur eine Abänderung der Consistorialverfassung beabsichtigt, bei der es sich aber doch um die wichtige Principfrage handelte, ob und inwieweit die Leitung der Kirche in weltliche Hände gegeben werden solle; und eben deshalb widerrieth die Deputation der ersten Kammer, von der Annahme ausgehend, daß die neue Einrichtung der Selbständigkeit der Kirche dem Staate keinen Eintrag thun dürfe, durch ihren Referenten, Prinz Johann, die Annahme des Entwurfs. Selbst die beiden ersten Geistlichen des Landes waren in dieser Frage entgegengesetzter Meinung. Ammon sprach sich im Sinne der Regierung aus, Großmann sah in dem Plane nur eine Secularisierung der Kirche, in dem Landesconsistorium desselben nur eine von allen wesentlichen Merkmalen eines solchen entblößte bloße Prüfungsbehörde, außer Stand, was man ihm sonst noch auferlege, zu leisten. Schließlich nahm auch die erste Kammer, wenn auch nur mit einer Stimme Mehrheit den Entwurf an, aber Großmanns Voraussicht gieng in Erfüllung: das neue Landesconsistorium hat es nie über eine schattenhafte Existenz hinausgebracht und so sah sich die Kirche, nachdem im Juni 1835 die Aufhebung der Consistorien zu Dresden und Leipzig und die Überweisung ihrer Ressorts theils an die Appellationsgerichte und Kreisdirectionen, theils an das evangelische Landesconsistorium erfolgt war, in die engste Abhängigkeit von der Staatsgewalt versetzt.

Wie nicht anders zu erwarten stand, wurde auch das Verhältniß der Katholiken zu den Evangelischen vor das Forum des Landtags gezogen. Den ersten Anlaß dazu gab eine das Gleichheitsverhältniß der evangelischen und der katholischen Kirche der Kreislande betreffende Vorstellung, welche die evangelische

Digitized by Google

Geistlichkeit Dresdens an die Kammern richtete, worauf letztere an die Regierung das Ersuchen stellten, ihnen das Resultat der gewünschten Erörterungen hinsichtlich des dem Staate über die katholische Kirche zustehenden jus circa sacra vorzulegen. Außerdem beantragte bei Berathung des Budgets die zweite Kammer, daß weder den Staatscassen ein Beitrag zum katholischen Cultus angesonnen noch den Katholiken die Errichtung neuer Kirchen, Schulen oder anderer frommer Anstalten ohne Genehmigung des Cultusministeriums gestattet werden möge. Von seiten der Regierung wurde ein Gesetz über die gemischten Ehen [1]) vorgelegt, bestimmt, den überwiegenden Einfluß, welchen das Mandat von 1827 den besonderen Grundsätzen der katholischen Kirche einräumte, zu beschränken, und obgleich die katholische Geistlichkeit des Landes gegen die darin enthaltenen Grundsätze remonstrierte, nahmen es die Kammern an, nicht ohne noch einige verschärfende Zusätze dazu gemacht zu haben (Gesetz vom 1. November 1836). Überhaupt aber gehörte es zu den wohlthätigsten Wirkungen des erwachten öffentlichen Lebens, daß die katholische Propaganda sich fortan eine Zeit lang vorsichtiger zurückhielt und das gegenseitige Verhältniß der beiden Confessionen in Folge davon einen friedlicheren Charakter annahm.

Über diesen Arbeiten war der Herbst herangekommen, als man sich überzeugte, daß, wenn man in der bisherigen Weise fortfahre, das ganze nächste Jahr zur Bewältigung der Vorlagen nicht ausreichen werde, daß es daher nothwendig sei, nicht nur den Gang der Berathungen abzukürzen sondern auch unter den Vorlagen eine Auswahl zu treffen und die nicht unaufschiebbaren bis auf den nächsten Landtag zurückzulegen. Zu letzterer Kategorie gedachte die erste Kammer auch die Schulgesetze zu rechnen, hätte nicht besonders Großmann darauf gedrungen diese, namentlich das schon von der zweiten Kammer berathene Volksschulgesetz noch auf diesem Landtage zu erledigen.

1) Nach den Ermittelungen des Statistischen Vereins lebten auf dem Lande 4526 Katholiken in gemischter Ehe.

Digitized by Google

Hier war freilich auch der Nothstand übergroß; das sächsische Volksschulwesen, im achtzehnten Jahrhundert ein Muster für andere Länder, hatte sich in den letzten Jahrzehnten von dem rüstiger vorschreitender Staaten weit überflügeln lassen. Es fehlte an Lehrern, daher viele derselben eine zu große Anzahl Kinder zu unterrichten hatten, an Lehrmitteln und Schulräumen, und die vorhandenen waren von unausreichender Beschaffenheit. Die Zahl der in Dresden allein ganz ohne Unterricht aufwachsenden Kinder veranschlagte Minister Müller auf 800; noch bestanden gegen 700 nicht-confirmierte Kinderlehrer- oder Katechetenschulen, meist ohne eigenes Schulhaus und im kläglichsten Zustande, in denen 41220 Kinder nur den dürftigsten Unterricht erhielten; die unterste Classe dieser Lehrer, zum Theil mit 50 Thlr. Gehalt, bildeten die sogenannten Reihe- oder Wandelschullehrer, welche der Reihe nach in den Häusern ihre Kost erholen, Schule halten und wohnen mußten [1]). Da brachte nun das neue Volksschulgesetz (vom 6. Juni 1835) Abhilfe; es gab Vorschriften über die Einrichtung der Schulen, die Verbindlichkeit der Schulgemeinden für Gründung und Erhaltung derselben, die Anstellung, Rechte und Verbindlichkeiten der Lehrer ihrer Gemeinde gegenüber, die den Kindern wie deren Eltern und Erziehern obliegenden Pflichten und die Localaufsicht über die Schulen und setzte den Minimalgehalt eines Schullehrers auf 120 Thlr., den eines Kirchschullehrers auf 200 Thlr. fest; außerdem bewilligten die Kammern 10000 Thlr. zur Unterstützung armer Gemeinden [2]). Das Gesetz über die Gelehrtenschulen wurde ebenso wie die Gewerbeordnung von der Regierung zurückgezogen. Am 30. October 1834 erfolgte der feierliche Schluß des ersten constitutionellen Landtags, nachdem derselbe 21 Monate getagt hatte [3]).

1) Das Volksschulwesen in Sachsen, Leipzig 1833.

2) Im Jahre 1826 gründete Amtsprediger G. F. Döhner in Freiberg aus dem Erlös des von ihm herausgegebenen sächsischen Volksschulfreundes eine Pensionscasse für Wittwen und Waisen evangelischer Schullehrer.

3) Von seiten der Regierung waren an denselben 116 Mittheilungen ergangen; die Registrande der ersten Kammer wies 982, die der zweiten

Digitized by Google

Mit berechtigter Genugthuung durften Regierung und Stände auf den durchmessenen Weg zurückschauen. Von der Überzeugung belebt, daß die Verfassung von 1831 nicht das unüberschreitbare Maximum von Zugeständnissen sondern der Ausgangspunkt einer allmählich und bedächtig zu vollziehenden Weiterentwickelung sei, hatten beide einträchtig ein tüchtiges Stück Arbeit erledigt und die rückhaltslose Offenheit, mit der die Regierung den Weg der Reformen betreten, sicherte ihr das Vertrauen des Volkes im vollsten Maße. Mit Neid sah man in anderen Staaten auf Sachsen, wo kein Verfassungskampf die Harmlosigkeit des Verhältnisses zwischen Regierenden und Regierten trübte, wo unter einer humanen und rechtlichen Verwaltung der Wohlstand des seiner drückendsten Lasten entbürdeten Volkes aufzublühen begann und dieses, in seiner großen Mehrheit des materiellen Gedeihens froh, um die Tagesfragen der Politik sich herzlich wenig zu kümmern schien. Dieses Sichbegnügen mit den praktischen Resultaten ließ hier auch das Joch des Bundestags weniger drückend empfinden als anderwärts, und die Regierung fühlte sich weder zu einer Opposition gegen denselben berufen noch beeiferte sie sich sehr ihm zu willfahren. Auf den wiener Conferenzen von 1834 spielte der Vertreter Sachsens, v. Minkwitz, eine durchaus untergeordnete Rolle: von den Anträgen auf Gleichheit von Maß, Gewicht und Münze und auf Abschaffung der Lotterien wurde es mit ersterem an den Bundestag verwiesen; letzteren in Berathung zu ziehen wurde geradezu abgelehnt [1]). Im Innern gab es vollauf zu thun um die auf dem Landtage zur Verabschiedung gelangten Gesetze in die Praxis einzuführen; sodann bedurfte das Verhältniß zu den Schönburgen eine den neuen Staatseinrichtungen sich anfügende Umgestaltung, welche, obgleich die 1815 für die Recesse ausgesprochene Garantie der Großmächte

2231 Nummern auf; die erste Kammer hatte 347, die zweite 351 Sitzungen gehalten.

1) v. Weech, Correspondenzen und Actenstücke zur Geschichte der Ministerialconferenzen von Karlsbad und Wien (1865), S. 216 ff.

Digitized by Google

die Unterhandlungen sehr erschwerte, durch den Erläuterungsreceß vom 9. October 1835 dahin geregelt wurde, daß sämtliche allgemeine Landesabgaben mit einigen Erleichterungen für die ersten Jahre auch in den schönburgischen Landen eingeführt, für die dadurch entstehenden Erhöhungen theils den Besitzern der Herrschaften theils deren Unterthanen Entschädigungen zugesichert wurden [1]). Durch Beschluß vom 3. Juni 1836 stellte der deutsche Bund auch dieses Abkommen unter seinen Schutz, wogegen sich die Schönburge verpflichteten, falls ihre receßmäßigen Rechte von der Staatsbehörde verletzt würden, nicht mehr an die Congreßmächte zu gehen sondern die Entscheidung desjenigen Gerichts anzurufen, vor dem der Fiscus Recht leide. Mit dem Grafen Solms-Wildenfels kam eine ähnliche Übereinkunft, durch welche demselben gegen Einführung der neuen Abgaben eine Capitalentschädigung von 112700 Thlr., davon 64000 Thlr. für die Kirchen und Gemeinden der Herrschaft, gewährt, außerdem ihm die Ebenbürtigkeit, das Prädicat Erlaucht und die Militärfreiheit verliehen wurde, erst 28. Februar 1846 zu Stande.

1836 Am 6. Juni 1836 entschlummerte König Anton im 81. Lebensjahre und sein Neffe, Prinz Friedrich August, wurde sein

1) Für die Einführung der Grundsteuer wurde dem Hause Schönburg eine Jahresrente von 11340 Thlrn. gezahlt, für die gewisser indirecter Steuern ein Capital von 400000 Thlrn. in 3% Staatspapieren, außerdem noch für die Schlacht-, Gewerb- und Personalsteuer bis zu deren Ermittelung im ersten Jahre 4500 Thlr., im zweiten 9000, in den folgenden Jahren 13000 Thlr., für die Einführung des Stempelimposts eine Jahresrente von 5139 Thlrn., wogegen die Schönburge auf ihr receßmäßiges Besteuerungsrecht verzichteten. Ein Plan über die Vertheilung und Verwendung dieser Renten wird von den Herren v. Schönburg der Staatsregierung zur Genehmigung vorgelegt; der den Einwohnern der Receßherrschaften in Folge des Erläuterungsrecesses zukommende Capitalwerth belief sich auf 1,422150 Thlr.; dabei baten die Herren v. Schönburg die Regierung das Quotalverhältniß der Entschädigung vorzuschlagen und unterwarfen sich zum voraus dem Ausspruch derselben. Michaelis, Die staatsrechtlichen Verhältnisse der Fürsten und Grafen von Schönburg (Gießen 1861), S. 328.

Digitized by Google

Nachfolger, ein Thronwechsel, der sich in den Regierungsmaximen um so weniger fühlbar machte, als der nunmehrige König bereits seit sechs Jahren als Mitregent das Ruder des Staats führte. Das Wort, welches er 1830 gesprochen: „Vertrauen erweckt wieder Vertrauen", hatte schöne Früchte getragen; das Volk gedachte dankbar des Eifers und der Einsicht, womit er an der Verjüngung des Staates gearbeitet hatte, und begrüßte jetzt mit Freuden den von ihm eingeführten Gebrauch an bestimmten Tagen öffentliche Audienz zu ertheilen. König Friedrich August II. war ein milder Herr von wenig Worten und ernstem Wesen, nur im Verkehr mit wissenschaftlich gebildeten Männern pflegte er für Augenblicke die Schärfe seines Urtheils, die Fülle seiner Kenntnisse, das warme Gefühl seines Herzens unbefangener hervortreten zu lassen. Die Beschäftigung seiner Erholungsstunden bildete die Botanik, für die er die Vorliebe von seinem Oheim Friedrich August I. geerbt hatte und der er auch zum großen Theil seine zahlreichen Wanderungen in den deutschen Gebirgen wie größere Reisen ins Ausland, nach Ungarn, Dalmatien, Montenegro, Italien ꝛc. widmete. Empfänglich für Naturschönheiten und selbst ein geübter Landschaftszeichner, brachte er von seinen Ausflügen innerhalb Sachsens eine mehrere hundert Blätter zählende Sammlung malerischer Ansichten heim, die er dann von Malern ausführen ließ, wie auch R. Kummer in seinem Auftrage einige dalmatische und montenegrinische Landschaften malte. Einen besonders gründlichen Kenner besaß an ihm das Kupferstichfach und namentlich seit ihm aus dem Nachlasse seines Großoheims, des Kurfürsten Clemens Wenzel von Trier, eine Folge von Meisterwerken des sächsischen Malers C. W. E. Dietrich durch Erbschaft zugefallen war, brachte er eine kostbare Sammlung von Kupferstichen zusammen [1]).

1) Sartorio, Reise nach Dalmatien des Königs Friedrich August von Sachsen im Mai 1838 (1838). — Biasoletto, Reise des Königs Friedrich August von Sachsen durch Istrien, Dalmatien und Montenegro im Jahre 1838, aus dem Italienischen von v. Gutschmid (1842). — Flora Marienbergensis, gesammelt und beschrieben vom Prinzen Frie-

Digitized by Google

Die Regierung König Friedrich Augusts begann unter den günstigsten Aspecten. Berechtigten schon der ruhige, gemessene Gang der Verwaltung, die ungestörte Eintracht zwischen Regierung und Ständen, die Gewissenhaftigkeit in Erfüllung aller eingegangenen Verpflichtungen zu den besten Hoffnungen für die Zukunft, so gab die seit dem Anschluß an den Zollverein nach allen Seiten vermehrte Thätigkeit und die dadurch erzeugte Steigerung des inneren Wohlstandes ein Gefühl der Behaglichkeit und Zufriedenheit, wie es Sachsen lange nicht gekannt hatte und welches naturgemäß die Sorgfalt der Staatsregierung vorzugsweise auf die Entwickelung der materiellen Interessen hinlenkte. Noch immer freilich spukte der Wahn, daß sie dieselben nicht bloß zu fördern sondern unmittelbar zu unterstützen verpflichtet sei, doch wurde schon 1833 die von ihr beantragte Bildung eines Actienvereins zur Unterstützung besonders wichtiger industrieller Unternehmungen mit einem Capital von 50000 Thlr. unter Staatsgarantie auf Eisenstucks Warnung vor übertriebener Einmischung des Staats in das Gewerb- und Fabrikwesen von der Kammer abgelehnt. Zur Hebung der Tuchfabrikation schaffte die Regierung Maschinen an, die sie den Fabrikaten erst zu unentgeltlicher Benutzung überließ, dann billig verkaufte, ließ durch einen niederländischen Walker die Gebrechen der Fabrikation untersuchen, machte Vorschüsse ꝛc., veranstaltete Preisbewerbungen, setzte Prämien aus für allerlei Erfindungen und Verbesserungen [1]). Der bereits 1831 für die Wiederkehr der Gewerbeausstellungen in Dresden auf je drei Jahre ausgedehnte Zeitraum wurde 1840 in einen fünfjährigen verwandelt. Immer mehr brach sich die Einsicht Bahn, daß es dem Gewerbestand vor allen andern noth thue sich von alten, unzeitgemäßen Gewohnheiten loszureißen und sich eine höhere theoretische Bildung anzueignen, ein Ziel, auf welches

drich, Mitregent von Sachsen, und J. W. v. Goethe, herausgegeben v. Heidler, Prag 1837. J. G. A. Frenzel, König Friedrich August als Kunstfreund und Kunstsammler (1854).

1) 1840 gewährten die Stände als letzte derartige Bewilligung 20000 Thaler zu gewerblichen Vorschüssen.

Digitized by Google

die 1828 in Dresden eröffnete technische Bildungsanstalt, die 1831 in Leipzig als ein Werk der dortigen Kramerinnung bestehende Handelsschule, die 1836 errichteten Gewerbschulen, die mehr und mehr in Aufnahme kommenden Sonntagsschulen [1]) und Gewerbevereine, um deren Verbreitung, wie überhaupt um die Bildung des Gewerbestandes Rentamtmann K. Preusker in Großenhain (st. 1871) sich rühmenswerthe Verdienste erwarb, jedes in seiner Sphäre hinarbeitete.

Alle diese Bemühungen wurden jedoch weit in Schatten gestellt durch die außerordentlichen volkswirthschaftlichen Ergebnisse des Zollvereins, die, so viel auch noch zur Vollendung seiner inneren Organisation fehlte, gerade in einem Lande wie Sachsen, wo bereits ältere Industrien bestanden, besonders merkbar hervortraten. Daß einzelne Zweige unter den neuen Verhältnissen litten, durfte nicht auffallen; Sachsens Grosshandel in Material- und Colonialwaaren ebenso wie der Productenhandel, mit dem es früher zum Theil Böhmen, Schlesien und Baiern versorgt hatte, giengen fast ganz verloren. Die Leinenfabrikation wurde durch die mechanische Flachsspinnerei überflügelt und die Bemühungen der Regierung um Hebung der Flachsbereitung hatten wenig Erfolg. Einen ähnlichen Stoß erlitt die Kattunweberei; hatte diese früher nicht bloß die inländischen sondern auch die preußischen und süddeutschen Druckereien versorgt, so sahen sich jetzt auch die sächsischen Druckereien zur Verwendung des Maschinengewebes aus den süddeutschen Fabriken genöthigt. Dafür mehrte sich die Verwendung von Maschinen, der Bau derselben begann sich eine Stätte in Sachsen zu suchen, wenn auch noch die größeren und complicierteren aus dem Auslande bezogen werden mußten; der gestiegene Kohlenverbrauch reizte zu Erbohrungen in zwickauer Flur, die, seit 1837 besonders von Breithaupt angeregt, zum Theil durch glänzende Erfolge gekrönt wurden, und manche anfangs durch den Zollverein hart betroffene Industrie wurde durch die Concurrenz zu kräftigeren Anstrengungen ermuntert; hatten z. B. von den Branntwein-

1) Ende 1843 bestanden deren schon 56 mit 5986 Schülern.

Digitized by Google

brennereien Anfang 1834, weil sie mit den preußischen nicht concurrieren konnten, fünf Sechstel stillgestanden, so mehrte sich die Zahl derer, die mit verbesserten Apparaten wieder in Gang kamen, seitdem von Monat zu Monat [1]). Namentlich die Fabrikate aus Seide, Schaf- und Baumwolle, deren Appretur und Bleiche gewannen an Umfang und Vollkommenheit; gewebte und gewirkte Stoffe wurden ein starker Ausfuhrartikel und Quelle reichen Gewinns; mit ihnen in Verbindung hob sich die Garnproduction, und für die Strumpfwirkerei, deren Blütheepoche in die Jahre 1835 und 1836 fiel, wurde Sachsen der Hauptsitz in ganz Deutschland; selbst die Handelskrisis von 1837, so schwer sie empfunden wurde, wirkte Dank der Vorsicht des Fabrik- und Handelsstandes im Ganzen in Sachsen nicht so störend und tief eingreifend wie anderwärts. Auf der Zollconferenz zu München im Jahre 1836 gelang es der sächsischen Regierung eine Herabsetzung der Zuckerzölle zu erreichen, wodurch der Abschluß eines Handelsvertrags mit Holland und damit die Eröffnung eines neuen Absatzgebietes für die sächsische Industrie ermöglicht wurde. Als nun aber mit dem 1. Januar 1842 der Termin für den vertragsmäßigen Ablauf des Zollvereinsvertrags, beziehentlich für die Kündigung desselben herannahte, so stellte Preußen, da seine Zolleinkünfte durch den Vereinstarif im Vergleich zu früher gesunken waren, für seine Einwilligung zur Fortsetzung des Vereins die Bedingung eines anderen Vertheilungsmodus bei der Branntweinsteuer, bei der es bisher um jährlich eine halbe Million zu kurz gekommen zu sein behauptete. Sachsen, welches sich durch diese Forderung zunächst bedroht sah, suchte die bisherige Einrichtung zu vertheidigen; die Verhandlungen hierüber nahmen

1) Vor 1834 waren in Sachsen 4657 Brennereien in Betrieb, 1837 nur noch 1603 und 1838 giengen weitere 163 ein, wogegen die Zahl der mit Dampfapparat betriebenen stieg. Es verschwanden die kleinen, in gewerblicher wie polizeilicher Hinsicht nachtheiligen Brennereien, wogegen sich der Betriebsumfang und die technische Behandlung vervollkommnete. Im Jahre 1838 wurden von 1440 Brennereien 159387 Eimer Branntwein produciert.

Digitized by Google

auf der November 1840 zu Berlin eröffneten Conferenz eine nicht unbedenkliche Wendung, bis man sich dahin verständigte, daß Preußen von Sachsen und den thüringischen Staaten für seine Mehrconsumtion an Branntwein eine Abfindung erhielt, außerdem an die Stelle der bisherigen Ausgleichungsabgaben ein ganz neues System, das der Übergangsabgaben, gesetzt wurde, worauf durch den neuen, am 8. Mai 1841 unterzeichneten Vertrag diese erste Krisis des Zollvereins zu einem glücklichen Ende gedieh. Aber seine Lebensfähigkeit sollte noch auf mehr als eine Probe gestellt werden. Es brach der Kampf zwischen Schutzzoll und Freihandel aus. In Sachsen gieng der Ruf nach Schutzzoll, nämlich gegen die englischen Garne, von den Baumwollspinnern aus, namentlich von der großen Zahl derer, die, angelockt durch den lebhaften Geschäftsgang während des nordamerikanischen Bankschwindels von 1835—1837, ohne die geringste Sachkenntniß kleine Spinnereien unternommen hatten und mit dem Verschwinden der günstigen Conjunctur nun in Bedrängniß geriethen [1]). Da jedoch umgekehrt die Weberei billige Garne bedurfte und die Spinnerei den Bedarf derselben, besonders in den feineren Sorten, noch lange nicht zu decken vermochte, auch der leipziger Handel dem Freihandel zustrebte, so hielt zum Glück die Regierung an der Überzeugung fest, daß Schutzzölle nur die Gegenstände der Industrie zum Schaden der Consumenten vertheuerten, und erklärte sich auf den folgenden Zollvereinsconferenzen gegen jede, wenigstens gegen jede namhafte Erhöhung der Garnzölle [2]).

1) Beim Eintritt in den Zollverein hatte Sachsen 74 Spinnereien mit 370808 Spindeln, durchschnittlich zu 5000 Spindeln; September 1845 116 Spinnereien mit 474998 Spindeln, durchschnittlich 4000 Spindeln; Herbst 1848 136 Spinnereien mit 541868 Spindeln. Zuwachs an Spindeln seit 1834 46 %; dadurch widerlegte sich von selbst das unaufhörliche Verlangen nach Schutz.

2) Bei den Verhandlungen darüber in der zweiten Kammer 1846 rügte Abg. Gehe die Thatsache, daß es der Landeszeitung nicht gestattet war über Zollverhältnisse andere als halbamtliche Mittheilungen zu bringen, also eine Belehrung darüber durch die Presse nicht zu erlangen war.

Digitized by Google

Auch die innere Gesetzgebung mußte den durch den Zollverein veränderten Verhältnissen weiter folgen. Von den Bannrechten, von jeher der Ursache schlechter Production und monopolistischer Vertheuerung, fielen auf dem Landtage von 1836 wenigstens die bedeutendsten, der Bierzwang, um dessen Aufhebung fast auf allen Landtagen seit zweihundert Jahren Ritterschaft und Städte ebenso hartnäckig als vergeblich gestritten hatten, sowie der Mahlzwang (Gesetz vom 27. März 1836) [1]). Eine Differenz erhob sich dabei nur darüber, ob nach der Ansicht der Regierung eine Entschädigung, und zwar durch die Gebannten, nur dann geleistet werden solle, wenn das Recht selbst auf Privatrechtstiteln beruhe, oder, wie die Kammern verlangten, kein Bannrecht, weß Ursprungs und Charakters es sei, ohne Entschädigung aufgehoben werden könne. Nun erst konnten Actienbrauereien entstehen, als die erste die zum Waldschlößchen bei Dresden 1838, seit welcher Zeit das Lagerbier mehr und mehr von Sachsen Besitz nahm und das Dorfbier und den Branntwein verdrängte. Das Entstehen von Actienunternehmen machte, da die Idee der solidarischen Verbindlichkeit mit denselben nicht vereinbar war, gesetzliche Bestimmungen für dieselben nothwendig [2]). Eine den Innungszwang mildernde Gewerbeordnung hatte schon dem Landtage von 1834 vorgelegen und große Meinungsverschiedenheiten über diesen Gegenstand zu Tage gebracht; während die Einen der Befreiung der Gewerbe das Wort redeten, prophezeihten Andere davon den Untergang der Städte und die Verarmung der Dörfer; zuletzt wurde der Entwurf zurückgelegt. Die Beschränkungen des

1) Erhalten blieb das den Cavillern zustehende Bannrecht (zur Aufhebung der Anrüchigkeit der Caviller, der einzigen noch in Sachsen bestehenden, kam es erst 1840) bis zu dem Gewerbegesetz von 1861; alle übrigen Bannrechte: Musikzwang, Viehschnitt, Schleifen, Asche-, Lumpen- und Federsammeln, Glasausspielen, Kochen bei Ehrenmählern ꝛc., wurden durch Gesetz vom 19. Februar 1850 und zwar ohne Entschädigung aufgehoben.

2) Das erste gewerbliche Actienunternehmen in Dresden, dem bald andere folgten, war eine Zuckersiederei.

Digitized by Google

Dorfhandels und des Gewerbebetriebs auf dem Lande, wie sie das Mandat von 1767 festsetzte, gaben jedoch zu so vielen Klagen Anlaß, daß die Regierung einem ständischen Antrage von 1836 nachkommend auf dem Landtage von 1840 ein Gesetz einbrachte, welches jedoch bei der großen, durch das Geschrei der städtischen Innungen gegen Gleichstellung des Landes mit den Städten erweckten Ängstlichkeit vor einer Schmälerung der Erwerbsquellen der Städte von einer völligen Freigebung des Handels und der Gewerbe auf dem Lande weit entfernt blieb und nur dem Landmanne die Befriedigung seiner Bedürfnisse etwas erleichtern sollte [1]). Mit ganzer Schärfe trat bei dieser Frage der Antagonismus zwischen den städtischen und den ländlichen Interessen in den Kammern hervor und lange quälte man sich mit der unfruchtbaren Mühe ab Bestimmungen aufzufinden, durch welche man beiden gerecht werden könnte. Das Gesetz (vom 9. October 1840) gab die unzünftigen Gewerbe auch auf dem Lande frei, in Gegenden, wo Strumpfwirkerei und Weberei betrieben wurde, auch diese, ebenso die Maurer- und Zimmermeister, Schwarzbäcker und Schuhflicker, andere wurden unter mancherlei Beschränkungen gestattet und in der Regel sollte in einer Gemeinde von jeder Art nur ein Meister und gegen Concession ein Krämer zugelassen werden.

Endlich schlug nun auch für die Juden, deren Lage in Sachsen schlimmer war als in den meisten anderen Staaten, die Stunde wenigstens theilweiser Erlösung aus tiefer Entwürdigung. Noch beruhten ihre Verhältnisse auf den alten Judenordnungen von 1682 und 1772, nach denen es zu ihrer

1) „So viel ist gewiß", sagt der Deputationsbericht der ersten Kammer, „daß eine unmittelbare Auflösung der Zünfte ohne dringende Mahnung äußerer Verhältnisse mit dem ruhigen und gleichförmigen Gange einer wohlorganisierten Staatsverwaltung nicht vereinigt werden kann und daß in den städtischen Gewerben und der Erhaltung eines Mittelstandes zwischen dem großen Grundbesitzer, Fabrikherrn und den zahlreichen Proletariern ein viel zu wichtiger Theil der Staatskräfte liegt, als daß es für die Regierung rathsam sei sich dieses Theils ihrer Macht ohne weiteres zu entäußern."

Digitized by Google

Aufnahme der ausdrücklichen Concession des Landesherrn bedurfte; diese aber erstreckte sich immer nur auf das Haupt der Familie und mußte daher bei dessen Tode, bei Anlegung einer besonderen Wirthschaft seitens der Kinder oder bei deren Verheirathung erneuert werden; sie durften nur zwei jüdische Dienstboten halten und, ausgeschlossen von allen politischen Rechten, allen bürgerlichen Gewerben und vom Grundbesitz, nur Schacher und Geldgeschäfte treiben [1]), in der Regel nur in Dresden und Leipzig und auch hier nur in der inneren Stadt, auf dem Lande aber gar nicht wohnen. Einzig die Aufdingung jüdischer Lehrlinge bei christlichen Meistern gestattete 1818 die Regierung der israelitischen Gemeinde zu Dresden trotz wiederholten Protestes der dortigen Innungen. Hierauf bildete sich 1829 an M. Mendelssohns hundertjährigem Geburtstage im Schoße der Judenschaft selbst ein Verein zu dem Zwecke, Handwerke, Künste und Wissenschaften so wie jede nützliche Thätigkeit bei der dresdner israelitischen Jugend zu fördern und überhaupt verbesserte Gesinnungen über Israeliten und Israelitenthum zu verbreiten; aber noch 1833 verklagten die Ältesten der dresdner Schuhmacherinnung zwei Meister, weil sie ihr Handwerk zwei jüdischen Knaben lehrten. Endlich erbarmten sich auch die Stände der trostlosen Lage der Juden und bei Berathung der Verfassungsurkunde wurde zu ihren Gunsten bei § 33 ein Zusatz beschlossen, der die Regierung in Stand setzen sollte, die staatsbürgerlichen Verhältnisse derselben durch künftige Gesetze zu verbessern, und auf dem ersten constitutionellen Landtage befürwortete Krug, der schon 1828 in einer Flugschrift für die Emancipation der Juden eingetreten war, mit Wärme eine auf seine eigene Veranlassung eingereichte

1) Dazu noch verschiedene besondere Localbestimmungen: in Dresden z. B. hatte die Judenschaft bei jeder, auch der geringsten Feuersbrunst 10 Thlr. zu bezahlen, wofür 1834 die persönliche Stellung von zwölf Israeliten zur Hilfsleistung beim Löschen angeordnet wurde; Juden, welche Freiberg passierten, mußten sich zu Verhütung heimlichen Aufkaufs von Bergproducten bei ihren Geschäftsgängen durch von ihnen selbst zu honorierende Polizeidiener begleiten lassen.

Digitized by Google

Petition der dresdner israelitischen Gemeinde um Ertheilung der privat- und staatsbürgerlichen Rechte an die in Sachsen eingebornen Juden trotz Drohbriefen von dresdner Bürgern und den Gegenpetitionen der Handel- und Gewerbtreibenden aus verschiedenen Städten [1]). Für die Meisten war die Emancipation weniger eine Frage der religiösen Toleranz als der Gewerbefreiheit, daher selbst die liberalsten Abgeordneten wenig Neigung dafür an den Tag legten, während die Regierung an dem Grundsatze festhielt, daß die moralische Verbesserung der Juden, namentlich ihre Annäherung an die christlichen Gebräuche und Sitten ihrer bürgerlichen Emancipation vorangehen müsse. Statt des von den Ständen beantragten Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Juden legte sie daher dem Landtage von 1836 zunächst nur ein solches über die Religionsübung der Juden vor, das ihnen gestattete in Dresden und Leipzig sich unter Aufhebung der bisher nur geduldeten Privatsynoden in eine Religionsgemeinde zu vereinigen und ein gemeinschaftliches Bet- und Schulhaus zu errichten (Gesetz vom 18. Mai 1837), und ließ diesem als einen weiteren Schritt einen Gesetzentwurf wegen einiger Modificationen in den bürgerlichen Verhältnissen der Juden folgen, wonach ihnen um sie vom Schacher abzulenken der Handel, jedoch bloß mit selbstgefertigten Waaren, die Erlangung des Innungs- und Meisterrechts und das Halten von Gesellen und Lehrlingen, jedoch in einer von der Regierung für jede Innung bestimmten Maximalzahl erlaubt, dagegen die Beschränkung ihres Wohnsitzes auf beide Hauptstädte, ihre Ausschließung von den politischen und bürgerlichen Ehrenrechten und die Versagung gewisser Gewerbe beibehalten wurden. Allein selbst diese Zugeständnisse giengen der großen Mehrheit der Stände zu weit, so daß bei der Berathung des Entwurfs noch verschiedene Beschränkungen und kleinliche Vorbehalte eingeschaltet wurden (Gesetz vom 16. August 1838). Kein Wunder

1) Die Juden ehrten daher seinen hundertjährigen Geburtstag 22. Juni 1870 durch Begründung einer Stiftung für Studierende ohne Unterschied der Confession.

Digitized by Google

daher, daß die Juden bei dem Landtage von 1842 aufs neue um Gewährung erweiterter Rechte einkamen. Trotz der Gegenpetitionen der dresdner Handwerker und Handelsinnung unterstützten in den Kammern namentlich Brockhaus, v. Thielau, v. Mayer und Graf Hohenthal-Püchau diese Bitte, wogegen Oberländer und Eisenstuck ebenso bestimmt widersprachen, und vorläufig geschah weiter nichts, als daß die Petition der Juden der Regierung zur Berücksichtigung empfohlen wurde.

Die Unsicherheit in den gesetzlichen Größenwerthen der sächsischen Maße und Gewichte und die störende Verschiedenheit derselben in jedem kleinen Theile des Landes hatten schon im Jahre 1805 die Stände zu einem Antrage auf Einführung eines rationellen Maß- und Gewichtssystems bewogen, ohne daß es zeither dazu gekommen war, hauptsächlich weil man die allgemeine Ordnung dieser Angelegenheit erst vom Bundestage, dann vom Zollverein erhoffte. Nachdem jedoch auch der letztere diese Erwartung getäuscht hatte und das einzige Resultat der vielversprechenden Verhandlungen die Annahme eines gleichmäßigen Zollgewichts gewesen war, fühlte sich die sächsische Regierung verpflichtet, nunmehr selbständig die erforderlichen Verbesserungen ins Leben zu rufen, und da die Ordnung des Gewichtssystems am dringendsten schien — denn das Mandat von 1834 hatte neben dem leipziger Kramergewicht (à 110 Pfd.) auch noch das Fleischergewicht (à 102 Pfd.) und das Berggewicht (à 114 Pfd.) bestehen lassen —, so wurde zunächst auf dem Landtage von 1840 die Einführung des mit 1. Januar d. J. in Wirksamkeit getretenen Zollgewichts als allgemeinen Landesgewichts beschlossen. Den Entwurf eines neuen auf dem metrischen System beruhenden Maßsystems [1]) legte die Regierung

1) Abgesehen von den verschiedenen Localscheffeln, die bei einem Wechsel zwischen $8\frac{3}{5}$ Metzen und 2 Scheffeln $1\frac{1}{2}$ Metzen in diesem Spielraume noch in 80 verschiedenen Größen bestanden, variierten die legalen dresdner Scheffel bis zu 148 Cubikzoll. Ebenso wechselten die bei den Obrigkeiten vorgefundenen Kannenmaße von 7% unter bis zu 5% über die Größe, wie sie künftig vorgeschrieben werden sollte. Die Elle betrug in Leipzig 250,6 par. Linien, in Dresden 251, in Freiberg 251,2, in Zittau 252,6, in Bautzen 255,3, in Adorf 285.

Digitized by Google

den Ständen im Jahre 1845 vor, weniger in der Absicht das Gesetz sofort zu emanieren als in der Hoffnung durch Annahme desselben seitens der Kammern einen günstigen Einfluß auf die Verhandlungen mit den übrigen Zollvereinsstaaten auszuüben. Aber nur die zweite Kammer nahm den Entwurf an, die erste versagte ihre Zustimmung, so lange nicht die gesamten oder wenigstens die benachbarten Zollvereinsstaaten und namentlich Preußen dasselbe System annehmen würden, worauf beide übereinstimmend beantragten, die Regierung möge über den Zeitpunkt sowie über die inmittelst etwa nöthig werdenden Modificationen der Maßordnung die Zustimmung einer späteren Ständeversammlung einholen und innerhalb der laufenden Finanzperiode das neue Gewichtssystem nicht zur Ausführung bringen.

Die nicht geringere Confusion des Münzwesens stammte hauptsächlich daher, daß der gesetzliche Münzfuß in Sachsen zwar der Conventions- oder 20 Fl.-Fuß war [1]), daß es aber in neuerer Zeit, seit den Durchmärschen der preußischen Truppen und dem Frieden von 1815, mehr und mehr mit preußisch Courant überschwemmt wurde. Es bestanden also in Sachsen zwei wesentlich verschiedene Valuta, nach dem 20 Fl.- und nach dem 21 Fl.-Fuß, factisch nebeneinander, von denen doch keine zu allen und jeden Zahlungen anwendbar war. Allein während man noch nach Mitteln zur Abstellung des Übels suchte, war der allgemeine Verkehr der Entscheidung der Frage dadurch vorausgeeilt, daß das gewöhnliche Werthausgleichungsmittel sich in preußisch Courant festgestellt hatte. Von den mehr als 74 Millionen aber, welche Sachsen seit 1763 geprägt hatte, wurden die gröberen Sorten wegen der Zuverlässigkeit ihres Gehalts in Folge der gestiegenen Silberpreise von vielen Münzstätten als das wohlfeilste Silber aufgekauft [2]); die Speciesthaler giengen sogar statt Barrensilbers

1) Die Convention von 1753 war zwar nur zwischen Österreich und Baiern geschlossen worden; doch hatte Sachsen erklärt, daß es sich ebenfalls nach derselben richten werde.

2) Allein im Jahre 1817 kauften die berliner Kaufleute über 3 Millionen sächsisches Conventionsgeld auf.

Digitized by Google

nach der Levante und China, da die Mark Silber, die noch zu Anfang des Jahrhunderts 13 Thlr. 2 bis 4 Gr. gegolten hatte, bis 13 Thlr. 14 und 18 Gr. stieg, das Fabrikat aber vom Staate zu 13 Thlr. 8 Gr. ausgegeben wurde, so daß bei der Ausprägung von 50- bis 60000 Mark, welche die Bergwerke jährlich lieferten, 20- bis 25000 Thlr. verloren giengen. So verschwanden von dem ganzen Münzreichthum über 60 Millionen spurlos aus dem inländischen Verkehr und nur ein Theil der kleineren Münzsorten blieb zurück. Bis zu welchem Grade die Verwirrung am Geldmarkte des Landes um sich gegriffen hatte, gieng am deutlichsten daraus hervor, daß diejenige Valuta, welche nach dem leipziger Courszettel als Regulator der übrigen dienen sollte, das Conventionsgeld, selbst zur Sorte geworden war und die Abgabenpflichtigen es zur Entrichtung der Steuern meist mit Einbuße, je nach dem schwankenden Course, einwechseln mußten. Umsonst suchte die Regierung durch Verhandlungen mit den Staaten des mitteldeutschen Handelsvereins nach einem Auswege aus der Verwirrung, das preußisch Courant nahm immer mehr überhand; in der chemnitzer Gegend waren daneben vorzugsweise Zwanzigkreuzer verbreitet. Regierung und Stände neigten bei dem Landtage von 1830—1831 der Annahme des 21 Fl.-Fußes zu, doch stiegen der ersteren bald darauf Bedenken auf, ob dessen Einführung räthlich sei, bevor er nicht durch Übereinkunft mit den Nachbarstaaten zu einem Conventionsfuß erhoben worden sei. Bei der Normierung der Zölle in preußisch Courant zufolge des Zollvereinsvertrags wurde dessen Cours zu 3⅓ % oder 9 Pf. vom Thaler bestimmt; weil jedoch das preußisch Courant seit seiner wachsenden Verbreitung auch immer mehr in seinem inneren Werthe stieg, so wurde derselbe im Jahre 1836 auf 8 Pfennige gesetzt. Da nun auch die Verhandlungen über das Münzwesen auf der münchener Zollconferenz von 1836 kein günstiges Resultat versprachen, so erklärten die Stände, daß ihnen die Annahme des 21 Fl.-Fußes unabweisbar erscheine. Mittlerweile hatten jedoch die Staaten des Zollvereins und die des 14 Thlr.-Fußes eine Münzconferenz verabredet, die im Sommer 1838 zu Dresden

Digitized by Google

zusammentrat. Drang hier auch Sachsen mit dem Vorschlag, durch Erhebung des in 100 Pfennige getheilten Dritteltalerstückes des 14 Thlr.-Fußes zur Hauptmünzeinheit ein reines Decimalsystem herzustellen, nicht durch, so wurde doch wenigstens, 30. Juli, eine Münzconvention auf zwanzig Jahre geschlossen, nach welcher vom 1. Januar 1841 an in sämtlichen Staaten nur zwei Münzfuße, der 14 Thaler- und der 24½ Fl.-Fuß bestehen und das Zweithaler- (nicht, wie Sachsen wünschte, das Einthaler-) Stück als Vereinsmünze ausgeprägt werden sollte, wobei Sachsen die Aufstellung eines dem 14 Thlr.-Fuße entsprechenden Decimalsystems, die Eintheilung des Thalers in 30 Groschen zu 10 Pfennigen, vorbehalten blieb.

Es konnte nicht fehlen, daß der gewaltige, oben geschilderte Aufschwung des Verkehrs die Vermehrung der Verkehrsmittel erzwang. Noch 1834 konnte Minister v. Zeschau ohne Widerspruch zu erfahren in der Kammer erklären, nachdem Sachsen nunmehr 194 Meilen Chaussee besitze, wolle man nachlassen, denn sonst könne es zu viel werden; man überzeugte sich nur zu bald, daß die vorhandenen nicht genügten und es wurde nun das Bestreben der Regierung, daß jede Stadt wenigstens einen chausseemäßigen Ausgang habe [1]). Derjenige aber, der das rechte erlösende Zauberwort fand, war Friedrich List. Er, der die wunderbaren Wirkungen der Eisenbahnen in England und Nordamerika mit eigenen Augen gesehen hatte, gewann, obgleich politisch anrüchig und von Vielen für einen Projectenmacher gehalten, in Leipzig einige schärfer blickende Kaufleute, G. Harkort, A. Dufour-Feronce, W. Seyffert und K. Lampe, die sich bereits mit dem Gedanken vertraut gemacht hatten, daß Leipzig, wenn es nicht von den nahen Elbstädten überflügelt werden solle, einer Eisenbahn bedürfe, für das Wagniß eine solche von Leipzig nach Dresden zu bauen, als diejenige Route, mit der vor allen anderen eine Probe zu machen sei, weil

1) Im Jahre 1843 kamen in Preußen auf 100 □ Meilen 34 Meilen Staatsstraßen, in Hannover 23 Meilen, in Würtemberg 88 Meilen, in Sachsen und Baden 99 Meilen.

Digitized by Google

gerade sie die meisten Vortheile und die wenigsten Schwierigkeiten darbiete [1]). Kreisdirector v. Falkenstein erwarb sich das Verdienst, List bei der Regierung freie Hand zu verschaffen, die Concession wurde 1834 ertheilt und die Gesellschaft erhielt die Erlaubniß eine halbe Million Thaler unzinsbare Papiere auszugeben. Doch hielt man das Unternehmen von mehr als einer Seite für so chimärisch, daß ein Antrag von Thielau's auf Stellung von Bedingungen hinsichtlich eines Rückkaufs oder Rückfalls der Bahn nach einer gewissen Reihe von Jahren so wenig Beachtung fand wie ein anderer des Abg. Sachße auf Ausführung des Baues aus Staatsmitteln [2]). Im Jahre 1836 begann der Bau unter Oberleitung des Hauptmanns Kunz und am 7. April 1839 konnte die Bahn in ihrer ganzen Länge befahren werden. Freilich bezahlten die Erbauer den Ruhm, die erste größere Eisenbahn in ganz Deutschland ins Leben gerufen zu haben, mit erklecklichem Lehrgelde: der ursprüngliche Kostenanschlag von 4 Millionen Thalern war um mehr als das Doppelte überschritten worden. Schon im Jahre 1840 stellte die Eröffnung der Actienbahn nach Magdeburg Leipzigs Verbindung mit dem Norden her.

Bald nach Sicherung des Unternehmens Leipzig-Dresden bildete sich 1836 in Chemnitz im Interesse der dortigen Industrie eine Actiengesellschaft zu Erbauung einer erzgebirgischen

1) Fr. List, Über ein sächsisches Eisenbahnsystem als Grundlage eines allgemeinen deutschen Eisenbahnsystems und insbesondere über die Anlegung einer Eisenbahn von Leipzig nach Dresden, 1833.

2) Überhaupt herrschten über diesen Gegenstand die wunderlichsten Vorstellungen. Der liberale Abg. Richter versicherte, daß für Sachsens Bedarf die jetzigen Transportmittel völlig ausreichten und der Verkehr zwischen Leipzig und Dresden keineswegs so beschaffen sei um eines so großen Unternehmens zur Vermehrung derselben zu bedürfen. 1837 petitionierten die Grundbesitzer im plauenschen Grunde gegen eine Dresden-Tharander Bahn und noch 1846 behauptete ein Abgeordneter von Dresden, durch die Eisenbahnen sei dem dresdner Handelsstand nur Abbruch geschehen. Andere sahen die Existenz des Mittelstandes durch die Eisenbahnen bedroht.

Digitized by Google

Bahn; aber die Regierung, deren Ansichten über das Eisenbahnwesen damals noch nicht feststanden, zögerte mit Ertheilung der Concession und darüber schwand der günstige Moment. Theilweise getäuschte Erwartungen, die großen Kostenüberschreitungen bei der Leipzig-Dresdner Bahn, auch Befürchtungen wegen Erhaltung des Friedens ließen die anfänglich große Gunst des Publikums für Eisenbahnunternehmungen in entschiedene Abneigung dagegen umschlagen, so daß an das Zustandekommen einer Eisenbahn in Sachsen ohne wirksame Unterstützung des Staats lange Zeit nicht mehr zu denken war, die Regierung aber war nicht geneigt aus Staatscassen dafür Bewilligungen zu machen. Erst als im Jahre 1840 eine directe Bahn zwischen Preußen und Baiern von Halle aus durch die sächsischen Herzogthümer lebhaft angeregt wurde, veranlaßte die Gefahr, daß Sachsen bei der Verbindung des nördlichen mit dem südlichen Deutschland ganz umgangen werden könnte, die Stände an Maßregeln zu deren Abwendung zu denken; sie ermächtigten die Regierung mit Privatgesellschaften unter Gewährung bestimmter Vortheile wegen des Baues einer sächsisch-bairischen Bahn abzuschließen, falls dies aber auf Schwierigkeiten stoßen sollte, den Bau einzelner Strecken auch ganz auf Staatskosten zu übernehmen. Daraufhin betrieb die Regierung die bereits mit Baiern eingeleiteten Unterhandlungen mit doppeltem Nachdruck: bei der Wichtigkeit und Eile der Angelegenheit wurde ein besonderer Unterhändler nach München geschickt und am 14. Januar 1841 daselbst eine Übereinkunft wegen Herstellung einer binnen sechs Jahren zu vollendenden directen Eisenbahn zwischen Leipzig und Nürnberg unterzeichnet. Die Regierung überließ die Bahn einer Actiengesellschaft, in das Bauproject wurde eine Zweigbahn Werdau-Zwickau zu Erreichung der dortigen Kohlenwerke aufgenommen, das Baucapital auf 6 Millionen Thaler veranschlagt. Allein die Hast, mit der diese Sache abgeschlossen werden mußte, hatte leider die Voranschläge und Pläne nur ganz oberflächlich aufzustellen gestattet. Je mehr sich der Bau aus der Ebene dem Gebirge näherte, desto mehr überstiegen auch die Kosten den Voranschlag, zumal man von

Digitized by Google

der anfänglichen Absicht für den schwierigsten Theil im Vogtlande Pferdebahn zu verwenden absah und sich nach dem Entwurfe des Majors Wilke zu zwei großen Überbrückungen über die Thäler der Göltzsch und der Elster entschloß, so daß die Regierung um die Fortsetzung des Baues zu ermöglichen der Actiengesellschaft sehr bedeutende Erleichterungen und Zuschüsse zugestehen mußte, die schließlich doch nicht genügten um dieselbe am Leben zu erhalten. Trotzdem blieb man bei der Ansicht, daß Sachsen besser thue den Staatsbau möglichst zu vermeiden und sich auf Unterstützung des Privatbaues zu beschränken. Im Jahre 1844 wurde die Concession für die sächsisch-schlesische Bahn und von Binnenbahnen für die Linie Chemnitz-Riesa, letztere in der Weise ertheilt, daß sich der Staat 10000 Actien reservierte, und da die Besorgniß erwachte, daß die Bahn von Wien und Prag nach Berlin sich mit Umgehung Sachsens auf Görlitz richten werde, erhielt 1845 eine Privatgesellschaft die Concession für die Linie Löbau-Zittau, bei welcher sich der Staat ebenfalls mit 5000 Actien betheiligte. Nur bei der sächsisch-böhmischen Bahn, welche gemäß der Übereinkunft mit der österreichischen Regierung spätestens 1846 in Angriff genommen werden und binnen acht Jahren vollendet sein sollte, entschied man sich, weil sich kein Privatunternehmer dafür fand, für den Staatsbau.

Mit dieser Vervollkommnung der Verkehrsmittel hielt die Elbschiffahrt nicht gleichen Schritt, da die auf Erleichterung der Schiffahrtsabgaben gerichteten Bemühungen der sächsischen Regierung nur von geringem Erfolge begleitet waren. Nachdem im Jahre 1842, demjenigen, in welchem die Elbe seit Menschengedenken den niedrigsten Stand erreichte, die erste Stromschau durch die hydrotechnische Commission stattgefunden hatte, wurde zwar 13. April 1844 zu Dresden die Additionalacte zur Elbschiffahrtsacte von 1821 vereinbart und durch dieselbe die gänzliche Befreiung des sächsischen Binnenverkehrs und der Personendampfschiffe, welche seit 1837 den Strom befuhren, ermöglicht; da sie aber gerade den wichtigsten Artikeln keine Zollermäßigung zugestand, so wendeten sich diese sogar

Digitized by Google

von der Elbe ganz weg und suchten von Stettin auf der Oder und den Kanälen ihren Weg nach Sachsen. Die Regierung mußte sich darauf beschränken die schwierigsten Stellen im Strom für die Schiffahrt zu verbessern und erreichte wenigstens so viel, daß die sächsische Strecke der am wenigsten vernachlässigte Theil des Stromes war.

Die Rückwirkung des Aufschwunges im Handel und in der Industrie auf andere Stände blieb nicht aus. Der kleinere Gewerbstand und die Landwirthschaft fühlten sehr bald die steigende Consumtionskraft der Bevölkerung und so begann der Wohlstand im allgemeinen zu steigen. Nicht minder erfreulich gestalteten sich die finanziellen Ergebnisse der Staatsverwaltung; bei den Regalien wurde in der Finanzperiode von 1834 bis 1836 ein Überschuß von 564000 Thlrn. erzielt, daher sich auch die Stände bereitwillig zur Übernahme einer Schuld von 101000 Thlrn. verstanden, welche aus Friedrich Augusts I. Zeit stammend auf der Schatulle lastete und erst nach König Antons Tode zur Kenntniß des Ministeriums gekommen war. Das nächste Budget ergab einen Überschuß von 1,953077 Thlrn., so daß die Regierung, trotzdem sie zu geordneter Führung der Verwaltung in ihren Cassen stets einen zweimonatlichen Bedarf vorräthig hielt, nicht nur verschiedene Steuern erlassen oder ermäßigen sondern auch die Abwickelung des noch vorhandenen Restes der 3% Kammercreditschuld vornehmen konnte. Die ganze fundierte Staatsschuld bestand Ende 1842 nur noch in der 3% Anleihe von 1830 im Betrag von 9,539175 Thlrn., der niedrigste Stand, den sie je erreicht hat. Mehrere uneinträgliche Domainengrundstücke wurden veräußert; allein die Forstnutzungen erhöhten sich von 1833 bis 1846 um 100000 Thlr., so daß sie jetzt mehr eintrugen als vor der Theilung von 1815, und bis 1842 waren überhaupt ohne höhere Belastung der Unterthanen von den Domainen, Regalien, Verbrauchsabgaben ꝛc. 4,748955 Thlr. mehr gewonnen worden, die zu außergewöhnlichen Zwecken, namentlich zu Unterstützung des Eisenbahnbaus, verwendet werden konnten. Das bedenkliche Sinken des Silberausbringens bei mehreren freiberger Gruben

Digitized by Google

und die dadurch erweckte Sorge, was bei einem weiteren Rückgange des Bergbaus aus der zahlreichen Gebirgsbevölkerung werden solle, bewog den Ober-Berghauptmann v. Herder zu dem Vorschlage, die ertrunkenen Baue im halsbrücker Vereinigt Feld und andere durch Anlegung eines 11360 Lachter langen, oberhalb Meißens in die Triebisch mündenden Stollns wieder gangbar zu machen, wovon er sich ein weiteres Ausbringen von 300 bis 400 Millionen versprach. Nachdem er den ersten Plan dahin reduciert hatte, daß der Stolln in geringerer Teufe und nur bis Rothschönberg 6441 Lachter weit geführt werden sollte, wofür er eine Bauzeit von 22 Jahren und 1,300000 Thlr. Kosten berechnete, genehmigten Regierung und Stände denselben und der Bau begann 1844, er erwartet jedoch den Beweis seiner Zweckmäßigkeit noch von der Zukunft.

Die Planmäßigkeit und einheitliche Entwickelung, welche die gesamte gesetzgeberische Thätigkeit seit 1831 kennzeichnete, trat wohl nirgends deutlicher hervor als in der schrittweise und consequent weiter geführten Entlastung des Grundeigenthums und der zur Hebung des Realcredits nöthigen Reform des Grund- und Hypothekenwesens. Seitdem die gesetzliche Vorschrift, welche das Festhalten an der Dreifelderwirthschaft verlangte, damit die Ausübung der Frohnden und Servituten nicht gestört würde, gefallen war, begann der Aufschwung der Landwirthschaft. Anfangs glaubte auch sie noch gleich der Industrie der directen Beihilfe der Regierung benöthigt zu sein und 1834 bewilligten die Stände nicht nur zu diesem Zwecke 5000 Thlr., sondern beantragten auch, obgleich Prinz Johann dies mit Recht als einen volkswirthschaftlichen Fehler rügte, daß die Regierung für ihre Magazine nur inländisches Getreide kaufen möge; mehr und mehr jedoch lernte auch sie die Bedingungen ihres Gedeihens in der Ablegung eingewurzelter Vorurtheile und rationellerem Betriebe suchen, eine Erkenntniß, welche durch die 1830 als ein Nebenzweig der tharander Forstakademie eröffnete landwirthschaftliche Anstalt, durch die Entstehung zahlreicher landwirthschaftlicher Vereine und in weiteren Kreisen durch die 1837 zu Dresden gestiftete Wander-

Digitized by Google

gesellschaft der deutschen Land- und Forstwirthe vielfache Förderung erhielt. Das ungestörte Fortschreiten der Ablösungen und Gemeinheitstheilungen, für welches sich die Landrentenbank [1]) als eine überaus zweckmäßige Einrichtung bewährte, steigerte den Reinertrag des Grundbesitzes. Das Verbot, daß, wer nicht zum Bauernstande gehöre, ohne landesherrliche Dispensation kein Bauerngut erwerben dürfe, wurde 13. Juni 1837 aufgehoben, die in der Lausitz noch bestehenden Lasten der Schutzunterthänigkeit [2]), des Theilschillings, Vorfangs- und Quittierkreuzers jedoch erst auf dem Landtage von 1845 durch die Erklärung der Regierung, daß sie dieselben durch die bisherigen Gesetze für bereits aufgehoben erachte, beseitigt. Die Landgemeinden-Ordnung vom 7. November 1838 übertrug die Autonomie in Communalangelegenheiten, welche die Landgemeinden bisher ohne Vortheil für sich durch Urversammlungen geübt hatten, auf eine gewählte Gemeinderepräsentation, schloß jedoch die Rittergüter vom Landgemeindenverbande aus.

Unstreitig eine der hervorragendsten Schöpfungen jener Jahre und neben dem Anschluß an den Zollverein eines der größten Verdienste, welche sich v. Zeschau um Sachsen erworben hat, war die Einführung des neuen Grundsteuer-Systems,

1) Überhaupt sind derselben bis 1859 454716 einzelne Landrenten im Jahresbetrage von 1,142512 Thlrn. und einem Capitalnennwerthe von 28,562822 Thlrn. überwiesen worden. Spätestens im Jahre 1914 wird die Landrentenbank ihre Wirksamkeit beendet haben.

2) Die Schutzunterthanen waren der Jurisdiction ihrer Schutzherren unterworfen; diesen stand die gesetzliche Vormiethe über die Kinder ihrer Schutzunterthanen zu, wogegen letztere auf den Schutz ihrer Herrschaft Anspruch hatten. Ausflüsse der Schutzunterthänigkeit waren: das Schutzgeld von jährlich 1—3 Thlrn., die Verbindlichkeit des Schutzunterthans beim Wegzug auf bestimmte Zeit einen Gunstschein zu lösen, bei gänzlichem Wegzug ein Losgeld, gewöhnlich 1 Ducaten, bei jeder Veränderung des Grundbesitzes die Laudemialgebühr von 2, 3 bis 5 % zu entrichten, zuweilen, jedoch seltener, auch die Befugniß der Herrschaft, gewisse Hilfsdienste, besonders in der Ernte zu fordern. Die Entrichtung der dienstfähigen jungen Leute, welche bei der Gesindeschau ausgewählt wurden, betrug bei manchem Rittergut mehrere hundert Thaler.

Digitized by Google

welches bald eine über seine anfängliche Bestimmung weit hinausgehende Bedeutung erhielt und mit seinen Flächenangaben und Steuereinheiten bei allen den Grundbesitz betreffenden Verhältnissen als Anhalt diente. Die Geschichte der sächsischen Grundsteuer ist lang und wechselvoll. Schon im Jahre 1711 sprachen sich die Stände in Übereinstimmung mit der Regierung über das Bedürfniß eines verbesserten Grund- und Gewerbsteuer-Systems aus; aber erst hundert Jahre später, auf dem Landtage von 1811, wurde diese Frage wiederaufgenommen. Sie stellten dabei den Grundsatz auf, daß Diejenigen, welche ein Mehr von Abgaben übernehmen müßten, von Denen, welche dadurch Erleichterung erhielten, zu entschädigen seien, dagegen aber behufs Aufbringung der außerordentlichen Staatsbedürfnisse ein neues, auf Abschätzung des Grundeigenthums begründetes directes Abgabensystem eingeführt werden solle. Damit einverstanden erließ die Regierung das Mandat vom 9. Juli 1812. Allein die Annahme, als werde sich das ganze Abschätzungs- und Katastrationsgeschäft und damit die Aufstellung eines zweckmäßigen Grundsteuer-Systems in sechs Monaten beendigen lassen, erwies sich als ein großer Irrthum. Schon bei dem Abschätzungsgeschäft erhoben sich starke Meinungsverschiedenheiten und obgleich von 4373 Katastern erst 89 vollständig ausgearbeitet waren, kosteten diese doch schon 107840 Thlr. Trotzdem trugen die Stände 1817 auf Fortsetzung der Abschätzung an, indes auf dem folgenden Landtage erklärte ihnen die Regierung, daß ohne geometrische Vermessung und sorgfältige Bonitierung der Grundstücke nicht zum Ziele zu gelangen sei. Da aber die Ritterschaft hierin nur Vorbereitungen zum Verluste ihrer Steuerfreiheit sah und auch die Städte davon eine Verschlimmerung für sich besorgten, so bildete sich eine Opposition gegen den ganzen Plan und die Stände lehnten die Verwilligung der dazu nöthigen Kosten ab. Mit desto lebhafterer Theilnahme schien die Sache am nächsten Landtage wiederaufgefaßt zu werden, die Stände sprachen sich für eine trigonometrische Vermessung des ganzen Landes und eine Abschätzungsweise nach einer vom Geheimen Finanzrath v. Flotow

Digitized by Google

entworfenen Methode aus, deren praktische Anwendbarkeit in jedem der fünf Landestheile an je einer Quadratmeile geprüft werden sollte. Da aber dieser erste Versuch sehr ungünstig ausfiel, so empfahl die mit dem Geschäft beauftragte Commission eine andere, vom Commissionsrath Blochmann vorgeschlagene Methode. Der Verdacht, daß es auf eine Hinauszögerung der ganzen Sache abgesehen sei, wurde bestärkt, als die Stände von 1830 darauf antrugen, das Geschäft bis zu nochmaliger Prüfung durch eine besondere Deputation vorläufig zu sistieren [1]). In dieser Lage befand sich die Angelegenheit, als die Regierung von den Ständen 1833, ohne ein bezügliches Gesetz vorzulegen, ein Gutachten darüber verlangte. Nach sehr eingehenden Debatten empfahl die erste Kammer eine der beiden Vermessungsmethoden alternativ anzuwenden, erklärte sich für die blochmannsche Abschätzungsmethode, entschied sich um dem Vorwurf zu begegnen, als gehe auch sie auf eine absichtliche Verzögerung der Maßregel aus, fast einstimmig für die sofortige Aufhebung der Realbefreiungen und beantragte die Vorlegung eines Gesetzes über die Besteuerung und Entschädigung der Steuerfreien, durch welches letztere den Steuerbaren unerwartet der Feststellung des neuen Grundsteuer-Systems gleichgestellt würden; die zweite Kammer verwarf die blochmannsche Methode und erklärte sich für eine Zerlegung des ganzen Geschäfts in drei Theile: in die Feststellung der verschiedenen Abstufungen jeder Culturart einer Gemeindeflur nach ihrem Nutzungswerth, in die Einschätzung sämtlicher Grundstücke derselben durch die Eingesessenen ohne Zuthun des Abschätzungscommissars und in die Berechnung der Steuereinheiten durch die Behörde.

Im Jahre 1835 begannen die Vorarbeiten, bis 1843 waren dieselben mit einem Kostenaufwande von 822148 Thlrn. beendigt und sämtliche Flurbücher und Kataster aufgestellt, so daß die neue Grundsteuer mit dem Jahre 1844 in Kraft

1) W. Gerhard, Blick auf einige Steuerverhältnisse im Königreich Sachsen (1831). — Vgl. die Erläuterungen des Abg. Runde in Beil. z. d. Protokollen der zweiten Kammer 1833—1834 I, 733 ff.

Digitized by Google

treten konnte (Gesetz vom 9. September 1843). Im Ganzen waren 3373 ländliche und 143 städtische Flurcomplexe, die zusammen 1,779710 Parzellen lieferten, vermessen und bonitiert, 11,863460 Steuereinheiten in den Städten, 36,788594 in den Landgemeinden, zusammen also 48,652054 abgeschätzt worden unter Leitung des Commissionsraths Dr. Runde, der sich schon auf dem Landtag von 1833—1834 als der gründlichste Kenner dieser Angelegenheit bewährt hatte. Zur Entschädigung der früheren Steuerfreien waren 4 Millionen Thlr. in neucreierten 3 % Obligationen angewiesen (Gesetz vom 15. Juni 1843) [1]; die Summe der aufgehobenen Steuern betrug 1,222864 Thlr. [2], der Reinertrag der neuen Steuer wurde zu 1,341233 Thlrn., also ein Überschuß von 118368 Thlrn. veranschlagt. Nur die eine Klage wurde bald laut, daß in Folge des angewandten Verfahrens, das Land, da alle Reinerträge in Roggenwerth ausgedrückt wurden, nach der Verschiedenheit der Getreidepreise in 46 Roggenpreisbezirke zu theilen und für jeden derselben die Roggenpreise nach einem zehnjährigen Durchschnitte zu ermitteln [3], gerade die ärmsten Gegenden, das Vogtland und das Gebirge, bei der Abschätzung und Bonitierung zu stark angezogen worden seien.

An ferneren für den Grundbesitz wichtigen Gesetzen brachte der Landtag von 1842—1843 das über das Hypothekenwesen

1) In mehr als 50000 Einzelposten wurden davon bis 1850, wo dieses Entschädigungswerk seine Endschaft erreichte, gewährt: an Rittergüter 1,817187 Thlr., an Kirchen, Schulen ꝛc. 510574 Thlr., an Gemeinden 1,698938 Thlr.

2) Mit der Einführung des neuen Grundsteuer-Systems erloschen die bisher vom Grundeigenthum entrichteten Steuern und Abgaben, nämlich die Schock-, Quatember- und Accis-Grundsteuer, die Kavalerieverpflegungs-, Portions- und Rationsgelder, das Donativ und andere ritterschaftliche Beiträge, die schönburgischen Contingentgelder, das Quatember-Steueräquivalent der Herrschaft Wildenfels; in der Oberlausitz außerdem die Rauch- und Mundsteuer, die Grundanlage, die Grundsteuer in den Bezirken der Bierstädte u. s. w.

3) Runde, Die sächsische Landesabschätzung und deren Rechtfertigung, Dresden 1850.

Digitized by Google

(vom 6. November 1843), nach welchem das Eigenthum an Grundstücken nur durch Eintragung in die Grund- und Hypothekenbücher erworben werden konnte, deren Einrichtung bis 1848 ausgeführt wurde, sowie das über die Theilbarkeit des Grund und Bodens und die Anlegung neuer Nahrungen (vom 30. November 1843), welches theils durch die neue Hypotheken- und Steuergesetzgebung, theils durch die Wahrnehmung, daß die Zahl der Dismembrationen sich in den letzten Jahren ungemein vermehrt hatte, hervorgerufen wurde und den von einer übermäßigen Zerstückelung des Grund und Bodens befürchteten wirthschaftlichen wie politischen Nachtheilen vorbeugen sollte, zumal die Ausbreitung des Gewerbewesens ein schnelleres Anwachsen der Bevölkerung erzeugte und damit den Drang nach neuen Ansiedelungen vermehrte. Nach diesem Gesetze durfte von einem Rittergute nicht mehr als ein Viertheil der Steuereinheiten, von Grundstücken mit weniger als 150 Steuereinheiten überhaupt nichts abgetrennt werden; bei städtischen und bei walzenden Grundstücken jedoch fand eine solche Beschränkung nicht statt.

Auch die Verbesserung des Armenwesens wurde nicht außer Acht gelassen. Es waren zwar die Grundsätze des noch giltigen Hauptgesetzes in Armensachen, des Mandats von 1772, in der Hauptsache auch jetzt noch als richtig anzuerkennen, an der Handhabung derselben hatte es aber von jeher gefehlt, daher die Klagen der Stände über das sich mehrende Bettelwesen fast so alt waren wie das Mandat. Die 1805 beabsichtigte Errichtung von Kreis-Armencassen und Kreis-Armencommissionen kam, wie so vieles, des Krieges wegen nicht zur Ausführung. Erst 1810 wurde die Sache wiederaufgenommen; da jedoch Ritterschaft und Städte sich über den Repartitionsfuß bei Aufbringung der Beiträge nicht einigen konnten, so blieb sie abermals bis 1818 liegen, wo aber dem von den Ständen abgeänderten Entwurfe wegen der Nothwendigkeit, die Unterthanen jetzt mit neuen Auflagen zu verschonen, die königliche Genehmigung versagt wurde. Nur einige einzelne Gesetze erschienen zu dem Zwecke, die Verarmung einzelner ohne gesicherte

Digitized by Google

Erwerbsfähigkeit sich niederlassenden Individuen zu verhüten und die Gemeinden gegen die Versorgungslast verarmender Familien sicherzustellen. Erst das Heimathsgesetz von 1834 führte die Grundsätze über die öffentliche Armenversorgung auf ein neues System zurück und concentrierte die Mittel dazu durch Bildung von Heimathsbezirken; auch die Städteordnung gab in den Armendeputationen ein Mittel an die Hand, den Gemeinsinn und die Theilnahme der Bürger für ihre Armen zu wecken. Da aber trotzdem die Klagen über Zunahme des Bettelwesens immer lauter wurden, so beantragten die Stände im Jahre 1837 eine Revision der Gesetze über Armenversorgung unter ausdrücklicher Hervorhebung des Grundsatzes, daß bei der Armenpflege die Freiwilligkeit an die Spitze zu stellen sei, ein Einschreiten der Regierung nur dann stattzufinden habe, wenn jene nicht ausreiche. Die gleichzeitig beschlossene Errichtung einer ländlichen Erziehungs- und Beschäftigungsanstalt für arme Waisen zu Großhennersdorf gab den erfreulichen Beweis von der zur Geltung gelangenden Einsicht, daß der Verarmung am wirksamsten nicht durch Repressivmaßregeln sondern durch Erziehung der Jugend zur Erwerbsfähigkeit gesteuert werden könne. Die auf Grund dieser ständischen Verhandlungen von der Regierung in den einzelnen Landestheilen angestellten Ermittelungen über die Lage des Armenwesens brachten manche erhebliche Mängel desselben ans Licht, wenn auch die Behauptung von einem Fortschreiten der Verarmung sich am besten durch die Thatsache widerlegte, daß in Sachsen der Staat weniger als irgendwo anders zur Armenversorgung beitrug, die Abgabenreste sich im Vergleich zu früher vermindert hatten, die Sparcassen auch außerhalb der Hauptstädte Nachahmung zu finden begannen. Mit großer Vorsicht hütete sich die Regierung die der Gesetzgebung in Bezug auf das Armenwesen gezogenen natürlichen Grenzlinien zu überschreiten; sie hielt daran fest, daß selbst gemeinnützige Anstalten wie Sparcassen, Sonntags- und Industrieschulen, wenn sie gedeihen sollten, nirgends aufgedrungen werden dürften sondern das Bedürfniß danach sich von selbst ankündigen müsse, daß ferner

Digitized by Google

jeder Eingriff in die persönliche Freiheit, z. B. Verbote gegen frühzeitige Heirathen, zu vermeiden seien. Dem entsprechend stellte die Armenordnung vom 22. October 1840 den Grundsatz an die Spitze, daß die öffentliche Armenpflege Sache der Gemeinden unter Oberaufsicht der Regierungsbehörden sei, der Staat nur aushilfsweise da einzutreten habe, wo die Hilfsmittel derselben nicht ausreichten; der Reihezug, ein wahrer Scandal in einem civilisierten Staate, wurde abgeschafft, dafür jedem Heimathsbezirke die Verpflichtung auferlegt binnen fünf Jahren ein Armen- und Gemeindehaus zu errichten.

Das sowohl die Volkswohlfahrt als die Finanzen nahe berührende Lotteriewesen wurde gleichfalls umgestaltet, die beiden zeither bestehenden Lotterieen, die dresdner, welche zum Besten der Straf- und Versorgungsanstalten, und die Stadtlotterie zu Leipzig, welche zum Vortheil des dortigen Kriegsschulden-Tilgungsfond gespielt wurde, in eine Landeslotterie verschmolzen, der Stadt Leipzig aber ein verhältnißmäßiger Antheil am Ertrage derselben gewährt, bis man später ihre Ansprüche durch Zahlung einer Abfindungssumme beglich; zugleich wurden die Concessionen, welche mehrere Kleinstaaten bis dahin in Sachsen besaßen, aufgehoben und alle fremden Lotterieen ausgewiesen. Als die Regierung 1834 um einem einstimmigen Antrage der zweiten Kammer zu entsprechen sich auf vertraulichem Wege zu unterrichten suchte, welcher Erfolg von einer Verwendung beim Bundestage für Aufhebung sämtlicher Lotterieen und Lottos in den deutschen Bundesstaaten zu erwarten stehe, schien das Resultat so zweifelhaft, daß sie von weiteren Schritten abstand.

Die langersehnte Reform auf dem Gebiete der Criminalgesetzgebung brachte der Landtag von 1836—1837. Das Bedürfniß, an die Stelle der Constitutionen von 1572, welche die Basis derselben bildeten, eine vollständige Strafrechtsgesetzgebung zu setzen, war bereits zu Anfang des Jahrhunderts erkannt und darum der Hof- und Justitienrath K. A. Tittmann und der Criminalist Prof. Chr. D. Erhard, jeder mit Ausarbeitung eines Entwurfs dazu beauftragt worden; diese wurden

Digitized by Google

1815 einer Commission (Eisenstuck, Tittmann und Dr. Stübel), da dieselbe aber bald um Enthebung von diesem Auftrage bat, dem letztern allein unter Zuziehung des Appellationsraths Schumann und unter Direction des Conferenzministers v. Globig zur weiteren Bearbeitung überwiesen, auch 1824 der erste Theil seiner Arbeit den Ständen vorgelegt. Allein deren Antrag, vorher die Gutachten der Dicasterien darüber einzuholen, dann 1828 Stübels Tod brachten neue Verzögerungen und Tittmann wurde mit der Redaction des Materials bis zum nächsten Landtage nicht fertig. So dringend der Gegenstand war, da u. a. noch immer in Sachsen die peinliche Halsgerichtsordnung subsidiarisch angewendet wurde, so trat er doch in den ersten Jahren nach dem Umschwung von 1830 in den Hintergrund und erst 1836 konnte der von Groß unter lebhafter Betheiligung des Prinzen Mitregenten ausgearbeitete Entwurf zum Criminalgesetzbuch den Ständen vorgelegt werden [1]), ausgezeichnet durch Einfachheit und durch das Bestreben, die sächsische Criminalgesetzgebung ebenso mit der anderer Staaten, namentlich Hannovers, Baierns und Würtembergs wie mit den geläuterten Ansichten der Wissenschaft in Einklang zu bringen. Insbesondere unterschied er sich von dem alten System durch Wegfall der geschärften Todesstrafe und sämtlicher selbständiger Ehrenstrafen, durch Spaltung der Zuchthausstrafe in zwei Grade, Einführung der Arbeitshausstrafe und ausgedehntere subsidiäre Anwendung der körperlichen Züchtigung, wogegen sie als Hauptstrafe wegfiel. Als einzige Vollstreckungsart der Todesstrafe bestimmte er die Enthauptung, nachdem andere schon seit lange nicht mehr angewendet worden waren [2]). Schon auf dem Landtage von 1833 hatte Eisenstuck die Abschaffung der Todesstrafe in Anregung gebracht, v. Miltitz

1) Groß, Criminalgesetzbuch für das Königreich Sachsen (1838), 2. Abth., Einl. — Bei dem Gesetzbuche war vielfach die Kritik des Criminalisten Abegg berücksichtigt. Ein musterhaftes Referat darüber lieferte Prinz Johann in der ersten Kammer.

2) Von 1816—1835 waren in Sachsen 73 Verbrecher zum Tode verurtheilt, davon 55 begnadigt worden.

Digitized by Google

auf die der öffentlichen Vollstreckung angetragen, doch erklärte damals Minister v. Könneritz, nur auf eine Beschränkung der Todesstrafe und auf Wegfall des hochnothpeinlichen Halsgerichts eingehen zu wollen. Auch die Kammern sprachen sich jetzt für Beibehaltung der Todesstrafe aus, empfahlen jedoch deren künftige Abschaffung im Auge zu behalten, falls die neuen Einrichtungen eine Verminderung der Verbrechen hervorbringen sollten. Desto mehr Gegner fand die körperliche Züchtigung, die auch bei der ersten Berathung von der zweiten Kammer verworfen, von der ersten aber beibehalten wurde. Die Prangerstrafe ließ die Regierung selbst fallen und statt des Verlustes des Adels durch erlittene Zuchthausstrafe setzten die Kammern, da in einem constitutionellen Staate ein Vorzug des Adels nicht anzuerkennen sei und der ausgestoßene Adelige keinem andern Stande zugewiesen werden könne, den der politischen und Ehren-Rechte. In dieser von den Kammern amendierten Gestalt wurde 30. März 1838 das erste geschlossene Strafgesetzbuch, welches Sachsen erhielt, publiciert, das zur besonderen Genugthuung seiner Urheber auch im Auslande Anerkennung, im Großherzogthum Weimar unveränderte Annahme fand.

War somit das Streben der letzten Jahre vorzugsweise auf den materiellen Fortschritt gerichtet, so wurde doch auch der geistige nicht außer Acht gelassen. Die Reform der Gelehrtenschulen wurde auf einer Rectorenconferenz im Sommer 1835 vorbereitet, die Lyceen wurden unter Schulcommissionen gestellt, die der kleineren Städte, die außer Stand waren den Anforderungen der Gegenwart zu entsprechen, erhielten Staatsunterstützung, und da die Zahl der dem Studium sich Widmenden abnahm, die der Schüler von 1600 auf 1300 sank und noch 600 Candidaten der Theologie zu versorgen waren, so hielt man eine Verminderung jener Lyceen an der Zeit und hob nächst den schon vorher eingegangenen zu Marienberg, Löbau und Camenz auch die zu Chemnitz und Schneeberg auf; das zu Annaberg wurde 1842 in ein Progymnasium mit Realschule verwandelt. Die Fürstenschulen, Meißen unter Baum-

Digitized by Google

garten-Crusius, Grimma unter Weichert und Wunder, erfreuten sich eines guten Rufes. v. Wietersheim, seit 1840 v. Carlowitz' Nachfolger als Cultusminister, schenkte den Gelehrtenschulen viel Aufmerksamkeit, insbesondere trachtete er nach Beseitigung der städtischen Patronats- und Collaturrechte über dieselben und brachte die zu Freiberg, Plauen und Zwickau unter die Leitung des Staats. Dadurch, sowie durch die Erhöhung der ständischen Bewilligung auf jährlich 12000 Thlr. gewann er den Standpunkt, von dem aus die Verbesserung des Gelehrtenschulwesens mit Erfolg unternommen werden konnte. Der Unterricht in der Muttersprache, Geschichte und Mathematik erhielt nun den ihm gebührenden Platz und das Regulativ für die Gelehrtenschulen Sachsens, welchem eine commissarische Revision dieser Anstalten folgte, enthielt sogar die Vorschrift, daß dieselben ihre Aufgabe nicht bloß in christlicher sondern auch in nationaler Beziehung erfüllen sollten. Ein Beweis für die günstigen Wirkungen dieser Reformen war es, daß wiederholt ausländische Schulmänner Sachsen besuchten um von den Einrichtungen der sächsischen Schulen Kenntniß zu nehmen und einer derselben das Geständniß ablegte, daß das, was anderwärts sich nur auf dem Papier schön ausnehme, sich hier verwirklicht finde. Doch würde das oft und laut ausgesprochene Interesse der Stände an der Schule noch dankbarer anerkannt worden sein, wenn es mit weniger ängstlicher Rücksicht auf eine Mehrbelastung des Staats bethätigt worden wäre. Zwar wurde, nachdem die Geistlichen eine Wittwen- und Waisencasse schon 1837 erhalten hatten, eine ebensolche (1. Juli 1840) für die evangelischen Lehrer errichtet, welche durch Überweisung verschiedener Fonds gleich bei ihrer Eröffnung ein Capital von 134700 Thlr. und außerdem ständische Zuschüsse erhielt; doch aber blieb die Lage vieler Volksschullehrer eine kümmerliche [1]). Die Kammern verhandelten 1842 viel darüber, wie diesem Nothstande abzuhelfen sei, aber

1) 1842 existierten noch immer 36 Lehrerstellen mit weniger als 120 Thlrn., 361 mit 120 Thlrn., 245 von 120—150 Thlrn. Gehalt.

Digitized by Google

man scheute die Mehrausgabe von 15000 Thlrn., doch gewährte die Regierung auf ihren Antrag den Minimalgehalt von 120 Thlrn. Erst 1846 zeigten sich die Kammern freigebiger; einstimmig bewilligten sie nicht nur weitere 16500 Thlr. zur Verbesserung der Lehrergehalte sondern erklärten sich auch zu mehr bereit, „da es Zeit sei den Lehrern einmal etwas Reelles zu geben und sie nicht wieder mit geist- und gemüthvollen Reden abzuspeisen". Auch für die körperliche Pflege der Jugend erwachte, seitdem J. A. L. Werner 1834 in Dresden die erste öffentliche Turnanstalt errichtet und Großmann auf Einführung der Gymnastik in den Schulen angetragen hatte, ein größeres Interesse, zumal die hauptsächlich von Plauen ausgehende Agitation für das Turnen durch die bei den Stellungen beobachtete Zunahme der Untüchtigen nachdrücklich unterstützt wurde [1]).

Die günstige Finanzlage schien nun auch der geeignete Zeitpunkt, für die so lange stiefmütterlich behandelte Kunst besser zu sorgen. Dresden, wo seit der Augusteischen Zeit kein monumentales Bauwerk entstanden war, bedurfte dringend eines würdigeren Hoftheaters [2]). Der Bau desselben, nach Sempers genialem Entwurfe 1838—1841 ausgeführt, erforderte der anfänglichen Voraussetzung zuwider einen Zuschuß von 260000 Thlrn. von seiten des Landes. Die jüdische

1) 1835 waren unter 15709 sich Stellenden 5011 Untüchtige, 3283 Untermäßige; 1839 unter 16228 sich Stellenden 6238 Untüchtige, 3713 Untermäßige; 1841 unter 16459 sich Stellenden 7015 Untüchtige, 3914 Untermäßige.

2) Im Jahre 1828 wurde dasselbe von 8000, 1836 von 23000, 1839 von 40000 Personen besucht, ein Beweis hauptsächlich von der Steigerung des Fremdenverkehrs. Die ersten Pläne zu dem neuen Theater wurden bereits 1835 ausgearbeitet und bildeten damals nur ein beigeordnetes Element eines weit umfassenderen Projects, das die Umgebung des königlichen Schlosses mit der katholischen Kirche, dem nahen Elbufer und dem Zwinger in sich begriff, das aber in Folge einer Reihe von Zwischenfällen nicht zur Ausführung kam. Semper, Das königliche Hoftheater in Dresden (1849). — Die Gesamtkosten des Baues betrugen 438732 Thlr.

Digitized by Google

Gemeinde beauftragte den Meister mit Erbauung ihrer Synagoge, und um die kostbaren Schätze der Gemäldegalerie ihrer fast hundertjährigen Verwahrlosung zu entreißen, bewilligten nicht nur die Stände 1837 5000 Thlr. zu den nöthigsten Restaurationen sondern 1847 begann, ebenfalls unter Sempers Leitung, der Bau des neuen Museums, der, schon 1843 projectiert, damals aus Rücksicht auf die Unglücksfälle und den Nothstand des Jahres 1842 verschoben worden war. Der dresdner Künstlerkreis, früher auf wenige im Stillen schaffende Meister beschränkt, erweiterte sich, zu der Architectur gesellten sich die anderen bildenden Künste. Im Jahre 1842 nahm E. Rietschel, der 1827 durch Graf Einsiedels Vermittelung Aufnahme in Rauchs Werkstatt gefunden hatte und bald dessen Lieblingsschüler geworden war, seinen bleibenden Wohnsitz in Dresden; hier schuf er nächst der Statue Friedrich Augusts I. im Zwinger das Giebelfeld sowie den Fries für die Aula des 1836 vollendeten und feierlich durch den Prinzen Johann (3. August) der Universität übergebenen Augusteums zu Leipzig, die Tumba Markgraf Diezmanns in der Universitätskirche und im Verein mit E. Hähnel die Giebelfelder des Hoftheaters und die Reliefs am neuen Museum. Mehrere namhafte Künstler wurden von dem selbst kunstsinnigen Könige Friedrich August nach Dresden berufen. J. Hübner und Ed. Bendemann aus Düsseldorf, ersterer als Lehrer an der Akademie, letzterer zur Ausführung der Fresken in den Paradesälen des königlichen Schlosses (1845), aus München 1846 J. Schnorr v. Carolsfeld als Galeriedirector (st. 1872); der unvergleichliche Zeichner L. Richter brachte den volksthümlichen Holzschnitt wieder zu Ehren.

Mit dem Wachsthum des Wohlstandes begann auch in den bürgerlichen Kreisen die Kunst Pflege und Förderung zu finden. Nachdem schon 1828 in Leipzig das Interesse an regelmäßiger gemeinsamer Betrachtung von Kunstblättern die Gründung eines Vereins von Kunstfreunden veranlaßt hatte, gieng aus diesem 1836 auf Veranlassung K. Lampe's ein Kunstverein hervor, der großen Anklang fand; er veranstaltete Kunstausstellungen

Digitized by Google

und begründete eine kleine Gemäldesammlung, zu welcher eine Anzahl von J. G. Quandt auf einem Kirchenboden aufgestöberter altdeutscher Gemälde den Grundstock bildete. Aus diesem bescheidenen Anfange erwuchs nach und nach das städtische Museum, das, ein schönes Denkmal gemeinnützigen Bürgersinns, 1848 dem Rath übergeben und öffentlich aufgestellt wurde. Das Beispiel des Dr. Härtel, der sein Wohnhaus in italienischem Stile aufführen und von Preller mit Wandmalereien ausschmücken ließ, blieb vereinzelt. Die bevorzugte Kunst Leipzigs blieb aber auch jetzt die Musik, ja durch die epochemachende Berufung F. Mendelssohn-Bartholdy's zum Director des Gewandhausconcerts im Jahre 1835, dessen Leistungen sich unter seiner Leitung zur höchsten künstlerischen Vollendung erhoben, durch die von R. Schumann hier 1834 als Organ der aufstrebenden Jugend begründete Neue Zeitschrift für Musik, durch die Eröffnung des aus einem Legate des Oberhofgerichtsraths Blümner gestifteten Conservatoriums im Jahre 1843 und den durch dies Alles herbeigeführten Zusammenfluß bedeutender Künstler wurde und war Leipzig selbst über den vielbeklagten frühen Tod des Meisters (4. November 1847) hinaus der eigentliche Mittelpunkt des deutschen Musiklebens. Neben dem Gewandhausconcerte entwickelten sich aus einem zweiten Vereine von Musikfreunden die Concerte der Euterpe, die zur Läuterung des Geschmacks auch in denjenigen Kreisen der Gebildeten, denen das Gewandhaus nicht zugänglich war, in höchst ersprießlicher Weise beitrugen. Keinen schicklicheren Ort konnte es daher für die Abhaltung der ersten deutschen Tonkünstlerversammlung, August 1847, geben als Leipzig. Hier componierte auch A. Lortzing, seit 1833 Mitglied des Theaters, seine komischen Opern, Erzeugnisse eines bescheidenen aber ächt volksthümlichen Talents, deren Hauptrollen für Darsteller der leipziger Bühne geschrieben sind. Letztere auf einen würdigen Standpunkt zu erheben, machte Ringelhards Nachfolger, der patriotische Dr. Schmidt, große Anstrengungen, und wirklich gelang es ihm, unterstützt durch H. Marr's energische Regie, die Theilnahme des gebildeten

Digitized by Google

Publikums und die Fruchtbarkeit bedeutender, zum Theil in Leipzig selbst lebender dramatischer Autoren, den Glanz der Küstnerschen Periode, leider aber nur für eine kurze Zeit zurückzurufen. Leipzig war auch, bis 1834, die Geburtsstätte von R. Wagners aufstrebendem Genius, der dann als Kapellmeister nach Dresden gieng, wo der Tenor Tichatscheck (seit 1838) und die Schröder-Devrient als Sterne erster Größe am Opernhimmel glänzten. Die Hofbühne, auf der Emil, Karl und Eduard Devrient, Pauli, Porth, Winger, die Damen Beyer, Berg u. A. wirkten, blieb auch in den neuen Räumen die Pflegerin des classischen Dramas; auf ihr wurden auch seit 1834 die Schau- und Lustspiele der Prinzessin Amalie, ältester Schwester des Königs, zuerst dem Publikum vorgeführt, Dichtungen des bürgerlichen Genres, die, ausgezeichnet durch Gemüthstiefe und Feinheit der Empfindung wie der Form, in jener dürren Zeit der deutschen dramatischen Literatur geradezu eine Lücke ausfüllten und ihren Weg über alle deutschen Bühnen fanden [1]).

So lebte man sich also unter allseitigem gedeihlichen Zusammenwirken immer mehr in die neue Verfassung ein. Aber dieser Stand der politischen Unschuld konnte nicht dauern. Je allgemeiner und stärker die Theilnahme an öffentlichen Dingen erwachte, desto eher mußten die inneren, durch den Compromiß von 1831 ungelöst gebliebenen Gegensätze in Kampf gerathen, desto energischer die vorwärtsdrängenden Zeitideen auch in Sachsen Fuß zu fassen suchen. Beide Richtungen traten schon auf dem zweiten constitutionellen Landtage deutlich erkennbar hervor. Die Aristokratie, namentlich die grundbesitzende, hörte nicht auf sich als den bevorzugten Stand zu betrachten und auch auf dem Boden der Verfassung Vorrechte geltend zu machen. Die von ihr selbst in Anregung gebrachte Reform

1) Originalbeiträge zur deutschen Schaubühne 1836—44, 7 Bände. Gleich ihrer Großmutter war die Prinzessin auch Sängerin und Componistin. Mitte der 50er Jahre erblindet erhielt sie durch eine glückliche Operation das Augenlicht wieder; sie starb 18. September 1870.

Digitized by Google

der veralteten Kreistagsordnung von 1811 scheiterte an ihrer Forderung, daß die Rittergutsbesitzer sämtlich, Städte und Bauernstand nur durch Abgeordnete an den Kreistagen Theil zu nehmen berechtigt sein sollten; bei den Verhandlungen über das Gesetz wegen der Verpflichtung der Gemeinden zur Aufbringung des Aufwandes für ihre Kirchen und Schulen (vom 8. März 1838) widersprachen die Rittergutsbesitzer der Beiziehung ihrer Güter zu den Parochiallasten sehr lebhaft und setzten schließlich wenigstens durch, daß ihnen provisorisch, bis zur Einführung der Grundsteuer, ein Abzug von 25% zugestanden wurde und ihr Beitrag nie zwei Drittheil der auf die Grundstücke fallenden Hälfte übersteigen dürfe (Gesetz vom 8. März 1838). Kein Wunder daher, daß auch die Frage wegen Aufhebung der Patrimonialgerichte förmlich zur Parteifrage wurde, als der Justizminister v. Könneritz ein Gesetz über die Bildung von Bezirksgerichten vorlegte, in welchem der frühere Versuch, die Patrimonialgerichte in verbesserter Form beizubehalten, als aussichtslos aufgegeben und die Beseitigung derselben offen als die nothwendige Voraussetzung für die Umgestaltung der Untergerichte, für die Concentration der den Feudalherren entwundenen Macht in den Händen des Staats proklamiert war. Nach hartem Kampfe erklärte sich die erste Kammer gegen nur sechs Stimmen für Aufrechterhaltung der Patrimonialgerichtsbarkeit und lehnte den Entwurf ab, worauf die Deputation der zweiten Kammer im Einverständniß mit der Regierung die specielle Berathung des Entwurfs als nutzlos aufgab.

Auf der anderen Seite tauchten schon auf diesem Landtage die ersten Spuren einer von dem schwungvollen Liberalismus der süddeutschen Kammern angewehten Opposition auf, die von unscheinbaren Anfängen ausgehend aber bald mit wachsender Stärke und Zuversicht auftretend ein neues Element in den dresdner Ständesaal brachte, damit aber auch zu einem allmählich immer enger werdenden Bunde zwischen den von ihr Angegriffenen, der Regierung und der Aristokratie, führte. Das Vogtland, damals der politisch erregteste Theil des Landes,

Digitized by Google

war es, welches die ersten Vertreter dieser Richtung, den Bürgermeister K. Todt aus Adorf (st. 1852) und den Advocaten v. Dieskau aus Plauen (st. 1872), in die zweite Kammer schickte. Der Antrag jedoch auf Erlassung einer Antwortsadresse auf die Thronrede, mit welchem letzterer debutierte, erhielt, nachdem v. Lindenau Namens der Regierung sich bestimmt gegen eine solche überflüssige und zwecklose Neuerung erklärt hatte, nur sechs Stimmen, und als vollends Beide keck genug waren eine Petition um Abänderung der Verfassung, Einführung des Einkammersystems und Umgestaltung des Wahlgesetzes einzureichen, beschloß die Kammer einstimmig und unwillig deren sofortige Zurückweisung. Einen günstigeren Angriffspunkt bot ihnen der Zustand der Presse. Im Jahre 1833 hatte v. Lindenau den von Krug ausgesprochenen Wunsch nach einem tüchtigen Preßgesetz einfach durch die Erklärung beseitigt, daß derselbe, so lange von Bundeswegen die Censur in der gegenwärtigen Art bestehe, unerfüllbar sei, und das provisorische Preßgesetz, welches die sächsische Presse ohne längeren Anstand von den nicht durch Bundesbeschluß gebotenen Beschränkungen befreien sollte, war damals nicht mehr zur Berathung gekommen. Dagegen erschien 13. October 1836 eine Verordnung über die Verwaltung der Preßpolizei, welche die Presse der strengsten Bevormundung unterwarf, für Zeitschriften das Concessionswesen einführte, Ertheilung und Entziehung der Concession ausschließlich in das Ermessen des Ministeriums stellte. Diese Verordnung, die nicht nur den Flor des Buchhandels zu bedrohen sondern auch etliche nur durch Gesetz zu ordnende Bestimmungen zu enthalten schien, rief alsbald nach Eröffnung des Landtags von seiten Todts und v. Dieskau's den Antrag auf sofortige Sistierung und gänzliche Zurücknahme derselben sowie auf Vorlegung eines Preßgesetzes im Sinne von § 35 der Verfassung hervor und die Regierung hielt es für gerathen dem ihr drohenden Angriffe durch die Ankündigung eines Preßgesetzentwurfs für den nächsten Landtag zuvorzukommen. Ihren ersten wirklichen Sieg aber erfocht die kleine liberale Minorität in Sachen des hannover-

Digitized by Google

schen Verfassungsbruchs, einer Frage, in welcher ihr das Rechtsbewußtsein der ganzen Kammer zur Seite stand. Als v. Dieskau den Antrag einbrachte, die Übereinstimmung der Kammer mit dem Beschluß der badenschen Volkskammer über diesen empörenden Vorgang, gegen die Regierung aber die zuversichtliche Erwartung zu erklären, dieselbe werde die constitutionellen Rechte der deutschen Bundesstaaten beim Bundestage zu wahren wissen, erhoben sich sofort 49 Mitglieder zu dessen Unterstützung und die zweite Kammer ließ sich weder durch v. Lindenau's Hinweis auf das deutsche Staatsrecht, welches jede Einmischung des Bundes in die inneren Angelegenheiten eines Bundesstaates verbiete, so lange nicht die Betheiligten selbst sich beschwerend an die Bundesversammlung wendeten, sowie auf die niemals bezweifelte constitutionelle Gesinnung der sächsischen Regierung davon abhalten denselben mit großer Stimmenmehrheit anzunehmen, noch auch durch die Erklärung der ersten Kammer, „wie sie sich in der damaligen Sachlage beruhigt fände", von ihrem Beschlusse wieder abbringen.

Bereits ansehnlich verstärkt scharte sich auf dem nächsten, am 10. November 1839 eröffneten Landtage, dem übrigens nur die zur Vervollständigung der Gesetzgebung nothwendigsten Gegenstände vorlagen, die liberale Opposition um Todt als ihren Führer: an des ausgeschiedenen v. Dieskau Stelle der Advocat K. Braun aus Plauen, v. Watzdorf, vom letzten alten Ständetag her wohlbekannt, Klinger aus Dippoldiswalde, Hensel aus Camenz; wenigstens ihnen nahe stand der reiche Fabrikant Georgi aus Mylau. Es blieb zwar auch diesmal, nach Lindenau's Ausdruck, bei der schönen Eigenthümlichkeit der sächsischen Kammern keine Adresse zu erlassen, aber Todts Antrag auf eine solche erhielt doch schon 17 Stimmen. In der Zwischenzeit seit dem letzten Landtage hatte die förmliche Aufhebung der hannoverschen Verfassung und die vom König von Hannover selbst veröffentlichte Zurückweisung der dagegen erhobenen Beschwerden durch den Bundestag, ganz Deutschland mit Entrüstung und Besorgniß erfüllt. Diesmal war es daher nicht die liberale Opposition sondern der Veteran unter

Digitized by Google

den Vertretern des friedfertigen Bürgerthums, Eisenstuck, der sogleich in der ersten Sitzung eine beruhigende Mittheilung über die in der hannoverschen Verfassungsfrage beim Bundestage stattgehabten Verhandlungen und die Theilnahme der sächsischen Regierung daran verlangte, zum nicht geringen Verdruß der Regierung, die, obgleich sie nebst Baiern, Würtemberg, Baden und den Ernestinern für Aufrechthaltung der hannoverschen Verfassung gestimmt hatte, doch nicht den Muth besaß sich offen zu dem verletzten Rechte zu bekennen, und v. Zeschau beeilte sich zu erklären: da die Sitzungen der Bundesversammlung nicht öffentlich seien, so befinde sich die Regierung, deren Gesinnung über diese Angelegenheit übrigens nicht zweifelhaft sei, außer Stand nähere Mittheilungen als bereits durch die öffentlichen Blätter geschehen zu machen. Allein Eisenstuck, voll Unwillen, daß man die Stände in einer für Deutschland so wichtigen Sache auf Zeitungsnachrichten verweise, beharrte dabei, daß bei der allgemein erweckten Furcht vor einer Gefährdung des öffentlichen Rechtszustandes eine beruhigende Erklärung unerläßlich sei. Auf Grund des von Watzdorf erstatteten Berichtes verwahrte die zweite Kammer das Recht und die Pflicht der Stände alles zu thun, was in ihren Kräften stehe um die traurigen Folgen jenes Ereignisses für die Rechtsverhältnisse des gemeinsamen Vaterlandes abzuwenden und forderte unter vielfachem Widerspruche des Ministers v. Zeschau die Regierung auf ihren Einfluß zu Wiederherstellung des in Hannover gestörten Rechtszustandes auch fernerhin kräftigst zu verwenden und bei der Bundesversammlung nicht nur eine authentische Interpretation der von der hannoverschen Regierung bekannt gemachten Entscheidung des Bundestags sondern auch die Wiederherstellung der Veröffentlichung der Bundestagsverhandlungen und die Einsetzung eines Bundes-Staatsgerichtshofes zu beantragen. Die erste Kammer dagegen, in der Überzeugung, daß jene Rechtsfrage schon in der Bundesversammlung ihren Richter finden werde, eignete sich von diesen Anträgen nur die beiden letzten an, die zweite fügte sich, damit wenigstens etwas geschehe, aber selbst diese

Digitized by Google

Anträge wurden im Landtagsabschiede zurückwiesen, da der erstere Punkt lediglich zur inneren Geschäftsordnung des Bundestags gehöre, zu dem zweiten aber im Hinblick auf die Verhältnisse Sachsens ohnedies keine Veranlassung vorliege. Eine auf Stellung der sächsischen Verfassung unter die Garantie des Bundes gerichtete Petition, welche im Zusammenhange mit jener Angelegenheit ein Mitglied der ersten Kammer, Ziegler v. Klipphausen, bei der zweiten einreichte, fand zwar keinen Anklang, „da die anerkannte und makellose Gewissenhaftigkeit, Gerechtigkeit und Worttreue des Königs und seines Hauses höher stehe als jede auswärts zu suchende Garantie", gab aber den unerwarteten Anlaß zu einem Conflict mit Lindenau, der, da die zweite Kammer seiner Behauptung, daß nach der Verfassung ein Ständemitglied eine Petition nur in seiner Kammer einbringen dürfte, einstimmig entgegentrat, seine Entlassung anbot und erst, nachdem der König seine Auffassung ausdrücklich als die richtige anerkannt und die Kammern sich bereitwillig dieser Entscheidung unterworfen hatten, wieder an den ständischen Verhandlungen Theil nahm.

Den Mißton, den dieser Zwischenfall zurückließ, zu verwischen, war leider das Preßgesetz, welches die Regierung in Erfüllung ihres am vorigen Landtage gegebenen Versprechens den Ständen vorlegte, sehr wenig geeignet. Der von Todt erstattete Bericht sprach sich darüber dermaßen abfällig aus, daß die Regierung den Entwurf lieber ganz zurückzog. Nicht viel besseren Erfolg hatte sie mit dem die Communalgarde betreffenden Erläuterungsgesetze; denn wenn auch die zunehmende Erkaltung gegen dieses Vielen lästige Institut sich nicht abläugnen ließ, so schien doch in dem Regierungsvorschlag, welcher es mehr zu einem Polizeiorgane zu machen und die Selbstwahl der Offiziere einzuschränken strebte, das schlechteste Mittel zur Abhilfe gefunden und in der Debatte mußte sich der Kriegsminister v. Nostitz-Wallwitz für die Äußerung: „wenn, was nicht zu fürchten, in Sachsen je wieder unruhige Bewegungen entstehen sollten, so werde die Regierung die Kraft haben sie zu zermalmen", von Eisenstuck eine ernste Zurechtweisung gefallen lassen.

Digitized by Google

Der Landtag hinterließ den Eindruck, daß der unbedingte Glaube an die Unübertrefflichkeit der Verfassung von 1831, die alte Harmonie zwischen Regierung und Ständen im Schwinden seien, daß der Geist zeitgemäßen Fortschrittes aus ersterer zu entweichen beginne. Die Klagen über das Zuvielregieren, insbesondere über das Verfahren der Kreisdirectionen, über die Überzahl von Beamten, die bereits 1837 einen Antrag des Prinzen Johann auf Beseitigung entweder der Kreisdirectionen oder der Amtshauptleute hervorgerufen hatte, kehrten auf dem letzten Landtage um so lauter wieder, je mehr sich die Bevorzugung des Adels bei Besetzung der höheren Beamtenstellen bemerklich machte. So lange es sich vornehmlich um die gegenseitige Feststellung der gutsherrlichen und der bäuerlichen Interessen handelte, hatten die bäuerlichen und städtischen Abgeordneten hingereicht um in der Kammer das Gleichgewicht gegen die Rittergutsbesitzer zu halten. Seitdem aber jene Verhältnisse in der Hauptsache ausgeglichen waren und beide, Rittergutsbesitzer und Bauern, überhaupt den ländlichen Grundbesitz repräsentierten, wurde desto augenfälliger der Mangel einer ausreichenden Vertretung des Gewerb- und Handelsstandes [1]), d. h. desjenigen Standes, dessen Selbstgefühl durch den wachsenden Wohlstand, die sich verbreitende Intelligenz, die häufigere Berührung mit Fremden, durch die großartigen Erfolge seiner Unternehmungen in der letzten Zeit außerordentlich erstarkt war. Nicht trotz sondern wegen der gewaltigen Fortschritte der materiellen Entwicklung begann sich Unzufriedenheit mit den politischen Verhältnissen, ein Gefühl der Auflehnung gegen die bureaukratische Bevormundung zu verbreiten. Die Öffentlichkeit der ständischen Verhandlungen und der städtischen Gemeindevertretungen wurde eine Quelle politischer Belehrung. Sehr zurück war noch die Presse; ein Antrag Richters 1833 auf Freigebung des politischen Zeitungs-

1) Verkehrt genug petitionierten deshalb 1839 die Kunst- und Gewerbvereine zu Zittau, Leipzig, Annaberg, Zschopau und Wolkenstein um eine besondere Vertretung des städtischen Handwerkerstandes.

Digitized by Google

wesens war gar nicht unterstützt worden; seit dem Eingehen der Biene, der Sachsenzeitung, des Vaterlandes und der Krauseschen Landtagsblätter beschäftigte sich höchstens die Ameise (1833—1848) mit den öffentlichen Zuständen des Landes. Erst nachdem 1837 das Monopol der (seit 1831 unter fiscalischer Selbstverwaltung stehenden) Leipziger Zeitung als einzigen politischen Blattes gefallen war, gründete Brockhaus die Leipziger (später Deutsche) Allgemeine Zeitung, das erste von der Regierung unabhängige politische Blatt Sachsens, und 1839 fing das Dresdener Wochenblatt an sich zu einem allgemeinen Organ für das öffentliche Leben Sachsens zu erheben, aber erst 1841 mit seiner Übersiedelung nach Leipzig erhielt es unter dem Titel Sächsische Vaterlandsblätter einen größeren Einfluß auf die öffentliche Meinung.

Denn auch für Sachsen bildete das Jahr 1840 und der Umschwung, der in Preußen mit der Thronbesteigung Friedrich Wilhelms IV. eintrat, einen Wendepunkt der politischen Entwicklung. Hatte schon der Zollverein das langentbehrte Gefühl der Zugehörigkeit zu einem großen Ganzen geweckt, hatten schon die Eisenbahnen hier wie in allen übrigen kleinen Staaten die Bevölkerung aus ihrer Vereinzelung herausgerissen, so richtete sich von jetzt ab auch der politische Blick über die Grenzen des engeren Vaterlands freier hinaus auf alles, was deutsch hieß, die Idee der nationalen Einheit ergriff und durchleuchtete die Herzen. Auf den Zusammenkünften, welche eine Anzahl süddeutscher Volksvertreter zuerst 1839 in Hattersheim und dann alljährlich hielten um ein gleichmäßiges Verhalten der deutschen Kammern anzubahnen, fanden sich auch aus Sachsen mehrere patriotisch denkende Männer ein.

Diese nationale Richtung fand nirgends einen günstigeren Boden als in Leipzig, dessen ungemein kräftiges Emporblühen seit dem Anschluß an den Zollverein alle damals gehegten Befürchtungen gänzlich zu nichte gemacht hatte. Die dritte Secularfeier der Erfindung der Buchdruckerkunst, welche 24. bis 26. Juni 1840 hier begangen wurde, gestaltete sich zu einem Volksfest edelsten Charakters, wie Sachsen, ja Deutschland, noch

Digitized by Google

keines gesehen, zu einem Feste der Gedankenfreiheit, mächtig zündend in den Gemüthern der Theilnehmer; selbst G. Hermanns lateinische Festrede in der Aula erhob sich zu einem ernsten Proteste gegen jegliche Fesselung der Denkfreiheit. Angelockt durch den Buchhandel oder anderwärts durch die Unduldsamkeit der Polizei vertrieben, schlug eine große Zahl von Literaten und Schriftstellern in Leipzig ihren Sitz auf; nach Herloßsohn, der schon 1826 den Anfang zu diesem leipziger Literatenthum gemacht hatte, kamen G. Kühne, H. Wuttke, K. Haltaus, H. Laube, E. Willkomm, J. Kuranda, der Begründer und Herausgeber der Grenzboten, A. Buddeus, K. Biedermann, F. Gerstäcker, A. Diezmann u. A., von denen 1842 die Gründung des Vereins deutscher Schriftsteller ausgieng. Der lebhafte Krieg, den sie von hier aus gegen das preußische Regierungssystem eröffneten, zog 1843 der Leipziger Allgemeinen Zeitung ein Verbot in Preußen zu; der zufällige Umstand, daß Schiller sich einst in Gohlis aufgehalten, gab einen willkommenen Anlaß alljährlich den Geburtstag des Dichters als des Propheten der Freiheit öffentlich zu begehen und zu einem Mittel der Agitation zu benutzen; namentlich wußte der Theatercassirer und nachherige Buchhändler Rob. Blum diesen Schillerfesten durch eine künstliche Mischung des politischen mit dem poetischen Elemente einen immer frischen Reiz und eine nicht unwichtige Einwirkung besonders auf den niederen Bürgerstand zu verleihen. Mehr und mehr concentrierte sich in Leipzig der Schwerpunkt der politischen Meinung des ganzen Landes, während Dresden kleinlich in Handel und Wandel, von geringer geistiger Strebsamkeit und Jahr aus Jahr ein von dem goldführenden Strome des Fremdenverkehrs überspült, in politischer Farblosigkeit sich mit dem Vorzuge begnügte, daß sich in keiner Stadt anmuthiger leben lasse als hier. Trotzdem hatten auch in Dresden mit Ausgang der dreißiger Jahre die specifisch ästhetischen Interessen an der früheren Intensität verloren; Gutzkow, Mosen, Auerbach, die sich hier heimisch machten, brachten freiere Anschauungen mit, vor allem aber rüttelte A. Ruge die Geister auf, der, von

Digitized by Google

Halle durch die preußische Censur vertrieben, die Redaction seiner Jahrbücher für Wissenschaft und Kunst 1841, Dank Lindenau's liberalem Entgegenkommen, nach Dresden verlegte. Kaum aber hatte er angefangen sich an diesem Asyl eine Jüngerschaft zu gründen, als die Verfolgung ihn auch hier erreichte. Dieselbe Behörde, die früher eine Concession für die Jahrbücher als eine rein wissenschaftliche Zeitschrift für unnöthig erklärt hatte, ertheilte nachher aus eignem Antrieb dem Verleger derselben, O. Wigand, eine solche auf Widerruf, um nämlich, wie Anfang 1843 auf preußisches Andringen geschah, durch deren Zurücknahme die Zeitschrift unterdrücken zu können. Es war der erste Fall dieser Art in Sachsen seit Unterdrückung der Biene [1]). Zu dieser umsichgreifenden Gährung in den Geistern gesellte sich aber auch noch als Folge theils des stockenden Absatzes mehrer sächsischer Hauptfabrikate theils einer Mißernte in dem dürren Jahre 1842 und des Auftretens der Kartoffelkrankheit ein materieller Nothstand, der besonders die ärmeren Landestheile schwer heimsuchte und durch zahlreiche große Brände, die unter anderen die Städte Oschatz, Sayda und Adorf verzehrten, noch schreckhafter wurde.

Eine gewisse Gespanntheit der Verhältnisse war daher unverkennbar, als der Landtag Ende 1842 zum viertenmale zusammentrat. Abermals hatten sich die Reihen der Opposition verstärkt; Oberländer aus Zwickau, Tzschucke aus Meißen, Schumann aus Stollberg, in den meisten Fragen auch Schröder aus Rochlitz und H. Brockhaus aus Leipzig schlossen sich den Kämpfern des vorigen Landtags an. Als Todt auch diesmal seinen Antrag auf Erlaß einer Adresse einbrachte, erhoben sich viele Stimmen dafür, indem dies die einzige Gelegenheit sei, wo die Kammer ohne Einfluß der ersten ihre Wünsche und Beschwerden vortragen könne, und gerade daß Lindenau der Kammer das Recht zu einer einseitigen Adresse bestritt, bewog viele frühere Gegner des Antrags für denselben zu stimmen,

1) Helbig: „A. Ruge in Dresden 1841—1843", Im Neuen Reich 1871, Nr. 33.

Digitized by Google

so daß er mit 1 Stimme Majorität angenommen wurde; nachdem hierauf Könneritz die Erklärung abgegeben hatte, daß, bevor nicht die Principfrage entschieden sei, eine einseitige Adresse nicht angenommen werden könne, beschloß die Kammer wenigstens zum Zeichen, daß sie das angesprochene Recht nicht aufgebe, die Adresse dem Protokoll einzuverleiben. Ein so schroffes Auftreten des Ministeriums rief von vornherein auf der liberalen Seite eine tiefe Verstimmung hervor; es gewann ganz den Anschein, als habe es den Kammern zeigen wollen, daß der Buchstabe der Verfassung die unüberschreitbare Grenze sei, über die hinaus ihnen auch nicht das geringste Recht zugestanden werden würde. Dieses Vorspiel und der schärfere Gegensatz, der sich bei der Frage über den künftigen Wegfall der aus der alten Ständepraxis beibehaltenen Gegenrede des Präsidenten der ersten Kammer sowie über die Füglichkeit, der eingerissenen Petitionsconfusion durch Einschränkung des Petitionsrechts zu steuern, zwischen der Aristokratie der ersten Kammer und dem bürgerlichen Elemente der zweiten herausstellte, ließ bei der Wichtigkeit der diesmal vorliegenden Berathungsgegenstände weitere Kämpfe voraussehen, die denn auch nicht ausblieben.

Zu jenen gehörte nächst der Grundsteuer die neue Strafproceßordnung, nicht bloß wegen der allgemeinen Nothwendigkeit einer Reform der Criminalverfassung, indem diese noch auf das Institut der Einzelrichter begründet, in wichtigeren Sachen der erkennende Richter von dem untersuchenden getrennt war, ein Collegium erkannte, während ein Einzelrichter die Untersuchung führte und selbst noch die veraltete Actenversendung bestand [1]), sondern weil hierbei zum erstenmale die Frage

1) Seit Erlaß des Criminalgesetzbuchs waren in Folge der größeren Wachsamkeit der Behörden die Criminalsachen beim Oberappellationsgericht von 536 auf 1180 gestiegen. — Ein Vorschlag, den die sächsische Regierung im Frühjahr 1843 mehreren deutschen Regierungen machte, durch gemeinschaftliche Conferenzen von Fachmännern eine möglichst gleiche Grundlage für das Criminalverfahren zu erzielen, fand bei den meisten derselben keinen Anklang.

Digitized by Google

der Öffentlichkeit und Mündlichkeit, die von nun an einen Hauptstreitpunkt zwischen der Regierung und der zweiten Kammer bilden sollte, zu eingehender Discussion gelangte. Obgleich letztere schon 1837, wenn auch nur mit zwei Stimmen Majorität, auf v. Dieskau's Antrag die Regierung angegangen hatte die Einführung von Öffentlichkeit und Mündlichkeit in Berathung zu ziehen, obgleich jetzt, von der Opposition angeregt, Petitionen aus allen Landestheilen das Nämliche verlangten, hielt der Regierungsentwurf an der alten Inquisitionsmaxime fest und suchte das Verfahren nur durch genauere Protokollierung, bessere Besetzung der Gerichtsbank und ein Schlußverhör unter Zuziehung des Vertheidigers zu verbessern.

Es war eine weit über das Rechtsgebiet hinaus auf das der Politik übergreifende, in die Wissenschaft wie in die Praxis tief einschneidende Frage. Der Entwurf kam zuerst in der ersten Kammer zur Berathung; es entspann sich darüber eine lange und heiße Debatte, wie sie in diesem Saale noch nicht vernommen worden war, denn obenan stand für Viele die Frage, ob mit dem neuen Gesetz die Patrimonialgerichtsbarkeit verträglich sei, und während die Besonnenen sich bewußt waren dem Radicalismus in die Hände zu arbeiten, wenn man die Reformen nicht selbst vollbringe, empfanden Andere ein Grauen vor den hinter der Öffentlichkeit und Mündlichkeit lauernden Schwurgerichten, der Schlange hinter den Blumen, und beweinten zum Voraus ihr Vaterland, wenn je darin eine solche Justiz eingeführt werden sollte. Selbst hier blieb die Inquisitionsmaxime nur mit 3 Stimmen Majorität Siegerin, außerdem nahm die Kammer einen Antrag ihrer bedeutendsten juristischen Autorität, des Domherrn Günther, auf Reorganisation der Criminalgerichte an, wonach diese auch in erster Instanz collegialisch gebildet, jedoch nur die größeren und wichtigeren Verbrechen an sie gewiesen, die geringeren den bisherigen Gerichten belassen, die Criminalgerichtsbarkeit von den Patrimonialgerichtsherren an den Staat abgegeben werden sollte. Auch in der zweiten Kammer war die Erörterung der Principfrage ungemein lebhaft. Der Referent Braun, der durch

Digitized by Google

dieses Referat seinen Ruf als gründlicher und freisinniger Jurist begründete, bekämpfte die Motive der Regierung durchweg ausführlich und mit schlagenden Gründen, und mochte auch der Justizminister seinen Standpunkt mit noch so viel Ausdauer, Muth und Scharfsinn vertheidigen, mochte er sich sogar zu der bedenklichen Erklärung hinreißen lassen, er werde in dieser Frage selbst dem vereinten Willen beider Kammern nicht weichen sondern nur seiner eigenen Überzeugung folgen, es war unter den hervorragenderen Abgeordneten nicht einer, der sich nicht für Öffentlichkeit und Mündlichkeit ausgesprochen hätte [1]). Nach einer zehntägigen in den parlamentarischen Annalen Sachsens einzig dastehenden Debatte, in der vierzig längere Reden gehalten worden waren, erlitt die Regierung eine vollständige Niederlage; fast einstimmig lehnte die Kammer den Entwurf ab und beantragte die Vorlegung eines anderen, auf den Grundsatz der Öffentlichkeit, Mündlichkeit und des Anklageprocesses mit Staatsanwaltschaft gebauten spätestens bei nächstem Landtage, und als hierauf die Regierung ihren Entwurf mit der Erklärung zurückzog, „sie werde in Erwägung ziehen, ob und inwiefern ohne dem Hauptprincip des bisherigen Verfahrens Eintrag zu thun, eine unmittelbare Gestellung des Angeschuldigten und der Zeugen vor dem erkennenden Gerichte einzuführen sei", beschloß sie, ihre Beschlüsse als ständische Anträge an den König zu bringen, was jedoch, da eine kleine Majorität der ersten Kammer ihre Zustimmung versagte, nicht zur Ausführung kam.

1) „Nimmt die Regierung", sagte Georgi, „die Reformvorschläge an, sicher ist dann auf eine lange Zukunft hinaus die Angelegenheit damit abgethan und geregelt. Es ist aber meine feste Überzeugung, daß, wenn sie in der Hauptsache noch zehn Jahre im bisherigen Zustande bleibt, wenn sie dann gezwungen ist zu reformieren, das, was heute genügt, dann nicht mehr genügen wird; die Schwurgerichte werden dann viel lauter und ungestümer anklopfen als es heute noch der Fall ist. Es ist immer aufs neue die alte Wahrheit mit den sibyllinischen Büchern. Jede Behauptung eines Standpunkts, der nicht mehr zu behaupten ist, straft sich früher oder später."

Digitized by Google

Es war weitaus der bedeutendste Sieg, den der Liberalismus noch in Sachsen erfochten hatte. Und doch, wie weit war diese Kammer von einer tendenziösen Opposition entfernt, wo es sich nicht um praktische Übelstände handelte! Ruge's und Wiegands Beschwerde wegen Unterdrückung der Jahrbücher wurde trotzdem, daß Oberländer als Berichterstatter die unbedingte Freiheit wissenschaftlicher Erörterung mit größter Wärme verfocht, durch eine Majorität von 52, von denen die wenigsten wußten, was in den incriminierten Schriften stand, zurückgewiesen, und dies am Vorabend der Berathung eines Gesetzes, welches den auf der Presse lastenden Druck erleichtern sollte! Noch immer war Sachsen ohne Preßgesetz, da der letzte Landtag zur Erledigung des ihm vorgelegten keine Zeit gehabt hatte, noch immer die Presse, abgesehen von den kaum nennenswerthen Erleichterungen, die ihr die Verordnung vom 11. März 1840 gewährte [1]), der Willkür der Polizei und der Censur, der Confiscation ohne Urtheil, der Unterdrückung auf bloßen Ministerialbefehl hin, selbst dem Unwesen der Nachcensur preisgegeben. Eine nicht publicierte Instruction von 1836 wies die Censoren an, über Fälle von besonderer Schwierigkeit an das Censurcollegium zu berichten, damit dieses nach Umständen die Unterdrückung beantragen könne. Noch 1842 verbot das Ministerium des Inneren den Localblättern Artikel über auswärtige Politik, dafern sie nicht vorher in der Leipziger Zeitung gestanden, aufzunehmen; zugleich wurden die Censoren angewiesen, anstößige Artikel nicht nur zu streichen sondern auch anzuzeigen. Überraschen konnte es daher nicht, wenn das gegenwärtig vorgelegte Gesetz wegen Censurbefreiung der über zwanzig Bogen starken Druckschriften, obgleich es diese Erleichterung an Bedingungen knüpfte, welche dieselbe so gut wie aufhoben, sich als die Erfüllung der in § 35 der Verfassungs-

1) Dieselben bestanden darin, daß sie öffentliche Anschläge, bereits approbierte Andachts- und Schulbücher, die biblischen und symbolischen Bücher, Sammlungen inländischer Gesetze, griechische und römische Classiker und die Kirchenväter in der Ursprache von der Censur befreite, und schon damit war eigentlich das Bundesgesetz überschritten!

Digitized by Google

urkunde ertheilten Zusicherung ankündigte, wenn aber auch anderseits diese Ansicht in der zweiten Kammer sehr bestimmten Widerspruch erfuhr und eine Petition der leipziger Buchhändler sogar um Verwerfung des ganzen Gesetzes bat. Zum erstenmale bot sich jetzt die bis dahin jedesmal vereitelte Gelegenheit über das Recht und den Werth der freien Presse zu verhandeln. Mit tiefem Ernst schilderte Brockhaus nicht nur die unwürdige Lage, in der sich die Presse gerade in Sachsen, in dem Lande, das mehr als jedes andere den Beruf habe in Beziehung auf die Gesetzgebung über die Presse voranzugehen, befinde, sondern auch mit Hinweis auf den Verein süddeutscher Buchhändler, der schon anfange seine Abrechnungen in Stuttgart zu machen, die Gefährdung von Leipzigs Stellung als Mittelpunkt des deutschen Buchhandels, wenn der gegenwärtige Druck fortdaure. Die Vertreter der Regierung, der Schwäche ihrer Sache bewußt, hielten sich in der Debatte behutsam zurück, was jedenfalls geschickter war, als daß einer ihrer Commissare in sophistischer Weise den Gegensatz von Censur und Preßfreiheit ganz läugnete, indem die Censur nichts sei als eine Beschränkung der Preßfreiheit auf präventivem Wege, daher es unrichtig sei, daß § 35, weil er Preßfreiheit zusage, deshalb auch die Aufhebung der Censur voraussetze. Die Kammer nahm den Entwurf nur mit einer Reihe von Abänderungen an, die, wie gemäßigt auch an sich, doch denselben wesentlich modificierten. Da aber die erste Kammer dieselben sämtlich ablehnte, so mußte auch die zweite, wennschon mit schwerem Herzen, ihre Anträge wieder fallen lassen um nicht das Zustandekommen des Gesetzes überhaupt zu vereiteln. Die Beseitigung der Nachcensur und die Beschränkung der Pflicht zur Namhaftmachung des Verfassers war alles, was sie erreichte (Gesetz vom 5. Februar 1844), eine Abschlagszahlung, aber eine sehr kleine, „wie wenn man" — nach dem Ausdruck des Referenten Todt — „auf eine Schuld von 100 Thlr. 5 Thlr. erhielte." [1])

1) Das Gesetz zum Schutz des Rechts an literarischen Erzeugnissen und Werken der Kunst vom 22. Februar 1844 gab das ewige Verlags-

Digitized by Google

Kein Zweifel, die Wege der Regierung und die des Liberalismus begannen weit auseinanderzugehen; desto unverhohlener kündigte sich die Bundesgenossenschaft jener mit der Aristokratie, dem grundbesitzenden Adel, an. Hatte die Regierung 1832 das Gesuch um Gründung eines Creditvereins zu gegenseitiger Gewährleistung und successiver Tilgung der auf den Rittergütern haftenden Hypothekenschulden zurückgewiesen, so legte sie jetzt selbst einen darauf bezüglichen Gesetzentwurf vor und die Sprache, in welcher die erste Kammer denselben begrüßte, indem sie die Stabilität des Grundbesitzes als die sicherste Grundlage des Staates pries und als Zweck des Gesetzes offen den eingestand, der Aristokratie eine neue Stütze zu geben, mußte ebenso großes Bedenken erregen wie der Inhalt des Gesetzes selbst, der den bäuerlichen Grundbesitz von dem zu errichtenden ländlichen Creditsystem direct ausschloß und so in einer Zeit, welche die Rechtsgleichheit Aller unter einer Verfassung anstrebte, wieder die politische Qualität der Güter als Unterscheidungsmerkmal hervorzog. Den übeln Eindruck zu verwischen versuchte Vicepräsident v. Carlowitz dem gekränkten Bauernstande statt des versagten Brodes einen Stein zu reichen durch den Antrag, die Regierung möge auch unerwartet der neuen Kreistagsordnung die Zulassung von Vertretern des bäuerlichen Grundbesitzes zu den Kreistagen verfügen, da dieses Gebrechen den nachtheiligsten Einfluß auf die Einigkeit der in den Kammern vertretenen Stände zu äußern beginne; allein so leicht war jener nicht zu täuschen und die zweite Kammer erklärte jede andere als eine auf gleicher Berechtigung beruhende Vertretung der drei Stände auf den Kreistagen für nutzlos. Nichts aber trug die Mißstimmung gegen den Adel unter der ländlichen Bevölkerung weiter als die Aufrechthaltung der Jagdprivilegien. So lange sich der Ackerbau auf einer niedrigen

recht auf und setzte dafür eine dreißigjährige Schutzfrist. Der Beginn des internationalen Verlagsrechts knüpft sich an die von B. Tauchnitz 1841 unternommene und seitdem zu erstaunlicher Bedeutung angewachsene „Collection of British authors".

Digitized by Google

Stufe befand, die Bevölkerung weniger dicht war, tausende von Lehden, abgetriebenen Holzäckern und Brachfeldern dem Wilde Zuflucht und Nahrung gewährten, waren die Wildschäden ungleich weniger empfindlich gewesen als jetzt [1]), wo doch der Wildstand sich beträchtlich vermindert hatte. Zudem war jetzt der Bauer ein freier Mann, nicht gelaunt den Fleiß seiner Hände der gutsherrlichen Waidmannslust preiszugeben, daher nicht sowohl der angerichtete Schaden als das mit den constitutionellen Einrichtungen nicht vereinbare Recht den Gegenstand der Beschwerde bildete. Trotzdem waren die zum Schutz des Landmanns erlassenen Bestimmungen in einer Weise beschränkt und gedeutet worden, daß dadurch ihr eigentlicher Zweck ziemlich unerreichbar wurde und bei jedem Landtage eine Unzahl Beschwerden über Wildschäden einlief, die aber alle das nämliche Schicksal hatten, von der zweiten Kammer befürwortet, von der ersten zurückgewiesen zu werden.

Keiner der vorhergehenden Landtage hatte auch nur annähernd eine ähnliche Theilnahme außerhalb des Ständesaals erregt wie dieser, namentlich war es der Streit um die Öffentlichkeit der Rechtspflege, der um seiner praktischen Greifbarkeit willen das Interesse an den politischen Tagesfragen in weitere Kreise trug; die Vertheidiger derselben ließen sich durch den Widerstand der Regierung nicht einschüchtern. Auf das Gerücht, die Regierung beabsichtige einen als Gegner des öffentlichen Verfahrens bekannten Beamten in die Länder mit Jury reisen zu lassen um es an Ort und Stelle zu studieren, wurde auf Todts Anregung durch freiwillige Beiträge auch für Braun der Reiseaufwand zu gleichem Zwecke aufgebracht [2]); ein deutlicher Fingerzeig von dem Umschwung, der sich der Geister zu bemächtigen begann. Mit großer Umsicht hatte das Regierungs-

1) Von 1832—1845 wurden an Wildschäden vergütet 17579 Thlr., jährlich also durchschnittlich 1255 Thlr.

2) Braun bereiste 1844 die Rheinlande, Belgien, die Niederlande und Frankreich, lehnte aber die Gabe ab und bestimmte sie 1851 zu einer Stiftung für arme Leidende in Bad Elster.

Digitized by Google

syſtem von 1831 ſeine höchſt nothwendige und wohlthätige Aufgabe gelöſt, den Grund und Boden befreit, die Gleichheit der Beſteuerung und zahlreiche materielle Verbeſſerungen hergeſtellt, aber mit den von allen Seiten in das Volk eindringenden politiſchen Ideen vermochte es nicht zu rechnen. Der eigentliche Gründer der Verfaſſung von 1831, Lindenau, ſah ſich hier von Forderungen beſtürmt, die jenſeits ſeiner eignen politiſchen Überzeugung lagen, dort von einer Reaction überſtimmt, die ſich dem vom Bundestag patroniſierten Syſteme des unerbittlichen Widerſtandes gegen allen und jeden Fortſchritt mit trauriger Befliſſenheit anſchloß. Unfähig in dem ausgebrochenen Kampfe ſeine Stellung zu behaupten, von ſeinen eignen Collegen verläugnet, trat er unmittelbar nach Schluß des Landtags von ſeinem Poſten zurück. Unterlegen im Kampfe gegen den Geiſt der alten Bevorrechtung nahm er die Popularität, deren er ſich wie ſelten ein Staatsmann erfreut hatte, in das Privatleben mit hinüber, und nie iſt in Sachſen ſein Name anders als mit höchſter Dankbarkeit genannt worden [1]).

Lindenau's Sturz bedeutete den Triumph der Reaction; v. Könneritz trat an die Spitze des Miniſteriums [2]) mit der ausgeſprochenen Abſicht, der anſchwellenden Fluth revolutionärer Ideen einen unüberſteiglichen Damm entgegenzuſetzen. Wie aufrichtig loyal des Volkes Geſinnung ſei, mochte der herzliche Empfang lehren, der allgemein dem Könige bei ſeiner Rückkehr aus England zu Theil wurde, wo er der Königin Victoria perſönlich für den verliehenen Hoſenbandorden ſeinen Dank abgeſtattet hatte; aber der reactionäre Umſchlag in Preußen machte ſich nun einmal auch in Sachſen mehr und mehr geltend. Das alte Vertrauen war einer argwöhniſchen Gereizt-

1) Er ſtarb 21. Mai 1853 auf ſeinem Gute Polhof im Altenburgiſchen.

2) Dasſelbe beſtand nunmehr aus: v. Könneritz, Juſtiz und Auswärtiges; E. G. v. Noſtitz und Jänkendorf, nach deſſen Austritt Sept. 1844 (ſ. 1858) J. P. v. Falkenſtein, Inneres; G. v. Noſtitz-Wallwitz, ſeit 1846 C. F. G. v. Oppell, Krieg; v. Zeſchau, Finanzen; E. v. Wietersheim, Cultus und öffentlicher Unterricht.

Digitized by Google

heit gewichen, mit der man sich beiderseits beobachtete: das Ministerium sah in jedem Streben nach Fortschritt Umsturztendenzen, die liberale Partei wurde durch den Widerstand der Regierungsgewalt immer weniger wählerisch in ihren Mitteln. Zuerst kam die Maßregelung der Presse. Nicht genug, daß die dürftigen, von der zweiten Kammer dem Preßgesetz erkämpften Erleichterungen in der Ausführung illusorisch gemacht wurden, daß die Regierung sogar auf Verlangen des berliner Cabinets um nach in Preußen verbotenen Büchern zu fahnden, in Leipzig die dorthin gehenden Bücherballen öffnen ließ, Welkers Schrift über den Bundestag verboten wurde, kein sächsisches Blatt den Jordan'schen Prozeß erwähnen durfte, ward auch die Besprechung innerer Landesangelegenheiten auf das geringste Maß eingeschränkt, selbst die öffentliche Empfehlung eines Wahlcandidaten untersagt, die seit kurzem in etwas lebhafterem Aufschwunge begriffene Localpresse unter specielle Aufsicht und Censur genommen, die oppositionelle durch Bedrohung gezügelt, die keckſten dieser Blätter, Helds Locomotive, O. Wigands Vierteljahrschrift, Das Echo vom Hochwald, Die Sonne, unterdrückt; eine Handhabung der Preßpolizei, die in auffallendem Gegensatze stand zu der Nachsicht, ja der Begünstigung, deren die Blätter der entgegengesetzten Richtung, wie der von Krause, später von Florencourt redigierte Verfassungsfreund, genossen. Ungehindert predigten das Volksblatt und der Bayard mit einer in Sachsen noch nicht erhörten Gemeinheit der Gesinnung und des Ausdrucks neben der politischen zugleich die kirchliche Reaction, jenes im Sinne des hierarchischen Lutherthums, dieser als Vorkämpfer des Ultramontanismus.

Gerade aber die Einmischung kirchlicher Fragen rührte an eine der empfindlichsten Seiten des sächsischen Volkes. Kein Landtag war seit 1831 vorübergegangen, auf dem sich nicht die Befürchtungen wegen einer über Sachsen hinschleichenden römischen Propaganda erneuert hätten. Um dem Übelstande abzuhelfen, daß die sächsischen katholischen Geistlichen ihre Bildung im Auslande, dem Priesterseminar zu Prag, empfingen, schlug Krug 1836, wiewohl vergeblich, die Errichtung einer katholischen

Digitized by Google

Facultät in Leipzig vor, doch beantragte die zweite Kammer auf Jesuitencollegien gebildete von geistlichen Stellen auszuschließen. Nachdem auf demselben Landtage die Annahme des von der Regierung vorgelegten Regulativs wegen Ausübung des weltlichen Hoheitsrechts über die katholische Kirche an der Forderung der zweiten Kammer, daß alle Erlasse katholischer Behörden des ertheilten Placet ausdrücklich Erwähnung zu thun gehalten sein sollten, gescheitert war, wurden 1843 aufs neue verschiedene Übergriffe der katholischen Geistlichkeit constatiert, welche die zweite Kammer bewogen einstimmig um erneuerte Vorlage des Regulativs zu bitten, zugleich aber die zuversichtliche Erwartung auszusprechen, die Regierung werde allen ferneren Übergriffen auf das strengste begegnen; auch beschloß sie, daß künftig keine protestantischen Soldaten mehr zur Kniebeugung in der katholischen Kirche commandiert werden sollten, obgleich der Kriegsminister dieselbe als einen bloßen Act der Ehrerbietung für das königliche Haus und eine natürliche Folge militärischer Befehle in Schutz nahm. Schärfer noch erhob sich in der ersten Kammer Großmann gegen die katholischen Anmaßungen und die von der Regierung ihnen gegenüber geübte Connivenz und weder des Domdechants Dietrich salbungsvolle Phrasen noch Wietersheims Versicherung, dieselben seien bereits von der Regierung gerügt worden, vermochten den Eindruck seiner Anklagen zu verwischen [1]).

Jetzt auf einmal erscholl der Alarmruf: „Jesuiten im Lande!" Eine Inschrift am Altare der aus einem Legat des Bischofs Mauermann (st. 1841) für die Katholiken des Ober-

1) „Und so scheint", sagte er, „die hohe Behörde allerdings wie auf Socken einherzugehen, als wenn sie glaubte einen Kranken oder Empfindlichen und Reizbaren nicht im mindesten stören zu dürfen, während sie doch gegen den Superintendenten zu Penig" (weil dieser einen in Sachsen vorgekommenen Fall zur Öffentlichkeit gebracht hatte) „in voller Kriegsrüstung einherschreitet." — Nachdem Ammon und Großmann sich mit großer Entschiedenheit gegen die Kniebeugung ausgesprochen hatten, erklärte auch Prinz Johann, da die ersten protestantischen Geistlichen eine Beeinträchtigung ihrer Kirche darin fänden, für deren Wegfall zu stimmen.

Digitized by Google

erzgebirges zu Annaberg erbauten Kirche, die ohne Vorwissen der Regierung zu Brauna bei Camenz erfolgte Errichtung einer Filiale der pariser Erzbrüderschaft „vom unbefleckten Herzen Mariä zur Bekehrung der Sünder" und ähnliche Symptome schienen auf ein Einschleichen des Ordens zu deuten. Was Wunder daher nach dem Allem, daß der Deutschkatholicismus nicht bloß unter den durch die lange Berührung mit den Protestanten ohnehin aufgeklärteren sächsischen Katholiken zahlreichen Anhang sondern auch bei der protestantischen Bevölkerung die wärmste Theilnahme fand. In Leipzig, Dresden und anderen Orten bildeten sich deutschkatholische Gemeinden, die Ortsbehörden stellten ihnen ihre öffentlichen Gebäude, hie und da selbst ihre Kirchen für ihren Gottesdienst zur Verfügung; wo sich die Apostel der neuen Lehre zeigten, waren sie die gefeierten Helden des Tages. Es war ein Rückschlag des durch die ultramontanen Umtriebe empörten gesunden Menschenverstandes, des verletzten nationalen und sittlichen Gefühls und der verhöhnten Volksbildung. Aber daß diese scheinbar kirchliche Bewegung zu einem guten Theile zugleich eine durch die herrschende Reaction künstlich auf das kirchliche Gebiet hinübergedrängte politische, eine neue Phase des verwandten politischen Liberalismus sei, wurden inmitten des allgemeinen Jubels die Wenigsten gewahr, während einzelne schärfer Blickende, wie in Leipzig R. Blum, sich an die Spitze der deutschkatholischen Bewegung stellten, nicht aus religiösem Bedürfniß sondern, weil sie eben in ihr ein höchst wirksames Hilfsmittel der politischen Agitation erkannten. Die Regierung, so ungelegen ihr diese Bewegung kam, that doch das Beste, was sie ihr gegenüber thun konnte: sie ließ ihr innerhalb der gesetzlichen Schranken freien Spielraum. Da die Anfang 1845 von mehreren deutschkatholischen Gemeinden mit der Bitte um Anerkennung ihrer Religionsgemeinschaft eingereichten Glaubensartikel mehrfach unter einander abwichen, so beschloß das Cultusministerium vorher den bereits angekündigten Versuch eines Gemeinbekenntnisses abzuwarten und erforderte darauf über das vom leipziger Concil aufgestellte das Gutachten des Landesconsistoriums und der

Digitized by Google

theologischen Facultät; aber noch vor Ertheilung eines Bescheides reichten sämtliche Dissidenten Sachsens 20. August 1845 ein neues weit umfassenderes Glaubensbekenntniß und Verfassungsstatut ein, auf welches nunmehr die Prüfung gerichtet wurde. Da nach der Ansicht des Ministeriums zur Einräumung einer über die Hausandacht hinausgehenden Religionsübung die Verfassung ein besonderes Gesetz erheischte, so gestattete es zwar den neuen Gemeinden weder öffentlichen Gottesdienst noch die Benutzung von Gemeindelocalen zum Privatgottesdienst, noch auch ihren Predigern die Vollziehung geistlicher Amtshandlungen mit bürgerlicher Rechtswirkung, die vielmehr, weil die römisch-katholischen Geistlichen sich der Vornahme derselben weigerten, den evangelischen Pfarrern zugewiesen wurden, ignorierte aber aus Staatsklugheit im vorliegenden Falle Alles, wozu es nicht einer ausdrücklichen Autorisation der Behörden bedurfte, ohne sich doch durch diese Duldung bei den Betheiligten wirklich Dank zu verdienen.

Aber auch in der protestantischen Kirche meldeten sich die Symptome einer inneren Krisis. Noch gab hier der alte Rationalismus den Ton an, es herrschte im Ganzen ein Mangel an specifischer Kirchlichkeit, der nicht frei war von Gleichgiltigkeit gegen das Dogma [1]), ja gegen die Kirche überhaupt. Auch der Verein zum Besten evangelischer Gemeinden in katholischen Ländern, den 1832 Großmann und der leipziger Kaufmann Schild zu gründen unternahmen, erfuhr anfangs diese Ungunst; die in Leipzig und Dresden gebildeten Ausschüsse blieben fast unbemerkt. Erst als diese Stiftung mit der durch des Prälaten Zimmermann Aufruf ins Leben gerufenen 1842 auf einer Versammlung zu Leipzig verschmolzen war, wuchs der Gustav-Adolf-Verein so erfreulich empor, daß die Hoff-

1) Als 1834 der Wunsch geäußert wurde, daß auch in Sachsen die Union der lutherischen und der reformierten Kirche vollzogen werden möchte, durfte Großmann versichern, dogmatisch und im Herzen sei die Schranke längst gefallen und das Weitere möge man ruhig der Zeit überlassen.

Digitized by Google

nung erwachte, er sei zu etwas Höherem als bloß zur Vertheilung milder Gaben, zu einem alle Protestanten umschlingenden Liebesbande berufen. Daß trotz alledem das Volk seine protestantische Kirche hochhalte, bekundete es 1839 durch die würdige Säcularfeier der Einführung der Reformation im albertinischen Sachsen; wo aber die Orthodoxie ihr Haupt erhob, begegnete sie meistentheils bei der großen Menge einem ausgesprochenen Mißtrauen, das allerdings in den zu Einsiedels Zeit und neuerdings wieder in den 1837 mit dem Prediger der böhmischen Gemeinde zu Dresden, Stephan, gemachten Erfahrungen seine Erklärung fand; nachdem dieser räthselhafte Mann zehn Jahre lang seine Gläubigen wie die Behörden durch die Maske streng kirchlicher Frömmigkeit getäuscht hatte, wurde er endlich von der Polizei in der Hoflösnitz bei den schändlichsten Orgien ertappt; aber selbst dadurch nicht bekehrt, ließen sich seine verblendeten Anhänger bereden, mit ihm nach den Ufern des Mississippi auszuwandern, wo sie ihn endlich, seiner Herrschsucht, Verschwendung und Üppigkeit müde, der angemaßten bischöflichen Dictatur entsetzten. In Erinnerung an diese Vorgänge willigte die zweite Kammer 1838 in die Annahme eines vom Fürsten O. V. v. Schönburg behufs Errichtung eines Schullehrerseminars zu Waldenburg gemachten Geschenks von 40000 Thlrn. nebst Gebäude und Garten nur unter Beifügung ausdrücklicher Garantieen, damit nicht der in jenem Theile des Muldenthales eingenistete Mysticismus und Pietismus dadurch neue Nahrung erhalte. Selbst ein 1844 von Großmann gemachter Versuch, die bei der Confirmation von Rosenmüller eingeführte Bekenntnißformel durch das apostolische Glaubensbekenntniß zu ersetzen, stieß bei einem Theil der leipziger Geistlichkeit auf heftigen Widerstand und rief unter der Einwohnerschaft eine ungewöhnliche Aufregung hervor. Gerade dieser letztere Vorfall brachte den sächsischen Protestanten zum Bewußtsein, was ihrer Kirche fehle, eine Umgestaltung ihres seit der Reformation brach gelegenen Verfassungslebens. Hatten die Kammern von 1839 eine Petition von 25 Gemeinderäthen um Einräumung einer Mitwirkung bei Besetzung von

Digitized by Google

geistlichen und Schul-Stellen schlechthin als ungeeignet auf sich beruhen lassen, so giengen jetzt aus Leipzig und anderen Orten Petitionen um eine freiere Kirchenverfassung mit zahlreichen Unterschriften an das Ministerium ab.

Bisher hatte die oberste Kirchenbehörde, zufrieden, wenn nur die positive Grundlage der Kirche nicht angetastet wurde, beide Richtungen ruhig neben einander gewähren lassen und durch regelmäßigere Führung der Kirchenbücher, Einführung eines neues Perikopenbuches, zweckmäßigere Abgrenzung der Ephorien und ähnliches vorzugsweise für die äußere kirchliche Ordnung gesorgt; Wietersheims Leitung war meist finanziellen Fragen zugewendet [1]). Dies änderte sich jedoch, als die zunächst in der preußischen Provinz Sachsen begonnene Agitation der sogenannten protestantischen oder Licht-Freunde, welche, ebenfalls nicht frei von politischer Beimischung, auf eine Fortbildung des Dogmas im Geiste und nach den Bedürfnissen des Zeitbewußtseins ausgieng, in das Königreich herüberzugreifen anfing. Nach der großen auch von Sachsen aus besuchten Pfingstversammlung zu Köthen 1845 kam Uhlig selbst nach Leipzig, Dresden und Zwickau; auf seinen Antrieb bildeten sich Zweigvereine der protestantischen Freunde; in der von Zille redigierten Kirchenzeitung schuf sich die kirchliche Reformpartei ein Centralorgan. Fast schienen die Befürchtungen derer sich erfüllen zu wollen, die in dem Umsturze des beim Eisgang von 1845 in den Fluthen begrabenen Crucifixes auf der dresdener Brücke ein böses Vorzeichen erblickt hatten. Da erschien die denkwürdige Bekanntmachung der in evangelicis beauftragten Minister vom 17. Juli 1845 [2]). Zwei Tage darauf erfolgte das Verbot aller

1) Eine seiner wichtigsten Maßnahmen betraf die Sicherstellung des Kirchenvermögens und anderer milden Stiftungen gegen ihre Verwalter (Verordnung vom 13. Februar 1845).

2) „Die Bestrebungen auf Beseitigung oder doch Änderung des gemeinschaftlichen Glaubensbekenntnisses, welche sich seit einiger Zeit hier und da auch innerhalb der protestantischen Kirche kundgegeben haben und neuerlich selbst auf die hiesigen Lande verpflanzt zu werden scheinen, haben

Digitized by Google

Vereine und Versammlungen, welche die Augsburgische Confession in Frage ziehen könnten. Es war der erste entschiedene

eine Richtung genommen, welche geeignet ist, bei Allen, denen der Bestand der Kirche am Herzen liegt, lebhafte Besorgnisse zu erwecken.

Denn ist auch jedem einzelnen Staatsbürger völlige Glaubensfreiheit zugesichert, muß ein Glaubenszwang für unstatthaft erklärt werden, wird vielmehr die evangelische Kirche insbesondere eben in der Freiheit der Gewissen, in unverwehrter Forschung in der heiligen Schrift und in unbefangener Würdigung des kirchlichen Gemeindewesens ihre Bürgschaft anzuerkennen haben, so gehen doch jene Bestrebungen, wie sie sich dermalen gestaltet haben, und bei der Art und Weise, wie sie aufgefaßt, genährt und betrieben werden, offenbar über die Grenzen der Gewissensfreiheit hinaus und können nur zu leicht dahin führen, daß der tief im Volke begründete Glaube, wie das lautere Wort Gottes und, ihm gemäß, die protestantische Kirche ihn fordert, nicht sowohl befestigt als vielmehr untergraben, die rechte Freiheit der Einzelnen nicht geschützt, sondern, einem Zwange zufälliger Stimmenmehrheit und schrankenloser Willkür unterworfen, die Einheit und Kraft der Kirche nicht gefördert und gestärkt, sondern zerrissen und gebrochen werde, und möglicherweise die gemeinschaftliche Kirche in einzelne Secten zerfalle.

Die unterzeichneten evangelischen Staatsminister . . . ., berufen für Aufrechthaltung der auf die Augsburgische Confession gegründeten Kirche zu sorgen, die Einheit derselben zu wahren, dem Entstehen von Secten in solcher vorzubeugen, durch den auch von ihnen übernommenen Religionseid verpflichtet, darüber zu wachen: ‚daß gegen das Bekenntniß derselben weder heimlich noch öffentlich etwas vorgenommen werde', fühlen sich gedrungen, auf jene Gefahren aufmerksam zu machen, von solchen Versuchen abzumahnen und öffentlich auszusprechen, daß sie, eingedenk ihres Eides, eingedenk der ihnen übertragenen Stellung, jenen Bestrebungen mit Bestimmtheit entgegentreten werden, daß sie daher auch die Bildung von Vereinen, sowie Versammlungen, welche darauf gerichtet sind, das Glaubensbekenntniß der Augsburgischen Confessions-Verwandten in Frage zu stellen oder anzugreifen, nicht dulden können und demgemäß das Verbot derselben veranlaßt haben. Sie sprechen dies öffentlich aus, zugleich zur Beruhigung und Ermuthigung für Diejenigen, welche um das Fortbestehen unserer Kirche besorgt sind, wie zur Warnung für Diejenigen, welche solche Bestrebungen veranlassen und unterhalten, und mit der sicheren Erwartung, daß insbesondere die Geistlichen auch hierin den bei Antritt ihres Amtes eidlich übernommenen Pflichten allenthalben treu nachkommen werden.

v. Könneritz. v. Zeschau. v. Wietersheim. v. Falkenstein."

Digitized by Google

Schritt zum Bruch mit dem Rationalismus, seine unmittelbare Wirkung eine außerordentliche Aufregung, ja Bestürzung durch das ganze Land. Die liberalen Parteien sahen darin ein Attentat auf die durch die Verfassung gewährleistete Gewissensfreiheit, eine indirecte Zurückweisung des Gesuchs um eine freiere Kirchenverfassung, in der Berufung auf die Symbole einen der Aufklärung der Gegenwart hohnsprechenden Glaubenszwang. Daß die Regierung zugleich die deutschkatholischen Gemeinden schärfer zu überwachen begann, öffentliche Versammlungen und die Zulassung von Nichtmitgliedern bei ihren Gottesdiensten ihnen untersagte, ihren Reiseprediger Hindernisse in den Weg legte, goß Öl ins Feuer.

Auch von dieser Bewegung liefen die Strahlen in Leipzig als ihrem Brennpunkte zusammen und hier erfolgte daher die erste Explosion. Wie alljährlich kam am 12. August 1845 Prinz Johann als Obercommandant sämtlicher Communalgarden nach Leipzig um Revue über die dortige Communalgarde abzuhalten. Der Prinz galt im Volke allgemein nicht bloß überhaupt für die Seele der politischen wie der kirchlichen Reaction und die Hauptstütze des Ultramontanismus sondern auch für den speciellen Urheber der gegen die Deutschkatholiken ergriffenen Maßregeln. Als ein Mann von ausgeprägtem und darum auch in confessionellen Dingen entschiedenem Charakter büßte er für das confessionelle Mißverhältniß des Hofes zum Lande durch die Leichtigkeit, mit der diese Gerüchte, ohne daß man es der Mühe werth hielt ihren Grund oder Ungrund zu untersuchen, Eingang fanden, und es fehlte nicht an demagogischen Hetzereien, welche die unklare Erbitterung der Massen absichtlich auf seine Person hinlenkten. Schon bei der Revue machte sich die Stimmung des Publikums gegen den Prinzen in mancherlei Ungebührlichkeiten Luft; von den Gardisten stimmten nur wenige in das dem Obercommandanten gebrachte Hoch ein. Abends, als die Communalgarde dem Prinzen den üblichen Zapfenstreich brachte, erneuerte sich der Unfug in verstärktem Maße. Eine zischende, pfeifende, tobende Menschenmenge bedeckte den Platz vor dem Hôtel de Prusse, in dessen Gartensaal

Digitized by Google

er die Spitzen der königlichen und städtischen Behörden zur Tafel versammelt hatte. Das Lied „Ein' feste Burg" wurde angestimmt, untermischt mit Hochrufen auf Ronge und Czerski. In unverzeihlicher Verzagtheit fand Niemand an der prinzlichen Tafel soviel Muth, den arglosen Prinzen von dem, was draußen vorgieng, in Kenntniß zu setzen. Die vor allen zur Aufrechthaltung der Ruhe berufene Communalgarde zusammenzurufen wurde aus unzeitiger Schonung gegen die durch die Revue Ermüdeten versäumt. Der schwachen Polizeimannschaft spottend wächst der Tumult, ungeduldig, daß man es nicht der Mühe werth zu achten scheint ihm Einhalt zu thun. Endlich entschließt sich der Commandant der Communalgarde nach der Wachtmannschaft zu schicken; bevor aber diese eintrifft, drängt der Haufen immer dichter gegen das Hôtel, Steine fliegen gegen Thür und Fenster. Da läßt der Stadtcommandant, Oberst v. Buttlar, von der Civilbehörde aufgefordert, ein Bataillon der Garnison herbeiholen; im Sturmschritt anlangend stellt es sich hakenförmig vor dem Hôtel auf. Die Menge weicht einen Augenblick zurück, bald aber erneuert sich das Geschrei, einzelne Schützen werden von Steinwürfen getroffen; die Aufforderungen der Offiziere zum Auseinandergehen, die Commandos zum Fertigmachen verhallen im Lärm. Da fallen plötzlich von zwei Seiten fast gleichzeitig Gewehrsalven und mehrere Getroffene, meist entfernt stehende Neugierige oder zufällig Vorübergehende, wälzen sich im Blute. Unter Wuthgeschrei stürzt die Menge in die innere Stadt, nun erst ruft der Generalmarsch die Communalgarde auf ihre Sammelplätze, sie zerstreut die sich wieder zusammenrottende Menge. Von Verwünschungen und Steinwürfen verfolgt enteilt am andern Morgen der Prinz zu Wagen unter Bedeckung reitender Communalgarde Leipzigs Mauern.

Es war eine unselige, durch keine Noth gerechtfertigte aber auch ohne Vorbedacht geschehene Anwendung der äußersten Gewalt. Eine unbeschreibliche Erbitterung bemächtigte sich der Stadt. In dem Durcheinander wüster Gerüchte stand doch das Eine Allen fest: daß der Prinz der Urheber des Feuerns

Digitized by Google

gewesen, und obgleich von seinen Gästen jeder das Gegentheil wußte, wissen mußte, getraute sich außer dem Rector der Universität, Domherr Günther, doch keiner, der Wahrheit die Ehre zu geben, ja einer von ihnen, der Vorsteher der Stadtverordneten Dr. Haase, legte diesen am 13ten eine Adresse vor, welche mit nicht mißzuverstehender Hindeutung auf den Prinzen um strenge Untersuchung gegen alle bei dem nicht genug zu beklagenden Ereigniß „von welcher Seite es auch sei" Betheiligten bat. Stadtverordnete und Stadtrath sandten dieselbe durch eine Deputation nach Dresden. Im Schützenhause tagte inzwischen eine Volksversammlung; hier erhob sich aus dem wilden Gewoge der Leidenschaften Robert Blum: „eine Sühne für das vergossene Blut müsse der Stadt werden, aber nur in dem Boden des Gesetzes und der Ordnung ruhe ihre Stärke und die Gewißheit des Siegs". Unter seiner Anführung bewegte sich die ganze, nach Tausenden zählende Versammlung auf den Markt, ruhig wartend, bis ihr Blum vom Balkon des Rathhauses herab die Gewährung ihrer Forderungen durch den von Schrecken gelähmten Rath verkündigte; die Aufrechthaltung der Ordnung sollte ausschließlich der Communalgarde überlassen bleiben, der Rath sich für Entfernung der Garnison und Einleitung einer strengen Untersuchung gegen die an dem vergossenen Bürgerblut Schuldigen verwenden, dem feierlichen Begräbniß der Gefallenen kein Hinderniß in den Weg gelegt werden.

Es war dies das erstemal, daß jener merkwürdige Mann, der von da an eine so bedeutsame Rolle in der Geschichte Sachsens, ja Deutschlands spielen sollte, in den Vordergrund der politischen Schaubühne trat, schon hier die ihm eigenthümliche Virtuosität bekundend, die Unruhe wollend die Ruhe zu predigen. Durch eigene Kraft und Beharrlichkeit aus dürftigen Verhältnissen heraufgebildet und darum mit der Empfindungsweise des gemeinen Mannes vertraut, zwar ohne gründliche Kenntnisse, doch auf vielen Gebieten menschlichen Wissens bewandert, unter dem Scheine uneigennütziger Hingabe an die Sache von einem starken Ehrgeiz getrieben und durch eine

Digitized by Google

unerschütterliche Sicherheit und Gleichförmigkeit der Rede der Wirkung seiner wuchtigen und pathetischen Worte auf die große Menge jederzeit gewiß, war er von diesem Tage an der gefeierte Tribun, das anerkannte Haupt der Volkspartei, die sich seitdem von der liberalen Partei schärfer abschied.

In Dresden erregte die Nachricht von dem Vorgefallenen eine leicht begreifliche Entrüstung. Unglücklicherweise ließ sich die Regierung dadurch zu Maßregeln verleiten, als sei Leipzig eine eroberte Stadt, und brachte so auch das gekränkte Gefühl der ruhigen und loyalen Bewohner gegen sich auf. Am 17ten langte, von den Stadtbehörden selbst erbeten, ein königlicher Commissar zur Feststellung des wahren Sachverhalts in Person des Geheimen Raths v. Langenn an. Schlimmer noch als die Ankündigung der königlichen Ungnade in der von ihm überbrachten Antwort auf die Adresse wirkte seine Erklärung, die Regierung werde die von ihren Organen getroffenen Maßregeln vertreten, ein Urtheil vor der Untersuchung, das den Glauben an die Unparteilichkeit der letzteren von vornherein untergrub. Die Schützenhaus-Versammlungen wurden geschlossen, am 26sten auf Grund der Bundesbeschlüsse von 1832 alle Volksversammlungen verboten [1]) und dadurch auch den Bürgervereinen, die sich vom Vogtlande aus über einen großen Theil des mittleren Erzgebirges und der Receßherrschaften verzweigt hatten und die Hauptherde des Radicalismus bildeten, ein Ende gemacht. Eine unbefangene Besprechung des 22. August machte die Censur vollständig unmöglich, und um sich eines stets Unruhe stiftenden Elementes zu entledigen wurde gegen die in Leipzig sich aufhaltenden nichtsächsischen Schriftsteller Ausweisung verhängt. Die Resultate der angestellten Untersuchung blieben größtentheils der Öffentlichkeit vorenthalten, und so war wie absichtlich der Ausstreuung von gehässigen Gerüchten aufs neue Thor und Thür geöffnet. Die Erregtheit, der ungestüme Drang nach

1) In Leipzig schuf sich die radicale Partei nach Unterdrückung der Schützenhaus-Versammlungen einen neuen Mittelpunkt in dem Rede-Übungsverein.

Digitized by Google

Reformen erfaßte den größten Theil des Landes, selbst das sehr loyale Freiberg wurde davon ergriffen, als in einer zwischen den Offizieren der Garnison und den Bergakademisten entstandenen Reibung die Regierung zum nicht geringen Schaden der Stadt sehr augenfällig für die ersteren Partei ergriff. Nur die Lausitz verharrte zum größten Theil in politischer Apathie.

Mit welcher Spannung sah man daher diesmal dem Landtage entgegen, der einzigen Stelle, wo die Klagen und Beschwerden des Landes ungehindert laut werden durften! Eine von R. Blum und 1154 Genossen zu Leipzig ausgehende Petition, welche alle Hauptbeschwerden, und zwar bezeichnend genug nicht bloß die gegen sächsische sondern auch gegen allgemeine deutsche Verhältnisse gerichteten, zusammenfaßte [1]), leitete, geschickt organisiert, einen allgemeinen Petitions- und Beschwerdesturm ein, der eine stürmische Session voraussehen ließ. Die Zusammensetzung der zweiten Kammer zeigte sich bei Eröffnung des Landtags, 14. September 1845, nicht unwesentlich verändert; zu der früheren Opposition war in Schaffrath, Joseph, Hensel-Bernstadt, dem Deutschkatholiken Rewitzer aus Chemnitz u. A. ein jüngerer, „entschiedenerer" Nachwuchs gekommen, der, wennschon er sich noch Todts Führerschaft unterordnete, bald die Opposition weiter mit sich fortriß, bald auch sich als äußerste Linke von ihr absonderte und die Gemäßigteren wie Braun, Georgi, Brockhaus mehr in die Stellung eines linken Centrums drängte. Der Triumph der liberalen Partei, daß sie Braun als zweiten und nach hartem Kampfe gegen den Führer der Rechten, v. Thielau, Todt als vierten Candidaten für das Direc-

1) Erläuterung von § 89 der Verfassung, die Bundesbeschlüsse betreffend, die wiener Beschlüsse von 1834, Erfüllung von Art. 13 der Bundesacte, Aufrechthaltung der deutschen Volksthümlichkeit in Schleswig-Holstein, Aufhebung der Censur, Verbesserung der Lage der Volksschullehrer, Herabsetzung des sächsischen Contingents und dessen Vereidigung auf die Verfassung ꝛc. — Ammons Landtagspredigt über Luc. 14, 1—9 hatte zum Thema: „Die hohe Weisheit, mit welcher Christus die verstimmten und aufgeregten Gemüther seiner Zeit beruhigt."

Digitized by Google

torium durchsetzte, wurde noch dadurch erhöht, daß der König nicht wieder den an erster Stelle vorgeschlagenen Dr. Haase, der sich durch sein tactloses Benehmen im August mißliebig gemacht hatte, sondern Braun zum Präsidenten ernannte. Die Thronrede schlug nicht den herzlichen Ton der früheren Zeiten an; mit mahnendem Ernst forderte der König die Stände auf, ihn bei der Erhaltung eines verfassungs- und ordnungsmäßigen Ganges im inneren Staatsleben zu unterstützen, damit der Name der Sachsen überall mit Achtung genannt und Staatsverfassungen wie die sächsische auch ferner als ein Bollwerk gegen Gesetzlosigkeit und Unordnung, als eine Bürgschaft für Erhaltung des Bandes zwischen Fürst und Volk betrachtet werden möchten. Das Befremden darüber, daß die Thronrede mehrere der brennendsten Fragen mit Stillschweigen übergieng, und das allgemein empfundene Bedürfniß nach einer offenen Aussprache über die vorhandenen Beschwerden bewirkte diesmal die Annahme von Todts Antrag auf Erlassung einer einseitigen Adresse und zwar, da die Regierung darauf bestand, daß einer Kammer das Recht zu einseitigen Anträgen nicht zustehe, mit dem Zusatze, eventuell diese Streitfrage an den Staatsgerichtshof zur Entscheidung zu bringen. Als jedoch von der ersten Kammer die Aufforderung zu einer gemeinschaftlichen Adresse ergieng, so beschloß die zweite einstimmig den Versuch nicht von der Hand zu weisen und der von Todt verfaßte Entwurf ließ durch die Mäßigung, die er athmete, deutlich den Wunsch erkennen, daß er gelingen möge.

Eingeleitet wurde die Debatte durch Könneritz mit Verlesung einer ausführlichen Vertheidigung des Ministeriums; er lehnte die Verantwortlichkeit für die, übrigens vielleicht gar nicht allgemein vorhandene Aufregung von demselben ab, verwahrte es gegen den Vorwurf reactionärer Tendenzen, wies aber zugleich die Forderung nach Fortbildung der Verfassung, als der historischen Entstehung derselben widerstreitend, bestimmt zurück. Diese Darlegung verfehlte ihren Zweck die Gegner zu beschwichtigen oder zu entwaffnen vollständig; die Behauptung des Ministers, daß die Verfassung eine dem Zeitbewußtsein

Digitized by Google

nachgebende Entwicklung überhaupt nicht gestatte, war eine Kriegserklärung gegen die lautesten Forderungen des Volkes. Das ganze Regierungssystem wurde einer einschneidenden Kritik unterzogen, nicht zum wenigsten durch die Vertreter Leipzigs, Brockhaus und selbst den streng conservativen Poppe; die in Folge der Augustereignisse ihrer Stadt widerfahrene Behandlung und der dabei von dem Minister v. Falkenstein der Stadt Leipzig ertheilte Rath, den Weg der Selbsterkenntniß zu betreten und sich selbst wiederzufinden, sowie die Vertheidigung der Censur, zu welcher er sich herbeiließ, lenkte nur den Unwillen auf seine Person ohne der Sache der Regierung zu nützen. Die Adresse wurde gegen 12 Stimmen angenommen. In der ersten Kammer übernahm v. Carlowitz, der an des verstorbenen v. Gersdorff Stelle zum Präsidenten ernannt worden war und deshalb die Führerschaft seiner Partei an v. Friesen und v. Welck überlassen hatte, persönlich das Referat über die Adresse. Da jedoch hier die Aristokratie mit einer Schroffheit auftrat, gegen welche die schwachen liberalen Elemente der Kammer vergebens ankämpften, die von der zweiten Kammer gegen das Ministerium erhobenen Vorwürfe unter Ausdrücken des tiefsten Abscheus gegen die Tendenz der Opposition, an den Grundlagen des Staates zu rütteln und die ständische Verfassung in eine repräsentative zu verwandeln, verworfen wurden und nur die den Bundestag betreffende Stelle durch v. Carlowitz noch eine kräftigere Fassung als in Todts Entwurfe erhalten hatte, so konnte es nicht fehlen, daß die Adresse unter ihren Händen zu etwas ganz anderem wurde, als was sie ursprünglich hatte sein sollen, daher die zweite Kammer um so eher von einer Überreichung derselben abzusehen beschloß, als sich ihre Aufmerksamkeit bereits einzelnen von den brennenden Fragen, die dieser Landtag zu berühren berufen war, zugewendet hatte.

Da die allgemeine Erwartung, es werde in Bezug auf die Reform der Criminalgerichtspflege irgend eine Vorlage von seiten der Regierung erfolgen, sich nicht erfüllte, richtete Klinger schon in einer der ersten Sitzungen eine Interpellation deshalb

Digitized by Google

an das Ministerium. Da gab v. Könneritz zum allgemeinen Erstaunen die Erklärung: „Das Ministerium habe sich überzeugt, daß mit einer bloßen Verbesserung des zeitherigen Verfahrens nicht durchzukommen, vielmehr eine größere Reform nöthig sei; möglich und wahrscheinlich, daß es auf die Mündlichkeit nebst Anklageproceß eingehen werde, aber die Öffentlichkeit halte es nach wie vor für nachtheilig für die Rechtspflege wie für den Charakter des Volkes. Allein ohne sich durch dieses Zugeständniß beirren zu lassen, nahm die Kammer ihren früheren Antrag auf Reform der Strafproceßordnung im Sinne der Öffentlichkeit und Mündlichkeit wieder auf; der von Braun erstattete Bericht wies das Danaergeschenk der Mündlichkeit ohne Öffentlichkeit zurück, rieth aber aus Zweckmäßigkeitsrücksichten vorläufig von einem Antrage auf Schwurgerichte abzusehen. Nochmals wich das Ministerium einen Schritt zurück, indem es eine bedingte Öffentlichkeit, durch Zulassung eines freiwilligen Auditoriums von Unbetheiligten, Stadtverordneten oder Gemeindevertretern, um der Verhandlung größere Feierlichkeit zu geben, in Aussicht stellte, aber auch diese Scheinconcession machte keinen Eindruck; die Kammer wiederholte einstimmig ihren Antrag vom vorigen Landtage, und nur weil die erste Kammer, wennschon bloß mit einer Stimme Majorität, auf die Seite der Regierung trat, war auch diesmal kein ständischer Antrag in dieser Frage durchzubringen.

Auch über die Verordnung vom 17. Juli und das Verbot vom 19. Juli gab v. Könneritz sogleich in der ersten Sitzung eine Erklärung, um diese so vielfach mißdeuteten Erlasse sowohl aus der Geschichte der Reformation als aus der Verfassung zu rechtfertigen [1]). Auf Anlaß der auch bei den Ständen eingereichten Petition um eine freiere Verfassung der lutherischen

1) „Unsere Kirche", sagte er, „lief dadurch (die Bestrebungen der Lichtfreunde) ebenso leicht Gefahr, dem Atheismus und Pantheismus als, sei es in Folge der Lehrfreiheit, sei es, weil nach Erfahrungssätzen das menschliche Gemüth von der Leere des Glaubens um so leichter zu einem andern Extrem übergeht, dem Katholicismus zugeführt zu werden."

Digitized by Google

Kirche erkannte die Regierung das Bedürfniß einer solchen Reform an und versprach ein darauf bezügliches Gesetz den Zwischendeputationen zur Berathung vorzulegen; eine Ansicht, der die Stände unter der Voraussetzung beipflichteten, daß dadurch das einheitliche Bestehen der lutherischen Kirche nicht gefährdet werde; den einschränkenden Zusatz der ersten Kammer, daß dabei nichts vorgenommen werde, was die Glaubenslehren in Frage stellen könne, lehnte die zweite Kammer ab, sprach sich aber im Einverständniß mit der Regierung für Einführung einer Presbyterial- und Synodalverfassung aus und beide Kammern bekannten sich zu dem Grundsatz der Trennung der Kirche vom Staate, demzufolge die eigentliche Kirchengewalt einer obersten collegialischen Behörde zu übertragen sei. Die sächsische Regierung war von allen deutschen die erste, welche das Verhältniß der Deutschkatholiken gesetzlich zu regeln unternahm; es sollte dies, da sie dieselben als im Austreten aus der römischen Kirche und im Eintreten in eine neue Kirchengemeinschaft begriffen betrachtete, durch ein Interimisticum geschehen, das, wenn es sich bloß um kirchliche Interessen gehandelt hätte, ihnen vollständig genügt haben würde. Bei den politischen und nationalen Rücksichten jedoch, die hierbei so vielfach ins Spiel kamen, versuchte die zweite Kammer ihnen mehr als bloße interimistische Duldung, nämlich die Anerkennung als gesetzlich aufgenommene Confession zu erkämpfen; aber die erste Kammer trat der Regierung bei; sie beschränkte sogar die Gewährung evangelischer Kirchen für die Deutschkatholiken auf die Städte, gestattete ihren Geistlichen nicht die Trauung sondern nur die Einsegnung der Ehe nach der protestantischen Trauung, betrachtete sie auch in Bezug auf die äußeren Rechtsverhältnisse fortwährend noch als Angehörige der früheren Kirche, und um lieber etwas als nichts zu erlangen gab die zweite Kammer, wenn auch nicht ohne Sträuben, nach. Nachdem inzwischen das Consistorium und die theologische Facultät übereinstimmend bezeugt hatten, daß das Bekenntniß der Deutschkatholiken im allgemeinen dem Geiste des Christenthums nicht widerspreche, wurden ihnen durch Verordnung vom 17. Juni 1846 Duldung

Digitized by Google

und gewisse kirchliche Rechte zugesprochen. Die von Superintendent Großmann aufs neue gegen das jesuitische Gebahren der katholischen Geistlichkeit in Sachsen erhobenen Anklagen suchte die Regierung durch Darlegung des dagegen erfolgten Einschreitens zu beschwichtigen.

Ohne Zweifel würde das, was die Regierung für die Deutschkatholiken gethan hatte, eine gerechtere Würdigung erfahren haben, hätte sie nicht durch ihr freiheitsfeindliches Verfahren nach anderen Seiten hin die Gemüther gegen sich aufgebracht und namentlich durch die kleinliche Maschinerie, die sie unaufhörlich gegen den freieren Ausdruck des Gedankens in Bewegung setzte, auch die Gemäßigten erbittert. Die Beschwerden wegen Concessionsentziehungen und Censurhudeleien nahmen kein Ende. Alles, was die leipziger Buchhändler verlangten, war die Beseitigung der Concessionen auf Widerruf und die Feststellung gesetzlicher Gründe für Unterdrückung von Zeitschriften; ohne Erfolg setzte die Versammlung der deutschen Buchhändler zu Nürnberg 1845 in einer besonderen Denkschrift die dem leipziger Commissions- und Speditionsbuchhandel durch das Verfahren der sächsischen Regierung drohenden Gefahren auseinander. Als wolle diese die Opposition recht ihre Macht fühlen lassen, erfolgte wenige Tage, nachdem Todt die gegen die Vaterlandsblätter, seit Blums Redaction das Hauptorgan des Radicalismus, geübten Censurbedrückungen in der Kammer zur Sprache gebracht hatte, die gänzliche Unterdrückung dieses Blattes. Umsonst schilderte Brockhaus als Referent das Widersinnige der Censur [1]) und des eine Anomalie zu allen übrigen Verhältnissen Sachsens bildenden Concessionswesens, das den meisten anderen deutschen Staaten unbekannt und nicht einmal durch die Bundesbeschlüsse verlangt sei; die Minister blieben dabei, daß sie sich nicht eine Waffe aus der Hand winden lassen würden, deren sie zur Bekämpfung des Radicalismus nicht entrathen könnten. „Wenn die Concession auf Widerruf gegeben

1) Held schrieb damals ein ganzes Buch, Censuriana, voll Beweisen von den Ungeheuerlichkeiten der sächsischen Censur.

Digitized by Google

ist", erklärte v. Könneritz, „so kann sie auch zurückgenommen werden, ohne daß jemand darüber zu klagen hat, ob Gründe dazu vorhanden sind oder nicht", geradeso, wie der wegen der Schriftstellerausweisungen interpellierte Minister des Innern sich darauf berief, daß ja ein Recht, sich in Sachsen aufzuhalten, der deutsche Ausländer gar nicht habe [1]). Es war jener verhängnißvolle Irrthum, daß eine Zeitströmung sich mit Polizeimaßregeln bewältigen lasse. Um nicht den Schein, als sympathisiere sie mit den Grundsätzen der unterdrückten Zeitschriften, auf sich zu laden, nahm die Kammer nur die Anträge auf baldige gesetzliche Ordnung des Concessionswesens und auf Verwendung für Beseitigung der die Presse beschränkenden Bundesgesetze, diese aber einstimmig an. Bei keiner anderen Frage jedoch trat der Gegensatz der ersten Kammer zur zweiten mit solcher Schroffheit hervor wie bei dieser; ohne ihre Schadenfreude über die Verfolgung der verhaßten Presse irgendwie zu verbergen, trat die Majorität hier nur dem zweiten Antrage bei; daß die durch zahlreiche Petitionen hervorgerufenen Anträge auf Ablösung der Jagdbefugnisse in der ersten Kammer ebenfalls abgelehnt wurden, entsprach nur den früheren Erfahrungen. Wenn aber in der Debatte über die Befreiung des niederen Militärs von der Personalsteuer ein ritterschaftlicher Abgeordneter der zweiten Kammer dieselbe damit vertheidigte, daß wohl ein Dorfschullehrer den Tag mit 2 Ngr. ganz gut leben könne, aber nicht ein zu großem Aufwande genöthigter Offizier, so war das eine ungeschickte Beleidigung des öffentlichen Gefühls, die nicht so schnell vergessen wurde, wie sie es verdiente.

Allein auch die Opposition, zumal die jüngere begieng Fehler, die sich an ihr selbst strafften. Die Keckheit, das Ungestüm, von denen sie sich häufig über die Grenze der Besonnenheit und Gerechtigkeit hinaus treiben ließ, die persönlichen Angriffe, durch welche sie ihre Gegner reizte, ihre das ganze sächsische Wesen wenig anmuthende Rücksichtslosigkeit, endlich

1) Doch wurde die Maßregel bald darauf zurückgenommen.

Digitized by Google

die Eitelkeit, mit der sich die Einzelnen zum Gegenstande wohlfeiler Ovationen machten und ihre Personen selbstgefällig im Spiegel der Volksgunst glänzen ließen, zog ihnen vielfache und verdiente Vorwürfe zu, entfremdete ihnen die Gemäßigteren in und außer den Kammern und unterstützte die Bemühungen ihrer Gegner, die unentschiedenen Abgeordneten, meist vom Bauernstande, durch das Schreckbild eines drohenden Umsturzes auf ihre Seite herüberzuziehen. Die Rechte hatte ihr nachgerade die Kunst der Agitation abgelernt; unter dem Landvolke der Lausitz besonders wurden von Adeligen und orthodoxen Geistlichen sogenannte Rückschritts- oder Stillstandspetitionen colportiert, ja v. Thielau, der eifrigste unter ihnen, führte persönlich eine Deputation der lausitzer Ritterschaft und Bauern nach Dresden um dem Könige und den Ministern ihren Dank für die befolgte Politik auszusprechen [1]).

Dies alles zusammengenommen bewirkte einen Umschlag zu Ungunsten der Opposition, der zuerst bei den Verhandlungen der zweiten Kammer über die leipziger Augustereignisse sich fühlbar machte. Eine Eingabe des Professor Biedermann und 1800 Genossen verlangte nicht weniger, als daß über das Verfahren des Ministeriums in dieser Angelegenheit beim Könige Beschwerde geführt, das Verhalten sämtlicher betheiligter Offiziere einer richterlichen Untersuchung unterzogen und zu diesem Behufe die Veröffentlichung der vollständigen Protokolle über die Vorfälle des 12. August beantragt werde. Über ein halbes Jahr hatte die dafür niedergesetzte außerordentliche Deputation die Berichterstattung verzögert, so daß sie erst kurz vor Schluß des Landtags zur Berathung kam; nach dreitägiger Debatte ergab sich für den Antrag der Deputationsmajorität, die Beschwerde auf sich beruhen zu lassen, Stimmengleichheit, bei wiederholter Abstimmung wurde er mit einer Stimme verworfen, aber der entgegengesetzte der Minorität ebenfalls, und da die andere Kammer dem ersteren einstimmig beitrat, so geschah gerade in der Sache, die anfangs so unermeßlichen Staub aufgewirbelt hatte, gar nichts.

1) Gegenwart V, 578 ff.

Digitized by Google

So gieng also der Landtag weniger stürmisch zu Ende (13. Juni), als es anfangs den Anschein gehabt hatte, auch nicht ohne manchen nützlichen Fortschritt in der Gesetzgebung zu Stande gebracht zu haben, z. B. das definitive Gewerb- und Personalsteuergesetz (24. December 1845), das Laudemialgesetz, das, dem Principe der einseitigen Provocation auf Ablösung sich zuwendend, den Schlußstein des großen Werkes von 1832 bildete, und das über den Schluß der Landrentenbank mit dem 1. April 1849, beide vom 21. Juli 1846, die Gesetze über die Bestellung von Friedensrichtern (22. Juni) und über Erfüllung der Militärpflicht (1. August), die planmäßige Feststellung des sächsischen Eisenbahnsystems und, da die Anregungen des leipziger Handelsstandes zu einem gemeinsamen deutschen Wechselrecht vorläufig ohne Erfolg geblieben waren, eine Wechselordnung u. s. w. Allein die großen politischen und kirchlichen Anliegen des Volkes waren fast sämtlich unerledigt geblieben, zum Theil nicht einmal zur Berathung gelangt, wovon nicht bloß die Ungeneigtheit der Regierung sondern auch die übermäßige Breite der Verhandlungen die Schuld trug. Gerade die liberalen Abgeordneten vergeudeten eine kostbare Zeit mit endlosen Befürwortungen jeder einzelnen Petition, nur um dabei politische Reden halten zu können; allein über die Frage der Öffentlichkeit und Mündlichkeit, die auf dem vorigen Landtage bereits auf das Gründlichste durchgesprochen worden war, fühlten sich auch diesmal nicht weniger als vierzig Redner gedrungen einige Worte zu sprechen. Erklärlich daher, daß eine Übersättigung, ein Sinken der Theilnahme an der Politik im Volke eintrat; selbst der Deutschkatholicismus, durch Zerwürfnisse im Innern gespalten, hatte sich schnell abgenutzt und entsprach nicht mehr den anfangs von ihm gehegten hochgespannten Erwartungen; wenn ein großer Theil der Gemeinde Gelenau bei Zschopau, weil ihr Patron ihr einen mißliebigen Pfarrer aufdrängen wollte, zu ihm übertrat, so war das ein Zuwachs von zweifelhaftem Werthe [1]). Die große Masse der

1) Im Ganzen brachte er es in Sachsen auf 18 Gemeinden.

Digitized by Google

politisch Indifferenten war zufrieden, ungestört ihren Beschäftigungen nachgehen zu können, die gemäßigten unter den Liberalen schöpften aus dem wenigen bisher Erreichten Hoffnung auf weiteren, wenn auch langsamen Fortschritt. Aber doch mischte sich in diese Apathie ein bängliches Vorgefühl, daß der gegenwärtige Zustand nicht dauern könne, und ließ jedes Anzeichen nahender Stürme an den deutschen Grenzen, wie die Aufstände in Posen und Galizien, welche die Ausweisung der Polen auch aus Sachsen zur Folge hatte [1]), mit ängstlicher Spannung verfolgen. Unglücklicherweise wurde die Willfährigkeit, mit der das Ministerium sich der reactionären Strömung überließ, eine immer neue Quelle tiefer Verstimmung. Der Preßzwang wurde wenn möglich ärger als zuvor; dem Professor Biedermann, der die Veröffentlichung einer beim Constitutionsfest von 1845 gehaltenen Rede eine Anklage zugezogen hatte, blieb das Halten staatsrechtlicher Vorlesungen selbst dann untersagt, als er in dritter Instanz „wegen Mangels mehreren Verdachts" freigesprochen worden war. Noch größere Sensation erregte es, als die wegen eines Aufsatzes über „Sächsische Zustände" von der Kreisdirection verfügte Beschlagnahme der von demselben herausgegebenen Zeitschrift „Unsere Gegenwart und Zukunft" wenige Tage darauf von dem Ministerium des Innern wiederaufgehoben wurde und eine gleichzeitig veröffentlichte Erklärung sämtlicher Minister diese Entschließung damit motivierte, „daß die in jenem Aufsatz enthaltenen Äußerungen über die Wirksamkeit und Gesinnung mehrerer Minister zu unwürdig seien um von ihnen auf irgend eine Weise beachtet zu werden und daß sie sich durch dergleichen Angriffe in treuer Erfüllung ihrer Pflicht gegen König und Vaterland nicht irre machen lassen würden"; die Folge war, daß die Schrift binnen wenigen Wochen drei Auflagen erlebte. Dem Buchhändler Brockhaus wurde der Druck ungarischer Schriften gänzlich verboten, bloß

1) Im Februar 1846 wurde in Dresden der flüchtige Dictator von Krakau, Tyssowski, verhaftet; die Regierung behandelte ihn mit großer Rücksicht, konnte sich aber seiner Auslieferung an Österreich nicht entziehen.

Digitized by Google

weil sich kein der ungarischen Sprache kundiger Censor im Lande fand, ja eine Generalverordnung vom 22. April 1847 setzte für Denuncianten aufrührerischer Schriften Prämien von 20 bis 100 Thlr. aus. Allen Wahlen von Oppositionsmännern zu städtischen Ämtern wurde consequent die Bestätigung versagt; gegen die Unterzeichner einer Volksschullehrerpetition an den Landtag ergiengen scharfe Rügen; Gerüchten von Könneritz' Rücktritt trat die Leipziger Zeitung mit der Behauptung entgegen, „es sei eine Ausschreitung, wenn in der Kammer der Satz aufgestellt worden sei, daß das System der Regierung sich irgendwie nach den Ergebnissen der parlamentarischen Debatten und Abstimmungen richten müsse". Dennoch aber trat Könneritz Ende 1846 unter Beihaltung des Vorsitzes und der Leitung der Gesetzgebungsarbeiten sein Amt an den bisherigen Präsidenten der ersten Kammer, v. Carlowitz ab, ein Personwechsel, der zwar keine unbedingte Lossagung von dem System bedeutete, doch aber nicht ohne Genugthuung aufgenommen wurde, da Carlowitz wenn auch für einen Aristokraten, doch für einen Mann von Geist und Charakter galt. Recht schmerzlich dagegen durchzuckte es das Land, als der künftige Thronerbe, Prinz Albert, statt seine Studien auf der Landesuniversität zu vollenden, Ende 1847 nach Bonn gieng [1]).

Alles dies aber wurde vor der Hand in den Hintergrund gedrängt durch den schweren Nothstand, der in den Jahren 1846 und 1847 gleich anderen Ländern auch Sachsen heimsuchte. Die Körner- und Kartoffelernte von 1846 hatte einen bedeutenden Ausfall erlitten, und da Sachsen schon in gewöhnlichen Jahren für seine dichte Bevölkerung [2]) circa 1 Million Scheffel Brodgetreide Zufuhr brauchte, so wurde der Mangel jetzt, wo die gewöhnlichen Bezugsländer Thüringen und Böhmen in Folge der Mißernte viel weniger Getreide zu Markte brachten als sonst, die Zufuhr aus letzterem noch obendrein seit No-

1) Sein nächstjüngerer Bruder, der sechszehnjährige Prinz Ernst, starb 16. April 1847 sehr plötzlich zu Weesenstein.

2) Sie belief sich 1846 auf 1,836664 Einwohner.

Digitized by Google

vember 1846 durch einen Ausgangszoll erschwert und endlich durch das Ausfuhrverbot der österreichischen Regierung gänzlich gesperrt wurde, noch viel drückender, am drückendsten in etlichen Fabrikgegenden, die, wie die Spitzenklöppeleidistricte des Erzgebirges, gleichzeitig unter Geschäftsstockungen litten, während das Mißverhältniß zwischen dem Arbeitsverdienst und den Preisen der Lebensmittel fast überall zu Tage trat. Die Regierung that zur Erleichterung der Noth, was in ihren Kräften stand. Sie gewährte für Getreide, Hülsenfrüchte und Mehl, denen der Zollverein bis 30. September 1847 zollfreie Einfuhr zugestanden hatte, Frachtermäßigung auf den Eisenbahnen, ermächtigte die Dorfbäcker, die städtischen Wochenmärkte mit Brod zu versorgen, hob die Brodtaxe auf, welche, indem sie die Bäcker nöthigte das Getreide billiger zu verbacken als sie es kauften, wirklichen Brodmangel erzeugte, schaffte Arbeit an Eisenbahn- und Straßenbauten, suchte den Hülsenfrüchten und trockenen Gemüsen an Stelle der mißrathenen Kartoffeln Eingang zu verschaffen, übte Nachsicht in Eintreibung der Steuern, wußte die Privatwohlthätigkeit anzuspornen und zu leiten; vor allem aber war sie bemüht, ohne sich zu irgend welchen Maßregeln verleiten zu lassen, welche der natürlichen Bewegung des Verkehrs Fesseln angelegt oder in den bestehenden Gewerbs- und Wirthschaftsbetrieb störend eingegriffen haben würden, die durch das Phantom des Kornwuchers aufgeregte öffentliche Meinung durch freundliche Belehrung über die wahren Ursachen der Theuerung aufzuklären. Denn eben dadurch, daß sich die Preise in Sachsen, da die inländischen Producenten, ein weiteres Steigen derselben nicht erwartend, rasch und viel verkauften, geraume Zeit hindurch immer noch niedriger hielten als irgendwo sonst, hörte die Zufuhr aus dem Auslande nach Sachsen auf und Hilfe ließ sich nur von einem Umspringen der Preise erhoffen. Die fortschreitende Preissteigerung, die Anfang Juni 1847 den Scheffel Roggen in Dresden auf 9½ Thlr. trieb, war daher freilich ein schlimmes Übel, aber doch nur das naturgemäße Mittel um ausländische Händler zum Verkauf in Sachsen aufzumuntern.

Digitized by Google

Dieser Nothstand, verbunden mit der kritischen Lage, in welche einige der in Bau begriffenen Privateisenbahnen gerathen waren, veranlaßten, zum erstenmale seit der Verfassungsänderung, die Berufung eines außerordentlichen Landtags, Januar 1847. So gebieterisch die Lage des Landes schleunige Hilfe verlangte, so konnte die radicale Opposition doch nicht der Versuchung widerstehen, das Ministerium durch ihre Angriffe zu necken und mehrere Sitzungen damit hinzubringen, daß sie mit übel angebrachter Spitzfindigkeit formelle Bedenken gegen die Rechtsbeständigkeit des Landtags erhob und weitläufig die Frage erörterte, ob ein außerordentlicher Landtag auch andere als die von der Regierung vorgelegten Gegenstände zu verhandeln berechtigt sei. Um so wohlthätiger wirkte die klare und verständige Darlegung der Regierung über die Nahrungsverhältnisse wie die öffentliche Besprechung derselben in den Kammern auf die Beschwichtigung übertriebener Besorgnisse; ohne Widerreden ermächtigten die Stände die Regierung den zur Durchführung der erforderlichen Maßregeln nöthigen Aufwand aus Staatsmitteln zu decken [1]). Eine ebenso rasche Erledigung fand die zweite Angelegenheit. Nachdem nämlich die Regierung der sächsisch-bairischen Eisenbahncompagnie die Aufnahme einer fünfprocentigen Anleihe wegen des von einem so hohen Zinsfuße auf den Curs der Staatspapiere und den Realcredit zu befürchtenden nachtheiligen Einflusses versagen zu müssen geglaubt hatte, befand sich diese in der Unmöglichkeit, die zur Vollendung des (zuletzt auf 12,266666 Thlr. veranschlagten) Baues [2]) nöthigen Geldmittel zu beschaffen; da nun aber der Staat mit Rücksicht auf seine vertragsmäßige Verpflichtung gegen Baiern die Gewährung dieser Mittel gar nicht umgehen konnte, so beschloß er die Bahn für sich zu erwerben,

1) Derselbe belief sich nur auf 187000 Thlr. Nachweis über die Verwendung siehe Landtagsmittheilungen von 1852, zweite Kammer, S. 827 ff.

2) Die schließliche Vollendung der Bahn kostete statt der ursprünglich veranschlagten 6 Millionen 13,991912 Thlr.

Digitized by Google

zumal in letzter Zeit das System des Staatsbaues Verbreitung gewonnen hatte, und obgleich noch Viele vor einer so großen Mehrbelastung des Budgets zurückschraken, gaben die Kammern doch die Genehmigung zur Erwerbung und Vollendung der Bahn durch den Staat in der Art, daß die Actien bis 1855 mit 4 % verzinst, von da ab gegen 3procentige Staatspapiere umgetauscht wurden; zugleich gieng durch Vertrag mit der altenburgischen Regierung das ganze Eigenthum der durch das Herzogthum führenden Bahn an den sächsischen Staat über. Endlich ermächtigten die Kammern die Regierung noch zu bedeutenden Unterstützungen der ebenfalls in große Geldnoth gerathenen Chemnitz-Riesaer und Löbau-Zittauer Eisenbahngesellschaften. Die zu diesen Zwecken aufgenommene Anleihe im nominellen Betrage von 10 Mill. Thlrn. wurde schnell und ohne die mindeste Schwierigkeit gezeichnet.

Während dieser Verhandlungen war die Theuerung aus den angeführten Ursachen in fortwährendem Steigen geblieben; aber mit den frohen Aussichten auf eine gute Ernte, die der Frühling brachte, sank der Roggenpreis plötzlich auf 7 Thlr. und kehrte bald auf seinen normalen Stand zurück; die Noth war überwunden. Die Haltung, welche das sächsische Volk die ganze schwere Zeit hindurch bewährt hatte, zeichnete sich, wie dies auch der König nach seiner Rückkehr von einer Rundreise durch mehrere Theile des Landes öffentlich anerkannte, vor vielen anderen deutschen Ländern höchst vortheilhaft aus. Trotz hie und da versuchter Verführung war nirgends eine nennenswerthe Störung der öffentlichen Ruhe, nirgends eine Gefährdung des Privateigenthums vorgekommen. Das Verfahren der Regierung wurde von den berufensten Beurtheilern als mustergiltig gerühmt [1]); in der Bereitwilligkeit den Nothleidenden beizuspringen hatten alle Stände auf das herzlichste gewetteifert und eine zum Theil großartige Wohlthätigkeit entfaltet; im Erzgebirge wirkten besonders die Frauenvereine ungemein segensreich. Am Schluß des schweren Jahres sprach die Regierung

1) W. Roscher, Über Korntheuerung (1847).

Digitized by Google

Allen, von denen sie in der Theurungszeit unterstützt worden war, öffentlich ihren Dank aus und ließ zur Erinnerung eine Denkmünze prägen. So wohlthuend solche Erfahrungen berühren mochten, so war es doch noch ungleich wichtiger, daß jener plötzlich hereingebrochene Nothstand die Aufmerksamkeit in einem noch nicht dagewesenen Maße auf die Nahrungsfrage und verschiedene damit zusammenhängende Gebrechen und Entwicklungsphasen der bürgerlichen Gesellschaft, auf Proletariat und Pauperismus, Organisation der Arbeit u. s. w. hinlenkte und dadurch manchen fruchtbaren Samen künftiger Ideen ausstreute. Biedermann hielt in Dresden Vorträge über den Socialismus; eine Versammlung von Abgeordneten sämtlicher 32 sächsischer Gewerbvereine zu Chemnitz tauschte ihre Ansichten über die Lage des Gewerbstandes aus. Man verhehlte sich nicht, daß alle gegenwärtig gegen den Nothstand ergriffenen Maßregeln doch nur die Oberfläche des Übels berührten, daß insbesondere angesichts des um sich greifenden Übergangs vom Kleingewerbe zur Großindustrie kräftigere Mittel gegen die Gefahr der Verarmung, gegen die Immoralität und Verbrechen der Armuth gefunden werden müßten. Die Frage, wie den ärmeren Classen genügende Arbeit zu verschaffen, entflammte aufs neue den Kampf zwischen Schutzzöllnern und Freihändlern; jene, die Beförderer der nationalen Arbeit, wie sie sich gern nannten, priesen die höhere Besteuerung des ausländischen Marktes als Palliativ gegen die zunehmende Verarmung an, diese verwarfen jede künstliche Hebung der Industrie, welche das Mißverhältniß zwischen dem übermäßigen Zuströmen der Arbeiter zu der größere Unabhängigkeit gewährenden und geringere körperliche Anstrengung fordernden industriellen Beschäftigung und dem Mangel an Arbeitern bei der Landwirthschaft nur noch vergrößern müsse. Nichts aber predigte der Nothstand eindringlicher als die Nothwendigkeit einer Reform des Innungswesens, der Beseitigung jener widernatürlichen, die Entwickelung des einzelnen Handwerks hemmenden Trennung des Arbeitsgebietes; vor allem erhoben sich die gewichtigsten Stimmen gegen die Monopolien der Müller, den Innungszwang der Bäcker und die Brod-

Digitized by Google

taxe [1]). Einen fruchtbaren Boden fanden alle diese Bestrebungen in dem seit etlichen Jahren kräftig erwachten Vereinsleben, welches die Förderung der verschiedensten gemeinnützigen Zwecke sich zur Aufgabe machte. 1841 wurde die sächsische Rentenversicherungsanstalt gegründet, Kirchenrath Döhner in Zwickau stiftete einen Verein zur Verbreitung guter Volksschriften, ebendaselbst wurde aus einer Schenkung zweier Ungenannter für einen der volkreichsten und ärmsten Landestheile ein Kreiskrankenstift, in Dresden 1844 die Diaconissenanstalt, 1845 durch den Verein zum Frauenschutz ein Zufluchtsort für verwaiste Töchter aus gebildeten Ständen, Kleinkinderbewahranstalten in vielen Städten errichtet, 1846 das 1836 als Erziehungs- und Rettungshaus für Waisen armer Lehrer eröffnete Pestalozzistift zu Dresden erweitert; in Leipzig bildete sich ein Privatsparcassenverein, in Chemnitz ein solcher zur Fortbildung junger Handwerker, Turn- und Feuerlöschvereine entstanden überall, auch die Gymnasiallehrer gründeten, wie die sächsischen Ingenieure bereits 1846 gethan hatten, einen Verein für die Interessen ihres Berufes.

Wo alle Triebe des Volkslebens mit solcher Kraft hervorbrachen, wie hätte da der stärkste von ihnen, der dem innersten Marke entkeimende nationale Gedanke, nicht auch sich entfalten und die Hülle des traditionellen Particularismus sprengen sollen! Der mannhafte Kampf Schleswig-Holsteins für seine gefährdete Nationalität, der auch dem blödesten Auge die Trostlosigkeit der politischen Gestaltung Deutschlands klar machte, die Eröffnung des Vereinigten Landtags in Preußen, der trotz seiner primitiven Unvollkommenheit die Herzen und Sinne des deutschen Volkes unwiderstehlich von den constitutionellen Kammern der kleineren Staaten hinweg- und auf sich zog, brachten eine tiefe Umwälzung der politischen Denkweise hervor; die Wucht der materiellen Interessen trieb selbst die Widerwilligen zu größerer Annäherung aneinander. Zwischen den mittel-

1) Ökonomierath Reuning im Archiv der politischen Ökonomie V, Heft 2.

Digitized by Google

deutschen Staaten mehrten sich die Verträge über gegenseitige Rechtshilfe und Beförderung der Rechtspflege, in Dresden tagte im Winter 1847/48 die deutsche Postconferenz, in Leipzig gleichzeitig die zur Vereinbarung eines allgemeinen deutschen Wechselrechtes. Daß am Bundestage in der bisherigen Weise nicht mehr fortgewirthschaftet werden könne, leuchtete selbst von den Regierenden Jedem, der überhaupt sehen wollte, ein. Preußen stellte, Juli 1847, in Frankfurt den Antrag, daß die Aufhebung der Censur keinem Bundesgliede mehr verwehrt sein solle, es unterstützte die von Würtemberg beantragte Veröffentlichung der Bundestagsprotokolle; der König, von Radowitz berathen, war entschlossen an die Regeneration des Bundes die Hand zu legen. Auch die sächsische Regierung gab die so hartnäckig vertheidigte Censur preis: Falkenstein arbeitete ein auf dem Principe der Censurfreiheit ruhendes Preßgesetz aus und stand im Begriff es dem nächsten Landtage vorzulegen, als der Sturm der Februarrevolution alle diese bedächtig wohlmeinenden Absichten verwehte und ihnen sein verhängnißvolles „zu spät" zurief.

Was den Rückschlag der pariser Ereignisse auf Deutschland so gewaltig machte, war die Ungesundheit der öffentlichen Zustände, die nirgends kräftig genug waren um einen wirksamen Widerstand zu leisten. Die kleineren Regierungen verzagten alsbald im Gefühl der Hinfälligkeit der Bundeseinrichtungen und angesichts der in Berlin und Wien einreißenden Kopflosigkeit, während die republikanische Partei rasch entschlossen den Augenblick ergriff, der sie in weitem Sprunge bis dicht vor ihr Ziel tragen zu wollen schien. In Sachsen ward sofort Leipzig der Mittelpunkt der Bewegung und in Leipzig die Stadtverordnetenversammlung; von hier aus war es, wo der liberale Kern der Bürgerschaft, die Gefahr des Verzuges wohl begreifend, sich der Bewegung zu bemächtigen unternahm um womöglich auf friedlichem und gesetzlichem Wege die Gewährung der Volkswünsche durchzusetzen und zu diesem Zwecke auch die

Digitized by Google

Bundesgenossenschaft der hierdurch noch am ehesten zu zügelnden radicalen Partei nicht scheute. Sogleich auf einen höheren als den bloß sächsischen Standpunkt sich stellend beschlossen die Stadtverordneten am 1. März in außerordentlicher Sitzung einstimmig dem Könige ihre auf die gemeinsamen großen Interessen der Nation gerichteten Bitten um Reorganisation der Bundesverfassung, Preßfreiheit und Vertretung des deutschen Volkes beim Bunde vorzulegen. Der Stadtrath, obgleich überwiegend conservativ, schloß sich vom Strome ergriffen einstimmig an, eine Deputation beider Collegien begab sich folgenden Tags mit der Adresse nach Dresden. Der König empfing dieselbe zwar, verhehlte aber seinen tiefen Schmerz über diese Kundgebung ungerechtfertigten Mißtrauens nicht und lehnte es ab auf den Inhalt der Adresse einzugehen, mit der die Vertreter Leipzigs sich offenbar zu einer Überschreitung ihrer Befugnisse hätten hinreißen lassen. Mit lautem Unmuthe nahm die der Rückkehr der Deputation harrende Menschenmenge des Königs abweisenden Bescheid auf, aber R. Blum beschwichtigte sie durch das Versprechen, daß man nun direct auf Absetzung der Minister dringen werde. Wirklich gaben Stadtverordnete und Stadtrath unter Verwahrung ihrer Competenz das Votum, man müsse dem über die Tragweite der geschehenen Manifestationen getäuschten Könige erklären, daß die Minister das Vertrauen des Landes nicht besäßen, und schlossen sich dem von Brockhaus gestellten Antrage auf sofortige Berufung des Landtags an.

Bereits mit dem frühesten Morgen war eine zweite Deputation nach Dresden gegangen. Nach einem vergeblichen Versuche, v. Falkenstein, gegen den als Minister des Inneren die Mißstimmung sich vorzugsweise richtete, zum freiwilligen Rücktritte zu bewegen, erhielt sie vom Könige die Zusage der baldigen Einberufung der Stände. „Nichts jedoch", setzte der König hinzu, „wird mich bewegen von dem Wege abzugehen, den mir meine Verbindlichkeit als Mitglied des Deutschen Bundes und die Verfassung vorschreiben. Im Übrigen vertraue ich, daß es dem Ansehen der Behörden, der Kraft und dem

Digitized by Google

guten Geiste der Communalgarde, dem ernsten Willen aller guten Bürger gelingen wird, Denjenigen gegenüber, die auf ungesetzlichem Wege Ungesetzliches wollen, Gesetz und Ordnung zu bewahren, und mache ich dafür, daß es geschehe, die Stadt Leipzig verantwortlich." Dieses halbe Zugeständniß, unstreitig in beschwichtigendem Sinne gemeint, vermehrte nur die Aufregung. Unverzüglich beschlossen die leipziger Stadtbehörden, 5. März, die Tags vorher erlassene Erklärung nunmehr in Form einer Adresse an den König zu bringen und offen die Ersetzung der Minister durch Männer des öffentlichen Vertrauens zu fordern. Auch der akademische Senat beschwor das Ministerium in einer kräftigen von Professor v. d. Pfordten verfaßten Adresse den vergeblichen Kampf gegen Gang und Geist der Geschichte nicht zu wagen sondern die unabweisbaren Reformen zu gewähren, selbst die leipziger Censoren drangen auf Enthebung von einem Amte, das factisch nicht mehr respectiert wurde. Fast alle größeren Städte schlossen sich Leipzigs Beispiel an, nur Dresden nicht; dort verwarfen die Stadtverordneten sämtliche von Köchly eingebrachten Anträge mit Ausnahme desjenigen auf schleunige Einberufung der Kammern, der Stadtrath aber versprach um vernehmlicheren Kundgebungen der Volkswünsche vorzubeugen genaue Prüfung aller neuerdings gegen das städtische Rechnungswesen erhobenen Zweifel. Gerade diese passive Haltung der Residenz war ganz geeignet das Ministerium und dessen Anhang in ihrer Hartnäckigkeit, den König aber in der Täuschung zu bestärken, als sei das Ganze nichts als das Werk etlicher unruhiger Köpfe und eine Nachwirkung des noch vom 12. August 1845 her verletzten leipziger Localpatriotismus.

Aber zum vollen Widerstande fehlte doch das rechte Selbstvertrauen. Minister v. Falkenstein nahm „um nicht den Vorwand zu ferneren Demonstrationen oder Unordnungen abzugeben", seine Entlassung, am 6ten erschien eine Ansprache des Königs „An meine Sachsen", welche die Berufung der Stände spätestens bis Anfang Mai und die Vorlage eines Preßgesetzes an dieselben ankündigte und das Volk ermahnte

Digitized by Google

im Vertrauen auf den König ruhig harrend den Befugnissen der selbstgewählten Vertreter nicht vorzugreifen. Die officiöse Leipziger Zeitung stellte die Einführung des öffentlichen und mündlichen Verfahrens in nahe Aussicht und verhieß Unterstützung aller Maßregeln, welche die Einigkeit, das Wohl und die Kräftigung Deutschlands fördern könnten. Aber es war der Unstern des ganzen Systems, daß es aus Furcht seine Schwäche zu verrathen kein Zugeständniß eher machte, als bis dasselbe, von den Ereignissen überholt, seines Eindrucks verfehlte. Falkensteins Entlassung wurde nur als ein Beweis von der Unwiderstehlichkeit der öffentlichen Meinung hingenommen. „Man hat uns einen Menschen zum Opfer gebracht", rief Blum den Stadtverordneten zu, „aber das System ist nicht damit gefallen. Dieses vertreten die Minister v. Könneritz und v. Wietersheim; wir dürfen die Ungesetzlichkeit der Censur nicht länger dulden!" Am 9ten machte zwar das Ministerium bekannt, daß es seine Entlassung angeboten, der König aber dieselbe zurückgewiesen und dafür die sofortige Einberufung des Landtags auf den 20. März angeordnet habe, damit sogleich darüber Gewißheit erlangt werde, ob das gesamte Land jene Meinung theile; diesem Landtage werde dann auch sofort ein Preßgesetz vorgelegt werden. Gleichzeitig erfolgte die provisorische Aufhebung der Censur bis zum 20. April. Daß aber die Regierung, statt sich den Bundesbeschluß vom 3ten, welcher jedem Bundesstaate die Aufhebung der Censur freistellte, zu Nutze zu machen, erst ein Preßgesetz mit den schon vor mehreren Jahren und unter dem Drucke der Bevormundung gewählten Ständen vereinbaren wollte, erregte neuen Unwillen. Einmüthig beharrte Leipzig auf seinen Forderungen. Mochten auch viele unklare Empfindungen, viel Übertreibung und Überspannung mit unterlaufen, es war doch ein freudiger Glaube an den unausbleiblichen Sieg, der die Gemüther hob. Aber freilich wurde bei der zunehmenden Erhitzung der Leidenschaften die Aufrechthaltung der gesetzlichen Ordnung, obgleich Bürger und Studenten sich zu diesem Zwecke der Communalgarde freiwillig anschlossen, von Tag zu Tag schwieriger; entrüstet vernahm man die Kunde von Truppen-

Digitized by Google

zusammenziehungen in der Nähe der Stadt, von der Besetzung der Grenze durch preußische Truppen. Einstimmig erklärten die Stadtverordneten, daß, so lange diese militärischen Maßregeln fortdauerten, die Wiederherstellung des Vertrauens zwischen Regierung und Unterthanen gänzlich unmöglich sei. Bürgermeister Groß, unfähig dem Sturme Halt zu gebieten, legte sein Amt nieder (st. 1866). Wie leicht konnte die Leitung der Bewegung den Händen der Gemäßigten entgleiten; unreine Demagogen drohten bereits mit einem Massenzug nach Dresden um den König zur rückhaltlosen Gewährung der Volkswünsche zu zwingen, was die ganze hauptstädtische Communalgarde unter die Waffen brachte um nöthigenfalls die Eindringlinge mit Gewalt abzutreiben.

So standen die Dinge, als am 11ten Minister v. Carlowitz als königlicher Commissar in Leipzig eintraf. Er überbrachte die Forderung, daß die Stadtverordneten sich aufregender politischer Reden fortan enthalten, der Rede-Übungsverein und die wiederaufgelebten Schützenhaus-Versammlungen jeder politischen Agitation fernbleiben, das lärmende Umherziehen größerer Volksmassen aufhören, der Zug nach Dresden schlechterdings unterbleiben solle. Der Eindruck dieser Botschaft, die statt der gehofften Zugeständnisse nur Forderungen brachte, war schmerzliche, unwillige Enttäuschung. Noch denselben Abend gaben die Stadtverordneten ihre Antwort, ruhig, fest, ablehnend. Ihre Gegenforderungen präcisierten sie in einer an den Landtag zu richtenden Petition, während im Schützenhause auf Josephs Einladung eine Versammlung von vierzig Häuptern der liberalen, vorzugsweise aber der radicalen Partei aus verschiedenen Städten über die Wünsche und Bedürfnisse des Landes berieth, die Berufung des außerordentlichen Landtags unbedingt verwarf und einen ihre Hauptforderungen zusammenfassenden Aufruf an das Volk zu erlassen beschloß.

Mit dem Scheitern dieser Sendung war der letzte Rettungsanker des alten Systems gerissen. Carlowitz, der nur mit Widerstreben und bereits innerlich entschlossen, nur noch bis zum Zusammentritt des Landtags sein Amt fortzuführen, jenen

Digitized by Google

Auftrag übernommen hatte, öffnete dem Könige durch seinen Bericht die Augen über den wahren Charakter der leipziger Bewegung; am 13. März erfolgte der Rücktritt des Ministeriums Könneritz zugleich mit der Zurückziehung der in Leipzigs Nähe versammelten Truppen [1]). Die Unterhandlungen wegen Bildung eines neuen Ministeriums giengen durch v. Zeschau's Hand. Auf manche Lippe trat der Name des gefeierten v. Lindenau, der zurückgezogen auf seinem Gute Polhof lebte; allein dieser lehnte das Ansinnen sich von freien Stücken dem Ohre des Königs zu nähern bestimmt ab; wohl aber hatte er schon unter der Hand in Dresden den Rath ertheilt, schleunigst den auch von der öffentlichen Meinung als den Mann der Situation bezeichneten und bei allen Parteien hochgeachteten Präsidenten der zweiten Kammer Braun in den Rath der Krone zu berufen. Dieser trat auch an die Spitze des neuen am 16ten gebildeten Ministeriums; sein Freund R. Georgi, auf dem letzten Landtage als tüchtiger Finanzmann bewährt, übernahm die Finanzen, Oberst Graf v. Holtzendorff den Krieg [2]), Professor v. d. Pfordten das Äußere und Innere, vertauschte aber letzteres mit dem Departement des Cultus, als Martin Oberländer, dessen Ernennung eine schwer durchgesetzte Concession an die Zeitströmung war, am 20sten durch seinen Eintritt das Ministerium vervollständigte. Der eigentlich vom Hofe zu Könneritz' Nachfolger bestimmte Gesandte in London v. Beust traf erst am 26sten insgeheim in Dresden ein; ohne sich öffentlich gezeigt zu haben kehrte er auf seinen Posten zurück. Der außerordentliche Landtag wurde abgesagt.

Eine laute und allgemeine Freude über den errungenen Sieg gieng durch das ganze Land. Mehr als einer, selbst königliche Behörden hatten sich über Nacht zu liberalen Grund-

1) v. Wietersheim, der sich seitdem von jeder Politik ganz fern hielt, widmete seine Muse größtentheils geschichtlichen Arbeiten (Geschichte der Völkerwanderung, 4 Bände, 1859—1864); er starb 16. April 1865.

2) An seine Stelle trat bald wieder v. Oppell ein und als dieser wegen Erkrankung ausschied, Generalmajor v. Buttlar.

Digitized by Google

sätzen bekehrt. Am 22sten fand die feierliche Vereidigung des Militärs auf die Verfassung statt, das Generalcommando wurde dem Kriegsministerium untergeordnet, am 23sten die Presse freigegeben, alle Untersuchungen wegen Preßvergehen niedergeschlagen, am 30sten sagte sich das Ministerium formell von den Ausnahmegesetzen des deutschen Bundes von 1832 los, deren unverweilte Aufhebung zu beantragen der sächsische Bundestagsgesandte instruiert war, die Beaufsichtigung der Universität durch einen Regierungsbevollmächtigten, das Verbot der Studentenverbindungen und der Collegienzwang kamen in Wegfall, den 17. April folgte eine Amnestie für politische Verbrechen, den 3. Juli die Aufhebung der geheimen Conduitenlisten, die Kreisdirectionen wurden angewiesen bei Bestätigung von Gemeindebeamten auf die politische Richtung keine Rücksicht zu nehmen, der amtliche Sprachgebrauch wurde vereinfacht.

Es war eine überaus schwierige Aufgabe, welche das unter so außerordentlichen Umständen ans Ruder gelangte Ministerium auf seine Schultern nahm. Abgesehen von den großen politischen Fragen sah es eine Fluth von Anträgen, Beschwerden und Vorstellungen auf sich einstürzen, deren jede von einem bürgerfreundlichen Ministerium Berücksichtigung verlangte [1]) und denen allen es sich doch unmöglich recht machen ließ. Nicht lange, so fand man an dem neuen Ministerium zu mäkeln. Anstoß gab schon, daß die Verpflichtung der in evangelicis beauftragten Minister trotz ihrer Erklärung, sie nähmen Anstand den Eid auf die symbolischen Bücher zu leisten, kurz darauf dennoch „auf die in hiesigen Landen angenommene reine Lehre der lutherischen Kirche" geschah, eine auf Schrauben gestellte Formel, welche die symbolischen Bücher nicht nannte aber meinte, und in dieser Zweideutigkeit ein rechtes Abbild von der inneren Haltlosigkeit des ganzen Ministeriums. Einmüthig scharten sich zwar alle Gemäßigten um dasselbe, wohl erkennend, daß

1) Selbst auf eine anonyme Eingabe von Predigtamts-Candidaten fühlte v. d. Pfordten sich veranlaßt durch öffentliche Bekanntmachung zu antworten.

Digitized by Google

nur durch redliche Unterstützung dieses Ministeriums die gewonnenen Erfolge hier gegen Bureaukratie und Aristokratie, dort gegen die Revolution gesichert werden könnten, aber der Keim seiner Schwäche lag in ihm selbst, in der Ungleichartigkeit seiner Zusammensetzung, in dem Mangel eigener Befähigung. Braun, ein anerkannter Ehrenmann, war doch nur ein doctrinärer Jurist, keine politische Größe; Oberländer, der Liebling des großen Haufens und Repräsentant der sächsischen Gemüthlichkeit in der Demokratie, erlag den Einflüssen der angewöhnten Parteiansichten kleinsten Stils, zum Theil auch der ihm befreundeten radicalen Parteiführer; unbedingt das bedeutendste Talent des Märzministeriums war v. d. Pfordten, bis dahin ein gefeierter juristischer Universitätslehrer, ein Mann von würdevoller äußerer Repräsentation aber auch voll unruhig berechnendem Ehrgeiz und von schwankendem Charakter. Politisch betrachtet bildete Oberländer die Linke, v. d. Pforten die Rechte, Braun und Georgi linkes und rechtes Centrum. Die Stellung des Ministeriums noch schwieriger zu machen gesellte sich zu der verwickelten Lage des eigenen Landes der die alte staatsrechtliche Basis zertrümmernde Zusammensturz der deutschen Bundesverfassung und die drängende Hast der Parteien die Entscheidung über die Neugestaltung Deutschlands an sich zu reißen. Ein schwacher Versuch Österreichs und Preußens, durch Berufung eines deutschen Fürstencongresses nach Dresden sich der Leitung der Bewegung zu bemächtigen, scheiterte an der Weigerung der süddeutschen Regierungen, welche schon am 21. März die Grundzüge zu einer neuen Bundesverfassung in Dresden vorlegten um, sobald sie darüber mit Sachsen einig sein würden, auch Preußen zum Beitritt aufzufordern. Indes auch das sächsische Ministerium hatte bereits, um das bei seinem Amtsantritte im Namen des Königs ertheilte Versprechen einzulösen, einen ähnlichen Entwurf fertig, den es 27. März den Höfen von Wien, Berlin und München zustellte [1]). Auf die vom Bundestage

1) Die Selbständigkeit der einzelnen Glieder sollte danach so weit erforderlich zu Gunsten eines Bundesstaats auf volksthümlicher Grundlage

Digitized by Google

ergangene Einladung, Männer des öffentlichen Vertrauens, einen für jede der 17 Stimmen des engern Raths, nach Frankfurt zu schicken um ihm bei der Revision der Bundesverfassung zur Hand zu gehen, wurde der langjährige Führer der Kammeropposition K. Todt mit dieser Mission betraut und am 27. April selbst zum Bundestagsgesandten ernannt. An demselben Tage legten die Vertrauensmänner der Bundesversammlung ihr Elaborat vor, das jedoch von dem Entwurfe der sächsischen Regierung so weit abwich, daß dieselbe es in dieser Gestalt für unannehmbar erklärte, da es sowohl eine Garantie der Einzelverfassungen als auch eine bestimmte Abgrenzung der Reichsgewalt gegen die Territorialgewalten vermissen lasse. Es kam aber überhaupt keiner von diesen Entwürfen zu praktischer Geltung; das Volk schob Regierungen und Bundestag auf die Seite. Am 31. März schon war das Vorparlament zu Frankfurt eröffnet worden, aus Sachsen durch 26 Mitglieder beschickt [1]), von denen eine ziemliche Anzahl sich unverzüglich den badischen Republikanern anschloß und mit ihnen stimmte.

Dieses Symptom von dem Umsichgreifen einer gegen die ganze staatliche Ordnung gerichteten Agitation blieb nicht vereinzelt. Wie der aus künstlicher Betäubung Erwachende leicht in Raserei verfällt, so bezeichnete nicht nur die radicale Presse den plötzlichen Übergang von größter Beschränkung zu fast schrankenloser Freiheit durch grobe Ausschreitungen sondern es machte sich auch ein immer stärker hervortretender Hang zu Gewaltthätigkeiten bemerklich. Das Jagdrecht schien factisch abgeschafft, in den erzgebirgischen Orten Elterlein und Mittweida zerstörten die Nagelschmiede, durch Aufwiegler angestachelt, die Nagelfabriken, noch viel ärgere Excesse fielen in den schön-

beschränkt werden, dessen Organe ein Oberhaupt mit verantwortlichem Ministerium, ein aus einem Hause der Fürsten und einem Volkshause bestehendes Parlament und ein Reichsgericht sein würden.

1) Unter ihnen Blum, Albrecht, Biedermann, Wuttke, H. Brockhaus, Fürst, G. Kühne, Joseph aus Leipzig, Blöde, Minkwitz, Wigard aus Dresden, Böhler und v. Dieskau aus Plauen, ferner B. Eisenstuck, Evans, Hensel, Rewitzer, Schaffrath, v. Watzdorf.

Digitized by Google

burgischen Receßherrschaften vor. Hier, wo die Herrschaft der Besitzer sich trotz des vielen von ihnen gestifteten Guten und der oft großartigen Wohlthätigkeit des Fürsten Otto Victor von Schönburg-Waldenburg durch kleinliche Bevormundung und Begünstigung der Orthodoxie verhaßt gemacht hatte, griff eine tiefe Gährung um sich. Da der Fürst die geforderte Aufhebung des Lehngeldes nicht sofort und unbedingt bewilligte, sollte eine große Volksversammlung zu Waldenburg der Forderung Nachdruck geben. Der Ausbruch war planmäßig ins Werk gesetzt. Ein tumultuarischer Haufe stürmte, 5. April, gegen das Schloß, verwüstete es auf vandalische Weise und steckte es in Brand, alles vor den Augen einer mit beispielloser Gleichgiltigkeit zuschauenden Menge; kaum daß der Fürst durch eilige Flucht das Leben rettete. Die anwesenden Regierungscommissare wurden von der Menge überwältigt; überzeugt, daß das Schloß nicht mehr zu retten sei und darum vor der Verantwortlichkeit nutzlosen Blutvergießens zurückschreckend, wagten sie nicht von der aus der Nachbarschaft, freilich auch nur in ungenügender Stärke entbotenen bewaffneten Macht Gebrauch zu machen, trotzdem der commandierende Offizier sich das Schloß zu sichern erbot; etliche Gefangene mußten sogar der drohenden Menge wieder ausgeliefert werden. In Glauchau wurden ähnliche Greuel nur durch das mannhafte Dazwischentreten des Bürgermeisters Pfotenhauer verhindert.

Mit Schrecken wurde man gewahr, welche gefährlichen und wilden Kräfte sich unter der vielgerühmten Gesittung des sächsischen Volkes bargen. Um daher die für Aufrechterhaltung der gesetzlichen Ordnung interessierten Elemente für dieselbe in Thätigkeit zu setzen ordnete die Regierung, 11. April, die Bildung von Bürger-, richtiger Gemeindewehren im Anschluß an die Communalgarde an, die zugleich dem Entstehen ordnungsloser Volkswehren vorbeugen sollte. Die loyale Gesinnung der dresdner und leipziger Communalgarden wurde durch Verleihung von Fahnen aus der Hand des Königs gestärkt. Vor allem aber lenkten jene Vorfälle das Augenmerk auf die Lage der arbeitenden Classen, die bei der im Gefolge der poli-

Digitized by Google

tischen Unruhen eingetretenen Stockung des Handels und Gewerbes durch Hunger und Müßiggang leicht gewissenlosen Agitatoren in die Arme getrieben werden konnten. Die Ostermesse war fast geschäftslos gewesen, verschlechtert noch durch das österreichische Verbot der Gold- und Silberausfuhr, gegen welches die Vorstellungen der sächsischen Regierung nur so viel fruchteten, daß für die Messe Münzausfuhrpässe bis zum Betrage von 5000 Fl. ertheilt wurden. In Chemnitz allein zählte man 4000 brodlose Arbeiter, in etlichen Orten des Erzgebirges brach der Hungertyphus aus, so daß die Regierung schon wieder zu Nothstandsmaßregeln greifen mußte. Sie ließ an Ort und Stelle Erhebungen über die Arbeiterverhältnisse anstellen, in Leipzig wurde eine mit 200000 Thlrn. dotierte [1]) Disconto- und Waaren-Vorschußbank mit Zweigbanken in Zittau und Annaberg errichtet, an Chemnitz und Plauen Vorschüsse zu ähnlichen Zwecken gewährt, die Begründung einer chemnitzer Stadtbank genehmigt, der Vorschußfond zu gewerblichen Zwecken um 30000 Thlr. verstärkt, 210000 Thlr. zu außerordentlichen Straßenbauten und Arbeiten in den Staatsforsten verwendet, die Fortsetzung des Baues der halb bankerotten chemnitz-riesaer Eisenbahn durch Vorschüsse ermöglicht, die Auswanderung unterstützt, Private und Gemeinden zu erhöhten Anstrengungen angeregt um sowohl den Absatz der Fabriken zu heben als auch die feiernden Arbeiter bei der Landwirthschaft unterzubringen [2]). Der Gedanke, dem Gewerbstande Abhilfe aus sich selbst heraus zu schaffen, war ein von dem Ministerium Falkenstein überkommener, unter welchem Geheimerrath Weinlig bereits den jetzt von Oberländer zur Ausführung gebrachten Plan einer gewerblichen Enquête ausgearbeitet hatte. Einer ministeriellen Aufforderung zufolge bildeten sich über 700 Ausschüsse von Gewerbtreibenden im Lande, deren Abgeordnete zunächst mit einigen Beamten und Sachverständigen

1) Im August waren davon schon 151345 zurückgezahlt.

2) In Leipzig öffnete Kaufmann Schletter seine Bildergalerie zum Besten der Nothleidenden gegen Entrée.

Digitized by Google

zu einer vorbereitenden Commission zusammentraten um den theils aus Arbeitgebern theils aus Arbeitern zusammengesetzten Bezirksausschüssen eine Reihe von Fragen zur Begutachtung vorzulegen, und diese bildeten dann die Grundlage für die am 7. August unter Rewitzers Vorsitz beginnenden Berathungen der auf 58 Mitglieder verstärkten Commission zur Erörterung der Arbeiter- und Gewerbsverhältnisse.

Es ließ sich nicht verkennen, neben der politischen Frage war die sociale stark in den Vordergrund getreten; ein Glück, daß gerade Oberländer bei der Arbeiterbevölkerung besonderer Popularität genoß. Leipzig, wo schon vor der Märzbewegung die gebildetsten unter den Arbeitern, die Buchdrucker, eine Association theils zu ihrer bessern Ausbildung theils zur Hebung ihrer materiellen Lage zu bilden versucht hatten, damals aber durch den Argwohn der Polizei gestört worden waren, wurde jetzt der Sitz des Centralcomité's der deutschen Arbeiter. Von dem neuen Vereinsrechte eifrigen Gebrauch machend hielten die Arbeiter regelmäßig Versammlungen, organisierten allmählich Vereine durch das ganze Land und ihre in Leipzig tagende Generalversammlung stellte das Programm ihrer Forderungen auf, das durch Mäßigung und Besonnenheit, sowie durch Fernhaltung aller communistischen Auswüchse sich gerechte Anerkennung verdiente. Aber auch andere Gebiete ergriff die Bewegung. Völlige Rechtsgleichheit für jedes Bekenntniß und das Recht der Kirche ihre inneren Angelegenheiten selbst zu verwalten standen unter den liberalen Forderungen des Tags obenan. Der Lehrstand vom Volksschullehrer bis hinauf zum Universitätslehrer berieth über die Reform des Erziehungs- und Unterrichtswesens und die zweite sächsische Lehrerversammlung, im August zu Dresden, schrieb für den Herbst einen allgemeinen deutschen Lehrercongreß nach Eisenach aus; unter den Gymnasiallehrern eröffnete Köchly den Kampf der deutschen Schule gegen die bisherige lateinische, Ärzte und Anwälte tagten in Dresden. Daneben schossen Vereine zu allen denkbaren Zwecken, ein kirchlicher für alle religiösen Bekenntnisse, ein Waffenübungsverein zu Anbahnung einer allgemeinen

Digitized by Google

Volksbewaffnung, ein Verein zur Wahrung der deutschen Interessen an den Ostgrenzen, ein allgemeiner Staatsbürgerverein u. a. m. pilzartig empor.

Obenan standen jedoch diejenigen Vereine, in denen die politischen Parteien ihren Ausdruck fanden. Den Anfang dazu machte die demokratische Partei in Leipzig (Ruge, Cramer, Bertling, Wuttke ꝛc.), 28. März, durch Stiftung des Vaterlandsvereins, der R. Blum zu seinem Obmann wählte. „Höchstes Gesetz", sagte das Programm, „ist der durch ein freigewähltes Parlament verfassungsmäßig ausgesprochene Wille des deutschen Volks; den einzelnen Staaten steht das Recht der freien Wahl ihrer Regierungsform zu; in Sachsen will der Verein Beibehaltung und zeitgemäße Fortbildung der constitutionellen Monarchie als Vertreterin und Vollstreckerin des Volkswillens." Noch weiter links standen der socialistisch gefärbte demokratische Verein und der republikanische Club; das Demagogenthum rohester Gestalt fand im Volksverein seine Stätte. Diese mit mehr oder weniger Offenheit auf die Republik lossteuernden Bestrebungen riefen naturgemäß auch auf der Gegenseite das Bedürfniß wach sich in einer bestimmten Form fester zusammenzuschließen, und damit fiel die kurze Bundesgenossenschaft zwischen Liberalen und Radicalen wieder auseinander. Ebenfalls in Leipzig entstand 6. April der Deutsche Verein (Eichorius, Stephani, Laube, O. Jahn, Haupt, Koch, Klee, G. Wigand, Reimer, Dr. Göschen, G. Mayer), der sich zu der Überzeugung bekannte, „daß für die Gestaltung und Erhaltung eines einigen, freien und starken Deutschlands die sicherste Gewähr geboten werde durch einen Bundesstaat mit volksthümlichem Parlament, in den Einzelstaaten durch die constitutionelle Monarchie auf breitester demokratischer Grundlage". Von ihm schieden sich nachher die eigentlichen Conservativen als Constitutioneller Verein, die noch weiter rechts liegenden Elemente als Sachsenverein aus. In Leipzig stellte der Deutsche Verein durch das Gewicht und die bürgerliche Stellung seiner Wortführer und Mitglieder den Vaterlandsverein, der sich hauptsächlich nur aus dem kleineren Bürger- und Handwerkerstande

Digitized by Google

und den arbeitenden Classen recrutierte, ziemlich in Schatten, an Geschicklichkeit der Organisation und Strenge der Parteidisciplin dagegen zeigte sich dieser um Vieles überlegen. Bald hatte er das ganze Land mit einem Netze von Zweig- und Bezirksvereinen überzogen, die von dem Centralausschuß in Leipzig gelenkt wurden. Bei seiner ersten Generalversammlung in Leipzig, 23. und 24. April, musterte er schon 40 Vereine mit 11579 Mitgliedern. Sein Hauptorgan in der Presse, die wiedererstandenen Vaterlandsblätter (erst Constitutionelle Staatsbürgerzeitung), fand viel größere Verbreitung als die von seinen Gegnern seit 1. August mit weit mehr Geist und Kenntniß geschriebenen Deutschen Blätter, während er auch die Provinzialpresse sich in höchst wirksamer Weise dienstbar zu machen wußte. Die Wochenversammlungen dieser Vereine waren nun das Forum, wo alle Fragen und Ereignisse des Tags mit mehr oder weniger Verständniß, immer aber mit lebhaftestem Antheil discutiert wurden. Hier öffneten sich die Schleusen der lang zurückgehaltenen Beredsamkeit. Im Vollgefühle ihrer Kraft hielten sich diese Vereine, und namentlich die Vaterlandsvereine, für berufen, Regierung und Behörden zu controlieren, zu corrigieren und bei jedem wichtigeren Vorkommniß ihr Votum in die Wagschale zu werfen. Aufrufe aller Art, Vertrauens-, Mißbilligungs-, Ermunterungs- und Entrüstungsadressen wurden in unerschöpflicher Fülle und keineswegs bloß über sächsische Angelegenheiten, meistentheils mit unglaublicher Überschätzung der eignen Bedeutung an die Verschiedensten und über das Verschiedenste gerichtet. Fast durchweg waren es jedoch nur wenige tonangebende Leiter, denen die Masse blindlings folgte. Nothwendigerweise wurde dadurch der Ausdruck der öffentlichen Meinung gefälscht und an die Stelle einer gesunden und normalen Kundgebung derselben der künstliche Terrorismus eines angeblichen Volkswillens gesetzt, dem selbst die Regierung nur zu leicht unterlag.

Da eine Verständigung zwischen beiden Parteien über gemeinsame Candidatenlisten für die bevorstehenden Wahlen nur theilweise gelungen war, so bot sich ihnen hier die erste große

Digitized by Google

Gelegenheit ihre Kräfte gegen einander zu messen. Nicht nur die Ergänzungswahlen für den auf den 18. Mai einberufenen Landtag, bei denen das Ministerium den Behörden ausdrücklich jede Beeinflussung untersagt hatte, auch die zum frankfurter Parlamente ergaben einen so vollständigen Sieg der Vaterlandsvereine, daß dadurch die Hoffnungen der Gemäßigten, mit Hilfe dieser Volksvertretungen die Wogen der Revolution in das Bett gesetzlich geordneter Zustände zurückzuleiten, sehr herabgedrückt wurden [1]). Verwundert sah man von den 24 Abgeordneten Sachsens im ersten deutschen Parlamente 20 auf der Linken, einen Theil davon sogar auf der äußersten, nur je zwei im Centrum und auf der Rechten ihren Platz nehmen [2]). War das sächsische Volk, dieses unter allen deutschen Stämmen wegen seiner Höflichkeit und Zahmheit belobte, war dieses Land des lammfrommen Constitutionalismus wirklich über Nacht so radical, so republikanisch geworden? Nicht einmal die größere Rührigkeit und bessere Organisation der extremen Partei löste dieses Räthsel ausreichend, sondern es rächte sich jetzt das schlechte Wahlsystem von 1831, welches das Volk nicht zu politischer Bildung zu erziehen vermocht, die Intelligenz vom politischen Schauplatz ausgeschlossen und mit seinem Bezirkszwange die Wähler gewöhnt hatte ihre Vertreter nur unter den kleinen Lichtern ihrer nächsten Umgebung, unter den

1) Von den 48 Candidaten des Vaterlandsvereins für die Parlamentswahlen wurden 14 Abgeordnete und 14 Ersatzmänner gewählt, darunter zehn zugleich vom Deutschen Verein aufgestellte; von denen des letzteren 4 Abgeordnete und 1 Ersatzmann; von keinem von beiden aufgestellte 6 Abgeordnete und 8 Ersatzmänner. Auch die in Sachsen lebenden deutschen Ausländer wählten sich einen Vertreter, der aber, wie vorauszusehen, in Frankfurt zurückgewiesen wurde.

2) Zu dem Club des Deutschen Hofs gehörten von den Sachsen: R. Blum, B. Eisenstuck, Wigand, Roßmäßler, Scharre, v. Watzdorf, Langbein, Heisterbergk, die Gebrüder Hensel und Heubner; zu dem der äußersten Linken im Donnersberg: v. Trützschler, der die Vortheile einer aristokratischen Geburt und tüchtiger juristischer Kenntnisse seinem demokratischen Fanatismus opferte, Günther, Mammen, v. Dieskau, Dietsch, Joseph, Schaffrath; zum Würtemberger, später zum Augsburger Hof: Biedermann und Koch.

Digitized by Google

Wirthshauspolitikern zu suchen. Daher denn auch Sachsen, ganz abgesehen von der politischen Richtung, in der frankfurter Nationalversammlung keineswegs durch eine besondere Fülle von Intelligenz glänzte und „an keiner Landsmannschaft solidarisch ein so übler Geruch von Unreife und Unfertigkeit haftete wie an der sächsischen Linken“ [1]).

Unter allen Sachsen brachte Blum den bekanntesten Namen nach Frankfurt mit, bald war er der anerkannte Führer der Linken, wennschon sein erstes Auftreten nicht zum Glücklichsten verlief, da er für seine Behauptung, daß Preußen den übrigen Regierungen die Einberufung ihrer Landtage als Waffe gegen die Nationalversammlung empfohlen habe, den Beweis schuldig bleiben und deshalb den Vorwurf gehässiger Verleumdung über sich ergehen lassen mußte, obgleich Schaffrath es unwürdig fand, für die Aussage eines Volksmanns wie Blum gegenüber der eines bloßen Ministers einen Beweis ansprechen zu wollen. Dennoch erhob er sich von dieser Niederlage bald wieder. In der großen Debatte über die Schaffung einer Centralgewalt sprach er mit solchem Nachdrucke für eine republikanische Form derselben, daß dieser Tag, der 24. Juni, obgleich er unterlag und die Nationalversammlung sich für die Wahl eines unverantwortlichen fürstlichen Reichsverwesers entschied, dennoch der war, wo sein Ansehen bei Freund und Feind am höchsten stand. Aber ein schärferer Blick konnte schon damals erkennen, daß für einen Wirkungskreis, wie ihn diese Versammlung verlangte, die demagogische Virtuosität des Mannes nicht ausreichte, der kein Politiker, noch weniger ein Staatsmann, am wenigsten, trotz aller Phrasen, ein Patriot sondern, gleich den Meisten seiner Partei, nur der Verfechter abstracter und praktisch werthloser Ideen war.

Die goldnen Tage des frankfurter Parlaments giengen schnell vorüber. Die Genehmigung des malmöer Waffenstillstandes am 16. September lieferte der republikanischen Partei den Vorwand zu dem Versuche, unter dem Deckmantel des be-

1) Biedermann, Erinnerungen a. d. Paulskirche (1849), S. 401.

Digitized by Google

leidigten Nationalgefühls die revolutionären Leidenschaften zu entfesseln, die gemäßigte Majorität der Versammlung zu stürzen und ihr Werk zu zertrümmern. Mit nicht mißzuverstehenden Ausdrücken denuncierte Blum in der Versammlung auf der Pfingstweide seine Gegner der Volksrache, seine Reichstagszeitung brandmarkte die Abstimmung als den schimpflichsten Verrath. v. Auerswald und Fürst Lichnowsky wurden am 18. September das Opfer blinder Volkswuth: ein dunkler, blutiger Schatten fiel auf die Linke, die sich durch ihre Aufstachelungen zur Mitschuldigen der Unthat gemacht hatte. Blum selbst wußte sich durch Gutheißung der vom Reichsministerium gegen den Aufstand ergriffenen Maßregeln klüglich zu decken. Joseph jedoch vergaß der gewohnten Schlauheit so sehr, daß er den Aufstand, „der eigentlich ein ganz kleiner gewesen sei", zu beschönigen versuchte, und Schaffrath verlangte Anklage des Reichsministeriums wegen des verhängten Belagerungszustandes. Wenn das Ansehen des Parlaments seit dem 18. September unaufhaltsam sank, so haben die sächsischen Abgeordneten der Linken ihr gutes Theil dazu beigetragen.

Unterdessen hatte auch der sächsische Landtag am 21. Mai seine Arbeiten begonnen. Es waren noch die alten Stände aber doch mit wesentlich verändertem, verjüngten Angesichte. Nicht nur daß die erste Kammer 7, die zweite sogar 28 neue Mitglieder zählte, daß der König zum Präsidium der letzteren den Webermeister Rewitzer und den Bürgermeister Pfotenhauer, zu dem der ersten den gemäßigten Rittmeister v. Schönfels berief, auch über die noch auf dem letzten Landtage so starre und selbstbewußte Aristokratie war ein anderer Geist gekommen. Nachdem diesmal unter Zustimmung der Regierung jede Kammer eine besondere Antwort auf die Thronrede [1]) zu erlassen beschlossen

1) „Überall", sagte dieselbe, „zeigt sich ein mächtiges Streben nach volksthümlichen Staatseinrichtungen, nach nationaler Einheit. Was ich von ersterer dachte, was ich davon zu einer Zeit dachte, wo sie nur das Eigenthum weniger Staaten in Deutschland waren, habe ich durch das Werk bewiesen, auf das ich heute noch mit Befriedigung zurückblicke und wodurch ich einen redenden Beweis meiner Gesinnungen und Ansichten

Digitized by Google

hatte, erklärte die erste in der ihrigen einstimmig ihre Bereitwilligkeit, bei Berathung des neuen Wahlgesetzes, fern von allen Standes- und Sonderinteressen der Rittergüter, lediglich das wahre Wohl des gesamten Volkes sich zum Zielpunkte dienen zu lassen, getragen von der Idee, daß die Vorrechte der zeither privilegierten Classen fallen müßten. Den hochherzigen Worten folgte die That auf dem Fuße; am 22. Mai wurde gleichzeitig in beiden Kammern ein von den meisten Vertretern der Ritterschaft unterzeichneter Antrag eingebracht auf Gleichstellung des ritterschaftlichen mit dem bäuerlichen Grundbesitz, Aufhebung der Patronatsrechte, des den Rittergütern zustehenden Abzugs an den Parochiallasten, des Jagdrechtes auf fremdem Grund und Boden, auf Ablösung der gutsherrlichen Geldgefälle und Regulierung der Ablösung auf schnellste und billigste Weise [1]), — Anträge, denen die erste Kammer gegen 5 Stimmen,

über und der Sorge für mein Volk gegeben zu haben glaube. Treu habe ich an diesem Werke gehalten und ebenso treu werde ich an den Grundsätzen und ihrer Durchführung halten, welche die jetzigen Räthe meiner Krone bei ihrem Amtsantritte mit meiner Zustimmung ausgesprochen haben. Ebenso war, soweit es die zeitherigen Verhältnisse der Bundesverfassung Deutschlands überhaupt gestatteten, ebenso ist jetzt die Herbeiführung kräftigender Einheit des deutschen Vaterlands das Ziel meines Strebens. Zu Erreichung dieses Ziels und um dem deutschen Volke seine Bedeutung und Stellung in der Völkerfamilie nach außen zu geben und zu sichern und seine Entwicklung im Innern zu heben und zu fördern, bin ich zu Opfern bereit, welche die Umschaffung eines Staatenbundes in einen Bundesstaat von den einzelnen Souverainen erheischt."

1) „Wenn wir", sagten die Antragsteller, „um Beseitigung von Vorrechten nachsuchen, die wir nicht mehr als zeitgemäß anerkennen, so beabsichtigen wir durch diesen Antrag in keiner Weise eine Liberalität zur Schau zu tragen; wir wollen nur die Aufhebung dieser letzten Vorrechte auf gesetzlichem Wege, auf eine für alle Betheiligten gleichförmige Weise und zwar in der kürzesten Frist herbeigeführt sehen; wir wollen den Männern, die das Vertrauen des Königs an die Spitze der Regierung berufen hat, die Umgestaltung der staatlichen Verhältnisse im Sinne des geregelten, gesetzmäßigen Fortschrittes erleichtern, indem wir selbst den Antrag auf Aufhebung dieser Vorrechte stellen, und hoffen dadurch zu erreichen, daß man diese Überreste der Gutsherrlichkeit ferner nicht mehr

Digitized by Google

die zweite einstimmig beitrat. Der Adresse der zweiten Kammer dagegen war es auch diesmal nicht beschieden an ihr Ziel zu gelangen; denn da die darin aufgenommene Empfehlung des Einkammersystems, nachdem das Ministerium sich dagegen erklärt hatte, nicht durchgieng, so wurde bei der Endabstimmung die ganze Adresse mit geringer Majorität verworfen.

Es war ein unglückliches, in seinen Folgen überaus verderbliches Experiment, welches die Regierung mit diesem neuen Wahlgesetze machte. Das Eigenthümliche desselben bestand darin, daß es sich auf die Reform der zweiten Kammer beschränkte, die erste unverändert ließ und die Entscheidung über die Frage, ob Ein- oder Zweikammersystem, auf den nächsten Landtag, wenn die Volkskammer nach dem neuen Modus gebildet sein würde, versparte, das Ministerium also auf die eigene Initiative verzichtend, hauptsächlich nur die Ansicht der Kammermajorität über diesen Angelpunkt des ganzen künftigen Staatslebens zu erfahren wünschte [1]). Aber das zweideutige Werk der Regierung fand bei keiner Partei Beifall. Die Linke drang auf gänzliche Beseitigung der ersten Kammer, sie beibehalten heiße nur der Reaction ein Nest vorrichten; den Gemäßigteren galt das Einkammersystem als Anfang der Republik, aber sie verlangten eine Reform der ersten Kammer, die auch nach ihrer Überzeugung in der bisherigen Zusammensetzung zur Un-

benutzen kann um zwischen den Besitzern der Rittergüter und den übrigen Bewohnern des platten Landes, denen wir sämtlich angehören, Zwietracht und Mißtrauen auszustreuen."

1) „Die Frage, ob Ein- oder Zweikammersystem", erläuterte Braun, „könne vor Vollendung der Reichsverfassung nicht wohl entschieden werden, weil dann erst sich ersehen lassen werde, welche Vertretung den Einzelstaaten verbleibe; ergebe sich, daß für diese künftig eine Art Provinzialvertretung genüge, so werde allerdings das Einkammersystem ausreichen; ein zweiter Grund liege in den Verträgen, die durch Aufhebung der ersten Kammer gelöst werden müßten. Halte jedoch die Kammer diese Frage für so präjudiciell, daß sie ohne deren Lösung keine Entscheidung fassen zu können glaube, so sei die Regierung geneigt, hierüber in Berathung zu treten um womöglich noch diesem Landtage einen desfallsigen Entwurf vorzulegen."

Digitized by Google

möglichkeit geworden war. Diese letzte Ansicht siegte; die Kammer erklärte sich gegen 31 Stimmen für das Zweikammersystem und beschloß von der speciellen Berathung des Wahlgesetzes bis zur Vorlage eines Entwurfs zur Reform der ersten Kammer abzusehen. Dagegen stieß ein Versuch der Rechten, den Bezirkszwang, die Trennung von Stadt und Land und für die ländlichen Wahlen das indirecte Verfahren zu retten, bei der Regierung selbst auf Widerstand; „ehe er ein solches Wahlgesetz unterzeichne", versicherte Oberländer, „werde er sich lieber den Finger wegschneiden". Am 7. Juli zog die Regierung das Wahlgesetz mit der Erklärung zurück, sie werde unter Benutzung der dargelegten Ansichten sofort an die Ausarbeitung eines neuen gehen; dessen Berathung solle dann die letzte Aufgabe der Stände in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung sein und eine neugewählte wahrhafte Volksvertretung sodann die letzte Hand an die Reform der öffentlichen Zustände legen. „Diese Reform dem Volke zu verschaffen", setzte Oberländer mit Nachdruck hinzu, „ist die Regierung fest entschlossen. Sollte das Ministerium hierbei auf der einen oder der andern Seite unüberwindliche Schwierigkeiten finden, so würde es seine Mission als beendigt betrachten müssen."

War somit die Linke in der Kammer nicht durchgedrungen, so agitierte sie um so eifriger durch die Presse und die Vereine. Eine auf den 9. Juli nach Dresden berufene Hauptversammlung der Vaterlandsvereine sollte dem Einkammersysteme wieder zum Siege verhelfen, doch wirkte jene Erklärung Oberländers insoweit beruhigend, daß der Antrag auf sofortige Berufung einer constituierenden Versammlung wie schon vorher ein anderer, sich für die demokratische Republik zu erklären und nach ihrer Herbeiführung mit allen humanen Mitteln zu streben, vertagt wurde; doch sollte letztere Frage öfters zur Besprechung gebracht werden um aufklärend und bildend für diese beste Staatsform zu wirken. Je länger je mehr trat dadurch im Schoße der Vaterlandsvereine eine Spaltung in eine gemäßigte Fraction unter Bertling und Wuttke und in eine extreme unter Jäkel und Ruge, welche deutlich anarchische Bestrebungen verfolgte,

Digitized by Google

hervor. Warum sollte auch irgend ein Republikaner mit seiner Meinung zurückhalten, da in der zweiten Kammer die Linke sich ganz offen zu den nämlichen Grundsätzen bekannte und rastlos an dem Bestehenden rüttelte? Vor allen Tzschirner, Advocat aus Bautzen, machte sich, nachdem er die Lausitz, die feste Burg des Conservatismus, unterwühlt hatte, als Haupt der äußersten Linken ein förmliches Geschäft daraus, durch unablässige Interpellationen, Anträge und Angriffe das Ministerium außer Athem zu setzen und die Gährung zu steigern. Eine hauptsächliche Taktik der Partei bestand in der Bearbeitung des Militärs, um unter dem Vorwande, die Soldaten gegen die Willkür ihrer Vorgesetzten schützen zu wollen, die wichtigste Stütze der monarchischen Ordnung zu untergraben; selbst etliche Subalternoffiziere erfaßte der Schwindel, das Heer in ein demokratisches Institut verwandeln zu wollen. Kaum irgendwo zeigte die Regierung ihre schwache Nachgibigkeit deutlicher, als indem sie den Soldaten den Besuch politischer Vereine freigab und das freie Petitionsrecht derselben ausdrücklich anerkannte. Daß sie sich endlich soweit ermannte den Redacteur der ultraradicalen Volksblätter, Musikdirector Röckel in Dresden, wegen directer Aufforderung des Militärs zum Eidbruch zu verhaften, erregte das größte Aufsehen. Kein Wunder, daß die Disciplin sich bedenklich lockerte; in Zwickau ertrotzte ein Haufe Soldaten die Freilassung eines verhafteten Kameraden, und daß der herbeieilende Oberländer sie durch die Aufforderung beschwichtigte, ihre Beschwerden ohne Zuziehung der Offiziere bei ihm anzubringen, schadete mehr, als die mit Hilfe eines aus Schneeberg herbeigezogenen Bataillons erreichte Wiederherstellung der Subordination nützte. Die rothe Leibgardedivision war von dem demokratischen Gifte dermaßen angesteckt, daß man sie unter dem Vorwande der Ersparniß auflöste.

Ueberhaupt mehrten sich die Symptome eines steigenden Hanges zu Gesetzlosigkeiten und die eingeschüchterten Behörden wagten selten dagegen einzuschreiten [1]). In Leipzig mußte die

1) Der demokratische Verein zu Leipzig erklärte dem Criminalamte geradezu, daß es nach Constituierung der Nationalversammlung einen

Digitized by Google

Communalgarde, 27. Mai, einen schülerhaften Anfang zum Barrikadenbau wegräumen, in der Gegend von Penig erzwang sogar die Dorfcommunalgarde selbst die Freilassung eines Wilddiebes. Solchen Anzeichen und den immer unverhüllter hervortretenden Tendenzen der republikanischen Partei gegenüber machte die liberale Partei es sich nun um so ernstlicher zur Pflicht, den Hort der gesetzlichen Ordnung, des Märzministerium, zu stützen. Eine Versammlung aller der constitutionellen Monarchie huldigenden Vereine Sachsens und Thüringens im Buchenwalde bei Schulpforte sollte ein innigeres Zusammenwirken derselben vermitteln, auch die landwirthschaftlichen Vereine begannen eine politische Thätigkeit in conservativem Sinne, der Besuch des Königs in Leipzig am 20. August wurde zu einer imposanten Demonstration für die constitutionelle Monarchie benutzt.

Unter diesen Umständen gewann für den im Innern wankenden Staat die Ordnung der deutschen Verhältnisse ein unmittelbar praktisches Interesse. Im Volke lebte noch die frohe Zuversicht, daß es die Verjüngung Deutschlands sei, die in diesen Erschütterungen erobert werden müsse; nicht so unbedingt folgte die Regierung der nationalen Strömung. Sie bedurfte wohl zur Anlehnung einer starken Bundesgewalt aber sie fürchtete auch die der Existenz der Einzelstaaten gefährlichen Souverainetätsansprüche der Nationalversammlung. Sie war von allen die erste, welche die Centralgewalt anerkannte, aber bereits das darüber an die Stände gelangende Decret vom 3. Juli drückte ganz deutlich den von ihr festgehaltenen Standpunkt der Vereinbarung aus [1]). Allein

Hochverrath gegen Fürsten nicht mehr gebe sondern nur gegen das Volk und daß er im voraus gegen alle Beschlüsse des Criminalamtes Protest einlegen müsse.

1) „Zwischen den gesetzgebenden Organen des Bundesstaates und der Einzelstaaten wird eine Einigung für die Aufstellung der neuen Verfassung Deutschlands erforderlich sein, wenn diese auf einer Grundlage gebaut werden soll, welche die Bürgschaft der Dauer gibt. Die Regierung geht dabei von der Ansicht aus, daß die in der Verfassungsurkunde festgestellten

Digitized by Google

in dem Freudenrausch über die Thatsache der Anerkennung legte man auf die Form, in welcher sie geschah, weniger Gewicht. Beide Kammern ertheilten sofort der Entschließung des Königs durch Acclamation ihre Zustimmung; nur 6 Mitglieder der äußersten Linken schlossen sich aus, „weil die Einsetzung eines unverantwortlichen Reichsverwesers ihrer Ansicht entgegen und eine Zustimmung der Einzelregierungen und Stände zu den Beschlüssen der Nationalversammlung nicht erforderlich sei. Die Stände begaben sich in corpore nach Pillnitz um dem Könige für die Anerkennung des Reichsverwesers persönlich zu danken. Enthusiastisch war der Empfang des letztern auf seiner Reise durch Sachsen, glänzend sein Einzug in Dresden, 10. Juli, an der Seite des Königs, der ihn auf der festlichen Weiterfahrt bis Leipzig begleitete. Der zum Bevollmächtigten bei der neuen Reichsgewalt ernannte Geh. Rath K. L. Kohlschütter (gest. 1866) ward angewiesen „aus allen seinen Reden und Handlungen erkennen zu lassen, daß die sächsische Regierung die Centralgewalt aufrichtig und ernstlich in der Lösung ihrer schwierigen Aufgabe unterstützen wolle; jedoch nicht außer Acht zu lassen, daß diese Lösung durch eine unparteiische und umsichtige Erwägung der inneren Zustände der Einzelstaaten wesentlich bedingt sei". Am 6. August fand die feierliche Huldigung der Truppen für den Reichsverweser statt.

Selbst die materiellen Interessen folgten dem nationalen Zuge. Als die sächsische Regierung andern Vereinsregierungen Vorschläge wegen Revision des Zolltarifs und Erweiterung des

Rechte der Stände für sie maßgebend sind, wird jedoch immer eingedenk sein, daß der ersehnten Gestaltung eines kräftigen Bundesstaats Opfer zu bringen sind und daß ohne dringende Gründe den Beschlüssen der Nationalversammlung die Anerkennung nicht zu versagen, Regierung und Stände in gleicher Weise für ihre Aufgabe erachten müssen. . . . . Se. Majestät, getreu Ihrer ausgesprochenen Hingebung an die Interessen des Gesamtvaterlandes, sind gemeint sowohl jenen Beschlüssen als der Wahl in der Erwartung beizustimmen, daß S. k. H. der Erzherzog Johann auf Grund dieses Einverständnisses zwischen den Regierungen und der Nationalversammlung die Wahl annehmen werde."

Digitized by Google

Zollvereinsgebiets machte, wurde sie von diesen auf Frankfurt verwiesen, von wo alle derartige Schritte jetzt auszugehen hätten, und Geheimerrath Weinlig gieng nach Frankfurt, um dort, der Einladung des Bundestags entsprechend, die Interessen des Handels und der Industrie Sachsens zu vertreten. Auch Schutzzoll und Freihandel suchten in der Nationalversammlung ein Tribunal zur Entscheidung ihrer Controversen, wobei bemerkenswerth blieb, daß die Radicalen sich zu den eifrigsten Vorkämpfern des Schutzzolls aufwarfen, hauptsächlich, weil sie so die Arbeiter, deren sie für ihre politischen Zwecke bedurften, am leichtesten bestechen konnten. Unter den innern Angelegenheiten war die Lage der Finanzen Gegenstand sehr ernstlicher Sorge. Die Einnahmen der ersten Jahreshälfte ergaben einen Ausfall von ½ Million Thlr., die im Staatsschatz nominell vorhandenen 13 Millionen aber bestanden nur in Staatspapieren, deren Verwandlung in Baarmittel augenblicklich unthunlich, ja unmöglich war, während man doch bis Jahresschluß noch 4,200000 Thlr. brauchte [1]). Die Regierung half sich mit Vorauserhebung der Steuern, sie bereitete eine Einkommensteuer vor und wurde von den Kammern zu weitern Darlehen, im Nothfall selbst zu einer Zwangsanleihe ermächtigt, doch konnte glücklicherweise bald nicht nur von der Weitererhebung der Einkommensteuer, sondern auch von der Erhöhung der übrigen Steuern Abstand genommen werden.

Eine Reihe liberaler Gesetzentwürfe, welche den Ständen vorgelegt wurden, war bestimmt, die unter dem gestürzten Systeme so lange vorenthaltenen Forderungen nunmehr zu befriedigen, vor allem das Preßgesetz und das über das Vereins- und Versammlungsrecht. Für die Gemeindevertretungen wurden directe Wahlen eingeführt, im Heere die Losziehung und Stellvertretung abgeschafft. Die Deutschkatholiken wurden als christliche Kirchengemeinschaft anerkannt, dagegen blieb die ersehnte Verfassung der protestantischen Kirche und die Reform des Schul-

1) Die Finanzperiode 1843—1845 ergab einen Überschuß von 1,479944 Thlrn., die von 1846—1848 ein Deficit von 346048 Thlrn.

Digitized by Google

wesens, desgleichen die des Justizwesens, für welche nur die allgemeinen Grundsätze festgesetzt wurden, dem nächsten Landtage vorbehalten. Nur für Preßvergehen wurden schon jetzt Geschwornengerichte provisorisch eingeführt und das Ministerium ermächtigt, in einzelnen Fällen auch politische Vergehen durch dieselben aburtheilen zu lassen. Trotz des abmahnenden Gutachtens des höchsten Gerichtshofs ließ sich Braun dabei zu dem gewagten Experiment verleiten, die Geschworenen mittelst freier allgemeiner Wahlen zu bilden und setzte dadurch das ganze Institut einer gefährlichen Probe aus, die es nicht bestand. Die zweite Kammer empfahl unter Zustimmung des Cultusministers die Aufhebung der Stifter Meißen und Wurzen, der ebenfalls beantragten Aufhebung der beiden lausitzer Klöster standen die im Mai 1845 mit Oesterreich gewechselten Ministerialerklärungen [1]) und der lausitzer Particularvertrag im Wege.

In ruhigen Zeiten unternommen, wären diese Reformen ein Segen für das Land geworden; jetzt, inmitten aufgeregter Leidenschaften, wurden sie nur ein Zankapfel mehr für den Haß der Parteien. Je tiefer sie in das Staatsleben einschnitten, je größere Concessionen das Ministerium nach links hin machte, desto eifriger suchten die Conservativen nach einem Standpunkte, von dem aus sie dem rollenden Rade in die Speichen fallen könnten. Ihr bitterster Haß richtete sich gegen Oberländer, den sie beschuldigten durch sein Liebäugeln mit der Demokratie die Revolution groß zu ziehen. Daß die Solidarität des Ministeriums, wenn sie je bestanden, stark im Schwinden sei, daß Oberländer von seinen Collegen nur deshalb nicht fallen gelassen werde, weil sie den demokratischen Schimmer seines Namens nicht entbehren konnten, war ein öffentliches

1) Gegen das Versprechen Sachsens, daß das Domcapitel St. Petri sowie die Klöster Marienstern und Marienthal wie bisher in ihren Rechten und ihrer Verfassung erhalten bleiben sollten, hatte die österreichische Regierung damals erklärt, sich fortan aller Einsprache und Einmischung in die Angelegenheiten dieser Stifter enthalten zu wollen.

Digitized by Google

Geheimniß. Schon fing die Reaction an sich kecker hervorzuwagen, sie hoffte auf Oberländers Sturz, der dann den des ganzen Märzministeriums nach sich ziehen werde; man flüsterte von einem Ministerium v. Langenn. Die Linke dagegen meinte, „daß noch einige Märzluft mehr über den Ministertisch wehen müsse" und arbeitete auf ein Ministerium Oberländer los. Je länger das neue Wahlgesetz auf sich warten ließ, desto allgemeiner verbreitete sich die Meinung, es seien Oberländer in Bezug auf dasselbe nicht bloß im Ministerrath sondern jenseits desselben, in den Gegenwirkungen einer Camarilla, in der Weigerung des Königs unüberwindliche Schwierigkeiten erwachsen, bis Braun und v. d. Pfordten in den Kammern ausdrücklich die Versicherung gaben, daß der Grund der Verzögerung lediglich im Schoße des Ministeriums selbst liege.

Endlich gelangte das so ungeduldig erwartete Wahlgesetz in seiner neuen Gestalt an die Kammern. Der Form nach behielt es das Zweikammersystem bei, in Wirklichkeit gab es dasselbe, indem es fast jedes Unterscheidungsmerkmal der ersten Kammer verlöschte, auf. Es theilte das Land in 76 Wahlbezirke, von denen jeder durch directe Wahl einen Abgeordneten für die zweite Kammer, je zwei einen für die erste wählen. Bei den Wahlen zur zweiten Kammer ist stimmberechtigt jeder volljährige und selbständige, wählbar jeder 30 Jahr alte Staatsbürger, für die erste nur, wer ansässig, wählbar nur, wer wenigstens 10 Thlr. directe Steuern entrichtet, außerdem wählen für dieselbe 1 Abgeordneten die Universität, je 3 sämmtliche höhere Anstaltslehrer, die Geistlichen und die Volksschullehrer. Bei eintretenden Meinungsverschiedenheiten sollen beide Kammern zusammentretend nach Köpfen abstimmen uud auf solche Weise gewissermaßen eine Verschmelzung des Ein- und Zweikammersystems stattfinden. Um den Ruf nach einer constituierenden Versammlung zum Schweigen zu bringen war das Gesetz nur provisorisch, erst die nächsten, nach demselben zusammengesetzten Kammern sollten die definitive Entscheidung über dasselbe und namentlich über die Beibehaltung des Zweikammersystems geben.

Digitized by Google

Die Beibehaltung einer ersten Kammer und eines Census für dieselbe versetzte die Radicalen in großen Zorn. Schnell wurde, um einen Druck auf die widerstrebenden Elemente des Ministeriums auszuüben, auf den 3. September eine Generalversammlung sämtlicher Vaterlandsvereine nach Dresden einberufen. Das Wahl- und das Preßgesetz, das ganze Verhalten des Ministeriums erfuhren hier die schärfsten Angriffe; nach stürmischen Verhandlungen setzte es die äußerste Linke mit einer Stimme Majorität durch, daß die Aufrechthaltung der constitutionellen Monarchie für Sachsen aus dem Programm des Vereins gestrichen wurde. Die ferneren Beschlüsse: Einkammersystem ohne Census, Entlassung des Ministeriums und Bildung eines Ministeriums Oberländer, Auflösung des Landtags und Berufung einer constituierenden Versammlung wurden Tags darauf durch die Zustimmung einer großen Volksversammlung bekräftigt.

So hatte die republikanische Partei die Maske abgeworfen. Die nächste Folge war, daß die überstimmte Minderheit austrat, ohne daß sie jedoch deshalb aufhörte mit den demokratischen Vaterlandsvereinen in allen politischen Hauptfragen Hand in Hand zu gehen. Auch blieb nach außen und für die gemeinschaftlichen Bestrebungen ein gemeinschaftlicher Centralausschuß bestehen. Die ganze Demonstration vom 3. September aber verfehlte ihren Zweck. Oberländer erklärte der Deputation, welche ihm die Beschlüsse des souverainen Volkes verkündete, daß er sich von seinen Collegen, wenn er auch mit ihnen nicht ganz auf gleichem Standpunkt stehe, nicht trennen werde; die Mehrheit der zweiten Kammer stand fest zum Ministerium. Um zu verhindern, daß die Berichterstattung über das Wahlgesetz in Tzschirners Hände falle, überwies sie dasselbe einer außerordentlichen Deputation, trotz des heftigsten Protestes der Linken, trotzdem daß Tzschirner unter dem tobenden Beifalle der Galerieen der Majorität drohte: „wenn sie die Linke tyrannisieren wolle, so werde ein anderer Richter über sie kommen, nämlich das Volk!“ Die schreckliche Mordscene in Frankfurt, ziemlich ernsthafte Excesse, die, wie es schien,

Digitized by Google

von fremden Agitatoren geschürt, 11. September in Chemnitz vorfielen, spornten zur Eile; am 27sten begann die Berathung des Wahlgesetzes in der zweiten Kammer, die dasselbe am 3. October gegen die zehn Stimmen der äußersten Linken im Wesentlichen annahm. Nur die Zusammensetzung der ersten Kammer erfuhr insofern eine Abänderung, als die Vertretung der Capacitäten gestrichen und die erste Kammer, abgesehen von den zum Eintritt berechtigten königlichen Prinzen, aus 50 gleichmäßig (je zwei in je drei von den 75 Wahlbezirken) durch die Grundbesitzer zu wählenden Abgeordneten gebildet wurde. Auch das Militär erhielt Stimmberechtigung. Da das Ministerium aus der Annahme des Gesetzes eine Cabinetsfrage gemacht hatte, so wagte auch die erste Kammer in einem so verhängnißvollen Zeitpunkte nicht die Verantwortlichkeit einer Verwerfung auf sich zu laden. Sie beugte sich dem moralischen Zwange, unter dem sie stand, und trat, da ihr Fortbestand in der jetzigen Zusammensetzung unmöglich sei, mit Aufopferung ihrer individuellen Meinung den Beschlüssen der zweiten Kammer bei, unter Protest der Standesherren gegen den unbefugten Eingriff in ihre Rechte.

Bei weitem nicht so glatt schien sich das Verhältniß zu den frankfurter Gewalten ordnen zu wollen. Am 28. August erschien ein königliches Decret über das deutsche Verfassungswerk, welches unter Berufung auf § 2 der Verfassung, wonach kein Kronrecht ohne Zustimmung der Kammern veräußert werden dürfe, den Grundsatz der Vereinbarung schärfer als je zuvor betonte. Noch wenige Tage vorher hatte Tzschirner voll Zorn über die reservierte Haltung der Regierung den förmlichen Antrag auf unbedingte Anerkennung der Beschlüsse der souverainen Nationalversammlung gestellt. Ehe es aber zur Berathung jenes Decretes kam, war in der Stimmung der Linken ein vollständiger Umschlag eingetreten. Seitdem sie erkannte, daß die Majorität der Nationalversammlung ihr nicht auf die Bahn der Revolution folge, die Centralgewalt ihr nicht zum Umsturz der Fürstenthrone verhelfe, kurz, daß nach dem Ausdrucke des Abgeordneten Evans „das deutsche Volk in Frankfurt in ein

Digitized by Google

Fuchseisen gerathen sei", wollte sie der Reichsgewalt eben nur noch so lange gehorsamen als diese ihr den Willen that. Die erste Gelegenheit dies durch die That zu beweisen bot ihr die Anordnung des Reichskriegsministeriums wegen Aufstellung eines Truppencorps in Thüringen, dessen Zwergstaaten sie vorzugsweise als Terrain für ihre Wühlereien erkoren hatte; außer den altenburgischen, weimarischen und reußischen Contingenten sollte dasselbe auch aus Sachsen und Österreichern bestehen [1]). Als jedoch letztere nicht kamen, die altenburgische Regierung von der Anarchie überwältigt wurde, so erhielt die sächsische Regierung von der Centralgewalt die Aufforderung ihr ursprünglich nach Schleswig bestimmtes Contingent so schnell wie möglich dorthin abgehen zu lassen. Am 2. October rückten 5200 Sachsen unter Generalmajor v. Holtzendorff in Altenburg ein und machten dem wüsten Treiben der dortigen Demagogen ein rasches Ende; 2000 Mann giengen weiter nach Weimar. Über diese ihr sehr ungelegene Entfaltung militärischer Kräfte erhoben die Radicalen ein großes Geschrei. Wie ganz anders war doch da Oberländer verfahren, der, auf den Hilferuf der reußischen Regierung zum Reichscommissar für das Reußische und die angrenzenden Staaten ernannt, lediglich durch seine Popularität die Unruhe gestillt, dann aber, verletzt durch die gegen seine Ansicht verfügte Entsendung sächsischer Truppen nach Altenburg, seinen Auftrag in die Hände der Reichsgewalt zurückgegeben hatte! In der zweiten Kammer beantragte die Linke im Namen der Freiheit der Einzelstaaten einen Protest gegen die Maßregel und Sistierung derselben. Solchem Gebahren trat jedoch das Ministerium mit Entschiedenheit entgegen, selbst Oberländer wies alle und jede Solidarität mit einer Partei zurück, die, indem sie den ihr gerade mißfälligen Anordnungen der Centralgewalt nicht gehorchen wolle, einen anarchischen Zustand schaffe, und eindringlich beschwor Braun den Antragsteller „nicht an dem Mantel zu zerren, der kaum um die Zerrissenheit Deutschlands gedeckt sei".

1) Eine sächsische Truppenabtheilung war schon im Juni nach Altenburg gegangen zum Schutz des dort befindlichen Staatseigenthums.

Digitized by Google

Die Warnung verhallte ungehört. Verwarf auch die Kammer den Antrag, so wurde in den radicalen Vereinen nur desto lauter gegen die Centralgewalt und die eben noch als souverain proclamierte Nationalversammlung gedonnert. „Lieber in Sachsen frei als im einigen Deutschland unfrei", war jetzt das Feldgeschrei. Mehrere von den Mitgliedern der sächsischen Linken waren der Berufung des auf den 26. October nach Berlin ausgeschriebenen Demokratencongresses, der ein Gegenparlament gegen das frankfurter werden sollte, nicht fremd. In voller Nacktheit trat diese verblendete Verleugnung des nationalen Gedankens bei der Debatte über das Decret vom 28. August hervor (19. October), als die äußerste Linke sogar verlangte, die deutsche Verfassung müsse den sächsischen Ständen zur Prüfung und Genehmigung vorgelegt werden, was selbst Pfordten für eine Unmöglichkeit erklärte. Aber auch die Haltung der sächsischen Regierung erregte in Frankfurt peinliches Aufsehen. Von Biedermann interpelliert gab Reichsminister v. Mohl die Versicherung, er werde dieselbe auf den Widerspruch aufmerksam machen, in welchem das Decret vom 28. August mit den Beschlüssen der Nationalversammlung stehe, die Rechtskraft der Reichsgesetze trete für jedermann mit dem Augenblicke ihrer officiellen Verkündigung ein und die locale Verkündigung sei für jede Regierung obligatorisch, worauf Biedermann den dringlichen Antrag stellte, die sächsische Regierung zur Zurücknahme des Decrets vom 28sten aufzufordern. Die Antwort darauf ertheilte v. d. Pfordten in der Sitzung der ersten Kammer am 9. November. Die Regierung, sagte er, ziehe ihr Decret nicht zurück, es möge beschlossen werden, was da wolle, das deutsche Verfassungswerk könne nur unter Beistimmung der Regierung und der Stände gegründet werden; desgleichen sei zur Vollziehung der Reichsgesetze die ständische Zustimmung erforderlich, denn die Gesetzgebung sei ein Kronrecht, und die Kammer pflichtete dieser Ansicht durch einmüthige Erhebung bei.

Einem Parlamente, welches seine Souverainetät wohl decretieren aber den mächtigeren Regierungen gegenüber nicht durch-

Digitized by Google

setzen konnte, sich nicht willenlos zu unterwerfen, war jedenfalls eine starke Versuchung für einen Minister, dessen Ehrgeiz in der Machtsphäre eines Staates von dem Range Sachsens keine Befriedigung fand. Schwer war es gewiß, vielleicht selbst unmöglich, damals im Drange sich überstürzender Ereignisse und Leidenschaften die Grenzlinie zu finden zwischen dem Verlangen nach nationaler Einheit auf der einen, der berechtigten Sonderstellung und den überkommenen Pflichten gegen die Dynastieen auf der anderen Seite; im Grunde seines Herzens aber dachte Pfordten particularistisch und wußte auch seinen Collegen das nämliche Gepräge aufzudrücken. Vorläufig allerdings schien die ganze Streitfrage eine rein theoretische, denn keine Regierung hatte sich bisher gegen die Anordnungen der Centralgewalt zuvorkommender gezeigt als gerade die sächsische, die z. B. noch kürzlich sich bereit erklärt hatte die Vertretung im Auslande derselben zu übertragen, vorausgesetzt nur, daß auch die übrigen Regierungen ihre Gesandten abberufen würden; dennoch gewann sie auch eine praktische und zwar höchst verderbliche Bedeutung, indem sie die ohnehin vorhandene Verwirrung der Begriffe vermehrte und namentlich die liberale Partei, die an der Souverainetät der Nationalversammlung festhielt und zugleich in allen inneren Fragen die eigentliche Stütze des Märzministeriums bildete, in eine ganz schiefe Stellung versetzte. Ohnehin nur mühsam gegen die übermächtigen Vaterlandsvereine sich behauptend, sah sich der Deutsche Verein in dieser Lebensfrage geradezu vor einen Conflict mit dem Ministerium gestellt, von ihm zurückgestoßen und dadurch in seiner Wirksamkeit gelähmt. Was konnte also das Resultat dieser Politik anders sein, als daß sie hier der Demokratie, dort der Reaction in die Hände arbeitete.

Pfordtens Ideen schlugen eine andere als die nationale Richtung ein, seitdem sich ihm die verlockende Aussicht eröffnete, durch die Vereinigung der thüringischen Staaten unter dem Protectorate Sachsens für dieses eine einflußreiche Mittelstellung zwischen den beiden deutschen Großmächten zu gewinnen. Der Plan fand bei allen Parteien Anklang; die Linke hoffte auf

Digitized by Google

Verstärkung durch die thüringischen Demokraten, die specifischen Sachsen freuten sich des Ersatzes für den Verlust von 1815, Allen war die Verminderung der Kleinstaaterei recht, auch die thüringischen Regierungen „wollten sich lieber unter die sächsische Raute als unter die Fänge des preußischen Adlers flüchten". Auf den Zusammenkünften höherer Staatsbeamter zu Leipzig am 6. August und 2. September zeigten sie sich, mit Ausnahme des ausgebliebenen Sachsen-Meiningen, zu einer Einigung mit dem Königreich in Gesetzgebung, Heerwesen und Vertretung bei der Centralgewalt bereit, ja die hilflosesten unter ihnen, Altenburg und die Reußen, schienen bald noch weiter gehen zu wollen; als aber die sächsische Regierung auf die Überlassung des sämmtlichen Dominialvermögens an die fürstliche Familie nicht eingieng, geriethen die Verhandlungen ins Stocken, was Reuß betraf, nicht ohne Schuld Oberländers, dessen diplomatisches Ungeschick den günstigen Moment nicht zu nutzen verstand. Die Lust am Leben erwachte den Kleinstaaten wieder, sobald in der Bezwingung Wiens durch Windischgrätz die habsburgische Macht zum erstenmale wieder sich als starker Hort für alle nach den alten Zuständen Zurückstrebenden ankündigte.

Instinctartig empfand das deutsche Volk, daß in Wien sich ein guter Theil seines eigenen Geschickes entscheide. Während in Leipzig Placate zu Freischarenzügen dahin aufriefen, stellte die zweite Kammer, 2. November, einstimmig an die Regierung den Antrag, bei der Centralgewalt auf energische Intercession zu Erhaltung deutscher Ehre, Freiheit und Nationalität in Österreich zu dringen; unerwartet dessen hatte v. d. Pfordten bereits unterm 22. October den sächsischen Gesandten in Wien, v. Könneritz, in diesem Sinne instruiert. Die frankfurter Linke entsandte eine Deputation um der wiener Revolution ihre Sympathieen auszudrücken. An ihrer Spitze befand sich Blum. Mit einem Passe seines Gesandten versehen stand er 21. October gleich seinem Gefährten Fröbel im Begriff abzureisen, als beide sich eines Anderen besannen und am 26sten als Hauptleute in das Elitencorps eintraten, sich am Kampfe betheiligten aber schon am 29sten die Waffen ab-

Digitized by Google

legten. Am 31sten fiel Wien, am 4. November wurden die beiden Reichstagsabgeordneten verhaftet. Könneritz, sehr zufrieden, daß der verhaßte Demagog nicht seinen Schutz anrief sondern nur seine Unverletzlichkeit als Reichstagsabgeordneter geltend machte, fühlte sich nicht veranlaßt, zu seinen Gunsten mehr zu thun, als daß er am 7ten das österreichische Ministerium um Mittheilung der Gründe der Verhaftung ersuchte, unterließ es aber „um dieses äußerste Mittel nicht sofort zu erschöpfen" sich an den Fürsten Windischgrätz zu wenden. Tags darauf schärfte ihm zwar eine Depesche Pfordtens ein, den in Wien befindlichen sächsischen Unterthanen allen gesandtschaftlichen Schutz angedeihen zu lassen, aber ehe er noch diese Weisung befolgen konnte, war Blum standrechtlich erschossen; eine zweite, auf die Nachricht seiner Verhaftung erlassene noch dringlichere Weisung traf erst nach der Execution ein [1]).

Wie ein Donnerschlag dröhnte die Kunde von Blums Hinrichtung durch das ganze Land; ein Schrei des Schmerzes und der Entrüstung erhob sich von der demokratischen Partei über die an ihrem Liebling verübte Gewaltthat; selbst, die sich nicht zu Blums Anhängern zählten, standen erschüttert, den dem Reichsparlamente mit Vorbedacht versetzten Schlag nachempfindend. In Leipzig zog eine große Volksmasse mit umflorten Fahnen in die vom Rathe eingeräumte Thomaskirche um den Todten zu ehren und zur Sühnung seiner Ermordung Beschlüsse zu fassen; ein Haufe riß das österreichische Consulatswappen herunter; die Behörden entsandten Deputationen an die Reichsgewalt. Die Regierung ertheilte sofort dem Gesandten den Auftrag, für die Effecten des Getödteten und die Bezeichnung seiner Grabstätte zu sorgen, verlangte von der österreichischen Regierung die Mittheilung der Acten, erforderte auf Antrag der zweiten Kammer von ihrem Gesandten einen Rechenschaftsbericht und stellte bei der Centralgewalt entschiedene Anträge auf energische Maßregeln zur Sühnung der durch

1) Die betreffenden Actenstücke in Landtagsmittheilungen 1849, zweite Kammer, S. 246 ff.

Digitized by Google

Blums Tödtung verletzten Ehre Deutschlands, verbot aber auch zugleich den ferneren Gebrauch von Kirchen zu politischen Versammlungen sowie die Bildung bewaffneter Vereine und Freischaren, welche die Vaterlandsvereine für Berlin auszurüsten Anstalt machten, und ließ die für diese bestimmten Waffen wegnehmen. Fast allerwärts im Lande und meist unter Theilnahme der Behörden wurden Todtenfeiern für Blum veranstaltet; in Dresden wohnte v. d. Pfordten dem Trauergottesdienste bei und Oberländer gieng im Zuge mit. Blums Sitz im Parlamente nahm sein Stellvertreter Wuttke ein.

Inmitten dieser leidenschaftlichen Aufregung gieng am 17. November der Landtag zu Ende. „Es ist das letztemal", sagte der König zu den Scheidenden, „wo ich Sie, die Stände des Wahlgesetzes von 1831, um mich versammelt sehe." [1]) Niemand hatte eine Ahnung, daß diese Stände je wieder aufleben könnten.

Drittes Hauptstück.

Von der Änderung des Wahlgesetzes im Jahre 1848 bis zum Tode König Friedrich Augusts II. am 9. August 1854.

Waren am Schluß des ereignißvollen Jahres 1848 die Aussichten auf die Erstehung eines freien, einigen und starken

1) Ähnlich Präsident v. Schönfels in seiner Schlußrede: „So sind wir denn bei dem Zeitpunkte angekommen, wo wir unsere ständischen Geschäfte zu beendigen haben, nicht um wie bisher nach einiger Zeit zu ihnen zurückzukehren sondern vielmehr um sie gänzlich und für immer aufzugeben."

Digitized by Google

Deutschlands schon sehr getrübt, so schienen die auf die demokratische Umgestaltung der inneren Verhältnisse desto zuversichtlicher in Erfüllung gehen zu sollen. Die auf Grund des Gesetzes vom 17. November erfolgte Erneuerung sämtlicher Gemeindevertretungen brachte überall die freisinnige Partei, in den Städten meist die weitgehendsten Schattierungen derselben ans Ruder. Noch viel lauter war der Lärm, mit welchem sich die beiden Hauptparteien zu den Wahlen für den in kürzester Frist nach dem neuen Wahlgesetze vom 15. November zu berufenden Landtage rüsteten. Das Wahlmanifest der, wie sie sich selbst nannte, entschieden freisinnigen Partei stellte so ultrademokratische Forderungen [1]), daß das Ministerium es gegenüber den Versuchen der Vaterlandsvereine, Oberländer als einen der Ihrigen darzustellen, für nöthig hielt in einer Ansprache an seine Mitbürger sich offen von seinen falschen Freunden loszusagen und für den Fall eines ihm ungünstigen Ausfalls der Wahlen seinen Rücktritt in Aussicht zu stellen. Nur nützte auch dies nichts mehr. Die durch Blums Hinrichtung neuentflammte demokratische Leidenschaft und das Wahlgesetz, welches die Entscheidung ganz in die Hand der ihren Führern blindlings gehorchenden Massen legte, machten die Niederlage der Deutschen Vereine unvermeidlich; unter außerordentlichem Zudrang zu den Wahlurnen giengen die Vaterlandsvereine mit erdrückender Majorität als Sieger hervor.

1) Durchgreifende Verfassungsreform im Geiste der Volksfreiheit, Veto suspensivum, Stimmberechtigung und Wählbarkeit jedes volljährigen Staatsangehörigen, Volksbewaffnung mit freier Wahl der Offiziere, Minderung des Staatsaufwandes, der Civilliste und der Hofchargen, Aufhebung des Pensionswesens, Annahme eines gerechteren Steuersystems, Reform der Städte- und Landgemeindeordnung, Mitwirkung des Volks bei den Wahlen der Verwaltungs- und Justizbeamten, Regulierung der Gewerbs- und Arbeitsverhältnisse, Aufhebung aller Feudallasten, Standesvorrechte, Orden und Fideicommisse, Befreiung der Kirchengemeinden von der jetzigen Bevormundung, Ordnung des Schulwesens, Milderung der militärischen Disciplin.

Digitized by Google

Von den Abgeordneten der neuen Volksvertretung [1]) bestand weitaus die Mehrzahl aus Neulingspolitikern von höchst mittelmäßigen Fähigkeiten und beschränktem Gesichtskreis, welche die Fluth des Jahres 1848 gehoben und bis an diesen Ort getragen hatte. Was ihnen an Kenntnissen und Bildung abgieng, das ersetzten sie durch Gesinnungstüchtigkeit, durch halb dünkelhaften, halb um die Volksgunst buhlenden Wortschwall, durch Parteischlagwörter und eine Urwüchsigkeit des Ausdrucks, wie sie weder vor- noch nachher je in einer deutschen Kammer erhört worden ist. Die Volksfreiheit immer im Munde führend aber von der Höhe ihrer radicalen Anschauung auf jeden anderen politischen Standpunkt mit souverainer Verachtung herabblickend verschmähten sie es ihre Gegner zu widerlegen und zogen es statt dessen vor sie durch Verhöhnungen, tumultuarische Unterbrechungen und den Lärm der ihnen allzeit dienstbaren Galerieen zum Schweigen zu bringen, so daß die schwache und entmuthigte Rechte es bald fast ganz aufgab sich Gehör zu verschaffen. Am tollsten trieb es die äußerste Linke, die sich unter Tzschirner und v. Trützschler organisierte, welcher letztere seine parlamentarische Thätigkeit von Frankfurt nach Dresden verlegt hatte und sich zu dem Glauben bekannte, daß jeder Mensch als Souverain zur Welt komme. „Ich kenne die Gründe der Regierung nicht aber ich mißbillige sie!" donnerte einer dieser Volksmänner dem Ministerium zu. Dieses geflügelte Wort und der blaue Rock, in welchem ein anderer sich bei der Eröffnungsfeierlichkeit brüstete, wurden typisch für den ganzen Landtag und drückten ihm zu der Mißachtung der Verständigen auch noch den Stempel der Lächerlichkeit auf.

Eine kurze Zeit hatte es den Anschein, als ob die Linke doch das Vollgefühl ihrer souverainen Macht etwas im Zügel halten wolle, trotzdem war schon in den ersten Sitzungen der ganze in den Kammern wehende Geist feindseliger Art. Das

1) Präsidenten waren Joseph und Hensel-Zittau, Vicepräsidenten in der ersten Kammer Tzschucke und Haben, in der zweiten Schaffrath und Tschzirner.

Digitized by Google

Ministerium, das Bewußtsein seiner nahen Auflösung im Herzen, verlor noch vor Ausbruch des vollen Sturmes den Muth; am 26. Januar reichte es seine Entlassung ein. So natürlich dieser Entschluß war, so erschrack doch die Gegenpartei vor ihrem eigenen Erfolge. Denn daß das gestürzte Ministerium nicht ein radicales sondern ein minder liberales zum Nachfolger haben werde, ließ sich aus dem, was in Berlin geschehen war, unschwer abnehmen. Feierlich lehnte sie daher die Verantwortlichkeit für das Geschehene von sich ab, vielmehr werde der Grund davon jedenfalls in gewissen Einflüssen von außen, insbesondere in den Hindernissen zu suchen sein, auf welche die Einführung der Grundrechte gestoßen sei. Doch trat Pfordten dieser Behauptung mit aller Bestimmtheit entgegen, der Grund ihres Rücktritts liege lediglich in ihrer nach reiflicher Erwägung gewonnenen Überzeugung, daß sie nicht mehr gedeihlich wirken könnten. In der That war die Besorgniß der Radicalen nicht ohne Grund; einen Augenblick dachte man bei Hofe an ein Ministerium Carlowitz oder Zeschau, Auflösung der Stände und Octroyierung eines Wahlgesetzes. Doch aber forderte der König nach zwei Tagen des Schwankens die Minister auf ihr Gesuch zurückzunehmen und zur allgemeinen Freude entschlossen sich dieselben vorläufig im Amte zu bleiben. Kaum aber hatte sich diese Wolke verzogen, so erneuerten die Kammern das alte Spiel in viel keckerem Maße. Uneingedenk der eben erhaltenen Warnung glaubte die Demokratie schon den ganzen Staat für ihre Principien erobert zu haben; die Führer vertheilten bereits unter sich die Portefeuilles in dem bevorstehenden radicalen Ministerium.

Wäre das Ministerium Braun in sich eins gewesen und hätte es sich auf eine wenn auch numerisch schwächere aber doch ihm unbedingt ergebene Partei stützen können, vielleicht würde es sich noch länger behauptet haben. Aber zum Unglück war weder das Eine noch das Andere der Fall und gerade die wichtigste Frage, die deutsche, zerrüttete, je weiter sie sich entwickelte, desto mehr das Einverständniß zwischen ihm und der liberalen Partei. Mit v. Gagerns Programm: Erbkaiserthum

Digitized by Google

und Ausscheiden Österreichs aus dem Deutschen Bunde war dieselbe an ihrem Wendepunkte angelangt. Wie in Frankfurt fast sämtliche Sachsen dagegen gestimmt hatten, so schlossen sich auch die dresdner Kammern aus voller Kehle dieser Opposition an; 33 Abgeordnete stellten den Antrag, den entschiedenen Widerwillen des sächsischen Volks gegen das Erbkaiserthum und dessen Übertragung auf einen der deutschen Souveraine auszusprechen. Kein Sachse kann ohne Schamröthe auf die cynische Verläugnung aller nationalen Empfindung zurückblicken, von der an jenem 20. Januar die dresdner zweite Kammer widerhallte. Pfordten lehnte es ab sich über die Oberhauptsfrage auszusprechen. „Eins aber", schloß er selbst tiefbewegt, „kann ich nicht verschweigen, wenn die Feinde Deutschlands die heutige Discussion gehört haben, und sie werden sie hören, so werden Viele unter ihnen sein, die nicht trauern!" Worte, die mehreren hervorragenden Mitgliedern des Deutschen Vereins zu Leipzig Anlaß gaben, in der ersten Entrüstung an den Minister eine Dankadresse zu richten, welche diesem Landtage den Namen des Unverstandslandtags unauslöschlich aufgedrückt hat [1]). Wie seltsam verschoben mußte aber doch die Stellung eines Ministeriums sein, das in der Verwerfung des gagern'schen Programms mit den Radicalen Hand in Hand gieng und nur über das an seine Stelle zu Setzende anderer Meinung als jene war! Als das Reichsministerium, 28. Januar, die Regierungen zu baldiger Abgabe ihrer Erklärungen über die von der Nationalversammlung in erster Lesung angenommenen Verfassungsbeschlüsse einlud, beanstandete die sächsische Regierung (14. Februar) vorzugsweise die über das rechte Maß hinausgehende centralisierende Tendenz, das der Centralgewalt beigelegte Recht, Reichssteuern aufzulegen, verlangte Einschränkung der Competenz der Reichsgewalt in Bezug auf das Recht der Gesetzgebung, einen Census für das Staatenhaus und Beseitigung des suspensiven Veto. „Da die Abschnitte von dem Reich und der Reichs-

1) „Ist auch der souveraine Unverstand für den Augenblick zur Herrschaft gelangt, so sind doch seine Tage gezählt" u. s. w.

Digitized by Google

gewalt", fährt die Denkschrift fort, „auf die Verhältnisse Österreichs nicht passen, so wird zunächst eine Form zu finden sein, unter der Österreich beitreten kann. Eine befriedigende Erledigung der Frage über das Reichsoberhaupt hält die sächsische Regierung kaum für möglich, bevor nicht die Ansichten hierüber sich einigermaßen geklärt und genähert haben werden. An und für sich aber neigt sie zu der Ansicht, daß ein aus Vertretern der Einzelregierungen gebildetes Directorium dem föderativen Charakter des Bundesstaates besser entspreche als eine einheitliche Spitze." Dabei erklärte sie es ausdrücklich als selbstverständliche Voraussetzung, daß auch Österreich an den weiter zu pflegenden Verhandlungen Theil nehme. Im Übrigen sehe sie den Zweck dieser Verhandlungen nur in einer Verständigung, nicht aber in einer Vereinbarung mit der Nationalversammlung, an welcher sie den von ihr mehrfach kundgegebenen Grundsätzen gemäß festhalte. Die definitive und bindende Erklärung behielt sie sich bis nach der zweiten Lesung vor, weil sie nach der sächsischen Verfassung gebunden sei, vor Abgabe derselben die Zustimmung der Kammern einzuholen. Ganz in dem nämlichen Sinne beantwortete die sächsische Regierung, 10. Februar, die Circularnote des berliner Cabinets vom 23. Januar, welche sich gegen die Idee des Kaiserthums aussprach und dafür die eines engeren Bundesstaates unter Belassung Österreichs im deutschen Bunde in Anregung brachte. Aus demselben Grunde oder unter demselben Vorwande verweigerte Pfordten die von den Kammern, von der zweiten einstimmig geforderte Abberufung des Gesandten v. Könneritz aus Wien, obgleich sich aus dessen Rechenschaftsberichte eine nicht zu beschönigende Pflichtversäumniß ergab, weil Österreich erklärt hatte, daß es die Abberufung als einen Bruch mit Sachsen betrachtet werde [1]).

1) „Die Frage der Stellung Deutschlands zu Österreich", sagte er, „sei eine solche, vor der alle anderen in den Hintergrund träten; die Regierung halte es für ihre Pflicht nichts zu thun, was nur im Geringsten dazu beitragen könne, die Größe, die Macht und das Wohl

Digitized by Google

War mit jenem Hinweis Preußens auf die Nothwendigkeit von Österreichs Ausscheiden aus der neuen Bundesverfassung der erste Grund zu dem Zerwürfnisse der beiden Mächte gelegt, welches von da an alle Versuche zur Feststellung des deutschen Verfassungswerkes vereitelte, so hatte v. d. Pfordten seinerseits jene österreichische Politik Sachsens inauguriert, die immer von dem Zwecke, der Einigung Deutschlands, redete, ohne doch je die Mittel dazu zu wollen oder auch nur angeben zu können, die, nur der Furcht vor der preußischen Hegemonie entsprungen, den hergebrachten sächsischen Particularismus künstlich am Leben erhielt und in dem Wahne, den dynastischen Interessen zu dienen, erst der Revolution in die Hände arbeitete und schließlich die Dynastie an den Rand des Verderbens führte.

Ihrem bisherigen Standpunkte getreu hatte die Regierung Anstand genommen, die von den letzten Kammern ihr ertheilte Ermächtigung zur Publicierung der Reichsgesetze auch auf die Grundrechte auszudehnen, da diese einen Theil des deutschen Verfassungswerks bildeten und sie daher der Mitwirkung der Kammern dabei nicht entbehren könne; außerdem wollte sie vorher Gewißheit haben, daß dieselben wenigstens in denjenigen Punkten, bei denen Reciprocität nothwendig sei, auch in den übrigen deutschen Staaten zur Geltung kämen. Allein, wie gern auch im Übrigen die Radicalen ihr souveraines Belieben über die Autorität der Reichsgewalten setzten, eine Antastung dieses Fundamentalartikels ihres Glaubens waren sie nicht zu dulden gemeint; die zweite Kammer verlangte, 14. Februar, die sofortige Publication der Grundrechte. Da, als eben die erste Kammer am 24. Februar im Begriff war ihrerseits in die Berathung über die Grundrechte einzutreten, machte Braun ihr die Mittheilung, daß das Ministerium, da es, wie die letzten Abstimmungen unzweifelhaft darthäten, die Stimmenmehrheit in den Kammern nicht besitze, seine Entlassung gegeben und er-

Deutschlands zu beeinträchtigen. Er frage nicht, ob Sachsen Österreich zu drohen vermöge, sondern nur, ob bei der Wiedergeburt eines einigen Deutschlands ein deutscher Staat dem andern drohen solle."

Digitized by Google

halten habe. Das war das Ende jenes elf Monate vorher mit so überschwänglichen Hoffnungen begrüßten Ministeriums Braun [1]). Bald willenlos sich auf den Wogen der Popularität schaukelnd, bald nur in schwächlichen Versuchen mit der revolutionären Brandung ringend, war es den Kräften unterlegen, die es weder zu leiten noch zu bewältigen verstand. Ohne Übereinstimmung in sich selbst, seiner Aufgabe nie mit voller Klarheit sich bewußt, war es nirgends über wohlmeinende Anläufe hinausgekommen, hatte es nach keiner Seite hin etwas Dauerndes und Ganzes geschaffen, bei aller persönlichen Ehrenhaftigkeit seiner Mitglieder sich rasch abgelebt und nach und nach das Vertrauen aller Parteien, schließlich das seiner eigenen verscherzt.

Noch in der nämlichen Sitzung vom 24sten wurden den Kammern die Namen der neuen Minister bekannt gegeben: zum Ministerpräsidenten hatte der König den Oberappellationsrath Dr. Held ernannt, für das Auswärtige den Gesandten in Berlin, v. Beust [2]), für das Innere den Geheimen Regierungsrath Weinlig, für die Finanzen den Geheimen Finanzrath v. Ehrenstein. Die Kammern trugen eine erheuchelte Sicherheit zur Schau, indem sie sich durch jenen „Coulissenblitz" oder durch „alberne constitutionelle Gewohnheiten" in ihrer Tagesordnung nicht stören ließen. Nur beeilten sie sich in der sichern Erwartung einer Auflösung noch diejenigen ständischen Schriften, an denen ihnen besonders gelegen war, zu erledigen.

1) Dr. Braun selbst nahm die Stelle eines Amtshauptmanns zu Plauen an, Oberländer wurde Geheimer Rath im Ministerium des Innern, Georgi trat ins Privatleben zurück; v. d. Pfordten fand für seine Entwürfe ein weiteres Feld in München.

2) Friedr. Ferd. v. Beust, geb. 1809 zu Dresden, wo sein Vater Kammerherr und Oberhofgerichtsrath war, hatte seine Laufbahn in der Commerziendeputation begonnen, wurde 1836 Legationssecretär bei der Gesandtschaft in Berlin, 1838 bei der in Paris, 1841 Geschäftsträger am münchner Hofe, 1846 Ministerresident in London, von wo er im Mai 1848 als Gesandter nach Berlin versetzt wurde. Ebeling, Fr. F. Graf v. Beust, 2 Bde. (1870—1871).

Digitized by Google

In Wahrheit waren sie feige genug die Verantwortlichkeit für die Folgen ihrer eigenen Thaten vor dem Lande zu scheuen. Statt den Rücktritt des Ministeriums als eine Consequenz des parlamentarischen Systems anzuerkennen, schleuderten 66 Kammermitglieder ihm öffentlich die Behauptung nach, derselbe sei erfolgt, nicht weil es überhaupt nicht die Majorität, sondern weil es dieselbe nicht in Bezug auf die Publication der Grundrechte gehabt habe und man offenbar nur Oberländern habe opfern wollen. Voll Entrüstung über dieses schnöde Gaukelspiel trat da plötzlich ein als Ehrenmann bekannter Kaufmann aus Löbau mit der Enthüllung hervor, wie er am Tage der Landtagseröffnung unfreiwilliger Zeuge einer von ungefähr 80 Kammermitgliedern besuchten Clubversammlung und des dort abgekarteten Planes geworden sei, das Ministerium zu stürzen, aber, da es doch die Majorität im Volke habe, auf eine solche Art, daß die Schuld nicht auf die Kammern sondern auf das Ministerium selbst falle, und als die Getroffenen sich auch hier aufs Läugnen legten, erbot er sich zu eidlicher Erhärtung seiner Aussage, die ohnehin durch die Thatsachen bestätigt wurde.

An eine Unterstützung des neuen Ministeriums, welches sich einige Tage später durch den Eintritt des Obersten B. Rabenhorst als Kriegsministers vervollständigte, durch die Kammern war nicht zu denken. Kein einziges Mitglied desselben hatte eine parlamentarische oder überhaupt nur eigentlich politische Vergangenheit; es war eine büreaukratische Combination, die nur einem Ministerium Tzschirner den Weg sperren sollte. Außer Stande zu gewaltsamem Widerstande überwand es sich bis zur äußersten Grenze der Nachgibigkeit zu gehen: am 26. Februar stellte Dr. Held den Kammern nicht nur zahlreiche Gesetzvorlagen sondern auch die sofortige und bedingungslose Publication der Grundrechte in Aussicht, eine Concession, die wenn nicht von ihm selbst so doch von Beust nicht ohne Hintergedanken gegeben und nur als zeitweiliges Beruhigungsmittel gemeint war [1]). Aber auch dieser Zweck wurde nur sehr un-

1) „um dem Ministerium freies Spiel zu machen, damit der Widerstand beginnen und man sich auf die Zeit vorbereiten könne, wo bald

Digitized by Google

vollkommen erreicht; keinen Augenblick unterbrach die Linke den Krieg, den sie dem Ministerium Held schon in der Stunde seiner Geburt angekündigt hatte; unter donnerndem Bravo der Galerien verlangte Tzschirner Tags darauf, daß die Grundrechte morgen publiciert werden sollten. Am 2. März geschah dies wirklich, ganz in der von den Kammern beschlossenen Maße und binnen zwei Monaten war eine große Zahl, meist schon von dem vorigen Ministerium vorbereiteter Gesetzentwürfe an die Kammern gelangt, von denen jedoch nur das über die ständische Initiative (vom 31. März) und das Einführungsgesetz zur deutschen Wechselordnung (vom 25. April) mit denselben zu Stande gebracht wurden.

Jener Erfolg hatte nur die Wirkung die Dreistigkeit und Selbstzuversicht der Radicalen ins Unermeßliche zu steigern. Nichts blieb unversucht das Ministerium zu ärgern, zu beleidigen, zu verhöhnen. „Gegen die Regierung muß man grob sein, sonst fühlt sie es nicht", war der in offener Sitzung verkündete Wahlspruch; selbst die Krone schien eben nur geduldet, „so lange sie noch existiere". Als das Ministerium allen diesen Invectiven einen unerschütterlichen Gleichmuth entgegensetzte, allen Interpellationen, selbst den absurdesten [1]), geduldig Rede stand, unternahm die äußerste Linke einen kräftigeren Sturm; da das Programm des Ministeriums vom 26sten über die wesentlichsten Forderungen des Volks nur wenig sage, verlangte Tzschirner die Vervollständigung desselben durch Beantwortung von sieben speciell aufgeführten Punkten, die einer Umgestaltung der ganzen Verfassung und Verwaltung gleichkamen. Als Held eine solche Zumuthung zurückwies, erkühnte sie sich, 28. März, durch ein Mißtrauensvotum das Ministerium zu stürzen, das nach dem Ausspruch eines der Antragsteller der politischen Bildungsstufe, welche die Mehrheit des sächsischen Volkes erreicht habe, nicht

darauf der Widerstand mit Erfolg möglich wurde." v. Beust, Landtagsmittheilungen 1858, erste Kammer I, 621.

1) z. B. ob es wahr sei, daß bairische Truppen gegen die römische Republik verwendet werden sollten.

Digitized by Google

entspreche. „Das jetzige Ministerium", rief ein anderer, „ist eine Arbeiter-, eine Feder-, eine Diplomatenweisheit und nichts als Weisheit; das Volk will aber keine Weisheit, das Volk will Volkskraft, will Volkswillen!" Die Radicalen und die Linke, welche es zu diesem Äußersten noch nicht an der Zeit hielt, geriethen hart aneinander; nur mit der schwachen Majorität von sechs Stimmen erreichte letztere die Vertagung des Antrags. Der sicherere Weg schien zu sein, die Regierung vorerst ganz wehrlos zu machen. In und außer den Kammern wurde mit unausgesetztem Eifer an der Untergrabung der militärischen Disciplin gearbeitet, unter heftigen Ausfällen gegen die Offiziere die Streichung der Vorschrift des Gehorsams auch außer dem Dienst aus dem Militär-Strafgesetzbuch, die Zurücknahme des an die Soldaten erlassenen Verbotes gegen den Besuch republikanischer Vereine gefordert. Unter dem Vorwande, daß die Versendung von Truppen im Reichsdienste eine Beeinträchtigung der Souverainetät der Einzelstaaten sei, verlangten die Kammern, die Regierung solle bei der Centralgewalt die Zurückberufung ihrer Truppen aus Thüringen und Altenburg erwirken, sie legten sogar gegen die ohne ihre Genehmigung verfügte Verwendung sächsischer Truppen in Schleswig-Holstein förmliche Verwahrung ein, weil sie fürchteten, daß an deren Stelle bairische, der Verführung schwerer zugängliche Truppen das Land besetzen möchten.

Unbekümmert um diesen ohnmächtigen und unpatriotischen Protest rückte die nach Holstein bestimmte sächsische Brigade, bestehend aus den Infanterieregimentern Prinz Georg und Prinz Maximilian, dem dritten Schützenbataillon und zwei Compagnieen vom zweiten, vier Schwadronen Gardereitern, zwei Batterieen und einer Abtheilung Pioniere und Sappeurs, unter dem Commando des Generalmajors v. Heintz, 23. März, von Leipzig aus; Prinz Albert begleitete sie als Hauptmann. Mit den Hannoveranern vereinigt bildete sie unter General v. Wyneken eine Division des nach der Kündigung des malmöer Waffenstillstandes aufgestellten Reichsheeres. Um vor dem weiteren Vorrücken gegen Norden Flanke und Rücken gegen ein

Digitized by Google

Debouchieren der Dänen von Alsen herüber zu decken, beschloß der Oberbefehlshaber, General v. Prittwitz, sich der düppeler Stellung zu bemächtigen. Zur Ausführung wurden die Baiern und Sachsen bestimmt. Am frühen Morgen des 13. April brachen von letzteren das Schützenbataillon, das dritte Bataillon Prinz Georg, beide Batterieen und das dritte und erste Bataillon Prinz Maximilian von Rackebüll auf. Um seine noch unerprobten jungen Truppen anzufeuern leitete General Heintz den Angriff persönlich. Während die Baiern auf der nördlichen Straße nach Sonderburg vorgiengen, erstieg die sächsische Colonne auf der durch zahlreiche Verhaue gesperrten südlichen Straße die Höhen und nahm ohne Aufenthalt die noch nicht ganz vollendeten Schanzen unter dem Feuer der Strandbatterieen und Kanonenböte. Die beiden sächsischen Batterieen fuhren auf einer Höhe nördlich der sonderburger Straße auf, wurden jedoch durch das schwerere Kaliber der Dänen gezwungen diese Stellung aufzugeben, wobei zwei demontierte und ein im Sumpfboden versunkenes Geschütz zurückgelassen werden mußten. Eben waren die Deutschen im Begriff, zum Sturm gegen die Verschanzungen des Brückenkopfes vorzugehen, als die Dänen aus denselben hervorbrechend ihrerseits zum Angriff auf die Höhen schritten. Es entspann sich, namentlich um das Gehöft Steenhof ein heftiges, eine Zeit lang hin und her schwankendes Gefecht, in welchem auch der junge Prinz Albert sich sehr brav hielt, bis die Dänen durch mehrere entschlossene Bajonnettangriffe wieder in ihre Verschanzungen hineingeworfen wurden. General Heintz, überzeugt, daß es ihnen bloß darum zu thun sei sich der drei sächsischen Geschütze zu bemächtigen, bat wiederholt dringend um die Erlaubniß dieselben in Sicherheit zu bringen, sie wurde ihm aber von Prittwitz, der eine Erneuerung des Gefechts vermeiden wollte, bestimmt verweigert; nur den versunkenen Zwölfpfünder holten die Sachsen in der nächsten Nacht glücklich zurück [1]). Baiern und Sachsen arbeiteten nun an der Um-

1) Geblieben waren von den Sachsen 3 Offiziere, 26 Mann, verwundet 8 Offiziere, 85 Mann, vermißt 37 Mann.

Digitized by Google

kehrung der Schanzen gegenüber von Sonderburg, die bis 10. Mai vollendet war, worauf die letzteren, ohne an den weiteren Operationen Antheil zu nehmen, im Sundewitt stehen blieben.

Während die Sachsen hier am Strande der Ostsee mit rühmlicher aber, wie nur zu bald klar wurde, vergeblicher Tapferkeit für die Ehre Deutschlands kämpften und dabei zugleich des Vortheils genossen den Wühlereien ihrer heimischen Demagogen entzogen zu sein, sorgte daheim der Unverstand der Radicalen dafür, daß die Nothwendigkeit eines strafferen Anziehens der Regierungszügel in immer weiteren Kreisen empfunden wurde. Zunächst war es nur die naturgemäße und durchaus berechtigte Reaction des gesunden Menschenverstandes und des beleidigten Anstandsgefühls gegen die in den Kammern sich breit machende Thorheit und Roheit, welche sich Geltung zu verschaffen suchte; aber hinter dieser erhob sich bereits immer kecker und bedrohlicher eine andere, welche, ausgehend von der Aristokratie und der Hofpartei, unter dem Vorgeben, daß sie das wahre Bollwerk des Thrones gegen die Anarchie sei, auf eine Wiederherstellung der Bevorrechtigung einzelner Classen und der bureaukratischen Bevormundung des Volkes hinarbeitete und die Ausschreitungen der Demokratie benutzte um das ganze parlamentarische Wesen zu verdächtigen. Ihre Preßorgane, der Freimüthige, später Freimüthige Sachsenzeitung, und die Fackel, ließen sich an Bissigkeit und Maßlosigkeit der Sprache mit den radicalen Blättern in einen unbeneidenswerthen Wettstreit ein [1]). Ein sehr bestimmt auftretendes Gerücht wollte wissen, eine Camarilla suche den König zu einem Staatsstreich, vielleicht gar nach Österreichs Beispiel zur Übertragung der Krone an den Prinzen Albert zu drängen. Zu den ersten Symptomen, durch welche sich der wiedererwachte Muth der conservativen Partei kundgab, gehörte eine öffentliche Erklärung des Offizierscorps, in welcher es „auf seine Ehre" seine ent-

1) Das Dresdner Journal war Ende 1848 von Pfordten zum halboffiziellen Organ gemacht worden.

Digitized by Google

schiedene Mißbilligung der vom Oberleutnant Müller in der Kammer entwickelten Ansichten über militärische Verhältnisse aussprach, was letzterem von seiten der dresdener Garnison eine Vertrauensadresse eintrug. Eine Adresse an den König aus Leipzig appellierte bereits an das Schwert; noch deutlicher redete eine zweite, von der Lausitz ausgehende, die den Thron in Gefahr erklärte und den König aufforderte, „da nöthig selbst die äußersten Mittel zu ergreifen um das sonst so glückliche Sachsen vor der unumschränkten Herrschaft einer Partei zu bewahren, welche Ehre, Wohlfahrt und Selbständigkeit des Vaterlandes ihren einseitigen und selbstsüchtigen Zwecken zu opfern kein Bedenken trage". Daß Held mit Berufung auf die Freiheit der Presse und des Petitionsrechtes sich weigerte, gegen die Urheber dieser Adresse einzuschreiten, war für die Radicalen ein neuer Grund zur Erbitterung gegen das Ministerium.

Den völligen Bruch führte die deutsche Frage herbei. Am 28. März war die Reichsverfassung in Frankfurt angenommen worden [1]); trotzdem, daß der König von Preußen, 3. April, die angetragene Kaiserkrone ablehnte und seinerseits die Forderung erhob, daß die Reichsverfassung nicht anders als durch Vereinbarung mit den Regierungen festgestellt werde, hielt die Nationalversammlung an ihrem Werke fest und unternahm es die Regierungen zur Annahme desselben zu zwingen. Auch die Linke sah man plötzlich zur Rettung des Grundsatzes der Volkssouverainetät für die zeither mit Hohn überschüttete Reichsverfassung in die Schranken treten und die Durchführung derselben auf das Banner ihrer Partei schreiben.

Die sächsische Linke gehorchte ebenfalls der neuen Parole. Von ihr war Heubner, Kreisamtmann zu Freiberg, wie überhaupt an Charakter und Bildung seine Parteigenossen überragend, der einzige, der niemals die Souverainetät der Nationalversammlung verleugnet hatte; er war daher allerdings

1) Von den Sachsen hatten nur fünf für das erbliche Kaiserthum gestimmt.

Digitized by Google

berufen auch jetzt für sie einzustehen. Am 12. April stellte er, unterstützt von Haben und Tzschucke, in der ersten Kammer den dringlichen Antrag auf sofortige Publication der Reichsverfassung. Er verhehlte seine Abneigung gegen das preußische Kaiserthum nicht; aber er beschwor seine Partei von dem verderblichen Widerstande abzulassen. „Ich frage Sie", rief er ihr zu, „wollen Sie sich auf Seite der großen Dynastien stellen, wollen Sie mit diesen gegen Ihr eigenes Fleisch und Blut kämpfen?" An Offenheit wenigstens ließ Schaffrath nichts zu wünschen, als er zwei Tage darauf denselben Antrag in der zweiten Kammer nur wegen des demokratischen Theils der Reichsverfassung empfahl. „Das Erbkaiserthum brauchen Sie nicht zu fürchten", versicherte er, „das kommt nicht zu Stande trotz aller Beschlüsse; noch viel weniger aber hat es Bestand; dieses ist todt geboren schon an sich!" Welchen Standpunkt das Ministerium in dieser Frage einnehme, konnte nicht zweifelhaft sein, seitdem am 8. März Beust sich ausdrücklich zu den Grundsätzen seiner Vorgänger, wie sie in den sächsischen Bemerkungen zur Reichsverfassung niedergelegt waren, bekannt hatte, ohne die Erklärung der Kammer, daß diese mit den Forderungen des deutschen Volks, den Ansichten und dem Willen der sächsischen Volksvertretung in entschiedenem Widerspruch stehe, weiterer Beachtung zu würdigen. Die Dinge waren jetzt an dem Punkte angekommen, wo sich die Wege des dynastischen und des demokratischen Particularismus schieden. Die Regierung „sah in der frankfurter Verfassung den Keim zu einer allgemeinen Auflösung der deutschen Staaten und des in ihnen geltenden monarchischen Princips; die einseitige Einführung derselben sei für ein einzelnes Land wie Sachsen unausführbar und würde dieses nur der Möglichkeit berauben sich bei den Verhandlungen über die Einigung Deutschlands thätig zu betheiligen." Dessenungeachtet wurde der Heubnersche Antrag in der ersten Kammer gegen eine Stimme, der Schaffrathsche in der zweiten gegen die 19 Stimmen der mit der monarchischen Spitze Unversöhnlichen angenommen; weitere Anträge auf Vereidigung des Militärs auf die Reichsverfassung, die

Digitized by Google

Aufforderung an die Regierung ihre gesamten Truppen der Centralgewalt zur Durchführung der Reichsverfassung zur Verfügung zu stellen, folgten unmittelbar. Wo es nur den Angriff auf das Ministerium galt, reichten sich beide Fractionen der Linken einträchtig die Hand. Das Decret vom 19. März wegen der verweigerten Abberufung des Gesandten in Wien wurde einem außerordentlichen Ausschusse zur Begutachtung überwiesen, um dann gestützt auf die Volkssympathien dem Ministerium ein eclatantes Mißtrauensvotum zu geben. Am 21. April erklärte die erste Kammer, nachdem sie in der Debatte die Regierung mit einer Fluth von Vorwürfen überschüttet hatte, daß sie in der Verzögerung der Ausführung ihrer früheren Beschlüsse ein die Ehre und die Selbständigkeit des sächsischen Volkes gefährdendes Regierungssystem und eine Unverträglichkeit mit den Bedingungen erblicke, unter welchen allein die Kammern mit der Regierung zum Wohle des Vaterlandes fortzuwirken im Stande seien, daß ferner die Regierung von ihr eine Genehmigung des Aufwandes für die fortgesetzte könneritzische Gesandtschaft nicht zu erwarten habe. Dieser Erklärung schloß sich am 23sten die zweite Kammer an; „die verweigerte Abberufung", rief Tzschirner, „ist der Fehdehandschuh, den die Reaction der Demokratie hinwirft; jetzt müssen wir zeigen, daß wir den Kampf siegreich aufnehmen. Das Ministerium muß in dieser Frage nachgeben oder wir sind verloren!" Zugleich nahm die Kammer nunmehr das am 28. März vertagte Mißtrauensvotum gegen 24 Stimmen an.

Das Ministerium Held war in Betreff der deutschen Frage keineswegs in sich einig. Die Minister Weinlig und v. Ehrenstein waren für Anerkennung der Reichsverfassung, v. Beust und Rabe erst dagegen; Held selbst schwankte; auch des Königs Entschluß scheint bis dahin noch nicht unabänderlich festgestanden zu haben. Denn wenn auch die Frage durch die Ablehnung des Königs von Preußen einen Theil ihrer praktischen Bedeutung verloren hatte, so war doch eben die mangelnde Zustimmung der deutschen Fürsten ein Hauptmotiv für jene

Digitized by Google

gewesen. Da konnte es nun den Widersachern der Reichsverfassung nicht anders als sehr willkommen sein, daß die Kammern selbst zu dem politischen Conflicte noch einen finanziellen heraufbeschworen, der jene der Nothwendigkeit überhob, den wahren Grund des unvermeidlich gewordenen Bruches, die Frage wegen Anerkennung der Reichsverfassung, zu nennen, für welche alle liberalen Parteien und damit die große Mehrheit des Volkes einstanden.

Dank der Festigkeit des sächsischen Staatscredits war es zwar während des gefährlichen Vorjahrs der Regierung möglich gewesen, allen Verbindlichkeiten ohne allzuerhebliche Vermehrung der Staatslasten zu genügen, dennoch hatte sie wegen des verspäteten Zusammentritts des Landtags um nicht den regelmäßigen Gang der Verwaltung zu unterbrechen durch Verordnung vom 18. December 1848 eigenmächtig die Forterhebung der Steuern verfügen müssen, statt aber dies auf eigene Verantwortlichkeit zu thun, sich dabei, da die Verfassung dafür keine Bestimmung bot, mit der höchst zweifelhaften Analogie des § 88 der Verfassung geholfen, der zwar provisorische Gesetzgebungs-, nicht aber Finanzmaßregeln autorisierte. Auf die dringenden Vorstellungen des Finanzministers Georgi hatte zwar die zweite Kammer, 7. Februar, das Ministerium zur Forterhebung der Steuern ermächtigt, jedoch, um nicht etwa einem anderen Ministerium dadurch Mittel zu gewähren, nur bis Ende Juni, auch die Principfrage, ob dasselbe zum Erlaß jener Verordnung befugt gewesen sei, offen gelassen. Nachdem aber mitterweile das Ministerium Held ans Ruder getreten war, zeigten die Kammern nicht übel Lust die finanzielle Verlegenheit desselben dazu zu benutzen um es entweder gefügiger zu machen oder aber unter dem Schein pflichtmäßiger Vertheidigung der Verfassung zum Rücktritt zu zwingen. Daher bewilligte zwar die erste Kammer, 8. März, ebenfalls das Steuerprovisorium, jedoch nur bis Ende April, und lehnte die nachträgliche Genehmigung der Verordnung vom 18. December als verfassungswidrig mit dem Zusatz ab, daß jedes fernere Steuerausschreiben als ein Verfassungsbruch anzusehen sei. Die

Digitized by Google

zweite Kammer trat, 15. März, diesen Beschlüssen bei. Allein das Ministerium weigerte sich jene Verordnung zurückzunehmen und bestand, da die Verabschiedung des Budgets noch weit aussehend sei, auf einer längeren Bewilligung (Decret vom 30. März). Die Linke begriff, daß sie mit einer directen Steuerverweigerung beim Volke wenig Anklang finden werde, mochte sich aber doch auch die Gelegenheit, dem Ministerium ihre Macht fühlen zu lassen, nicht entgehen lassen. Am 21. April bewilligte zwar die zweite Kammer die Steuern bis Ende September, erklärte aber zugleich das Verfahren der Regierung, die Verordnung vom 18. December ungeachtet des Beschlusses der Volksvertretung noch fortbestehen zu lassen, für eine Verletzung der Verfassung und beauftragte einen besonderen Ausschuß mit Erörterung der Frage, ob nicht deßhalb eine Anklage gegen das Ministerium zu erheben sei.

Allein die Kammermajorität war schon nicht mehr Herrin der Kräfte, die sie einst selbst entfesseln geholfen hatte. Die anarchischen Gelüste der Massen wie die wohl angelegten Pläne ihrer Führer drängten auf eine gewaltsame Katastrophe hin, die nicht bloß Sachsen sondern ganz Deutschland in den Strudel der Revolution hineinzureißen drohte und unter dem Deckmantel der Reichsverfassung den Sturz der Dynastien und die Proclamirung der allgemeinen Republik sich zum Ziel setzte. Der Plan zu der gleichzeitigen deutschen und czechischen Schilderhebung war von langer Hand her vorbereitet. Noch standen Zeit und Ort des Ausbruchs nicht fest. Aber schon in der Osterwoche hatte die Generalversammlung der demokratischen Bürgerwehrvereine in Voraussicht desselben beschlossen, unter Leitung des Abgeordneten, ehemaligen griechischen Oberstlieutenants Heinze eine Gesammtorganisation der sächsischen Bürgerwehren ins Leben zu rufen. Die am 22sten zu Dresden tagende Generalversammlung der Vaterlandsvereine war von der äußersten Linken ausersehen, um die Tags zuvor von der zweiten Kammer ausgesprochene Weiterbewilligung der Steuern durch einen Druck auf die erste Kammer wieder rückgängig zu machen. Umsonst widersprachen und warnten die Besonneneren;

Digitized by Google

mit großer Majorität wurde Tzschirners Antrag, die Volksvertretung zu ersuchen, dem gegenwärtigen Ministerium kein Steuerprovisorium mehr zu bewilligen, angenommen; der gemäßigtere der beiden Leipziger Vaterlandsvereine wurde förmlich ausgeschlossen, die extreme Partei proclamierte sich unter Tzschirner, Jäkel und Böttcher als demokratischer Vaterlandsverein, während die Ausgestoßenen sich theils als deutscher theils als Blum'scher Vaterlandsverein zusammenthaten.

Bis zum 27sten hatte das Ministerium noch keinen bestimmten Entschluß gefaßt. Als jedoch Präsident Joseph am 28sten den Bericht des Finanzausschusses über die Steuerverwilligung nicht auf die Tagesordnung des 30sten setzte und damit factisch die Steuerbewilligung über diesen Tag hinaus abgelehnt war, wurde noch desselben Tags das Auflösungsdecret den Präsidenten zugestellt und nebst einer Ansprache des Ministeriums an das Volk im Dresdener Journal veröffentlicht. Allein jene bestanden darauf, daß die Auflösung der Geschäftsordnung gemäß in den Kammern selbst ausgesprochen werde. Schleunigst stellte noch die erste Kammer vor Thorschluß durch Genehmigung der auf die Abberufung des Gesandten v. Könneritz bezüglichen Landtagsschrift dem Ministerium das zugedachte Mißtrauensvotum aus, trat auch in den obschwebenden Differenzpunkten über das Verfassungswerk den Beschlüssen der zweiten Kammer allenthalben bei. Kaum hatte der Präsident den Hammerschlag gethan, so trat der Regierungscommissar Todt in den Saal; bleich und mit bebender Lippe verlas er das Auflösungsdecret. Unter Hochs auf die Freiheit, die Einheit Deutschlands und die Reichsverfassung giengen die Kammern auseinander.

Der Würfel war gefallen; der Kampf sollte auf einem anderen Schauplatze ausgefochten werden. An sich würde die Auflösung dieser Kammern von allen Urtheilsfähigen nur mit Befriedigung begrüßt worden sein, hätte sie nicht durch den Umstand, daß sie erfolgte unmittelbar, nachdem die Nationalversammlung, 26. April, die Regierungen aufgefordert hatte, von dem Rechte der Kammerauflösung, so lange die Reichs-

Digitized by Google

verfassung nicht anerkannt sei, keinen Gebrauch zu machen, und durch ihr Zusammentreffen mit den Kammerauflösungen in Berlin und Hannover, welches auf einen gemeinsamen Plan der Regierungen schließen ließ, eine besondere Bedeutung erhalten. Der finanzielle Conflict verschwand hinter dem wahren Grunde, der Weigerung des Königs, die Reichsverfassung anzuerkennen. So kam es, daß mit Ausnahme der äußersten Rechten sich alle Parteien gegen die Regierung erklärten, daß auch von dem besten und loyalsten Theile der Bevölkerung Viele sich dem Sturm auf das Ministerium und den König anschlossen, um in ähnlicher Weise wie im März 1848 und, wie es jetzt bereits in 28 Staaten, zuletzt noch in Würtemberg geschehen war, auf friedlichem Wege dem Könige die Anerkennung abzuringen, durch die Zustimmung der Fürsten auch den König von Preußen zur Annahme der Kaiserkrone zu bewegen und so die Einheit Deutschlands zu erobern, die allein im Stande schien, den gähnenden Schlund der Revolution zu schließen. Ihr Bemühen scheiterte an der Widerstandskraft der Regierung und trug daher nur dazu bei das Gewicht der revolutionären Elemente zu verstärken und der ultrademokratischen Partei in die Hände zu arbeiten, für welche die Reichsverfassung nichts war als der Übergang zur Republik. Seltsam und bedenklich mußte es freilich erscheinen, daß dieselben Leute, die gestern noch die Reichsverfassung mit Koth beworfen und alles gethan hatten um sie unmöglich zu machen, heute plötzlich Gut und Blut für sie einzusetzen aufforderten. Aber es war schwer diese Gemeinschaft abzuweisen, wollte man nicht ganz auf das Werk des frankfurter Parlamentes verzichten, und die verwegenen Führer der republikanischen Partei säumten nicht die Gunst des Augenblicks für sich auszubeuten. Tzschirner und Helbig (Bürgermeister von Borna) eilten unmittelbar aus der Kammer nach Leipzig um das niedere Volk zum Widerstande gegen das volksfeindliche Ministerium aufzurufen, richteten jedoch nichts aus. Von Dresden aus erließen 12 Abgeordnete der Linken, 30. April, eine Protestation gegen jede Erhebung und Verwendung nicht verfassungsmäßig verwilligter Steuern, eine Er-

Digitized by Google

klärung von 67 Kammermitgliedern richtete sich gegen die Ansprache des Ministeriums, das es wage, sich über die Volksvertretung zu stellen. Unsinnige Gerüchte von angeblichen Siegen der Revolution in andern deutschen Staaten erhitzten die Köpfe, ein Maueranschlag des Abgeordneten Hausner aus Pirna rief das Volk zur Wachsamkeit gegen die metternichsche Politik der Fürstenhöfe auf.

Tags darauf, am 1. Mai, fand die erste revolutionäre Straßendemonstration statt [1]). Ein Zug von etwa 500 Köpfen setzte sich nach dem Justizministerium in Bewegung um dem Ministerpräsidenten die Erklärung zu überreichen, daß der demokratische Vaterlandsverein die deutsche Reichsverfassung als zu Recht bestehend anerkenne, seine Kräfte zu deren unbedingter Durchführung der Nationalversammlung zu Gebote stelle, jeden Widerstand gegen dieselbe von oben als revolutionären Act betrachte und das Ministerium für die Folgen einer solchen verantwortlich mache. Dr. Held verwies jedoch die Sprecher an die ebenfalls anwesenden Minister v. Beust und Rabenhorst, da er selbst sowie die Minister Weinlig und v. Ehrenstein ihre Entlassung eingereicht hätten, eine Kunde, welche die Menge mit lauten Hochs auf die Abgetretenen beantwortete. Es hatte also nach einigem Schwanken die Politik der Nichtanerkennung bei Hofe triumphiert. Daß die Circularnote vom 28. April, in welcher der König von Preußen die Kaiserkrone definitiv ablehnte, seine Mitfürsten zu einer gemeinsamen Vereinbarung über Aenderungen der Reichsverfassung aufforderte und ihnen, falls sie wegen der Ablehnung in ernstere Conflicte mit ihrem Volke gerathen sollten, seine bewaffnete Unterstützung versprach, daß die mündliche Botschaft, welche Flügeladjutant Prinz v. Croy am Abend des 30sten aus Berlin dem Könige Friedrich August

1) Zur Geschichte des Maiaufstandes sind hauptsächlich zu vergleichen: v. Montbé, Der Mai-Aufstand in Dresden (1850). — v. Walbersee, Der Kampf in Dresden im Mai 1849, mit besonderer Rücksicht auf die Mitwirkung der preußischen Truppen (1849). — Stadtrath Meisel, Die Ereignisse in Dresden vom 2.—9. Mai 1849. — Schladebach, Dresdens Barrikadenkampf vom 3.—9. Mai 1849, 2. Aufl.

Digitized by Google

überbrachte, in directer Beziehung zu dieser Entscheidung standen, ist unzweifelhaft. Eine Deputation des deutschen Vereins erhielt aus des Königs eigenem Munde die Antwort, daß er, fern von jedem persönlichen Interesse, zu jedem Opfer für das eigene Land wie für das deutsche Vaterland bereit sei, daß er aber die Ueberzeugung habe, die jetzt vorliegende Reichsverfassung könne nie zum Heile des Volkes dienen, und somit sei er entschlossen und verpflichtet, in dieser Angelegenheit mit Preußen zu gehen. Nachdem v. Carlowitz den Antrag zur Bildung eines neuen Cabinets abgelehnt hatte [1]), trat Geheimer Rath Dr. Zschinsky, der bereits nach Falkensteins Rücktritt im März 1848 das Departement des Innern auf kurze Zeit verwaltet hatte, 2. Mai, an die Spitze des Ministeriums des Widerstandes. Ein beschwichtigender Anschlag desselben mit der Versicherung, daß die Regierung für die Aufrichtigkeit ihres Strebens die Herstellung der deutschen Einheit nicht aufzuhalten den Beweis liefern werde, sobald nur die Anerkennung der Reichsverfassung von Seite Preußens erfolgt sein werde, that keine Wirkung; die Stadt nahm eine immer aufgeregtere Physiognomie an, Gerüchte von dem Einrücken preußischer und bairischer Truppen flogen durch das Straßengewühl, in welchem die Sturmvögel jeder damaligen Revolution, jene fremden Gesichter mit Schlapphut und blutrother Feder, untermischt mit einzelnen bewaffneten Communalgardisten und Turnern, immer häufiger auftauchten. Die demokratische Partei arbeitete mit dem größten Eifer daran, die Agitation auszubreiten und das Bürgerthum in die Bewegung hineinzuziehen. Den deutschen Vereinen blieb durch das kluge Zaudern seines Vorstandes, Advocat Schreuel, jeder unbedachte Schritt erspart; der Ausschuß des Vaterlandvereins dagegen rief das Volk offen zur Erhebung auf um die Anerkennung der Reichsverfassung zu erzwingen; drei seiner Mitglieder, beschloß er, sollten in Perma-

1) „aus Überdruß, den er an dem Ministerposten in Sachsen bekommen hatte, als er ihn anderthalb Jahr bekleidete", nach seinem eigenen Ausdrucke in der ersten Kammer 18. Februar 1850.

Digitized by Google

nenz bleiben um für die engere Leitung der Bewegung den Centralpunkt zu bilden. Am Nachmittag des 2ten fanden einer Aufforderung des Communalgarden-Ausschusses zufolge bataillonsweise Urversammlungen der Communalgarde statt, die sich, zum Theil sehr energisch, ebenfalls für die Reichsverfassung aussprachen; als feierliche Demonstration für dieselbe sollte eine große Parade stattfinden und, da der König am Morgen des 3ten gegen Deputationen der Städte Zwickau, Freiberg, Leipzig und Dresden den früheren abschlägigen Bescheid wiederholt hatte, so wurde beschlossen, die Parade um 1 Uhr abzuhalten, dabei die Antwort des Königs den Bataillonen bekannt zu machen und der Reichsverfassung ein Hoch zu bringen. In tumultuarischer Sitzung bestätigte am folgenden Morgen (3. Mai) der Ausschuß trotz des Widerspruchs des Commandanten, Kaufmann Lenz, den Beschluß der Bataillone. Allein das Generalcommando (v. Mandelsloh) erklärte einen solchen Schritt für ungesetzlich, worauf Lenz, außer Stand den Beschluß rückgängig zu machen, seine Entlassung gab, die jedoch in solchem Augenblicke nicht angenommen wurde. Der mittlerweile zusammenberufenen Communalgarde wurde die Antwort des Königs und das Verbot der Parade mitgetheilt, worauf der Commandant sie wieder entließ bis auf zwei Bataillone, die er zur Aufrechthaltung der Ordnung gegen die von Minute zu Minute stärker und aufgeregter sich sammelnden Haufen unter den Waffen behielt. Auch eine nochmalige Bitte der Communalgarde um Genehmigung der Parade wurde vom Könige abgeschlagen. Eine Deputation des Stadtraths verhandelte mit den beim Könige speisenden Ministern um womöglich noch die drohende Gefahr abzuwenden: während ihrer Unterredung erscholl ein Kanonenschuß, den Ausbruch des Kampfes verkündigend.

Ein tobender und schreiender Volkshaufe hatte den Versuch gemacht, sich des Zeughauses zu bemächtigen, das Oberst Dietrich mit 3 Compagnien Infanterie und 70 Mann Artillerie besetzt hielt. Durch die Ankunft der Turnerschar kühner gemacht, stößt der Haufen das Hofthor ein, die Soldaten

Digitized by Google

geben Feuer, vier Menschen fallen; doch auch das Feuer der Turner tödtet einen Leutenant und nöthigt die Besatzung ins Innere des Zeughauses zurückzuweichen. Der Anblick des vergossenen Bluts erhitzt das Volk bis zur Wuth; einer der Gefallenen wird mit entblößter Wunde und unter fortwährendem Rachegeschrei durch die Straßen und vor das Schloß gefahren; dann wirft sich das Volk aufs neue gegen das Zeughaus; ein vom Commandanten Lenz zum Schutze desselben entsendetes Bataillon Communalgarde macht Miene sich den Angreifern anzuschließen. Mit Hilfe eines Leiterwagens wird das Hauptthor eingestoßen; in demselben Augenblicke kracht, von einem Zimmermanne der Besatzung ohne Commando abgefeuert, ein Kartätschenschuß in den dichten Knäuel und streckt 20 Todte und Verwundete zu Boden. Schnell wird das Thor wieder verrammelt und das Zeughaus ist gerettet.

Während dieses ersten blutigen Vorganges hatten die Stadtverordneten in tumultuarischer Sitzung, an der auch Tzschirner und Helbig theilnahmen, die sofortige Ernennung eines Landesvertheidigungsausschusses decretiert; der Stadtrath lehnte zwar den Beitritt zu einem solchen Uebergriffe ab, schloß sich aber einer neuen Deputation an den König an. Nach Anhörung ihrer Bitte zog sich König Friedrich August zu letzter ernster Berathung in sein Cabinet zurück. „Ich bin", sagte er wieder heraustretend, „mit niemandem zu Rathe gegangen als mit meinem Gewissen; ich kann meinen Entschluß nicht ändern, ich habe mein Wort gegeben." Der letzte Versuch eines friedlichen Ausgleichs war gescheitert. Auf die Nachricht von dem Blutvergießen am Zeughause ließ Tzschirner Sturm läuten und befeuerte von dem mit der deutschen Fahne geschmückten Rathhausbalcon herab das Volk zur Bewaffnung und zum Bau von Barrikaden. Im Rathhause installierte sich ein Sicherheitsausschuß von drei Mitgliedern [1]) und enthob den protestierenden Magistrat seiner Functionen. Lenz, der sich vom Pöbel umringt und bedroht sah und für seine Befehle keinen Gehorsam mehr fand,

1) den Stadtverordneten Dr. Minkwitz, Prof. Richter und Dr. Köchly

Digitized by Google

legte jetzt das zum Spielwerk des Aufruhrs werdende Commando nochmals und definitiv nieder. Nur in Folge einer Verwechslung setzte der Sicherheitsausschuß den ältesten Bataillonschef, Advocat Heinz, an seine Stelle; erst als dieser sich des Versprechens, die Communalgarde nöthigenfalls auch gegen das Militär zu führen, weigerte, wurde der dieses Rufes längst gewärtige Oberstlieutenant Heinze zum Befehlshaber der bewaffneten Macht bestellt. Wohnung und Waarenlager des flüchtigen Commandanten Lenz fielen der Verwüstung durch den erbitterten Pöbel anheim; nach und nach bedeckte sich die Altstadt nach einem rasch von etlichen Polen entworfenen Plane mit Barrikaden; der Ausschuß der Vaterlandsvereine versandte eilends einen Aufruf an die verschiedenen Vereine des Landes, sich überall für die Reichsverfassung auszusprechen und sich auf eine möglicherweise in Dresden nöthig werdende große Volksversammlung gefaßt zu halten. Mit dem einbrechenden Abend meldeten Raketensignale nach dem Erzgebirge hin die begonnene Erhebung der Hauptstadt. Auf dem Rathhause arbeitete der Sicherheitsausschuß unter Tzschirners Leitung die Nacht hindurch an der Organisation des Aufstandes; die anwesenden Mitglieder des Stadtraths, die um wenigstens eine Art amtlicher Thätigkeit zu behaupten, sich in Permanenz erklärt hatten, sahen sich in einen Seitensaal verwiesen. Die Insurrection rechnete auf den Zuzug bewaffneter Bürgerwehren und anderer Freischärler, besonders aus dem Erzgebirge und Vogtlande, auf den Abfall der seit Jahresfrist mit allen Mitteln bearbeiteten Armee. Schon rückten einzelne Zuzüge unter dem Jubel der Massen zur Stadt herein.

Ueberhaupt aber war der ganze Aufstand kein improvisierter; es lag ihm ein lange und wohl berechneter Plan zu Grunde, nach welchem derselbe gleichzeitig in Sachsen, Baden, der Pfalz, Böhmen ꝛc. ausbrechen sollte und dessen Fäden der Russe Bakunin in der Hand hielt. Aus Preußen ausgewiesen war dieser Fanatiker des Umsturzes Ende 1848 nach Leipzig, von da nach Dresden gekommen, überall mit den Vorbereitungen zur Revolution beschäftigt. Eben war er nach Prag

Digitized by Google

unterwegs, dort die letzten Anordnungen für den auf den 10. Mai angesetzten Aufstand zu treffen, als der vorzeitige Ausbruch in Dresden ihn dorthin zurückrief und seine Berechnungen vereitelte.

Gegenüber dieser steigenden Fluth der Revolution war die Lage der Regierung eine höchst mißliche. Von der Armee, ihrer einzigen Stütze, deren den Anordnungen des Reichsministeriums entsprechende Vermehrung im Ministerrath abgeworfen worden war, stand die größere Hälfte in Schleswig, von dem wenig über 4800 Mann betragenden Reste befanden sich in Dresden nur 1880 Mann mit 6 bespannten und 9 unbespannten Geschützen, alles Uebrige stand theils in Leipzig, theils im Erzgebirge und Vogtlande, wo die Regierung eine Schilderhebung viel eher als in der Hauptstadt erwartet hatte. Sobald sie sich aber überzeugte, daß es sich hier um mehr als einen bloßen Straßencrawall handele, entschloß sie sich, selbst auf die Gefahr hin, das übrige Land durch Entblößung von Truppen möglichenfalls der Revolution preiszugeben, alle erreichbaren Streitkräfte in der Hauptstadt zu concentrieren um wenigstens diese auf alle Fälle zu halten. Während also Boten nach Leipzig und Chemnitz eilten um die dortigen Garnisonen so schnell wie möglich herbeizuziehen, ließ der Gouverneur, Generalmajor v. Schulz, das königliche Schloß durch eine starke Infanterieabtheilung unter Oberst v. Friderici besetzen, die Zeughausbesatzung durch alle in der Neustadt disponible Mannschaft verstärken; aus Radeberg rückte eine reitende Batterie ein. Im Uebrigen verhielten sich die Truppen passiv, in ihren Stellungen das Eintreffen der Verstärkungen erwartend. Auf diplomatischem Wege hatte die Regierung für den äußersten Fall sich preußischer Hilfe versichert, aber, um dieselbe nicht ohne Noth ins Land zu ziehen, dem in Görlitz commandierenden Offizier die Weisung geschickt, nicht vor weiterer Requisition in Sachsen einzurücken. Da aber die Unzulänglichkeit der eigenen Kräfte immer deutlicher hervortrat, sendete sie noch am Abend des 3ten den Oberleutenant Funke nach Berlin um sich der fremden Hilfe direct und möglichst rasch zu versichern. Die

Digitized by Google

Minister blieben die ganze Nacht im Schlosse, mit Ungeduld auf das Eintreffen der leipziger Schützen wartend. Ihr Ausbleiben, das ernstliche Besorgnisse erregte, entschied endlich den lange verzögerten Entschluß des Königs zu fliehen. Morgens 4 Uhr begaben er und die Königin sich in Begleitung der Minister in die Neustadt und fuhren von da mittelst Dampfschiff nach dem Königstein, wo bereits vor ihnen Prinz Johann von Weesenstein eingetroffen war.

Kaum hatte sich die königliche Familie entfernt, als Sturmgeläute und Generalmarsch den Beginn des Angriffs von Seiten der Insurgenten verkündeten. Derselbe richtete sich gegen das Schloß, begegnete jedoch hier einer so nachdrücklichen Zurückweisung, daß er während des ganzen weiteren Kampfes nicht wiederholt wurde. Um womöglich eine Einstellung der Feindseligkeiten von den Ministern zu erlangen begab sich eine Deputation der Stadtbehörden nach dem Schlosse und, als sie hier die Gesuchten nicht fand, unter freiem Geleite nach der Neustadt; sie wendete sich an den Gouverneur, der sich mit ihr in Unterhandlung einließ und sich mündlich gegen sie verpflichtete, unter der Bedingung, daß Schloß und Zeughaus unangefochten, die Verbindung mit dem letzteren frei und der Schloßplatz neutral bleibe, die Reiterei und die Geschütze auf die Brücke zurückzuziehen. Dieses der augenblicklichen Rathlosigkeit und Schwäche entsprungene Zugeständniß kam den Insurgenten in hohem Maße zu statten. Nicht nur, daß sie dadurch Zeit gewannen den Bau der Barrikaden zu vollenden und im freundlichen Verkehr mit den Truppen die Künste der Verführung an ihnen zu erproben, die bei dieser Gelegenheit kund gewordene Entfernung des Königs und der Minister, durch welche factisch allerdings Stadt und Land eine Zeit lang ohne Regierung waren, da niemand wußte, wo sie sich befand, lieferten den erwünschtesten Vorwand um zu der schon Tags vorher beschlossenen Einsetzung einer provisorischen Regierung zu schreiten, daher auch zur Wiederlangung des Königs durchaus nichts Ernstliches gethan wurde. Eine von 20 Kammermitgliedern unterzeichnete Aufforderung entbot sämtliche noch in

Digitized by Google

Dresden anwesende Abgeordnete auf Nachmittags 2 Uhr auf das Rathhaus; nachdem hier ein vermittelnder Antrag, neben Todt und Heubner den Gouverneur v. Schulz in diese Behörde aufzunehmen und derselben die Regierung nur bis zur Rückkehr des Königs zu übertragen, nach stürmischen Debatten verworfen worden war, wurden auf Köchly's Vorschlag Todt, Heubner und Tzschirner als Vertreter der drei Fractionen der Linken durch Acclamation zu Mitgliedern der provisorischen Regierung gewählt, der der Sicherheitsausschuß sofort den Platz räumte. Ihre Einsetzung wurde dem Volke feierlich kund gemacht; auf dem Markte nahm Tzschirner die Vereidigung der Mitglieder auf die Reichsverfassung vor.

Allein dieser Schritt brachte keineswegs den gehofften Eindruck hervor. Hatten schon vorher die Gemäßigten, sobald sie auf der einen Seite alle ihre Bemühungen beim Könige scheitern, auf der andern den Radicalismus zur offenen Gewalt übergehen sahen, sich größentheils zurückgezogen, so wurden jetzt auch noch die wenigen Schwankenden, ja fast das gesamte Bürgerthum durch einen solchen äußersten Act der Auflehnung, besonders aber durch Tzschirners Namen zurückgeschreckt. Trotz alles Sturmläutens und Generalmarschschlagens war von jetzt ab die Communalgarde nicht mehr aus den Häusern zu bringen; auch von den auswärtigen Communalgarden, welche in dem Glauben herbeigeeilt waren, es handle sich nur um eine großartige bewaffnete Demonstration um der Reichsverfassung Anerkennung zu verschaffen, kehrten viele um, als sie aus Tzschirners Namen die eigentliche Bedeutung der Bewegung und die Gewißheit ernstlichen Kampfes erkannten. Von diesem Augenblicke nahm daher die Erhebung einen ganz andern Charakter an. Die so schnöde mißbrauchte Fahne der Reichsverfassung ward bei Seite geworfen, es begann die republikanisch-socialistische Erhebung. „Endlich", jubelte die Dresdener Zeitung, „verläßt man den abgeschmackten Boden des Gesetzes, die Scheu vor Antastung des Privateigenthums, und erkennt den revolutionären als den einzigen gesetzlichen an!" Tzschirner mit seinem wilden Fanatismus und seiner gespreizten Eitelkeit

Digitized by Google

drängte seine beiden Collegen bald tief in den Hintergrund; er gefiel sich als Dictator aufzutreten, während er doch nur die Drathpuppe war, die Bakunin's Arm bewegte. Unter solchen Umständen konnte die Mission des von der Centralgewalt zum Reichscommissar für Dresden ernannten weimarischen Ministers v. Watzdorf nicht anders als vergeblich sein.

Commandant Heinze begab sich als Parlamentär ins Blockhaus um dort die Anerkennung der provisorischen Regierung seitens der Militärgewalt zu erwirken, was freilich nicht gelang. Bessern Erfolg hatte ein zweiter Parlamentär am Zeughaus; zwar die geforderte Übergabe desselben wurde ebenfalls verweigert; um aber das Zeughaus vor einem in diesem Augenblicke höchst gefährlichen Angriffe zu schützen und sich mittlerweile der Besatzung, welche durch Anstrengung und Mangel an Lebensmitteln erschöpft Spuren von Unzuverlässigkeit zu zeigen begann, wieder versichern zu können, gieng Oberst Dietrich auf ein Abkommen ein, durch welches das Zeughaus für neutral erklärt, die Wache daselbst aber zur Hälfte mit Communalgarden besetzt wurde. Sogleich ließ die provisorische Regierung triumphierend bekannt machen, das Zeughaus sei übergeben und von Bürgerwehren und Militär gemeinschaftlich als Nationaleigenthum besetzt worden; sie fand damit um so leichter Glauben, da der mit der Meldung des Geschehenen an das Gouvernement abgeschickte Hauptmann v. Rorscheidt, geistig und körperlich erschöpft, sich aufs Rathhaus vor die provisorische Regierung locken und mit der weißen Binde um den Arm dem Volke hatte zeigen lassen. Es waren Stunden voll banger, schwerer Sorge. Handelten die Aufständischen mit Energie und Geschick, so schwebte das Zeughaus mit seinem kostbaren Inhalt in höchster Gefahr vollständig verloren zu gehen und unabsehbares Unheil war dann die Folge. Zum Glück gieng ihnen beides ab; und schon vollzog sich der Umschwung, der der Regierung das Übergewicht über die Empörung verlieh.

Zunächst traf nachmittags 2 Uhr die so sehnsüchtig erwartete leichte Infanterie aus Leipzig ein. Dort war die Garnison beim Eintreffen des Befehls, nach Dresden zu eilen,

Digitized by Google

der Messe wegen fast sämtlich beurlaubt; eine Alarmierung bei der aufgeregten Stimmung der Stadt völlig unthunlich, ihr Abmarsch daher vor abends 7 Uhr unausführbar. Wie bedenklich es aber auch scheinen mußte während der Messe und bei der herrschenden Gährung die Stadt gänzlich zu entblößen, so hielt sich der Commandant dennoch für verpflichtet, einem so bestimmt gehaltenen Befehle unbedingt zu gehorchen. Der Commandant der Communalgarde, Dr. Neumeister, verbürgte sich für die Aufrechthaltung der Ordnung. Sobald jedoch die bevorstehende Abfahrt der Garnison nach Dresden ruchbar wurde, rotteten sich dichte Haufen zusammen, versperrten den Zugang zum Bahnhof, rissen die Schienen auf, so daß die Truppen einen weiten Umweg bis Borsdorf machen mußten um die Bahn und die nöthigen Transportmittel zur Fahrt nach Dresden zu erreichen, wo ihre Ankunft den sinkenden Muth der schwachen Besatzung nicht wenig belebte.

Sodann langten noch vor Abend die Minister Rabenhorst und v. Beust, mit unbedingter Vollmacht versehen, im Blockhause an, während Zschinsky beim Könige blieb. Mit Rücksicht auf die abgeschlossene Convention verschob der Kriegsminister die Ausführung seiner Absicht, vor allem das Zeughaus durch ausschließlich militärische Macht sicherzustellen, bis zum nächsten Morgen. Auf die Meldung, daß der Sitz der Regierung sich wieder im Blockhause befinde, erschien alsbald dort eine Deputation des Stadtrathes, um womöglich der Anwendung von Gewalt vorzubeugen; da sie aber die von den Ministern gestellte Bedingung, daß der Stadtrath die dem König treu gebliebenen Einwohner vereinige um den Aufstand zu dämpfen, als unausführbar ablehnen mußte, nahm sie nur den Bescheid mit fort, daß unter solchen Umständen die eingeleiteten Gewaltmaßregeln unbedingt und unverzüglich, wenn auch mit möglichster Schonung der Stadt zur Ausführung gebracht werden müßten. Um Mitternacht trafen zwei Bataillone vom Leibregiment ein, dem am Morgen das dritte aus Schneeberg folgte, und früh um 4 Uhr konnte Oberst Dietrich melden, daß auch das Zeughaus wieder vertheidigungsfähig, die Besatzung, der verschie-

Digitized by Google

dene Versuche der provisorischen Regierung sich der geschlossenen Convention zuwider Waffen aus dem Zeughause zu verschaffen, vollends die Augen geöffnet hatten, wieder vollkommen zuverlässig sei. Dagegen blieb die preußische Hilfe noch immer aus und es stellte sich heraus, daß sie nicht so schnell geleistet werden konnte, wie man gehofft hatte. Weder in Schlesien noch in der Mark und Thüringen waren bei der dort herrschenden Aufregung Truppen entbehrlich, die bei Görlitz sich sammelnde, nach Sachsen bestimmte Landwehr-Division Holleben war erst im Beginn ihrer Formation; Oberleutnant Funke, der, nachdem er sich in Röderau die Weiterfahrt von dem widerspänstigen Eisenbahnpersonal hatte erzwingen müssen, erst am Abend des 4ten in Berlin anlangte, erhielt jedoch dort vom Grafen Brandenburg die Zusage, daß mit dem nächsten Morgen die erste Hilfssendung abgehen solle.

Vorläufig sah sich daher die Regierung, als sie am Morgen des 5. Mai durch eine Proclamation des Königs und einen Protest des Ministeriums das erste Lebenszeichen gab, auf ihre eigenen geringen Streitkräfte angewiesen, von denen noch ein beträchtlicher Theil in Reserve bleiben mußte um die unzuverlässige Neu- und Antonstadt im Zaume zu halten. Der Oberbefehl über diese Truppen, im Ganzen 2800 Mann mit 10 bespannten und 9 unbespannten Geschützen wurde dem General v. Schirnding, einem Veteran aus den napoleonischen Kriegen, übertragen. Diesem kleinen Häuflein standen ungefähr 10000 Aufständische gegenüber, fast durchweg mit Feuergewehren, eine nicht geringe Zahl mit Zündnadelgewehren und Spitzkugelbüchsen versehen. Die Turnerscharen bildeten ein disciplinirtes, gut bewaffnetes Corps, Munition lieferte die Pulvermühle, deren man sich bemächtigt hatte; die Bergleute des plauenschen Grundes, uneingedenk der sonst sprichwörtlichen loyalen Biederkeit ihres Standes, führten sogar vier Zweipfünder mit sich. Die Insurgenten befanden sich im Besitze der ganzen Altstadt mit alleiniger Ausnahme des Schlosses mit seinen Nachbargebäuden und des Zeughauses; der Bau von 108 Barrikaden, zu welchen die Granittrottoirs das Material

Digitized by Google

hergaben, war unter der Leitung des Hofbaumeister Semper kunstgerecht ausgeführt und während der Nacht so ziemlich beendigt [1]), ihre Besatzung und Vertheidigung durch eine besondere Barrikadenordnung geregelt, die Fenster und Erker der Nebenhäuser zu gedeckten Ständen für Scharfschützen vorgerichtet, die Schleusenlöcher um das Manoeuvrieren der Kavalerie zu erschweren abgedeckt worden; das Centrum dieser festen Stellung bildete der Altmarkt. Allein trotz dieser furchtbaren Vorbereitungen fehlte es der provisorischen Regierung nicht nur an einem umfassend angelegten Plane für die Durchführung des Aufstandes sondern namentlich auch an strategisch gebildeten, umsichtigen und energischen Führern ihrer Kämpfer. Nirgends herrschte daher in ihren Maßnahmen Einheit und Zusammenhang und die unerschrockene und todverachtende Kampflust Einzelner, besonders der Turner, konnte unter diesen Umständen nur zu einem nutzlosen Blutvergießen führen. Statt einen kräftigen Angriff auszuführen, so lange sie noch die Übermacht besaß, verließ sich die provisorische Regierung, sicher gemacht durch die bisherige Unthätigkeit der Staatsgewalt, auf den Abfall der Armee und, im Fall sie selbst angegriffen würde, auf die Uneinnehmbarkeit ihrer Stellungen, sie versäumte insbesondere das Zeughaus vollständig zu isolieren und die die Brücke beherrschende brühlsche Terrasse zu besetzen.

Die Regierung ihrerseits hatte sich zu einem regelrechten Angriff entschlossen. Durch ein Vordringen auf beiden Flügeln sollte die Altstadt mit einem sich allmählich zangenartig schließenden Bogen umfaßt werden, wodurch man nicht allein die Stadt möglichst schonen sondern auch der Rädelsführer sich bemächtigen zu können hoffte. Die Aufgabe, die Verbindung der Insurrection mit den rückwärts gelegenen Landestheilen durch Cernierung der Altstadt abzuschneiden, fiel der Reiterei zu; die Pulvermagazine vor der Friedrichsstadt waren ebenfalls durch

1) Die festesten dieser Bollwerke erhoben sich in der Schloßgasse, an den westlichen Ausgängen der wilsdruffer und der Scheffel-Gasse und an der Mündung der Moritzstraße auf den Neumarkt.

Digitized by Google

ein Detachement Kavalerie ausreichend geschützt. Die Truppen, der langen Unthätigkeit müde, begrüßten die Vorbereitungen zum Angriff mit lauter Freude und zeigten sich vom besten Geiste beseelt. Um zunächst das Zeughaus vollständig zu sichern rückten vier Compagnieen Schützen auf die Terrasse, drei Compagnieen Regiment Albert mit einer Batterie stellten sich auf dem Schloßplatz auf. Diese Bewegungen betrachtete die provisorische Regierung, obgleich das Kleingewehrfeuer von und nach dem Schlosse schon seit früh 4 Uhr währte, als einen Bruch der Convention; sie ließ dem General v. Schirnding erklären, daß sie den Waffenstillstand als gekündigt ansehe.

Der eigentliche Angriff begann um 2 Uhr auf dem linken Flügel mit der Besetzung des brühlschen Palais und des Finanzhauses [1]). Die Barrikaden am Moritzmonumente und an der kleinen Schießgasse wurden in raschem Anlauf genommen, die an der Frauenkirche auf Zureden des Professor Richter von den Vertheidigern freiwillig verlassen; eine Abtheilung Jäger nistete sich in der Bildergalerie ein um von dort den weittragenden Büchsen der Insurgenten auf der Südseite des Neumarkts besser entgegenwirken zu können. Im Centrum begann um 5 Uhr ein Geschütz durch das Georgenthor gegen die Barrikade in der Schloßgasse, ein zweites von der Augustusstraße aus gegen die an der Moritzstraße zu feuern, beide ohne durchschlagende Wirkung; der rechte Flügel begnügte sich durch einen Bajonnettangriff den Zwingerwall den Turnern zu entreißen und trotz des heftigen Feuers aus den umgebenden Gebäuden zu behaupten. Endlich erschien nun auch die erste preußische Hilfe, das Füsilierbataillon Kaiser Alexander unter Oberstleutnant Graf Waldersee, nachdem es unterwegs mit einer Menge von Aufenthalten und absichtlich ihm in den Weg gelegten Hindernissen zu kämpfen gehabt hatte. Ihre Ankunft

1) Leutnant Kritz von der Zeughausbesatzung, erschüttert durch die wechselnden Eindrücke der letzten Tage, tödtete sich selbst durch einen Schuß.

Digitized by Google

hob die Zuversicht und den Muth der Truppen mächtig, desto niederschlagender wirkte ihre Erscheinung auf die Insurgenten als der Vorbote noch weiter zu erwartender Verstärkungen [1]). An einen Sieg war für diese schon jetzt nicht mehr zu denken. Todt entzog sich dem Schauplatz des Kampfes, indem er sich am folgenden Morgen nach Frankfurt versenden ließ um von der Nationalversammlung Reichstruppen zur Unterstützung des Aufstandes zu erbitten; nach seiner Entfernung war Heubner um so weniger im Stande, dem wachsenden Terrorismus Tzschirners und Bakunins die Wage zu halten. Die Lage des Stadtraths war seit dem Ausbruche des Kampfes immer schwieriger geworden. Zwar hatte die Regierung alle Behörden angewiesen, sobald sie in der Altstadt in ihrer Wirksamkeit gehindert würden, sich nach der Neustadt zurückzuziehen; dennoch aber und obgleich Heubner ihnen erklärte, nicht einstehen zu können, daß nicht zuletzt das Rathhaus gegen das Militär vertheidigt werden würde, beschlossen die noch fungierenden Mitglieder desselben einstimmig, zur Wahrung der communalen Interessen so lange wie nur irgend möglich auf ihrem Posten auszuharren. Hauptsächlich war ihre Thätigkeit darauf gerichtet, das durch Anhäufung eines großen Pulvervorraths im höchsten Grade gefährdete Rathhaus mit seinen Documenten und Depositen zu sichern [2]) und den Brandlegungen „aus strategischen

1) „Von preußischen Truppen aus Berlin und Umgegend nahmen am Kampfe in Dresden Theil: das erste und das Füsilier-Bataillon Kaiser Alexander, das Füsilierbataillon des 24. Infanterieregiments und ein Pionierdetachement, im Ganzen etwa 2200 Mann. Die größte Stärke der in Dresden überhaupt gleichzeitig verwendeten Truppen, die Reiterei ungerechnet, betrug 5000 Mann." v. Walbersee, S. 8.

2) Im Hofe des Rathhauses, in unmittelbarer Nähe von 20 Centnern Pulver, ließ Röckel Pech sieden und Pechkränze winden. Diese Anstalten wurden zwar auf die Gegenvorstellungen der Stadträthe eingestellt, doch erhielten die Barrikadencommandanten die zweideutige Weisung, „sie hätten in Bezug auf den Wunsch der Gemeindevertreter die Gebäude mit Inbrandsteckung zu verschonen und nach möglichst schonender Überlegung zu handeln, jedoch ohne daß ihnen von der provisorischen Regierung eine Beschränkung auferlegt werde". Auf die dringenden Vorstellungen des

Digitized by Google

Gründen" Einhalt zu thun; denn schon am Abend des 4ten war der Anschlag entworfen, das Schloß und das Prinzenpalais mit Hilfe von Pechkränzen, Terpentin und Spiritus in Brand zu stecken. Sie erließen an die Bewohner der Umgegend die Aufforderung Lebensmittel in die Stadt zu bringen und auf die Nachricht, daß der Kriegsminister einer Abordnung des neustädter Sicherheitsausschusses erklärt habe, er könne nur mit einer Deputation der gesetzlichen Behörde verhandeln, ließen sie sichs nicht verdrießen, nochmals bei den Ministern den Versuch zu einer Verständigung zu wiederholen [1]). Doch zeigten sich letztere sehr spröde; nach langem Verhandeln bezeichneten sie als die Bedingungen, unter denen die Feindseligkeiten eingestellt werden sollten: Auslieferung der Rädelsführer, besonders der Mitglieder der provisorischen Regierung, Ablieferung der Waffen und Wegräumung der Barrikaden binnen 24 Stunden, Wiederherstellung der Straßen binnen 48 Stunden, Haftbarmachung der Stadt für den durch die Dämpfung des Aufstandes erwachsenen Aufwand. Die Deputierten theilten zwar diese Bedingungen der provisorischen Regierung mit, wie erklärlich erfolgte aber keine Antwort darauf.

Am folgenden Morgen, dem 6ten, begann das Feuer gegen das Schloß schon nach 3 Uhr wieder mit Heftigkeit, gleichzeitig wurde durch Bergleute ein vergeblicher Versuch gemacht es zu unterminieren. Das Opernhaus, das nach dem Verluste des Zwingerwalls nicht mehr zu halten war, befahl die provisorische Regierung anzuzünden; mit ihm verbrannten nicht nur die Garderobe und die Decorationen des Hoftheaters sondern in dem vom Feuer ergriffenen Zwingerpavillon auch das ganze, zum Theil unersetzliche Naturaliencabinet; das sehr gefährdete Prinzenpalais jedoch blieb glücklicherweise verschont.

Stadtraths Meisel um Verlegung des Pulvermagazins, da im Falle einer Explosion eine Menge Häuser den Untergang finden würden, antwortete Bakunin: „Was Häuser! Mögen sie in die Luft fliegen!"

1) Auch Oberländer hatte dies am Vormittag des 5ten versucht; im Ministerium abgewiesen, begab er sich auf den Königstein, fand aber auch dort kein Gehör.

Digitized by Google

Angesichts der sich mehrenden Verluste der Truppen brachte Graf Waldersee ein Bombardement in Vorschlag; da aber die Minister vor einer Maßregel zurückbebten, die unermeßliches Verderben über die Stadt bringen konnte ohne doch bei der massiven Bauart der Häuser einen sicheren Erfolg zu versprechen, behielt man das bisherige Verfahren bei. Der Natur der Sache nach zerfiel der Kampf in eine Menge Einzelgefechte, bei denen die Truppen durchaus in keiner taktischen Ordnung bleiben konnten. Auf dem rechten Flügel, wo das Thurmhaus, die Spiegelfabrik und die Sophienkirche den Aufständischen drei höchst günstig gelegene Stützpunkte gaben, wurden alle Anstrengungen der Truppen, dem Umsichgreifen des Brandes Einhalt zu thun, durch die im Thurmhause postierten Scharfschützen vereitelt, die, obgleich der obere Theil desselben vom Geschütz erschüttert dem Einsturz drohte, aus den übrigen Stockwerken mit großer Kaltblütigkeit ein unausgesetztes Feuer unterhielten, so daß die Truppen hier keinen namhaften Vortheil zu erringen vermochten. Dem Schlosse und dem Prinzenpalais suchten die Insurgenten jetzt durch Brandlegung in der Brüdergasse beizukommen, doch wurde man dieses Brandes Herr. Leider erhielt der Commandant der Artillerie, Generalmajor Homilius, auf dem Schloßplatze durch ein aus einem Zweipfünder abgefeuertes Eisenstück eine tödliche Verwundung. Auf dem linken Flügel begann Major v. Reitzenstein, von einem Haus zum andern durchbrechend, statt des Straßenkampfes einen Häuserkrieg, der ein sicheres und mit geringerem Verluste verbundenes Vorgehen gestattete; gegen 2 Uhr nachmittags fiel durch die Erstürmung des Hôtel de Saxe und der Stadt Rom [1]) der ganze Neumarkt in die Gewalt der Truppen, doch war in den engen Gassen oft nur die eine Häuserreihe von ihnen, die andere von den Insurgenten besetzt, so daß sich beide in nächster Nähe und mit gespanntester Aufmerksamkeit gegenüberstanden;

1) Ein in Stadt Rom wohnender Prinz von Schwarzburg-Rudolstadt wurde dabei durch eigene Unvorsichtigkeit nebst seinem Kammerdiener von den eindringenden Soldaten niedergemacht.

Digitized by Google

die Wegnahme des Landhauses stellte die Verbindung mit dem äußersten linken Flügel her. So schloß sich der eiserne Ring immer enger um die Insurgenten zusammen.

Am folgenden Morgen nahm der rechte Flügel im Sturm nacheinander das Thurmhaus, die Sophienkirche und die Spiegelfabrik, wodurch die Aufständischen genöthigt wurden den wilsdruffer Platz aufzugeben; vom linken Flügel her arbeiteten sich die Truppen unermüdlich durch die Häuser vorwärts, theils in der Richtung nach der Schloßgasse theils bis zum Gewandhause hin. Am Vormittag traf, ebenfalls unterwegs vielfach aufgehalten, das Bataillon Hülsen aus Berlin ein und noch am späten Abend brachte ein Dampfboot nach einer nicht ungefährlichen Fahrt einen Vorrath Munition vom Königstein in die Neustadt.

Der Aufstand neigte sich unverkennbar dem Erlöschen zu. Außer Fremden sah man nur noch Gesindel und Turner an den Barrikaden; der Glaube an die Möglichkeit eines Sieges sowie an die Fähigkeit der Führer war stark im Schwinden. Ausgesprengte Gerüchte von dem angeblichen Umsichgreifen der Revolution im übrigen Lande verfingen nicht mehr, einzelne Freischaren zogen wieder ab und der unter Androhung der ernstesten Strafen allen Ortsbehörden zugefertigte Befehl der provisorischen Regierung, sofort ihre sämtliche Bürgerwehr auf zu requirierenden Wagen nach Dresden zu senden, fand nirgends Beachtung. Gegen Abend verließen die Kämpfer scharenweise die Stadt unter dem Vorgeben gegen die cernierende Reiterei auszuziehen, doch fiel ihnen nur in Kesselsdorf ein Detachement von zehn Mann in die Hände. Dagegen ließ sich spät Abends der Obercommandant Heinze, angeblich auf einer Recognoscierung begriffen, auf dem pirnaischen Platze gefangen nehmen; in der Nacht wurde auch Röckel durch die Kavalerie aufgegriffen.

Der Kampf hatte an den beiden letzten Tagen den Charakter äußerster Erbitterung angenommen. Die Truppen kannten keine Schonung mehr gegen Feinde, die ihnen immer nur aus dem Hinterhalte ihre todbringenden Geschosse — oft Nägel und gehacktes Blei — zusandten. Je länger das Gefecht dauerte, desto

Digitized by Google

schwerer waren die durch den Anblick der blutigen Scenen abgestumpften Soldaten zu zügeln, und namentlich im Innern der Häuser, wo eine Überwachung nicht möglich war, mag ihrer erbarmungslosen Wuth manches unnöthige Opfer gefallen sein. Manche hatten auch die den Cernierungstruppen gegebene Weisung, die Regierung nicht unnöthigerweise mit Gefangenen zu belästigen und das Hauptaugenmerk nur auf das Habhaftwerden der Rädelsführer zu richten, falsch verstanden und der Kriegsminister mußte den erbitterten Soldaten in Erinnerung bringen, daß Unbewaffnete und Gefangene unter dem Schutze der Gesetze und der bewaffneten Macht stünden. Nach fünf Tagen ununterbrochener Anstrengung und vier ohne eigentliche Ruhe, meist unter Gewehr, zum Theil im Regen zugebrachten Nächten war jedoch die Erschöpfung so groß, daß General v. Schirnding es für unumgänglich hielt ihnen eine Rast zu gönnen. Er ließ daher, obgleich in der Frühe des 8ten noch das Füsilierbataillon des 24. Infanterieregiments aus Berlin eintraf, den Angriff an diesem Tage nicht fortsetzen; soweit thunlich wurden die Truppen auf der ganzen Linie abgelöst, nur bei den Sachsen konnte dies wegen ihrer Schwäche und der weiten Ausdehnung ihrer Stellung nicht vollständig geschehen; auch dauerte das Feuergefecht trotzdem ununterbrochen fort. Das Ministerium, welches am 6ten durch die Ernennung des Regierungsraths Rich. v. Friesen zum Minister des Innern verstärkt [1]) und vom Könige ermächtigt worden war alle unaufschiebbaren Regierungshandlungen auch ohne seine eingeholte Entschließung vorzunehmen, verhing den Kriegszustand über Dresden und drei Meilen im Umkreis und ernannte den General v. Schirnding zum Oberbefehlshaber der bewaffneten Macht, während dem Generalmajor v. Mangoldt das Commando

1) „Fürchtet keine Reaction", rief der neuernannte Minister in einer Bekanntmachung vom 7. Mai dem Volke zu, „keine Verletzung der Verfassung, keine Beschränkung der Freiheit, wir gehen zu demselben Ziele der festen Begründung einer deutschen Verfassung. Wir werden sie nur erreichen, wenn wir den Weg des unerschütterlichen, unbeugsamen Rechts nicht verlassen."

Digitized by Google

über die durch Heranziehung verschiedener Abtheilungen verstärkten Cernierungstruppen auf dem linken Elbufer übertragen wurde.

Eine Zeit lang suchte noch die provisorische Regierung die Hoffnungslosigkeit ihrer Lage unter dem Schein fester Zuversicht zu verbergen; insgeheim erwog sie jedoch schon, ob sie die Intervention der englischen und französischen Gesandtschaft anrufen oder ihren Sitz in eine Provinzialstadt verlegen solle. Früh 3 Uhr des 9. Mai, fast in demselben Augenblicke, wo die Truppen durch einen letzten entscheidenden Angriff rechts die Barrikade an der wilsdruffer Gasse, die Post und das Polytechnikum nahmen, von links auf allen Punkten gegen den Altmarkt vordrangen, trat sie nebst Bakunin unter einer von Heinze's Nachfolger, einem Schriftsetzer Born aus Leipzig, befehligten Escorte von Barrikadenkämpfern den Rückzug auf dem einzig noch offen gebliebenen Wege nach Freiberg an, das zum vorläufigen Sammelplatz bestimmt war. Noch beharrte ein Theil der Insurgenten, ohne Kenntniß von diesem Abzug, auf ihren Posten, bis um 8 Uhr dreimal drei Glockenschläge ihnen das Zeichen zum allgemeinen Rückzug gaben. Sogleich bedeckten sich alle Häuser mit weißen Fahnen; unter Trommelschlag und Hurrah brachen von allen Seiten Sachsen und Preußen auf den Altmarkt hervor, von den geängstigten Einwohnern als Erretter aus Todesgefahr begrüßt. General v. Schirnding ließ sofort alle in der Neustadt stehenden Truppen nach der Altstadt vorrücken und ordnete die Besetzung aller Schläge und Hauptplätze sowie die schnellste Wiederherstellung der Communication in den Straßen an. Die Gefangenen wurden vorläufig in die Frauenkirche gesperrt, die Schließung aller politischen Clubs und Vereine, Auflösung der Communalgarde, Ablieferung aller Waffen binnen 24 Stunden anbefohlen und ohne die mindeste Widersetzlichkeit vollzogen. Generalleutnant v. Holleben, der nachmittags mit den ersten drei Bataillonen seiner Division aus Görlitz eintraf, übernahm das Commando über die außerhalb des Kriegsrayons stehenden preußischen und sächsischen Truppen, wogegen v. Schirnding das innerhalb desselben

Digitized by Google

behielt. Eine Proclamation des Königs mahnte in väterlichem Tone das Volk zur Rückkehr unter die Herrschaft des Gesetzes und betheuerte nochmals die Redlichkeit seiner Absicht zu Deutschlands Größe und Glanz mitzuwirken. Mit der Verfolgung wurde Generalmajor v. Mangoldt beauftragt, als er jedoch am 10ten früh Freiberg erreichte, hatten die Insurgenten bereits die Stadt verlassen und sich, nicht ohne unterwegs mancherlei Zügellosigkeiten zu verüben, größtentheils in das Gebirge zerstreut; der geordnetere Theil derselben war schon Tags vorher nach Chemnitz gezogen, dort aber wurden Heubner und Bakunin durch die Entschlossenheit einiger Bürger, die für die Ruhe der Stadt fürchteten, festgenommen. Tzschirner, der sich schon vorher von ihnen getrennt hatte, entkam gleich Todt in die Schweiz [1]).

Trotzdem der Kampf fünf Tage gewüthet hatte, waren die Verluste auf beiden Seiten doch verhältnißmäßig so unbedeutend, daß die Angabe derselben im Volke lange keinen Glauben fand. Die Sachsen hatten 3 Offiziere 20 Mann an Todten, 8 Offiziere 55 Mann an Verwundeten, die Preußen 2 Offiziere 6 Mann todt, 24 Mann verwundet. Der der Insurgenten war nicht genau zu ermitteln und wurde auf 212—250 geschätzt. Unter den in Dresden selbst aufgefundenen Todten waren nur 70 bekannte (die Hälfte aus Dresden, je ein Viertel aus dem Königreich und aus andern deutschen Ländern), dagegen 108 unbekannte, ein Beweis, daß die Hauptmasse der Barrikadenkämpfer aus Fremden bestand. Von den Führern der Insurgenten hatten zwei den Tod gefunden: Advocat Böttcher aus Chemnitz und Dr. Hausner aus Pirna, der gefangen und von der Brücke in den Fluß herabgestürzt worden war.

1) Tzschirner starb 1870 im Hospital zu Leipzig. Ein Theil der entkommenen Insurgenten warf sich nach Baden, wo 39 Sachsen gefangen genommen wurden. v. Trützschler, der als revolutionärer Civilcommissar der Stadt Manheim und Regierungsdirector des Unterrheinkreises dort den Aufstand organisiert hatte, wurde 14. August kriegsrechtlich erschossen. Ein anderer Theil wurde nach der Schweiz oder nach Amerika versprengt.

Digitized by Google

Auch in mehreren anderen Städten, wo die Behörden entweder ohnmächtig waren oder der radicalen Partei angehörten, waren Unordnungen vorgefallen. Da man etliche Tage gar nicht wußte, wo König und Ministerium sich befänden, so ließ selbst mancher ruhige Mann sich zur Unterstützung der provisorischen Regierung hinreißen, die, wie man allgemein glaubte, für die Reichsverfassung kämpfte. In Zwickau z. B. kam der Stadtrath dem Befehle derselben, die Communalgarde nach Dresden zu schicken, nach, rief sie aber, nachdem sie bis Leipzig gelangt war, auf die Nachricht, daß die Regierung des Königs bestehe, wieder zurück. In Chemnitz und Freiberg wurde die Communalgarde vom Pöbel zum Abmarsch nach Dresden gezwungen, doch gelang es ihr, sich unterwegs von den sie begleitenden Scharen frei zu machen und heimzukehren, worauf die Ankunft der Truppen dem Terrorismus des Pöbels bald ein Ende machte. In Freiberg wurden die daselbst verbliebenen 40 Rekruten entwaffnet und, was auch in Wurzen geschah, die Kammervorräthe der Garnison von Freischärlern geplündert. Am schlimmsten standen die Dinge in Leipzig, das die Regierung durch die nothgedrungene Abberufung der Garnison gezwungen hatte, sich, das fremde Meßgut und das Staatsgut allein zu schützen. Dem immer stürmischer auftretenden Verlangen, die Communalgarde als Zuzug nach Dresden zu senden, wußte der Stadtrath durch kluges Zögern auszuweichen; die Erklärung wegen Anerkennung der provisorischen Regierung wurde bis zur Rückkehr einer auf Kundschaft nach Dresden geschickten Deputation verschoben; ein anderer Bevollmächtigter eilte nach Frankfurt um die Vermittelung der Centralgewalt in dem Conflicte zwischen König und Land nachzusuchen. Am 6ten faßten der Stadtrath und der permanente Ausschuß der Stadtverordneten den Beschluß, die Stadt bis zum Austrag des Conflicts zwischen Krone und Volk unter den Schutz der Centralgewalt zu stellen. Trotzdem machte ein Volkshaufe den Versuch in die Pleißenburg einzudringen um das dort stehende 4. Bataillon der Communalgarde zu entwaffnen; die Verletzung eines Mannes durch einen Gardisten gab das Signal zum

Digitized by Google

Barrikadenbau, zu welchem die Meßbuden das Material lieferten. Aber die Communalgarde hielt fest und nahm die am Eingange der grimmaischen Gasse errichtete Barrikade mit dem Bajonnett, wobei zwei Mann tödlich verwundet wurden. Der Rath erklärte die Messe für beendet; Bürgermeister Klinger legte sein Amt nieder. In der folgenden Nacht schickte die Regierung auf die dringenden Vorstellungen des Raths zwei Compagnien Schützen, so schwer dieselben auch in Dresden zu entbehren waren, nach Leipzig zurück, worauf die Ruhe nicht weiter gestört wurde.

Die Ordnung kehrte überall schnell zurück. Das Ministerium, welches durch Eintritt des Geheimen Finanzraths Behr als Finanzminister vollzählig geworden war, da v. Beust auch das Departement des Cultus übernahm, verfügte um die Verwaltung in ungestörtem Gang zu erhalten durch Verordnung vom 25. Mai und 14. Juli die Fort- und theilweise Vorauserhebung der Abgaben und Steuern bis Ende April 1850. Als Ersatz für die heimkehrenden preußischen Hilfstruppen langten am 4. Juni vier Bataillone Landwehr unter Generalmajor v. Hohe an, die bis zur Rückkehr der Sachsen aus Schleswig, Mitte August, im Lande stehen blieben und die einheimischen Truppen im Sicherheitsdienste unterstützten. Die Reorganisation und Verstärkung des Heeres ließ die Regierung eine ihrer ersten Aufgaben sein, und obgleich durch die Abwesenheit eines so großen Theils der Mannschaft sehr erschwert, konnte die Neuformation, nach welcher der bisherige Regimentsverband durch die Divisionsformation ersetzt, der Friedensstand auf 25000, der Bestand auf dem Kriegsfuß auf 36- bis 37000 Mann erhöht wurde, bereits mit dem 1. Juli ins Leben treten. Am 10. Juli fand Revue und festliche Bewirthung sämtlicher in Dresden garnisonierender Truppen vor dem nach Pillnitz zurückgekehrten Könige statt. Die große Ordensvertheilung an preußische und sächsische Militärs konnte bei der Bevölkerung nur einen gemischten Eindruck hervorbringen. Auch fehlte es nicht an Beispielen, wo einzelne Offiziere das Volk fühlen ließen, daß sie jetzt die Gebieter seien. Viele auch,

Digitized by Google

die damals, als es galt mannhaft für ihre Überzeugung einzustehen, sich furchtsam verkrochen hatten, fanden jetzt nicht Worte genug um die zu verdammen, die im Drange der Gefahr die Linie der Gesetzlichkeit nicht ganz streng einzuhalten vermocht hatten, brüsteten sich mit ihrer loyalen Gesinnung und trugen durch Denunciationen ihren Pflichteifer zur Schau. Die Vaterlandsvereine wurden unterdrückt, die deutschen Vereine lösten sich selbst auf, eine strenge Paßcontrole ward eingeführt, das Tragen republikanischer Abzeichen verboten, dem sämtlichen Personal des Hoftheaters wurde gekündigt, Capellmeister R. Wagner und Professor Semper, beide flüchtig, aus der Liste der königlichen Beamten gestrichen. Das Verhalten der Communalgarden unterlag allerwärts einer besonderen Untersuchung, viele derselben wurden aufgelöst, die leipziger dagegen erhielt für ihr Verhalten besondere Anerkennung. Auch die städtischen Behörden hatten sich zu rechtfertigen, z. B. die leipziger wegen ihres Beschlusses die Stadt unter den Schutz der Centralgewalt zu stellen. In vielen Städten wurden die Stadtverordneten aufgelöst, städtische Beamte in großer Zahl, um dadurch zugleich die Häupter der Demokratie von der Wählbarkeit für den nächsten Landtag auszuschließen, suspendiert, und den Kreisdirectionen ward eingeschärft, bei Bestätigung der Wahlen zu städtischen Ämtern streng und vorsichtig zu verfahren. Sobald der Aufruhr niedergeschlagen war, hatte auch die Gerechtigkeit ihr mühsames und schmerzliches Werk begonnen. Die überaus umfängliche und sich weit verzweigende Untersuchung überfüllte die Gefängnisse; allein beim dresdner Stadtgericht kamen 900 Personen in Untersuchung; von den Mitgliedern des letzten Landtags waren nicht weniger als 38 der Betheiligung am Aufstande beschuldigt, 19 derselben wurden steckbrieflich verfolgt. Nicht zu verdenken war es der Regierung, daß sie die Angeklagten nicht vor die Geschwornen zu bringen beschloß, denn der Versuch mit den Schwurgerichten in Preß- und politischen Sachen nach dem Gesetz vom 18. November 1848 fiel überaus kläglich aus, indem die aus Urwahlen hervorgegangenen Geschwornen ihre Gesinnungstüchtigkeit damit be-

Digitized by Google

thätigten, daß sie consequent die Thatfrage bejahten, die Schuldfrage verneinten und so einer politischen Demonstration zu Liebe dem klaren Wortlaute des Gesetzes zuwider handelten. Viele fürchteten, andere hofften Octroyierungen und gewaltsame Beseitigung der Märzerrungenschaften, doch zeigte das Ministerium keine Absicht in die Bahn der Ausnahmegesetze einzulenken. Gegründeter schien die Besorgniß der Vaterlandsfreunde, daß durch die Aufstände in Dresden, Baden und der Pfalz die deutsche Einheit wieder weit in die Ferne gerückt worden sein möge.

Es konnte nicht fehlen, daß die dresdner Ereignisse in der Nationalversammlung einen lauten Widerhall fanden. Kaum war am 3. Mai ein von mehreren sächsischen Abgeordneten eingebrachter Antrag, die Auflösung der sächsischen Kammern zu mißbilligen, durch Annahme einer motivierten Tagesordnung beseitigt worden, als am 7ten Wesendonk mit seinen heftigen Vorwürfen darüber, daß die Centralgewalt nicht gegen die preußische Intervention in Sachsen Truppen marschieren lasse, und eine Zuschrift der provisorischen Regierung in Dresden, worin sie sich unter den Schutz der Nationalversammlung stellte, eine höchst tumultuarische Scene hervorriefen, die damit endigte, daß verschiedene dringliche Anträge, sämtlich darauf gerichtet, die preußische Intervention in Sachsen zu hindern, dem Reichsministerium zu schleunigster Ergreifung der nöthigen Maßregeln überwiesen wurden. Am 10. Mai traf Briegleb als Reichscommissar an Watzdorfs Stelle in Dresden ein, er hatte aber kaum seine Mission auszuführen begonnen, als der Rücktritt des Ministeriums Gagern derselben ein Ende machte. Am nämlichen Tage erklärte die Nationalversammlung mit 188 gegen 147 Stimmen das unbefugte Einschreiten Preußens in Sachsen für einen schweren Bruch des Reichsfriedens; in Folge dieses Beschlusses rief die sächsische Regierung, wie auch die preußische bereits gethan, am 14ten ihre Abgeordneten aus der Nationalversammlung ab. Zwar antworteten hierauf zehn sächsische Abgeordnete mit der Erklärung, daß sie sich weder für berechtigt noch für verpflichtet hielten einer solchen rechtlich unbegründeten und unstatthaften

Digitized by Google

Abberufung Folge zu leisten, zwar stellte Schaffrath im Verein mit zehn anderen sächsischen Abgeordneten am 19ten den Antrag, die Centralgewalt solle schleunigst den Verfassungs- und Rechtszustand sowie den Reichsfrieden und verfassungsmäßige Sicherheit und Freiheit der Person in Sachsen wiederherstellen, die Befreiung Sachsens von den preußischen Truppen oder mindestens die Stellung derselben unter ihre, der Centralgewalt, Befehle oder ihre Ersetzung durch Reichstruppen bewirken und die Strafloſigkeit aller während des Maiaufstandes begangener Handlungen durchsetzen; aber die Tage der Nationalversammlung waren gezählt, der Versuch, Deutschland durch eine souveraine Nationalversammlung eine Gesamtverfassung zu geben, gescheitert.

Da entschloß sich Preußen, Alles, was an der großen Bewegung deutsch und kräftig war, von dem Unlauteren und Unerreichbaren trennend, das Verfassungswerk in die Hand zu nehmen und zu Schaffung eines, wenn auch weniger umfangreichen Bundesstaates die Initiative zu ergreifen um auf diesem Wege nicht nur dem Drange der Nation nach Einigung Befriedigung zu verschaffen sondern auch sich selbst aus einer Stellung zu befreien, die auf die Länge nicht mehr haltbar war. Allein trotzdem, daß Österreich durch die Verfassung von Kremsier sich selbst in die Unmöglichkeit versetzt hatte an die Spitze eines deutschen Bundesstaates zu treten, setzte es diesem bereits in der Circularnote vom 23. Januar 1849 angedeuteten Plane den lebhaftesten Widerstand entgegen. Es beantwortete denselben mit dem Verlangen der Aufnahme Gesamtösterreichs ins deutsche Reich und dem Project einer Directorialverfassung ohne Volksvertretung, welchem in einer Conferenz beim österreichischen Bevollmächtigten v. Schmerling am 8. März die Vertreter der vier Königreiche sehr eifrig beistimmten. Namentlich das sächsische Cabinet entwickelte eine große Beflissenheit diese gegen den Bundesstaat gerichteten Vorschläge zu fördern; Beust trat hierin ganz in die Fußtapfen seines Vorgängers v. d. Pfordten, doch wurden diese Verhandlungen kurz nach ihrem Beginn durch die Lösung der Oberhauptsfrage im Sinne der erbkaiser-

Digitized by Google

lichen Partei unmöglich gemacht. Der König von Preußen lehnte die Kaiserkrone ab, aber noch am nämlichen Abend, 3. April, erließ die preußische Regierung an alle deutschen Bundesstaaten eine Circularnote, worin die Bedeutung der in Frankfurt getroffenen Wahl anerkannt und die Bereitwilligkeit des Königs an der Spitze eines aus denjenigen Staaten, welche sich aus freiem Willen anschließen möchten, zu bildenden deutschen Bundesstaates zu treten erklärt wurde. Ein schöner, von keinem Eigennutz getrübter Gedanke; aber seine Ausführung hing ab von der Energie, die Preußen dafür einsetzen würde, von der Möglichkeit, Österreichs Einsprache dagegen fernzuhalten, endlich von dem guten und ehrlichen Willen der übrigen deutschen Regierungen, zu diesem Ziele mitzuwirken. Bei diesen aber, namentlich den größeren, zeigte sich sogleich, daß ihr Abscheu gegen eine Schmälerung ihrer Souverainetät, der Instinct des Particularismus ungleich größer sei als ihre ob auch noch so oft betheuerte Opferfreudigkeit zum Heile der Gesamtheit; die Antwort des sächsischen Ministers des Auswärtigen vom 11. April lautete sehr kühl und drückte Zweifel aus, ob der von Preußen vorgeschlagene engere Bundesstaat sowohl mit den Beschlüssen der Nationalversammlung als auch mit den Rechten und Pflichten des bestehenden deutschen Bundes vereinbar sei. Dadurch unbeirrt erließ Preußen 28. April an sämtliche deutsche Regierungen, welche geneigt seien sich mit ihm in weitere Berathung einzulassen, die Aufforderung zu diesem Zwecke Bevollmächtigte nach Berlin zu senden. Inzwischen kamen die Aufstände in Sachsen, Baden, der Pfalz; das preußische Schwert riß Deutschland vom Abgrunde der Anarchie zurück, nie ließ sich sicherer auf die Fügsamkeit der Regierungen rechnen, die eben einen so handgreiflichen Beweis ihrer eignen Schwäche erlebt hatten, die ihre Erhaltung zu einem guten Theile Preußens Beistande verdankten. Mit der Berufung des Generals v. Radowitz ins Ministerium wurden diese Ideen in Berlin die ausschließlich leitenden. Von den deutschen Regierungen lehnten zwar alle diejenigen, welche die Reichsverfassung anerkannt hatten, die Einladung nach Berlin ab, nur die Be-

Digitized by Google

vollmächtigten von Österreich, Baiern, Sachsen und Hannover fanden sich ein. Allein wenn es vor der Hand auch nur die Königreiche für den engeren Bund zu gewinnen gelang, so war gegründete Aussicht, daß nicht nur die Kleineren sich bald ebenfalls anschließen sondern auch Österreich sich dann weniger hartnäckig widersetzen und einem einmüthigen Deutschland gegenüber die Entscheidung durch Krieg nicht wagen werde. Um daher das Werk rasch zum Abschluß zu bringen, drang Preußen auf schleunige Eröffnung der Conferenzen; sie erfolgte am 17. Mai. Österreich trat schon nach der ersten Sitzung von der Theilnahme an den Berathungen zurück, worauf Preußen, fußend auf Art. 11 der Bundesacte, sich zunächst mit den drei Königreichen zu verständigen unternahm.

Allein nur zu bald sollte es inne werden, daß auch bei diesen das gehoffte Entgegenkommen nicht zu finden sei. Baiern war ehrlich genug um aus seinem Widerwillen gegen die von Preußen vorgeschlagene Gestaltung kein Hehl zu machen. Beust stimmte zwar hierin mit seinem münchner Collegen vollständig überein, die Übertragung der Reichsgewalt auf Preußen und die Ausschließung Österreichs waren ihm eins wie das andere genau so zuwider wie diesem; nur aber nöthigten ihn die Umstände etwas leiser und behutsamer aufzutreten. Konnte er doch unmöglich gegen die Macht, die eben erst die Dynastie gerettet hatte, die das Land noch besetzt hielt, in offene Opposition treten, mußte er doch auch, um dem sächsischen Volke momentan wenigstens einen Ersatz für die verworfene Reichsverfassung zu geben, den Schein bewahren, als habe man den ernstlichen Willen, die wegen Umgestaltung des deutschen Bundes ertheilten Zusagen in Erfüllung zu bringen [1]). Er nahm sich daher vor, wenn es sich einmal nicht vermeiden lasse, zwar der preußischen Vorlage beizustimmen, aber so, daß eine Hinterthüre offen bleibe, und in der stillen Absicht, bei erster sich bietender Gelegenheit wieder zurückzutreten. Nur zu bald recht-

1) v. Beusts eigenes Eingeständniß in der Denkschrift vom 19. December 1849.

Digitized by Google

fertigten darum die Thatsachen die Weigerung des Herrn v. Carlowitz, die Vertretung Sachsens auf den berliner Conferenzen anzunehmen [1]). Beust gieng hierauf selbst nach Berlin. Schon in der ersten Sitzung verschanzte er sich hinter die Erklärung, daß es an Zeit zur Prüfung der Vorlage gemangelt, man daher seine Auslassungen nicht für bindend sondern nur als vorläufige zu erachten habe. In der zweiten Conferenz trat er mit der Forderung auf, daß die künftige mögliche Mitbetheiligung Österreichs bei der Executive nicht ausgeschlossen werden dürfe; nachdem jedoch Preußen diesen verschleierten Versuch, die Entscheidung der Oberhauptsfrage auf ein Directorium hinzuleiten, entschieden von sich gewiesen hatte, einigte man sich über einen Zusatz zu § 1 des Entwurfs, welcher sämtlichen Mitgliedern des deutschen Bundes alle aus diesem hervorgehenden Rechte und Verpflichtungen ausdrücklich vorbehielt. Nur der bairische Bevollmächtigte, Graf Lerchenfeld, verwarf auch dann noch die vorgeschlagene Gestaltung des Reichsoberhaupts. Diese Weigerung Baierns war der Rettungsbalken, an den sich Beust anklammerte. „Sachsen", erklärte er in der Sitzung vom 23sten, „widmet dem Bundesstaate offene und ehrliche Mitwirkung, wird aber dabei von der Ansicht geleitet, daß der Bundesstaat wenn nicht ganz Deutschland, doch wenigstens alle deutschen Staaten außer Österreich und namentlich Baiern umfassen werde; ein Nichtbeitreten Baierns würde das Ziel wesentlich ändern, das Sachsen bei seiner Zustimmung im Auge hatte, sowie auch die Oberhauptsfrage dadurch in eine ganz andere Lage gebracht wäre", eine Auffassung, der sich Hannover vollständig anschloß, der gegenüber aber Preußen an dem Grundsatze festhielt, daß das Princip der freien Vereinbarung auch in der Vorlage gewahrt werden müsse.

Preußen hatte Eile seine dem eigenen und dem deutschen Volke gegebene Zusage zu erfüllen, es verlangte einen raschen Abschluß.

1) „Wenn ich jene Mission in Berlin übernahm", sagte er in der ersten Kammer, 18. Februar 1850, „so mußte ich dem Minister, der mich damit betrauen wollte, mehr Herz für Deutschlands Einigung zutrauen, als ich ihm zutraue."

Digitized by Google

Um daher die schließliche Entscheidung der sächsischen Regierung einzuholen begab sich Beust am 24. Mai nach Dresden; spät abends am 26sten kehrte er nach Berlin zurück um der Schlußconferenz beizuwohnen, in welcher v. Radowitz den Bündnißentwurf, wie er aus den bisherigen Berathungen hervorgegangen [1]), das Wahlgesetz und die Einladungsnote an sämtliche deutsche Bundesstaaten zur schließlichen Genehmigung vorlegte. Als jedoch das Schlußprotokoll vollzogen werden sollte, erklärte sich Graf Lerchenfeld außer Stand sich definitiv über die von der preußischen Regierung gemachten Vorlagen auszusprechen. Beust hatte aus Dresden den Auftrag mitgebracht noch zwei Modificationen des Entwurfs dringend zu beantragen, erstens, daß das zu schließende Bündniß entweder mit dem gesetzlichen Bestande der provisorischen Centralgewalt formell in Einklang gebracht oder die formelle Beseitigung derselben abgewartet werde, zweitens, daß die bundesvertragsmäßigen Rechte Österreichs in einer bestimmteren Fassung gewahrt würden; da jedoch beide Forderungen verworfen wurden, so behielt er sich vor, bei der Unterzeichnung einen Vorbehalt der, wie er kurz erwähnte, zunächst die Oberhauptsfrage betreffe, nachträglich zu Protokoll zu geben. Die sofortige Vorlage dieser Erklärung unterblieb, nach der einen Version, weil nach Beusts verspäteter Ankunft das Actenstück des Vorbehalts nicht mehr während der Verhandlung selbst geschrieben und mundiert werden konnte, nach Beusts eigener Angabe in seiner Note

1) In Gemäßheit des ersteren sollte das Bündniß auf Grund des Art. 11 der Bundesacte auf ein Jahr geschlossen, der Beitritt allen Gliedern des deutschen Bundes offen gehalten, die Oberleitung des Bundes sowie die diplomatischen Verhandlungen über Krieg, Allianzen und Frieden der Krone Preußen übertragen, zur Führung der Bundesgeschäfte aus den Bevollmächtigten der Verbündeten ein Verwaltungsrath gebildet werden. Die Verbündeten verpflichteten sich dem deutschen Volke eine Verfassung nach Maßgabe des unter ihnen vereinbarten Entwurfes zu gewähren, welche sie einer lediglich ad hoc berufenen Reichsversammlung vorlegen würden und ein provisorisches Bundesschiedsgericht mit dem Sitze zu Erfurt ins Leben treten zu lassen.

Digitized by Google

vom 25. October, aus Rücksicht auf die Gegenwart des bairischen Gesandten, damit dadurch die Entschließung der süddeutschen Regierungen in keiner Weise beeinflußt und der unter Preußens Auspicien gemachte Versuch der Einigung Deutschlands nicht gestört werde.

Dies der Hergang in der folgeschweren Nachtsitzung des 26. Mai. Als aber nun jener angekündigte Vorbehalt, dem sich der hannoversche Bevollmächtigte anschloß, am folgenden Tage übergeben wurde, zeigte sich auf den ersten Blick, daß derselbe keineswegs bloß „ein die Oberhauptsfrage betreffender" sondern ein solcher war, der die kaum gegebene feierliche Zustimmung, indem er sie an eine Bedingung knüpfte, deren Nichteintreten mehr als wahrscheinlich war, in ihrem Wesen wieder aufzuheben drohte [1]). Immerhin würde daher

1) Nachdem die sächsische Regierung daran erinnert, daß sie von jeher für ein Directorium und gegen eine einheitliche Spitze sich ausgesprochen habe, erklärt sie sich bereit ihre auch jetzt noch fortbestehende Überzeugung dem Bedürfniß der Erhaltung der staatlichen Ordnung unterzuordnen und der Übertragung der Executivgewalt des Reichs an die Krone Preußen zuzustimmen.

„Die königlich sächsische Regierung will und darf jedoch keinen Zweifel darüber bestehen lassen, wie sie diesen Entschluß allein zu dem Zweck und in der Erwartung gefaßt hat, daß diese Verfassung Gemeingut der ganzen deutschen Nation und nicht eines Theils derselben werde. Sie verkennt nicht, daß ein Eintritt der österreichischen Lande in der nächsten Zeit nicht gehofft werden darf. Allein die Aufnahme des gesamten übrigen Deutschlands in den Reichsverband, welche unbeschadet der der österreichischen Regierung durch die Bundesverfassung gesicherten Rechte erzielt werden soll, hält dieselbe als Bedingung dafür fest, daß sie selbst zu einem bleibenden Verharren in demselben auf Grund der vereinbarten Verfassung verpflichtet sei. Sollte es daher nicht gelingen den Süden Deutschlands in den durch die fragliche Verfassung bestimmten Reichsverband aufzunehmen, was wesentlich davon abhängen wird, ob Baiern sich demselben anschließt, sollte vielmehr nicht mehr zu erreichen sein als die Herstellung eines norddeutschen oder nord- und mitteldeutschen Bundes, so müßte die königlich sächsische Regierung für diese Eventualität die Erneuerung der Verhandlungen und Umgestaltung der vereinbarten Verfassung ausdrücklich vorbehalten. . . . . Die königlich sächsische Regierung darf daher nach freimüthiger Darlegung vorstehender Gründe nicht besorgen

Digitized by Google

das Verfahren der sächsischen Regierung, wenn es wirklich aus dem Bestreben entsprang, Baiern für den Bund zu gewinnen und dadurch gegen die preußische Hegemonie ein die Souverainetät der kleineren Staaten schützendes Gegengewicht herzustellen, zum mindesten zweideutig gewesen sein. In Wahrheit aber dachte Beust gar nicht daran das Bündniß überhaupt zu Stande kommen zu lassen; er wartete vielmehr von Anfang herein nur auf den Zeitpunkt, wo es dem wieder erstarkten Österreich möglich sein würde, Preußen in den Arm zu fallen, und machte sich damit zum Gehilfen einer auf die Verewigung von Deutschlands Schwäche und Zerrissenheit speculierenden Politik. Zu derselben Zeit, wo er in Berlin die Aufrichtigkeit seines Willens, zur Einigung Deutschlands unter preußischer Hegemonie mitzuwirken betheuerte und nur über die Modalität der Ausführung einige abweichende Ansichten laut werden ließ, beruhigte er den englischen Geschäftsträger Forbes in Dresden, der sich herausnahm, ihn wegen seiner Nachgibigkeit gegen Preußen zur Rede zu stellen, mit der Versicherung, man sei ja gar nicht gewillt, in den preußischen Entwurf einzugehen, sondern habe nur für den Augenblick der Noth dem hartherzigen Drängen Preußens und der Bewegung im eigenen Lande nachgegeben; er rühmte sich, Baiern den nöthigen Wink gegeben zu haben, daß es ja nicht beitreten solle, damit Sachsen sich mit Ehren zurückziehen könne [1]); für den Nothfall habe dieses auch noch Österreichs Eintritt in den weiteren Bund und die Genehmigung des engeren durch letzteres zur Bedingung gemacht! Damit stimmten die Eröffnungen, welche das englische Cabinet aus Hannover

ihre Absicht verkannt zu sehen, wenn sie sich für den Fall, daß bis zu dem Zeitpunkte der Einberufung des ersten Reichstags die ihre Entschließung bedingende Voraussetzung sich nicht verwirklichen sollte, das Recht anderweiter Verhandlungen vorbehält." Zuerst authentisch veröffentlicht in der Leipziger Zeitung vom 20. Juli 1849.

1) Daß dies wirklich geschehen und in München den beabsichtigten Eindruck gemacht habe, meldete der dortige englische Geschäftsträger Milbank: Chr. C. J. Freih. v. Bunsen, deutsche Ausgabe von Nippold III (1871), S. 8. 13.

Digitized by Google

erhielt, vollständig überein. Die ganze Verhandlung in Berlin war also nichts als eine abgekartete Gaukelei, bestimmt, die preußische Regierung, die eigenen Unterthanen, das deutsche Volk zu hintergehen, ein ebenso würdeloses als frevelhaftes Spiel mit den heiligsten Interessen der Nation, welches die rächende Nemesis muthwillig und leichtfertig herausforderte.

Zunächst jedoch nahmen die Dinge einen Gang, der Preußen in dem Glauben bestärken mußte, daß jenem geheimen Vorbehalte keine allzugroße praktische Bedeutung beizumessen sei. Im Verein mit Sachsen und Hannover ergieng von Preußen durch Circularnote des Grafen Brandenburg vom 28. Mai an sämtliche deutsche Regierungen die Einladung zum Beitritt zu dem Bündniß vom 26sten; am 30sten folgte die Uebereinkunft der drei Verbündeten wegen Einsetzung des provisorischen Bundesschiedsgerichts; am 10. Juni ratificierte der König von Sachsen das Bündniß, nachdem er am 30. Mai seinen Beitritt zu demselben dem Volke durch eine besondere Ansprache bekannt gemacht hatte, welche sogar, ohne die leiseste Erwähnung des Vorbehalts, von den Kanzeln verlesen wurde [1]). Die Ernennung des durch eigenhändiges Schreiben des Königs aus dem teplitzer Bade herbeigerufenen Staatsministers v. Zeschau zum Mitgliede des Verwaltungsrathes, des Mannes, dem ein ruhmvoller Antheil an der Begründung des Zollvereins gebührte und der wiederholt zum Eintritt in das preußische

1) „. . . . . Die Verfassung, welche die vereinigten Regierungen dem deutschen Volke bieten, ist für mich mit bedeutenden Opfern verknüpft. Daraus, daß ich diese Opfer zu bringen mich bereit erkläre, wird mein Volk erkennen, ob ich den stürmischen Bitten desselben wegen der Anerkennung der Reichsverfassung in selbstsüchtiger Absicht oder seines eigenen Wohles wegen widerstanden habe. Es sind alle Staaten Deutschlands eingeladen worden, sich dieser Verfassung anzuschließen, welche einem demnächst einzuberufenden Reichstage zur Zustimmung vorgelegt werden soll. Ich bin ihr beigetreten unter ausdrücklichem Vorbehalt der Zustimmung der sächsischen Kammern. Jetzt gilt es, daß alle wahrhaft deutschgesinnten Männer Sachsens sich vereinigen, meine Regierung auf dem betretenen Wege, dem einzigen, der noch zu dem erstrebten großen Ziele führen kann, zu unterstützen."

Digitized by Google

Ministerium aufgefordert worden war, schien eine weitere Bürgschaft für die Aufrichtigkeit, mit welcher die sächsische Regierung in das neue Verhältniß eintrat. Das Bundesschiedsgericht, zu welchem Sachsen den Geheimen Rath Dr. Günther und den Ministerialrath v. Weber ernannte, wurde 2. Juli in Erfurt installiert. Bis zum 23. August hatte der größte Theil der deutschen Regierungen sich zustimmend zu dem Maibündniß ausgesprochen, auch die Reste der ehemaligen frankfurter Kaiserpartei erklärten sich auf einer Zusammenkunft zu Gotha, 26. Juni, für den preußischen Entwurf.

Bald aber ließ das Verhalten der beiden Hauptverbündeten Preußens erkennen, daß sie das Maibündniß wie eine ihnen nur im Augenblick der Gefahr aufgedrungene lästige Fessel wieder abzustreifen bemüht seien. Kaum in den Verwaltungsrath eingetreten, legte v. Zeschau ein sogenanntes vermittelndes Project vor, welches den Beitritt Baierns und die Verständigung mit Österreich ermöglichen sollte. Eine hannoversche Denkschrift vom 1. Juni sprach offen den Satz aus, daß die Rivalität zwischen Österreich und Preußen die Garantie für die Erhaltung der kleineren Staaten bilde, folglich Österreich nicht ausgeschlossen werden dürfe, und setzte dem vereinbarten Verfassungsentwurfe einen andern entgegen, der das gerade Gegentheil von jenem enthielt. In demselben Maße, in welchem sich Österreich der Bewältigung des Aufstandes in Ungarn näherte und auf der andern Seite sich herausstellte, daß Preußen keinen Zwang üben werde sondern nur auf freiwilligen Beitritt rechne, wuchs die Lauigkeit Sachsens und Hannovers gegen das Maibündniß, steigerte sich der Eifer Baierns das preußische Verfassungswerk zu zerstören. Was v. d. Pfordten, nachdem er in Wien mit Schwarzenberg, in Dresden mit Beust den gemeinschaftlichen Feldzugsplan verabredet hatte, am 27. und 28. Juni persönlich in Berlin verlangte, war Preußens Einwilligung zur Bildung einer neuen provisorischen Centralgewalt und eine Abänderung des Verfassungsentwurfs vom 28. Mai. Die Verhandlungen führten zu keinem Ziel, Preußen gab nicht nach. Dennoch wurden unter diesen Umständen die Aussichten auf das Zustandekommen

Digitized by Google

des Einigungswerkes immer trüber. Der Rechenschaftsbericht, welchen die preußische Regierung ihrem Landtag, 24. August, vorlegte, die Art, wie sich ihre Leiter äußerten, ließ kaum eine andere Auffassung zu, als daß die Urheber des Entwurfs sich voll Schmerz darauf vorbereiteten, die große Aufgabe, für die sie gerungen, einer bessern Zukunft anheimzugeben [1]). Preußens Kraft erlahmte. Baierns hartnäckiger Widerstand, der schließlich, 8. September, zur definitiven Ablehnung des Entwurfs vom 28. Mai führte, bewog das berliner Cabinet den Versuch zu einer Annäherung an Österreich zu machen. Eine persönliche Zusammenkunft des Königs von Preußen mit dem Kaiser Franz Joseph in Pillnitz am 7. September bildete die Einleitung zu diplomatischen Verhandlungen über die von Österreich dringend gewünschte Einsetzung einer neuen, allseitig anerkannten provisorischen Centralgewalt; am 30. September gieng aus denselben eine Uebereinkunft hervor, kraft welcher Österreich und Preußen die Centralgewalt interimistisch bis zum 31. Mai 1850 im Namen sämtlicher Bundesregierungen übernahmen, ohne daß dabei Preußen die Anerkennung seines Bundesstaates als eines bundesgemäßen Instituts von seiten Österreichs durchgesetzt hätte.

Dieser erste Schritt rückwärts, den Preußen that, half nicht bloß Österreich über die erste Schwierigkeit hinweg, er erfüllte auch die widerstrebenden Mittelstaaten mit neuem Muthe. In Dresden wurde die Stimmung gegen Preußen immer gereizter; der Hof und was dazu gehörte, hatte gänzlich in die österreichischen Sympathien der frühern Zeit eingelenkt; von einer

1) v. Radowitz am 25. August: „Wahrlich, hätte es die Regierung nicht als ihre heilige Pflicht betrachtet, dem tiefen Bedürfniß des deutschen Volkes nach Einheit Befriedigung zu gewähren, sie wäre längst zurückgetreten vor so vieler Selbstsucht und Verblendung, welche sich ihr in den Weg stellen. Preußen hätte bei längerer Verzögerung am wenigsten verloren! . . . . Nein, m. H., Preußen gebt keine eigennützigen Wege, es erfüllt schwere Pflichten, es will nicht nehmen sondern geben, den Dankbaren wie den Undankbaren. Mit allen Kräften werden wir nach dem Bundesstaate ringen, es sei mit vielen oder wenigen Zustimmenden."

Digitized by Google

Pflicht des Dankes gegen Preußen wollte man nichts wissen, habe ja dieses in Dresden keineswegs für die Rettung der sächsischen Dynastie sondern für sein eigenes Interesse gekämpft. Daß das preußische Finanzministerium die allerdings ungerechtfertigte Absicht kund that, Sachsens Antheil an den Zollrevenüen auf Rechnung der von Sachsen zu erstattenden Kosten der preußischen Hilfsleistung inne zu behalten, machte einen sehr übeln Eindruck und veranlaßte von seiten der sächsischen Regierung scharfe Reclamationen [1]). Die gothaische Partei war von jeher in Sachsen numerisch schwach; der größte Theil der Presse stand auf seiten der Großdeutschen; wie viel auch der Zollverein von dem traditionellen Preußenhasse gedämpft hatte, so war davon doch noch genug vorhanden um von geschickten Lippen aufs neue angefacht werden zu können. Auch die Demokratie, getreu ihrem Grundsatze, sich keine Gewalt, die ihr imponieren könnte, auf den Hals kommen zu lassen, sträubte sich mit aller Kraft gegen den Anschluß an Preußen. So fand also Beusts Politik im Lande selbst einen nicht zu verachtenden Rückhalt. Mitte September war er in Person nach Wien geeilt; er gewann dort die beruhigende Überzeugung, „daß Österreich die ernste Absicht hege zu einer zeitgemäßen Umgestaltung der Bundesverfassung die Hand zu bieten, vorausgesetzt, daß nicht von anderer Seite durch thatsächliches Vorschreiten der zunächst zwischen Österreich und Preußen zu pflegenden Verständigung vorgegriffen werde."

Diese Weisung fand willigsten Gehorsam. Als der von Nassau im Verwaltungsrathe gestellte Antrag auf schleunige Einberufung des Reichstags am 5. October zur Berathung kam, erklärte sich Sachsen, dem sich auch hier Hannover auf Grund vorhergegangener Vereinbarung in allen Stücken anschloß, entschieden gegen diese, weil vor erfolgter Verständigung mit Österreich verfrühte, Maßregel und nahm die Miene an, als ob es der Errichtung eines engeren Bundes auf Grund

1) Schließlich wurden die preußischen Forderungen durch Zahlung einer Pauschalsumme von 100000 Thlrn. ausgeglichen.

Digitized by Google

des Art. 9 der Bundesacte niemals beigestimmt habe. Mit vollem Rechte hielt der Antragsteller dem entgegen, daß diese Ansicht der Einladung vom 28. Mai, sowie dem Wortlaute des Verfassungsentwurfs schnurstracks entgegenstehe. Das Rechtliche der Sache, fügte der Vorsitzende hinzu, stehe durchaus fest; es mangele jede Andeutung, daß der Bundesstaat erst durch den Consens der nicht beitretenden Staaten zur Wirklichkeit gelangen solle. Zum Beweise, daß es mit der definitiven Constituierung des Bundes Ernst sei, nahm der Verwaltungsrath am 19. October gegen die Stimmen von Sachsen, Hannover und Mecklenburg-Strelitz den nassauischen Antrag an. Hierauf gab Hannover eine Ausführung zu Protokoll, von der der Vorsitzende erklärte, daß eine Regierung, die solcher Rechtsansicht gewesen, das Bündniß vom 26. Mai nicht hätte schließen und noch weniger andere Regierungen diesem Bündnisse beizutreten hätte auffordern können. Befragt, ob er sich jener Rechtsausführung ebenfalls anschließe, beschränkte sich der sächsische Bevollmächtigte darauf auf den von seiner Regierung zum Vertrage vom 26. Mai gestellten Vorbehalt Bezug zu nehmen.

Hiermit trat also zum ersten Male jener Vorbehalt in Wirksamkeit, über dessen Bedeutung sich nun ein heftiger Streit erhob. Preußen bestritt, daß durch denselben eine Suspensivbedingung ausgesprochen worden sei, vielmehr betreffe er mit sehr bestimmten Worten nur den Fall, wenn *nach* Einführung der Verfassung der Beitritt der süddeutschen Staaten nicht erfolge; dann erst habe Sachsen das Recht, die Erneuerung der Verhandlungen und „Umgestaltung der vereinbarten Verfassung", natürlich auch diese nur nach Maßgabe der auch für Sachsen verbindlichen Verfassung zu fordern. Gegen diese Auslegung legten die Bevollmächtigten Sachsens und Hannovers folgenden Tages Verwahrung ein und verließen am 22. October Berlin unter Protest gegen den Beschluß vom 19ten. Eine Note Beusts vom 25. October nahm hierauf für den Vorbehalt ausdrücklich die Bedeutung einer Suspensivbedingung in Anspruch, rief aber dadurch im Schoße des Verwaltungsraths von seiten Preußens eine sehr scharfe Widerlegung hervor,

Digitized by Google

die übrigen Mitglieder sprachen den Vorbehalten für ihr Verhältniß gegenüber den drei Regierungen von Preußen, Sachsen und Hannover ausdrücklich jede Giltigkeit ab, weil mit ihnen nur auf Grund des Vertrags aber nicht auf Grund irgend welcher Vorbehalte abgeschlossen worden sei. In einer zweiten Note vom 4. November erklärte Beust die von Preußen mit Berücksichtigung der auf einen Theil von Deutschland beschränkten Ausdehnung des Maibündnisses vorgeschlagenen Modificationen des Verfassungsentwurfs, im Wesentlichen nur redactionelle Änderungen, für unzureichend und forderte eine solche Umgestaltung der Verfassung, die entweder den Eintritt der süddeutschen Staaten und eine Verständigung mit Österreich möglich mache, oder den mit Preußen verbundenen Regierungen durch eine wesentliche Beschränkung der dem Vorstande beigelegten Machtbefugnisse eine ihren gerechten Ansprüchen zusagende Stellung sichere. Österreich unterstützte diese Renitenz durch einen Protest gegen die preußische Auffassung von der Rechtsbeständigkeit der Bundesverfassung, erklärte 28. November die Gründung des beabsichtigten Bundesstaates für eine Verletzung des Bundesvertrags und sprach den Beschlüssen des von dem Verwaltungsrath auf den 20. März einberufenen Reichstags im voraus jede Geltung ab.

Diese Wendung traf der Zeit nach fast genau mit der Eröffnung des sächsischen Landtags zusammen, welche die Regierung, theils weil sie anfangs über den einzuschlagenden Weg selbst noch nicht im Reinen sein mochte, theils um in ihrer deutschen Politik nicht durch die Kammern geniert zu werden, bis auf den letzten verfassungsmäßig zulässigen Termin, den 26. November, hinausgeschoben hatte. Diese Verzögerung verbunden mit dem durch die Schwankung der Regierung in der deutschen Sache unter der conservativen Partei verursachten Risse kam der Demokratie nicht wenig zu statten, so daß sie trotz der erlittenen schweren Niederlage bei den Wahlen von ihren Candidaten einige mehr durchbrachte als ihre Gegner. Da sie aber mit verkehrter Consequenz darauf bestand auch den in Folge des Maiaufstandes Suspendierten, welche das Gesetz von der Wähl-

Digitized by Google

barkeit ausschloß, ihre Stimmen zu geben, wodurch verschiedene Nachwahlen nöthig wurden, so überwog anfangs in beiden Kammern die conservative Partei um einige Stimmen, so daß bei der Präsidentenwahl die Candidaten der letzteren, Georgi und Appellationsgerichts-Präsident Cuno, siegten. Von den Koryphäen des letzten Landtags sah man diesmal nur wenige auf den Bänken der Linken, die meisten waren flüchtig oder im Gefängniß, und die erschienenen ließen erkennen, daß die empfangene furchtbare Lehre sie, wenn nicht bekehrt, doch vorsichtiger gemacht habe. Obgleich daher durch die Nachwahlen der Linken noch etliche Stimmen zuwuchsen und ihr in beiden Kammern die Majorität verschafften, so wehte doch anfangs durch dieselben ein gewisser Geist der Mäßigung und des Entgegenkommens, der sich auch durch die provisorische Annahme der von der Regierung vorgelegten Landtagsordnung bethätigte, welche die beim vorigen Landtage eingeführte Autonomie der Kammern in wesentlichen Punkten beschränkte.

Allein die Hoffnung auf ein friedliches Zusammenwirken dieser zweiten aus dem demokratischen Wahlgesetz von 1848 hervorgegangenen Volksvertretung und der durch den Maiaufstand ans Ruder gelangten Regierung war von kurzer Dauer. Hatte schon der strenge und strafende Ton, in welchem die Thronrede der letzten Vergangenheit gedachte, verstimmt, so erweiterte sich die Kluft, welche Ministerium und Kammern trennte, mit jedem Tage mehr. Denn wenn auch die Minister v. Friesen und Behr eine maßvolle Haltung beobachteten und in vielen Dingen liberalen Anschauungen huldigten, so trugen dafür Zschinsky und Rabenhorst eine desto größere Schroffheit zur Schau und selbst Beusts diplomatische Glätte täuschte nicht darüber, daß er mit den letzteren über das Ziel, die Zurückführung der vormärzlichen Zustände, ganz einverstanden sei. Die reactionäre Partei wollte keine Verständigung mit diesen demokratischen Kammern, sie drängte auf Beseitigung derselben hin, welche von der Freimüthigen Sachsenzeitung bereits mit schadenfroher Siegesgewißheit verkündigt wurde. Auch die Linke konnte von ihren alten Unarten, dem Clubwesen und

Digitized by Google

dem Factionsgeist, nicht lassen; die erste Kammer wurde dadurch zu einem bloßen Abklatsch der zweiten, nur daß sie an Stelle des auf letztem Landtage behaupteten Zuges zur Mäßigung diesmal noch eine radicalere Tendenz bewies als jene. Zwischen diesen Extremen stand die Partei der gemäßigten Liberalen, ohnehin schwach an Zahl, entnüchtert und abgespannt, nachdem der Freiheitsrausch verflogen, ohne rechten Rückhalt im Volke und, soweit sie in der deutschen Frage dem gothaer Programm zuneigte [1]), der Regierung noch viel unliebsamer als die Demokratie vom reinsten Wasser. Mangel an Liebe zur Dynastie und dem eigenen Volksstamm war der Vorwurf, den die specifische Regierungspartei ihnen täglich zuschleuderte; gegen niemanden aber richtete sich ihr Haß mit größerer Bitterkeit als gegen v. Carlowitz, den Führer der kleinen Schar, die, obgleich in inneren Fragen streng conservativ, in der deutschen für unbedingten Anschluß an Preußen war. Ja man erlebte das eigenthümliche Schauspiel, daß sie selbst den Bund mit den Radicalen nicht verschmähte, wo es die Bekämpfung dieser Gegner galt [2]).

Alle unabhängigen Parteien begegneten sich in der Sehnsucht, über die letzten traurigen Ereignisse den Schleier des Vergessens gebreitet zu sehen. Ließ sich doch das Gefühl nicht abweisen, daß die Verschuldung keineswegs bloß auf seiten Derer liege, die jetzt hinter Schloß und Riegel ihrer Verurtheilung entgegensahen. Die unterm 3. November erlassene Amnestie hatte sich nur auf Beleidigungen des Staatsoberhaupts und seiner Familie bezogen. Die Unzufriedenheit über die große Zahl und lange Dauer von Suspensionen und Inhafthaltungen machte sich daher in einem Antrage auf eine möglichst ausgedehnte Amnestie für die Maigefangenen Luft. Diese verweigerte jedoch der Ministerpräsident ganz bestimmt. „Begna-

1) Braun, Held, Cuno, Schwarze, Professor Wagner, Hülße, Biedermann, Koch u. A.

2) v. Hohenthal-Püchau, Die conservative Partei in Sachsen und ihre Stellung zur deutschen Frage (1850).

Digitized by Google

digung", erklärte er, „wolle die Regierung üben aber erst nach geführter Untersuchung; so lange man täglich Vertheidigungen des Hochverraths lese und höre, sei die gewünschte Versöhnung der Parteien nicht zu hoffen"; „die Regierung", fügte er drohend hinzu, „habe bewiesen, daß sie stark sei und werde es eintretenden Falls wieder beweisen", und ein königliches Decret vom 24. Januar versprach zwar ganzen im voraus bestimmten Kategorien der Maiangeklagten Begnadigung zu Theil werden zu lassen, wies aber eine auch die Untersuchung ausschließende Amnestie zurück. Nicht minder verweigerte die Regierung wegen der noch fortdauernden Thätigkeit der Umsturzpartei die Aufhebung des Belagerungszustandes in Dresden, Crimmitzschau und Werdau, bevor nicht das vorgelegte Aufruhrgesetz Annahme gefunden habe. Ein ernstlicher Streit erhob sich mit der zweiten Kammer über die Wählbarkeit Schaffraths, welche die Regierung demselben als suspendierten Rathmanne ab-, die Kammer aber, da er seine Entlassung schon vor seiner, auch an sich anfechtbaren Suspension gegeben habe, zugesprochen hatte, worauf jene diesen Beschluß als eine Competenzüberschreitung bezeichnete und die Einberufung Schaffraths verweigerte. Die erste Kammer unterzog unterdessen die seit dem letzten Landtage erlassenen Verordnungen einer besonderen Prüfung, wobei ein damit verbundener Angriff auf das Märzministerium wegen eigenmächtiger Verlängerung des Privilegiums der leipziger Bank (Decret vom 18. Januar 1848) mehr nur zur Maskierung und Verschärfung der dem Maiministerium zugedachten Anklagen dienen sollte. So war denn auch das Resultat ein freisprechendes Urtheil über jenes und ein schuldigerklärendes über dieses. Zwei Verordnungen bezeichnete der betreffende Ausschuß als verfassungswidrig, die vom 8. Mai, welche die Tags zuvor ausgesprochene Verhängung des Kriegszustandes im Widerspruch mit dem Gesetz statt nach funfzehn bereits nach zwei Tagen in Wirksamkeit setzte, und die Verordnung vom 13. August, welche aus Gründen der öffentlichen Sicherheit die Berechtigung zur Jagd auf die früheren Besitzer derselben auf eigenem Grund und Boden und auf die eines

Digitized by Google

zusammenhangenden Areals von mindestens 150 Ackern beschränkte. Jene zwar wurde als durch die Dringlichkeit geboten von der Kammer gegen 4 Stimmen genehmigt; als aber in der Debatte über die letztere Minister v. Friesen den erhobenen Anklagen mit der Herausforderung antwortete, die Kammer möge deshalb gegen ihn wegen Verfassungsverletzung Beschwerde führen, so wurde demgemäß beschlossen. Die Verordnung vom 7. Mai genehmigte die Kammer, vorläufig von der Frage der Gesetzmäßigkeit derselben ganz absehend, nur unter verschiedenen Milderungen der den Kriegszustand betreffenden Paragraphen. Durch diese Beschlüsse erledigte sich zugleich ein Antrag v. Watzdorfs, sämtliche Minister wegen Verfassungsverletzung in Anklagestand zu versetzen [1]).

Während sich auf diese Weise die oppositionelle Stellung der Kammern zum Ministerium immer deutlicher entwickelte, warteten dieselben von Woche zu Woche vergeblich auf die angekündigten Regierungsvorlagen, namentlich auf die am meisten ersehnten größeren Organisationsgesetze. Dieses Hinhalten ließ kaum eine andere Deutung zu, als daß der Regierung überhaupt nichts daran liege mit diesen Kammern etwas zu Stande zu bringen, denn die an dieselben gelangenden Entwürfe waren abgesehen von einigen minder wichtigen nur eben solche, deren sie zur Stärkung ihrer Gewalt gegen die Revolution bedurfte: außer dem Aufruhrgesetze das über das Vereins- und Versammlungsrecht und das definitive Wahlgesetz, welches letztere an Stelle des verunglückten Experiments von 1848 das Zweikammersystem, die indirecte Wahl für die zweite und einen Census von 25 Thlrn. für das active Wahlrecht zur ersten Kammer wiederherstellen sollte; da aber der Entwurf die politischen Wahlen ausschließlich auf den Gemeindeverband basierte und außerdem die Kammern argwöhnten, daß die Regierung, sobald sie das Wahlgesetz habe, sie heimschicken werde, so wurde die Berathung desselben bis zur Vorlegung der versprochenen Gemeindeordnung verschoben.

1) Der König ließ demselben den Kammerherrnschlüssel abfordern.

Digitized by Google

Hierzu gesellte sich die Ungewißheit über den Ausgang der deutschen Verhältnisse, die lähmend auf den öffentlichen Zuständen lastete. Die Thronrede hatte derselben in einer vieldeutigen Weise gedacht [1]). Für die durch die inneren Verhältnisse kaum mehr gebotene Verlängerung des Belagerungszustandes suchte man den Erklärungsgrund in dem Wunsche der Regierung, unter schicklichem Vorwande für alle Eventualitäten eine bedeutende Truppenmasse in Bereitschaft zu halten; man wußte, daß jenseits der böhmischen Grenze österreichische Truppen zum Einrücken in Sachsen bereit stünden, sei es um nöthigenfalls Fürst Schwarzenbergs Proteste vom 28. November Nachdruck zu geben, sei es um im Falle eines inneren Conflicts der Regierung zur Unterstützung zu dienen. Die gleichzeitige Anwesenheit des preußischen Generals v. Gerlach und des bairischen Gesandten Grafen Bray in Dresden deutete auf ein Steigen der diplomatischen Verwicklung, und dabei ließ die versprochene Vorlage der deutschen Actenstücke immer noch auf sich warten. Dieser Ungewißheit ein Ende zu machen, stellte v. Carlowitz am 20. December den Antrag: die Regierung zu veranlassen, daß sie ihrem Vorbehalte keine weitere Folge gebe, den Verwaltungsrath aufs neue beschicke und die Wahlen zum Reichstage ungesäumt veranstalte.

Die Antwort darauf war eine Note der sächsischen Regierung an Preußen vom 27. December, worin sie sich, was bis dahin nur Baiern gethan hatte, dem österreichischen Proteste gegen die Ausschreibung der Wahlen zum Reichstage sowie überhaupt gegen die Errichtung eines engeren Bundesstaates anschloß, da die beiden von ihr bei Eingehung des Bündnisses

1) Der König versprach in derselben das ob auch entweihte Panier der deutschen Einheit nicht sinken zu lassen; seine Aufgabe werde er aber nur dann als gelöst betrachten, wenn ihm dafür Bürgschaft gegeben sei, daß das Recht unverletzt bleibe, daß das deutsche Vaterland einig und stark, nicht zerrissen und geschwächt aus seiner Neugestaltung hervorgehe und daß Sachsen für die Opfer, die es so gern um diesen Preis darbringen wolle, den ihm gebührenden Platz in einem deutschen und keinem anderen Reiche finde.

Digitized by Google

vom 26. Mai festgehaltenen Voraussetzungen, daß diese Verfassung Gemeingut der Nation, nicht eines Theils derselben werde und die Aufrichtung des Bundesstaates nicht mit Verletzung der aus dem Deutschen Bunde hervorgehenden vertragsmäßigen Rechte erfolge, nicht in Erfüllung gegangen seien; sie erklärte jedoch, sich damit in keiner Weise den durch das Bündniß vom 26. Mai eingegangenen Verpflichtungen zu entziehen sondern nur die Betheiligung an einer außerhalb dieser Verpflichtungen liegenden und ihren bundesmäßigen Obliegenheiten widersprechenden Maßregel zu verweigern. Endlich, Januar 1850, erfolgte auch die Vorlage der Actenstücke, begleitet von einer ausführlichen Denkschrift Beusts vom 28. December, welche angeblich das vollste Licht über den Verlauf der Verhandlungen verbreiten und dadurch dem Vorwurf einer schwankenden oder zweideutigen Haltung in dieser ernsten Sache begegnen sollte [1]). Mit einem großen Aufwande von Sophistik suchte sie den Vorwurf des Undanks gegen Preußen zu entkräften, vornehmlich aber den Vorbehalt zu rechtfertigen, indem sie die über dessen Bedeutung entstandene Meinungsverschiedenheit auf die Eilfertigkeit der Schlußconferenz schob und die viel angefochtene Geheimhaltung und die Nichterwähnung desselben in der königlichen Proclamation vom 30. Mai damit vertheidigte, daß sein Bekanntwerden unvermeidlich den so sehr gewünschten Beitritt der süddeutschen Staaten erschwert haben würde. Wie sehr sie sich aber auch Mühe gab, den wirklichen Sachverhalt, nämlich daß Sachsen weder um der deutschen Einheit willen, noch viel weniger aber zu Gunsten Preußens, selbst wenn dadurch der Grund zur künftigen deutschen Einheit gelegt werden sollte, seine Selbständigkeit beschränken lassen wollte, zu verschweigen und zu verhüllen, so war doch darin die eigentliche Herzensmeinung der Beust'schen Politik in nicht zu verkennender Weise ausgesprochen. „Nachdem Österreich", sagte sie, „in die Lage versetzt worden ist, das volle Gewicht seiner Macht auch in Deutschland fühlen zu lassen, ist die frei-

1) Landtagsmittheilungen 1849—1850, erste Kammer, S. 555 ff.

Digitized by Google

willige Unterordnung der dem Maibündnisse noch nicht beigetretenen Staaten unter eine preußische Executivgewalt nicht zu erwarten. Für Preußen scheint nur die Alternative gegeben, daß es sich entweder zu Modificationen entschließt, welche den Eintritt Baierns, vielleicht auch Deutsch-Österreichs möglich machen, oder die Rückkehr zum Staatenbunde mit constitutioneller Zuthat, dafern sich nicht endlich die beiden deutschen Großmächte zu einem Bundesverhältniß mit einem aus dem übrigen Deutschland zu bildenden Bundesstaate verstehen wollen." Es war die erste Andeutung der Triasidee. Den Commentar zu der weiteren Versicherung, daß Sachsen nach wie vor an der Verpflichtung festhalte, den Verfassungsentwurf vom 26. Mai in seiner ursprünglichen Auffassung zur Ausführung zu bringen, sobald Preußen und dessen Verbündete die Mittel zur Erreichung dieses Zweckes darbieten wollten, lieferte der Zusatz: „Die Möglichkeit einer Verständigung sei vorhanden; die sächsische Regierung habe daher für den Fall, daß Preußen sich nicht veranlaßt finden sollte mit entsprechenden Erklärungen hervorzutreten, ihr Absehen dahin gerichtet, daß von den vier Königreichen im Verein mit Österreich ein zweckdienliches Entgegenkommen ermöglicht werde."

Diese Eröffnungen, verbunden mit dem durch die öffentlichen Blätter bestätigten Gerüchte von Verhandlungen zwischen den vier Königreichen über einen besonderen Vertrag erfüllten die deutsche Partei mit großer Besorgniß und riefen von seiten derselben in beiden Kammern (5. und 6. Februar) Interpellationen hervor. In warm empfundenen Worten daran erinnernd, daß in der gedeihlichen Lösung der deutschen Frage der einzige Schutz gegen die von innen wie von außen drohenden Gefahren zu finden sei, stellte Braun die Anfrage, ob Sachsen wegen des deutschen Verfassungswerkes außer dem Maibündnisse noch andere Verhandlungen mit jenen Staaten, beziehentlich mit Österreich angeknüpft habe und ob diese ein Entgegenkommen gegen Preußen oder ein dem Vertrag vom 26. Mai entgegenstehendes Separatbündniß bezweckten? Beusts Antwort,

Digitized by Google

wie gewöhnlich diplomatisch ausweichend, constatierte doch vollständig die Thatsache, daß Sachsen den unmittelbaren Verkehr mit seinen bisherigen Verbündeten abgebrochen und eine Verständigung mit Baiern, Würtemberg, Hannover und Österreich eingeleitet hatte; er verwies auf die bevorstehende Verhandlung über das Decret vom 29. December. Die Regierung, setzte er in der ersten Kammer hinzu, habe sich von dem Maibündnisse nicht losgesagt sondern den engeren Beitritt nur an bestimmte Bedingungen geknüpft, deren Erfüllung nicht hätte erreicht werden können. Je mehr sie nun von dem Wunsche durchdrungen sei, ein Bündniß zu Stande zu bringen, welches geeignet sei das gesamte Deutschland in sich aufzunehmen, desto nothwendiger habe es geschienen zwischen den dissentierenden Regierungen deshalb Besprechungen einzuleiten, die auch zu der Hoffnung auf erfreuliche Ergebnisse berechtigten.

Nicht das Gewicht dieser Gründe sondern die Zerfahrenheit der Parteien war es, die der Regierung helfend zur Seite stand. Der von der ersten Kammer niedergesetzte außerordentliche Ausschuß gieng über die vorliegende Frage nach nicht weniger als vier verschiedenen Richtungen auseinander. Joseph enthielt sich jedes Antrags; Mammen wollte nur einer freigewählten Nationalversammlung das Recht zugestehen die durch Ablehnung der Kaiserkrone nöthig gewordene Abänderung der Reichsverfassung vorzunehmen; Schenk verlangte, daß die Regierung den Verwaltungsrath unverweilt beschicke und kraft des Vorbehalts die nöthigen Abänderungsvorschläge zur Verfassung vom 26. Mai einbringe; v. Carlowitz und Küttner endlich, daß sie, absehend von ihrem Vorbehalte, den Verwaltungsrath beschicke, die Wahlen zum Reichstage unverweilt veranstalte und mit Baiern, Würtemberg und Hannover wegen des Anschlusses an das Maibündniß unverzüglich directe Verhandlungen anknüpfe. So in sich gespalteten Gegnern gegenüber, auf der einen Seite durch die Particularisten gedeckt, auf der anderen durch die Linke, welche sich freute, „daß mit dem Vorbehalte ein Kloben in das Fangeisen der kleineren Staaten geschoben worden sei und lieber den alten Bundestag mit seiner Schmach

Digitized by Google

und Schande als das Dreikönigsbündniß ertragen wollte", hatte das Ministerium nun leichtes Spiel. Sehr zu statten kam ihr außerdem der Rückschlag der neuesten Octroyierungen in Preußen, der in die Reihen der Anhänger des Dreikönigsbündnisses Unsicherheit brachte. Umsonst, daß v. Carlowitz seinen Wahlspruch: „Mit Preußen und durch Preußen zu Deutschland" mit feurigen, beredten Worten vertheidigte, daß er das illoyale Verfahren der sächsischen Regierung, die jede Einigung hindernde Politik Baierns mit scharfen Hieben geißelte [1]); nachdem Beust in ausführlicher Rede die Redlichkeit seiner Politik mit vielen klingenden Wendungen dargethan hatte, war das Resultat einer zweitägigen Debatte, daß die sächsische Partei, indem sie mit den Großdeutschen gegen die Kleindeutschen und umgekehrt stimmte, sämtliche Anträge zu Falle brachte und überhaupt kein Beschluß zu Stande kam.

In der zweiten Kammer dagegen erlitt die deutsche Politik des Ministeriums, 7. März, eine vollständige Niederlage. In

1) „Nicht Preußens Vergrößerungsgelüste ist es", sagte er, „welches die Selbständigkeit der kleineren deutschen Staaten gefährdet; nein! ist es etwas, so ist es das Mißbehagen des deutschen Volks an der meist so kleinlichen, so particularistischen und doch so schwachen Politik der kleineren Regierungen, das Mißbehagen des deutschen Volkes an der sogenannten Kleinstaaterei. Ist es etwas, was mit der Zeit auch Sachsens Selbständigkeit gefährden könnte, so ist es das immer höher ansteigende Ausgabebudget, das zur Verarmung der Steuerpflichtigen führt, so ist es eine Heeresmacht, welche zu schwach ist, um unsere Selbständigkeit gegen das Ausland, wäre sie wirklich bedroht, zu vertheidigen, und doch zu stark um nicht das Land mit Abgaben zu erdrücken und im Geheimen den Wunsch aufkommen zu lassen, daß es besser sei sich an einen größeren Staat anzuschließen. Das sind die wahren Feinde der Selbständigkeit der kleineren Staaten und diese Feinde wird man am besten dann entwaffnen, wenn man den Geist, der Deutschland durchweht, zu begreifen vermag und ihm sein gebührendes Opfer bringt. Der Regent, der Volksstamm, welcher in diese Bahn rechtzeitig und freiwillig einlenkt, wird noch am meisten von seiner Souverainetät, seiner Selbständigkeit retten, während diejenigen Regierungen, welche die Mahnungen der Zeit überhören, die nächste Katastrophe, die über Deutschland hereinbricht, unrettbar verschlingen wird."

Digitized by Google

Übereinstimmung mit dem von Biedermann, dem Führer der gothaischen Partei, verfaßten Ausschußberichte, der eine entschieden oppositionelle Stellung gegen dieselbe einnahm und den Vorbehalt sowie die für dessen Verheimlichung vorgebrachten Gründe hauptsächlich vom Standpunkte der politischen Moral aufs schärfste verurtheilte, erklärte die Kammer, wenn auch gegen starke Minoritäten, nur einer im Sinne der Begründung eines Bundesstaates mit parlamentarischer Regierung aufrichtig vorgehenden Politik ihre Unterstützung gewähren zu wollen, sprach die Erwartung aus, daß die Regierung bei Erledigung der deutschen Verfassungsangelegenheit die dem sächsischen Volke durch die Verfassung und die Grundrechte zugesicherten Freiheiten aufrecht erhalten werde, forderte dieselbe auf den Verwaltungsrath sofort wiederzubeschicken, inzwischen auch mit Baiern und Würtemberg über deren Beitritt zum Maibündnisse, mit Österreich wegen Anbahnung einer Union zu verhandeln und verwahrte endlich, argwöhnisch gemacht durch etliche Andeutungen, welche Beust in Laufe der Debatte über Vereinbarungen nach einer anderen Seite hin gemacht hatte, fast einstimmig ihr Recht der Zustimmung zur Feststellung einer deutschen Verfassung, an welcher sich die sächsische Regierung betheiligen möchte, indem sie für die strenge Aufrechthaltung dieses Rechts die Rathgeber der Krone ausdrücklich verantwortlich machte. Es waren mannhafte Beschlüsse, aber es ließ sich dabei das Gefühl nicht unterdrücken, die Regierung werde doch thun, was ihr beliebe. Hatte sie ja selbst gesagt, „daß sie den schwankenden Abstimmungen der Volksvertretung gegenüber einen festen Standpunkt zu behaupten suchen müsse [1]).

In der That hatte sie bereits eigenmächtig gehandelt. Denn war den Mittelstaaten der preußische Bundesstaat zuwider, so wünschten sie nicht minder dem Interim, durch welches

1) Wie tief das Zerwürfniß mit Preußen sei, konnte man daraus entnehmen, daß das berliner Ministerium die Bitte, auch an die preußischen Gewerbtreibenden eine Aufforderung zur Beschickung der in Leipzig beabsichtigten deutschen Gewerbeausstellung zu erlassen, einfach abschlug.

Digitized by Google

sie von der Bundesregierung ganz ausgeschlossen waren, möglichst bald ein Ende zu machen. In vertraulichen Conferenzen zu München arbeiteten v. d. Pfordten und der sächsische Gesandte Graf Hohenthal mit den Vertretern von Hannover und Würtemberg am 17. Januar einen Gegenentwurf zur Reform der Bundesverfassung aus, in welchem die Mittelstaaten vor allem sich selbst auf Kosten der Kleinen bedacht hatten, die einheitliche Spitze durch ein Directorium ersetzt und diesem ein Staaten- und ein Volkshaus an die Seite gestellt war. Österreich, so war die Meinung der königlichen Regierungen, sollte die Vorlage dieses Entwurfs auf sich nehmen; es war daher eine schmerzliche Enttäuschung, als Fürst Schwarzenberg sich dessen weigerte, ihnen anheimstellte ihr Werk selbst gemeinschaftlich in Wien und Berlin vorzulegen, das Staatenhaus rundweg verwarf, die Beschränkung des Volkshauses auf 240 Mitglieder und als unerläßliche Bedingung den Eintritt Gesamtösterreichs in den Deutschen Bund verlangte. Hannover trat in Folge dieser Forderungen von den Verhandlungen zurück, nicht so die sächsische Regierung, die sogar mit großer Beflissenheit auf dieselben eingieng. In einer besonderen Denkschrift setzte sie auseinander, daß nach dem Scheitern des preußischen Versuchs nichts übrig bleibe als sich der österreichischen Ansicht anzuschließen, daß die größeren, lebenskräftigen Staaten in ihrer bisherigen Selbständigkeit innerhalb des Bundes sich ferner bewegen, die schwächeren dagegen durch Vereinigung zu größeren Gruppen sich die Mittel zu gleicher Lebensfähigkeit verschaffen könnten. Dieses System habe den Hauptvortheil, daß das in den Kleinstaaten nicht durchführbare constitutionelle Princip in den größeren Gruppen eine lebendige Gestaltung erhalten und also in Deutschland eine Wahrheit werden könne, obwohl es sich innerhalb des Bundesstaates als unmöglich erweise.

Diese Sätze fanden ihre Ausführung in dem am 27. Februar zu München unterzeichneten, gewöhnlich, aber nach Hannovers Rücktritt nur fälschlich sogenannten Vierkönigsentwurf, der sich als Erfüllung der durch die Bundesbeschlüsse vom 30. März und 7. April 1848 der deutschen Nation gegebenen Zusagen

Digitized by Google

ankündigte und dem preußischem Bundesstaate einen revidierten Staatenbund gegenüberstellte mit einem Directorium von 7 Mitgliedern, wobei den Kleineren nur die Wahl blieb, durch wen sie sich darin vertreten lassen wollten, einer Nationalvertretung von 300 Delegierten der Landesvertretungen einschließlich 100 aus allen Zungen Gesamtösterreichs und einem Bundesgericht. Schwerlich glaubten die Väter dieser „Mißgeburt" selbst an eine Lebensfähigkeit derselben. Das Ganze war nichts als ein Schachzug gegen den preußischen Bundesstaat, ein Schreckschuß für die Kleinstaaten, die für ihre Anhänglichkeit an Preußen mit Mediatisierung bedroht wurden, im günstigsten Falle ein Fingerzeig für eine künftige Bundesreform, die den Mittelstaaten zu größerem Gewicht verhelfen sollte. Das Volk nahm den münchener Entwurf mit der äußersten Gleichgiltigkeit auf, selbst Österreich trat ihm nur unter gewissen Vorbehalten bei; Preußen wies ihn ganz zurück und ließ sich dadurch in der Einberufung des freilich meist nur aus Minoritätswahlen hervorgegangenen Reichstags nach Erfurt nicht stören. Die Rede, mit welcher derselbe eröffnet wurde, betrachtete Sachsen und Hannover noch als rechtlich im Bunde stehend und kündigte die Erhebung einer Klage beim Bundesschiedsgericht wegen ihres einseitigen Rücktrittes an. Im Bundesrathe gab der großherzoglich hessische Bevollmächtigte v. Lepel dem Unwillen über das Verhalten beider Königreiche insbesondere von seiten derjenigen Regierungen, welche dem Maibündnisse im Vertrauen auf die Vertragstreue nicht bloß einer sondern aller drei Regierungen beigetreten seien, einen sehr kräftigen Ausdruck [1]). Doch aber zeigte die eilige Vertagung des Reichstags und der Aufschub der definitiven Constituierung des Bundesstaates eine wachsende

1) „Bekannt mit einer solchen Tendenz würden sie sich allerdings zu einer Einigung mit der preußischen Regierung bestimmt gefunden haben, nimmermehr aber auch mit den beiden anderen, welche nur die augenblickliche Sicherstellung ihrer eigenen Existenz zum Motiv und schon beim Abschluß des Vertrags den Entschluß gehabt zu haben schienen sich im ersten günstigen Moment wieder davon loszusagen."

Digitized by Google

Unsicherheit Preußens gegenüber dem kecken Vorschreiten Österreichs, welches nunmehr, da das Interim mit dem 1. Mai ablief, Preußens Pläne auf Grund des alten Bundesrechts zu zerstören Anstalt machte. Kraft seines Präsidialrechts schrieb es, 26. April, eine außerordentliche Plenarversammlung aus. Der König von Preußen dagegen lud sämtliche Unionsfürsten mit Ausnahme des hannoverschen auf den 8. Mai zu einem Congreß nach Berlin ein. Der König von Sachsen war der einzige, der direct ablehnte, „da dieselben Gründe, welche ihn von Beschickung des erfurter Parlaments abgehalten hätten, sowie die Rücksicht auf die bevorstehende Versammlung der Bevollmächtigten sämtlicher deutscher Regierungen in Frankfurt ihn vom Erscheinen abhielte".

Jene Reactivierung des Bundestags führte auch in den innern Verhältnissen Sachsens die entscheidende Wendung herbei. Das Bekanntwerden der münchener Übereinkunft erregte hier unter den Freunden des parlamentarischen Bundesstaates, die eben jetzt durch den Austritt des von der preußischen Regierung zum Commissar am erfurter Reichstage ernannten v. Carlowitz in der ersten Kammer ihre kräftigste Stütze verloren hatten, eine leicht begreifliche Aufregung. Auf eine Interpellation Biedermanns bestätigte Beust, 25. März, die Thatsache des Abschlusses der Convention, zu welcher die Zustimmung Sachsens bereits am 2. März abgegangen sei, lehnte aber die Vorlage der bezüglichen Actenstücke, da die Verhandlungen noch schwebten, ab und übergieng die Frage, ob die Regierung dabei die verfassungsmäßige Zustimmung ihrer Volksvertretung ausreichend gewahrt habe, mit Stillschweigen. Diese unbefriedigende Auskunft in Verbindung mit verschiedenen unheimlichen Gerüchten bewog Biedermann am 24. April den dringlichen Antrag zu stellen: die Kammer wolle zur Wirksammachung ihres Beschlusses vom 7. März und in Erwägung, daß mit dem 1. Mai die Wirksamkeit der Bundescommission erlösche, ihren deutschen Ausschuß beauftragen ungesäumt Erörterungen anzustellen, ob nicht der Zeitpunkt eingetreten sei, wo die Kammer ihr verfassungsmäßiges Recht der Zustimmung

Digitized by Google

zur Feststellung der deutschen Verfassungsangelegenheit geltend zu machen habe.

Während sich der deutsche Ausschuß noch mit diesem Antrag beschäftigte, gewann es den Anschein, als solle wie beim vorigen Landtag wieder ein finanzieller Conflict die Regierung aus der Verlegenheit befreien. Daß es nicht schon über die Verordnungen vom 25. Mai und 14. Juli 1849 dazu gekommen, war hauptsächlich der Mäßigung des Finanzministers zu danken, der die geschehene Abweichung von der Verfassung offen und ehrlich eingestand, worauf die zweite Kammer — der erste Fall dieser Art im sächsischen Verfassungsleben — mit einer geringen Majorität das Ministerium deshalb zu indemnisieren beschloß; ebenso wurde eine andere Differenz mit der zweiten Kammer wegen Höherbesteuerung der Pensionaire durch gemeinschaftliche Sitzung beider Kammern, der einzigen dieser Session, glücklich beseitigt. Ernsthafter aber gestaltete sich die über das Steuerprovisorium, welches der Finanzausschuß in der ersten Kammer nicht, wie die Regierung verlangte, bis Jahresschluß, sondern nur bis zum 31. August zu bewilligen vorschlug, und zwar mit dem Zusatze: daß man keineswegs der Regierung das Recht einräume etwa später fällig werdende Steuern im voraus zu erheben. Es war die nämliche Taktik wie auf dem vorigen Landtage, eine förmliche Steuerverweigerung zwar geflissentlich zu vermeiden aber durch Stellung längerer Fristen das Ministerium zu Concessionen zu zwingen und die gefürchtete Auflösung abzuwenden. Als nun dieser Gegenstand, 17. April, zur Sprache kam, trat das Ministerium den ihm gemachten Anschuldigungen mit einer alles Frühere überbietenden Schroffheit entgegen. „Der Satz", erklärte Zschinsky, „daß das Ministerium unbedingt und jedenfalls zurücktreten müsse, wenn es nicht die Majorität in den Kammern habe, sei eine Unrichtigkeit, die sächsische Verfassung kenne ihn nicht", und Rabenhorst sprach wegwerfend von den „sogenannten" Grundrechten. Die erste Kammer aber ertheilte das Steuerprovisorium einstimmig nur bis zum 31. August. Wenige Tage darauf zeigte Prinz Johann, der bis dahin seinen Platz wieder eingenommen hatte,

Digitized by Google

derselben an, daß er für die Folge behindert sei ihren Sitzungen beizuwohnen. Endlich gab der Ministerpräsident am 30. April eine so unumwundene Erklärung, daß sie nur als eine Provocation zum völligen Bruch mit den Kammern angesehen werden konnte. Es handelte sich um einen Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe, den Joseph gestellt hatte, nachdem von der Regierung erklärt worden war, daß sie ein Gesetz darüber nicht vorlegen werde, da diese Frage um so eher bis zur Umarbeitung des Criminalgesetzbuchs auf sich beruhen könne, als das Ministerium am 5. Januar beschlossen habe von den bis dahin verhängten Todesstrafen keine vollstrecken zu lassen, und der sich einfach darauf berief, daß die Grundrechte als promulgiertes Landesgesetz für Sachsen rechtsbeständig seien. „Die Grundrechte", entgegnete dem Zschinsky, „sind als Landesgesetz in Sachsen den übrigen Gesetzen gleich; sie stehen nicht über der Verfassung, ja sie bilden nicht einmal einen Theil der letzteren sondern sind nur wie die übrigen Landesgesetze zu betrachten. Die Regierung wird, wie ich hiermit erkläre, die Bestimmungen der Grundrechte, welche sie für heilsam und dem Vaterlande zuträglich erachtet, gern und freiwillig mit ausführen helfen, sie wird dies aber nicht thun können, soweit sie die eine oder die andere Bestimmung in den Grundrechten für schädlich, für verderblich erachtet. Soweit Bestimmungen der letzteren Art bereits ins Leben getreten sein sollten, wird sie die nöthigen verfassungsmäßigen Schritte thun um dieselben wieder zu beseitigen. Dies wird auch mit denjenigen geschehen, welche nicht auf Sachsen allein sondern lediglich auf ganz Deutschland berechnet sind; was in ganz Deutschland als Grundrecht gelten soll, kann erst durch ein künftiges Reichsgesetz festgesetzt werden." Diese unerwartete Erklärung machte anfangs einen fast erstarrenden Eindruck auf die Kammer, dann rief sie eine Fluth von Protesten und Anklagen der stärksten Art hervor. Doch beschloß die Kammer vor weiteren Anträgen erst den Druck der Landtagsmittheilungen abzuwarten, und am 8. Mai beauftragte sie einstimmig ihren Verfassungsausschuß zu untersuchen, was überhaupt in der Sache zu thun sei.

Digitized by Google

Es kam hierzu die steigende Ungeduld der Kammern über das Ausbleiben der zugesagten wichtigen Vorlagen. Nach einem mehr als fünfmonatlichen Beisammensein waren ihnen von umfänglicheren Entwürfen nur das Berggesetz (publ. 21. Mai 1851), das Steuergesetz, einige Ablösungsgesetze und ein Pensionsgesetz für Civilstaatsdiener (publ. 24. April 1851), von den größeren Organisationsgesetzen nicht eines zugegangen, so daß sie sich auf diese Weise zu einer halb unthätigen Existenz verdammt sahen. Zusammengehalten mit den Angriffen, welche die Regierungspresse [1]) und die feudalen Organe gegen die Kammern richteten, rechtfertigte dieses Verfahren den Argwohn, daß die Regierung absichtlich darauf ausgehe den Parlamentarismus beim Volke in Mißcredit zu bringen. Diesem Zustande ein Ende zu machen, brachten daher am 23. Mai zwölf Abgeordnete den Antrag ein: dem Könige ehrerbietig die dringende Nothwendigkeit vorzustellen, daß die verheißenen Organisationsgesetze ohne Aufschub den Kammern vorgelegt würden; wie diese aufrichtig entschlossen seien die Regierung auf dem Wege zur Befestigung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu unterstützen, wie sie dagegen ein gedeihliches Zusammenwirken mit dem Ministerium nur dann für möglich erachteten, wenn letzteres durch die That beweise, daß es auch seinerseits zu entschiedener und rückhaltsloser Betretung dieses Weges entschlossen sei, wie sie aber jede Verantwortung für die aus der längeren Vorenthaltung der dem Volke verheißenen Verbesserungen der öffentlichen Zustände nothwendig entspringenden Nachtheile durchaus von sich ablehnen müßten. Der Antrag kam einer indirecten Beschwerdeführung gegen das Ministerium gleich.

1) Die Freimüthige Sachsenzeitung über die Sitzung der ersten Kammer vom 4. April: „War das heute eine Sitzung! Herr meines Lebens, woher noch weiter die Geduld nehmen, dergleichen anzuhören. Ich rede nicht davon, daß unwichtige Gegenstände verhandelt wurden; jede Kammer wird das thun müssen, aber wie sie behandelt wurden: diese Theilnahmlosigkeit gepaart mit Schwätzerlust, diese Schwätzerlust gepaart mit Dummdreistigkeit, diese Dummdreistigkeit gepaart mit ‚Gesinnung'!"

Digitized by Google

So standen die Dinge, als sich der mit Biedermanns Antrag vom 24. April beschäftigte deutsche Ausschuß durch die am 26. April erfolgte Einberufung der Plenarversammlung bewogen fand an die Regierung folgende Fragen zu richten: 1) Anerkennt die Regierung eine Verpflichtung für sich, der Einladung Österreichs zu einer Plenarversammlung, welche die Einsetzung eines neuen provisorischen Bundesorgans und die Revision der Bundesverfassung vornehmen soll, Folge zu leisten? 2) Wie glaubt sie bejahenden Falls mit der Anerkennung einer solchen angeblichen Verpflichtung aus der alten Bundesverfassung die ihr unzweifelhaft verfassungsmäßig obliegende Verpflichtung in Einklang setzen zu können, zu jeder Vereinbarung über eine allgemeine deutsche Verfassung die Zustimmung der Volksvertretung einzuholen? 3) Hat sie bereits einen Bevollmächtigten nach Frankfurt geschickt? — Die erste und dritte Frage bejahte die Regierung; was die zweite betreffe, so habe sie noch keinen Anlaß dieselbe in Erwägung zu ziehen, so lange sich nicht ermessen lasse, welche Resultate die frankfurter Berathung herbeiführen werde. Inzwischen gelangte in geheimen Sitzungen (27. und 28. Mai) ein königliches Decret über eine zu außerordentlichen Bedürfnissen, namentlich zu Eisenbahnzwecken bestimmte Anleihe von 16 Millionen Thlrn. zur Berathung. Bei der notorischen Nothwendigkeit des Bedarfs würde diese unstreitig bewilligt worden sein, hätte man nicht nach jener Erklärung wenigstens eine Bürgschaft für nöthig gehalten, daß diese große Summe nicht etwa im Interesse des wiederhergestellten Bundestags verwendet werde. Da gab Beust, im Ausschuß zu einer Erklärung gedrängt, zu erkennen, daß unter Umständen, nämlich wenn der von dem frankfurter Staatencongreß ausgehende Verfassungsentwurf verworfen werden sollte, allerdings der Bundesvertrag in seiner ganzen Ausdehnung wiederaufleben könne und daß es bedenklich falle eine bestimmte Erklärung darüber abzugeben, ob zu den Beschlüssen dieses dann wiedererstehenden Bundestags die Zustimmung der Stände nothwendig sei. Diese Auslassung erschien dem Ausschuß von solcher Tragweite, daß er die Kammer von

Digitized by Google

derselben förmlich in Kenntniß zu setzen beschloß. Der Eindruck dieser Mittheilung war außerordentlich (29. Mai). Die Sitzung wurde in der höchsten Aufregung sistiert, am Abend wurden Clubsitzungen gehalten, in der nächsten Sitzung die letzte Beschlußfassung über die Anleihe auf acht Tage ausgesetzt und die ganze Angelegenheit an den deutschen Ausschuß zurückverwiesen. Letzterer beschleunigte seine Berichterstattung dermaßen, daß sie sich schon am 31sten auf der Registrande befand. Auf Grund von § 9 der Verfassung beantragte er die Überreichung einer Adresse an den König, in welcher die durch Beusts Erklärung erweckten Besorgnisse wegen einer beabsichtigten Wiederherstellung des Bundestags dargelegt, auf die Rechtswidrigkeit und die unausbleiblichen verderblichen Folgen eines solchen Regiments im Interesse der Monarchie nicht minder wie der gesetzlichen Freiheit hingewiesen, zuletzt aber die Bitte an den König gerichtet war, seinen Bevollmächtigten in Frankfurt schleunigst dahin instruieren zu lassen, daß derselbe jede Zustimmung der sächsischen Regierung zu solchen Acten, aus welchen eine Wiederherstellung des Bundestags gefolgert werden könne, versage, wenn dergleichen dennoch beschlossen werden sollten, dagegen Verwahrung einlege und der Aufrichtung irgend einer neuen Verfassung oder Centralgewalt für Deutschland nicht anders als unter ausdrücklichem Vorbehalte der Genehmigung der sächsischen Volksvertretung zustimme. Der Berathung kam das Ministerium durch die Auflösung der Kammern am 1. Juni zuvor. Lautlos, ohne das übliche Hoch auf den König, giengen sie auseinander.

Am 3. Juni erschienen drei Verordnungen, von denen die erste das freie Vereins- und Versammlungsrecht aufhob, die zweite die Presse, insbesondere die periodische, unter strenge Polizeiaufsicht stellte, die dritte die nach der Verfassung von 1831 bestehenden Stände in derselben Zusammensetzung, in der sie 1848 versammelt gewesen, lediglich behufs der Berathung über ein neues Wahlgesetz und einige andere dringende Maßregeln auf den 1. Juli einberief. Gleichzeitig wurde der Belagerungszustand aufgehoben und am 5ten „um den Gesetzen

Digitized by Google

auch in dieser Beziehung ihre volle Wirksamkeit zu lassen", der Beschluß vom 5. Januar wegen Nichtvollziehung der Todesstrafe widerrufen.

So war also der Streich gefallen, der schon lange über den Kammern, dem Lande, ja über Deutschland geschwebt hatte. Es war ein Sieg nicht bloß der Reaction über den Liberalismus sondern ebenso des Particularismus und der alten Bundestagspolitik über die nationalen Bestrebungen. Wohl schob das Ministerium in seiner Ansprache an das Volk die Schuld der Auflösung lediglich auf die von den Kammern beliebte Verschleppung der dringendsten Finanzvorlagen, aber die wahre und einzige Ursache des Staatsstreichs war trotz aller officiellen Ableugnungen die deutsche Frage. Bereits hatte sich Sachsen nach dem Beispiele Hannovers mit der Erklärung, daß durch den Vertrag zwischen Österreich und Preußen vom 30. September und durch die Einberufung der Bundesplenarversammlung die das Bündniß vom 26. Mai motivierenden Verhältnisse sich thatsächlich erledigt hätten, am 25. Mai von der Union, am 4. Juni auch vom Bundesschiedsgericht losgesagt, und nur deshalb wurden die Kammern aufgelöst, weil sie an der Union festhalten wollten und sich einmüthig gegen die Rückkehr zum Bundestag aussprachen [1]). Wer wollte sagen, was alles dem deutschen Volke erspart geblieben wäre ohne den sächsischen Staatsstreich von 1850!

1) v. Beust in der zweiten Kammer, 15. August 1864: „Und da der Vicepräsident daran erinnert hat, daß der Bruch über die deutsche Frage entstanden sei, so will ich dieser geschichtlichen Thatsache gar nicht widersprechen, aber sie kommt dem zu Hilfe, was ich sagte. Weil eben beide Kammern auch in dieser Frage der Regierung kein Vertrauen zeigten sondern sich anlehnten an etwas, was im Norden Deutschlands vorgieng, dem die Regierung pflichtmäßig entgegentreten mußte, an eine Gestaltung, die unter anderen Verhältnissen sich jetzt wieder vorzubereiten versucht und welcher die Regierung ebenso entgegentreten wird, deshalb kam es damals zum Bruch, und weil deshalb allerdings ernste Gefahren vor der Thür standen, deshalb war damals für die Regierung ein dringender Anlaß zu einem durchgreifenden Schritt gegeben, ohne daß irgendwie ein Aufstand oder eine Unordnung im Innern zu befürchten gestanden hätte."

Digitized by Google

Welchen Eindruck mußte es ferner machen, daß dasselbe Ministerium, welches der Union gegenüber sich peinlich auf den Buchstaben einer formellen Verpflichtung steifte, in seinen häuslichen Angelegenheiten vor einem offenen Rechtsbruche nicht zurückscheute. Denn ein solcher war die Wiedereinberufung der alten Stände, durch keinen inneren Nothstand als äußerstes Mittel nach Erschöpfung aller anderen gerechtfertigt und geboten. Noch war die Unmöglichkeit, durch Neuwahlen nach dem Wahlgesetze von 1848 zu einem definitiven Wahlgesetze zu gelangen in keiner Weise dargethan. Das Widerlichste bei diesem Gewaltstreiche lag aber in dem Versuche ihn mit dem Mantel des Rechtes zu umkleiden, der, was 1837 in Hannover geschehen war, an Kühnheit noch übertraf [1]). Abgesehen von dem unanfechtbaren Rechtssatze, daß ein provisorisches Gesetz, welches an die Stelle eines früheren tritt, das alte Gesetz dann definitiv aufhebt, wenn die verfassungsmäßigen Organe nicht ausdrücklich bei Schaffung des Provisoriums erklärt haben, daß das alte Gesetz nur suspendiert sein solle, lieferten die Verhandlungen des Landtags von 1848 den unzweideutigen Beleg, daß keiner der damaligen Factoren der Gesetzgebung auch nur an die Möglichkeit gedacht hatte, als ob, im Fall die auf Grund des provisorischen Wahlgesetzes gewählten Kammern nach Ansicht irgend eines Ministeriums den Bedürfnissen des Landes nicht entsprächen, zu den Ständen von 1831 zurückgegriffen und mit ihnen ein anderes Wahlgesetz zu Stande gebracht werden solle. Provisorisch war jenes Gesetz einzig darum genannt worden, weil es im Grunde weder die Regierung noch die verschiedenen Parteien befriedigte. Dennoch wagte es das Ministerium die Verfassungsmäßigkeit seines Verfahrens zu behaupten; beim Nichtzustandekommen des Zweckes, d. h. eines definitiven Wahl-

1) Zachariae (Professor in Göttingen), Die Rechtswidrigkeit der versuchten Reactivirung der 1848 aufgehobenen Bundesversammlung (1850), S. 23. — Biedermann, Die Wiedereinführung der alten Stände in Sachsen aus dem Gesichtspunkte des Rechts und der Politik betrachtet (1850).

Digitized by Google

gesetzes, argumentierte es, bleibe der Regierung kein anderer der Verfassung entsprechender Weg als das Zurückgehen auf die Contrahenten von 1848 übrig, einer Aufhebung bedürfe das provisorische Wahlgesetz gar nicht sondern seine Giltigkeit sei von selbst zu Ende gegangen. Auf Gründe ließ sich freilich die siegreiche Partei überhaupt wenig ein. Die Sachsenzeitung jubelte nur dem Ministerium der rettenden That zu und schleuderte den aufgelösten Kammern Spott und Hohn nach [1]), aber nicht den Radicalen galten zumeist ihre Hetzereien, Denunciationen und Verleumdungen sondern den Liberalen, derselben Partei, die zu einer Zeit, wo die jetzt so heftig sich als Retter Geberdenden verzagt schwiegen, allein den Muth gehabt hatte das steuerlos gewordene Staatsschiff zu lenken und den Thron vor den heranstürmenden Wogen der Revolution zu schützen, die aber jetzt allen Haß auf ihrem Haupte versammelte, weil sie zugleich die deutsche Partei war. Zu einer Dankadresse an den König fanden sich in Dresden gegen tausend Unterschriften.

Es begann hiermit eine Reaction, die in ihren Folgen nicht minder verderblich war als das kaum überstandene Demagogenthum, jene Reaction, die das Jahr 1850 zu einem der traurigsten der ganzen neueren deutschen Geschichte gemacht hat. Aus dem Richter- und dem Beamtenstande wurde keine Stimme zu Gunsten des verletzten Rechtes laut; die Bevölkerung ließ achselzuckend über sich ergehen, was sie nicht ändern konnte. Die große Frage war nur die, ob die Mitglieder des alten Landtags in genügender Zahl zusammenzubringen sein würden, und dies schien allerdings eine Zeit lang sehr zweifelhaft. Das Ministerium fand sich daher bewogen die Eröffnung des Landtags auf den 15. Juli zu verschieben und es Allen, welche mit ihm die Überzeugung theilten, daß die ergriffenen Maßregeln lediglich durch die aus dem Gesetz vom 15. November entsprungenen Gefahren hervorgerufen worden seien, als dringende

1) „Der Scandal mit diesen Leuten war aber auch auf einen Punkt gestiegen, der nicht länger Aufschub gestattete."

Digitized by Google

Gewissenspflicht ans Herz zu legen, die Regierung kräftig zu unterstützen und die ernsten und schweren Gefahren zu beherzigen, welche das Gegentheil in der einen oder anderen Richtung nach sich ziehen müsse. Die Regierungspresse gab sich die erdenklichste Mühe die Schwankenden bald durch Drohungen, bald durch Versprechungen zum Erscheinen zu bewegen. Die Einberufenen waren getheilter Meinung. Den einen dünkte das Richtige einfach auszubleiben, andere wollten nach Dresden gehen, aber nur um zu protestieren, ein dritter Theil endlich, eingeschüchtert oder der revolutionären Erschütterungen überdrüssig und um jeden Preis nach Ruhe verlangend, war bereit mit der Regierung zu gehen. Inmitten dieser Zweifel entschied sich am 20. Juni der Senat der Universität mit 20 gegen 16 Stimmen, darunter denen der bedeutendsten Rechtslehrer, für Nichtbeschickung des Landtags und beauftragte für den Fall, daß die Regierung dennoch auf Vornahme der Wahl bestehe, den Professor des Staatsrechts Albrecht mit ausführlicher Darlegung der Gründe für seine Weigerung. Im Lager der Feudalen kannte die Wuth über diesen Beschluß keine Grenzen. „Wird", rief die Sachsenzeitung, „das Ministerium Zschinsky den Muth haben wie das hannoversche Ministerium Scheele, diese Männer davonzujagen? Mit dem Bettelsack müßten die Zwanzig, ohnehin zum Theil von fremd her Berufene [1]), aus dem Lande marschieren!" Auch die Zahl der übrigen Renitenten war groß, größer noch ihre persönliche Bedeutung, so daß das Ministerium es nur durch einen neuen Gewaltstreich, nämlich durch Einberufung der Stellvertreter, die gesetzlich nur durch die Kammern geschehen konnte, dahin brachte, daß sich spärlich und langsam die erforderliche Zahl zusammenfand um am 22. Juli den Landtag eröffnen zu können. Die Thronrede, kurz und geschäftsmäßig, kündigte an, daß demselben nur die Gesetze, deren Erledigung jetzt unbedingt nothwendig erscheine, namentlich das Wahlgesetz, vorgelegt werden sollten.

1) z. B. Mommsen, Albrecht, Roscher, Jahn, Hantel.

Digitized by Google

So waren denn die todtgeglaubten Stände von 1831 wirklich und leibhaftig aus ihrem Grabe erstanden und die Regierung beeilte sich der ersten Kammer das neue Wahlgesetz und die Gesetze über Revision der Verfassung und Aufhebung der Grundrechte, der zweiten ein Gesetz, welches die provisorischen Gesetze vom 15. November aufhob und bis zur definitiven Revision der Verfassung und der Vereinbarung über ein definitives Wahlgesetz die Bestimmungen der Verfassung und des Wahlgesetzes von 1831 wieder in Kraft setzte, vorzulegen. Die Competenzfrage erledigte die zweite Kammer sehr rasch, indem sie, auf Grund der Behauptung, die provisorischen Gesetze seien nur auf einen Landtag und hauptsächlich auf die definitive Beantwortung der Frage über das Ein- oder Zweikammersystem berechnet gewesen und darum nunmehr von selbst hinfällig, mit 50 gegen 3 Stimmen ihre Competenz, darauf gegen 1 Stimme die Aufhebung der provisorischen Gesetze aussprach und die Bedenken der den Eintritt weigernden Abgeordneten für unbegründet erklärte. Soweit letztere Vorwände brauchten um sich weiteren Zumuthungen zu entziehen, blieben sie unbehelligt; gegen diejenigen aber, welche die Rechtsbeständigkeit dieser Ständeversammlung geradezu leugneten, beschloß die Kammer das vorgeschriebene dreimalige Einberufungsverfahren fortzusetzen und im Fall fortdauernder Weigerung ihnen die Wählbarkeit zu entziehen. Nur Wenige traten um dem zu entgehen noch nachträglich ein; im October war von 74 Mitgliedern der zweiten Kammer von 1848 gerade die Hälfte anwesend, nämlich 37, von den fehlenden waren 19 durch Stellvertreter, von den 25 städtischen Bezirken nur die Hälfte, der Handels- und Fabrikstand gar nicht vertreten. Elf hartnäckige Renitenten wurden, 2. December, des activen und passiven Wahlrechtes verlustig erklärt. Von den Mitgliedern der ersten Kammer waren nur drei ausgeblieben, Dr. Crusius auf Sahlis, Anger auf Eythra und Bürgermeister Koch aus Leipzig. Die Resignation der beiden erstern wurde angenommen, gegen letzteren dagegen das Besserungsverfahren nach dem Staatsdienergesetz eingeleitet und, wie Minister v. Friesen

Digitized by Google

der Kammer ausdrücklich versprach, mit größter Strenge fortgesetzt, der vom leipziger Stadtrath für Koch auf die Dauer des Landtags nachgesuchte Urlaub gegen 1 Stimme abgelehnt, ein Gesuch zahlreicher achtbarer Bürger Leipzigs an den König um dessen Vermittelung in dieser Angelegenheit ebenso wie eine Vorstellung der leipziger Abgeordneten an das Gesamtministerium abschlägig beschieden; „entweder", erklärte das Dresdner Journal, „muß Koch eintreten oder seine Stelle niederlegen". Vor Ablauf der letzten Frist bedenklich erkrankt berief sich Koch auf seinen Gesundheitszustand, aber die erste Kammer bestand auf bestimmter Anerkennung, bis er endlich „durch den unzweideutigen Wunsch seiner Mitbürger, ihn in seiner Stellung erhalten zu sehen, bewogen", sich zum Eintritt bereit erklärte. Auch die Opposition des Senats wurde, wenn nicht gebrochen, so doch umgangen, indem das Cultusministerium auf der Vornahme der Wahl als einem der Corporation zustehenden Rechte bestand [1]). Der Rector und zwölf Professoren fügten sich hierauf und wählten den Theologen Tuch; als dann aber sowohl der Senat als die vier Decane sich standhaft weigerten, demselben die von der ersten Kammer verlangte Vollmacht auszustellen, so verhängte das Cultusministerium unter der Beschuldigung, daß der akademische Senat sich seit 1848 zum Werkzeuge politischer Machinationen habe mißbrauchen lassen, über 21 renitente Professoren die Suspension von ihrer Mitgliedschaft im Senate, worauf nun endlich Tuch seine Vollmacht erhielt.

Von diesen Kammern, die trotz allen zur Schau getragenen Selbstvertrauens das lähmende Gefühl ihrer Widergesetzlichkeit nicht los wurden, brauchte die Regierung keine Opposition im Sinne des Liberalismus zu befürchten. Wie hätten sie nicht vielmehr dem Ministerium in allen Maßnahmen willfahren sollen, durch welche ihnen selbst erst ein Schein von Berechtigung zur Existenz verliehen wurde; ja im Schoße der ersten Kammer erhob sich bald eine Reaction, der auch die Wieder-

1) Von den 31 außerordentlichen Professoren hatten 16 einen Protest gegen den Beschluß vom 20. Juni beim Senate eingereicht.

Digitized by Google

herstellung der vormärzlichen Zustände noch nicht genügte und die die liberaleren Elemente des Ministeriums weit über das ursprüngliche Ziel mit sich fortriß. Zuvörderst verliehen die Kammern den Juniverordnungen, sowie den Verordnungen vom 7. und 8. Mai ohne die mindeste Schwierigkeit durch ihre nachträgliche Genehmigung Gesetzeskraft; dann kam die Beseitigung der Märzerrungenschaften an die Reihe. Die Aufhebung des provisorischen Strafverfahrens bei Preßvergehen (Gesetz vom 2. November 1850) fand nach dem damit getriebenen Mißbrauche selbst bei der liberalen Minorität nur schwachen Widerspruch, zumal nach Zschinsky's wiederholter Versicherung, daß deshalb an eine Beseitigung der Geschwornengerichte nicht zu denken sei. Um so größere Bedenken erregte auch außerhalb der Kammern das vorgelegte Preßgesetz durch die Härte seiner Bestimmungen. Allein vergebens machte der leipziger Stadtrath auf die dem Buchhandel dadurch drohenden Gefahren aufmerksam, eine Deputation der Buchhändler, welche zu gleichem Zweck nach Pillnitz gieng, wurde wegen der Art, wie sich die Generalversammlung derselben über die reactivierten Stände ausgesprochen hatte, gar nicht empfangen. Das Gesetz gieng in beiden Kammern durch [1]). Gleiche Annahme fand das Gesetz „einige strafrechtliche Bestimmungen betreffend" (vom 4. April 1851), unter welchem harmlosen Namen sich ein strenges und in seiner unbestimmten Fassung der Interpretation weiten Spielraum lassendes Preßstrafgesetz verbarg, samt seinem die Erregung von Haß und Verachtung gegen die Organe der Regierung mit strengen Strafen belegenden § 5, obgleich dieser selbst in der ersten Kammer Anstoß um deswillen erregte, weil dadurch auch der conservativen Presse der Tadel eines Gesetzes oder einer amtlichen Handlung unmöglich gemacht werden würde. Die Communalgarde wurde (Gesetz vom 14. Mai 1851) nicht nur in ihre früheren Grenzen zurückgewiesen sondern auch durch Aufhebung des Generalcommandos zu einem bloßen Localinsti-

1) Das sächsische Preßgesetz vom 14. März 1851 diente nachher neben anderen zum Muster für das Bundespreßgesetz von 1854.

Digitized by Google

tute herabgedrückt, als welches sie seitdem bis zu ihrem gänzlichen Erlöschen nur noch ein Scheinleben in einigen größeren Städten fristete.

Die ersten lebhafteren Debatten wurden in der ersten Kammer durch diejenigen Gesetzentwürfe hervorgerufen, bei denen es sich nicht sowohl um politische als um greifbare materielle Interessen handelte; so durch den auf letztem Landtage nicht zu Stande gekommenen über einige veränderte Bestimmungen wegen Ablösung der Lehngelderverbindlichkeit (Gesetz vom 11. November 1850), welcher das Maximum der auf ein Jahrhundert zu berechnenden Besitzveränderungen auf fünf feststellte und alle Lehngelderberechtigungen, auf deren Ablösung nicht bis zum 1. Januar 1853 provociert worden, für erloschen erklärte. Hatten schon die beiden Führer der Feudalen, v. Welck und v. Friesen-Rötha, sich in einem höchst energischen Sondergutachten gegen dieses Gesetz ausgesprochen, so mußte sich die Regierung in der Kammer selbst geradezu deshalb den Vorwurf der Hinneigung zur Revolution gefallen lassen, und meist nur der besonnenen Darlegung des Prinzen Johann war es zu danken, daß das Gesetz schließlich mit vier Stimmen Majorität angenommen wurde. So spalteten sich denn auch die beiden bisher so einträchtigen Kammern, sobald die besonderen Interessen, hier der Rittergüter, dort des bäuerlichen Grundbesitzes, in Frage kamen. Die in der zweiten Kammer freudig begrüßten Nachträge zu den bisherigen Ablösungsgesetzen, welche, auf den Grundrechten basierend, den Hörigkeits- und Unterthanenverband, die aus dem guts- und schutzherrlichen Verbande, der Patrimonialgerichtsbarkeit und grundherrlichen Polizei fließenden Befugnisse, Exemtionen und Abgaben ohne Entschädigung in Wegfall bringen und das Ablösungsverfahren vereinfachen sollten, stießen in der ersten auf die heftigste Opposition. v. Friesen hielt eine donnernde Philippica gegen die Grundrechte und für die Erhaltung der ständischen Gliederung im Volke; Andere klagten, daß der Ruhm der Regierung, in Bekämpfung der Revolution am weitesten vorgeschritten zu sein, durch das vorliegende Gesetz verdunkelt werde. Vergebens er-

Digitized by Google

innerte Minister v. Friesen, daß man doch die Grundrechte als ein in Sachsen rechtsgiltig publiciertes Gesetz nicht so ohne weiteres über den Haufen werfen könne; die Kammer beschloß, daß alle Leistungen, deren Zweck sich nicht mit dem Wegfall der Patrimonialgerichtsbarkeit und der grundherrlichen Polizei erledige, entweder der Ablösung von seiten der Belasteten unterliegen oder vom Staate, sei es durch eine Jahresrente oder durch den 25fachen Betrag entschädigt werden sollten. Da jedoch diese Abänderungen von der zweiten Kammer fast sämtlich verworfen wurden, so legte sich die Regierung in's Mittel, indem sie für die Rechte, welche eigentlich unentgeltlich wegfallen sollten, eine 15fache Entschädigung aus der Staatscasse im Maximalbetrag von 500000 Thlrn. anbot, worauf die erste Kammer ihre ursprüngliche Forderung fallen ließ und den von der zweiten vorgeschlagenen 20fachen Betrag bei Baarzahlung annahm (Gesetz vom 15. Mai 1851). Derselbe Gegensatz kehrte bei der Berathung über einige Abänderungen zum Volksschulgesetz (vom 3. Mai 1851) wieder. Der Gedanke einer Reorganisation des gesamten Schulwesens, unter dem Märzministerium namentlich von Köchly mit Feuer ergriffen und zur Ausführung vorbereitet, war jetzt zu einer Vorlage zusammengeschrumpft, die zwar den Lehrern eine nicht unbedeutende Verbesserung ihrer materiellen Lage gewährte, sie aber zugleich in kirchlicher und politischer Hinsicht einer sehr strengen Überwachung unterwarf und von der Theilnahme am öffentlichen Leben so gut wie ganz ausschloß. Gern hätte hierbei die erste Kammer im wohlerwogenen Interesse der Rittergüter in Bezug auf den Schulaufwand das Communalprincip umgestoßen, wäre nur die zweite darauf eingegangen. Um so friedfertiger erledigten beide die Ausdehnung des Ablösungsverfahrens von 1832 auch auf die an Geistliche und Lehrer zu entrichtenden Zehnten (Gesetz vom 10. Februar 1851), wonach die Verpflichteten statt der zeitherigen auf 3 Millionen Thlr. Capitalwerth veranschlagten Naturallieferungen eine von der Landrentenbank in 55 Jahren zu tilgende jährliche Rente von 120000 Thlrn. zu übernehmen hatten, den Berechtigten also durch den niedrigen

Digitized by Google

Zinsfuß der Landrentenbriefe auf eine Reihe von Jahren ein Sechstheil ihrer Rente verloren gieng, während seiner Zeit die Rittergutsbesitzer bei Ablösung ihrer Getreidezinsen die Landrentenbriefe über den Nennwerth hatten verkaufen können.

Wie aber stand es um die Hauptaufgabe des Landtags, die Revision der Verfassung? Die Regierung hatte nicht unterlassen einen Entwurf für dieselbe vorzulegen; die Bestimmungen der Grundrechte waren, soweit sie ihr brauchbar erschienen, darin aufgenommen, ferner stellte er das Zweikammersystem in seiner ursprünglichen Gestalt, für die zweite Kammer die Trennung der Wahlbezirke in Stadt und Land und die indirecte Wahl wieder her, beseitigte dagegen die abgesonderte Vertretung der Rittergüter in beiden Kammern, erweiterte das königliche Ernennungsrecht zur ersten Kammer, dehnte sowohl das Wahlrecht als die Wählbarkeit der Unangesessenen aus und setzte für ersteres einen Census von 2½ Thlrn. fest. Länger als ein Vierteljahr ließ die außerordentliche Deputation der ersten Kammer diesen Entwurf bei sich ruhen, eine verhängnißvolle Zeit, während der die Preisgabe Schleswig-Holsteins, die Maßregelung Kurhessens und die olmützer Convention ebensoviele Siege der Reaction bezeichneten, und als endlich in den letzten Tagen des November ihr Bericht erschien, empfahl die Majorität derselben unumwunden die Revision abzulehnen! Am 4. December begann die Berathung. Jedes Zugeständniß, alles, was Grundrechte hieß, begegnete leidenschaftlicher Anfeindung, die warmen, ja enthusiastischen Lobreden auf die Verfassung von 1831 übertönten die Mahnung Großmanns, auch in der Restauration Maß zu halten. Den Widerstand der Feudalen als unüberwindlich erkennend vertheidigte Minister v. Friesen sein Werk nur mit schüchterner Zurückhaltung, und wirklich sprach sich die Kammer gegen die Stimmen der sieben Bürgermeister, Großmanns und v. Römers für Zurückweisung des revidierten Verfassungsentwurfs und das unveränderte Fortbestehen der Verfassung von 1831 aus mit dem Ersuchen um sofortige Vorlegung eines Gesetzentwurfs wegen Aufhebung der Grundrechte

Digitized by Google

sowie des Gesetzes vom 31. März 1849 über die ständische Initiative, welchem Wunsche Zschinsky unverweilte Berücksichtigung verhieß.

Auch die zweite Kammer verwarf, 24. Januar 1851, die Verfassungsreform mit 48 gegen 13 Stimmen, nur bat sie dabei um Vorlage eines Gesetzes über die beizubehaltenden Bestimmungen der aufgehobenen Grundrechte. Hierauf zog die Regierung am 18. Februar den Entwurf der revidierten Verfassung zurück, hielt jedoch die bezüglich der Wahlreform und des Wahlgesetzes ausdrücklich aufrecht; allein da erstere, 4. März, nach einer ebenso umfänglichen als wenig erquicklichen Debatte in der zweiten Kammer nur mit 37 gegen 23 Stimmen, also nicht mit der zu einer Verfassungsänderung erforderlichen Zweidrittelmajorität angenommen wurde, so war sie ebenfalls als abgelehnt zu betrachten und das Wahlgesetz gelangte unter diesen Umständen gar nicht zur Discussion. Bloß die die Wirksamkeit der Stände im Finanzwesen betreffenden Paragraphen des Verfassungsentwurfs, welche jeder etwaigen Verschleppungspolitik der Kammern dadurch einen Riegel vorschoben, daß sie die Regierung ermächtigten unter Umständen die bestehenden Steuern noch ein Jahr über die Bewilligungsfrist hinaus zu erheben, wurden unter ständischer Zustimmung als besonderes Gesetz publiciert (5. Mai 1851). Noch gegen Schluß des Landtags genehmigten die Stände die Wiederaufhebung der Grundrechte, nur die durch dieselben begründeten Privatrechte, die Aufhebung der körperlichen Züchtigung, auch beim Militär, endlich die den Juden 1849 eingeräumten Rechte sollten in Kraft bleiben. Die feudale Partei hatte ihr Ziel erreicht, und niemand konnte behaupten, daß ihr die Regierung diesen Triumph sehr energisch streitig gemacht habe; sie konnte dem Verdacht nicht entgehen, als sei sie über die Vereitelung ihres eigenen Werkes nicht allzu mißvergnügt. Mußte derselbe nicht vielmehr die schmerzlichste Bestätigung dadurch erhalten, daß es der Präsident des höchsten sächsischen Gerichtshofes, Dr. v. Langenn, war, unter dessen Vorsitz das freienwalder Schiedsgericht am 11. September die rechtmäßig vereinbarte

Digitized by Google

mecklenburgische Verfassung für ungiltig erklärte und dadurch auch dort die Wiederherstellung der alten Feudalstände herbeiführte?

Jedenfalls betrachtete es die Regierung als einen Hauptgewinn, nunmehr in der deutschen Frage, unbehelligt durch die Volksvertretung, freie Hand zu haben. Das Militär legte, October, die deutschen Farben ab, während gleichzeitig die Verpflichtung auf die Verfassung aus dem Fahneneide gestrichen wurde. Der Ausspruch des provisorischen Fürstencollegiums vom 2. Juli, daß weder Sachsens Verpflichtung zu Gewährung einer deutschen Verfassung noch die sich dem Schiedsgerichte zu unterwerfen, in irgend einer Beziehung als erloschen zu betrachten sei, konnte ruhig ignoriert werden, da der Nachdruck fehlte, der ihm Geltung verschafft hätte. Dafür kam die schleswig-holsteinische Sache ganz zur rechten Zeit um zugleich die Gehässigkeit gegen Preußen zu befriedigen und die Autorität des Deutschen Bundes wieder zur Anerkennung zu bringen. Mit großem Geschick beutete Beust die verwickelte Frage wegen der Ratification des Friedens aus um Preußen Verlegenheiten zu bereiten. In einer an sämtliche Bundesregierungen gerichteten Denkschrift vom 14. Juli wies er nach, daß die Pacification der Herzogthümer und die Ratification des Friedens nur durch den Bund erfolgen könnten, und lehnte daher das Ansinnen einer Separatratification als weder in der Theorie richtig noch praktisch ausführbar ab, und als das berliner Cabinet sich der Verlegenheit durch den Vorschlag zu entziehen suchte, entweder solle dem Könige von Preußen von jeder Bundesregierung Vollmacht zur Ratification ertheilt oder die provisorische Bundescommission mit Auftrag dazu von ihm versehen werden, blieb Beust, 29. Juli, nur um so fester dabei stehen, es sei unerläßlich, daß der Bund als Gesamtheit eintrete, eine Ansicht, der sowohl Dänemark als die Großmächte beipflichteten und deren Ausführung die Anerkennung der restaurierten Bundesverfassung in sich schloß. Aus gleichem Grunde verwies die sächsische Regierung die Herzogthümer mit ihrem Anspruche auf Entschädigung für die Verpflegung der säch-

Digitized by Google

sischen Truppen im Jahr 1849 an das Centralorgan Deutschlands [1]).

Je mehr die Spannung mit Preußen wuchs, desto enger gestaltete sich das Verhältniß zu Österreich, das durch die persönlichen Beziehungen zwischen den beiderseitigen Regentenhäusern, namentlich durch die Freundschaft des Prinzen Albert und des jungen Kaisers besondere Innigkeit gewann; man sprach selbst von einer beabsichtigten Vermählung des letzteren mit einer sächsischen Prinzessin. Auf politischem Gebiete gieng Österreich, unterstützt von den Mittelstaaten, die sich auch hier wieder als die gefährlichsten Gegner der deutschen Einheit erwiesen, mit ruhiger Consequenz auf sein Ziel los. Am 2. September erfolgte trotz Preußens Widerspruch auf Österreichs Einladung die Eröffnung des engern Rathes und schon am 17ten beschloß derselbe unter Sachsens Mitwirkung dem Kurfürsten von Hessen die von demselben gegen seine Unterthanen angerufene Bundeshilfe zu gewähren.

Die feudale Partei war verblendet genug, das, was in Kurhessen geschah, für einen Kampf der Legitimität gegen die von Berlin aus protegierte Revolution zu halten; klüger sah Beust darin nur eine neue Gelegenheit die Anerkennung des Bundes gegen Preußen durchzusetzen. Allein dieses machte Miene Widerstand zu leisten und setzte sein Heer auf den Kriegsfuß. Eine am 2. November durch den preußischen Gesandten, Grafen Galen, in Dresden übergebene kategorische Anfrage, welche Stellung Sachsen dem zu erwartenden Conflicte in Kurhessen gegenüber einzunehmen gedenke, beantwortete Beust mündlich dahin, daß Sachsen die Bundesverfassung in allen ihren Theilen als zu Recht bestehend anerkenne und daher die Bundesversammlung treulich unterstützen werde, thatsächlich durch den Befehl zur Mobilmachung des Heeres. Als jedoch

1) Die Genehmigung zur Bildung von Hilfsvereinen und zu öffentlichen Sammlungen für Schleswig-Holstein wurde von der Regierung versagt und nur gestattet, unaufgefordert und freiwillig gegebene Gelder anzunehmen und weiter zu befördern.

Digitized by Google

Tags darauf die auf eine Nachgibigkeit Preußens hindeutende Nachricht von Radowitz' Entlassung und der Ernennung Manteuffels zu seinem Nachfolger einlief, wurden die Rüstungen sofort wieder eingestellt aber, da Preußen wider Erwarten die seinigen nicht unterbrach, aufs neue angeordnet.

In diesem verhängnißvollen Augenblicke, wo die Fackel des Bürgerkriegs Deutschland in Brand zu setzen drohte, fühlte sich die erste Kammer (11. November) verpflichtet, durch eine ausdrückliche Erklärung der Regierung für die von ihr in diesen schwierigen Verhältnissen bewiesene Festigkeit, Consequenz, Vorsicht und Mäßigung ihre Anerkennung auszusprechen; von der Nothwendigkeit der getroffenen Maßregeln überzeugt, werde sie ihrerseits auch ferner der Regierung alle erforderliche Unterstützung gewähren. Gegen eine so tendenziöse Kundgebung erhob der greise Großmann seine Stimme: auf Consequenz habe eine Politik keinen Anspruch, die nach seinem politischen und religiösen Gefühle auf Undank und Verletzung der Treue gegründet sei; in allen Kirchen habe man die Erklärung vom 6. Juni, die den Anschluß an Preußen als den einzigen möglichen Weg bezeichnete, verlesen lassen, also gewissermaßen Gott und die ganze Bevölkerung zu Zeugen aufgerufen und wenige Tage darauf diese Politik geändert; das könne keinen Segen bringen und damit könne er sich nicht einverstehen. Allein die Kammer schüttelte den aus solchem Munde doppelt schweren Vorwurf leicht ab, Beust gieng mit einer flachen Bemerkung darüber hinweg und v. Friesen-Rötha schloß mit dem Ausrufe: „Glücklich die Vertrauenden! Diejenigen, welche ihrer Regierung mißtrauen, sind sehr unglücklich!“ — worauf das Vertrauensvotum einstimmig durchgieng.

Das sächsische Heer wurde in der Gegend von Großenhain zusammengezogen, im nördlichen Böhmen sammelte sich ein österreichisches Armeecorps, dessen Spitzen bis dicht an die Grenze vorgeschoben waren; Sachsen schien abermals zum Schauplatze des Kampfes auserkoren. Schon wurden die Schätze des grünen Gewölbes und der Rüstkammer, die kostbarsten Stücke der Gemäldegalerie auf den Königstein in Sicherheit

Digitized by Google

gebracht; das Kriegsgeschrei der feudalen und der Regierungs-Blätter übertäubte die Stimmen der Gegenpartei, „deren einziges seit Jahr und Tag verfolgtes Streben dahin gehe, Sachsen als selbständigen Staat zu vernichten und einem mächtigen Nachbar zu unterwerfen“ [1]). Da brach unter Rußlands Drohungen Preußens Widerstand zusammen, Manteuffel gieng nach Olmütz, gewährte hier dem Fürsten Schwarzenberg alles, was er begehrte, und erhielt dafür das einzige Zugeständniß, daß über die Neugestaltung des Deutschen Bundes in freien Ministerialconferenzen zu Dresden berathen werden solle. Die Kriegsgefahr war damit abgewendet, nur ließ die gerechte Freude darüber die Meisten die Höhe des dafür gezahlten Preises übersehen [2]).

Am 23. December 1850, während noch die Stände im Landhause tagten, wurden im brühlschen Palais die dresdner Conferenzen durch den Fürsten Schwarzenberg eröffnet. Schon die Zusammensetzung der Commissionen, bei welcher Preußen und seine Verbündeten in einer demüthigenden Minorität blieben, lehrte, wie es um die angeblich vorausgesetzte Parität zwischen Österreich und Preußen stehe. In der vierten Commission, der über das Bundesgericht, führte Sachsen den Vorsitz. Die wichtigste war die erste, die über die Organisation der obersten Bundesbehörde zu berathen hatte; dieser legten Schwarzenberg und Manteuffel ihr gemeinschaftliches Project einer obersten Executivbehörde mit neun auf die sieben größten Staaten zu vertheilenden Stimmen vor, ganz nach dem Wunsche der Mittelstaaten, die eben ihr Übergewicht im Bunde auf die Unterdrückung der Kleineren zu gründen trachteten und außerdem wohl wußten, daß, was die Kleinstaaten verlören, Preußen verliere. Um so heftiger sträubten sich jene dagegen und hielten ihren Widerspruch unter Berufung auf die durch die Bundesacte garantierte

1) Dresdner Journal.

2) Eine Anzahl leipziger Kaufleute überreichte sogar dem Minister Manteuffel als Zeichen ihrer Dankbarkeit eine goldene Bürgerkrone.

Digitized by Google

Gleichberechtigung Aller auch einem etwas abgeänderten Vorschlage gegenüber aufrecht. Die Plenarversammlung mußte verschoben werden und, als sie endlich, 23. Februar, stattfand, war das einzige Resultat, daß man in 14 Tagen eine zweite zu halten beschloß [1]). Ebenso wenig drang Beust mit einem Versuche auch die preußische Flotte unter die Autorität des Bundes zu bringen durch. Auch der Frage wegen des Eintritts von Gesamtösterreich und wegen der besonders von Baiern, Würtemberg und Sachsen betriebenen Volksvertretung beim Bunde thürmten sich große Schwierigkeiten entgegen. Ergab sich freilich schon aus dem münchner Entwurfe, was mit letzterer gemeint sei, so fand sich doch Beust veranlaßt bei Berathung eines von der zweiten Kammer ausgehenden Antrags (4. December) auf Herstellung einer allgemeinen Vertretung des deutschen Volkes sich ausdrücklich gegen ein aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenes Parlament zu verwahren; jene Volksvertretung könne, dem Charakter des Staatenbundes entsprechend, nur in einer Vertretung der Einzelkammern bestehen, sollte dagegen der Versuch wiederholt werden, einen Theil Deutschlands in einen Bundesstaat umzugestalten, so werde sich die sächsische Regierung mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dagegen wehren; worauf die erste Kammer den Antrag durch den Zusatz unschädlich machte, daß in demselben nicht ein Rückblick auf die Nationalversammlung von 1848 und den damaligen Wahlmodus liegen solle, sie vielmehr darin nur den Ausdruck einer Gesinnung sehe, welche die Regierung theile.

Um die Verwicklung vollständig zu machen, wurden auch noch die materiellen Interessen in den Bereich der Conferenzverhandlungen gezogen. Nach langer Gleichgiltigkeit gegen die volkswirthschaftliche Entwicklung Deutschlands war Österreich endlich inne geworden, daß es die politische Rivalität Preußens

1) [M. Dunker], Die Dresdner Conferenzen, mit Urkunden (1850). Die Schrift wurde in Sachsen, angeblich wegen Verletzung der gelobten strengsten Geheimhaltung der Verhandlungen, verboten.

Digitized by Google

nur dann unschädlich machen könne, wenn es ihm gelinge, diese Macht von ihrer Stellung an der Spitze des Zollvereins zu verdrängen. Daher sein Bestreben die zerrissene Handelsgemeinschaft mit Deutschland wieder anzuknüpfen, die Forderung einer förmlichen Zolleinigung und der Übertragung des Zollwesens auf den Bund. Der Augenblick, kurz vor Ablauf der Zollvereinsverträge, war gut gewählt. In gewohnter Dienstwilligkeit war Sachsen gleich beim Beginn der am 7. Juli 1850 zu Kassel eröffneten Zollvereinsconferenz mit der Forderung hervorgetreten, daß vor allem Andern die Frage wegen der Zolleinigung mit Österreich verhandelt werde, daß überhaupt der Zollverein dermalen an seinem Tarifsystem nichts ändern dürfe um nicht dadurch den Anschluß der Nachbarstaaten zu erschweren. Erst auf die dringendsten Gegenvorstellungen der übrigen Zollvereinsmitglieder war es, 26. August, davon abgestanden, schließlich aber doch die ganze Tarifberathung an dem plötzlichen Widerspruche Braunschweigs gescheitert [1]). Dem Wunsche der sächsischen Regierung nach einer vollständigen Handelseinigung Österreichs mit Deutschland stellten sich jedoch zwei große Hindernisse entgegen: es fehlte nicht nur zur Zeit noch ganz an einem Maßstab für die Revenuenvertheilung zwischen Österreich und dem Zollverein, den die Bevölkerungsziffer allein unmöglich geben konnte, sondern der Zollverein mußte auch eine Bürgschaft haben, daß ihm dadurch sein so bedeutender Export nach Amerika nicht geschmälert werde. Zudem würde Österreichs Beitritt nothwendigerweise zu einer Verstärkung der Schutzzollpartei im Zollverein geführt haben, Sachsen konnte daher denselben nicht betreiben ohne seine ganze bisherige Stellung zu der Schutzzollfrage und die Interessen seines eigenen Handels zu verleugnen. Da sich hieraus die Unmöglichkeit ergab, die Zolleinigung sofort zu erreichen, so schickte die Regierung den Geheimenrath Weinlig nach Wien um das dortige Cabinet für den Gedanken einer allmählichen Anbahnung derselben mittelst eines Übergangszustandes von etlichen Jahren,

1) Weber a. a. O., S. 240 ff.

Digitized by Google

während dessen unter getrennter Zollverwaltung die beiderseitigen Tarife einander möglichst zu nähern seien, zu gewinnen. Nach einigem Zögern gieng Freiherr v. Bruck auf diesen Vorschlag ein, und nun glaubte Sachsen die Forderung Österreichs, daß auch über die Zolleinigung in Dresden berathen werde, unbedingt unterstützen zu können. Es zögerte daher sogar die 23. Januar zu Wiesbaden wieder eröffnete Zollconferenz zu beschicken, und als es sich endlich dazu entschloß, stellte es daselbst den Antrag, daß die Conferenz, um den dresdner Berathungen nicht vorzugreifen, sich auf innere Angelegenheiten beschränken, auf Fragen, welche auch die außerhalb des Zollvereins befindlichen deutschen Staaten beträfen, nicht eingehen, insbesondere aber alle Verhandlungen ablehnen solle, die der allgemeinen deutschen Zolleinigung präjudicieren könnten, rief aber mit dieser Erklärung, welche die so dringend ersehnten Reformen wieder aufs Ungewisse verschob, die allgemeinste Mißbilligung hervor.

Auch in Dresden waren, 22. Januar, unter Zugrundlegung der österreichischen, bairischen und sächsischen Denkschriften die Berathungen über die allgemeine Zoll- und Handelseinigung eröffnet worden, blieben jedoch ebenfalls ohne alles praktische Ergebniß. Preußen zeigte sich nicht im mindesten geneigt, gleich der Union auch den Zollverein preiszugeben, erklärte die nicht aus volkswirthschaftlichen sondern politischen Motiven hervorgegangenen Vorschläge Österreichs und seiner Verbündeten für unannehmbar und wollte sich höchstens zum Abschluß eines Handelsvertrags verstehen. Um nichts erfolgreicher waren die Berathungen über die Bundesreform. Seitdem Preußen die Absichten seiner Gegner, durch die Umgestaltung des Bundes seine selbständige Stellung zu brechen und für die Dauer unschädlich zu machen, durchschaute, griff es, den Widerstand der Kleinstaaten benutzend, zu der Taktik überhaupt keine Reform zu Stande kommen zu lassen und schlug als einzige Zuflucht vor schlimmeren Formen des Bundesverhältnisses die einfache Rückkehr zum Bundestag vor. Die Hoffnung in Dresden etwas zu Stande zu bringen wurde aufgegeben; man beschloß

Digitized by Google

die ferneren Berathungen in den Schoß des Bundestags zu verlegen, dessen allgemeine Beschickung auch Preußen als Pflicht anerkannte [1]). Der Versuch der Mittelstaaten, einerseits die Kleinstaaten sich unterzuordnen, anderseits Preußens nationale Entwicklungsfähigkeit zu vernichten, war zum großen Verdruß seiner Urheber vollständig gescheitert.

Wenigstens ein Trost für die erlittene Enttäuschung war dem herrschenden System geblieben, die Bewältigung der nationalen Bewegung. Mit der Reaction im Innern hob zugleich die Blüthezeit des Particularismus an. Nichts blieb unversucht um die Anhänglichkeit an die Dynastie, den specifisch sächsischen Patriotismus zu beleben. Als auszeichnende Belohnung für solche Gesinnung wurde, 31. December 1850, der Albrechtsorden gestiftet; ein von dem Cultusministerium preisgekröntes Lehrbuch der sächsischen Geschichte zeigte der heranwachsenden Jugend die Vergangenheit des sächsischen Volkes und seiner Regenten in der rosigsten Beleuchtung. Die wendische Nationalität in der Lausitz erfreute sich als loyales und conservatives Element besonderer Gunst von oben. Der Hof kehrte von der seit den Märztagen gelockerten Etikette zu strengeren Formen zurück und die häufige Anwesenheit hoher Gäste, besonders während der dresdner Conferenzen, gab Anlaß zu glänzenden Festlichkeiten, wie sie seit Friedrich Augusts I. Tagen nicht mehr gesehen worden waren. Mit dem Preßgesetz vom 14. März in der Hand fiel es der Regierung nicht schwer, ihre Gegner, namentlich die nationalliberale Presse, die außer der Brockhausschen Deutschen Allgemeinen seit 1850 in der von Siegel in Dresden begründeten Constitutionellen Zeitung noch ein zweites Organ erhalten hatte, so gut wie mundtodt zu machen [2]). Biedermann wurde wegen eines Ar-

1) v. Kaltenborn a. a. O. II, 347.

2) Im Jahre 1851 erschienen in Sachsen 190 periodische Blätter, darunter 3 in wendischer, 1 in französischer Sprache; 89 davon waren politischen Inhalts und von diesen weitaus die Mehrzahl der conservativen Richtung angehörig, 39 wissenschaftliche, 28 Unterhaltungs- und die übrigen Anzeige-Blätter. 11 Zeitungen (Dresdner Zeitung, Dresdner

Digitized by Google

tikels über den Staatsstreich vom 2. December in den von ihm redigierten Deutschen Annalen zu vierwöchentlichem Gefängniß verurtheilt und seines Amtes als Professor entlassen [1]). Auch der Beamtenstand sah sich unter scharfe Controle gestellt. In Dresden erhielt zwar die Wahl Pfotenhauers zum Bürgermeister, nachdem die Criminalunterſuchung gegen den Stadtrath eingestellt worden, die Bestätigung, doch nahm der Staat die hauptstädtische Sicherheitspolizei selbst in die Hand. Überall fahndete die Polizei auf demokratische Abzeichen und andere Erinnerungen an die Revolutionszeit. Wehe Denen, deren Namen in dem unter Beusts Patronat zusammengestellten Schwarzen Buche verzeichnet standen! Mit stolzer Befriedigung sah der hochconservative Adel auf das vollbrachte Werk, das er sich als sein Verdienst anrechnete. Bald jedoch begann diese Partei, welche Treue und Patriotismus stets im Munde führend nur nach Befestigung der eigenen Herrschaft strebte, dem Ministerium durch ihre Prätensionen unbequem zu werden und dies um so mehr, je größere Rücksicht dieses auf dieselbe nehmen zu müssen glaubte. Die Beschlagnahme eines im Sachsenverein gehaltenen Vortrags, der die Adelsherrschaft preisend sich gegen die Beamtenregierung kehrte, beantwortete der Verfasser desselben, der Redacteur der Freimüthigen Sachsenzeitung Eckert, mit wüthenden Denunciationen gegen die Freimaurer, „die vornehme revolutionäre Gesellschaft, zu der zahlreiche

Zeitungshalle, Neues Dresdner Journal, Freie christliche Zeitung, Vaterlandsblätter, Wurzner Tageblatt, Leipziger Reibeisen, Muldenthaler Bote, Spitzkugeln, Wespe, Voigtländische Vereinsblätter) wurden auf Grund der Verordnung vom 3. Juni 1850 verboten, 28 giengen von selbst ein. Von auswärtigen Zeitungen wurden verboten die Neue Deutsche und die Berliner Constitutionelle Zeitung.

1) Der Redacteur des harmlosen Dorfbarbiers erhielt 1853 eine Verwarnung, weil er „die Leipziger Zeitung bespöttelt"; denn da die L. Z. ein amtliches Organ der Staatsregierung sei, so erschienen die Bemerkungen über dieselbe als ebenso unpassend wie unzulässig, namentlich wenn sie dazu benutzt würden um gegenüber der L. Z. solche Blätter zu empfehlen, welche bisher nur eine gegen die Staatsregierung gerichtete Opposition an den Tag gelegt hätten.

Digitized by Google

Beamte gehörten", was aber doch die Wirkung hatte, daß allen activen Offizieren der Austritt aus dem Freimaurerorden aufgegeben wurde. Dabei setzten die Gerichte ihr trauriges und mühevolles Geschäft der Untersuchung gegen die Maiangeklagten fort; von den gefällten Todesurtheilen wurde keines vollstreckt [1]), und wenn sich auch viele Gefangene durch Begnadigung den Ihrigen zurückgegeben sahen, so büßte doch von den am schwersten Gravierten eine beträchtliche Anzahl, meist den gebildeten Ständen angehörig, ihre Verirrung mit lebenslänglicher oder langjähriger Haft im Zuchthause bei zum Theil sehr strenger Behandlung. Die Entdeckung eines Anschlags, die Maigefangenen durch Bestechung der Wachtmannschaften aus Waldheim zu befreien, hatte nur neue Verhaftungen zur Folge. Andere, Glücklichere hatten schon vorher durch Beihilfe ihrer politischen Freunde die Mittel zur Flucht aus dem Kerker gefunden [2]). Der Gedanke, der Überfüllung der Strafanstalten durch Erlangung eines Deportationsortes abzuhelfen, mußte wieder aufgegeben werden. Allein auch die Hoffnung, daß die Vermählung der Prinzessin Elisabeth mit dem Herzog von Genua, 22. April 1850, durch einen umfassenden Gnadenact gefeiert werden würde, gieng nicht in Erfüllung, selbst die des künftigen Thronerben, des Prinzen Albert, mit Prinzessin Carola von Wasa, 18. Juni 1853, schenkte nur einigen Militärs die Freiheit. Im Ganzen war bei dem größten Theile der Bevölkerung der Fieberhitze der politischen Erregung Gleichgiltigkeit, ja Ekel gegen die Beschäftigung mit den öffentlichen Zuständen gefolgt, die sich auch in dem auffallenden Widerwillen gegen Übernahme städtischer Ehrenämter zeigte; nur in Leipzig machte sich noch etwas politischer Sinn in dem regelmäßig liberalen Ausfall der städtischen

1) Unter den zum Tode Verurtheilten befand sich Bakunin; derselbe wurde auf Grund eines Bundesbeschlusses von 1836 an Österreich und von diesem an Rußland ausgeliefert, dort aber 1856 begnadigt.

2) Von den mehr als 6200 in Folge des Maiaufstandes in Untersuchung gekommenen Personen waren bis 1853 über 6100 entweder freigesprochen oder begnadigt, in Haft befanden sich noch 109, davon 84 im Zuchthause.

Digitized by Google

Wahlen geltend. Im übrigen lagerte eine allgemeine Geistesunthätigkeit über dem Lande.

Mit der politischen Reaction Hand in Hand gieng die kirchliche. Nicht das Verbot der bereits in innerer Zersetzung begriffenen freien Gemeinden (11. August 1851) noch auch die polizeilichen Anfechtungen der auf vier zusammengeschwundenen deutschkatholischen Gemeinden würden diesen Namen verdienen, wenn sich damals nicht innerhalb der ganzen protestantischen Kirche ein tiefgehender Umschwung vollzogen hätte, der, schon seit langem vorbereitet, die Alleinherrschaft des am Ende seiner Weisheit angelangten Rationalismus durch das Wiederauftreten der Orthodoxie brach. In Sachsen bezeichnete den Beginn dieses an sich berechtigten und als Entwicklungsphase nothwendigen Processes die Berufung von Harleß, der sich in Baiern als muthvoller Vorkämpfer des Protestantismus erprobt hatte, zum Pastor an die Nicolaikirche zu Leipzig, Juli 1847. Seine Predigt voll zündender Beredsamkeit und seltener protestantischer Kraft zog Tausende von Zuhörern in die zeither meist nur spärlich besuchte Kirche. Bald an die Universität berufen, führte er auch die theologische Jugend in den Ideenkreis der Orthodoxie ein, während Ahlfeld aus Halle seine Stelle auf der Kanzel der Nicolaikirche einnahm; seine Ernennung zum Nachfolger des 82jährigen Oberhofpredigers v. Ammon, der September 1849 sein Amt niederlegte [1]), brachte die Orthodoxie an die Spitze des sächsischen Kirchenregiments, brachte sie aber auch damit in die Versuchung sich den in ihrem Wesen begründeten hierarchischen Tendenzen zu überlassen. Von einer freien Kirchenverfassung, wie sie v. d. Pfordten als Cultusminister durch Zurückgabe des dem Staate zustehenden jus circa sacra an die Gemeinden und Aufhebung des Patronatsrechtes in Aussicht gestellt hatte, wollte diese Richtung so wenig wissen wie die Aristokratie von einer freien Staatsver-

1) An Ammons 70. Geburtstage im Jahre 1836 hatte sich eine Anzahl seiner Verehrer zur Begründung einer seinen Namen führenden theologischen und pädagogischen Preisstiftung vereinigt.

Digitized by Google

fassung, eine innere Verwandtschaft, die beide, nicht ohne tiefe Schädigung der wahren kirchlichen Interessen, zu engen Bundesgenossen machte. Denn nicht genug, daß dadurch die Kirche dem Parteigeist verfiel, so daß z. B. jetzt der Oberhofprediger in der ersten Kammer jederzeit mit der äußersten Rechten stimmte, ließ sie sich von der politischen Reaction, und von dem Cultusminister v. Beust zumal, mißbrauchen als ein wirksames Mittel um den übermüthigen Zeitgeist zu bändigen und wieder zum Gehorsam zu gewöhnen, ihrerseits zufrieden ihre Zwecke durch die Staatsgewalt unterstützt zu sehen. Selbst der politische Particularismus fand sein Seitenstück in dem kirchlichen Particularismus, mit dem Harleß, den Zusammenhang mit der allgemeinen protestantischen Kirche hintansetzend, vorwiegend den Begriff der Landeskirche betonte. Was auf diesem Wege erreicht wurde, war wohl eine äußerliche Kirchlichkeit bei den Einen, ein unbedingtes Gefangengeben der Vernunft bei den Andern, bei der großen Mehrheit aber ein tief wurzelndes Mißtrauen gegen alles Kirchliche überhaupt, und dieses zu verscheuchen waren weder der Ruf nach strengerer Kirchenzucht oder die Gehässigkeit gegen die Reformierten und die preußische Union, noch die Mißgunst gegen den Gustav-Adolf-Verein, noch auch das eifrige Betreiben der innern und äußern Mission [1]) die geeigneten Mittel; daß das 1850 begründete Sächsische Kirchen- und Schulblatt sich zur Ablagerungsstätte dieser sich in Luthers Buchstaben verhärtenden Rechtgläubigkeit machte, wurde bei dem Zusammenhange dieses Blattes mit dem Cultusministerium nicht minder anstößig empfunden und selbst in der Kammer gerügt [2]).

1) Das dänische Missionscollegium übertrug im Jahre 1847 der evangelisch-lutherischen Missionsgesellschaft zu Dresden die gesamte dänische Mission zu Tranquebar, so daß also nun deren Händen das Feld, auf welchem die deutsch-lutherische Kirche durch Ziegenbalg ihre erste Missionsthätigkeit entfaltet hatte, wieder anvertraut war. — 1853 wurde ein sächsischer Hauptmissionsverein gegründet.

2) Die Säcularfeier des passauer Vertrags im Jahre 1852 unterblieb aus Furcht, „daß sie die Gestalt einer Provocation gewinnen könne,

Digitized by Google

Außer in der Kirche selbst machte sich die Herrschaft der neuen Richtung besonders im Schulwesen geltend. Die rationalistischen Lehrbücher wurden aus der Schule verwiesen und durch den lutherischen Katechismus ersetzt; die Seminarien, deren treibhausartiger, zu früh abbrechender und darum nur eine Halbbildung erzielender Lehrgang als eine Hauptursache der zahlreichen in diesem Stande vorgekommenen politischen Verirrungen angesehen werden mußte, wurden unter strengere Aufsicht genommen; der nicht wegzuläugnenden Thatsache, daß die Lehrer unter dem Einflusse der ganzen modernen Culturentwicklung gelehrter, vornehmer, ihren Gemeinden fremder geworden waren, sollte eine dem Wirkungskreis der Volksschule angemessene Einschränkung des Lehrplans mit Zugrundlegung von Bibel und Katechismus entgegenarbeiten. Auch die Universität sollte politisch unschädlich gemacht werden; für die Studierenden wurde das Verbot der Theilnahme an Vereinen und Versammlungen verschärft und selbst auf Turnvereine ausgedehnt, der Collegienzwang und das Institut der Regierungsbevollmächtigten wiederhergestellt; die Professoren Haupt, Jahn und Mommsen, 1848 die Hauptverfechter des monarchischen Princips, traf in Folge des gegen sie wegen ihres Verhaltens im Jahr 1849 gefällten Urtheils die Suspension von der akademischen Lehrthätigkeit, und obgleich schließlich in Mangel mehreren Verdachts freigesprochen, giengen in ihnen der Universität drei ihrer besten wissenschaftlichen Zierden verloren. Der Kirchenhistoriker Niedner legte, verstimmt über die eindringende Orthodoxie, seine Professur freiwillig nieder. Die gegen die 21 renitenten Professoren eingeleitete Disciplinaruntersuchung wurde bald niedergeschlagen. Nachdem aber jener Conflict mit dem akademischen Senate die Frage wegen der Reform der

welche unter den gegenwärtigen Verhältnissen ganz besonders vermieden werden müsse". — Nach der Zählung von 1849 vertheilten sich die 1,864431 Einwohner Sachsens auf die Confessionen mit 1,855241 Lutheranern, 33725 Katholiken, 2582 Reformierten, 1772 Deutschkatholiken, 89 Griechen, 1022 Juden.

Digitized by Google

allerdings noch an mancher Unbehilflichkeit leidenden Universitätsverfassung wieder angeregt hatte, wurde dieselbe durch die neue Universitätsordnung von 1851 ins Leben gerufen; durch dieselbe hörte der akademische Senat in seiner bisherigen Gestalt, in welcher er aus sämtlichen ordentlichen Professoren bestand, auf und die Verwaltung der akademischen Angelegenheiten gieng von demselben theils auf einen neu gebildeten engern Senat [1]), theils auf das Plenum der ordentlichen Professoren, theils auf die Versammlung sämtlicher akademischer Lehrer, welcher letzteren namentlich die Wahl eines Vertreters der Universität auf dem Landtage und die des Rectors zugewiesen wurde, über.

Am deutlichsten spiegelte sich die tiefe politische Apathie, welche das Land beherrschte, in der ungemeinen Theilnahmlosigkeit wieder, unter der die Wahlen für den am 6. December 1851 eröffneten Landtag vor sich giengen, und die selbst durch die überraschende Eröffnung der Regierung, daß der gegenwärtige Landtag sich mit größeren Gesetzgebungsarbeiten [2]) und der Reorganisation der Justiz und Verwaltung nicht zu beschäftigen haben sondern dazu ein außerordentlicher Landtag berufen, in der Zwischenzeit diese Entwürfe durch Deputationen berathen werden sollten, nur wenig unterbrochen wurde. Nachdem diese bereits unter den Ministerien Braun und Held theils vollständig, theils ihrem Wesen nach ausgearbeiteten Organisationsgesetze auf keinem der beiden letzten Landtage zur Vorlage gekommen waren, hatte man erwartet, daß dies auf dem gegenwärtigen wenigstens mit denjenigen geschehen werde, welche nicht überhaupt als aufgegeben zu betrachten seien. Es lag daher nun die Besorgniß nahe, daß diese abermalige Vertagung nur der erste Schritt zur völligen Beseitigung der Organisationsgesetze sei; wußte man doch, daß eine einflußreiche Partei dieselben

1) bestehend aus Rector, Exrector, den 4 Decanen, 4 von den Facultäten erwählten und 6 vom Cultusministerium ernannten Professoren.

2) namentlich dem allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuche, dem revidierten Strafgesetzbuche, dem Gesetz über das Verfahren in bürgerlichen Rechtssachen, der Strafprozeßordnung und dem Militärstrafgesetzbuche.

Digitized by Google

bekämpfte, daß die Einführung der Schwurgerichte, die noch im September 1850 nach Zschinsky's eigener Erklärung als zweifellos gegolten hatte, jetzt mit einem Male ernstlich in Frage gestellt sei. Einen kaum minder bedenklichen Eindruck mußte die außerordentliche Zuvorkommenheit machen, mit der die erste Kammer die von einer großen Zahl Rittergutsbesitzer eingereichten Petitionen um Wiederherstellung der ihnen 1849 entzogenen Jagdgerechtsame aufnahm [1]). Dieselben, die beim Beginn des Landtags von 1848 feierlich und nicht in Folge der damaligen Bewegung sondern „aus Überzeugung" die Aufhebung dieser Rechte selbst erbeten hatten, beantragten jetzt (gegen 6 Stimmen) die Zurückgabe der Jagdbefugnisse unter Einräumung des Rechts der Ablösung an die Belasteten und die Regierung, die kürzlich erst eine rechtliche Nothwendigkeit zur Wiederherstellung dieser Privilegien in Folge der Aufhebung der Grundrechte bestritten hatte, war jetzt mit einem Male bereit diesem Wunsche zu entsprechen um den durch die Grundrechte ganz unzweifelhaft geschehenen Eingriff in das Privateigenthum zu sühnen. Desto weniger wollten die bäuerlichen Abgeordneten der zweiten Kammer sich mit diesen Jagdanträgen befreunden; schließlich verstand sie sich zwar zu einer von der Regierung vorgeschlagenen Entschädigung von 300000 Thlrn. aus der Staatscasse an die Jagdberechtigten, da dies aber der ersten Kammer nicht genügte, so sah sie mit Rücksicht auf den nahen Schluß des Landtags von der Berathung dieses Gesetzes diesmal ganz ab. Immerhin durfte der Ausfall dieses ersten Versuchs zu weiteren Schritten ermuthigen. Die Aufhebung der directen Wahlen für die Gemeindevertretungen wurde von beiden Kammern bereitwillig genehmigt (Gesetz vom 11. Mai 1852), in der zweiten von einem ritterschaftlichen Abgeordneten die Aufhebung der Communalgarde, die „wenn nicht eine Ausgeburt, doch ein Kind der Revolution" sei, beantragt, die zu weit getriebene Philanthropie der neueren Gesetzgebung getadelt

1) Das dem letzten Landtage vorgelegte Jagdgesetz war von der Regierung wieder zurückgezogen worden.

Digitized by Google

und die Prügelstrafe zurückgefordert; seinem Proteste gegen die vollständige Trennung der Verwaltung von der Rechtspflege wurde vom Ministertische sorgfältige Prüfung zugesagt; in der ersten Kammer wurde schon der fromme Wunsch nach Wiederherstellung des Gesindezwangs laut, wurde die Wiederbelebung der verfallenen christlichen Zucht und Sitte durch strenges Eingreifen von Staats- und Kirchenwegen vielfach erörtert.

Nach derartigen Erfahrungen überraschte es einigermaßen, daß das Ministerium sich doch nicht geneigt zeigte der Reaction, welche in demselben bisher immer nur den willfährigen Vollstrecker ihrer Wünsche zu sehen gewohnt gewesen war, auch die von ihr mit tiefem Groll betrachtete Reform der Justiz und Verwaltung zum Opfer zu bringen und den Anträgen der Feudalen auf Suspendierung des Gesetzes vom 23. November 1848 stattzugeben. Mit großer Entschiedenheit trat Zschinsky für die in demselben enthaltenen Grundsätze der Aufhebung der Patrimonialgerichte, der Trennung der Verwaltung von der Justiz und der Öffentlichkeit und Mündlichkeit ein, für welche sich auch die Vorstände der Oberbehörden einstimmig ausgesprochen hatten, worauf zwar die erste Kammer die zur Umgestaltung der Untergerichte geforderten 60000 Thlr. bewilligte, jedoch mit der Erklärung, „daß sie dadurch der Frage, in welcher Art und Weise die Organisation der Justiz zu erfolgen habe, in keiner Weise präjudicieren wolle".

Im Ganzen verlief dieser Landtag und ebenso die darauf folgenden sehr schläfrig, höchstens daß ab und zu Beust die Eintönigkeit der Verhandlungen durch die formgewandte Eleganz einer seiner zahlreichen Kammerreden würzte. Unverkennbar standen diese reactivierten Stände an sittlicher und intellectueller Kraft tief unter denen des Zeitraums vor 1848 [1]). Kein Wunder

1) „Ich weiß recht wohl", äußerte ein Abgeordneter der zweiten Kammer, „daß die ganze ständische Wirksamkeit am Ende auf weiter nichts als auf eine Revision der Staatsrechnungen zurückgeführt, die Ständeversammlung eigentlich nur eine Berechnungsdeputation ist." Mittheilungen, zweite Kammer I, 179.

Digitized by Google

daher, daß eine große Gleichgiltigkeit gegen alles parlamentarische Leben im Publicum um sich griff und die öffentliche Aufmerksamkeit sich weit lebhafter mit der eben jetzt über den Zollverein hereingebrochenen Krisis beschäftigte.

Um sich nämlich bei Zeiten gegen die Möglichkeit einer Auflösung des Zollvereins und deren Folgen zu decken hatte Preußen unmittelbar nach dem Schluß der dresdner Conferenzen in aller Stille mit Hannover unterhandelt und überraschte plötzlich Freund und Feind durch den am 7. September unterzeichneten Vertrag wegen dessen Anschlusses an das preußische Steuersystem vom 1. Januar 1854 an. Diesem Vertrage ließ es, 15. November, die formelle Kündigung des Zollvereins folgen „um damit den Weg für die Eröffnung von Verhandlungen über die Fortsetzung des Vereins zu betreten", ein Ereigniß, das allerwärts die größte Sensation erregte, bei den Einen Freude, in den Kreisen der mittelstaatlichen Regierungen die heftigste Entrüstung, nirgends größere als in Dresden, wo bereits die eigenmächtige Kündigung des belgischen Vertrags durch Preußen übel vermerkt worden war. Verletzte schon die Schroffheit, mit der Preußen die übrigen Vereinsglieder einfach vor die Alternative stellte, entweder dem ohne ihr Vorwissen geschlossenen Vertrage beizutreten oder auf die Erneuerung der Zollvereinsverträge zu verzichten, das Selbstgefühl der sächsischen Regierung, so empfand Beust außerdem recht wohl, daß Preußen sich durch den Septembervertrag, der fast das ganze nördliche Deutschland zu einem geschlossenen Zollgebiete gestaltete, eine Stellung geschaffen habe, an der aller Widerspruch der Mittelstaaten machtlos zerschellen müsse. Das Regierungsblatt ließ seinem Ärger darüber freien Lauf; es berechnete die Einbuße, die Sachsen durch diesen Vertrag erleide, auf jährlich mindestens 200000 Thlr. „Wir stellen", erklärte es, „den Werth, den der Zollverein für Sachsen hat, sehr hoch, aber wir stellen den Werth, den Sachsen für den Zollverein hat, nicht um eine Linie niedriger"; ihm zufolge hätte Preußen um correct zu handeln den Septembervertrag wenigstens alsbald einer Zollconferenz vorlegen sollen, und die Entschuldigung, daß

Digitized by Google

es in einer Angelegenheit von solcher Bedeutung nicht habe vorgehen können, ohne der Zustimmung des eigenen Landes gewiß zu sein, erschien nur als eine neue Kränkung, da sie die übrigen Zollvereinsstaaten den preußischen Kammern unterordnete. Etwas Wahres lag in diesem Räsonnement gewiß; nur würde Deutschland auf diesem Wege schwerlich jemals zu einer ersprießlichen Handelseinigung gelangt sein.

Während die sächsische Regierung schleunigst den Oberpostdirector v. Schimpff nach München, Stuttgart und Karlsruhe schickte um sich über ein gemeinschaftliches Verfahren dem Septembervertrage gegenüber zu berathen, suchte auch Österreich mit diesen Regierungen eine gleiche Verständigung einzuleiten, und da es dieselben geneigt fand schon jetzt für den Fall, daß eine Erneuerung des Zollvereins nicht zu Stande käme, über eine Zoll- und Handelseinigung mit ihm zu verhandeln, so lud es, 25. November, sämtliche Bundesregierungen zur Beschickung einer freien Conferenz nach Wien ein, welche am 4. Januar 1842 feierlich eröffnet wurde. Preußen lehnte die Theilnahme daran vor erfolgter neuer Constituierung des Zollvereins ab, schrieb vielmehr seinerseits zur Berathung über letztere eine Zollconferenz nach Berlin aus. Wichtiger aber als jene wiener Conferenzen waren die geheimen Verhandlungen, welche Österreich nebenher für den Fall, daß Preußen bei seiner Unnachgibigkeit verharren sollte, einleitete; allein auch sie rückten nur wenig von der Stelle, hauptsächlich deshalb, weil Österreich, bevor nicht seine Geldverhältnisse vollständig geregelt waren, sich ganz außer Stand sah den Mittelstaaten die verlangte Garantie ihrer bisherigen Zollrevenuen zu geben. Bei einer Besprechung, welche die Minister v. d. Pfordten, v. Beust und v. Neurath, 25. März, zu Bamberg hielten, stellte sich als unzweifelhaft heraus, daß keiner von ihnen Lust hatte sich schon jetzt durch einen Separatvertrag gegen Österreich zu binden.

Aber gesetzt auch, es wäre für die Südstaaten eine sofortige Zolleinigung mit Österreich denkbar gewesen, so befand sich doch das durch seine geographischen Verhältnisse, seine Bedürfnisse, seine Industrie unauflöslich an den nördlichen Nachbar gekettete

Digitized by Google

Sachsen in einer ganz andern Lage; es würde sich verblutet haben, hätte man es gewaltsam von der Handelsgemeinschaft mit demselben losreißen wollen. Zu klug um sich dieser Einsicht zu verschließen, richtete daher v. Beust sein Streben darauf, daß zwar der Zollverein erhalten bleibe, aber in einer Form, welche die Selbständigkeit seiner Mitglieder Preußen gegenüber möglichst sicherstelle, und daß daneben die allmähliche Handelseinigung mit Österreich vorbereitet werde. Nothgedrungen wurde er dadurch zu einer Art vermittelnder Stellung geführt, und diese zur Geltung zu bringen war der Zweck der 5. April zu Darmstadt abgehaltenen Ministerialconferenz der Mittelstaaten, an welcher sich auch Baden, beide Hessen und Nassau betheiligten. Allein bei den weit auseinandergehenden Ansichten der Theilnehmer kam es hier nur theilweise zu einer Verständigung. Es wurden drei Übereinkünfte geschlossen, von denen jedoch Baden nur die erste unterzeichnete; durch diese verpflichteten sich die Contrahenten erstens, in Wien das Schlußprotokoll über den Handelsvertrag und die künftige Zolleinigung mit Österreich zu unterzeichnen, sofort bei Eröffnung der berliner Conferenz auf Zuziehung Österreichs zu dringen, so lange aber diese nicht stattgefunden, die Zollvereinsverträge nicht zu erneuern, zweitens nur unter allseitiger Zustimmung mit anderen Staaten Zoll- und Handelsverträge einzugehen, dafern aber vor Ablauf des Jahres 1853 kein solcher zu Stande komme, den Zollverein für sich allein fortzusetzen, endlich drittens eine Modification des in Wien entworfenen Vertrags dahin anzustreben, daß Österreich ihnen ihre bisherigen Zollrevenuen garantiere, wogegen sie sich verpflichteten, keine Verlängerung des Zollvereins mit Preußen vor dem 1. Januar 1853 einzugehen, sofern nicht früher eine Verständigung zwischen Österreich und dem Zollverein zu Stande gekommen sein würde.

Als der Inhalt dieser geheimen Verabredungen durch eine Indiscretion in die Öffentlichkeit drang, war der Eindruck doch kein bedeutender. Der Zollverein hatte in den nahezu zwanzig Jahren seines Bestehens seine Wurzeln so tief in das ganze Leben des deutschen Volkes geschlagen, daß niemand dieser

Digitized by Google

Coalition der Mittelstaaten ernstlich die Kraft zutraute sie wieder aus dem Boden zu reißen. Beifall aber fand er bei den Bevölkerungen nirgends; nirgends zeigten sich diese bereit, dem dynastischen Particularismus zu Liebe ihre wichtigsten Lebensinteressen zum Opfer zu bringen. In Sachsen zumal faßte niemand den ungeheuerlichen Gedanken, das Land einem süddeutschen Zollverein einzuverleiben, ernsthaft auf. Außer einer Kundgebung des deutschen Buchhändlervereins zu Leipzig und des Chemnitzer Industrievereins zu Gunsten des Zollvereins, verhielt sich daher die öffentliche Meinung, besonders da v. Beust einer ähnlichen Demonstration des leipziger Handelsstandes durch eine beschwichtigende Darlegung zuvorkam, ziemlich ruhig; aber für die darmstädter Abmachungen, jenen angeblichen Act der legitimsten, unvermeidlichen Nothwehr gegen ganz unerträgliche Verletzungen, erhob sich nicht eine competente Stimme und die österreichische Partei malte den sächsischen Fabrikanten vergeblich die Vorzüge eines ungehemmten Verkehrs mit 37 Millionen Consumenten vor. Die zweite Kammer begnügte sich den dringenden Wunsch auszusprechen, daß aus den berliner Conferenzen der Zollverein gekräftigt und verbessert neu hervorgehen und die Vereinbarung mit Österreich gelingen möge; im Übrigen legten die Stände die Sache vertrauensvoll in die Hände der Regierung.

So war es hauptsächlich nur die Speculation auf die Schwäche Preußens, was die Opposition gegen dasselbe am Leben erhielt. Allein dieses lehnte die Anträge der darmstädter Coalition rundweg ab und erklärte die Annahme des Septembervertrags und die Zustimmung dazu, daß die Unterhandlungen mit Österreich erst nach erfolgter Reconstruction des Zollvereins eröffnet würden, als präjudiciell für die Wiederaufnahme der Verhandlungen. Ebenso bestimmt hielt Österreich seinen Standpunkt fest; es wollte die Erneuerung des Zollvereins von der vorherigen Verständigung mit Österreich abhängig gemacht wissen und erklärte, daß es die Zustimmung zu dem Verlangen Preußens als einen Rücktritt von dem wiener Schlußprotokoll betrachten werde. Die Unmöglichkeit mit diesen Forderungen

Digitized by Google

durchzudringen wohl einsehend, begab sich Beust persönlich nach Wien, 1. bis 8. August, und erreichte hier das wichtige Zugeständniß, daß der Minister v. Buol-Schauenstein unter gewissen Bedingungen in einen vorläufigen Aufschub der Zolleinigung willigte. Damit schien eine Grundlage für den Ausgleich gewonnen. Zu Stuttgart formulierten hierauf die darmstädter Coalitierten 10. bis 14. August einen Vermittlungsvorschlag, der Preußen bei der Wiedereröffnung der berliner Conferenzen vorgelegt werden sollte: sie sagten darin ihre Bereitwilligkeit zur Fortsetzung des Zollvereins unter Annahme des Septembervertrags für den Fall zu, wenn gleichzeitig mit der Ratification dieser Verträge der Abschluß des Zoll- und Handelsvertrags mit Österreich erfolge. Preußen jedoch gieng von seinen Bedingungen schlechterdings nicht ab; nur soviel gestand es zu, daß der wiener Entwurf den mit Österreich, jedoch erst nach Erneuerung des Zollvereins einzuleitenden Unterhandlungen zu Grunde gelegt werde, und setzte den Coalitierten eine Frist bis zum 15. September um sich darüber zu erklären, und da deren Antwort bis zu dem festgesetzten Termine nicht übergeben war, so brach es, des resultatlosen Hin- und Hermarktens müde, am 17. September die Unterhandlungen plötzlich ab, erklärte fortan nur noch mit den einzelnen Staaten auf Grund seines letzten Anerbietens verhandeln zu wollen und traf Vorbereitungen die Grenzbewachung gegen Sachsen wiedereinzurichten.

Die Bestürzung, die diese unerwartete Wendung überall und namentlich in industriellen Kreisen erregte, wurde noch wesentlich dadurch verstärkt, daß der Minister v. Friesen, nicht willens Beust auf der abschüssigen Bahn seiner Politik weiter zu folgen, am 2. October seine Entlassung nahm [1]), worauf letzterer zu dem Departement des Äußeren auch noch das Innere hinzuübernahm und dafür das des Cultus im Februar

1) Im folgenden Jahre trat er als Kreisdirector zu Zwickau wieder in den Staatsdienst.

Digitized by Google

an v. Falkenstein abtrat. Laut sprach sich die öffentliche Stimme gegen eine Sprengung des Zollvereins aus, dessen Fortbestand vor allem für Leipzig und seine Messen eine Lebensfrage war. Nachdem aber die Krisis einmal diesen acuten Charakter angenommen hatte, mußte die Entscheidung schnell fallen. Während Österreich mit den Coaliierten seit dem 30. October in Wien über einen vom 1. Januar 1854 an zu gründenden Zollverein unterhandelte, that Preußen den ersten Schritt der Annäherung, indem es sich erbot sich mit Österreich direct und unter Ausschließung der darmstädter Coalition zu verständigen. Minister v. Bruck begab sich nach Berlin; obgleich aber hier die Verhandlungen bald eine so günstige Wendung nahmen, daß dadurch der in Wien verhandelte Tractat ganz überflüssig wurde, so drang Österreich doch auf dessen baldigen formellen Abschluß um mit dem fertigen Vertrage in der Hand womöglich für sich und die Coaliierten in Berlin günstigere Bedingungen zu erhalten. Da aber war es auf einmal Sachsen, das durch Einwendungen und Unwillfährigkeiten aller Art den Gang der Verhandlungen aufhielt. Denn seitdem diese ihre Spitze nicht mehr gegen Preußen kehrten, hatte Beust keinen Grund mehr, den Interessen seines Landes etwas zu vergeben; und so kam es, daß die berliner Verhandlungen früher zum Abschluß gediehen als die zu Wien, der berliner Vertrag, der Österreich eine bevorzugte Stellung zum Zollverein einräumte, am 19. Februar, der zu Wien erst am 22sten, jedoch auf den 17ten zurückdatiert, unterzeichnet wurde. Nachdem so der Weg der Verständigung geebnet war, erfolgte am 4. April zu Berlin der Abschluß der neuen Zollvereinsverträge [1]). Zugleich wurde

1) Weber a. a. O., S. 272 ff. — Die Entdeckung vielfacher Mißbräuche mit den dem leipziger Handelsstande bewilligten laufenden Conti führte 1853 zu einer sehr umfänglichen Untersuchung, bei der es sich um eine Zollsumme von 30000 Thlrn., eine Strafsumme von 600000 Thlrn. handelte. Letztere wurde von der sächsischen Regierung, welche überhaupt die Untersuchung nur lässig betrieb, bis auf 30000 Thlr. erlassen. 1856 verständigte man sich über den Grundsatz, daß nicht bei jeder entdeckten Unregelmäßigkeit eo ipso die Einziehung der Conti erfolgen sondern die

Digitized by Google

die Irrung zwischen Preußen und Sachsen wegen der von ersterem 1850 innebehaltenen Zollrevenuen durch Annahme des Grundsatzes ausgeglichen, daß Herauszahlungen aus den gemeinschaftlichen Zollrevenuen von keiner Regierung unter was immer für Vorwande, der nicht in der Abrechnung selbst begründet sei, zurückbehalten werden dürften.

Die Freude über den wiederhergestellten Frieden, in dem begreiflicherweise Jedermann nur den Abschluß einer gefährlichen Krise, nicht, als was er sich später erwies, den Keim neuer Verwicklungen sah, war durch ganz Deutschland allgemein. Am wenigsten Ursache sich zu freuen hatten die darmstädter Coalitierten, die mit ihrer Opposition gegen Preußen, wie sie sich in v. d. Pfordten und v. Beust verkörperte, eine zweite Niederlage erlitten und dabei die kränkende Erfahrung gemacht hatten, daß Österreich im entscheidenden Momente sich über sie hinweg mit Preußen verständigte; auch die Einigkeit unter ihnen selbst hatte keineswegs immer die Probe bestanden, beides Warnungen, die für die Zukunft beherzigt zu werden verdient hätten.

Die Ruhe, welche nach diesen Stürmen in Sachsen einkehrte, sollte schon im nächsten Jahre durch ein alle Herzen aufs tiefste erschütterndes Ereigniß, das jähe Hinscheiden des Königs Friedrich August II., unterbrochen werden. Gewaltsam, fern von seinem Lande, riß ihn der Tod aus der Fülle der Lebenskraft hinweg. Der König befand sich auf einer Reise in Tirol; es war das zehnte Mal, daß er dieses sein Lieblingsland besuchte. Nach vollbrachter Tour nach dem Solstein und der Alpe Lisens wollte er das Pitzthal aufsuchen, als hinter Imst, zwischen dem Weiler Brennbühel und der Brücke, der Wagen an einer Biegung des Weges plötzlich umschlug, der König aus demselben geschleudert und von dem heftig ausschlagenden Handpferde so schwer an den Hinterkopf getroffen wurde, daß er ohne wieder zum Bewußtsein erwacht zu sein dreiviertel Stunde darauf im Wirthshause zu Brennbühel den Geist aufgab. Am

Frage der Einziehung dieser Vergünstigung jedesmal nach Lage des concreten Falls beurtheilt werden solle.

Digitized by Google

15. August langte der Trauerzug mit der königlichen Leiche in Dresden an [1]). Allgemein und ungeheuchelt war die Trauer des Landes; selbst die Gegner des von König Friedrich August in den letzten Jahren befolgten politischen Systems gedachten dankbar der Segnungen, die Sachsen unter seiner Regierung genossen, mehr aber noch als seiner Regententugenden der menschlich schönen Eigenschaften, der Herzenslauterkeit und des menschenfreundlichen Sinnes, die ihn zierten und die ihm ein bleibendes Ehrengedächtniß bei der Nachwelt sichern.

Viertes Hauptstück.

Sachsen unter der Regierung des Königs Johann 1854—1866.

A. Inneres.

Prinz Johann befand sich auf seinem Lieblingssitz Schloß Weesenstein, als die Minister ihm in der Nacht vom 9. zum 10. August die Schreckensbotschaft brachten und ihm als nunmehrigem Könige huldigten. Aufs tiefste erschüttert entließ er sie alsbald ohne weitere Erklärung mit Stillschweigen. In der Frühe des nächsten Morgens eilte er nach Dresden und empfing dort die Minister mit den Worten: „Da mein Sohn noch zu jung ist um die Regierung annehmen zu können, ich

1) Eine von der verwittweten Königin Maria errichtete Capelle bezeichnet die Unglücksstelle. Das Standbild des Königs erhebt sich auf dem dresdner Neumarkt. Auf dem Gipfel des rochlitzer Berges wurde ein Thurm als Nationaldenkmal für ihn erbaut.

Digitized by Google

aber noch nicht alt genug bin um sie ablehnen zu dürfen, so trete ich die Regierung an."

Mit so erschütternder Plötzlichkeit, wider Hoffen und Erwarten, aber nicht unvorbereitet für die höchste Aufgabe menschlichen Wirkens wurde Prinz Johann auf den Thron seines nur um wenige Jahre älteren Bruders berufen [1]). Von jeher war sein tadelloser Wandel als Gatte und Vater, die Sorgfalt, mit der er die Erziehung seiner Kinder selbst überwachte, seine geordnete und sparsame Haushaltung rühmend anerkannt worden; seine zwanzigjährige landständische Thätigkeit hatten ihm den Ruf ungewöhnlicher staatsmännischer Begabung, seine wissenschaftliche Bildung einen unbestrittenen Platz unter den namhaften Gelehrten der deutschen Nation erworben. Keine von den geistigen Strebungen seiner Zeit war ihm fremd geblieben. Angeregt vielleicht durch die Ereignisse in Griechenland lernte er bei Böttiger Griechisch, auch die vergleichende Sprachwissenschaft erweckte sein Interesse, später ließ er sich in die Chemie einweihen. Von ihm, dem Hauptanreger und langjährigen Vorstande des sächsischen Alterthumsvereins, gieng auch 1852 die Gründung des Vereins deutscher Geschichts- und

1) Geboren am 12. December 1801 als der dritte und jüngste Sohn des Prinzen Maximilian und dessen Gemahlin Karoline Marie Therese von Parma, erhielt er seinen ersten Unterricht durch den Freiherrn v. Wessenberg und den General v. Forell, welcher letztere auch die Studien seiner Brüder leitete. In der Religion waren seine Lehrer der Abbé de Sylvestre, Pater Löffler und der spätere Bischof Mauermann. Im Jahre 1815 wurde General v. Watzdorf zur ferneren Leitung der Studien des Prinzen berufen; in der Mathematik hielt ihm Oberstleutnant Fleischer, in den Militärwissenschaften Major v. Eppendorf, in der Rechtswissenschaft Hofrath Stübel Vorträge. Zwanzig Jahr alt trat er in das Geheime Finanzcollegium ein. Nach der Rückkehr von einer 1821 nach Italien unternommenen Reise vermählte er sich 1822 mit Amalie Auguste, der Tochter des Königs Maximilian Joseph von Baiern. — „Die Welt muß Einem immer lieber werden", schrieb über ihn Jean Paul 11. Juni 1822 aus Dresden, „da es darin Prinzen von solchem Geiste, solchen Kenntnissen und Gesinnungen gibt, wie ich heute einen kennen und lieben lernte."

Digitized by Google

Alterthumsforscher aus, dessen beiden ersten Versammlungen, zu Dresden und Nürnberg, er präsidierte. Aber die wissenschaftliche Hauptaufgabe seines Lebens galt dem Studium Dante's, von dessen Göttlicher Comödie er unter dem Namen Philalethes 1839—1840 eine meisterhafte Übersetzung mit kritischen und historischen Erläuterungen veröffentlichte [1]).

Niemand mochte damals ahnen, welche schwere Bürde eine Reihe verhängnißvoller Ereignisse auf die Schultern König Johanns legen würde; noch weniger konnte ein sterbliches Auge voraussehen, welche Lücken im Laufe weniger Jahre der Tod in den blühenden Kreis der königlichen Töchter reißen würde. Nachdem er die älteste derselben, Prinzeß Maria, October 1857, von langen Leiden erlöst hatte, raffte er September 1858 deren erst kürzlich mit dem Erzherzog Karl Ludwig von Österreich vermählte Schwester Margarethe, schon im Februar 1859 die Prinzeß Anna, Gemahlin des Erbgroßherzogs Ferdinand von Toscana, hinweg; im März 1862 wurde Prinzeß Sidonie eine Beute des Typhus und schon am 9. März 1867 standen die königlichen Ältern am Todtenbette ihrer seit Februar 1865 mit dem Herzog Karl Theodor von Baiern vermählten jüngsten Tochter Sophie! [2]) —

Daß König Johann ganz im Geiste seines Bruders fortzuregieren verhieß, entsprach ebenso seiner Pietät gegen den geliebten Verblichenen wie seiner eigenen politischen Überzeugung. Die einzige Neuerung betraf den Staatsrath, der 29. Mai 1855 eine veränderte Einrichtung erhielt, indem er, gebildet aus einem Präsidenten (dem nunmehrigen Kronprinzen Albert), denjenigen volljährigen Prinzen, denen der König den Beisitz gibt, den Ministern und anderen Mitgliedern, zu einer be-

1) Zweite (Volks-)Auflage 1865. Die ersten zehn Gesänge der Hölle erschienen schon 1828 als Manuscript gedruckt. Die Academia della Crusca zu Florenz ernannte ihn zu ihrem Mitgliede. Selbstschöpferisch als Dichter begann er ein Trauerspiel Pertinax (gedruckt im Dresdner Album, 2. Aufl. 1861).

2) Am 14. März 1863 starb die 81jährige Prinzessin Auguste, des Königs Tante.

Digitized by Google

rathenden Behörde in allen unmittelbar von der Krone, nicht mehr wie bisher vom Staatsministerium an denselben verwiesenen Angelegenheiten, namentlich auch in wichtigeren Gesetzgebungsfragen bestimmt wurde. Die Civilliste wurde auf 570000 Thaler erhöht. Wie hoch der König die von den Ministern Zschinsky, Rabenhorst und v. Beust in den Maitagen 1849 der Krone geleisteten Dienste anschlage, sprach er bei der Wiederkehr dieser Tage im Jahre 1856 durch Verleihung des erblichen Adels an die beiden ersten, des Hausordens der Rautenkrone an den letzteren aus. Durch seine Thronbesteigung wurde König Johann nun auch der Theilnahme an der Ausarbeitung der Gesetzentwürfe entzogen, welche seit April 1853 die Zwischendeputationen beschäftigte und der er sich bisher mit großem Eifer gewidmet hatte. Es stellte sich jetzt heraus, daß in Bezug auf die schon so lange obschwebenden Organisationsfragen seit dem Übergange des Departements des Inneren an Beust veränderte Ansichten Platz gegriffen hatten, welche die durch den langen Aufschub erweckten Befürchtungen als nicht ungerechtfertigt erscheinen ließen. Zu Anfang des Jahres 1854 einigte sich das Gesamtministerium über die Grundzüge eines neuen Organisationsplanes, welcher die Basis des Gesetzes vom 23. November 1848 theilweise verließ. Die Trennung der Justiz von der Verwaltung auch in der untersten Instanz wurde aufgegeben, die Civiljustiz sollte in der Regel von Einzelrichtern verwaltet, im Criminalverfahren die Öffentlichkeit und Mündlichkeit mit Staatsanwaltschaft aber ohne Schwurgerichte eingeführt, die Patrimonialgerichtsbarkeit aufgehoben, zugleich aber den Rittergutsbesitzern eine solche politische Stellung verschafft werden, welche ihnen in Beziehung zu den Gemeindeangelegenheiten eine ihre verfassungsmäßige Stellung rechtfertigende Auctorität gewähre.

Auf diesen sehr eingeschränkten Grundlagen beruhten die Entwürfe, zu deren Berathung am 10. October ein außerordentlicher Landtag zusammentrat; aber die ritterschaftliche Aristokratie, welche ihre überzeugungsvolle Opferfreudigkeit von 1848 ganz und gar abgelegt hatte, wollte überhaupt von Re-

Digitized by Google

formen nichts mehr wissen, und ohne Zschinsky's Festigkeit würde auch die Justizreform von den immer noch hoch gehenden Fluthen der Reaction verschlungen worden sein. Statt auf den von der Regierung gewünschten abgekürzten Berathungsmodus einzugehen beantragte die durch den adeligen Grundbesitz gebildete Majorität der ersten Kammer die Verschiebung der Gesetzentwürfe auf den nächsten ordentlichen Landtag. Allein da nicht nur die zweite Kammer schon Tags darauf sich einstimmig mit dem vorgeschlagenen Berathungsverfahren einverstanden erklärte und den Beschluß der ersten verwarf, sondern auch die Regierung auf der Berathung der Vorlagen bestand, so fügte sich die erste Kammer und trat zunächst in die über das von Dr. Schwarze ausgearbeitete Strafgesetzbuch ein. Dieses, im Wesentlichen eine Umarbeitung des Criminalgesetzbuchs von 1838 [1]), fand jedoch, obgleich es sich durch besondere Strenge gegen politische Vergehen empfahl, bei der äußersten Rechten wenig Beifall, namentlich v. Welck erklärte sich durchaus gegen den Entwurf, der dem Humanitätsprincip zu sehr Rechnung trage, und rieth bloß der Wiedereinführung der körperlichen Züchtigung beizustimmen. Nach mehrtägiger Berathung nahm die Kammer den Entwurf an, jedoch nur eventuell, um die Abgabe des Gesetzes an die zweite Kammer zu ermöglichen. Diese hatte sich unterdes mit der Strafproceßordnung beschäftigt, welche nun zwar das Anklageverfahren, Öffentlichkeit und Mündlichkeit gewährte aber der Geschwornenbank ein Richtercollegium substituierte; doch legten selbst die Liberalen dem

1) Im allgemeinen erlitt darin das Strafsystem durch Wegfall der zwei Grade der Zuchthausstrafe und des Dunkelarrests als Schärfungsmittels sowie durch Wiederherstellung der körperlichen Züchtigung, durch Verlängerung des Maximums sämtlicher Freiheitsstrafen bis auf 30 Jahr, der Dauer der Gefängnißstrafe auf 4 Monate oder des Minimums der Arbeitshausstrafe auf gleiche Frist, endlich durch die veränderte Geltung der verschiedenen Freiheitsstrafen gegen einander und die erhöhte Abschätzung der Gefängnißstrafe zu Geld wesentliche Veränderungen; die Todesstrafe, für deren Vollstreckung die Öffentlichkeit abgeschafft und das Fallschwert eingeführt worden war, war auf weniger Fälle beschränkt.

Digitized by Google

Durchgehen des Gesetzes darum keine Schwierigkeit in den Weg, weil sie darin doch nur eine Abschlagszahlung auf die künftigen Geschworenengerichte sahen, gerade aus demselben Grunde, um dessentwillen es in der ersten Kammer trotz der eifrigen Vertheidigung durch den Regierungscommissar Dr. Schwarze und trotz des Ministerpräsidenten ausdrücklicher Versicherung, daß die Regierung Schwurgerichte nun und nimmermehr einführen werde, nur widerwillige Annahme fand. Die Wiederherstellung der im Entwurfe als unverträglich mit dem Charakter der mündlichen Verhandlung beseitigten zweiten Instanz durch die zweite Kammer diente jedenfalls ebensowenig zur Verbesserung der neuen Einrichtung wie die des Unterschieds zwischen Klagfrei- und Straffreisprechung durch die erste; die von letzterer versuchte Beschränkung der Öffentlichkeit lehnte die andere Kammer ab. Übrigens beschloß jene, vor Annahme der auf die Bezirksgerichte bezüglichen Artikel die Berathung des Gesetzes über die Behördenorganisation abzuwarten.

Denn eben dieses bildete, weil es die Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit zur wesentlichen Voraussetzung für die beabsichtigte Errichtung der 19 Bezirksgerichte und 116 Gerichtsämter machte, den Hauptstein des Anstoßes [1]). In Voraussicht eines heftigen Kampfes gegen die ritterschaftliche Rechte verzichtete daher die zweite Kammer, wie vorher auf die Schwurgerichte, so jetzt auf die Trennung der Justiz von der Verwaltung in der untersten Instanz, um wenigstens die Beseitigung der Patrimonialgerichte zu erreichen, zu deren Vertheidigung sich jene mit aller Kraft rüstete. Jedes Mitglied der ersten Kammer war auf seinem Platze. Das Äußerste, was die Minorität der Deputation, v. Welck und v. Zehmen, zugestehen wollte war die Aufhebung der kleineren Patrimonialgerichte, aber auch diese nur gegen Entschädigung. In der Debatte, 18. December, gab die Rechte ihrer Trauer über den politischen Verfall des

1) Die im Jahre 1833 vorhandenen 1148 Patrimonialgerichte mit 1,396000 Seelen hatten sich bis 1. Februar 1854 durch freiwillige Abtretung auf 607 mit 676500 Seelen vermindert.

Digitized by Google

ritterschaftlichen Standes lauten Ausdruck; sie warnte vor Beseitigung historischer Auctoritäten in jetziger revolutionärer Zeit; „der Entwurf", betheuerte v. Friesen, „sei wider Recht und Verfassung, die Patrimonialgerichtsbarkeit sei kein übertragenes Recht sondern dagewesen, ehe der Landesherr existiert habe; bald werde der Gerichtsbarkeit das Patronat nachfolgen und damit die Standschaft sich von selbst auflösen." Gegen diese Auffassung vermochte weder die schlagende Widerlegung des Ministers Zschinsky noch der Hinweis, daß das neue Strafverfahren, das außer in Mecklenburg und Sachsen bereits überall in Deutschland bestehe, ohne Aufhebung der Patrimonialgerichte nicht durchführbar sei, etwas; es geschah das Unglaubliche: die erste Kammer beschloß mit 23 gegen 17 Stimmen die Beibehaltung der Patrimonialgerichtsbarkeit; ein Antrag v. Friesens, daß dieselbe auch denen, die sie bereits abgetreten hätten, zurückgegeben und nur die Criminalgerichtsbarkeit an den Staat abgetreten werden sollte, erhielt 14 Stimmen! Folgerichtig bot nun die Partei auch in der weiteren Debatte Alles auf um die Errichtung von Bezirksgerichten gleichfalls zum Fall zu bringen, hier blieb jedoch die Regierung, wenn auch nur mit 4 Stimmen, Siegerin. Obgleich nun aber die erste Kammer auch im Vereinigungsverfahren bei ihrem Votum stehen blieb, wurde dennoch die Aufhebung der Patrimonialgerichte als von der Regierung verlangt und von der anderen Kammer genehmigt nach § 92 der Verfassungsurkunde für angenommen erachtet. Sonach trat hier der sonderbare Fall ein, daß das streng conservative Ministerium sich auf die zweite Kammer stützen mußte um den Widerstand der ersten zu überwinden.

Die neue Gerichtsorganisation, für welche sich der König persönlich lebhaft interessierte, trat nach Vollendung der nothwendigen Vorbereitungen ohne Verzug ins Leben (Gesetz vom 11. August 1855); umsonst versuchten etliche Gerichtsherren die Abgabe der Gerichtssiegel an den Staat zu verweigern. Dr. Schwarze wurde zum Ober- (später General-) Staatsanwalt ernannt; das erst 1846 aus den Assessoren der Juristen-

Digitized by Google

facultät gebildete Spruchcollegium zu Leipzig gieng wieder ein. In den schönburgischen Receßherrschaften gelangte die Justizreform erst vom 1. Juni 1865 an zur Einführung, nachdem sich das Haus Schönburg gegen jährliche 3000 Thlr. oder einmalige 75000 Thlr. zur Entlastung seiner Unterthanen von der subsidiären Tragung der Untersuchungskosten hatte bereit finden lassen. Grollend verschmähte nun auch die äußerste Rechte das den Rittergutsbesitzern von der Regierung als Ersatz für den Verlust der Gerichtsherrlichkeit dargebotene Institut der Friedensrichter (Gesetz vom 11. August 1855), welche den Unterbehörden verschiedene Mühwaltungen abnehmen und auf das Armenwesen, die öffentliche Sicherheit und Aufrechthaltung von Ruhe und Ordnung eine nützliche Einwirkung ausüben sollten. Allerdings entsprach diese Einrichtung in der ihr von der Regierung gegebenen Gestalt weder den Anträgen, welche die zweite Kammer schon 1846 auf Brauns Anregung deshalb gestellt hatte, noch taugte sie, wozu sie angeblich bestimmt war, zur Anbahnung einer Selbstregierung des Volkes sondern war ein schon in der Geburt halb ersticktes Ding. Eine Advocatenordnung, welche durch Errichtung von Advocatenkammern eine Art von Selbstcontrole in diesem Stande einführte, desgleichen eine Notariatsordnung brachte das Gesetz vom 3. Juni 1859. Die Frage wegen der Geschworenengerichte ruhte bis 1864. Erst nachdem der deutsche Juristentag sich fast einstimmig für dieselben ausgesprochen hatte, stellte die zweite Kammer einen Antrag auf ihre Einführung; und diesmal erklärte sich die Regierung nicht principiell dagegen sondern lehnte es nur ab noch diesem Landtage eine Vorlage deshalb zu machen, theils um abzuwarten, ob nicht ein allgemein deutsches Strafproceßgesetz versucht werden würde, theils weil sie mit einem neuen Plane, der Errichtung von Schöffengerichten, beschäftigt sei; die erste Kammer beschloß jedoch trotzdem den Antrag auf sich beruhen zu lassen.

Fast volle zehn Jahre vergiengen noch seit Vollendung des Strafgesetzbuchs, ehe Sachsen zur Codification seines bürgerlichen Rechts gelangte, wie Preußen, Österreich und Baiern sich

Digitized by Google

einer solchen bereits seit nahezu einem Jahrhundert erfreuten. Sachsen gehörte zu den wenigen Ländern Deutschlands, die von jeher ein eigenes Recht besaßen, auch hatte, abgesehen davon, daß in der Lausitz einige erbländische Gesetze nicht publiciert waren, hier immer nur ein Recht für alle Landestheile gegolten; locale Gewohnheitsrechte gab es nur im Erbrechte, bis auch diesen ein Federstrich des russischen Gouvernements ein Ende gemacht hatte. Aber äußerlich betrachtet war das einheitliche sächsische Recht nichts weniger als einheitlich sondern in eine Menge unter den verschiedensten Benennungen erlassene Gesetze verstreut, neben denen aus älterer Zeit noch eine Anzahl von Rechtsbüchern, besonders der Sachsenspiegel mit seinen Glossen, die landüblichen sächsischen Rechte, nicht bloß für Sachsen sondern für einen großen Theil von Norddeutschland die Geltung von Gesetzen hatten. Müde dieses Zustandes hatten schon die alten Stände wiederholt Anträge auf Codificierung des bürgerlichen Rechts gestellt, aber erst seit der Verfassung machte die Regierung ernstlichere Anstalt denselben zu entsprechen [1]). Ein erster wichtiger Schritt geschah 1845, wo unter Direction des Ministers v. Könneritz eine aus Geheimrath v. Langenn, Oberappellationsrath Held und Appellationsrath v. Weber bestehende Commission zur Abfassung eines Entwurfs niedergesetzt wurde, welche das damals für mustergiltig angesehene österreichische bürgerliche Gesetzbuch ihrer Arbeit zu Grunde legen und den sächsischen Verhältnissen anpassen sollte. Hieraus entstand der von Dr. Held ausgearbeitete Entwurf, der in Folge der Störungen von 1848—49 erst 1852 veröffentlicht und 1835 den ständischen Zwischendeputationen zur Begutachtung vorgelegt wurde. Da derselbe jedoch von mehrern juristischen Autoritäten, namentlich von Wächter in Leipzig, sehr scharfe Verurtheilungen erfuhr [2]), so war die von den thüringi-

1) Marschner, Die Anfechtung der neuen Civilgesetzbücher (1853), S. 19 ff.

2) Die Literatur der gegen den Held'schen Entwurf erhobenen Bedenken siehe Landtagsacten 1860/61 I, 3. Bd., S. 426 f.

Digitized by Google

schen Staaten und Anhalt-Dessau geäußerte Bereitwilligkeit sich an einer gemeinsamen Civilgesetzgebung zu betheiligen für die Regierung ein willkommener Anlaß um die ungenügende Vorlage, Mai 1854, zurückzuziehen. Es wurde 1856 eine neue, durch Vertreter jener Staaten verstärkte Revisionscommission gebildet, von Dr. Ortloff und Held, nach des letzteren Tode (April 1857) von dem Geheimen Justizrath Dr. Siebenhaar ein neuer Entwurf ausgearbeitet, welcher im Wesentlichen eine Codification des zeither in Geltung gewesenen, in einzelnen Punkten particular modificierten römischen Rechts enthielt, das daneben zwar nicht subsidiär, wohl aber als Interpretationsquelle Geltung behalten sollte, und dieses Ergebniß 15jähriger Arbeit, November 1860, den Ständen vorgelegt. Obgleich nun noch während der ständischen Berathungen von Danz in Jena, Unger und Arndts in Wien sehr abfällige Kritiken des Entwurfs erschienen, die sich namentlich gegen seine particularistische Tendenz richteten, so nahmen trotzdem die Stände denselben, wenn auch mit einigen Abänderungen, dem Wunsche der Regierung gemäß, en bloc an [1]). Weil aber die Berathungen über die von Geheimrath Marschner entworfene bürgerliche Proceßordnung in Aussicht auf das Zustandekommen einer deutschen Proceßordnung verschoben worden war und es wünschenswerth erschien die mit dieser in Zusammenhang stehende Gerichtsordnung gleichzeitig mit dem bürgerlichen Gesetzbuche ins Leben treten zu lassen, so verzögerte sich die Einführung des letzteren noch geraume Zrit. Erst als die Verhandlungen der in Hannover tagenden Commission für das Zustandekommen einer

1) Pöschmann, Die Gegner des revidierten Entwurfs eines bürgerlichen Gesetzbuchs für das Königreich Sachsen (1861). — B. Schmidt, Vorlesungen über das im Königreich Sachsen geltende Privatrecht I (1869), S. 19. — Da der Entwurf aus einer Vereinigung mehrerer Regierungen hervorgegangen und an das Justizministerium nicht mit dem Rechte nochmaliger Revision gelangt war, so trat damit seit Einführung der Verfassung zum erstenmale der Fall ein, daß ein Minister an einer Vorlage keinen Antheil hatte. Von den übrigen bei den Vorberathungen betheiligten Regierungen hat keine das Gesetzbuch bei sich eingeführt.

Digitized by Google

allgemein deutschen Proceßordnung keine Hoffnung mehr boten, legte die Regierung 1864 ihren Ständen die bürgerliche Proceßordnung vor, welche den 1854 begonnenen Cyclus der neuen Gesetzgebung zu schließen bestimmt war, doch wurde dieselbe gleich der Concurs- und der Gerichtsordnung an Zwischendeputationen überwiesen. Damit aber die Einführung des bürgerlichen Gesetzbuchs nicht noch weiter hinausgeschoben werde, ermächtigten die Stände die Regierung, aus der Gerichtsordnung diejenigen Vorschriften, deren es zu jener bedürfe, provisorisch zu publicieren. Dies geschah 9. Januar 1865, vom 1. März an trat das bürgerliche Gesetzbuch in Kraft und hat seitdem seine mannichfachen Vorzüge in der Praxis bewährt.

Grollend über die ihr abgedrungene Patrimonialgerichtsbarkeit übte die Ritterschaft der ersten Kammer auf den nächsten Landtagen Rache, indem sie das bürgerliche Element nicht bloß vom Vicepräsidentenstuhl, den bisher regelmäßig einer der Bürgermeister eingenommen hatte, verdrängte sondern auch in den Deputationen möglichst beschränkte. Die Regierung erkaufte die Versöhnung mit ihr durch Vorlegung eines Jagdgesetzes, welches, um die geschehene „Beraubung" wieder gut zu machen, den früheren Jagdberechtigten die Befugniß ertheilte, auf Wiedereinräumung des Jagdrechtes anzutragen und ihnen eine Entschädigung für die Aufgabe desselben aus der Staatscasse zubilligte, die binnen 14 Jahren aus dem Ertrag der Jagdkarten wieder eingebracht werden sollte. Doch lehnte die bäuerliche Majorität der zweiten Kammer trotz Beusts Andeutung, daß dann möglicherweise der Bund eingreifen dürfe, den Entwurf ab und erst der folgende Landtag brachte ein Jagdgesetz zu Stande (vom 25. November 1858), welches Zurückgabe der Jagdrechte an die früheren Inhaber, Entschädigung der Neuberechtigten und Ablösung der Jagdrechte auf Antrag festsetzte [1]).

1) Im Ganzen wurden 5832 einzelne Jagdrechte angemeldet und von diesen 140 nicht abgelöst sondern an die früher Berechtigten zurückgegeben. Das Ablösungscapital betrug 803470 Thlr., wovon 188899 Thlr. auf

Digitized by Google

Zu denjenigen Instituten, welche durch den Umschlag von 1850 vom Untergange gerettet wurden, gehörten auch die Stifter Meißen und Wurzen, an deren altväterischer Verfassung schon auf dem ersten constitutionellen Landtage, von Eisenstuck angeregt, die zweite Kammer zu rütteln begonnen hatte, um die Einkünfte derselben statt zu Sinecuren zu Gunsten protestantischer Kirchen und Schulen verwendbar zu machen; auf dem nächsten Landtage stimmte sogar die erste Kammer einem dahin zielenden Antrage bei, der aber ohne praktischen Erfolg blieb. Im Jahr 1848 stand die Aufhebung der Stifter auf dem Register der Volkswünsche und das Märzministerium zeigte sich im Princip damit einverstanden, nur wünschte v. d. Pfordten die Angelegenheit im Wege des Vertrags zu erledigen; als er jedoch bei dem Capitel auf Widerspruch stieß, war er auch bereit seine Absicht, da die Stifter als ihrem ursprünglichem Zwecke entfremdet des rechtlichen Fundamentes entbehrten, einseitig durchzusetzen, aber die Ausführung wurde durch den Sturz des Märzministeriums vereitelt und 1852 machte es die erste Kammer sogar der Regierung zur Pflicht, über die Stifter keine Entscheidung zu treffen, bevor sie nicht über die mit denselben gepflogenen Verhandlungen den Ständen Mittheilung gemacht habe, trat auch 1858 dem erneuten Antrage der zweiten auf Reform der Stifter nicht bei. Dennoch drängte sich die Nothwendigkeit einer solchen so gebieterisch auf, daß die Regierung mit dem Domstifte deshalb Unterhandlungen anknüpfte, und diese führten, 25. Februar 1860, zu einem Vertrag, nach welchem dasselbe einen Theil seiner Einkünfte zur Verwendung für die evangelischen Kirchen, die Schulen und die Universität abgab, erledigte Domherrnstellen aber auf Vorschlag des Capitels vom Könige, jedoch nur an solche Männer, ohne Unterschied der Geburt, verliehen werden, welche sich um die evangelische Kirche, das Unterrichtswesen oder in einem höheren Staatsamte verdient gemacht haben.

den Staatsfiscus kamen. Das ganze Ablösungswerk, für welches von den Ständen 600000 Thlr. verwilligt waren, kostete dem Staate 265000 Thlr., für welche demselben als Ersatz die Jagdkartengelder zuflossen.

Digitized by Google

Seit dem Tode des Ministerpräsidenten v. Zschinsky, 28. October 1858, nach welchem Beust selbst den Vorsitz im Ministerrathe übernahm, während Behr, in den Adelstand erhoben, das Departement der Finanzen mit dem des Innern vertauschte und jenes an den wiedereintretenden Minister v. Friesen überließ, machte sich eine etwas liberalere Strömung geltend. Die Freimüthige Sachsenzeitung gieng ein, zahlreiche Begnadigungen fanden statt, unter denen die Heubners mit besonderer Freude begrüßt wurde [1]); die langersehnte allgemeine Amnestie für alle im Mai 1849 begangenen politischen Verbrechen erfolgte jedoch erst auf Anlaß der Geburt eines Thronerben, des Prinzen Friedrich August, 25. Mai 1865. Es lag nicht in Beusts Weise, Gegner, die er nicht fürchtete, zu reizen oder zu verfolgen, und nichts konnte damals in der That ungefährlicher sein, als die scharf einschneidenden Zügel der Reaction etwas zu lockern. Die Tagespresse, stets durch das Damoklesschwert des Preßgesetzes bedroht, dessen Härte nur durch die milde Praxis minder fühlbar wurde, hatte sich zu solcher Zahmheit gewöhnt und war so saft- und kraftlos geworden, daß die Regierung getrost das Bundes-Preß- und -Vereinsgesetz von 1854, da dieselben in den drei größten Staaten gar nicht zur Ausführung gebracht worden waren, auf eine von der zweiten Kammer befürwortete Petition des Buchhändlervereins, 30. März 1865, auch in Sachsen aufheben konnte; die Stände aber, die auf jedem Landtage durch Verwahrungen Einzelner an ihre zweifelhafte Rechtsbeständigkeit erinnert wurden [2]), ließen sich von Beusts gewandter Hand so folgsam gängeln, daß von ihnen sicher keine ernsthafte Opposition

1) Der letzte der Maiverurtheilten, Röckel, wurde erst Januar 1862 freigegeben.

2) Als der deutsche Abgeordnetentag zu Weimar im Herbst 1862 sich für die Rechtsbeständigkeit der aufgehobenen Verfassungen aussprach, legten vier sächsische Abgeordnete gegen diesen Beschluß, da er geeignet sei den innern Frieden auch solcher Staaten zu bedrohen, wo Ständeversammlungen gegenwärtig in geordneter Wirksamkeit bestünden, Protest ein und verließen die Versammlung.

Digitized by Google

zu befahren war. Was Wunder daher, daß der Sinn für das constitutionelle Leben mehr und mehr erkaltete, die Wahlen und die in endloser Breite sich hinschleppenden ständischen Verhandlungen unter äußerster Theilnahmlosigkeit vor sich giengen; nichts glich der Gleichgiltigkeit, mit der im Jahr 1856 der fünfundzwanzigjährige Bestand der Verfassung gefeiert wurde. Aber gerade dieses Sinken des Interesses an den heimischen Verfassungszuständen hatte die wenig beabsichtigte Wirkung, den öffentlichen Geist desto entschiedener von den particularen auf die allgemeinen nationalen Interessen hinüberzulenken. Auch fehlte viel, daß jene liberalere Wendung eine principielle Bedeutung gehabt hätte, denn eine ängstliche, mitunter selbst kleinliche Überwachung blieb nach wie vor die Hauptstütze des ganzen Regierungssystems, überhaupt aber war der Anstoß zu derselben nicht aus einer innerlichen Umkehr sondern von außen gekommen: sie war die Rückwirkung des mit Manteuffels Entlassung in Preußen eingetretenen Umschwungs.

Mit diesem erwachte auch in Sachsen das politische Leben allmählich aus der tiefen Betäubung der letzten Jahre. Bei den nächsten Wahlen zur zweiten Kammer regte sich zum erstenmale wieder die liberale Partei als solche und setzte die Reform des im Vergleich zu allen deutschen Staaten mit Ausnahme Mecklenburgs veralteten Wahlgesetzes von 1831 an die Spitze ihres Programmes. Das unverhältnißmäßige Übergewicht des Grundbesitzes über das bewegliche Vermögen in der Landesvertretung wie bei den städtischen Wahlen und die dadurch bedingte Ausschließung der Hauptmasse der Intelligenz entsprach in keiner Weise mehr den Verhältnissen eines Landes, in welchem Industrie und Handel einen so wesentlichen Factor bildeten, und daß die ständische Gliederung, speciell die gesonderte Repräsentation des ritterschaftlichen Grundbesitzes, der mit dem Großgrundbesitz keineswegs identisch war [1]), seitdem Dank den Fortschritten der Agrar-

1) Es gab im Jahre 1850 25 Rittergüter, die gar keine, eins, das 1, 34, die nicht 100, 18, die unter 1500, und 117, die über 10000 Steuereinheiten hatten; dagegen zählte Dresden allein ausschließlich der

Digitized by Google

gesetzgebung für die Unterscheidung des ritterschaftlichen von dem nicht ritterschaftlichen Grundbesitze alle inneren Merkmale fehlten, sich überlebt habe, war einleuchtend genug. Trotzdem bewegte sich der vom Abgeordneten Öhmigen eingebrachte Antrag auf Reform des Wahlgesetzes in so überaus bescheidenen Grenzen, daß der Abgeordnete Jungnickel sich dadurch veranlaßt sah, einen schon beim vorigen Landtage von ihm gestellten, damals aber nicht zur Berathung gelangten Antrag auf Wiederaufnahme des 1850 unerledigt gebliebenen Wahlgesetzes von neuem einzubringen. Hierdurch wurden jedoch auf Seiten der Regierung wie in der Kammer selbst sehr unliebsame Erinnerungen geweckt. „Richtig sei es allerdings", erklärte Minister v. Friesen, „daß dieses Wahlgesetz seinerzeit von dem gegenwärtigen Ministerium selbst vorgelegt worden sei; aber wenn in dieser Beziehung etwas der Rechtfertigung bedürfe, so sei es gewiß nicht dies, daß die Regierung nicht mehr auf dem Standpunkt von 1849 stehe und daher jenen Entwurf jetzt verwerfe, sondern das, daß es jemals eine Zeit gegeben habe, wo sie einen solchen Entwurf vorgelegt habe", und nicht ohne Ironie verwahrte sich Beust gegen den Vorwurf, als habe die Regierung ein gegebenes Versprechen uneingelöst gelassen, da dies ja durch die Vorlage von 1850 vollständig geschehen sei und die Stände seitdem trotz mehrmals naheliegendem Anlaß nicht auf das Verlangen einer Änderung zurückgekommen seien, worauf die Kammer die Erlaubniß zur Wiedereinbringung des Wahlgesetzes von 1849 gegen 12 Stimmen verweigerte, ein Beschluß, auf den die kundgegebene Absicht der Regierung, ihrerseits ein abgeändertes Wahlgesetz vorzulegen, nicht ohne Einfluß geblieben war.

Nach dem Entwurfe, mit dem sie bald darauf hervortrat, sollte die erste Kammer durch drei lebenslängliche, vom Könige nach freier Wahl ernannte Mitglieder verstärkt werden, die zweite statt der bisherigen fünf Vertreter des Handels- und Fabrikstandes deren zehn erhalten, das Stimmrecht auch den

Gesellen und Dienstleute 26000 Steuerpflichtige, von denen nur 2183 die active und 1168 die passive Wählbarkeit hatten.

Digitized by Google

Unangesessenen gewährt, der Census herabgesetzt, das Wahlverfahren vereinfacht und das Verbot der Wahlversammlungen aufgehoben werden, eine principlose Verquickung des ständischen Wesens mit einer kleinen Dosis Volksvertretung, die dem Grundbesitz unter 116 Vertretern immer noch 74, der Ritterschaft 49 beließ, während Dresden und Leipzig, die allein mehr Einheiten zählten als diese, je zwei behielten. Dennoch nahmen die Kammern das Dargebotene an, lehnten nur die Verstärkung der ersten Kammer ab, nahmen aber selbst dem kümmerlichen Zugeständnisse in der Ausführung noch einen Theil seiner Wirksamkeit durch den Beschluß, daß keine vollständige Erneuerung der zweiten Kammer stattfinden sondern das neue Wahlgesetz nur bei den Ergänzungswahlen Platz greifen sollte [1]). Außerdem übten sie einen „Act freier Versöhnung", indem sie die Wiederverleihung der Wählbarkeit an die elf Renitenten von 1850 beantragten. Der Abgeordnete Heyner von Leipzig aber verstieg sich bei der Budgetberathung zu einem fulminanten Angriffe gegen das durch Beust repräsentierte System, wie Ähnliches seit 1850 nicht erhört worden war, warf ihm die Bevormundungssucht, die strenge Abhängigkeit, in der die Beamten gehalten würden, die Nichtbestätigung städtischer Wahlen, die bis in das kleinste Landstädtchen hinab von den Magistraten alle regierungsfeindlichen Elemente fern halten sollte, die anstößige Zwitterstellung der Leipziger Zeitung als Regierungsentreprise und doch nicht officielles Blatt u. a. m. vor, und wenn auch Beust diesen Ausfall mit überlegener Gewandtheit zu parieren verstand, so reihten sich doch daran auch von an-

1) Die Abschiedsrede beim Schluß des Landtags, welche diesmal in Abwesenheit des Königs der Kronprinz (7. August) hielt, sagte darüber: „Als eines der schönsten Ergebnisse Ihrer Berathungen betrachte ich die Verabschiedung des neuen Wahlgesetzes und des Gesetzes, einige Abänderungen der Verfassungsurkunde betreffend, bei welchen, ohne den bewährten Grundlagen unserer Verfassung zu nahe zu treten, dem wahrhaft praktischen Bedürfnisse Rechnung getragen worden ist. Sie ist ein Zeugniß der Reife und Besonnenheit, mit welcher auch schwierige und politische Fragen von der sächsischen Ständeversammlung behandelt werden."

Digitized by Google

derer Seite Klagen über die ans Licht gekommenen geheimen Conduitenlisten, welche die Amtshauptleute über die städtischen Collegien zu führen hatten, über das Amtsblätterunwesen und Polizeiwillkür. Nichtsdestoweniger hatte Beust beim Schluß des Landtags allen Grund die Stände zu beloben, daß sie, obgleich diesmal die Freiheit der Rede zuweilen in rückhaltsloserer, ja vielleicht schonungsloserer Form hervorgetreten sei, doch mit der Regierung die goldne Mittelstraße gewandelt seien. Was die so lange gewünschte Vereinfachung der Verwaltung betraf, so liebte es Beust sehr, obgleich sein ganzes System nur geeignet war die sittliche Erziehung des Volkes zur Selbstverwaltung zu verkümmern, von seiner Vorliebe für das selfgovernment zu sprechen, und als 1863 die Stände einen förmlichen Antrag darauf richteten, versprach er diese Frage sofort in Angriff zu nehmen; wenn er aber dabei zugleich darauf hinwies, daß gerade das Volk selbst durch seine fortwährende Anrufung der Beamten die Ausführung hindere, so gab ihm in diesem Punkte der geringe Gebrauch, den die Landgemeinden von der ihnen durch das Gesetz vom 12. Juli 1864 ertheilten Befugniß, ihre Gemeindewahlen unter Leitung des eignen Gemeindevorstands vorzunehmen, machten, völlig Recht. In Folge jenes Antrags trat, 15. Januar 1866, unter Beusts eignem Vorsitz eine Commission zur Berathung über die Vereinfachung der Staatsverwaltung zusammen, deren Thätigkeit jedoch bald durch die große Katastrophe dieses Jahres unterbrochen wurde.

Das Hauptargument, welches allen Beschwerden über das herrschende System entgegengehalten zu werden pflegte, bestand in dem Hinweis auf die gedeihliche materielle Entwicklung des Landes. Niemand vermochte zu leugnen, daß namentlich die zehn Jahre von 1856 bis 1866 eine Periode seltenen wirthschaftlichen Aufschwunges bildeten, und Beust ließ sichs, soviel an ihm war, angelegen sein, die Augen des Volkes von der Politik ab- und auf das viel erfreulichere Bild der materiellen Interessen hinzulenken. Die sächsischen Finanzen wurden wieder der Gegenstand des Neides für andere Staaten. Die Nachwehen der Sturmjahre machten sich zwar 1851 durch ein

Digitized by Google

Steigen des Budgets um 1,841076 Thlr. und entsprechende Erhöhung der Steuern fühlbar, dazu waren für außerordentliche Staatsbedürfnisse, wie die Erwerbung von Eisenbahnen und verschiedene Bauten, über 20 Millionen zu beschaffen, doch bewährte auch jetzt der sächsische Staatscredit seine alte Festigkeit. Eine, Januar 1851, eröffnete Anleihe von 15, effectiv 6 Millionen Thlrn., wurde binnen zehn Tagen aufgebracht und die Steuerzuschläge konnten nach und nach gänzlich wieder erlassen werden. Jede Finanzperiode seit 1854 schloß mit bedeutenden Überschüssen ab (z. B. 1852—1854: 2,818109 Thlr., 1858 bis 1860: 5,612636 Thlr.), so daß auch die Gehalte der Staatsangestellten wiederholt soweit Aufbesserungen erfuhren, daß sie den steigenden Preisen der Lebensbedürfnisse in einigem Abstande folgten. Die Anleiheschuld des Staats stieg zwar von 39,270511 Thlrn. im Jahr 1849 auf 66,169869 Thlr. im Jahr 1865, derselben standen aber Activwerthe von 105 Millionen Thlrn. gegenüber und die Staatsbahnen verzinsten ihr Anlagecapital (49,046674 Thlr.) zu 7,87 %. Im Budget von 1858—1860 konnten außer den ordentlichen Ausgaben 5,242658 Thlr. für außerordentliche Staatsbedürfnisse (100000 Thlr. für Verbesserung der Heil-, Straf- und Versorgungsanstalten, 25000 Thlr. für eine neue Sternwarte in Leipzig, 300000 Thlr. für Verlegung der Meißener Porzellanmanufactur aus der Albrechtsburg ꝛc.) bestimmt und trotzdem die außerordentlichen Steuerzuschläge in Wegfall gebracht und eine Conversion der 4½ % Staatsschuld in eine 4procentige ohne Schwierigkeit ausgeführt werden [1]). In den Forst- und Jagdnutzungen wurden durch fortwährend verbesserte Wirthschaft wesentliche Erfolge erzielt [2]). Der Bergbau, welchem das

1) Das ordentliche Budget belief sich 1852/54 auf jährlich 8,281728 Thlr.
1855/57 „ „ 9,266454 „
1858/60 „ „ 9,365243 „
1861/63 „ „ 9,759180 „
1864/66 „ „ 13,658984 „

2) In dem Zeitraum von 1834—1866 hoben sich die Nutzungen des Staatsvermögens von 2,427110 Thlrn. auf 7,539248 Thlr., der Ertrag

Digitized by Google

Berggesetz vom 22. Mai 1851 unter Festhaltung des Princips der Bergregalität größere Freiheit verschaffte, befand sich zwar in einer nichts weniger als glänzenden Lage, da von den freiberger Silbergruben durchschnittlich nur 5 mit Ausbeute, über 40 mit Zubuße arbeiteten; doch lieferten jene, nachdem im Jahr 1847 auf der Grube Himmelfahrt ein besonders reicher Anbruch geschehen war, steigende Erträgnisse, die zum Theil auch der Vervollkommnung des Verhüttungsverfahrens zu verdanken waren, wogegen die Kobalt- und Eisenhüttenwerke viel mit der Concurrenz des Auslandes zu kämpfen hatten. Alle diese ließ jedoch der Steinkohlenbau weit hinter sich, der im Jahr 1845 nur etwa 5 Millionen Scheffel, 1863 aber deren 22,231116 förderte. Der statistische Verein wurde, nachdem man den Werth der Statistik für die Volkswirthschaft schätzen gelernt, in ein mit dem Ministerium des Innern verbundenes statistisches Bureau verwandelt, dessen erster Vorstand Dr. Engel war. Einem ständischen Wunsche nach Vereinfachung des Cassenwesens wurde 1853 durch Vereinigung von fünf Cassen zur Finanzhauptcasse entsprochen.

Eine Klage nur zog sich wie ein rother Faden durch die Verhandlungen aller Landtage seit 1850 hin, die über den hohen Bestand des Heeres. Die Regierung verschanzte sich hinter ihre Bundespflicht. Wenn aber auch die Kammern willig anerkannten, daß das sächsische Heer durch die vom Kriegsminister v. Rabenhorst im gesamten Militärwesen durchgeführten Reformen an Tüchtigkeit ungemein gewonnen hatte, so waren sie doch, bestürzt über das fortwährende Steigen des Kriegsbudgets, 1858 der Meinung, daß auch mit einem geringeren Präsenzstande den Pflichten gegen den Bund genügt werden könne, und auch 1864 lehnte deshalb die zweite Kammer die beantragte Vermehrung des Officierscorps um 59 Stellen beharrlich ab und genehmigte nur die der Truppen um 2000 Mann.

der directen Steuern von 1,716429 Thlrn. auf 2,398079 Thlr., der der indirecten Steuern von 1,848988 Thlrn. auf 3,442667 Thlr.

Digitized by Google

Was von Staatswegen für Hebung der Volkswohlfahrt geschah, trug durchweg den Stempel bedächtigen Fortschritts und hielt sich von jedem Experimentieren fern. Die 1858 errichtete Altersrentenbank fand nicht die gehoffte Benutzung, die Landesculturrentenbank erleichterte seit 1861 nach Art der Landrentenbank die Beschaffung von Capitalien für größere Landescultur-Unternehmungen, zunächst für Wasserbauten, die Landes-Brandcasse erhielt Anfang 1864 eine veränderte Einrichtung. Ein Nachtrag zu dem Gesetz über Grundstückszusammenlegungen (vom 23. Juli 1861) gestattete die zwangsweise Zusammenlegung schon dann, wenn sich mehr als die Hälfte, statt wie bisher zwei Drittheile, dafür erklärten; eine Revision des Grundsteuersystems erkannten zwar die Stände von 1864 wegen angeblicher Überlastung des platten Landes im Verhältniß zu den Städten, des Gebirgs gegenüber dem Niederlande, des Grund und Bodens gegen die Gewerb- und Personalsteuer als nothwendig an, ohne jedoch einen Weg zu der äußerst schwierigen Abhilfe zu finden. Die schon 1846 von den Ständen ebenfalls als nothwendig bezeichnete Reform der Medicinalordnung kam erst 1865 durch Einsetzung des Landesmedicinalcollegiums unter Präsident Dr. Walther, durch Beseitigung des Unterschieds zwischen Ärzten I. und II. Classe und Aufhebung der medicinisch-chirurgischen Akademie zur Ausführung; nur die Thierarzneischule wurde beibehalten; die Ausübung der Thierarznei-Heilkunde war bereits durch Gesetz vom 14. December 1858 geregelt worden. Das Bad Elster befand sich, seitdem die Regierung es unter ihre Obhut genommen hatte, in erfreulichem Aufschwung [1]).

Zu den ersprießlichsten Fortschritten, welche Sachsen in diesem Zeitraum machte, gehörten unstreitig die auf dem Gebiete der Armenpflege. Als dasjenige Land, dessen Bevölkerung im Verhältniß zu allen übrigen deutschen Ländern am raschesten wächst [2]), dessen Bevölkerung sich nur zum vierten Theile von

1) Siehe über dasselbe Landtagsmittheilungen 1849, erste Kammer, S. 875.

2) Von 1820 — 1855 betrug die Zunahme 50,16 %. Nach der

Digitized by Google

Ackerbau nährt, war Sachsen von jeher mehr als jedes andere darauf hingewiesen die Schreckensgestalt des Pauperismus von seinen Grenzen fernzuhalten. Die Bildung größerer Heimatsbezirke durch Zusammenlegung mehrerer Landgemeinden behufs der Armenverpflegung hatte schon das Heimatsgesetz von 1834 vorgesehen, theils aber wurde bei der Ausführung nicht mit durchgängigem Geschick verfahren, theils erzeugte die gleichzeitige Concurrenz der Gemeinden und der Staatspolizeibehörden einen verderblichen Dualismus, der meistentheils nur dem arbeitsscheuen Landstreicher und Bettler zu gute kam. Einen Keim fruchtbarer Reformen enthielt die Armenordnung von 1840, indem sie die Bildung größerer Armenverbände erleichterte; aber erst seitdem durch die Nothstände von 1847 und die Wahrnehmungen der folgenden Bewegungsjahre die öffentliche Aufmerksamkeit sich in besonderem Grade dieser Frage zugewendet hatte, begann man die Ermächtigung des Gesetzes von 1840 zu benutzen; man bildete, zunächst zur Bekämpfung der Bettlerplage, Armenvereine, deren Zahl bis 1857 auf 63 mit 1147 Ortschaften und Rittergütern wuchs, und eine Generalversammlung derselben zu Dresden stellte Anträge auf bezirksweise Errichtung von Zwangsarbeitshäusern nach englischer Art, in deren Berücksichtigung die Regierung den Ständen von 1858 eine Ergänzung der Armenordnung vorlegte, die jedoch auf mancherlei Bedenken stieß. Um so unverdrossener widmeten sich Gemeinden und Vereine der Verbesserung der Ortsarmenpflege, Bezirksarmenhäuser und Arbeitsanstalten für Kinder wurden an mehreren Orten errichtet, die bald anderwärts Nachahmung fanden, und indem die Regierung diesen Bestrebungen alle Förderung angedeihen ließ (Verordnung vom 30. October 1861), im Übrigen aber sich jeder unnöthigen Einmischung enthielt, jene Verbände mit der erforderlichen Strafgewalt ausstattete und so die Armenpolizei im wesentlichen in ihre Hand legte, wurde wenigstens auf diesem Gebiete eine mustergiltige

Zählung von 1834 hatte Sachsen 1,595668, nach der von 1864 2,343994 Einwohner.

Digitized by Google

Selbstverwaltung der Gemeinden geschaffen, die sich für das ganze Land höchst wohlthätig erwies [1]).

Einen der zuverlässigsten Gradmesser für den zunehmenden Wohlstand des Volkes gaben die Sparcassen; war im Jahre 1845 ein Guthaben von 1,48 Thlrn. auf den Kopf der Bevölkerung gekommen, so betrug dasselbe 1862 9,65 Thlr. Die Zahl der Sparcassen vermehrte sich zwischen 1848—1861 von 73 auf 118, die der Einleger von 74144 auf 298918, die eingelegte Summe von 3,362264 Thlrn. auf 18,989986 Thlr., ein ehrendes Zeugniß für den sparsam-fleißigen Sinn des sächsischen Volkes. Das zuerst in Meißen 1854 gegebene Beispiel der Gründung eines Creditvereins nach Schulze-Delitzsch' System fand bald anderwärts Nachahmung. Die Landwirthschaft hatte sich durch die Entfesselung des Grund und Bodens sichtbar gehoben [2]) und mit der freieren persönlichen Bewegung der Stand der Landwirthe eine weit höhere Intelligenz erlangt, welche die Resultate der Wissenschaft zu schätzen und praktisch zu verwerthen wußte. In viel hilfsbedürftigerem Zustande befand sich dagegen noch das Gewerbewesen, insbesondere das Kleingewerbe, theils durch eigene Schuld der Handwerker, die, in Egoismus und Engherzigkeit befangen, meist selbst ihre schlimmsten Feinde waren, theils in Folge der in den höheren Regionen verbreiteten Ansicht, daß Zünfte und Innungen als besonders feste Stützen der conservativen Staatsordnungen zu schützen seien, bis endlich der zunehmende Verfall der Gewerbe, dazu die bevorstehende Einführung der Gewerbfreiheit in Österreich, die Umgestaltung des gewerblichen Lebens zu einem Gebote der Nothwendigkeit machten. Da aber bei dem ersten Entwurfe zu einem Gewerbegesetz wesentlich jene politischen Bedenken

1) Bitzer, Die Bezirks-Armenarbeitshäuser des Königreichs Sachsen (1864). — v. Schönberg, Die Armengesetzgebung des Königreichs Sachsen (1864). — Hallbauer, Zur Frage des sächsischen Armenwesens (1868).

2) Anfang der vierziger Jahre berechnete sich der mittlere Ertrag der landwirthschaftlichen Bodenfläche Sachsens auf 5,4 dresdner Scheffel Roggenwerth, 1857 auf 8,1 Scheffel. Zeitschrift des statistischen Bureaus III, 1.

Digitized by Google

maßgebend waren, so stellte er sich statt der Beseitigung nur die Regeneration des Zunftwesens zur Aufgabe und wollte sein Ziel, Verminderung des Fabrikwesens und Fabrikproletariats, Kräftigung des Bürgerstandes und Städtewesens und Zufluß von Arbeitern zur Landwirthschaft durch Zusammenlegung mehrerer Innungen zu Hauptgruppen unter Beibehaltung von vielerlei Beschränkungen und des ganzen Concessionswesens erreichen. Diese halbe Maßregel erregte jedoch nicht nur schon im Staatsrath Bedenken sondern erfuhr auch von allen sachverständigen Begutachtern eine so einhellige Verurtheilung, daß die Regierung den Entwurf zurückzog und im Sinne der Gewerbfreiheit umarbeiten ließ, und wenn auch noch das Gesetz in dieser von den Kammern ohne eigentlichen Principienkampf angenommenen Fassung (vom 15. October 1861) zahlreiche Ausnahmen festhielt und selbst eine besondere Gewerbemündigkeit mit dem 24. Lebensjahre einführte, so erlöste es doch den Gewerbstand, indem es den Gewerbebetrieb Jedermann ohne Unterschied des Geschlechts und ohne Nachweis des Lehrganges und der Befähigung freigab, die sachlichen und räumlichen Verbietungsrechte aufhob und dabei das Fortbestehen der Innungen nur unter Beseitigung aller Privilegien gestattete, im wesentlichen von den Fesseln, in die er bisher geschlagen gewesen war, und gab ihm in den Handels- und Gewerbekammern eine selbständige Vertretung seiner Interessen; den Gewerbegerichten jedoch wies es eine so geringe Competenz zu, daß sich unter den Betheiligten kein Verlangen regte auch diese ins Leben treten zu lassen. Die von der Gewerbefreiheit gehegten Befürchtungen giengen in keiner Weise in Erfüllung, selbst der Übergang zu derselben geschah fast unmerklich, dagegen trat in allen Innungsgewerben an die Stelle des alten Schlendrians bald ein rühriges Streben nach Fortschritt und besserer Ausbildung [1]).

1) Der Änderung in der Gewerbegesetzgebung entsprechend bestimmte ein Zusatz zum Heimatsgesetz (15. October 1861), daß außer durch Ansässigkeit und Gewinnung des Bürgerrechts die Heimatsangehörigkeit

Digitized by Google

Der Großindustrie blieben auch in diesem Zeitraum manche ernstliche Prüfungen nicht erspart. Die allgemeine Geschäftsstockung während des Krimkrieges im Jahre 1854 trieb die Arbeiterbevölkerung des Erzgebirges abermals der öffentlichen Mildthätigkeit in die Arme. Schwerer noch wurde die Rückwirkung des nordamerikanischen Bürgerkrieges seit 1857 empfunden, der der sächsischen Industrie nicht nur eines ihrer wichtigsten Absatzgebiete [1]) sondern auch den Bezug des unentbehrlichsten Rohmaterials, der Baumwolle, verschloß und die meisten Baumwollenfabriken zeitweise zu anderen Fabrikationszweigen überzugehen zwang. Kaum minder gefährlich war dann der plötzliche Preisabschlag der Baumwolle im Jahre 1863. Im allgemeinen aber giengen doch die erzgebirgischen Zustände unter dem wohlthätigen Einflusse der Schulen, der verbesserten Gemeindeordnung, der neuen Verkehrsmittel und gemeinnütziger Vereine einer stetigen Besserung entgegen und mit der Nachricht vom Falle Richmonds, April 1865, entwickelte sich in allen Industriezweigen eine Thätigkeit, wie sie seit Jahren nicht gekannt worden war. Wie überall so gieng auch in Sachsen die Industrie mehr und mehr von der Hausarbeit zu der in geschlossenen Etablissements, von der Handarbeit zur Maschinenarbeit über; allein in den fünf Jahren von 1856—1861 vermehrte sich die Zahl der Dampfmaschinen, einschließlich der in der Landwirthschaft verwendeten, um 453 mit 8501 Pferdekräften. Nach der Zahl der davon ernährten Bevölkerung und nach dem Werthe des Gesamtproducts stand die Weberei in Leinen, Baumwolle, Wolle und gemischten Waaren obenan; der Gesamtwerth ihrer jährlichen Production bezifferte sich im Durchschnitt an baumwollenen Waaren auf 7—8 Mill., an wollenen und

am Wohnorte auch begründet wird durch die Anmeldung oder Concessionserlangung zu einem Gewerbe, jedoch erst nach 5jährigem Aufenthalte und Betrieb. — Einstimmig forderten die Kammern die Regierung auf, auf eine gemeinsame deutsche Freizügigkeit hinzuwirken.

1) Von den 16,491427 Doll., für welche 1855—1856 Waaren aus dem Zollverein in die Vereinigten Staaten giengen, kamen auf Sachsen 4,657555 Doll.

Digitized by Google

gemischten Waaren auf 9—10 Mill., an Tuchen ꝛc. auf 4 Millionen Thlr. Die Baumwollspinnerei nahm von 1846 bis 1863 um die Hälfte, die Kammgarnspinnerei um das Doppelte, die Streichgarnspinnerei um das Vierfache zu, während die mechanische Weberei, Strumpfwirkerei, Stickerei und Flachsspinnerei überhaupt erst entstanden. Eine fast beispiellose Entwickelung erlebte der sächsische Maschinenbau, der, vor 1834 nur einzelne Anfänge darbietend, in den Jahren von 1846 bis 1861 sich verfünffachte, Ende 1861 in 177 Werkstätten 7843 Arbeiter beschäftigte und sich auch in Dresden niederließ, das sich überhaupt zur Fabrikstadt auszubilden anfing. Die nach Ablauf der fünfjährigen Periode 1850 und zwar diesmal nicht in Dresden sondern in Leipzig veranstaltete Gewerbausstellung sollte eine allgemeine deutsche sein, blieb aber unter dem Druck der politischen Zeitverhältnisse hinter dieser Aufgabe zurück [1]); die für 1866 in Chemnitz beabsichtigte erlitt durch den Ausbruch des Krieges einen Aufschub. Dagegen betheiligte sich Sachsen an der großen londoner Weltausstellung höchst ehrenvoll und von allen Zollvereinsstaaten, als zweiter in der Reihe derselben, verhältnißmäßig am stärksten [2]).

War dieser staunenswerthe Aufschwung der Industrie einerseits nur durch die große Entwicklung der Verkehrsmittel ermöglicht worden, so bildete er anderseits auch den Antrieb zu deren weiterer Vervollkommnung. Die sächsischen Staatsbahnen erreichten, nachdem die bankerotte Chemnitz-Riesaer Bahn ebenfalls an den Staat abgetreten worden war, durch den Bau der Linien Zwickau-Schwarzenberg 1858, Tharand-Freiberg 1862, Herlaßgrün-Eger und Chemnitz-Annaberg 1865 eine Länge von 97 Meilen, die der Privatbahnen seit Eröffnung der Albertsbahn (Dresden-Tharand) 1855 von 34¼ Meilen;

1) Neben 524 sächsischen Ausstellern wurde sie nur von 110 aus Österreich, 156 aus Preußen und 372 aus dem übrigen Deutschland beschickt.

2) Von den 1570 Zollvereinsausstellern waren aus Preußen 892, aus Sachsen 234, aus Baiern 104 ꝛc. — Eine einflußreiche und geachtete Stellung erwarb sich die von Rob. Binder 1860 in Chemnitz gegründete und redigierte Industriezeitung.

Digitized by Google

der Wunsch der Regierung, auch die Leipzig-Dresdner Bahn für den Staat zu erwerben, scheiterte 1854 an dem Widerspruch der Actionäre. Im Jahre 1850 begann der Bau electrischer Telegraphen und am 25. Juli d. J. wurde zu Dresden zwischen Österreich, Preußen, Baiern und Sachsen der erste Telegraphenvertrag geschlossen; in demselben Jahre trat Sachsen dem Paßkartenvereine sowie dem deutsch-österreichischen Postverein bei, womit die Einführung der Briefmarken und Briefkasten zusammenhieng, und das Postgesetz vom 7. Juni 1859 schränkte das Postregal zu Gunsten des Privatverkehrs ein. Schlimm blieb es, wie die Stromschau von 1850 und 1858 bewies, nach wie vor um die Elbschiffahrt bestellt und die immer lauter werdenden Klagen der Elbschiffer fanden die beste Bestätigung darin, daß seit Eröffnung der Hamburg-Berliner Bahn der Elbverkehr um 62% sank. Die Erwartung, welche Minister v. Friesen 1861 gelegentlich eines Postulats von 3 Mill. Thlrn. für die Elbregulierung aussprach, daß endlich die Elbmündungsstaaten in der Frage der Flußzölle ihr finanzielles Interesse nicht mehr wie zeither allein als maßgebend betrachten sondern auch die unersetzlichen Nachtheile berücksichtigen würden, welche ihr Verfahren dem Handel und Wohlstande der obern Elbstaaten zufüge, gieng durch die fünfte Elbschiffahrts-Revisionscommission zu Hamburg 1863 wenigstens insofern in Erfüllung, als daselbst die Oberelbe vom 1. Juli an von jedem Zoll befreit, der auf der Unterelbe bedeutend reduciert wurde [1]).

Leipzig erfreute sich, auch unabhängig von den Messen, seiner zunehmenden Bedeutung als Handelsplatz, namentlich für das Rauchwaarengeschäft, dann für den Colonialwaarenhandel, der sich in zwanzig Jahren versechsfachte. Die Erhebung des Zollgewichts zum allgemeinen Landesgewicht, 12. März 1857, in noch viel höherem Maße die Annahme des aus den nürnberger Berathungen hervorgegangenen allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuchs erfüllten längst gehegte

1) Aegidi und Klauhold, Staatsarchiv IV, Nr. 603 f.

Digitized by Google

Wünsche des Handelsstandes; der Vertrag mit Frankreich vom 19. Mai 1856 über den Schutz des literarischen Eigenthums kam dem Buchhandel zu Gute; der Geldmarkt erhielt durch Aufhebung der Wuchergesetze 25. October 1864 freiere Bewegung und wurde durch das Verbot der ganz kleinen Appoints und durch die auswärtigen Banken auferlegte Verpflichtung zur Auswechselung innerhalb des Landes vor Überschwemmung mit unsichern Banknoten geschützt.

Noch erübrigt es einen kurzen Blick auf die geistigen Bestrebungen zu werfen, mit denen sich das sächsische Volk während der letzten Decennien an der Geistesarbeit des gesamten deutschen Volkes betheiligte. Für die Kirche Sachsens war es ein Glück, daß sie seit der Übernahme des Cultusministeriums durch v. Falkenstein aus der Dienstbarkeit der Politik, in welche Beust sie versetzt hatte, erlöst wurde. Zum Nachfolger von Harleß, der 1852 nach München übersiedelte, wurde 1855, nachdem sowohl Kliefoth als Palmer abgelehnt hatten, Th. A. Liebner aus Leipzig, zum Geheimen Kirchen- und Schulrathe und damit zum unmittelbaren Leiter des sächsischen Schulwesens Kirchenrath R. Gilbert aus Bautzen berufen. Blieb auch das Festhalten an dem Bekenntniß der symbolischen Bücher nach wie vor oberster Grundsatz des Kirchenregiments, so wußte dasselbe doch mehr und mehr eine Stellung nicht in sondern über den kirchlichen Parteien zu gewinnen und, des geringen Berufs der Gegenwart zu Lösung dogmatischer Fragen sich wohl bewußt, den Austrag der in der Kirche vorhandenen Gegensätze der theologischen Wissenschaft frei anheimzugeben. Es war dies um so mehr angezeigt, als die zur Belebung des kirchlichen Sinns bisher angewandten Mittel, z. B. die Wiedereinführung der 1580 angeordneten Katechismusexamina und die 1856—1858 abgehaltene allgemeine Kirchenvisitation, die fortan unter Wegfall der bisherigen Circularpredigten zu einer stehenden, aller fünf Jahre wiederkehrenden Einrichtung gemacht wurde, ihren Zweck nur unvollkommen erreichten. Dem Religionseid wurde 1862 eine freiere Fassung gegeben und überhaupt eine vermittelnde Richtung innegehalten, der sich auch die Mehrheit

Digitized by Google

der Geistlichen, welche seit 1858 unter Leitung des Professor Brückner jährlich zweimalige Conferenzen zu Meißen zu gegenseitigem Meinungsaustausche zu veranstalten pflegte, anschloß. Die orthodoxe Partei hielt sich seitdem mehr zurück. Im Volke hatte die officielle Orthodoxie niemals Wurzel zu schlagen vermocht und wie fügsam auch die zweite Kammer sich in allen übrigen Stücken erwies, in kirchlichen Fragen war sie, die conservative Seite so gut wie die liberale, von einer mitunter übertriebenen Empfindlichkeit. Daß sie 1858 das Postulat für die Restauration der meißner Albrechtsburg nur unter der Bedingung bewilligte, daß im Dom kein katholischer Gottesdienst eingerichtet werden dürfe, erinnerte selbst an das confessionelle Mißtrauen früherer Zeiten. Das seit so langer Zeit schon laut gewordene Verlangen nach einer Kirchenverfassung näherte sich auf dem Landtage von 1861 wenigstens insoweit seiner Erfüllung, als der Entwurf der von Dr. Hübel ausgearbeiteten Kirchenordnung zur Vorlage gelangte, der „ohne eine fundamentale Änderung zu bezwecken" nur auf Beseitigung der vorhandenen Mängel ausgieng und darum auch, das Verlangen nach Trennung der Kirche vom Staate unerfüllt lassend, nur die Consistorial- mit der Synodalverfassung zu verbinden suchte. Allein bei den 22 Sitzungen füllenden Berathungen der ersten Kammer über diesen Entwurf giengen die Ansichten über Maß und Form der der Kirche zu gebenden Selbständigkeit so weit auseinander, daß sich die Regierung bewogen fand ihn zurückzuziehen und im November 1865 den Kammern einen neuen vorzulegen, der, abweichend von jenem, „nur eine Vorarbeit sein sollte, dazu angethan eine Basis festzustellen und den so geschaffenen Organen der Kirche die weitere Ausbildung der Kirchenverfassung anheimzugeben" und die consistoriale Ordnung vor der Hand ganz unberücksichtigt ließ. Der Kirchenvorstand sollte nach diesem aus dem Pfarrer, dem Patron und einer Anzahl weltlicher Mitglieder bestehen, stimmberechtigt sollten sein alle 25 Jahr alte Hausväter, alljährlich Diöcesanversammlungen, mindestens aller fünf Jahre eine Synode, bestehend aus 28 Geistlichen und 28 Laien, 1 Professor der Theologie

Digitized by Google

und 1 des Kirchenrechts, 1 Vertreter der Schönburge, 4 von den Kreisständen gewählten Patronen, dem Oberhofprediger und 4 von den in evangelicis beauftragten Ministern zu ernennenden Superintendenten, gehalten werden. Diesen Entwurf nahmen die Stände an, den weiteren Ausbau der Kirchenverfassung der einzuberufenden Synode überlassend. Eine materielle Verbesserung wurde dem geistlichen Stande durch das Gesetz über die Emeritierung der Geistlichen von 1864 zu Theil, wie denn überhaupt das in wenigen Jahren um 198 % gestiegene Budget des Cultusministeriums den Beweis lieferte, daß man auch für eine bessere äußere Lage der Geistlichen und Lehrer zu sorgen anfing [1]).

Das sächsische Schulwesen behauptete im allgemeinen seinen altbewährten Ruf. Die angekündigte neue Seminarordnung erschien 1858; im folgenden Jahre gieng durch den Tod des Fürsten O. V. v. Schönburg-Waldenburg das von demselben gestiftete Lehrerinnenseminar zu Callnberg an den Staat über; der Turnunterricht, seit 1850 durch die Turnlehrer-Bildungsanstalt in Dresden wesentlich gefördert, wurde 1863 auch in der Volksschule eingeführt. Das Realschulwesen, auf dessen Wichtigkeit zuerst Rector Beger zu Neustadt-Dresden hingewiesen hatte, erhielt durch das Regulativ vom 2. Juli 1860 festere Gestaltung. Der Lehrerstand lernte mehr und mehr aus eigener Kraft, sei es durch regelmäßige Versammlungen, sei es durch Vereine zu gegenseitiger Unterstützung in Krankheitsfällen, eine eigene Brandversicherungscasse und den Pestalozziverein zur Unterstützung und Erziehung seiner Waisen für seine Interessen sorgen, und während seit 1853 den Lehrern der Urlaub zum Besuch der Allgemeinen deutschen Lehrerversammlung versagt gewesen war, hielt diese im Jahre 1865 ihre 15. Zusammenkunft in Sachsen selbst, zu Leipzig.

Der naturgemäße Mittelpunkt der wissenschaftlichen Thätigkeit, die Universität, hatte durch die an Leibnitzens 200jährigem

1) Kunze, Die Leitung der sächsischen evangelisch-lutherischen Landeskirche innerhalb der jüngsten Epoche (1870).

Digitized by Google

Geburtstage, 1. Juli 1846, erfolgte Stiftung der königlich sächsischen Gesellschaft der Wissenschaften eine neue Zierde erhalten; doch gehörten im allgemeinen das vierte und fünfte Jahrzehnt unseres Jahrhunderts nicht zu ihren Glanzperioden, ja die Revolution, mehr noch die nachfolgende Reaction wirkten so nachtheilig auf sie ein, daß ihre Frequenz im Winter 1852/53 die tiefste Ebbe (786 Studenten) erreichte. Aus diesem Banne die Universität befreit und sie nach und nach auf einen Stand gebracht zu haben, auf welchem sie nicht bloß ein Stolz Sachsens sondern ein über ganz Deutschland hin leuchtender Stern ist, bleibt das unbestreitbare Verdienst des Ministers v. Falkenstein. Bereits 1866 war die Frequenz derselben auf eine seit Jahrzehnten nicht erlebte Höhe (1052) gestiegen, ohne damit auch nur entfernt ihre Culmination erreicht zu haben. Viel geschah für die Sammlungen und Anstalten. Die Bibliothek, die seit E. G. Gersdorfs Anstellung als Oberbibliothekar 1833 eine völlige Umgestaltung erfahren hatte, wurde u. a. 1853 durch Ankauf der Refâi'schen Sammlung arabischer Handschriften aus Damascus, 1857 durch den der Bibliothek des Orientalisten Hammer-Purgstall, das Münzcabinet durch die von K. F. v. Posern-Klett 1849 hinterlassene Sammlung bereichert. Im Jahre 1843 wurde durch Professor K. W. A. Becker (st. 1846) das archäologische Museum begründet; die naturwissenschaftlichen Sammlungen der Professoren Schwägrichen und E. Pöppig kaufte das Ministerium 1834 an und 1837 wurde das zoologische Museum, wesentlich eine Schöpfung Pöppigs, dem Publikum geöffnet, 1852 ein neues Entbindungshaus, 1861 eine neue Sternwarte erbaut, anderer baulichen Erweiterungen zu geschweigen. Im Jahre 1857 nahm der König, ein Gelehrter unter Gelehrten, bei einem mehrtägigen Aufenthalte eingehende Kenntniß von dem ganzen Zustande der Universität [1]) und am 2. December 1859 durfte

1) [Bülau], Des Königs Johann von Sachsen Besuch der Universität Leipzig am 4., 5. und 6. August 1857. Nebst einer Darstellung der Anstalten und Sammlungen der Universität. (1858.)

Digitized by Google

diese, ebenfalls unter persönlicher Theilnahme des Königs, unter den frohesten Aussichten in eine glänzende Zukunft ihr 450-jähriges Jubiläum begehen. Die noch aus früherer Zeit her wirkenden Lehrkräfte wurden durch zahlreiche Berufungen ausgezeichneter Gelehrter ergänzt und verjüngt, 1834 ein eigener Universitätsprediger angestellt, 1862 das Predigerseminar zu St. Pauli gestiftet [1]). In das Studium der Jurisprudenz kam neues Leben seit der Berufung v. d. Pfordtens 1842 an F. Puchta's Stelle zum Lehrer des römischen Rechts, das dann 1852 an K. G. v. Wächter, bereits 1833—1836 der Universität angehörig, einen ebenso ausgezeichneten Vertreter fand wie das deutsche Recht seit 1839 an Ed. Albrecht und dessen Nachfolger v. Gerber. Seit J. Oppolzers Berufung aus Prag im Jahre 1848 erhob sich Leipzig zu einer Hauptstätte der neueren medicinischen Schule; für die Augenheilkunde ward 1853 ein eigener Lehrstuhl, der erste an einer außerösterreichischen Universität Deutschlands, errichtet, 1857 eine gynäkologische Poliklinik, 1841 durch das Handelshaus Brückner & Lampe ein pharmakognostisches Museum begründet, 1842 die Aufstellung des mineralogischen, dann des physiologisch-chemischen Laboratoriums bewirkt; die technische Chemie war 1830 in den Kreis der Universitätsstudien aufgenommen worden, ein technologisches Cabinet entstand 1849. Die Philologie machte seit G. Hermanns Tode 1849, O. Jahns und M. Haupts Weggang eine Zeit der Stagnation durch, erlebte aber dann seit dem Eintritt E. Curtius' und F. W. Ritschls einen Aufschwung, der Leipzig wieder wie vordem zur ersten philologischen Lehrstätte Deutschlands erhob. Am wenigsten that es sich in der Geschichte und der eigentlichen Philosophie hervor, in jener, weil politische Rücksichten gerade die bedeutendsten Historiker für Sachsen unmöglich machten, daher auch der junge H. v. Treitschke hier zu keiner Professur gelangen konnte.

1) Bis 1831 bildeten die Theologen die stärkste Facultät; von da an die Juristen. 1830 studierten 630 Theologen und 469 Juristen, 1857 187 Theologen und 343 Juristen.

Digitized by Google

Dagegen gewann die sächsische Specialgeschichte durch die rückhaltslose Erschließung des dresdner Hauptstaatsarchivs und den mit ständischer Unterstützung unter Gersdorfs Redaction seit 1864 begonnenen Codex diplomaticus Saxoniae regiae zum erstenmale eine sichere urkundliche Grundlage. Während Leipzig seit 1848 aufgehört hatte der Sitz des specifischen Literatenthums zu sein, versammelte Dresden in den funfziger Jahren jenen Kreis namhafter Dichter und Schriftsteller (K. Gutzkow, R. Reinick, O. Roquette, M. Heydrich, O. Ludwig, J. Hammer, B. Auerbach u. A.), in welchem bei Gelegenheit von Schillers fünfzigjährigem Todestage der Gedanke der Schillerstiftung entsprang, der dann 1859 durch die Schillerlotterie in einem anfangs nicht geahnten Umfange zur Ausführung kam.

Das Erwachen eines regeren Sinnes für die Kunst bethätigten die Stände seit 1858 durch jedesmalige Bewilligung von 5000 Thlrn. für Kunstzwecke. Unter der dresdner Künstlerschaft ragten namentlich Ed. Bendemann, der seit 1849 den Thronsaal mit Fresken schmückte, J. Schnorr v. Carolsfeld (st. 1872) und J. Hübner hervor, doch aber brachte sie es auch jetzt nicht zu einer sicheren Kunstrichtung, einer eigenen Schule, wie sie München und Düsseldorf besaßen. Dafür giengen aber aus Rietschels Werkstatt die vollendetsten Werke des Meisters hervor; die Ausführung des großartigsten, des Lutherdenkmals, mußte er, 1861 vom Tode ereilt, seinen Schülern A. Donndorf und G. Kietz überlassen. Das Hoftheater, an welchem Gutzkow seit 1847 nur kurze Zeit als Dramaturg wirkte, zehrte theilweise vom Ruhm vergangener Tage; E. Devrient, die Hauptstütze des classischen Repertoirs, nahm 1856, mit Ehren überschüttet, von der ihm mitunter durch die Triumphe seines Rivalen und Antipoden Dawison verleiteten Bühne Abschied (st. 1872). Leipzig erhielt sich, wie die Gründung der Bachgesellschaft im Jahre 1850 und die jährliche Charfreitagsaufführungen der Matthäuspassion bewiesen, den angeerbten Cultus der Musik im edelsten Sinne, am Conservatorium pflegten Moscheles, F. David

Digitized by Google

u. A. die streng classische Richtung. Neben der Musik gewannen aber auch die bildenden Künste mehr und mehr die Gunst des leipziger Publikums. War dieselbe schon durch die Bestrebungen des Kunstvereins, seit 1848 auch durch del Vecchio's permanente Kunstausstellung lebhafter angeregt worden, so entwickelte sie sich in vollstem Maße durch die großartige Schenkung des Kaufmanns H. Schletter, der 1853 seine reiche Gemäldesammlung nebst einem Capital seiner Vaterstadt unter der Bedingung vermachte, daß sie binnen fünf Jahren ein Museum erbaue.

B. Deutsche Verhältnisse.

König Johanns Thronbesteigung fiel in eine Zeit, wo der politische Horizont rings umwölkt und Deutschland nahe daran war, durch das Schutz- und Trutzbündniß zwischen Österreich und Preußen vom 20. April 1854 und die von beiden an die einzelnen Bundesstaaten ergangene Einladung zum Beitritt in den Strudel eines allgemeinen europäischen Kriegs hineingezogen zu werden. Dieses zu verhüten, zugleich aber die auf den dresdner Conferenzen vergeblich angestrebte „selbständige und unabhängige Politik" der Mittelstaaten und durch sie des Bundes jetzt unter einer günstigeren Constellation zur Geltung zu bringen, wurde das Ziel, auf welches Beust mit der ihm eigenen Geschäftigkeit und nicht ohne einen wenigstens scheinbaren Erfolg hinarbeitete. Aus seiner Feder war die Ende Mai zwischen Baiern, Sachsen, Hannover, Würtemberg, beiden Hessen und Nassau vereinbarte Antwortsnote, welche die Forderungen der Mittelstaaten dahin zusammenfaßte: daß die genannte Einladung nicht an die Einzelstaaten sondern an den Bund zu richten sei, daß nicht bloß von Rußland die Räumung der Donaufürstenthümer sondern gleichzeitig auch von den Westmächten die Einstellung der Feindseligkeiten gefordert werde, daß dem Deutschen Bunde, falls er dem Bündnisse beitrete, die Theilnahme an allen ferneren Verhandlungen, namentlich denen über den Frieden, gesichert und neben der Erhaltung des europäischen Gleichgewichts auch

Digitized by Google

die übrigen deutschen Interessen, unter diesen besonders Sicherstellung des von einer deutschen Dynastie regierten Königreichs Griechenland, gewahrt werde. Nach Bewilligung dieser Forderungen trat der Bund am 24. Juli dem Aprilbündnisse bei, erregte aber dadurch den Groll des englischen Cabinets in solchem Maße, daß Lord Clarendon in einer Depesche an den brittischen Geschäftsträger in Dresden die Mittelstaaten wegen dieser ihrer „unüberlegten Einmischung" auf das gröblichste zu hofmeistern für gut fand, für Beust eine geschickt ergriffene Gelegenheit, durch eine ebenso derbe als beißende Abfertigung der plumpen Anmaßung dem deutschen Selbstgefühl eine Genugthuung zu verschaffen [1]).

Österreichs wachsende Hinneigung zu den Westmächten gefährdete bald wieder die Eintracht der beiden deutschen Großmächte; seine plötzliche, an sämtliche deutsche Regierungen mit Ausnahme der preußischen gerichtete Aufforderung (28. Juli), der Mobilisierung der halben Bundescontingente zuzustimmen und ihre Bundestagsgesandten mit umfassenden Instructionen für Alles, was mit Rücksicht auf den Aprilvertrag nothwendig werden könnte, zu versehen, drohte sie ganz zu zerreißen. Beust eilte nach Berlin um die Entrüstung des dortigen Cabinets zu beschwichtigen; es gelang ihm zwischen Berlin und Wien neue Unterhandlungen anzuknüpfen und der Mobilisierungsantrag unterblieb vorläufig. Als ihn aber Österreich nach Abschluß seines Bündnisses mit den Westmächten, 12. Januar 1855, doch noch einbrachte, sprach sich Beust, hauptsächlich aus finanziellen Gründen, bestimmt gegen diese Maßregel aus, so lange dieselbe nicht durch Pflichten des Bundes und das wahre Interesse Deutschlands geboten sei [2]), und durch Annahme eines sächsisch-bairischen Antrags wurde der vermittelnde Ausweg gefunden, daß sämtliche Bundesstaaten ihre Contingente dergestalt in Bereitschaft setzen sollten, daß sie nöthigenfalls binnen vier-

1) Depesche an den sächsischen Residenten Grafen Vitzthum in London vom 9. Juli. Ebeling I, 310.

2) Instruction an den sächsischen Gesandten in Wien, 19. Januar.

Digitized by Google

zehn Tagen mobil gemacht werden könnten. Glücklicherweise ebnete der Tod des Kaisers Nicolaus und der Fall Sebastopols den Weg zum Frieden. Unter dem Vorwande eines Besuchs der Weltausstellung reisten Beust und v. d. Pfordten, October 1855, nach Paris, und während letzterer sich nur mit der Rechtfertigung des Königs von Griechenland zu befassen hatte, erörterte jener in geheimen Unterredungen mit dem Kaiser Napoleon und dem Grafen Walewski die Basen des künftigen Friedens, die er sofort nach seiner Rückkehr dem ihm persönlich befreundeten russischen Staatskanzler dringend zur Annahme empfahl. Allein erst dem (24. December) im Einverständniß mit dem Tuileriencabinet nach Petersburg geschickten sächsischen Gesandten in Paris, v. Seebach, Nesselrode's Schwiegersohne, glückte es die Zustimmung Rußlands zu den Bedingungen zu erreichen, welche dann auf dem pariser Congreß festgestellt wurden [1]). Beust selbst hatte sich unterdes Ende Januar in Berlin persönlich mit dem Ministerpräsidenten v. Manteuffel über die Stellung, welche man gegenüber den von Österreich beim Bundestage zu erwartenden Anträgen einzuhalten habe, in Einvernehmen gesetzt.

Der Krimkrieg hatte nicht bloß von neuem die Ohnmacht des Deutschen Bundes in der auswärtigen Politik sondern auch die lehrreiche Thatsache ans Licht gebracht, daß jeder gegen den vereinten Willen der beiden Großmächte von den Mittelstaaten versuchte Widerstand auf die Länge nicht durchführbar sei, daß aber, wenn jene auseinandergiengen, diese sich immer vorzugsweise auf die Seite neigten, wo ihnen das geringste Opfer an der Freiheit souverainer Entschließung zugemuthet würde. An Österreich aber rächte sich jetzt die Wiederherstellung des Bundes und die verabsäumte Versöhnung des preußischen Rivalen durch die Erfahrung, daß die gegenwärtige Organisation des Bundes der Präsidialmacht nicht die geringste sichere Gewähr seines Beistandes in Fragen der europäischen Politik biete. So kam von verschiedenen Seiten her die Frage der Bundesreform

1) Ebeling I, 316 ff.

Digitized by Google

wieder auf die Tagesordnung. Auch die sächsischen Stände erinnerten sich wieder der allgemeinen deutschen Verhältnisse, deren sie seit 1850 kaum mehr Erwähnung gethan hatten; in der zweiten Kammer erklang wieder der Ruf nach einer deutschen Volksvertretung. Indes so wenig es in Beusts glatter Art lag den Ständen mit directem Widerspruch zu begegnen, so schroff wies er diese Mahnung zurück. „Der Gedanke einer Mitwirkung der deutschen Ständekammern bei der internationalen Gesetzgebung des Bundes", erklärte er, „sei noch immer von der Regierung nicht aufgegeben, eine förmliche Volksvertretung beim Bunde aber sei, wie die Erfahrung lehre, eine Unmöglichkeit; Einheit sei entweder ein unklarer Begriff oder, wenn er klar werde, führe er auf ein Gebiet, auf das ein gewissenhafter, seines Schwures eingedenker Minister nicht folgen könne."

Nicht lange, so belebte die Bedrohung Österreichs durch Frankreich im Jahr 1859 den Drang nach einer nationalen Einigung, welche Deutschlands Kriegsmacht und auswärtige Politik ein- für allemal in eine Hand lege, von neuem mit unwiderstehlicher Kraft. Noch unter dem unbehaglichen Eindrucke des in Berlin, November 1858, eingetretenen Systemwechsels, der zuerst die nationalen Hoffnungen wieder aufathmen ließ, setzte Beust sofort alles daran, damit der Bund mit ganzer Macht für den bedrohten Kaiserstaat eintrete. Persönlich vergewisserte er sich, 9. April, in Berlin über die Gesinnung des Prinzregenten, dann, nach kurzer Besprechung mit v. d. Pfordten in München, benutzte er die Begleitung des auf der Brautfahrt nach Lissabon begriffenen Prinzen Georg [1]) um sich nach Paris zu begeben; schon hoffte er hier mit seinen Vorstellungen Eindruck auf den Kaiser gemacht zu haben, als Österreichs thörichtes Ultimatum alle seine Bemühungen durchkreuzte. Auf die Weiterreise nach Lissabon verzichtend eilte er nach Frankfurt, Brüssel und London um überall seine diplomatischen Hebel

1) Derselbe vermählte sich 11. Mai 1859 mit Maria Anna, der Tochter des Königs Ferdinand von Portugal.

Digitized by Google

zu Gunsten Österreichs in Bewegung zu setzen. Wie durch ganz Deutschland so that sich auch in der Bevölkerung Sachsens die lebhafteste Sympathie für diese Macht, eine gehobene Stimmung für energische Abwehr jedes etwaigen Angriffs auf die deutschen Grenzen kund, nur mischte sich darein das sorgenvolle Bedenken, ob bei einer ernsteren europäischen Verwickelung die Bundes-, insbesondere die Bundeskriegs-Verfassung die Probe bestehen werde. Der einzig praktische Weg, die Leitung der deutschen Politik vertrauensvoll Preußen zu überlassen, war gerade der, welchen die Mittelstaaten am weitesten von sich wiesen. Pochend auf die 200000 Mann, welche die rein deutschen Staaten ins Feld stellen könnten, und ermuthigt durch den im Krimkriege gemachten Versuch drängten sie sich vielmehr als die eigentlichen Träger und Vertreter einer großen und nationalen Politik in den Vordergrund und vermaßen sich Preußen, das nur als Verbündeter, nicht als Vasall Österreichs, nur als Großmacht, nicht als Bundesglied das Schwert zu ziehen bereit war, wider seinen Willen mit sich fortzureißen [1]).

In Sachsen erhielt die kriegerische Stimmung einen neuen Impuls, als die 60000 Österreicher, welche in Voraussicht eines Hauptkampfes am Rhein in Böhmen gesammelt worden waren, sechzehn Tage lang in ununterbrochenen Bahnzügen das Land passierten um durch Baiern nach Italien geworfen zu werden. Die Stände der Oberlausitz hatten sich bereits, 2. April, in einer Adresse an den König für eine kräftige Bundespolitik verwendet, die gleiche Stimmung fand auf dem für den 23. Mai einberufenen außerordentlichen Landtage einen starken und unumwundenen Ausdruck. Aber bei allen Kundgebungen patriotischen Gefühls und sittlicher Entrüstung über

1) Auch diesmal hatte Beust die Genugthuung als Wortführer des deutschen Selbstgefühls gegen die Anmaßung des Auslandes, nämlich gegen den russischen Premier Fürsten Gortschakoff, der den Deutschen Bund kurzweg zur Ruhe verweisen wollte, auftreten zu können. Depesche an den Ministerresidenten v. Könneritz zu Petersburg vom 15. Juni bei Ebeling I, 365.

Digitized by Google

die frevelhafte Störung des Weltfriedens wurde doch der eigentlich wunde Punkt, die Beziehung der äußeren Lage zur inneren Organisation, nur sporadisch und mit größter Zurückhaltung berührt und selbst so als störender Mißklang übel vermerkt. Das Hauptinteresse der ganzen Verhandlungen concentrierte sich in den Reden des Ministerpräsidenten, in denen er nicht bloß die Pflicht des Bundes um seiner selbst willen für Österreich einzutreten darlegte sondern auch eine ausführliche Vertheidigung der sächsischen Politik gab, die nicht preußisch, nicht österreichisch sondern rein deutsch sei. Es war die beliebte Fiction, daß der Bund die Einheit Deutschlands darstelle. Die Mittel zur Kriegsbereitschaft wurden wie in allen andern deutschen Kammern einstimmig gewährt. Unterdes begann auch Preußen sich zu regen; in Dresden fanden bereits Verhandlungen wegen des Transports preußischer Truppen nach München statt, der Souschef des sächsischen Generalstabs, Major v. Fabrice, begab sich auf erhaltene Einladung zum Zweck vorläufiger Besprechungen nach Berlin. Sowie aber Preußen mit dem Anspruch auf die Oberleitung über sämtliche außeröstterreichische Bundesarmeecorps hervortrat, unterzeichnete Österreich den Frieden von Villafranca. Lieber wollte es den Verlust der Lombardei verschmerzen als Preußen die Führung in Deutschland überlassen.

Dennoch aber war hiemit von Preußen der erste Schritt geschehen sich aus der Demüthigung von Olmütz zu erheben, klar und bestimmt hatte es seine Ansprüche auf die Führerschaft Deutschlands angemeldet. Bestürzt erkannten die Mittelstaaten, was für sie auf dem Spiele stehe. Die auch dem blödesten Auge sich nicht mehr verbergende Unhaltbarkeit des Bundes, die Einsicht, daß Preußen sich auf die Länge nicht innerhalb desselben mit Österreich vertragen könne, daß es wachsen müsse um nicht selbst zu Grunde zu gehen, erfüllte sie mit quälender Furcht vor dieser Macht, mit bitterem Haß gegen die nationale Agitation, welche seit dem letzten Kriege mit verstärkter Macht den Ruf nach einem deutschen Bundesstaate unter Preußens Führung und mit Ausschluß Österreichs erhob, und trieb sie

Digitized by Google

zu einer unsteten, hastigen Geschäftigkeit um noch in Zeiten das drohende Verhängniß zu beschwören. Daher die bittere Bekämpfung des Nationalvereins, dessen Mitgliedschaft allein für die sächsische Regierung ausreichender Grund war, die ehrenwerthesten Männer von städtischen Ämtern auszuschließen. Sollte jedoch der Wiederkehr solcher mit der Particularsouverainetät so wenig verträglichen Tendenzen gründlich vorgebeugt werden, so mußten die Mittelstaaten die Sache der Bundesreform, die seit den dresdner Conferenzen mit Ausnahme einiger erfolgloser Anträge Sachsens und Badens auf Einsetzung eines Bundesgerichts geruht hatte, selbst in die Hand nehmen, dadurch die öffentliche Meinung für sich gewinnen und so den Andrang der nationalen Bewegung unschädlich machen. Dies waren die Erwägungen, welche im September 1859 die Minister v. d. Pfordten, v. Beust, v. Hügel und v. Schrenk in München zusammenführten. Was aber hatten sie der Nation zu bieten? Nichts als Stärkung der Mittelstaaten und Verwandlung der Zweitheilung in eine Dreitheilung. Die zu beantragenden Reformen selbst sollten sich, da bei der Zwietracht der beiden Großmächte ein Mehreres nicht zu erreichen stehe, in den engsten Grenzen halten, außerdem traf man die Abrede zu regelmäßig wiederkehrenden Conferenzen, die gewissermaßen eine Ergänzung der schwerfälligen Geschäftsbehandlung am Bunde bilden sollten. Immerhin war es ein gewagtes Experiment, das Vorhandensein eines nationalen Nothstandes selbst zu proclamieren und zugleich der natürlichen Richtung, welche die nationale Bewegung eingeschlagen hatte, einen Damm ziehen zu wollen. Mußte nicht ein Mißlingen dieses Versuchs auf seine eigenen Urheber zurückfallen? Wenigstens der Zeitpunkt der Uneinigkeit zwischen Wien und Berlin schien nicht ungünstig gewählt um sich zwischen den Großmächten zur Geltung zu bringen. Zu groß um sich wie die Kleinstaaten ohne weiteres in eine untergeordnete Stellung zu fügen, wollten die Mittelstaaaten durch ihre Vereinigung nicht bloß ihre Selbständigkeit retten sondern sich sogar ein Übergewicht verschaffen. Sie sollten, das war nach Beusts eigener Darstellung [1]) die

1) Landtag 1863, Sitzung der zweiten Kammer 15. December.

Digitized by Google

Absicht, sich mehr einigen um nöthigenfalls auch in der deutschen Politik ein wirkliches Gewicht zu erlangen, nicht zu dem Zwecke um Unfrieden in Deutschland zu stiften und Sonderpolitik zu treiben sondern um als Bindemittel für sie zu dienen. „Allein auch der Gedanke war dabei immer leitend, daß diese Gruppe der deutschen Staaten vorkommenden Falls dazu dienen könnte, die rein deutsche Politik bei den deutschen Großmächten und sogar gegen sie zur Geltung zu bringen", eine Lehre, die consequenterweise zur Herrschaft der Kleinen über die Großen geführt haben würde, die auch schlechterdings nicht die ihren Einfluß paralysierende Einmüthigkeit der Großmächte wollen sondern nur auf deren Trennung ausgehen konnte.

Das erste ziemlich dürftige Resultat der münchener Conferenz war ein Antrag auf Prüfung der Bundeskriegsverfassung durch die Bundesmilitärcommission, welchen die Theilnehmer, überzeugt, daß die Bundeseinrichtungen der Fortentwickelung wohl fähig seien, daß aber auch die Pflicht gebiete unberufenen, auf Umsturz der Bundesverfassung gerichteten Bestrebungen mit allem Ernst entgegenzutreten, am 22. October in Frankfurt stellten. Hierauf, als kaum die Begeisterung verrauscht war, mit der ganz Deutschland Schillers hundertjährigen Geburtstag begieng, wurde, 24.—27. November, in Würzburg eine neue Zusammenkunft abgehalten, für deren Pläne Beust sich im Voraus persönlich der Zustimmung des wiener Cabinets versichert hatte. Aber schon hier zeigte es sich, wie wenig an ein Zusammenhalten der Mittelstaaten zu denken war. Mehrere hatten die Theilnahme abgelehnt, von den erschienenen [1]) aber unterzeichneten nicht alle durchgängig die am 17. December eingebrachten Anträge, von denen der auf Veröffentlichung der Bundestagsverhandlungen, ingleichen der auf Einführung gemeinschaftlichen Maßes und Gewichts bald darauf zum Beschluß erhoben wurden. In Betreff der Bundeskriegsverfassung jedoch war Preußen schlechterdings nicht gewillt sich majorisieren zu

1) Baiern, Sachsen, Würtemberg, beide Hessen, Mecklenburg, Nassau, Sachsen-Meiningen und -Altenburg.

Digitized by Google

lassen; als einzigen Weg zur Stärkung der deutschen Wehrkraft bezeichnete es den Anschluß der übrigen Armeecorps zum einen Theil an das österreichische, zum andern an das preußische Heer. Dieser Vorschlag hätte nicht eine so eminent politische Tragweite haben müssen, um nicht bei den Mittelstaaten auf den bestimmtesten Widerspruch zu stoßen. Eine Denkschrift der sächsischen Regierung vom 19. Januar 1860, gewissermaßen das gemeinsame Manifest der Würzburger, verwarf jede organische Verbindung der einzelnen Bundesstaaten mit einer der beiden Großmächte auch in militärischer Beziehung ganz entschieden, da eine solche im Fall eines Zwiespalts zwischen diesen den Riß nur erweitern statt verhüten müsse. Sehr weise habe die Bundeskriegsverfassung die Bundesarmee als ein selbständiges Ganze hingestellt, an welchem Österreich und Preußen nicht mit ihrer vollen militärischen Kraft partipicierten, um dadurch eine Garantie für die bloß defensive Stellung des Bundes und eine Gewähr gegen die Zerreißung des Bundes selbst durch den Dualismus jener zu erreichen. Aber auch rein militärisch betrachtet habe die Selbständigkeit der Contingente und die Kriegsherrlichkeit der einzelnen Souveraine den unzweifelhaften Vortheil, einen lebendigen Geist in den einzelnen Truppentheilen auszubilden, ohne als ein Hemmniß bei der Aufstellung und Verwendung im Bundesheere einzuwirken. Sollten aber wirklich die Armeen der beiden Großmächte unabhängig vom Bundesverbande gestellt werden, so könnte das nur die Folge haben, daß die übrigen Staaten sich ebenfalls zu einer dritten militärischen Einheit zu verbinden und in dieser Gestalt den Bundesverband mit jenen fortzusetzen hätten. Also ein engerer militärischer Bund im Bunde, der, ein gemilderter Rheinbund, unfehlbar der Abhängigkeit vom Auslande verfallen sein würde. Aus Berlin wurde erwiedert, diese „ideale" Auffassung könne vor den mit der Bundeskriegsverfassung gemachten Erfahrungen nicht bestehen, worauf Beust zwar auf die Fortsetzung der Polemik, die schon einen gereizten Ton angenommen hatte, verzichtete, doch aber nicht daran zu erinnern vergaß, daß Preußens isolierte Stellung im Krimkriege allein

Digitized by Google

durch die Unterstützung, die ihm die Mittelstaaten und in Folge dessen der Bund gewährt hätten, haltbar geblieben sei. Je ängstlicher Preußen alles vermied, was zur Stärkung des Bundes dienen konnte, desto eifriger arbeitete die sächsische Regierung der Lahmlegung des Bundes durch die geflissentliche Hervorhebung des preußischen Großmachtscharakters entgegen.

Wie sehr aber auch die Mittelstaaten sich abmühten die Bundesinstitutionen in ihrem Sinne aufzufrischen und zu beleben, so fanden doch ihre Bestrebungen an der öffentlichen Meinung nicht die geringste Unterstützung. Wie hätte auch das deutsche Volk seine Sympathie einer Versammlung zuwenden sollen, die eben damals, 24. März, nach jahrelangen unerquicklichen Verhandlungen durch eine gerade von den Mittelstaaten gebildete Majorität die seit zwanzig Jahren in anerkannter Wirksamkeit bestandene kurhessische Verfassung endgiltig aufhob, während Preußen gegen diesen Beschluß Verwahrung einlegte [1])! Die Unbehaglichkeit ihrer Lage steigerte sich nur noch, als der Prinzregent von Preußen die deutschen Mitsouveraine nach Baden zu Zeugen seiner Zusammenkunft mit dem Kaiser Napoleon, 15. Juni, berief, als sein loyales Auftreten daselbst jede Mißdeutung seiner Haltung Frankreich gegenüber ausschloß und er ihnen mit gleicher Offenheit seinen Willen kund that, auf dem betretenen Wege seiner deutschen Politik zu beharren. Es war vergebene Mühe, wenn die sächsische Regierungspresse den tiefen Eindruck dieser Erklärungen durch ihre Deutungen abzuschwächen suchte. Die Minister v. Beust, v. Schrenk und v. Hügel beriethen in Dresden und München fleißig, was zu thun sei. Nach Preußens Widerspruch über die mittelstaatlichen

1) „Der Bund", sprach sich das Dresdner Journal hierüber sehr optimistisch aus, „wird, wenn er auf diesem Wege fortgeht und sich für Herstellung und Erhaltung eines gesunden Verfassungslebens ernstlich besorgt zeigt, das Vorurtheil, welches er sich in früheren Jahrzehnten im Volke zugezogen hat, als ob er nach seinem ganzen Charakter absolutistische Tendenzen gegenüber der constitutionellen Entwicklung der Einzelstaaten verfolgen müsse, mehr und mehr überwinden."

Digitized by Google

Anträge eine förmliche Abstimmung beim Bunde hervorzurufen, nahm man jetzt doch Anstand, man begnügte sich vielmehr auf Militärconferenzen der Staaten des 7., 8., 9. und 10. Bundesarmeecorps zu Würzburg (August 1860 und Mai 1861) vermittelnde Vorschläge wegen Umgestaltung des Bundeskriegswesens zu entwerfen, die jedoch ebenfalls ohne praktischen Erfolg blieben. Bei solcher Bewandtniß mußten die Vorgänge jenseits der Alpen, der Fall der kleinen italienischen Throne vor dem brausenden Sturm der nationalen Revolution, die mittelstaatlichen Regierungen mit den bängsten Ahnungen erfüllen. In Dresden gaben die nahen verwandtschaftlichen Beziehungen des Hofs zu dem vertriebenen toscanischen diesem Gefühle besondere Schärfe, die sich in den enthusiastischen Sympathien der Regierungskreise für die Vertheidiger von Gaëta, in der Decorierung Königs Franz II. von Neapel, in einer sehr herben Erklärung beim Bundestage über die Blocade von Ancona, nicht minder aber auch in der wachsenden Erbitterung gegen den Nationalverein, gegen welchen Sachsen sogar ein Einschreiten des Bundes herbeizuführen versuchte, offen aussprach.

Konnte daher auch die Thronrede bei Eröffnung des Landtags am 6. November 1860 freudig bei dem innern Flor des Landes verweilen, so wendete sie doch mit minderer Befriedigung den Blick nach außen auf jene Begebenheiten, „die alle Grundsätze des Völkerrechts zu erschüttern drohten". Auch das sächsische Ständehaus war diesmal von dem kräftigeren Geiste, der durch die deutschen Gaue gieng, nicht unberührt geblieben. Eichorius, einer der beiden Abgeordneten von ausgesprochen nationaler Gesinnung, welche Leipzig in die zweite Kammer geschickt hatte, stellte den Antrag, die Regierung möge sich beim Bunde für die Rechtsbeständigkeit der kurhessischen Verfassung von 1831 aussprechen, der bäuerliche Abgeordnete Riedel den auf Schaffung einer starken deutschen Centralgewalt mit Volksvertretung beim Bunde; ein dritter, die Regierung möge beim Bunde auf baldigste Herstellung des im Frieden mit Dänemark verbürgten Rechtszustandes in Schleswig-Holstein hinwirken, von Braun und Georgi gestellt „nicht um die Re-

Digitized by Google

gierung zu unangemessenen Schritten zu drängen sondern um ihr Gelegenheit zu einer Darlegung vor dem Lande zu verschaffen", fand durch das erklärte volle Einverständniß der Regierung seine sofortige Erledigung. Dagegen in der Debatte über die kurhessische Angelegenheit, obgleich auch sie sich „in den Grenzen des maßvollsten Ausdrucks" bewegte, nützte dem Minister des Auswärtigen das rhetorische Geschick, mit welchem er in zweistündiger Rede die Bundestagspolitik und Sachsens Theilnahme daran vertheidigte, nichts, ja er mußte aus dem Munde eines sehr gemäßigten Mannes die bittere Bemerkung hinnehmen, es sei für Sachsen, wo die Politik des ehrlichen Mannes traditionell sei, ein Unglück gewesen, daß man die Politik der Zurückhaltung und Bescheidenheit verlassen, ja bis zur militärischen Aufstellung gegen Preußen geschritten sei; einstimmig legte die Kammer Verwahrung ein gegen die von der Bundesversammlung in Anspruch genommene Berechtigung, eine in anerkannter Wirksamkeit bestehende Verfassung eines Bundesstaates aufzuheben, und forderte gegen 19 Stimmen die Regierung auf dahin zu wirken, daß der verletzte Rechtszustand in Kurhessen wiederhergestellt werde. Zu einem ständischen Antrage kam es jedoch nicht, weil die erste Kammer beide Beschlüsse gegen 7 und 1 Stimme verwarf. Die Debatte über den Riedelschen Antrag, dem die zweite Kammer gegen 1 Stimme beitrat, benutzte Beust um sich aufs nachdrücklichste gegen jede Unterordnung unter einen größeren Staat zu erklären, die nothwendig zum Einheitsstaate führen müsse. „Allein", schloß er mit Bezug auf etwaige Annexionsgelüste nach Art der italienischen, „vornehmlich möchte ich auch das nicht außer Acht lassen, daß einmal das Haus Hohenzollern Traditionen hat, denen es nicht untreu werden wird, daß aber auch die andern deutschen Fürstenhäuser ihre Traditionen haben und das Bewußtsein ihrer Kraft, das sie in ähnlichen Fällen ebenfalls aufrecht erhalten wird, namentlich aber, daß sich in keinem deutschen Lande ein Minister und Diener finden würde, der im Stande wäre seinen Herrn zu verrathen". In der ersten Kammer ergoß er sich nur in lebhafte Klagen über die Ver-

Digitized by Google

dächtigungen der Mittelstaaten wegen Rheinbundsgelüsten und über die Erfolglosigkeit seiner bisherigen Bemühungen. Auch den Riedelschen Antrag, dem schon der Deputationsbericht jeden praktischen Werth absprach, eignete sich die erste Kammer nicht an sondern schwächte ihn zu dem bloßen Ersuchen an die Regierung ab, sich auch ferner für Herbeiführung einer ganz Deutschland umschließenden Gesetzgebung auf den hierzu geeigneten Gebieten, für größere Wehrhaftigkeit des Bundes und Einsetzung eines Bundesschiedsgerichts zu bemühen. Die Thronrede am Schluß des Landtags übergieng, bezeichnend genug, die deutsche Frage ganz mit Schweigen.

Dieses Schweigen bedeutete jedoch keineswegs, daß nunmehr Beust seinerseits auf die Lösung des Räthsels, welches bislang allen Anstrengungen der coaliierten Mittelstaaten gespottet hatte, verzichte; im Gegentheil fühlte er sich nur um so mehr angespornt, allein mit einem eigenen Bundesreformproject hervorzutreten (15. October) [1]). Die den Entwurf begleitende Denkschrift verwahrte sich nochmals gegen ein deutsches Parlament, das nicht allein zum Umsturz des Föderativsystems führe, sondern bereits der Umsturz selbst sei; ebenso verwarf sie eine einheitliche Centralregierung, ein in einer Hand befindliches Obercommando und eine ausschließlich einheitliche Vertretung nach außen.

1) Die Grundzüge desselben waren kurz folgende: Organe des Bundes sind a) die Bundesversammlung, welche jährlich nur zweimal, das eine Mal in einer Stadt des Südens (Regensburg), das andere Mal in einer des Nordens (Hamburg), auf längstens vier Wochen zusammentritt; in ersterem Falle führt Österreich, in letzterem Preußen den Vorsitz, in der Zwischenzeit sind beide Präsidialhof und wird die Bundesexecutive von dem Kaiser von Österreich, dem Könige von Preußen und einem dritten, von sämtlichen übrigen Bundesstaaten bevollmächtigten Fürsten geübt; zur Instructionseinholung werden nicht mehr als drei Tage bewilligt; — b) die Abgeordnetenversammlung, gebildet aus Delegierten der Landesvertretungen (aus Österreich und Preußen je 30, aus Baiern 10, aus Sachsen, Hannover, Würtemberg je 6 ꝛc., im Ganzen 128), deren Einberufung, Vertagung und Auflösung dem Ermessen der Bundesversammlung vorbehalten bleibt; — c) das Bundesschiedsgericht. Staatsarchiv I, Nr. 164; II, Nr. 175 u. 176.

Digitized by Google

Wie groß war aber die Enttäuschung, als dieser neue Reformplan nicht einmal in Wien, wo er zuerst vorgelegt wurde, die gehoffte Billigung fand. Was Graf Rechberg hauptsächlich daran auszusetzen hatte, war, daß er die völkerrechtlichen Beziehungen des Bundes zum Auslande, im Inneren die Basis des Bundesverhältnisses alteriere und das Gleichgewicht zwischen Österreich und Preußen aufhebe, daß die wenn auch sehr bedingte Competenz der Delegiertenversammlung dem Wesen eines Staatenvereins, an welchem zwei Großmächte theilnähmen, widerstreite und er von Österreich das Opfer des bleibenden Präsidiums verlange ohne ein Äquivalent für eine Consolidation der deutschen Zustände zu bieten. Vergebens suchte Beust diese Einwände (22. November) zu bekämpfen, vergebens erinnerte er daran, wie ganz anders der italienische Krieg verlaufen sein würde, wenn damals ein Bundestag mit Volksvertretung in Regensburg getagt hätte, Österreich beharrte darauf, das Alternat des Präsidiums nicht als Vorbedingung sondern nur als äußerstes Opfer zulassen zu können und beanspruchte dagegen eine feste allseitige Verbürgung des gesamten deutschen wie außerdeutschen Besitzes Österreichs und Preußens.

Noch viel abfälliger aber lautete, wie erklärlich, die Antwort aus Berlin. Lag es doch auf der Hand, daß das ganze Project unter dem Schein, durch Erweiterung der Bundescompetenz eine größere Einheit zu erzielen und Preußen eine höhere Stellung im Bunde einzuräumen, nur darauf ausgieng, dieses in eine Vereinbarung hineinzuziehen, welche den kleineren Staaten die Macht gegeben hätte seine ganze auswärtige Politik zu bestimmen. Nicht ohne einen Anflug von Spott erklärte Graf Bernstorff (20. December), daß der sinnreiche und mit großem Verständniß der nach verschiedenen Richtungen auseinandergehenden Wünsche und Tendenzen der Bundesgenossen aufgestellte Reformplan nicht nur an sich unausführbar sei sondern auch auf Grundlagen beruhe, zu denen sich die preußische Regierung in einem entschieden gegensätzlichen Verhältnisse befinde, indem nach ihrer Ansicht nur innerhalb des gegenwärtigen

Digitized by Google

Bundes eine engere Vereinigung und zwar nur im Wege freier Vereinbarung möglich sei; zugleich war der Wunsch beigefügt über diesen Gegenstand eine doch fruchtlose Polemik nicht fortzusetzen. Indes fanden sich Österreich, Baiern, Würtemberg, Hannover, Hessen-Darmstadt und Nassau doch veranlaßt gegen diese Auffassung mittelst identischer Noten Verwahrung einzulegen, der sich auch Sachsen am 2. Februar anschloß, riefen aber dadurch preußischerseits Entgegnungen hervor, welche in sehr bestimmtem Tone jenen Regierungen sowohl den Anlaß als die Berechtigung zu einer solchen Verwahrung absprachen und es ablehnten auf einer anderen als der von ihr vorgeschlagenen Basis sich in Unterhandlungen einzulassen [1]). Das einzige greifbare Resultat des Beust'schen Unternehmens bestand also darin, der Nation aufs neue zugleich mit der Unumgänglichkeit der Bundesreform auch die Unmöglichkeit dieselbe ohne oder gegen Preußen durchzusetzen vor Augen gerückt und es dahin gebracht zu haben, daß ein gänzlicher Stillstand der Reformbewegung nicht mehr denkbar war.

Gerade aber die Furcht, daß Preußen, gestützt auf die Sympathien des deutschen Volks sich derselben bemächtigen könnte, trieb die Mittelstaaten unter Österreichs Ägide einen neuen Anlauf zu nehmen. Während Beust einer Einladung der englischen Regierung folgte um Sachsen bei der Prämienvertheilung am Schluß der londoner Weltausstellung zu vertreten, versammelten sich ihre in Wien accreditierten Gesandten unter Rechbergs Vorsitz um den Stein der Bundesreform nochmals bergan zu wälzen. Am 14. August brachten sie ihre Anträge auf Einberufung einer Delegiertenversammlung zu Berathung eines gemeinsamen deutschen Civilprocesses und Obligationsrechtes sowie auf Wiederaufnahme der Verhandlungen über Einsetzung eines Bundesgerichts in Frankfurt ein. Gleichförmigkeit der inneren Gesetzgebung wäre an sich gewiß etwas höchst Wünschenswerthes gewesen, nur durfte sichs fragen, ob dieser Vorschlag gerade jetzt, wo sich der Streit um die

1) Staatsarchiv II. 177. 223—227. 230. 232 f. 251.

Digitized by Google

politischen Grundlagen des Bundesverhältnisses bewegte, wo es sich zunächst um die Erhöhung der nationalen Macht handelte, am Platze, ob er überhaupt mehr sei als ein mit dem Nimbus patriotischer Wirksamkeit umkleideter Schachzug gegen Preußen. War dabei auf den inneren Conflict, der die Kraft des Gegners zu lähmen schien, gerechnet, so erwies sich auch dies als falsch. Preußen wankte keinen Augenblick, es versagte von vornherein den Anträgen seine Zustimmung; sein Widerspruch hatte die Wirkung, daß dieselben 22. Januar 1863 gegen 7 Stimmen abgelehnt wurden.

Dieser abermalige Fehlschlag, noch viel mehr aber die erschreckende Offenheit, mit der der neue preußische Ministerpräsident v. Bismarck [1]) die Hegemonie Preußens über den Bund als Zielpunkt seiner Politik hinstellte und Österreich den Rath gab, seinen Schwerpunkt nach Ofen zu verlegen, ließen es hoch an der Zeit erscheinen der Nation etwas Reelles zu bieten. In denselben Tagen, wo in Leipzig (2. bis 5. August) das deutsche Turnfest mit größtem Glanze und wahrhaft nationalem Schwunge begangen wurde, die stattliche österreichische Turnerschar die Zugehörigkeit des Kaiserstaates zu Deutschland lebendig vor Augen stellte und Beust, durch vertrauliche Andeutungen aus Wien von dem Bevorstehenden unterrichtet, als Festtheilnehmer in dem Strom patriotischer Begeisterung mitschwamm, erließ Kaiser Franz Joseph an sämtliche deutsche Souveraine die Einladung zu einem Congreß nach Frankfurt. Gleich den staufischen Herrschern sah er hier, 16. August, die Fürsten des Reichs um sich versammelt; nur einer fehlte, der König von Preußen. Durch seine Ablehnung unbeirrt zogen die Erschienenen das von Österreich vorgelegte Reformproject [2]) in Berathung. Aber auch in dieser erlauchten Versammlung

1) Ebeling (II, 68) will wissen, daß König Wilhelm zunächst nicht an Bismarck sondern an Beust gedacht und erst nach dessen Ablehnung jenen berufen habe.

2) Ein Directorium von fünf Mitgliedern (Österreich, Preußen und Baiern mit je 1, die übrigen zusammen mit 2 Stimmen) ein Bundesrath, eine Fürsten-, eine Delegiertenversammlung und ein Bundesgericht.

Digitized by Google

brachen sofort die alten Eifersüchteleien hervor und wenn ihr die Beschämung erspart blieb ganz unverrichteter Dinge, in heller Zwietracht auseinanderzugehen, so dankte sie dies in erster Linie dem Könige Johann von Sachsen. Die übrigen fürstlichen Häupter an Geist weit überragend, bot dieser nicht nur seinen ganzen Einfluß auf das angefangene Werk vor dem Scheitern zu bewahren, sondern gieng ihnen auch selbst mit dem Beispiele einer Opferwilligkeit voran, die, wenn auch noch weit entfernt von dem Maße der nationalen Forderungen, doch in den Augen seiner Mitkönige das Äußerste enthielt, was überhaupt zugestanden werden könne. Als derjenige, der durch Verwandtschaft und persönliche Freundschaft dem Könige von Preußen besonders nahe stand, übernahm er es sogar diesem, der sich in Baden befand, von Beust begleitet persönlich eine Collectiveinladung des Fürstencongresses zu überbringen. Auch dies umsonst. Nochmals zum Beitritt zu der entworfenen Reformacte aufgefordert, antwortete der König von Preußen wiederum ablehnend [1]).

Es war ein schwerer Schlag für Österreichs Stellung in Deutschland, für das Ansehen aller deutschen Souveraine, daß sie ihren höchsten Trumpf vergeblich ausgespielt hatten; darüber konnte auch der noch so aufrichtige Jubel, mit der den heimkehrenden König Johann seine Hauptstadt empfing, nicht täuschen, und Beusts Rath, unverzüglich sämtliche deutsche Kammern zur Annahme oder Verwerfung des Reformentwurfs einzuberufen, entsprang eben nur der herrschenden Rathlosigkeit. Die ganze Wirkung des frankfurter Schauspiels schrumpfte dahin zusammen, daß die großdeutsche Partei, in Sachsen unter Schaffrath und Wuttke, sich zu etwas lauterem Eifer angeregt fühlte, der aber gleich darauf in der Feier des funfzigjährigen Jahrestags der Schlacht bei Leipzig mit ihren für Sachsen peinlichen Reminiscenzen ein starkes Gegengewicht erhielt. Die zu Nürnberg am 23. October zusammengetretene Ministerialconferenz

1) Die Protokolle des Fürstencongresses: Staatsarchiv VIII, Nr. 1759; vgl. Nr. 1763.

Digitized by Google

ermächtigte zwar Österreich die von Preußen gestellten Präjudicialbegehren als unannehmbar zurückzuweisen; sobald aber Graf Rechberg mit dem Antrage auf unverweilte Durchführung der Reformacte auch ohne Preußen hervortrat, bot Beust seinen ganzen Einfluß auf um einen derartigen Schritt zu verhüten. Vertrug ja sein eben auf die fortdauernde Rivalität der beiden Großmächte berechnetes System ein unbedingtes Übergewicht Österreichs so wenig wie das Preußens [1]).

Indem Beust auf solche Weise den Plan des Grafen Rechberg durchkreuzte, hatte er allerdings keine Ahnung davon, daß es letzterem bei dem frankfurter Congreß nur um eine auf den Sturz seines Gegners Schmerling angelegte Intrigue, bei der ganzen Verbindung mit den Mittelstaaten nur um eine vorübergehende Maßregel zu dem Zwecke, durch einen auf Preußen geübten Druck Österreichs Eintritt in den Zollverein zu erzwingen, zu thun war. Auffallenderweise hatte Österreich seit dem Februarvertrage die Zeit verstreichen lassen ohne die ihm dadurch gebotenen Vortheile auszubeuten und damit selbst Preußen das Bestreben erleichtert diese nur ungern angenommene Fessel wieder abzustreifen. Frankreichs Geneigtheit, ähnlich wie mit England auch mit dem Zollverein einen Handelsvertrag auf dem Fuße der meistbegünstigten Nationen abzuschließen, bot dazu eine willkommene Gelegenheit, und um die unerläßliche Bedingung einer Verständigung mit dieser Macht zu erfüllen, beeilte sich Preußen seine Zollverbündeten einer wesentlichen Revision des Vereinstarifs geneigt zu machen. Im April 1861 gelangte aus Berlin unter Darlegung des bisherigen Ganges der Unterhandlungen an die sächsische Regierung die Aufforderung sich darüber zu äußern, wie weit auf die französischen Anträge einzugehen sein würde. Letztere, die große Tragweite dieser Anträge sehr wohl begreifend, gieng unverweilt an eine gründliche Prüfung derselben; sie ließ durch einen Sachverständigen in den industriellen Bezirken Erörterungen anstellen, wie weit man mit den Tarifsätzen ohne

1) Ebeling II, 98.

Digitized by Google

Gefahr für die betheiligten Industriezweige herabgehen könne, berieth auch die Angelegenheit mit der Finanzdeputation und den dem Handels- und Gewerbstande angehörigen Mitgliedern der eben versammelten Kammern. Die Anschauungen waren seit dem Anschluß an den Zollverein sehr andere geworden. Hatten früher immer die Rücksichten auf den leipziger Großhandel überwogen, so war seitdem die sächsische Industrie zu einem solchen Umfange und in vielen Zweigen zu solcher Vollkommenheit gelangt, daß nothwendigerweise sie jetzt in allen handelspolitischen Fragen den Ausschlag gab. Nun leuchtete ein, daß der Tarif des Zollvereins mit den rapiden Fortschritten seiner Industrie nicht Schritt gehalten hatte sondern mit der Verwohlfeilerung der Waaren immer mehr prohibitiv geworden war, während die Entwickelung des internationalen Handels auf die möglichste Beseitigung aller Verkehrshindernisse hindrängte. Die sächsische Regierung mußte sich also sagen, daß der Zollverein, wollte er sich nicht einer vollständigen Isolierung aussetzen und sollte insbesondere nicht der wichtige französische Markt der gefährlichsten Concurrentin der sächsischen Textilindustrie, der englischen, allein überlassen werden, sich ebenfalls der Bewegung anschließen und einen energischen Schritt auf der Bahn der Verkehrsfreiheit vorwärts thun müsse. Außerdem besaß Beust zu viel Scharfsinn um nicht zu begreifen, daß gegen die Wucht der materiellen Interessen politische Nebenrücksichten das Feld nicht behaupten könnten, daß für ein Land wie Sachsen Fragen der Handelspolitik lediglich vom Standpunkte der volkswirthschaftlichen Interessen aus entschieden werden könnten und dürften, und er war zu klug um sich einer sicheren Niederlage muthwillig auszusetzen. Als daher Preußen Sachsen zum Beitritt zu dem am 29. März 1862 mit Frankreich abgeschlossenen Handelsvertrag aufforderte, so entschloß sich die Regierung, sobald sie nur wegen einiger ihr bedenklich scheinender Punkte die gewünschte sicherstellende Erläuterung erhalten hatte [1]), rasch und nahm, wenn auch nicht

1) Namentlich um die Möglichkeit einer Deutung des Art. 31, als

Digitized by Google

ohne große Überwindung, 6. Mai, den Handelsvertrag vorbehaltlich der Zustimmung der Stände und des Beitritts aller übrigen Zollvereinsstaaten an, jedoch unter ausdrücklicher Wahrung ihrer Integrität in der Bundesreformfrage. Im Gegensatze zu dem österreichischen Proteste gegen den Abschluß mit Frankreich erklärte sie, in dem Vertrage von 1853 kein Hinderniß für diese neue Entwicklung des Zollvereins, vielmehr in dem Handelsvertrage mit Frankreich die Basis zu erblicken, auf welcher die Weiterentwicklung des Handelsvertrags mit Österreich und dessen einstiger Zollanschluß sich vorbereiten müsse, und nachdem der am 22. Mai eröffnete außerordentliche Landtag den Vertrag einstimmig genehmigt hatte, zeigte sie am 7. Juli in Berlin an, daß, wenn die gestellte Bedingung erfüllt sei, sächsischerseits der Ratification des Vertrags kein Hinderniß entgegenstehe.

Diese Bedingung gieng jedoch nicht in Erfüllung. Ganz unerwartet trat Österreich mit dem vollständigen Project einer Zolleinigung hervor; in Folge davon lehnten Baiern, Würtemberg, Hessen-Darmstadt und Nassau den französischen Vertrag ab. Sachsen begnügte sich vor der Hand in seiner Erwiderung [1]) als den besten Weg zur Verständigung die Regelung des Verhältnisses zu Österreich auf Grund des Vertrags von 1853 zu sofortiger Inangriffnahme zu empfehlen, wogegen Preußen jenen vier Regierungen am 26. August erklärte, daß es eine definitive Ablehnung des Vertrags als den Ausdruck des Willens ansehen müsse, den Zollverein mit Preußen nicht fortzusetzen.

So stand der Zollverein aufs neue vor einer schweren Krisis und fast gewann es den Anschein, als sei der von Sachsen gestellte Vorbehalt bestimmt eine ähnliche Rolle zu spielen wie

ob dadurch der Zollverein genöthigt werden könnte, Ausfuhrverbote z. B. im Fall eines Kriegs auch gegen Österreich in Kraft treten zu lassen, zu beseitigen, wurde nachher auf Sachsens Anregung von beiden Seiten eine dieselbe ausschließende Erklärung gegeben.

1) Vom 21. August. Staatsarchiv III, Nr. 447 f.

Digitized by Google

der von 1849. Von vornherein, behauptete das Dresdner Journal, sei es Ansicht der sächsischen Regierung gewesen, daß der Handelsvertrag nur in dem Falle in Kraft treten könne, wenn der ganze Zollverein denselben annehme, daß sie demselben aber nie auch auf die Gefahr einer Zerreißung des Zollvereins hin beigestimmt habe, und die Vortheile der von Österreich vorgeschlagenen Zolleinigung seien speciell für Sachsen so groß, daß dieser Vorschlag nicht unberücksichtigt bleiben könne. Ja auf dem deutschen Handelstage zu München erklärte sich der Vertreter des leipziger Handelsstandes Poppe zu der Versicherung für ermächtigt, daß die sächsische Regierung nicht im entferntesten mehr an die Aufrechthaltung des französischen Vertrags denke. Indes die Regierung fühlte den Zwang, unter dem sie stand, zu deutlich um nicht in Zeiten einzulenken. Der leipziger Stadtrath erhielt auf seine nachdrückliche Vorstellung um Festhalten an dem Handelsvertrage von den Ministern v. Beust und v. Friesen zwar eine sehr scharfe Abfertigung [1]), zugleich aber auch das gewünschte Dementi jener Erklärung Poppe's. Auch die neu ins Leben getretenen Handelskammern sprachen sich übereinstimmend für Erhaltung des Zollvereins und Zustimmung zum französischen Handelsvertrage unter gleichzeitiger Erweiterung der Verkehrsfreiheit mit Österreich aus. Zu des letzteren großem Verdrusse erklärte daher Sachsen auf der von Baiern nach München eingeladenen Generalconferenz zwar den Verhandlungen mit Österreich, welche es nebst Preußen und Baiern führen sollte, sich gern zu unterziehen, an Separatverhandlungen jedoch, die nur unter einem Theil der Zollvereinsstaaten geführt werden sollten, nicht theilnehmen zu können. Beust verweilte vom 15.—20. Mai 1863 persönlich in Berlin um das preußische Cabinet zu einer vermittelnden Erklärung zu bewegen. Dieses lud hierauf die Vereinsregierungen auf Anfang October zu einer Conferenz behufs Erneuerung der Zollverträge ein; alle erklärten der Einladung Folge leisten zu wollen, selbst von seiten der Süddeutschen war

1) Staatsarchiv III, Nr. 458.

Digitized by Google

von einer Auflösung des Zollvereins nicht mehr die Rede. Diesen Zeitpunkt der schwindenden Verbitterung hielt nun die sächsische Regierung für geeignet um zur Lösung der Krisis mit dem Vorschlage hervorzutreten, daß die dem französischen Vertrage noch nicht beigetretenen Vereinsregierungen ihre Einwendungen gegen denselben speciell bezeichnen, Preußen, Baiern und Sachsen mit den Verhandlungen mit Österreich beauftragt werden sollten und nunmehr die Conferenz vorbehältlich dieser beiden Punkte in die Specialberathung des Tarifentwurfs eintreten möge. Demgemäß wurde verfahren. Da aber der Widerstand der Süddeutschen, wenn auch immer schwächer werdend, doch fortdauerte und Preußen die Zollvereinsverträge am 17. December gekündigt hatte, so erkannte die sächsische Regierung die Nothwendigkeit diesem für die Industrie höchst nachtheiligen Zustande der Ungewißheit ein Ende zu machen; sie erklärte, 2. April 1864, Baiern die Unmöglichkeit längeren Zuwartens und, da letzteres auf eine nahe allgemeine Verständigung über Fortsetzung des Zollvereins durchaus keine Aussicht machen konnte, die süddeutschen Staaten die Verhandlungen verschleppten, so faßte sie den entscheidenden Entschluß und knüpfte mit Preußen besondere Verhandlungen an, die, da alle sächsischerseits gestellten Bedingungen zugestanden wurden, schon 11. Mai zu einem Vertrage wegen unbedingter Erneuerung des Zollvereins führten. Vor seiner Unterzeichnung wurde derselbe von beiden Kammern in geheimen Sitzungen berathen und einstimmig genehmigt. Am 2. Juni verkündete ihnen Minister v. Friesen öffentlich den erfolgten Abschluß des Vertrags über Verlängerung des Zollvereins mit Annahme des französischen Handelsvertrags. Diese Nachricht erregte im ganzen Lande die allgemeinste Befriedigung, bei Preußens Gegnern vielfachen Groll gegen das abtrünnige Sachsen. Nunmehr nahm die Sache einen rascheren Verlauf: am 28. Juni wurden zu Berlin die Zollvereinsverträge zwischen Preußen, Sachsen, Kurhessen, Thüringen, Braunschweig und Frankfurt vollzogen, nach und nach folgten auch die Übrigen, und am 11. April 1865 konnte auch der Zoll- und Handelsvertrag

Digitized by Google

zwischen dem reconstruierten Zollverein und Österreich unterzeichnet werden [1]).

Wenn Österreich in diesem handelspolitischen Conflict nicht mit derselben Entschiedenheit wie im Jahre 1852 auftrat, so lag der Grund hiervon vornehmlich darin, daß in einer gleichzeitigen politischen Frage die Parteistellung eine ganz andere war, Österreich und Preußen hier eng verbunden den Mittelstaaten gegenüberstanden. Dies war die schleswig-holsteinsche Frage. Sie, seit zwanzig Jahren der Sauerteig der deutschen Einheit, war es denn auch, welche die Schlußkatastrophe in dem so lange vergeblichen Ringen der deutschen Nation nach staatlicher Existenz herbeiführte.

Die Dreistigkeit der eiderdänischen Partei, welche 30. März 1863 die Incorporierung Schleswigs durchgesetzt hatte, war mit dem Beschluß der Bundesexecution gegen Dänemark beantwortet, Sachsen und Hannover mit derselben beauftragt worden. Schon traf ersteres die militärischen Vorkehrungen dazu und suchte den Vollzug möglichst zu beschleunigen, als der Tod König Friedrichs VII. von Dänemark und das seinem Nachfolger vom kopenhagener Pöbel abgetrotzte neue Staatsgrundgesetz der Sache eine neue Wendung gaben. Die sächsische Regierung war nicht in Zweifel darüber, daß, wenn Christians IX. sich nur auf das londoner Protokoll stützende Erbfolgeberechtigung in den Herzogthümern angefochten würde, nicht mehr von einer Execution die Rede sein könne sondern dieselbe in eine Occupation verwandelt werden müsse, da man durch jene die Frage mit dem factischen Besitzer zu regeln versuchen und demselben einen moralischen Titel verleihen würde in diesem seinem Besitze geschützt zu werden. Dem entsprechend wies sie schon am 18. November ihren Bundestagsgesandten telegraphisch an sich entschieden dahin auszusprechen, daß vor Erledigung der Successionsfrage durch den Bund ein dänischer Gesandter in der Bundesversammlung nicht zuzulassen sei, und als

1) Weber a. a. O., S. 372 ff. — Sachsen und die Krisis des Zollvereins, offizielle Darstellung im Dresdn. Journ. 1864, Nr. 291.

Digitized by Google

am 28. November der dänische Gesandte gegen die Verweisung seiner neuen Vollmacht an den Ausschuß protestieren wollte, wurde er auf Sachsens Antrag mit großer Majorität von der Benutzung des Protokolls ausgeschlossen. In der Abendsitzung des nämlichen Tags brachte der sächsische Gesandte den Antrag ein, bis zum Austrag der Sache die Zulassung eines dänischen Gesandten nicht für statthaft zu erachten und unverzüglich die nöthigen Anordnungen zu treffen, damit das Executionscorps in Holstein und Lauenburg einrücke um diese Bundesländer besetzt zu halten, bis der Bund dieselben dem von ihm als rechtmäßig anerkannten Nachfolger zu eigner Verwaltung übergeben werde, mit der Erklärung, daß Sachsen zu größter Truppenstellung hierbei bereit sei. Die Mehrheit beschloß hierauf Suspendierung der holsteinischen Stimme.

So stellten sich die Mittelstaaten mit ihrem Drängen auf energische Maßregeln den am londoner Protokoll festhaltenden beiden Großmächten schroff gegenüber. Kaum je waren die Aussichten der ersteren so vielverheißend gewesen wie in diesem Augenblicke. Ein durch ganz Deutschland in lauten Manifestationen hervorbrechendes Gefühl, daß in Schleswig-Holstein die Ehre der gesamten Nation verpfändet sei, gab ihrem Auftreten für die Rechte der Herzogthümer einen Rückhalt an der öffentlichen Meinung, wie sie ihn noch nie besessen. Überdies mußte eine Trennung der Herzogthümer von Dänemark und ihre Verwandlung in einen neuen Mittelstaat nicht nur ihr Gewicht beim Bunde verstärken sondern auch etwaigen Annexionsgelüsten Preußens einen Riegel vorschieben und dieses selbst in der öffentlichen Meinung um so sicherer discreditieren, je standhafter es einer solchen Lösung widerstrebte. Nur eine schmerzliche Erfahrung war dabei: daß auch Österreich am londoner Protokoll festhielt. Noch voll Unmuth über die zu Frankfurt und Nürnberg erfahrene Unfügsamkeit der Mittelstaaten, besorgt wegen seiner augenblicklichen Isoliertheit und nicht ohne Angst vor dem hinter der schleswig-holsteinischen Bewegung lauernden Gespenste der Revolution, hatte sich dieses durch Bismarcks diplomatische Überlegenheit ganz ins Schlepptau

Digitized by Google

nehmen lassen und nährte sich mit der geheimen Hoffnung, so am besten die Annexionslust Preußens zügeln zu können. Die offene Gegnerschaft mit Preußen war für Sachsen weniger schmerzlich als Österreich gegenüber die Stellung des hintergangenen und verrathenen Freundes.

Die am 9. November eröffneten Stände sprachen sich mit vollstem Nachdruck für das gute Recht Schleswig-Holsteins aus und Beust hatte die Genugthuung seine Politik in dieser Angelegenheit von ihnen vollständig gebilligt und in jeder Weise unterstützt zu sehen. „Und meine Herren", damit schloß er am 24. November unter lautem Beifall der zweiten Kammer eine Darlegung dessen, was Sachsen am Bunde gethan hatte, „lassen Sie sich noch das Eine gesagt sein: die sächsische Regierung ist nicht eilig mit Kundgebungen und Beschlüssen, die, von ihr allein ausgehend, eine Entscheidung nicht bringen, sie vielleicht nur erschweren können; wenn es aber zum Handeln kommt, so wird Sachsen nicht im letzten Treffen zu finden sein!" Wegen dieser Äußerungen in der auswärtigen, besonders der preußischen Presse hart angegriffen, da ja auch Sachsen seiner Zeit dem londoner Protokoll beigetreten sei, gab er am 4. December in der Kammer die Erklärung, daß die sächsische Regierung, Dank ihrem damaligen Vorbehalt, bei ihrer Abstimmung am Bunde durch das londoner Protokoll nicht gebunden sei; nach seiner Überzeugung könne dasselbe den Bundesvertrag, der älter und unter andern Paciscenten als jenes abgeschlossen sei, nicht alterieren [1]). Am folgenden Tage er-

1) „So unerfreulich das londoner Protokoll an sich sein mochte, so war es doch das damals Erreichbare und enthielt ein werthvolles Zugeständniß von seiten Dänemarks: die Nichtincorporierung Schleswigs. Erst Ende 1852 erfolgte die Mittheilung des Protokolls von den Unterzeichnern an die deutschen Regierungen. Wenn wir damals es nicht absolut zurückgewiesen haben uns darauf einzulassen und eine vorläufige beistimmende Antwort aussprachen, so lag das Motiv hauptsächlich darin, daß es uns wohlgethan schien, dasjenige befestigen zu helfen, was erlangt worden war und was man freilich im gerechten Vertrauen auf eine gewissenhafte und redliche Ausführung als etwas Werthvolles betrachten

Digitized by Google

ließen jedoch die beiden Großmächte in identischen Noten an die deutschen Regierungen eine eindringliche Warnung vor allem übereiltem Verfahren und verweigerten im Voraus ihre Mitwirkung zu einem auf Occupation gerichteten Bundesbeschlusse. Dadurch bewogen fiel Mecklenburg von der Majorität ab und die Folge war, daß am 7. December der österreichisch-preußische Antrag auf einfache Execution gegen Dänemark auf Grund der früheren Bundesbeschlüsse mit 1 Stimme Mehrheit angenommen wurde. Beusts Bestürzung war groß; er sah wohl, daß damit der Bund verspielt hatte, die Entscheidung fortan ausschließlich bei Österreich und Preußen liege, daß es sich jetzt, wie ein sächsischer Abgeordneter ganz richtig aussprach, nicht mehr um Schleswig-Holstein sondern um die Existenz der kleineren Staaten handle. Dennoch beharrte er auf dem eingeschlagenen Wege, immer auf eine günstigere Wendung für den Bund hoffend und immer bemüht die Ohnmacht desselben nicht offenbar werden zu lassen. Wenigstens hinderte jener Beschluß nicht die factische Befreiung der Herzogthümer; am 15. December rückte Generalleutnant v. Hake an der Spitze des sächsischen Contingents aus [1]) um den Oberbefehl über das Executionsheer zu übernehmen, bei dessen Ankunft die Dänen Holstein freiwillig räumten. Zu Civilcommissaren für Holstein und Lauenburg wurde sächsischerseits Geheimerrath v. Könneritz, von Hannover Geheimer Regierungsrath Nieper ernannt.

durfte; zweitens in dem Umstande, daß in dem dem londoner Protokoll vorangehenden warschauer Protokoll ein Verzicht des russischen Kaiserhauses auf die Erbfolge in Holstein ausgesprochen war und es räthlich schien im deutschen Interesse dieses Zugeständniß ebenfalls zu befestigen. . . . Trotz alledem verfuhr die sächsische Regierung mit großer Vorsicht: sie unterzeichnete das Protokoll nicht, wählte auch in der an die verschiedenen Mächte ergehenden Erwidrungsnote nicht das Wort Beitritt sondern Beistimmung und, was viel wichtiger, machte ausdrücklich den Vorbehalt, daß sie mit dieser Beistimmung nicht gemeint sei, den künftigen Beschlüssen des Deutschen Bundes über diese Angelegenheit irgendwie vorzugreifen." — Vgl. Staatsarchiv VI, Nr. 1010.

1) 6 Bataillone Infanterie, 6 Schwadronen Reiterei, 2 Batterieen und 1 Pionierdetachement.

Digitized by Google

Der Ausfall der Abstimmung vom 7. December erregte durch ganz Deutschland den lautesten Unwillen. Auch die sächsische zweite Kammer gab demselben Ausdruck und sprach sich, 15. December, einstimmig für vollständige Besetzung der Herzogthümer durch Bundestruppen und unverweilte Anerkennung des Herzogs Friedrich aus. Die erste, rücksichtsvoller wie immer, wenn auch ebenfalls bereit die von der Regierung den „sogenannten" Großmächten gegenüber bewahrte selbständige und entschiedene Haltung anzuerkennen, hielt es, nachdem der Vertreter der Universität, Professor Ahrens, die Nichtigkeit der dänischen Ansprüche mit allen Gründen des Staatsrechts ausführlich nachgewiesen hatte, für ausreichend den Wunsch auszusprechen, daß die Entscheidung über die Thronfolgeberechtigung in den Herzogthümern nicht länger verzögert, die verfassungsmäßige Zusammengehörigkeit derselben gewahrt, der Einmischung des Auslandes von seiten des Bundes entschieden entgegengetreten, schließlich auch die Einberufung der Stände in den Herzogthümern zur Erklärung über die Erbfolgefrage erwirkt werde. Beust seinerseits verwahrte sich in seiner Antwort auf die identischen Noten dagegen, als ob auch in Fragen des Rechts abweichende Ansichten einzelner Bundesregierungen der Übereinstimmung Österreichs und Preußens gegenüber in den Hintergrund zu treten hätten, da in einem solchen Falle das Ansehen des Bundes nicht durch die Überstimmung dieser beiden sondern nur durch die schweigende Unterwerfung der Übrigen unter ihren vereinten Willen geschädigt werden würde [1]). Weiter aber als zu bittern Worten brachte er es nicht. Mußte er sich doch bei seinen Besprechungen mit dem bairischen und würtembergischen Minister des Auswärtigen zu München und Augsburg selbst überzeugen, daß die Herbeiführung einer gemeinsamen Haltung der Mittelstaaten in der schleswig-holsteinschen Sache in den Bereich des Unmöglichen gehöre. Sein Vorschlag, den Triasgedanken durch sofortige Einberufung eines Parlaments der Mittel- und Kleinstaaten zu verwirklichen, scheiterte am Widerspruch v. Schrenks,

1) Vom 15. December. Staatsarchiv VI, Nr. 1278.

Digitized by Google

der sich durch Rechberg davon zurückhalten ließ, und das einzige Resultat dieser Verhandlungen war ein bairisch-sächsischer Antrag beim Bunde vom 23. December auf Beschleunigung der Prüfung der Erbfolgefrage durch den Ausschuß, der mit 12 gegen 4 Stimmen zum Beschluß erhoben wurde [1]). Gestattete sich doch selbst die sächsische Regierung Abweichungen von der vorgezeichneten Linie. Als Österreich und Preußen den plötzlich in Kiel eingetroffenen Herzog Friedrich von Bundeswegen aufgefordert wissen wollten das Land zu verlassen, so war sie dem in Voraussicht, daß die Anwesenheit des Herzogs den Civilcommissaren ihre ohnehin schwierige Stellung noch mehr erschweren würde, nicht entgegen und verwendete sich nur für eine etwas mildere Fassung; doch blieb der Antrag in der Minorität.

Mittlerweile wurden die Versuche des Auslandes die schleswig-holsteinische Sache vor ihr Forum zu ziehen immer zudringlicher. Kaiser Napoleon hoffte mittelst derselben zu dem von ihm gewünschten allgemeinen Congreß zu gelangen, zu welchem seine Einladung auch an den König von Sachsen ergieng und von diesem für den Fall, daß Deutschland, besonders die deutschen Großmächte, sich an demselben betheiligen würden, zustimmend beantwortet wurde. Auch Lord Russell kam mit dem Vorschlag eines Congresses der Vertragsmächte mit Zuziehung eines Vertreters des Bundes, nachdem er der sächsischen Regierung wegen ihrer „leichtfertigen und launenhaften" Auslegung des londoner Protokolls eine Lection ertheilt und jedes Abgehen von demselben für einen Bruch an Treu und Glauben erklärt hatte (17. December). Beust entschädigte sich für die Geringfügigkeit seiner anderweitigen Erfolge durch eine scharfe Zurückweisung dieser insolenten Sprache, bei der ihm schwerlich die Erinnerung die Feder führte, daß es hauptsächlich seine eigene Politik von 1849 und 1850 gewesen war, die Deutschland eine so tiefe Mißachtung von seiten Englands zugezogen hatte; seiner Auffassung nach entbehrte das an sich gar nicht

1) Ebeling II. 129.

Digitized by Google

perfect gewordene londoner Protokoll für den Deutschen Bund jeder Giltigkeit [1]). Von diesem Standpunkte aus konnte Sachsen auch dem am 28. December von Österreich und Preußen in Frankfurt gestellten Antrage, Dänemark aufzufordern, das Grundgesetz vom 18. November für Schleswig definitiv aufzuheben, widrigenfalls der Bund dieses Land als Pfand besetzen werde, nicht beipflichten, da derselbe, wenn Dänemark Folge leistete, nur zu einer neuen Befestigung des londoner Protokolls geführt haben würde [2]); als jedoch nach Ablehnung dieses Antrags, 14. Januar 1864, Österreich und Preußen die Erklärung abgaben, daß sie unter diesen Umständen ihren Auftrag einseitig, in ihrer Eigenschaft als europäische Großmächte, ausführen würden, so legten Baiern und Sachsen hiergegen sofort Verwahrung ein, „insofern der Einmarsch in Schleswig nicht ohne Durchmarsch durch Holstein zu gewärtigen sei und dieses nur mit Genehmigung des Bundes betreten werden dürfe". Jene beschwichtigten (19. Januar), es sei nicht ihre Absicht die Bundesverwaltung und Bundesbesatzung in Holstein zu beeinträchtigen, aber schon Tags vorher erhielt General v. Hake vom preußischen Kriegsministerium die Aufforderung, „zu Vermeidung möglicher Collisionen" sich unter das Commando des Feldmarschalls Wrangel, Höchstcommandierenden der vereinigten österreichisch-preußischen Bundesreserve zu stellen, und von letzterem die Anfrage, ob und welche

1) Depesche an Graf Vitzthum in London vom 29. December. Staatsarchiv VI, Nr. 1359 (vgl. Nr. 1370. 1399); VII, 1663 f.

2) Sachsens Abstimmung: „Sachsen erkennt angesichts der sehr wider seinen Wunsch andauernden Verzögerung der Entscheidung über die Erbfolgefrage die Nothwendigkeit der Besetzung von Schleswig durch Bundestruppen an, kann aber einem Antrage nicht beistimmen, der im voraus Dänemarks Besitzrecht auf Schleswig anerkennen hieße, und stimmt daher dem Antrage nur unter der Bedingung bei, daß ausgesprochen werde, daß die Besetzung zur Sicherstellung aller vom Deutschen Bunde in Bezug auf Schleswig-Holstein zu wahrenden Rechte erfolge, und verbindet damit den Antrag, daß auch die Betheiligung sämtlicher Bundesarmeecorps daran beschlossen werde."

Digitized by Google

Dispositionen er in Ausführung dieses Befehls getroffen habe. v. Hake berief sich auf seine Eigenschaft als Bundesgeneral, als welcher er unter den Befehlen des Bundes stehe, willigte aber ein seine Aufstellung so zu nehmen, daß der Durchmarsch der Österreicher und Preußen nicht behindert werde; zugleich wendete er sich beschwerend an den Bund. Die Bundesversammlung votierte ihm ihre Anerkennung und die beiden Großmächte gaben eine neue beruhigende Erklärung.

Welche Mittel standen aber den bundestreuen Regierungen zu Gebote um zu verhindern, daß die Großmächte so kurzweg über sie hinwegschritten? Wollten sie nicht einen Bürgerkrieg heraufbeschwören, so blieb ihnen nichts übrig, als sich in ihr Schicksal zu fügen. Vergebens seufzte Beust: „Hätten alle Regierungen, welche in der Sitzung vom 14. Januar die Majorität bildeten, so gestimmt wie die sächsische, so würden heute unsere Truppen die Avantgarde unter Bundesbefehl in Schleswig bilden!" selbst seine Redegewandtheit reichte nicht aus um vor der Kammer die erlittene Niederlage ganz zu verdecken. Zwar die öffentliche Meinung, aufgeregt wie seit langem nicht, stellte sich sehr entschieden auf Seite des Bundes gegen die Großmächte, so daß das Ministerium sogar seine Aussöhnung mit derselben durch Bestätigung von Nationalvereinlern zu Stadträthen bekräftigen konnte; beide Kammern ersuchten die Regierung einstimmig, das Ansehen und die Autorität des Bundes gegen bundeswidrige Unternehmungen energisch vertheidigen zu helfen, für sofortige Anerkennung des Herzogs Friedrich einzutreten und sowohl auf eine sofortige Verstärkung der Bundestruppen in Holstein als auch auf die Besetzung Schleswigs durch Truppen bundestreuer Regierungen hinzuwirken; bei einem Besuche des Königs in Leipzig, 11. Januar, fand eine imposante Demonstration statt, um ihm den Dank der Einwohnerschaft für seine Haltung in der schleswig-holsteinschen Sache darzubringen, der schleswig-holsteinschen Landesdeputation wurde auf ihrer Rückreise von Frankfurt in Dresden ein begeisterter Empfang zu Theil, eine dort abgehaltene Landesversammlung erklärte sich für energische

Digitized by Google

Durchführung des guten Rechts in den Herzogthümern. Aber vor den glänzenden Waffenthaten der Österreicher und Preußen in Schleswig, denen die Bundestruppen Gewehr in Arm zusehen mußten, hielten diese Aufwallungen nicht Stand. Preußen durfte es wagen eigenmächtig Altona zu besetzen „als eine für die Regulierung der Etappenstraße nothwendige Maßregel".

Durch diese neue Beeinträchtigung aufs tiefste verletzt erhob Sachsen sofort, 13. Februar, beim Bunde Beschwerde; es verlangte, um das Executionscorps vor ferneren Eigenmächtigkeiten des vormächtlichen Militärs zu behüten, Ersetzung der ausgeschiedenen Reserven durch süddeutsche Bundestruppen. Wenigstens bewirkten die Vorstellungen des sächsischen Gesandten beim König Wilhelm die Sistierung des weiteren Einmarsches in Altona und General v. Manteuffel verweilte auf der Durchreise nach Wien in Dresden um diesen Zwischenfall gütlich beizulegen.

Die Hoffnungen der sächsischen Regierung standen nur noch auf der Einberufung der holsteinschen Stände. Ehe sie aber für einen darauf zu richtenden Antrag eine Majorität zu Stande gebracht hatte, kam von Baiern eine Einladung zu neuen Conferenzen der Bundestreuen nach Würzburg (18. Februar). Die Eintracht derselben war seit ihrem letzten Beisammensein an diesem Orte nicht gewachsen. Baden forderte sofortige Einberufung eines Parlaments der Mittel- und Kleinstaaten, Einsetzung eines Directoriums und Mobilisierung aller ihrer Wehrkräfte, aber einen Kampf gegen die deutschen Großmächte, der leicht zur Bundesgenossenschaft mit der Revolution führen konnte, wollten die Übrigen nicht auf ihr Gewissen nehmen. So wurde abermals nur ein dürftiges Resultat erreicht. Daß man jeden Schein einer Beeinträchtigung der Kriegführung der Großmächte in Schleswig vermeiden müsse, fühlte man wohl; doch sollte dies stets mit Wahrung der Autorität des Bundes geschehen. Baiern sollte in der nächsten Bundestagssitzung den Antrag auf rasche Erledigung der Erbfolgefrage, einen zweiten auf Verstärkung der Bundestruppen

Digitized by Google

in Holstein, Sachsen und Würtemberg den auf Einberufung der holsteinschen Stände stellen. Aber nicht einmal dazu kam es vollständig. Würtemberg und Hessen-Darmstadt wurden wegen des zweiten Antrags bedenklich, die Großmächte erklärten, sie würden die Ausführung nicht zulassen, Sachsen zog darauf seinen früheren Antrag zurück, Baiern schwieg in der Sitzung vom 25. Februar ganz, und so wurde nur der auf Einberufung der holsteinschen Stände eingebracht und darüber Abstimmung in vierzehn Tagen beschlossen. Österreich und Preußen beantragten hierauf, den Oberbefehl über das Executionscorps dem Oberbefehlshaber ihrer vereinigten Streitkräfte zu übertragen und die Bestellung zweier weiteren Civilcommissare für Holstein durch Österreich und Preußen zu genehmigen. Erst nachdem die Würzburger so durch die Großmächte überholt worden waren, trat Baiern mit seinen Anträgen hervor aber nur, um sie gleich den meisten anderen der Verschleppung in den Ausschüssen anheimfallen zu sehen. Es bedurfte kaum noch des hessen-darmstädtischen Antrags auf Anschluß des Bundes an die Action der Großmächte um zu zeigen, welchen bedenklichen Riß die Eintracht der bundestreuen Staaten bekommen hatte. Auf eine Interpellation wegen des Standes der schleswig-holsteinschen Sache in der zweiten Kammer, 3. März, konnte Beust nur eine ziemlich nichtssagende und kleinlaute Auskunft ertheilen. Man fing in Dresden an sich trüben Ahnungen hinzugeben [1]).

1) „Verkennen wir es nicht", äußerte der Kronprinz am 27. Mai in der ersten Kammer bei Berathung des Militärbudgets, „es können in kurzer Zeit Ereignisse eintreten, wo die Geltung, ja vielleicht die Selbständigkeit unseres engeren Vaterlandes von den Thaten unserer Armee abhängen können, wo man weniger fragen wird nach unserer ausgezeichneten Industrie, nach unserem vortrefflichen Ackerbau und unseren guten Gelehrtenanstalten, sondern wo man fragen wird: wie haben sich unsere Sachsen geschlagen? und danach wird der Werth unseres Vaterlandes bemessen werden. Dies nicht zu unterstützen, konnten wir nicht verantworten, und wir erwarten, daß auch die zweite Kammer die Verantwortung nicht auf sich nehmen werde, deshalb unser Vaterland einst vielleicht seine Selbständigkeit einbüßen zu sehen."

Digitized by Google

Da tauchte noch einmal ein Hoffnungsschimmer auf. England erneuerte seinen Vorschlag, den schleswig-holsteinschen Streit auf einer Conferenz der Unterzeichner des londoner Vertrags von 1852 unter Theilnahme eines Vertreters des Deutschen Bundes zu schlichten, ein Beweis, daß sich der Bund doch nicht ganz ignorieren ließ. Am 14. April beschloß dieser der an ihn ergangenen Einladung Folge zu leisten und wählte, nachdem v. d. Pfordten abgelehnt hatte, auf Graf Rechbergs Empfehlung [1]) Beust mit 13 gegen 3 Stimmen zu seinem Vertreter. Um Alles zu vermeiden, was die Theilnahme des Bundes an den Conferenzen in Frage stellen könnte, stimmte Sachsen gegen den in Frankfurt gestellten Antrag, daß der Bundesgesandte besonders die Anerkennung des Herzogs Friedrich und die vollständige Trennung der Herzogthümer von Dänemark vertreten solle; jener wurde nur im allgemeinen instruiert, auf die Anerkennung der Rechte und die Sicherstellung der Interessen Deutschlands, des Bundes und der Herzogthümer, speciell auf die größtmögliche Selbständigkeit der letzteren hinzuwirken und bei allen wichtigen Berathungsgegenständen nach einer vorgängigen Verständigung mit Österreich und Preußen zu trachten. Nachdem Beust noch eine Deputation der holsteinschen Stände empfangen hatte, begab er sich nach London zu der am 21. April stattfindenden Eröffnung der Conferenz [2]).

Durch die Allgemeinheit der ihm ertheilten Weisungen sah sich Beust in die Nothwendigkeit versetzt, sich seine In-

1) weil, wie er sich vertraulich äußerte, Beust geschmeidiger, eitler und darum muthmaßlich verführbarer sei als v. d. Pfordten. Ebeling II, 161.

2) Von dem geschäftsleitenden Ausschuß des deutschen Abgeordnetentags zu Frankfurt aufgefordert, Verwahrung dagegen einzulegen, daß die Conferenzmächte berechtigt seien das Schicksal der Herzogthümer zu bestimmen, war die zweite sächsische Kammer zwar mit einer solchen Verwahrung an sich einverstanden, beschloß aber, um sich nicht von der Leitung des frankfurter Ausschusses abhängig zu machen, sich derselben nicht als Körperschaft sondern als einzelne Mitglieder anzuschließen und sie so dem Minister v. Beust zuzuschicken.

Digitized by Google

structionen gewissermaßen selbst zu geben und den Bund nur in fortwährender Kenntniß von seiner Handlungsweise zu halten. Ersteres that er mit einem Nachdruck, der auf den Verlauf der Conferenzen nicht ohne Einfluß blieb. Nicht durch die gleichen Rücksichten wie Österreich und Preußen gebunden, die sich nur langsam von der Basis des londoner Protokolls entfernten, erklärte er, als jene das zum Glück auch von Dänemark zurückgewiesene Verlangen einer Personalunion stellten, die Mehrheit des Deutschen Bundes werde nie einer Abmachung beipflichten, die, unter welcher Form es auch sei, eine Verbindung zwischen den Herzogthümern und Dänemark wiederherstelle. Auf besondern Wunsch des französischen Bevollmächtigten reiste Beust hierauf nach Paris um das kaiserliche Cabinet über den deutschen Standpunkt in der Herzogthümerfrage aufzuklären; er fand den Kaiser, der sich schon mit dem Gedanken trug dereinst die Mittelstaaten als Verbündete gegen Preußen zu benutzen und es darum ganz gern sah, wenn der durch Deutschland gehende Riß durch die vorliegende Frage sich noch mehr erweiterte, sehr zuvorkommend und dem Triasgedanken geneigt. Aber unterdessen waren auch die deutschen Großmächte auf den Standpunkt der Mittelstaaten hinübergetreten. In der Sitzung vom 28. Mai sagten sie sich offen vom londoner Protokoll los und verlangten die vollständige Trennung der Herzogthümer von Dänemark und ihre staatliche Vereinigung unter dem Erbprinzen von Augustenburg. Ohne Verzug schloß sich Beust ihnen an und am 2. Juni billigte die Bundesversammlung die von ihm im Einvernehmen mit Österreich und Preußen abgegebenen Erklärungen, um dadurch, wie er gerathen, auf indirecte Weise ihren Ausspruch über die Erbfolgefrage zu thun. England und Frankreich proponierten nun eine Theilung Schleswigs, die aber in Dänemark so wenig Beifall fand wie in Deutschland. Beide sächsische Kammern erklärten (22. Juni) einstimmig dieselbe, wenn ohne die freie und unzweideutig ausgesprochene Zustimmung des Volkes vorgenommen, für eine schwere Rechtsverletzung. In London eiferte Beust sehr entschieden gegen die Annahme, als

Digitized by Google

ob der König von Dänemark überhaupt etwas von Schleswig abtreten könne; der Bund nur könne demselben einen Theil davon überlassen; für den Fall einer Theilung verlangte er wenigstens Befragung nicht bloß des bei Deutschland verbleibenden sondern auch des eventuell an Dänemark fallenden Theils. Dank der dänischen Hartnäckigkeit gieng die Conferenz, 25. Juni, resultatlos auseinander. Beust verließ jedoch London nicht, ohne vorher in einem ausführlichen Schreiben an Lord Russell die von letzterem dem Parlamente vorgelegte Uebersicht über die Conferenzverhandlungen, die er bereits bei ihrer Verlesung für lückenhaft und unzutreffend erklärt hatte, zu vervollständigen und zu berichtigen [1]). Am 8. Juli traf er wieder in Dresden ein, vom Publikum lebhaft begrüßt, auch in den Kammern mit Ovationen empfangen. Damals stand Beust auf dem Gipfel seiner Popularität; aus allen Theilen Deutschlands kamen ihm anerkennende Kundgebungen; selbst der Gedanke eines Nationaldankes für ihn tauchte auf.

Aber es war das Los dieses Staatsmannes, daß seine Triumphe ebenso blendend für den Augenblick wie kurz von Dauer waren. Verstieß schon, daß die Bundesversammlung am 21. Juli auf Antrag Österreichs und Preußens den Erbprinzen zur Begründung seiner Successionsansprüche aufforderte, gegen Sachsens Ansicht, da es die Anerkennung derselben als bereits erfolgt betrachtete, so zog sich in Holstein über den Mittelstaaten noch ein viel drohenderes Gewitter zusammen. Unter dem Vorwande vorgekommener Angriffe auf preußische Wachtposten und Bedrohung der Lazarethe durch Hannoveraner ließ Prinz Friedrich Karl plötzlich am 21. Juli Rendsburg von 6000 Preußen besetzen. General v. Hake verzichtete mit seiner schwachen Garnison von vier Compagnien auf Widerstand und räumte die Festung. In Dresden rief diese Vergewaltigung die größte Bestürzung hervor. Der Kriegsminister eilte sofort nach Altona; die Kammern erklärten einstimmig

1) Staatsarchiv VII, Nr. 1665. Die Protokolle der londoner Conferenz ebendas., Nr. 1647—1659.

Digitized by Google

die durch Mißbrauch einer überlegenen Gewalt erfolgte Besetzung von Rendsburg für eine Verletzung der Rechte des Deutschen Bundes und eine Kränkung der Ehre deutscher Bundestruppen und legten gegen diesen von einer deutschen Bundesmacht vollzogenen Gewaltact Verwahrung ein. In Frankfurt aber ließ die Regierung die Erklärung abgeben: Eingedenk dessen, was sich seinerzeit in Altona begeben, nicht minder der Erfolglosigkeit ihrer damaligen Beschwerden, werde sie diese Vorgänge nicht zum Gegenstand eines Antrags machen sondern erwarten, welche Anregungen von seiten der nicht unmittelbar betroffenen Bundesregierungen geschehen würden; sie für ihren Theil werde sich durch die neueste schmerzliche Erfahrung nicht abhalten lassen die übernommene Verpflichtung getreu zu erfüllen, sei aber nicht minder entschlossen, bei einer abermaligen Zumuthung nur der Gewalt und nicht der Drohung zu weichen, und lehne im voraus die Verantwortung für alle daraus entstehenden Folgen feierlich von sich ab. Aber dieser Appell an das Ehrgefühl der anderen Mittelstaaten blieb ohne Antwort. So konnte Sachsen den wiener Frieden vom 1. August nur mit dem Gefühle schmerzlicher Resignation begrüßen, zumal der darin ausgesprochene Verzicht des Königs von Dänemark auf seine „Rechte" auf die Herzogthümer zu Gunsten Österreichs und Preußens den Bund mit neuen Beeinträchtigungen bedrohte. Auf der Stelle meldete daher die sächsische Regierung für die nächste Bundestagssitzung einen Antrag an, beide Mächte um eine beruhigende Erklärung deshalb zu ersuchen. Weil dies aber bei der Kürze der Zeit nur telegraphisch geschehen konnte, so nahm das Präsidium dies zum Vorwand um denselben als formell unzulässig zurückzuweisen, und da er weder bei den Regierungen noch bei der öffentlichen Meinung die gehoffte Unterstützung fand und die preußische Presse, die auch wegen einer von General v. Hake angeordneten Dislocierung einiger Truppen nach Lauenburg Lärm schlug, der sächsischen Regierung deshalb den Vorwurf der Undankbarkeit und unnöthiger, mit der Demokratie fraternisierender Opposition gegen die Vormächte machte, so ließ

Digitized by Google

sie ihn lieber fallen und beschränkte sich auf eine lebhafte Polemik im Dresdner Journal gegen den von der officiellen preußischen Publicistik verfochtenen Satz, daß die Großmächte kraft des Friedens befugt seien lediglich nach ihrem Belieben über die Herzogthümer zu verfügen. Daß die gothaer Partei jetzt zu ihrem alten Programm, Kleindeutschland unter preußischer Führung, zurückkehrte, zog ihr von der Regierungspresse die neue Ankündigung offenen Krieges zu. Dürftig, ja fast spöttisch war die wegen Rendsburgs geleistete Genugthuung: Preußen erklärte in der zur Regelung der dortigen Besatzungsverhältnisse niedergesetzten Commission, in welcher Sachsen durch Oberst v. Fabrice vertreten war, daß es gegen die Rückkehr der Bundestruppen durchaus nichts einzuwenden habe, worauf am 27. November ein Bataillon Hannoveraner und zwei Compagnien Sachsen feierlich wieder einrückten und einen besonderen Stadttheil besetzten.

Der bisherige Verlauf der schleswig-holsteinischen Sache zeigte unwiderleglich, daß der Verlaß der Mittelstaaten auf Österreichs oft gepriesene Bundestreue ganz trügerisch sei, daß diese eben nur so weit reiche, wie es für seinen augenblicklichen Vortheil für gut finde; zugleich aber stellte er auch die Impotenz der Mittelstaaten, ihre Unfähigkeit den Triasgedanken zu verwirklichen und es dem vereinten Willen der beiden Großmächte gegenüber zu einem selbständigen und geschlossenen Handeln zu bringen außer allen Zweifel. Aber die Lehre war für sie verloren und diese Regierungen, deren Können mit ihrem Willen so wenig Schritt hielt, büßten dafür mit neuen Demüthigungen. Die verwickelte Erbfolgefrage spottete aller ihrer Versuche eine befriedigende Lösung aufzufinden, da Preußen bereits entschlossen war sich in den Herzogthümern zu behaupten. Beust conferierte auf der Rückreise aus Gastein in Wien ebenso eifrig als erfolglos mit Graf Rechberg über die deshalb von Bismarck gemachten Vorschläge, bis Rechbergs Rücktritt diese Unterhandlungen auf mehrere Wochen ins Stocken brachte. Diese Pause benutzte Bismarck um Holstein dem Bunde vollends aus den Händen zu winden. Die aus

Digitized by Google

Schleswig abziehenden Preußen machten plötzlich in Holstein Halt; mit Berufung auf Art. 13 der Executionsordnung richtete Preußen an Sachsen „das bundesfreundliche Ersuchen", die Bundestruppen unverzüglich aus den Herzogthümern zurückzuziehen. Die überraschte sächsische Regierung erklärte sich nicht für ermächtigt ihren Auftrag ohne Bundesbeschluß als erledigt zu betrachten; da aber aus Berlin das Verlangen in dringendster Form wiederholt wurde, so brachte sie die Sache, 29. November, an den Bund, der auf Baierns Antrag dem General Hake die Weisung ertheilte bis auf weitere Instructionen in seiner bisherigen Stellung zu verbleiben. Am 5. December wurde ein österreichisch-preußischer Antrag, die mit dem Frieden gegenstandslos gewordene Execution für beendet zu erklären und Sachsen und Hannover um Zurückziehung ihrer Truppen und Abberufung der Bundescommissare zu ersuchen, gegen die Stimmen von Baiern, Sachsen, Würtemberg, Hessen-Darmstadt, der 12. und 13. Curie angenommen; am 7ten übergaben die Bundescommissare die Verwaltung von Holstein und Lauenburg an die Civilcommissare Österreichs und Preußens. Die sächsischen Truppen aber kehrten „um jede Collision auf preußischem Gebiete zu vermeiden" auf weitem Umwege über Kassel, Lichtenfels und Hof in die Heimat zurück, eine dem Staate wie dem Heere bereitete Selbstdemüthigung, die nur aus der leidenschaftlichen Gereiztheit, welche in Dresden gegen Preußen herrschte, erklärbar wird.

Nunmehr eröffnete Bismarck offen den Kampf gegen die Mittelstaaten, der seine endliche Entscheidung erst auf den Schlachtfeldern von Königsgrätz, Kissingen und Aschaffenburg fand. Am 6. December that er mit Bezug auf die Abstimmung des vorigen Tages den Regierungen der Minderheit zu wissen, daß Preußen unter keinen Umständen gewillt sei, Übergriffe in die Befugnisse zu dulden, die es in Gemeinschaft mit Österreich durch den Frieden vom 30. October erworben habe; sollte es je gelingen eine Majorität des Bundestages für dergleichen zu stimmen, so würde er das für einen Bundesbruch erkennen und dann nur noch aus seinen Pflichten als Groß-

Digitized by Google

macht die Regeln für sein ferneres Verhalten entnehmen. Drei am 13. December nach München, Dresden und Stuttgart gerichtete Noten predigten der Ohnmacht der Mittelstaaten womöglich noch unumwundener die Nothwendigkeit sich unter den Willen des Mächtigeren zu beugen, während er gleichzeitig in Wien die Solidarität der conservativen Interessen zwischen Österreich und Preußen gegen das von letzterem in den Übergriffen der Mittelstaaten bekämpfte parlamentarische, revolutionäre Princip anrief. Allein Rechbergs Nachfolger Graf Mensdorf, eben im Begriff sich dem gemißhandelten Bundestage mehr zu nähern, begehrte eine streng bundesmäßige Lösung der Erbfolgefrage; erst als Preußen vor jeder Entscheidung über diese auf Feststellung seines eigenen künftigen Verhältnisses zu den Herzogthümern, und zwar mit Ausschluß des Bundes nur auf dem Wege der Verhandlung zwischen Wien und Berlin bestand, nannte er (21. December) den Preis, um den in Wien die Einwilligung in die Annexion samt Bund und Bundesrecht feil war, nämlich ein Äquivalent für Österreich in Deutschland. So lange er auf dessen Gewährung hoffte, hielt er Beust und Pfordten, die zu Bamberg einen neuen Operationsplan zu Gunsten des Herzogs Friedrich verabredet hatten, von jedem einseitigen Schritte durch die Versicherung zurück, Preußens Begehrlichkeit energisch entgegentreten zu wollen, und erst nachdem dieses jedes Äquivalent bestimmt abgelehnt und einfach die Alternative: entweder Annexion oder bundesstaatliche Unterordnung der Herzogthümer unter Preußen, gestellt hatte, fiel er wieder auf den Bund zurück. Am 27. März stellten Baiern und Sachsen statt des in Bamberg vereinbarten Antrags im Einverständniß mit Österreich einen anderen, etwas gemilderten: daß die Vormächte nunmehr Holstein dem Erbprinzen in eigene Verwaltung übergeben und bezüglich der wegen Lauenburgs getroffenen Vereinbarungen der Bundesversammlung Eröffnung machen möchten, der am 6. April gegen sechs Stimmen angenommen wurde, aber die Sache so wenig von der Stelle brachte wie ein weiterer am 27. Juli eingebrachter Antrag auf Einberu-

Digitized by Google

fung der Volksvertretung in den Herzogthümern und Aufnahme Schleswigs in den Bund, für welchen Fall Sachsen und Hannover auf die Executionskosten zu verzichten erbötig waren. Preußen beharrte auf der Annexion, Österreich, jetzt mit den Mittelstaaten ausgesöhnt, auf dem Widerstand dagegen, und während die deutschen Sangesbrüder auf dem Sängerfest zu Dresden (22.—26. Juli) von des Vaterlandes Einheit sangen, rückte die Eventualität, daß das Schwert den unlösbaren Knoten werde durchhauen müssen, immer näher. Da fiel Österreich, von Bismarck überlistet, nochmals von der Bundespolitik ab und die Condomini verständigten sich über den Bund hinweg unter sich. Was sollten nunmehr die abermals von Österreich so schnöde im Stiche gelassenen Mittelstaaten beginnen? Es half nichts, daß Beust Mitte Juli mit v. d. Pfordten in Leipzig conferierte; der letztere hatte weder Lust sich Beust, dessen Streben nach der Führung der Mittelstaaten ihm schon lange unbequem war, unterzuordnen, noch getraute er sich es mit Preußen oder mit Österreich ganz zu verderben. Hierauf eilte Beust (7. August) nach Wien um womöglich noch das abtrünnige Österreich vor seinem Verführer zu retten, aber man hatte in der Hofburg weder für den Fall eines Bruchs große Zuversicht zu Baierns und Sachsens militärischer Hilfe noch Sympathien zu Regierungen, die, wie Bismarck gesagt hatte, sich in ihren Entschließungen von den Manifestationen ihrer Landesvertretungen oder politischen Vereine beeinflussen ließen. Von hier begab sich der unermüdliche Staatsmann in Begleitung des sächsischen Gesandten am brittischen Hofe, Grafen Vitzthum, nach München, wo sich außer dem würtembergischen Minister v. Varnbühler zufällig auch der sächsische Gesandte am Tuilerienhofe, v. Seebach, auf der Durchreise einfand, sprach in Possenhofen den dort verweilenden König Johann, in Gastein den König von Preußen, aber das Geschehene war nicht mehr rückgängig zu machen. Am 24. August legten Österreich und Preußen den gasteiner Vertrag beim Bunde vor; gleich anderen verwahrte auch Sachsen seine Erbrechte auf Lauenburg, dann aber verlangten Baiern

Digitized by Google

und Sachsen im holsteinischen Ausschusse sofortige Berichterstattung über ihren Antrag vom 27. Juli, allein die Bundesversammlung ließ sich von den Vormächten ihre Vertagung bis zum 26. October aufnöthigen.

Der Groll der ohnmächtigen Mittelstaaten ergoß sich in den heftigsten Vorwürfen und Anschuldigungen, von denen ihre Blätter überflossen; eine Beschwerde des österreichischen und preußischen Gesandten in Dresden über die feindselige Sprache der sächsischen Regierungspresse beantwortete Beust bei Gelegenheit einer Verwahrung gegen die des Abgeordnetentags halber von den Vormächten an den frankfurter Senat erlassene Drohnote mit Gegenanklagen wegen des von der Presse der Großmächte angeschlagenen Tons [1]). Der Weg von feindseligen Worten zu feindseligen Thaten war nicht mehr weit, nur daß die Mittelstaaten, noch von der Erinnerung an den Tag von Olmütz beherrscht, durch die gasteiner Convention in dem Irrthume bestärkt, als ob es Bismarck nicht über Einschüchterungsversuche hinausbringen werde, und durch die inneren Zerwürfnisse in Preußen über die Widerstandskraft dieser Macht nach außen getäuscht, darauf bauten, daß im entscheidenden Augenblicke Preußen doch schließlich nachgeben werde. Und doch stand in Berlin der Entschluß zum Äußersten bereits fest. Zu Biaritz hatte sich Bismarck der Neutralität Frankreichs versichert; Italien zu gewinnen boten die Verhandlungen wegen eines Handelsvertrags mit dem jungen Staate eine günstige Gelegenheit.

Die sächsische Regierung gerieth durch diese letzteren in neue Verlegenheit. War auf der einen Seite die Wichtigkeit eines solchen Vertrags für die sächsische Industrie nicht zu ver-

1) Depesche an die sächsischen Gesandten in Wien und Berlin vom 11. October: „Dem von dem preußischen Gesandten ausgesprochenen Wunsche, daß auf eine Milderung der Anfeindungen hingewirkt werde, pflichte ich gern bei, aber bevor ich dem Vorwurfe Rede stehe, Preußen feindlichen Tendenzen nicht entgegenzutreten, habe ich zu erwarten, daß in Preußen den Sachsen vernichtenden Tendenzen gesteuert werde." Staatsarchiv IX, Nr. 2032.

Digitized by Google

kennen, so empörte sich doch auf der anderen das dynastische Gefühl gegen die darin enthaltene Anerkennung des neuen Königreichs und damit zugleich der Depossedierung der übrigen italienischen Fürsten, meist naher Verwandter des sächsischen Königshauses. Als Ausweg schlug daher Beust eine Modalität vor, nach welcher die Frage der Anerkennung des Königreichs durch den Handelsvertrag unberührt bleiben sollte; da er aber damit keinen Anklang fand, so ließ die sächsische Regierung, halb dem Drängen ihrer Industriellen nachgebend, halb in Unmuth über Österreichs bundeswidrige Haltung und die Willenlosigkeit des Bundes [1]), ihre Bedenken fallen und unterzeichnete am 31. December gleich Preußen, Baiern und Baden den Handelsvertrag in der von Italien verlangten Fassung.

Nach Ablauf der Bundestagsferien machten Baiern, Sachsen und Hessen-Darmstadt noch einen letzten Versuch, die Autorität des Bundes in der holsteinschen Sache zur Geltung zu bringen, aber auch diesmal behaupteten Österreich und Preußen mit ihrer Verschleppungspolitik das Feld (4. November). Schmerzlich resigniert gaben hierauf die Antragsteller die Erklärung ab, daß sie unter diesen Umständen ihre Aufgabe in dieser Angelegenheit innerhalb der Bundesversammlung als abgeschlossen betrachten und sich auf eine laute und entschiedene Verwahrung gegen jede widerrechtliche Abmachung beschränken würden. Bismarcks Absicht, Österreich mit dem Bunde zu entzweien, war vollständig erreicht. Mit Beginn des Jahres 1866 brach in Holstein der offene Zwist zwischen den Großmächten selbst aus; der Krieg war nur noch eine Frage der Zeit.

1) Depesche v. Beusts an den sächsischen Bundestagsgesandten v. Bose, 21. November 1865: „Sachsen habe bewiesen, wie es stets, namentlich in Fragen der äußeren Politik, sich dem Bunde unterzuordnen gewohnt sei. Diese Entäußerung des eigenen Handelns könne aber vor dem eigenen Lande nur dann gerechtfertigt werden, wenn die Bundesversammlung einen bestimmten Willen äußere. Wo aber dazu gar keine Aussicht sei, könne den einzelnen Staaten nicht zugemuthet werden, diejenigen Entschließungen zu beanstanden, zu denen das Interesse des eigenen Landes sie auffordere" Staatsarchiv IX, Nr. 1999 ff.

Digitized by Google

Am 16. März erließ Österreich an die ihm befreundeten deutschen Höfe eine vertrauliche und lange geheim gehaltene Depesche, welche unter Hinweis auf die immer gefährlicher werdende Lage für den Fall, daß eine an Preußen zu richtende Anfrage wegen dessen Rüstungen nicht befriedigend ausfallen würde, eine Anrufung des Bundes in Aussicht stellte und die sofortige Mobilisierung des 7. bis 10. Bundesarmeecorps verlangte. Aber die Mittelstaaten wollten erst Gewißheit haben, daß ihnen nicht zugemuthet werde etwa für ein bloß österreichisches Interesse einzustehen und vorher über Österreichs Stellung zum Bunde klar sehen. Verdrießlich über diese Zurückhaltung benachrichtigte sie das wiener Cabinet, es werde, da Bismarck jede kriegerische Absicht verneint habe, jener Depesche vorläufig keine Folge geben. Aber am 24ſten schon zeigte Preußen den deutschen Regierungen an, daß es durch die österreichischen Rüstungen sich genöthigt sehe ebenfalls zu rüsten, und verband damit die Anfrage, ob und in welchem Umfange es, da das Bundesrecht in einem großen Conflicte keinen Anhalt biete, im Falle es von Österreich angegriffen oder durch unzweideutige Drohung zum Kriege genöthigt würde, auf ihre Unterstützung rechnen könne; die Rücksicht auf die eigene Sicherheit nöthige es aber auch sich gegen die Wiederkehr österreichischer Gefährdungen zu schützen, woraus sich sowohl im Interesse Preußens als auch Deutschlands die Nothwendigkeit der Bundesreform ergebe. Beusts Antwort (6. April) suchte den Hauptpunkt zu umgehen: „Da Österreich jede aggressive Absicht auf das feierlichste verneine und dabei zugleich seinerseits die strengste Beobachtung der jede Selbsthilfe ausschließenden Bundesgesetze verbürge, so erübrige nur, daß auch Preußen eine sicherstellende Erklärung gebe, damit die beiderseitige Einstellung der Rüstungen einem Zustande ein Ende mache, der bereits schwer auf Verkehr und Gewerbe drücke. Das Bedürfniß einer Reform der Bundesverfassung habe die sächsische Regierung wiederholt anerkannt, allein der Augenblick des häuslichen Zwistes sei nicht der, wo die Familie ein neues Haus baue. Die jetzige Lage erheische nichts als die Anwendung der bestehenden Bundesgesetze, Preußen

Digitized by Google

brauche sich nur an den Bund zu wenden, dort werde Sachsen dafür stimmen, daß dem Angreifer entgegengetreten werde." [1])

Am 9. April brachte Preußen seinen Antrag auf Berufung eines aus directen Wahlen und allgemeinem Stimmrecht hervorgehenden Parlaments behufs Vorlage des Bundesreformprojects ein. Es verlegte damit den Streit auf ein ganz anderes Feld, die Mittelstaaten aber wurden dadurch in dem Wahne bestärkt, daß es Preußen nur noch um Verbergung seines Rückzugs zu thun sei. Um daher dem preußischen Antrage jede ihnen bedenkliche Tendenz zu nehmen, kamen auf v. d. Pfordtens und Beusts Einladung die Minister von neun Bundesstaaten am 20. April in Augsburg zusammen; man einigte sich hier denselben als Basis anzunehmen, man verpflichtete sich aufs feierlichste, in der deutschen Frage nur in gegenseitiger Übereinstimmung zu handeln. In diesem Sinne gab Sachsen bei der Abstimmung über den preußischen Antrag am 21. April die Erklärung: es sei, wenn auch nicht mit der Motivierung desselben einverstanden, doch weder gegen eine alsbaldige Verständigung über eine Verbesserung der Bundesverfassung noch gegen die Vorlage eines unter den Regierungen zu vereinbarenden Reformentwurfs an eine nationale Vertretung. Da mit einemmale wurden alle Hoffnungen auf Erhaltung des Friedens durch zwei unvorhergesehene Zwischenfälle wieder zerstört. Erstens belehrte Preußen die Bundesregierungen in einer Circulardepesche vom 27. April, daß es keineswegs die Einbringung eines vollständigen Reformplans beabsichtige sondern denselben erst dann vorlegen werde, wenn der Zusammentritt des Parlaments gesichert sei, da sonst nach den bisherigen Erfahrungen keine Aussicht auf Einigung zwischen den Regierungen sei; die Bestimmung des Termins für die Parlamentseröffnung vor Beginn der Regierungsverhandlungen sei der Kern des Antrags vom 9. April, mit der Ablehnung dieser Frage würde die Bundesreform überhaupt thatsächlich abgelehnt sein. Sodann kam die Weigerung Österreichs, auch

1) Staatsarchiv X, Nr. 2252.

Digitized by Google

gegen Italien, seit 10. April Preußens Bundesgenossen, die Rüstungen einzustellen. Der Krieg war unvermeidlich geworden.

Von den Mittelstaaten war Sachsen unstreitig derjenige, der, mehr noch als durch seine geographische Lage durch die Consequenzen seiner bisherigen Politik dazu getrieben, diese Eventualität am schärfsten ins Auge gefaßt hatte. Während die übrigen in kläglicher Rath- und Kopflosigkeit hin- und herschwankten, war man sich in Dresden sehr wohl bewußt, was auf dem Spiele stehe. Die Schlagfertigkeit des Heeres ließ Dank der trefflichen Verwaltung des Kriegsministers v. Rabenhorst nichts zu wünschen [1]). Sachsen war daher auch unter den Mittelstaaten der erste, der militärische Vorkehrungen traf, zunächst in geringem Umfange. Die Rekruten wurden statt für April schon für den 18. März eingezogen, die Artillerie und Infanterie rief ihre Beurlaubten ein; die nöthigen Mittel wurden, um nicht schon jetzt durch Berufung des Landtags den Schein einer Provocation auf sich zu laden, auf Verantwortung des Finanzministers gezahlt. Erst nachdem in Österreich die Mobilisierung der Artillerie begonnen hatte, nahmen auch in Sachsen, 26. April, die Pferdeeinkäufe ihren Anfang, wurden aber auf die Nachricht, daß Österreich entwaffnen wolle, wieder eingestellt, auch Befehl gegeben die Infanterie auf den gewöhnlichen Etat zurückzubringen. Am 28sten aber übergab der preußische Gesandte v. d. Schulenburg

1) Anfang 1866 bestand die sächsische Armee auf dem Friedensfuße aus 20 Bataillonen Infanterie in 4 Brigaden und einer Jägerbrigade, 20 Schwadronen Reiterei in 4 Regimentern, 1 Fußartillerieregiment zu 10 Batterieen in 3 Brigaden und 1 reitenden Artilleriebrigade zu 2 Batterieen, 1 Pionier- und 1 Pontonierabtheilung. Die Infanterie war mit dem österreichischen Lorenzgewehr bewaffnet; die Dienstzeit sechsjährig und 2 Jahre Kriegsreserve; eine zweite Reserve, die Dienstreserve, war aus den zeitweilig wegen Mindertüchtigkeit, Untermäßigkeit oder als Familienernährer Zurückgestellten gebildet. — „Der Antheil des königlich sächsischen Armeecorps am Feldzuge 1866, nach den Feldacten des Generalstabs" (Dresden 1869), S. 7.

Digitized by Google

eine sehr ernsthafte Sommation mit Bezug auf die bisherigen Rüstungen; würden die verlangten Aufklärungen nicht in befriedigender Weise gegeben und die Rüstungen nicht abgestellt, so drohte Preußen mit entsprechenden militärischen Maßregeln. Daraufhin wurden die Rüstungen sofort aufs neue angeordnet. Beusts Antwort (vom 29. April) erklärte die unbedingte Neutralität fortdauernd für das Programm der sächsischen Regierung; da aber die Innehaltung derselben im Fall eines Krieges zwischen Preußen und Österreich nach dem eigenen Eingeständniß des preußischen Gesandten sehr schwierig, ja unmöglich sei, so müsse sich Sachsen angesichts der Truppenansammlungen längs seiner Grenze in die nöthige Verfassung setzen um dieselbe zu bewahren und um dem von ihm anzurufenden Bunde nicht wehrlos sondern gerüstet sich zur Verfügung stellen zu können. Dennoch seien ihre Vorsichtsmaßregeln auf ein sehr geringes Maß beschränkt geblieben und darum sei sie durch jene Eröffnung um so mehr überrascht worden, als sie bisher der Meinung gewesen, daß sie einer Beruhigung bedürfe, nicht sie zu ertheilen habe [1]). Beusts Frage, ob unter den von Preußen in Aussicht gestellten Maßregeln nur solche zu verstehen seien, welche sich innerhalb der preußischen Grenze bewegten, glaubte der preußische Gesandte für seine Person bejahen zu können. Die ertheilte Aufklärung wurde jedoch in Berlin nicht als befriedigend angesehen und Bismarck brach daher den Schriftenwechsel ab.

Angesichts dieser sehr ernsten Wendung unternahm es nunmehr die sächsische Regierung den Bund gegen Preußen in Bewegung zu setzen; sie stellte am 5. Mai den Antrag, ungesäumt Preußen darum anzugehen, daß durch geeignete Erklärung dem Bunde mit Rücksicht auf Art. 11 der Bundesacte volle Beruhigung gewährt werde. Obgleich der preußische Gesandte nochmals die Priorität der Rüstungen Österreich und Sachsen zuschob und daraus die Pflicht des Bundes ableitete diese zur Abrüstung zu veranlassen, da im entgegen-

1) Staatsarchiv X, Nr. 2262.

Digitized by Google

gesetzten Falle Preußen nur die Pflicht der Selbsterhaltung für sich als maßgebend erachten könne, so entschied dennoch der Bund gegen Preußen, indem er den Antrag gegen vier Stimmen annahm [1]). Auch die zu Augsburg versammelt gewesenen Minister traten am 13. Mai zu einer neuen Conferenz in Bamberg zusammen. Wie immer, so giengen auch diesmal die Ansichten weit auseinander; der hessische Minister v. Dalwigk wollte Bundesexecution gegen Preußen, der badische v. Edelsheim bewaffnete Neutralität. Allein Beiden widersprachen v. d. Pfordten und Beust entschieden; sie überredeten vielmehr die Versammelten, der einzig richtige Weg sei ein nochmaliger Versuch zu friedlicher Ausgleichung, schlüge dieser fehl, gemeinsame Action gegen den Angreifer. Darauf hin brachten sie am 19. Mai am Bunde einen Antrag auf gleichzeitige Abrüstung sämtlicher Bundesglieder ein, Sachsen erklärte überdies sogleich seine Bereitwilligkeit dazu, sobald Preußen und Österreich sich darüber geeinigt haben würden. Der Antrag wurde am 24ſten einstimmig zum Beschluß erhoben, der aber dadurch, daß beide Mächte die Abrüstung an bestimmte Bedingungen knüpften, ganz wirkungslos gemacht wurde.

Die sächsische Regierung hatte sich fortwährend den Anschein gegeben, für Erhaltung des Friedens thätig zu sein; aber die Art, wie sie dies that, hieß nur den Krieg herbeiziehen. Denn abgesehen von der formalen Rechtsfrage war die unabläßige Hervorkehrung des bundesmäßigen Standpunktes, eben weil er den Mittelstaaten ein ihr reales Machtverhältniß übersteigendes Gewicht verlieh, schon an und für sich gegen Preußen gerichtet und auf dessen Niederhaltung berechnet und insofern hatten die Anklagen der preußischen Presse gegen den sächsischen Ministerpräsidenten, der von ihr geradezu als der intellectuelle Urheber der gegenwärtigen Krisis hingestellt wurde, eine gewisse Berechtigung. Jener angebliche bundesmäßige Standpunkt enthielt aber selbst eine factische Unmöglichkeit bei einem zwischen den

1) Staatsarchiv XI, Nr. 2270. 2272.

Digitized by Google

beiden Großmächten ausbrechenden Kriege, und der von Beust aufgestellte Satz, daß in solchem Falle der Bund dem angegriffenen Theile mit ganzer Macht beizuspringen habe, konnte einzig und allein die Bedeutung haben, daß die Bundeshilfe Österreich zu Theil werden solle; Bundestreue war nur ein anderer Ausdruck für Anschluß an Österreich, wie denn auch der bamberger Beschluß nicht wenig dazu beigetragen hatte die Kriegslust Österreichs zu steigern. Denn eben Preußen galt als der Angreifer und war es auch in dem Sinne, als es die seine naturgemäße Entwickelung unterbindende Fessel des alten Bundes um jeden Preis zu sprengen entschlossen war. Daß aber der Bund die deutsche Einheit darstelle, darstellen könne, war nichts als eine Fiction. Das nationale Interesse stand jetzt so wenig auf seiten des Bundes wie hundertundzehn Jahre früher auf Seiten des Reichs. Eines förmlichen Bündnisses mit Österreich, dessen damals die sächsische Regierung fast allgemein beargwöhnt wurde, bedurfte es bei dieser Sachlage gar nicht, die Dinge selbst machten sie zur Verbündeten Österreichs. Das aber, worauf sie sich in dem bevorstehenden Kampfe verließ, war ebenfalls nicht der Bund, von dem Beust so geringschätzig dachte wie irgend wer, sondern er wie die Mittelstaaten überhaupt und wie ziemlich ganz Europa mit ihnen überschätzten Österreichs Kraft und unterschätzten die Preußens; für den Nothfall verließen sie sich darauf, daß das Ausland eine Zertrümmerung des Bundes nicht geschehen lassen werde [1]).

Was die Stimmung des Landes betraf, so war dieselbe unverkennbar im allgemeinen den Tendenzen der preußischen Politik, der äußeren wie der inneren, abgeneigt, ein großer, ja wohl der überwiegende Theil der Bevölkerung billigte die Haltung der Regierung; hatte ja eine jahrelang geübte systematische Abtödung des politischen Sinnes dieselbe gewöhnt nur passive Zuschauerin dessen, was die Regierung that, zu sein. Um so unangenehmer berührte der unverhohlene Gesinnungsausdruck der Stadt Leipzig, welche durch ihre Behörden an die Regierung

1) Vgl. die Äußerungen Beusts bei Ebeling II. 340.

Digitized by Google

die Bitte stellte, jede Maßregel, die als Kriegsrüstung gedeutet werden könnte, sofort rückgängig zu machen oder zu dementieren; dieselbe wurde mit einer scharfen Rüge wegen Competenzüberschreitung und der sich darin aussprechenden Gesinnung beantwortet, Gegendemonstrationen der Großdeutschen im Bunde mit der sogenannten Volkspartei mit sichtlicher Befriedigung begrüßt. Auf das ernstlichste verwahrte sich die Regierung in ihrem Organe dagegen, daß man ihr die Rolle des geflissentlichen Friedensstörers zuschieben wolle und ihren vorsorglichen Maßregeln einen provocatorischen Charakter beilege; sie appellierte an die besonnene und vertrauensvolle Haltung der Bevölkerung, die sie beim Hinblick auf die gedeihliche Entwickelung der letzten zehn Jahre, auf die milde Handhabung der Preß-, Vereins- und Versammlungsgesetze zu erwarten berechtigt sei.

Die Regierung konnte nun nicht mehr zögern die Stände zu einem außerordentlichen Landtage einzuberufen um sich die finanziellen Ermächtigungen ertheilen zu lassen, welche die Lage, vor allem auch der durch die plötzlichen Kriegsaussichten bedrohte Zustand des Handels und der Gewerbe erheischte. Ein Rundschreiben Beusts an die Vertreter Sachsens an den deutschen Höfen bezweckte diesem Schritte jeden Schein einer Provocation zu nehmen [1]). In der Thronrede (28. Mai) bezeichnete der König die Erhaltung des Bundesfriedens und die Entscheidung der Streitfrage auf bundesrechtlichem Wege nach wie vor als die Zielpunkte seiner Politik, aber mit militärischen Maßregeln bedroht habe er nicht nur den Bund um seine Vermittlung angegangen sondern auch sein Heer unter die Waffen gerufen, „denn auch der Mindermächtige würde sich entehren, wenn er unberechtigten Drohungen nicht mit männlichem Muthe entgegenträte", Worte, denen langanhaltender

1) Staatsarchiv XI, Nr. 2292. — Die Universität entsendete statt ihres bisherigen Vertreters, des für großdeutsch geltenden Professors Ahrens einen Mann des Friedens, den Theologen Kahnis, in die erste Kammer.

Digitized by Google

Beifall folgte. Den Kern der Verhandlungen bildete, wie natürlich, die politische Frage. Auf Grund der ihr von der Regierung ertheilten Zusicherungen, welche die Hoffnung rechtfertigten, daß Sachsen die unmittelbare Theilnahme am Kriege erspart werden, die Regierung sich auf den Standpunkt absoluter Parteilosigkeit zurückziehen würde, empfahl die Deputation der zweiten Kammer in ihrem von Mammen verfaßten Berichte die Einwilligung der für die Rüstungen geforderten Summe, nur knüpfte sie dieselbe an drei Bedingungen, mit denen sich auch die Regierung einverstanden erklärte: daß nämlich Sachsen weder für Österreich noch für Preußen einseitig Partei nehme, daß es auf schleunige Berufung eines deutschen Parlaments und die Anordnung der Wahlen dazu in ganz Deutschland hinwirke und daß die schleswig-holsteinsche Frage nur gelöst werde unter Mitwirkung des Parlaments. Auch die Verhandlung in der Kammer selbst (5. Juni) ließ, bei verschieden abgestufter Animosität gegen Preußen, ein fast allseitiges Einverständniß mit dem bisherigen Verhalten der Regierung erkennen, nur wenige Redner hielten dieselbe für nicht ganz frei von dem Vorwurfe zu großer Hinneigung zu Österreich. Beust hatte daher leichten Stand; mit dem Schein vollkommenster Offenheit legte er die Correctheit seiner Politik dar, bestätigte, daß kein Bündniß mit Österreich existiere, und bestritt die Vorzeitigkeit der sächsischen Rüstungen [1]).

Ungleich kriegerischer war die Stimmung in der ersten Kammer, so daß Beust hier nur zum Dank für ihre patriotische Hingebung das Wort zu nehmen brauchte. In Betreff des Parlaments constatierte er, daß er bereits durch die londoner Conferenz zu der Überzeugung von dessen Nothwendigkeit ge-

1) „Wenn", sagte er, „die Regierung einer Großmacht es nicht unter ihrer Würde hält, die Aufstellung einer ganzen Armee vor Deutschland, ja vor ganz Europa damit zu erklären, daß in einem kleinen deutschen Staate einige Rekruten einberufen und einige Pferde gekauft worden sind, so halten wir es unter unserer Würde, nachdem wir jener Behauptung widersprochen und sie mit Belegen zurückgewiesen haben, auf die Wiederholung dieser Behauptung Antwort zu geben."

Digitized by Google

kommen sei, damals aber mit dem Hinweis darauf weder in Wien noch in Berlin Eingang gefunden habe. Auch die Kammern, die bis dahin den oft wiederholten Antrag auf Berufung eines deutschen Parlaments niemals auch nur zur Verhandlung hatten kommen lassen, stimmten demselben jetzt im Augenblick der Noth einhellig bei. Ferner ermächtigten die Stände die Regierung, zur Bestreitung des erforderlichen außerordentlichen Aufwandes die Cassenbillets auf 10,781000 Thlr. zu vermehren und Handdarlehne zu 5% (später zu 6%, im Ganzen 6,553800 Thlr.) aufzunehmen.

Die Darlegungen, welche Beust den Kammern gab, enthielten nicht die volle Wahrheit; daß aber die Stände sich so leicht täuschen ließen, zeigte nur, daß sie nicht enttäuscht sein wollten. Die Maßnahmen der sächsischen Regierung, die sich angeblich in den Grenzen der Neutralität bewegten, enthielten unverkennbar eine Parteinahme für Österreich. Die ursprüngliche Absicht gieng dahin, die Armee, zu deren Höchstcommandierenden am 19. Mai der Kronprinz ernannt worden war, in der Gegend von Annaberg zu concentrieren um sie im Fall einer preußischen Invasion, ehrenhalber jedoch nicht ohne jeden Widerstand, aus dem Lande zu ziehen und an die der übrigen Mittelstaaten, insbesondere Baierns, anzuschließen. Allein, da Baiern zögerte Truppen in der Nähe der sächsischen Grenze aufzustellen, anderseits ein Marsch aus dem Erzgebirge nach Baiern durch die bei Zeiz und Weißenfels sich sammelnden preußischen Streitkräfte in der Flanke bedroht wurde, so zog man vor die Armee bei Dresden zusammenzuziehen, was neben dem Vortheil, Land und Hauptstadt nicht von vornherein aufgeben zu müssen, die Bergung des Staatseigenthums, einen ungefährdeten Rückzug nach Böhmen und von hier die Vereinigung sei es mit der bairischen oder mit der österreichischen Armee gestattete. Die Avantgarde unter Generalleutnant v. Fritsch nahm ihre Aufstellung hinter der Triebisch, das Gros unter Generalleutnant v. Stieglitz in und bei Dresden, die Reserve unter Generalleutnant v. Schimpff hinter dem plauenschen Grunde. Da aber der Hauptangriff vom rechten

Digitized by Google

Elbufer her zu drohen schien, so wurde die Avantgarde nebst sämtlichen vier Reiterregimentern am 30. Mai dorthin, hinter die Röderlinie, gezogen. Am 8. Juni war die Mobilisierung des Heeres beendigt; die Effectivstärke desselben betrug 32000 Mann mit 8800 Pferden und 68 Geschützen. Um den Anmarsch der Preußen zu verzögern waren Vorkehrungen zur Zerstörung der Elbbrücken bei Meißen und Riesa, der Eisenbahnen bei Priestewitz, Röderau, Löbau und Bautzen getroffen.

Gleichzeitig stellte sich aber bei den auf Baierns Einladung zu München abgehaltenen militairischen Berathungen mit voller Bestimmtheit heraus, daß weder von seiten der bairischen noch der anderen mittelstaatlichen Armeen auf eine rechtzeitige Mitwirkung zu rechnen sei. Dies entschied den Entschluß sich auf die österreichische Nordarmee zurückzuziehen. Mit dem in Dresden eingetroffenen Generalmajor v. Ringelheim wurden die Modalitäten des Marsches festgesetzt; der kaiserliche Oberstleutnant Beck nahm die bestimmte Erklärung mit zurück, daß Sachsen zum Kriege gegen Preußen mit Österreich entschlossen sei, sobald ein directer Angriff oder auch nur eine Überschreitung der sächsischen Grenze preußischerseits erfolge oder ein dahin zielender Bundesbeschluß vorliege [1]). Der Großherzog von Baden, welcher, 2. Juni, beim König von Sachsen persönlich einen Versuch zur Erhaltung des Friedens machte, gewann hier die Überzeugung von der Unvermeidlichkeit des Krieges; statt nach Berlin weiterzureisen gab er von Pillnitz aus die ersten Befehle zur Mobilisierung seiner Truppen.

Die Entscheidung nahte mit raschen Schritten. Am 10. Juni legte Preußen den deutschen Regierungen die Grundzüge einer neuen Bundesverfassung mit Ausschluß Österreichs und der Niederlande vor: das Meduſenhaupt der Mediatisierung starrte

1) Antheil des königlich sächsischen Armeecorps, S. 5 ff. — Österreichs Kämpfe im Jahre 1866, durch das k. k. Generalstabsbureau bearbeitet (1867—1869) I, 138.

Digitized by Google

den Mittelstaaten entgegen. Am 11ten stellte Österreich in Frankfurt den Antrag auf Mobilisierung des ganzen Bundesheeres mit Ausnahme des preußischen Contingents, weil Preußen durch das Einrücken seiner Truppen in Holstein thatsächlich den gasteiner Vertrag gebrochen habe, ein Antrag, dem jede sowohl formelle wie materielle Berechtigung abgieng. Seine Annahme war der Krieg. Auf eine in der Schlußsitzung des Landtags am 13. Juni gestellte Anfrage, zu welcher Abstimmung über denselben der sächsische Bundestagsgesandte beauftragt sei, lehnte Beust eine bestimmte Auskunft ab; nur so viel könne er sagen: die von Sachsen abzugebende Erklärung werde mit der Baierns im Einklang stehen. Unbegreiflicherweise beruhigte sich die zweite Kammer hierbei; selbst ein für den Fall einer ungenügenden Antwort von der liberalen Seite vorbereiteter Antrag unterblieb. Tags darauf wurde der Landtag durch Beust geschlossen [1]).

Um die nämliche Stunde nahm die Bundesversammlung mit zweifelhafter Majorität den österreichischen Antrag an. Eine einzige Stimme, also auch die Sachsens, hätte seine Verwerfung herbeigeführt. Sofort erklärte der preußische Gesandte den Bundesvertrag durch diesen Beschluß für gebrochen und erloschen und verließ die Versammlung. Nun folgte Schlag auf Schlag mit einer von Preußens Gegnern nicht geahnten Schnelligkeit und Energie. Am 15ten übergab der

1) „Es ist der Wille des Königs", sprach er, „daß ich, bevor Sie scheiden, an dieser Stelle und an Seiner Statt laut verkünde, was Sein Herz bewegt. Zunächst ist es das erhebende Gefühl, Sich einig zu wissen mit Seinem Lande, mit Seinem Volke, dem all Sein Dichten und Trachten mit inniger Liebe zugewendet ist. Alsdann ist es das Gefühl warmen Dankes gegen die Landesvertretung, welche mit patriotischer Hingebung die schwere Verantwortung des Augenblicks willig mit Ihm theilt und Ihm die Mittel geboten hat auszuharren auf dem Wege der Pflicht und der Ehre. Endlich ist es das Gefühl gottergebenen Vertrauens zu einer höheren Macht, die in ihrem unerforschlichen Walten Unrecht und Täuschung darum gewähren läßt, damit Recht und Wahrheit nur um so herrlicher daran erkennbar werden."

Digitized by Google

preußische Gesandte in Dresden ein Ultimatum, welches kategorisch die unverzügliche Erklärung darüber verlangte, ob der König von Sachsen gegen Gewährleistung seines Gebiets und seiner Souverainetät nach Maßgabe der Reformvorschläge vom 10. Juni durch Preußen ein Bündniß mit dieser Macht unter der Bedingung schließen wolle, daß die sächsischen Truppen sofort auf den Friedensfuß zurückgeführt würden, Sachsen der Berufung des deutschen Parlaments zustimme und die Wahlen dazu ausschreibe, sobald es in Preußen geschehe. Im Fall der Ablehnung werde der König von Preußen sich in die Nothwendigkeit versetzt finden, Sachsen als im Kriegszustande mit Preußen befindlich zu betrachten. Die sächsische Antwort lautete in Betreff des ersten Punktes ablehnend; der baldigen Berufung des Parlaments stimmte sie zu, jedoch, den Anträgen der Stände gemäß, nur so, daß es für ganz Deutschland gewählt werde und die Ausschreibung der Wahlen nicht von einer einzelnen Regierung erfolge. Sollte Preußen in der Ablehnung des angetragenen Bündnisses einen Grund erkennen, Sachsen mit Krieg zu überziehen, so bleibe der sächsischen Regierung nichts übrig als gegen ein solches Vorgehen laut und entschieden zu protestieren und die Abwehr des Bundes anzurufen [1]). Schon am Nachmittag wurde auf den meisten sächsischen Bahnen der Privatverkehr eingestellt; am Abend übergab der preußische Gesandte die förmliche Kriegserklärung.

In der Nacht zum 16. Juni überschritten die Vortruppen der preußischen Elbarmee die sächsische Grenze, ein mit dem berliner Schnellzuge anlangendes Bataillon fand die riesaer Elbbrücke bereits in Flammen stehend [2]); in derselben Nacht wurde die meißner Brücke gesprengt, die Eisenbahnen nach Berlin, Schlesien und Leipzig unfahrbar gemacht, eine Division der Armee des Prinzen Friedrich Karl besetzte Löbau. Tags

1) Staatsarchiv XI, Nr. 2324 f.

2) Dieselbe war schon am 25sten wieder fahrbar, da die Preußen die zur Wiederherstellung nöthigen Hölzer im voraus fertig mitgebracht hatten. In Meißen wurde am 18ten eine Schiffbrücke geschlagen.

Digitized by Google

darauf rief Sachsen die Hilfe des Bundes an. Aber die Zusage derselben und ebenso Österreichs Erklärung, mit gesamter Macht gegen die an seinem Bundesgenossen verübte Gewalt eintreten zu wollen, waren hölzerne Waffen, die Sachsen nicht das mindeste nützten. Da Feldzeugmeister Benedek, der, sich auf die reine Defensive beschränkend, sein Heer bei Olmütz concentrierte, den Kronprinzen von Sachsen schon am 10ten hatte wissen lassen, er lege den höchsten Werth darauf, daß das sächsische Armeecorps sich rasch und ungefährdet an ihn anschließe, so stand dieses zum sofortigen Rückmarsche nach Böhmen bereit. Nur weil den Spitzen der Preußen ihre Hauptmacht nicht mit der erwarteten Schnelligkeit folgte, indem sie nicht sicher waren in Sachsen auf starke österreichische oder bairische Streitkräfte zu stoßen [1]), blieb das sächsische Corps den 16ten noch bei Dresden stehen und zog sich erst frühmorgens am 17ten hinter die Müglitz zurück. Der König hatte sich bereits am 16ten in Begleitung der Minister v. Beust und v. Rabenhorst zur Armee begeben, nachdem er eine Ansprache an sein Volk erlassen [2]) und für die Verwaltung des Landes und die Fortführung der Regierungsgeschäfte während seiner Abwesenheit eine Landescommission, bestehend aus den Ministern v. Falkenstein, v. Friesen und Schneider (letzterer seit Kurzem v. Behrs Nachfolger) sowie dem Generalleutnant v. Engel niedergesetzt hatte. Die Kronprinzessin und die Prinzeß Georg mit ihren Kindern begaben sich nach Prag, Königin Maria und Prinzeß Auguste blieben in Dresden. In den Morgenstunden des 18ten überschritt die sächsische Armee, da österreichischerseits keine Vorkehrungen zu ihrem Transport auf der Eisenbahn getroffen waren, die böhmische Grenze auf den drei Straßen Dippoldiswalde-Altenberg, Pirna-Berggießhübel und Dohna-Lauenstein; nur eine Seitencolonne gieng auf Boden-

1) 20—30 ungarische Husaren, die am 25sten nach Freiberg kamen, waren die einzigen Österreicher, ein bis Plauen recognoscierendes Reiterpiket die einzigen Baiern, die sich in Sachsen blicken ließen.

2) Staatsarchiv XI, Nr. 2330.

Digitized by Google

bach. In Hellendorf ließ der König die Truppen an sich vorüberziehen, hierauf folgte er selbst dem Marsche zu Pferde; nach einem kurzen feierlichen Halt an der Grenze verließ er mit dem Ausrufe: „Nun denn, in Gottes Namen!" den sächsischen Boden. Auf diesem blieben nur die Besatzung des Königsteins und die zur Bewachung der Strafanstalten nöthigen Detachements zurück; selbst das Cadettencorps, dessen obere Divisionen in die Armee eingetreten waren, folgte dem Marsche.

Am Mittag des 18ten erreichte die Avantgarde der Elbarmee unter General Schöler Dresden. Sie schloß sofort das Telegraphenbureau und legte Beschlag auf die königlichen Cassen, deren Bestände jedoch ebenso wie der Staatsschatz und das Material der Staatsbahnen größtentheils noch rechtzeitig gen Süden geflüchtet worden waren. Dagegen blieb jedes Privateigenthum unangetastet, nur das zur Verpflegung der Armee Erforderliche wurde von den Gemeinden in Anspruch genommen. Von besonderer Wichtigkeit war, daß es nicht nur gelang die unmittelbar nach der Besetzung Dresdens anbefohlene Beseitigung der Landescommission rückgängig zu machen sondern auch durch ein Abkommen mit dem zum Civilcommissar für Sachsen ernannten Landrath v. Wurmb die Beschlagnahme der Cassen gegen Zahlung von täglich 10000 Thlrn. wieder aufgehoben wurde, so daß der geordnete Gang der Verwaltung keine Unterbrechung litt und nur die unumgänglichsten Einschränkungen, welche der Kriegszustand auferlegte, zu ertragen hatte; selbst der directe Verkehr mit dem abwesenden Könige blieb der Landescommission gestattet; die Presse erfuhr, abgesehen von der Unterdrückung der leipziger Abendpost und zweier chemnitzer Blätter, keine Behelligung. Die Stimmung der Bevölkerung war ruhig und entgegenkommend, zumal da die anfangs nach allen Seiten hin strenge Absperrung bald wieder aufhörte.

Am 19ten war die Occupation Sachsens durch die Preußen beendet. Um ohne Zeitverlust die Operationen gegen Böhmen zu beginnen sammelte sich die Elbarmee am 20sten und 21sten

Digitized by Google

jenseits Stolpen und Burkersdorf [1]), die erste Armee bei Zittau, am 23sten überschritten beide die böhmische Grenze, diese auf Reichenberg zu, jene über Schluckenau und Rumburg gegen Gabel. Hinter ihnen rückte in Sachsen das Reservecorps ein, von welchem die Landwehrdivision v. Bentheim zur Besetzung des Königreichs zurückblieb und dessen Commandant, General v. d. Mülbe, das Gouvernement von Sachsen übernahm, bis ihn am 12. Juli General v. Schack darin ablöste. Das in Leipzig unter dem Großherzog von Mecklenburg sich sammelnde zweite Reservecorps begann seinen Abzug nach Baiern auf der wiederhergestellten Eisenbahn über Hof am 20. Juli. Am 25. Juni proclamierte General v. d. Mülbe den Kriegszustand im gesamten Königreiche und ordnete trotz aller Gegenvorstellungen der Landescommission die Befestigung von Dresden an; nur die möglichste Schonung privater Verhältnisse wurde zugesichert, auch die Schanzarbeit im Garten des Prinzen Georg auf Vorstellung des Bürgermeisters wieder eingestellt. Da sich keine Arbeiter freiwillig meldeten, wurden deren 1600 der schlimmsten Sorte aus Berlin herbeigezogen, eine schwere Plage für die Stadt. Am 28sten verwies der Militärgouverneur drei Beamte [2]) wegen Verdachts preußenfeindlicher Agitation des Landes, gleichzeitig wurde die noch in Dresden zurückgebliebene Abtheilung des Kriegsministeriums geschlossen.

Während somit ganz Sachsen ohne Schwertstreich dem Feinde überlassen worden war, richteten sich die Augen von ganz Europa auf das große Entscheidungsfeld südlich von den Sudeten, wo der Zusammenstoß der Hauptheere erfolgen mußte. Sobald die Sachsen im teplitzer Thale angelangt waren, wurden

1) Am Vormittag des 21sten fiel der erste Kanonenschuß des ganzen Kriegs vom Königstein gegen eine preußische Patrouille auf dem jenseitigen Ufer.

2) den Polizeidirector von Dresden Schwauß, den Geheimen Regierungsrath Häpe und den Polizeirath Pickart. Am 23. August wurde auch noch Kreisdirector v. Burgsdorf in Leipzig suspendiert.

Digitized by Google

Anstalten getroffen, sie von Lobositz aus auf der Eisenbahn bis in die Nähe von Chlumetz zu befördern, zum Anschluß an die Nordarmee, welche Benedek aus Mähren in die Gegend von Josephstadt zu dirigieren beabsichtigte um von dort aus die Offensive zu ergreifen [1]). Am Abend des 20sten begann die Absendung der Truppen, die man mit Hilfe des nach Bodenbach geretteten sächsischen Betriebsmaterials bis zum 23sten früh zu beendigen hoffte, während die Reiterei und eine Batterie das Mittelgebirge über Bilin umgiengen, die Nachhut über das Gebirge nach Leitmeritz rückte. Ehe jedoch diese Bewegung, in Folge der mangelhaften Verladungsvorrichtungen verzögert, vollständig zur Ausführung gebracht worden war, langte in der Nacht zum 22sten ein bereits am 20sten erlassener, aber statt direct nach Lobositz auf dem weiten Umwege über Prag beförderter Befehl Benedeks an, welcher die Sachsen und das 1. österreichische Armeecorps des Generals Clam-Gallas anwies vorläufig an der Iser stehen zu bleiben um dem von der görlitzer Neiße her im Anmarsch befindlichen Prinzen Friedrich Karl die Stirne zu bieten. Es war dies die erste von zahlreichen Erfahrungen, welche die Sachsen zu ihrem Nachtheile von der in der österreichischen Heeresleitung herrschenden Verwirrung machen sollten. Der Abgang der Truppen auf der Bahn wurde sofort eingestellt und das unnützerweise in zwei Hälften auseinandergerissene Armeecorps trat nun theils von Lobositz, theils von dem Ausladungsort Prschelausch aus den Marsch nach Jungbunzlau an, wo es auf beiden Ufern der Iser Cantonnements bezog, während Clam-Gallas zur Sicherung der Fronte Abtheilungen gegen Hühnerwasser und Weißwasser vorschob. Am 24sten übernahm der Kronprinz früherer Verabredung gemäß den Oberbefehl über sämtliche an der Iser in einer Stärke von 52000 Mann versammelten Truppen; leider blieb aber die Unterordnung der Österreicher unter sein Commando eine sehr lose, was lähmend auf die ganzen Operationen der Isererarmee einwirkte.

1) Das Folgende hauptsächlich nach dem Berichte des sächsischen Generalstabes, S. 36 ff.

Digitized by Google

In Erwartung eines baldigen Angriffs concentrierte der Kronprinz das sächsische Corps, das jetzt in zwei Infanteriedivisionen, v. Schimpff und v. Stieglitz, mit je zwei Batterien und zwei Schwadronen, und in die Reiterdivision v. Fritsch nebst der Reserveartillerie eingetheilt war, am 25sten zwischen Jungbunzlau und Münchengrätz, wo es je nach den Umständen entweder dem Corps Clam-Gallas als Reserve dienen oder selbständig die Uebergänge über die Iser vertheidigen konnte, aber auch den ihm so höchst nöthigen Rasttag halten sollte, denn seit Dresden hatten die Truppen einen einzigen Rasttag gehabt, in acht Tagen, zum Theil in drückender Sonnenhitze, auf schlechten Wegen und bei mangelhafter Verpflegung 22 Meilen zurückgelegt. Da lief jedoch kurz nach Mittag von Clam-Gallas die Meldung ein, daß der Feind dicht vor Turnau stehe, dort und bei Hühnerwasser sich lebhafte Gefechte entsponnen hätten. Der Kronprinz, der soeben von Benedek aus Josephstadt telegraphisch den Befehl erhalten hatte, Münchengrätz und Turnau um jeden Preis zu halten, eilte sogleich nach ersterem Orte voraus um sich persönlich mit Clam-Gallas in Vernehmen zu setzen. Es stellte sich heraus, daß Turnau bereits verloren, die preußische Avantgarde aus dem Gebirge in die Ebene debouchiert sei. Bei der Unkenntniß, in welcher der Feldzeugmeister seine Corpsgenerale über die Gesamtlage der Armee ließ, konnten die beiden Corpscommandanten aus seinem neuesten Befehle nur vermuthen, daß derselbe die Offensive zu ergreifen beabsichtige, die Iserarmee also im Sinne einer vorgeschobenen Avantgarde zu handeln habe; sie entschlossen sich daher zu dem schwierigen Versuche noch in letzter Stunde den debouchierenden Feind in das Gebirge zurückzuwerfen. Trotz ihrer Erschöpfung brachen die Sachsen sofort aus ihren Bivouacs auf; da jedoch in der Nacht auch Podol und die dortige Brücke in die Hände der Preußen gefallen waren, wodurch diese sich den kürzesten Weg auf Gitschin öffneten, so stand der Kronprinz von der beabsichtigten Offensive um so eher ab, als auch von Benedek ein Telegramm einlief, daß er in Folge des Erscheinens starker feindlicher

Digitized by Google

Abtheilungen in seiner rechten Flanke, vor Trautenau und Nachod, den Aufmarsch der Armee bei Josephstadt beschleunigen werde und es dem Ermessen des Kronprinzen überlassen müsse, ob unter diesen Umständen das beabsichtigte Vorgehen noch vortheilhaft sei. Weil aber auch aus diesem Telegramm nicht zu ersehen war, ob nicht ein vorzeitiges Aufgeben der Iserlinie dem allgemeinen Operationsplane zuwiderlaufe, entschied man sich vorläufig noch stehen zu bleiben. Erst ein mittags des 27sten eingehender Generalbefehl, wonach zur Deckung des Aufmarsches bei Josephstadt gegen den über das östliche Gebirge vorbrechenden Feind je ein Armeecorps nach Trautenau und Skalitz vorgeschoben werden sollte, gestattete endlich die allgemeine Lage klarer zu beurtheilen. Für die Iserarmee waren in dem Befehle keine Anordnungen erlassen. Allein bei der von Stunde zu Stunde wachsenden Gefahr, durch die Bewegung der Preußen auf Gitschin von der Hauptarmee abgedrängt zu werden, entschloß sich nunmehr der Kronprinz aus seiner unhaltbar gewordenen Stellung den Rückzug auf Gitschin anzutreten. Das sächsische Hauptquartier kam nach Klein-Bautzen. Ohne Kenntniß davon, daß sich die zweite preußische Armee bei Nachod, Skalitz und Trautenau den Ausgang aus den Defiléen des Riesengebirges gebahnt hatte, glaubten beide Corpscommandanten noch am Abend des 28sten nicht anders, als daß die Nordarmee im Laufe des 29sten und 30sten zu dem entscheidenden Offensivstoße bei Gitschin eintreffen werde, und trafen daher Anordnungen um sich dieses für den Aufmarsch der Hauptarmee höchst wichtigen Punktes möglichst rasch zu versichern. In jener Voraussetzung wurde der Kronprinz, in dessen Hauptquartier auch der König aus Prag eingetroffen war, durch einen nachmittags 2 Uhr des 29sten erhaltenen schriftlichen Armeebefehl Benedeks vom 27sten bestärkt. Noch immer hielt also der Feldzeugmeister den Gedanken fest den Prinzen Friedrich Karl an der Iser anzugreifen; aber seine Anordnungen waren in dem Augenblicke, wo der Kronprinz sie erhielt, bereits durch die Ereignisse überholt, indem Prinz Friedrich Karl zu dem Zwecke die in schwieriger Lage be-

Digitized by Google

findliche zweite Armee zu degagieren seinerseits zum Angriff auf Gitschin schritt. Auf der von Turnau dahin führenden Straße rückte die Division Tümpling vor, auf der von Münchengrätz her, welche, durch einen hohen Bergrücken von jener getrennt, kurz vor Gitschin mit derselben in spitzem Winkel zusammentrifft, die Division Werder. Um 3½ Uhr erschienen die Spitzen der ersteren vor der sehr festen Stellung der Österreicher. Auf die Nachricht von diesem heute nicht mehr erwarteten Vorgehen des Feindes eilte der Kronprinz sogleich auf das Schlachtfeld und übernahm die Leitung des Gefechts, gleichzeitig erhielt die 1. sächsische Infanteriebrigade unter Oberst v. Boxberg nebst dem 1. Jägerbataillon und den Batterien Richter und Hering den Befehl sich des den Zugang zu Gitschin beherrschenden Dorfes Diletz zu bemächtigen. Um den Besitz dieses Ortes entspann sich ein hitziges Gefecht, in welchem die Sachsen durch Zündnadelgewehr, Granat- und Kartätschfeuer stark litten. Durch ein unglückliches Mißverständniß beschoß überdies ein österreichisches Bataillon die sächsischen Jäger im Rücken und eine österreichische Batterie richtete ihr Feuer auf Diletz, das sie in preußischem Besitz wähnte. Mit den abends 7 Uhr auf dem Schlachtfelde eingetroffenen Verstärkungen hätte nun wohl der Kronprinz allenfalls hoffen dürfen dem von Turnau kommenden Feinde für den kurzen Rest des Tages Stand zu halten, wäre er nicht durch das Vorgehen der Division Werder auf der Straße von Münchengrätz her, welches der linke Flügel der Österreicher und das 3. sächsische Reiterregiment vergebens zu hindern suchten, im Rücken bedroht worden. Überdies kam ihm auch 7½ Uhr von dem Höchstcommandierenden zugleich mit der Meldung, daß der Abmarsch nach der Iser aufgegeben sei, der Befehl zu, sich mit überlegenen Kräften in kein größeres Gefecht einzulassen sondern seine Vereinigung mit der Hauptarmee durchzuführen. So entschloß sich der Kronprinz das Gefecht abzubrechen. Leider ließ sich aber die Räumung von Diletz nicht ohne beträchtliche Verluste bewerkstelligen; Oberst v. Boxberg fand dabei den Tod. In und jenseits Gitschin

Digitized by Google

gedachte der Kronprinz den Truppen eine kurze Nachtruhe zu gönnen, die ihnen nach der furchtbaren Hitze, den Entbehrungen und Anstrengungen des Tags dringend nöthig war. Plötzlich aber stieß die sächsische Leibbrigade mitten in der Stadt, deren Besetzung sie an Stelle der hart mitgenommenen Österreicher übernehmen sollte, auf Preußen, die durch die westlichen unbesetzten Eingänge eingedrungen waren. Es entspann sich in der Dunkelheit ein Straßengefecht, in welchem die Sachsen ihre Stellung tapfer behaupteten, bis sie, da starke feindliche Massen vor der Stadt standen, dieselbe nach Mitternacht in der Stille räumten [1]).

Der Rückzug, welcher auf das unglückliche Gefecht folgte, machte, obgleich er unverfolgt blieb, für die erschöpften und niedergedrückten Truppen das Maß der Entbehrungen voll. Durch österreichische Traincolonnen zu stundenlangen Stockungen genöthigt erreichte der größte Theil der Sachsen das 2½ Meilen entfernte Smidar erst am Nachmittag, nachdem sie fast ununterbrochen 36 Stunden auf den Beinen gewesen waren. Trotzdem hatten sie ihren Zusammenhang und ihre Schlagfertigkeit bewahrt, nur zwei Bataillone, die besonders stark gelitten hatten und dann unter die in großer Verwirrung retirierenden Österreicher gerathen waren, kamen am Abend des 30sten bei Josephstadt im Zustande höchster Erschöpfung an [2]). König Johann reiste auf Einladung des Kaisers von Pardubitz nach Wien.

Nach dem Verluste von Gitschin konnte Benedek nicht mehr daran denken, den Kampf auf dem Plateau von Dubenitz, wo er jetzt die Armee vereinigte, anzunehmen. Selbst bereits tief entmuthigt entschied er sich für den Rückzug in eine neue Stellung bei Königgrätz, wo er seinen Truppen

1) Das Gefecht bei Gitschin kostete den Sachsen 27 Offiziere und 587 Mann an Todten, Verwundeten und Gefangenen.

2) Durch sie wurde wahrscheinlich Benedek zu der ganz ungegründeten Angabe verleitet, das sächsische Corps habe sich nach dem Gefecht bei Gitschin „en débacle“ befunden.

Digitized by Google

einige Tage der Erholung gönnen zu können hoffte. Seinen äußersten linken Flügel bildeten die Sachsen, die noch in der Nacht bei Nechanitz hinter die Bistritz zurückgegangen waren. Dort ersah der Kronprinz eine Stellung auf den Höhen von Hradek, trefflich geeignet zur Vertheidigung auch gegen einen überlegenen Feind; er fing sofort an dieselbe durch Geschützeinschnitte zu verstärken, sie wurde jedoch als zu exponiert und nicht in den Rahmen des Schlachtplanes passend vom Obercommando nicht gebilligt, vielmehr der Kronprinz angewiesen die Höhen von Popowitz und Tresowitz zu besetzen, wo sich von den Österreichern zunächst das 8. Armeecorps und die 1. leichte Kavaleriedivision an ihn anschlossen. Nachdem jedoch der Generalstabschef v. Fabrice noch früh 2 Uhr des 3. Juli sich durch den Augenschein von der Ungeeignetheit dieser Stellung überzeugt hatte, genehmigte schließlich der Feldzeugmeister auf seinen Vorschlag, daß die Sachsen ihre Aufstellung auf dem zwar ebenfalls von dem Bogen der Bistritz zu weit entfernten aber doch um vieles vortheilhafter gelegenen Höhenzug zwischen Nieder-Prschim und Problus nehmen durften. Diese beiden Dörfer dienten der Stellung als Flügelstützpunkte, vor der Fronte zog sich eine nasse Wiesenmulde hin, welche die Annäherung erschwerte und eine freie Uebersicht über das Vorterrain gestattete. Die Sachsen zählten noch 18248 Mann Infanterie, 2574 Mann Kavalerie und 58 Geschütze.

Recognoscierungen während des 2. Juli stellten die Annäherung starker feindlicher Streitkräfte gegen die Bistritz heraus. Sobald nämlich das preußische Hauptquartier zu der Überzeugung gelangt war, daß der Gegner die Schlacht mit der Elbe im Rücken anbiete, so beschloß ein spät abends zu Gitschin versammelter Kriegsrath, diesen Vortheil nicht unbenutzt zu lassen und am nächsten Morgen anzugreifen. Der Elbarmee fiel die Aufgabe zu gegen die Sachsen, Benedeks linke Flanke vorzugehen. Früh 7½ Uhr, zu derselben Zeit, wo die österreichischen Batterien ihr Feuer gegen das von Sadowa anrückende preußische Centrum eröffneten, entwickelte

Digitized by Google

sich ihr Angriff gegen das jenseits der Bistritz eine Art von Brückenkopf bildende Dorf Alt-Nechanitz. Die Vortruppen räumten dasselbe bald, dagegen wurden Nechanitz und die Bistritzbrücke noch eine Stunde lang behauptet. Daß General v. Herwarth es verabsäumte Uebergänge über die Bistritz schlagen zu lassen und sich statt dessen mit der Herstellung der von den Sachsen zerstörten Brücke bei Nechanitz aufhielt, war für diese ein unverhoffter Gewinn, der ihnen den Rückzug in die Hauptstellung bei Problus um Vieles erleichterte. Nachdem jedoch auch das oberhalb Nechanitz an der Bistritz gelegene Dorf Lubno von den Preußen besetzt worden war, konnte das Debouchieren derselben aus ersterem nicht länger verhindert werden. Am weitesten nach rechts unterstützte die Batterie Heydenreich mit großer Bravour die österreichische Brigade Wimpffen in der Vertheidigung der Bistritzübergänge bei Mokravaus. Die Dörfer Problus und Nieder-Prschim waren noch in letzter Stunde durch Verhaue und Brustwehren zur Vertheidigung hergerichtet, die das Schußfeld versperrenden Obstbäume niedergeschlagen worden. Der Kronprinz nahm seine Stellung auf der Höhe von Problus. Der feine Regen, der seit der Nacht gefallen war und Wege und Äcker aufgeweicht hatte, hörte in den Vormittagsstunden auf und das Verschwinden des Nebels gestattete nunmehr eine freiere Umschau über das Gefechtsfeld. Nach 10 Uhr, während sich im Centrum der Geschützkampf zu ungemeiner Heftigkeit steigerte, wurde derselbe auch auf dem sächsischen Flügel eröffnet, namentlich das von Oberstleutnant v. Crausshaar mit zwei Bataillonen besetzte Nieder-Prschim von dem dominierenden Hradek-Lubnoer Höhenzuge aus heftig, jedoch ohne bedeutende Wirkung beschossen.

General v. Herwarth überzeugte sich während des Avantgardengefechts bei persönlicher Recognoscierung, daß die furchtbare österreichische Artilleriestellung, welche das Vorrücken des preußischen Centrums so sehr aufhielt, nur durch die Wegnahme von Problus, dem Schlüssel der sächsischen Stellung, zum Zurückgehen genöthigt werden könne. Weil sie aber in

Digitized by Google

der Front zu stark schien, beschloß er sie in der Flanke zu fassen. Während die Artillerie auf der Höhe von Lubno die sächsische Front beschäftigte, gelangte 11½ Uhr die 15. Division (Canstein) rechts über Hradek vorgehend bis in die westlich von Ober- und Nieder-Prschim gelegene Fasanerie. Sowie der Kronprinz diese Bewegungen bemerkte, verstärkte er die Besatzung von Nieder-Prschim bis auf zehn Compagnien; um die linke Flanke vor Überflügelung zu schützen besetzte auf sein Ansuchen die österreichische Brigade Schulz Ober-Prschim und den dortigen Wald, wogegen deren bisherige Stellung auf den Höhen östlich von Ober-Prschim und im südlichen Theile des Brschiser Waldes die Brigade Roth einnahm, die Artillerie in der Fronte wurde durch zwei österreichische Batterien bis auf 50 Geschütze verstärkt. So konnte ein Versuch der Preußen von der Fasanerie aus Nieder-Prschim zu nehmen erfolgreich zurückgewiesen werden; wie im Centrum so schien auch auf dem linken Flügel das Gefecht zum Stehen gekommen zu sein.

Dieser nicht ungünstige Stand der Dinge verlockte den Kronprinzen zu dem Entschluß aus der Defensive herauszutreten und durch einen Vorstoß gegen Hradek die beabsichtigte feindliche Umgehung zu durchbrechen. Unter dem heftigsten Granatfeuer stürmte 12¾ Uhr die Leibinfanteriebrigade, unterstützt von der Batterie Hering-Göppingen und einem Theil der Besatzung von Nieder-Prschim vorwärts und warf nach einem hitzigen Waldgefechte die Preußen wieder aus der Fasanerie und aus der Schäferei an der Nordspitze von Neu-Prschim heraus. Hier aber stockte die Offensive; die im Walde von Ober-Prschim sich unausgesetzt entwickelnde Umgehung durch die Division Canstein ließ sie nicht vorwärts. Nicht willens, die so erfolgreich begonnene Bewegung deshalb zu unterbrechen, beorderte der Kronprinz die 2. Infanterie- und die 2. Reiterbrigade zur Unterstützung der Leibbrigade, in demselben Augenblicke aber, wo diese vorgiengen, stürzte ihnen die Brigade Schulz in völliger Auflösung und von den Preußen heftig verfolgt aus dem Walde entgegen. In dieser kritischen Lage hielten zwar die Sachsen Stand, ihre Verluste häuften sich

Digitized by Google

aber durch das feindliche Feuer dermaßen, daß sie nach Nieder-Prschim zurückmußten; auch Ober-Prschim gieng verloren und wenn auch das Feuer der vereinigten sächsischen und österreichischen Batterien dem weiteren Vorbrechen des Feindes für den Augenblick noch Einhalt that, so mußte doch selbst Nieder-Prschim, der linke Stützpunkt der Front, vor dem furchtbaren Eisenhagel, der aus 66 Geschützen auf das Dorf niederfiel, preisgegeben werden. Die Offensive war nicht nur gänzlich gescheitert, sondern in den Verlust der Flankenstellung umgeschlagen.

Um diese Zeit trat mit dem Erscheinen der zweiten preußischen Armee in der rechten Flanke der Österreicher der Wendepunkt der ganzen Schlacht ein. Gegen 2½ Uhr konnte von der probluser Höhe aus der sich um Chlum entspinnende Kampf und das Zurückweichen des rechten österreichischen Flügels deutlich wahrgenommen werden. Auch die Widerstandskraft des Centrums begann sichtbar zu erlahmen, vor der eigenen Front aber entwickelte sich vom popowitzer Holze her die Division Münster zum Angriff auf Problus, während die äußerste linke Flanke schon vom Feinde umfaßt war. Wollte sich also das sächsische Armeecorps nicht gegen den im Rückzug befindlichen rechten Flügel der Österreicher aufrollen lassen, so war der Rückzug unvermeidlich. Zur Deckung desselben erhielt Generalmajor v. Carlowitz den Auftrag mit der 3. Infanteriebrigade Problus und den Wald von Brschisa so lange als möglich zu behaupten. Der Angriff ließ nicht warten. Unaufgehalten durch das lebhafte Feuer der Sachsen rückt die 27. Brigade (Schwarzkoppen) festgeschlossen und in imponierender Haltung gegen Problus vor, entreißt nach heißem Kampfe den Sachsen das Dorf, Generalmajor v. Carlowitz fällt tödlich verwundet. Gleichzeitig wirft die 28. Brigade (v. Hiller) die seit dem Gefecht bei Gitschin erschütterte 1. Infanteriebrigade aus dem Walde von Brschisa, doch gibt das 1. Jägerbataillon die Vertheidigung der letzten Waldecke erst auf, als der Feind ihm in Flanke und Rücken erscheint. Diesem Bataillon, als der letzten Truppe, die aus dem Kampfe kam, schloß sich der Kronprinz für seine Person an.

Digitized by Google

So wurden fast um die nämliche Zeit beide Flügel des österreichischen Heeres überwältigt, die Schlacht war verloren. Da für den Fall eines Rückzugs nur im allgemeinen die Richtung auf Holitz und Hohenmauth ohne Berührung der Festung Königgrätz angegeben war, so dirigierte sich der Kronprinz nach dem Dorfe Platzka oberhalb Königgrätz als dem südlichsten vorbereiteten Elbübergange. Sämtliche Bataillone hatten sich wieder geordnet und marschierten in geschlossenen Colonnen; um jeder Uebereilung vorzubeugen wurde von Zeit zu Zeit gehalten, die berittenen Truppen durften, so lange sie im Bereich des feindlichen Feuers waren, sich nur im Schritt bewegen. Vor Roßnitz gieng ein Geschütz verloren, die einzige sächsische Trophäe, welche die Preußen in dieser Schlacht erbeuteten. Vor unmittelbarer Verfolgung schützte die österreichische Kavalerie.

Obgleich aber überhaupt die Verfolgung mit dem Einbrechen des Abends aufhörte, so lösten sich doch bei den meisten österreichischen Corps gerade jetzt erst die Bande der taktischen Ordnung. Nur noch ein wirrer Knäuel suchten sie auf den gänzlich verfahrenen Straßen und Dämmen einen Ausweg aus der auf eine Stunde im Umkreis ausgedehnten Inundation der Festung Königgrätz, die ihre Thore vor den Flüchtigen verschloß. Inmitten dieser Verwirrung giengen die Sachsen in festgeschlossener Ordnung ruhigen Schrittes bis an die Elbdefiléen zurück. Angefeuert durch ihre Offiziere widerstanden die Bataillone dem Andrange der wirr und wild zurückfluthenden Massen, der sie oft zu durchbrechen drohte; selbst österreichische Kavalerieshaufen warfen sich auf sie, als ob sie den Feind vor sich hätten. Die Sachsen wogten nur noch in dem Meere regelloser Flucht ringsum, jeden Augenblick in Gefahr in demselben unterzugehen, eine furchtbare Lage für tapfre Männer. Bereits hatte sich die Spitze der Colonne, dem nach Königgrätz zu sich ergießenden Strome schräg entgegengehend, nach der Brücke bei Platzka durchgearbeitet, als eine Ordre des Obercommandos die Sachsen auf die Pontonbrücken bei Opatowitz unterhalb Königgrätz verwies. Dorthin

Digitized by Google

wendeten sich also die noch erreichbaren Abtheilungen, fanden aber daselbst keine Brücke und mußten deshalb bis Pardubitz weiter, wo sie endlich nach Mitternacht die Elbe überschritten. Am schrecklichsten war das Los derjenigen Abtheilungen, die, unkundig des Terrains, in das Inundationsgebiet geriethen, fast alle wurden hier aufgelöst. Viele fanden in der unermeßlichen Verwirrung den Tod in den Wellen; die große Mehrheit überfluthete regellos die Außenwerke, vergeblich einen Eingang suchend, bis endlich bei einbrechender Dunkelheit der Commandant ihnen zwei Zugänge öffnen ließ, so daß sie durch die Festung ziehen konnten. Jenseits der Elbe waren also die Sachsen für den Augenblick völlig aufgelöst; doch gelang es den Offizieren schon am nächsten Morgen wenigstens die taktische Gliederung und, da der Rückzug auf Olmütz unbehelligt blieb, nach und nach auch die völlige Ordnung wiederherzustellen. Bei Krauna stieß General v. Schimpff wieder zum Kronprinzen, bei Zwittau, das man erst am Abend des 7. Juli erreichte, auch die Colonne Stieglitz. Nun ließ sich auch der in der Schlacht erlittene Verlust übersehen: sie kostete den Sachsen 24 Offiziere und 400 Mann an Todten, 32 Offiziere und 1002 Mann Verwundete, 3 Offiziere und 87 Mann Gefangene, außerdem 1 Geschütz und 53 Fuhrwerke. Bei Zwittau wurde General v. Stieglitz durch preußische Kavalerie überfallen, kam aber, glücklicher als der Train des 8. österreichischen Corps, ohne Verlust davon. Am 11ten rückte das sächsische Corps, noch 23341 Mann und 7502 Pferde stark, in das verschanzte Lager von Olmütz, nachdem es auf achttägigem ununterbrochenen Rückzuge zwar nur 20 Meilen, diese aber unter großen Strapazen zurückgelegt hatte. Nach dem Scheitern der Waffenstillstandsverhandlungen begann, 14. Juli, der Transport auf der Eisenbahn nach Wien, während die Reiterei, die beiden reitenden Batterien und der Train dem 2. und 4. österreichischen Armeecorps zugetheilt wurden. Allein schon am 15ten machten die Gefechte bei Tobitschau und Roketnitz und die Annäherung der Preußen an Lundenburg die Fortsetzung des Eisenbahntransportes zur Unmöglichkeit

Digitized by Google

Hierdurch und durch andere Zufälligkeiten wurden die Sachsen in acht Theile auseinandergerissen und erst am 30sten fand sich das Corps in Wien wieder vereinigt. Das Hauptquartier kam nach Hetzendorf, der König nahm seine Wohnung in dem kaiserlichen Lustschloß „zum Stöckl" in Schönbrunn. In den Cantonnements bei Wien gieng man nun vor allem daran, die Truppen aus der von Linz herbeigezogenen Depotbrigade zu completieren. Nicht unbeträchtlich war in Folge der überstandenen Strapazen die Zahl der Kranken. Die Cholera, welche Ende August unter ihnen auftrat und um derentwillen ein Theil derselben in die Gegend von Linz und Steyer verlegt wurde, kostete, Dank den trefflichen Hospitaleinrichtungen und der sorgsamen Pflege, der sich selbst die Kronprinzessin mit Aufopferung unterzog, nur 24 Opfer. Auch aus der Heimat wurden Lazarethgegenstände und Geld gesandt, Pfleger und Pflegerinnen eilten herbei, der Militärhilfsverein und der internationale Verein entwickelten hier wie in den an mehreren Orten Sachsens errichteten Lazarethen ihre segensreiche Thätigkeit.

Auf dem Felde von Königgrätz war die Beust'sche Politik auf eine für Sachsen unsäglich schmerzliche Weise zu nichte geworden. Noch aber gab der unermüdliche Gegner Preußens sein Spiel nicht ganz verloren. In Begleitung des Königs in Wien angelangt wohnte er schon am Morgen des 4. Juli mit Graf Moritz Esterhazy einer Berathung des Kaisers mit dem Könige bei. Die folgenden Tage verstrichen unter fruchtlosen Waffenstillstandsverhandlungen; am siebenten Tage spät abends erhielt Beust vom Kaiser den Antrag zur Unterstützung des Gesandten Metternich nach Paris zu gehen; er nahm an, besonders auch in der Hoffnung, Napoleons Fürsprache für die Erhaltung Sachsens, des alten Alliierten seines Oheims, zu erreichen. Allein er kam zu spät: Bismarck hatte sich bereits mit Napoleon auseinandergesetzt und vergeblich suchte Beust den durch die Ereignisse in seinen Berechnungen gänzlich verstörten Kaiser zu einer militärischen Demonstration gegen den Rhein und die Nordseeküste zu bewegen [1]). Es war der letzte

1) Ebeling II, 367.

Digitized by Google

und schlimmste Dienst, den er als sächsischer Minister seinem Vaterlande erwies. Zu Nikolsburg war unterdessen eine fünftägige Waffenruhe zur Unterhandlung über die Friedenspräliminarien unter französischer Vermittelung geschlossen worden. So wenig es in Bismarcks Absicht lag, Österreich an seiner Ehre und Macht zu schädigen, so bitter war die Stimmung, der die österreichischen Bevollmächtigten in Betreff Sachsens, namentlich beim König Wilhelm selbst begegneten, der die sächsische Regierung als die Urheberin aller Verwickelungen betrachtete und es daher unbillig fand, Sachsen allein unversehrt aus dem Kampfe hervorgehen zu lassen; er bestand auf Abtretung des leipziger und bautzener Kreises, d. h. fast des halben Landes. Da jedoch in diesem Punkte Österreich, damit eine naheliegende Pflicht der Dankbarkeit erfüllend, jede Nachgibigkeit verweigerte, auch die französische Diplomatie sich Sachsens annahm, so wurde am 25sten preußischerseits die Integrität Sachsens zugestanden. Um so heftiger widersetzte sich dagegen Graf Bismarck der jetzt plötzlich von Österreich erhobenen Forderung, daß Sachsen fortan nicht dem norddeutschen sondern dem süddeutschen Bunde angehören solle; er erklärte die Verhandlungen für beendigt, wenn Österreich auf derselben bestände, er sei hierin so fest, daß er, wenn der König selbst es ihm befehle, augenblicklich seine Entlassung nehmen würde. Es war hierin nicht mehr zu erreichen, als daß dieser Punkt den weiteren directen Verhandlungeu zwischen Sachsen und Preußen vorbehalten blieb [1]).

Sachsen war von allen deutschen Staaten der einzige, der in den am 26. Juli unterzeichneten nikolsburger Präliminarien berücksichtigt wurde. Im 5. Artikel derselben, der dann als Artikel 6 in den Frieden zu Prag vom 23. August übergieng, erklärte sich auf den Wunsch des Kaisers von Österreich der König von Preußen bereit, bei den bevorstehenden Veränderungen in Deutschland den Territorialbestand des Königreichs Sachsen in seinem bisherigen Umfange bestehen zu lassen,

1) Österreichs Kämpfe IV, 183.

Digitized by Google

indem er sich dagegen vorbehielt den Beitrag Sachsens zu den Kriegskosten und dessen künftige Stellung innerhalb des norddeutschen Bundes durch einen mit dem König von Sachsen abzuschließenden besonderen Friedensvertrag näher zu regeln. Hierdurch, nicht durch französische Fürsprache, entgieng Sachsen der Gefahr, seine staatliche Existenz einzubüßen; bot doch Napoleon selbst, um Talleyrands Fehler von 1815 wieder gut zu machen, Preußen die Annexion Sachsens an, wenn es ihm die gewünschten Zugeständnisse in Luxemburg und Belgien machen würde [1]). Eine unmittelbare Folge der nikolsburger Präliminarien war die am 29. Juli zwischen dem Commandanten des Königsteins, General v. Nostitz-Drzewiecky, und dem General v. Schack geschlossene Convention, welche diesem bisher den Preußen höchst hinderlich gewesenen Sperrpunkte gegen Freigebung der an ihm vorbeiziehenden Communicationen Neutralität zusicherte, worauf am 3. August auch die preußische Elbe für sächsische Fahrzeuge wieder freigegeben wurde. Die directen Friedensunterhandlungen zwischen Sachsen und Preußen sollten zu Berlin stattfinden; der König nahm Beusts Anerbieten, Sachsen bei denselben zu vertreten an, allein in Berlin wurde

1) Napoleon an seinen Minister Rouher, 26. August 1866:

„Ich sende Ihnen den Vertragsentwurf mit meinen Randbemerkungen zurück. Es müßte gesprächsweise hinzugefügt werden, daß, da der Deutsche Bund zu bestehen aufgehört hat, die gegen Frankreich gerichteten Bundesfestungen nicht mehr zum Bunde gehören dürfen sondern Besitzthum jedes Staates sind, auf dessen Territorium sie sich befinden. Somit würde Luxemburg zu Frankreich, Mainz und Saarlouis zu Preußen, Landau zu Baiern, Rastadt zu Baden, Ulm zu Würtemberg gehören.

Anderseits glaube ich, daß Preußen dem Königreich Sachsen viele Chicanen bereitet. Wäre es nicht besser, daß Preußen dieses Sachsen, ein protestantisches Land, annectierte und daß der König von Sachsen auf dem linken Rheinufer, in einem katholischen Lande, untergebracht würde? Aber alles das soll nur freundschaftlich insinuiert werden. Der Vertrag soll geheim bleiben. Die luxemburger Frage wird von sich selbst zum Durchbruche gelangen, sobald die Unterhandlungen begonnen sind. Diese Frage ist es, welche am meisten drängt."

Der Brief ist zuerst von der wiener Neuen Freien Presse, Februar 1871, veröffentlicht worden.

Digitized by Google

dessen Betheiligung rundweg abgelehnt. Hieraus erkennend, daß seine Zeit um sei, bat Beust um seine Entlassung, die ihm der König, „da die Verhältnisse ein Opfer seiner persönlichen Wünsche und Gefühle zum Besten des Landes erheischten", am 16. August gewährte. Statt seiner wurden Minister v. Friesen und der bisherige Gesandte in Berlin, Graf Hohenthal [1]), zu Bevollmächtigten bei den Friedensunterhandlungen ernannt, für die militärischen Fragen ihnen Generalmajor v. Fabrice beigegeben. Preußen war durch Geheimrath v. Savigny und den Unterstaatssecretär v. Thile vertreten. Zugleich erklärte König Johann seinen Ministern, er setze voraus, daß sie, soweit es in ihren Kräften stehe und in ihrem Amte liege, und in der Hoffnung, daß ein entsprechendes Bündniß mit Preußen zu Stande kommen werde, auf ein ehrliches und freundliches Zusammengehen mit dieser Macht Bedacht nehmen würden.

Allein der Abschluß des Friedens verzögerte sich länger, als nach diesen Einleitungen irgend wer vermuthet hatte. Der König und die Armee blieben in der Fremde, die Preußen im Lande, die Befestigung Dresdens wurde vervollständigt, General v. Tümpling, v. Schacks Nachfolger, ließ sogar die in der Heimat betroffenen Beurlaubten der sächsischen Armee verhaften. Diese Verzögerung, deren Grund man allgemein in einer Unnachgibigkeit auf sächsischer Seite suchte, der ganze unleidliche Zustand mit seinen materiellen Nachtheilen steigerten die Ungeduld der Bevölkerung aufs Höchste und gaben bedenklichen Stimmungen Nahrung. Die nationalliberale Partei sprach sich auf einer Landesversammlung zu Leipzig wenn nicht für Annexion, da nach ihrem eigenen Geständniß die große Mehrheit des Volkes dieser entgegen sei, doch wenigstens für Über-

1) Letzterer war schon am 29. Juli telegraphisch nach Schönbrunn berufen worden um die Instructionen für die Verhandlungen entgegenzunehmen, mußte sich aber unterwegs auf dem Bahnhof Weiden und auf der Weiterfahrt von bairischen Militärs als angeblicher Spion sehr unsanft behandeln lassen, bis sich in Regensburg das Mißverständniß aufklärte.

Digitized by Google

lassung der diplomatischen Vertretung und der Militärhoheit an Preußen aus, eine Flugschrift v. Treitschke's, die von der sächsischen Polizei mit Beschlag belegt wurde aber wieder freigegeben werden mußte, verfocht geradezu die Vernichtung der Mittelstaaten. Gemäßigtere mahnten, daß man es Sachsen möglich mache, in dem neuen Bunde seine Stelle einzunehmen, und man werde sich bald überzeugen, daß kein Glied desselben mit treuerer Hingebung und mit größerem Eifer beflissen sei seine Schuldigkeit zu thun [1]). Von einer großen Zahl von Städten giengen Deputationen mit der Bitte um baldige Gewährung des Friedens zu König Johann, der sich, um dem Orte der Verhandlungen näher zu sein, am 27. September nach Prag und von da nach Karlsbad begeben hatte, und erhielten aus seinem Munde die Versicherung, daß er, was die zu bringenden Opfer betreffe, bis an die Grenze der Möglichkeit gehen werde.

Endlich am 21. October wurde zu Berlin der Friede unterzeichnet, am 23sten zu Teplitz vom Könige ratificiert. Sachsen anerkannte durch denselben die nikolsburger Präliminarien, soweit sie sich auf die Zukunft Deutschlands und insbesondere Sachsens bezogen, und trat dem Norddeutschen Bunde bei (Art. 2). Die Reorganisation der sächsischen Truppen, welche einen integrierenden Theil der norddeutschen Bundesarmee bilden und als solche unter den Oberbefehl des Königs von Preußen treten, erfolgt, sobald die für den Norddeutschen Bund zu treffenden allgemeinen Bestimmungen festgestellt sein werden (Art. 3); seine völkerrechtliche Vertretung regelt Sachsen nach den für den Norddeutschen Bund im allgemeinen maßgebenden Grundsätzen (Art. 5), zahlt 10 Mill. Thlr. Kriegscontribution (Art. 6), behält sich aber seinen Anspruch auf über 200000 Thlr. Ersatz für die Bundesexecution in Holstein vor (Art. 10); die Zollvereinsverträge treten mit dem Rechte sechsmonatlicher Kündigung wieder in Kraft (Art 11);

1) Sachsen und der Norddeutsche Bund. Leipzig, B. Tauchnitz, 1866.

Digitized by Google

beide Contrahenten gestatten den Bau einer directen Eisenbahn von Leipzig nach Zeiz (Art. 13); die auf preußischem Gebiete liegende Strecke der Dresden-Görlitzer Bahn geht an Preußen über gegen Abrechnung von 1 Mill. Thlr. von der Kriegscontribution (Art. 14. 15), das sächsische Postwesen wird unter die Gesetzgebung und Oberaufsicht des Bundes gestellt, das Staatstelegraphenwesen an Preußen übertragen (Art. 16. 17); Sachsen erklärt sich zur Aufhebung des Salzmonopols bereit, sobald dieselbe in Preußen erfolgt (Art. 18); für alle während des Kriegs in Bezug auf das Verhältniß zwischen Preußen und Sachsen begangenen politischen Verbrechen und Vergehen wird beiderseits Amnestie ertheilt (Art. 19); Sachsen verzichtet auf alle der Regierung oder der Universität Leipzig auf die Stifter Merseburg und Naumburg-Zeiz zustehenden Ansprüche (Art. 20) und willigt in die Auspfarrung mehrerer preußischer Grenzgemeinden aus sächsischen Parochien (Art. 21); das mit Beschlag belegte sächsische Staatseigenthum wird zurückerstattet (Art. 22). Angehängt wurden dem Frieden noch folgende Bestimmungen militärischen Inhalts: 1) unverzügliche Übergabe der Festung Königstein an Preußen, doch so, daß Sachsen das Eigenthumsrecht an dem dort befindlichen Kriegsmaterial und die Ernennung des Untercommandanten behält und das sächsische Artilleriedetachement ein Theil der Besatzung bleibt; 2) umfassende Beurlaubung der sächsischen Truppen noch vor ihrer Rückkehr, nach diesem Termin sofortige Demobilisierung und Beurlaubung aller entbehrlicher Mannschaften; 3) gemeinschaftliche Besetzung Dresdens durch Preußen und Sachsen; 4) Regelung der Unterkunft der übrigen sächsischen Truppen unter Vernehmung mit dem commandierenden preußischen General und Unterstellung derselben unter dessen Oberbefehl; 5) Einsetzung eines Gouverneurs für Dresden durch den König von Preußen [1]); 6) Vorbehalt für Preußen, bis zur Durchführung der Reorganisation der Truppen und deren Einreihung

1) Derselbe ernannte hierzu am 29. October den General v. Bonin

Digitized by Google

in die norddeutsche Bundesarmee die für die Besetzung Sachsens nöthigen Truppen seinerseits zu stellen [1]).

Am Tage der Ratification brach das sächsische Heer, dessen Ergänzung und Ausbildung auch nach dem prager Frieden fleißig fortgesetzt worden war, von Wien auf um durch Baiern in die Heimat zurückzukehren. Am 26sten traf der König nebst Gemahlin wieder in Pillnitz ein [2]); am 3. November hielt er seinen feierlichen Einzug in Dresden. Bereits vorher waren die unerläßlichen Veränderungen im Ministerium erfolgt, statt v. Rabenhorsts General v. Fabrice an die Spitze des Kriegsministeriums getreten, v. Falkenstein zum Vorsitzenden des Gesamtministeriums, H. v. Nostitz-Wallwitz, bisher Kreisdirector in Bautzen, zum Minister des Innern ernannt worden. Der am 15. November eröffnete Landtag gab der neuen staatlichen Ordnung, in welche Sachsen eingetreten war, seine Sanction und die Reise des Königs und des Kronprinzen nach Berlin am 17. December befestigte die Hoffnung auf ein aufrichtiges und wahrhaft bundesfreundliches Verhältniß zwischen Preußen und Sachsen.

1) Staatsarchiv XI, Nr. 2434. — Abgesehen von 2½ Mill. Thlrn., mit welchen das Land sich selbst die Kriegsentschädigung zahlte, und von 3½ Mill. Thlrn. Reorganisationskosten beliefen sich die Kosten des Kriegs für Sachsen auf 17,069300 Thlr. 7 Gr. 1 Pf., nämlich:

9,000000	Thlr.	Kriegsentschädigung an Preußen,
5,335257	„	7 Gr. 1 Pf. Kosten für die Armee,
1,290000	„	(täglich 10000 Thlr.) an den preußischen Civilcommissar,
214845	„	für die preußischen Magazine,
66854	„	für Ausrüstungs- und Bekleidungsgegenstände für die preußischen Truppen,
60368	„	für Pferde,
36485	„	Entschädigung für von den Preußen zwangsweise angeeignete Pferde,
111236	„	für Militärlazarethe,
852385	„	für Befestigungen in und bei Dresden,
150948	„	Werth der von den Preußen aus den freiberger Hüttenwerken weggeführten Bleiproducte,
6536	„	für aus der Domanialkellerei requierierten Wein.

2) Seine Proclamation: Staatsarchiv XI, Nr. 2435.

Digitized by Google

Und diese Hoffnung hat nicht betrogen. Wie wehe auch die letzte Katastrophe gethan, sie war doch die nothwendige Krisis um die Heilung von so manchen aus früherer Zeit anhaftenden Gebrechen herbeizuführen und Sachsen seiner naturgemäßen, ihm selbst und dem gesamten Deutschland allein ersprießlichen Stellung zurückzugeben. Nachdem das Jahr 1848 die Lebensfähigkeit Sachsens wie aller übrigen kleineren Staaten Deutschlands bis ins Mark erschüttert, die Beust'sche Politik sie seitdem fast bis zur Unheilbarkeit zerrüttet hatte, erhielten Dynastie und Staat erst durch den Eintritt in den Norddeutschen Bund die Möglichkeit gesicherter Existenz zurück und mit der Bürgschaft ihrer Dauer die Richtung auf große, nationale Aufgaben. War das nunmehrige Verhältniß Sachsens zu dem neuen Bunde nach Bismarcks Ausdruck ein Experiment, so erwies sich dasselbe in Bälde als vollständig geglückt. Dem Beispiele seines Königs folgend hat sich das sächsische Volk nicht bloß treu sondern auch freudig dem Bundesstaate angeschlossen und in den großen Erfüllungsjahren 1870 und 1871 auch mit seinem Blute den edlen Kitt bereiten helfen, durch den das erstandene Deutsche Reich machtvoll zusammengefügt ist.

Perthes' Buchdruckerei in Gotha.

Digitized by Google

Geſchichte

des

Kurſtaates und Königreiches Sachſen

von

DD. C. W. Böttiger und Th. Flathe.

Register.



Gotha,
Friedrich Andreas Perthes.
1873.

Digitized by Google

Digitized by Google

A.

Abendzeitung III, 402.
Abensberg, Grafen v. 182.
Aberdeen, Lord III, 257. 263.
Ablösung III, 450. 476. 678 f.
Accise s. Landaccise.
Adalbero, Pfalzgraf 120.
Adalbert v. Babenberg 31.
——, Erzbischof von Magdeburg 53. 56. 116.
Adam von Bremen 153.
Adel, niederer 148. 271. — lausitzer 331. II, 277. 667. III, 378 f. 393; 513.
Adela, Tochter Otto's des Reichen 138. 161. 165.
——, Tochter Konrads von Wettin 132.
—— v. Brabant 80 ff. 84. 91.
Adelgot, Erzbischof v. Magdeburg 100.
Adelheid, Tochter Udo's von der Nordmark 109.
——, Tochter Otto's von Meißen 124.
Adelung, J. Ch. II, 696.
Adlerorden, weißer II, 333.
Adolf von Nassau, König 243 ff.
——, Erzbischof von Mainz 303 f. 312. 341.
Advocatenordnung III, 712.
d'Agdollo, P. L. II, 566.
Agnes, Pfalzgräfin von Gosek 91.
——, Gemahlin Heinrichs des Erlauchten 229.
——, Gemahlin Friedrichs des Freudigen 248.
Agnes, Gemahlin Kurfürsts Moritz 578. II, 9.
——, Herzogin von Sachsen-Wittenberg 357.
——, Tochter Dedo's V. 140.
—— Hedwig, Gemahlin Kurfürst Augusts II, 93.
Agricola, G. 645. II, 91.
Ahlfeld, J. F. Pastor III, 692.
Ahrens, H., Professor III, 763.
Akademie der Künste, Dresdner II, 539. 697. III, 407. 516.
Albani, Cardinal II, 359 f.
Albert, Bischof von Meißen 247.
——, Herzog von Sachsen-Teschen II, 499. 508. III, 318.
——, Prinz von Sachsen III, 417. 557; Hauptmann bei Düppel 606 f.; als Kronprinz III, 707. 768. 787. 791 ff.
Alberti, S., Anatom 641. II, 90.
——, Professor der Theologie II, 298.
d'Albignac, westfälischer General III, 45.
Albinus, P. 642. II, 91.
Albrecht I., König 249.
—— II., König 377. 380.
—— I., Markgraf von Meißen 137. 160 ff.
—— II., Landgraf von Thüringen 224 ff.
—— der Beherzte, Herzog von Sachsen, geraubt 390; verlobt 394 f.; regiert mit seinem Bruder 399; Wallfahrt 404; Theilung 405 ff.;

Digitized by Google

Inneres 412. 416 ff.; Feldzug gegen Matthias 553 f.; Statthalter der Niederlande 555 f.; in Friesland 557; † 559.
Albrecht, Herzöge von Sachsen-Wittenberg 172. 357 ff. 363.
——, Herzog von Sachsen-Weißenfels II, 253. 306.
——, Pfalzgraf von Sachsen 121.
——, Herzog von Braunschweig 225 f. 302.
——, Herzog von Baiern II, 37.
——, Herzog von Preußen 469. 483. 486. 596 f.
——, Herzog von Mecklenburg II, 29.
—— der Bär, Markgraf 94 f. 98. 124 f. 132. 354 f.
—— Achilles, Markgraf von Brandenburg 379. 389. 394 f. 404.
—— Markgraf von Brandenburg-Culmbach 545. 549 f. 604 ff. II, 4 f. 10.
—— von Sachsen, Erzbischof von Mainz 402.
—— von Brandenburg, Erzbischof von Mainz 449. 453. 581.
—— von Halberstadt 202.
——, Ed., Professor III, 571. 735.
Albrechtsorden III, 689.
Albuzzi, Sängerin II, 473. 512.
Aleander, Cardinal 460.
Aldiones 154.
Alesius, A. 575. 640.
Alethophilen II, 570.
Alexander I., Kaiser von Rußland, (1805) II, 619; (1813) III, 104 f. 139. 145. 172; Schlacht bei Dresden 213 f.; bei Leipzig 225. 228. 230 f.; Feindseligkeit gegen Sachsen 238. 255 f. 262 ff.; auf dem wiener Congreß 282 ff. 308 f. 313 f.
——, Sohn Kurfürst Augusts II, 37. 92.
Algarotti, F., Graf II, 422.
Allenblumen, Joh. v. 340.
Allianz, heilige III, 393.
Allnpeck, Gebrüder II, 79.
Allodification der Lehen III, 476.
Allstädt, Pfalz 96. 114. 361. 365. II, 5.
Altenburg, Amt II, 5; Burggrafen v. 174. 290; Theilung zu (1445) 383.
Altenzelle, Kloster, Stiftung 134. 309.
Altersrentenbank III, 724.
Altgau, der 103.
Altranstädt, Friede zu II, 338.
Alveld, A., Franziskaner 568.
Alvensleben, v., preußischer Gesandter II, 567. 583.
Amalaberga 5 f.
Amalie, Tochter Kurfürst Friedrichs des Sanftmüthigen 397.
——, Königin von Sachsen III, 706.
——, Prinzeß von Sachsen III, 518.
Ammon, Ch. F. v., Oberhofprediger III, 384. 402. 421. 468. 482. 547. 692.
Amplonius Fagus 341.
Amsdorf, N. v. 467 f. 642; Bischof von Naumburg 520. 550; in Eisenach 618. II, 9.
Amtshauptleute III, 369.
Amtssassen 414. III, 378.
Anacker, A. F. III, 406.
Andolf, Markgraf von Nordsachsen 49.
Andreas (v. d. Duba), Bischof von Merseburg 315.
Andreä, J., Probst II. 44 f. 52 f. 56.
Anger, Mitglied der 1. Kammer III, 675.
Anhalt, Grafen v.: Siegfried 271; Christ. II, 99. 120; Georg II. 100.
Anna, Gemahlin Kurfürst Augusts II, 4. 18. 20. 27; eifrig lutherisch 41. 48; Wirthschafterin 70. 73. 91; † 93.
——, Gemahlin Wilhelms I. von Meißen 311.
——, Gemahlin Friedrichs d. Friedfertigen 313. 379.
——, Tochter Balthasars von Thüringen 363.
——, Tochter Friedrichs des Streitbaren 380.
——, Tochter Wilhelms III. 380. 385. 392 f.
——, Tochter Friedrichs des Sanftmüthigen 394. 397.

Digitized by Google

Anna von Oranien II, 13.
——, Tochter Kurfürst Augusts II, 93.
——, Tochter König Johanns III, 707.
—— Großfürstin II, 355.
—— Sophia, Kurfürstin v. Sachsen 252. 264. 311.
Annaberg, Gründung 556; Vertrag zu (1556) II, 33.
Anſagerecht II, 5.
Anſtett, J. P. v., Staatsrath III, 230 f.
Anton, Prinz von Sachsen: Jugend II, 513. 541; vermählt 559; Erbſchaft 581; Herzogthum Warſchau III, 69. 78 f.; wiener Congreß 296 f. 304. 311; Privatleben 392. 405; König 414 ff.
Anton, Mag. II, 271.
——, P. II, 297 ff.
Apel, J. A., Senator III, 403.
Apianus, P. 645.
Apitz, Sohn Albrechts 234.
Appellationsgericht unter Kurfürst August II, 64; 207. 447. 676. III, 368 Anm. 479.
Aquila, Kaspar 646.
Aretin, Chr. v. III, 276.
d'Argenſon, franzöſiſcher Miniſter II, 448 f.
Armenweſen II, 679. III, 509. 724.
Arndt, E. M. III, 236.
——, G. A., Profeſſor III, 412.
Arnim, Franz v., II, 60.
——, Hans Georg II, 149. 152 ff. 174. 180.
Arnold, Biſchof von Merſeburg 101.
—— von Weſtfalen 560.
——, Chr., Bauer II, 301.
——, Gottfried II, 301.
Arnoldi, B. (Uſingen) 443.
Arnshaugk, Amt II, 27. 190; Vertrag zu 377.
Arnt, Biſchof von Würzburg 30.
Arrighi, Herzog von Padua III, 183 f. 190 f.
Artern, Amt II, 33.
Artillerieſchule II, 551.
Aſfeld, v., franzöſiſcher Geſandter II, 268.
Askanier 124 f. 292. 354.
Aſſecurierte Ämter II, 27 f. 236.
Aſter, F. L. v., ſächſiſcher Generalmajor II, 641.
——, E. L., Oberſt III, 80. 171. 273. 338.
Auerbach, B. III, 526. 736.
Augsburg, Reichstage zu (1518) 451; (1530) 500 f.; (1546) 588 ff.; (1550) 597; (1555) II, 6; (1559) 14; (1566) 21. — A. Bund (1686) II, 262; Conferenzen (1866) 780.
Augsburger, Dichter II, 224.
Auguſt I., Kurfürſt von Sachſen 579. 583; mitbelehnt 591; vermählt 596; (1552) 608. 615; Conſiſtorium 635; Univerſität 639; Regierung II, 3 ff.
——, Sohn Chriſtians I. II, 104. 113. 122. 199.
——, Herzog von Sachſen-Weißenfels, Adminiſtrator II, 142. 172; 30jähriger Krieg 181. 185; Erbtheil 190; Saale 210; (1657) 234; Querfurt 235. 252; fruchtbringende Geſellſchaft 289.
——, Pfalzgraf von Sulzbach II, 161.
—— Ferdinand, Prinz von Preußen III, 67.
Auguſte Maria, Kurprinzeſſin II, 559; Infantin von Polen 597; Heirathsanträge III, 14. 56. 69; (1813) 165; † 707.
Auma, Amt II, 27.
Avaren 8.
Avenarius, J., Profeſſor II, 52.
Axt, Paſtor III, 468.
Aeſic, Graf 43 f.

B.

Baba, Tochter Otto's d. Erlauchten 29.
Babenberg, Grafen v., 29 ff.
Bach, J. A., Juriſt II, 517.
——, J. Seb. II, 397. 512.
Bachmann, J. 643.

Digitized by Google

Bachmann, P., Abt III, 548.
Badehorn, Jurist II, 66.
Badenachgau 29.
Baderich 6.
Bahrdt, J. F., Superintendent II, 518.
Bakunin, M. III, 620. 624. 629 f. 634 f. 691.
Ballenstädt, Grafen v. 81. 354.
Balsamerland 96.
Balthasar, Landgraf von Thüringen 295. 298. 304.; Zug nach Frankreich 305; erhält Thüringen 306; Erwerbungen und Fehden 311 f.; † 313; der Bern 332.
Bamberg, Marschallsamt 510.
Banco di depositi II, 374.
Bank, leipziger III, 655.
Baner, J., schwed. Feldherr II, 169 ff. 175 ff.
Banner, das III, 247. 253.
Bannrechte III, 492.
Baradat, französischer Gesandter II, 97.
Barbara v. Liegnitz, Gemahlin Herzog Rudolfs 363.
———, Tochter desselben 364.
———, Gemahlin Georgs des Bärtigen 562.
Barby, Herrschaft 361. II, 235. 439; Grafen v. B. 390; Heinrich II, 253.
Bardengau 26.
Bardewyk 26.
Bardo, Sohn Burchards 36; Graf 103.
Barfuß, General v. II, 267.
Barthel, M. Bildhauer II, 291.
Baruth, Herren v. 267.
Basina, Königin 5.
Baudiß, W. H. v., Generalleutnant II, 175 f.
Baudissin, v., sächsischer General II, 407.
———, Graf W. v. III, 403.
Bauer, Buchdrucker II, 284.
———, H. G., Jurist II, 694.
Bauernkrieg 474 ff.; Unruhen (1790) II, 605 ff.
Baumgarten-Crusius, K. D., Rector III, 513.
Bause, J. F., Kupferstecher II, 696.
Bautzen, Collegiatstift 265; Stadt 268.
Bayer, Dr., kursächsischer Kanzler 500.
Bayonne, Convention von III, 21 ff. 327.
Bähr, G., Baumeister II, 394.
Bär-Berln 332.
Beatrix, Gemahlin Otto's III. von Brandenburg 265.
———, Gemahlin Heinrich Raspe's 215. 221.
———, Gemahlin Bernhards von Anhalt 298.
Bebenburg, O. v. 383.
v. d. Beck, gothaischer Minister III, 456.
Beck, Ch. D., Professor II, 693. III, 5.
Becker, K. W. A., Professor III, 734.
Bede 332 f. 412.
Beerer, Oberstleutnant v. III, 338.
Beger, Rector III, 733.
Behr, J. H. A., Finanzminister III, 637. 653; des Innern 717.
Beichlingen, Burg 81; Grafen v. 112. 188. 223. 291. 550; Kunigunde v. 98.
Beichlingen, W. D. v., Großkanzler II, 269. 307 f. 318. 323. 326. 380 f. 392. 403.
Belesen, Gau 96.
Bellegarde, v., Generalleutnant II, 472. 641.
Belleisle, Marschall II, 419.
Belotti, L., Maler II, 514.
Belus, Roger II, 56.
Bendemann, E., Maler III, 516. 736.
Benedek, Feldzeugmeister III, 791 ff.
Benkendorf, E. L. v., Oberstleutnant II, 482.
———, russischer General III, 113.
Benno, Bischof von Meißen 84 f. 127. 152; heilig gesprochen 470; Gebeine II. 37.
Bensheimer, Kupferstecher II, 291.
Berbisdorf, Herren v. II, 35.
Bergakademie II, 550.
Bergbau 135. 274. 334. 421. 556; (unter Kurfürst August) II, 77 ff.;

Digitized by Google

(bis 1656) 209. (bis 1697) 287; (18. Jahrhundert) 381. 550. 682; (seit 1815) III, 373. 504. 722. — Berggesetz (1851) III, 668.
Berger, J. H., Appellations-Rath II, 382.
Berger, H. v., Jurist II, 517.
Bergmann, Syndicus III, 445.
Beringer, Sohn Ludwigs des Bärtigen 107.
Berlepsch, J. v. 463.
—— E. B., kursächsischer Rath II, 6. 18. 66.
Berlich, Secretär II, 191.
Bern, v. 413.
Bernadotte III, 32 ff.; als Kronprinz III, 206. 208. 228. 250.
Bernd, A., Prediger II, 518.
Bernes, Graf II, 427.
Bernhard, Graf in Ostsachsen 39 f.
——, Markgraf von Nordsachsen 49. 126.
Bernhard von Askanien, Herzog von Sachsen 161 f. 166. 356 f.
——, Herzog von Sachsen-Lauenburg 366.
——, Herzog von Sachsen-Weimar II, 144. 150. 163 f. 179.
——, Fürst von Anhalt 319.
——, Bischof von Halberstadt 52 f.
——, Chr., Capellmeister II, 290. 395.
——, Ch. F., Fabrikant II, 685.
Bernhardi, E. W., Bürgermeister III, 481.
Berno, Pfalzgraf 120.
Bernstein, Geheimer Rath v. II, 66.
Bernstorff, Graf v., preußischer Minister III, 750.
Bertha von Groitzsch 130.
Berthar 6.
Berthier III, 226.
Berthold, Erzbischof von Mainz 431 f.
——, Kaplan 208. 286.
Bertling, Abgeordneter III, 575. 582.
Bertrada, Tochter Konrads von Wettin 107.
Bertram, Probst 362.
Bertrand, französischer General III, 183; 190 ff. 203 ff.
Beskow, Herrschaft 401.
de la Besnardière III, 290.
Besser, J. v. II, 392. 398.
Beulwitz, v., hannoverscher Gesandter II, 586.
Beust, F. v., Gesandter III, 568; Minister 603. 610 f. 616. 625. 640; Cultusminister 637. 693; (Maibündniß) 641 ff. 653. 658 ff.; Wiederherstellung des Bundestags 682 ff.; Zollverein 698 ff.; Ministerpräsident 717 ff.
——, Joach. v., Dr. II, 66. 113.
Beuther, D., Erzprobierer II, 79.
Bevilaqua, v., sächsischer General II, 646.
Beza, Th. II, 45.
Biberstein, Herren v. 267.
——, v., preußischer Minister II, 370.
Bibiena, J. G., Maler II, 394.
Bibliotheken II, 509.
Bibra, Herm. v. 286.
Biedermann, Dr. Laur. II, 115.
——, Legations-Rath III, 317.
——, K., Professor III, 526. 554. 556. 561. 571. 577. 592. 662. 665. 689.
Bielstein, Grafen v. III, 113.
Bienenzucht 155.
Biener, Ch. G., Professor III, 411.
Bienewitz, P. 645.
Bihaloff, russischer Oberst III, 252.
Bilehild, Herzogin 11.
Bindauf, Generalwachtmeister II, 156.
Bio, Graf von Merseburg 56. 58. 89.
Bischofswerder, J. R. v., Oberst II, 593. 598. 691.
Bischöfe 149.
Bishopsfield, Baron v. II, 444.
Bisinus, König 5.
Bismarck, v., preußischer Ministerpräsident III, 752. 773 ff. 806. 812.
Bisthümer 285.
Biterolf 202.
Blacas, französischer Minister III, 286.
Bleichetode, Amt II, 33.
Blezinski, Oberst III, 211. 231.

Digitized by Google

Blochmann, Commissionsrath III, 507.
Blum, Rob. III, 526. 538. 545. 547. 552. 564. 566. 571. 575. 577 ff. 594 ff.
Blume, Pfarrer II, 110.
Blücher, v., Feldmarschall III, 131 ff. 159 f. 174. 203. 208 f. 212. 216. 225. 250. 332 ff.
Blümner, H., Oberhofgerichtsrath III, 404. 517.
Boblick, H. A. v., sächsischer Generalmajor II, 607.
Bock, Abr., kursächsischer Geheimerrath II, 66. 98.
Bodenstein, Andr. 466 f. 475.
Boetius, Oberst II, 161.
Bogislav, Herzog von Pommern 565.
Boldenhagen, Henning, Rector 344.
Boleslav Chrobri, Herzog von Polen 77.
——, Herzog von Böhmen 43 f. 59.
Bolko, Herzog von Schweidnitz 325 f. 330.
Bolleben, Amt II, 33.
Bolza, J., Graf II, 445. 502.
Bombelles, Graf III, 414.
Bonifacius 12 ff.
Bonin, v., preußischer General III, 810.
Bora, Kath. v. 487.
Bordoni, Faustina II, 511.
Borivoi, Herzog von Böhmen 96 f.
Bork, Herren v. 268.
——, v., preußischer General II, 466.
Borlach, G., Bergrath II, 381.
Born, J., Jurist II, 382.
——, Schriftsetzer III, 634.
Borna, Amt II, 373.
Borstell, v., preußischer General III, 194. 204. 334.
Bose, v., Minister II, 256. 403.
——, F. W. A. K., Oberkammerherr, Cabinetsminister II, 655 ff. 679. III. 1 ff. 17. 21. 26 ff. 56.
——, v., Generalmajor III, 107. 180. 195. 210. 223. 226 ff. 230 ff. 338.
Boso, Bischof von Merseburg 53 f. 56.
Botschild, S., Maler II, 291.
Bott, v., General II, 509.
Bourgoing, J. F. v., französischer Gesandter III, 6. 16. 26. 42.
Boxberg, Oberst v., III, 797.
Boyen, v., preußischer Geheimerrath III, 145.
Boyneburg, v., Landhofmeister 434.
Böhme, Jac. II, 218.
——, J. G., Professor II, 692.
——, J. H., Bildhauer II, 291.
——, Rector II, 224.
Börner, Kaspar, Professor 575. 639 f.
Böttcher, Abgeordneter III, 14. 35.
Böttger, J. F. II, 327. 386 f.
Böttiger, K. A., Hofrath II, 696. III, 401. 706.
Brachio, Abt 9.
Brand, Marc., Buchdrucker 426.
Brand, K. F. v., Hof- und Justizrath II, 607.
——, v., Geheimerrath III, 241.
Brandenfels, Ritter v. 312.
Brandenstein H. v. 398.
——, Kath. 393.
Brandis, H. W., Professor III, 412.
——, M., Buchdrucker 426.
Branntweinbrennerei III, 490.
Braun, Fr. v., Geschichtschreiber II, 699.
——, v., Geheimer Referendar III, 67.
Braun, A. K. H., Abgeordneter III, 521. 529. 534. 547. 747; Präsident der 2. Kammer 548. 550; Minister 568. 570. 587. 591. 603. 659.
Braunschweig, Convent zu (1532) 511; (1538) Fürstentag 516.
Brause, F. A. W. v., General III, 142. 180. 192. 216. 220. 273. 332. 338.
Bray, Graf, bairischer Gesandter III, 657.
Breithaupt, J. A. F., Professor III, 373. 489.
Breitkopf, G. J., Buchdrucker II, 516.

Digitized by Google

Brene, Grafschaft 93. 358. 365. — Grafen v. 90. 142 f. 165. 168.
Bretislav, Herzog von Böhmen 78
Bretschneider, Maler II, 92.
——, Kaufmann II, 286.
Bretzner, Ch. F., Dichter II, 694.
Breuberg, Gerl. v. 244 ff.
Breuer, F. L., Geheimer Legationsrath III, 151. 156. 187. 231. 401.
Briegleb, Reichscommissar III, 639.
Brigitte, Gemahlin Konrads von Landsberg 255.
Brockhaus, F. A., Buchhändler III, 398. 525. 556.
——, H., Abgeordneter III, 496. 527. 532. 549. 552. 564. 571.
Brockhausen, v., preuß. Gesandter II, 618. 634. 644. 661.
Broderode, Frz. v. 555.
Broglie, Graf v. II, 458. 481.
Brotuff, E. 645.
Brown, Feldmarschall II, 471. 474 ff.
Brunnow, v., Dichter III, 403.
Bruno, Herzog von Sachsen 29. 34 f.
—— II., Bischof von Meißen 265. von Querfurt, Bischof († 1009) 105.
Brück (Pontanus), G., Kanzler 461. 498 f. 532. 618.
——, Chr., Kanzler II, 9. 16. 23.
Brückner, B. B., Professor der Theologie III, 732.
Brühl, H., Graf v., Premierminister II, 318. 410 ff. 507. 534 f.
Bubna, Graf III, 187.
Buch, Kloster 143. II, 37.
Buch, das torgauische II, 53.
Bucha, Grafen v. 113.
Buchhandel 648. III, 398.
Buchner, P., Baumeister II, 92. 224.
——, A., Professor II, 224.
——, sächsischer General 431.
Budissin, Landschaft 96. 99 f.; Markgrafenthum 327.
Bugenhagen, J., Dr. 468. 470. 499. 588. 595. 642. II, 52.
Bukko, Bischof von Halberstadt 94.
Bundeskriegsverfassung III, 397.
Bundestag, Eröffnung III, 394. 399; (1832) 452; (1834) 485. 521 f.; (1848) 566. 571; Reactivierung 688 f.
Buol-Schauenstein, v., österreichischer Minister III, 702.
Burchard I. u. II., Markgrafen von Thüringen 31. 35 f. 87.
——, Graf im Hosgau 56.
——, Pfalzgraf 89. 119 f. 122.
——, Burggrafen von Meißen 100. 148. 247.
——, Bischof von Meißen 53.
Burg, Amt II, 172. 185. 190. 253.
Burggrafen 72. 147. 263.
Burgsdorf, Ch. G. v., Hofrath II, 557; Vicekanzler II, 607; Conferenzminister II, 628.
——, v., Geheimerrath III, 241.
——, v., Kreisdirector III, 793.
Burgwarten 71 f. 358.
Burkard, Erzbischof von Magdeburg 256 f. 268.
Burkersrode, v., Geheimerrath II, 245. 248.
Burkhard, kursächsischer Vicekanzler 530.
Busche, Herm. v. d. 444 f. 566.
Bußtage II, 245.
Buttelstädt, Dingstuhl zu 194.
Buttlar, K. F. A. v., Kriegsminister III, 544. 568.
Buttstädt, Justiz zu 417.
Buzici, tribus 55. 87.
Bülau, F., Professor III, 676.
Bülow, v., Conferenzminister II, 435; Gesandter in Berlin II, 464.
——, F. W. v., preußischer General III, 193 ff. 203 ff.
——, Ed. v. III, 403.
Bünau, Rath Herzogs Georg 575.
Bünau, H. v., Rath Christians I. II, 102.
——, Graf v. II, 510.
——, R., Gesandter in Paris II, 631.

Digitized by Google

Bünau, v., Geheimer Finanzrath III, 60. 360.
Bünau, v., Major III, 206.
Bürgerliches Gesetzbuch III, 712 ff.

C.

Cabareita, spanischer Gesandter II, 157.
Cabettencorps II, 378. III, 246. 371. 792.
Cajetan, Cardinal 450.
Calkoen, v., niederländ. Gesandter II, 448.
Calov, A., Professor II, 217. 292.
Camerarius, J. 575. 640. 646.
——, pfälzischer Rath II, 125.
Camerata, J., Kupferstecher II, 697.
Campeggio, Legat 472 f.
Canaletto, B., Maler II, 514.
Canzler, J. G., Oberrechnungsrath II, 663.
Capellendorf, Amt 623.
Capistranus, J. 419.
Capodistria, Graf III, 324.
Caprara, kaiserlicher General II, 263. 275.
Carlowitz, Alb. v., Staatsminister III, 426. 468. 480; Commissar in Leipzig (1848) 567; 599. 617. 643. 654. 657. 660 f. 665.
——, Christoph 527. 535. 541 f. 545. 586. 600.
——, Georg v. 564. 571.
——, G. K. v., sächsischer Generalmajor II, 321.
——, Hans v., kursächsischer Stallmeister II, 36.
——, H. G. v., auf Oberschönau, Staatsminister III, 182. 449. 457. 459.
——, Nic. v., Bischof von Meißen II, 35 f.
——, K. A. v., Oberst III, 145. 157 f. 234. 247. 306. 338.
——, Generalmajor III, 802.
Carola, Kronprinzessin v. Sachsen III, 691. 805.
Caroline von Savoyen 381.
Carpzov, B., Jurist II, 191. 219. 282. 294.
——, J. B., Theolog II, 296. 298 f.
Carpzov, S. B., Oberhofprediger II, 294.
Carus, C. G., Leibarzt III, 403.
Casanova, v., Generalmajor II, 353.
Casanova, J., Maler II, 393. 697.
Casimir, Markgraf von Brandenburg 483. 485. 493.
Cassenbillets II, 670. III, 137. 244 f. 326. 360. 369. 474. 787.
Castlereagh, Lord III, 262 f. 283. 294. 299. 310 ff. 328.
Cäcilia, Gemahlin Ludwigs von Thüringen 106.
Cellarius, Philolog II, 391.
Centralgewalt, provisorische III, 578. 584 f. 590 ff. 639. 649.
Celtes, Konr. 444 f. 565.
Censur, unter Kurfürst August II, 91; theologische II, 101; (seit 1819) III, 395; 419. 536. 563; Aufhebung 565 f.
Cerrini, H. v., General, Conferenzminister II, 649. III, 2. 112. 166. 379.
—— C. F. H., Höchstcommandierender III, 162. 392. 449.
Charnacé, Marquis v., französischer Gesandter II, 150.
Charpentier, J. F. W. v., Berghauptmann II, 550. 682.
——, v., Capitän III, 107.
Chassan, v., französischer Gesandter II, 248.
Chausseen III, 374. 499.
Chemnitz, Mart. II, 53.
——, Phil. II, 151.
de la Chetardie, Marquis II, 507.
Chevalier de Saxe, Georg II, 420. 422. 464.
——, Joseph II, 555.
Chezy, Wilh. v. III, 401.
Chiaveri, G., Baumeister II, 3 3. 514.
Chimai, Grafschaft 381.
Chirurg.-medicin. A[illegible]mie III, 371.

Digitized by Google

Christ, J. F., Professor II, 391. 519. 527.
Christian III., König von Dänemark 516. II, 8.
—— V., König von Dänemark II, 321.
——, Markgraf der Ostmark 45.
—— I., Kurfürst von Sachsen II, 94 ff. 112; Hofhaltung 199; Inneres 207. 211 f. 216. 219.
—— II., Kurfürst von Sachsen II, 104 ff.; Inneres 193. 207. 212. 214. 222.
——, Herzog von Sachsen-Merseburg II, 190. 252. 254. 266.
——, Herzog von Sachsen-Weißenfels II, 253. 261. 263.
—— August, Herzog von Sachsen-Zeiz, Erzbischof von Gran II, 306 f. 311. 318. 364.
—— Wilhelm von Brandenburg, Administrator II, 130. 139. 142. 148 f. 152.
Christian, Rath Albrechts d. Entarteten 234.
Christiane Eberhardine, Kurfürstin von Sachsen II, 267. 311. 362. 364.
Christine, Tochter Kurfürst Ernsts 409.
——, Tochter Georgs d. Bärtigen 562.
——, Herzogin v. Lothringen II, 8.
Christoph, Herzog von Würtemberg II, 15. 40.
Chutizi, Gau 30. 56.
Chwallowsky, v., brandenburgischer Geheimerrath II, 267.
Chyträus, Theolog II, 53.
Cichorius, Abgeordneter III, 575. 747.
Ciervisti, Gau 354.
Cimusclus, Fürst 24.
Civilgesetzbuch III, 478.
Civilliste III, 443 f. 708.
Civilstaatsdienergesetz III, 475.
Civilverdienstorden III, 362.
Claire, le, französischer General II, 651.
Clajus, J. II, 224.
Clam-Gallas, österreichischer General III, 794 f.
Clarendon, Lord III, 738.
Clarke, französischer General III, 72.
Clemens, Prinz III, 337. 392.
Clemens XI., Pabst II, 359 f.
—— Wenzeslaus, Kurfürst von Trier II, 508. 558. III, 487.
Clement, Abenteurer II, 366.
Cleſel, Cardinal II, 125. 128.
Cleve, Belehnung mit II, 116.
Clewitz, W., Diakonus II, 24.
Cochläus, J. 568. 575.
Codex Augusteus II, 383.
Colditz, Herrschaft und Herren v. 174; Erwerbung v. 308.
Colodizer 24.
Colomb, v., Parteigänger III, 182 f. 209.
Coloredo, kaiserlicher General II, 171.
Collegium antholog. II, 295.
Collegium medico-chirurg. II, 509.
Commerciendeputation II, 287. 447. 547. III, 373. 389. 453. 460.
Commerstadt, G. v. 575. 586. II, 60.
Communalgarde III, 438. 440. 442. 523. 572. 696.
Concordienformel II, 55.
Confession, sächsische 601.
Consensus dresdensis II, 46. 48; repetitus II, 292.
Consistorium 634; unter Kurfürst August II, 57; Wiederherstellung (1602) II, 114; leipziger III, 368; Aufhebung 482.
Constantini, A., Schauspieler II, 396.
Constanze, Gemahlin Heinrichs des Erlauchten 171 f. 175. 229.
Constitutionelle Zeitung III, 689.
Constitutionen Kurfürst Augusts II, 66 f.
Continentalsystem III, 58 ff.
Cook, britischer Staatssecretär III, 283.
Corpus doctrinae II, 43. 52.
—— Evangelicorum II, 188. 313. III, 411.
Cosel, Gräfin A. C. v. II, 331. 402.
——, Grafen v. II, 403. 420.
Costnitz, Concil zu 317 f.

Digitized by Google

Cotta, H. v., Geheimer Oberforstrath III, 373.
Cousin, B. III, 399.
Craco, G., Dr., Geheimerrath II, 16. 18. 20. 28. 30. 47 ff. 66 f. 91.
Cramer, J. A., Dichter II, 525.
Cranach, L. 551. 565. 617. 619. 647.
Crassau, schwedischer General II, 348. 378.
Craushaar, v., Oberstleutnant III, 800.
Creditverein III, 726.
Crell, Nic., Kanzler II, 94 ff.
——, P., Theolog II, 41. 52.
Creuzen, M. v., Stiftshauptmann 521.
Criminalgesetzbuch III, 478. 511 f.
Crimmitzschau, Herren v. 174.
Crocus, R. 444.
Crosner, A., Hofprediger 509. 568.
Crotus Rubianus 444.
Crubsacius, Baumeister II, 393. 665.
Cruciger, Kasp. 470. 642. II, 52.
Crusius, Ch. A., Professor II, 518.
——, Dr., Mitglied der 1. Kammer III, 675.
Cuno, E., Präsident der 2. Kammer III, 653.
Curäus, J., Arzt II, 49.
Curial, französischer General III, 211.
Curtius, E., Professor III, 735.
Cuskiburgenses 41. 43.
Cuspinian, A., Schulmann II, 227.
Cyprian, Professor II, 390.
Czartoriski, Ad., Fürst II, 601.

D.

Dahme, Amt II, 172. 189. 190.
Dalberg, v., Gesandter II, 129.
——, v., Commandant von Riga II, 322.
——, Freiherr E. J. v. III, 290. 299.
Daleminzier 20. 30. 38. 40 ff. 62.
Damm, sächsischer Major III, 115.
Daser, Postmeister II, 284.
Dathe, J. A., Professor II, 692.
Daun, v., Feldmarschall II, 482 f. 488 ff.
Dauthe, J. F. K., Baumeister III, 407.
Davia, Nuntius II, 314.
David, F., Geiger III, 736.
Davout, Marschall II, 648. 653. III, 17. 23. 28 ff. 35. 117 ff. 125 f.
Dawidoff, russischer Oberst III, 118.
Dawison, Bog., Schauspieler III, 736.
Decisio Ferdinandea II, 226.
Dedekind, Hofpoet II, 219.
Dedo I., Markgraf der Ostmark 55. 87. 90.
Dedo II., Markgraf der Ostmark 80. 91. 123.
—— III., sein Sohn 91.
—— IV. v. Krosig 93. 100.
—— V. der Fette 131. 138 ff.
—— v. Gosek, Pfalzgraf 120.
Defensioner II, 200 ff. 254. 331; Aufhebung 378.
Dehn-Rothfelser, Hans, Baumeister 647. II, 92.
Demelchion 24.
Derwan, Fürst 9. 23.
Deutrich, Ch. A., Dr., Bürgermeister III, 466 f.
Deutsche Allgemeine Zeitung III, 525. 689.
Deutsche Gesellschaft II, 520. 526.
Deutscher Bund III, 328. 393 ff. 486; Reformproject (1847) 563. 669; Wiederherstellung 682 ff. 737 ff.
Deutscher Orden 172. 227. 346. 561.
Deutscher Verein III, 575. 584. 593. 638.
Deutschkatholicismus III, 538. 543. 551 f. 555. 586. 692.

Digitized by Google

Devaux, französischer General III, 195.
Devrient, Ed. III, 518. — Em. 406. 518. 736. — K. 518.
Deyling, S., Superintendent II, 446. 518.
Dierecke, v., preußischer General II, 476. 485.
Diesbach, v., sächsischer General II, 407.
Dieskau, v., Fräulein II, 403.
——, J. v., Abgeordneter III, 520 f. 529. 571. 577.
Dietrich de tribu Buz. 87.
—— I. u. II., Markgrafen d. Nordmark 49. 55. 58. 74 f.
—— II., Sohn Dedo's 90.
—— Dedo's Neffe 82. 90.
—— der ältere von Landsberg 132. 137 f.
—— der jüngere von Landsberg 226. 229 ff. 235.
—— d. Bedrängte, Markgraf von Meißen 137. 161 ff. 270.
——, Bischof von Merseburg 138 f. 170.
——, Bischof von Naumburg 174. 230.
—— von Askanien 356.
—— von Apolda 286.
——, Ch. W., Director der Porzellanmanufactur II, 697. III, 487.
——, Oberst III, 618. 624 f.
Diezmann, Markgraf 240 ff. 255 ff.
——, A., Schriftsteller III, 526.
Dilich, W., Oberingenieur II, 224.
Dinglinger, Goldarbeiter II, 291.
Dinter, G. F., Pastor II, 688.
Dittrich, J., Domdechant III, 537.
Dobelin, Aug., Professor 443.
Dobergana, Gemahlin Dietrichs 132. 138.
Dobrilugk, Kloster 139 ff. 263. 365.
Dobromir, Fürst 43.
Dohm, v., schwarzburgischer Geheimerrath II, 630.
Dohna, Schöppenstuhl zu 277; Ritterding 310.
——, Burggrafen v. 330. II, 127. 131; Hann. II, 133. 135; Fab. II, 97.
Doles, J. F. II, 516. 696.
Dombrowski, General III, 226.
Dombski, Bischof von Cujavien II, 334.
Dorla, Vogtei 291. II, 571.
Dorothea, Tochter Kurfürst Augusts II, 93.
——, Tochter Christians I. II, 102. 104.
——, Herzogin von Sachsen-Weimar II, 123.
Dorsten, Joh. v. 443.
Döbbelin, Schauspieler II, 695.
Döhner, G. F., Geheimer Kirchenrath III, 414. 562.
Dönhoff, v., Kronfeldherr II, 354.
——, v., preußischer Oberstleutnant III, 18.
——, v., Fräulein II, 403.
Dörfel, Diakonus II, 301.
Döring, Matth. 443.
——, D., Dr., Geheimerrath II, 170. 196.
Dörrien, Oberpostmeister III, 74.
Dresden, böhmisches Lehen 240; bischöfliches Lehen 270. 338 f.; Verkauf 376; Regiment 423 f.; Residenz 426; Verschönerungen II. 238. 394. 546; Reformation 575; siebenjähriger Krieg II, 490 ff.
Dresdner Accord II, 137. 170; Conferenzen (1850) III, 685 f.
Dresser, M., Historiograph II, 91. 219.
Druckschuh, Bürger zu Leipzig 309.
Dufour, J. F., Kaufmann III, 71. 224.
—— Feronce, A. III, 499.
Duparc, Tänzerin II, 403.
Duraud, französischer Gesandter II, 642. 657. 659.
Duraftanti, Sängerin II, 396.
Durosnel, französischer General III, 178.
Durutte, französischer General III, 115. 117 ff. 122. 131. 152.
Duval, schwedischer General II, 162.
—— , Maitresse II, 403.
Dünau, v., anhaltischer Edelmann II, 114.

Digitized by Google

Dürr, Stempelschneider II, 291.
Dyherrn, L. F. v., sächsischer Generalmajor II, 476. 485. III, 39. 41.
Dyherrn, v., preußischer Flügeladjutant II, 487.
Dziembowski, v., Hauptmann III, 271.

E.

Ebeleben, Amt II, 373.
Ebenett, Familie 510.
Eber, P., Professor 595. 642.
Eberhard, Graf im Lahngau 30.
——, Graf von Würtemberg 295.
——, Kasp., Generalsuperintendent 644. II, 52.
Ebersberg, v., Marschälle 192.
Ebert, F. A., Oberbibliothekar III, 402.
Eck, Dr., Joh. 455. 457 f. 525.
Eckard, Bischof von Merseburg 168.
Eckert, Redacteur III, 690.
Edzard, Graf von Ostfriesland 559. 563 f.
Egeln, Amt II, 185.
Egger, G., Postmeister II, 284.
Egidy, v., Quartiermeister II, 644 648.
——, Oberstleutnant III, 89.
Egino, Graf 29.
Ehrenstein, v., Oberst III, 130.
——, K. W. v., Finanzminister III, 603. 611. 616.
Eichhorn, J. A. F., preußischer Minister III, 234.
Eichsfeld, das 103.
Einsiedel, v., Rath Kurfürst Augusts II, 60.
——, v., Kammerpräsident II, 315. 403.
——, Anna v. II, 334.
——, Graf, Detl. v., Cabinetsminister III, 166; in Leipzig 228 ff; während der Gefangenschaft 254. 260. 266 f. 276. 281. 318. 320; seit 1815: 360 ff. 377. 396. 400. 405. 407. 415. 420 f. 434. 437.
——, Graf, Georg v., Gesandter in Paris III, 106. 165.
——, Graf, G. F. v., Cabinetminister II, 536. 554.
——, K. v., Appellations-Rath II, 159.
——, v., Major III, 113.
Einsiedel-Wolkenburg, Graf II, 685.
Eisenach, Verfassung 199 f. 280; -er Weichbild 200.
Eisenbahnen III, 499 ff. 555 f. 559. 729.
Eisenberg, Amt II, 5.
Eisenberg, Kunig. v. 231. 235.
Eisenberger, Pater 572.
Eisenstuck, H. G., Obersteuerprocurator III, 436. 445. 468. 488. 496. 512. 522 f. 716.
——, B. III, 571. 577.
——, Departementsdirector III, 435.
Eisleben, Permutationsabschied II, 32 f.
Elbert, Sendgraf 27.
—— I., Markgraf von Meißen 80.
—— II., Margraf von Meißen 80 ff. 92. 98.
——, Bischof von Bamberg 205. 209.
Elkard, Gaugraf 103.
Ekkihard I., Markgraf v. Meißen 58. 60. 74 ff. 104.
—— II., Markgraf von Meißen 78.
Elbenau, Amt 358. II, 32.
Elbing, Convention v. III, 19.
Elbschiffahrt III, 387. 502. 730.
Eleonore Erdmuthe, Kurfürstin II, 267.
Elisabeth, Kaiserin von Rußland II, 355. 428. 431. 437.
——, Königin von England II, 13. 25 f. 56. 96. 99. 105.
——, Gemahlin Kurfürst Ernsts 409.
——, Gemahlin Kurfürst Friedrichs III. 429.
——, Gemahlin Friedrichs des Freudigen 248. 250. 257. 288. 291. 295.
——, Gemahlin Wilhelms I. von Meißen 305. 310.

Digitized by Google

Elisabeth von Arnshaugk, Gemahlin Albrechts II. 248.
—— von Maltitz 229. 271.
——, Herzogin (v. Rochlitz) 523. 540. 545. 571. 578.
—— von Mansfeld, Gemahlin Herzog Friedrichs 571.
——, Gemahlin Joh. Friedrichs des Mittleren II, 24. 28.
——, Tochter König Johanns III, 691.
——, Tochter Friedrich Augusts II. III, 40. 258. 263.
—— die Heilige, Landgräfin 189. 205 ff.
——, Gemahlin Heinrich Raspe's 215.
——, Gemahlin Joh. Kasimirs von der Pfalz II, 27. 93.
——, Herzogin von Mecklenburg II, 41.
——, Gemahlin Joachims von Brandenburg 492.
——, Gemahlin Burggraf Friedrichs von Nürnberg 298.
—— Albertine, Herzogin v. Sachsen-Weißenfels II, 253.
Elster, Bad III, 724.
Emilie, Tochter Heinrichs des Frommen 570. 579.
Emser, Hier. 444. 470. 566 ff.
am Ende, F. K., österreichischer General III, 44 ff.
Ende, L. N. v., Cabinetsminister II, 554. 560. 570.
—— v., Polizeipräsident III, 428. 431 f.
Engel, Dr. III, 723.
——, v., Generalleutnant III, 791.
Engelhard, H., Unterhändler Friedrichs des Sanftmüthigen 381.
Engelhardt, K. A., Archivar III, 401.
Engelhaus, Th., Chronist 349.
Engilin, Gau 103.
Eobanus Hessus 444. 462.
Ephraim, Münzjude II, 488. 496.
Eppendorf, v., Major III, 706.
Eppo, Bischof von Zeiz 79. 82.
Erasmus 460. 562.
Erbeinigung mit Böhmen 300. II, 96. 127; mit Brandenburg 378. II, 96. 123.
Erbverbrüderung mit Hessen und Brandenburg 289. 302. 378. 394. 516. 565. II, 6. 172. 628. 635; mit Henneberg II, 29; mit Lauenburg II, 236.
Erdmuthe Sophie, Tochter Johann Georgs II. II, 252.
Erfurt 10. 103. 197; belagert (1310) 253. 259. 280 ff. 291. 293. 297. 339; Unterwerfung 402 f. 424 f.; tolles Jahr 435; Pfaffensturm 465. 477. 479; Reduction II, 242 ff.; Fürstencongreß 1808 III, 28; Bundesschiedsgericht zu III, 648; Reichstag III, 664; Marienkirche 14; Bisthum 15. 27. 37; Kloster 103; Universität 341. 427. 443. — Versuchte Erwerbung von Erfurt II, 423. 657. III, 13. 57. 187.
Erhard, Chr. D., Professor III, 511.
Erich, König von Schweden II, 13. 19 f.
——, Herzog von Sachsen-Lauenburg 361. 364 f.
—— I., Herzog von Braunschweig-Calenberg 493. 517. 559.
—— II., Herzog von Braunschweig 531. 579. 614 f.
——, Erzbischof von Magdeburg 143. 233.
Erneſti, J. A., Philolog II, 519. 687 f. 693.
Ernst, Kurfürst von Sachsen 390. 398; Regierung 399 ff.; Inneres 412. 415 ff.; Landesordnung 419.
——, Kurfürst von Mainz 409.
——, Erzbischof von Magdeburg 402. 433. 435.
—— der Fromme, Herzog von Gotha II, 296.
—— Prinz, Sohn des Prinzen Johann III, 557.
——, Herzog von Koburg II, 661. III, 290.
——, Markgraf der böhmischen Mark 28.
——, Erzherzog II, 26.
——, Herzog von Braunschweig-Lüneburg 486. 503.
——, Herzog von Grubenhagen 547.
Erpo, Graf 103.

Digitized by Google

Erscheide, Freiherr v. II, 157.
Erzjägeramt II, 371.
Erzmarschallamt 357 f. 365.
Esche, G., Fabrikant II, 685.
Eschenbach, W. v. 201 f.
Escherich, v., Lehenscommissar II, 572.
Esiko, Grafen im Hosgau 43. 89; von Merseburg 56. 58. 76. 127.
Essen, v., Geheimer Legations-Rath II, 595. 600.
Essenius, Hofrath II, 446.
Esterle, Gräfin v. II, 402.
Esterhazy, Fürst, österreichischer Gesandter III, 127. 151.
Ettmüller, Mediziner II, 294.
Eufemia, Kurfürstin von Sachsen-Wittenberg 364.
Eugen, Prinz von Savoyen II, 362.
——, Herzog von Würtemberg III, 198. 200.
— —, Vicekönig von Italien (1813) III, 116. 119. 121. 163.
Everdt, Kammercommissar II, 382.
Exegesis perspicua II, 49.
Eyckhaut, A., Maler II, 224.

F.

Fabrice, Major v. III, 123. 228.
——, G. F. A., Kriegsminister III, 742. 773. 808. 811.
Fabricius, Georg 643. 645. II, 91.
Fabricius, Kil., Maler II, 224.
Fachs, Dr., Ordinarius der Juristenfacultät 631. 640.
Fahnern, v., Kämmerer 192.
Falkenstein, J. P. v. 368. 500; Minister des Inneren 535. 549. 553. 563 f.; Rücktritt 565; Cultusminister 703. 731. 734. 791. 811.
Fara, Agilolfinger 10.
Fatime, Maitresse 403.
Faustrecht 337.
Fehling, Maler II, 393.
Fehmgericht 329.
Feilitzsch, Fab. v. 454; Phil. 463 Anm. 472.
Felgenhauer, Postmeister II, 86.
Felix V., Pabst 381 f.
Ferber, F. W. v., Geheimer Finanzrath II, 547. 570. 668. III, 19.
——, Hofrath (1813 ff.) III, 234. 245. 338.
Ferdinand I., römischer König, Verhältnisse zu den Protestanten 491. 495 f. 502. 505. 513 f. 517. 521. 525. 528; im schmalkaldischen Kriege 536. 541 ff.; — u. Moritz 590. 600. 602. 611 ff.; — u. August II, 5 f. 19. 33 f. 36. 80. 84.
—— II. als Erzherzog II, 120. 125 ff.; Wahl 131. — Verhandlungen mit Johann Georg I. 139. 144. 177; und die Lausitzen 225 ff.
Ferdinand III., Kaiser II. 177 f.
——, Herzog von Kurland II, 355.
——, Herzog von Braunschweig II, 466.
——, Prinz von Braunschweig II, 478.
—— Maria, Kurfürst von Baiern II, 241.
Feuquières, Marquis v. II, 165. 250.
Fichte, J. G. II, 690.
Financi, Schauspieler II, 512.
Finanzcentralcasse III, 474.
Finanzcollegium, geheimes II, 671.
Finanzen 274. 333 f.; (unter Ernst und Albert) 412 f.; (im 16. Jahrhundert) 636 f.; (Kurf. August) II, 62. 71; (bis 1656) II, 195; (August d. St.) 273. 372 ff.; (August III.) II, 441 ff.; (seit 1763) 536 ff. 670 ff.; (seit 1806) III, 7. 244; (seit 1815) 369; (seit 1831) 472 ff. 503; (1848) 586. 721 f.
Finck, v., preußischer General II, 489. 492 f.
Finkelthaus, S., Jurist II, 219. 282.
Finkenstein, Graf v. II, 572
Fischer, J. F., Rector II, 691.
——, kathol. Priester II, 362 Anm.
Fiaccise III, 388.
Flacius, Matth. 642. II, 10. 16. 40.

Digitized by Google

Flahaut, französischer General III, 153. 169.
Flandrische Colonien 156 f.
Fleck, Er., Astrolog 646.
— —, J. F., Schauspieler II, 695.
Flegler 314.
Fleischer, Fr., Buchhändl. III, 398.
——, Oberstleutnant III, 706.
Fleischsteuer II, 197. III, 475.
Flemming, Paul II, 223.
— —, Grafen v. II, 371.
— —, H. G. v., General II, 259 ff. 267.
— —, J. H. v., General II, 303. 307 ff. 318. 320. 323. 330 f. 345. 349 ff. 366. 403.
— —, K. G., Cabinetsminister II, 458. 460. 500. 535. 540.
Fletscher, v., Geh.-Rath II. 543.
Fleury, F. J. W. v., Geh.-Rath II, 367.
Flotow, v., Geheimer Finanzrath III, 506.
Forbes, englischer Geschäftsträger III, 646.
Forell, J. F. v., Obersthofmeister II, 557. 706.
Formera, Sängerin II, 367.
Forstwesen (seit 1763) II, 550. III, 244. 373. 503.
Förster, K., Professor III, 401.
Franke, A. Herm. II, 297 ff. 365.
— —, J. M. II, 510.
Frankfurt: Convent (1539) 517; (1545) 533; Receß II, 14; Deputationstag II, 98; Convent II, 168. 171; Union (1744) 425; Convention (1828) III. 457; Parlament 577 ff. 590 ff. 639; Fürstencongreß 752 f.
Franz I., Kaiser II. 445.
— — II., Kaiser (Kaiser von Österreich) (1791) II, 603; heiratet III, 14; 1812 in Dresden 76; (1813) 128. 230. 240; verficht die Erhaltung Sachsens 257 f. 263. 287. 304. 309. 321. 323.
— —, Herzog von Koburg-Salfeld II, 657.
— —, Herzog von Sachsen-Lauenburg 579.
— — I., König von Frankreich 452 f.
— —, Herzog von Braunschweig 486.
Franz Albrecht, Herzog von Lauenburg II, 165. 168. 176. 180.
— — Julius, Herzog von Lauenburg II, 165. 167.
— — Joseph I., Kaiser von Österreich III, 649. 752.
Frauensee, Amt II, 438.
Frauenstein, burggräfliche Residenz 377.
Frege, Ch. G., Kammerrath II, 659.
Freiberger Recht II, 67.
Freienwalder Schiedsgericht III, 681.
Freigerichte 335.
Freimaurerei II, 529. 691. III, 74. 413. 690 f.
de Fresse, J., Bischof von Bayonne 605.
Freydinger, B., Secretär 576.
Friderici, v., Oberst III, 621.
Friedensgericht in Thüringen 277. 291. 416.
Friedensrichter III, 555. 712.
Friedland, Val. II, 227.
Friedrich I., Kaiser, Leisnig ꝛc. 131; und Otto der Reiche 137 f.; Landsberg 140; Pleißnerland 163; bei Ludwig dem Eisernen 180; Gr. Plötzke 182; Pfalzgrafschaft 183.
— — II., Kaiser, in Leipzig 169; und Heinrich Raspe 214.
— — III., Kaiser, und Albrecht der Beherzte 553 ff.
— — I., König von Preußen II, 332. 346. 350.
— — II., König von Preußen, Kronprinz II, 367; 1. schlesischer Krieg 416; in Dresden 421 f.; Prinzessin Marianne 423; 2. schlesischer Krieg 425 ff.; Kundschafter 457; Convention zu Whitehall 459; 3. schlesischer Krieg 465 ff.; Polen 562; und Kurfürst Friedr. Christ. 571; bairischer Erbfolgekrieg 575 ff.; Fürstenbund 582 f.
—— III., König von Dänemark II, 13. 56. 97.
—— IV., König von Dänemark II, 321. 346.
— — von Eilenburg 59. 78. 88 f.
—— I., der Freudige, Markgraf, Lombarden 232 f.; Pfalzgraf, ge-

Digitized by Google

fangen 233; (seit 1290) 236. 240 ff.; Hersfeld 270; Territorialhoheit 331.
Friedrich II., der Ernsthafte, Markgraf 254; Regierung 287 f.; Lausitz 325; wendische Sprache 342.
—— III., der Strenge, Markgraf, vermählt 295; Regierung 298 ff.; Lausitz 325; Beir. 332; Erfurt 341.
—— I., der Streitbare, Kurfürst 305; Erbvertrag 307; Regierung 314 ff.; in Costnitz 318; Gerichte 336. 338; sächsische Kur 364 f.; als Kurfürst 368 ff.; Münzwesen 423.
—— II., der Sanftmüthige, Kurfürst 371 ff.; Ziese 333; Gerichte 417; baseler Concil 441.
—— III., der Weise, Kurfürst 397; Regierung 429 ff.; Reichsangelegenheit 432 f.; Erfurt 435; Universität Wittenberg 436 ff. 444 f.; Reformation 448 ff.; Königswahl 451 ff.; Beschützer Luthers 460 ff.; † 479 ff.; Steuer 628.
—— der Kleine 254. 259. 339.
—— Tutta 235. 238. 240.
—— der Lahme 254. 258 f.
—— der Länderlose 235.
—— der Friedfertige, Landgraf von Thüringen 311. 313; Dresden 339. 374. 368. 376; Wilhelm 373; Eschwege 378; † 379.
——, Herzog von Sachsen, Hochmeister 433. 435. 561.
——, Sohn Georgs des Bärtigen 571.
——, Herzog von Weimar II, 133.
—— II., Herzog von Gotha II, 313.
—— III., Herzog von Gotha II, 480.
—— Sohn Ludwigs II. von Thüringen 179. 182.
—— II., III. und IV. v. Gosek, Pfalzgrafen 109 f. 121. 153.
—— I. von Sommerschenburg, Pfalzgraf 121.
—— I., Kurfürst von Brandenburg 364 f. 371. 378.
—— III., Kurfürst von Brandenburg II, 262. 266 f. 303.
Friedrich III., Kurfürst von der Pfalz II, 15. 17. 25. 40. 43.
—— IV., Kurfürst von der Pfalz II, 111. 115.
—— V., Kurfürst von der Pfalz II, 137.
——, Herzog v. Braunschweig 362 f.
——, Probst zu Magdeburg, Bischof zu Münster 90.
—— August I., der Starke, Kurfürst II, 265; Schöning 269; Regierung 270 ff.; Stände 277; polnische Krone 303 ff.; Nordischer Krieg 319 ff.; katholische Propaganda 357 ff.; Campement 368; Verhalten zu Preußen und dem Kaiser 369; † 370; Bauten 394; Urtheil 404.
—— II., Kurfürst, König von Polen, Conversion II, 359; Vermählung 367; Regierung 405 ff.; Kunst 511; † 541.
—— III., Kurfürst II, 394. 541. 555; Erziehung und Charakter 556 ff.; verm. 559; Selbstregierung 560 ff.; Inneres 661 ff.; Erhebung zum König (Friedrich August I.) 659; als Mitglied des Rheinbundes III, 1 ff.; Herzog von Warschau 10. 14 ff. 69 ff.; Flucht nach Plauen 110 ff.; nach Regensburg 128 ff.; nach Prag 153; Rückkehr nach Dresden 169; Gefangennahme 226 ff.; Gefangenschaft 265 ff.; in Preßburg 318 ff.; in Laxenburg 324 ff.; Briefe 339 ff.; Rückkehr nach Dresden 338; 1815—1827: 359 ff.; † 414.
—— II., König von Sachsen; als Prinz III, 336. 392. 400. 405. 408. 449. 414. 416. 434 ff.; Mitregent 437 ff.; Criminalgesetzbuch 512; als König 486 ff.; in England 535; (1848) 563 ff.; Tod 704 f.
——, Prinz, Sohn des Prinzen Georg III, 717.
—— Christian, Kurprinz II, 490 f. 500. 508; Kurfürst 533 ff.
—— Wilhelm I., König v. Preußen II, 350. 366 ff. 407.
—— Wilhelm II., König v. Preußen II, 592 f. 598. 637.

Digitized by Google

Friedrich Wilhelm III., König von Preußen, in Dresden (1812) III, 77 (1813) 139 f.; 145. 158; Besuch bei Friedrich August 232; in Dresden 361; Congreß zu Wien 291. 294. 314; Zollverein 462.
———— IV., König von Preußen III, 641. 649.
————, Herzog von Sachsen-Weimar II, 29.
————, Herzog von Sachsen-Altenburg, Administrator II, 67. 104 ff.
———— I., Kurfürst von Brandenburg II, 185; zu Lichtenburg 241; Erfurt 244. 246; zu Zinna 249. 282; (1683) 257; Post 284; Universität Wittenberg 293.
————, Herzog von Braunschweig-Oels III, 41 ff.
Friedwalde, Bündniß zu (1551) 606.
Friese, preußischer Geheimerrath III, 306. 360.
Friesen, Herren v. II, 317.
——, H. u. K. v., Geheimerrath II, 244. 248.
——, J. G. F. v., Oberkammerherr III, 75. 111. 134. 139. 164. 269.
Friesen, Rich. v., Staatsminister III, 633. 653. 656. 675. 679 f. 702. 717. 719. 730. 757 f. 791. 808.
——-Rötha, Fr. v. III, 549. 678. 684. 711.
Friesner, Andr., Buchdrucker 426.
——, Rector der Universität 420.
Friesonevald 8. 15.
Fritsch, Thom. v., Conferenzminister II, 500. 503. 543. 560. 668.
——, v., Generalleutnant III, 787.
Fritzsche, Geheimerrath III, 267.
Fröden, v., Oberstleutnant II, 551.
Fulda, Hoftag zu (1306) 249.
Funck, K. W. v., General (1806) 647. 651. 654 f. 659. (1809) III, 32. 51; (1810) 53. 55; (1812) 84. 100.
Funk, v., sächsischer Geschäftsträger in Paris II, 456.
Funke, Oberleutnant III, 621. 626.
Fürstenberg-Heiligenberg, A. A. Fürst v. II, 312. 315. 317 f. 330 f. 347. 358.
Fürstenbund, d. II, 583 ff.
Fürstenschulen, Gründung 585. 643; II, 278. III, 360.

G.

Gablenz, v., sächsischer Generalmajor (1812) III, 84 f. 101; (1813) 149. 180. 182; in den Niederlanden 251 ff.; in Frankreich 337; (1830) 435. 442.
Gagern, H. C. v. II, 659. III, 9. 12. 306.
Galen, Graf v., preußischer Gesandter III, 683.
Gallas, Feldmarschall II, 162. 178. 181.
Gallizin, Fürst III, 231.
Gana, Burg 39.
Gartenberg, Baron v. II, 502. 507. 534.
Garve, W. II, 693.
Gastein, Convention zu III, 776 f.
Gasti 154.
Gau, Major III, 180.
Gaudi, v., preußischer Generalmajor III, 292. 360.
Gaue, Gauverfassung 60. 68. 71.
Gaultier, P. v., Geheimer Kriegsrath II, 367.
Gärtner, K. Ch. II, 525.
Gebhard, Pfalzgraf 30.
——, Dr., kaiserlicher Gesandter II, 170.
Gedike, L. F. G., Director II, 688.
Gegenhändler, d. II, 140. 226.
Gehe, Ed., Dichter III, 401.
——, F. E., Abgeordneter III, 491.
Geheimes Cabinet II, 318. 669. III, 241. 365 f. 449. III, 365 f. 434. 449.

Digitized by Google

Geheimes Finanzcollegium II, 669. 671. III, 367. 392.
Geheimer Rath, III, 365 ff. 435.
Gehler, J. C., Dr. med. III, 410.
——, J. S. T., Physiker II, 694. III, 224.
Geibler, Hauptmann III, 334.
Geilana, Herzogin 11.
Geleite, d. III, 370. 388.
Gellert, Ch. E., Bergrath II, 550. 683.
——, Ch. F., Dichter II, 525 f.
Gemmingen, U. v., Erzbischof von Mainz 435.
Generalaccispacht II, 545.
Generalhauptcasse II, 671.
Generalschmelzadministration II, 381.
Generalstab II, 378. 641. III, 418.
Genewara, Gau 24.
Gensdarmerie III, 368.
Gentz, Fr. v. III, 288. 297.
Georg, Sohn Friedrichs d. Strengen 305. 307. 316.
—— der Bärtige, Herzog v. Sachsen, als Landesfürst 555. 558, 562 ff.; Verhältniß zu Moritz 581; Landkreise 624; Stände 625; Münze 627 f.; Hofordnung 631; Universität 639; Annaberg 421; Verhältniß zu Kurfürst Friedrich 436. 472; gravamina 461. 566; Gegner der Reformation 455 f. 460. 471 ff. 483 ff. 513. 516 f.; gegen Münzer 475. 478.
——, Prinz, Sohn König Johanns III, 740.
——, Herzog von Sachsen-Weißenfels II, 313.
—— Podiebrad 386 f.; Prinzenraub 390; König 395. 400. II, 225.
——, Herzog von Lüneburg II, 162 f.
——, Herzog von Mecklenburg 600. 609.
——, Landgraf von Hessen-Darmstadt II, 151. 159. 168. 171.
——, Markgraf von Brandenburg 483. 493. 497. 570.
—— Ernst, Fürst von Henneberg II, 49.
—— Friedrich, Markgraf von Brandenburg-Ansbach II, 98.
Georg Wilhelm, Herzog von Braunschweig-Celle II, 264.
George, die, Schauspielerin III, 177.
Georgi, R., Abgeordneter III, 521. 530. 547. 747; Minister 568. 570. 603. 612; Präsident der ersten Kammer 653.
Geppenstein, v., Ver. 249.
Gera, Vögte von 301.
Gerber, K. F. v., Professor III, 735.
Gerhard, Erzbischof von Mainz 223. 247.
——, Paul II. 223.
——, W. Ch. L. III. 404.
Gerichtswesen 276. 335; unter Ernst und Albert 416 f. 560; 16. Jahrhundert 631; Kurfürst August II, 64; (bis 1656) II, 207; (bis 1697) 281 f.; unter August dem Starken 382 f.; Brühl 446 f.; (seit 1763) 674; Generalgouvernement III. 242; (seit 1830) 478 f.; Öffentlichkeit und Mündlichkeit 528 f. 550; in der Lausitz 263; Reform (1854 ff.) 708 ff.
Gero, Markgraf des Limes Sor. 44 f.
—— I. und II., Markgrafen der Ostmark 50. 122.
——, Graf von Brene 90.
——, Erzbischof von Köln 45.
Gersdorf, Amt II, 373.
Gersdorf, Herren v. 267.
——, Cz., Fehmrichter 329.
——, Oberst II, 181.
——, Geheimerrath II, 244. 250.
——, K. A., General und Cabinetsminister II, 476. 570.
Gersdorf, E. G., Oberbibliothekar III, 734. 736.
Gersdorff, K. F. W. v., General und Kriegsminister (1809) III, 32. 37; Reorganisation 53. 55; (1812) 75; (1813) 113. 119. 144. 166. 183. 186. 201 f. 211. 223 f. 230. 402.
——, E. G., Präsident der ersten Kammer III. 466.
Gerstäcker, Fr. III, 526.
Gerstenberger, kursächsischer Gesandter II, 118.

Digitized by Google

Gertrud, Gemahlin Heinrichs I. von Eilenburg 92 f. 100. 124.
——, Schwester Markgraf Eckberts 87.
——, Gemahlin Pfalzgraf Siegfrieds 125.
——, Gemahlin Heinrich Raspe's 215.
——, Äbtissin zu Quedlinburg 211. 219.
Gerung, Bischof von Meißen 156.
Gesetzcommission, die III, 368.
Gesindeordnung III, 477.
Gesner, J. M., Rector II, 391.
Gewerbordnung III, 492 f. 726 f.
Gewerbsteuer II, 197. III, 471. 555.
Gewichtssystem III, 496.
Gilbert, L. W., Professor III, 412.
——, R., Geheimer Kirchenrath III, 731.
Gisela, Kaiserin 80.
Giseler, Bischof von Merseburg 56 f.
Glapio, Beichtvater 461.
Gleichen, Grafen v. 113. 187. 303; Doppelehe 211. 214; Erwin 181; Busso 106; Ernst 370. 394. 398; Fr. 370; Sig. 398.
Gleißenthal, H. v. II, 18.
Globig, H. G. v., Oberconsistorialpräsident II, 413. 453.
——, H. E., Geheimerrath, Conferenzminister, zu Regensburg II, 615; (1809) 111; Immediatcommission (1813) 134; Criminalgesetzbuch 512.
——, H. A. F., Hofrath III, 324. 328 ff.; (1815) 357. 360 f.; wiener Conferenz 396; Oberconsistorialpräsident 421.
Glomaci 38.
Gneisenau, v., General III, 331 ff.
Godow, Herren v. 268.
Goldbach, Helw. v. 249.
Goldne Bulle, sächsische 361.
Goltz, J. R. v. d., Feldmarschall II, 259.
Gommern, Amt 358. II, 32. 408.
Gortschakoff, Fürst, russischer Reichskanzler III, 741.
Goseck, Grafen v. 113. 121. 153.
——, Fr. 91. 109 f.
Gotha, Dingstuhl zu 194; Belagerung von II, 22.
Gottau, Amt 358.
Gotthold, Bischof von Meißen 101.
Gottsched, J. Ch. II, 509. 518. 520 ff. 527.
Gotzkowski, Kaufmann II, 497.
Gozbert, Herzog 11.
Göde, Henning, Jurist 436. 443. 459. 642.
Göding, Maler II, 92.
Göllingen, Abtei II. 185.
Görres, J. J. III, 270 f.
Görtz, Graf K. H. v., gen. Schlitz, sächsischer Gesandter II, 618. 626 f. 633. 635. 637 f. III, 261. 394 f.
Görz, Graf, schwedischer Minister II, 352 f. 355.
Goethe, Wolfgang v. II, 693.
Götz, kaiserlicher General II, 171. 178.
Götzen, Graf v., preußischer Gesandter II, 624 f. 634 f.
——, Graf v. III, 26.
Graf, Maler II, 92.
Grafenfehde 292 ff.
Graff, A., Maler II, 697.
Grammont, v., französischer Gesandter II, 241.
Granier, französischer General III, 105.
Granvella 535 f. 590.
Grassi, Familie II, 287.
Gratien, holländischer General III, 48.
Gravel, v., französischer Gesandter II, 245.
Gräfenhainichen, Amt II, 374.
Gregorian. Kalender II, 57. 315.
Gresser, D., Hofprediger II, 102.
Gretschel, J. Ch., Redacteur III, 419.
Griebner, Hof- und Justiz-Rath II, 382. 390.
Griesinger, G. A., Legationsrath III, 318.
Grieskau, Herren v. 330.
Grimma, Machtspruch (1531) 508; Vergleich zu (1542) 523.
Grolmann, v., preußischer General III, 332.
Groote, hannov. Gesandter II, 268.

Digitized by Google

Groß, J. K., Bürgermeister III, 224. 228. 512. 567.
Große, U., Advocat II, 293.
Großmann, Ch. G. L., Superintendent III, 468. 482 f. 488. 515. 537. 539 f. 552. 680. 684.
Gröbel, Ch. E. A., Rector III, 413.
Gruczinski, Conföderationsmarschall II, 352.
Grumbach, Wilh. v. II, 10 ff.
Grumbkow, v., General II, 370.
Grundig, G. J., Geheimer Finanzsecretär II, 699.
Grundrechte, deutsche III, 599. 602. 604 f. 667. 678 ff.
Grundsteuer 628 f. III, 505 ff. 724.
Grundveste, die II, 46.
Gruner, Kaufmann III, 224.
— —, L., Künstler III, 407.
— —, K. G. A., Oberconsistorialpräsident III, 449.
Grünes Gewölbe II, 393.
Grünhain, Kloster 284.
Grünne, v., österreichischer General II, 430 ff.
Grünthal, J. v., Gesandter Johann Georgs I. II, 128. 136.
Guarini, Jesuit II, 411 f. 418. 422. 425. 479.
Guasco, österreichischer General II, 492.
Gundermann, Dr., Superintendent II, 105.
Gunzelin, Markgraf v. Meißen 77.
Guozdek, Burg 91.
Gusk, Herren v. 330.
Gustav Adolf, König von Schweden II, 147 ff.
Gustav-Adolf-Verein III, 539. 693.
Gustav Wasa, König von Schweden II, 13.
Gutschmid, v., Berghauptmann III, 373.
— —, W., Director der Commerzien-deputation III, 322.
— —, Ch. G., Cabinetsminister II, 543. 557. 583. 594. 601. 668.
— —, General II, 613. 641. III, 34 f. 53. 80. 83.
Gutzkow, K. III, 526. 736.
Günther, Markgraf von Meißen 50 f. 56. 58.
— —, Grafen von Schwarzburg 313. II, 20 f. 23. 29.
— —, Erzbischof von Magdeburg 311. 378.
— —, Bischof von Zeiz 84.
— — der Eremit 103.
— —, K. G., Archivrath III, 24. 360.
— —, Hofrath III, 392.
— —, K. F., Professor der Rechte III, 529. 545.
— —, M. Geheimerrath III. 648.

H.

Haak, J. C., Comödiant II, 521.
Haak, v., Oberst III, 199.
Haase, K. H., Präsident der zweiten Kammer III, 466. 478. 545. 548.
Habdik, v., österreichischer General II, 499.
Haben, Vicepräsident III, 598. 610.
Hagedorn, v., Ch. L. II, 539.
Hagen, Graf v., Kohlenbau II, 683.
Hahn, M., Archidiakonus II, 364.
— —, A., Professor der Theologie III. 421.
Hahnemann, S. Ch. III, 412.
Hake, H. F. G. v., Generallieutnant III. 762. 765 f. 771 f. 774.
Halberstadt II, 32; Bisthum II, 142.
Halle, Grafengedinge 358; Streit mit Erzbischof 402; Machtspruch 384.
Haloander, Jurist 645.
Haltaus, K. III, 526.
Hammelburg, Kloster 12.
Hammer, J., Dichter III, 736.
Hanau, Grafschaft II, 141.
— -Münzenberg, Grafschaft II, 438.
Hanbury Williams II, 455.
Handel (1190—1324) 281; (bis 1423) 367; (16. Jahrhundert) 649. II, 83; (bis 1656) 210; (bis 1697) 285; (18. Jahrhundert) 383 ff.

Digitized by Google

447 f. 503. 548. 683; (seit 1815) III, 385 ff. 489; (seit 1819) III, 453 ff. 730.
Handelsverein, mitteldeutscher III, 457 ff.
Hannart, kaiserlicher Gesandter 472.
Hardenberg, K. A. v., Staatskanzler (1805) II, 618; (1813) 105. 158; wiener Congreß III, 283. 287. 292 ff. 310.
——, F. (Novalis) II, 683. 698.
Hardrat, thüringischer Edler 16.
Harkort, G., Kaufmann III, 499.
Harleß, G. Ch. A., Oberhofprediger III, 692. 731.
Harlunger 95.
Harms, Kupferstecher II, 291.
Harrach, Graf v. II, 432.
Hartenstein, Grafschaft 290. 376 ff. II, 35.
Hartig, Graf v., österreichischer Gesandter II, 591.
Hartitzsch, F. G. v., General III, 36.
Hartmann, Professor III, 402.
Hartwig, Erzbischof von Magdeburg 97.
Hasche, J. Ch., Prediger II, 699.
Hase, Matth., Professor II, 389.
Hasse, H. A., Professor III, 401.
——, J. A., Componist II, 511 f. 515.
Hathan, Herzog 11.
Hathéburg, Gemahlin Heinrichs I. 37. 44.
Hathuni, Gemahlin Siegfrieds 48.
Hatto, Graf zu Magdeburg 27.
Hatzfeld, v., kaiserlicher General II, 176. 178 f.
Haubold, Ch. G., Professor II, 694. III, 411.
Haugwitz, v., Herren 268.
——, J., Bischof von Meißen II, 35 f. 38.
——, Oberstleutnant II, 178.
——, J. A., Dichter II, 289.
——, F. A., Oberhofmarschall II, 301.
——, Ch. H. K., preußischer Minister II, 619. 623 f. 626 f. 632. 637.
Haupt, M., Professor III, 575. 694.
Hauptstaatscasse III, 474.
Hausen, C. A., Professor II, 518.
Hausen, v., preußischer General II, 492.
Hausius, Geheimerrath II, 534.
Hausmann, N., Pfarrer 466.
Haußner, Stadtrichter III, 468. 635.
Havelberg, Bisthum 47.
Haxthausen, v., Hofmeister II, 271. 392.
Hähnel, E., Bildhauer III, 516.
Hänlein, v., preußischer Vicekammerpräsident II, 622. 626.
Häpe, H., Geheimer Regierungsrath III, 793.
Härtel, Dr. jur. III, 517.
Hebenstreit, Musiker II, 396.
——, E. B. G., Physiolog II, 694.
——, J. E., Mediciner II, 393. 517.
Heberich, B., Philolog II, 391.
Hedwig, Gemahlin Markgraf Otto's von Meißen 134. 137.
——, Gemahlin Kurf. Christians II. II, 121. 126.
——, Gemahlin Ulrichs von Wettin 142.
——, Tochter Friedrichs des Sanftmüthigen 397. 402.
——, Gemahlin Ludwigs von Thüringen 110. 116. 177.
——, Gemahlin Albrechts von Orlamünde 188.
——, J., Botaniker II, 694.
Heeringen, H. H. v., Obersteuerdirector II, 503. 545.
Heerwesen 273. 333; 16. Jahrhundert 629; (bis 1656) II, 200; unter Johann Georg III. II, 254 ff.; August dem Starken 377; (seit 1763) II, 505; (Xaver) 551 f. 560; (1806) 639 ff.; Reorganisation von 1810 III, 53 ff. 180; (1814) 246 ff.; (seit 1815) 370; (1834) 477; (1848) 583. 586. 637. 725.
Hegemüller, Geheimerrath II, 151 f.
Hegewald, Bildhauer II, 224.
Heideck, H. v. 603. 607. 611.
Heilbronn, Bündniß zu II, 165.
Heimatsgesetz III, 477. 510. 725. 727.
Heimburg, G. v. 401. 442.

Digitized by Google

Heinecken, K. H. v., Geheimerrath II, 509. 534.
Heineken, v., Oberst III, 153 f. 211. 230. 349.
Heinike, Sam. II, 688.
Heinrich I., König 36 ff. 102.
—— II., Kaiser 76 ff.
—— IV., Kaiser 81 ff. 91. 96.
—— V., Kaiser 94. 98.
—— VI., Kaiser 138. 160 ff. 182.
—— VII., Kaiser 252 ff.
—— VII., röm. König 143. 269.
—— VII., König von England 563.
—— VIII., König von England 452. 511.
—— II., König von Frankreich 605. II, 9.
—— III., König von Frankreich II, 97.
—— IV., König von Frankreich II, 56. 99. 105.
—— I., Markgraf von Nordsachsen 49.
—— I. von Eilenburg, Markgraf 86. 91. 123.
—— II. von Eilenburg, Markgraf 93 f.
—— der Erlauchte, Markgraf von Meißen 170 ff.; thüringischer Erbfolgestreit 219 ff.; Dresden 339.
——, Sohn Albrechts II, 231. 233. 235.
——, Bruder Friedrichs des Sanftmüthigen 372. 378.
—— der Fromme, Herzog von Sachsen, schmalkaldischer Bund 515; in Friesland 558 f. 563; Erbtheil 561; folgt seinem Bruder 573 ff.; Landstände 625. 637; Universität 639; † 522.
——, Herzog von Sachsen-Merseburg II, 439.
——, Poppo's Bruder 29 f.
—— Raspe I. 110. 115.
———— II. 178.
———— III. 181.
———— IV. 176. 189. 209 ff.
——, Prinz von Preußen II, 421. 482. 485. 488 ff. 578 ff.
—— I., Herzog von Baiern 44 f.
—— II., Herzog von Baiern 58.
——, Herzog von Böhmen 162.
Heinrich der Löwe, Herzog von Sachsen und Baiern 137 ff. 160. 182 f.
——, Herzog von Brabant 226.
——, Herzog von Jauer 266.
—— der Bärtige, Herzog von Niederschlesien 207.
——, Herzog von Braunschweig 452. 478. 519. 523 ff. 531. 604. 614 f.
——, Herzog von Mecklenburg 486.
—— II., Landgraf von Hessen 289.
—— III., Landgraf von Hessen 393.
——, Markgraf von Stade 94.
—— v. Laach, Pfalzgraf 125.
—— der Fette von Nordheim 92.
——, Graf im Westergau 103.
—— v. Groitzsch 101. 124. 131.
—— mit dem Haupte 93. 100.
—— Pribislav, Fürst von Brandenburg 355.
—— von Astanien 357.
—— von Planen 377.
—— II. (v. Hartenstein), Burggraf von Meißen 376.
—— III. (v. Hartenstein), Burggraf von Meißen 400.
—— V. (v. Hartenstein), Burggraf von Meißen 609. 611. 614. II, 33.
—— VI. und VII. (v. Hartenstein), Burggrafen von Meißen II, 33 ff.
——, Erzbischof von Mainz 234 f.
—— v. Virneburg, Erzbischof von Mainz 291. 294 ff. 301.
—— v. Stollberg, Bischof v. Merseburg 314.
——, Domprobst zu Meißen 170.
—— Friedrich von Oranien II, 144.
—— Julius, Herzog von Braunschweig II, 101.
—— Frauenlob 287.
—— von Friemar 349.
—— von Hervorden 349.
—— von Mügeln 349.
Heinrichsorden II, 551.
Heinroth, J. Ch. A. III, 412.
Heinsius, G., Professor II, 518.
Heintz, F. L. v., Generalmajor III, 606 f.
Heinz, Advocat III, 620.
Heinze, griechischer Oberstleutnant III, 613. 620. 624. 632.

Digitized by Google

Heister, v., preußischer Generalmajor III, 136. 150.
Helbig, Commerzienrath II, 479.
——, Abgeordneter III, 615. 619.
Helbig, v., sächsischer Geschäftsträger II, 618.
Held, Vicekanzler 516 f.
——, G. F., Ministerpräsident III, 603 ff. 609. 611. 616. 713 f.
Helding, Mich. 583. 592. II, 37.
Heldrungen, Amt II, 235.
—— Grafen v. 187. 223. 314.
Helene, Gemahlin Dietrichs von Landsberg 247.
——, Gem. Landgraf Hermanns II. 212.
Helffrich, sächsischer Gesandter in London II, 119.
Hell, Th., Dichter III, 401 f.
Hellwig, Major III, 252.
Helmgau, d. 60.
Helt, Gg., Humanist 444.
Hemezo, Graf im Westergau 103.
Hendorf, Bürgermeister von Wittenberg 647.
Henkel, J. F., Bergrath II, 550.
Hennebergisches Erbe 300; Kurf. August II, 28 ff.; Herzog Friedrich Wilhelm 111; Theilungen 190. 235; veräußert 373. 444; III, 315. 325.
Henneberg, Grafen v., Berth. 254; Herm. 221. 224 f. 230; Poppo 171.
Hennicke, J. H. v., Conferenzminister II, 413. 427. 452.
Hensel-Bernstadt, Abgeordneter III. 547. 577.
Hensel-Camenz, F. Th., Abgeordneter III, 521. 571. 577. 599.
Herbisleben, Amt II, 5.
Herbort v. Fritzlar 202.
Herder, G. A. W. v., Oberbergbauptmann II, 682. III, 318. 373. 504.
Heringen, Amt II. 373. 438.
Herloßsohn, G. K. III, 526.
Hermannfried, König von Thüringen 5 ff.
Hermann, Markgraf von Meißen 77 f.
——, Pfalzgraf 181. 183. 185 f.
—— I., Landgraf von Thüringen 161 f. 164. 166 f. 186 ff. 201 f.
Hermann II., Landgraf von Thüringen 208 f. 211 f.
——, Sohn Ludwigs des Saliers 108.
—— Billing 44. 82.
—— von Askanien, Markgraf von Brandenburg 356.
——, Erzbischof von Köln 516. 533. 545.
——, Gottfr. II, 693. III, 264. 413. 526. 735.
——, Ch. G., Bürgermeister III, 407.
Hermelin, schwedischer Staatssecretär II, 337.
Hermunduren 4.
du Heron, französischer Gesandter II, 323.
Herrmann, kurfürstlicher Leibarzt 50.
Herrnhuter II, 529 ff.
Hersfeld, Stift 14. 270.
Hertac, Edler 60
Hertzberg, Graf v., preußischer Minister II, 576. 583. 590 f.
Herwig, Bischof von Meißen 127.
Heshusius, T., Theolog II, 27.
Hessengau 117.
Heubner, O. L., Kreisamtmann III, 577. 609. 623. 629. 635. 717.
Heucher, J. H. v., Leibarzt II, 393.
Hevelder 39 f.
Hewald, Legations-Rath II, 564. 567 f. 570.
Heydenreich, C. H., Professor 693.
Heyderich, M. III, 736.
Heymann, Hauptmann III, 273.
Heyner, Dr. M., Abgeordneter III, 720.
Heyne, Ch. G. II, 509.
Heynitz, A. F. v., Generalbergcommissar II, 550. 682.
Hidda, Schwester Gero's 45. 122.
Hieronymus, Orden des heiligen 396.
Hildewardb, Bischof von Zeiz 57. 79.
Hiller, A., Componist II, 695.
Hillivard, Bischof von Halberstadt 58.
Hirschfelder, D. II, 79.
Hohe, v., preuß. Generalmaj. 637.

Digitized by Google

Hodo I. u. II., Markgraf der Ostmark 50. 55. 58. 74. 122f.
Hoë v. Hoenegg, Oberhofprediger II, 126. 132. 136. 138. 150. 169. 191. 217. 222.
Hofgericht 276. 335. 416. 631; zu Wittenberg 508.
Hofkirchen, L. v. 159. 162ff.
Hofmann, J., Bischof von Meißen 344.
——, pfälz. Hofprediger II, 49.
—— von Berbisdorf, Hans II, 127.
Hofmarschall II, 71.
Hofrath, der II, 64.
Hofstaat 272; im 15. Jahrhundert 416; unter Kurfürst August II, 70f.; (bis 1656) 198; (bis 1697) 237ff.; (1764) 538; (19. Jahrhundert) III, 6. 243. 391.
Hohenlohe, Fürst v., preußischer General II, 619. 638. 642ff. 652.
Hohenstein, Grafen v. 113. 187. 192. 293. II, 111.
Hohenthal, Graf P. v., Oberconsistorialpräsident II, 550. 679.
——, Graf P. K. W., Conferenzminister II, 628. III, 263. 322. 366.
——-Döltau, Graf III, 165.
——-Püchau, Graf III, 453. 496.
——, K. A., Gesandter in Berlin III, 808; in München III, 663.
Hohenzollern, Graf H. G. v. II, 126f.
Hohnstein, Grafen v. 223f.
——, Elger v. 196.
Hohseeburg 15.
Holke, Feldmarschall II, 162. 166.
Holleben, v., preußischer Generallieutnant III, 634.
Holleufer, v., Major III, 220. 222.
Hollmann, Ch., Professor II, 389.
Holtzendorff, v., Kriegsminister III, 568. 591.
Homilius, G. A., Cantor II, 397.
Hommel, Astronom 640.
——, K. F., Jurist II, 517. 694.
Homilius, Generalmajor III, 631.
Hopfgarten, v., Vice-Erblandmarschall II, 553f.
— —, Kammerherr II, 691.
——, G. W., Conferenzminister II, 628. 658. III, 2. 63. 66. 112.
Horn, J. G., Historiker II, 391.
Hosgau 7. 56.
Hoyer, v., Oberst III, 80. 338.
Hoyerswerda 387; verkauft II, 441.
Hoym, A. M. v., Kammerdirector II, 266. 271. 315. 318. 375.
——, K. H., Cabinetsminister II, 367. 369. 403. 410.
——, Frau II, 330.
Höckner, Kupferstecher II, 29.
Höpfner, H. II, 150. 217.
Hredi, Graf im Bardengau 26.
Hugo, Bischof von Zeiz 53. 55.
Humanismus 443f.
Humboldt, W. v. III, 283. 324.
Hund, Burkh. 462.
Hunold, Dichter II, 397.
Hutten, U. v. 444. 642.
Hübel, Dr. G. L., Geheimerrath III, 732.
Hübner, Ch. und J., Genealogen II, 392.
— —, J., Maler III, 516. 736.
Hügel, v., würtembergischer Minister III, 743. 746.
Hülsen, v., preußischer General II, 489. 491. 493f. 497.
Hypothekenwesen III, 508.

J.

Jablonowski, Krongroßfeldherr II, 308. 351.
——, J., Fürst II, 694.
Jacob I., König von England II, 119.
——, Erzbischof von Trier 381.
Jagd, unter Kurfürst August II, 76f.; (1790) 608; (1814) III, 243; (1827) 416. -gesetze III, 373. 476. 533. 553. 696. 715.
Jahn, J. Ch., Conrector III, 413.
——, O., Archäolog III, 575. 694.
Jary, französischer General III, 131.
Jäkel, Abgeordneter III, 582. 614.
Jdzel, Pater II, 559.
Jean Paul II, 695. III, 706.

Digitized by Google

Jena 338; Universität 618; Amt II, 27.
Jentzsch, Kupferstecher II, 291.
Jenzenstein, J. v. 310.
Jerôme, König von Westfalen III, 14. 45 ff. 78. 82 f.
Ilgen, K. D., Rector II, 691.
Illgen, Ch. F., Professor III, 411.
Imhoff, G. W. v., Kammerpräsident II, 337. 347.
Immediatcommission (1813) III, 111. 114 ff. 139. 159. 163 f.; (1830) 435.
Immobiliarbrandversicherung III, 478.
Industrieverein III, 368.
Ingenieurscorps und -akad. II, 509.
Intelligenzcomptoir II, 550.
Interim, augsburger 592 f.; leipziger 595; regensburger 518; zellisches 595.
Junungen 338. 424. III, 63. 389. 561. 726 f.
Joachim I., Markgraf von Brandenburg 492. 501.
—— II., Markgraf von Brandenburg 516. 519. 540. 577. 590.
—— Friedrich, Markgraf von Brandenburg, Administrator II, 32.
Jobst, Markgraf von Mähren 308.
Johann, König von Böhmen 254. 266. 288. 296. 342.
——, Erzherzog, Reichsverweser III, 585.
——, Kurfürst von Sachsen, gemeinschaftlich mit seinem Bruder 430. 478 f.; Alleinregierung 482 ff.; Hofgericht 632; † 507.
——, Sohn Georgs des Bärtigen 571.
——, König von Sachsen, Erziehung III, 392; als Prinz 402. 408. 516; Commandant der Communalgarde 438. 442; Mitglied des Staatsraths 450; der ersten Kammer 467 f. 470. 481 f. 504. 537. 678. (12. August 1845) 543 f.; 622. 666; König III, 705 ff.
——, Herzog von Sachsen-Lauenburg 358. 366.
——, Herzog von Görlitz 326 f.
——, Herzog von Münsterberg 330.
Johann, Herzog von Cleve 434. II, 116.
——, Markgraf von Brandenburg (1240) 173.
——, Markgraf von Brandenburg (1429) 374.
——, Markgraf von Brandenburg-Küstrin 531. 596 f. 603 f.
——, Burggraf von Nürnberg 311.
——, Pfalzgraf von Zweibrücken II, 117. 124.
—— (von Nassau), Erzbischof von Mainz 341.
—— II. (v. Genzenstein), Bischof von Meißen 310.
—— VI. (v. Salhausen), Bischof von Meißen 442.
—— VII. (v. Schleinitz), Bischof von Meißen 467. 469.
—— VIII. (v. Maltitz), Bischof von Meißen 522. 573.
—— IX. (v. Haugwitz), Bischof von Meißen II, 35 f. 38.
——, Bischof von Merseburg 383.
—— Adolf I., Herzog von Sachsen-Weißenfels II, 253 f. 509.
—— II., Herzog von Sachsen-Weißenfels II, 355. 368; Befehlshaber des sächsischen Heeres 408. 426. 430. 432.
—— Albrecht, Erzbischof von Magdeburg 544.
——, Herzog von Mecklenburg 597. 603.
—— Ernst, Herzog von Sachsen-Koburg 507. 509 f. 549. 571. 617 f.
——, Herzog von Sachsen-Weimar II, 124. 133. 137.
—— Friedrich, Kurfürst von Sachsen; als Kurprinz 483. 497. 499. 501 f.; Regierung 508 ff.; Verhältniß zu den Albertinern 578; angeblicher Brief 507; geächtet 538; Gefangenschaft 548. 592 f. 604. 610; Rückkehr 616 f.; † 620; Ansprüche II, 4 f. 11. Landstände 576.
—— der Mittlere, Herzog von Sachsen 618 f. II, 9. 11. 15.
—— der Jüngere, Herzog von Sachsen 618. II, 22.
——, Markgraf von Brandenburg, Administrator II, 98.

Digitized by Google

Johann Georg I., Kurfürst von Sachsen II, 104; bei Lebzeiten seines Bruders 113. 118; Regierung 121 ff.; böhmischer Aufstand 126 ff.; Verhältniß zu Gustav Adolf 147 ff.; Friede mit Kaiser 171 ff.; westfälischer Friede 183 ff.; Testament 189; Inneres 198 f. 205. 210. 214.
——— II., Kurfürst von Sachsen; als Kurprinz II, 181 f. 221. 223; Kurfürst 231 ff.; Erbtheil 190; Verwüstung 187; Heer 255; Münze 282; Handel 285; Theologen 292.
——— III., Kurfürst von Sachsen II, 252 ff.; vor Wien 259 f.; Inneres 288 f.; Speuer 297; katholische Propaganda 306.
——— IV., Kurfürst von Sachsen II, 256. 264 ff.; Münze 283; Theater 290.
———, Herzog von Sachsen-Weißenfels II, 253.
———, Kurfürst von Brandenburg II, 104.
———, Markgraf von Jägerndorf II, 136 f.
—— Kasimir, Herzog von Sachsen-Koburg II, 113.
———, Pfalzgraf II, 49. 93. 96. 98 f. 105.
—— Philipp, Kurfürst von Mainz II, 242 ff.
—— Sigismund, Kurf. von Brandenburg II, 117. 120.
—— Sobieski, König von Polen II, 259.
—— Wilhelm, Herzog von Sachsen-Weimar, in Brüssel 618; Grumbachsche Händel II, 11 f. 21 ff.; und Kurfürst August 26 f. 29; Henneberg 111; † 47.
———, Herzog von Cleve II, 116.
—— Zapolya 512.
John, Kupferstecher II, 291.
Jonas, Just. 468. 470. 490. 499. 570. 574.
——— d. J. II, 22.
Jordan, v., sächsischer Generalmajor II, 336.
———, preußischer Geh. Legationsrath III, 360. 455.
Joseph I., Kaiser II, 274. 349.
—— II., Kaiser II, 582 ff. 590.
—, Abgeordneter III, 547. 571. 577. 579. 598. 614. 660. 667.
Josephinenstift II, 529.
Jörg, J. Ch. G., Professor III, 410.
Irmengard, Gemahlin Heinrichs von Anhalt 189. 219.
Isenburg, v., Mechtild 271.
Isidorus Orientalis III, 402.
Ittig, Professor II, 390.
Itzenplitz, v., preußischer General II, 489.
Juden 275. 318. 334. III, 242. 493 ff.
Judith, Gemahlin Wiprechts v. Groitzsch 97.
Julian, Legat 375.
Julius, Herzog von Sachsen-Lauenburg II, 263.
—, Herzog von Braunschweig II, 45. 93. 120.
—— III., Papst 596.
—— (Pflug), Bischof von Naumburg II, 37.
—— Franz, Herzog von Sachsen-Lauenburg II, 236.
Jungmichel von Michelsberg, Rath II, 397.
Jungnickel, A. M., Abgeordneter III, 719.
Junot, französischer Marschall III. 50 f.
Just, v., Geheimerrath III, 67. 74. 106. 122. 260. 262. 354. 395.
Justi, J. G. H. v. II, 413.
Jutta, Gemahlin Dietrichs des Bedrängten 166. 171 f.
—, Gemahlin Dietrichs von Landsberg 184.
—, Gemahlin Diezmanns 257.
—, Herzogin von Sachsen-Wittenberg 360.
—, Gemahlin Wratislaws 178.
—, Tochter Johanns von Böhmen 288.
Jühnde, Burg 392.
Jülich und Berg, Eventualbelehnung mit 405. 434.
Jülich-Cleve'scher Erbstreit II, 116. 125.
Jünger, J. F., Dichter II, 694.
Jüterbock, Amt II, 172. 185. 190; Kreistag zu (1623) II, 139.

Digitized by Google

K.

Kachelofen, K., Buchdrucker 426.
Kahnis, K. F. A., Professor III, 785.
Kalau, Schloß 365.
Kaldenbach, J., Dresdner 633.
Kalisch, Vertrag zu III, 105; geheime Convention 149.
Kalkreuth, Graf v. III, 402.
Kamenz, Herren v. 267.
Kammer, fürstliche II, 74 ff.; August der Starke 380.
Kammercollegium II, 207. 676.
Kammercreditcasse II, 544.
Kammerherren II, 199. 237. III, 6.
Kampz, v., Major III, 113.
Kanitz, v., General II, 323.
Kanzler, d. 335. 631.
Kapellendorf, Amt 435.
Karl der Große, Kaiser 16. 23 ff. 32.
— — IV., Kaiser 294. 296. 325 f. 329. 338. 359.
—— V., Kaiser, Erzherzog 564; Wahl 452 ff.; 471. 496; Reichstag zu Augsburg 498 f.; 505. 514; Schmalkaldischer Krieg 528. 536 ff.; Reichstag zu Augsburg (1547) 589 ff.; Belehnung mit Cleve II, 116.
—— VI., Kaiser II, 366 f.
—— VII., Kaiser II, 369. 420.
—— XII., König v. Schweden II, 319. 322 ff.
——, Sohn Markgraf Rikdags 59.
——, Herzog von Kurland II, 409. 469. 483. 501. 508. 542.
——, Sohn Friedrich Christians II, 541 f. 565.
——, Herzog von Lothringen II, 426. 430 ff.
——, Herzog von Pfalz-Zweibrücken II, 575. 584.
—— August, Herzog von Sachsen-Weimar, Norddeutscher Bund II, 617. 622. 633; Brief 639; (1806) 659; Brief (1813) III, 164. 348; Feldzug in die Niederlande 250 f.; wiener Congreß 256. 299. 304; Bundeskriegsverfassung 397.
— — Ludwig, Kurfürst von der Pfalz II, 241.
Karl Theodor, Kurfürst von Baiern II, 573. 584.
Karoline, Gemahlin des Prinzen Maximilian III, 706.
— —, Gemahlin des Prinzen Friedrich III, 392.
Karlsbader, Conferenzen III, 395.
Karlstadt, Andreas 455. 466 f. 475.
Kaspar (von Schönberg), Bischof von Meißen II, 225.
Katharina, Gemahlin Friedrichs des Strengen 294 f. 312.
——, Gemahlin Friedrichs des Streitbaren 315. 369. 372. 383.
— —, Tochter Friedrichs des Streitbaren 372. 379.
— —, Gemahlin Friedrichs des Sanftmüthigen 399.
— —, Tochter Albrechts des Beherzten 562.
——, Gemahlin Heinrichs des Frommen 565. 569. 578. 581.
— —, Tochter Markgraf Wilhelms III. von Meißen 395. 400.
——, Infantin 453.
— — II., Kaiserin von Rußland II, 603.
Katlenburg, Graf D. v. 82. 92.
Kaufungen, Kunz v. 386. 389 ff.
Kaunitz, Fürst W. v. II, 459. 464. 480. 593.
Käferuburg, Grafen v. 106. 113. 187. 196. 222 f. 234. 246. 291. 311. 398.
Kändler, M., Maler II, 514.
Kästner, A. G., Mathematiker II, 518.
Kees, J. J., Postmeister II, 284. 381.
Keil, J. G., Hofrath III, 404.
Keith, J., Feldmarschall II, 485.
Kelbra, Amt II, 373. 438.
Kellerthaler, Goldschmied II, 224.
Kellner, Bierherr 435.
——, Schwarmgeist 466.
Kemmerlein, Magister 430.
Kentmann, J., Arzt II, 91.
Kesigesburg 24.
Kessel, Frau v. II, 402.

Digitized by Google

Ketelhodt, v., schwarzburgischer Kanzler III, 9.
Khevenhüller, Graf v. II, 418.
Kienmeyer, v., österreichischer Feldmarschall III, 47 f.
Kiesewetter, H., Kanzler II, 20. 47. 52. 60. 66.
Kilian, Sanct 11.
——, Kupferstecher II, 291.
Kind, Fr., Dichter III, 401 f.
Kirchberg, Grafen v. 27. 113. 182; Burggrafen 249. 277. 294.
Kirche, älteste 149; (bis 1324) 284 f. (bis 1423) 346 ff.; vor der Reformation 382. 439 ff.; nach derselben 634; (unter August) II, 38 ff.; (18. Jahrhundert) II, 689; (seit 1815) III. 421; (seit 1831) 536 ff.; (seit 1849) 692. 731.
Kirchenverfassung unter Kurfürst August II, 57; August dem Starken II, 312 f. 363; III, 6. 448. 481. 550 f.
Kirchenvisitation 469; (1527) 489; (1533) 510; Georgs des Bärtigen 567; Heinrichs des Frommen 570. 576; Kurfürst August II, 55; (1591) 106; (von 1856) III, 731.
Kirchmeier, Botaniker II, 292.
Kittlitz, Herren v. 268.
Kleist, E. F. v., preußischer General III, 140. 143. 199. 272 f. 331.
Klenau, J. v., österreichischer General III, 197. 239.
Klenck, Gräfin v. II, 421.
Klengel, v., Geheimerrath II, 248.
——, Generalmajor II, 291. III, 85 f.
Klettenberg, Hect. v. II, 387.
Klinger, F. M., Dichter II, 695.
——, H. A., Abgeordneter III, 467. 521. 637.
Klinggräff, preußischer Gesandter II, 453. 465.
Klitzing, v., brandenburgischer General II, 176.
Klitz, Herren v. 330.
Klopstock, F. G. II, 525.
Klosterbergisches Buch II, 53.
Klotzsch, Lehrer II, 558.
——, J. F., Oberstadtschreiber II, 699.
Klöster 149. 152; thüringische 196; 284. 637 f.; in der Lausitz 263. 268. III, 587.
Kniaziewicz, v., polnischer General III, 400.
Knobloch, preußischer General II, 491.
Knöfel, Baumeister II, 515.
Koburg, Pflege 300. 305. 388.
Koch, G. F., Schauspieler II, 523 f. 695.
——, K. W. O., Bürgermeister III, 575. 577; Renitent 675 f.
Kohlhardt, F., Schauspieler II, 520.
Kohlhase, H. 633.
Kohlschütter, K. Ch., Geheimer Cabinetsrath III, 152. 267.
——, K. L., Geheimerrath III, 585.
Koletizi, Gau 354.
Konger, Ketzermeister 348.
Konrad I., König 102.
—— II., Kaiser 105 f.
—— III., Kaiser 178.
—— von Wettin, Markgraf von Meißen 90. 93 f. 124. 129 ff. 145.
——, Sohn Dedos v. der Ostmark 91.
—— v. Krosigk 166.
—— v. Landsberg 139 ff. 166 f.
—— der Senior 30.
—— von Thüringen, Hochmeister 189. 207. 210. 212.
——, Markgraf der Niederlausitz 162. 164.
——, Markgraf v. Brandenburg 242.
——, von Plötzke, Markgraf 355.
——, Bischof von Meißen 347.
——, Abt zu Fulda 183.
——, Probst zu Leipzig 168.
——, D., Goldschmied II, 224.
Konradiner 30.
Kopfsteuer 413. II, 197.
Korte, Jurist II, 391.
Kos, Graf, Palatin II, 360.
Kospoth, Grafen v. II, 371.
Kottewitz, Herren v. 268.
Köchly, Dr. H. A. Th., III, 565. 574. 619. 623. 679.
Köckeritz, v., Rath 401.
Köhler, Handelsdeputierter III, 224.
König, U. v. II, 398. 522.
Königsberg, Amt II, 5.
Königsmark, v., schwedischer General 179 ff.
——, Aurora v. II, 324. 356.

Digitized by Google

Könneritz, Erasmus v. II, 6.
——, J. Tr. v., Kanzler III, 417; (1830) 434 ff.; Justizminister 449. 513. 519. 528; Ministerpräsident 535. 548 ff. 713; giebt Justizministerium ab 557.
——, v., Bundescommissar III, 762.
——, R. v., Gesandter in Wien III, 594 f. 601. 614.
Körbitz, R. v. 309.
Körner, Theolog II, 53.
——, Ch. F., Appellationsrath II, 695 f.
——, Theod. III, 133. 184.
Kötzschenbroda, Waffenstillstand zu II, 182.
Kraft, J. D., Kaufmann II, 286.
Kramer, Dr. theol. II, 222.
Kramm, Dr. II, 6.
Kreisdirectionen III, 475. 524.
Kreise 624.
Kreistage 625. III, 519. 533.
Kreis- und Amtshauptleute III, 368 f.
Kretzschmann, K. F., Barde II, 698.
Kreuchauff, Kaufmann II, 696.
Kreuter, Maler II, 92.
Kriebstein 318.
Krieger, Capellmeister II, 291.
Kriegsverwaltungskammer III, 244. 370.
Kriegswesen, siehe Heerwesen.
Krobel, Maler II, 92.
Kromayer, Professor II, 219.
Kronenberg, Hartmann v. 471.
Krosigk, v., Oberst II, 264.
Krottendorf, Amt II, 35.
Krug, W. T., Professor II, 690. III, 108. 248. 362. 375. 410. 412. 422 f. 424. 433. 454. 494. 520. 536.
Krüger, preußischer Geheimer Kriegsrath III, 234. 245.
Kuhn, F., Dichter III, 401.
Kummer, R., Maler III, 487.
Kunemunde, Herren v. 290 f.
Kunigunde, Tochter Kurfürsts Friedrich August II. II, 508.
Kunkel, J., Chemiker II, 292.
Kuno, Dr. J. 382.
Kunstverein III, 516.
Kuranda, J. III, 526.
Kurland, Herzogthum II, 355. 406. 409.
Kurz, Th., Hauptmann III, 500.
Kügelgen, v., Maler III, 407.
Kühlewein, K. E. II, 398.
Kühne, G. III, 526.
Künste in Thüringen 201; in Sachsen 286; 15. Jahrhundert 427; Reformationszeitalter 647; Kurfürst August II, 91. (bis 1656) 220 f.; (bis 1697) 237. 289; (August der Starke) 392 ff.; (August III.) 511 ff.; (Friedrich August III.) 697; (seit 1815) III, 404 ff.; (seit 1830) 515 ff. 736.
Küstner, Th., Theaterdirector III, 406.
Küttner, G., Abt 567.
Kyau, Herren v. 330.

L.

Ladislaus I., König von Böhmen 393. II, 225.
—— II., König von Böhmen 564.
——, Rector II, 101.
Lagerspon, Commandant II, 137.
Lagnasco, P. R. v., General II, 317. 346. 367.
Lampadius, W. A., Professor des Bergwesens III, 373.
Lampe, K., III, 499. 516.
Landaccise II, 197. 241. 287. 375. 380. 384; Verpachtung 445.
Landding 146. 276.
Landeck, Amt II, 438.
Landescommission III, 8. 367. (1866) 761. 765.
Landesculturrentenbank III, 724.
Landesdeputation, beständige II, 317.
Landesdirection III, 450. 475.
Landeshoheit 271. 331. 623.
Landesjustizcollegium III, 450. 478.
Landesmedicinalcollegium III, 724.

Digitized by Google

Landesordnung Wilhelms 415. 419; Kurfürst Augusts II, 69.
Landesregierung II, 64. 207; III, 367. 371. 376.
Landfriedensgericht, thüringisches 194.
Landgemeindenordnung III, 505.
Landgerichte 115. 193 ff. 335.
Landgrafschaft, thüringische 111 f. 190.
Landi, Graf v. 232.
Landrentenbank III, 451. 505. 555. 679.
Landriani, Ritter v. II, 601.
Landrichter 276.
Landsberg, Mark, Verkauf 242; Zubehör 255 Anm. 259. 268; Kaiser Karl IV. 299; König Ludwig IV. 324 f.
Landsberger Bund II, 19.
Landskrone, Herren v. 268.
Landstände, unter Ernst und Albert 331. 411; unter Moritz 625; unter August II. 61; (bis 1656) 193. 239; (bis 1697) 276 ff.; (bis 1806) 664 ff.; seit 1815 III, 375 ff.
Landsteuer II, 197.
Landtagsordnung, alte II, 61; neue 319. III, 375. 466.
Landtagsrevers II, 277. 319.
Landvögte, kaiserliche 117; in der Lausitz 327.
Landwehr, die III, 247. 249. 253.
Langbein, A. F. II, 697.
Lange, J., Freund Luthers 445.
Langenau, F. K. G. v., General (1810) III, 53. 55; (1812) 80; (1813) 112. 126. 128. 156 f. 164; in östreichischen Dienst 169. 196. 214. 258. 297.
— —, v., Hauptmann III, 272.
Langenn, F. A. v., Geheimerrath III, 368. 546. 588. 681. 713.
Langensalza, Kampf um 295.
Languet, H. II, 17. 22. 24. 48. 86.
Langwitza, Gau 103.
Lannes, Marschall II, 648.
Lanskoi, russischer General III, 131.
Lapoppe, französischer General III, 140. 241.
Lascy, v., österreichischer General II, 494 f.
Latour-Maubourg, französischer General III, 90 ff. 210.
Laube, H. III, 526. 571.
Laubler, F., Schloßtrabant II, 364.
Lauchstädt, Pfalz 120. 296. 299. 361.
Laudemialgesetz III, 555.
Lauenburg, Vogtei II, 33; Amt II, 373.
Lauenstein, Amt 35.
Laun, Fr. III, 401 f.
Lausitz, Mark 50. 122. 157; kommt an Kursachsen II, 140; 15—17. Jahrhundert II, 225 ff.; Verfassung III, 451. 472.
Lebzelter, Fr. II, 127. 132.
Lebzeltern, v. III, 149.
Lecoq, K. Ch. E. v., General (1809) III, 36; (1812) 80 f. 101; (1813) 118 ff. 122 f. 180; Großbeeren 195; Dennewitz 205. 207; Niederlande 251 f.; Theilung 271 ff. 330. 335 f.; Heimkehr 337.
Lecouvreur, Adr. II, 356.
Lefèbre, französischer Marschall II, 650.
Lefort, sächsischer Geschäftsträger II, 355.
Legatus 25 ff.
Lehwald, v., General II, 431 f.
Leibnitz, G. W. II, 294.
Leich, Buchhändler II, 680. III, 409.
Leipzig, von Markgraf Dietrich unterworfen 169; (bis 1423) 342 ff.; (bis 1485) 423 ff.; Reformation 574; (bis 1697) II, 288. — Handel: 648 f. II, 84 f. 210; (bis 1806) 686; (19. Jahrhundert) III, 730. — Stadttheater III, 406. — Universität: Stiftung 316 f. 338. 343; (15. Jahrhundert) 420. 426. 444; Moritz 585 f. 638; Kurfürst August II, 89; (17. Jahrhundert) 215. 293; (bis 1763) 389. 517 ff.; (bis 1806) 692 f.; (19. Jahrhundert) III, 12. 408 f.; (Reform von 1832) 451; (1850) 694 f.; 733 ff.; Disputation zu (1519) 455; Kreistag (1620) II, 134; (1626) 141; Convent (1630) 148; Kreistag (1683) 258.

Digitized by Google

Leipziger Zeitung, Entstehung II. 285; III, 28. 184. 403. 419. 525. 690. 720.
Leisnig, Burggrafen v. 290. 582; Hugo 563. 572.
Lemnius, S., Dichter 642.
Lengenfeld, Fr. Graf v. 96.
Lengßfeld, Pickelhäring II, 223.
Lenz, v., Major III, 185.
Lenz, Commandant der Communalgarde III, 618 ff.
Leo X., Pabst 449. 455.
Leonhard, S., Hofmeister II, 121.
Leonhardi, Redacteur III, 28.
Leopold I., Kaiser II, 241. 247 ff. 324 f.
II., Kaiser II, 592 f. 609.
—— der Glorreiche, Herzog von Österreich 171.
——, Fürst von Dessau II, 429 ff.
—— Wilhelm, Erzherzog II, 142. 180.
Lepel, v., darmstädt. Bevollmächtigter III, 664.
Leppert'sche Truppe II, 523.
Lerchenfeld, Graf v., bairischer Bevollmächtigter III, 643 f.
Lessing, G. E. II, 526. 697.
Lessing, v., General III, 97. 221. 230.
Leuber, Hofrath II, 183.
Leubing, H., Probst 394. 417. 442.
Leuchtenburg, Amt II, 27.
Lex Anglior. et Werinor. 16.
Leyser, A. v., Professor II, 517.
——, General III, 92. 331 f. 466.
Leyser, Pol., Theolog II, 52. 102. 133. 150. 217. 390.
Lichtwer, Fräulein v. II, 238.
Liebenau, v., Generalmajor II, 466.
——, General III, 122.
Liebner, Th. A., Oberhofprediger III, 731.
Liederkreis, dresdner III, 401.
Liegeritz, Jesuit II, 412. 529.
Lilie, Axel, schwedischer General II, 181.
Limes sorabicus 46.
Limprecht, Obervierherr II, 242 f.
Lindemann, Dr. II, 6.
——, F. K. A. v., Oberstleutnant III, 273.
Lindenau, P. v., Prediger 575.
——, Oberst III, 206. 218.
——, B., Staatsminister III, 417. 435. 437. 449. 457 ff. 461 f. 466. 469. 473. 520 f. 523. 527. 535.
Linderbeck, Grafen v. 113.
Lindner, P., pirn. Mönch 645.
Lindt, v., Generalleutnant II, 611. 613.
Link, Wenzel 445.
Lionne, v., französischer Gesandter II, 241.
Lippe, Sim. v. d., Bischof 398.
Lippert, P. D. II, 697.
Liscov, Ch. L. II, 528.
List, Friedr. III, 454. 499 f.
Listenius, Hofprediger II, 47. 49.
Liudolf, Herzog von Sachsen 34 f.
——, Sohn Kaiser Otto's I. 45.
——, Sohn Giselers 80.
Liutgard, Tochter Liudolfs 35.
Lobenthal, v., preußischer General III, 336.
Lobkowitz, v., kaiserlicher Minister II, 249. 251.
——, Commandant von Dresden III, 44.
Locatelli, Schauspieler II, 512.
Lochau, M., Abt 642.
Lohmen, v., Nonne 372.
Lohra, Herrschaft II, 33.
Lohrmann, W. G., Oberinspector III, 407.
Lombard, v., preußischer Geheimer Cabinetsrath II, 626.
Lommer, Lehrer II, 550.
Loriot, P., Jurist 640.
Lortzing, A., Componist III, 517.
Loß, Chr. Graf v. II, 451. 453.
—— Joach., Rath Joh. Georgs I. II, 127.
——, J. A., Cabinetsminister II, 449 ff. 560. 570. 601. 627 f. 634. 654. 658. 668.
Lothar, Kaiser 93 f. 111 f. 354 f.
——, Markgraf von Nordsachsen 49.
Lotter, Hier., Bürgermeister II, 92.
——, M., Buchdrucker 648.
Lotterie II, 374 f. 444. III, 391. 485. 511.
Lotti, Componist II, 396.
Loudon, österreichischer Feldmarschall II, 484. 578.

Digitized by Google

Louis Ferdinand, Prinz II, 619. 646.
Low, W. v., Cabinetsminister II, 628. 641. 658.
Lowicz, v., Castellanin II, 310.
Löben, Graf O. F. v., Minister II, 583. 604. 614.
——, O. H. v., Dichter III, 402.
Löffler, Pater III, 736.
Löscher, K., Theolog II, 301.
——, V., Oberconsistorialrath II, 296. 388. 390.
Löser, v., Familie II, 665.
Löwenhaupt, Graf v. II, 315. 324.
Lubomirska, Fürstin v. II, 327. 403.
Lubomirski, v., Krongroßfeldherr II, 328 f. 354.
Lucchesini, v., Marquis II, 591. 631.
Lucius, Oberhofprediger II, 297.
Luckenheim, Graf B. v. 112.
Ludeger, Gaugraf 103.
Luder, Probst 130.
Ludwig d. Fromme, Kaiser 24. 27 f.
—— IV., Kaiser 269. 271. 288 f. 296. 324 f.
—— II., König von Ungarn II, 225.
—— XII., König von Frankreich 432. 564.
—— XIV., König von Frankreich II, 241. 244. 248 ff. 257. 261. 361.
—— XV., König von Frankreich II, 449 f. 481.
—— XVIII., König von Frankreich III, 261. 268. 284.
——, Sohn Friedrichs des Ernsten, Erzbischof 298. 303 f.
—— I., Graf v. Thüringen 104 ff.
—— II., Graf von Thüringen 94. 99 ff. 107 ff.
Ludwig I., Landgraf von Thüringen 110 ff. 177.
—— II., Landgraf von Thüringen 178.
—— III., Landgraf von Thüringen 181 ff.
—— IV., Landgraf von Thüringen 170. 189. 204 f.
——, Kurfürst von der Pfalz 364.
——, Herzog von Baiern 525.
——, Landgrafen von Hessen 425; II, 98. 140. 149.
——, Markgraf von Brandenburg 297. 324 f.
——, Pfalzgraf, Vormund II, 29.
——, Pfalzgraf von Neuburg II, 124.
——, Gaugraf 103.
——, Ch. G., Professor II, 517.
——, O., Dichter III, 736.
Luft, Hans, Buchdrucker 648.
Luitgard, Tochter Markgräf Ekkihards 77.
——, Gemahlin Konrads von Wettin 131 f.
Luitizer, b. 20.
Luitpold, Erzbischof von Mainz 187.
Lupfen, J. v., Hofrichter 365.
Luther, Martin 429. 446 ff. 523; † 534. 568. 574. 576. 642. 648. 650.
——, P., Leibarzt II, 90.
Luxemburg 380. 394.
Lübeck, Nic., Bischof von Merseburg 317.
Lünig, J. Ch. II, 383.
Lüttitz, v., Oberstlieutnant II, 261.
Lützerode, v., Leutnant III, 231.
Lützow, v., Maj. III, 132. 183.
Lynar, Graf Rochus v. II, 92. 280.
——, Graf v., Gesandter in Petersburg II, 409. 417.

M.

Macon, französischer General II, 653.
Macquire, v., österreichischer General II, 492. 494.
Madalgaud, Madalgoz, Grafen 27.
Madelgaho, Graf 103.
Maden, Landgericht zu 178. 191.
Magdalene, Tochter Joh. Georgs I. II, 165. 192. 200.
Magdalene Sibylle, Gemahlin Joh. Georgs I. II. 121. 130. 135. 155. 179. 192. 213. 219. 223.

Digitized by Google

Magdalene Sybille, Gemahlin Johann Georgs II. II, 252.
Magdeburg, Zusammenkunft zu (1623) II, 139; Burggrafschaft, Wipr. v. Groitzsch 100; zum Herzogthum Sachsen 358. 361. 363. 365; Wiedereinlösung 520. 623; Kurfürst August II, 32; Joh. Georg II. 190; Reichstagsstimme 370; Erzbisthum, Gründung 52; Aussicht auf Erwerbung II, 142. 185.
Magdeburg, J., Kanzler 383.
——, Hiob II, 87. 92.
Mahlmann, S. A., Hofrath III, 184. 403.
Mahlsteuer II, 195.
Major, G. 595. 642. II, 10. 41.
le Maistre, M., Capellmeister II, 91.
Malachowski, Graf, Conföderationsmarschall II, 595 ff. 601. III, 14.
Maleratademie II, 393.
Malsburg, E. F. G. O. v. d. III, 402.
Maltitz, Hans v. 381.
Maltzahn, v., preußischer Gesandter II, 457. 465.
Mammen, M., Abgeordneter III, 577. 660. 786.
Mandelsloh, Ritter v. II, 18. 24.
——, v., Commandant der Communalgarde III, 618.
Mangoldt, H. J. A. v., Generalmajor III, 633. 635.
Mansfeld, Grafschaft (sequestriert) II, 31. 190; verpfändet 374. 444; Accise 375; preußische Ansprüche 408; Rückfall 581; Abtretung III, 13.
Mansfeld, Grafen v. 192. 312. 486. 503; A. 479. 550; H. 99 f. 108. 132. 591; B. 603. 614; Wolf, sächsischer Feldmarschall II, 136. 202; Wolfgang II, 142; J. W. II, 581.
Manteuffel, E. Ch. Graf v., Cabinetsminister II, 318. 408. 510. 519.
——, E. F. A., Geheimer Referendar III, 44.
Manteuffel, G. A. E. v., Conferenzminister III, 15. 111. 116. 134. 146. 157. 241. 380. 439.
——, preußischer Minister III, 648 f. 718. 739.
Mara, Sängerin II, 698.
Marburg, Religionsgespräch zu (1529) 497.
Marchand, Virtuos II, 3.
Marcolini, Graf Cam., Cabinetsminister II, 556. 562. 565 ff. 593. 655. 659. III, 3. 30. 63. 76. 108. 112. 119. 165. 169.
Marderfeld, schwedischer General II, 335. 337.
Maret, Herzog von Bassano III, 211. 223 f.; Note 354.
Margarethe, Gemahlin Albrechts des Entarteten 174. 212. 229. 231 f.
——, Gemahlin Landgraf Balthasars 305. 311. 313.
——, Gemahlin Friedrichs d. Sanftmüthigen 384. 390. 392. 396. 409.
——, Tochter Friedrichs des Sanftmüthigen 397.
——, Tochter Wilhelms III. 398.
——, Tochter Kurfürst Ernsts 409.
——, Tochter König Johanns III, 707.
Maria, Tochter Kurf. Johanns 507.
——, Tochter König Johanns III, 707.
—— Amalie, Tochter Friedrich Augusts II. II, 450.
——————, Tochter Kurfürst Friedrich Christians II, 541. 559.
——————, Gemahlin Moritz Wilhelms von Sachsen-Zeitz II, 300. 365.
—— Anna, Tochter Kurfürst Friedrich Christians II, 541.
——————, Tochter Friedrich Augusts II. II, 450.
——————, Gemahlin des Prinzen Georg III, 740.
——, Antonia, Gemahlin Kurfürst Friedrich Christians II, 450. 507. 513. 533 f. 540. 542. 548. 557 f. 562 ff. 574. 698.
—— Christine, Aebtissin von Remiremont II, 508. 540.
—— Elisabeth, Tochter Johann Georgs I. II, 192.

Digitized by Google

Maria Elisabeth, Tochter Friedrich Augusts II. II, 508.
—— Josepha, Gemahlin Friedrich Augusts II. II, 361. 399. 406. 410f. 415. 418. 427. 469. 473. 477. 485. 511.
————, Tochter Friedrich Augusts II. II, 450. 458. 478. 481.
—— Theresia, Kaiserin II, 416ff. 450f. 560. 572ff.
Marianne, Tochter Friedrich Augusts II. II, 424.
Marion, Oberst III, 239.
Marken, älteste 25ff.; innere Verhältnisse 691.
Markgrafen 27. 145ff.
Marlborough, Herzog von II, 341.
Marmont, Marschall III, 210. 215.
Mars, Schauspielerin III, 177.
Marschalk, N., Humanist 443.
Marschner, Ch. G., Geheimerrath III, 714.
Martagnes, v., Generalmajor II, 552.
Martens, K. v., III, 26.
Marzin, kaiserlicher General II, 176. 178f.
Mascov, J. J. II, 391.
Masius, dänischer Hofprediger II, 300.
Massenbach, Chr. v., preußischer Oberst II, 648.
Mathesius, J., Professor II, 55.
Matthias, Kaiser II, 118. 125. 229.
—— Corvinus, König von Ungarn 400f. 405. 553. II, 225.
Mattielli, L., Bildhauer II, 514.
Mauermann, J. B., apostolischer Vicar III, 422f. 537. 706.
Maximilian I., Kaiser, Reichsverfassungsreform 431; und Albrecht der Beherzte 555ff.; leipziger Messe 649.
—— II., Kaiser, Freund Augusts II, 3. 8; Hinneigung zum Protestantismus 16f.; Henneberg 29f.; Vogtland 34f.; Peucer 51; Messen 84; Lausitz 228.
—— I., König von Baiern III, 295. 298.
Maximilian, Prinz von Sachsen II, 541. 560. III, 14. 270f. 392. 405. 437.
May, Dr., in Wittenberg II, 101.
Mayer, K. W. T. v., Abgeordneter III, 468. 481. 496.
Mayerfeld, schwedischer General II, 337.
Mechtild, Tochter Ekkihards 90.
——, Tochter Dedo's II. 130.
——, Tochter Thimo's v. Wettin 92.
——, Gemahlin Dedo's V. 140.
——, Gemahlin Friedrichs des Ernsthaften 288.
——, Tochter Konrads v. d. Lausitz 265.
Medicinalwesen II, 546. III, 371. 475. 724.
Medicinisch-chirurgische Akademie III, 246. 724.
Medler, lutherischer Prediger 520.
Meginward, Gaugraf 103.
Meinders, brandenburgischer Gesandter II, 257.
Meinher, Burggraf v. Meißen 164. 252.
Meinward, Bischof von Meißen 130.
Meisel, Stadtrath III, 630.
Meißen, Gründung 40; Mark 51; Gaue 62; Klöster 153. 165; Albrechtsburg 560. 732.
——, Bisthum 52ff. 127; in Oberlausitz 264f. 326; Bergrecht 275; (bis 1324) 285; Exemtion 310; Secularisation II, 34. 37; Postulatio perpet. 236.
——, Burggrafthum 377. II, 35. 370. 616.
Meißner, B., Theolog II, 217.
——, A. G., Geheimer Archivsecretär II, 697.
——, Hofrath III, 433.
Mekum, s. Myconius.
Melanchthon, Ph.: Berufung 445; Visitation 489f.; zu Speier 494; Augsburg 499ff. 504 Anm.; Brief 571; zu Leipzig 574; Moritz 588; Interim 594f.; sächsische Confession 601; Jena 618; Urtheil über Joh. Friedrich 620; Chron. Carion. 642; Abendmahlslehre II, 39f.; Lausitz 227.

Digitized by Google

Melchior (v. Zobel), Bischof v. Würzburg II, 10 f.
Mellentin, v., General III, 180. 239.
Melzer, J., dresdner Gelehrter 349.
Mencke, B. II, 389 ff.
——, O. II, 295.
Mendelssohn-Bartholdy, F. III, 517.
Menegati, Beichtvater II, 312.
Mengs, Raf. II, 514.
Menius, J. 490.
——, herzoglicher Gesandter II, 243.
Menzdorf, v., Parteigänger III, 209.
Menzel, F. W., Kanzelist II, 457.
Merian, A. v., russischer Staatsrath III, 233.
Merseburg 10. 37; Pfalz 114. 118 f.; Mark 50; Bisthum, Zersplitterung 52. 56; Fehde (1384) 314, (1430) 319; August Administrator 635. II, 4; Secularisation 37; Herzog Christian II, 190 f.
Menzikoff, Fürst II, 355 f.
Meth, Ez., Schwärmer II, 218.
Metternich, v., Geheimerrath II, 154.
——, Fürst Cl., (1813) III, 127 f. 155 ff.; in Dresden 187; Verhandlungen über Sachsens Schicksal 258 f. 263. 278 ff. 287 ff. 294 ff. 319. 323. 357; Stiftung des Deutschen Bundes 328. 361; in Karlsbad 395; Buchhändlerverein 398; Note (1830) 440.
Metzrad, v., Herren 268.
Metzsch, v., Geheimerrath II, 181.
——, Major III, 89.
Miesco, Herzog von Polen 48. 55. 58.
Mila, H. v. 242.
Milbanc, englischer Geschäftsträger III, 646.
Milciener 39. 43. 78.
Milidnoch, Fürst 24.
Miloradowitsch, russischer General III, 159 f. 162 f. 173.
Milsca, Gau 159.
Miltitz, D. v., Oberst III, 117. 142. 233. 238. 306. 309. 338. 512.
Miltitz, K. B. A. 402.
——, E. H. v. II, 690.
——, Gebh. v. II, 153. 170.
——, K. v., päpstlicher Kämmerer 450 f. 456 f.
——, v., Hofmeister II, 360 f.
Minbelheim, Herrschaft II, 576.
Mingotti, Sänger II, 512.
Ministerialen 148. 272.
Minkwitz, Hans v., kursächsischer Gesandter 492. 497. 512.
——, Joh. v., Minister des Auswärtigen III, 367. 400. 449. 485.
——, Nic. v. 492.
——, v., Oberstleutnant II, 260.
——, v., Adjutant III, 142.
——, Advocat III, 619.
Miriquidiwald 30.
Mirus, Hofprediger II, 101.
Misito, Fürst 24.
Missi 27.
Mission III, 421. 693.
Mittelhausen, Gericht zu 193.
Mitweida, Zusammenkunft zu (1539) 571.
Mizislaw, Herzog von Polen 78.
Moldingen, B. v., Ritter 182.
Mommsen, Th., Professor III, 694.
Montbé, A. v., Hauptmann III, 231.
Montesquiou, v., französischer Offizier III, 167.
Monti, französischer Gesandter II, 408.
Montijo, spanischer Gesandter II, 419.
Morand, französischer General III, 31. 130.
Mordax, J. S. v., Generalpostmeister II, 400.
Morbeisen, Dr. U., 640. II, 17. 20. 62.
Moretti, Baumeister II, 698.
Moritz, Herzog von Sachsen 515. 519. 522. 524. 527. 531 f.; Verhandlung mit dem Kaiser 535 ff.; Spannung mit seinem Vater 578; Regierung 579. 583 ff.; Schulen 643; Kurfürst 588 ff.; † 615.
——, Herzog von Sachsen-Zeiz II, 190. 235 f. 252. 292.

Digitized by Google

Moritz, Graf von Sachsen II, 403; erste Waffenthat 345; Kurland 355 f. 406; in französischen Diensten 420 f. 427. 449 f. 455.
—— von Oranien II, 13.
——, Markgraf von Burgau II, 117.
——, Prinz von Dessau II, 482. 484.
—— Adolf, Herzog von Sachsen-Zeiz II, 364.
—— Wilhelm, Herzog von Sachsen-Zeiz II, 252. 254. 300. 364 f. 392.
Morlachi, Capellmeister III, 361.
Morus, S. F. N., Professor II, 693.
Morzani, Gau 46. 354.
Moszczinski, Graf II, 533.
Moscheles, J., Musiker III, 736.
Mosellanus, P. 444. 456. 639.
Mosen, J., Dichter III, 526.
——, W. v., Ritter 390 f.
Möbius, A. F., Professor III, 412.
Möllendorf, v., preußischer General II, 578.
Möller, Dr. II, 52.
Mundgutsteuer II, 229.
Murat, Joach., König von Neapel II, 648. III, 210. 213. 226.
Murawiew, russischer Oberst III, 239.
Musa, Geistlicher 490.
Musculus, A., Professor II, 53.
Mutianus Rufus 443. 445.
Müffling, F. K. v., preußischer General III, 273.
Mühlbach, Postmeister II, 211. 284 f.
Mühlberg 322; Amt II, 36; Campement bei — II, 368.
Mühlhausen, Convent zu (1620) 135; Kurfürstentag (1627) 141.
v. d. Mülbe, preußischer General III, 793.
Müller, Adam, Generalconsul III, 44. 404. 424.
——, Hans (Tausendschön) II, 12. 23.
——, J., Rector 341.
——, J. Ch. G., Cultusminister III, 449. 484.
——, Ph., Probst II, 300.
——, Hof- und Justitien-Rath III, 434 f.
——, Oberleutnant, Abgeordneter III, 609.
Müller, Kupferstecher III, 407.
——, Rathsaufwärter III, 225.
Münster, H. Graf zu III, 289. 295. 306.
Münsterberg, O. v. 344.
——, Ursula v. 568.
Münzer, N., dresdner Gelehrter 349.
——, Thom. 466. 474 ff.
Münzwesen (1190—1324) 282. 334; 15. Jahrhundert 396. 423; 16. Jahrhundert 627; Kurfürst August II, 80; (bis 1656) II, 204; (bis 1697) 282; (bis 1733) 381; siebenjähriger Krieg 488. 497; (seit 1763) II, 506; (seit 1815) III, 497.
Myconius, Fr. 477. 490. 574.
Mylius, Chr. II, 525.

N.

Nabelgau, v. 103.
Napoleon I, Kaiser (1806) II, 631. 642 f. 650. 654; Vasallenschaft Sachsens unter — III, 3 ff.; Feldzug von 1809 30 ff.; Continentalsystem 59; Besuch in Dresden 75; russischer Feldzug 79 ff.; Durchreise durch Dresden 102; Feldzug von 1813 105 ff.
—— III., Kaiser III, 739 f. 764. 770. 805.
Narbonne, französischer General III, 239 f.
Nassau, H. Graf v. 246 f. 453. 505.
Natzmer, v., preußischer Oberstleutnant III, 225. 227 f.
Naumann, J. G., Componist II, 698.
Naumburg, Bisthum 79. 92. 331. 385; secularisiert II, 37. 190 f. 364; Hauptrecess zu — (1410)

Digitized by Google

311; Tag zu —(1546) 536; Vertrag (1554) II, 5; Tag zu (1561) II, 15. 40.
Nebelbau, Dr. G., Kanzler 417.
Neese, J., Leibarzt II, 90.
Neidschütz, Magd. Sib. v. II, 267 ff.
——, R. v., Oberst II, 265.
Nellenburg, Eb. v. 91.
Nesselrode, Graf, russischer Vicekanzler III, 283. 739.
Neuber, Friederike II, 396. 522 ff.
Neubert, Ben. III, 404.
Neugarten, Graf v. II. 18.
Neukirchen, Amt II, 33.
Neumeister, Dr., Communalgardencommandant III, 625.
Neurath, v., würtembergischer Minister III, 699.
Neuzelle, Kloster 284.
Ney, M., Marschall II, 648. III, 161 f. 172. 174. 203 ff.
Nicolaus II., Bischof von Meißen II, 35 f.
——, Bischof von Merseburg 317.
Niebuhr, B. G. III, 277.
Niederlausitz 131. 138; Veräußerung 255; Inneres (1190—1324) 262 ff. 296. 301; (bis 1423) 324 ff. II, 226; Kirchliches 158.
Niedner, Ch. W., Professor III, 694.
Niemann, Dr. med. II, 220.
Niesemeuschel, v., General II, 650.
Nigrinus, G., Theolog II, 226.
Nimpschen, Kloster 284.
Nisani, Gau 62. 96. 99.
Nitzel, K., Bergmann 421.
Nizschwitz, v., Obersteuereinnehmer II, 503.
Nollain, Clara III, 386.
Norddeutscher Bund (1806) II, 623 ff.; (1866) III, 809 ff.
Nordhausen 114. 288; Reichsvogtei 111. 373.
Nordheim, Graf Otto v. 80.
——, Graf Siegfried v. 77.
Nordmark, bairische 26.
——, sächsische 27; (bis 1124) 49. 125; Gaue 63; Kirchliches 354.
Nordschwaben 7. 88 f.
Nordstern, A. v. III, 401.
Nordthüringergau 7. 16. 354.
Nordthüringische Mark 56. 61. 117.
Noricus, K. = Tocler 640.
Nosseni, J. M., Bildhauer II, 79. 92. 222.
Nostitz, Herren v. 267.
——, H. v., Schöppe 329.
——, sächsischer General II, 482.
——, sächsischer General III, 55. 80. 101. 387.
——, Hauptmann III, 219.
——, Landesältester III, 237.
——, Vice-Obersteuerdirector III, 322.
——-Drzewiecky, General III, 807
—— u. Jänkendorf, G. A. E. v., Conferenzminister III, 66. 366. 401. 443.
————, E. G., Minister des Innern III, 449. 535.
——-Wallwitz, G., Kriegsminister III, 523. 535.
————, H., Minister des Innern III, 811.
Novalis, s. Hardenberg.
Nötenhof, Herren v. 330.
Nuenar, Graf v. 505.
Nürnberg, Bäcker zu 312; Reichstag (1522 und 1524) 472; Religionsfrieden 506; heiliger Bund 517.

O.

Oberconsistorium 635. II, 58; aufgehoben 101; wiederhergestellt II, 114.
Oberdörffer, M., Professor II, 52.
Oberhofgericht 416. 426. 631; beschränkt III, 368.
Oberjägermeisteramt 299.
Oberländer, Mart., Abgeordneter III, 496. 527. 531; Minister des

Digitized by Google

Innern 568. 570. 574. 582 ff. 594. 596 f. 603. 630.
Oberlausitz 159; (bis 1324) 264 f.; (bis 1423) 327 ff.
Oberrechnungsdeputation II, 380.
Oberschönau, Punctation zu III, 456.
Obersteuercollegium II, 63.
Oda, Gemahlin Ludolfs 35.
——, Gemahlin Dedo's II, 80.
——, Tochter Dietrichs von Nordsachsen 55.
——, Tochter Ekkihards 77.
Obeleben, E. O. J. v., Major III, 160 f.
Osterbingen, H. v. 202 f.
Ogilvy, G. B. v., Feldmarschall II, 340. 345.
——, Gräfin II, 413.
Ohrdruff, Kloster 14.
Oldisleben, Kloster 98.
Olearius, Professor II, 294.
Olmütz, Zusammenkunft zu (1479) 405.
O'Meagher, Generalleutnant II, 467.
Omeis, Stempelschneider II, 291.
Opel, Dr., Friedensunterhändler II, 170.
Oppel, F. W. v., Oberberghauptmann II, 550.
Oppell, v., Geheimer Finanzrath III, 234. 306.
——, C. F. G., Kriegsminister III, 535. 568.
Oppen, v., preußischer General III, 336.
Oppolzer, J., Professor III, 735.
Orlagau, d. 96.
Orlamünde, Grafen v. 113. 189.
Ortloff, Oberappellations-Rath III, 714.
Ortwein, Hans 391.
Orzelska, Gräfin v. II, 367. 403.
Osse, Melch. v. 520. 578. II, 60. 89.
Osterhausen, Henriette v. II, 403.
Osterland 116. 242. 299. 306. 431.
Ostermann, russischer General III, 200.
Ostfalen 16.
Ostheim, Herren v. 510.
Ostmark (bis 1034) 50; Gaue 62; = Niederlausitz 119. 122 f.; — Askanier 354 ff.
Oswald, Kaufmann 399.
Otto I., Kaiser 44. 51.
—— II., Kaiser 57 f.
—— III., Kaiser 58.
—— IV., Kaiser 165 f. 186 f.
—— der Erlauchte, Herzog v. Sachsen 29. 35 f. 38.
—— von Orlamünde, Markgraf von Meißen 80. 104.
—— der Reiche, Markgraf v. Meißen, 133 ff.
—— IV., Graf v. Brene 358.
——, Gaugraf 103.
——, Sohn Pfalzgraf Siegfrieds 124.
——, Herzog von Mähren 93.
——, Herzog von Baiern 386.
——, Herzöge von Braunschweig: 486; der Tapfre 302; der Quade 312.
——, Herzog von Meran 171.
—— I. von Askanien, Markgraf von Brandenburg 356.
—— III. von Askanien, Markgraf von Brandenburg 173. 265.
—— IV. von Askanien, Markgraf von Brandenburg 242.
——, Erzbischof von Magdeburg 269.
——, J., aus Münsterberg 318. 344.
——, Abt von Banz II, 251.
——, Jul., Componist III, 406.
Ottokar I., König von Böhmen 161 f. 164. 166.
—— II., König von Böhmen 175. 187 f. 233 f.
Oudinot, Marschall III, 191 ff. 196. 203 ff.
Oxenstierna, A., Kanzler II, 164 f. 175.
Opbin, Zerstörung des 329.
Ozer, Burggraf von Meißen 77.
Öhler, Fr., Fabrikant II, 549.
Öhmichen, F. W., Abgeordneter III, 719.
Ökonomische Societät II, 550.
Ölsnitz, Amt II, 33.
Öser, A. F., Maler II, 393. 514 f. 696.

Digitized by Google

P.

Pack, O. v., Rath Georgs des Bärtigen 491 ff.
Paer, F., Sänger II, 698.
Pallavicini, H., englischer Gesandter II, 99.
Pappenheim, v., kaiserlicher General II, 152. 155. 162 f.
Paradies, kaiserlicher Oberst II, 157.
Passauer Vertrag 611.
Paßka, Dr., zu Magdeburg 481.
Patkul, R. v. II, 320 f. 326 ff. 341.
Patrimonialgerichte, Anfänge 115; unter Kurfürst August II, 67; III, 418; Streit über Aufhebung derselben III, 479 ff. 519. 529. 710 ff.
Paul III., Papst 514. 596.
Paull, A., Geheimerrath Kurfürst Christians I. II, 102.
Paulucci, v., Nuntius II, 358.
Pausa, Amt II, 34 f. 190.
Paykul, schwedischer General II, 320. 330.
Pegau, Kloster 97. 167.
Pellegrini, A., Maler II, 514.
Penzig, Herren v. 268.
Peräquationscasse III, 370. 474.
Permoser, B., Maler II, 395.
Peter I., Kaiser von Rußland II, 308. 321 ff.
Peter von Dresden 348.
Petersberg, Amt II, 373.
Petersdorf, v., Major III, 183.
Petrus de Pretio, Vicekanzler 232.
Petzoldt, v., Resident in Petersburg II, 454.
Peucer, Kaspar II, 41. 46 f. 50 f.
Pezel, Dr., Professor II, 52.
Pfalz, sächsische 119 ff.
Pfeffel, v., bairischer Gesandter III, 127 f.
Pfeffinger, J. 595. 640.
Pfeiffer, Mönch 475. 477 f.
——, Professor II, 294. 300.
——, D., Kanzler II, 60. 66. 101. 105.
Pfennigsteuer II, 197.
Pfingsten, Geheimer Referendar II, 337. 339. 347.
Pflug, Jul., Bischof von Naumburg 520. 530. 544. 550. 592.
——, S., Kanzler 553. 566.
——, Graf, Geheimer Cabinetsdirector II, 318. 339.
Pforbten, L. K. H. v. d., Professor in Leipzig III, 565. 735; sächsischer Minister 568 ff. 592 ff. 599 ff. 716; bairischer Minister III, 648. 663. 699. 739 f. 743. 769. 776. 780. 783.
Pforte, Kloster 118. Amt II, 374; Friede zu (1451) 387.
Pfotenhauer, F. W., Bürgermeister III, 572. 579.
Pfuel, schwedischer General II, 179.
Philipp von Schwaben, König 164. 186 f. 270.
—— der Großmüthige, Landgraf v. Hessen, unmündig 434; Bauernkrieg 478; Reformation 483. 485 ff.; packsche Händel 491 ff.; Reichstag zu Augsburg 501; schmalkaldischer Bund 503 f.; Religionsfriede 506; Ulr. v. Würtemberg 512; Convent zu Frankfurt 518; Doppelehe 519; Vergleich zu Grimma 523; Verhältniß zu Georg 571; zu Moritz 532. 584; schmalkaldischer Krieg 538 ff.; Gefangennahme 552; Haft 590; Anna v. Oranien II, 13.
——, Herzog von Braunschweig 486.
——, Herzog von Cleve 555.
——, Erzherzog 432. 556. 558.
——, Pfalzgraf, Bischof von Naumburg 519 f.
—— Ludwig, Pfalzgraf von Neuburg II, 117.
Phull, v., preußischer General II, 643.
Piatti, K. A., Marquis III, 437.
Piccolomini, Feldmarschall II, 180 f.
Pickart, Polizeirath III, 793.
Pierius, Superintendent II, 105.
Pillnitz, Zusammenkunft zu (1791) II, 593; (1849) III, 649.
Piper, Graf II, 337.
Pipping, Oberhofprediger II, 360.

Digitized by Google

Pirna, Vertrag zu 303; Erwerbung von 310; Verhandlungen zu (1634) II, 170 f.
Pisendel, Musiker II, 396.
Pistoris, Hartm., Jurist II, 60. 207.
——, H. E., sächsischer Gesandter zu Osnabrück II, 183.
——, Dr. S. 437. 493. 575.
Pistorius, Professor in Leipzig 640.
Planitz, Hans v. d., kursächsischer Gesandter 471.
Platen, v., preußischer General II, 578.
Platner, E., Professor II, 694.
——, J. Z., Mediziner II, 518.
Plato, K. G., Director II, 680.
Plauen 375; Amt II, 33 f. 190.
——, Vögte v. 300 f.
—— Heinrich V. v., Oberkanzler 542. 550.
Pleißnerland 117 f.; kaiserlich 163. 174; (1290) 244; Friedrich der Freudige 255. 288 f.
Ploni, Gau 354.
Plötzkau, Amt II, 32.
Plötzke, Grafschaft 182.
—— Kunigunde v. 138.
—— Konrad v. 355.
Podewils, v., preußischer Minister II, 421. 465.
Podiebrad, G., König von Böhmen 385 f. 400 f.; Lausitz II, 225.
Poigk, H. G. v., Vicekanzler II, 543.
Polenz, Hans v. 347. 379. 386.
——, Nic. v. 386.
——, G. F. A. v., Generalleutnant II, 649. III, 9. 12.
Polignac, Abbé II, 304.
Polizei: unter Kurfürst August II, 68; (bis 1656) 212 f.; (bis 1697) 280 f.; (bis 1806) 676. III, 242. 369; geheime — III, 74.
Pollich, Dr. M. 437.
Poncet, Geheimer Kämmerer II, 562.
Poniatowski, General II, 353.
——, Fürst J., französischer Marschall III, 39. 75. 149. 155 f. 191. 208.
Ponikau, Herren v. 268.
—— Hans v. 60 ff.
——, v., sächsischer Reichstagsgesandter II, 480.
Ponikau, v., Geheimerrath II, 560.
——, J. A. v., Geheimer Kriegsrath II, 692.
Poppe, K. H. A., Kramermeister III, 549. 757.
Poppo, Herzog von Thüringen 29.
Post: unter Kurfürst August II, 86; (bis 1656) 210; (bis 1697) 283; (bis 1733) 381; (seit 1815) III, 374; -conferenz (1847) III, 563; -verein III, 730.
Potocki, Graf II, 308. 348; Primas 407 ff.
——, Graf Stanisl. II, 595.
——, Graf Fel. III, 68. 74 f.
Pouch, Herren v. 301.
Pozzo di Borgo III, 301.
Pölitz, K. H. L., Professor III, 412.
Pöllnitz, K. L. v. II, 392.
Pönfall, d. II, 228.
Pöpelmann, D., Baumeister II, 393.
Pöppig, E., Professor III, 734.
Pradt de, Erzbischof von Mecheln III, 78. 87.
Prag, Vertrag zu (1546) 542; Friede zu (1635) 172 f.
Prendel, russischer Oberst III, 113. 119. 131. 236.
Preßburg: Machtspruch 377; Verhandlungen zu III, 318 ff.
Presse, seit 1815 III, 419. 520. 524 f. 531 f. 536. 552 f. 556. (seit 1848) 566. 586 f. 670. 677.
Preßverein III, 453.
Preusker, K., Rentamtmann III, 489.
Pribislaw, Wendenfürst 126.
Prinzenraub, d. 389 ff.
Prittwitz, v., preußischer Major II, 499.
——, v., preußischer General III, 607.
Procop der Große 373 f.
Proles, A. 442.
Prozeßordnung: (von 1622) II, 207; Entwurf (von 1781) II, 675. III, 368; bürgerliche III, 714 f.
Przebendowski, Krongroßmarschall II, 303 f. 307 ff.
Pufendorf, S. II, 295.
Purschenstein, Abtretung v. 175.
Putelendorf, Fr. v. 121.
Pückler, Graf III, 252.

Digitized by Google

Q.

Quandt, J. G. III, 517.
Quanz, J. J., Flötenspieler II, 396. 512.
Quatembersteuer II, 197. 255.
Quedlinburg, Stift 402. II, 33; Vogtei II, 190. 263. 373.
Quenstedt, A., Theolog II, 293.
Questenberg, v., Geheimerrath II, 170.
Querfurt, Amt II, 172. 185. 190; Fürstenthum II, 235. 253 f. 616.
——, Herren v. 312.
——, Br. v. 103.

R.

Raabe, v., Oberst III, 210. 332.
Rabenau, Herren v. 330.
Rabenhorst, B. v., Kriegsminister III, 604. 611. 616. 625. 630. 653. 666. 708. 723. 771. 781. 791. 811.
Rabenstein, Anwartschaft auf 290.
Rabener, G. W. II, 503. 525.
Rabinswalde, Grafen v. 113. 223.
Racknitz, J. F. v., Hofmarschall II, 696. 698. III, 404.
Radegunde von Thüringen 6. 9.
Radivojewich, österreichischer General III, 44. 48.
Radowitz, v., preußischer Minister III, 641. 644. 684.
Radziejowski, Primas II, 307 f. 328 f. 333.
Ragewitz, B. v., Dechant 563.
Raimund, Legat 441.
Rammelsburg, Amt II, 33.
Rangoni, Legat 511.
Ranis, Amt 358. II, 32.
Raspenberg, Herren v. 192.
Rastatt, Congreß zu II, 614 f.
Rathe, v., Oberstleutnant III, 338.
Ratolf, Herzog von Thüringen 10 f. 23. 29.
Ratzeberger, M., Arzt 534.
Rauchsteuer II, 228.
Rauscher, H., Bürgermeister II, 50. 60.
Rautenkranz, sächsischer 357. III, 362.
Rautenkrone, Orden der III, 11.
Rebhuhn, P. 645.
Rechberg, Graf A. v., bairischer General III, 114.
——, Graf B. v., österreichischer Minister III, 750. 754. 769. 773.
Rechenberg, J. G. v., Hofmarschall II, 240.
Reck, v. d., preußischer Minister III, 292.
Recke, v. d., Elise III, 402.
Reckerodt, v., Söldnerführer 550.
Redarier 39.
Reenstiold, schwedischer General II, 329. 335.
Regensburg, Reichstag zu (1541) 518; (1546) 536; (1556) II, 14; (1594) II, 111; (1613) II, 125; Religionsgespräch (1545) 534; Collegialtag (1629) II, 143; (1636) II, 177; Reichstag (1653) II, 188.
Reibisch, S. v. 584.
Reich, F., Professor III, 373.
Reichsdeputation (1802) II, 615 ff.
Reichsregiment 432. 471 f.
Reichsvicariat 357; Friedrich der Weise 432. 451 ff. II, 241. 349; (1792) 609 f.
Reiffenberg, Moritz v., Hauptmann 605.
——, Ph. L. v., Canonicus II, 244 f.
Reiffschneider, Jurist II, 66.
Reil, Arzt III, 236.
Reimar v. Zweter 202.
Reinecke, J. F., Schauspieler II, 695.
Reiner Reineccius II, 91.
Reinersdorf, Kloster 98.
Reinhard, F. B., Oberhofprediger II, 690.
——, M., Schwarmgeist 475.
Reinhardsbrunn, Kloster 109. 130.
Reinick, R. 736.
Reinitz, Kundschafter II, 457.

Digitized by Google

Reinstein, Graf B. v. 319.
Reisach, Graf v. III, 235.
Reiske, J. J., Professor II, 520. 693.
Reißiger, K. G. III, 406.
Reitzenstein, v., Major III, 631.
Reiz, Professor II, 693.
Renard, v., General II, 431.
Renard, Maitresse II, 403.
René, Herzog von Lothringen 432.
Repgowe, Eike v. 277.
Repnin, N. W. Fürst, Generalgouverneur 233 ff. 241 ff. 258 f. 264 f. 267. 269 f. 291 f. 362.
Restaurationscommission II, 505.
Restitutionsedict II, 144.
Reußen, b. 293.
Reuß von Plauen, Graf H. 287 f. 386.
Reuß, Graf v., sächsischer General II, 259. 275.
Revisionsrath II, 315 ff.
Rewitzer, F. X., Abgeordneter III, 547. 571. 579.
Rex, Graf v., Geheimerrath II, 452.
Reynier, französischer General III, 39. 81 ff. 114 ff. 162. 172. 174 ff. 190 ff. 203 ff. 212. 217 ff.
Rhagius, J., 444. 565.
Rheinbund, d. II, 659. III, 4 f.
Riancourt, A. Graf v., sächsischer Gesandter II, 566.
Riccini, Maler 647. II, 92.
Richard, Kurfürst v. Trier 453.
Richelieu, Herzog v. II, 450.
Richenza, Kaiserin 92.
Richter, Schloßhauptmann II, 51.
——, Lehrer in Freiberg II, 550.
——, Geheimer Finanzrath III, 338.
——, K. E., Redacteur III, 419. 468 f. 524.
——, Ludw., Maler III, 516.
——, H. E., Professor III, 619. 628.
Ridbag, Markgraf von Meißen 56. 59.
——, Graf 58.
Riedel, Ch. G., Abgeordneter III, 747.
Riese, Adam 645.
Riesenburg, Boso v. 308.
Rietschel, E., Bildhauer III, 407. 516. 736.
Ringelhardt, Theaterdirector III, 406.
Rinkart, Mart., Diakonus II, 222.
Ritschl, F. W., Professor III, 735.
Ritterakademie III, 246.
Rittergüter III, 378. 381. 476. 505. 519. 533; (1848) 580. 679. 718.
Ritterich, F. Ph., Professor III, 410.
Ritzsch, Th., Buchhändler II, 285.
Rivinus, Professor II, 390.
Rivius, J., Rector 586. 643. II, 3.
Rochlitz, Gräfin v. II, 268 ff.
Rochlitz, Fr. II, 696. III, 403.
Rochow, Herren v. 268.
Rodach, Convent zu (1529) 497.
Rojas von Spinola, Chr. II, 305.
Romanus, F. K., Bürgermeister II, 288. 380.
Roos, Rich., Dichter III, 401.
Roquette, O., Dichter III, 736.
Rorscheidt, v., Hauptmann III, 624.
Rosen, v., russischer Oberst III, 233. 269.
Rosenberg, Herren v. II, 35.
Rosenmüller, J. G., Superintendent II, 689.
Rost, Ch. H., Kunsthändler III, 408.
——, J. Ch. II, 509. 523 f.
——, W. E., Rector II, 691. III, 413.
Rostock, Verhandlungen zu II, 17.
Roßla, Amt II, 27.
Roßmäßler, E. A., Professor III, 577.
Rotenburg, Grafen v. 113.
Roth, K., Kaufmann II, 85.
Roth, v., Major III, 180.
Rothe, J., Chronist 349.
——, Leibarzt 572.
Rothkirch, v., österreichischer Oberst III, 239.
Röbel, v., sächs. General II, 326.
Röckel, A., Musikdirector III. 583. 629. 632.

Digitized by Google

Röder, Geheimerrath II, 364.
Römer, R. B. v., Mitglied der ersten Kammer III, 680.
Rösler, Bergmeister II, 287.
Rössig, K. G., Professor II, 663. 692.
Rubens, J. II, 13.
Rublack, Schulmann II, 227.
Rudolf I. (von Habsburg), König 233; in Thüringen 235; Absichten auf Meißen 240; Landgraf Albrecht und — 241; Pleißnerland 244.
—— II., Kaiser, Königswahl II, 57; Messen 84; Darleben 87; Bedrängniß 118; Lausitz 229.
——, Herzöge von Sachsen-Wittenberg, I: 324 f. 358 ff.; II: 360 f.; III: 362.
——, Bischof von Meißen 347.
——, Bischof von Würzburg 30.
Ruge, Arn. III, 526 f. 575. 582.
Rumohr, v., Geheimerrath II, 315.
Runde, F. L., Commissionsrath III, 507 f.
Runiberg, Schlacht bei 6.
Ruppich, K. v., Capellmeister 481.
Russell, Lord 764. 771.
Ruthwen, schwedischer General II, 176.
Rutowski, F. A. Graf v., Feldmarschall II, 403; erster schlesischer Krieg 420. 422; zweiter schlesischer Krieg 430. 433; Heeresreform 461 f.; (1756) 468. 473 ff.; Rücktritt 505.
Rutowska, Gräfin II, 566.
Rüdiger, Dr. II, 52.
Rügengerichte 329.
Rybinski, Bischof von Cujavien II, 595.
Ryssche, B., Erzieher 581.
Ryssel, v., Oberst III, 180. 225. 230. 331 f. 338.
——, Generalmajor III, 220 f. 240.

S.

Saal, Marg. v. d., 578.
Saalfeld, Schloß 27; Kloster 55. 114; Kauf von — 307; Empörung 45; Bund zu — (1531) 512.
Sacchi, Caviello II, 290.
Sachsen, Volk und Land 32 ff.
—— -Wittenberg, Herzogthum 353 ff.
——-Lauenburg, Anwartschaft II, 236. 263.
——, Pfalz 119 f. 183. 268. 361. II, 5.
—— -Merseburg, Herzogthum II, 439.
——-Weißenfels, Herzogth. II, 439.
——-Gotha-Altenburg, Aussterben III, 400.
Sachsenburg, Amt II, 5.
Sachße, K. F., Abgeordneter III, 500.
Sacken, K. Graf v., Cabinetsminister II, 560. 562. 565 f. 570.
Sadolet, K., Cardinal 562.
Sagan, Herrschaft: Kauf 401; Irrung 436; Vererbung 561; Verlust 623. II, 426.
Sahla, v. III, 58. 304.
Sahr, Herren v. 268.
Sahr, Sahrer v., General III, 55. 80. 101. 146 f. 171. 180. 192 ff.
St. Cyr, französischer Marschall III, 197 f. 202. 208 ff. 224. 239.
St. Priest, russischer General III, 208.
Salerno, Jesuit II, 359. 361 f.
Salicola, Margh., Sängerin II, 289.
Salimbeni, Sänger II, 512.
Salis, v., kaiserlicher General II, 178.
Salmuth, Hofprediger II, 101 f. 105.
Salza, Herren v. 295. 330.
Samela, slavischer König 24.
Samo, König von Böhmen 9. 22 f.
de Sanci, französischer Gesandter II, 97.
Sangerhausen, Verpfändung II, 444.
Sanitätscollegium II, 546. III, 371.
Santa Stella, Sängerin II, 396.
Sapieha, Fürst II, 304.
Sarowe, District 28.

Digitized by Google

Sartorius, Professor in Göttingen III, 276.
Saukrieg, der II, 36.
Saul, F. L. v., Geheimer Legationsrath II, 422. 450. 465.
Savigny, v., preußischer Geheimerrath III, 808.
Sayda, Erwerbung von 175.
Sayn, Graf H. v. 211.
Sängerkrieg 202.
Scandeli, A., Capellmeister II, 91.
Schack, v., preußischer General III, 793. 807.
Schade, J. C. II, 297 f.
Schaffrath, W. M., Abgeordneter III, 547. 571. 577 ff. 598. 610. 640. 655. 753.
Schafgotsch, Herren v. 330.
Schafzucht II, 681. III, 418.
Scharfenberg, Bergwerk 374.
Scharfschmidt, Hof- und Justitien-Rath III, 400.
Schauenburg, Erbauung der 106.
Schaumburg, H. v. 431.
——, Wilwolt v. 558.
Schäfer, G. H., Professor III, 410.
Schärtlin, Seb. 538. 606. 611.
Scheel, Baron v. II, 453.
Scheibenberg, Kauf von II, 35.
Schellenberg, Herren v. 290.
Schenau, J. C., Maler II, 697.
Schenk, Dr. Jac. 570.
Scherzer, J. A., Professor II, 294 f.
Schesla 26 f.
Scheyern, Vertrag zu (1532) 512.
Schicht, J. G., Cantor II, 695. III, 406.
Schickedanz, Baumeister 648. II, 92.
Schiebell, A. B. v., General II, 641.
Schiebling, Chr., Maler II, 224.
Schild, Kaufmann III, 539.
Schill, F. v., Major III, 40.
Schiller, Fr. II, 695.
Schilling, F. A., Professor III, 411.
——, Hans, Springer II, 222.
Schimmelmann, v., dänischer Minister II, 445. 479.
Schimpff, B. v., General III, 787. 804.
——, Br., Oberpostdirector III, 699.
Schirmer, D., Hofpoet II, 223. 289.
Schirnding, v., General III, 626. 633 f.
Schlegel, J. A. und J. C. II, 525.
Schleinitz, D. v., Consistorialpräsident II, 57.
——, G., Commandant II, 180 f.
——, H., Oberhofmarschall 406. 581.
——, Hans G., Kammerdirector II, 241.
——, Oberforstmeister III, 143 f.
Schleswig-Holstein III, 562; die Sachsen in — 606 f. 682. 759.
Schletter, H., Kaufmann III, 573. 737.
Schlichting, Oberst II, 407.
Schlick, Graf v. 602. II, 131 f. 138.
——, Oberst II, 168.
Schlotheim, v., Truchsesse 192.
——, Helw. v. 224.
Schlüssel, W. G., Fabrikant II, 549. 685.
Schmalkalden, Bund zu 503 f. 526. 532. — Schmalk. Artikel 515.
Schmeling, Sängerin II, 698.
Schmelzer, Jesuit II, 364.
Schmerling, A. v., österreichischer Minister III, 640. 754.
Schmerzing, v., Kammerherr II, 557.
Schmettau, v., preußischer General II, 483. 490 ff.
Schmidburg, v., kaiserlicher Commissar II, 243.
Schmied, K. A. II, 525.
Schmidt, Georg 390 f.
——, fürstlich sächsischer Geheimerrath II, 266.
——, Dr., Theaterdirector III, 517.
Schneeberg, Bergwerk 421. 508.
Schneevogel, P. 643.
Schneider, Anatom II, 219.
——, Beichtvater III, 310.
——, R., Justizminister III, 791.
——, Fr. und J., Organisten III, 406.
Schnorr v. Carolsfeld, B. H. III, 407.

Digitized by Google

Schnorr v. Carolsfeld, J., Galeriedirector III, 516. 736.
Schoch, J. G., Dichter II, 224. 289.
Schoff, Herren v. 330.
Schöffen 279 f. 712.
Schönberg, Ant. v. 567. 569. 578. 583.
——, Kaspar v., Bischof v. Meißen II, 225.
—— —— —, Marschall II, 97. 100.
——, Geheimerrath Johann Georgs I. II, 127.
——, v., Präs. d. Kriegsverwaltungskammer III, 244 f.
——, Legationsrath II, 251.
Schönburg. Herrschaften, Bauernkrieg 479; Lehensrechte II, 572. 579; Gerichtsorganisation III, 712.
Schönburg, Grafen v. II, 35. 438; Steuerfreiheit III, 65; wiener Congreß 327; Rechte im Deutschen Bunde 399; Verfassung von 1831: 448; Erläuterungsreceß von 1835: 485 f.
——, Fr. v., Oberamtmann 391.
——, v., Feldzeugmeister II, 154.
——, Graf A. Ch. E. v. II, 572.
——, Fürst O. K. F. v. II, 580.
——-Waldenburg, Fürst O. V. v. III, 540. 572. 733.
—— -Rochsburg, Graf H. E. v., II, 682.
Schönecf, Verpfändung von 322; Amt II, 33.
Schönemann, J. F., Hofcomödiant II, 523.
Schönfeld, v., Ritter 390 f.
——, v., Oberst II, 261.
——, J. H. A. v., sächsischer Gesandter in Wien III, 2.
Schönfels, F. E. v., Präsident der ersten Kammer III, 579. 596.
Schönherr, Bürgermeister II, 114.
——, Fabrikant III, 386.
Schöning, Hans A. v., Feldmarschall II, 262. 267 ff.
Schreckenfuß, Bildhauer II, 92.
Schreibersdorf, Herren v. 267.
Schreibershofen, M. v., Major III. 217.
Schrenk, v., Minister III, 743. 746. 764.
Schrepfer, Thaumaturg II. 691.
Schreuel, Advocat III, 617.
Schriftfassen 414; alte II, 279. 666. III, 368. 378.
Schröckh, M., Professor II, 693.
Schröder, R. G., Abgeordneter III, 527.
——-Devrient, Wilhelmine III, 405. 518.
Schröter, L. G., Pianofortebauer II, 397.
Schubart, J. Ch., von Kleefeld II, 681.
Schulden II, 502. 537. 544. III, 7; (1813) 181. 245 f. 360. 369. 472. 474. 503.
Schulen, Beginn derselben 153. 427; Reformationszeit 585. 642 ff.; (bis 1656) II, 214. 219; (18. Jahrhundert) 679 f. 687. 691; (seit 1815) III, 413; (seit 1833) 484. 513; (seit 1848) 694. 733.
Schulenburg, Matth. v. d., Feldmarschall II, 325. 330. 335 f. 344 f. 378.
——, v. d., Rittmeister III, 120.
——-Closterode, Graf Fr. A. v. d. III, 260. 278 ff. 296 f. 306. 317 f. 320 ff. 328. 395.
——, v. d., preußischer Minister II, 603.
——, v. d., preußischer Gesandter III, 781. 790.
Schulz, v., Gouverneur von Dresden III, 621. 623.
Schulze, Commerzienrath III, 401.
Schumann, Prediger 570.
——, Appellationsrath III, 512.
——, Fr., Abgeordneter III, 527.
Schurf, Anatom 641. II, 90.
——, Hier., Jurist 459. 642.
Schurzfleisch, S., Polyhistor II, 292.
Schuster, J., Capellmeister II, 698.
Schürer, P., Künstler II, 224.
Schütz, Hofprediger II, 47. 50 f. 105.
——, H., Capellmeister II, 221. 223.
Schwabacher Artikel 498 f.
Schwabengau, d. 7. 16.
Schwalbe, Hans 390.
Schwarzburg, Grafschaft II, 141. 373.
Schwarzburg, Grafen v.: 181 f.

Digitized by Google

187. 222 f. 292. 331; H. 371. 388; H. XVI. 261. 287; H. XVIII. 301. 398; Günther² 293. 296. II, 20 f. 23. 29.
Schwarzburger Hauskrieg 385.
Schwarze, L. F. O., Generalstaatsanwalt III, 709 ff.
Schwarzenberg, Herrschaft 511. 623. II, 189.
—, Fürst K. III, 83.
—, österreichischer Minister III, 663. 685.
Schwauß, Polizeidirector III, 793.
Schwägrichen, F., Professor III, 412. 734.
Schweikhard, Kurfürst von Mainz II, 125. 140.
Schweinitz, Knecht 391.
Schweinfurt, Convent zu (1542) 525.
Schweinsburg, v., Schenken 206.
Schwendi, Laz. 597. 600.
Schwerin, v., Feldmarschall II, 482.
Scitici, Gau 354.
Scultetus, Matth. II, 57.
Scuntira, Gau 56.
Sebastiani, Baumeister II, 514.
Sebottendorf, D. v. II, 16.
—, A. v., Geheimerrath II, 181.
Sechsstädte, lausitzer 328 ff. II, 228.
Seckendorf, v., ernestinischer Gesandter II, 243.
—, V. L. v. II, 296.
—, General II, 351. 369. 408.
Seconda'sche Truppe II, 695.
Secundogenitur II, 565. 581.
Seebach, Berth. v. 213.
—, A. L. v., sächsischer Gesandter in Paris III, 739. 776.
Segur, französischer Gesandter II, 56.
Seidlitz, Hans v. II, 98.
Selmnitz, v., Major III, 218.
Selnecker, Nicolaus II, 27. 53. 102.
Seminarien II, 687.
Semper, G., Hofbaumeister III, 515 f. 627. 638.
Senfft von Pilsach, Generalmajor II, 649.
—, Graf Ch. F. L., Gesandter in Paris II, 631. 643. III, 9; Cabinetsminister III, 56 ff. 364.
Senftenberg, Tausch 387.
Sennert, D., Arzt II, 220.
Serbelloni, General II, 498.
Serimunt, Gau 354.
Serra, v., französischer Geschäftsträger III, 17. 23. 102. 119. 153. 155. 167 f.
Setonius Scotus, Adept II, 220.
Seume, J. G. III, 404.
Seußlitz, Kloster 284. 339.
Sevenberg, Amt II, 513.
Severin, Sohn Heinrichs des Frommen 580.
Seydelmann, J. C., Schauspieler II, 697.
—, F., Capellmeister II, 698.
Seyffart, W. III, 499.
Seyffrizdorf, Herren v. 268.
Seylersche Truppe II, 695.
Siber, Ad., Rector 586. 643. II, 88.
Sibylle, Gemahlin Kurfürst Johann Friedrichs 501. 548. 617. 620. II, 116.
—, Tochter Heinrichs des Frommen 579.
— Elise, Gemahlin Kurfürst Johann Georg I. II, 121.
Sidonie, Gemahlin Herzog Albrechts des Beherzten 395. 561
—, Tochter Heinrichs des Frommen 579.
—, Tochter König Johanns III, 707.
Sidonius, siehe Helding.
Siebelis, K. G., Rector III, 413.
Siebenhaar, C., Geheimer Justizrath III, 714.
Sieber, J., Postmeister II, 210.
—, Mag. II, 391.
Siegfried d. Legat 43 f. 46.
—, Gero's Bruder 45 f.; Sohn 48.
—, Sohn Hodo's 123.
—, Gaugraf 56. 103.
—, Pfalzgraf 120. 124 f.
— von Anhalt 219 ff.
—, Erzbischof von Mainz 80. 212.
— III. 204.
— dispensator 177.

Digitized by Google

Siegmann, Dr., Bürgermeister III, 317.
Siepmann, A. H. v. III, 453.
Sifridus Presbyter 286.
Sigena, Gemahlin Wiprechts von Groitzsch 96.
Sigismund, Kaiser 317 ff.; Niederlausitz 326; Herzogthum Sachsen 364 f.; Hussitenkrieg 368 f.
——, Bruder Friedrichs des Sanftmüthigen 372. 377. 379 f.
——, Erzherzog von Tirol 553. 562.
Silbermann, G., Orgelbauer II, 397.
Simon (v. d. Lippe), Bischof von Paderborn 398.
Sittichenbach, Amt II, 235.
Sizzo, Gaugraf 103.
Slaven 18 ff.; Aufstand 47; Bekehrung 52.
Sleidan, Johann 493.
Sluszka, Castellan II, 308.
Smurdi 69. 154.
Sobieski, verw. Königin, und Prinz J. II, 310. 329.
Sobieslav, Herzog von Böhmen 101. 131.
Soester Fehde 385.
Solms, Graf v. 211.
——, Graf Philipp v. 453.
——, Graf v., Gesandter Gustav Adolfs II, 151. 160.
——, Graf F. Ch. v., sächsischer General II, 578.
——-Wildenfels, Graf v. III, 448. 472. 486.
Soltwedel, Mark 27.
Sommer, Pfarrer II, 222.
Sommerschenburg, Graf D. v. 142. 153.
——, Graf Fr. v. 167.
—— Albrecht II. v., Pfalzgraf 183.
Sonneburg, Heermeisterthum III, 67.
Sophie, Tochter Friedrichs von Bremen 143.
——, Tochter Markgraf Otto's des Reichen 138.
——, Gemahlin Markgraf Albrechts des Stolzen 164.
——, Gemahlin Kurfürst Christians I. II, 104 f. 107. 110. 222.
——, Tochter Kurfürst Christians I. II, 104.
Sophie, Tochter König Johanns III, 707.
——, Herzogin von Brabant 208. 219 ff.
——, Gemahlin Landgraf Ludwigs III. 184. 189.
—— Eleonore, Tochter Johann Georgs I. II, 192. 223.
Sorau, Erwerbung von 401.
Sorben 20 ff. 30. 38. 69.
Sorlisi, B., Castrat II, 238.
Sornzig, Kloster II, 36. 38.
Soubise, Prinz II. 484 f.
Souham, Marschall III, 208. 210.
Soult, Marschall II, 648. III, 18.
Spalatin, G., Hofprediger 444 f. 468. 481. 490. 493. 499. 509. 570. 642.
Sparcassen III, 390. 726.
Sparenberg, Verpfändung von 322.
Sparr, Oberst II, 160.
Sparrocria, Graf v. 232.
Spazier, K., Redacteur III, 403.
Speck von Sternburg, M. III, 407.
Spener, Ph. J. II, 296. 298 ff. 311.
Spengler, Laz., Stadtschreiber 569.
Speyer, Reichstag zu (1526) 487; (1529) 494 f.; (1544) 527; (1571) II, 28.
Spiegel, O., Rath Friedrichs des Sanftmüthigen 383.
Spiegel, Frau v. II, 403.
Spiller, Herren v. 268.
Spinucci, Clara, Gräfin 555.
Spohn, F. W., Aegyptolog III, 413.
Spruchcollegium III, 712.
Staatsrath, d. III, 366. 450. 707.
Staatsschuldencasse III, 474.
Stade, Graf U. v. 96.
Stadion, Graf v. III, 165 f. 261.
Stahremberg, Graf v., böhmischer Abgesandter II, 136; österreichischer Gesandter in Versailles II, 459.
Stainville, v. französischer Gesandter II, 484.
Stalberg, Verpfändung von 322.
Stammer, H. F. v., Kanzler II, 413. 446. 443. 453. 560.
Stanislaus Leszinski, Palatin II,

Digitized by Google

326; König von Polen 329. 337. 340. 344. 353. 406. 408 f.
Statistisches Bureau III, 723.
Staupitz, v., Ritter 318; II, 11.
——, J., Provinzial 438. 445. 457. 465.
Städte, älteste 41; (in Thüringen) 114. 197 ff. 150. 280; (in Meißen) 278 f.; in der Lausitz 263. 267. 328. 338; 15. Jahrhundert 423; unter Kurf. August II, 82; (bis 1656) 208; (bis 1733) 380; (seit 1815) III, 389 f.
Städteordnung III, 444.
Stechau, Gerh. v. 154.
Steenbock, schwedischer General II, 350.
Stein, Freiherr H. F. K. v., Herrschaft Birnbaum III, 28; (1813) 137 f. 142. 145. 158. 161. 170. 354; auf dem wiener Congreß 233 ff. 250. 260. 265. 267. 283. 291. 301. 314.
——, W. v., Ritter II, 11. 18.
Steinau, A. H. v., Feldmarschall II, 322 f. 330.
Steinbach, Hofprediger II, 102. 105.
Steinberg, A. v., sächsischer Bevollmächtigter II, 18 Anm.
Steindel, v., sächsischer General III, 80. 101. 147. 170.
Steinkohlenbau III, 389. 489.
Steinla, M., Kupferstecher III, 407.
Stella, Erasmus 645.
Stephan, Prediger III, 422. 540.
Sternberg, Gräfin v. II, 453.
Sternerbund, d. 302 f.
Steuercreditcasse II, 537.
Steuern: unter Ernst und Albert 413; 16. Jahrhundert 628; unter K. August II, 62; (bis 1656) 194; (1660) 239; (seit 1764) 673; (seit 1815) III, 369; (seit 1830) 470 ff. 508. 681.
Steuerfreiheit (der Rittergüter) III, 64 ff. 471. 508.
Steuervergleich (von 1661) II, 240.
Steward, Lord III, 300.
Stiefel, Pfarrer 647.
Stiefel, Ef. II, 218.
Stieglitz, Ch. L., Baumeister III, 407.
——, v., Generalleutnant III, 787. 804.
Stifter 635; Secularisation II, 37. 190; beabsichtigte Aufhebung III, 587; Reform 716.
Stock, J. M., Kupferstecher II, 696.
Stockmann, A. Ch., Dichter II, 694.
Stollberg, Grafen v. 192. 223. 331. II, 438.
——, Prinz, Reichsfeldmarschall II, 498.
Storch, N., Schwarmgeist 466.
——, P., Professor in Leipzig 318.
Storkow, Herrschaft 401.
Stormont, Lord II, 467.
Stößel, Superintendent II, 27. 50 f.
Strafanstalten II, 678 f. III, 478.
Strafgesetzbuch III, 709.
Strafproceßordnung III, 538 f. 709.
Strahlendorf, L. v., Reichsvicekanzler II, 118. 131.
Strattmann, Graf v., österreichischer Gesandter II, 331.
Strauch, A. Jurist II, 292.
Strauchmann, Barth. 547.
Strungk, Vicecapellmeister II, 291.
Stryck, S., Jurist II, 269. 292.
Stubenberg, Graf W. A. v. II, 435. 650.
Stutterheim, H. G. v., Cabinetsminister II, 570. 584 f.
Stübel, Ch. K., Hofrath III, 392. 512. 706.
Stübner, Schwarmgeist 466.
Suanhilde, Tochter Hermann Billungs 122; Gemahlin Ekkhards 76.
Suen, König von Dänemark 132.
Suhm, U. F. v., sächsischer Gesandter II, 366.
Sulkowski, Graf A. J. II, 410 f.
Südthüringische Mark 43. 61. 117.
Swatopluk von Böhmen 98.
Sybilski, v., General II, 433.
Spitz, Herren v. 268.
Sylvestre, L., Maler II, 393. 514.
de Sylvestre, Abbé III, 706.
Sylvius, P., Pfarrer 568.

Digitized by Google

T.

Talleyrand: Friede zu Posen II, 631. 637. 656 ff.; Herzogthum Warschau III, 15; wiener Congreß 261. 281. 284. 289 f. 293 ff. 310 ff. 319.
Talma, Schauspieler III, 177.
Taube, D., Landvogt II, 173.
Taubmann, Fr., Professor II, 218 f.
Taucha 169.
Tauchnitz, B., Buchhändl. III, 533.
——, K. Ch. T., Buchhändler III, 398.
Tauenzien, v., preußischer General II, 644 f. 648.
Tausendschön, Hans II, 12. 23.
Tautenburg, Herrschaft II, 190; Schenken v. — 294.
Telegraphen 730.
Tentzel, W. E., Historiograph II, 392.
Teti, Graf 87.
Tettenborn, v., Major III, 44.
Tetzel, Joh., Ablaßkrämer 447 f.
Teuber, Dr., wittenbergischer Jurist II, 66.
Thaculf, Herzog 28.
Thankmar, Sohn Heinrichs I. 43 f.
Thankmarsfelde 45.
Theobald, im Nordgau 12.
Theophano, Kaiserin 74.
Theoderich, Sachse 15.
Thiard, französischer Oberstleutnant II, 654. III, 72.
Thiedericus de tribu Buz. 87 ff.
Thiedrich, Pfalzgraf 120.
Thielau, G. E. A. v., Landesältester III, 468. 496. 500. 547. 554.
Thielmann, v.: Rittmeister II, 652; bei Davout III, 29; Oberst (1809) 41 ff.; Generalleutnant (1812) 82. 91 ff.; Gouverneur von Torgau 112 ff. 124 ff. 140 ff. 164; geht zu den Verbündeten über 170 f.; Ueberfall bei Weißenfels 209; Reorganisation des Heeres 249 ff.; in Koblenz 271 f.; Theilung des Heeres 330 f. 338.
Thiemich, Componist II, 291.
Thietburg, Gemahlin Dedo's 90.
Thietmar, Markgraf 45.
—— I., Markgraf der Ostmark 50. 57. 122.
—— II., Markgraf der Ostmark 123.
——, Bischof von Merseburg 57.
Thile, v., preußischer Unterstaatssecretär III, 808.
Thilo (v. Trott), Bischof von Merseburg 405. 420.
Thimo, Graf von Wettin 90. 92 f.
——, Bischof von Merseburg 346 f.
Thioly, J. A. v., Geheimerrath II, 367.
Thiollaz, v., Geheimerrath III, 241.
Thomasbrück, Dingstuhl zu 194.
Thomasius, Christ. II, 299 ff.
——, J., Professor II, 294.
Thomä, Schwarmgeist 466.
Thoming, Dr. II, 66. 68.
Thorner Blutbad II, 356 f.
Thumshirn, v., kurfürstlicher Feldhauptmann 545. 550.
——, A., Rath Kurfürst Augusts II, 60. 72.
Thurn, Graf Matth. v. II, 158. 165.
Thümmel, v., Oberst III, 195. 252.
Thüring, Herzog 12.
Thüringen: Reich 4 ff.; älteste Geschichte 102 ff.; Herrenstand 113; Kirchliches 15. 114. 196; Städte 114. 197; Landgrafschaft 111. 176 ff.; 190 ff.; Erbfolgestreit 219 ff.
Thüringer, Name 4 ff.
Thüringer Gaue 60; — Marken 27. 116 ff.
—— Handelsgesellschaft II, 85.
Tichatschek, J. A., Sänger III, 518.
Tiedge, Ch. A. III, 402.
Tiefenbach, kaiserlicher General II, 154. 156. 158.
Tieck, Ludw. III, 402. 404.
Tilemann Stella, Mathematiker II, 90.
Tilly, J. v. II, 148.
Tittmann, K. Ch., Superintendent II, 689.
——, J. A. H., Professor III, 318. 411.

Digitized by Google

Tittmann, K. A., Hof- u. Justizien-Rath III, 511 f.
Tocler, K. (Noricus) 640.
Tod, schwarzer 297.
Todt, K., Abgeordneter III, 520 f. 523. 527. 532. 534. 547 f.; Bundestagsgesandter 571. 614; provisorische Regierung 623. 629. 635.
Tola, Maler 647. II, 92.
Toll, v., russischer Generalmajor III, 225. 227 f.
Tolstoi, General III, 239.
Torgau, Festungsbau III, 55; Belagerung 240; er Bund (1525) 486; Tag zu (1591) II, 99; er Artikel 499. II, 51; er Buch II, 53.
Torstenson, L., schwedischer General II, 178. 180 f. 183.
Transdorf, v., Commandant II, 180.
Trautmannsdorf, Graf v. II, 170. 172.
Trebra, F. W. H. v., Oberberghauptmann II, 557. 682. III, 373.
Treffurt, Ganerbschaft II, 438. 571.
Treffurt, Herren v. 290 f.
——, Graf Fr. v. 232.
Treitschke, H. v. III, 735. 809.
Trier, K. F., Appellationsrath III, 409.
Triller, G., Köhler 391.
Tromlitz, A. III, 401.
Trotha, Th. v., meißnischer Edelmann 547.
Trotzendorf, Val. 643. II, 227.
Trutvetter, Jod. 443.
Trützschler, sächsischer General II, 646.
——, v., Oberst III, 96.
——, W. A. v., Abgeordneter III, 577. 598. 635.
Tzschucke, K. H., Abgeordneter III, 527. 598. 610.
Tzschirnhaus, W. E. v. II, 301. 381. 392.
Tuch, J. Ch. F., Professor III, 676.
Tugumir, Fürst der Hevelder 47.
Tunglo, Fürst 24.
Turenne, Vic. v., französischer Gesandter II, 99.
Turgenieff, russischer Staatsrath III, 306.
Turnow, v., Generalmajor III. 211. 231.
Tümpling, v., preußischer General III, 808.
Tylich, Joh., Probst 349.
Tyssowski, Dictator III, 556.
Tzschirner, H. G., Superintendent III, 248. 411. 419. 422.
——, Abgeordneter III, 582. 589 f. 598. 605. 611. 614 f. 619 f.; provisorische Regierung 623. 629. 635.
Tzschirnhausen, Herren v. 330.

U.

Udo, Markgraf von Nordsachsen 49. 91.
——, Graf von Stade 96.
——, Bischof von Naumburg 159. 358.
Uhlich, L., Prediger III, 541.
Ulrich, Herzog von Würtemberg 512.
——, Herzog von Braunschweig II, 141.
Ulrich, Herzog von Mecklenburg II, 98 f.
Unger, sächsischer Resident II, 577.
Urbanus, H., Humanist 444.
Uriel (v. Gemmingen), Erzbischof von Magdeburg 435.
Uttmann, Barb. II, 83.
Uechtritz, Herren v. 330.
——, E., sächsischer Gesandter III, 258 f. 356.

V.

Valentinus, Bas., Arzt 342.
Valori, v., französischer Gesandter II, 421. 427.
Vandamme, General III, 33. 198. 200.
Varentrapp, A., Prof. z. Leipz. 318.

Digitized by Google

Bargula, v., Schenken 192.
——, Rudolf v. 209. 222. 234.
Bater, Abr., Professor II, 389.
Baterlandsverein, d. III, 575. 582. 589. 613. 638.
Beldeck, H. v. 202.
Belsbach, v. 225.
Beltheim, J., Schauspieler II, 290.
Beracini, Violinist II, 396.
Bergerius, kaiserl. Gesandter 514.
Berwaltung, Vereinfachung der III, 721.
Victor, Abbé II, 557.
Bieth, v., sächsischer General III, 142. 158. 238. 249. 253. 256.
Billemanzy, Administr. gén. III, 8.
Billiers, englischer Gesandter II, 432. 434f.
Bitzthum, Apel v. 364. 381. 383. 385. 387. 397. 425.
——, Bernh. v. 388.
——, Fr. v. 374.
——, Busso v. 370. 383.
Bitzthum, Grafen v. II, 371.
——, v., Gesandter II, 454. 458.
——, K. Graf v., Hofmarschall III, 231; Theaterintendant III, 404f.
Bives, A. v. 548.
Bockstädt, Grafen v. 186.
Bogel, A., Maler II, 224.
——, J. J., Verfasser der Annalen II, 391.
—— v. Vogelstein, Maler III. 407.
Vogt, Baumeister II, 92.
Vogtland, Erwerbung desselben II, 33.
Voigtsberg, Amt II, 33f. 190.
Volcold, Bischof von Meißen 54. 59. 75.
Volkstädt, Erwerbung von II, 33.
Vollrad von Gotha 234.
Vopelius, Commandant II, 155.
Vorst, P., Legat 515.
Voton, Beichtvater II, 314. 358.
Vögelin, Buchdrucker II, 43. 49.
Völkersahm, G. G. Graf v. II, 599.

W.

Wackerbarth, v., Generalleutnant II, 331. 345. 351. 395. 407.
——, v., Geheimerrath II, 469.
—— Salmour, Graf J. A. G. v. II, 411. 533.
Wagner, Dr. A., Geheimerrath II, 543.
——, J. E., Diakonus II, 679.
Wagner, G. H. A., Dichter III, 404.
——, Rich., Componist III, 518. 638.
——, Th. v., Geheimer Finanzrath III, 60f.
Waladala 24.
Walbeck, Grafen v. 125.
——, Lothar v. 75.
——, Werner v. 76.
Walch, J. G., Professor II, 390.
Waldemar, d. falsche 325.
Waldenburg, Anwartschaft auf 290.
Walderfee, Graf v., preußischer Oberstleutnant III, 628. 631.
Waldstein, A. v., Landhofmeister II, 128.
Walkenried, Kloster II, 33.
Wallenstein, A. v., Herzog von Friedland: Belehnung mit Mecklenburg II, 142; Annäherung an Joh. Georg 146; Verrath 158ff.
Wallhausen, Pfalz 114.
Wallwitz, v., Geheimerrath II, 671f.
——, Bast. v. 544.
Walter, Bildhauer II, 92. 224.
Walternienburg 361; an Anhalt II, 235.
Walther v. d. Vogelweide 165. 167. 202.
——, A. F., Professor II, 517.
——, Joh., Capellmeister 648.
——, Probst 141.
——, H., Geheimer Medicinalrath III, 724.
Waltram, Bischof von Naumburg 84. 108.
Wanfried 378.
Wangenheim, Fr. v. 290. 292.
——, G. v. 374.

Digitized by Google

Wanke, schwedischer Oberst II, 183.
Wappen 272; sächsisches 357; thüringisches 192.
Warner 7.
Warnery, v., Oberst II, 466.
Warnsdorf 330.
Warnsdorf, v., Generalmajor III, 186.
Warschau, Herzogthum III, 10 f. 14 ff.; Vergrößerung 52. 68 ff. 78. 103 f. 127. 188. 265. 281 f. 327. 354.
Wartburg, Erbauung d. 108.
Watzdorf, O. F. H. v., Abgeordneter III, 426 f. 521 f. 571. 577. 656.
——, Ch. B. v., Reichscommissar III, 624.
——, Geh. Kriegsrath II, 647.
——, v., General III, 102. 254 f. 261. 312. 337. 392. 706.
——, v., sächsischer Gesandter in Wien III, 144. 150 f.
Wächter, K. G. v., Professor III, 713. 735.
Wäserfche Truppe II, 695.
Weber, Dr., Vicekanzler II, 30.
——, E. H. u. W., Professoren III, 412.
Weber, K. v., Ministerialrath III, 648. 713.
——, K. M. v., Capellmeister III, 405.
Wechselordnung: sächsische III, 555; deutsche III, 605.
Webdell, v., preußischer General II, 491.
Wehm, Maler II, 92.
Wehner, Ch. F., Bürgermeister III, 481.
Weichert, J. A., Rector III, 413. 514.
Weida: Vögte von 301; Amt II, 27. 190; -er Abschied II, 28.
Weidler, Astronom II. 389.
Weigel, Nic., Professor 442.
——, Val., Pfarrer II, 54.
v. d. Weihe, Dr. E. II, 98. 102.
Weimar: Schloß 27; Stadt 338; Amt II, 27; Fürstentag zu (Wechmar) 84.
Weimar, Grafen v. 103 f. 113. 291.
Weimar-Orlamünde, Grafen v. 292 f.
Weinart, B. G. II, 699.
Weinbau 155. 283. -gesellschaft II, 681.
Weinhaus, Kaufmann II, 106.
Weinlich, Maler II, 393.
Weinlig, Ch. A., Geheimerrath III, 573. 586; Minister des Innern 603. 611. 616. 687.
Weiß, Ch. S., Mineralog III, 412.
Weiße, Chr., Rector II, 290.
——, Chr. E., Professor II, 699.
——, Chr. Fel. II, 524. 688 f. 695.
Weißenbach, W. v., Amtmann 466.
Weißensee, Dingstuhl zu 194.
Weißhuhn, Kupferstecher II, 291.
Weitmühl, Seb. v., Hauptmann 542.
Welck-Riesa, C. R. v. III, 549. 678. 709 f.
Weller, Anna 481.
——, Nic., Bürgermeister 388.
——, S., Oberhofprediger II, 192. 238. 252.
Wellington, Herzog v. III, 319. 336.
Weltzing, J., von Gotha 370.
Wendelstein, Amt II, 235.
Wendler, Buchhändler II, 680.
Wendt, A., Geheimer Legationsrath III, 274.
——, J. A., Professor III, 403.
Wenzel, deutscher König 306. 310. 334.
—— Könige von Böhmen: I. 175; II. 239. 244. 247 f.; III. 250.
——, Kurfürst von Sachsen 312. 360 ff.
Wenzeslav, Herzog von Böhmen 39. 43.
Werben, Graf Meinh. v. 164.
Weri, Gau 17. 24.
Weriner 17.
Wermuth, Stempelschneider II, 291.
Werner, Markgraf von Nordsachsen 49.
—— —, Erzbischof von Mainz 232. 234.
——, Bischof von Merseburg 84. 97

Digitized by Google

Werner von Walbeck 155.
——, J. A. L., Turnlehrer III, 515.
Wernher, J. B. v., Jurist II, 517.
Wernsdorf, Theolog II, 388.
Werthern, E. F. K. A. v., Kanzler II, 243. III, 317. 322. 367 f.
Wesel, Joh. v. 443.
Wesenbeck, Jurist II, 27. 66. 101 115.
Wessenberg, v., Erzieher II, 557. 706.
——, österreichischer Bevollmächtigter III, 297. 324.
Westerburg, Dr. G. 475.
Westergau, d. 103.
Wettin: Herkunft 87 ff.; Stammburg 92. III, 340; Grafschaft 93; Verkauf II, 373; Grafen v. 123; Seitenlinie 142.
Weyberg, v., dänischer Gesandter II, 360.
Whitfield, Maschinenbauer II, 684.
Wicbert, Markgraf von Merseburg 50 f. 56.
Wichard, Gaugraf 103.
Wichmann d. ä., Fürst 48.
——, Erzbischof von Magdeburg 173.
——, Steuereinnehmer III, 225.
Widebram, Dr. II, 27. 52.
Wiebel, Cent., Maler II, 224.
Wied, v., preußischer General II, 499.
Wiedemann, Künstler II, 514.
Wielopolski, Graf v. II, 308.
Wien, Friede zu (1809) III, 51; (1815) 325 ff. (1864) 772. — Conferenzen (1819) 396; (1834) 485.
Wiesenburg, Amt II, 374.
Wiesensteig, Herrschaft II, 576.
Wietersheim, Ed. v. III, 389. 429. 445. 450. 461 ff.; Cultusminister 514. 535. 568.
Wigand, Theolog II, 27.
Wigard, Professor III, 467.
Wigger, Gaugraf 103.
——, Markgraf zu Zeiz 50 f.
Wilbrand, Erzbischof v. Magdeburg 173.
Wildenfels, Herrschaft II, 376. III, 448. 472. 486.
Wilhelm I, König von Preußen III, 746. 752. 806.
—— (v. Weimar) Markgraf von Meißen 79.
—— I. (der Einäugige), Markgraf von Meißen 298. 304 f.; Regierung 307 ff.; Landschaft 332; Schloßbau 339.
Wilhelm III, Markgraf von Meißen 371 f.; Theilung und Bruderkrieg 384 ff.; Ehe 392; Luxemburg 380. 394; Landesordnung 415. 418 f. 441; Buttstädt 417.
——, Markgraf von Nordsachsen 49. 126.
——, Pfalzgraf 126.
——, Gaugraf 103.
——, Graf von Weimar 59. 104.
——, Herzog von Sachsen-Weimar II, 139. 150. 153. 157. 166. 289.
——, Sohn Gero's von Brene 82. 90.
——, Graf von Oranien II, 13.
——, Landgrafen von Hessen 434. 565. 599. 608. II, 26. 40. 45. 97. 153.
——, Herzog von Cleve 518. 526 f. 548. 584. II, 116.
——, Erzbischof von Mainz 51 f.
——, preußischer Prinz III, 291.
Wilke, v. II, 699.
Wilke, Major III, 502.
Willkomm, E., Schriftsteller III, 526.
Wilnow, v., thüring. Ritter 250.
Wimmelburg II, 33.
Winckelmann, J. J. II, 510. 514.
Wintel, Ther. a. d. III, 401.
Winfried = Bonifacius 12 ff.
Winkler, K. G. v., Professor II, 694.
Winkler, A. G., Rathsherr II, 696.
——, J. G., Professor II, 518.
——, K. G. Th., Hofrath, III, 401.
Winterfeld, v., preußischer General II, 425. 457. 466. 472. 476 f.
Winzer, J. F., Professor III. 411.
Winzingerode, v., russischer General III, 131 f. 138.
Wipra II, 33.
Wiprecht I. von Groitzsch 94 ff.
—— II. von Groitzsch 98 ff.
Wirsing, Herren v. 268.
Wisniowiezki, Fürst II, 407.

Digitized by Google

Withego I., Bischof von Meißen 230. 238. 287.
—— II., Bischof von Meißen 260.
Wittenberg 357. 367; Belagerung 1813 III, 140 f.; Capitulation 549; Bestürmung III, 140. 241. — Univ.: Stiftung 437; Charakter 444. 640; unter August II. 41 ff. 88; (bis 1656) II, 214 ff.; (bis 1697) 292; (bis 1733) 388 f.; (bis 1763) 517; (bis 1806) 692.
Wittgenstein, russischer General III, 131. 133. 140. 143. 159 f. 163. 172. 196 f.
Witzel, G., Professor in Leipzig 568. 575.
Witzleben, D. v., landgräflicher Rath 374.
—— v., Oberst (Trommlitz) III, 401.
Wladislaw, Herzog von Böhmen 95. 98.
——, Herzog von Kalisch 141.
——, Herzog von Polen II, 225.
Wohlgemuth, Michael, Maler 427.
Wolfenbüttel, G. v., Truchseß 188.
Wolfersdorf, v., kursächsischer Gesandter II, 153.
——, Kammerherr II, 317. 403.
——, Oberjägermeister II, 491.
——, preußischer General II, 492.
Wolfgang, Fürst von Anhalt 486. 503.
—— Wilhelm, Pfalzgraf von Neuburg II, 117.
Wolframsdorf, D. v., Geheimerrath II, 245. 248 f. 251.
Wolkonski, Fürst III, 145.
Worgenowitz, Hans v., Landvogt 329.
Worms: Reichstag zu (1495) 431; (1521) 461 f. 566; (1545) 529; Religionsgespräche 518. II, 14; Reichsdeputationstag II, 19.
Woronzoff, General III, 183.
Wrangel, schwedischer Feldmarschall II, 183.
Wratislav I., Herzog (König) von Böhmen 82 f. 85. 91. 96 f. 123.
—— II., Herzog von Böhmen 167.
Wratislaw, Graf v., österreichischer Gesandter II, 344. 418. 422.
Wrede, K. F., bairischer Feldmarschall III, 289. 295. 311.
Wulf, slawischer Häuptling 95.
Wulfwenstierna, schwedischer Gesandter II, 431.
Wunder, E., Rector III, 514.
Wunsch, v., preußischer General II, 492.
Wurmb, F. L. v., Conferenzminister II, 503. 547. 560. 667.
——, v., preußischer Civilcommissar III, 792.
Wurmb v. Zink, Domdechant III, 270.
Wurzen, Stiftsfehde 522.
Wuttke, H., Professor III, 526. 571. 575. 582. 596. 753.
Würzburg, Bisthum 15; Conferenzen III, 767.
Wynn, englischer Resident II, 658.

X.

Xaver, Prinz von Sachsen: im siebenjährigen Krieg II, 469. 478. 483; Administrator 508. 541 ff.

Y.

York, H. D. L. v., preußischer General III, 18.

Z.

Zachariä, J. W., Dichter II, 525.
——, J. 443.
——, K. S., Professor II, 693.
Zagost, Gau 159.
Zaschwitz, G. v., auf Wellaune 633.

Digitized by Google

Zech, B. v., Geheimerrath II, 377. 406. 452.
—, v., Hofrath II, 315.
Zebena, ſ. Sidonie.
Zedlitz, v., Hof- u. Juſtitien-Rath III, 435.
Zedtwitz, Ritter v. 405.
—, v., Grumbachs Genoſſe II, 18.
Zehmen, v., Hof- u. Juſtitien-Rath II, 606.
—, Geheimerrath II, 568. 574.
—, L. E. B. v., Mitglied der erſten Kammer III, 710.
Zehmiſch, G. B., Kaufmann II, 695.
Zeitungen II. 284 f. III, 524.
Zeiſig, E., Maler II, 697.
Zeiz, Mark 51. 56; Bisthum 52 f.; Vertrag zu (1567) II, 27.
Zelenka, Muſiker II, 396.
Zerboni di Spoſetti, preußiſcher Geheimerrath III, 24 f.
Zerbſt, Vertrag (1450) 387; Theologenconvent (1570) II, 45.
Zernecke, Vicepräſident II, 357.
Zeſchau, v., Hofrichter II, 47. 52.
—, v., Geheimerrath II, 66.
—, H. W. v., General 77; Commandant des Königſteins 112; Brigadier 206; bei Leipzig 216 ff. 228. 230 f.; in Wien 263; Theilung 331; Kriegsverwaltungskammer 370.
—, H. A. v., Finanzminiſter III, 449. 473; Zollverein 461 ff.; Grundſteuer 505. 522. 535. 599; Mitglied des Verwaltungsraths 647 f. 651.
Zeune, K., Profeſſor II, 693.
Zezſchwitz, J. G. v., Generallieutnant II, 611. 619. 642 f. 645 ff. III, 32. 37.
Zezſchwitz, J. A. v., Kriegsminiſter III, 273 f. 331 ff. 370. 449.
—, v., Geheimer Finanzrath III, 60. 108 ff. 134 ff. 139. 158. 435.
Zichy, Graf III, 258.
Ziegenbalg, B. II, 388.
Ziegenhain, G. v. 182. 226. 302.
Ziegenrück, Amt II, 27. 190.
Ziegler, B. 600.
—, K., Juriſt II, 292.
Ziegler und Klipphauſen, A. v. II, 397.
—, C. F. A. W. v. III, 523.
Zieſe, D. 333. 413.
Zinzendorf, Graf N. L. v. II, 530 f.
—Pottendorf, Graf F. A. v. II, 579. 587. 641.
—, v., öſterreichiſcher Geſandter II, 331.
Zink, P. Ch. III, 401.
Zipfel, Kaufmann II, 286.
Ziſtibor 30.
Zittau, urſpr. böhmiſch 131. 266.
Zollikofer, L. G. J., Prediger II, 689.
Zollverein III, 461. 469 f. 488 ff.; (1850) 687; (1852) 698 ff.; (1862) 754 ff.
Zölle 275.
Zöllner, F. III, 406.
Zſchillen, Kloſter 140. 284.
Zſchinsky, F. v., Miniſterpräſident III, 617. 625. 653 f. 666 f. 677. 681. 696 f. 708 ff. 717.
Zucchi, Kupferſtecher II, 398.
Zürner, A. F. II, 382.
Zwickau, Stadtſchule 427; Schwarmgeiſter 466.

Perthes' Buchdruckerei in Gotha.

Digitized by Google

Digitized by Google

Fünfunddreißigste Lieferung.
(2. Abtheilung.)

Geschichte der europäischen Staaten.

Enthaltend:

Flathe, Geschichte von Sachsen. 3. Theil.

Die erste Lieferung (3 Bände, Preis 5 Thlr.) enthält:
Pfister, Geschichte der Teutschen. 1. Theil.
Leo, Geschichte der italienischen Staaten. 1. u. 2. Theil.

Die zweite — (2 Bände, Preis 4 Thlr. 10 Sgr.) enthält:
Pfister, Geschichte der Teutschen. 2. Theil.
Leo, Geschichte der italienischen Staaten. 3. Theil.

Die dritte — (2 Bände, Preis 4 Thlr. 10 Sgr.) enthält:
Leo, Geschichte der italienischen Staaten. 4. Theil.
Stenzel, Geschichte des preußischen Staates. 1. Theil.

Die vierte — (2 Bände, Preis 3 Thlr. 5 Sgr.) enthält:
Böttiger, Geschichte von Sachsen. 1. Theil. 2. Aufl. v. Flathe.
Lembke, Geschichte von Spanien. 1. Theil.

Die fünfte — (2 Bände, Preis 4 Thlr. 15 Sgr.) enthält:
Leo, Geschichte der italienischen Staaten. 5. u. letzter Theil.
Pfister, Geschichte der Teutschen. 3. Theil.

Die sechste — (2 Bände, Preis 4 Thlr. 20 Sgr.) enthält:
Böttiger, Geschichte von Sachsen. 2. Theil. 2. Aufl. von Flathe.
van Kampen, Geschichte der Niederlande. 1. Theil.

Die siebente — (2 Bände, Preis 3 Thlr.) enthält:
Strahl, Geschichte von Rußland. 1. Theil.
Geijer, Geschichte Schwedens. 1. Theil.

Digitized by Google

Die achte — (2 Bände, Preis 4 Thlr. 20 Sgr.) enthält:
van Kampen, Geschichte der Niederlande. 2. u. letzter Theil.
Pfister, Geschichte der Teutschen. 4. Theil.

Die neunte — (2 Bände, Preis 3 Thlr. 25 Sgr.) enthält:
Lappenberg, Geschichte Englands. 1. Theil.
Geijer, Geschichte Schwedens. 2. Theil.

Die zehnte — (2 Bände, Preis 4 Thlr. 10 Sgr.) enthält:
Pfister, Geschichte der Teutschen. 5. Theil.
Mailath, Geschichte d. österr. Kaiserstaats. 1. Theil.

Die elfte — (2 Bände, Preis 4 Thlr. 20 Sgr.) enthält:
Schäfer, Geschichte Portugals. 1. Theil.
Schmidt, Geschichte Frankreichs. 1. Theil.

Die zwölfte — (2 Bände, Preis 3 Thlr. 5 Sgr.) enthält:
Geijer, Geschichte Schwedens. 3. Theil.
Mailath, Geschichte d. österr. Kaiserstaats. 2. Theil.

Die dreizehnte — (2 Bände, Preis 3 Thlr. 5 Sgr.) enthält:
Lappenberg, Geschichte Englands. 2. Theil.
Stenzel, Geschichte des preußischen Staates. 2. Theil.

Die vierzehnte — (2 Bände, Preis 3 Thlr. 15 Sgr.) enthält:
Schäfer, Geschichte Portugals. 2. Theil.
Strahl, Geschichte von Rußland. 2. Theil.

Die funfzehnte — (2 Bände, Preis 3 Thlr. 25 Sgr.) enthält:
Dahlmann, Geschichte von Dänemark. 1. Theil.
Schmidt, Geschichte Frankreichs. 2. Theil.

Die sechszehnte — (2 Bände, Preis 5 Thlr.) enthält:
Wachsmuth, Geschichte Frankreichs. 1. Theil.
Zinkeisen, Geschichte des osmanischen Reiches. 1. Theil.

Die siebzehnte — (2 Bände, Preis 4 Thlr.) enthält:
Stenzel, Geschichte des preußischen Staates. 3. Theil.
Roepell, Geschichte Polens. 1. Theil.

Die achtzehnte — (2 Bände, Preis 4 Thlr. 5 Sgr.) enthält:
Wachsmuth, Geschichte Frankreichs. 2. Theil.
Dahlmann, Geschichte von Dänemark. 2. Theil.

Die neunzehnte — (2 Bände, Preis 3 Thlr. 25 Sgr.) enthält:
Bülau, Geschichte Deutschlands von 1806—1830.
Mailath, Geschichte d. österr. Kaiserstaats. 3. Theil.

Die zwanzigste — (2 Bände, Preis 4 Thlr.) enthält:
Wachsmuth, Geschichte Frankreichs. 3. Theil.
Dahlmann, Geschichte von Dänemark. 3. Theil.

Digitized by Google

Die einundzwanzigste — (2 Bde., Preis 5 Thlr.) enthält:
Wachsmuth, Geschichte Frankreichs. 4. (letzter) Theil und Register.
Schäfer, Geschichte Spaniens. 2. Theil.

Die zweiundzwanzigste — (2 Bde., 4 Thlr. 24 Sgr.) enthält:
Schmidt, Geschichte Frankreichs. 3. Theil.
Herrmann, Geschichte Rußlands. 3. Theil.

Die dreiundzwanzigste — (2 Bde., 5 Thlr. 14 Sgr.) enthält:
Mailath, Geschichte d. österr. Kaiserstaats. 4. Theil.
Schmidt, Geschichte Frankreichs. 4. (letzter) Theil u. Register.

Die vierundzwanzigste — (2 Bde., 4 Thlr. 12 Sgr.) enthält:
Herrmann, Geschichte Rußlands. 4. Theil.
Schäfer, Geschichte Portugals. 3. Theil.

Die fünfundzwanzigste — (2 Bde., 3 Thlr. 2 Sgr.) enthält:
Stenzel, Geschichte des preußischen Staates. 4. Theil.
Mailath, Geschichte d. österr. Kaiserstaats. 5. (letzter) Theil und Register.

Die sechsundzwanzigste — (2 Bde., 4 Thlr. 20 Sgr.) enthält:
Herrmann, Geschichte Rußlands. 5. Theil.
Schäfer, Geschichte von Portugal. 4. Theil.

Die siebenundzwanzigste — (2 Bde., 6 Thlr. 8 Sgr.) enthält:
Pauli, Geschichte Englands. 3. Theil.
Zinkeisen, Geschichte der Osmanen. 2. Theil.

Die achtundzwanzigste — (2 Bde., 3 Thlr. 26 Sgr.) enthält:
Stenzel, Geschichte des preußischen Staates. 5. (letzter) Theil und Register.
Schäfer, Geschichte Portugals. 5. (letzter) Theil u. Register.

Die neunundzwanzigste — (2 Bde., 4 Thlr. 28 Sgr.) enthält:
Carlson, Geschichte Schwedens. 4. Theil.
Pauli, Geschichte Englands. 4. Theil.

Die dreißigste — (2 Bde., 6 Thlr. 8 Sgr.) enthält:
Zinkeisen, Geschichte des osman. Reiches. 3. u. 4. Theil.

Die einunddreißigste — (2 Bde., 5 Thlr. 18 Sgr.) enthält:
Zinkeisen, Geschichte des osmanischen Reiches. 5. Theil.
Pauli, Geschichte von England. 5. Theil.

Die zweiunddreißigste — (2 Bde., 5 Thlr.) enthält:
Zinkeisen, Geschichte des osmanischen Reiches. 6. Theil.
Herrmann, Geschichte Rußlands. 6. Theil.

Digitized by Google

Die dreiunddreißigste — (2 Bde., 4 Thlr. 12 Sgr.) enthält:

Schäfer, Geschichte von Spanien. 3. Theil.

Zinkeisen, Geschichte des osmanischen Reiches. 7. Theil.

Die vierunddreißigste — (2 Bde. u. 1 Registerheft, 5 Thlr. 2 Sgr.) enthält:

Caro, Geschichte von Polen. 2. Theil.

Zinkeisen, Geschichte des osmanischen Reiches. Register für alle 7 Bände.

Herrmann, Geschichte Rußlands. Ergänzungs-Band.

Die fünfunddreißigste — (1. Abtheilung, 2 Thlr. 8 Sgr.) enthält:

Caro, Geschichte von Polen. 3. Theil.

(Diese Blätter sind wegzuschneiden.)

Bayerische Staatsbibliothek MÜNCHEN

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google
Walter Pe

Digitized by Google

Digitized by Google

Walter Peters

Digitized by Google

Digitized by Google

Walter Peters

Digitized by Google

Digitized by Google

Walter Peters

Digitized by Google